

Rucht, Dieter

Book — Digitized Version

Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich

Theorie und Gesellschaft, No. 32

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1994) : Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Theorie und Gesellschaft, No. 32, ISBN 3-593-35171-4, Campus, Frankfurt/M. ; New York, NY

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122892>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Modernisierung und neue soziale Bewegungen

»Theorie und Gesellschaft«
Herausgegeben von
Axel Honneth, Hans Joas und Claus Offe
Band 32

Dieter Rucht, Dr. rer. pol., arbeitet seit 1988 in der Abteilung »Öffentlichkeit und soziale Bewegungen« am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Er veröffentlichte bei Campus u.a. (zusammen mit D. Büsser und K.-W. Brand) *Aufbruch in eine andere Gesellschaft* (1986) und (zusammen mit R. Roth) *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (1987).

Dieter Rucht

Modernisierung und neue soziale Bewegungen

Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Rucht, Dieter:

Modernisierung und neue soziale Bewegungen : Deutschland,
Frankreich und USA im Vergleich / Dieter Rucht. –
Frankfurt/Main ; New York : Campus Verlag, 1994
(Theorie und Gesellschaft ; Bd. 32)

ISBN 3-593-35171-4

NE: GT

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 1994 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main

Umschlaggestaltung: Atelier Warminski, Büdingen

Druck und Bindung: Druck Partner Rübemann GmbH, Hemsbach

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13
Problemaufriß (13). Fragestellungen und Anspruch (15). Untersuchungsansatz und Prämissen (18). Grundbegriffe und Hypothesen (22). Gegenstand, Methoden und Aufbau der Studie (25).	
Kapitel 1	
Theoretische Grundlegung	33
1.1 Entwurf einer Modernisierungstheorie	33
Kritische Bestandsaufnahme von Modernisierungstheorien (33). Grundlagen- und gesellschaftstheoretische Prämissen (44). Axiome, Dimensionen und Richtung von Modernisierung (51). Entwicklungslogik des Modernisierungsprozesses (59). Antriebskräfte für Modernisierung (68).	
1.2 Entwurf einer Theorie sozialer Bewegungen	70
Kritische Bestandsaufnahme von Theorien sozialer Bewegung (71). Was ist eine soziale Bewegung? (76). Soziale Bewegungen als Phänomen der Moderne (77). Soziale Bewegungen als Handlungssysteme (79). Typologie sozialer Bewegungen (82). Dimensionen sozialer Bewegungen (84). Kontextstrukturen sozialer Bewegungen (93). Funktionen und Folgen sozialer Bewegungen (95).	
1.3 Zusammenfassung	96

Kapitel 2**Historische Bewegungen im Modernisierungsprozeß 99**

- 2.1 Ende des Feudalsystems und Beginn der Moderne 100
- 2.2 Der Übergang zum liberalen Kapitalismus 106
- 2.3 Der Übergang zum organisierten Kapitalismus 113
- 2.4 Der Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ... 121
- 2.5 Zusammenfassung 122

Kapitel 3**Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus und neue soziale Bewegungen: Theoretische Annäherungen 127**

- 3.1 Theorien neuer sozialer Bewegungen:
Kritische Bestandsaufnahme 127
Grundlagentheoretische Annahmen (128). Historische und gesellschaftstheoretische Einordnung (129). Zusammenfassung (137).
- 3.2 Modernisierung und neue soziale Bewegungen:
Ein Entwurf 138
Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus und neue soziale Bewegungen (139). Historische Vorläufer und neue soziale Bewegungen (148). Die Neue Linke als Brücke zwischen alten und neuen Bewegungen (152). Was sind neue soziale Bewegungen? (153).

Kapitel 4**Bewegungssektoren und Bewegungsfamilien:
USA, Frankreich, Bundesrepublik 157**

- 4.1 Das Profil von Bewegungssektoren im Ländervergleich .. 158
Zur Strukturierung von Bewegungssektoren (158). Zur Empirie von Bewegungssektoren in drei Ländern (161).
- 4.2 Das Profil neuer sozialer Bewegungen im
Ländervergleich 165
Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegungen und Stärke von Einzelbewegungen (166). Ideologische Orientierungen (173). Sozialstrukturelle Merkmale (174). Infrastruktur und Ressourcen

(176). Strategien und Aktionsformen (178). Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen (179). Zusammenfassung (183).

Kapitel 5

Neue Frauenbewegungen 185

5.1 Vorbedingungen und auslösende Faktoren der neuen Frauenbewegungen 186

5.2 Neue Frauenbewegungen im Ländervergleich 188
 Entwicklungsphasen im Überblick (190). Ideologie (197). Sozialstrukturelle Merkmale (200). Organisation und Infrastruktur (201). Strategien, Mobilisierung, Aktionen (214). Folgen und Funktionen (221).

5.3 Zusammenfassung 233

Kapitel 6

Ökologiebewegungen 235

6.1 Vorbedingungen und auslösende Faktoren der Ökologiebewegungen 236

6.2 Ökologiebewegungen im Ländervergleich 240
 Länderspezifische Entwicklungen im Überblick (241). Ideologie (245). Sozialstrukturelle Merkmale (251). Organisation und Infrastruktur (253). Strategien, Mobilisierung, Aktionen (269). Folgen und Funktionen (275).

6.3 Zusammenfassung 289

Kapitel 7

Kontextstruktur und Mobilisierungsstruktur 291

7.1 Zusammenfassung der deskriptiven Befunde 291

7.2 Skizze eines strukturorientierten Erklärungskonzepts 294
 Das Konzept politischer Gelegenheitsstruktur (295). Das Konzept gesellschaftlicher Kontextstruktur (303).

7.3	Zur Erklärung länderspezifischer Mobilisierungsstrukturen	313
7.4	Zusammenfassung	321

Kapitel 8

Der Konflikt um die Liberalisierung der Abtreibung

8.1	Zur Bedeutung und Vorgeschichte des Konflikts	325
8.2	Der Abtreibungskonflikt in den USA	328
	Die Ausgangslage (328). Der Weg zur Reform (329). Der Sieg der Reformer (334). Die Entwicklung nach der Reform (336). Zusammenfassung (347).	
8.3	Der Abtreibungskonflikt in Frankreich	348
	Die Ausgangslage (348). Die Liberalisierungskampagne (350). Der Weg zum ersten Reformgesetz (356). Die Entwicklung nach dem ersten Reformgesetz (359). Zusammenfassung (368).	
8.4	Der Abtreibungskonflikt in der Bundesrepublik	368
	Die Ausgangslage (368). Die Liberalisierungskampagne (371). Der Weg zum ersten Reformgesetz (375). Der Weg zum zweiten Reformgesetz (383). Zusammenfassung (390).	
8.5	Vergleichende Betrachtung	391
	Zur Entwicklung des außerparlamentarischen Protests (391). Wege und Ergebnisse der Reformen (398). Zusammenfassung (402).	

Kapitel 9

Der Konflikt um die zivile Nutzung der Atomenergie

9.1	Zur politischen Bedeutung und sozialwissenschaftlichen Bearbeitung des Konflikts	405
9.2	Der Atomkonflikt in den USA	408
	Die Ausgangslage (408). Die Formierung der Anti-Atomkraftbewegung (411). Abstieg der Atomindustrie und Offensive der Anti-Atomkraftbewegung (416). Zusammenfassung (427).	

9.3	Der Atomkonflikt in Frankreich	428
	Die Ausgangslage (428). Die Formierung der Anti-Atomkraftbewegung (430). Zuspitzung des Konflikts und Niedergang der Anti-Atomkraftbewegung (432). Zusammenfassung (442).	
9.4	Der Atomkonflikt in der Bundesrepublik	443
	Die Ausgangslage (443). Die Formierung der Anti-Atomkraftbewegung (446). Eskalation, Deeskalation und Wirkungen des Konflikts (448). Zusammenfassung (455).	
9.5	Vergleichende Betrachtung	456
	Zur Entwicklung der Anti-Atomkraftbewegungen (456). Das Ergebnis der Konflikte (463). Zusammenfassung (472).	
 Kapitel 10		
	Protestkampagnen und politische Wirkungen	475
10.1	Ergebnisse des Abtreibungs- und Atomkonflikts im Länder-, Zeit- und Themenvergleich	475
10.2	Ein prozeßorientiertes Erklärungskonzept	479
10.3	Erklärungsversuche	483
	Zur Erklärung länder- und zeitspezifischer Varianzen (484). Wirkungsfaktoren im Vergleich beider Konfliktfälle (500).	
10.4	Zusammenfassung	504
	 Schluß	 507
 Anhang		
	Verzeichnis der Abkürzungen	519
	Verzeichnis der Tabellen	520
	Verzeichnis der Abbildungen	522
	Anhang A: Liste der Interviews	525
	Anhang B: Erhebung von Protestereignissen	527
	Literaturverzeichnis	531

Vorwort

Diese Arbeit treibt ein Thema weiter, das ich mit meiner 1979 abgeschlossenen Dissertation unter dem Haupttitel "Planung und Partizipation" aufgegriffen hatte. Die jetzt gewählten Schlüsselbegriffe Modernisierung und soziale Bewegungen setzen breiter und tiefer an. Auch führt die vorliegende Arbeit über den empirischen Gegenstand der Dissertation, die Entfaltung von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, weit hinaus. Sie enthält zudem ein theoretisches Deutungsangebot, das erst in der langjährigen Beschäftigung mit sozialen Bewegungen gewachsen ist. In gewisser Weise schließt sich damit der Kreis meiner Arbeiten zu diesem Themenbereich.

Die Vorarbeiten für diese Studie begannen 1983 mit einem zweijährigen Habilitationsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Es ermöglichte mir unter anderem jeweils halbjährige Forschungsaufenthalte in den USA und in Frankreich. Weit davon entfernt, mein Vorhaben nach zwei Jahren abschließen zu können, begann nun, teilweise bedingt durch ein fachlich ganz anders gelagertes Engagement, eine mehrjährige Phase des *stop and go*. Regelmäßige Anfragen der DFG, wann denn mit der Fertigstellung der Studie zu rechnen sei, beantwortete ich hinhaltend und mit zunehmend schlechtem Gewissen. Erst allmählich sah ich mich dann in der Lage, dem Imperativ der "Dringlichkeit des Befristeten" mein unbefristetes Vorhaben nicht ganz zu opfern. Immer wieder unterbrochen von selbstgewählten professionellen Ablenkungen konnte ich in einer längeren Phase des Schreibens meine "unendliche Geschichte" abschließen.

Das liefert mir das Stichwort für zahlreiche Danksagungen, deren Anlässe sich mit der Dauer meines Vorhabens zwangsläufig vermehrt haben. Mein Dank gilt vor allem der DFG, die mich mit dem erwähnten Stipendium förderte. Ich danke weiter Friedhelm Neidhardt und meinen Kolleginnen und Kollegen in der Forschungsabteilung "Öffentlichkeit und soziale Bewegung" am Wissenschaftszentrum Berlin. Hier fand ich ein intellektuell anregendes Klima, die nötige Infrastruktur und - nicht zuletzt - die atmosphärischen Bedingungen, die mich (fast) jeden Morgen gerne auf dem Fahrrad ins Institut strampeln ließen.

Dank gebührt auch denen, die für mich ein stabilisierendes und ermutigendes Umfeld bildeten. Alle namentlich aufzuführen, die mir über die Jahre hinweg indirekt bei der Erstellung dieser Arbeit geholfen haben, würde hier zu weit führen. Manche könnten sich auch fragen, worin ihre oft nur für mich sichtbare Anregung bestanden haben soll. Ich beschränke mich

also auf die Nennung derer, die durch ihre Kommentierung von Teilen dieser Arbeit oder unmittelbar vorbereitender Publikationen einen direkten Beitrag lieferten. Detaillierte und hilfreiche Kommentare zu größeren Teilen der Studie erhielt ich von Kai-Uwe Hellmann, Bert Klandermans, Bronislaw Misztal, Friedhelm Neidhardt, Roland Roth und Antje Wiener. Anregungen zu einzelnen Kapiteln lieferten zudem Lee Ann Banaszak, Barbara Blattert, Donatella della Porta, Jan Willem Duyvendak, Myra Marx Ferree, Dieter Fuchs, Jürgen Gerhards, Heidi Hilzinger, Peter Hocke, Ruud Koopmans, Hanspeter Kriesi, Margit Mayer, Birgit Meyer, Lutz Mez, Rainer Paris, Joachim Raschke und Barbara Ritter.

Weiter danke ich Stefan Calvi, Isabelle Chaudet, Jerry Geiger, Sabine Krüger und Jürgen Roth für ihre Mithilfe bei der Eingabe bzw. Bereinigung von Daten, John Crist für Recherchen in amerikanischen und Pierre-Yves Gaudard in französischen Bibliotheken, Thomas Eller, Susanne Fuchs, Ruth Klein-Heßling und Susanne Mahle für die Beschaffung statistischer Unterlagen und die Anfertigung von Grafiken, Ute Hermann, Carsten Johnson und Dieter Oremus für die Vorbereitung bzw. Durchführung von Berechnungen mit Statistikprogrammen sowie Manuela Heinrich, Ulla Menzel und Dorothea Muthesius für Schreib- und Korrekturarbeiten. Hanspeter Kriesi, Jan Willem Duyvendak und Ruud Koopmans stellten mir großzügig Teile ihrer Protestereignisdaten für eigene Berechnungen zur Verfügung; Hans-Dieter Klingemann überließ mir Daten aus dem World Values-Survey von 1981/82; Jocelyn Hollander erlaubte mir, ihre Daten zum Abtreibungskonflikt in den USA zu nutzen. Ebenso profitierte ich von Vorarbeiten meines Kollegen Dieter Fuchs, die sich auf Auswertungen von Eurobarometer-Umfragen bezogen. Verschiedene hier nicht im einzelnen genannte Personen und Institutionen waren mir bei gezielten Anfragen behilflich. Schließlich schulde ich zahlreichen Interviewpartnern im In- und Ausland dafür Dank, daß sie bereitwillig Auskunft gaben und mich vor mancher Fehleinschätzung bewahrten.

Evelin, meine Frau, und unsere Kinder Daniel und Sarah mögen mir verzeihen, daß ich mich ihnen allzuoft zugunsten meiner Arbeit entzogen habe. Mit Ihrer Mischung von Verständnis und Jetzt-reichts ließen sie mich die Balance zwischen Arbeit und Leben nicht ganz verlieren.

Berlin, im Juni 1994

Einleitung

1. Problemaufriß

Die Geschichte der Moderne verläuft nicht gleichförmig. Neuerungen brechen sich stürmisch Bahn, wälzen das Bestehende um. Doch die Moderne kennt auch Phasen des Rückschritts oder der Wiedergeburt des Alten in neuem Gewand. Selbst dann, wenn sie stillzustehen scheint, über Jahre und Jahrzehnte gleichsam ihren Atem anhält, ist hinter der Fassade institutioneller Starre vieles in Bewegung. Überkommene soziale Ordnungen bröckeln, Neues deutet sich an. Erst im Rückblick wird die Tragweite manchen Wandels klar, so daß man von "historischen Revolutionen" sprechen könnte (Park/Burgess 1924: 934). Neuerungen können aber auch als gewolltes oder ungewolltes Ergebnis zielgerichteten sozialen Handelns Gestalt gewinnen, sei es durch die Summe alltäglicher Widerstandsformen (Lütke 1984; Scott 1985), durch leidenschaftliche Kämpfe oder schrittweise Reformen.

Augenfällig sind zunächst die Zäsuren, die große Revolutionen setzen. Auf Zwang, Ausbeutung und Willkür gegründete Regimes werden hinweggefegt, ohne daß eine völlig neue Ordnung an ihre Stelle träte und der Einfluß restaurativer Kräfte vollständig und auf Dauer aufgehoben würde. Insofern sind die modernen parlamentarischen Demokratien zugleich Erben von Revolution und Restauration. Doch im allgemeinen haben sie den blutgetränkten Weg des Bürgerkriegs hinter sich gelassen. Die Möglichkeit sozialen Wandels - als Fortschritt, aber auch als Rückschritt - wurde institutionalisiert. Positives Recht trat an die Stelle traditionaler oder transzendenter Geltung. Zugleich wurde der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch formelle und materielle Zugeständnisse entschärft. Er äußert sich nur noch in der vermittelten Form von Arbeitskonflikten. Und er bildet immer weniger den archimedischen Punkt aller sozialen Spannungen.

Gleichwohl bleiben die routinisierten Verfahren der Konfliktaustragung prekär. Rechtsstaatliche Schlichtungsverfahren, Parteienwettbewerb, demokratische Wahlen, Rechte der parlamentarischen Opposition, Minderheitenschutz, Vereinigungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit - all dies reicht offenkundig nicht hin, um jeden sozialen Dissens folgenlos kleinzuarbeiten und innerhalb der dafür vorgesehenen Bahnen dauerhaft und voll-

ständig zu kanalisieren. Der Überhang nicht zu befriedender Konflikte führt zwar kaum mehr zu Revolutionen, aber doch zu Revolten (Ellul 1974; Eisenstadt 1978: 317f.), sozialen Unruhen, begrenzten Regelverletzungen in Gestalt zivilen Ungehorsams und anderer "unkonventioneller" Proteste. Solche zwischen Bürgerkrieg und verfahrensgeregeltem Widerspruch angesiedelten Aktionen verdichten sich in bestimmten historischen Phasen. Anscheinend stehen sie im Sog einer übergreifenden Dynamik, die sich als wellenförmiges Muster von Aufstieg und Niedergang des Protests nachzeichnen läßt und oft über nationale Grenzen hinausreicht (Tarrow 1991).

Ein markantes Beispiel für den Aufstieg und Niedergang einer länderübergreifenden Protestwelle bieten die Studentenrevolten der 1960er Jahre. Im Gefolge dieser Aktivitäten, wenn auch teils aus anderen Wurzeln stammend, entfaltete sich ein breites Spektrum sozialer Bewegungen in vielen westlichen Demokratien. Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre bildete insbesondere die Bundesrepublik geradezu ein Treibhaus für vielgestaltigen und massenhaften außerparlamentarischen Protest.

Dadurch wird zunächst die etablierte Politik herausgefordert. Angesichts einer zunehmend selbstbewußter auftretenden Bürgerschaft kann es kaum gelingen, eine von formell zuständigen Organen beschlossene Politik gegen alle Widerstände zu exekutieren. Gerade durch die Ausweitung partizipatorischer Ansprüche ist institutionelle Politik notorisch mit Legitimations- und Akzeptanzproblemen konfrontiert.

Herausgefordert ist aber auch eine verstehende und erklärende Sozialwissenschaft, gleich ob sie eher der Grundlagenforschung oder der Politikberatung dient. So sehr die neueren Protestbewegungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit fanden und zum Gegenstand journalistischer und wissenschaftlicher Analysen wurden, so dürftig ist noch immer unser Wissen über Ursachen, Dynamik und Effekte von solchen Protesten.

Plausibel ist zunächst die Annahme, die gegebenen Bedingungen und Mechanismen politischer Willensbildung würden bestimmte Interessen, Themen und Gruppen strukturell benachteiligen und damit auch Legitimations- und Akzeptanzprobleme schaffen, die unter anderem in Form von Protestbewegungen Ausdruck finden. Doch die etablierte Politik ist kein unbeweglicher, monolithischer Block. Mag sie auch einen hohen Grad an Indifferenz und Trägheit aufweisen, so steht doch zu erwarten, daß sie ab einem bestimmten Problem- und Konfliktniveau sich als durchaus "responsiv" erweist.

Repression ist eine mögliche Antwort. Ob sie Protest ungewollt schürt oder ihm vielmehr die Spitze nimmt, dürfte nicht nur vom Ausmaß der Repression, sondern von einer Reihe zusätzlicher Faktoren abhängen. Gezielte

Modernisierung, oder bescheidener: Reform, ist eine andere Antwort. Reform, so die übliche Annahme, sei das Resultat eines Problemdrucks, nicht selten eine Reaktion auf massiven Protest. Sie nimmt ihm den Wind aus den Segeln. Doch auch die umgekehrte, seltener vertretene These verdient Beachtung: Reformen sensibilisieren für die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, steigern Anspruchshaltungen, schaffen bessere Artikulations- und Aktionsmöglichkeiten für unzufriedene Gruppen. Reformen können somit soziale Bewegungen und politischen Protest auch stimulieren.

Protest und Reform, so ist zu vermuten, stehen nicht notwendig in einem eindeutigen Kausalverhältnis. Denkbar sind Proteste ohne signifikante Wirkung, mithin auch ohne reformerischen Ertrag. Denkbar sind weiterhin "von oben" initiierte Reformen, denen keinerlei Proteste vorangingen. Denkbar ist schließlich eine Abfolge oder Gleichzeitigkeit von Protest und Reform ohne eine innere Verbindung beider Phänomene. Diese Uneindeutigkeit des Verhältnisses zwischen Protest und Reform mahnt zur Vorsicht gegenüber schnellen Blickverengungen und vermeintlichen Evidenzen bei der Untersuchung des Zusammenhangs von makrostrukturellen gesellschaftlichen Bedingungen, Modernisierung und sozialen Bewegungen.

2. Fragestellungen und Anspruch

Zwischen den insgesamt doch bemerkenswert stabilen Strukturen westlicher kapitalistischer Industriegesellschaften und ihrer inneren Unruhe, wie sie die Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte verkörpern, besteht auf den ersten Blick eine eigentümliche Diskrepanz. Kopfschütteln, aber auch aggressive Gegenkritik sind vorherrschende Reaktionen, wenn man eine bewährte Ordnung vermeintlich grundlos in Frage gestellt sieht. So glauben manche Kommentatoren, in modernen Wohlfahrtsstaaten, also unter Bedingungen einer bislang unerreichten materiellen Prosperität breiter Bevölkerungsschichten, hoher außenpolitischer Stabilität und eines beachtlichen Netzes sozialer Vor- und Fürsorge, sei jegliche Fundamentalopposition unangemessen. Andere Beobachter sehen gerade in diesen Faktoren - dem entlastenden Effekt der Sicherung von Grundbedürfnissen sowie einer durch Wohlfahrtsstaat und Parteienkonkurrenz in Gang gesetzten Inflation der Ansprüche - die Ursachen, welche Unzufriedenheit und Protest schüren. Schließlich verknüpft eine dritte Deutung diese Bedingungen mit einer ver-

schwörungstheoretischen Erklärung. Unter dem Schutz einer großzügigen Daseinsvorsorge und auf dem Nährboden einer libertär-hedonistischen Kultur würden intellektuelle Verführer Unzufriedenheit schüren und diese im Dienste weltfremder Utopien zu instrumentalisieren versuchen.

Solche Interpretationen sind oft von durchsichtigen politischen Interessen bestimmt. Gleichwohl ist damit ein *erster Fragekomplex* eröffnet, der sich auf den Zusammenhang von Modernisierung und neuen sozialen Bewegungen bezieht. Warum formiert sich in modernen Wohlfahrtsstaaten ein Konglomerat von Bewegungen, die weit über punktuelle Kritiken und Reformen hinausstreben? Daran schließen mehrere Unterfragen an: Sind diese Bewegungen ein "normales", vielleicht sogar zwangsläufiges Produkt von Modernisierung, wie es die Behauptung nahelegt, "the very process of modernization necessarily creates a high level of conflict" (Eisenstadt 1964: 584)? Welchen Status haben solche mit Modernisierung einhergehenden Proteste? Handelt es sich um einen immer wiederkehrenden, letztlich irrationalen Antimodernismus? Oder verkörpern die Protestbewegungen vielmehr eine rationale Antwort auf die neue Qualität und Quantität der Folgeprobleme des industriellen Fortschritts? Steht gar der Umbau oder die Abschaffung der Industriegesellschaft auf der historischen Tagesordnung, obgleich sich ihre etablierten Träger und Nutznießer dieser Einsicht noch versperren? Sind die neuen sozialen Bewegungen rechtmäßige Erben bürgerlicher Aufklärung und sozialistischer Tradition, die nun den politischen Kampf auf der Höhe ihrer Zeit führen? Schließlich: Mit welcher Berechtigung kann - jenseits aller thematischer, ideologischer, organisatorischer und strategischer Besonderheiten diverser Einzel- und Teilbewegungen - von einem Typus *neuer sozialer Bewegungen* gesprochen werden?

Eine Antwort auf diese Fragen wird nicht ohne den Blick auf zurückliegende Epochen auskommen. Hierbei haben sich teleologische Geschichtsdeutungen, aber auch Behauptungen universeller Gesetze sozialer Evolution als äußerst fragwürdig erwiesen. Offenere und komplexere Erklärungsstrategien sind also geboten. Mehr denn je erscheint gesellschaftliche Zukunft als kontingent. Ein Indiz dafür sind die eigenartig unbestimmten Vorstellungen einer Zäsur, die den Abschluß einer historischen Phase durch einen "Post-ismus" markieren, ohne ein Bild des Kommenden zu entwerfen.

Ein *zweiter Fragenkomplex* richtet sich auf die Beschreibung und Erklärung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden neuer sozialer Bewegungen in einer dreifachen Vergleichsperspektive:

Auf einer noch relativ hohen Aggregatebene stehen ganze Bewegungssektoren einschließlich der *Familie* neuer sozialer Bewegungen im Mittelpunkt. Hierbei geht es um den deskriptiven Vergleich der Bewegungen in

ausgewählten Ländern (USA, Frankreich, Bundesrepublik). Zeigen sich charakteristische nationale Profile von Bewegungssektoren und Bewegungsfamilien im Hinblick auf Ideologie, Sozialstruktur, Organisation, Mobilisierungspotentiale und tatsächliche Mobilisierung?

Auf der Ebene ausgewählter *Einzelbewegungen* (Frauen- und Ökologiebewegungen) können speziellere Untersuchungsfragen angegangen werden. Welche Merkmale besitzen diese Bewegungen im Hinblick auf Ideologie, Anhängerschaft, Organisation bzw. Mobilisierungsstruktur, Strategien und Aktionen, Folgen und Funktionen? Wie sind die Besonderheiten der zeitlich relativ invarianten länderspezifischen Mobilisierungsstrukturen in den drei Ländern zu erklären? Hier gilt das Augenmerk dem Einfluß nationaler Rahmenbedingungen. Während die Unterschiede der länderspezifischen Modernisierungsgrade¹ zu gering sind, um Varianzen der Mobilisierungsstrukturen zu erklären, richtet sich die Aufmerksamkeit auf Faktoren, die in ein Modell gesellschaftlicher Kontextstrukturen eingehen.

Schließlich wendet sich die Arbeit auf ihrer konkretesten Ebene ausgewählten *Einzelkonflikten* zu (Abtreibung und Atomenergie), an denen die Frauen- bzw. Ökologiebewegungen beteiligt sind. Hierbei wird zusätzlich zum Länder- und Themenvergleich der Zeitvergleich eingespielt. Wie unterscheiden sich beide Konflikte hinsichtlich ihrer Dynamik und politischen Resultate? Welche Faktoren erklären Muster von Polarisierung oder Konfliktdämpfung? Welche Faktoren erklären Siege oder Niederlagen der beteiligten Bewegungen? Zur Beantwortung dieser Fragen wird ein Prozeßmodell vorgeschlagen, welches das erwähnte Modell gesellschaftlicher Kontextstrukturen ergänzt.

Mit der Analyse dieser konkreten Einzelkonflikte wird zudem der bereits angesprochenen Wechselwirkung von Protest und Reform nachgegangen. Damit stellt sich auch die allgemeinere, in dieser Arbeit nur im Hintergrund mitlaufende Frage nach der Lernfähigkeit von Gesellschaften. Zu Recht haben Konflikttheoretiker wie Lewis Coser (1965) und Ralf Dahrendorf (1959; 1992) die produktive Rolle organisierten Widerspruchs betont. Auf der Ebene thematisch fokussierter Streitfragen wird sich konkret erweisen, ob und in welchem Ausmaß gesellschaftliches Lernen stattfindet und ob es in den Formen der Streitkultur sowie den institutionellen Ergebnissen der Konflikte seinen Ausdruck findet.

Die Beantwortung von Fragen dieser Art verspricht nicht nur empirische Wissenslücken zu füllen. Mindestens ebenso wichtig erscheint der mögliche Beitrag zur Prüfung und Weiterentwicklung theoretischer Über-

¹ Versuche in früheren Stadien dieser Studie, hier mit Erklärungen anzusetzen, erwiesen sich als Fehlschlag.

legungen, die in diesem Bereich oft auf spekulativen Annahmen, simplen Modellvorstellungen und empirisch kaum unterfütterten Konzeptionen beruhen. Diese Studie wird auf die gestellten Fragen keine definitiven Antworten liefern, aber doch bestimmte Antworten ausschließen, andere einkreisen und empirisch stützen. Ein solches Vorgehen unterscheidet sich vom Popperschen Falsifikationsideal, das sich auf eng geschnittene und meist aus ihrem Zusammenhang gelöste Aussagen bezieht, welche nur ein Entweder-Oder zulassen. Es geht vielmehr darum, Defizite bisheriger Konzeptualisierungen von Modernisierung und sozialen Bewegungen zu benennen und darauf mit einem eigenen Entwurf zu reagieren, der Interpretationsangebote bereithält, die sich im Lichte empirischer Fakten als mehr oder weniger überzeugend erweisen können.

Leitend ist somit der Anspruch, Theorie und Empirie auf mehreren Analyseebenen zu verbinden, die bislang weitgehend getrennten Themenstränge von Modernisierung und sozialen Bewegungen zu verknüpfen und dabei insbesondere das Mittel systematischer Vergleiche zu nutzen.² Zu diesem Zweck soll die "dichte Beschreibung" im Sinne von Clifford Geertz (1973) in den Hintergrund treten. Dieser mehrstufige komparative Ansatz macht das Vorhaben im Vergleich zu stärker fokussierten Analysen und namentlich singulären Fallstudien reichlich komplex, birgt aber auch Chancen hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit von Einsichten sowie notwendiger Differenzierungen.

3. Untersuchungsansatz und Prämissen

Jedes wissenschaftliche Denken und Argumentieren gründet auf Voraussetzungen, die es seinerseits nicht mehr "ableiten" kann, ohne sich in einer infiniten Kette von Begründungen von Begründungen zu verlieren. Das bedeutet jedoch nicht, eigene Prämissen willkürlich zu setzen. Es sollte sich vielmehr um Vorgaben handeln, die auf der Grundlage eines methodolo-

² Deren Vorteile wurden nicht nur in der allgemeinen Literatur zur Komparatistik, sondern auch speziell für soziale Bewegungen als "fuzzy systems" (Melucci 1985: 802) hervorgehoben: "The first and most obvious benefit of comparison is that it is a correction to the theoretically inclusive but practically narrowly tested models that have dominated the study of social movements in the past." (Klandermans/Tarrow 1988: 15) Ähnlich auch Kitschelt (1991: 342): "Analyzing cross-national differences will put each theory in perspective and yield more comprehensive and sophisticated theories that more adequately capture the complexities of social movements."

gischen, theoretischen und empirischen Problembewußtseins formuliert werden und die es im Gang der Untersuchung in einem rekursiven Verfahren schrittweiser Plausibilisierung "einzuholen" gilt. Vorgängige theoretische Annahmen haben sich in der Anwendung und Kritik des eigenen Konzepts zu bewähren und sind gegebenenfalls zu ändern. Damit ist ein Wissenschaftsverständnis angedeutet, das nicht strikt der Sequenz von Theorie-Hypothese-Operationalisierung-Test folgt, aber für theoretische und empirische Kritik offenbleiben will. Ein solches Verständnis orientiert sich vielmehr, um es in einer wenig vertrauten Terminologie auszudrücken, an einem *interpretativen* Paradigma (Giddens 1984). Dies schließt ein, soziale Beziehungen als einen historisch gewachsenen Sinnzusammenhang "deutend verstehen und dadurch in seinen Wirkungen ursächlich erklären" zu wollen (Weber 1976: 1). Soziale Wirklichkeit kann demnach nicht einfach "im Feld" aufgelesen werden; sie ist vielmehr vorinterpretierte Welt, die es im Rückgriff auf wissenschaftliche Kategorien verstehend zu rekonstruieren gilt.³ Damit verbindet sich die Einsicht, daß der Forscher samt seines begrifflichen Apparats einem sozialem Kontext zugehört. Aufklärung über einen sozialen Gegenstand ist demnach immer auch ein Stück Selbstaufklärung: Vergewisserung des eigenen gesellschaftlichen Standorts, der selbst im vergeblichen Versuch einer völligen "Objektivierung" unfreiwillig seine Bindung an ein bestimmtes Verständnis von Wissenschaft und Gesellschaft verrät.

Das Gesagte läßt sich in drei *methodologische Grundannahmen* übersetzen, welche die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen dieser Studie anleiten:

1. Theoriebildung im strengen Sinne zielt auf retrospektive oder prospektive Erklärungen bestimmter Art. "The explanation should be accurate, general, parsimonious, and causal." (Przeworsky/Teune 1970: 74) Ein solcher Anspruch mag vielleicht für ex post-Analysen eng begrenzter sozialer Phänomene gelten, aber ist im Hinblick auf komplexe makrosoziale Prozesse nicht einzulösen.⁴ Theoriebildung auf dieser Ebene muß *Unvereinbarkeiten anerkennen*. Im Anschluß an W. Thorngate hat Karl Weick (1985: 54) gezeigt, "daß eine Theorie sozialen Verhaltens unmöglich zugleich

³ Vgl. dazu vor allem Schütz (1974). In den Worten von Sztompka (1990: 48): "The sociologist has to order what is already ordered, to map what is already mapped, to interpret what is already interpreted."

⁴ Vielleicht sind aus diesem Grund die Kriterien von Levy (1963: 11) weniger streng: "For the use in scientific work, theories may be considered 'good' to the extent that they: (a) are precise, (b) have empirical referents, (c) are fruitful for the development of still further theories (preferably 'good' ones), and (d) are more nearly tenable or relatively well confirmed."

allgemein, genau und einfach sein kann." Will man alle drei Kriterien ernst nehmen, so muß das zu Kompromissen führen. Insbesondere wird es auf der allgemeinen Ebene einer Theorie von Modernisierung und sozialen Bewegungen eher um einen Interpretationsrahmen als um strikte Erklärungen gehen.⁵

2. Sozialwissenschaftliche Theoriebildung ist in zweifachem Sinne *historisch*. Sie bleibt gebunden an raum-zeitliche Grenzen ihres Objektbereichs und ihrer eigenen Erkenntnismittel. Bezogen auf diese Studie bedeutet das, daß der Zusammenhang von Modernisierung und sozialen Bewegungen zwar weit, aber nicht ahistorisch gefaßt werden kann (Tilly 1984: Kap. 1-3). Dies heißt in zeitlicher Hinsicht, sich der tief reichenden Wurzeln gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen und kollektiver Akteure zu vergewissern, also jene Elemente freizulegen, in denen Vergangenheit im dialektischen Sinne des Wortes "aufgehoben" ist. In räumlicher Hinsicht erscheint es angebracht, den Zusammenhang von Modernisierung und sozialen Bewegungen zwar über nationale Grenzen hinweg, aber doch innerhalb der Schranken eines großen Kulturraums zu thematisieren. Der breiteste, hierfür als notwendig erachtete Rahmen umfaßt die fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften des Westens.

3. Gesellschaften sind ein nicht determinierter Sinnzusammenhang. Als ein solcher scheinen sich allerdings erst moderne Gesellschaften reflektieren und damit auch radikal in Frage stellen zu können. Moderne Gesellschaften reproduzieren sich nicht nur in Fortschreibung überlieferter Strukturen, charakterisiert durch die "Abwesenheit des Subjekts" (Giddens 1984: 77). Strukturen können vielmehr selbst ein Objekt intentionaler Veränderung bilden. In diesem Sinne sind sie, um eine Formel von Tenbruck (1976: 3) aufzugreifen, zugleich "gegebene" und "hergestellte Wirklichkeit". Eine Analyse gesellschaftlicher Entwicklung hat diesem Doppelaspekt Rechnung zu tragen. Zum einen gilt: Gesellschaft *reproduziert* sich durch "bewußtlose", und das heißt dann: alternativlose Einfügung der Subjekte in bestehende Strukturen. Jedoch ist Einfügung nicht immer erzwungene Unterordnung, sondern vollzieht sich weithin als gleichsam organische Akkulturation und Sozialisation. Gesellschaftliche Reproduktion ist zudem kein mechanischer Vorgang der Wiederholung. Bestehende Institutionen erhalten sich vielmehr, indem sie Raum gewähren für kontext- und subjektabhängige Variationen.⁶ Das macht den Kosmos von Mikro- und Makrostruktur

⁵ Auch wenn der Objektbereich dieser Studie enger ist als das, was Tilly vor Augen hat, so gelten doch folgende Postulate: "Historically grounded huge comparisons of big structures and large processes help establish what must be explained, attach the possible explanations to their context in time and space, and sometimes actually improve our understanding of those structures and processes." (Tilly 1984: 145)

spannungsreich und prekär, zumal die Einordnung des Subjekts und - im historisch seltenen Grenzfall - die kollektive Anerkennung einer bestehenden sozialen Ordnung verweigert werden kann. Darin liegt das andere, nämlich *produktive* Moment von Gesellschaft. Sie erzeugt sich durch zielgerichtetes, kreatives Handeln (Joas 1992) - in der alltäglichen interpretativen Aneignung und Weiterentwicklung des Bestehenden wie im außergewöhnlichen Moment der "großen Verweigerung" (Herbert Marcuse).

Wenngleich die Aspekte der Reproduktion und Produktion von Gesellschaft analytisch unterschieden werden können, so ergibt erst ihr empirisches Zusammenspiel gesellschaftliche Totalität im Sinne eines strukturell präformierten, aber nicht in allen konkreten Ergebnissen determinierten Wirkungszusammenhangs.⁷ Totalität meint nicht nur Gesellschaft als Gefüge epochaler Makrostrukturen, sondern auch die Summe konkreter Institutionen und Regeln, ja selbst höchst situativ und kontingent erscheinender Interaktionen des sozialen Mikrokosmos.

Makrostrukturen sind nicht einfach ein überindividuelles Datum jenseits der Sphäre des Handelns. Selbst wenn sie der Einwirkungsmöglichkeit des einzelnen entrückt bleiben, so sind sie doch nichts anderes als ein Sediment zurückliegender Handlungen, in die ihrerseits zu Strukturen geronnene Handlungen eingeflossen sind: fraglos übernommene Traditionen, aber auch Ergebnisse bewußter Eingriffe. Es versteht sich, daß solche gezielten Versuche sozialer Veränderung nicht intendierte Folgen zeitigen, die wiederum strukturbildende Effekte haben können.

Selbst die in ihrer konkreten Form einzigartigen mikrosozialen Interaktionen sind nicht ausschließlich ein Produkt des Augenblicks. Sie tragen zugleich das Signum eines bestimmten gesellschaftlichen Umfeldes und einer bestimmten Epoche; sie verkörpern immer auch ein überindividuelles Substrat in Form von Rollen, Sprache usw. Dieses *soziale* Substrat individuellen Handelns wird im subjektiven Vollzug von Handlungen und sprachlichen Äußerungen aktualisiert, selbst wenn sich die Akteure zu einzelnen seiner Aspekte kritisch verhalten mögen.

Als methodologische Konsequenz aus diesen Überlegungen ergibt sich die Notwendigkeit, auf *Systemtheorie und Handlungstheorie* zurückzugreifen. Die Schwierigkeit liegt in der Verbindung beider Stränge.

⁶ Bourdieu (1976: 169; 1987: 104) hat diese Überlegung am Konzept des Habitus durchgespielt.

⁷ Zu Recht weist Gamson (1968: 188f.) darauf hin, daß sozialer Wandel zumeist eine Verbindung von bewußter Entscheidung und nicht intendierten Entwicklungsprozessen darstellt.

4. Grundbegriffe und Hypothesen

1. *Modernisierung* wird als ein gerichteter, wenngleich in seinen konkreten institutionellen Ausprägungen nicht determinierter Entwicklungsprozeß einer bestimmten Gesellschaftsformation aufgefaßt, die im feudalen Okzident ihren Ausgang nahm und insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert ihren Geltungskreis auf große Teile der Erde erweiterte. Mit Blick auf ihren Ursprung kann von okzidentaler Modernisierung gesprochen werden. Die Richtung des Modernisierungsprozesses läßt sich hinsichtlich zweier, aufeinander verweisender Dimensionen bezeichnen. Auf systemischer Ebene besteht der Schlüsselprozeß in der Radikalisierung von bereits in hochkulturellen Gesellschaften angebahnter *funktionaler Differenzierung*. Auf der Ebene von Weltbildern und personalem Verhalten bedeutet Modernisierung die Abkehr von religiösen Sinnsystemen zugunsten fortschreitender *Ich-Zentrierung*. Das Zusammenwirken beider Prozesse ermöglicht einen hohen Grad an Autonomie und Kontingenz; es begünstigt nicht nur raschen sozialen Wandel, sondern auch die gezielte Einwirkung der Gesellschaft und des Individuums auf sich selbst.

Wichtigste *institutionelle Ergebnisse* des Modernisierungsprozesses sind die Zurückdrängung der Religion als verbindlicher Ordnungs- und Legitimationsinstanz, die Abkehr von subsistenzwirtschaftlichen Produktions- und Lebensweisen, die Herausbildung der kapitalistischen Warenwirtschaft und des modernen Nationalstaates, die Positivierung des Rechts, die formale und zum Teil auch materiale Demokratisierung von Herrschaft sowie eine massenmedial vermittelte Öffentlichkeit.

Der Modernisierungsprozeß verläuft *unstetig und ungleichzeitig*, vollzieht sich - im Groben gesehen - in Phasen innovatorischer Schübe einerseits und Phasen der Konsolidierung bereits angelegter Entwicklungsmuster andererseits. Innerhalb der Moderne kann mit Blick auf spezifische Mechanismen der System- und Sozialintegration (Lockwood 1964) zwischen verschiedenen *Gesellschaftstypen* (etwa kapitalistischer und sozialistischer Art) differenziert werden, die ihrerseits bestimmte *Entwicklungsstufen* durchlaufen (etwa vom liberalen zum organisierten Kapitalismus).

2. Erst wenn Geschichte als "machbar" erfahren wird, können *soziale Bewegungen* im strikten Sinne des Wortes entstehen. Insofern wird hier ein historisch eingeschränkter, ausdrücklich an die Existenz moderner Gesellschaften gebundener Begriff sozialer Bewegungen vertreten. In einer ersten Annäherung gelten *soziale Bewegungen als ein auf gewisse Dauer gestellter Versuch mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen*,

sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.

3. Kommt es zu fundamentalen Konflikten zwischen sozialen Bewegungen und/oder etablierten Funktionseliten über die Angemessenheit und Legitimität zentraler Werte und Institutionen, so wird von einer Krise der *Sozialintegration* gesprochen. Ob und wie jedoch solche Krisen mit Krisen der *Systemintegration*, also massiven Funktions- oder Steuerungsproblemen, zusammenhängen, ist letztlich eine empirische Frage. "Störungen der Systemintegration sind nur in dem Maße bestandsgefährdend, als die *soziale Integration* auf dem Spiel steht, d.h. als die Konsensgrundlage der normativen Strukturen so weit beeinträchtigt wird, daß die Gesellschaft anom wird." (Habermas 1973: 12) Solange Krisen der Systemintegration als bedrohlich, aber nicht politisch verursacht erscheinen, können sie sogar bestehende Muster der Sozialintegration stabilisieren.

4. Die hier im Mittelpunkt stehende Entwicklungsstufe des *wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus* ist eine Sonderform des organisierten Kapitalismus. Letzterer hat sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durchgesetzt. Er ist unter anderem charakterisiert durch ein hohes Maß an innerökonomischer Verflechtung und staatlicher Regulierung, welche jedoch - im Unterschied zur absolutistischen Herrschaft - demokratisch rückgebunden bleibt. Kapitalistisch ist diese Gesellschaftstufe insofern, als die Produktionsmittel weitgehend in privaten Händen sind und der Mehrwert überwiegend privat angeeignet wird, wenngleich auf Basis fiskalischer Abschöpfung erhebliche Umverteilungen stattfinden.

Als eine Variante moderner Gesellschaften enthält der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus zugleich deren allgemeine Merkmale. Zeitdiagnostische Gesellschaftstheorie kann sich somit nicht auf die Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklungsstufe beschränken, sondern muß die Grundzüge *moderner Gesellschaften* im Auge behalten. Erst wenn die Ebenen von Gesellschaftsformation und Gesellschaftstypus analytisch geschieden werden, läßt sich beispielsweise auch theoretisch begründen, warum nicht jede anti-kapitalistische Bewegung mit einer antimodernen Bewegung gleichzusetzen ist.

Der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus bildete sich überwiegend in den 1960er Jahren in einem signifikanten *Modernisierungsschub* heraus. Deswegen bestimmen noch heute das Profil der fortgeschrittensten westlichen Gesellschaften. Äußere Resultate waren (a) ökonomische Transformationen (enge weltwirtschaftliche Verflechtungen, intensive Kapitalisierung, neue Schlüsselindustrien usw.), (b) institutionelle und prozedurale Reformen (z.B. die Einführung von Elementen politischer Planung und

Bürgerbeteiligung) sowie Eingriffe auf der Ebene materieller Politik (darunter die Expansion des Bildungs- und vor allem des Sozialsektors, der Ausbau staatlicher Wissenschafts- und Technologiepolitik) und (c) schließlich ein kultureller Liberalisierungsschub (Ausbreitung hedonistischer Werte, Konsumerismus usw.).

5. Dieser Modernisierungsschub weckte einerseits *erhöhte Ansprüche* an Politik und Gesellschaft, schuf andererseits aber auch *verschärfte Belastungen* ökologischer, sozialer und psychischer Art. Die Verkörperung der gesteigerten Ansprüche, die Sensibilität für die Kehrseiten des Modernisierungsprozesses, nicht zuletzt auch die Artikulationsmöglichkeiten für Unzufriedenheit und Kritik zeigen sich am deutlichsten bei den Mittelschichten bzw. der "neuen Mittelklasse" (Parkin 1968; Carter 1985). Vor allem aus diesen Schichten, die funktional nicht im Zentrum des industriekapitalistischen Produktionsprozesses stehen, aber auch keineswegs zu gesellschaftlichen Randgruppen zählen, rekrutieren sich die politischen Aktivisten, die den sozialstrukturellen Kern der neuen sozialen Bewegungen bilden (Brand 1989a).

6. Die Protestgruppen, die ab Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre entstanden sind, haben unterschiedliche thematische Anliegen und lassen sich schwerlich auf einen eindeutigen politisch-ideologischen Nenner bringen. Gleichwohl weisen sie abstrakte Gemeinsamkeiten auf, die eine - wenn auch vage bleibende - kollektive Identität stiften und somit erst die Rede von den *neuen sozialen Bewegungen* rechtfertigen. Diese Gemeinsamkeiten ergeben sich aus dem gesellschaftlichen Entstehungshintergrund und damit auch der kritischen Stoßrichtung dieser Bewegungen. Hierbei ist zwischen den Referenzebenen von Gesellschaftsformation (Moderne), Gesellschaftstypus (Kapitalismus) und/oder spezieller Entwicklungsstufe (wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus) zu unterscheiden. Meine These ist, daß die neuen sozialen Bewegungen zwar auf allen drei Ebenen ansetzen, aber nur im Hinblick auf die Strukturen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wirkliche Eingriffskapazitäten aufweisen.

Die neuen sozialen Bewegungen indizierten zumindest phasenweise *manifeste Probleme der Sozialintegration*. Wurden diese von linken Autoren vor allem als Motivations- und Legitimationskrise gedeutet, so umschrieben sie konservative Beobachter als "political overload", "Anspruchsinflation" oder "Werteverfall" und beschworen sogar einem Zustand der "Unregierbarkeit". Beide Sichtweisen, die sich in ihrer Diagnose, nicht aber ihrer Therapie stark ähneln (dazu Offe 1979), enthalten richtige Einzelbeobachtungen, sind jedoch ungeeignet, die Entstehung und Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen angemessen zu beurteilen. Sie verkennen die objek-

tiven Ursachen und konkreten Auslöser der neuen sozialen Bewegungen und lassen deren tiefere Bezugsebenen - ihr Verhältnis zum (wohlfahrtsstaatlichen) Kapitalismus und zur Moderne - außer acht.

5. Gegenstand, Methoden und Aufbau der Studie

1. Obgleich modernisierungstheoretische Überlegungen auf einen enorm breiten Objektbereich abzielen, ist doch der Gegenstand dieser Arbeit deutlich eingegrenzt:

- *sachlich* auf die Entstehungsbedingungen, Themen, Formen und Effekte neuer sozialer Bewegungen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, wobei auf einer konkreteren Ebene insbesondere auf die Frauen- und Ökologiebewegungen und in einem weiteren Schritt auf je eine zentrale Kampagne dieser beiden Bewegungen eingegangen wird;
- *räumlich* auf einen Vergleich der USA, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland unter Vernachlässigung regionaler Unterschiede innerhalb dieser Länder;
- *zeitlich* auf die Phase von den Studentenbewegungen der 1960er Jahre bis zu den neuen sozialen Bewegungen der Gegenwart.

Warum dieser noch immer breite Rahmen? Warum gerade dieser Zuschnitt des Untersuchungsgegenstands?

Eine Studie, die auf der Ebene *westlicher Industriegesellschaften* ansetzt, ohne die Gesamtheit der damit angesprochenen Länder auch nur annähernd erfassen zu können, geht notwendig von der Prämisse aus, daß diese Länder trotz ihrer Besonderheiten wesentliche ökonomische, politische und soziokulturelle Merkmale teilen. Nach der Terminologie von Przeworski/Teune (1970: 31ff.) handelt es sich bei der hier getroffenen Auswahl von Ländern um ein "most similar systems design".⁸ Erst diese Gemeinsamkeiten, die sich zumindest in Westeuropa bereits seit langem angebahnt haben (Kaelble 1987), spätestens seit den 1960er Jahren deutlicher herauschälen und durch ein immer engeres Netz von Kommunikationen und Kooperationen verstärkt werden, legen es auch nahe, die neuen sozialen Bewegungen

⁸ Ein Vorteil besteht darin, daß nicht bereits durch die Wahl extrem kontrastierender Länder alle Varianzen auf konkreterer Ebene überdeterminiert sind. Andererseits erlaubt ein solches Design lediglich Aussagen eines mittleren Generalisierungsgrads (Dogan/Pelassy 1984: 120).

nicht als nur nationales Phänomen zu sehen, sondern sie - trotz länderspezifischer Profile - einer bestimmten Entwicklungsstufe eines bestimmten Gesellschaftstypus zuzurechnen.⁹

Die hier vorgenommene Auswahl von *drei Ländern* läßt sich nicht strikt aus der Fragestellung deduzieren, sondern ist Ergebnis einer Abwägung von Vor- und Nachteilen. Da die komparative Analyse gegenüber der exemplarisch verfahrenen Fallstudie bevorzugt wurde, wäre es möglich, sich auf nur zwei, aber auch viele oder gar alle entwickelten Industrieländer zu beziehen. Ein sehr breit angelegter Vergleich, wie er in dem von Russett et al. (1964) initiierten und in zwei weiteren Ausgaben fortgeschriebenen "World Handbook of Social and Political Indicators" gipfelt, böte zwar im Prinzip die Chance, eine relativ große Zahl von Parametern kontrollieren zu können. Kehrseite dieses Vorteils wären jedoch Unschärfen und Unsicherheiten, die sich daraus ergäben, daß bei hohen Fallzahlen meist nur sehr grobe und nicht immer hinreichend vergleichbare Indikatoren zugrundegelegt werden, deren tatsächlicher Entstehungs- und Bedeutungszusammenhang meist vernachlässigt oder völlig ignoriert wird (Rokkan 1970; Jasper 1987). Das kann dann zu einer nur scheinengenauen "Variablensoziologie" führen, die zudem im Falle von bestimmten Protestanalysen auf einer hochgradig problematischen Datenbasis wie dem erwähnten *World Handbook* beruht (Rucht/Ohlemacher 1992: 79ff.). Aus diesen Gründen wurde eine Entscheidung zugunsten einer gegenstandsnahen, empirisch möglichst gehaltvollen und verstehenden Analyse getroffen, die nur wenige Länder einbezieht. Leitend war die dem Vergleich schlechthin zugeschriebene Chance "to learn 'more about less'" (Rogers/Eveland 1981: 294). Damit hat man sich zwar mit dem Grundproblem von "many variables, small number of

⁹ Hier stellt sich die in der Fachliteratur als "Galton's problem" (Naroll 1965) diskutierte Frage, inwieweit man beim Vergleich von Ländern überhaupt von unabhängigen Einheiten ausgehen kann oder ob bestimmte Ähnlichkeiten zwischen den Einheiten auf vielfältige Austausch- und Dependenzbeziehungen zurückgehen. Mit Blick auf Protestbewegungen seit den 1960er Jahren läßt sich argumentieren: "There are cross-national differences and similarities, but the factors explaining differences are primarily not national but cultural." (Scheuch 1990: 29) Hinzu kommt das Faktum, daß auf seiten der sozialen Bewegungen als dem zu erklärenden Phänomen mit grenzüberschreitenden Diffusionsprozessen zu rechnen ist (McAdam/Rucht 1993). Obgleich sich die damit verbundenen methodologischen Probleme nicht wirklich lösen lassen, können sie, analog zum dem als "incorporated comparison" (McMichael 1990) bezeichneten Verfahren, durch die Kombination zweier Vergleichsebenen zumindest reduziert werden. Geht es auf einer ersten Ebene um neue soziale Bewegungen als eine relativ stabile Erscheinungsform eines bestimmten Gesellschaftstypus, so werden auf der zweiten Ebene konkreter Länder vor allem die länder-, bewegungs- und zeitspezifischen Differenzen aufgezeigt. Auf dieser zweiten Ebene offenbart sich noch immer die Prägekräft von "the country as the engine of development" (Teune 1990: 41).

cases" (Lijphart 1971: 685) herumzuschlagen, wählt allerdings ein potentiell fruchtbares Verfahren, das Lijphardt (1971; 1975) in überzogener Weise als die komparative Methode schlechthin ausgibt.

Welche Vergleichsstrategie auch gewählt werden mag - komparatives Wissen ist der Schlüssel "to understanding, explaining and interpreting" (Ragin 1987: 6). Der Vergleich vermag vor naiver Generalisierung bewahren und zumindest eines leisten: "To be sure, one may engage in comparative work for any number of reasons; but *the* reason is control." (Sartori 1991: 244)

Der Gefahr einer vorschnellen Parallelisierung oder Kontrastierung bei der Wahl von nur zwei Untersuchungsländern soll durch die Einbeziehung eines dritten Landes begegnet werden. Im Rahmen des oben bezeichneten "most similar systems design" wurde allerdings ein Spektrum von Ländern bevorzugt, das "variation finding comparison" erlaubt (Tilly 1984: 85).¹⁰ Das Problem der geringen Fallzahl ist durch die zusätzlichen Vergleiche zweier Bewegungen, zweier Konfliktfälle und eines relativ langen Untersuchungszeitraums abgemildert. Gleichwohl bleiben natürlich Grenzen der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Die Berücksichtigung der *Bundesrepublik* ergab sich in erster Linie aus der Zugehörigkeit des Verfassers zu diesem Sprach- und Kulturkreis, dem damit verbundenen Hintergrundwissen sowie einschlägiger, auf dieses Land bezogener Vorarbeiten. Für die Bundesrepublik sprachen weiterhin ihr fortgeschrittener Modernisierungsgrad im Vergleich zu den meisten übrigen europäischen Ländern sowie ihre ungewöhnlich ausgeprägten und vitalen neuen sozialen Bewegungen.

Ähnliche Argumente ergaben sich für die *USA*: Ein Land, dessen politischer und technisch-industrieller "Modellcharakter" im alltagsweltlichen Verständnis wie auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur weithin anerkannt ist, dessen Protestbewegungen in zeitlicher und thematischer Hinsicht vielfach eine Vorreiterfunktion haben, empfiehlt sich für eine komparative Studie in diesem Feld. Im Vergleich zu den meisten westeuropäischen Ländern bietet zudem der geringe Grad an Durchstaatlichung, Bürokratisierung und Zentralisierung eine interessante und theoretisch instruktive Varianz.

Für die Einbeziehung von *Frankreich* sprach - neben Sprachkenntnissen, frankophilen Neigungen und einigen Vorarbeiten des Verfassers - vor

¹⁰ Tilly (1984) typisiert vier Vergleichsstrategien und benennt dafür jeweils exemplarisch die Arbeiten prominenter Autoren. Neben "variation finding comparison" (Beispiel: Barrington Moore) sind dies "individualizing" (Reinhard Bendix), "universalizing" (Theda Skocpol) und "encompassing comparisons" (Stein Rokkan).

allem eine Reihe von Besonderheiten, die selbst erklärungsbedürftig sind, teils aber auch als erklärende Variablen in Betracht kommen. Worauf gründet beispielsweise das eruptive Potential französischer Sozialbewegungen, das zugleich mit deren relativer Strukturschwäche bzw. oft lange anhaltender Latenz kontrastiert? An wichtigen erklärenden Faktoren sei hier nur erinnert an die traditionelle Stärke des zentralistischen politisch-administrativen Apparats, die ungewöhnlich geschlossene Herrschaftselite, das im Vergleich zur Bundesrepublik und erst recht zu den USA breitere Spektrum etablierter Parteien und die scharfe, wenngleich inzwischen etwas abnehmende Links-Rechts-Polarisierung.

Gerade auf der Suche nach kontrastierenden Elementen wäre die Einbeziehung anderer Länder von hohem Interesse, sofern diese hinsichtlich ihrer kulturellen Tradition (z.B. Japan), ihres Modernisierungsgrades (südeuropäische Länder), ihrer ökonomisch-politischen Relevanz (Benelux-Staaten) oder ihrer politischen Verfassung (Schweiz) erheblich von den hier ausgewählten Ländern abweichen. Doch eine derartige Erweiterung hätte nicht nur die Kenntnisse und Verarbeitungskapazitäten des Verfassers überfordert, sondern auch den bestehenden Konkretionsanspruch sowie das Anliegen einer "verstehenden" Interpretation gesprengt.

Die Wahl speziell der *Frauen- und der Ökologiebewegung* ist erstens dadurch begründet, daß es sich hierbei um die wohl dauerhaftesten und gesellschaftlich folgenreichsten neuen sozialen Bewegungen handelt. Weitere Kriterien sind theoretischer Natur. Beide Bewegungen differieren in mehrfacher Hinsicht. Zum ersten folgt die neue Frauenbewegung primär einer expressiven und identitätsbezogenen Logik, die Ökologiebewegung primär einer instrumentellen und machtbezogenen Logik. Daraus ergeben sich besondere Implikationen für die bevorzugten Strategien und Mobilisierungsformen beider Bewegungen (Rucht 1988). Zusammengenommen decken sie relativ gut die diesbezügliche Bandbreite neuer sozialer Bewegungen ab. Zum zweiten verkörpert die neue Frauenbewegung vor allem gesteigerte Anspruchshaltungen und ist somit eine offensive Bewegung. Zwar erhebt sie im Vergleich zur historischen Frauenbewegung kaum grundlegend neue Forderungen, aber sie radikalisiert emanzipatorische Ansprüche bzw. dehnt sie auf weitere Lebensbereiche aus. Dagegen kann die Ökologiebewegung eher dem Typus defensiver Bewegungen zugerechnet werden. Sie reagiert auf wachsende Folgekosten des technisch-industriellen Modernisierungsprozesses und sucht diesen in Schranken zu halten. Auch dieses Anliegen ist nicht historisch neu, aber hat an Brisanz gewonnen. Beide Bewegungen repräsentieren insbesondere in ihrer Formierungsperiode zwei analytisch unterscheidbare Elementarformen neuer sozialen Bewegungen, die in ihren

späteren Entwicklungsphasen weitgehend verschmelzen. Beide Formen beziehen sich auf unterschiedliche Aspekte des hier ins Zentrum gerückten Modernisierungsschubes der 1960er Jahre. Im einen Fall geht um offensive Gleichheits- und Emanzipationsforderungen, die das Geschlechterverhältnis und damit vorrangig Fragen der soziokulturellen Lebensweise betreffen; im anderen Fall geht es um die defensive Begrenzung von Negativfolgen, die das Naturverhältnis und damit die Sicherung und Qualität der materiellen Lebensgrundlagen berühren.¹¹

Für die Wahl der beiden *Konfliktfelder Abtreibung und Atomenergie* spricht eine Reihe von Gründen. Es handelt sich erstens um Streitthemen, die in modernisierungstheoretischer Sicht eine instruktive Varianz bieten, insofern sie eher offensive und eher defensive Forderungen der Protestbewegungen begründen sowie eine primär politisch-moralische und eine primär politisch-ökonomische Auseinandersetzung beinhalten. Daß beide Konflikte unmittelbar nichts miteinander zu tun haben, ist kein Nachteil. Vielmehr erhöht sich damit die Chance für verallgemeinernde Aussagen über erklärende nationale Rahmenbedingungen sowie die Wechselwirkungen von Protest und Reform. Schließlich bieten beide Konfliktthemen nicht zu unterschätzende untersuchungspragmatische Vorteile: ihre Verknüpfung mit der Frauen- bzw. Ökologiebewegung, die Relevanz und hohe Mobilisierungskraft beider Themen in den drei Ländern, ihre weitgehend ähnliche zeitliche Lagerung sowie ihre klare Ausrichtung auf Policy-Entscheidungen. Letzteres erleichtert die ohnehin schwierige Wirkungsanalyse von Protestmobilisierung.

Der *zeitliche Untersuchungsrahmen* wird einerseits durch das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen abgesteckt. Da diese ganz wesentlich von der Neuen Linken sowie den Studentenbewegungen und gegenkulturellen Strömungen der 1960er Jahre beeinflusst wurden, liegt es nahe, diese Impulse mit im Blick zu behalten. Die Ausdehnung des Untersuchungszeitraums bis in die Gegenwart läßt am ehesten die Formveränderungen und Wirkungen der ausgewählten Bewegungen und Konflikte sichtbar werden. Insbesondere hinsichtlich der Konflikte um Abtreibung und Atomenergie kommt mit der Gegenwart ein langgestreckter Protest- und Reformzyklus zu seinem (weitgehenden) Ende. Das erlaubt es, mehr als eine mit großen Unsicherheiten behaftete Zwischenbilanz zu ziehen.

¹¹ Die Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven Bewegungen ist nicht identisch mit der zwischen pro- und antimodernen Bewegungen. Wenn die mit rationalen Mitteln betriebene Aufklärung über Konsequenzen menschlichen Handelns ein wesentliches Kennzeichen der Moderne bildet, so kann auch Folgenorientierung und defensive Folgenbegrenzung hochgradig rational sein (dazu Preuß 1984: 272ff.).

2. Die Wahl der Quellen und Methoden richtet sich nach den jeweiligen Untersuchungsgegenständen. Der allgemeine Interpretationsrahmen zum Thema Modernisierung und soziale Bewegungen wird in der Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Theorieangebot entwickelt. Die nachfolgenden empirischen Teile beruhen überwiegend auf einer *Sekundäranalyse* einschlägiger wissenschaftlicher Arbeiten, welche mit Blick auf die hier vorgestellten Fragen und Hypothesen gesichtet werden. Ergänzend und partiell korrigierend zur Sekundäranalyse werden verschiedene primäre Quellen und Analyseverfahren genutzt. Konkrete empirische Aussagen stützen sich insbesondere auf

- *Leitfadeninterviews*, die ich mit Beobachtern und Aktivisten verschiedener Bewegungen in den drei Ländern durchgeführt habe (Anhang A). Die Befragten werden als Experten angesehen, die ein ansonsten kaum greifbares Spezialwissen akkumuliert haben.
- *Protestereignisdaten*, die teils eigenständig erhoben, teils von Kollegen zur Verfügung gestellt wurden (Anhang B),
- *Daten zu Bewegungsorganisationen*,
- *schriftliche Materialien* von Bewegungen und sonstigen politischen Akteuren.

3. Die Abfolge der einzelnen *Untersuchungsschritte* ist im wesentlichen von dem Anspruch geleitet, einerseits zwei große Themenstränge - Modernisierung und soziale Bewegungen - aufeinander zu beziehen, andererseits diesen Zusammenhang im Aufstieg von abstrakten zu konkreten Fragestellungen zu entwickeln. *Kapitel 1* dient der theoretischen Grundlegung. Hierbei sollen Schlüsselbegriffe geklärt und ein konzeptioneller Entwurf formuliert werden, der Modernisierung und soziale Bewegungen zusammendenkt. Dieser Zusammenhang wird in *Kapitel 2* anhand von relevanten Bewegungen im historischen Längsschnitt verdeutlicht. Ausgehend von einer kritischen Bilanz von Theorien neuer sozialer Bewegungen skizziere ich in *Kapitel 3* ein Konzept speziell dieses Bewegungstypus.

Die drei folgenden Kapitel sind dem empirischen Vergleich sozialer Bewegungen in den untersuchten Ländern gewidmet. Ausgehend von einer Übersicht zu den nationalen Bewegungssektoren behandelt *Kapitel 4* die Gesamtheit der neuen sozialer Bewegungen in den drei Ländern. Vor diesem Hintergrund werden in *Kapitel 5* die neuen Frauenbewegungen und - nach dem gleichen Gliederungsprinzip - in *Kapitel 6* die Ökologiebewegungen untersucht. Ziel ist die Beschreibung von Merkmalen dieser Bewegungen und die Abschätzung ihrer Effekte auf Gesellschaft und Politik. Schließlich wird in *Kapitel 7* ein relativ invariantes Merkmal, nämlich die im Länder- und Bewegungsvergleich ermittelte Art und Stärke der

Mobilisierungsstrukturen, mit Hilfe eines Konzepts gesellschaftlicher Kontextstruktur zu erklären versucht.

Im weiteren steht die konkrete Dynamik von Protest- und Reformschüben im Mittelpunkt. Ausgewählt wurde je eine zentrale Kampagne, in welche die Frauenbewegungen bzw. die Ökologiebewegungen involviert waren. *Kapitel 8* analysiert den Konflikt um die Liberalisierung der Abtreibung, *Kapitel 9* den Konflikt um die zivile Nutzung der Atomenergie. In länder-, themen- und zeitvergleichender Perspektive geht es in *Kapitel 10* darum, die Policy-Ergebnisse beider Konflikte im Rückgriff auf ein Prozeßmodell zu erklären. Die bereits erwähnte thematische Unabhängigkeit beider Konflikte bietet einen guten Ausgangspunkt, um themenübergreifende Konflikt- und Mobilisierungsmuster zu identifizieren und generalisierende Überlegungen zum Verhältnis von Protest und Reform anzustellen.

Das *Schlußkapitel* resümiert die wichtigsten theoretischen und empirischen Ergebnisse.

Es bleibt darauf hinzuweisen, daß nicht alle ausgebreiteten empirischen Informationen in dem hier entwickelten Struktur- und Prozeßmodell aufgegriffen oder an die theoretischen Vorgaben der Kapitel 1 und 3 zurückgebunden werden. Was unter ökonomischen Gesichtspunkten als verschwenderische, sich in einem langen Text und umfangreichen Literaturverzeichnis manifestierende "Überproduktion" erscheint, kann jedoch für diejenigen von hohem "Gebrauchswert" sein, die für ein behandeltes Teilgebiet an einer ausführlichen und umfassend dokumentierten Darstellung interessiert sind.

Kapitel 1

Theoretische Grundlegung

Dieses Kapitel zielt auf eine theoretisch fruchtbare und empirisch anschlussfähige Verbindung von Modernisierungstheorien und Theorien sozialer Bewegungen. Eine knappe Bestandsaufnahme, hervorgegangen aus umfangreicheren, hier aus Platzgründen verkürzten Darstellungen, steht jeweils am Ausgangspunkt konstruktiver Überlegungen zu beiden Themensträngen.

1.1 Entwurf einer Modernisierungstheorie

1.1.1 Kritische Bestandsaufnahme von Modernisierungstheorien

Das Interesse an Modernisierungstheorien unterlag ausgeprägten Konjunkturen. Am Anfang standen die soziologischen Klassiker. Die sozialen Entwicklungen im Gefolge der Industriellen Revolution trübten die Hoffnungen auf einen ungeteilten, allseitigen Fortschritt im Geist der bürgerlichen Aufklärung. Selbst die französischen Positivisten als Apologeten der Moderne¹ waren letzten Endes von Zweifeln an der Geschichtsmächtigkeit fortschrittlicher Kräfte befallen. Erst recht hatten die großen Soziologen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts trotz aller Anerkennung des Rationalitätsgehalts und der Produktivität das destruktive Potential der Moderne vor Augen. Marx verwies auf die dem Kapitalismus immanente Entfremdung und Verdinglichung, Simmel auf den Massencharakter des modernen Lebens, die dadurch bedingten "Nivellierungen der Persönlichkeitsform" und "pessimistisches Leiden", Durkheim auf die anomischen Effekte rasch fortschreitender Arbeitsteilung, Max Weber auf die Bürokratie als "ehernes Gehäuse der Hörigkeit". Diese Ambivalenz in der Beurteilung der Moderne blieb auch in der Zwischenkriegszeit erhalten und fand in den späteren Arbeiten der Kritischen Theorie eine Fortsetzung.²

¹ Zur Geschichte der Begriffe Moderne/Modernität vgl. Gumbrecht (1978).

Eine zweite, einflußreiche Konjunktur von Modernisierungstheorien setzte mit den strukturfunktionalistischen Arbeiten von Talcott Parsons ein. Sie hatte breite Auswirkungen auf die US-amerikanischen Sozialwissenschaften und mit Verspätung - und wesentlich schwächeren Effekten - auch auf die in Europa. Diese Welle versiegte jedoch weitgehend im Verlauf der 1970er Jahre unter dem Einfluß kritischer, antitechnokratischer und anti-positivistischer Strömungen, aber auch im Zuge einer fachlichen Differenzierung und Hinwendung zu empirischen Arbeiten. Die Soziologie tendierte dazu, sich in eine Ansammlung von Bindestrich-Soziologien aufzulösen und ihr makrotheoretisches Fundament preiszugeben. Angesichts der Erfahrung überwältigender Komplexität schon von Teilbereichen des sozialen Mikrokosmos erscheint vielen die Frage nach Struktur und Entwicklungsrichtung heutiger Gesellschaften vermessen.³

In Reaktion auf diese Abwendung von den großen Fragen nach sozialem Wandel, gesellschaftlicher Evolution und Fortschritt setzte vor allem in Europa eine gegenläufige Entwicklung ein, in deren Verlauf auch der zunächst etwas angestaubt wirkende Modernisierungsbegriff wieder in den Vordergrund rückte.⁴ Auffallend ist dabei zweierlei: Zum ersten sind die Autoren über die Beurteilung der Errungenschaften und Konsequenzen von Modernisierung in hohem Maße uneins⁵; zum zweiten zeigt sich ein entschiedener Dissens angesichts der Frage, ob die Gegenwart in der Kontinuität fortlaufender Modernisierung zu begreifen sei oder ob sich vielmehr ein epochaler Bruch abzeichne, wie er in diversen "Post-ismen" auf den Begriff zu bringen versucht wird.

Auf eine Kommentierung der modernisierungstheoretischen Klassiker wird im folgenden ganz verzichtet. Jedoch sollen die nachfolgenden Modernisierungstheorien kritisch bilanziert werden.

² "Das Grauen der gegenwärtigen Epoche ist kein Ausnahmezustand gegen die Norm des Fortschritts, sondern selber die Regel. Ihr hat der Fortschritt bis heute gehorcht, und sie selber zehrt vom Fortschritt." (Adorno 1956: 327)

³ Prononciert findet sich diese Haltung bei Erwin K. Scheuch: "...bezüglich des Begriffes der Gesamtgesellschaft bin ich agnostisch." (zit. nach Hauck 1984: 18)

⁴ Für eine Auswahl: Berger (1986), Baumann (1991), Giddens (1991), Toulmin (1991), Zapf (1991a), van der Loo/van Reijen (1992), Wehling (1992), Beck (1993) und Touraine (1993).

⁵ Während die einen den damit erreichten wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungsstand preisen, auf ein relativ hohes Maß an Lebenszufriedenheit verweisen und die Moderne von vergangenen Perioden mit geringem Wohlfahrtsniveau abheben (Zapf 1979; Alber 1988), beklagen die anderen - von Günter Anders über Herbert Marcuse bis Edward P. Thompson - ökonomische Ausbeutung im Weltmaßstab, anhaltende Barbarei, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Gefahr des "Exterminismus".

1. Die Modernisierungstheorien der Nachkriegsjahrzehnte stehen mit Ausnahme einiger historisch-komparativer Arbeiten im Bannkreis von Parsons. Von David Apter bis Myron Weiner reicht die lange Liste der Autoren, die explizit oder implizit dort Anleihen machen. Damit unterliegen sie im Prinzip auch den generellen Einwänden, die gegen die Theorie von Parsons vorgebracht wurden.⁶ Von besonderem Interesse ist in unserem Zusammenhang die Kritik an Parsons' Modernisierungstheorie.

Mit der Wendung zum Strukturfunktionalismus hat sich Parsons der Möglichkeit begeben, die Pathologien der Moderne, wie sie von Marx, Simmel, Durkheim und Max Weber in je spezifischer Weise interpretiert wurden, theoretisch und begrifflich angemessen zu erfassen. Habermas (1981; 1981a) hat diese immanente Konsequenz von Parsons' Theoriekonstruktion deutlich herausgearbeitet, so daß hier nur an die Grundlinie des Arguments erinnert werden soll. Auf der Basis des grundbegrifflichen Vorrangs der Systemtheorie erscheint Rationalisierung in der Handlungsperspektive lediglich als Derivat systemischer Komplexitätssteigerung. Parsons verkürzt den ambivalenten Effekt der lebensweltlichen Rationalisierung auf den von ihm als Errungenschaft begrüßten institutionalisierten Individualismus. Dagegen geraten die Schattenseiten dieses Prozesses, die Weber (1976: 834ff.) in einer Individualperspektive als Sinn- und Freiheitsverlust gedeutet hatte, aus dem Blick oder werden zumindest in ihrer Bedeutung heruntergespielt (Habermas 1981 II: 422).

Damit entsteht ein überaus harmonistisches Bild der Moderne, das der vorherrschenden Selbstwahrnehmung der US-amerikanischen Gesellschaft entsprach. Die Inkonsistenzen zwischen Imperativen der Systemintegration und Mechanismen und Bedingungen der Sozialintegration erscheinen tendenziell als eine sozialtechnologische Frage, als ein Anpassungsproblem, dessen Kosten überwiegend auf der Seite des Individuums abgebucht wer-

⁶ In Stichworten: So monierte Adorno (1956: 327) den leerformelhaften Rückzug auf die allgemeinsten Bestimmungen von Gesellschaft, bei dem die Konstellation von Allgemeinem und Besonderem verlorengelasse und "die Konkretion des realen Lebens der Menschen" ausgeschlossen werde. Zetterberg (1962) kritisierte die Abwesenheit nomologischer Hypothesen zur Erklärung sozialen Verhaltens, Homans (1964) die Vernachlässigung des Akteurs, Kluckhohn (1963) die Befangenheit im Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft, Smith (1973) die Schwächen der funktionalistischen Erklärung sozialen Wandels, Giddens (1984) das Konzept evolutionärer Universalien, Dahrendorf (1961: 77) das Unvermögen, "Probleme des sozialen Wandels befriedigend zu lösen". Andere Autoren übten Kritik an der Differenzierungs- und Komplexitätstheorie (zusammenfassend Wiswede/Kutsch 1978: 74ff.), einer im Grunde simplen Gleichgewichtsvorstellung und einem apologetischen Gesellschaftsbild. In der heutigen Soziologie nehmen abwägende (Jeffrey Alexander) oder hingebungsvolle (Richard Münch) Parsonianer keine zentrale Stellung ein.

den. Sofern die systemischen Auffangmechanismen für soziale Konflikte nicht hinreichen, sucht Parsons entsprechende Lösungen nicht auf der Ebene der Systemstrukturen, sondern baut auf soziale und individuelle Strategien wie die "'Rationalisierung' oder 'ideologische Maskierung' des Konflikts" (Habermas 1981 II: 344). Die Strukturprobleme und systematisch verursachten Störungen der Sozialintegration, die von Parsons zumindest geahnt, wenngleich in seiner theoretisch-begrifflichen Konzeption nicht gespiegelt werden, kommen für den Analytiker wie für die "Betroffenen" nur noch als Symptome in das Blickfeld. Die Kosten der systemischen Komplexitätssteigerung werden auf der subjektiven Ebene zwar empfunden und sind als soziale Abweichung und psychische Destabilisierung greifbar, aber nicht dem Verursachungszusammenhang zurechenbar und insofern auch ihrer potentiellen Sprengkraft beraubt. Somit entfällt für Parsons und die auf ihm aufbauenden Theorien sozialen Konflikts und kollektiven Verhaltens (z.B. von Neil Smelser) eine Erklärung, um die Hartnäckigkeit und Virulenz gegenkultureller, antimodernistischer und/oder antikapitalistischer Proteste aufzuhellen.

Im wesentlichen sind somit bereits bei Parsons die Momente angelegt, die in verdünnten Versionen des "developmentalism" der parsonianisch geprägten Soziologie und Politikwissenschaft der 1960er Jahre zutage treten und vor allem von marxistischer Seite und der komparativen Sozialgeschichte einer scharfen Kritik unterzogen wurden.⁷ Folgende Angriffspunkte standen dabei im Mittelpunkt:

a) *Ethnozentrismus*. Wie zuvor Herbert Spencer das viktorianische England zum Maßstab der Menschheitsentwicklung gemacht und jede neue, von Ethnographen beschriebene Gesellschaft auf einer Wegstrecke zu diesem Endpunkt eingereiht hatte, so nehmen viele Modernisierungstheorien ab der Mitte des 20. Jahrhunderts die fortgeschrittensten westlichen Industriegesellschaften und speziell die USA zum Maßstab, um daran den Entwicklungsstand bzw. Reifegrad aller übrigen Gesellschaften zu messen. "Modernization" wird identisch mit "westernization".⁸ Somit erscheint der Rest der Welt als mehr oder weniger "unterentwickelt". Damit verbinden sich oft implizite Wertungen im Sinne von weniger leistungsfähig, weniger demokratisch, kulturell oder moralisch unterlegen usw.

(b) *Monismus*. In enger Verknüpfung mit der ethnozentristischen Perspektive steht die Unterstellung, der (westliche) Modernisierungsprozeß sei in seinen

⁷ Vgl. Gusfield (1967), Eisenstadt (1973: 42ff.), Kesselman (1973), Tipps (1973), Wallerstein (1976) und Binder (1986). Zu einer jüngeren Verteidigung von Modernisierungstheorien vgl. Tiryakian (1991).

⁸ Dies kommt deutlich bei Lerner (1968: 386) zum Ausdruck. Er versteht unter Modernisierung "the process of social change whereby less developed societies acquire characteristics common to more developed societies".

konkreten Bahnen und Verlaufsformen alternativlos. Somit erscheint nicht nur die westliche Moderne im allgemeinen, sondern speziell der von ihren Kern- und Führungsländern beschrittene Weg als der einzig richtige.

(c) *Exklusivität*. Indem der Modernisierungsprozeß als alternativlos wahrgenommen wird, werden zugleich seine expansiven, alles Traditionale verschlingenden Momente betont. Sofern vormoderne Traditionsbestände auch innerhalb moderner Gesellschaften überhaupt in den Blick kommen, erscheinen sie als Überbleibsel, deren Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit sei. Tradition und Moderne werden als scharfe Gegensätze begriffen, die auf Dauer nicht koexistieren können (kritisch Gusfield 1967).

(d) *Stabilität*. Vor allem die älteren funktionalistischen Theorien sozialen Wandels bzw. Modernisierungstheorien waren trotz der im Modernisierungsbegriff anlegten dynamischen Komponente im wesentlichen statisch konzipiert (Wiswede/Kutsch 1978: 73). Soziale Dynamik wird als Fortsetzung und Differenzierung bereits einschlagener Entwicklungslinien gedacht. Hinter funktionalistischen Kategorien wie Systemerhaltung, Systemanpassung und Gleichgewicht stehen normative Annahmen, die bereits grundbegrifflich bestimmte Erscheinungsformen als "Dysfunktion", "Störung" oder "Abweichung" stigmatisieren.

(e) *Harmonie*. Modernen Gesellschaften wird aufgrund ihrer Leistungsfähigkeiten und ihres Rationalitätsgrades vielfach die Fähigkeit zur Minimierung bzw. Kanalisierung sozialer und politischer Konflikte zugesprochen. Teils geschieht dies in schlichter Entgegensetzung zu traditionellen Gesellschaften, die als aggressiv, grausam, kriegerisch, leidenschaftlich usw. charakterisiert werden. Soweit soziale und politische Bewegungen überhaupt Gegenstand der Betrachtung sind, werden sie - wie in den frühen Arbeiten von Huntington - meist mit Begriffen wie *political decay* und *disorder* in Verbindung gebracht und damit negativ bewertet.

(f) *Selbstregulierung bzw. Steuerbarkeit*. Bestimmte Varianten von Modernisierungstheorien unterstellen als Antriebsmechanismus von Modernisierung ein abstraktes Prinzip wie beispielsweise den technischen Fortschritt. Ausgehend von der Überlegenheit dieses Prinzips, die sich in einem gleichsam natürlichen Ausleseprozeß erweise, wird modernen Gesellschaften eine inhärente Fähigkeit zu einer subjektlosen gesellschaftlichen Selbststeuerung unterstellt. Andere, stärker akteurszentrierte Varianten, namentlich Theorien politischer Modernisierung, neigen dagegen dazu, die Politik als Steuerungszentrum der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu rücken und ihr eine hohe Eingriffs- und Kontrollkapazität zuzusprechen. Damit einher geht zumeist auch eine Zentrierung auf politische Eliten, da bei ihnen am ehesten das Wissen und die Fähigkeit zu rationalen Entscheidungen vermutet wird. In beiden Fällen wird jedoch sozialen Bewegungen keine Schlüsselfunktion zugesprochen. Sie erscheinen vielmehr als Störfaktor, der vor allem in seinen expressiven und leidenschaftlichen Momenten dem Modernisierungsgedanken zuwiderläuft.

Im Lichte komparativ-empirischer Analysen, zumal solcher, die kulturvergleichend und/oder mit größerem historischen Tiefgang ansetzten, erwiesen sich die oben angeführten Unterstellungen von Modernisierungstheorien als durchweg problematisch, wenn nicht völlig unhaltbar. Einen Ausweg versprachen entweder immanente Korrekturen, wie sie teilweise von den kritisierten Autoren selbst vorgeschlagen wurden (zum Beispiel der "modernization revisionism" von Huntington; 1971: 293), oder aber der Rückgriff auf eine alternative Sichtweise (etwa die "world system analysis" von Wallerstein 1974ff.), die den Modernisierungsbegriff in Bausch und Bogen verwarf. Dazwischen liegen allerdings historisch-komparative Arbeiten eines Reinhard Bendix und Barrington Moore, von denen die fruchtbarsten Impulse für eine empirisch gehaltvolle Modernisierungstheorie ausgehen könnten.⁹

Diese Autoren interessieren sich weniger für umfassende Klassifizierungen möglichst vieler Länder auf einer Modernisierungsachse¹⁰, sondern eher für an Schlüsselentwicklungen ansetzende Tiefen- und Hintergrundanalysen. So fordert etwa Reinhard Bendix (1979), der stark von Max Weber und Otto Hintze beeinflusst ist, historisch konkretisierte und gesättigte Analysen des Modernisierungsprozesses. Er betrachtet die "Doppelrevolution" des ausgehenden 18. Jahrhunderts, nämlich die politische Revolution Frankreichs und Amerikas zusammen mit der industriellen Revolution Großbritanniens, als die entscheidende Zäsur, welche letztlich die Ausgangsbedingungen für die Epoche der Moderne schuf (Bendix 1968; 1979a: 506). Allerdings sieht er diese Einschnitte selbst als Ergebnis epochaler, Jahrhunderte währender Entwicklungen. Die den revolutionären Durchbrüchen folgenden Modernisierungsprozesse sind zunächst als ein auf den europäischen und nordamerikanischen Raum beschränktes und insofern einzigartiges Phänomen zu begreifen.¹¹ In methodologischer Hinsicht geht es Bendix nicht um eine Kausalanalyse, welche angesichts weniger untersuchter Fälle vor der schwierigen oder gar unlösbaren Aufgabe stünde, eine Vielzahl von Variablen voneinander zu isolieren. Er stellt vielmehr

⁹ Für eine ausführliche, kritisch-abwägende Diskussion von Modernisierungstheorien aus sozialhistorischer Perspektive vgl. insbesondere Wehler (1975).

¹⁰ So weist z.B. Black (1967) anhand eines Schemas von vier Modernisierungsphasen jedem Staat der Erde eine bestimmte Position zu. Der Eintritt in die Schlußrunde des Modernisierungswettlaufs, die Phase der "integration of society", erfolgte für die 14 schnellsten Staaten angeblich zwischen 1932 und 1958.

¹¹ Modernisierungsprozesse in anderen Regionen der Welt lassen sich auf das Muster autonomer okzidentaler Modernisierung beziehen, müßten vor dieser Vergleichsfolie aber auch in ihren Besonderheiten erkennbar werden. Ausdrücklich betont Bendix die Rolle des internationalen Transfers von Ideen und Strukturen und damit auch die ganz anderen Voraussetzungen im Falle nicht autonomer Modernisierungsprozesse.

Grundfragen, die an verschiedenes historisches Material angelegt werden und so Raum für unterschiedliche Antworten geben (Bendix 1976: 247). Ziel ist das Verständnis für Kontexte, innerhalb derer dann detaillierte Kausalfragen gestellt werden können. "Ohne Kenntnis der Kontexte täuscht u.U. der Kausalschluß einen Allgemeinheitsgrad vor, der ihm nicht zukommt." (Bendix 1980: 33)

Ehrgeiziger im Ansatz, wenngleich ebenfalls skeptisch gegenüber dem überzogenen Anspruch allgemeiner Modernisierungstheorien ist Barrington Moore. In einer historisch-vergleichenden Arbeit über die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie (1969) stellt er sich eine zweifache Aufgabe: "Vergleiche können als eine grobe Negativkontrolle allgemein akzeptierter historischer Erklärungen dienen. Die vergleichende Methode kann ferner auch zu neuen allgemeinen historischen Aussagen führen." (1969: 12) Im einzelnen analysiert Moore drei alternative politische Wege, die in die Moderne führen: die bürgerliche Revolution auf dem Pfad zur liberalen Demokratie, die Revolution "von oben" auf dem Pfad zum Faschismus und schließlich die Bauernrevolution auf dem Pfad zum Kommunismus. Daran knüpft er die Frage, warum bestimmte Länder gerade den einen und nicht einen anderen Pfad eingeschlagen haben. In seinem zweiten Hauptwerk über die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand stellt Moore (1982) auf der Basis komparativer Analysen namentlich sozialer Bewegungen in Deutschland heraus, daß nicht Verelendung und Unterdrückung als solche, sondern vielmehr ihre ungleiche Verteilung und die Hoffnung auf eine bessere und gerechtere Gesellschaft die eigentlichen Triebkräfte für sozialen und politischen Protest bilden.

2. Die neueren Modernisierungstheorien, die vor allem seit den 1980er Jahren formuliert wurden, fallen teilweise hinter diese sozialhistorischen Einsichten zurück. Obgleich sie in der Bewertung empirischer Modernisierungsprozesse divergieren, ist nun die Naivität vieler Modernisierungstheorien der Nachkriegsjahrzehnte überwunden. Neben den Errungenschaften der Moderne kommen auch ihre Kehrseiten in den Blick. Im einzelnen sind allerdings ansatzspezifische Schwächen zu verzeichnen, die aber nicht den Modernisierungstheorien per se anzulasten sind.

Die weitgehend als Sozialindikatorenforschungen betriebenen Arbeiten¹² sind theoretisch wenig ambitioniert. Die lockere Anbindung an den älteren Strukturfunktionalismus¹³ bleibt für das durchaus informative empirische

¹² Dazu vor allem Zapf (1975; 1983; 1989; 1991; 1991a) und Flora (1974; 1974a).

¹³ Zum Beispiel bezieht sich Zapf auf Parsons' kulturelle Universalien, bevorzugt aber ausdrücklich eine niedrigere Abstraktionsebene und plädiert für "eine konfliktheoretisch und innovationstheoretisch 'gehärtete' Modernisierungstheorie" (1991: 35). Unter den Erweiterungen in den Theoriediskussionen der letzten Jahre würdigt Zapf insbesondere

Programm nahezu folgenlos. Zeitgenössische Theoriedebatten werden ignoriert oder allenfalls kursorisch aufgegriffen.

Fast spiegelbildlich dazu verhalten sich die neueren Konzeptionen in ihrer systemfunktionalistischen und neoparsonianischen Variante. Namentlich bei Luhmann (1984; 1992) hat sich Theoriebildung verselbständigt und bleibt, sofern sie als Evolutionstheorie angedeutet wird (Luhmann 1975), für eine empirisch gerichtete Modernisierungstheorie unergiebig. Münch (1982; 1984) macht mit seiner Konzeption ein zwar unübersichtliches, in ihrem Kernstück der Interpenetration¹⁴ jedoch sinnvolles Angebot; er sucht dieses zudem in einem breiten, historisch ausgreifenden Kulturvergleich einzuholen (Münch 1986). Hier zeigen sich jedoch Schwächen insbesondere bei der genetischen Erklärung funktionaler Differenzierung.¹⁵

Theoretisch anspruchsvoll ist auch der Entwurf von Habermas. Dessen Rekonstruktion der Thematisierung der Moderne durch die soziologischen

die Innovationstheorie, die Erstaunliches leisten soll: "...dieser Zusatz gibt der Modernisierungstheorie erstens einen einfachen handlungstheoretischen Unterbau, zweitens eine harte Selektions- und Konfliktperspektive und drittens einen Hebel zum Verständnis unregelmäßiger, wellenförmiger Entwicklungen mit Stagnations- und Boomperioden" (ebd.).

¹⁴ Nicht Differenzierung, die es Münch zufolge schon auf der Ebene traditionaler Gesellschaften gibt, sondern Interpenetration ist demnach der Schlüsselmechanismus zur Herausbildung moderner Gesellschaften: "...zunehmende Interpenetration von Subsystemen des Handelns und die Herausbildung von immer breiteren Interpenetrationszonen (sind) ein Kennzeichen immer neuer Entwicklungsschübe der Moderne." (1992: 341)

Das Konzept der Interpenetration kann klären, warum auch in hochgradig spezialisierten gesellschaftlichen Teilsystemen, die Luhmann zufolge mit Hilfe eines Steuerungsmediums und eines binären Codes operieren, tatsächlich so unterschiedliche Handlungssteuerungen nebeneinander zu finden sind. So spielt, um nur ein Beispiel zu nennen, im Wirtschaftssystem nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen eine konstitutive Rolle. Mit Münchs Annahme von Zonen der Interpenetration, die nach zwei oder mehr Seiten hin anschlussfähig sind und systemspezifische Rationalitäten verbinden, wird zweitens plausibel, wo und wie Teilsysteme kommunizieren und ihre je besonderen Leistungen einander vermitteln.

¹⁵ Wenig überzeugend erscheint der von Münch genannte Grund für Systemdifferenzierung im Übergang von archaischen zu hochkulturellen Gesellschaften. Durch den Kontakt und Austausch mit Fremden soll sich gleichsam eine zweite soziale Welt herauschälen, in der die innergemeinschaftlich (noch) nicht möglichen Differenzierungsprozesse einsetzen und dann über Interpenetrationsprozesse auf das vormalig geschlossene Gemeinschaftssystem zurückwirken und dort Differenzierungsprozesse auslösen. Dem ist entgegenzuhalten, daß auch archaische Kulturen sich über Zehntausende von Jahren begegnet sind, ohne relevante Zonen der Interpenetration aufzubauen und ihre ursprünglich nur intern bindenden Formen der Vergemeinschaftung aufzulösen. Mir erscheint die Feststellung von Anthropologen und Wirtschaftshistorikern plausibler, daß Veränderungen der Produktions- und Lebensweise, die nach dem Muster von Variation, Selektion und Stabilisierung verlaufen, eine innergesellschaftliche Arbeitsteilung nach sich zogen, welche dann zu systemischen Differenzierungs- und Rationalisierungsprozessen führte.

Klassiker ist beeindruckend. Sie vermag mit ihrem Hinweis auf die Janusgestalt der Moderne insbesondere die strukturfunktionalistisch orientierten Modernisierungstheorien aufzuklären, welche die Verdrängung der Pathologien der Moderne selbst aktiv betrieben haben. Allerdings kann der Ansatz von Habermas an einer theoriestrategisch entscheidenden Stelle, der Verknüpfung von System und Lebenswelt, nicht überzeugen.

Entsprechend ihrer unterschiedlichen grundlagentheoretischen Ausrichtung werden auch die Basisprozesse von Modernisierung bei den genannten Autoren ganz unterschiedlich gefaßt. Einige empirisch-quantitativ ausgerichtete Soziologen orientieren sich noch immer am Strukturfunktionalismus, plädieren allerdings für eine um neue Elemente angereicherte Modernisierungstheorie.¹⁶ Als konstitutiv für die moderne Gesellschaft gelten die "Grundinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat" (Zapf 1991: 34). Luhmann betont den Aspekt funktionaler Differenzierung selbstreferentieller gesellschaftlicher Teilsysteme als evolutionär überlegenem Mechanismus systemischer Leistungssteigerung. Münch rückt den Aspekt der Interpenetration, der auf Austauschbeziehungen von Handlungssystemen zurückgeht, in den Mittelpunkt. Habermas akzentuiert den in evolutionären Schüben verlaufenden Prozeß systemischer und lebensweltlicher Rationalisierung, wobei letztere auf moralisch-praktisches Lernen zurückgeführt wird.

Aus diesen Prämissen ergeben sich auch unterschiedliche Problemdiagnosen. Das Bild, das Autoren wie Zapf, Flora und Alber anhand von Sozialindikatoren und Umfragedaten zeichnen, ist im Ganzen undramatisch und positiv. Ähnliches gilt für Luhmann und Münch, die allenfalls punktuelle Störungen in Form von Kontingenzverlusten einzelner Teilsysteme bzw. ungleichgewichtiger Systeminterpenetration erkennen können. Habermas knüpft dagegen an klassischen Problemdiagnosen von Entfremdung, Sinnverlust und Freiheitsverlust an und reformuliert sie als Tendenz zur Kolonialisierung von Lebenswelt.

3. Bei einem Versuch der zusammenfassenden Bilanzierung von Modernisierungstheorien seit Mitte des Jahrhunderts sind vor allem drei Gesichtspunkte festzuhalten:

a. Trotz aller Heterogenität der genannten Ansätze ergibt sich in einem Punkt eine weitgehende Konvergenz: Auf Systemebene gilt funktionale Differenzierung als primärer Strukturierungsmechanismus und "master trend" von Modernisierung (Colomy 1990: 466). Darauf werden systemische Variabilitäts- und Leistungssteigerungen, aber auch Störempfindlichkeiten zu-

¹⁶ Vgl. Fußnote 13.

rückgeführt. Die Relevanz funktionaler Differenzierung für Modernisierung erscheint mir unbestreitbar, wenngleich sich Modernisierung nicht in diesem Aspekt erschöpft.

b. Gerade in der Ausschließlichkeit oder Überbetonung der Systemperspektive liegt ein grundlegendes Defizit der meisten Modernisierungstheorien begründet. Modernisierung wird überwiegend als ein subjektloser Prozeß gefaßt. Modernisierung ist aber auch, und darin liegt ein Spezifikum gegenüber sozialem Wandel schlechthin, ein fortlaufend kommentierter, teils auch intentional herbeigeführter Prozeß, dessen Anfänge und Stationen von kollektiven Akteuren begleitet und beeinflußt wurden. Dies ist eine zentrale Einsicht, welche die oben genannten sozialhistorischen Analysen gegen einen abstrakten Strukturfunktionalismus geltend gemacht haben.¹⁷ Daß dieser Prozeß auch nicht intendierte Folgen zeitigt und sich partiell "hinter dem Rücken" der Akteure vollzieht, ist gewiß kein Argument, Modernisierung allein aus der Systemperspektive zu betrachten.

c. Modernisierung ist ein un stetiger, durch Rückschläge, Ungleichzeitigkeiten und Variantenreichtum geprägter Prozeß, in dem wichtige Merkmale der heutigen Moderne erst allmählich hinzutreten. Lediglich aus der Rückschau mittels einer auf Modernisierungsprozesse justierten Optik gewinnen die nachfolgenden Jahrhunderte die vermeintliche Gradlinigkeit und Eindeutigkeit, wie sie die Sequenz der Großereignisse von Renaissance und Reformation, Aufklärung, politischer Revolution, industrieller Revolution, Bildungsrevolution und - so ist man versucht hinzuzufügen - partizipatorischer Revolution suggeriert. Schon die unterschiedliche geographische Lagerung der Anfänge dieser "Revolutionen" verdeutlicht, daß Modernisierung nicht als verbindliche und eindeutige Abfolge bestimmter Entwicklungsschritte einer konkreten Gesellschaftsformation zu verstehen ist.¹⁸

Modernisierung ist nicht abgeschlossen, und ihr Ende steht - trotz aller modischen Verkündung der Postmoderne - nicht in Aussicht. Traditionale Elemente sind bis heute nicht verschwunden, sondern haben in modifizierter Form überlebt oder sich mit modernen Strukturen verwoben. Dabei ist nicht nur an vermeintlich traditionale Refugien - kleinbäuerliches Le-

¹⁷ So stellt Barrington Moore (1982: 665) im Hinblick auf die allgemeinen Mechanismen gesellschaftlicher Koordination fest: "Bestimmte und identifizierbare Menschen müssen diesen Akt der Schöpfung und Neuschöpfung vollbringen. Das gilt selbst für einen so unpersönlichen Mechanismus wie den modernen kapitalistischen Konkurrenzmarkt."

¹⁸ Generell läßt sich die Zivilisationsgeschichte nicht stringent als Weg vom Einfachen zum Komplexen deuten. Verschiedene Kulturen erlebten auch Entdifferenzierungen (vgl. Wiswede/Kutsch 1978: 79f.; Tiryakian 1985). So ist die relativ scharfe Differenzierung zwischen Wirtschaft und Staat im Liberalkapitalismus in der Phase des organisierten Kapitalismus zurückgenommen worden.

ben, spiritualistische Sinnprovinzen, Fastnachtsbräuche heidnischen Ursprungs - zu denken. Traditionale Spuren finden sich ebenso in religiösen Beimengungen moderner Verfassungen wie im Glauben (sic) an die Segnungen (sic) des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts.

Verwischt sich nicht mit solchen Relativierungen Sinn und Kontur eines Konzepts der Moderne? Was berechtigt dazu, okzidentale Gesellschaften in ihrer über Jahrhunderte entfalteten Vielgestaltigkeit auf den Nenner sich modernisierender Gesellschaften zu bringen? Die Antwort sei hier nur angedeutet. Erst aus dem Abstand großer Zeit- und Kulturvergleiche wird die welthistorische Einzigartigkeit sich modernisierender Gesellschaften deutlich. Das ließe sich sowohl am strukturellen Niederschlag einer im Epochenvergleich sprunghaften funktionalen Differenzierung als auch an der gesellschaftlichen Selbstdeutung zeigen, die eine radikalen Abgrenzung von der Vergangenheit vornimmt. Nur die moderne Gesellschaft macht die Weiterführung des Alten legitimationspflichtig, beobachtet sich, entwirft Baupläne sozialer Ordnung. Nur die moderne Gesellschaft stellt sich auf nichts als sich selbst. Darin liegt die Möglichkeit einer ungeheuren Beschleunigung sozialen Wandels, der schließlich zum äußerlichen Signum der Moderne wird.¹⁹ Gesellschaft kommt sichtbar und zum Teil gewollt in Bewegung. Soziale Bewegungen haben daran Anteil.

Der nachfolgende Entwurf versucht zumindest einen groben Rahmen zu skizzieren, innerhalb dessen sich Stellung und Funktion historischer sowie aktueller sozialer Bewegungen in okzidentalischen Gesellschaften deuten lassen. Dabei ist vor allem Klarheit hinsichtlich einiger Grundfragen gefordert. Demnach sollte ein modernisierungstheoretischer Entwurf Auskunft geben über (1) grundlagen- und gesellschaftstheoretische Prämissen, (2) Axiome, Dimensionen und Entwicklungsrichtung, (3) Entwicklungslogik und (4) Antriebskräfte von Modernisierung.

¹⁹ Dieser Sachverhalt ist modern, aber kein Spezifikum des 20. Jahrhunderts. In Goethes Wahlverwandschaften aus dem Jahr 1808 ruft Eduard aus: "Es ist schlimm genug, ..., daß man jetzt nichts mehr für sein ganzes Leben lernen kann. Unsre Vorfahren hielten sich an den Unterricht, den sie in ihrer Jugend empfangen; wir aber müssen jetzt alle fünf Jahre umlernen, wenn wir nicht ganz aus der Mode kommen wollen." Zur Erfahrung der Beschleunigung sozialen Wandels im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert vgl. auch Koselleck (1979b: 328f.).

1.1.2 Grundlagen- und gesellschaftstheoretische Prämissen

1. Die Sozialwissenschaften sind Teil der Wirklichkeit, die sie rekonstruieren. Anders als die Naturwissenschaften haben sie es mit einer vorinterpretierten Welt zu tun, welche sich nicht von einem externen Beobachterstandpunkt erschließt, sondern auf den verstehenden Nachvollzug von sinnhaften Handlungen bzw. Handlungsergebnissen angewiesen ist. Das erfordert ein "Eintauchen", aber kein völliges "Aufgehen" in den zu analysierenden Sozialformen, also eine prekäre Verbindung von Nähe und Distanz (dazu Touraine 1978: 250ff.; Elias 1983; Giddens 1984: 199).

Nähe soll heißen, auch theoretische Rekonstruktionen in möglichst guter Kenntnis empirisch geltender Sinnzusammenhänge durchzuführen; Distanz soll heißen, nicht kritiklos die Deutungen individueller und kollektiver Akteure zu übernehmen, sondern sie als "soziale Tatsachen" in ihren objektiven Funktionen und subjektiven Verzerrungen zu behandeln. Im Falle von Modernisierungsprozessen, die nur indirekt und retrospektiv zu erschließen sind, erfordert Nähe - im übertragenen Sinn - die Rezeption sozialhistorischer Arbeiten, die ihrerseits möglichst empirisch gesättigt und sinnverstehend angelegt sein sollen; Distanz bedeutet, sich nicht in den Verästelungen historischer Bereichs- und Ereignisgeschichte zu verlieren, sondern entwicklungslogische Fragen und Strukturzusammenhänge im Auge zu behalten, die zumeist dem Bewußtsein der Akteure entzogen bleiben.

2. Ich gehe davon aus, daß soziale Phänomene analytisch gesehen in zwei Klassen zerfallen: funktional und sozial integrierte Systeme. Funktional integrierte Systeme (oder Funktionssysteme) sind in erster Linie umweltorientiert. Sie erbringen eine spezifische Leistung und haben dafür relativ eindeutige Maßstäbe. Diese Leistungsfunktion strukturiert ihre Außenkontakte, aber auch ihre Binnenbeziehungen. Die Grenze zwischen System und Umwelt wird durch die jeweilige Systemfunktion und den Geltungsbereich daran gekoppelter Kommunikationsmedien (z.B. Macht oder Geld) gezogen. Den zentralen Koordinationsmechanismus für Außen- und Binnenbeziehungen bildet der Tausch von Gütern bzw. Leistungen. Hierbei wird, ganz im Sinne ökonomischer Transaktionen, Verschiedenes getauscht (z.B. politische Unterstützung gegen politische Leistung; Geld gegen Arbeitskraft). Der Austausch von Gleichem - etwa einem Hundertmarkschein gegen einen Hundertmarkschein - wäre sinnlos. Personen werden über weitgehend formalisierte Rollen in Funktionssysteme integriert. Sie sind Verkäufer oder Käufer, Wähler oder Gewählte, Staatsanwälte oder Verteidiger. Systemfremde Rollen und Motive von Personen bleiben ausgeklammert.

Luhmann hat diesen Sachverhalt betont und darin zu Recht eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit von Funktionssystemen gesehen.

Sozial integrierte Systeme (oder Kollektive) strukturieren sich von innen her. Sie suchen sich selbst bzw. ihre Umwelt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dabei handelt es sich bei manchen Systemen um explizite Zielkataloge, bei anderen eher um "gefühlte" Vorgaben - etwa bei Freundschaften oder jugendlichen Hooligans. Die Medien sozialer Integration bilden Werte. Anders als bei Funktionssystemen, die auf dem Austausch von Verschiedenem beruhen, geht es in Kollektiven um das Aufgebot des Ähnlichen oder Gleichen als Quelle von Identität und Zusammenhalt (was keineswegs Unterschiede in Position und Status ausschließt). So wird beispielweise in hoch integrierten Kollektiven Solidarität von Gruppenmitgliedern für Gruppenmitglieder erwartet werden. Zuschreibungen eigener und fremder Identität, die durch expressive Formen stabilisiert werden, leisten Grenzziehungen zwischen "wir" und "sie". Rollen sind relativ informell und variabel. Personen werden durch aus Werten abgeleitete Handlungsvorgaben sowie emotionale Bindungen und Symbole integriert. Systemexterne Rollen und Handlungsmotive können in Kollektiven von großer Bedeutung sein.

Unterschiedliche theoretische Schulen der Soziologie haben diese Doppelstruktur der sozialen Welt zugunsten der einen oder anderen Seite verkürzt und damit eine einseitige Entscheidung für die System- oder die Handlungstheorie getroffen. Die Dualität von System- und Handlungstheorie und die damit einhergehende Kluft (dazu Giddens 1981: 161ff.; Schimank 1988: 619) wird zum Teil durch strenge Fassungen beider Theorien begünstigt. Wenn man, wie Luhmann, Personen zur Umwelt sozialer Systeme erklärt und einem radikalen Funktionalismus anhängt, wird Handlungstheorie in der Tat obsolet. Wenn man, wie Touraine, Gesellschaft als Produkt des Handelns sozialer Bewegungen begreift, werden Systemzusammenhänge ausgeblendet oder im Gegenspieler einer sozialen Bewegung personalisiert. Zumeist ergibt sich jedoch die Präferenz für System- oder Handlungstheorie aus einer bevorzugten Perspektive (Makro- oder Mikrosoziologie) oder einem bevorzugten Gegenstand (Struktur oder Kultur; formale Organisation oder informelles Handeln usw.).

3. Die grundlagentheoretische Gretchenfrage System- oder Handlungstheorie wird hier zugunsten einer nach Fragestellung und Gegenstand unterschiedlich gewichteten Doppelperspektive von System- und Handlungsperspektive entschieden. Was wie ein fauler Kompromiß aussehen mag, erscheint in der Sache gut begründbar:

Ich habe zu zeigen versucht, daß Funktionssysteme und Kollektive zwei elementare, nicht aufeinander rückführbare Grundmuster sozialer Handlungskoordination bilden. Allerdings zerfällt die reale Welt nicht in solche säuberlich geteilte Sphären.

Einerseits kommen gesellschaftliche Funktionssysteme kaum ohne stützende sozialintegrative Mechanismen aus. Von den Organisationsstudien der Chicago-Schule bis hin zum aktuellen Streben nach "corporate identity" gibt es dafür hinreichende Belege. Selbst relativ reine Funktionssysteme wie etwa der Börsenmarkt, dem man gewiß keine Motive, Interessen, Ziele oder Strategien zusprechen kann, beruhen nicht auf einem einzigen systemischen Koordinationsmechanismus, etwa den Kurswerten. Dieser Mechanismus bedarf seinerseits einer Abstützung in Form von Vertrauen. Das ist jedoch eine Kategorie sozial integrierter Systeme. Vertrauen läßt sich weder erkaufen noch erzwingen.

Andererseits entwickeln größere und langlebigere Kollektive durchaus Mechanismen der funktionalen Integration und Rollendifferenzierung.²⁰ Keine noch so ganzheitlich orientierte Landkommune, keine noch so egalitäre Glaubensgemeinschaft hat sich dem entziehen können. Kollektive sind demnach nicht ausschließlich durch das Medium kommunikativen Handelns gesteuerte Lebenswelten. Zwar sind solche Elemente für sie bestandsnotwendig. Doch insofern sich Kollektive auch Zwecke setzen, entwickeln sie Züge strategischen Handelns gegenüber ihrer Umwelt und in ihren Binnenbeziehungen. Das muß nicht schon - wie bei Habermas - als Akt der Kolonialisierung von Lebenswelt gedeutet werden, sondern kann auf der expliziten oder impliziten Übereinkunft der Beteiligten beruhen.

Wenn die Annahme zutrifft, daß (fast) alle sozialen Phänomene Verschachtelungen oder Verschmelzungen von Funktionssystemen und Kollektiven darstellen, dann sind System- und Handlungstheorie nicht exklusive, sondern komplementäre Instrumente zum Verständnis von Gesellschaft und ihren Teilen. Damit entfällt auch der Universalitätsanspruch der funktionalistischen Systemtheorie, die ohne Handlungskategorien auszukommen meint (Luhmann 1971). Demgegenüber ist an einem offeneren Systembegriff festzuhalten, der die Möglichkeit von "Systemhandeln" und Handeln in Systemen nicht nur begrifflich zuläßt, sondern dem tatsächlich Rechnung trägt.

Wir können allgemein von Systemen sprechen, wo gleiche oder verschiedene Elemente zusammenhängen und in ihrem Zusammenhang Regelmäßigkeiten folgen. Die Elemente verweisen aufeinander; sie sind Kom-

²⁰ Vgl. dazu schon Simmels (1908/1983: Kap. 2) Ausführungen über die quantitative Bestimmtheit der Gruppe.

ponenten des Systems. In diesem Sinne können interagierende Personen oder soziale Gruppen ein System bilden, dessen Funktionen und Strukturen sich als Resultante unterschiedlicher Handlungsstrategien innerhalb dieses Systems ergeben.

Ein soziales System beginnt also dort, wo zwei oder mehr Handlungsträger über eine gewisse Dauer kommunizieren und dabei "mitgebrachte" oder in der Interaktion erzeugte Regeln anwenden. Das gilt für das "capitalist world system" im Sinne von Wallerstein wie für das Familiensystem im Sinne von Luhmann. Obgleich an Handlungen gebunden, können Systeme Resultate zeitigen, die so niemand gewollt hat, seien es antikolonialistische Aufstände oder zerrüttete Ehen.

Wenn der Familienrat über ein Urlaubsziel beschließt, eine Firma ihre Produktpalette ändert oder eine Regierung Reformen initiiert, so werden offensichtlich mehr oder weniger komplexe Systeme zu Trägern von Interessen. Gruppen von Personen oder Gruppenverbände erzielen einen Kompromiß oder Konsens, definieren Zwecke und Mittel, entwickeln Strategien, kurz: sie *handeln*. Es wäre unangemessen, solche Vorgänge ausschließlich in Funktionskategorien zu deuten, auch wenn die Funktion des Urlaubs in Erholung und die der politischen Reform in der Befriedung von Protestgruppen liegen mag.

Mit diesen Überlegungen soll zunächst lediglich die scharfe Entgegensetzung von System- und Handlungskategorien relativiert werden. Systeme können nicht ohne motivgeleitete Handlungen auskommen, wenngleich sie diese erst in Steuerungsmedien "übersetzen" müssen. Zumindest Systeme, die zur selbstreflexiven Koordination ihrer Elemente fähig sind, können fallweise "handeln", auf sich oder ihre Umgebung aufgrund strategischer Kalküle einwirken. Umgekehrt sind selbst Individualhandlungen nicht immer bloß interessengeleitet. In sie gehen zum Beispiel Funktionsimperative des Unbewußten ein (etwa Verdrängung oder Rationalisierung), wie die Psychoanalyse gezeigt hat. Gleich ob wir Handeln hinsichtlich seiner inneren oder äußeren Bedingungen betrachten - wir stoßen auf System- und Strukturzusammenhänge, die es beschränken, aber andererseits auch erst ermöglichen.²¹ Das gilt in gleicher Weise für Gruppen bis hin zum Gruppenverband einer sozialen Bewegung, sofern wir die plausible Unterstellung machen, daß Bewegungen nicht einfach wie ein Börsenmarkt "funktionieren", sondern Intentionen formulieren können und diesen mit strategisch eingesetzten Mitteln zur Durchsetzung verhelfen wollen. Stellen wir in Rechnung, daß dieses Handeln innerhalb gesellschaftlicher Rahmenbe-

²¹ Giddens (1988: 77ff.) spricht in diesem Zusammenhang von der Dualität von Struktur.

dingungen einschließlich makrosozialer Funktionssysteme geschieht, so gilt auch für diesen Fall die allgemeine Formulierung von Schimank (1985: 428): "Handeln konstituiert sich nämlich aus der *Intentionalität* handlungsfähiger Sozialsysteme im Rahmen der *Konditionalität* handlungsprägender Sozialsysteme."

4. Aufgrund dieser Überlegungen erscheint es angemessen, den durchaus konventionellen Begriff des Handlungssystems (so schon bei Parsons) auf soziale Bewegungen anzuwenden und die Frage einer system- oder handlungstheoretischen Analysestrategie nicht apriorisch zu entscheiden. Ansonsten wären auch jene Nachteile in Kauf zu nehmen, die sich System- und Handlungstheorie aus guten Gründen wechselseitig ankreiden (Schimank 1988). Pragmatisch gesehen bedeutet dieses Postulat, von einer jeweils ebenen- und gegenstandsspezifischen *Vermutung* der potentiellen Vorteile von System- oder Handlungstheorie auszugehen.²²

Dieser Gedanke läßt sich mit einer Systematisierung verschiedener Sozialformationen verbinden. Hierbei unterscheide ich zwei Dimensionen, die *Interaktionsebene* (Mikro-, Meso- und Makroebene) und des *Integrationsmodus* (System- und Sozialintegration). In der sich daraus ergebenden

Abbildung 1.1
Die Eignung von Handlungs- und Systemtheorie für verschiedene Sozialformationen

Integrationsmodus	Interaktionsebene		
	Mikro	Meso	Makro
Sozialintegration (Identität)	Gruppe (z.B. Familie)	Bewegung	Klasse
Systemintegration (Organisation)	organisiertes Encounter (z.B. Kaufakt, Veranstaltung)	Zweckverband (z.B. Partei)	gesellschaftliches Teilsystem (z.B. Wirtschaft)

Primat von Handlungstheorie

Primat von Systemtheorie

²² Ähnlich argumentiert Schimank (1992: 3), der sich System- und Akteurtheorie wie zwei Wachposten vorstellt, die ein weites Gelände zu observieren haben. Dabei macht es keinen Sinn, wenn beide in genau die gleiche Richtung schauen.

Sechs-Felder-Tafel können grundlegende Sozialformationen plaziert werden (Abbildung 1.1). Meine Vermutung ist, daß sich die Angemessenheit handlungstheoretischer und systemtheoretischer Kategorien auf der Diagonale von links oben nach rechts unten abbilden läßt. Die Doppelperspektive von Handlungstheorie und Systemtheorie wird insbesondere für die Formationen "soziale Bewegung" und "Zweckverband" nahegelegt, wobei im ersten Falle eher von einem Primat der Handlungstheorie, im zweiten eher von einem der Systemtheorie auszugehen ist.

Die Modi der System- und Sozialintegration werden bei handlungsfähigen Sozialsystemen eng ineinandergreifen und sich wechselseitig beeinflussen, wie das Beispiel der Fußballmannschaft zeigt. Mittel der Systemintegration, etwa Spieleraufstellung und taktische Anweisungen des Trainers, laufen weitgehend leer, wenn massive Störungen auf der Ebene der Sozialintegration vorliegen, also die Mannschaft keinen "Teamgeist" hat oder gar zerstritten ist. Dies ist anders bei handlungsprägenden Funktionssystemen wie dem Markt, wo das Gelingen von Tauschakten keineswegs davon abhängt, ob die Beteiligten emotional harmonisieren oder sich einem Kollektiv zurechnen.

5. Gesellschaftstheorie geht notwendig von allgemeinen Prämissen aus, die konkretere Aussagen anleiten, aber selbst nicht direkt empirisch entscheidbar sind. Die Frage, ob für das Spektrum von archaischen Stämmen bis hin zu modernen Industriegesellschaften gesellschaftliche Universalien bestimmbar sind, wie dies beispielsweise Parsons (1979) behauptet hat, gehört zu diesem Typ von Aussagen. Wichtig bleibt jedoch, solche Prämissen kenntlich zu machen. In diesem Sinne unterstelle ich, daß alle Gesellschaften in einer Weise "geordnet" sind, die ihre Interaktionen nicht erratisch und zufällig verlaufen läßt, sondern sozialen Regeln unterwirft.

Diese Regeln erlauben individuell und situativ geprägte Anwendungen innerhalb definierter Bandbreiten, deren Überschreitung oder gar frontale Infragestellung mit negativen Sanktionen bedacht wird. Solche Regeln der normativen Verhaltenssteuerung und die sie verkörpernden und reproduzierenden Institutionalisierungsformen bilden die Mechanismen der *Sozialintegration*. Diese Mechanismen, so die Annahme, sind allen Gesellschaften unabhängig von ihrem Entwicklungsstand eigen, wenngleich sich ihre konkreten Formen unterscheiden. Man könnte somit versuchen, Gesellschaften nach ihrem Integrationsmodus zu unterscheiden. Hierbei läßt sich im Groben differenzieren zwischen (a) archaischen Stammesgesellschaften, (b) stratifikatorisch *und* funktional differenzierten Hochkulturen und (c) modernen Gesellschaften (Tenbruck 1962; Hahn 1986).

Die soziale Integration von *Stammesgesellschaften* beruht auf Regeln, die ausschließlich in *face-to-face*-Interaktionen zur Anwendung kommen. Die Regeln beruhen überwiegend auf Verwandtschaftsbeziehungen und einem die soziale Praxis unmittelbar bestimmenden Abhängigkeitsverhältnis zur Natur. Der soziale Zusammenhang wird durch magische Weltbilder stabilisiert und in einer sich unverändert perpetuierenden, geschichtslosen rituellen Praxis bekräftigt.

Komplexe *Hochkulturen*, von denen im 16. Jahrhundert mindestens vier bestanden, sind sozial eindeutig segmentiert - in erster Linie vertikal²³, in zweiter Linie horizontal. Sie weisen bereits funktionale Differenzierungen entlang gesellschaftlicher Subsysteme auf; sie kennen ein entwickeltes Geld- und Marktsystem, den Fernhandel, ein alimentiertes System der Wissenschaften, eine professionalisierte Kunst, das Kriegs"handwerk" usw.

Die sakrale Bindung und Durchdringung dieser Subsysteme gilt noch im Prinzip. Den entscheidenden sozialintegrativen Mechanismus bildet die Religion. Sie legitimiert in letzter Instanz politische Autorität ("König von Gottes Gnaden"), bestimmt die Prämissen der Verteilung rechtlicher und materieller Güter ("moralische Ökonomie"), vermittelt soziale Sinngebung ("Vorhersehungslehre") und erlaubt Grenzziehungen gegenüber anderen Gesellschaften und internen Abweichlern (Umgang mit "Heiden" und Häretikern). Allerdings ist die Bedeutung der Religion als sozialintegrativem Mechanismus bereits so weit gelockert, daß es beispielsweise zu extensiven Verletzungen religiöser Gebote und zu Rivalitäten zwischen religiösen und säkularen Interpretationen bzw. Institutionen sozialer Ordnung kommen kann.

Hochkulturelle Gesellschaften lassen sich nicht mehr zureichend durch den Modus ihrer Sozialintegration beschreiben. Auf dieser Stufe sind einzelne Subsysteme bereits partiell von der Religion entkoppelt, intern differenziert und auf beständige Leistungssteigerung gepolt. Sie haben neben ihren sozialintegrativen Praxen - wenngleich religiös gebrochene - Mechanismen der *Systemintegration* und entsprechende Strukturen ausgebildet. Deren sich abzeichnende Eigenlogik wird unter dem Primat der Religion entweder gezügelt oder aber erzwingt eine Dynamisierung des religiösen Weltbilds, möglicherweise eine Anpassung der sozialintegrativen Mechanismen an Funktionsimperative der Systemintegration. Medien der Systemintegration sind abstrakte Prinzipien wie Geld und Macht, welche die Konfiguration und die Beziehungen zwischen relevanten Institutionen - etwa Königshäusern, Ständen, Städten, Handelsgesellschaften - prägen.

²³ Diese vertikale Differenzierung erstreckte sich bis zum Sprachgebrauch. "Der Sprachraum der Vormoderne war ständisch abgeschichtet." (Koselleck 1979: 344)

Hochkulturen setzen sich im Bewußtsein ihrer jeweiligen Besonderheit zu anderen Gesellschaften der Vergangenheit und Gegenwart in Beziehung. Ihre eigene Entwicklung können sie jedoch (noch) nicht als gesellschaftsimmanent induzierten Wandel denken, der in prinzipiell anderen Bahnen verlaufen könnte. Dafür erweist sich die Bindungswirkung der Religion zu stark, welche als Verkörperung "ewiger Wahrheit" nicht im Grundsätzlichen relativiert werden kann. In theoriestrategischer Hinsicht bleibt festzuhalten, daß eine Analyse hochkultureller Gesellschaftsformationen bereits eine Doppelperspektive von Sozial- und Systemintegration verlangt. Dies gilt erst recht für *moderne Gesellschaften*.

1.1.3 Axiome, Dimensionen und Richtung von Modernisierung

1. Modernisierung als Prozeßkategorie bedeutet Genese und/oder Fortentwicklung von Merkmalen, die auf die Moderne als einen typisierten Zustand verweisen. Damit verlagert sich zunächst das Problem der Begriffsklärung auf die Kategorie der Moderne. Diese wiederum steht antipodisch zur Tradition.²⁴ Moderne Gesellschaften werden idealtypisch von traditionellen, vormodernen oder primitiven Gesellschaften abgehoben.²⁵ Traditionale Gesellschaft ist hierbei eine grobe Kontrastfolie bzw. Residualkategorie, die zumeist nicht selber Gegenstand eingehender Untersuchungen wird - und es auch im Kontext dieser Arbeit nicht werden kann. Traditional soll heißen, daß Überlieferung sowie Orientierung an der Vergangenheit die zentrale Legitimationsquelle nicht nur von Herrschaft, sondern von sozialer Ordnung schlechthin bilden.²⁶ Mit dem Bezug auf traditionale Gesellschaf-

²⁴ In diesem Sinne formuliert Bendix (1980 I: 25): Am einfachsten wird Modernisierung als Zusammenbruch der idealtypischen Ordnung definiert: die Herrschaft wird ihrer Heiligkeit entkleidet, die Monarchie verfällt, die hierarchische Ordnung der Gesellschaft wird zersetzt. Weltliche Herrschaft im Namen des Volkes und egalitäres Ethos sind typische Eigenschaften der modernen Gesellschaft."

²⁵ Abhängig von der jeweiligen Modernisierungstheorie werden die Anfänge ganz unterschiedlich situiert. Die einen binden Modernisierung im wesentlichen an die Industrielle Revolution und sehen somit ihren breitenwirksamen Beginn im 19. Jahrhundert (z.B. Wilbert Moore 1963). Andere, etwa Bendix (1967; 1979a), siedeln ihren Anfang im 18. Jahrhundert an. Hannah Arendt (1963: 133) verlagert ihn in die Hofgesellschaft des französischen Absolutismus, Toulmin (1991: 24) in die Zeit zwischen 1600 und 1650, Black (1967: 69) in das 12. Jahrhundert. Am weitesten geht wohl Richard Münch (1986: 11), der den Beginn der Moderne im antiken Judentum sieht. Diese exemplarische Zusammenstellung verdeutlicht zugleich die Dehnbarkeit des Modernisierungsbegriffs. Der damit verbundenen Beliebigkeit ist nur durch explizite inhaltliche Festlegungen beizukommen.

ten, meist charakterisiert als statisch und segmentär differenziert, wird allerdings die folgenreiche Unterscheidung zwischen archaischen Gesellschaften und Hochkulturen verdeckt. Das führt dann zu überzogenen Zäsurbehauptungen von Soziologen, die von Anthropologen und Historikern mit schöner Regelmäßigkeit zurückgewiesen werden, was wiederum mit Notkonstruktionen wie Übergangsgesellschaften, Protomodern etc. aufzufangen versucht wird. Gleichwohl müssen bei einer systematischen Unterscheidung nicht nur von Tradition und Moderne, sondern - konkreter - von hochkulturellen und sich modernisierenden Gesellschaften grundlegende Differenzen benannt werden. Diese sind auf den Ebenen von Gesellschaft und Individuum zu lokalisieren.²⁷

a. Auf der Ebene von *Gesellschaft* bildet *funktionale Differenzierung* den primären Strukturierungsmechanismus von Modernisierung. Das bedeutet die Ausdifferenzierung einer vormals religiös integrierten Handlungs- und Vorstellungswelt in gesellschaftliche Teilsysteme mit einer je eigenen Logik und je eigenen primären Kommunikationsmedien.²⁸ Obgleich damit zunächst nur ein gradueller Unterschied zu hochkulturellen Gesellschaften bezeichnet wird, gibt es doch eine analytisch scharfe Zäsur²⁹: Die moderne Gesellschaft beginnt dort, wo Religion per se in Frage steht, also nicht nur eine Deutungs- und Geltungskonkurrenz zwischen Religionen aufkommt. Empirisch ist dies gewiß ein allmählicher, sektoral und territorial ungleichzeitig verlaufender Prozeß. In der Retrospektive kündigt er sich in der okzidentalen Welt mit der offenen Rivalität von Königtum und Papsttum an und setzt sich über viele Stufen fort, ohne bis heute zum Abschluß gekommen zu sein.³⁰ Dieser Aspekt der *Rationalisierung* von Weltbildern ist als Entzauberung oder Säkularisierung auf den Begriff gebracht worden; er geht Hand in Hand mit der Ausdifferenzierung von Öko-

²⁶ Die Vorstellung, daß man modern sei, ist Schabert (1978: 42) zufolge in der europäischen Geschichte bereits fünfzehn Jahrhunderte alt. Doch bezog sie sich zunächst nicht auf einen Bruch mit der Tradition, sondern auf die Erneuerung des Alten.

²⁷ Andere Autoren wählen eine komplexere Dimensionierung von Modernisierungsprozessen. Zum Beispiel unterscheiden van der Loo/van Reijen (1992) zwischen (struktureller) Differenzierung, (kultureller) Rationalisierung, Domestizierung (der Natur) und Individualisierung (der Person).

²⁸ Zu prüfen wäre, in welchem Ausmaß funktionale Differenzierung auch eine Partialerscheinung traditionaler Gesellschaften war. Vielleicht könnte man angesichts eines professionellen Wettkampfsports in der griechischen Antike oder einer hochentwickelten Mathematik in der alten arabischen Welt durchaus von funktional spezifizierten Teilsystemen sprechen.

²⁹ Man beachte: "Classification is a matter of 'either/or'; comparison is a matter of 'more or less'." (Kalleberg 1966: 80)

³⁰ So finden wir den expliziten Rekurs auf Religion in mehreren derzeit geltenden Verfassungen westlicher Demokratien.

nomie, Politik, Recht, Wissenschaft usw. Diese Systeme rationalisieren sich ihrerseits, indem sie eigene Kommunikationsmedien und Leistungsmechanismen zur Geltung bringen. Ein weiterer Aspekt des gleichen Prozesses ist systemische *Autonomisierung*. Mit der Lösung aus ihrer religiösen Verankerung werden die gesellschaftlichen Subsysteme nicht in einem radikalen Sinne freigesetzt, aber doch relativ autonom, indem sie innerhalb ihres Geltungsbereichs zunächst religiöse Beimengungen, dann aber auch Elemente anderer Systeme verdrängen. Dabei entwickeln sie ihre Eigenlogik in Abhängigkeit von systemspezifischen Funktions- und Leistungskriterien sowie Prozessen und Ergebnissen der Interpenetration mit anderen sozialen Subsystemen.

b. Auf der Ebene des *Individuums*³¹ verändern sich mit den gesellschaftlichen Rationalisierungs- und Autonomisierungsprozessen auch die Bedingungen für Grundorientierung, Status und Rollen der Gesellschaftsmitglieder. Bezogen auf die Sinnggebung des einzelnen setzt *Ich-Zentrierung* mit weitreichenden Strukturfolgen ein. Ich-Zentrierung soll heißen, daß die Maßstäbe von Weltdeutung und praktischem Handeln nicht mehr aus traditionellen oder transzendentalen Vorgaben entlehnt, sondern autonom gesetzt werden. Letzter Bezugspunkt dieser Setzung ist das Individuum. Dies bedeutet nicht, der Fiktion eines monadischen Handlungssubjekts zu erliegen. Ontogenetisch gesehen vollzieht sich Ich-Zentrierung in permanenter sozialer Interaktion; sie wird sozialisiert und fortlaufend wechselseitig bekräftigt. Phylogenetisch entsteht Ich-Zentrierung in der allmählichen Zurückdrängung von Religion und der Kritik an nicht rationalisierbaren Zwängen der Gemeinschaft.³² Die Moderne bringt die Idee des Individuums hervor, das sich in den Mittelpunkt rückt und seine eigenen Bewertungen gegen konkurrierende Bewertungen stabilisiert.

Ein aus Ich-Zentrierung abgeleiteter Aspekt ist der Übergang von Statuszuweisung (qua Geburt oder Gunst) zu *Statuserwerb*. Zwar kannten bereits Hochkulturen den Statuserwerb aufgrund von Leistungskriterien (etwa die Anerkennung und Förderung herausragender Künstler durch Fürsten), doch tritt erst in modernen Gesellschaften das interaktiv erzeugte

³¹ Von Modernisierungstheorien ist die Stellung des Individuums im Modernisierungsprozeß, wie Inkeles (1976: 105) zu Recht feststellt, zugunsten der Analyse der institutionellen Ebene vernachlässigt worden.

³² Das klingt an in dem berühmten Zitat aus Immanuel Kants Vorrede zur "Kritik der reinen Vernunft" von 1781: "Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muß. *Religion* durch ihre *Heiligkeit* und *Gesetzgebung* durch ihre *Majestät* wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können."

Urteil des (Fach-) Publikums an die Stelle der Gunst des Herrschers. Eine weitere Implikation von Autonomisierungsprozessen ist *Rollenflexibilisierung*. Soziale Rollen, die an verschiedene Teilsysteme und lebensweltliche Kontexte gebunden sind, werden unabhängig voneinander variabel und bilden damit die Grundlage für ein hohes Maß an Individualisierung. Biographien nehmen einen offenen und zugleich prekären Charakter an (Buchmann 1989; Kohli 1989), erfordern fortwährend Planungen, Entscheidungen und Rechtfertigungen, bei denen auf ein breites, sozial nur vorstrukturiertes, aber das Individuum nicht determinierendes kulturelles Verhaltensrepertoire und Deutungsangebot zurückgegriffen wird.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: *Auf der Ebene von Gesellschaftsstruktur heißt Modernisierung funktionale Differenzierung, verbunden mit der Rationalisierung und Autonomisierung von Teilsystemen; auf der Ebene des Individuums heißt Modernisierung Ich-Zentrierung, verbunden mit Statuserwerb und Rollenflexibilisierung.* Diese Entwicklungsrichtung wird im Laufe des Modernisierungsprozesses im Prinzip, aber nicht in jedem Einzelfall beibehalten.

Versteht man Modernisierung in diesem Sinne, so liegt es nahe, ihren Beginn mit der Renaissance anzusetzen. Hier liegen die entscheidenden Weichenstellungen, die später bekräftigt und ausgebaut werden. Entscheidend ist dabei die Frontstellung zu einigen konstitutiven Prinzipien der mittelalterlichen Gesellschaft³³, welche, obgleich faktisch keineswegs statisch, doch zumindest normativ auf eine feste, für unverrückbar gehaltene Ordnung verpflichtet war. Auf der Systemebene beginnt die Eingrenzung der Religion und die parallele Freisetzung autonomer Sphären von Wissenschaft, Kunst, Recht, Politik und kapitalistischer Ökonomie. Auf der Subjektebene setzt die Konstitution des Individuums ein, das sich selbst zum Maßstab von Weltdeutung und Handlungspraxis erhebt.³⁴ Von all dem finden sich Spuren in früheren Gesellschaften. Aber erst in ihrem Zusammenreffen entwickeln diese Prozesse die kritische Masse, um die moderne

³³ Daß diese Frontstellung nicht immer offen zutage tritt, ist vor allem ein Ergebnis von manifesten Sanktionen (man denke an den Fall Galilei). Daraus erklären sich widersprüchliche Konstruktionen dieser Ära, in denen erfahrungswissenschaftliche Einsichten mit kirchlichen Dogmen vereinbart werden sollten. Hier liegt auch eine Antwort auf die Behauptung, das Denken der Renaissance sei noch "vormodern" zu nennen (vgl. Fußnote 34).

³⁴ Gegen diese Deutung (z.B. Borkenau 1973) erhebt sich vereinzelt Widerspruch: "Das autonome Individuum der herrschenden Renaissanceideologie ist ein spätes kulturhistorisches Interpretament. Nicht nur Luther und seine ersten Wittenberger Weggefährten, sondern auch die typischen Renaissancephilosophen sind in der Willens- und Freiheitslehre entschiedene Deterministen gewesen." (Wolfgang Hübener, *Neuzeit anti-modern, die tageszeitung* vom 17.10.1987, S. 17)

Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Dabei ist die Dynamik des Kapitalismus die vielleicht mächtigste Kraft, ohne daß daraus die entsprechenden kulturellen Muster einfach abgeleitet werden könnten.³⁵

c. Vereinfacht kann man die systemische Ausdifferenzierung als eine Trennung, Rationalisierung und Autonomisierung in den Grunddimensionen von Soziokultur, Ökonomie und Politik begreifen.³⁶ In diesen Dimension entfaltet der Prozeß der Ich-Zentrierung je spezifische Wirkungen:

Im soziokulturellen Bereich werden die Bindungen der Gemeinschaft abgeschwächt; es entsteht Fremdheit³⁷, Vielfalt und Vieldeutigkeit, aber auch der Zwang zu permanenter Entscheidung und Identitätsbehauptung. Sinnprovinzen je eigener Art schälen sich heraus. Die Wertsphären von Moral, Kunst und Wissenschaft treten auseinander. Allgemeinste normative Grundlage der Sozialintegration bildet eine universalistische Ethik, die - wenngleich mit schwacher Wirkung auf das Alltagshandeln - als "Zivilreligion" an die Stelle der Priesterreligion getreten ist. Auf diesem Fundament, das relativ weite Grenzen soziokultureller Toleranz absteckt, können sich gruppenspezifische, also nicht mehr für das gesamte Gesellschaftssystem verbindliche Moralen ausbilden. Die Kriterien für Kunst werden variabel, erscheinen von außen betrachtet fast beliebig. In der wissenschaftlich-technischen Welt öffnet sich der Horizont für prinzipiell alle Fragen und Verfahren. Nichts ist mehr a priori heilig. In sozialstruktureller Hinsicht zeigt sich eine allmähliche Erosion von Ständen und Klassen (Beck 1983).

Im ökonomischen Bereich legitimiert radikale Ich-Zentrierung schrankenlose Bereicherung, ohne daß dem Individuum eine Fürsorge gegenüber anderen auferlegt wäre. Aus der Zerstörung "moralischer Ökonomie" erwächst die Möglichkeit extremer materieller Ungleichheit auf der Grundlage einer freien Übereinkunft unter formell Gleichen.

³⁵ Zu diesem seit Max Weber immer wieder geltend gemachten Argument vgl. neuerdings die Studie von Wuthnow (1989).

³⁶ Zur Unterscheidung von eindimensionalen und mehrdimensionalen Analysen vgl. Lepsius (1977: 15). Über die relevanten Dimensionen für gesellschaftliche Entwicklung bzw. Modernisierung herrschen in der Literatur divergierende Auffassungen. Zuweilen werden gesellschaftliche Entwicklungsmodelle entlang der Weberschen Differenzierung von Gesellschaft, Politik und Kultur konzipiert. Habermas verwendet die Trias Gesellschaft, Kultur und Persönlichkeit. Zapf (1975: 215) spricht von sechs Dimensionen der Modernisierung. Dies ist die kulturelle, politische, wirtschaftliche, "soziale", psychische und internationale Entwicklung. Huntington (1971: 316) identifiziert allein für das politische System fünf zentrale Komponenten: Kultur, Struktur, formelle und informelle Gruppen, Führung und politischen Aktionen. Mit der Trias von Soziokultur, Ökonomie und Politik folge ich einer Systematisierung von Offe (1973: 213).

³⁷ Hahn (1993: 200) sieht in der "Generalisierung der Fremdheit" sogar das entscheidende Wesensmerkmal der Moderne.

In politischer Hinsicht folgt aus Ich-Zentrierung radikale Inklusion, welche sich in einer sukzessiven Erweiterung von legalen (civil), politischen und sozialen Rechten manifestiert (Marshall 1992). Überlegenheit qua Geburt, Geldbeutel oder Wissen kann in modernen Gesellschaften keine politischen Vorrechte begründen. Auf Dauer wird nicht nur der Grundsatz "one man, one vote" zwingend, sondern Inklusion muß auf beide Geschlechter ausgedehnt werden - ein Prozeß, der lediglich auf der Ebene des Wahlrechts als abgeschlossen gelten kann. Es liegt in der Konsequenz dieser Entwicklung, Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Fragen zu verlangen. Historisch gesehen ist die "participant society" (Lerner 1968: 393) bzw. die "partizipatorische Revolution" (Kaase 1982) bereits eingeläutet.

Wird Modernisierung in System- und Akteursperspektive als ein gerichteter Prozeß in den drei Dimensionen von Soziokultur, Ökonomie und Politik begriffen, so ergibt sich ein Raster, innerhalb dessen empirische Indikatoren für Modernisierungsprozesse angesetzt werden können. Welcher Dimension die Leitfunktion zukommt und wo jeweils die wichtigsten Motoren von Modernisierung zu lokalisieren sind, sollte nicht theoretisch vorentschieden werden, sondern konkreten historischen Analysen vorbehalten bleiben.

d. Funktionale Differenzierung und Ich-Zentrierung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie verlaufen nicht von zufällig im Groben parallel. Ich-Zentrierung findet auf Systemebene ihre Entsprechung im Prinzip einer dezentrierten Gesellschaft, zusammengesetzt aus (begrenzt!) autonomen Teilsystemen. Beide Seiten bedingen, stabilisieren und fördern sich wechselseitig. Funktionale Differenzierung bedarf auf der Subjektebene eines Substrats, das plastisch genug ist, um gleichzeitig mehreren Systemen anzugehören und viele Funktionen wahrzunehmen. Umgekehrt kann sich radikale Ich-Zentrierung nur durchsetzen, wo Funktionssysteme Spielräume gewähren. An die Stelle totaler Identifikation, des "Einssein" mit einem gleichsam schicksalhaft zugewiesenen sozialen Ort, tritt in modernen Gesellschaften die Übernahme und Kombination von erworbenen bzw. gewählten Rollen, zu denen Distanz gehalten werden kann.

Das alles gilt freilich nur in der Tendenz, aber nicht in jedem Einzelfall und schrankenlos: Systemische Festlegungen begrenzen mögliche Zukünfte; extreme funktionale Differenzierung kann Dysfunktionalitäten zeitigen und Reintegrationen erforderlich machen; die Eigenlogik von Teilsystemen mag fallweise durch einen Primat der Politik gebrochen werden (Gerhards/Neidhardt 1991: 9). Ebenso stößt Ich-Zentrierung nicht nur auf das individuelle Interesse des jeweils anderen, sondern auch auf kollektive Interessen, die ihm Grenzen setzen.

e. Erst in der Zusammenschau von Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung werden bestimmte Strukturentwicklungen verständlich, für die Differenzierungstheorien oder Theorien des Kulturwandels allein keine zureichenden Erklärungen bieten. Das soll kurz an der Durchsetzung repräsentativer Demokratie erläutert werden.

Ich-Zentrierung zieht, wie erwähnt, die Idee egalitärer Demokratie nach sich. Wenn die Legitimität einer "natürlichen", Status- und Machtdifferenzen erhaltenden Ordnung schwindet, wenn der Mensch sich zum Fixpunkt seines Handelns erhebt und, im Sinne von David Riesman, stärker "innen-geleitet" wird³⁸, dann läßt sich Herrschaft nur noch durch einen impliziten Vertrag unter Gleichen legitimieren. Wenn jeder souverän ist, ist das Volk der Souverän. In diesem Sinne ist die heutige Demokratie eine Konsequenz des modernen Weltbildes, das mit dem Konzept des auf sich gestellten Individuums auf den Weg kam.

Freilich wäre die moderne Demokratie als politische Institution nicht zustandegekommen, hätte sie sich nicht mit kapitalistischen Interessen vereinbaren lassen. Dafür lassen sich mindestens zwei Argumentationslinien anführen.

Das erste, von Marx bis Macpherson (1973) entfaltete Argument besagt, daß die politische Demokratie befördert wurde, weil der kapitalistische Tausch den ungehinderten Verkehr unter formal Freien und Gleichen verlangte. Deshalb mußten Rechtsinstitute der alten Ordnung - namentlich ständische Privilegien, Leibeigenschaft, Zunftzwänge und "moralische Ökonomie" - zerstört werden. Damit war aber auch der Weg frei für einen *politischen* "Markt", der nicht mehr unter der Prärogative traditionaler Macht- und Geltungsmonopole stand.

Das zweite Argument wurde von Schumpeter (1975) und neuerdings von Claessens vorgetragen. Claessens (1992: 180) zeigt auf, daß Demokratie für das kapitalistische System nur scheinbar einen Luxus darstellt. Mit dem intensivierten Handelskapitalismus und dem Aufbau früher Formen der Industrie hatten sich die Möglichkeiten von zum Wohlstand führenden Existenzformen erweitert. Reichtum brauchte nicht mehr durch den Erwerb von (knappen) Regierungspositionen und damit verbundenen kriegerischen Auseinandersetzungen angestrebt werden.

³⁸ Schabert (1983: 112) umschreibt die Idee der Moderne in der Aufklärung folgendermaßen: "Originally, the concept of modernity carried the promise of man's emancipation from every natural and transcendent power. In assuming a quasi-divine autonomy of his existence and in subjecting the cosmos of life to his will, 'modern' man would become the sole master of his fate and the Lord of his own world."

"Regeln für unblutigen Machtwechsel konnten akzeptiert werden, weil ein solcher Wechsel von der politischen Macht zur Opposition nicht mehr auch den Verlust der eigenen *wirtschaftlichen* Stellung bedeutete! Aus der Macht gedrängt, konnte man sich als Fabrikbesitzer, Verleger, Unternehmer, Aufsichtsratsvorsitzender oder Rechtsanwalt überlegen, ob man nochmals für ein Amt kandidieren oder seine wirtschaftliche Position ausbauen wollte. Dies ist der eigentliche Grund dafür, daß Demokratie und demokratische Kultur möglich wurden: Es ist die Umlenkung des Machtkampfes 'um jeden Preis' in gerechte und in ihrem formalen Charakter anerkannte Bahnen...Die kapitalistische Dynamik macht demokratische Kultur für eine historische Zeitspanne, die bis zu uns reicht, möglich." (Claessens 1992: 182)

Die "systemtheoretische" Argumentation von Marx und die akteurstheoretische Argumentation von Claessens ergänzen sich. Nur die Verbindung von nahe am historischen Material entwickelten akteurs- *und* systemtheoretischen Analysen kann die Entstehung eines Phänomens wie das der modernen Demokratie erhellen. Eine rein differenzierungstheoretische Erklärung - die allerdings Marx nie vertreten hat - liefe hier leer. Sie könnte allenfalls zeigen, daß Religion und Politik auseinandertreten und es zu funktionalen Differenzierungen innerhalb der Politik kommt. Aber sie sieht weder die Interessen und Akteure, die solche Differenzierungen in bestimmten Bahnen machtvoll vorantreiben, noch die Ideen, die diesen Prozeß als legitim erscheinen lassen.

Der hier am Beispiel der Durchsetzung repräsentativer Demokratie nur illustrativ durchgespielte Zusammenhang von Systemfunktionen und Akteursinteressen ließe sich auch für andere Strukturmerkmale moderner Gesellschaften aufzeigen. Diese Merkmale wurden in der einschlägigen Literatur vielfach, wenngleich in unterschiedlicher Benennung und Gewichtung einzelner Komponenten, beschrieben. Im Hinblick auf Rationalisierungsprozesse innerhalb einzelner Teilsysteme sind vor allem die Kapitalisierung der Ökonomie, die Bildung von Nationalstaaten und die Positivierung des Rechts zu nennen. Auf der personalen Ebene wurde insbesondere auf die Erhöhung vertikaler und horizontaler Mobilität sowie die Zunahme von Wahlfreiheiten hingewiesen. Daß hierbei oft ein euphemistisches Bild entstand, das die Kehrseiten von Modernisierung unterschlägt, ist bereits im Kapitel 1 verdeutlicht worden. Diese Kehrseiten werden unabhängig von ihrer objektiven Größenordnung in dem Maße virulent, wie der Mensch nicht länger als Spielball göttlicher Mächte erscheint. Nach der Wahlfreiheit hinsichtlich seiner selbstbezüglichen Handlungen, die ihm die christliche Religion von jeher zugebilligt hat, erlangt er nun Wahlfreiheit hin-

sichtlich der Gestaltung von Gesellschaft. Damit verliert er den Rest seiner Unschuld und wird im strikten Sinne des Wortes mündig.

2. Mit den benannten Entwicklungsprozessen ist auch die Richtung von Modernisierung als einer doppelten Relation bezeichnet. Modernisierung ist negativ beschreibbar als Abkehr vom stilisierten Fluchtpunkt traditionaler Gesellschaft. Die tautologische Formel hieße dann: Je weniger eine Gesellschaft einer traditionellen Gesellschaft ähnelt, desto moderner ist sie. Die positive, wenngleich hochformale Bestimmung von Modernisierung lautet: fortlaufende Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung. Diese Feststellung ist nicht zu verwechseln mit teleologischen Definitionen von Modernisierung als einer schrittweisen Annäherung an ein inhaltlich festgelegtes Ideal. Die moderne Gesellschaft kann in ihrem materiellen Ergebnis nicht wie eine frühbürgerliche Utopie oder ein sozialtechnokratisches Konstrukt antizipatorisch fixiert werden. Sie bleibt auch in diesem Sinne ein "unvollendetes Projekt". Daraus folgt kein postmodernes Plädoyer des "anything goes". Wenn Zukunft gerade nicht die Fortschreibung der Vergangenheit bedeutet, dann heißt Modernisierung die Öffnung für zwar unbestimmte, aber nicht beliebige Zukünfte. Modernisierung ist gerichtete, bestimmten Prinzipien folgende Strukturierung.

Soziologisch gesehen heißt Modernisierung Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung; normativ bedeutet sie Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit³⁹; strategisch geht es um die Erweiterung von Selbststeuerung, was Selbstreflexion auf gesellschaftlicher wie personaler Ebene voraussetzt. Hierbei ist die Vergangenheit nur noch Erfahrungsquelle und Orientierungsangebot, aber kein verpflichtendes Muster gegenwärtigen und künftigen Handelns.

1.1.4 Entwicklungslogik des Modernisierungsprozesses

1. Die *Entwicklungsdynamik* spiegelt den realhistorischen Prozeß. Dessen Beschreibung bleibt selbst bei einer vergrößernden Sichtweise an das Kriterium historischer Richtigkeit gebunden.⁴⁰ Nimmt man diese Perspektive

³⁹ Zielte diese aufklärerische Formel Kants zunächst auf die Abschüttelung von dumpfer Tradition, so geht es heute zunehmend um die Abwendung von Zwängen, deren Folgen sich erst langfristig zeigen mögen.

⁴⁰ Die Kenntnis realer Entwicklungsdynamiken bleibt ein unverzichtbares Korrektiv gegenüber entwicklungslogischen Modellen, die nicht typisieren, sondern verfälschen. Dies ist dann der Fall, wenn entwicklungs-dynamische Prozesse verschiedener Phasen oder Regionen aufgrund extremer Divergenzen nicht mehr auf einen generalisierenden

ein, so kann kaum von *dem* Modernisierungsprozeß gesprochen werden. Vielmehr erscheint okzidentale Modernisierung als ein variantenreicher und keineswegs linearer Vorgang, gekennzeichnet von ungleichzeitigen Abläufen, Rückschritten und widersprüchlichen Teilentwicklungen. Gleichwohl handelt es sich im Ganzen nicht um einen stochastischen Prozeß; er läßt vielmehr eine Richtung erkennen, die man am ehesten als eine stufenförmige Entwicklung begreifen kann. Das ist in der Perspektive von Entwicklungslogik beschreibbar.⁴¹

Eine *Entwicklungslogik* ist eine verdichtete, von Sonderfällen und Ungleichzeitigkeiten abstrahierende idealtypische Konstruktion, die vor allem sozialevolutionäre Brüche und Stufen betont. Meist wird sie mit weitreichenden Prämissen verbunden, etwa "daß die Abfolge der einzelnen Stadien *invariant* ist..., daß die Stadien in dem Sinne hierarchisch angeordnet sind, daß man in sie nicht zwanglos zurückfallen kann, und daß sich in der Gesamtentwicklung Trends durchsetzen, die von einer bestimmten Funktion her 'verständlich' gemacht werden können." (Döbert 1973: 303) Ein entwicklungslogisches Modell hat durchaus einen Wirklichkeitsbezug, wenngleich nicht in dem Sinne, daß es den realen Entwicklungsverlauf einer ganz bestimmten Region in einem ganz bestimmten Zeitraum wiedergeben wollte. Rekonstruktionen des okzidentalen Modernisierungsprozesses beziehen sich meist auf die Entwicklung einiger Kernstaaten Europas, insbesondere die Niederlande, England, Frankreich und Deutschland. Hierbei werden prototypische Prozesse in unterschiedlichen Ländern - etwa die politische Revolution in Frankreich und die industrielle Revolution in England - in ein allgemeines Ablaufmodell integriert.

2. Von vielen Seiten wurde immer wieder versucht, die gesellschaftliche Entwicklung mit Bildern linearer Progression, zyklischer Auf- und Abschwünge oder stufenförmiger Höherentwicklung zu beschreiben. Die meisten Wirtschafts- und Sozialhistoriker sind gegenüber solchen Versuchen skeptisch geblieben. Dies galt zumal dann, wenn in kühnem Bogen gleich die gesamte Menschheitsgeschichte auf ein einfaches Muster und ein diesem zugrundeliegendes inhärentes "Prinzip" zurechtgestutzt wurde. Selbst raum-zeitlich stärker eingegrenzte Fragen, etwa die nach den treibenden Ursachen des modernen Kapitalismus, erweisen sich trotz der Fülle des angehäuften historischen Materials noch heute als äußerst umstritten, wenn nicht überhaupt als unentscheidbar (Roth 1981).

Denner gebracht werden können oder wenn Sonder- und Randerscheinungen als zentraler Referenzpunkt für eine behauptete Entwicklungslogik dienen.

⁴¹ Zur Unterscheidung von Entwicklungsdynamik und Entwicklungslogik vgl. Habermas (1976) und Münch (1986).

Die von geschichtswissenschaftlichen Skrupeln und Kontextwissen unbelastetere Soziologie, angefangen von ihrem Namensgeber Comte bis hin zu den "Großtheoretikern" der Gegenwart, hat sich dagegen unverdrossen an die Formulierung von allgemeinen Entwicklungsgesetzen und Theorien sozialer Evolution gemacht. In einer schneidenden Kritik an der "Modeerscheinung" von Evolutionstheorien in den Sozialwissenschaften verwies Walter Bühl (1984) auf die Schwächen solcher Unternehmen. Sie erschöpften sich weitgehend in bloßen Analogien, leerformelhaften Skizzen und Spekulationen.

Immerhin ergeben sich aus solchen empirisch mehr oder weniger informierten Deutungsangeboten Hinweise auf mögliche Kriterien und relevante Stadien von Modernisierungsprozessen. Modelle eines kontinuierlichen und bruchlosen Entwicklungsprozesses werden heute nicht mehr ernsthaft vertreten. Dagegen findet sich eine ganze Reihe von Phasenmodellen der neuzeitlichen Entwicklung, die unterschiedliche Kriterien in den Vordergrund rücken. Wie schon erwähnt, hat der britische Soziologe Thomas H. Marshall (1992) um 1950 die Entwicklung der vergangenen drei Jahrhunderte als Abfolge der Institutionalisierung von Rechten nachgezeichnet.⁴² Den Endpunkt - nach der Verwirklichung von bürgerlichen Schutzrechten und politischen Beteiligungsrechten - bildete die Durchsetzung von sozialen Teilhaberechten, womit sich ein stabiles Gleichgewicht zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Demokratie eingestellt habe. Dies ist ein anschaulicher und suggestiver Typisierungsversuch, der jedoch über zentrale theoretische Grundfragen, etwa die nach den Bewegkräften dieses Wandels, hinweggeht. Ähnliches gilt auch für Joachim Raschke (1985), der ein eher konventionelles Schema der Abfolge von vorindustrieller, industrieller und nachindustrieller Gesellschaft verschlägt und diesen Phasen bestimmte Bewegungstypen zuordnet (vgl. dazu 3.1.2). Sein Versuch scheint mir auf der phänomenographischen Ebene im Grundsatz richtig, aber er enthält keine Theorie, warum sich Gesellschaft in diesen Stufen fortentwickelt. Wenden wir uns somit einer ausdrücklich theoretischen Deutung zu.

Habermas (1973: 30ff.) hat in einer ausgreifenderen Typologie von vier Gesellschaftsformationen⁴³ innerhalb der modernen Gesellschaft eine kapitalistische und eine postkapitalistische (= staatssozialistische) Variante

⁴² Vgl. auch den Hinweis von Habermas (1991 II: 525) auf vier globale Verrechtlichungsschübe: zum bürgerlichen Staat, zum Rechtsstaat, zum demokratischen Rechtsstaat und schließlich zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat.

⁴³ Dies ist die vorhochkulturelle, traditionale, kapitalistische und postkapitalistische Gesellschaftsformation (1973: 30). Allerdings verwendet Habermas im gleichen Text den Begriff Gesellschaftsformation auch für eine bestimmte, nämlich die liberalkapitalistische Phase (ebd., S. 36).

unterschieden und beide als Klassengesellschaften charakterisiert. Innerhalb der kapitalistischen Phase differenziert er zwischen Liberalkapitalismus und Spätkapitalismus. Zudem bekundet er angesichts der Krisentendenzen in spät- und nachkapitalistischen Klassengesellschaften "das Interesse, die Möglichkeiten einer 'postmodernen' Gesellschaft zu explorieren" (ebd., S. 31).⁴⁴ Für jede Gesellschaftsformation bestimmt Habermas ein Organisationsprinzip, die Form von Sozial- und Systemintegration (die erst ab den traditionellen Gesellschaften unterscheidbar ist) und einen Krisentypus. Während er für die liberalkapitalistische Phase Systemkrisen für typisch hält, rechnet er im Spätkapitalismus mit Krisen der Sozialintegration (Legitimations- und Motivationskrise) als einer Folge von ungelösten Systemproblemen. In späteren Arbeiten hat sich Habermas (1976; 1976a) zumindest teilweise von dieser Betrachtung gelöst und vor allem Stufen evolutionären Lernens thematisiert. Die Folie dafür bilden Sequenzen der kognitiv-moralischen Entwicklung in Anlehnung an Arbeiten von Piaget und Kohlberg. Evolutionäre Lernvorgänge nehmen ihren Ausgang von ungelösten Systemproblemen und neuen Lernniveaus auf der Ebene von Weltbildern, die latent bereits vorhanden, aber noch nicht institutionell wirksam geworden sind (1976: 186ff.).

Diese Deutung bleibt nicht nur ohne die Anstrengung einer historischen Unterfütterung; sie gibt auch keine Antwort darauf, wie solche latenten, institutionell noch nicht stabilisierten Lernprozesse in Gang kommen, warum sie gerade in Phasen ungelöster Systemprobleme aktiviert werden und inwiefern sie zur Lösung von Systemproblemen beitragen. Denkbar wäre zudem der umgekehrte Vorgang, daß ungelöste Systemprobleme erst die Entwicklung von neuen, nicht schon latent bereitstehenden Lernniveaus auf der Ebene von Weltbildern induzieren. Blaß erscheint zudem die Bestimmung der sozialen Träger neuer Lernniveaus. Daß hier soziale Bewegungen mit ins Spiel kommen können, liegt auch für Habermas auf der Hand. Doch soziale Bewegungen, so Honneth und Joas, lernen nicht in Reaktion auf ungelöste Systemprobleme, sondern in der Erfahrung und Aufarbeitung gesellschaftlichen Unrechts:

"Das Bewußtsein gesellschaftlicher Unterdrückung und sozialen Unrechts deckt sich nicht mit der Wahrnehmung ungelöster Systemprobleme; daher muß der Schlüsselbegriff des 'sozialen Lernens' im Habermasschen Konzept soziokultureller Evolution eine ungeklärte Zweideutigkeit enthalten, die es erlaubt, den

⁴⁴ Nachdem der Kapitalismus den Realsozialismus überlebt hat, muß wohl die Bezeichnung von staatssozialistischen Gesellschaften als *postkapitalistisch* ad acta gelegt werden. Angesichts der neueren Debatte um die Postmoderne dürfte zudem für Habermas der Begriff postmoderne Gesellschaft seine Attraktivität verloren haben.

Prozeß systemischen Lernens im selben Begriff zu fassen, obwohl höchst unterschiedliche Phänomene gemeint sind." (Honneth/Joas 1980: 154)

3. Die hier nur kursorisch und exemplarisch vorgestellten sozialevolutionären Modelle bleiben unbefriedigend, weil sie entweder in ihren theoretischen Bemühungen zu harmlos sind oder umgekehrt zu voraussetzungs-volle Annahmen treffen. Ein heuristisch fruchtbares entwicklungslogisches Modell sollte m.E. eine Reihe von Punkten beachten, die sich aus dem bisherigen Wissens- und Diskussionsstand ergeben.

Erstens sollte sein Anspruch nicht überzogen werden. Einem strengen Kriterium zufolge zeichnet sich "ein ernsthaftes Erklärungsmodell...dadurch aus, daß der Variablen- und Faktorenzusammenhang, der zur Prognose und Erklärung eines beobachtbaren Verhaltens dient, aufgeschlüsselt und in einen experimentell überprüfbar (funktional oder kausal interpretierbaren) Prozeßzusammenhang gebracht werden kann." (Bühl 1984: 304) Ein derartiges Erklärungsmodell steht nicht in Aussicht. Somit wäre es angemessener, ein rekonstruktives Modell anzustreben, das immerhin Grundzüge historischer Entwicklungen typisierend nachzeichnet.

Zweitens sollte ein solches Modell nicht auf starken, bestimmte theoretische Möglichkeiten und empirische Entwicklungen a priori ausschließenden Prämissen beruhen. Dies betrifft zum einen die Vorentscheidung zugunsten von System- oder Handlungstheorie. So muß auf makrosozialer Ebene offengelassen werden, ob sozialer Wandel als gewünschtes Handlungsergebnis, als Resultat nicht intendierter Handlungen oder als Produkt (weitgehend) unbewußt bleibender systemischer Prozesse aufzufassen ist. Sofern auf kausale Mechanismen abgestellt wird, wäre es zudem verfehlt, zwingend von *einem* treibenden oder einheitsstiftenden Prinzip bzw. Mechanismus auszugehen. Für Modelle dieser Art spricht zwar ihre suggestive Faßlichkeit und konstruktiv-formale Eleganz, doch liegen sie wohl fernab der Wirklichkeit, auf die sie sich - in welchem vermitteltem Verhältnis auch immer - beziehen wollen. Es gilt das Diktum von Fernand Braudel (1986: 60), daß Gesellschaft aus Ensembles - Wirtschaft, Politik, Kultur, sozialen Schichten - besteht und der Kapitalismus nur im Licht dieser miteinander verflochtenen Ensembles voll verstanden werden kann. Das erfordert die Beachtung multikausaler und interdependenter Faktorenbeziehungen, die - selbst in größter Vereinfachung - nur in komplexen Modellen wiederzugeben sind. Eine rekonstruktiv verfahrenende Soziologie gesellschaftlichen Wandels darf historische Einzelstudien gewiß ignorieren, aber sie kann nicht den Stand der historisch-systematischen Strukturgeschichte außer acht lassen.

Schließlich sollte ein letztlich empiriegebundenes entwicklungslogisches Modell so offen konstruiert sein, daß es Annahmen über exakt einzuhaltende, nicht überspringbare Stufenfolgen oder gar über die zwangsläufige Erreichung eines Endpunktes vermeidet. Wiederum zeigt ein Blick in die Geschichte, daß Gesellschaften alternative Entwicklungspfade eingeschlagen haben, daß bestimmte Stufen übersprungen wurden und daß alle Vorhersagen über streng gesetzmäßige Entwicklungen unerfüllt blieben. Solche Annahmen können sogar den retrospektiven Blick des Sozialhistorikers trüben. Wer, wie etwa Wallerstein, über den kommenden Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems bereits Gewißheit zu haben meint,⁴⁵ wird auch dessen bisherige Entwicklungsgeschichte nur unter einem sehr verengten Blickwinkel betrachten.

4. Folgt man diesen Hinweisen, so kann eine entwicklungslogische Skizze nur in "schwacher" Form, d.h. als relativ offenes Vorhaben, angelegt werden. Gleichwohl bleibt die Idee einer Entwicklungslogik sich modernisierender okzidentaler Gesellschaften mit der Annahme verbunden, daß es eine stufenförmige, gerichtete Entwicklung gibt, die keine beliebige Reihenfolge einzelner Schritte zuläßt. Ich vermeide dabei zunächst Aussagen über den ursprünglichen Ort bzw. den treibenden Mechanismus sozialen Wandels. Leitend ist lediglich die Vorstellung, daß die beschriebenen Prozesse von Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung Raum für endogen bzw. exogen verursachte Wandlungen in einzelnen gesellschaftlichen Sphären schaffen. Diese Wandlungen können ihrerseits einen Impuls für Anpassungsprozesse in anderen Sphären bzw. Teilsystemen bilden. Änderungen innerhalb der Teilsysteme sind Antworten auf bestimmte Probleme der System- und/oder Sozialintegration, die mit den herkömmlichen, auf einer jeweiligen Modernisierungsstufe verfügbaren Mitteln nicht oder nur unzureichend bearbeitet werden können.⁴⁶

Solche Problemlösungen können sich unterschwellig als Ergebnis vieler Einzelhandlungen herauskristallisieren oder eine gerichtete, freilich nur von Makroakteuren durchzusetzende Antwort auf einen als unhaltbar empfundenen Zustand darstellen. Diese offene Annahme hat den Vorteil, daß sie eine generelle Vorentscheidung zugunsten von Krisentheorien oder Entwicklungstheorien vermeidet. Empirisch müßten sich neue Problemlösungen als institutionelle Innovationen niederschlagen (Kitschelt 1985b: 192).

⁴⁵ "Daß der Kapitalismus in nicht allzu ferner Zukunft an sein historisches Ende gelangt sein wird, scheint mir gewiß und wünschenswert." (Wallerstein 1990: 165)

⁴⁶ In diese Richtung geht auch die Vermutung, das Zusammenwirken von Entwicklungslogik und Entwicklungsdynamik lasse sich "erst im Rahmen einer Prozeßlogik der Erzeugung und Lösung von Problemen ernstlich analysieren" (Habermas 1976: 341).

Damit erhält man ein Kriterium für die Identifizierung einzelner Etappen und Zäsuren des Modernisierungsprozesses.

5. Innerhalb der Formation moderner Gesellschaften lassen sich verschiedene Entwicklungsstadien unterscheiden (etwa liberaler Kapitalismus und organisierter Kapitalismus), die wiederum bestimmte Entwicklungsphasen aufweisen können. Zwischen Formationen, Etappen und Phasen liegen Zäsuren mit unterschiedlicher Tiefe. Mit einer neuen Gesellschaftsformation ändern sich die Grundmuster der Vergesellschaftung; mit einer neuen Etappe variieren bei fortbestehenden Grundmustern die institutionellen Formen der System- und Sozialintegration; mit einer neuen Phase variieren ganz konkrete Ausprägungen solcher institutioneller Muster. Die Übergänge zwischen Gesellschaftsformationen (Zäsuren erster Ordnung) können große Zeitspannen umfassen. Sie bleiben dann den Zeitgenossen verborgen und werden erst in der historischen Rekonstruktion sichtbar.

Zäsuren bzw. Überlappungen zwischen den einzelnen Entwicklungsstadien der modernen Gesellschaften können durch "Großereignisse" markiert werden, die durchaus der zeitgenössischen Wahrnehmung bzw. Ahnung zugänglich sein mögen. In diesem Sinne lassen sich die politischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts und die industrielle Revolution als außergewöhnliche Modernisierungsschübe verstehen. Sie berühren mehrere gesellschaftliche Dimensionen gleichzeitig und manifestieren sich, gleich wo ihr Ursprung liegen mag, auch auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Sozialintegration. Man könnte hier von Zäsuren zweiter Ordnung sprechen.

Zäsuren dritter Ordnung zwischen Phasen ein und derselben Entwicklungsstadien können durch institutionelle Formwandlungen innerhalb einzelner gesellschaftlicher Teilsysteme angezeigt werden; sie sind von bereicherspezifischen Spannungen oder Krisen begleitet und werden durch entsprechend begrenzte Probleme der Sozialintegration indiziert.

6. Will man nicht *einen*, die Gesamtgesellschaft bestimmenden archimedischen Ansatzpunkt solcher institutioneller Veränderungen unterstellen, so ist es sinnvoll, verschiedene gesellschaftliche Dimensionen zu unterscheiden, innerhalb derer institutionelle Neuerungen identifiziert werden können. Hierbei greife ich auf die oben eingeführte Trias von Ökonomie, Politik und Soziokultur zurück. Teils in Anlehnung an Kitschelt⁴⁷ läßt sich im Hinblick auf diese drei Dimensionen eine entwicklungslogische Skizze der Sequenzen okzidentaler gesellschaftlicher Modernisierung entwerfen (Tabelle 1.1).

⁴⁷ Kitschelt (1985b) bezieht sich in seinem Rekonstruktionsversuch von Stufenfolgen kapitalistischer Demokratien auf Ausprägungen in vier Dimensionen: "Differenzierung" der Ökonomie, "staatliche" Kapazitäten, Rechtsforderungen sozialer Akteure und gesellschaftliche Konfliktachsen.

Tabelle 1.1
Sequenzen des okzidental Modernisierungsprozesses

Ökonomie	Politik	Sozio-Kultur
Feudalgesellschaft		
überwiegend agrarische Feudalwirtschaft; Leibeigentum	religiös legitimierte hierarchische Herrschaftsordnung mit relativ hoher Autonomie von mittleren und unteren Ebenen	Ständesystem; religiöse Normierung des gesamten Alltagslebens
Modernisierungsstufe 1: Absolutismus		
merkantilistische Wirtschaft; steigende Bedeutung der Manufaktur und des Handelskapitals	säkularisiertes, absolutistisches bzw. aufgeklärtes Königtum; Bildung von Zentralstaaten mit Berufsbeamten und stehendem Heer; staatliche Förderung von Gewerbe, Handel und Verkehr	starke soziale Differenzierung; Zurückdrängung der Religion; modernes Naturrecht und universalistische Ethik; Trennung von Wissenschaft, Recht und Kultur
Modernisierungsstufe 2: Liberaler Kapitalismus		
liberaler Kapitalismus; Aufstieg des Industriekapitalismus; extensiver Imperialismus	Festigung von Nationalstaaten; Erweiterung formaler Rechtsgarantien; begrenzte politische Demokratisierung; geringe Staatsintervention	breite Proletarisierungstendenzen; Niedergang "moralischer Ökonomie"; Rivalität von Weltanschauungen
Modernisierungsstufe 3: Organisierter Kapitalismus		
organisierter Kapitalismus; Aufstieg des Finanzkapitals; Monopolbildung; intensiver Imperialismus	Interventionsstaat; Ausweitung konsequenter Rechtsstaatlichkeit; allgemeines und gleiches Wahlrecht; begrenzte Sozialstaatlichkeit	interne Homogenisierung sozialer Klassen; Zuspitzung weltanschaulicher Konflikte
Modernisierungsstufe 4: Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus		
Internationalisierung des Kapitals; Kommodifizierung des traditionellen Sektors; Ausdehnung des Dienstleistungssektors	planender Wohlfahrtsstaat; konsequente Sozialstaatlichkeit; beginnende soziale Demokratisierung; Politisierung des Alltags und der Lebensstile	Aufstieg der "neuen Mittelklasse"; horizontale Differenzierung; Pluralisierung sozialer Milieus

Ausgangspunkt ist die Feudalgesellschaft des Mittelalters, die durch Basisinnovationen in allen drei Bereichen überwunden wird. Damit ist der Modernisierungsprozeß auf breiter Front in Gang gekommen.

Das oben vorgestellte Stufenmodell deutet zwar die jeweiligen institutionellen Neuerungen an, aber behandelt sie im Nebeneinander der drei gesellschaftlichen Dimensionen formal gleichwertig. Dagegen erscheint mir die Annahme plausibel, daß institutionellen Neuerungen innerhalb einzelner Dimensionen ein phasenspezifisch unterschiedliches Gewicht zukommt. Man kann somit von einer Leitfunktion bestimmter Innovationen ausgehen, welche dann - wenngleich nicht in linearer Kausalität - institutionelle Veränderungen in anderen Dimensionen erzwingen bzw. fördern.

Die konkrete historische Formation, aus der die Moderne erwuchs, ist der okzidentale Feudalismus des Mittelalters. Er war noch insofern traditionale Gesellschaft, als die mit funktionaler Spezifizierung aufkommenden Teilrationalitäten letztlich unter dem Vorbehalt einer religiösen Weltinterpretation und einer darauf gründenden Durchgriffsgewalt in alle gesellschaftlichen Bereiche standen. Für den Übergang von der Feudalgesellschaft des Mittelalters zur ersten Modernisierungsstufe des Absolutismus unterstelle ich eine Leitfunktion *soziokultureller* Innovationen. Solange die kirchliche Sanktionsgewalt die entscheidende Determinante sozialer Ordnung bildete, kam Lockerungen und Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle zu. Mit den beiden Großereignissen der Renaissance und der Reformation wurde der religiöse Primat nicht nur im Sinne von Webers Protestantismusthese inhaltlich umgedeutet, sondern entscheidend relativiert.⁴⁸ Damit entstand auch der Spielraum für Modernisierungsprozesse in der politischen und ökonomischen Dimension.

Beim Übergang zur zweiten Modernisierungsstufe, dem liberalen Kapitalismus, ging die Leitfunktion vom soziokulturellen Bereich zunächst auf den *politischen* Bereich über. Die entsprechenden Großereignisse sind die politischen Revolutionen, in denen die absolutistische Macht gebrochen und nachfolgend dem Konkurrenzkapitalismus der Weg geebnet wurde.

Der Übergang zur dritten Stufe, dem organisierten Kapitalismus, ist durch die Entwicklung großindustrieller Produktionsweisen, Verzahnungen staatlicher und ökonomischer Organisation und stärkere innerökonomische Verflechtungen gekennzeichnet. Der Entwicklungsprimat verschob sich nun in den *ökonomischen* Bereich, wobei der staatlichen Gewährleistung der

⁴⁸ Nelson (1977: III) spricht von den "zwei großen Bewegungen des 16. und 17. Jahrhunderts, der protestantischen Reformation und der 'wissenschaftlichen Revolution'", deren Verschmelzungen und Auswirkungen einen Schlüssel bildeten "zu unserer eigenen kulturellen Situation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts".

Randbedingungen ökonomischer Rationalisierung und Expansion ein wichtige Rolle zukam.

Der Übergang zur vierten und vorerst letzten Modernisierungsstufe, dem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus als einer Phase *innerhalb* des organisierten Kapitalismus, verläuft diffuser; er wird nicht durch eine deutliche und primär in *einer* Dimension lokalisierbare Zäsur markiert. Wenn überhaupt, so kommt am ehesten der Politik eine Leitfunktion zu. Mit der sukzessiven Ausweitung staatlicher Interventionskapazität in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und dem Legitimationszuwachs demokratischer Wohlfahrtsstaaten bildet die politische Sphäre den Ansatzpunkt für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

Akzeptiert man dieses heuristische Verlaufsmodell, so ergeben sich daraus Hinweise auf die phasenspezifisch variierende Bedeutung bestimmter sozialer Bewegungen. So wird am Anfang des Modernisierungsprozesses soziokulturellen Bewegungen, auf der zweiten Stufe politischen, dann ökonomischen und schließlich wiederum politischen Bewegungen eine zentrale Rolle zukommen. Basierend auf diesem Modell soll die unterschiedliche Bedeutung historischer Sozialbewegungen im Kapitel 2 aufgezeigt werden.

1.1.5 Antriebskräfte für Modernisierung

Modernisierungsschüben liegen ungelöste Probleme der System- und/oder Sozialintegration zugrunde, auf die sie institutionalisierbare Antworten bzw. Lösungen bieten. Beispielsweise können Faktoren wie die politische Zersplitterung eines Territoriums und damit verbundene Zollschranken sowie unterschiedliche Währungs- und Steuersysteme die ökonomische Entwicklung eines Wirtschaftsraums so stark behindern, daß ein politischer Zusammenschluß in Form eines Nationalstaats geboten ist. Damit kann zudem ein interner politisch-administrativer Rationalisierungsschub verbunden sein, indem die jeweils fortschrittlichsten Einrichtungen übernommen und für den gesamten neuen Staat verbindlich gemacht werden. Ein solcher Prozeß der Nationenbildung mag, wie in Deutschland oder Italien, dadurch erleichtert werden, daß das Territorium auch einen gemeinsamen Kultur- und Sprachraum darstellt und/oder daß tief verankerte, einheitsstiftende Gefühlslagen vorhanden sind. Es wäre aber auch denkbar, daß ein politischer Zusammenschluß durch äußere Kräfte, etwa die von einem Nachbarland ausgehende militärische Bedrohung, in Gang kommt und ökonomische

Motive nur zweitrangig sind. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, daß die Frage nach den Triebkräften von Modernisierungsprozessen nicht theoretisch vorentschieden werden kann.⁴⁹ Es ist vielmehr empirisch offen, ob exogene, endogene oder beide Faktorengruppen zusammen den Ausschlag geben.⁵⁰

Folgt man den obigen Annahmen, nach denen die modernisierende Leitfunktion von der Ökonomie, Politik oder Soziokultur ausgehen kann, so erübrigt sich auch der Grundsatzstreit darüber, ob der "Motor" gesellschaftlichen Fortschritts in der materiellen "Basis" oder vielmehr im "Überbau" zu suchen ist. Vielleicht ist sogar das Bild des Motors völlig unangemessen. Marxisten müßten jedenfalls gegen Max Weber erst zeigen, daß die protestantische Ethik eine bloß intervenierende oder nachrangige unabhängige Variable für die Entstehung des modernen Kapitalismus ist.⁵¹ Und selbst dann wäre nur ein bestimmter historischer Fall, nicht aber ein universalhistorisches Prinzip im Sinne des Basis-Überbau-Theorems belegt.

Schließlich ist theoretisch offen zu halten, ob sich Modernisierung primär als eine Folge latenter, unbewußter und unbegriffener Strukturentwicklungen, als intendiertes Ergebnis sozialer Interventionen oder in deren nicht intendierter Konsequenz ergibt. Somit kommen ganz verschiedene ursächliche oder auslösende Faktoren für Modernisierung in Betracht: systemische Innovationen, die Erosion sozialintegrativer Normen, äußere Bedrohungen, steuernde Eingriffe von Eliten - aber auch soziale Bewegungen und Revolutionen.

Ungeachtet dieses breiten Möglichkeitsspektrums gehe ich jedoch davon aus, daß größere Modernisierungsschübe, wenn schon nicht durch Probleme oder gar Krisen der Sozialintegration verursacht, so doch von diesen begleitet werden. Solche Schübe produzieren soziale Verwerfungen und damit auch Nutznießer und Verlierer. In diesen Situationen öffnen sich "win-

⁴⁹ Die meist im Mittelpunkt stehenden Leistungssteigerungen der Technologie haben zu der vordergründig plausiblen Annahme verleitet, in diesem Bereich die eigentliche Triebkraft der Moderne anzusiedeln: "Das Herzstück, die Antriebs-'Maschine' der Modernität, ist die permanente technologische Revolution." (Berger/Kellner 1984: 131)

⁵⁰ Wahrscheinlich ist letzteres die Regel, obgleich sich Modernisierungsprozesse aufzeigen lassen, die vorrangig auf eine endogene Entwicklung (etwa Innovationen der Agrarproduktion als Folge des durch Bevölkerungswachstum verursachten Mangels an Nahrungsmitteln) oder eine primär exogene Entwicklung zurückgehen (etwa die Übernahme neuer Agrartechniken von in dieser Hinsicht fortgeschritteneren Gesellschaften).

⁵¹ In diesem besonderen Fall ergibt sich zudem, daß die großen technischen Neuerungen im Zuge der Industriellen Revolution (unter anderem Dampfmaschine, Spinnmaschine und Mule-Maschine) sich erst durchsetzten, als die Rechts- und Verkehrsformen des Kapitalismus, also Überbauphänomene in marxistischer Sicht, bereits etabliert waren. Vgl. dazu North (1971: 167ff.).

dows of opportunity" für bestimmte Akteure, die Morgenluft wittern. Andere Akteure kommen unter Druck, verlieren politisches, ökonomisches oder kulturelles "Kapital", geraten ins Hintertreffen. Fraglose Gewohnheiten werden problematisch, Undenkbares wird denkbar.⁵² Typischerweise kommen dann soziale Bewegungen mit utopischen Entwürfen auf, die ein grundlegend anderes Gesellschaftsmodell propagieren und damit zwangsläufig auch die Verteidiger des Status quo mobilisieren. Weniger tiefgreifende und eher bereichsspezifisch beschränkte Modernisierungsschübe werden dagegen begrenztere Bewegungen - mit primär ökonomischer, politischer oder soziokultureller Stoßrichtung - auf den Plan rufen, können aber auch machtvolle alte soziale Bewegungen reaktivieren.

Soziale Bewegungen, so die zentrale These, entstehen mit bzw. in unmittelbarem Gefolge von Modernisierungsschüben, aber sie sind weder notwendig deren Urheber noch ist ihre Aktivität auf die Zeitspanne solcher Schübe beschränkt. Als kausaler Faktor von Modernisierungsschüben sind soziale Bewegungen (ebenso wie Machteliten) ein seltener, freilich mit fortschreitender Modernisierung wahrscheinlicher werdender Fall, insofern das Wissen um die Bedingungen und der Wille zu gesellschaftlicher Gestaltung wächst. Allerdings sind promoderne Bewegungen fast immer zumindest ein beschleunigender Faktor von Modernisierungsprozessen. Denkbar ist zudem, daß selbst antimoderne Bewegungen, wenngleich entgegen ihren Intentionen, eine katalysatorische Wirkung auf Modernisierungsprozesse ausüben, insoweit sie promoderne Reaktionen hervorrufen.

1.2 Entwurf einer Theorie sozialer Bewegungen

Im folgenden stelle ich nach einer sehr knappen Bilanzierung der bisherigen Theorieentwicklung eine allgemeine Theorie sozialer Bewegungen in Umrissen vor. Hierbei wird der Begriff sozialer Bewegungen historisch verankert und ein handlungsorientierter Ansatz bevorzugt, der jedoch dem strukturellen Kontext, innerhalb dessen Bewegungen agieren, Rechnung tragen soll.

⁵² In diesem Sinne ist wohl auch die Antwort von Waterman (1981: 588) auf die Frage nach den "historischen Ursachen" für kollektive politische Aktion zu verstehen: "The original cause is change - not any specific change, but the fact of change itself. Changes affect conscious motives (...), as well as expectancies (...)."

1.2.1 Kritische Bestandsaufnahme von Theorien sozialer Bewegung

Die Theorieproduktion zu sozialen Bewegungen ging in Europa und den USA lange getrennte Wege. Die gesellschaftstheoretischen Ansätze der soziologischen Klassiker und namentlich von Marx flossen nur sehr begrenzt und vermittelt in die Bewegungssoziologie in den USA ein. Ungleich stärker, und wohl nachhaltiger als in Europa, war dagegen der Einfluß der europäischen Massenpsychologie⁵³ auf die nordamerikanische Bewegungssoziologie. Daraus ergab sich zunächst eine überwiegend pejorative Behandlung von sozialen Bewegungen.⁵⁴ Das Verhalten von Massen wurde in Analogie zu individueller Devianz und Pathologie (z.B. Hysterie) interpretiert; es zog als Kuriosität oder Monstrosität die Aufmerksamkeit auf sich; es galt als Fremdkörper in einer grundsätzlich rationalen Welt (Toch 1965: 4). Spuren davon finden sich selbst in jüngeren Theorien kollektiven Verhaltens.

Grundsätzlich können drei Varianten von Theorien kollektiven Verhaltens unterschieden werden: (a) Die psychologischen und sozialpsychologischen Arbeiten, die kollektives Verhalten als eine gleichsam seuchenartige Übertragung und Ausbreitung einer individuellen Reaktion deuteten⁵⁵, gingen von ungeprüften und im Zuge weiterer empirischer Arbeiten sich als unhaltbar erweisenden Annahmen aus; sie wurden bald ad acta gelegt. (b) Die symbolisch-interaktionistischen Ansätze waren fruchtbarer⁵⁶ und erfuhren eine Weiterentwicklung durch neuere Arbeiten zur sozialen Konstruktion von Problemen und zur Bedeutung von Framing-Strategien im Anschluß an Goffman. (c) Die strukturfunktionalistische Linie⁵⁷ versandete

⁵³ Zu nennen sind insbesondere Arbeiten von LeBon, Tarde, Sighele, Rossi und Freud. Zu einer frühen Kritik vgl. Geiger (1926).

⁵⁴ Kritisch zur Massenpsychologie verhielt sich dagegen LaPierre (1938), der kollektives Verhalten als einen normalen und alltäglichen Aspekt sozialer Systeme interpretierte.

⁵⁵ Turner/Killian (1987: 21) sprechen rückblickend von *contagion theory*.

⁵⁶ Einflußreich waren die Arbeiten von Park/Burgess (1924), LaPierre (1938), Blumer (1951; 1957; 1978) und Turner (1969; 1969a). Insbesondere die Arbeit von Blumer galt lange als "the authoritative and definite treatment of collective behavior" (Lang/Lang 1961: 47) Zur Weiterführung von Annahmen des symbolischen Interaktionismus im Rückgriff auf Arbeiten von Goffman vgl. Brown/Goldin (1973).

⁵⁷ In einem Aufsatz über die Hintergründe des Nationalsozialismus (1955) und noch prägnanter in einem Essay über die antikommunistischen Kreuzzüge der McCarthy-Ära (1955a) hatte Parsons die Interpretation kollektiven Verhaltens als Ausdruck einer Störung gesellschaftlicher Grundfunktionen vorgezeichnet. Smelser (1962) übernahm im wesentlichen das grundbegriffliche Gerüst von Parsons und auch den Leitgedanken, daß

nach einem relativ kurzen Boom und brachte, wohl mit Ausnahme der Arbeiten von Eisenstadt, keine nennenswerte theoretische Neuerungen oder empirische Anwendungen mehr hervor. Jenseits der Theorien kollektiven Verhaltens gab es zwar eigenständige Ansätze, die jedoch marginal blieben.⁵⁸ Nachdem bereits die Anzeichen eines Paradigmenwandels erkennbar waren, bilanzierten Marx/Wood (1975) noch einmal das Feld der *collective behavior*-Forschung in seiner ganzen Breite, machten einige konstruktive Vorschläge, aber verwiesen vor allem auf zahlreiche Lücken und Mängel. Insbesondere rührte ihre Kritik an einer entscheidenden Prämisse: "The artificial intellectual boundary between collective and 'noncollective' behavior is breaking down." (Ebd., S. 414)

Mit Vordringen von Theorien rationaler Wahl auch im Feld kollektiven Handelns (Olson 1965) und vor allem dem inzwischen in verschiedene Richtungen erweiterten Ressourcenmobilisierungs-Ansatz⁵⁹ wurde die Voreingenommenheit gegenüber sozialer Bewegungen definitiv überwunden. Gemeinsam ist jedoch den genannten Theoriesträngen in den USA die weit-

nicht so sehr spezielle Deprivationen und Ungerechtigkeiten, sondern vielmehr "structural strain", also systematische Funktionsstörungen sozialer Aktionssysteme, die objektive Grundlage für kollektives Verhalten bilden. Darin kommt eindeutig das Erbe von Durkheim zum Tragen (dazu Tilly 1981: 105).

⁵⁸ Hierzu zählen vor allem (a) der motivations- und sozialpsychologische Zweig (Cantril 1941; Lang/Lang 1961; Toch 1965), der sich nur teilweise mit dem symbolischen Interaktionismus überschneidet, (b) die europäisch geprägte historisch-systematische Perspektive, vertreten etwa durch den deutschen Emigranten Rudolf Heberle (1951), und (c) die soziologischen Arbeiten von Meadows (1943), King (1956) und anderen. Ebenso wie Heberle setzte King soziale Bewegungen zu sozialem Wandel in Beziehung. Meadows bemühte sich um den "soziologischen Gebrauch von Geschichte". Er bestimmte die Analyse sozialer Bewegungen auf der Ebene von Prozessen ("natural history", typische Sequenzen, Entwicklungsmuster, Anpassungsmechanismen, Dynamik), funktionalen Beziehungen (Ursachen und Wirkungen, Bedingungen und Konsequenzen, Mittel und Ziele) und Strukturen (vor allem Gruppen, Institutionen, soziale Kontrolle). Mit diesen Vorschlägen hoffte er, die von ihm kritisierte Einseitigkeit und Partikularität vieler Studien zu vermeiden und über die sehr vagen Kategorien wie *esprit de corps*, Moral und Tradition, auf die sich Blumer gestützt hatte, hinauszukommen.

⁵⁹ Für einen Überblick vgl. Jenkins (1983). Dieser Ansatz, der keine systematische Theorie zu formulieren beansprucht (Zald 1991: 335), ist stark von ökonomischen Vorstellungen der Konkurrenz um knappe Güter bestimmt - in diesem Falle die für Bewegungsorganisationen wichtigen Ressourcen in Form materieller und immaterieller Leistungen von Bewegungsanhängern. Breton/Breton (1969: 201) gingen sogar so weit, eine "strikte Analogie" herzustellen zwischen der Nachfrage auf Gütermärkten, wo kommerzielle Unternehmer ihre Chancen wahrnehmen, und der Nachfrage nach sozialem Wandel, wo "soziale Unternehmer" im Rahmen von Bewegungen auftreten. Zur Ausarbeitung dieses Ansatzes vgl. insbesondere Zald/Ash (1966), McCarthy/Zald (1973; 1977) und Zald/McCarthy (1979; 1980); zu kritischen Einwänden vgl. Turner (1981), Killian (1984), Lapeyronnie (1988), Kitschelt (1991), Mayer (1991), Piven/Cloward (1991; 1992), Ferree (1992) und Buechler (1993).

gehende Ausblendung des konkreten makrosozialen Entstehungs- und Vermittlungskontextes sozialer Bewegungen.⁶⁰ Diese werden dadurch theoretisch verharmlost und in die Nähe von Interessengruppen gerückt bzw. mit diesen gleichgesetzt.⁶¹

In Europa geriet nach den Arbeiten der Klassiker der (politischen) Soziologie, die freilich keine systematischen Abhandlungen zu sozialen Bewegungen vorgelegt hatten, das Thema soziale Bewegungen ins akademische Abseits oder wurde Historikern überlassen. Rezeptionsversuche der amerikanischen Forschung (z.B. Heinz/Schöber 1973) und monographische Arbeiten wie die des Engländers Wilkinson (1971) und des deutschen Soziologen Rammstedt (1978) blieben ohne nachhaltigen Einfluß. Erst in den 1970er und 1980er Jahren nahm die Bewegungsforschung in Europa einen Aufschwung. Allerdings beschränkte sie sich überwiegend auf die Analyse eines zeitgenössischen Bewegungstypus, nämlich die *neuen* sozialen Bewegungen. Hierauf ist noch gesondert einzugehen (vgl. Kapitel 3). Anders als in den USA stand bei der Untersuchung neuer sozialer Bewegungen die Frage gesamtgesellschaftlicher Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen im Vordergrund, ohne daß daraus zunächst ein ernsthaftes Untersuchungsprogramm erwachsen wäre.⁶²

Die anfänglich in weitgehender Abschottung entwickelten Ansätze in den USA und Europa kamen durch die in den 1980er Jahren einsetzende Internationalisierung einschlägiger Debatten in engere Berührung und begannen sich wechselseitig zu beeinflussen (Klandermans/Kriesi/Tarrow 1988; Dalton/Kuechler 1990; Rucht 1991c).⁶³ Damit einher geht eine gewisse Öffnung, aber auch Profilierung einzelner Forschungsansätze, die der Entwicklung des Feldes insgesamt sicher förderlich ist (Sztompka 1992). Eine Folge dieses Dialogs ist die Konvergenz in der Definition sozialer Bewegung (Diani 1992). Aussichtsreich sind neuere sozialpsychologische Ansätze (Klandermans 1984; 1988; Klandermans/Oegema 1987) sowie Political Process- und Political Opportunity Structure-Konzepte (vgl. Kapitel 7

⁶⁰ Für Ausnahmen im Rahmen von Ressourcenmobilisierungs-Ansätzen vgl. Garner/Zald (1985) und McCarthy/Britt/Wolfson (1991). Für weitere Ausnahmen vgl. verschiedene Beiträge in Morris/Mueller (1992) sowie die Studie von Tarrow (1993a).

⁶¹ Für eine Ausnahme vgl. Useem/Zald (1987). Die Autoren unterscheiden soziale Bewegungen von *pressure groups*. Letztere haben routinemäßigen Zugang zu staatlichen Organen und ihre Interessen werden im allgemeinen als legitim anerkannt.

⁶² Dies hat auch mit der institutionellen Schwäche der Bewegungswissenschaft in wohl allen europäischen Ländern zu tun (vgl. dazu die Länderbeiträge in Rucht 1991).

⁶³ Erstaunlich wenig berührt von amerikanischen Entwicklungen sind dagegen selbst neuere Arbeiten von Touraine (1984; 1985) und die Studie von Alberoni (1984). Jedoch zeigen sich sogar in Frankreich, wo der angloamerikanische Einfluß traditionell gering ist, Öffnungstendenzen (z.B. Birnbaum 1988; Mann 1991; Chazel 1992).

und 10), die seit mehreren Jahren auf beiden Seiten des Atlantiks und in zunehmend engerer Zusammenarbeit der beteiligten Wissenschaftler ausgearbeitet werden. Ebenso findet in Weiterführung des symbolischen Interaktionismus auch verstärkt der Aspekt der Konstruktion sozialer Probleme im Rahmen von Protestbewegungen Beachtung (Gamson 1988; Gamson/Modigliani 1989; Gamson 1992; Snow et al. 1986; Snow/Benford 1988; Hunt/Benford/Snow 1994). Gleichwohl sind noch immer einige gravierende Defizite der neueren Bewegungsforschung festzuhalten:

Erstens bleiben Theorien sozialer Bewegungen hinsichtlich ihrer grundlagentheoretischen Entscheidungen und Erklärungsansprüche zumeist unscharf. Oft fehlt eine explizite Auseinandersetzung mit konkurrierenden Theorien. Eine Schlüsselfrage in dieser Hinsicht ist, ob soziale Bewegungen durch *Handlungstheorien und/oder Struktur- bzw. Systemtheorien* zu begreifen sind. Daneben gibt es aber auch voreilige Festlegungen. So findet sich auf der einen Seite eine naive und meist implizite handlungstheoretische Linie, die mit der Fiktion operiert, soziale Bewegungen seien gleichsam dinglich faßbare, homogene Akteure (kritisch, aber ohne wirkliche Alternative Melucci 1989: 29). Das Gegenstück bildet eine gegenüber der Empirie indifferente, quasi-mechanische Übertragung von Grundkategorien des systemtheoretischen Funktionalismus auf soziale Bewegungen. Zum Beispiel begreift Luhmann soziale Bewegungen als autopiетische Systeme, reduziert sie auf bloße Beobachtungsfunktionen und spricht ihnen angesichts der Komplexität und Selbstreferenz gesellschaftlicher Teilsysteme die Fähigkeit ab, sozialen Wandel zu beeinflussen.

Ein zweites Defizit der Bewegungsforschung ist die *lose Verbindung von Theorie und Empirie*. Einerseits besteht offenkundig die Neigung, allgemeine Theorien durch sehr selektive empirische Beobachtungen zu illustrieren bzw. ausgehend von einer schmalen empirischen Basis weitreichende Generalisierungen vorzunehmen. Andererseits wurde eine Fülle von konkretistischen, aber theoretisch abstinenten Beschreibungen von Bewegungen vorgelegt. Dagegen mangelt es an Studien, die zeitlich parallele oder aufeinanderfolgende Bewegungen zusammenhängend und länder- bzw. kulturvergleichend in ihrem gesellschaftlichen Kontext analysieren. Erst solche Arbeiten würden auf einer deskriptiven Ebene Ähnlichkeiten und Unterschiede sichtbar machen.⁶⁴ In erklärender Perspektive erlaubten sie zudem, die Effekte allgemeiner gesellschaftlicher Strukturen, besonderer

⁶⁴ "Nur am Rande...sei übrigens noch darauf hingewiesen, daß - gerade weil auch in der ausländischen Forschung oft die bundesrepublikanische Situation als paradigmatisch für das Phänomen 'Neue soziale Bewegungen' angesehen wird, eine ländervergleichende Analyse unabdingbar ist, um die ohnehin ins Kraut schießenden Spekulationen über dieses Thema zu konsolidieren." (Kaase 1985: 10)

nationaler Kontextbedingungen bzw. Gelegenheitsstrukturen und problem-spezifischer Faktoren für Entstehung, Dynamik und Wirkung sozialer Bewegungen zu trennen. Ein derartiger Ansatz böte die Chance, relativ allgemeine Theorien sozialer Bewegungen (einschließlich ihres Bezugs zu sozialem Wandel im allgemeinen und Modernisierung im besonderen) zu prüfen und zu gehaltvollen Differenzierungen zu gelangen.

Eine dritte Schwäche speziell der europäischen Bewegungsforschung ist ihre stark von Aktualitätsgesichtspunkten und politischen Sympathien geleitete Ausrichtung auf neue soziale Bewegungen (kritisch dazu: von Beyme 1986: 30; Kaase 1985: 9f.). Das führt dann oft zu einer Überbetonung des "Neuen" an neuen sozialen Bewegungen. Eine Einbettung des Untersuchungsgegenstandes in historische Zusammenhänge könnte mehr Distanz schaffen und zudem der Entwicklung möglichst allgemeiner, aber empirisch anschlussfähiger Theorien dienen. Der Rekurs auf historisches Material würde auch die Frage beantworten helfen, ob es - quer zu den konkreten Themen und Forderungen der Einzelbewegungen - strukturelle Gemeinsamkeiten gibt, welche die Rede von einem Typus *neuer* sozialer Bewegungen rechtfertigen. Darüber hinaus ließe sich klären, ob diese Bewegungen lediglich aktueller Ausdruck ständig wiederkehrender Modernisierungskrisen sind oder aber eine qualitativ neue Stufe gesellschaftlicher Entwicklung markieren, etwa den Übergang zu einer postindustriellen oder postmodernen Phase. Schließlich bewahren historisierende, für Kontextfragen sensible Analysen davor, Bewegungspänome frei von allen Anstrengungen einer "sinnverstehenden" Analyse untersuchen zu wollen und dabei sogar die Form der Bewegung zu ignorieren (so z.B. Opp 1992).

Eine vierte Schwäche von Bewegungstheorien besteht in der nicht oder nur ansatzweise vorhandenen *Verbindung von Mikro- und Makroebene* in der Analyse sozialer Bewegungen (McAdam/McCarthy/Zald 1988). Bewegungen werden entweder als bloße Aggregate von Individualhandlungen bzw. als überdimensionale Kleingruppen behandelt oder erscheinen als Makrosubjekte, deren komplexe Binnenstruktur nicht weiter beachtet und analysiert wird.⁶⁵

Der vielleicht entscheidendste Mangel besteht in der schwachen - auch in der europäischen Diskussion eher postulierten als stringent durchgearbeiteten - gesellschaftstheoretischen Verankerung bzw. Einbindung sozialer Bewegungen.⁶⁶ Es ist erstaunlich, daß hierfür das Potential von Moderni-

⁶⁵ Hier könnte ein Konzept von Mesomobilisierung weiterhelfen (Gerhards/Rucht 1992). Auch bieten neuere sozialpsychologische Arbeiten sinnvolle Anschlußmöglichkeiten für eine im Mesobereich ansetzende Bewegungssoziologie (dazu Snow/Oliver 1993)

⁶⁶ Hiervon sind jedoch verschiedene Theorien zu neuen sozialen Bewegungen auszu-

sierungstheorien kaum genutzt wurde, die ja explizit auf sozialen Wandel gerichtet sind und eine tief ansetzende und weit zurückreichende Interpretationsfolie für historische wie aktuelle Bewegungen bieten. Selbst wenn soziale Bewegungen oder speziell revolutionäre Bewegungen im Rahmen von Modernisierungstheorien aufgegriffen wurden, blieb entweder der Brückenschlag zur Bewegungsforschung unzureichend (z.B. bei Eisenstadt) oder es wurde, ausgehend von der Bewegungsforschung, nur sehr cursorisch an Modernisierungstheorien angeknüpft (z.B. Brand 1989). Im Zusammenhang damit ergibt sich auch die Vernachlässigung der Wirkungsaspekte von sozialen Bewegungen für gesellschaftliche Lern- und Reformprozesse.

1.2.2 Was ist eine soziale Bewegung?

In der politischen Praxis hat der Begriff Bewegung im allgemeinen eine positive Konnotation; er wird assoziiert mit Massenhaftigkeit, Kraft und Dynamik. Das verführt viele Gruppierungen dazu, sich mit diesem Etikett zu schmücken. Ein sozialwissenschaftliches Konzept kann jedoch nicht unbezogen die Selbstbezeichnungen von Gruppen übernehmen. Es muß vielmehr analytische Kriterien benennen, anhand derer sich theoretisch sinnvolle und forschungspraktisch handhabbare Linien ziehen lassen; dies schon aus dem Grund, um andere Phänomene abgrenzen zu können. Zur Theorie wird ein Konzept sozialer Bewegung erst dann, wenn es einen Komplex von miteinander verbundenen Aussagen formuliert, welche Bewegung als ein Gebilde mit bestimmten, nur ihm eigenen Prinzipien und Merkmalen ausweisen, um daraus möglichst allgemeine Hypothesen z.B. über seine Entstehungs-, Entfaltungs- und Wirkungsbedingungen abzuleiten. Das schließt keineswegs aus, daß Bewegungen eine Reihe von Eigenschaften mit anderen sozialen Phänomenen teilen. Forschungspraktisch handhabbar wird eine solche Theorie, wenn sie es erlaubt, Bewegungen (oder zumindest Elemente von Bewegungen) (a) empirisch zu identifizieren und gegenüber kollektiven Akteuren einerseits (etwa Parteien, Interessenverbänden, Sekten) und kollektiven Dynamiken (geistigen Strömungen, Moden, Panik usw.) andererseits abzugrenzen sowie (b) Hypothesen zu generieren, die empirischer Falsifikation zugänglich sind.

Im Sinne einer ersten Annäherung soll folgende einfache und durchaus konventionelle Definition gelten⁶⁷: Eine *soziale Bewegung* ist ein auf gewisse

⁶⁷ (vgl. 3.1.2).

⁶⁷ Ähnlich auch Wilson (1973: 8f.) und Raschke (1985: 77).

se Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests - notfalls bis hin zur Gewaltanwendung - herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. Sozialer Wandel bedeutet in diesem Zusammenhang eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Ordnung, also eine Einwirkung auf das, was Touraine (1973a) als Historizität bezeichnet. Die Bewegung bezieht sich in letzter Konsequenz - jedoch nicht notwendig in ihren konkreten Ansatzpunkten - auf Grundstrukturen ökonomischer Regulierung, politischer Herrschaft und soziokultureller Normierung. Über die potentielle Reichweite der Veränderungsabsichten geben insbesondere die Utopien sozialer Bewegungen Auskunft.

1.2.3 Soziale Bewegungen als Phänomen der Moderne

Legt man gemäß der obigen Definition sozialer Bewegung eine sehr weitreichende Vorstellung sozialen Wandels zugrunde, so können soziale Bewegungen ausschließlich ein Produkt und Phänomen moderner Gesellschaften sein. Dieser vielleicht überzogen anmutende Schluß ergibt sich, wenn man in Rechnung stellt, daß die Idee einer "menschgewollten" und gezielt "machbaren" sozialen Ordnung erst mit der Moderne aufkam, ja eines ihrer zentralen Bestimmungsmerkmale ausmacht.

"Während es über 2000 Jahre hinweg zum Bestand der mittelländisch-abendländischen Kultur gehörte, daß *Geschichten* erzählt, aber auch erforscht und aufgeschrieben wurden, wurde es erst seit rund 1780 denkbar, *Geschichte* machen zu können. Die Formel indiziert eine moderne Erfahrung und mehr noch eine moderne Erwartung: daß man nämlich zunehmend fähig sei, Geschichte planen und vollstrecken zu können." (Koselleck 1979a: 262)

Der wohl wirkmächtigste Faktor für den Entwurf und die Durchsetzung "hergestellter Wirklichkeit" sind - neben dem neuzeitlichen Staat - soziale Bewegungen.⁶⁸ Darin liegt die Pointe des Themas dieser Arbeit. Soziale Bewegungen sind nicht ohne Moderne, Moderne ist nicht ohne soziale Be-

⁶⁸ Hierbei ist zu bedenken, daß selbst die Ideen und Ordnungsvorstellungen von Machthabern häufig aus dem Reservoir vorausgegangener Bewegungen stammen. Sieht man von marxistischen Autoren ab, so zählen zu den entschiedensten Verfechtern der These der Zentralität sozialer Bewegungen im geschichtlichen Prozeß vor allem Touraine (1973) und Sztompka (1991).

wegungen denkbar. "Sozialgeschichtlich betrachtet, berufen sich auf die Machbarkeit der Geschichte zumeist aktive Gruppen, die etwas Neues durchsetzen wollen." (Ebd., S. 270) Die "Entdeckung der Gesellschaft" (Polanyi 1978: 343) ist ein historisch relativ junges, eng mit dem Aufkommen sozialer Bewegungen verbundenes Phänomen.

Unbestreitbar gab es protestierende Bewegungen auch in vormodernen Epochen. Diese Bewegungen orientierten sich jedoch in letzter Instanz an einer Ordnung, die durch traditionales Recht oder göttliche Schöpfung bzw. Vorhersehung gegeben war. Handlungsmotivierend und legitimitätsstiftend für kollektive Aktionen bzw. Proteste war die Verletzung dieser Ordnung - durch die Obrigkeit, die Mehrheit, einzelne soziale Gruppen -, nicht aber die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und einer - in der Selbstdeutung - von Menschen imaginierten Ordnung. In diesem Licht sind die Sklavenaufstände der römischen Antike, das frühe Mönchtum (Bergmann 1985), Millenarismus und Chiliasmus (Mühlmann 1964) und die Bauernrevolten des Mittelalters (Haasis 1984) zwar Bewegungen, aber eben nicht *soziale* Bewegungen, d.h. Versuche, einen auf eigenen Entwürfen beruhenden und sich nicht auf "altes Recht"⁶⁹ berufenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.⁷⁰ In den genannten historischen Fällen ließe sich von traditionellen Bewegungen mit politischer oder religiöser Stoßrichtung sprechen.⁷¹

Mit der Entstehung moderner Territorialstaaten in Gestalt ausdifferenzierter, säkularisierter politischer Systeme als (legitimen) Produktionsorten gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen kann gerichteter sozialer Wandel nicht ohne politische Einflußnahme erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen entfällt eine strikte Grenzziehung zwischen sozialen und politischen Bewegungen.⁷² Nur in einem relativen Sinne lassen sich somit umfassende soziale Bewegungen von stärker fokussierten politischen, ökonomischen und soziokulturellen Bewegungen unterscheiden.⁷³ Mit letzteren

⁶⁹ "Die populären Protestbewegungen vor der modernen Arbeiterbewegung operierten dagegen unter der leitenden Idee des 'alten Rechts'." (Sieferle 1984: 78)

⁷⁰ Durch seinen gesamtgesellschaftlichen Bezug bekommt das Adjektiv sozial in diesem Zusammenhang eine besondere, vom üblichen wissenschaftlichen Sprachgebrauch (z.B. Levy 1963: 20) abweichende Konnotation.

⁷¹ Im Unterschied zu Touraine (1973), der den Begriff soziale Bewegungen für alle, also auch vormoderne Klassenbewegungen reserviert, sofern ihr Kampf auf der Ebene von Historizität ansetzt, binde ich die Existenz sozialer Bewegungen ausschließlich an die Moderne, gebrauche jedoch den Bewegungsbegriff in einem weniger voraussetzungsvollen Sinne. Touraines Annahme, daß jede Gesellschaftsformation nur *einen* Zentralkonflikt und damit nur *eine* soziale Bewegung - und deren Gegenspieler - kennt, ist pure Dezision.

⁷² Jenkins (1981) spricht deshalb von *sociopolitical movements*.

⁷³ Vgl. auch die Unterscheidung von sozialen, kulturellen bzw. soziokulturellen und soziohistorischen Bewegungen bei Touraine (1984: 11f.). Als Beispiel einer kulturellen

sind Bewegungen gemeint, die sich nicht auf die Grundlagen sozialer Ordnung schlechthin beziehen, sondern - zumindest subjektiv - auf bereicherspezifische Änderungen zielen, etwa die Ablösung einer politischen Klasse, die Umverteilung von Besitz oder die Liberalisierung kultureller Normen. Empirisch ist nicht auszuschließen, daß sich derartige Konflikte zum Streit über Grundsätzliches ausweiten; sei es, weil die Herausforderer erkennen, daß ihre Kritik letztlich an den Grundfesten einer sozialen Ordnung rührt, sei es weil die Herausgeforderten ihre Privilegien an die Verteidigung der gesamten sozialen Ordnung binden und damit den Gegnern die Logik des Alles-oder-Nichts aufzwingen.

1.2.4 Soziale Bewegungen als Handlungssysteme

1. Das bereits aufgezeigte Schisma zwischen handlungs- und systemtheoretischen Ansätzen in der Bewegungsforschung kann zwar in dem hier vorgeschlagenen Konzept nicht zugunsten eines integrativen Ansatzes aufgelöst, aber doch in gewisser Weise abgeschwächt werden. Diese Strategie findet ihre theoretische Rechtfertigung in der bereits zuvor entwickelten Überlegung, daß soziale Bewegungen *Handlungssysteme auf der Basis einer kollektiven Identität* darstellen. Was ist damit gemeint?

Als *System* bezeichnet soziale Bewegung einen regelgeleiteten Interaktions- und Funktionszusammenhang einzelner Elemente, in diesem Fall von Individuen, Gruppen und Organisationen. Als *handelndes System* beinhaltet es Intentionalität und einen an Motiven bzw. Zwecken orientierten Mitteleinsatz, wobei der Grad an Rationalität sehr variabel sein kann. Als ein auf *kollektiver Identität* beruhendes Handlungssystem (dazu Klapp 1969; Traugott 1978 und Melucci 1988) muß es Personen und Gruppen umfassen, die sich dem Handlungssystem subjektiv zurechnen und ein "Wir-Gefühl" aufweisen. Das setzt Grenzziehungen gegenüber anderen (namentlich Gegnern) voraus. Diese Einheit des "Wir" mag auch als bloße Fiktion handlungswirksam werden.

Bewegung nennt der Autor die Frauenbewegung. Anders als soziale Bewegungen gehören soziohistorische Bewegungen nicht einem einzigen Historizitätsfeld an, sondern entstehen in der Übergangsphase zu einem anderen Gesellschaftstyp. An anderer Stelle unterscheidet Touraine (1985: 764 und 776) zwischen Subbewegungen (z.B. *political pressure groups*), "Anti-Bewegungen" (z.B. Verteidigung von Privilegien) und drei Arten sozialer Bewegungen: soziale Bewegungen im engeren Sinne, historische Bewegungen und kulturelle Bewegungen.

Ein so angelegtes Konzept hat erstens den Vorteil, daß es zwischen objektivem Funktionszusammenhang und kollektiver Sinnggebung trennen kann und offenläßt, ob und in welchem Maße beide Dimensionen zur Dekkung kommen. Es läßt zweitens Raum für interne Differenzierungen. Nicht alle Elemente des Handlungssystems müssen ständig einheitlich und gleichgerichtet handeln; andererseits wird diese Möglichkeit - etwa in Form der außergewöhnlichen Momente kollektiver "madness" (Zolberg 1972) - nicht definitorisch ausgeschlossen. Drittens betont das Konzept die Differenz zwischen dem Handlungssystem einer sozialen Bewegung und einem Funktionssystem (etwa dem Markt), welches selbst keine Ziele formulieren kann und keiner Gefühle der Zugehörigkeit bedarf.

2. In einem nächsten Schritt lassen sich soziale Bewegungen aufgrund abstrakter Kriterien innerhalb einer allgemeinen Systematik kollektiver Handlungssysteme lokalisieren (Abbildung 1.1). Bewegungen werden zu einer Gruppe von Handlungssystemen gerechnet, die analytisch am ehesten auf einer *Mesoebene* anzusiedeln sind. Hier liegt der typische soziale Aktionsradius von Bewegungen. Diese Mittellage ergibt sich daraus, daß Bewegungen gleichzeitig auf die Mikro- und Makroebene hin orientiert sind und darin eine Balance wahren müssen. Sie sind sowohl *relativ* authentische Verkörperungen der Motive und Befindlichkeiten ihrer Anhänger als auch - zumindest fallweise - strategisch operierende Handlungssysteme mit Interventionsabsichten auf der Makroebene. Daraus ergibt sich notwendig eine hybride Struktur von Bewegungen, die einer genaueren Erläuterung bedarf.

Einerseits beruhen Bewegungen auf prekären Voraussetzungen ihres sozialen Mikrokosmos. Prekär deshalb, weil Bewegungen, obgleich durchaus internen Konformitätsdruck entfalten könnend, weder Zwangsgemeinschaften sind, noch die Loyalität ihrer Anhänger durch materielle Gratifikationen sichern können, noch auf weit in die Zukunft reichenden Kontrakten beruhen. Im Unterschied zum kapitalistischen Betrieb oder politischen Parteien sind Bewegungen außerstande, Motive in abstrakte Medien wie zum Beispiel Geld oder Macht zu übersetzen.⁷⁴ Sie müssen sich somit ständig durch symbolische Akte - etwa Identifikationsangebote, charismatische Elemente, soziale Gratifikationen, Versprechen auf eine bessere Zukunft, die Suggestivkraft von Utopien - ihrer sozialen Basis vergewissern. Das können sie nur leisten, wenn sie gegenüber Motiven, Stimmungslagen und Werten ihrer Anhängerschaft hochgradig sensibel bleiben. Diese Orientierung

⁷⁴ Freilich stellen sie zuweilen ein Angebot für bewegungsinterne Karrieren bereit, aus denen sich evtl. auch bewegungsexternes Sozialkapital schlagen läßt. Ein solches Angebot gilt jedoch nur für wenige. Zudem läßt sich eine derartige Karriere schwerlich planen.

schließt nicht aus, daß Bewegungsorganisatoren auch versuchen, ihre Anhängerschaft aktiv und gemäß eigenen Interessenlagen zu stimulieren und zu manipulieren. Faschistische Führer haben diese Klaviatur meisterhaft beherrscht.

Andererseits zielen Bewegungen - gemäß der hier vorgeschlagenen Definition - auf grundlegenden sozialen Wandel. Das bedeutet in strategischer Hinsicht, gesamtgesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse in Rechnung zu stellen, Organisationen aufzubauen und spontaneistische Elemente zurückzudrängen, also zumindest partiell über Interessen der "Basis" hinwegzugehen. Die makrostrukturelle Orientierung kann jedoch nicht total sein. Einmal bestünde so die Gefahr einer Verselbständigung gegenüber dem mikrosozialem Nährboden als dem eigentlichen Bewegungskapital. Zum zweiten sind die Ansatzpunkte von Bewegungen, die ja entschieden interessenorientiert, themenbezogen und mit knappen Ressourcen agieren, notwendig selektiv. Sie erreichen (potentiell) den Horizont der Gesamtgesellschaft, aber sie können nicht alles zugleich zum Thema machen.

Analytisch gesehen sind Bewegungen somit auf der gesellschaftlichen Mesoebene angesiedelte *Hybride* zwischen homogenen Kleingruppen bzw. *encounters* einerseits und formalen Organisationen andererseits. Empirisch lösen sie das Problem konkurrierender Ansprüche und Imperative, indem sie sich als lose Assoziationen strukturieren, die sowohl Kleingruppen als auch große formale Organisationen zulassen. Keine Form darf die andere definitiv ausschließen. Der Übergang zur Organisation bedeutete den Verlust der Emphase der Anhängerschaft und wohl auch einen Schrumpfungsprozeß; der Übergang zu völlig informellen Gruppenstrukturen zöge eine Fragmentierung der Bewegung und den Verlust ihrer kollektiven Strategiefähigkeit nach sich.

Der schwache Formalisierungsgrad von sozialen Bewegungen drückt sich darin aus, daß sie als Ganze einen geringen Grad an expliziter Aufgabenteilung und Rollenspezifikation aufweisen. Im Unterschied zu formalen Organisationen mit deutlich höherem Formalisierungsgrad kennen sie keine scharfen Grenzziehungen, klar definierten Mitgliedschaften, Kompetenzzuweisungen, Vertretungsorgane, Schlichtungsprozeduren usw. Von nicht oder kaum formalisierten Handlungssystemen wie etwa Sub- und Gegenkulturen trennt Bewegungen, daß sie einen grundlegenden sozialen Wandel mittels mehr oder weniger koordinierter und organisierter Protesthandlungen anstreben. Subkulturen sind dagegen ein Nischenphänomen. Ihnen fehlt die Zielvorstellung eines dezidierten sozialen Wandels. Im Vergleich zu Gegenkulturen, die den letztgenannten Kriterien durchaus genügen können, haben soziale Bewegungen eine deutlichere strategische Ausrichtung und

eine engere, auf diese Zielsetzung abgestimmte interne Handlungskoordination.

1.2.5 Typologie sozialer Bewegungen

Typologien sind nicht richtig oder falsch, sondern ihrem analytischen Zweck mehr oder weniger angemessen (Tiryakian 1968). Für soziale Bewegungen wurde ein Vielzahl von Typologien⁷⁵ vorgeschlagen, die an ganz unterschiedlichen Kriterien orientiert sind: dem Ansatzpunkt der angestrebten Änderung (persönlicher oder struktureller Wandel), der strategischen Ausrichtung (Reform oder Revolution), der Konfliktbereitschaft (Konsensus oder Konflikt), der ideologischen Prägung (konservativ oder progressiv), der Richtung der Aktionen (innen- oder außenorientiert), der Art der Forderungen (offensiv oder defensiv), dem Charakter der Trägerschaft (Status- oder Klassenbewegungen), den Kontextbedingungen (*movements of crisis* oder *movements of affluence*) usw. Teilweise wurden diese Typen miteinander kombiniert oder in ein hierarchisches Verhältnis gebracht.

Die hier vorgeschlagene Typologie verbindet zwei Kriterien. Das erste bezieht sich auf die Stellung einer sozialen Bewegung im und zum Modernisierungsprozeß. Damit ergibt sich eine freilich nur abstrakt bezeichnete inhaltliche Stoßrichtung, die hinsichtlich der jeweiligen historischen Modernisierungsphase zu konkretisieren ist. Im Prinzip lassen sich jedoch *promoderne*, *antimoderne* und gegenüber Modernisierungsprozessen *ambivalente* soziale Bewegungen unterscheiden. Ambivalent sind Bewegungen dann, wenn sie Modernisierung innerhalb einer bestimmten Dimension, etwa im ökonomisch-technischen Bereich befürworten, sie aber in einer anderen Dimension ablehnen. Eine Beispiel hierfür ist der Faschismus, der reaktionäre kulturelle Vorstellungen mit einem modernen technisch-produktivistischen Konzept verband (Herf 1982).

Zweitens wird unterstellt, daß Bewegungen aufgrund ihrer globalen Situationsdeutung, die im Kern eine Problemdefinition, Ursachenanalyse und Lösungsstrategie beinhaltet, einer grundlegenden *Handlungslogik* folgen, die gleichsam die Tiefenstruktur ihrer Formelemente darstellt und diese präformiert (aber nicht determiniert). Mit Formelementen sind insbesondere Organisation, Strategie und Aktionsrepertoire gemeint. Im Prinzip lassen

⁷⁵ Für Überblicke zu diversen Typologien vgl. Raschke (1985: 105ff.) und Schneider (1987: 57ff.).

sich zwei solcher Handlungsmuster unterscheiden, die hier als instrumentelle und expressive Logik bezeichnet werden (Rucht 1988).⁷⁶

Die *instrumentelle Logik* ist zukunftsorientiert. Sie betont den Vorrang der Zielerreichung und damit Fragen des zweckrationalen Mitteleinsatzes. Ihr mehr oder weniger längerfristiges Kalkül der Interessenverfolgung ist zwangsläufig auf die Bedingungen gesellschaftlicher, insbesondere politischer und ökonomischer Macht gerichtet und ordnet im Zweifelsfall andere Gesichtspunkte nach. Hierbei bleibt offen, ob die Zielverfolgung moderat oder radikal, opportunistisch oder prinzipientreu ausfällt. Den Hintergrund für die bewußte oder unbewußte Ausrichtung an einer instrumentellen Logik bildet eine Situationsdeutung, der zufolge die angestrebten Ziele vorrangig über Änderungen von (Macht-) Strukturen zu erreichen sind. Eine solche Situationsdeutung ist dann wahrscheinlich, wenn strukturelle Widersprüche offen zutage treten, wenn Kritik systematisch leerläuft oder mit Repression beantwortet wird. In diesem Fall ergibt sich eine Präferenz für Formen wohlorganisierter und eher quantitativ orientierter Protestmobilisierung.⁷⁷ Ein historisches Muster instrumenteller Logik ist das Leninsche Revolutionskonzept mit seiner Abwertung spontaner Massenaktion gegenüber dem strategischen Kalkül der Avantgarde.

Die *expressive Logik* ist gegenwartsorientiert. Sie betont den Vorrang von unmittelbarer, authentischer Aktion als Ausdruck einer situativen Stimmungs- oder Krisenlage. Die angestrebten Ziele werden in Einheit mit der Mittelwahl gesehen, ja der Weg selbst kann als Ziel deklariert werden.⁷⁸ Auch hier ergibt sich nicht a priori eine Neigung zu moderater oder radikaler Aktion. Den Hintergrund für die bewußte oder unbewußte Ausrichtung an einer expressiven Logik bildet eine Situationsdeutung, der zufolge die angestrebte Zielerreichung von der Intensität und Glaubwürdigkeit des augenblicklichen Engagements abhängt, das andere (bis hin zu Gegenspielern) beeindrucken oder gar überzeugen soll. Strukturveränderungen werden nicht als Voraussetzung, sondern Folge individueller Einstellungs- und Ver-

⁷⁶ Dieser Gedanke ist nicht originell. Turner/Killian (1987) unterscheiden *power-oriented*, *value-oriented* und *participation-oriented movements*. Letztere Kategorie würde ich eher als einen Unterfall der ersten ansehen. Raschke (1985) typisiert macht- und kulturorientierte Bewegungen, Cohen (1985) strategie- und identitätsorientierte Bewegungen.

⁷⁷ Ein Sonderfall ist der Terrorismus. Damit verbundene *high risk*-Aktionen lassen sich bei halbwegs funktionierender polizeilicher oder militärischer Kontrolle nicht auf Massenbasis stellen. Folglich wird versucht, den Mangel an Massenresonanz durch die Radikalisierung der Aktionsformen auszugleichen.

⁷⁸ "The new organizational form of contemporary movements is not just 'instrumental' for their goals...The medium, the movement itself as a new medium, is the message." (Melucci 1984: 830)

haltensänderungen erwartet. Für soziale Bewegungen ergibt sich eine Präferenz von spontaneistischer und qualitativ orientierter Protestmobilisierung. Einen historischen Musterfall expressiver Logik bilden religiöse Erweckungsbewegungen mit ihrer Geringschätzung politischer Machtspiele und relativen Gleichgültigkeit gegenüber quantitativem Erfolg, dessen Ausbleiben durch eine Ideologie des "Auserwähltseins" kompensiert werden kann.

Die Unterscheidung von instrumentellen und expressiven Bewegungen ist analytischer Natur. Relativ reine Fälle solcher Bewegungen, wie die oben genannten, sind empirisch selten. Vielfach wird eine soziale Bewegung beide Logiken beinhalten, verkörpert durch zwei widerstrebende Flügel oder zwei unterschiedliche historische Phasen ein und derselben Bewegung.

Kombiniert man die beiden genannten Kriterien, so ergeben sich sechs Typen sozialer Bewegungen (Tabelle 1.2). Eine exemplarische Füllung dieser Typologie am Beispiel historischer sozialer Bewegungen wird in den Kapiteln 2 und 3 vorgenommen.

Tabelle 1.2
Typologie sozialer Bewegungen

Handlungslogik	Stellung zum Modernisierungsprozeß		
	promodern	antimodern	ambivalent
instrumentell			
expressiv			

1.2.6 Dimensionen sozialer Bewegungen

Jede soziale Bewegung kann im Hinblick auf eine Reihe zentraler Dimensionen beschrieben werden. Folgende Aspekte erscheinen grundlegend: (1) Ideologie, (2) Struktur der Anhängerschaft, (3) Organisation, (4) Strategien und Aktionsrepertoire sowie (5) Entwicklungsdynamik. Deren Ausprägung-

gen bilden zusammengenommen das unverwechselbare Profil einer sozialen Bewegung. An dieser Stelle sollen lediglich das Verständnis dieser Dimensionen geklärt und einige Hypothesen vorgestellt werden.

1. Die *Ideologie* einer sozialen Bewegung ist das Ensemble strukturierender kognitiver und moralischer Prinzipien für eine kollektive Situationsdeutung und Sinnggebung. Zentrale Elemente der Bewegungsideologie sind ein konstitutiver Problembezug (etwa die Verletzung von Rechten), die Beschreibung und Rechtfertigung der eigenen Rolle im Hinblick auf dieses Problem (als Opfer, Anwalt für andere, Seismograph, Retter in der Not usw.) und die Benennung der zu überwindenden Hürden bzw. Gegner. Ausschlaggebend, aber nicht hinreichend für die Schubkraft einer Ideologie sind ihre Verbindung mit konkreten Interessen (ohne die sich Ideen bekanntlich blamieren) und Wahrnehmungen der Bewegungsanhänger, nicht jedoch die "objektive" Richtigkeit der Situationsdeutung. Ebenso wenig müssen Ideologien notwendig eine innere Konsistenz und eine scharfe Konturierung aufweisen.

Jede Bewegung braucht eine Ideologie - und dies nicht nur, wie Mayr-eder (1925: 11ff.) und Rammstedt (1978: 154ff.) meinen, während einer bestimmten Entwicklungsphase. Für manche Bewegungen nimmt die Ideologie nicht bloß orientierenden, sondern konstitutiven Charakter an, während andere mögliche identitätsstiftende Bezugspunkte - etwa sozialstrukturelle bzw. askriptive Merkmale - randständig bleiben. In vielen Fällen wird die Ideologie sogar zum Namensgeber für die Bewegung. Dies gilt z.B. für liberale, sozialistische, nationalistische und faschistische Bewegungen.⁷⁹

2. Die *Struktur der Anhängerschaft* einer Bewegung läßt sich in zweifacher Weise aufschlüsseln: (a) Stellung der Anhänger zur bzw. in der Bewegung und (b) sozialstrukturelle Merkmale.

Für die funktionale bzw. *positionale Analyse der Anhängerschaft* bietet sich ein Modell konzentrischer Kreise an (Lang/Lang 1961: 524ff.; Rucht 1984a: 611f.). Der Bewegungskern ist das maßgebliche, hinsichtlich bestimmter Funktionen unverzichtbare Zentrum, das freilich nicht unbedingt als straffer organisatorischer "Apparat" zu denken ist. Die Mitglieder des Kerns werden traditionell als "Führer", im Kontext des Ressourcenmobilisierungs-Ansatzes als "Bewegungsunternehmer" bezeichnet. Demgegenüber bevorzuge ich den offeneren Oberbegriff *Bewegungseliten* bzw. Kerngruppen. Diese übernehmen Funktionen der äußeren Repräsentation, Ideologieproduktion, Organisations- und Koordinationsarbeit, Strategiebildung und

⁷⁹ Darin liegt ein Grund für die potentielle Reichweite solcher Bewegungen. Anders als an askriptiven Merkmalen wie Jugend, Alter, Geschlecht oder Rasse orientierten Bewegungen grenzen sie a priori niemanden aus.

Mobilisierung. Vor allem bei größeren und länger existierenden Bewegungen besteht eine Tendenz zur Bündelung und professionellen Bearbeitung dieser Kernfunktionen.

Die dem Bewegungskern am nächsten liegende Gruppe besteht aus *Basisaktivisten*, die einen wesentlichen Teil ihrer Zeit und Energien unbezahlt in den Dienst der Bewegung stellen, ohne jedoch kraft ihres Engagements einen Einfluß auf die gesamte Bewegung nehmen zu können. Basisaktivisten entsprechen dem, was in anderem Zusammenhang "Parteisoldaten" genannt wurde. Einen weiteren Ring um den Bewegungskern bilden die *Unterstützer*. Sie lassen sich nur fallweise und stark situationsabhängig mobilisieren, bringen gelegentlich Zeit, Geld oder auch symbolische Ressourcen auf (etwa eine Unterschrift). Anders als Personen in den beiden innersten Kreisen sind sie kaum für *high risk*- bzw. Daueraktivitäten zu gewinnen. Umfang und Art der Unterstützung kann im Zeitverlauf stark variieren. Aus der Sicht der Bewegungseliten handelt es sich in doppeltem Sinne um eine kritische Gruppe: sie ist im Falle von Massenmobilisierungen quantitativ ausschlaggebend, jedoch schwer einzukalkulieren, da sie erst aufgrund besonderer Anstrengungen bzw. außergewöhnlicher Kontextbedingungen für Protestaktionen zu gewinnen ist. Sie bildet das Mobilisierungspotential im engeren Sinne.

Schließlich können in einem vierten Ring die *Sympathisanten* der Bewegung lokalisiert werden. Sie befürworten die Bewegung, leisten jedoch dafür keinen oder nur einen minimalen Beitrag. Ihre Unterstützung ist ideeller Natur, schließt jedoch u.U. auch eine aktive Parteinahme ein, etwa im Streitgespräch mit anderen. Insoweit sind die Sympathisanten zumindest in einem weiten Sinn der Anhängerschaft der Bewegung zuzurechnen.

Das Mobilisierungsziel von instrumentell orientierten Bewegungskernen besteht darin, möglichst viele Personen aus den außen gelegenen Kreisen weiter nach innen zu bringen⁸⁰ und neutrale "bystanders" zumindest in Sympathisanten zu verwandeln.

In sozialstruktureller Hinsicht können im Hinblick auf die vorgestellten Anhängergruppen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Ausbildung, Berufsgruppe usw. betrachtet werden, die beispielsweise auch im Bereich der

⁸⁰ Dieses Bestreben hat Grenzen. Zum einen werden Bewegungseliten kaum daran interessiert sein, den Kreis der Elite stark auszudehnen und damit ihre eigene Herausgehobenheit zu verlieren. Zum anderen können Bewegungen durch die rasche Inklusion großer neuer Gruppen regelrecht "überannt" werden und damit ihre ursprüngliche Kohärenz verlieren. Daran scheiterte zum Beispiel die Ostermarschbewegung der 1960er Jahre. Sie wurde durch den Zustrom der Gruppierungen gegen die Notstandsgesetze und der anhebenden Studentenbewegung "überfremdet" und setzte sich deshalb 1968, auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung, selbst ein Ende.

Parteien- und Wahlforschung untersucht werden. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß die Anhängerschaft sozialer Bewegungen bestimmte Ausprägungen dieser Merkmale im Vergleich zur Gesamtbevölkerung über- oder unterrepräsentiert. In vielen Fällen bilden bestimmte Zugehörigkeiten sogar den zentralen Identifikationspunkt für Bewegungen. Beispiele dafür sind Bewegungen von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Frauen und Jugendlichen.

3. Soziale Bewegungen haben und brauchen *Organisation*.⁸¹ Nur so können sie die Verbindung zwischen ihren Komponenten aufrechterhalten, sich für eine längere Zeitspanne stabilisieren und vor allem größere Mobilisierungsleistungen erbringen. Organisation heißt in diesem Fall, Planungs- und Entscheidungsstrukturen aufzubauen, Kommunikationswege zu etablieren und informationelle, motivationale, materielle und kulturelle Ressourcen zu sammeln, die insbesondere im Konflikt mit externen Gruppen benötigt werden. Trotz dieser unabdingbaren organisatorischen Leistungen sind soziale Bewegungen nicht insgesamt - wie Parteien, Interessenverbände oder Firmen - mit Organisationen gleichzusetzen.⁸² Im Unterschied zu diesen haben sie, wie bereits betont, keine scharfen Grenzen, keine klaren Kriterien der Mitgliedschaft, keine verbindlichen Regelungen für Kompetenzen und Konflikte. Obgleich Bewegungen durchaus formalisierte Organisationen einschließen können (Heberle 1951; Jenkins 1981: 83), beruhen sie typischerweise auf eher losen, informellen Strukturen ohne ein hegemoniales organisatorisches Zentrum, wenngleich es hiervon Ausnahmen gibt.⁸³ Generell sind Bewegungen in organisatorischer Hinsicht am besten als "mobilisierte Netzwerke von Netzwerken" (Neidhardt 1985: 197) zu kennzeichnen. Als solche bilden sie eine komplexe, von außen schwer durchschaubare Struktur, deren Komponenten aufgrund fehlender Standardisierung und Formalisierung hinsichtlich ihrer Größe, Reichweite, Form und Interaktionsdichte im synchronen und diachronen Vergleich enorm va-

⁸¹ "Any collective activity that involves more than a few people must be organized." (Lowi 1971: 36) Zu einer Typologie von Bewegungsorganisationen vgl. Kriesi (1992).

⁸² "The organized aspects of a social movement never entirely encompass it; they reside in a core group whose role in relation to a social movement is, in itself, never planned. There is no completely organized social movement." (Lang/Lang 1961: 495)

⁸³ Solche Ausnahmen bilden autoritär strukturierte Bewegungen wie der Peronismus oder der Nationalsozialismus, die weitgehend von einem organisatorischen Kern, meist repräsentiert durch einen charismatischen Führer, gelenkt werden. Sie neigen dazu, auf oberer Ebene konkurrierende Organisationen mehr oder weniger gewaltsam zu unterdrücken. Typischerweise entfalten sich jedoch auf unteren Ebenen mehrere Machtzentren. Vor allem im 20. Jahrhundert zeigten autoritäre Bewegungen die Tendenz, letztlich in Parteien aufzugehen und ihren Bewegungscharakter nur noch deklamatorisch und durch inszenierte Rituale vorzugeben.

rieren können. Die damit verbundenen Schwierigkeiten, die organisatorische Struktur einer Bewegung zu erfassen, liegen auf der Hand. Aus diesem Grund tendiert auch die Bewegungsforschung dazu, organisatorische Strukturen entweder überhaupt nicht zu analysieren oder sich auf stärker formalisierte und leichter greifbare Bewegungsorganisationen zu konzentrieren.

4. Im Unterschied zur organisatorischen Struktur sind die nach außen gerichteten *Strategien und Aktionsrepertoires* von sozialen Bewegungen vom Standpunkt des externen Beobachters relativ gut nachvollziehbar.

Mit Strategie wird hier ein Handlungskonzept bezeichnet, das an langfristiger Zielerreichung orientiert ist und zu diesem Zweck verschiedene Einzelhandlungen optimierend aufeinander abstimmt und integriert (Rucht 1990: 161). Aussichtsreiche Strategien erfordern ein hohes Maß an Information über die eigenen Handlungsvoraussetzungen sowie die Umweltbedingungen einschließlich der Voraussetzungen der Gegenseite; sie verlangen zusätzlich Mittel und Fähigkeiten zu interner Handlungskoordination. Es ist offenkundig, daß die zu ideologischer und organisatorischer Heterogenität tendierenden sozialen Bewegungen selten die interne Geschlossenheit aufbringen, um als Ganze wirklich strategiefähig zu sein. Am ehesten kann dies unter den Bedingungen eines starken Organisationskerns und/oder eines hohen, in seinen Konsequenzen bedrohlichen Außendrucks gelingen.

Das Aktionsrepertoire einer sozialen Bewegung ist das Spektrum der von ihr praktizierten und meist aus einem gewissen Erfahrungsschatz gespeisten Handlungs- und insbesondere Protestformen (dazu Tilly 1986: 170ff.; Ennis 1987). In Bewegungen, die ideologisch und organisatorisch stark differenziert sind, werden immer nur Teilgruppen bestimmte Elemente des gesamten Repertoires zur Anwendung bringen und damit - implizit oder explizit - eine gewisse Arbeitsteilung praktizieren. Beispielsweise ergibt sich aus der in fast allen Bewegungen vorhandenen Differenzierung in einen moderaten und radikalen Flügel auch die Bevorzugung entsprechender Aktionsformen. Die Kunst besteht hierbei in der richtigen Mischung von *appeal and threat* (dazu Turner 1969a). Weiterhin ist anzunehmen, daß sich das Aktionsrepertoire von Bewegungen im Zeitverlauf erweitern wird. Bewegungen beginnen in der Regel mit moderaten Protestformen. Bleiben diese erfolglos, so wird mit anderen, oft auch radikaleren Aktionen experimentiert, ohne daß dies notwendig zu einer Eskalation bis hin zu gewaltsamen Mitteln führen müßte, wie gelegentlich behauptet wird.⁸⁴ Welche Ak-

⁸⁴ In Anlehnung an Rammstedt meint Luhmann (1984: 547) im Hinblick auf soziale Bewegungen: "Radikalismus ist nicht Entstehungs- sondern Fortsetzungsbedingung."

tionsformen zur Anwendung kommen, ergibt sich einerseits aus bewegungsinternen Faktoren, etwa ideologischen Vorgaben, die u.U. bestimmte Mittel ausschließen⁸⁵, andererseits aus externen Parametern wie den Strategien und Aktionsformen der Gegenseite (Turner 1970).

Erst im historischen Längsschnitt zeigt sich, in welchem Maß Aktionsrepertoires zeitgebunden sind. So tauchen in bestimmten Phasen neue Aktionen und Taktiken auf, die im Falle ihres Erfolgs rasch diffundieren und selbst bei den (ursprünglichen) Gegnern Anwendung finden können (Tarrow 1991). In einem historischen Überblick hat Tilly (1986) dargelegt, daß die heute gängigen Formen kollektiven Protests etwa an der Wende zum 19. Jahrhundert entstanden sind. Er meint zudem, daß sich dieses Repertoire seither kaum verändert hat.⁸⁶ Hierbei ist bemerkenswert, daß er die Form der Bewegung als eine erst in dieser Phase auftauchende Version kollektiver Aktion bezeichnet.

An anderer Stelle habe ich eine Systematik präsentiert (Rucht 1990), die, ausgehend von der jeweiligen Handlungslogik (instrumentell/expressiv) einer Bewegung, allgemeine Strategien, spezielle Strategien und konkrete Aktionsformen in eine hierarchische Ordnung bringt. Die instrumentelle Handlungslogik korrespondiert mit einer allgemeinen Strategie der Machtorientierung. Spezielle machtorientierte Strategien zielen auf politische Beteiligung, Verhandlung, Druck und Konfrontation. Der expressiven Handlungslogik entspricht eine allgemeine Strategie der Identitätsbehauptung. Entsprechende spezielle Strategien sind demonstrative Verhaltensabweichungen, subkultureller Rückzug und gegenkulturelle Herausforderung.

5. Die meist nicht getrennten Fragen der *Entstehung* und *Entwicklungsdynamik* sozialer Bewegungen wurden bisher kaum systematisch und auf Grundlage größerer Fallzahlen und mehrerer Bewegungstypen analysiert.

a. Im Hinblick auf die *Entstehung* sozialer Bewegungen lassen sich zwei grundlegende Erklärungsmuster unterscheiden. Der erste Ansatz stellt Belastungen in den Vordergrund, wobei mehrere Deutungen möglich sind:

Allerdings kann auch das Gegenteil der Fall sein. Beispielsweise wird nicht jede Bewegung partielle Erfolge durch weitere Radikalisierung aufs Spiel setzen wollen.

⁸⁵ Beispielsweise tendieren Friedensbewegungen und insbesondere strikt pazifistische Gruppen naturgemäß zu gewaltfreien Aktionsformen.

⁸⁶ Es bliebe allerdings genaueren Untersuchungen vorbehalten zu klären, ob nicht im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts bedeutsame Varianten bereits bestehender oder sogar neue Aktionsformen entwickelt wurden. Hier wäre insbesondere an Aktionen zivilen Ungehorsams zu denken, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts - vor allem durch Suffragetten - in größerem Maßstab praktiziert wurden und als stärker theoretisch begründetes Konzept erst ab den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts Verbreitung fanden (Rucht 1990; Tarrow 1993; 1993a).

In einer makrostrukturellen Perspektive wird rascher oder gar krisenhafter sozialer Wandel als notwendige Vorbedingung für die Entstehung einer Bewegung angeführt (z.B. Rammstedt 1978). Dieser Wandel führe zu strukturellen Spannungen und Widersprüchen, verbunden mit der Bedrohung von Existenz, Status oder angestammten Rechten bestimmter Gruppen, welche dann mit Protest oder - grundlegender und systematischer - mit der Bildung einer sozialen Bewegung reagieren. Smelser (1966: 44) bringt diese Sichtweise auf den Punkt.⁸⁷ Strukturelle Erklärungsansätze dieser Art tendieren allerdings dazu, mögliche bzw. notwendige Bedingungen für die Entstehung von Bewegungen bereits mit hinreichenden Bedingungen gleichzusetzen. Nicht erklärt bleibt beispielsweise, warum nicht alle Personen, die unter solchen Spannungen zu leiden haben, sich einer Bewegung anschließen.

Bei einer zweiten Perspektive, die vor allem sozialpsychologisch orientierte Autoren einnehmen, besteht dagegen die Tendenz, allein von individuellen Dispositionen bzw. dem Vorliegen relativer Deprivation auszugehen und nur auf dieser Basis das Entstehen von bzw. Engagement in Bewegungen erklären zu wollen. Die Bedeutung sozialer Interaktionszusammenhänge und makrostruktureller Faktoren bleibt dabei meist außer Betracht.

Eine dritte Perspektive sieht eine entscheidende Entstehungsbedingung sozialer Bewegungen im Wirken von Agitatoren bzw. Bewegungsunternehmern, die (latent) vorhandene Unzufriedenheiten aufgreifen, bündeln und in organisatorische Aktivitäten übersetzen. Hier verlagert sich die Aufmerksamkeit ganz auf die Ressourcenmobilisierung, während zumeist der weitere gesellschaftliche Bedingungs-zusammenhang von Bewegungsorganisationen vernachlässigt wird.

Vermutlich sind alle drei Perspektiven in einem komplementären Verhältnis zu sehen. Sie leisten Spezifisches und können sich somit nicht ersetzen (vgl. auch Kowalewski/Porter 1992).

Strukturelle und sozialpsychologische Perspektiven unterstellen in der Regel einen wie auch immer vermittelten Zusammenhang zwischen einer verschlechterten objektiven oder subjektiven Lage ("need defense") und einer höheren Bewegungswahrscheinlichkeit. In diesen Fällen könnte man von defensiven oder *reaktiven* Bewegungen sprechen. Gegenüber diesem empirisch wohl nicht seltenen Fall sollte nicht vergessen werden, daß Bewegungen auch entstehen können, weil sich soziale Bedingungen *nicht* ändern und eine bislang durch Hoffnung und Geduld gezähmte Unzufriedenheit in Ent-

⁸⁷ "The faster the tempo of modernization is, the more severe the discontinuities. This unevenness creates *anomie* in the classical sense, for it generates disharmony between life experiences and the normative framework which regulates them...Three classic responses to these discontinuities are anxiety, hostility, and fantasy. If and when these responses become collective, they crystallize in a variety of social movements - peaceful agitation, political violence, millenarianism, nationalism, revolution, underground subversion, etc."

Enttäuschung und Ungeduld umschlägt. Dies ist ein Spezialfall einer reaktiven Bewegung.⁸⁸

Zum zweiten können Bewegungen auch dann aufkommen, wenn sich Wert- und Rechtsvorstellungen wandeln, wenn neue, bislang unbekannte oder unerreichbare Möglichkeiten greifbar werden ("rising demands"), wenn sich die materiellen Ausgangsbedingungen verbessern⁸⁹ oder wenn historisch neue Forderungen erhoben werden. Hier ließe sich von offensiven oder *proaktiven* Bewegungen sprechen. Sie verteidigen nicht Bestände, sondern wollen neues Terrain erobern.

Obgleich Bewegungen vielfach als eher defensiv oder eher offensiv eingestuft werden können, ist nicht auszuschließen, daß ein und dieselbe Bewegung zugleich oder in zeitlicher Folge beide Orientierungen aufweist. Somit wäre jeweils zu klären, ob zunächst als offensiv oder defensiv klassifizierte Bewegungen nicht im Zeitverlauf in ihren Strategien, Aktionsreper-toires und vor allem Argumentations- und Legitimationsmustern systematisch variieren.

b. Einmal entstanden, unterliegen soziale Bewegungen einer *Entwicklungsdynamik*, die ihnen ein vorzeitiges Ende, einen eindrucksvollen Aufstieg bis hin zur Zielerreichung, eine Kette von Siegen und Niederlagen, ein Wechselspiel von Sichtbarkeit und Latenz oder eine bescheidene, eher unspektakuläre, aber zählbeige Existenz beschern kann. Diese Dynamik wird sowohl von internen als auch externen Faktoren bestimmt, wobei letztere, so meine Vermutung, zumeist den Ausschlag geben.

In der Literatur wurden verschiedentlich idealtypische Entwicklungsverläufe oder gar ein "natürlicher Lebenszyklus" von Bewegungen postuliert. Oft liegt solchen Vorstellungen ein organisistisches Modell von Geburt, Wachstum, Blüte und Absterben zugrunde. Andere Verlaufsmodelle behaupten ein zwangsläufiges Ende von Bewegungen, die sich in formalisierte Organisationen oder Institutionen verwandelten. Bekannt geworden

⁸⁸ Bei der Übernahme von Tillys Typen von *proactive* und *reactive collective action* ist allerdings zu bedenken, daß ihnen ein dritter Typus von *competitive action* beigeordnet wird. Von diesem wird dann gesprochen, wenn eine Gruppe eine andere als Feind oder Rivalen definiert und dessen Ressourcen attackiert (Tilly/Tilly/Tilly 1975: 249). Die Autoren vermuten, daß der zunächst sehr hohe Anteil von *competitive actions* von 1550 bis heute praktisch auf Null geschrumpft ist (ebd., S. 54).

⁸⁹ Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß Radikalisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse oft nicht in Krisen, sondern Phasen konjunkturellen Aufschwungs zu beobachten sind. Den Grund hierfür sieht Merleau-Ponty (1966: 506) darin, "daß die Abnahme des Drucks auf das Leben eine Umstrukturierung des sozialen Raums ermöglicht: die Horizonte sind nicht mehr eingengt auf die unmittelbarsten Bedürfnisse, es entsteht ein Spielraum, Raum für einen neuen Lebensentwurf." Ähnlich argumentiert auch Moore (1982).

ist in diesem Zusammenhang Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie", das der Transformation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in einen rigiden, sich zum Selbstzweck werdenden Parteiapparat zugrundeliegen soll (Michels 1989). Allerdings findet sich bei Michels keine Reflexion darüber, ob aus *einem* historischen Fall ein allgemeines "Gesetz" abgeleitet werden kann (kritisch auch Zald/Ash 1966). Zudem bleibt der Begriff der Oligarchisierung schillernd und es fehlt eine wirkliche Prozeßanalyse der behaupteten Transformation. Präziser bei der Identifikation bestimmter Entwicklungsstufen verfahren Dawson/Gettys (1935: Kap. 19), die vier Etappen der "Karriere" sozialer Bewegungen behaupten: *social unrest*, *popular excitement*, *formal organization* und *institutionalization* (ähnlich auch Mayreder 1925; Hopper 1950; Turner/Kilian 1987: 254).

Das elaborierteste Entwicklungsmodell wurde von Rammstedt (1978: 137ff.) ausgearbeitet.⁹⁰ Er unterscheidet acht Stufen, betont aber, daß soziale Bewegungen keineswegs zwangsläufig die gesamte Sequenz durchlaufen, sondern, ausgehend von einer jeweils erreichten Stufe, auch eine andere als die Bewegungsform annehmen können (z.B. Autismus, kriminelle Vereinigung, soziale Sekte). Seine Versuche der empirischen Untermauerung dieses Modells am Beispiel der Bürgerinitiativbewegung und der Friedensbewegung sind nicht sonderlich überzeugend (Rammstedt 1980; 1989). Über Fallstudien zu Einzelkonflikten hinausgehend fehlt m.E. die empirische Evidenz, um selbst für einen bestimmten Typus von Bewegungen einen bestimmten Entwicklungsverlauf behaupten zu können.⁹¹

Auch neuere, stärker empirisch orientierte Arbeiten, welche die Zyklizität von Bewegungen bzw. Mobilisierungswellen auf der Basis von Protestereignissen unterstellen, ruhen vorerst auf schwachem Grund. Sie konstatieren ein Auf und Ab von Mobilisierungen in längeren (Brand 1989a; 1990) oder kürzeren Wellen (Tarrow 1989), die sie - mißverständlich! - mit dem Zyklusbegriff verbinden, der üblicherweise regelmäßig wiederkehrende Muster impliziert. Verschiedentliche Versuche, regelmäßig verlaufende Bewegungswellen zu identifizieren und diese beispielsweise auf die langen

⁹⁰ Grundbegriffe dieses Modells - Teleologisierung der Krise, Institutionalisierung - finden sich bereits in Rammstedts Studie (1966) zu den Täufern in Münster, ohne daß jedoch dort ein allgemeines Ablaufschema sozialer Bewegungen präsentiert würde.

⁹¹ Dies ist die Rückzugslinie von Blumer (1951: 200), der die Gültigkeit von Stadienmodellen wie dem von Dawson/Gettys nur für *specific social movements*, nicht aber für *general social movements* unterstellt. Allgemeine Bewegungen tendierten laut Blumer dazu, unorganisiert zu sein und keine klaren Strukturen der Führerschaft auszubilden. Für eine reflektierte Anwendung von Stadienmodellen am Beispiel feministischer Organisationen siehe Riger (1992).

Wellen wirtschaftlicher Entwicklung (im Anschluß an Schumpeter, Kondratieff und andere) zu beziehen, bleiben entweder bei der bloßen Behauptung dieses Zusammenhangs stehen (Friberg/Galtung 1984) oder zeigen sich, sofern sie skrupulöser vorgehen, in ihren Befunden eher zwiespältig (Brand 1989a). Ebenso fehlt Hirschmans (1982) anregendem Essay zu den "shifting involvements", d.h. einem Wechsel zwischen öffentlichem Engagement und privatistischem Rückzug, eine solide empirische Fundierung. Historische Zeitreihendaten zu Streiks oder "kollektiver Gewalt" zeigen jedenfalls unregelmäßige Aktivitätskurven (Shorter/Tilly 1974; Tilly/Tilly/Tilly 1975). Gleiches gilt für Untersuchungen neuer sozialer Bewegungen (Kriesi 1985; Kriesi et al. 1992; Costain 1992).

Stellt man die Fülle von Faktoren in Rechnung, welche die Entwicklungsdynamik von Bewegungen beeinflussen können, und hält sich zudem die unterschiedlichen Problembezüge und Triebkräfte verschiedener Typen von Bewegungen vor Augen, so ist es höchst unwahrscheinlich, daß das Zusammenwirken dieser Faktoren ein regelmäßiges Muster ergeben soll. Vieles spricht für die Existenz von Mobilisierungswellen mit jeweils unterschiedlichen Amplituden und Abständen, wobei solche Wellen mit Diffusions- und Imitationseffekten verbunden sein können, um zuweilen ganze Bewegungsfamilien oder Bewegungssektoren zu erfassen. In diesem Fall wird den politischen Gelegenheitsstrukturen, oder allgemeiner: den Kontextbedingungen sozialer Bewegungen, ein erheblicher Einfluß zukommen.

1.2.7 Kontextstrukturen sozialer Bewegungen

Will man soziale Bewegungen nicht wie manche Theoretiker als sich selbst erzeugende, eigendynamische Systeme begreifen (Japp 1984; Bergmann 1987), so kommt die Umwelt ins Spiel, innerhalb derer Bewegungen entstehen und die eine förderliche oder restriktive Bedingung weiterer Mobilisierungen darstellt. Obgleich offenkundig ist, daß beispielsweise die Strategien sozialer Bewegungen nur im Hinblick auf deren Umwelt, vor allem die Strategien der Gegenseite, verstanden werden können, sind die externen Faktoren für Bewegungen meist unzureichend abgehandelt worden.⁹²

Erst mit dem in den frühen 1970er Jahren skizzierten und vor allem seit den 1980er Jahren weiterentwickelten Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen rückte die Umwelt sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt des

⁹² Siehe jedoch die Arbeit von Gamson (1975).

Interesses (vgl. Kapitel 7 und 10). Gegenüber der ursprünglichen Tendenz, Gelegenheitsstrukturen als relativ stabile und/oder für einen ganzen (nationalen) Bewegungssektor gleichermaßen geltende Bedingungen zu unterstellen, wurden in jüngster Zeit differenziertere Konzepte geltend gemacht. Sie betonen die zeitliche, räumliche und/oder sachliche Bedingtheit solcher Strukturen. Insbesondere erscheint eine Unterscheidung geboten zwischen historisch relativ stabilen Gelegenheitsstrukturen (die von Bewegungen in aller Regel als Handlungsvoraussetzung einzukalkulieren sind) und kurzfristigeren Chancen, deren Beeinflussung selbst ein Ziel von Bewegungsaktivitäten werden kann. Schließlich ist hervorgehoben worden, daß nicht die Objektivität von Gelegenheiten, sondern ihre Perzeption handlungsprägend ist.

Insgesamt handelt es sich bei dem Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen um einen fruchtbaren, wenngleich noch weiter zu präzisierenden Ansatz, der vor allem im themen-, länder- und phasenspezifischen Vergleich von Bewegungen zur Anwendung kommen kann. Über die bereits genannten Differenzierungen hinausgehend sind allerdings in zweifacher Hinsicht Erweiterungen geboten. Erstens wären als kritische Einflußgrößen die Öffentlichkeit bzw. das politische Publikum zu berücksichtigen.⁹³ Dem tragen Neidhardt/Rucht (1991: 456ff.) mit dem Vorschlag eines Bezugsgruppenkonzepts Rechnung, das neben Parteien und Interessengruppen, Kontrollagenturen und dem politisch-administrativen System auch die Öffentlichkeit (differenziert in Sympathisanten, Neutrale und Gegenbewegungen) einschließlich der Massenmedien berücksichtigt. Zum zweiten ist zu überlegen, ob das Konzept ganz generell in Richtung sozialer und kultureller Strukturen zu erweitern wäre (dazu Kapitel 7). In seiner jetzigen Form ist das Konzept zudem vor allem auf die Bedingungen strategisch operierender, auf das politische Machtspiel ausgerichteter Bewegungen zugeschnitten. Dagegen mögen Bewegungen, die primär auf persönliche Verhaltensänderungen oder kulturellen Wandel zielen, hinsichtlich ihrer Organisation, Strategie und Aktionsformen von anderen Kontextfaktoren mit beeinflusst werden.

⁹³ Gefordert wird dies allerdings schon seit langem. "Whatever the influence of other variables, the influence of the opposition and of the public reaction to a movement cannot be over-emphasized." (Killian 1964: 450). Vgl. dazu auch Turner (1969), Gitlin (1980), Kielbowicz/Scherer (1986) und Schmitt-Beck (1990).

1.2.8 Funktionen und Folgen sozialer Bewegungen

Die Bewegungsforschung war wenig darum bemüht, die Funktion bzw. Wirkung von Bewegungen auf ihre Umwelt, oder allgemeiner: auf Gesellschaft, konzeptionell und empirisch zu erfassen.⁹⁴ Frühe Arbeiten schenken dieser Frage immerhin gesonderte Beachtung (z.B. Turner/Killian 1957/1987). Ebenso betonte die ältere Konfliktforschung, vertreten etwa durch Lewis Coser (1965), die innovative und letztlich stabilisierende Funktion sozialer Konflikte. Bei strukturfunktionalistischen Autoren, etwa Neil Smelser (1962), finden sich nur noch Andeutungen zu den Wirkungen sozialer Bewegungen. In der funktionalistischen Systemtheorie eines Niklas Luhmann werden soziale Bewegungen zwar als Beobachtungsinstanzen von Gesellschaft anerkannt, doch gelten sie in ihren gesellschaftsgestaltenden Ambitionen als hoffnungslos überfordert. Auch die einer funktionalistischen Analyse vertrauten Fragen nach latenten Funktionen und nicht indenierten Effekten sind ein Desiderat der Bewegungsforschung geblieben.

Selten sind auch Kausalanalysen, in denen soziale Bewegungen als unabhängige Variable für systemischen Wandel oder individuelle Verhaltensänderungen untersucht werden. Meist wurde diese Thematik nur auf der Ebene einzelner oder vergleichender Fallstudien aufgegriffen. Entsprechend unterentwickelt sind nicht nur Hypothesen über die Bedingungen und Wirkungen sozialer Bewegungen, sondern selbst Vorschläge zur Operationalisierung von Wirkungen. Immerhin wurden einige Angebote gemacht, grundlegende Wirkungsdimensionen zu unterscheiden. So verweisen etwa Turner/Killian (1987: 393ff.) auf mögliche Vorteile für die Bewegungsanhänger, persönliche Verhaltensänderungen, Einflüsse auf Machtbeziehungen und die Realisierung eines Programms für die Reform der Gesellschaft. Gamson (1975) unterscheidet zwischen *full success*, *cooptation (acceptance but no benefits)*, *preemption (benefits but no acceptance)* und *failure*. Diese Kategorisierung wäre mindestens um die Dimension soziokultureller Wirkungen zu ergänzen, welche sich sowohl bewegungsintern auf die Anhängerschaft als auch auf die Bewegungsumwelt beziehen lassen (Rucht 1992).

Jenseits solcher konkreter Wirkungsdimensionen ist zudem an globalere, empirisch allerdings schwer faßbare Effekte zu denken. So kann etwa nach

⁹⁴ Abgesehen von zahlreichen Fallstudien zu Einzelkonflikten, in denen auch die Wirkungen von sozialen Bewegungen behandelt wurden, liegen nur wenige systematische bzw. breiter angelegte Studien zu den Effekten sozialer Bewegungen vor (z.B. Gamson 1975; Piven/Cloward 1977). Zu den Schwierigkeiten der Verknüpfung von Bewegungen und sozialem Wandel vgl. Raschke (1985: 387f.).

dem Einfluß sozialer Bewegungen auf Modernisierungsprozesse oder ganz allgemein auf die Lernfähigkeit von Gesellschaften gefragt werden.

1.3 Zusammenfassung

1. Eine allgemeine, aber empirisch anschlussfähige makrosoziologische Sicht der Wechselwirkungen zwischen sozialem Wandel und sozialen Bewegungen kann in modernisierungstheoretischer Sicht entwickelt werden. Die zentrale These lautet, daß sich soziale Bewegungen am angemessensten in einer Doppelperspektive, nämlich als Produkt und Produzent von Modernisierung, begreifen lassen.⁹⁵ Hierbei kommt Modernisierungsschüben eine Schlüsselfunktion zu. Sie sind von ökonomischen, politischen und/oder soziokulturellen Verwerfungen begleitet, die Auf- und Abwertungen bestimmter sozialer Gruppen, Werte und Verhaltensweisen mit sich bringen. Phasen solcher Verwerfungen sind Geburtsstunden neuer bzw. Revitalisierungsperioden alter sozialer Bewegungen. Dann formieren sich, bezogen auf jeweils konkrete Modernisierungsprozesse, promoderne, antimoderne und ambivalente Kräfte, die aktiv den Lauf der Dinge zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen. Haben sich Modernisierungsprozesse und die mit ihnen verbundenen Kräfte durchgesetzt oder sind sie bis auf weiteres erfolgreich zurückgedrängt worden, so beginnen Phasen relativer Stabilität. Die Aktivitäten sozialer Bewegungen gehen in diesen Phasen nicht zwangsläufig zurück; sie können sogar quantitativ stark ansteigen. Aber es fehlt ihnen die dringvolle Emphase, die Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Entscheidungskampfes. In dieser Situation relativer Ruhe werden Kräfte geschöpft, eroberte Positionen ausgebaut und Beziehungen zu Verbündeten stabilisiert. Die Bewegungen können sogar eine Latenzphase durchlaufen und von außen kaum mehr sichtbar sein (Melucci 1984: 829).

2. Eine gehaltvolle Analyse der Wechselwirkungen von Modernisierung und sozialen Bewegungen setzt eine historisch-konkrete Situationsbestim-

⁹⁵ Damit folge ich im Prinzip dem Vorschlag von Killian: "Social movements are conventionally regarded as part of the subject of collective behavior, but they might just as well be viewed as an aspect of social change. The field of collective behavior, however, has been a neglected area in sociology, and in the study of social change, social movements have received relatively little emphasis. This is because men and groups have been so often regarded by sociologists as the creatures rather than the creators of social change." (Killian 1964: 426)

mung voraus. Der Bezug auf Modernisierung als epochaler, bereits Jahrhunderte währender Prozeß ist zu allgemein, um daran eine Funktions- und Wirkungsanalyse zu knüpfen. Es geht somit um *bestimmte* Phasen und Inhalte der Modernisierung, auf die sich *bestimmte* Bewegungen beziehen. Die bloße Kontinuität der Namensgebung einer sozialen Bewegung - etwa als Arbeiter- oder Frauenbewegung - sollte nicht den Blick auf deren variierende historische Anliegen und phasenspezifische Wandlungen verstellen. Wenn also von pro-, antimodernen oder modernisierungsambivalenten Bewegungen die Rede ist, so bleibt immer auch zu klären, um welche Formen und Inhalte von Modernisierung gerungen wird.

Analytisch kann zwischen ökonomischen, politischen und soziokulturellen Modernisierungsprozessen unterschieden werden. Hierbei ist nicht davon auszugehen, daß Modernisierungsprozesse in diesen drei Dimensionen immer gleichsinnig und gleichzeitig verlaufen. So gibt es vorausseilende oder nachholende Bereichsentwicklungen, regionale Disparitäten usw., die ihrerseits zusätzliche Spannungsmomente und damit Anknüpfungspunkte für soziale Bewegungen bedeuten können. Allerdings ist nur bei einer wechselseitigen Komplementarität von Ausprägungen in diesen drei Dimensionen mit Phasen relativ hoher systemischer und sozialer Stabilität zu rechnen. In den entscheidenden kritischen Phasen, die Zäsuren am Übergang zur modernen Gesellschaft und zwischen deren verschiedenen Etappen bilden, konvergieren die Modernisierungsbrüche in allen drei Dimensionen. Diese Phasen sind die Geburtsstunden großer, potentiell geschichtsmächtiger sozialer Bewegungen.

3. Schließlich ist zwischen der subjektiven Haltung von Bewegungen zu Modernisierungsprozessen und ihrer objektiven Funktion zu unterscheiden. Modernisierungsprozesse können durch Bewegungen ungewollt befördert oder behindert werden. Das mag bis zur Erzeugung perverser Effekte reichen, bei denen genau das bewirkt wurde, was man zu verhindern trachtete. Ein Beispiel dafür ist eine aufgrund von stimulierenden Anfangserfolgen zu rasche Ausweitung und/oder Radikalisierung von Forderungen, die dann zu einer Einigung der Herrschaftseliten mit dem Ziel und Effekt der Zerschlagung der Bewegung führen.

Die Positions- und Funktionsbestimmung sozialer Bewegungen im Modernisierungsprozeß kann entlang der bislang genannten Aspekte vorgenommen werden. Es ist zu klären, (a) auf welche Dimensionen und konkreten Inhalte von Modernisierung die Bewegungen sich beziehen, (b) ob sie vor allem als Produkt oder Produzent von Modernisierungsprozessen auftreten oder beides zugleich sind (zur letzten Möglichkeit Marx/Wood 1975: 406), (c) in welcher Phase - in Modernisierungsbrüchen, Etappen längerer

Konsolidierung oder allmählicher Erschöpfung eines Modernisierungsprozesses - Bewegungen sich befinden und (d) welche subjektive Stellung sie einnehmen und welche objektive Funktionen ihnen zukommen. Für Modernisierungsbrüche sowie den dazwischen liegenden Phasen relativer Kontinuität läßt sich bestimmten Bewegungen eine Schlüsselstellung zusprechen, während anderen Bewegungen eine bloß verstärkende oder moderierende Funktion zukommt.

Diese hier bloß angedeuteten Bestimmungen sollen im folgenden Kapitel anhand der realhistorischen Entwicklung verdeutlicht werden.

Kapitel 2

Historische Bewegungen im Modernisierungsprozeß

In Anknüpfung an die oben vorgestellte entwicklungslogische Skizze (vgl. 1.1.4) wird im folgenden die Rolle historischer Bewegungen im Modernisierungsprozeß zu plausibilisieren versucht. Ein derart breit angelegter *tour d'horizon* verlangt Distanz gegenüber der Differenziertheit des historischen Materials. Es kann nur um grobe Linien gehen, wenngleich nationale Besonderheiten nicht völlig ausgeblendet werden.

Verschiedene Sozialhistoriker haben in dieser Hinsicht Schneisen geschlagen und eine Art Strukturgeschichte sozialer Bewegungen und sozialen Protests vorangetrieben.¹ Nicht immer standen hierbei Bewegungen im Mittelpunkt. So findet sich auch eine Konzentration auf Bedingungen und Formen kollektiver Gewaltanwendung bzw. weiter definierter Phänomene sozialen Protests, auf religiöse Gruppen und Sekten sowie den Alltag marginalisierter und pauperisierter Gruppen, Schichten und Klassen. Kennzeichnend bleibt jedoch insgesamt der Versuch, sowohl über eine auf konkrete "Ereignisse" als auch auf anonyme "Strukturen" fixierte Geschichtswissenschaft hinauszukommen und kollektive Interessen bzw. Konflikte in den Mittelpunkt zu rücken. Ebenso sind diese Autoren frei von der abwertenden Haltung gegenüber sozialen Protesten, wie sie etwa in der Rede von "Pöbelexzessen", "vandalischer Menge" oder "blinder, fieberhafter Exaltation der Massen" zum Ausdruck kommt.² Schließlich erscheinen Bewegungen nicht mehr als bloß irrationale Eruptionen, die wie "Naturereignisse"³ hereinbrechen.

Folgt man der entwicklungslogischen Skizze, so richtet sich das Augenmerk auf die Zäsuren zwischen den wichtigsten Phasen des Modernisierungsprozesses. In diesen Zäsuren, die gemäß den theoretischen Annahmen

¹ Hervorzuheben sind insbesondere die Arbeiten ausländischer Autoren wie Eric Hobsbawm, Edward Thompson, George Rudé, Charles Tilly und Barrington Moore, aber auch einiger deutscher Sozialhistoriker wie Ulrich Wehler, Jürgen Kocka, Heinrich A. Winkler und Heinrich Volkman.

² Zu diesem Sprachgebrauch vgl. Gailus (1984: 1) und König (1992: 108).

³ Leopold von Ranke sprach vom Bauernkrieg als dem "größten Naturereignis des deutschen Staates" (zit. nach Schulze 1982: 11).

durch ungelöste Probleme bzw. Krisen der System- und/oder Sozialintegration charakterisiert sind, entscheidet sich das Ob und Wie institutioneller Neuerungen. Es sind die Phasen, in denen die alten, auf den Status quo eingeschworenen und von ihm profitierenden Kräfte herausgefordert werden durch neue Kräfte, denen es um mehr als einen bloßen Machtwechsel geht. Es sind die Phasen, in denen eine neue zentrale Konfliktachse Gestalt annimmt, die durch gegensätzliche Ordnungsvorstellungen und diese legitimierende kulturelle Werte geprägt wird.⁴ Die typische, wenngleich nicht einzig denkbare äußere Konstellation dieser Umbruchsphasen ist die Konfrontation von alten Herrschaftseliten und neu aufkommenden sozialen Bewegungen. Ich habe bereits betont, daß damit keine Vorannahmen über Größe oder gar Wirkmächtigkeit sozialer Bewegungen verbunden sind. Ebenso wenig kann in diesen wie in späteren Phasen von der Singularität eines Konflikts ausgegangen werden. Empirisch gesehen überlagern sich vielmehr alte und neue Konfliktachsen. Auch werden alte und neue Zentralkonflikte vielerlei Ansatzpunkte für nachgeordnete, eher auf einzelne gesellschaftliche Dimensionen ausgerichtete oder an Einzelfragen anknüpfende soziale und politische Kämpfe bieten. Raschke (1985: 82) hat diesem Gesichtspunkt durch die Unterscheidung zwischen Gesamt- und Teilbewegungen Rechnung getragen. Davon analytisch zu trennen ist die Frage, welche der koexistierenden Bewegungen eine bestimmte Phase tatsächlich prägt bzw. die entscheidende Herausforderung für die gesellschaftliche Ordnung darstellt. Raschke (ebd., S. 444) spricht in diesem Zusammenhang von einer dominanten Bewegung, Turner (1969: 392f.) von einer Primärbewegung.

2.1 Ende des Feudalsystems und Beginn der Moderne

Die relativ statische, auf einer Trias der Ordnungen von Rittern, Geistlichen und gemeinen Bauern begründete Feudalgesellschaft (Duby 1981) war

⁴ "...die Entstehung der modernen Welt (war) daher offensichtlich notwendigerweise auch begleitet von gewaltsamen, revolutionären Schüben, die alte Strukturen zerschlugen, um neuen Platz zu machen. Angesichts dieses Sachverhaltes sind zur Erfassung jenes langfristigen Entwicklungsprozesses die evolutionistischen Teile der Modernisierungstheorie zu ergänzen durch revolutionstheoretische Ansätze, die es ermöglichen, Funktion und Bedeutung jener gewaltsamen Brüche mit dem Überkommenen zu bestimmen." (Schilling 1982: 517)

zu keinem Zeitpunkt frei von sozialen Spannungen und Kämpfen. Allerdings gab es für alle Stände ein verbindliches Weltbild, das ihrer Interessenverfolgung Schranken auferlegte. Nicht zuletzt war ökonomisches und politisches Handeln an eine religiöse Moral und an die *mutua obligato*, ein System wechselseitiger Pflichten, gebunden. Deren Fixpunkt bildete das Wohl des gesamten sozialen Organismus. Ab dem 14. Jahrhundert begann diese Ordnung mit zunehmender Beschleunigung aus den Fugen zu geraten.⁵

Bezogen auf drei räumlich und funktional abgrenzbare gesellschaftliche Bereiche, nämlich (1) das Nahrung produzierende Land, (2) die Handel und Gewerbe treibende Stadt und (3) den territoriale Einheit und Gewaltmonopol verkörpernden Staat, lassen sich zentrale Modernisierungsschritte benennen, die den Angelpunkt sozialer Konflikte bilden. Das soll kurz erläutert werden.

1. Modernisierung auf dem *Land* bedeutete abstrakt gesehen die Umstellung von personengebundenen und - häufig - erbgebundenen Besitz- und Abhängigkeitsverhältnissen auf zunehmend marktvermittelte Positionen. Mit der Auflösung feudaler Bindungen, die dem Grundherrn immerhin Schranken und Fürsorgepflichten gegenüber seinen Untergebenen auferlegten, häuften sich die seigneurialen Rechtsübergriffe (in England vor allem in Form der Einfriedungen von Grund und Boden) und direkten ökonomischen Pressionen. Bildete zuvor, zumal in den Jahrzehnten und Jahrhunderten schrumpfender Bevölkerung, die unmittelbare Verfügungsgewalt über eine Zahl von abhängigen Personen den entscheidenden Indikator politisch-ökonomischer Macht, so wurde nun dieses Kriterium von Faktoren überlagert, die sich mehr oder weniger direkt als Verfügung über Geldkapital niederschlugen: etwa Größe, Nutzungsform und Rendite des Grundbesitzes, steuerliche Zugriffsmöglichkeiten und Privilegien, kostenloser oder billiger Einsatz von Dienstleistungen, Kontrolle regionaler Agrarmärkte usw. Dies verstärkte die soziale Differenzierung in den Dörfern, ohne daß die dabei entstehenden Unterschiede schon notwendig zu manifesten oder gar gewaltvollen Konflikten führen mußten (Schulze 1982: 40). Wann sich adelige Grundherren, ökonomisch aufstrebende Freibauern, verarmte Kleinbauern und schließlich völlig landlose Agrarplebejer und Tagelöhner direkte Auseinandersetzungen lieferten, hing von einer Vielzahl vermittelnder Faktoren ab (Moore 1974: 532).

⁵ Zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus vgl. Baechler (1971), Anderson (1974), Holton (1985) und die auch andere Kulturen einbeziehende Studie von Goldstone (1991).

Auch die massiven, über lokale Streitigkeiten hinausgehenden Revolten und sozialen Kämpfe scheinen sich einfachen und eindeutigen Erklärungen zu entziehen. Deutlich ist allerdings, daß größere Aufstände und Bauernkriege nur mit Blick auf überregionale Entwicklungstendenzen, insbesondere auf die Auswirkungen der Reformation (Cameron 1991) und die noch unabgeschlossene Etablierung einer absolutistischen Zentralgewalt, verstanden werden können (Tilly 1975). Sie gingen keineswegs notwendig mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage der Bauernschaft einher (Moore 1974: 543). Die großen Bauernrevolten in Frankreich, die sich auf den Zeitraum zwischen 1548 und 1675 konzentrierten, hatten eine antifiskalische Stoßrichtung. Erst im späten 17. Jahrhundert stand das Machtmopol der französischen Zentralgewalt nicht mehr grundsätzlich in Frage.

Für England können drei zeitlich gestaffelte Wellen von Bauernerhebungen unterschieden werden (Schulze 1982: 27): "antifiskalische Revolten (charakteristisch für das frühe 16. Jahrhundert), antireformatorische Revolten (parallel zur Durchsetzung der Reformation und zur Auflösung der Klöster bis um die Jahrhundertmitte herum) und antiseigneurale Revolten bzw. 'food riots', wie sie 1549, 1568, 1596, 1597 und 1626-32 auftraten. Diese Revolten sind auf die drei grundlegenden Modernisierungsprozesse der Steuerpolitik, der Reformation und der 'agrarischen Revolution', d.h. der Kommerzialisierung der agrarischen Produktion...", zurückzuführen.

In Deutschland dominierte lange die Vorstellung einer weitgehenden Resignation und Apathie der Bauernschaft in Reaktion auf die Niederschlagung des Großen Bauernkrieges von 1524-26. Inzwischen wird allerdings ein differenziertes Bild von sich über Jahrhunderte hinziehenden, freilich regional und zeitlich verdichteten Revolten gezeichnet (Sievers 1980). Dabei wurde von Schulze (1982: 32) "die These von der Revoltenanfälligkeit der Kleinterritorien" vertreten und damit begründet, daß gerade in diesem Fall die Doppelrolle von Landesfürst und größtem Grundbesitzer eine direkte, nicht durch adelige Landstände vermittelte Konfliktkonstellation bedeutete, daß der Entwicklungsschritt zum modernen Militär-, Wirtschafts- und Verwaltungsstaat noch nicht oder nur unvollkommen vollzogen war, und daß schließlich die fragmentierte, auf einer Vielzahl von Konkurrenten basierende Herrschaftsstruktur des Alten Reiches immerhin begrenzte Koalitionen (insbesondere Bündnisse mit externen Mächten) ermöglichte. Obgleich noch umfassende vergleichende Forschungen ausstehen, scheinen in Deutschland und Österreich die nach dem Bauernkrieg zunehmend ausgebauten institutionellen Beschwerde- und Klagemöglichkeiten eine bedeutsame Rolle gespielt zu haben (Troßbach 1987: Kap. 4). Sie legitimierten zumindest teilweise bäuerliche Ansprüche, Forderungen und Widerstands-

aktionen und zogen damit obrigkeitlicher Kompetenzüberschreitung (*sacvitia domorum*) gewisse Grenzen.

Die Bauernbewegungen ab der frühen Neuzeit können verallgemeinernd als antimodernistisch eingestuft werden, insofern sie sich in aller Regel auf angestammte Rechte beriefen (Schulze 1981: 193)⁶ und in einem zähen, wenngleich vergeblichen Ringen den Übergang von der Fronarbeit zur Lohnarbeit verzögerten. Dennoch ist diese allgemeine Aussage zu differenzieren. Teilweise trieben reichere Freibauern die ökonomische Modernisierung der Agrarproduktion voran (Moore 1974: 28ff.; Schilling 1982: 498); in der Auseinandersetzung mit dem landständischen Adel paktierten Bauernbewegungen nicht selten mit Vertretern der Zentralgewalt und trugen damit zu deren Konsolidierung bei; schließlich erzwangen bäuerliche Klagen den Ausbau staatlicher Schlichtungsprozeduren und Reformmaßnahmen im Statusrecht der Bauern und in der ländlichen Eigentumsverfassung (Schulze 1982: 38f.).

2. In den *Städten* ergab sich die Dynamik der Modernisierungsprozesse insbesondere aus dem Fernhandel, der die ökonomisch führende Schicht des großen Handelskapitals und *eine* - aber nicht die einzige - organisierte Weltwirtschaft hervorbrachte (Braudel 1986: 85). Vor allem dadurch wurde das ursprünglich relativ homogene Bürgertum einem enormen Stratifizierungsprozeß unterworfen. Hierbei schälte sich neben zweitrangigen Konkurrenzen eine zentrale interne Konfliktlinie heraus: einerseits das mächtige Handels- und Geldkapital und der stadtänsässige Adel, andererseits die Masse kleiner, am lokalen Markt orientierter Händler, Handwerksmeister und Kleinproduzenten bis hin zur "Stadtarmut", d.h. den plebejisierten Gessellen und Lohnarbeitern.

Auch nach außen waren die aufstrebenden Städte in ein Konfliktmuster eingebunden. Zumindest in ihrer Frühzeit "halb Diener und halb Parasiten am Körper der Feudalwirtschaft" (Dobb 1970: 82), hatten sie meist ambivalente Außenbeziehungen. Zum einen standen sie zu anderen Städten in einem ökonomischen Konkurrenzverhältnis, zum anderen teilten sie partiell eine gemeinsame Interessenlage mit der absolutistischen Zentralgewalt und den Landständen. Daraus ergab sich ein breites Spektrum von verbindlichen Formen der Bündnispolitik (z.B. die Hanse) über den wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb (z.B. zwischen Amsterdam und London) bis

⁶ Vgl. auch Meusel (1925: 26), der mit Blick auf die Bauernkriege feststellt: "Die Bauern wollen nichts Neues schaffen; sie planen eine re-actio, die Wiederherbeiführung eines Zustands, der einmal da war, der den Erfordernissen der Heiligen Schrift entsprach - und sie sahen das Elend ihrer Zeit und die Quelle ihrer eigenen Not darin, daß dieser Zustand verschüttet worden ist."

hin zu kriegerischen Konflikten (z.B. in Oberitalien). Gegenüber den Dörfern setzte sich ein "städtischer Kolonialismus" durch, der nicht selten die Agrarproduzenten zu exklusiven Handelsbeziehungen mit der jeweiligen Stadt und zu sonstigen Auflagen zwang (Dobb 1970: 104f.) Vor allem in ihrer Aufstiegsphase hatten sich die Städte in ihrem Bestreben um wirtschaftliche und rechtliche Unabhängigkeit gegenüber den Territorialherren bis hin zum König zu behaupten.

Weder die internen ökonomischen Interessengegensätze noch die spannungsreichen Außenbeziehungen der Städte manifestierten sich allerdings in größeren Bewegungen. Städtische Bewegungen entstanden am ehesten im Rahmen konkreter politischer und religiöser Auseinandersetzungen (die freilich selten frei von wirtschaftlichen Interessen waren). So finden sich anhaltende Kämpfe um Fragen der politischen Verfassung von Städten und um eine einheitliche Konfession bzw. die Tolerierung religiöser Minderheiten. Eine besondere Rolle spielten hierbei die hinsichtlich des soziokulturellen Modernisierungsprozesses eigentümlich ambivalenten frühbürgerlichen Wiedertäuferbewegungen (Rammstedt 1966; Goertz 1988; 1993).⁷

Es fällt somit schwer, den Status der Städte und der städtischen Bewegungen innerhalb des Modernisierungsprozesses allgemein zu bestimmen. Im Ganzen ist jedoch festzuhalten, daß sich die Städte und mit ihnen die Figur des Händlers als ein Fremdkörper innerhalb des Feudalsystems etabliert und entscheidend zu dessen Untergang beigetragen haben (Baechler 1971; Braudel 1986: 22). Als sozialer Ort der Renaissance und des Humanismus schufen die Städte die geistig-kulturelle Grundlage der Moderne, indem sie das Denken und Wissen von scholastischer Bevormundung befreiten.⁸ Und es waren die Städte, die mit Fernhandel, großen Warenmärkten, fortgeschrittener Handwerkstechnik und nicht zuletzt mit der enormen Anhäufung von Handels- und Geldkapital wichtige materielle Grundlagen für

⁷ Ohne einen wirklich explizierten Begriff sozialer Bewegungen zu verwenden, meint Goertz (1993: 4): "Im Mittelalter, in dem die Einheit von Religiösem, Politischem und Sozialem sonst besonders intensiv zum Ausdruck gebracht wurde, konnten sich die nonkonformistischen Bewegungen zumeist nur als religiös akzentuierte Bewegungen, oft in der extremen Form der Häresie, behaupten; in einer Zeit hingegen, in der sich die religiösen und politisch-sozialen Bereiche zu trennen begannen, versuchten sich die religiösen Bewegungen wirksam zu entfalten, indem sie paradoxerweise die Gestalt sozialer Bewegungen annahmen. Die religiösen Bewegungen der Frühen Neuzeit waren soziale Bewegungen."

⁸ Nelson (1977: IV), der Reformation und Renaissance im Begriff der "wissenschaftlichen Revolution" einschließt, stellt fest: "Beide Bewegungen,..., implizierten fundamentale Kritik an der autoritären mittelalterlichen Integration von 'Gewissen, Kausistik und Seelsorge', die im *Gerichtshof des Gewissens* verkörpert waren."

den späteren Industriekapitalismus bereitstellten. Steht also insgesamt die promoderne Funktion der Städte außer Zweifel, so bleibt doch der Befund, daß die Stellung einzelner städtischer Schichten und Sozialbewegungen zum Modernisierungsprozeß sehr differenziert beurteilt werden muß.

3. Die Formierung der neuzeitlichen *Territorial- bzw. Nationalstaaten* mit einer politischen, rechtlichen und militärischen Zentralgewalt wird vielfach als die entscheidende Triebfeder des Modernisierungsprozesses angesehen (Tilly 1975). Damit wurden lokale und regionale Partikularismen eingeschränkt oder aufgehoben; es entstanden einheitliche Wirtschafts- und Verwaltungsräume auf identischer Rechtsgrundlage; die Fürstenhöfe entwickelten sich zu politischen, geistigen und kulturellen Zentren mit großer Ausstrahlungskraft und relativ hoher Innovationsbereitschaft.

Die Etablierung von Zentralgewalten, die im absolutistischen Königtum ihre reinste Ausprägung fand, wurde in einem zähen Ringen vor allem gegen die Interessen des landständischen Adels, kirchliche Machtansprüche und schließlich militärisch und ökonomisch konkurrierende Fürsten- und Königtümer durchgesetzt. Die Staatenbildung war begleitet von inneren und äußeren Konflikten (Strayer 1970; Eisenstadt/Rokkan 1973; Tilly 1975a). Die jeweiligen Frontlinien und Koalitionen waren sehr variabel; sie richteten sich nach den konkreten Konflikthalten, strategischen Kalkülen und situativen Interessenlagen. Hierbei konnte die Zentralgewalt sowohl die Rolle einer überparteilichen Schlichtungsinstanz in (land-) ständischen Auseinandersetzungen als auch die eines Verbündeten der bäuerlichen, bürgerlichen oder adeligen Interessen einnehmen. Bis zur definitiven Durchsetzung der absolutistischen Staatsform blieb allerdings der Gegensatz zwischen Landesfürsten bzw. König und den auf ihre politische und wirtschaftliche Autonomie bedachten lokalen und regionalen Eliten bestimmend. Diese Eliten wurden je nach Lage der Dinge physisch unterworfen (so z.B. die Fronde unter Führung des Prinzen Conde in Frankreich, 1648-53), ökonomisch beschnitten, durch die Zuteilung von Privilegien und lokalen Ämtern zufriedengestellt oder in den zentralen Hofstaat integriert.

Die Zentralgewalt reagierte auf Revolten und Sozialbewegungen, soweit diese gegen feudale Formen der Ausbeutung und Repression gerichtet waren, eher abwartend, teilweise sogar mit tatkräftiger Unterstützung.⁹ Sobald jedoch die Dynamik von Unruhen und Aufständen die Obrigkeit schlechthin in Frage stellte und sobald soziale Gruppen - beispielsweise im Rahmen millenarischer Bewegungen und dem "linken Flügel der Reformation" (Bainton 1941) - kommunitäre und egalitäre Sozialformen anstrebten, pak-

⁹ So fanden die Kämpfe von Bauern gegen Einfriedungen den Rückhalt des englischen Königs (Moore 1974: 32 und 38).

tierten Zentralgewalt und regionale Eliten, um dem "Spuk" ein blutiges Ende zu bereiten.¹⁰

4. *Zusammenfassend* ist festzuhalten, daß die Beseitigung des Feudalsystems nicht durch eine große, kohärente Bewegung eingeleitet wurde. Auch kann von einer festen Allianz promoderner Kräfte keine Rede sein. Es waren vielmehr durch höchst unterschiedliche Interessen bestimmte Konflikte, in denen feudale Institutionen Zug um Zug geschwächt wurden. Einen Schlüsselprozeß bildete dabei die Erosion der religiösen Vormachtstellung. Sie wurde eingeleitet durch die Rivalität zwischen Papsttum und Krone und setzte sich in der Konkurrenz zwischen den christlichen Religionen fort. Die Reformation, zugleich religiöse Erneuerungsbewegung und antifeudale Befreiungsbewegung (van Dülmen 1987), bedeutete den vielleicht markantesten Schritt in Richtung der neuen Ordnung (Lüthy 1973). In der Folge entstand Raum für ein säkularisiertes Weltbild, das jedoch erst in Verbindung mit konkreten Interessen geschichtsmächtig wurde. Daß die sozialen Kämpfe am Beginn der modernen Gesellschaft so stark zersplittert waren, ist kein Zufall. Sie entziehen sich weitgehend einer Kategorisierung von Pro- oder Antimoderne. Es gab noch keinen, durch ein homogenes Interesse vertretenen und kulturell prägnanten Gegenentwurf zur Feudalordnung; diese konnte demzufolge auch in ihrer Gesamtheit nicht als bedroht erlebt werden. Nur im Rückblick läßt sich sagen, die mittelalterliche Welt endete "in einer allgemeinen Krise" (Anderson 1978: 238). Die Antwort darauf war der absolutistische Staat.

2.2 Der Übergang zum liberalen Kapitalismus

1. Mit der Ablösung der religiös-kulturell integrierten Gesellschaft war zugleich eine neue Ordnung entstanden. Nach den Etappen der Eingliederung der kirchlichen in die staatliche Macht, der Kontrolle des landständischen Adels und der Beendigung interner Glaubenskriege ging der gesell-

¹⁰ Moore zufolge werden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten mehr oder weniger akzeptiert, sofern eine reziproke Beziehung zwischen Untertanen und Herrschenden besteht, die auch letzteren gewisse Verpflichtungen auferlegt. "Die wirklich umstürzlerische Form der Kritik beginnt, sobald das Volk fragt, ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könnte (Moore 1982: 671).

schaftliche Primat von der Religion auf den Staat über. Die soziale Integration erfolgte über die Allokation der Herrschaftsgewalt in absolutistischer Hand: *L'état, c'est moi*. Die neue Ordnung setzte sich ungleichzeitig und räumlich gesehen mit unterschiedlichem Nachdruck durch. Ihre reinste Form erlangte sie ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Frankreich. Der absolutistische Staat, im wesentlichen gestützt auf ein großes, stehendes Heer und ein durchorganisiertes Verwaltungs- und Steuersystem, etablierte sich nach dem französischen Vorbild in weiten Teilen Europas.

Lediglich in *England*, wo sich bereits im 13. Jahrhundert der Adel gegen König Eduard I. erhoben hatte, bildete das Parlament ein dauerhaftes und zunehmend machtvoller werdendes Gegengewicht, das durch das absolutistische Zwischenspiel der Stuarts nur kurzzeitig außer Kraft gesetzt wurde. Zusammen mit den ökonomisch direkt betroffenen Bauern hatte sich das englische Königtum tendenziell gegen agrarische Modernisierungsprozesse gestellt. Der bäuerliche Widerstand entzündete sich insbesondere an den Einfriedungen von vormals gemeinschaftlich genutzten Flächen - ein massiver Eingriff in traditionelle Rechte, der von Teilen der Gentry und den Freibauern (Yeomen) betrieben wurde. Bereits vor Ausbruch des Bürgerkriegs zeichnete sich jedoch mit der Beschneidung königlicher Vollmachten der Sieg der ökonomisch promodernen Grundherren ab. Im Gefolge der Revolution wurden die königlichen Kompetenzen weiter eingeschränkt. Dies geschah zugunsten der "Herrschaft eines 'Komitees von Gutsbesitzern' - eine nicht eben schmeichelhafte, aber ziemlich zutreffende Bezeichnung für das Parlament im achtzehnten Jahrhundert" (Moore 1974: 38). Die aristokratische Ordnung, allerdings zunehmend bürgerlich durchsetzt, blieb als äußere Hülle bestehen, während sich zugleich die materielle Ordnung der Gesellschaft grundlegend wandelte: "Sowohl das kapitalistische Prinzip wie das Prinzip der parlamentarischen Demokratie sind direkte Antithesen zu den Prinzipien, die sie ersetzt und im Bürgerkrieg weitgehend überwältigt haben: in der Politik die von Gott abgeleitete Autorität und in der Wirtschaft die dem Verbrauch, nicht dem Gewinn des Einzelnen dienende Produktion." (Moore 1974: 40) Doch auch nach dem Bürgerkrieg und der *Glorious Revolution* von 1688 blieb die kapitalistische Expansion beschränkt. Eine im Vergleich zum Kontinent schwächere, aus Verhandlungen und Kompromissen hervorgegangene merkantile Ordnung bremste die durchgreifende Kapitalisierung und vor allem die Kommodifizierung der Arbeit.

Im Unterschied zu England standen auf dem Kontinent und speziell in *Frankreich* praktisch alle ökonomischen Akte unter dem Zugriff der immer machtvolleren Zentralgewalt. Allerdings blieb auch hier der Vorrang des Grundbesitzes als Quelle gesellschaftlicher Privilegien lange unangetastet

(Polanyi 1978: 104). Zwar vereinheitlichte die strenge merkantile Ordnung die ökonomischen Bedingungen innerhalb eines Landes und begünstigte damit die Ausdehnung von Warenmärkten. Doch andererseits stand die absolutistische Logik und Machtfülle dem Expansionsdrang der ökonomisch offensiven, prokapitalistischen Gruppen entgegen. Machtanspruch, unternehmerisches Eigeninteresse (z.B. in Form königlicher Manufakturen), verschwenderische Hofhaltung, willkürlich festgesetzte Zölle und Monopolrechte, schließlich die hohe Verschuldung vor allem aufgrund der Kriegslasten legten der kapitalistischen Expansion in Frankreich enge Zügel an. Damit standen nicht nur die unter immer drückenderen Steuern und Abgaben leidenden Bauern, die Handwerker sowie städtische Plebejer, sondern auch das aufsteigende, finanzkräftige Bürgertum sowie die niedergehenden Teile des Landadels - wenngleich aus ganz verschiedenen Gründen - im Interessengegensatz zur Zentralmacht. Erst ihre mehr oder weniger gewaltsame, über lange Zeit erfolgreiche Kontrolle verband diese Gruppen schließlich zu einer in sich heterogenen, aber doch in ihrer Stoßrichtung vereinten revolutionären Kraft. Mit der Enthauptung des französischen Königs fielen - ganz im Unterschied zur Hinrichtung von Karl I. in England - das Königtum und mit ihm alle feudalen Privilegien. Rein äußerlich war damit der Weg frei für den liberalen Kapitalismus.

2. Obgleich die englische wie die französische Revolution gewöhnlich als "bürgerliche" apostrophiert wird¹¹, stand das Bürgertum lediglich als dynamischste Kraft und wichtigster Nutznießer im Kampf gegen den König. Hier wie dort wirkten jedoch unterschiedlichste Gruppen im Kampf gegen den Absolutismus zusammen, wobei zumeist die Rolle der Bauern und des niederen Adels unterschätzt wird. Um das Privateigentum von seinen überkommenen Schranken freizusetzen, "bedurften die Kapitalisten jedoch häufig der Hilfe ihrer erbittertsten Feinde" (Moore 1974: 95). Rein ökonomische Erklärungen in Verbindung mit einem simplen Klassenkampf-Konzept greifen hier zu kurz. Ebenso fragwürdig ist die pauschale Zuordnung bestimmter sozialer Schichten zum Modernisierungsprozeß. So vollzog sich nach dem Urteil von Moore (1974: 139) die Modernisierung der französischen Gesellschaft bis zum 18. Jahrhundert im wesentlichen durch die Krone. Andererseits waren es wiederum die Bauern der Vendée, die eine antikapitalistische Gegenrevolution initiierten, welche blutig niedergeschlagen wurde (Tilly 1964). Schließlich kompliziert sich das Bild auch dadurch, daß Teile des Bürgertums die Gegenrevolution (Tilly 1989) unterstützten und später eine neue, wenngleich "gemäßigte" Monarchie begrüßten.

¹¹ Marx faßt beide Revolutionen im Singular der Bürgerlichen Revolution zusammen.

Beim Sturz der absolutistischen Ordnung kam dem Bürgertum sicherlich eine Leitfunktion zu. Der historische Prototyp für diesen Vorgang ist die Französische Revolution. Hier vollzog sich in enormer zeitlicher Verdichtung, was in manchen anderen Ländern hundert Jahre und länger währen konnte (umfassend dazu Bendix 1980). Das institutionelle Ergebnis dieses Vorgangs ist die liberale Demokratie. Freilich war das liberale Bürgertum mehr als nur Träger einer *politischen* Revolution. Es begründete in umfassendem Sinn eine neue Gesellschaft, weil es auch in der kulturellen und ökonomischen Sphäre einen Wandel herbeiführte, den wir als Aufklärung und als Industrielle Revolution zu bezeichnen gewohnt sind. Rückblickend gesehen handelt es sich um "historische Revolutionen", die in ihrer Geschwindigkeit nicht überschätzt werden sollten.¹²

Während die Aufklärung vor allem eine geistig-kulturelle Strömung (Kondylis 1981), nicht jedoch eine soziale Bewegung als Produzent kollektiver Protestaktionen darstellt und deshalb hier ausgeklammert bleibt, ist auf die Konflikte, die mit der Durchsetzung des Industriekapitalismus verbunden waren, kurz einzugehen. Das Muster hierfür bildet England.

3. Im *England* der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fielen mehrere Entwicklungen zusammen, die in ihrer Wechsel- und Summenwirkung eine Umwälzung der gesamten ökonomischen und sozialen Verhältnisse bedeuteten. Dieser Vorgang wird durch den Begriff der Industriellen Revolution nur unzureichend erfaßt.

Auf dem Lande wurde eine neue Welle von Bodenenteignungen vollzogen. Teils geschah dies in direkter Form durch Einhegungen, teils mittelbar durch den finanziellen Ruin von Kleinbauern. Damit - und verstärkt durch rasch ansteigende Geburtenziffern (Dobb 1970: 257) - vergrößerte sich das Angebot an Arbeitskräften, was wiederum ein Absinken der Reallöhne, eine Verschärfung des Elends der Unterschichten und eine Verbreiterung des Proletariats zur Folge hatte, welches noch im 16. und 17. Jahrhundert nur einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellte (ebd., S. 232; Tilly 1993: 56).

¹² Was schon die Formulierung "Zeitalter der Aufklärung" nahelegt, gilt auch für die Industrielle Revolution Englands: "Zunächst ist zu betonen, daß das Wort *Revolution* hier - wie auch sonst häufig - unzutreffend ist. Der Etymologie zufolge ist Revolution die Rotationsbewegung eines Rades oder eines Planeten; es ist eine *schnelle* Bewegung, von der man weiß, daß sie ziemlich schnell wieder aufhört. Die Industrielle Revolution ist dagegen das Beispiel einer *langsamen* Bewegung par excellence, die am Anfang kaum zu spüren war." (Braudel 1986: 92f.; ähnlich Kocka 1983: 22). Für Deutschland hat insbesondere Kaelble (1983) die These einer rapiden Industrialisierung zurückgewiesen, allerdings die relative Geschwindigkeit dieses Prozesses im Verhältnis beispielsweise zur englischen, belgischen und französischen Entwicklung zu wenig beachtet.

Gleichzeitig setzte dank neuartiger technischer Erfindungen und Entwicklungen die industrielle Expansion in großem Maßstab ein, überflügelte bzw. verdrängte das protoindustrielle Heimgewerbe, das handwerkliche Verlagswesen und manufaktuelle Formen der Produktion. Mit der Konzentration von relativ aufwendigen technischen Produktionsmittel in den Händen weniger entwickelte sich die Lohnarbeit zur zentralen Erwerbsform. Damit einher ging nicht nur ein struktureller, sondern auch ein kultureller Wandel, den Thompson (1971) als Zerstörung der "moralischen Ökonomie" beschrieben hat.

Mit der Zunahme von Zahl und Größe der Fabriken erweiterte sich das Heer der besitzlosen Massen in den rasch anschwellenden Städten. Doch blieben Hausindustrie und Manufakturbetriebe bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts von praktischer Bedeutung. Erst im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts begann die Arbeiterklasse den homogenen Charakter des Fabrikproletariats anzunehmen.

"Zuvor waren die meisten Arbeiter in ihren Gewohnheiten und Interessen sowie in der Art ihres Arbeitsverhältnisses und ihrer Ausbeutung noch von der vorausgegangenen Periode des Kapitalismus geprägt. Sie hatten ihre Fähigkeit, sich zu dauerhaften Organisationen zusammenzuschließen oder eine Politik auf lange Sicht zu betreiben, noch wenig entwickelt; ...von einem Klassenbewußtsein konnte überhaupt keine Rede sein." (Dobb 1970: 266)

Der Formierungsprozeß der Arbeiterbewegung erstreckte sich über viele Jahrzehnte (Geary 1983; Katznelson/Zolberg 1986) und läßt rückblickend die Rede von *der* Arbeiterbewegung als einer einheitlichen Kraft als bloßen Mythos erscheinen. "So sahen es die von ihr erschreckten Bürger, die ihre Phantasien über Güter- und Weibergemeinschaft, Aufruhr und Brandschatzung auf die neuen sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts projizierten." (Vester 1983: 1)

Die Arbeiterbewegung war genau besehen ein Konglomerat von Lumpenproletariern, Landarbeitern, Handwerksgelesen, Heimarbeitern, ungelerten und gelernten Fabrikarbeitern sowie abgestiegenen Kleinbürgern in einer je spezifischen Lage. Sie war ebenso ein Konglomerat von einzelnen Kampagnen, Erhebungen, Revolten und systematischeren Organisationsversuchen, die sich vor allem im Armutsbereich kaum zu einer einzigen und gerichteten Kraft bündelten¹³ und erst allmählich eine antikapitalistische Theorie und Praxis hervorbrachten (Vester 1970). So wenig diese vielfälti-

¹³ Für England vgl. Vester (1970) und Stevenson (1979), für Deutschland Na'aman (1978) und Herzig (1988), für Frankreich Moss (1976) und Procacci (1993).

gen Erscheinungsformen auf einen begrifflichen Nenner zu bringen sind, so wenig sind sie als bloßes Produkt der "großen Industrie" zu verstehen.

Entsprechend vielgestaltig und verzweigt waren auch die soziokulturellen und politischen Stränge, die schließlich zum Stamm der Arbeiterbewegung zusammenwuchsen: aktivistische, dörfliche Solidar- und Schicksalsgemeinschaften, jakobinische Erben mit ihren radikalen Freiheits- und Gleichheitsforderungen, aus existenzieller Bedrohung resultierende und keineswegs blindwütige Maschinenstürmerei (Thomis 1970), Formen der Arbeitsverweigerung (Randall 1991), frühsozialistische Experimente genossenschaftlicher Selbsthilfe und gewerkschaftlicher Interessenvertretung, Segmente einer eigenständigen Arbeiterkultur in Form von Bildungsvereinen, Nachbarschaften usw.

Derart heterogene und inmitten eines Gärungsprozesses befindliche Strömungen der Arbeiter konnten weder zu einer einheitlichen Organisation noch zu einer gemeinsamen politischen Strategie zusammenfinden. Deutlich ist allerdings der Wandel der Protestformen im Verlauf des 19. Jahrhunderts, wobei sich Streiks (Lison 1984; Engelhardt 1984) sowie öffentliche Massenversammlungen und Protestmärsche (Warneken 1991) in den Vordergrund schoben. Tilly (1983; 1986) spricht von einer Ablösung der von ihm als lokal und "patronized" beschriebenen Aktionsformen (z.B. Festival, Katzenmusik, Getreidesturm) zugunsten solcher, die er als national und autonom charakterisiert (z.B. Streik, öffentliche Veranstaltung, Wahlkampf). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Wirsching (1990: 254) in seiner Studie zu England im frühen 19. Jahrhundert: "Handelte es sich bei den vorindustriellen Handlungsmustern in aller Regel um spontane, ritualisierte und lokal eng begrenzte Aktionen, so lagen dem modernisierten Protest Planung, Organisation und Argumentation zugrunde. Sein Horizont richtete sich dementsprechend über den lokalen und regionalen Rahmen hinaus auf die zentralen Instanzen des Staates." Allerdings war das Aufkommen großer nationaler und internationaler Organisationen der Arbeiterschaft von Anfang an von Richtungsstreitigkeiten überschattet. Dies galt ebenso für die potentiellen Verbündeten der Arbeiterschaft. Das Bündnis mit dem fortschrittlichen Bürgertum hielt noch am ehesten in England. Dagegen blieb eine derartige Allianz in Frankreich und Deutschland äußerst brüchig.¹⁴ Das Kleinbürgertum war ohnehin kaum für die Sache der Arbeiter zu gewinnen. Somit konnten auch die revolutionären Funken von 1830 und

¹⁴ Gailus (1990: 55ff.) faßt in einer auch quantitative Protestdaten einbeziehenden Untersuchung die komplexe Gesamtkonstellation in Deutschland um die Mitte des 19. Jahrhunderts in einem dreipoligen funktionalen Konfliktmodell. Als zentrale Akteure bestimmt er Alte Elite, Neue Elite und die Volksmassen.

1848/49 keinen Flächenbrand auslösen, sondern von der Reaktion rasch erstickt werden (Price 1975; Reinalter 1986).

4. *Zusammenfassung.* Die absolutistische Ordnung, die sich in den Kernländern der Alten Welt in höchst unterschiedlichen Graden durchgesetzt hatte, wurde an drei Fronten untergraben: (a) Die kulturelle Strömung der Aufklärung weichte ihre Legitimationsgrundlage auf, ohne schon notwendig einen scharfen Gegensatz zum Absolutismus zu bilden. (b) Die politische Bewegung des radikalliberalen Bürgertums bekämpfte den Absolutismus als Staatsform. (c) Schließlich geriet die noch teilweise von feudalen Relikten durchsetzte merkantilistische Wirtschaft durch einen machtvollen ökonomischen Liberalismus unter Druck und mußte dem expansiven Industriekapitalismus mit seiner Schlüsselfigur des "Einzelkapitalisten" Platz machen. Bei allen drei Entwicklungen bildete das liberale Bürgertum die treibende, wenngleich nicht einzige Kraft. Seine Stoßrichtung war antifeudal, antiklerikal, antimonarchisch und antimerkantilistisch. Es entwickelte von sich selbst die Vorstellung, in den Lauf der Geschichte eingreifen und eine neue soziale Ordnung im umfassenden Sinne des Wortes durchsetzen zu können. Als Bannerträger von Aufklärung, Demokratie und Kapitalismus bildete das liberale Bürgertum die erste große promoderne soziale Bewegung.¹⁵ Sie war die soziale Verkörperung der Idee des Fortschritts (Kosellek 1975: 371ff.). Vorformen der Arbeiterbewegung verbanden sich fallweise mit dem Bürgertum und verliehen damit den promodernen Kräften vor allem auf politischer Ebene mehr Durchschlagskraft. Was jedoch entwicklungslogisch als Zäsur zwischen einer alten und einer neuen gesellschaftlichen Ordnung erscheint, erweist sich im realhistorischen Prozeß als ein langes und zähes Ringen. Selbst in manchen Ländern Westeuropas fielen einige ökonomische Relikte der alten Ordnung erst im 19. Jahrhundert (etwa mit der Bauernbefreiung), einige politische Relikte (ungleiches Wahlrecht) erst in unserem Jahrhundert.

¹⁵ Diese Bewegung hat man sich jedoch nicht als geschlossenen Korpus mit relativ einheitlichen Interessen, einer umspannenden organisatorischen Infrastruktur und einer klaren Strategie vorzustellen.

2.3 Der Übergang zum organisierten Kapitalismus

Nicht bloß als ökonomische, sondern auch als gesamtgesellschaftliche Ordnung hatte sich der liberale Kapitalismus nirgends in reiner Form entfalten können. Schon deshalb muß die Vorstellung von einem scharfen Bruch zwischen liberalem und organisiertem Kapitalismus relativiert werden. Mindestens drei Faktorenbündel hatten von Anfang an die Durchsetzung des liberalen Kapitalismus eingeschränkt. Erstens waren die Interessenlagen innerhalb des Bürgertums uneinheitlich. So standen Freihandelspolitik gegen Schutzzollpolitik, großbürgerliche gegen kleinbürgerliche Interessen, radikal-demokratische gegen konservative Ordnungsvorstellungen, weltbürgerliches gegen nationalistisches Denken. Zum zweiten hatte der Adel nicht überall seine gesamten Privilegien und seine politische Vorrangstellung verloren, was sich auch in institutionellen Kompromißlösungen, etwa konstitutionellen Monarchien, ausdrückte. Das vielleicht entscheidendste Faktorenbündel bildeten jedoch die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Kräfte, die der ökonomischen, nicht jedoch der politischen Form des liberalen Kapitalismus diametral entgegenstanden. Die Organisationen der Arbeiterbewegung und der sozial engagierte Flügel des Bürgertums sorgten dafür, daß dem Kapitalismus Zügel angelegt und demokratische Grundrechte ausgeweitet wurden. In dem Maße, wie dies geschah, ging freilich auch der radikal-liberale und antikapitalistische Impetus verloren. Der Übergang zum organisierten Kapitalismus in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende fand somit unter Bedingungen statt, deren Wurzeln weit zurückreichen. Vor einem Rekurs auf diese vorangegangenen Wandlungen ist jedoch zu klären, was mit organisiertem Kapitalismus gemeint ist.

Der Begriff wurde zuerst 1915 von Rudolf Hilferding¹⁶ ("Arbeitsgemeinschaft der Klassen?") verwendet. Er ist ab den 1970er Jahren von einer Riege überwiegend westdeutscher Historiker zustimmend, vereinzelt aber auch skeptisch aufgenommen worden (für einen Überblick Winkler 1974). Im Rückblick auf diese Debatte hat Puhle (1984) noch einmal die Vor- und Nachteile dieser Kategorie abgewogen und sie als insgesamt brauchbar und fruchtbar eingestuft. Für ihn ist mit *organisiertem Kapitalismus* "ein Sy-

¹⁶ Eine prägnante Zusammenfassung der Merkmale des organisierten Kapitalismus lieferte Hilferding in einem 1927 auf dem Parteitag der SPD abgehaltenen Referat (abgedruckt in Stephan 1982: 212-237). Er nennt (a) technische Neuerungen (vor allem im Chemiebereich), (b) deren Verwertung durch das in Trusts und Kartellen organisierte Kapital, (c) die Internationalisierung der Produktion und, als gewichtigsten Faktor, (d) die Ersetzung des Konkurrenzprinzips durch das der planmäßigen Produktion.

stem wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Interaktion gemeint, das wesentlich durch die enge Verklammerung der einzelnen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie privater tertiärer Sektor) *miteinander* ebenso wie *mit* den regulierenden, verwaltenden und in verstärktem Umfang auch dienstleistenden Agenturen der Staatsmacht charakterisiert ist." (Ebd., S. 166)¹⁷ Zeitlich setzt Puhle die Übergangsperiode zum organisierten Kapitalismus in Deutschland zwischen Mitte der 1870er und Ende des Ersten Weltkriegs bzw. der Novemberrevolution an. Für die USA veranschlagt er die entsprechende Entwicklung für die Phase von der Organisation der Kriegswirtschaft bis frühestens Mitte der 1930er Jahre mit der Regelung der Arbeitsbeziehungen im *New Deal* (ebd., S. 179). In einer Auflistung phänomenologischer Merkmale dieser Phase - überproportionale Zunahme des Anteils "neuer" Industrien (Elektroindustrie, Großchemie, Motorenbau), Sozialprotektionismus, imperialistische Expansionstendenzen, Vordringen der Kapitalisierung in bisherige Privatsphären (Freizeit, Konsum, Familie) usw. - werden gewisse Überschneidungen mit dem deutlich, was als Fordismus bezeichnet wurde. Gleichwohl ist auf Differenzen zwischen beiden Konzepten zu bestehen.¹⁸

Um die Möglichkeit und das Kräftegefüge des Übergangs zum organisierten Kapitalismus zu verstehen, ist es notwendig, sich die vorausgegangenen Transformationen namentlich der Arbeiterbewegung sowie deren Stellung zum fortschrittlichen Bürgertum zu vergegenwärtigen.

1. In *England* beschleunigte sich der Industrialisierungsprozeß bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Seine sozialen Folgen riefen zunächst auch jene über die Lohnarbeiterschaft hinausreichenden Gruppen -

¹⁷ Erläuternd fügt er hinzu: "Das Prinzip der privaten Aneignung der Gewinne wird dabei grundsätzlich ebenso beibehalten wie das der privaten Investitionen und Investitionsentscheidungen; die Verflechtung von Handels-, Banken- und Industriekapital nimmt durchweg zu. Das die 'klassische' kapitalistische Wettbewerbswirtschaft bestimmende Marktprinzip wird immer mehr durch das Organisationsprinzip ersetzt und der Staat entwickelt eine unvollkommen bleibende, aber wachsende Tendenz zur Lenkung der Wirtschaft und zur Intervention in die Gesellschaft. Die vermehrte staatliche Interventionsneigung wirkt ihrerseits zurück auf die politischen Institutionen und Konsultationsmechanismen, auf die jetzt stärker bürokratisierten und verbandsmäßigen Organisationsformen privater Interessen und in den gesamten Bereich der politischen Öffentlichkeit." (Puhle 1984: 166)

¹⁸ Das Fordismus-Konzept betont stärker, wenngleich nicht ausschließlich, innerökonomische Rationalisierungsvorgänge (vor allem Taylorismus und Fließbandarbeit). Auch wird ein Vorlauf in den USA und eine nachholende Entwicklung in den westeuropäischen Kernländern angenommen, während das Konzept des organisierten Kapitalismus eine umgekehrte Reihenfolge behauptet. Zur Fordismus- und Postfordismusdebatte vgl. Kapitel 3.

Handwerksmeister, Gesellen, Geschäftsinhaber - auf den Plan, die zusammenfassend als Volksbewegungen und noch nicht als Klassenbewegung anzusprechen sind (Rudé 1977; Calhoun 1982). Sie grenzten sich allerdings ihrerseits bewußt ab von den Unterschichten der Tagelöhner, Landarbeiter und Bettler. Ihre Stoßrichtung war noch nicht antikapitalistisch. Sie bezogen sich teilweise auch auf das Ideal eines freien Bauerntums und die kleinräumige ländliche Industrie (Pollard 1983: 23). Gewerkschaftliche Organisationsversuche setzten in England früh ein und waren relativ erfolgreich. Die Entmischung der Volksbewegungen und die Anfänge der Konsolidierung einer in sich durchaus heterogen bleibenden Arbeiterklasse wird frühestens ab 1830 angesetzt. Der zunächst gemeinsam von der Arbeiterschaft und dem radikalen Bürgertum ausgeübte Druck führte in dieser Phase zu ersten Reformgesetzen, die jedoch anfangs überwiegend dem Bürgertum zugute kamen und damit die Aufspaltung zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung beschleunigten. Unter anderem in Reaktion darauf bildete sich eine starke politische Arbeiterbewegung: "Die Chartistenbewegung, eindeutig die erste politische Arbeiterbewegung Englands und somit der Welt, überrascht durch ihre politische Reife, ihre zeitweilig stürmische Durchschlagskraft und ihre Kohäsion." (Pollard 1983: 30; vgl. auch Saville 1987) Teilreformen wie beispielsweise das Armengesetz und Fabrikschutzgesetz, aber auch der wirtschaftliche Aufschwung sowie die Hürden des Mehrheitswahlrechts, nahmen jedoch der Bewegung spätestens ab der Jahrhundertmitte den Wind aus den Segeln. Zwar florierte in einer zweiten Welle die Gewerkschaftsbewegung¹⁹, doch blieb der politische Arm der Arbeiter schwach und war kaum mit den Gewerkschaften verzahnt. Die erste marxistische Partei (*Social Democratic Party*, gegr. 1861) erlangte keine große Bedeutung. Erst der *New Unionism* ab den späten 1880er Jahren brachte einen gewissen Aufschwung und führte dann zur Gründung der gemäßigten *Independent Labor Party*, die sich jedoch mit dem Kapitalismus zu arrangieren wußte. Die Entwicklung in England war somit durch einen sukzessiven, "von unten" eingeleiteten sozialen und politischen Reformprozeß²⁰ gekennzeichnet und entbehrte einer revolutionären Dramatik.

Für *Deutschland* wird die Konstitutionsphase der kapitalistischen Industrialisierung zwischen 1840 und den 1870er Jahren angesetzt. Auch hier

¹⁹ "Mitte der 70er Jahre zählte man in England 1,2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, in Deutschland weniger als 100.000, in Frankreich noch weniger." (Kocka 1983: 11)

²⁰ Zu nennen sind hier neben den Wahlrechtsreformen von 1832, 1867, 1884 und 1918 vor allem die Beschränkung der Arbeitszeit für Kinder und Jugendliche (1833) und die Einführung des Zehn-Stunden-Tages in Fabriken (1847).

gingen der Formierung von Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen (zusammenfassend Kocka 1983a) die phasenweise sehr konfliktfähigen überregionalen Bündnisse von Gesellen (Griebinger 1981) und anderen berufsständischen Gruppen voran. Anders als in England blieb die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis zur Jahrhundertwende relativ schwach (Mommssen/Husung 1984).²¹ Allerdings bildeten sich in Deutschland die stärksten politischen Organisationen der Arbeiterschaft heraus.²² Aus ihnen ging 1875 die *Sozialistische Arbeiterpartei* als direkter Vorläufer der Sozialdemokratie hervor. Ein Grund für diese Stärke war, daß - anders als in England - politische Reformen von den herrschenden Klassen lange abgewiesen worden waren und sich somit die Reformkräfte aufstauten. Ebenso brachte der Revolutionsversuch von 1848/49 keinen wirklichen Erfolg. Daß die relativ organisationsstarken politischen Arbeiterbewegungen gleichwohl nicht sehr durchsetzungskräftig waren und ihnen 1866/67 mit einer "Revolution von oben" (Breuilly 1983: 155) begegnet werden konnte, hängt wesentlich mit der bereits länger angelegten "Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie" zusammen. Diese führt Kocka (1983: 18) darauf zurück, daß "in Deutschland die drei großen Probleme jeder neuzeitlichen Modernisierung - die nationale Frage, die Verfassungsfrage und die soziale Frage (insoweit diese Industrialisierungsfolge war) - in denselben Jahrzehnten auf die Tagesordnung der Geschichte drängten." Dadurch reduzierte sich "die Integrationsneigung und Integrationsfähigkeit des deutschen Liberalismus" gegenüber den sozialistischen Kräften. Zudem schwächte die Reichsgründung von oben die ohnehin nicht sehr starken bürgerlich-demokratischen Kräfte und ließ sie als Verbündete für die erstarkende Arbeiterbewegung ausfallen (ebd.).

In *Frankreich* setzte der Industrialisierungsprozeß ebenfalls relativ spät ein und verlief ungleich langsamer als in Deutschland. Entsprechend spät, nämlich erst in den 1870er und 1880er Jahren, begann die organisatorische Konsolidierung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Vorgegangen waren allerdings Organisationsbemühungen in Form von Gesellenvereinigungen, Hilfskassen, Genossenschaften und kleinen Gewerkschaften. Diese Organisationsschwäche erlaubte gleichwohl die Aus-

²¹ Vermutlich hat Polanyi (1978: 241) vor allem das deutsche Beispiel vor Augen, wenn er feststellt: "Auf dem Kontinent wurden die Gewerkschaften von der politischen Partei der Arbeiterklasse geschaffen; in England hingegen war die politische Partei eine Schöpfung der Gewerkschaften."

²² Diese Aussage gilt relativ zu anderen Ländern. Faktisch hatten die beiden Arbeiterparteien 1874 zusammen zwischen 30.000 und 40.000 Mitglieder und erhielten bei den Reichstagswahlen dieses Jahres 350.000 Stimmen (knapp sieben Prozent) (Kocka 1983: 6).

tragung massiver, jedoch meist kurzzeitiger Auseinandersetzungen in Form von lokalen Streiks, Teuerungsaufständen und Steuerrevolten. Hierbei ragen der Aufstand von Lyon (1831), die Revolution von 1848, die Streikwelle in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre und die Pariser Kommune (1871) heraus. Träger dieser kollektiven Aktionen waren Volksbewegungen im weiten Sinne des Wortes. Dazu gehörten Gesellen in handelsabhängigen Kleinbetrieben, Heimarbeiter, formal noch selbständige Handwerksmeister, Bauern, Händler und Kleinbürger, die sich oft zu lokal sehr unterschiedlichen spontanen Allianzen zusammenfanden. Die zunächst schwachen Gewerkschaften beteiligten sich erst relativ spät an den Arbeitskämpfen. Ende der 1880er Jahre wurden in ganz Frankreich 478 Gewerkschaften mit nur 65.000 Mitgliedern gezählt (Haupt 1983: 49).

Die politische Organisation der radikalen Kräfte in Frankreich begann noch später als die gewerkschaftliche und blieb uneinheitlich. Die marxistisch orientierte Partei zerstritt sich schon bald nach ihrer Gründung (1879/80) unter anderem über die Frage eines Bündnisses mit den bürgerlichen Radikalen und blieb zunächst wahlpolitisch unbedeutend. Die sozialistische Bewegung spaltete sich in zwei und später sogar fünf Parteien auf. Dieses über zwei Jahrzehnte währende politische Debakel veranlaßte die französischen Gewerkschaften zu einer gewissen politischen Enthaltensamkeit, die auch in der Dominanz syndikalistischer Strömungen zum Ausdruck kam, welche bis heute nachwirkt. Trotz der angesprochenen Differenzen auf organisatorischer Ebene blieb jedoch für die radikalen Kräfte in Frankreich kennzeichnend, daß sie sich in konkreten Auseinandersetzungen immer wieder verbanden und der Entmischungsprozeß zwischen proletarischen und bürgerlichen Gruppen erst relativ spät einsetzte.

Der kursorische Überblick zeigt, daß die Rede von *der* Arbeiterbewegung euphemistisch ist. Es handelte sich um sehr unterschiedliche Gruppierungen, die vor allem ihre existentiellen Interessen verfolgten, fallweise Bündnisse eingingen und nur zu Teilen eine offene Kampfansage an den liberalen Kapitalismus formulierten. Die Stilisierung als bipolare Klassengesellschaft, die sicherlich noch am ehesten für das 19. Jahrhundert gilt, verdeckt diesen Sachverhalt.

2. Während der Zweiten Internationale (1889-1914) - zugleich eine Hochphase imperialistischer Expansion, Kapitalkonzentration und relativer ökonomischer Stabilität - hatte sich die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Stammländern organisatorisch verfestigt. Besonders Deutschland entwickelte sich zu einer Hochburg der seit der Jahrhundertwende sprunghaft gewachsenen Gewerkschaften (Klönne 1989: 100; Ritter/Tenfelde 1976) und der Sozialdemokratie. Ob die späte, aber im internationalen Ver-

gleich vorbildliche Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre die Arbeiterbewegung schwächte oder aber stärkte, ist schwer zu beurteilen.²³ Jedenfalls wuchs die Sozialdemokratie nach der Aufhebung ihres Verbots und der fast zeitgleich abgeschlossenen Sozialgesetzgebung zu einer organisationsstarken Kraft heran, die ausländischen Zeitgenossen Bewunderung abnötigte: "Die neue Organisation war ein Meisterstück von Erfindungsreichtum und Effizienz." (Russell 1978: 143) Sie konnte ihre Stimmenanteile in Reichstagswahlen von neun (1877) auf 34,8 Prozent (1912) ausbauen und damit eine einzigartige Stellung einnehmen.

Die soziale Frage war nach und nach durch rechtlich-politische Zugeständnisse und materielle Verbesserungen der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen entschärft worden. Der Anteil von sozialen Konflikten, die sich an Lebensmittelpreisen oder Steuern entzündeten, war im Verlauf des 19. Jahrhunderts zugunsten von Arbeitskämpfen und anderen Auseinandersetzungen stark zurückgegangen (Tilly/Tilly/Tilly 1975: 230; Tilly 1986a: 390ff.). Arbeitskämpfe und selbst größere Streikwellen waren nicht mehr in erster Linie Reaktion auf extreme Ausbeutung, sondern bereits Antwort einer zunehmend selbstbewußten, auf weitere Terraingewinne bedachten sozialen Klasse (Boll 1992). Ein Teil der Arbeiterklasse hatte mehr als nur seine Ketten zu verlieren. Die Arbeiterbewegung, ohnehin "nie eine Bewegung der Ärmsten und nie primär eine Bewegung gegen Not" (Kocka 1983b: 95f.), grenzte sich durchaus nach unten hin ab. Zudem differenzierte sich die Angestelltenschaft²⁴ heraus - ein Faktor, der die Erlangung ideologischer und strategischer Geschlossenheit wesentlich erschwerte. Der revolutionäre Elan der Arbeiterbewegung war weitgehend gebrochen, auch wenn er sich in der Rhetorik von Teilen der sozialistischen Führerschaft fortsetzte. Nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie gewann allmählich eine reformistische Linie die Oberhand. Leitlinie war der "ebene Weg des friedlichen, ruhigen Fortschritts" (Kautsky, zit. nach Sweezy 1970: 109). Auch wenn am Ziel der Überwindung des Kapitalismus festgehalten wurde, so sollte dies, wie es Eduard Heimann in seiner erstmals 1929 erschienenen "Sozialen Theorie des Kapitalismus" formulierte, "auf dem Boden der Demokratie" (1980: 184), ohne die Zerstörung alter Rechtsformen und ohne die "Sozialisierung mit einem Schlag" (ebd., S. 309) vonstatten gehen.

²³ Ritter (1991: 85) hebt allein den stärkenden Effekt hervor: "Die deutsche Sozialversicherung hat das politische Ziel, die Sozialdemokratie zu schwächen, nicht erreicht, sondern diese, wie die Gewerkschaften, gestärkt." Allerdings wäre zu bedenken, ob nicht von der Sozialgesetzgebung längerfristig eine Wirkung ausging, die sich in einer Entradikalisierung, vielleicht auch einer Verkleinerung der Zuwachsraten von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ausdrückte.

²⁴ Zur Entwicklung in Deutschland vgl. Kocka (1981).

Zumindest im Rückblick wird deutlich, daß spätestens in der Frühphase des 20. Jahrhunderts das explosive Potential des Klassenkonflikts in allen kapitalistischen Kernländern weitgehend eingedämmt worden war. In Großbritannien hatte eine früh einsetzende Kette von Reformen den revolutionären Funken erstickt. In Deutschland war es gelungen, die proletarische Linke vom nationalen Lager zu isolieren und das Gros des Bürgertums mit den konservativen Kräften zu versöhnen. In Frankreich fehlte die organisatorische Kraft und die Einheit des antikapitalistischen Lagers. Hinzu kam, daß einzelne politische Errungenschaften bereits früh erkämpft worden waren und Teile der konservativen Kräfte zumindest in einem formalen Sinne am republikanischen Erbe festhielten, was eine frontale Gegnerschaft zwischen Linken und Konservativen erschwerte.

Ingesamt gesehen hat die westeuropäische Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts teils gewollt, teils widerstrebend den Weg der Institutionalisierung, Oligarchisierung und Verbürgerlichung beschritten, wie ihn der enttäuschte Robert Michels (1989) am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie beschrieben hat. Der Preis ihrer prinzipiellen Anerkennung und ihrer Etappensiege auf dem Weg zum demokratischen Wohlfahrtsstaat war der Verzicht auf den Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Von einem Ringen um graduelle Verbesserungen abgesehen, war damit die Arbeiterbewegung als eine historisch treibende, innovative Kraft am Ende. Allerdings setzte sie ihre Kämpfe in den kapitalistischen Kernländern fort und wurde insbesondere durch die Oktoberrevolution in Rußland, von der auch Rückwirkungen auf westliche Länder ausgingen, vorübergehend neu beflügelt.

Der Übergang zum organisierten Kapitalismus, der sich mit und nach dem Zweiten Weltkrieg stark beschleunigte, verlief ohne die Schubwirkung einer großen Bewegung. Der Kapitalismus transformierte sich gleichsam aus sich selbst heraus mit dem Ergebnis einer starken Kapitalkonzentration bis hin zu Monopolbildungen, einer Verschränkung von Produktionszweigen, dem Beginn der Massenproduktion in vielen industriellen Zweigen und einer forcierten Staatsintervention. Weder gab es eine profilierte prokapitalistische Kraft, die speziell diesen Prozeß gegen starke Widerstände vorantreiben mußte, noch wurde er von den antikapitalistischen Kräften in Relation zum liberalen Konkurrenzkapitalismus als eine Verschlechterung angesehen und speziell deshalb bekämpft.

Es ist allerdings auffällig, wie sehr diese Phase des Übergangs zum organisierten Kapitalismus zugleich eine Blütezeit vielfältiger sozialer Bewegungen und kulturkritischer Strömungen bildete (Bergmann 1970; Lears 1981; Brand 1989a). Jenseits oder zumindest im Schatten der dominanten

Arbeiterbewegung, die eine zuvor unbekannte organisatorische Stärke erreichte, erwachsen andere Bewegungen und Strömungen. Hierzu gehören bürgerlich-nationalistische bis hin zu reaktionären Bewegungen (Herf 1982), der bäuerliche Antimodernismus (Puhle 1975), die nun erstarkende Frauenbewegung, die Lebensreform- und Jugendbewegung²⁵ sowie skurrile Erlösergruppen (Linse 1983). Zu nennen ist nicht zuletzt der Faschismus, der von den meisten genannten Strömungen bestimmte Elemente aufzog und ihnen eine besondere Wendung verlieh.²⁶ Die Weimarer Republik bildete ein in dieser Hinsicht wohl einmaliges Treibhaus für soziale Bewegungen. Lediglich auf politischer Ebene strukturierte sich diese Vielfalt entlang des Gegensatzes zwischen der in sich gespaltenen Linken und dem Nationalsozialismus.

3. Die Transformation des mehr oder weniger gebrochenen Liberalkapitalismus zum organisierten Kapitalismus bestand in erster Linie aus ökonomischen und politisch-staatlichen, aber nicht so sehr soziokulturellen Modernisierungsprozessen. Sie ging zwar mit einer Blüte sehr heterogener Bewegungen einher; aber diese bezogen sich nur zum Teil auf die ganz konkreten Strukturveränderungen dieser Phase. Sie setzten als antikapitalistische Bewegungen vielfach tiefer an; sie klagten - vor allem in der Wahlrechtsfrage - bereits früher proklamierte demokratische Rechte ein; sie

²⁵ Für einen breiten Überblick vgl. Conti (1984). Speziell zur Lebensreformbewegung Krabbe (1974) und Sprondel (1986); zur Jugendbewegung Laqueur (1978) und Bias-Engels (1988). Zur Wirkung der Lebensreformbewegung auf die Sozialdemokratie vgl. Scholling/Walter (1986).

²⁶ Das Verhältnis des Faschismus zum Modernisierungsprozeß wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. So betont Dahrendorf (1968: 431) die "alten Muster", die illiberale Struktur und autoritäre Verfassung der deutschen Gesellschaft während der Jahrzehnte der Industrialisierung, von denen sich die Weimarer Republik "nur wenig und ängstlich" entfernte und damit den Faschismus begünstigte. Er spricht jedoch zugleich dem Nationalsozialismus die Grundfunktion einer "totalen und brutalen Modernisierung der deutschen Gesellschaft" zu (ebd., S. 427; eher skeptisch zu dieser These: Alber 1989) und lastet den Durchbruch nicht zuletzt dem Versagen der zaudernden Eliten, dem "Kartell der Angst", an. Manche linke Autoren sehen im Faschismus eher den Endpunkt einer immanenten Entwicklungsdynamik, die mit der liberalistischen Gesellschaftsordnung angelegt war (Marcuse 1934: 174f.) Während Dahrendorfs Modernisierungsthese die antikapitalistische Kritik des Faschismus und seine Mißachtung bürgerlicher Freiheits- und Gleichheitsrechte vernachlässigt und somit auf einem engen Modernisierungsbegriff beruht, erscheint andererseits Marcuses These einer durchgehenden Linie vom Liberalismus zum Faschismus überzogen. Herf (1982) dagegen interessiert sich für den "reaktionären Modernismus" im Faschismus, welcher den Rationalismus der Aufklärung zurückweist, aber die moderne Technologie uneingeschränkt akzeptiert. In den letzten Jahren ist speziell in der Bundesrepublik eine erneute Debatte zur modernisierenden Funktion des Nationalsozialismus in Gang gekommen (für einen kritischen Überblick vgl. Frei 1993).

suchten obrigkeitsstaatliche Lösungen angesichts sozialer Verwerfungen oder entzündeten sich als zivilisationskritische Bewegungen an den Nebenfolgen der Modernisierung, namentlich von Prozessen der Kapitalisierung, Industrialisierung und Urbanisierung. Damit entstand vor allem in Deutschland eine instabile Situation mit schwacher sozialer Integration auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, aber um so höherer Kohärenz auf der Ebene einzelner soziokultureller Milieus und politischer Lager. Es ergab sich ein verwirrendes Neben- und Gegeneinander von promodernen, antimodernen und vor allem ambivalenten Bewegungen. Vor dem Hintergrund einer desolaten wirtschaftlichen Situation ab den späten 1920er Jahren begünstigte diese zerklüftete Lage in Ländern wie Deutschland und Italien faschistische bzw. staatskapitalistische²⁷ Entwicklungen, während Länder mit einem starken demokratischen bzw. republikanischen Erbe eher in Richtung eines *corporate pluralism* gingen (Rokkan 1966), zumindest aber wie die USA mit dem *New Deal* zu verstärkter Staatsintervention neigten.

2.4 Der Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus

Während also, bedingt durch sehr unterschiedliche Ausgangspositionen, die nationalen Entwicklungspfade in und nach der Formierungsphase des organisierten Kapitalismus auseinanderliefen, setzte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den westlichen Kernländern ein struktureller und kultureller Konvergenzprozeß ein, der nur vor dem Hintergrund des Kalten Krieges verständlich wird. Zwar wurden die kriegsbedingt hohen Staatsinterventionen teilweise zurückgenommen, doch kam es zu keiner Restitution des Liberalkapitalismus. Insgesamt bleibt die Ökonomie charakterisiert durch eine Dreiteilung in einen konkurrenzförmigen marktwirtschaftlichen Sektor, einen oligopolistischen Sektor und einen monopolistischen Sektor, in dem Staatsbetriebe bzw. Staatsaufträge eine große Rolle spielen (O'Connor 1973).

Nach einer durch die Verarbeitung der Kriegsfolgen gekennzeichneten Übergangsperiode durchliefen die fortgeschrittenen westlichen Länder eine

²⁷ Pollok (1975) ging sogar so weit, im Staatskapitalismus ein neues kapitalistisches Entwicklungsstadium nach Feudalismus, kapitalistischer Wettbewerbswirtschaft und Monopolwirtschaft zu sehen. Er unterschied hierbei eine totalitäre und eine demokratische Variante des Staatskapitalismus.

langgezogene Prosperitätsphase. Erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre geriet das Wachstum vorübergehend und dann in den 1970er Jahren nachhaltiger ins Stocken. Neben ökonomischen Transformationsprozessen - u.a. verstärkte Weltmarkteinbindung, Übergang von extensiver zu intensiver Kapitalisierung, Ausdehnung der Massenfertigung, Anstieg der abhängigen Erwerbsarbeit und Absorption der restlichen traditionellen Wirtschaftssektoren - war diese Phase begleitet von soziokulturellen Veränderungen, die ökonomische und politische Entwicklungen ergänzten und abstützten. Sie bildeten zusammengenommen einen weiteren Modernisierungsschub *innerhalb* des organisierten Kapitalismus.²⁸ Damit entstand der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus (vgl. Kapitel 3). Auch wenn für den gesellschaftlichen Wandel der 1960er und 1970er Jahre erneut der Begriff Modernisierungsschub bemüht wird, soll damit nicht gesagt werden, daß er die gleiche Eingriffstiefe wie die vorangegangenen Umbruchsphasen erreicht.

Meine noch auszuführende These lautet, daß sich mit diesem Modernisierungsschub ein neuer Typus sozialer Bewegungen entfaltet, während alte Bewegungen, insbesondere die Nachfolgeorganisationen der Arbeiterbewegung, zu diesem Modernisierungsschub keine systematische Position beziehen, sondern lediglich als ökonomische Interessenvertretungen darauf reagieren. Die neuen sozialen Bewegungen sind nicht nur Produkt, sondern - zumindest in der politischen und soziokulturellen Dimension - auch Katalysatoren dieses Wandels. Obgleich sie auf ihn partiell kritisch reagieren, bilden sie doch auch seinen Erfüllungsgehilfen.

2.5 Zusammenfassung

Ausgehend von einer mit "schwachen" Annahmen operierenden entwicklungslogischen Skizze des Modernisierungsprozesses wurde versucht, in groben Strichen die realhistorische Entwicklung vom Ende der Feudalgesellschaft bis zur Gegenwart als eine Abfolge von durch Modernisierungsschübe eingeleiteten Entwicklungsetappen nachzuzeichnen und dabei vor allem die Rolle sozialer Bewegungen zu beachten. Es bleibt noch einmal zu

²⁸ Diese Deutung vertritt unter anderem Puhle (1984: 174): "Es spricht manches dafür, die Etablierung des sog. 'Keynesian Welfare State' als das Endprodukt der Periode des organisierten Kapitalismus anzusehen."

betonen, daß hierbei - im Unterschied zu Autoren von Durkheim über Parsons bis Huntington - kein Zusammenhang zwischen der Geschwindigkeit von Modernisierungsprozessen und der Mobilisierungsstärke bzw. Gewaltneigung von Bewegungen behauptet wird.²⁹ Die These ist vielmehr, daß in Modernisierungsschüben neue Bewegungen mit eigenen Ordnungsvorstellungen aufkommen und damit das bestehende gesellschaftliche und politische Koordinatensystem nachhaltig verschieben.

Wie zu erwarten, schwindet mit zunehmender raum-zeitlicher Konkretisierung die Plausibilität des entwicklungslogischen Modells. Nationale Varianten, unvollkommene typologische Ausprägungen und widersprüchliche Tendenzen kommen in den Blick. Dies scheint um so eher zu gelten, je mehr wir uns auf die Gegenwart zubewegen. Ein Grund dafür könnte sein, daß wir über die jüngere Vergangenheit mehr wissen und deshalb auch differenziertere Rekonstruktionen entwickeln können. Wichtiger erscheint jedoch ein systematischer Faktor, der mit der abnehmenden Eingriffstiefe von Modernisierungsschüben zu tun hat. Spätere Bewegungen stemmen sich immer weniger gegen die vorangegangene Ordnung insgesamt, sondern akzeptieren bereits einige von deren institutionellen Errungenschaften.

Die weitreichendste, unsere gesellschaftlichen Tiefenstrukturen noch heute bestimmende Zäsur ist die zwischen der Feudalgesellschaft und der sich modernisierenden Gesellschaft. Die Religion verlor ihre sozialintegrative Funktion für die Gesamtgesellschaft. Diese Funktion ging nun auf den rationalisierten und zentralistischen Staat über. Mit dem Auseinandertreten von Ökonomie, Politik und Soziokultur vollzog sich ein massiver Differenzierungsschub. Als dessen Korrelat setzte ein Prozeß der Ich-Zentrierung ein und schuf damit die Grundlage für ein säkularisiertes Weltbild. An dieser Epochenschwelle konnten sich noch keine *sozialen* Bewegungen im strengen Sinne des Wortes bilden, welche die feudale Ordnung auf Grundlage eines Gegenentwurfs hätten zu Fall bringen wollen. Zwar florierte in dieser Phase das utopische Denken, doch war es noch nicht auf Realisierungsfragen ausgelegt (Saage 1991: 71ff.; Thomas 1988: 71). Die alte Ordnung zerbrach nicht in der Konfrontation mit einer neuen Ordnung, sondern zerbröckelte in einem langen Vielfrontenkrieg, in dem es keinen übergreifenden und dauerhaften Antagonismus von traditionellen und modernen Kräften gab.

Die nächste Zäsur bildet der Übergang vom Absolutismus zum liberalen Kapitalismus. Dieser Bruch ist weitreichend, aber gleichwohl weniger tief

²⁹ Zur Kritik an entsprechenden Thesen vgl. vor allem zahlreiche Arbeiten von Tilly, der insbesondere politische Faktoren hervorhebt (Tilly 1973). Zur Rolle des Staates als eines vernachlässigten Faktors für kollektives Verhalten vgl. auch Birnbaum (1988).

als der vorangegangene. Bestimmte gesellschaftliche Basisinstitutionen wie der Handelskapitalismus, die moderne Staatsanstalt und die institutionelle Begrenzung der Religion wurden aus der früheren Etappe übernommen und weitergetrieben. Die gesellschaftliche Leitfunktion verlagerte sich vom Staat auf die Ökonomie. Am Übergang zum Liberalkapitalismus stand als entscheidende, aber gewiß nicht einzige Kraft der bürgerliche Liberalismus. Dieser ist nicht per se als soziale Bewegung anzusprechen. Aber er bildete den Nährboden für eine in sich heterogene Bewegung des bürgerlichen Radikalismus - die erste soziale Bewegung in dem Sinne, daß er gezielt eine gesamtgesellschaftliche Ordnung durch eine andere ersetzen wollte. Vor allem war er eine Bewegung, die der bekämpften Ordnung tatsächlich ein Ende bereitet hat, während die Arbeiterbewegung die bürgerliche Gesellschaft zwar verändern, aber nicht überwinden konnte. Im Übergang zum Liberalkapitalismus wandelte sich auch das Aktionsrepertoire der Konfliktaustragung. Mit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entstand Tilly (1983; 1986) zufolge der Typus der modernen sozialen Bewegung.³⁰

Eine im Realprozeß eher undeutliche Zäsur bildet der Übergang vom liberalen zum organisierten Kapitalismus. Die bereits im liberalen Kapitalismus entstandenen Basisinstitutionen - kapitalistische Märkte, Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie, Religionsfreiheit und kulturelle Rationalisierung - wurden übernommen und ausgebaut. Die wesentlichen Veränderungen vollzogen sich innerhalb der kapitalistischen Ökonomie und hinsichtlich der ökonomischen und sozialen Funktionsbestimmung des Staates. Die gesellschaftliche Leitfunktion verschob sich graduell von der Ökonomie auf die Politik, ohne jedoch die Politik ähnlich ins Zentrum zu setzen wie in der Phase des Absolutismus. Abhängig von den jeweiligen nationalen Parametern nahm der organisierte Kapitalismus eine eher faschistische oder eher pluralistisch-korporative Gestalt an. Die Durchsetzung des organisierten Kapitalismus war von heterogenen Bewegungen begleitet. Das Spektrum reichte von reaktionären Gruppen über zivilisationskritische Strömungen bis zur revolutionären Arbeiterbewegung, welcher eine Schlüsselposition zukam. Sie bekämpfte nicht speziell die Formen des organisierten Kapitalismus, sondern den Kapitalismus als solchen. Dieses revolutionäre Potential, das die gesamte Gesellschaft zu sprengen drohte, wurde erfolgreich eingedämmt. Erstens konnte ein festes Bündnis zwischen radikalliberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung verhindert werden, wobei insbesondere in Deutschland die nationale Frage das konservative Lager und das Bürger-

³⁰ Für eine kritische Diskussion dieser These vgl. Tarrow (1993a), der auf Erscheinungsformen sozialer Bewegungen (im Sinne Tillys) bereits im Verlauf des 18. Jahrhunderts hinweist.

tum verband. Zweitens war die Verfassungsfrage vor allem durch Wahlrechtsreformen entschärft worden, so daß in dieser Hinsicht ein Schulter-schluß zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichen Radikalen obsolet wurde. Schließlich gelang es, die soziale Frage durch mehr oder weniger einschneidende Reformen unter Kontrolle zu bringen. Eine Folge davon bestand darin, daß sich innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung ein revisionistischer Flügel ausbildete. Dem kamen Statusdifferenzierungen in-

Tabelle 2.1

Klassifikation historischer Sozialbewegungen im Modernisierungsprozeß

Phase	dominantes Bezugsproblem	Primärbewegung und Gegenkräfte	Sekundär-bewegungen
Übergang zum Absolutismus	Zerfall einer religiös integrierten Ordnung	Bauernbewegungen vs. Grundherren und Fürsten	religiöse Dissidenten, städtische Protestbewegungen
Übergang zum liberalen Kapitalismus	Zerschlagung einer auf politische Macht gegründeten Ordnung	Bürgerbewegungen vs. absolutistische Herrscher	Bauernbewegungen, Handwerkerbewegungen Frauenbewegungen, gegenrevolutionäre Bewegungen, nationale Bewegungen
Übergang zum organisierten Kapitalismus	Lösung der nationalen, demokratischen und sozialen Frage	Arbeiterbewegungen vs. konservatives Bürgertum	Agrarpopulismus, Lebensreformbewegungen, Jugendbewegungen Frauenbewegungen, Faschismus
Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus	umfassende Partizipation, Sicherung von Lebensgrundlagen und Lebensqualität	neue soziale Bewegungen vs. technokratische Eliten	Sozialdemokratie, Neokonservatismus, Neue Rechte

nerhalb der Arbeiterklasse entgegen. Die Versöhnung des Gros der Arbeiterbewegung mit dem Kapitalismus war nur noch eine Frage der Zeit. Somit hatte sich die in ihren Grundlagen noch heute geltende Form des organisierten Kapitalismus stabilisiert.

Im Rahmen des organisierten Kapitalismus vollzog sich überwiegend in den 1960er ein weiterer Modernisierungsschub, der den Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus markiert und eine noch geringere Eingriffstiefe als die vorangegangenen Zäsuren aufweist. Die zwischen Ökonomie und Politik angesiedelte gesellschaftliche Leitfunktion verschob sich nun in Richtung der soziokulturellen Sphäre und nahm gleichsam einen Platz in der Mitte des damit gebildeten Dreiecks ein. In dieser Phase des Übergangs entstand der Typus neuer sozialer Bewegungen, der auf sehr unterschiedlichen Ebenen und Teilfeldern, aber ohne klaren gesellschaftlichen Gegenentwurf auf den Modernisierungsschub reagierte. Objektiv kommt diesem Bewegungstypus nicht nur eine reaktive, sondern eine bislang kaum gesehene katalysatorische Funktion zu.

Alle nationalen Unterschiede vernachlässigend, ist die Konstellation sozialer Bewegungen mit Blick auf die erwähnten Modernisierungsschübe in Tabelle 2.1 zusammengefaßt.

Fragen wir abschließend nach der Rolle historischer Bewegungen im Hinblick auf die basalen Modernisierungsprinzipien von Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung.

Die Bauernbewegungen am Ende der Feudalgesellschaft spielten weder subjektiv noch objektiv eine modernisierende Rolle. Die Bürgerbewegungen an der Schwelle zum liberalen Kapitalismus beförderten aktiv die funktionale Differenzierung der Gesellschaft. Sie betrieben die Trennung von Kirche und Staat, von Staat und Gesellschaft, von Ökonomie und Politik, von Öffentlichkeit und Privatheit. Mit ihrem ideologischen Kernstück des Besitzindividualismus waren sie zugleich ein entscheidender Wegbereiter eines ich-zentrierten Weltbildes. Insofern ist die bürgerlich-liberale Bewegung als "klassischer" Typus einer promodernen Bewegung anzusehen. Die Arbeiterbewegungen am Übergang zum organisierten Kapitalismus hatten dagegen einen weniger eindeutigen Status. Einerseits akzeptierten sie die funktionale Differenzierung der Gesellschaft, arbeitsteilige Ökonomie und propagierten ein "Maschinenmodell" des Fortschritts. Andererseits wirkten sie auf dem Boden eines säkularisierten Weltbilds fortlaufender Ich-Zentrierung entgegen, indem sie sich auf kollektive Willensbildung, homogene Klassenkultur, Gruppensolidarität und Gemeinschaftseigentum beriefen. In dieser Hinsicht setzen sie einen entschiedenen Kontrapunkt zum Besitzindividualismus des liberalen Bürgertums.

Kapitel 3

Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus und neue soziale Bewegungen: Theoretische Annäherungen

Das Aufkommen linkslibertärer bzw. neuer sozialer Bewegungen seit den 1960er Jahren löste vor allem in Westeuropa intensive theoretische Anstrengungen aus, um diese Phänomene historisch einzuordnen und im Rahmen einer relativ allgemeinen Theorie sozialen Wandels bzw. einer soziologisch informierten Zeitdiagnose zu deuten. Dieses umfangreiche Angebot¹ wird hier in Ausschnitten gesichtet, um vor diesem Hintergrund einen eigenen Ansatz zu präsentieren.

3.1 Theorien neuer sozialer Bewegungen: Kritische Bestandsaufnahme

Theorien neuer sozialer Bewegungen, die gelegentlich als relativ homogener Block wahrgenommen werden, zerfallen bei näherer Betrachtung in Ansätze mit sehr unterschiedlichen grundlagentheoretischen Annahmen. Ebenso besteht Uneinigkeit darüber, wie diese Bewegungen historisch und gesellschaftstheoretisch einzuordnen sind. Zudem werden verschiedene Merkmale als Spezifikum neuer sozialer Bewegungen hervorgehoben. Das läßt sich im folgenden in Stichworten verdeutlichen.

¹ Es liegen bereits verschiedene Systematisierungen von Theorien (neuer) sozialer Bewegungen vor. Brand (1982) unterscheidet *need defence* und *rising demand*-Ansätze, Cohen (1985) strategie- und identitätszentrierte Perspektiven, Raschke (1985) strukturanalytische, sozialpsychologische und interaktionistische Theorien; Nullmeier/Raschke (1988) nennen handlungstheoretische, funktionalistische und systemtheoretische Ansätze, Kritische Theorie, marxistische Theorie und modernisierungstheoretische Ansätze; Roth (1983) stellt vier prominente Theorien heraus (Marcuse, Touraine, Fordismus, Habermas). Die beiden erstgenannten dualen Typologien haben zwar gegenüber den nachfolgenden den formalen Vorzug, ein theoretisches Gliederungskriterium anzulegen. Ihr praktischer Nachteil besteht aber darin, daß fast alle Ansätze dazu quer liegen.

3.1.1 Grundlagentheoretische Annahmen

Die Präferenz für eine struktur- bzw. systemtheoretische und/oder eine handlungstheoretische Konzeptualisierung kommt bei den meisten Autoren, die sich unter theoretischen Gesichtspunkten mit neuen sozialen Bewegungen befaßt haben, nur implizit, vor allem in der Wahl bestimmter Begriffe, zum Ausdruck; sie wird selten ausdrücklich konstatiert und noch seltener begründet. Ausnahmen hiervon bilden allerdings Luhmann als konsequenter Exponent der Systemtheorie, Touraine als entschiedener Verfechter einer Handlungstheorie² und Habermas mit dem Anspruch eines integrativen Ansatzes. Unter den Genannten hat sich nur Touraine (neuen) sozialen Bewegungen ausführlich zugewandt. Insgesamt scheint die Regel zu gelten, daß mit zunehmender Fokussierung von Autoren auf spezifische Aspekte neuer sozialer Bewegungen die an sich folgenreiche theoretische Grundlegung aus den Augen verloren wird.

Im Hinblick auf ihre Thematisierung sozialer Bewegungen wurden die Vertreter "reiner" Konzeptionen, nämlich Luhmann einerseits und Touraine andererseits, bereits an anderer Stelle einer Kritik unterzogen.³ Beide zeigen Vereinseitigungen, die dazu führen, jeweils bestimmte Realitätsmomente sozialer Bewegungen auszublenden oder in ein dafür nicht geeignetes Kategoriengerüst zu pressen. So ist etwa Luhmann der Gedanke fremd, daß soziale Bewegungen dem gesellschaftlichen Prozeß Sinn und Richtung verleihen könnten. Da er Bewegungen als autopiетische Systeme begreift, hat er Schwierigkeiten mit dem Sachverhalt, daß Bewegungen als Großkollektiv in bestimmten Situationen durchaus strategisch handeln und sogar als historisch relevanter Akteur auftreten können. Genau dieser Aspekt steht bei Touraine im Mittelpunkt. Er sieht den Gang der Geschichte durch soziale Bewegungen bestimmt. Allerdings spricht er erst im Falle eines strategisch angemessenen, d.h. auf "Historizität" (Touraine 1983a) bezogenen Handelns, von sozialen Bewegungen und schiebt damit das Gros der verbleibenden empirischen Fälle in eine ihn nicht weiter interessierende Kategorie "politischer" oder "institutioneller" Kämpfe ab. Habermas wiederum, der zwar eine (nicht überzeugende) Verbindung von System- und Handlungstheorie vornimmt, überträgt diesen Ansatz nicht auf den Gegenstand soziale Bewegung. So bleibt unklar, ob soziale Bewegungen primär dem Muster strategischen oder kommunikativen Handelns folgen.

² Eine handlungstheoretische Variante in der Tradition des symbolischen Interaktionismus vertritt Turner (1969).

³ Zu Luhmann vgl. Rucht/Roth (1992), zu Touraine vgl. Rucht (1991a).

3.1.2 Historische und gesellschaftstheoretische Einordnung

Im Unterschied zu vielen auf andere Bewegungstypen ausgerichteten Analysen waren Theorien neuer sozialer Bewegungen fast durchweg um eine gesellschaftstheoretische bzw. historische Einbettung ihres Gegenstandes bemüht. Keiner der vorgestellten Ansätze unterläßt es, wenigstens grobe Andeutungen zu liefern.

1. Auf der einen Seite wird den heutigen sozialen Bewegungen ihre Novität pauschal abgesprochen. Am extremsten ist in dieser Hinsicht die Position von Berger/Berger/Kellner (1975). Sie sehen die neuen sozialen Bewegungen in einer langen Reihe von entmodernisierenden Strömungen, die sich an den Begleiterscheinungen von bürokratischer und technischer Rationalität entzünden, aber wie ihre Vorgänger letztlich an der "Unwiderflichkeit und Unwiderstehlichkeit von Modernisierung" scheitern. Nicht ganz deckungsgleich damit ist die Interpretation von Daniel Bell. Er führt zwar die neuen Bewegungen ebenfalls auf einen Widerspruch zwischen den Prinzipien von ökonomischer Effizienz und kultureller Selbstverwirklichung zurück (1979a: 19). Jedoch sieht er in den als "postmodernistisch" bezeichneten Bewegungen - genannt werden insbesondere Jugendkultur, Feminismus und Homosexuelle - eher eine Zuspitzung der Moderne; sie schließen nahtlos an den kulturellen Modernismus an, der zunächst in den Enklaven der künstlerischen Avantgarde und Bohème blühte, dann jedoch an Breitenwirkung gewann. Auch Jürgen Habermas interpretiert bei aller Kritik an neokonservativen Positionen (1985) die neuen sozialen Bewegungen nicht grundsätzlich anders. Ihm zufolge sind diese Bewegungen selektive und punktuelle Reaktionen auf systemische Verdinglichungs- und Kolonialisierungsprozesse (Habermas 1981), die sich historisch weit zurückverfolgen lassen. Kennzeichnend für die neuen Bewegungen sei die fehlende sozialstrukturelle Zuordnung und konstruktive Zielbestimmung. Sie drohten mit ihrer antimodernistischen Kritik über das Ziel hinauszuschießen, indem sie die Errungenschaften systemischer und lebensweltlicher Rationalisierung pauschal preisgaben. Entsprechend werden die neuen Konflikte und Bewegungen, die sich an der Nahtstelle zwischen System und Lebenswelt entzündeten, durchaus distanziert als "neopopulistische Strömungen" (1979: 24) umschrieben. Mit Ausnahme der an Egalitätspostulaten orientierten Frauenbewegung handle es sich um Abwehr- und Rückzugsbewegungen mit deutlich antimodernistischen Zügen. Erst in neueren Arbeiten weicht der strenge Ton einer wohlwollenderen Beurteilung.⁴

⁴ Habermas billigt den durch neue soziale Bewegungen mitverkörperten "autonomen

2. Auf der anderen Seite wird das "Neue" an den neuen sozialen Bewegungen plakativ beschrieben und ihnen eine historisch bedeutsame Rolle zugeordnet. Am emphatischsten geschieht dies bei Alain Touraine (1968; 1973; 1978; 1984). Er typisiert verschiedene Gesellschaftsformationen und ordnet ihnen jeweils eine zentrale Bewegung zu. Demnach stünden die neuen sozialen Bewegungen an der Schwelle zu einer programmierten bzw. postindustriellen Gesellschaft, wobei es um den Kampf gegen die Technokratie und die damit verbundene Verfügung über Informationen und kulturelle Deutungen ginge. Ähnlich sieht auch Alberto Melucci (1981; 1984; 1989) die neuen sozialen Bewegungen am Übergang zu einer qualitativ neuen Stufe der Vergesellschaftung, auf der sich der Ort der Konfliktausprägung von der ökonomisch-industriellen Sphäre in den kulturellen Bereich und letztlich die Sphäre des Alltagshandelns und der Identitätsbehauptung⁵ verlagere. Joachim Raschke präsentiert eine ähnliche Typologie, die zunächst als These des *politischen* Paradigmenwandels formuliert wurde (1980), dann jedoch in eine breitere Konzeption sozialen Wandels mündete. Hierbei unterscheidet er eine vorindustrielle, industrielle und nachindustrielle Phase, denen er jeweils eine korrespondierende, von einer aufsteigenden Großgruppe getragene und historisch dominante Bewegung zuordnet. Dies sind für die vorindustriell-modernisierende Phase die frühbürgerlichen Bewegungen (Bürgertum), für die industrielle Phase die Arbeiterbewegung (Arbeiterklasse) und für die nachindustrielle Phase die neuen sozialen Bewegungen (Dienstleistungsintelligenz) (Raschke 1985: 443ff.). Jede dieser Bewegungen ist auf einen bestimmten Mobilisierungstyp⁶ und einen zentralen Problemkomplex ausgerichtet. Für die frühbürgerlichen Bewegungen sind dies nach Raschke Rechtsstaat und Demokratie (rechtliche und politische Gleichheit), für die Arbeiterbewegung der Wohlfahrtsstaat (soziale Gleichheit), für die neuen sozialen Bewegungen der Aspekt soziokul-

Öffentlichkeiten" offensichtlich eine wichtige Funktion zu. Er verweist auf die Vitalität meinungsbildender Assoziationen, zu denen er vor allem (neue) soziale Bewegungen und neue Subkulturen zählt (1992: 460ff.). Selbst innerhalb einer nach wie vor "formierten" bzw. "vermachten" Öffentlichkeit könnten diese Akteure zumindest unter den Bedingungen eines Krisenbewußtseins an Einfluß gewinnen und sich, im Grenzfall, durch unter hohem Begründungszwang stehende Akte des zivilen Ungehorsams Gehör verschaffen (ebd., S. 462).

⁵ "Personal identity - that is to say, the possibility, on the biological, psychological, and interpersonal levels, of being recognized as an individual - is the property which is now being claimed and defended; it is the ground in which individual and collective resistance is taking root." (Melucci 1980: 218; vgl. auch 1984: 826).

⁶ Dies ist die ideelle Mobilisierung für die frühbürgerliche Bewegung, die organisationsbestimmte Mobilisierung für die Arbeiterbewegung und die projektorientierte Mobilisierung für die neuen sozialen Bewegungen.

tureller Identität. Mit fortschreitender Entwicklung zeige sich eine Tendenz zur Universalisierung der Werttrias von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vom primär politischen über den sozioökonomischen bis schließlich zum soziokulturellen Bereich (Raschke 1985: 450).

3. Diese gegensätzlichen Sichtweisen, die entschieden auf Kontinuität oder aber Diskontinuität setzen, erscheinen mir in ihren extremen Versionen unangemessen. Dagegen betonen andere Ansätze zu Recht Aspekte der Kontinuität *und* Diskontinuität. Dies gilt sowohl für überwiegend theoretische und historisch-systematische Versuche (Turner, Eder, Offe, Kitschelt) als auch empirienähere Darstellungen neuer sozialer Bewegungen (etwa Brand und Hirsch/Roth). Gemeinsam ist ihnen auch eine gewissen Zurückhaltung bei der Beurteilung der historischen Kapazität neuer sozialer Bewegungen.

Ralph Turner sieht die gegenwärtigen sozialen Bewegungen, die sich mit und nach der Studentenrevolte entfaltet haben, durchaus in der Tradition historischer Bewegungen, namentlich der liberal-humanistischen Bewegungen der Französischen und Amerikanischen Revolution sowie der sozialistischen Bewegungen (Turner 1969: 392). Deren Kraft sei jedoch weitgehend erschöpft. An ihre Stelle träten nun Bewegungen, die - basierend auf einer tiefgreifenden Entfremdungserfahrung - die Frage der persönlichen Würde und Identität in den Mittelpunkt rückten. Im Rahmen seines bereits früher entwickelten *emergent norm*-Ansatzes, dem zufolge es Bewegungen um die Definition dessen geht, was als gerecht und was als ungerecht gelten soll, bestimmt Turner die neuen Bewegungen dadurch, daß sie der Gesellschaft die Anerkennung der persönlichen Würde und Identität des Menschen abverlangen. Vor allem die Jugend als Hauptträger der neuen Bewegungen propagiere die - nicht unumstrittene - Idee, daß die mangelnde Wertschätzung der Person nicht ein privates Unglück, sondern eine öffentliche Ungerechtigkeit darstellt (1969: 404). Nicht das Problem selbst, sondern diese Deutung sei es, welche die Rede von einem neuen Konflikt und neuen Bewegungen rechtfertigte.⁷ In dem Verlangen nach Gerechtigkeit und dem Willen zur Identitätsbehauptung wird damit den neuen sozialen Bewegungen - anders als etwa bei Berger et al. - ein eher rationaler Grundzug zugesprochen.

Klaus Eders Deutungsfolie neuer sozialer Bewegungen bildet eine in mehreren Veröffentlichungen variierende Stufentheorie kultureller Evolu-

⁷ "Although this concern has been before us for millenia, the phenomenon of a man crying out with indignation because his society has not supplied him with a sense of personal worth and identity is the distinctive new feature of our era...The notion that he is indeed a victim of injustice is the new idea." (1969: 395)

tion.⁸ Im Hinblick auf solche Stufen identifiziert er die drei "Diskurs- universien" der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, der Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegungen. Hierfür werden die Ebenen der Motive, Ziele, Selbstbilder und Organisationsmodelle unterschieden und entsprechende Merkmalsausprägungen für die drei Bewegungstypen festgehalten (Eder 1986: 343). Der Begriff soziale Bewegungen wird wie bei Touraine restriktiv gefaßt. Er bleibt Bewegungen vorbehalten, die versuchen, die Gesellschaft von einer Entwicklungsstufe zur nächsten zu bringen. In diesem Sinne wird nur der politischen Emanzipationsbewegung des Bürgertums und der Arbeiterbewegung der Status einer sozialen Bewegung zugesprochen (Eder 1982: 10). Für die neuen Bewegungen muß dagegen vorerst offen bleiben, ob sie die Geburtshelfer einer neuen gesellschaftlichen Stufe werden können.

Claus Offe, der zunächst die neuen sozialen Bewegungen als Promotoren eines "neuen politischen Paradigmas" hinsichtlich ihrer Handlungsträger, Konfliktthemen, Werte und Aktionsformen idealtypisch einem "alten" Paradigma gegenüberstellte (1985: 821ff.), kommt in einer nachfolgenden Veröffentlichung (1986) zu dem Ergebnis, es sei ein Irrtum anzunehmen, die neuen Bewegungen verkörperten auch neue Werte. Sie zehrten vielmehr vom Wertrepertoire und den Errungenschaften der Moderne. Im Grunde gehe es nicht um die Konfrontation alter und neuer Werte, sondern um konfligierende Sichtweisen darüber, in welchem Maß verschiedene Elemente innerhalb des Wertrepertoires der Moderne gleichermaßen und ausgewogen verwirklicht seien. Die Opposition der neuen Bewegungen beziehe sich auf die blinde Dynamik eines militärischen, ökonomischen, technischen und politischen Rationalisierungsprozesses; doch sie sei - wenn auch häufig als romantizistisch oder als Voreingenommenheit wirklichkeitsfremder, privilegierter Gruppen diskreditiert - weitgehend von "zeitgemäßen" Mitteln und Argumenten geprägt. Man könne deshalb treffender von einer "modernen" statt von einer "antimodernistischen" oder "postmaterialistischen" Kritik der Moderne sprechen, denn die Grundlagen der Kritik bildeten die moder-

⁸ In einer Version dieser Überlegung unterscheidet Eder (1982) drei Entwicklungsstufen, die sich durch ein jeweils spezifisches Verhältnis von Gesellschaft und Natur auszeichnen. Auf einer ersten, als *organisch* bezeichneten Stufe wird die Natur als objektive Ordnung begriffen. Dem entspricht eine gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage professioneller Rollen und das Rationalitätsprinzip der königlichen Souveränität. Die folgende *mechanische* Stufe ist durch ein instrumentelles Verhältnis zur Natur, die normative Ordnung des Besitzindividualismus und das Prinzip der negativen Freiheit charakterisiert. Die dritte Stufe zeichnet sich durch eine *kybernetische* Beziehung zur Natur und eine normative Ordnung aus, in der Gerechtigkeit und Glück für alle den grundlegenden Maßstab bilden. Hier basiert die Rationalität auf Formen diskursiver Konfliktlösung.

nen Traditionen von Humanismus, historischem Materialismus und emanzipatorischen Ideen der Aufklärung.

Herbert Kitschelt identifiziert vor dem Hintergrund eines historischen Phasenschemas eine neue gesellschaftliche Konfliktachse entlang der Frage, "welche Aktivitäten und Ressourcen gesellschaftlich nach produktiven oder konsumptiven Kriterien organisiert werden sollen" (1985b: 194). In diesen Zusammenhang einer "materialen Politisierung der Produktion" rückt er die neuen sozialen Bewegungen. Die von ihnen erhobene Forderung nach qualitativen sozialen Lebenschancen sei historisch nicht neu - Kitschelt erinnert an defensive Bewegungen gegen die Frühindustrialisierung, den Widerstand gegen die Verdrängung selbständiger Kleinunternehmer und gegen den Statusverlust des Bildungsbürgertums und der unabhängigen Intelligenz. Aber er betont zugleich wichtige Differenzen: die quantitative Breite heutiger sozialer Mobilisierung, die anderen strukturellen Kontextbedingungen des Protests, die Lokalisierung der Protestakteure im Zentrum des Gesellschaftssystems und schließlich die Verfügung über kognitive und organisatorische Ressourcen, die neue soziale Bewegungen kaum mit dem defensiven Protest gegen die Industrialisierung vergleichbar machten (Kitschelt 1985b: 202).

Karl-Werner Brand (1991) bezieht sehr nachdrücklich eine vermittelnde Position bei Frage von Kontinuität und Diskontinuität zwischen alten und neuen Bewegungen. Einerseits betont er das fortwirkende Erbe aus Bewegungen der Vergangenheit, andererseits aber auch die neuen Momente. Innerhalb der neuen sozialen Bewegungen wird ein eher promoderner, emanzipatorischer Strang und ein eher defensiver, zivilisationskritischer Strang identifiziert (dazu auch Brand/Büsser/Rucht 1986: 270f.). Für beide Stränge werden Verbindungslinien zu Vorläuferbewegungen aufgezeigt. Während der Autor jedoch in früheren Arbeiten (Brand 1982) stärker die Verwandtschaft zu promodernen Vorläufern akzentuiert, rückt er in jüngeren Veröffentlichungen (1989; 1989a; 1990) das zivilisationskritische Moment der neuen sozialen Bewegungen im Vordergrund.⁹

Im Groben identifiziert Brand zwei historische Vorläuferbewegungen. Die erste erreichte ihren Höhepunkt vor allem in den angelsächsischen Ländern in den 1830er und 1840er Jahren. Sie war von einem romantischen Zeitgeist in Reaktion auf den durchgreifenden Industrialisierungs- und Ka-

⁹ "Meine These ist..., daß sich die inhaltliche Radikalität, die utopische Kraft und die breite gesellschaftliche Resonanz dieser Bewegungen dem Aufleben breiter kultur- und zivilisationskritischer Strömungen in den 60er und 70er Jahren verdankt, die den technokratischen Wachstums- und Fortschrittskonsens der Nachkriegsjahrzehnte grundlegend erschütterten; daß mit dem Abflauen dieser Strömungen und ihrer katalysatorischen Wirkung aber auch die Mobilisierungskraft dieser Bewegungen schwindet." (Brand 1989: 128f.)

pitalisierungsprozeß beseelt. Die zweite Welle kulminierte um die Jahrhundertwende in Großstadtfeindschaft und einer umfassenden Sozial- und Kulturkritik vor allem in Deutschland, während sie in England und den USA eher eine Reformstimmung auslöste. Die dritte Welle wird durch die neuen sozialen Bewegungen verkörpert. In allen drei Fällen bildete eine neu entstandene Mittelklasse den Kern dieser Bewegungen (1990: 40). Damit wird das in den 1960er Jahren eingeführte Konzept des *middle class radicalism* (Parkin 1968) nach rückwärts verlängert. Eine spezielle Frage richtet sich darauf, wie diese modernisierungskritischen Wellen mit den langen ökonomischen Wellen des Kondratieff-Zyklus zusammenhängen. Auch wenn man den innerökonomischen Streit um das tatsächliche Auftreten und um die Erklärungen solcher Zyklen außer acht läßt¹⁰, fällt das Ergebnis zwiespältig aus, so daß Brand in seinen Schlußfolgerungen zurückhaltend bleibt.

Joachim Hirsch und Roland Roth haben in mehreren, teilweise gemeinsam verfaßten Publikationen eine zunehmend konturierte gesellschaftstheoretische Diagnose vorgelegt. Obgleich dieser Ansatz im Unterschied zu modernisierungstheoretischen Deutungen neuer sozialer Bewegungen weniger tief, nämlich bei einer relativ späten Entwicklungsphase des Kapitalismus ansetzt, soll er etwas ausführlicher dargestellt werden.

Eher implizit und partiell knüpfen die Autoren an älteren Interpretationen des Spätkapitalismus an.¹¹ Explizit und im wesentlichen zustimmend sind die Anleihen bei der Regulationstheorie¹² und vor allem dem - damit nicht notwendig verbundenen - Konzept des Fordismus.¹³ Insofern stehen die Autoren in der ökonomiekritischen Tradition des Marxismus. Sie wenden sich jedoch ausdrücklich dem Zusammenspiel von Ökonomie, Politik und Kultur zu und thematisieren hierbei die in Regulationstheorien unterbelichtete Rolle von Staat und sozialen Bewegungen.¹⁴

Mit Fordismus wird eine besondere Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung bezeichnet, die in den USA der 1920er Jahre erste Konturen annahm¹⁵ und in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in den entwik-

¹⁰ Dazu neuerdings Goldstein (1988), Spree (1991) und Metz (1993).

¹¹ Hinsichtlich der Deutungen neuer sozialer Bewegungen ist insbesondere Roth unter anderem von Marcuse beeinflusst (vgl. Roth 1983; 1985).

¹² Dieses Konzept ist vor allem von französischen Autoren entwickelt worden. Wichtige Vertreter sind Michel Aglietta, Robert Boyer und Alain Lipietz. Für einen Überblick vgl. Brenner/Glick (1991), für eine Kritik von linker Seite vgl. Hübner (1989).

¹³ Zusammenfassend Jessop (1986) und Roth (1989: 20ff).

¹⁴ Generell, so Roth, biete der Ansatz Raum für eine unterschiedliche Situierung sozialer Bewegungen: als Ausdruck und Verstärker von Krisen, als Akteure der Übergangsperiode, als gestaltende Kräfte der neuen Gesellschaft, aber auch als Protagonisten regressiver Krisenlösungen. So sei das fordistische Bewegungsterrain keineswegs durch eine zentrale Bewegung strukturiert worden (Roth 1989: 26).

keltsten kapitalistischen Ländern zur vollen Entfaltung gelangte. "Fordismus steht...für Taylorisierung der Arbeit, auf Massenkonsumgüterproduktion gestützte Kapitalverwertung und Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereiches." (Roth 1983: 323) Zur politischen Gewährleistung dieser Funktionen habe sich ein alle gesellschaftlichen Sphären durchdringender Wohlfahrts- und Überwachungsstaat - ein "Sicherheitsstaat" im doppelten Sinne des Wortes - herausgebildet (Hirsch 1980; 1985).

Neue soziale Bewegungen werden als Produkt bzw. "Kinder" des Fordismus am Ende seiner Boomphase beschrieben. Sie "klagen die liegengeliebenen Versprechen dieser Phase ein: *Modernisierung* der kulturellen, persönlichen und sozialen Verhältnisse." (Roth 1989: 27) Es geht ihnen zum einen um den Abbau von autoritären Überhängen, die Relativierung der puritanischen Leistungsmoral, Selbstverwirklichung und Gestaltung der eigenen Lebensräume, demokratische Normen, Chancengleichheit, reflexiven Umgang mit Lebensstilen. Zugleich artikulieren sie auch die Widerspruchs- und Krisenpotentiale des fordistischen Projekts mit seiner sozialen Isolierung und Atomisierung, Rüstung und Atombewaffung, "schmutzigen" Kriegen in der Dritten Welt, Naturzerstörung und innergesellschaftlichen Gewaltformen. Hieraus ergebe sich die politische Ambivalenz der neuen sozialen Bewegungen, welche sich als Schubkräfte für innere Reformen nutzen ließen, aber auch, und dies zumindest in der Bundesrepublik, gesellschaftliche Krisenprozesse und politische Delegitimation beschleunigten.

Diese fordistische Struktur sei nun in eine Krise geraten, in welcher der Staat "als aktiv handelnder Verursacher von Kapitalentwertung, Naturzerstörung, Dequalifikation, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung" (Hirsch 1980: 73) auftritt und somit neue gesellschaftliche Konfliktzonen und Widerstandspotentiale schafft, die sich jedoch von den traditionellen Klassenkämpfen deutlich abheben und vor allem durch ihre Heterogenität auszeichnen. Die "Zerfaserung der gesellschaftlichen Konflikte" (Roth 1983: 323) hat systematische Gründe und ist nicht Ausdruck einer sich erst entfaltenden Klassenbewegung, wie dies in Überlegungen von Touraine (1973) an klingt. Damit versagen sich auch die Vertreter des Fordismus-Konzepts jegliches revolutionäre Pathos. Die Zukunft des Fordismus wie der neuen sozialen Bewegungen als Produkt und Zeichen seiner Krise ist offen: "ein gemeinsames Projekt der Bewegungspartikel ist zumindest theoretisch nicht vorhersehbar." (Roth 1983: 324) Wird auch keine Abkehr vom Modus kapitalistischer Vergesellschaftung erwartet, so könnte doch innerhalb dieses Rahmens eine neue Etappe in Aussicht stehen. Die neuen sozialen Bewegungen wären dann zu begreifen als Widerstandsformen bzw. Vorboten ei-

¹⁵ Zur historischen Durchsetzung des Fordismus in den USA vgl. Hounshell (1984).

nes Fordismus auf erweiterter Stufenleiter ("Neofordismus") oder aber eines in seinen Konturen noch unscharfen "Postfordismus".

In neueren Arbeiten (Hirsch/Roth 1986; Roth 1989; Mayer/Roth 1993) wird dieser Ansatz zunehmend als Interpretationsfolie (neuer) sozialer Bewegungen im Übergang zum "Postfordismus" genutzt. In dieser Zwischenphase, die Jahrzehnte dauern könne, erhielten die neuen sozialen Bewegungen ihre aktuelle politische und soziale Bedeutung, welche jedoch nicht mit Stärke zu verwechseln sei. Sie bleiben ein minoritärer Akteur, der zwar ein Anregungs- und Innovationspotential liefere, aber politisch schwach sei und auch aufgrund seiner Produktionsferne eher eine Außenseiterrolle einnehme. Damit wird jedoch keine Zerfallsprognose für die Bewegungen verbunden (Roth 1994).

Das Fordismus-Konzept ist ein in weiten Teilen plausibler Deutungsversuch für neue soziale Bewegungen, dem meine eigenen Einschätzungen nahekommen. Auf einige Probleme sei jedoch hingewiesen:

Widersprüchlich scheint mir insbesondere die Position von Hirsch, der einem ökonomistisch reduzierten Marxismus ausdrücklich entgegen will, ihn aber gleichwohl praktiziert.¹⁶

Ein zweites Problem des Ansatzes ergibt sich aus der Periodisierung des Fordismus und dem Zeitpunkt des Auftretens neuer sozialer Bewegungen. Die für den Fordismus angegebenen Merkmale haben sich in den USA bereits ab den 1920er Jahren, in Europa teilweise ab den 1930er Jahren durchgesetzt. Somit hätten auch die negativen Folgen des Fordismus eher sichtbar werden und die neuen sozialen Bewegungen früher auftreten müssen. Wird dagegen das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen ausdrücklich auf eine Spätphase oder Krise des Fordismus bezogen, so müßte m.E. der Begriff neue soziale Bewegungen enger gefaßt werden. Zieht man darin alles vom *Berkeley Free Speech Movement* im Jahr 1964 bis zum Protest der Autonomen in den frühen 1990er Jahren zusammen, so verschwimmt die Vorstellung einer diesen Phänomenen zugrundeliegenden Krise des Fordismus schon in zeitlicher Hinsicht. Speziell für die Bundesrepublik ließe sich fragen, wann der Fordismus seine Blüte und seine Krise erreichte und in welchem Sinne neue soziale Bewegungen hierauf eine Reaktion darstellen.

Weiterhin wäre der Tatsache Rechnung zu tragen, daß innerhalb der neuen sozialen Bewegungen ganz unterschiedliche Stränge koexistieren, die

¹⁶ In Abgrenzung zu jüngeren Theorien des Spätkapitalismus (Habermas, Offe) verneint Hirsch die Vorherrschaft einer politischen Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Namentlich mit Blick auf die sich weltweit verallgemeinernde internationale Kapitalbewegung beharrt er auf der Gültigkeit des Wertgesetzes (1980: 63), das freilich auch politisch durchgesetzt werden muß.

sich nicht pauschal auf eine Krise des Fordismus zurückführen lassen. Beispielsweise ist die neue Frauenbewegung ja keineswegs eine Reaktion auf die "liegendebliebenen Versprechen" des Fordismus. Sie greift zum ersten weitaus ältere Gleichheitsforderungen auf. Sie entwickelt zum zweiten ein Konzept von *Frauenbefreiung*, das - vor allem als Patriarchatskritik - tiefer ansetzt und weder mit Versprechen noch Krisen des Fordismus zu tun hat. Sie entsteht zum dritten in einer Situation der objektiven Verbesserung der Lage von Frauen und kristallisiert sich hierbei auch an Themen wie Abtreibung, sexuelle Selbstbestimmung und Gewalt gegen Frauen - Themen, die ebenfalls weder mit einem Boom noch mit einer Krise des Fordismus in Zusammenhang zu bringen sind.

Schließlich bedürfte das Fordismuskonzept einer Präzisierung der behaupteten Krisenindikatoren sowie der Vorstellung eines - inzwischen wohl als existierend unterstellten - Postfordismus. Mit diesem Übergang wäre auch der notwendig veränderte Status neuer sozialer Bewegungen genauer zu bestimmen.

3.1.3 Zusammenfassung

1. Die angesprochenen Theorien fallen sowohl hinsichtlich ihrer grundlagentheoretischen Orientierung als auch der historischen und gesellschaftstheoretischen Einordnung neuer sozialer Bewegungen extrem auseinander. Gleiches gilt für die hier nicht weiter ausgewiesenen politischen Haltungen zu neuen sozialen Bewegungen, die von entschiedener Zurückweisung (Berger et al.; Bell) über ambivalente Urteile (Habermas, Eder) bis hin zu mehr oder weniger deutlichen Sympathieerklärungen reichen (Touraine, Raschke, Brand, Offe und Hirsch/Roth).

2. Die Mehrzahl der Autoren konvergiert in der Annahme eines großen historischen Dreischritts von bürgerlich-liberalen Bewegungen, Arbeiterbewegungen und neuen sozialen Bewegungen. Auch beziehen sich die meisten Autoren auf Modernisierungsprozesse, ohne sich jedoch detailliert mit Modernisierungstheorien, geschweige denn sehr genau mit empirischen Modernisierungsprozessen zu befassen. Oft dient der Modernisierungsbegriff lediglich als Chiffre für eine Entwicklung, die auf die heutige Gesellschaft - und damit auch die heutigen Bewegungen - verweist.

3. Mit der Neigung zu Großtheorien und plakativen Deutungen ganzer Epochen scheint auch der Drang zu wachsen, neue soziale Bewegungen auf

einen bündigen Nenner zu bringen. Je nach theoretischen Vorlieben und damit verknüpften Reizschwellen für bestimmte empirische Phänomene werden so verschiedene simplifizierende Interpretationen des "Gehalts" oder "Kerns" neuer sozialer Bewegungen angeboten. Sie erscheinen dann wahlweise als "antitechnokratisch" (Touraine), "postindustriell" (Raschke), "modernistisch" (Bell), "entmodernisierend" (Berger et al.) oder "zivilisationskritisch" (Brand); ihr Fokus sei "Schmerz" (Offe, Eder), "Moral" (Eder), "Angst" bzw. "Risiko" (Luhmann), "Hedonismus" (Bell) oder "Ungerechtigkeit" (Turner). Damit ist die Verwirrung komplett.

4. Die babylonische Situation der Theorien zu neuen sozialen Bewegungen läßt sich durch das Verfahren von allgemeiner Behauptung und Gegenbehauptung nicht bereinigen. Einen Ausweg verspricht allein die Klärung theoretischer Referenzpunkte und einer davon angeleiteten empirisch-analytischen Auflösung des Syndroms neuer sozialer Bewegungen. Eine entsprechende Theorie- und Analysestrategie kann nicht von dem Entschluß ausgehen, komplexe Phänomene eindimensional und monokausal auf den Punkt bringen zu wollen. Vielmehr müssen neue soziale Bewegungen historisch-vergleichend eingeordnet und selbst Gegenstand intensiver empirischer Befassung werden. So fordert Roth, die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen solle sich "stärker als bislang auf gesellschaftsanalytisch fundierte Zeitdiagnosen in historischer Perspektive einlassen", welche sich "nicht auf allgemeine Prinzipien reduzieren, sondern...sich an der Interpretation konkreter geschichtlicher Abläufe bewähren, d.h. durch aktuelle Entwicklungen widerlegt werden können." (Roth 1989: 31f.) Letzteres müßte auch einschließen, die Ziel- und Formenvielfalt innerhalb neuer sozialer Bewegungen über Raum und Zeit hinweg zu untersuchen, um auf dieser Basis verallgemeinernde Aussagen anzustreben.

3.2 Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Ein Entwurf

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ansätze sollen im folgenden Annahmen und Profil der eigenen Konzeptualisierung neuer sozialer Bewegungen umrissen werden. Den Ausgangspunkt dazu bildet die bereits vorgestellte Skizze eines allgemeinen Konzepts sozialer Bewegung im Modernisierungsprozeß (vgl. 1.2). Sie wird für den besonderen Gegenstand neue sozia-

le Bewegungen spezifiziert, ohne bereits - wie manche der oben zitierten Autoren - empirische Fragen auf theoretischer Ebene vorentscheiden zu wollen.

3.2.1 *Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus und neue soziale Bewegungen*

Es wurde bereits der Gedanke entwickelt und am historischen Material illustriert, daß relevante soziale Bewegungen durch ihre Stellung zu konkreten Modernisierungsprozessen Sinn und Richtung gewinnen. Die allgemeine These lautet, daß die Wurzeln einer neu aufsteigenden Bewegung in ungelösten Problemen der System- und/oder Sozialintegration liegen - Problemen, die im Falle der neuen sozialen Bewegungen mit einem spezifischen Modernisierungsschub verbunden sind.¹⁷

Der Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus

Die Prozeßstufe, die mit neuen sozialen Bewegungen entsteht und zugleich von diesen - vor allem im soziokulturellen Bereich - mit vorantreiben wird, wurde als wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus bezeichnet. Dessen ökonomische, politische und soziokulturelle Ausprägung ist bereits schlagwortartig umrissen worden und soll nun hinsichtlich der Kernländer Westeuropas näher ausgeführt werden. Länderspezifische Differenzen bleiben ausgeklammert.¹⁸ Im Anschluß an diese Skizze läßt sich auch die hier vorgenommene Begriffswahl begründen.

1. Die zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus führenden Prozesse verlaufen in einzelnen Ländern nicht gleichzeitig, aber lassen sich im Groben den 1960er und frühen 1970er Jahren zuordnen. Besonderes Gewicht scheint diesen Prozessen vor allem deshalb zuzukommen, weil sie innerhalb der Dimensionen von Ökonomie, Politik und Soziokultur ungefähr parallel auftreten und sich in ihren bewegungserzeugenden bzw. bewegungsprägenden Wirkungen wechselseitig verstärken.

¹⁷ Hier folge ich dem Prinzip, das Raschke als "dialektischen Interpretationsansatz" beschrieben hat: "Bewegungen entstehen aus gesellschaftlichen Widersprüchen und sie entwickeln sich in Widersprüchen fort." (Raschke 1985: 448)

¹⁸ Einige der nachfolgenden Zuschreibungen gelten nur teilweise bzw. in geringerem Maße für die USA.

a. Auf *ökonomischer Ebene*¹⁹ zeichnen sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens vor allem folgende drei Tendenzen ab:

Nach "außen" kommt es zu einer wachsenden Internationalisierung wirtschaftlicher Transaktionen, was sich in der Bedeutungszunahme multinationaler Konzerne, der Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer und der stärkeren Verflechtung von Kapitalmärkten ausdrückt (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977; Senghaas 1979). Nach der imperialistischen "äußeren Landnahme", die inzwischen fast völlig rückgängig gemacht wurde, entsteht nun eine eher subtile ökonomische Herrschaft gegenüber den jetzt formal unabhängigen "unterentwickelten" Ländern. Nachteilige *terms of trade* und drückende Schuldenlasten schaffen faktisch ein Abhängigkeitsverhältnis, das von den reichen Ländern auch politisch kapitalisiert werden kann. Damit verstärkt sich insgesamt die Kluft zwischen den ökonomisch führenden Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt, aber auch der Abstand zwischen den expansiven und wettbewerbsfähigen Branchen bzw. Unternehmen und ökonomisch nachhinkenden Bereichen innerhalb der Ersten Welt.

Nach "innen" wird zum einen der traditionelle Sektor zunehmend durch Monetarisierungs- und Vermarktungsprozesse aufgesogen - ein Prozeß, den Burkhardt Lutz (1984) in Anlehnung an Rosa Luxemburg als "innere Landnahme" bezeichnet und empirisch belegt hat. Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist die starke Erhöhung des Anteils abhängiger Erwerbstätigkeit. Zum zweiten verändert sich die Produktionsstruktur selbst. Der Bereich der Massenfertigung wird sprunghaft ausgedehnt und es entstehen neue Märkte für Investitions- und Gebrauchsgüter. Zugleich etablieren sich hochtechnisierte Wachstumsbranchen (vor allem Elektronik, Raumfahrt, Nukleartechnik, computergesteuerte Werkzeugmaschinen), so daß von einer dritten technologischen Revolution gesprochen wird (Bell 1990). Der Dienstleistungssektor, und hier insbesondere der Humandienstleistungsbereich (Bildung, Gesundheitsvorsorge, Sozialarbeit), expandiert sehr stark.

Zum dritten schafft "der größte Boom in der Wirtschaftsgeschichte" (Bell 1979: 36) die Grundlage für eine sprunghafte Steigerung von Wohlfahrtsniveau und Lebensstandard. Die anhaltende Prosperität (in Verbindung mit äußerer Sicherheit) bildet eine relativ stabile Grundlage für die Fortsetzung und Stabilisierung des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit. Ökonomische Konflikte werden im wesentlichen auf Fragen der

¹⁹ Ich folge auf dieser Ebene weitgehend Beschreibungen, die auch im Rahmen von Fordismus-Theorien vorgelegt wurden (zusammenfassend Roth 1989: 20ff.). Im Unterschied dazu betone ich eine spezifischere und jüngere Entwicklung, die von der fordistischen Vergesellschaftung, welche in den USA bereits in den 1920er und 1930er Jahren einsetzte, zu unterscheiden ist.

Verteilung von Zuwächsen reduziert und im Rahmen von Tarifverhandlungen kleingearbeitet.

b. Auf *politischer* Ebene ist der wichtigste äußere Parameter die Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Unter dieser Bedingung rücken die entwickeltsten Staaten des Westens nicht nur militärisch und ideologisch eng zusammen, sondern forcieren im Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus vor allem ihre wirtschaftliche und politische Kooperation. Intern kommt es zur Ausweitung des Interventionsstaates, der zunehmend auch zu politischer Planung und aktiver Intervention übergeht (Reagan 1963; Shonfield 1968; Galbraith 1967). Die Breite und Eingriffstiefe staatlicher Maßnahmen nimmt zu. Das drückt sich aus im Wachstum des zivilen staatlichen Sektors²⁰, verstärkten staatlichen Subventionen im Bereich von Hochtechnologien, Kompensationsleistungen für schrumpfende Industriezweige (besonders Bergbau, Stahl und Werften) und hohen Ausgaben im Infrastrukturbereich. In späteren Phasen wird das keynesianische Instrumentarium der Konjunkturlenkung ausgebaut. Dieser Tätigkeitszuwachs macht eine interne Reorganisation und Rationalisierung des Staatsapparats notwendig. Es steigen die Anforderungen für Aufgaben der Koordination, Planung und Kontrolle. Insgesamt verstärkt diese Entwicklung sowohl das strukturelle Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative als auch die Verflechtung von gesellschaftlichen Großorganisationen und Staat.

In einer ganzen Reihe von Ländern setzen sich neokorporatistische Formen zur politischen Absicherung der Wachstums- und Modernisierungspolitik durch. Damit einher geht eine Schwächung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, der nun weitgehend innerhalb eines triadischen Verhandlungskartells der Spitzen von Staat, Kapital und Arbeit kanalisiert wird. Prototypisch geschieht dies in Österreich, wengleich aufgrund seiner ökonomischen Potenz vor allem das "Modell Deutschland" im Vordergrund steht (Markovits 1982). Radikale politische Parteien verlieren an Gewicht; tendenziell verengt sich das Parteienspektrum; zwischen den großen Volksparteien zeichnet sich - forciert durch den Kampf um die Wähler der Mitte - eine ideologische Annäherung ab. Parteien und Staatsapparat stellen sich zunehmend auf die strategische Beschaffung von Loyalität ein (Narr/Offe 1975). Das politische System erscheint gegenüber Außenseitern abgeschotet und indifferent.

²⁰ Ein nicht nur vordergründiger Zahlenvergleich hätte vor allem die durch die Kriegswirtschaft "künstlich" hochgetriebene Staatsquote der 1930er und 1940er Jahre in Rechnung zu stellen. Zur langfristigen Ausweitung der Staatstätigkeit in mehreren westlichen Ländern vgl. Hage/Hannemann/Gargan (1989) und Chodak (1989). Theoretische Argumente für diese Dynamik bietet Grunow (1986).

Der Machtzuwachs der Exekutive, die Schließungstendenz des etablierten Politikbetriebs und die Verkrustung intermediärer Vermittlungssysteme der Parteien und Interessengruppen provozieren eine massive Kritik an den Mechanismen und Prozeduren politischer Entscheidungsfindung. Einerseits führt dies zu einer "Politisierung der Form" (Narr 1980). Lockere, basisnahe und antihierarchische politische Organisationsformen gewinnen an Attraktivität. Andererseits werden, teilweise bedingt durch Schließungstendenzen der etablierten Politik, bestimmte Problemfelder - vor allem im Reproduktionsbereich - systematisch vernachlässigt, während zugleich der politisch-administrative Gestaltungsanspruch wächst. Die Folge ist eine "Politisierung des Alltags" (Hans-Eckhard Bahr) in dem Sinne, daß nun vermeintlich sekundäre Probleme der Lebensqualität in den Vordergrund rücken und Partizipationsansprüche auch in diesen Fragen geltend gemacht werden.

c. Auf *soziokultureller* Ebene vollziehen sich sowohl in struktureller als auch in ideologischer Hinsicht nachhaltige Veränderungen. Die traditionellen Milieus verlieren an Profil und Bedeutung. Das gilt besonders für das Arbeitermilieu, wo sich ebenfalls individuelle Lebensführungen ausbreiten (für die Bundesrepublik: Mooser 1983; Brock 1991). Die Bindekraft der Kirchen nimmt ab; langfristig angelegte Säkularisierungstrends setzen sich fort (für die Bundesrepublik: Meulemann 1985). Der Stadt-Land-Gegensatz wird weiter abgeschwächt. An die Stelle der alten Milieus treten stärker durch Lebensstile geprägte Milieus, die von homogenisierenden massenkulturellen Einflüssen, aber auch von Einkommensunterschieden und horizontalen Differenzierungen bzw. Ungleichheiten geprägt sind. Besonders markant ist die Expansion des höheren Bildungssystems, verbunden mit dem partiellen Abbau schicht- und geschlechtsspezifischer Selektivität. Es wächst vor allem die sog. neue Mittelschicht. Teils in Verbindung damit erhöht sich der Anteil marktferner Tätigkeiten und sozialer Gruppen, die - relativ entlastet vom industriellen Produktionsregime - stärker auf Sinnfragen orientiert sind und sich gegenüber den Defiziten und Folgelasten von Modernisierungsprozessen als besonders sensibel erweisen (Studenten, Schüler, Humandienstleistende).

Vor allem infolge des erhöhten Bildungsniveaus wächst das politische Interesse und der Wunsch nach mehr Partizipation in politischen, aber auch gesellschaftlichen Fragen. Konzepte von "Selbstverwirklichung" und "life politics" (Giddens 1991: Kap. 7) gewinnen an Bedeutung. Statistisch besonders signifikant ist die Zunahme der Postmaterialisten. Damit lagert sich über das traditionelle Links-Rechts-Cleavage eine zweite Konfliktlinie zwischen Materialisten und Postmaterialisten.

Es zeichnet sich eine kulturelle Liberalisierung ab, sichtbar in einer größeren Toleranz gegenüber abweichenden Minderheiten, mehr Freizügigkeit in sexuellen Fragen, permissiven Tendenzen im Bereich der Erziehung, Bestrebungen einer "Humanisierung des Strafvollzugs" usw. In bestimmten sozialen Milieus setzen sich ausgeprägt hedonistische Orientierungen durch, welche dann - in abgeschwächter Form - in breitere gesellschaftliche Kreise diffundieren. Die Bedeutung von Freizeit- und Konsumorientierungen wächst.

2. Die mit diesen Entwicklungen bezeichnete gesellschaftliche Stufe steht nicht im Gegensatz zum organisierten Kapitalismus, der sich spätestens in den 1930er Jahren durchgesetzt hat (vgl. 2.3). Sie ist vielmehr eine qualitative Weiterentwicklung innerhalb dieses Rahmens, für die mir die Bezeichnung wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus aus mehreren Gründen angezeigt scheint.²¹

Auch wenn gegenüber dem *Kapitalismus*begriff gewisse Berührungspunkte greifen, ist er die Kategorie, welche die tatsächliche materielle Basis der Gesellschaft am präzisesten umschreibt.²² Im Unterschied zu anderen Optionen wie (post-) industrielle Gesellschaft hat der Terminus den entscheidenden Vorteil, die ökonomische Grundstruktur gehaltvoll zu benennen²³ und implizit auf die relative Selbstbeschränkung des Staates gegenüber dieser Struktur hinzuweisen; darüber hinaus diskriminiert er im Hinblick auf die (ehemaligen) realsozialistischen Systeme. Qualifizierende Zusätze wie liberaler und organisierter Kapitalismus können den Grad staatlicher Selbstbeschränkung verdeutlichen.

²¹ Kitschelt (1985b: 192ff.) verwendet den Begriff "politischer Kapitalismus" zur Charakterisierung der Phase, die sich an den Monopolkapitalismus anschließt. Zweifelhaft scheint mir jedoch, ob man wirklich von einer früheren, überwiegend durch Monopole geprägten und inzwischen abgeschlossenen Phase sprechen kann, weil - damals wie heute - nur wenige ökonomische Sektoren durch Monopole bestimmt waren und der Konzentrationsprozeß eher zu- als abgenommen hat. Im übrigen erscheint mir die Benennung der gesellschaftlichen Konfliktachse des "politischen Kapitalismus" als "Produktion versus soziale Konsumtion" zu eng. Die Frage ist, ob es überhaupt noch *eine* zentrale Konfliktachse gibt.

²² "Man kann es (das Wort Kapitalismus, D.R.) irritiert zur Tür hinausjagen, aber es kommt zum Fenster wieder herein. Denn für dieses Wort gibt es keinen adäquaten Ersatz - und schon diese Tatsache allein ist symptomatisch." (Braudel 1986: 46)

²³ "Als 'kapitalistisch' bezeichnen wir eine Gesellschaft, die in ihren bestimmenden Grundzügen von marktvermittelter Privatproduktion, Privateigentum, die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln und durch Lohnarbeit bestimmt ist. Dieses Produktionsverhältnis begründet eine historische Entwicklungs- und Krisendynamik, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sozialen Strukturen, Lebensweisen und die Formen der Arbeitsteilung permanent umgewälzt werden." (Hirsch 1990: 129f.)

Das Adjektiv *organisiert* transportiert einen doppelten Bedeutungsgehalt: Es verweist nicht nur auf die Regulierung der Ökonomie durch den Staat, sondern auch auf das Binnenverhältnis der Einzelkapitale, die sich verschränken und übergreifende Strukturen ausbilden. Der Begriff organisierter Kapitalismus hat gegenüber dem durchaus traditionsreichen Begriff Spätkapitalismus²⁴ den Vorzug, nicht schon das anstehende Ende dieser gesellschaftlichen Ordnung zu suggerieren. Schließlich ist er auch genügend plastisch, um eine längere Periode einschließlich neuerer Entwicklungen abzudecken. Hierbei bietet sich jedoch eine Phasenunterteilung an.

Sieht man von Sonderentwicklungen wie dem Faschismus ab, so lassen sich im Groben zwei Perioden des organisierten Kapitalismus unterscheiden. In der ersten Phase beschränkten sich Staatsinterventionen weitgehend auf strukturierende Rahmenvorhaben, Investitionssteuerungen in wenigen Wirtschaftssektoren (vor allem Schwerindustrie, Rüstung), begrenzte Infrastrukturleistungen (vor allem Verkehr, Kommunikation, Bildung) und auf Notfälle zugeschnittene Systeme sozialer Sicherung. In der zweiten Phase des *wohlfahrtsstaatlichen* Kapitalismus werden diese Aufgaben erstens verbreitert und intensiviert. Es wachsen - bei weitgehender Beibehaltung des konkurrenzwirtschaftlich-kapitalistischen Rahmens - dem Staat umfassende Lenkungs- und Planungsaufgaben in neuen Bereichen zu, bei denen zunehmend auch internationale Abstimmungen erfolgen. Zu denken ist hier vor allem an Währungspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik sowie Raumordnung und Umweltpolitik. Zweitens, und wohl wichtiger, wird der gesamte Sektor der Sozialpolitik massiv ausgeweitet, so daß nun von einem Wohlfahrtsstaat gesprochen werden kann. Neben den Anspruch auf die Absicherung für existentielle Risiken tritt nun der Anspruch auf Wohlfahrt als ein Quasi-Bürgerrecht. Es geht nicht länger um Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sondern Kindergartenplätze, Mietzuschüsse, Umschulungsbeihilfen, Anpassung der Renten an das Lohnniveau usw. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, bedarf es einer nach politischen Kriterien bestimmten, wenngleich sehr begrenzten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Gegenleistung hierfür ist die relative Friedfertigkeit der Gewerkschaften, die sich in ein System der "Sozialpartnerschaft" einbinden lassen. Grundlage dieser Expansion der Staatstätigkeit ist eine florierende Wirtschaft²⁵, die zugleich eine allgemeine Anhebung des Lebens-

²⁴ Bereits Werner Sombart (1921-27) unterschied zwischen Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus. Bei letzterem, der nach dem Ersten Weltkrieg angesetzt wird, nehmen die spezifisch kapitalistischen Elemente zugunsten "gemischter" öffentlich-privater Unternehmen, staatlich-kommunaler Einrichtungen und nichtkapitalistischer wirtschaftlicher Bestrebungen ab.

²⁵ Damit schließe ich mich der Interpretation von Berger (1983: 313) an: "Die Wachs-

standards erlaubt. Hierbei werden, ganz im Sinne des "Fahrstuhleffekts", bestehende Einkommensdifferenzen keineswegs eingeebnet, sondern auf höherem Niveau reproduziert.²⁶

Die damit entstehende Modernisierungsstufe ist nicht nur von einer "Durchstaatlichung" der Gesellschaft, sondern auch deren *Polittisierung* geprägt.²⁷ Diese manifestiert sich in gesteigerten Anspruchshaltungen an Politik, einem wachsenden, auch demoskopisch faßbaren politischen Interesse der Gesamtbevölkerung und vermehrten Partizipationsforderungen. Letztere beziehen sich nicht nur auf genuin staatlich-administrative Belange, sondern ebenso auf das gesellschaftliche Binnenverhältnis, also die interne Regulierung sozialer Beziehungen durch außerstaatliche Großorganisationen, aber auch auf Stadtbezirke, Nachbarschaften usw. Ein Indikator hierfür ist die Zunahme von Bürgerinitiativen. Schließlich politisiert sich die Gesellschaft in soziokulturellen Fragen, die vormals zumindest teilweise der Privatsphäre zugeordnet waren. Hierzu gehört offensive Thematisierung geschlechtsspezifischer Benachteiligung und Diskriminierung (z.B. Homosexualität, Gewalt in der Ehe), die Verknüpfung von Krankheit und Gesellschaft (z.B. im Psychatriebereich, Drogenkonsum, Stressphänomene) und die Mobilisierung entlang von askriptiven Kategorien wie Jugend und Alter für politischen Protest. Dabei kommt es zu gesteigerten Erwartungen gegenüber staatlichen Problemlösungen wie auch neuen Formen gesellschaftlicher Selbsthilfe. Letztere bedeuten keine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat, bleiben sie doch quantitativ bescheiden und werden zudem in nicht unerheblichem Umfang direkt oder indirekt staatlich subventioniert.

3. Legt man den hier entwickelten Modernisierungsbegriff (vgl. 1.1.3) zugrunde, so kann nur ein Teil der oben angesprochenen Entwicklungen als fortlaufende Modernisierung interpretiert werden. Dies gilt am ehesten für den soziokulturellen Bereich, wo sich fast alle genannten Entwicklungen im Sinne einer weiteren Systemdifferenzierung und besonders Ich-Zentrierung mit den entsprechenden Tendenzen zu Staterwerb und Rollenflexibilisierung deuten lassen. Verschiedene Prozesse im ökonomischen (z.B. wach-

tumserfolge des Nachkriegskapitalismus beruhen m.E. auf drei fundamentalen institutionellen Neuerungen, die ihn vom vorangegangenen Stadium der kapitalistischen Entwicklung deutlich abgrenzen. Der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus, wie er sich in den Ländern des Westens durchgesetzt hat, ist durch *Staatsinterventionismus*, *Sozialstaatlichkeit* und *Sozialpartnerschaft* gekennzeichnet."

²⁶ Ganz abgesehen von den USA gibt es auch in den Kernländern Westeuropas Tendenzen zu einer "Zwei-Drittel-Gesellschaft" mit mehr oder weniger großen Armutsbereichen.

²⁷ Damit entfällt die liberale Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft. Wurden beide Elemente noch in zwei Teilen der Weimarer Reichsverfassung dichotomisiert, so unterläßt das Grundgesetz diese Grenzziehung.

sende Kapitalverflechtung) und im politischen Bereich (z.B. Ausweitung korporatistisch abgestützter Staatsintervention) widerprechen dagegen sowohl den systemischen Modernisierungskriterien von Differenzierung, Rationalisierung und Autonomisierung als auch den für die personale Ebene genannten Kriterien. Angesichts dieses Zwischenbefunds ist die ursprüngliche Annahme zu differenzieren, beim Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus handle es sich um einen kompakten Modernisierungsschub.

Die ambivalente Stellung neuer sozialer Bewegungen

Die Frage, ob die neuen sozialen Bewegungen pro- oder antimodern seien, ist so nicht beantwortbar und demnach falsch gestellt. Dafür spricht eine Reihe von Gründen:

Die bisherige Diskussion zeigte erstens, daß Modernisierung ein mehrdimensionaler Prozeß ist, der sich zudem auf Schichten unterschiedlicher Tiefe erstreckt. Soziale Bewegungen beziehen sich immer nur in Ausschnitten darauf; oft unterscheiden sie nicht zwischen Anlässen und Ursachen ihres Unbehagens; sie bewegen sich manchmal von der Kritik an konkreten Erscheinungsformen weiter zur Kritik an grundsätzlichen Strukturen und Prinzipien; sie können aber auch ihre ursprüngliche Radikalkritik mäßigen oder das Objekt ihrer Kritik wechseln. Zweitens ist zu beachten, daß kollektive Akteure wie beispielsweise die neuen sozialen Bewegungen nicht mit *einer* Stimme sprechen. Wir müssen vielmehr dieses "multipolar action system" (Melucci 1988: 332) in seine Komponenten zerlegen und dabei insbesondere den Aspekten von instrumenteller und expressiver Handlungslogik sowie von offensiven und defensiven Bewegungsanteilen Rechnung tragen. Selbst wenn wir nur *einen* Referenzpunkt heranziehen, sind somit verschiedene, sich möglicherweise sogar widersprechende Haltungen möglich. Schließlich ist bei der Frage nach der Stellung eines Akteurs zu "X" klärungsbedürftig, ob von einer subjektiven Haltung oder einer objektiven Position bzw. Funktion die Rede sein soll. Die undifferenzierte Klassifizierung neuer sozialer Bewegungen als pro- oder antimodern sollte demnach ad acta gelegt werden.

Hinsichtlich der Durchsetzung des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus erscheint jedoch die generelle These plausibel, daß die neuen sozialen Bewegungen, ungeachtet ihrer internen Differenzierungen, eine *ambivalente* Haltung einnehmen. Dies läßt sich mit Blick auf die Dimensionen von Ökonomie, Politik und Soziokultur näher erläutern.

Identifiziert man den für die 1960er und frühen 1970er Jahre charakteristischen *ökonomischen* Trend primär als fortschreitende Kommodifizierung im Dienste einer kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumspolitik, so stehen die neuen sozialen Bewegungen dazu in einem kritischen oder sogar oppositionellen Verhältnis, sind also in dieser Hinsicht Gegner des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Ungeachtet dieser Trenaussage gilt, daß sie vom Ergebnis dieser Entwicklung, der Anhebung des Wohlfahrtsniveaus, profitieren und Teilentwicklungen, beispielsweise die Ausdehnung der Erwerbsquote von Frauen, im Prinzip gutheißen.

Identifiziert man den *politisch-institutionellen* Trend vor allem als Technokratisierung und korporatistische Schließung von Politik, so treten die neuen sozialen Bewegungen wiederum als entschiedene Gegner dieser Entwicklungen auf. Abgelehnt wird allerdings nicht der damit gleichfalls verknüpfte Anspruch, staatliche Maßnahmen zu koordinieren und auf längere Zeithorizonte auszurichten. Das entscheidende Kriterium ist vielmehr, wer Einfluß auf solche Planungsprozesse erhält und welche Interessen Berücksichtigung finden.

Identifiziert man den *soziokulturellen* Trend primär als Öffnung des Bildungswesens, Verbreiterung kognitiven Wissens, Liberalisierung von Sozialisationsmustern und Pluralisierung von Lebensstilen, so sind die neuen Bewegungen ein wichtiger Wegbereiter und Träger dieser Entwicklung. Soweit jedoch der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus auch zur Durchsetzung einer homogenisierenden Massenkultur beiträgt, läuft er den von neuen sozialen Bewegungen verfochtenen Bestrebungen nach Individualisierung und Authentizität zuwider.

So ambivalent sich der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus zu den Strukturprinzipien der Moderne verhält, so ambivalent stehen die neuen sozialen Bewegungen zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Das ergibt sich nicht nur aus ihrer Position zu Entwicklungen innerhalb einzelner gesellschaftlicher Dimensionen, sondern aus ihrem generellen Status. Einerseits sind die neuen sozialen Bewegungen durch den Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus hervorgebracht worden. Sie profitieren von ihm und sie treiben ihn bewußt, und nicht nur wider ihre Absicht, voran. Andererseits leiden sie an diesem Kapitalismus, bekämpfen Teilentwicklungen und reiben sich an bestimmten Folgewirkungen. Das führt zuweilen zu widersprüchlichen Forderungen und einer Art *double bind*-Situation. So wird zugleich mehr gesellschaftliche Autonomie und mehr Staatskontrolle gefordert; staatliche Leistungen sollen ausgebaut und beschnitten, ökonomische Strukturen dezentralisiert und übergreifenden Vorgaben unterworfen wer-

den; die Mediatisierung sozialer Beziehungen durch technische Mittel wird beklagt und zugleich werden diese Mittel für eigene Zwecke eingesetzt.

In ihrer Kritik an konkreten Erscheinungsformen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus stoßen die neuen Bewegungen aber auch auf tiefer liegende Strukturen: den organisierten Kapitalismus, den Kapitalismus per se und schließlich die Prinzipien der Moderne. Auch hier zeigt sich zuweilen eine ambivalente Position: Funktionale Differenzierung wird zurückgewiesen, aber an ihren Leistungen soll festgehalten werden; soziale Atomisierung wird beklagt, aber individuelle Selbstentfaltung begrüßt. Da diese "vertikalen" Bezugsebenen kaum voneinander getrennt und diese "horizontalen" Widersprüche auf der Ebene von Ökonomie, Politik und Soziokultur nicht geklärt werden, ergibt sich insgesamt ein verwirrendes Bild, das sich in den theoretischen Debatten spiegelt.

3.2.2 Historische Vorläuferbewegungen und neue soziale Bewegungen

Insofern bereits im Begriff der neuen sozialen Bewegungen eine historische Referenz eingebaut ist, erscheint es sinnvoll, diese Bewegungen mit historischen Vorläufern zu vergleichen.

Die tiefenstrukturellen Modernisierungstrends wurden zusammenfassend als Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme und als Ich-Zentrierung von Weltbildern beschrieben. Historisch setzen sich diese Trends diskontinuierlich durch, in Form von Modernisierungsschüben und darin eingelagerten bahnbrechenden Großereignissen. Bewegungen (und Gegenbewegungen) hatten daran einen mehr oder weniger großen Anteil.

Sieht man einmal von Renaissance und Reformation als wegbereitenden Vorstufen ab, so bilden die Aufklärung und die damit verbundenen institutionellen Neuerungen den ersten und wirksamsten Schlüsselprozeß, der die noch heute bestehenden Fundamente moderner Gesellschaft geschaffen hat. Die *bürgerlich-liberale Bewegung* ist die entscheidende promoderne und in diesem Sinne progressive Kraft, die diese Entwicklungen verkörpert und vorantreibt, mit deren sukzessiver Durchsetzung allerdings an Dynamik verliert.

Die Effekte politischer, ökonomischer und soziokultureller Rationalisierungs- und Autonomisierungsprozesse sind jedoch zwiespältig. Bewirken sie auf der einen Seite systemische Leistungssteigerungen und erhöhen poli-

tische bzw. individuelle Optionen, so produzieren sie auf der anderen Seite Elend und Ausbeutung. Hier liegen die Ansatzpunkte der *sozialistischen Arbeiterbewegung*. Sie bezieht sich positiv auf die emanzipativen Gehalte der bürgerlichen Aufklärung und wird so - beispielsweise in der Verfassungsfrage - zum Verbündeten der bürgerlichen Radikalen; sie wendet sich aber zugleich gegen die destruktiven Folgen des Kapitalismus und wird so partiell zum Gegenspieler des (bürgerlichen) Konservatismus, der sich im wesentlichen auf die Besitzklasse stützt. Im Unterschied zur bürgerlich-liberalen Bewegung wirkt die Arbeiterbewegung auch Individualisierungsprozessen entgegen und kann somit nur partiell als promodern eingestuft werden.

Die Arbeiterbewegung verfehlt zwar ihr Hauptziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber sie bleibt keineswegs folgenlos. Auf ökonomischer Ebene etabliert sie ein Gegengewicht zur Kapitalseite und partizipiert - über nackte Reproduktionserfordernisse hinaus - nicht nur direkt an der Mehrwertproduktion, sondern erreicht auch eine sozialstaatliche Absicherung existenzieller Risiken und eine partielle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Auf politischer Ebene gelingt ihr im Verbund mit bürgerlichen Radikalen die Durchsetzung universeller demokratischer Inklusion. Ökonomische wie politische Errungenschaften haben freilich ihren Preis: Es kommt zur Entideologisierung, Entradikalisierung und Oligarchisierung der Arbeiterbewegung bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen, später auch - teils aus ganz anderen Gründen - zur Erosion ihrer lebensweltlichen Verankerung. Damit verliert die Bewegung ihre gesellschaftsverändernde Kraft.

Auf soziokultureller Ebene sind die Einflüsse der Arbeiterbewegung relativ schwach. Zwar ergeben sich zweiseitige Diffusionseffekte zwischen proletarischer und bürgerlicher Kultur, doch bleibt letztere insgesamt dominant, zumal sie gerade für die aufstiegsorientierte Arbeiterschaft ein Orientierungsmuster darstellt.

Bezogen auf die Gesamtgesellschaft sind vor allem zwei Effekte dieser Entwicklungen zu verzeichnen, die gleichzeitig Ausgangsbedingungen für den wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus bilden. Zum ersten werden die Nachfolgeorganisationen der Arbeiterbewegung in das wirtschaftliche Wachstumskartell integriert und tragen damit zu dessen Stabilisierung, aber auch zur Produktion negativer Nebenfolgen bei. Zum zweiten werden sie in ein politisches Kartell integriert, das auf ein strikt repräsentatives Politikmodell ausgerichtet ist. Das Ergebnis ist die Marginalisierung radikal-oppositioneller Ideen und Kräfte. Damit entsteht ein politisches Vakuum in diesem Bereich. Hier liegen wiederum die beiden zentralen Anknüpfungs-

punkte der *neuen sozialen Bewegungen*. Sie entstehen auf dem Boden des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus und in Abgrenzung zu den darauf verpflichteten Arbeiterorganisationen.

In ökonomischer Hinsicht wenden sich die neuen sozialen Bewegungen gegen das Wachstumskartell und avancieren damit zu einem wichtigen Widersacher der Arbeiterorganisationen. Erst mit deren Öffnung für Fragen der Lebensqualität schwindet die Bedeutung dieser Konfliktlinie. In politischer Hinsicht sind die neuen sozialen Bewegungen vor allem Erben des radikal-liberalen Bürgertums und der sozialistischen Arbeiterbewegung. Soweit sie sich jedoch auch gegen die Dominanz der Repräsentativdemokratie und gegen das korporatistische Elitenkartell stellen, werden sie auch in dieser Hinsicht zum partiellen Gegenspieler der Nachfolgeorganisationen der Arbeiterbewegung. Zugleich ist das radikale Bürgertum als politische Kraft nahezu verschwunden, so daß der Bürgerbegriff - im Sinne des Staatsbürgers - gleichsam von außen neu und positiv besetzt werden kann. In soziokultureller Hinsicht knüpfen die neuen sozialen Bewegungen nicht an den calvinistischen, sondern den libertären Strömungen des Bürgertums an und wenden sich gegen restriktive und autoritäre Muster kultureller Integration. Ein zweiter, teils damit verbundener Anknüpfungspunkt sind die kultur- und zivilisationskritischen Strömungen, die um die Jahrhundertwende, namentlich in Deutschland, eine Blüte erlebten und dabei sowohl progressive als auch konservative Ausprägungen annahmen.

Auch bezogen auf funktionale Differenzierung und Ich-Zentrierung als den Schlüsselprozessen der Moderne nehmen die neuen sozialen Bewegungen eine ambivalente Stellung ein. Im Vergleich zu den Arbeiterbewegungen verkehren sich nun allerdings die Vorzeichen. Die Haltung der neuen sozialen Bewegungen zu funktionaler Differenzierung ist eher negativ bzw. begrenzend, während Ich-Zentrierung im Kern begrüßt und weitergetrieben wird.

Verallgemeinernd kann man also von einer historischen Abfolge und Überlagerung von Großbewegungen sprechen, die auf dem Boden der Moderne wachsen, aber mit ihren Teilerfolgen an Dynamik verlieren. Sie nehmen jeweils Momente ihrer Vorläufer auf, wenden sich aber auch kritisch gegen die von diesen mitproduzierten Pathologien. Somit bilden sich diese Bewegungen in einem Spannungsverhältnis von Wahlverwandschaft und Distanz zur ihren Vorläufern aus. Erst im Zeitverlauf führen sukzessive Angleichungs-, Assimilations- und Lernprozesse dazu, daß diese partiellen Gegensätze abgebaut werden.

Akzeptiert man diese komplexere Deutung der neuen sozialen Bewegungen vor dem Hintergrund langfristig geltender Tiefenstrukturen und zeitge-

nössischer Modernisierungsprozesse, so ist gegenüber plakativen Klassifizierungen Skepsis angebracht. Das gilt für die säuberliche Aufspaltung in progressiv-emanzipatorische Teile und Rückzugspotentiale unter dem alleinigen Gesichtspunkt "kultureller Rationalisierung" (Habermas), für die vorgebliche Zentrierung der neuen sozialen Bewegungen auf archimedische Punkte wie "Technokratie" (Alain Touraine), "Schmerz" (Claus Offe; Klaus Eder), ein Paradigma der "Lebensweise" (Joachim Raschke) oder Fragen der "Identität" (Alberto Melucci).

Nur auf Grundlage einer langfristigen historischen Betrachtung läßt sich auch die Frage angehen, in welcher Hinsicht und zu welchem Grad es sich bei den neuen sozialen Bewegungen tatsächlich um *neue* Bewegungen han-

Tabelle 3.1
Gegenüberstellung relevanter progressiver Bewegungen

	Bürgerlicher Liberalismus	Arbeiterbewegung	Neue soziale Bewegungen
Handlungsimpuls	absolutistische Willkür	ökonomische Verelendung; politische Kontrolle	existenzielle Bedrohung; korporatistische Schließung; Vermachtung des Alltagslebens
Ziele	ökonomische und politische Freiheit	soziale Gerechtigkeit; politische Demokratisierung	Erhaltung der Lebensgrundlagen; Lebensqualität; umfassende Partizipation
sozialer Kern	Bildungsbürgertum	Facharbeiter	neue Mittelklasse
Binnenorganisation	Assoziationen; Clubs	zweckrationaler Verband	Initiativgruppen; Netzwerke
Strategie	politische Revolution	politische Revolution; Vergesellschaftung der Produktionsmittel	radikale Reform; umfassende bürger-schaftliche Aktivierung
Ordnungsmodell	liberaler Rechtsstaat	a) demokratischer Sozialismus b) kapitalistisch-demokratischer Wohlfahrtsstaat	diffus (aktive Gesellschaft, Zivilgesellschaft usw.)

delt. Verschiedene Versuche zur Beantwortung dieser Frage mußten schon deshalb unbefriedigend ausfallen, weil sie entweder keinen Vergleich mit Vorläuferbewegungen angestellt oder aber alten bzw. neuen Bewegungen eindimensionale, oft bloß ad hoc behauptete Merkmale zugeschrieben haben. Das führte dann meist zu einer glatten Bejahung oder Verneinung der gestellten Frage. Ohne den empirischen Analysen vorzugreifen, kann aufgrund der bisherigen theoretischen Überlegungen eine vorläufige Antwort in mehreren Schritten versucht werden. Das Ergebnis des ersten Schritts, der generalisierende Vergleich mit den *indirekten* historischen Vorläufern, wird hier tabellarisch zusammengefaßt (Tabelle 3.1).

3.2.3 Die Neue Linke als Brücke zwischen alten und neuen Bewegungen

Die besonderen Merkmale neuer sozialer Bewegungen lassen sich in einem zweiten Schritt durch den Vergleich mit den *direkten* Vorläuferbewegungen weiter erhellen. Hierzu unterscheide ich - im Gegensatz zur Mehrzahl der einschlägigen Autoren - zwischen den neuen sozialen Bewegungen einerseits und der Neuen Linken und speziell den Studentenbewegungen der 1960er Jahre andererseits.

Die Neue Linke, so meine These, ist noch keine genuin *neue* soziale Bewegung; sie bildet vielmehr ein Bindeglied zwischen den historischen Vorläuferbewegungen und den neuen Bewegungen (Rucht 1993a). Ihre Zwischenstellung ergibt sich in mehrfacher Hinsicht. Einerseits stand die Neue Linke in der marxistisch-sozialistischen Tradition des Antikapitalismus und Antiimperialismus und anerkannte die Zentralität der Arbeiterbewegung als einer (potentiell) revolutionären Kraft. Insofern war sie den alten Bewegungen, genauer: der Arbeiterbewegung, eng verbunden. Andererseits lehnte sie straffe Kaderorganisationen ab und betonte in ihren antiautoritären und spontaneistischen Zügen den "subjektiven Faktor" von Politik. Darin offenbarte sich die Distanz zu alten Bewegungen und es wurden Merkmale der neuen sozialen Bewegungen vorweggenommen.

Erst mit den der Studentenbewegung nachfolgenden und durch sie stark inspirierten Bewegungen (insbesondere von Frauen, Bürgerinitiativen sowie Ökologie- und Friedensgruppen) riß das ideologische Band zur Arbeiterbewegung. Zugleich wurde auch das revolutionäre Pathos der Studentenbewegung zurückgewiesen. An die Stelle einer durchformulierten linksrevolu-

tionären Ideologie trat ein bis heute diffus gebliebenes reformerisches Konzept in nur partieller Distanz zum (wohlfahrtsstaatlichen) Kapitalismus und zur repräsentativen Demokratie. Kennzeichnend für die neuen sozialen Bewegungen ist eine gewisse ideologische Offenheit. Dabei spielte anfangs noch die Vorstellung einer "sanften", dezentralen, individuelle Selbstverwirklichung ermöglichenden gesellschaftlichen Ordnung eine wichtige Rolle. In späteren Phasen war eher eine Politikvorstellung leitend, die von katastrophischen Erwartungen geprägt war und auf Schadensbegrenzung in konkreten Politikfeldern drängte. Die emphatische Propagierung eines geschlossenen Gegenentwurfs zum Status quo, wie er noch für die Studentenbewegung charakteristisch war, erschien nun zunehmend hohl. Selbst die utopischen Gehalte früherer Gesellschaftsentwürfe wurden stillschweigend eingezogen. Mit ihrer pragmatischen Wende näherten sich die neuen sozialen Bewegungen stärker den traditionellen reformsozialistischen und sozialdemokratischen Kräften, zumal sich diese ihrerseits für Anliegen und Themen der neuen Bewegungen zu öffnen begannen. Ein über die engere Parteipolitik hinausreichendes rot-grünes Bündnis rückte zumindest in den Bereich des Möglichen und wurde auch von verschiedenen Theoretikern und Strategen aktiv vorangetrieben.²⁸

3.2.4 Was sind neue soziale Bewegungen?

Im Sinne einer vorerst lediglich theoretisch und durch mehrere Vergleichsstufen vorbereiteten Zwischenbilanz läßt sich ein erstes Fazit hinsichtlich der Charakterisierung neuer sozialer Bewegungen ziehen.

Die neuen sozialen Bewegungen sind ein raum-zeitlich eingrenzbare Phänomen, das mit der Phase des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus in den 1960er und 1970er Jahren entsteht²⁹ und zu diesem eine grundsätzlich ambivalente Haltung einnimmt. Einerseits werden - vor allem im soziokulturellen Bereich - bestimmte Entwicklungen des wohlfahrtsstaatlichen Ka-

²⁸ Zu frühen Verfechtern eines solchen Bündnisses gehörten z.B. André Gorz, Rudi Dutschke, Herbert Marcuse, Johan Galtung und Murray Bookchin.

²⁹ Damit wird nicht ausgeschlossen, daß sich Elemente neuer sozialer Bewegungen auch in osteuropäischen Ländern oder Dritte-Welt-Ländern finden können. Allerdings sind die neuen Bewegungen in diesen Regionen weder zuerst entstanden noch haben sie dort eine Dichte und politische Bedeutung erlangt, die den westlichen Bewegungen entspreche. Genetisch lassen sich die neuen sozialen Bewegungen in Osteuropa und der Dritten Welt weitgehend auf die Vorbilder und die Diffusionseffekte aus den westlichen Industrieländern zurückführen.

pitalismus begrüßt und vorangetrieben, andererseits entzündet sich massive Kritik an einem Teil seiner ökonomischen und politischen Erscheinungsformen. Auch gegenüber den Basisprozessen von Modernisierung bleibt die Haltung der neuen sozialen Bewegungen ambivalent. Funktionale Differenzierung soll reduziert oder zumindest in ihren Folgen stärker bedacht werden; Prozesse der Ich-Zentrierung werden offensiv aufgegriffen und weitergeführt.

Neue soziale Bewegungen sind nicht mit zeitgenössischen Bewegungen jeglicher politischer Couleur gleichzusetzen; sie stehen vielmehr in der Traditionslinie demokratischer Bewegungen, von denen sie sich aber zugleich abheben. Die Kontinuität zeigt sich in einem dominant linken, egalitären und emanzipatorischen Politikverständnis, das an Ideen des bürgerlichen Liberalismus und des Sozialismus anknüpft. Neue soziale Bewegungen stehen für eine "Demokratie von unten" (Koopmans 1992; Roth 1994). Die Diskontinuität besteht im Bruch mit bestimmten Politikvorstellungen vor allem der sozialistischen Arbeiterbewegung. Hierzu gehören das Konzept des revolutionären Klassenkampfes, das Vertrauen auf zentralistische, planungsstaatliche Regulierungsformen und die Verdrängung spontaneistischer, subjektiver Politikmuster. Zwischen den alten und den neuen Bewegungen steht in einer Brückenfunktion die Neue Linke.

Stellt man die angedeuteten Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Verhältnis zu indirekten und direkten Vorläuferbewegungen in Rechnung, so lassen sich neue soziale Bewegungen in vierfacher Weise charakterisieren:

(1) In *ideologischer* Hinsicht haben die neuen sozialen Bewegungen ein gebrochenes Verhältnis zum Modernisierungsprozeß: Einerseits befürworten sie eine egalitär-demokratische Gesellschaftsordnung mit hohen Partizipationschancen und Möglichkeiten der Selbstentfaltung; andererseits wenden sie sich gegen den Vorrang instrumenteller Vernunft und die damit verbundenen Folgen (extreme funktionale Differenzierung; Externalisierung von Kosten usw.). Entsprechend ambivalent ist auch das Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus.

(2) In *organisatorischer* Hinsicht bevorzugen sie dezentrale, hohe Autonomie gewährende Strukturen und tendieren damit zu lockeren Netzwerken an Stelle von straffen und hierarchischen Bewegungsorganisationen.

(3) In *strategischer* Hinsicht orientieren sie sich an einem reformerischen Kurs, der sowohl an strukturellen als auch persönlichen Veränderungen ansetzt und dabei Ziel und Weg, Inhalt und Form möglichst in Einklang zu bringen sucht.

(4) Den *sozialstrukturellen Kern* der neuen sozialen Bewegungen bilden die neuen Mittelschichten und insbesondere Angehörige des Humandienst-

leistungssektors. Damit verfügen die Bewegungen über hohe kognitive Ressourcen und nicht unbeträchtliche Einflußchancen in der politischen Öffentlichkeit.

Es fällt auf, daß die neuen sozialen Bewegungen mit keiner einheitlichen und starken Gegenbewegung konfrontiert sind.³⁰ Dies, so meine These, ist Ausdruck einer in mehrfacher Hinsicht bestehenden "Zwischenlage" dieser Bewegungen, die sich schwerlich für klare Frontstellungen eignet. Hierzu zählen (a) die ambivalente Haltung zum Modernisierungsprozeß im allgemeinen und zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus im besonderen, (b) die dezentrale und wenig kompakte, aber gleichwohl handlungsfähige Struktur, (c) die reformistische Strategie und (d) eine sozialstrukturelle Lage, die weder durch Marginalität noch durch eine politisch-soziale Zentralstellung gekennzeichnet ist.

Dieses Gesamtsyndrom von Merkmalen ist historisch neu.³¹ Das gilt unbeschadet der Tatsache, daß für jedes einzelne Merkmal Parallelen in Vorläuferbewegungen zu finden sind. Nur durch die Isolierung und Verabsolutierung einzelner Charakteristika neuer sozialer Bewegungen ergeben sich falsche Etikettierungen und vorschnelle historische Parallelisierungen, die neue soziale Bewegungen als "kleinbürgerlich", "antimodernistisch"³², "entmodernisierend", "neopopulistisch", "defensiv", "identitätszentriert" usw. erscheinen lassen. Gegenüber solchen Reduktionen ist auf einer Begriffs- und Analysestrategie zu beharren, die (a) den Bezug neuer sozialer Bewegungen sowohl zu weit zurückreichenden als auch jüngeren Modernisierungsprozessen herstellt und (b) generalisierende Merkmalszuschreibungen vor dem Hintergrund einer breiten empirischen und möglichst vergleichenden Betrachtung vornimmt. Dieser zweiten Aufgabe sind die weiteren Kapitel dieser Studie gewidmet.

³⁰ Raschke (1985: 450f.) betont diesen Sachverhalt, begründet ihn jedoch mit der "Stärke der herrschenden ökonomischen und politischen Institutionen und deren funktionierender Kontrolle durch die Träger konservativer Interessenlagen (zu denen inzwischen auch größere Teile der Arbeiterschaft gestoßen sind)." Dies wäre in einer zeit- und ländervergleichenden Analyse zu belegen.

³¹ Manche Sozialhistoriker bezweifeln dies: "...everything that Alberto Melucci or Alain Touraine say about new social movements, you could also say about Chartism in its early phases, or about any number of other challenges that occurred in the early 19th century." (Tilly 1993a: 61f.; ähnlich auch Vester 1983).

³² Insoweit präzisiere ich auch frühere Interpretationsversuche, an denen ich beteiligt war (Brand/Büsser/Rucht 1986). Unsere Etikettierung neuer sozialer Bewegungen als "antimodernistisch" wurde von mehreren Autoren unbefragt und auf Basis einer flüchtigen Lektüre übernommen, ohne die zugrundeliegende explizite Trennung von "modern" und "modernistisch" zu beachten. Das lag aber auch an unserer nur angedeuteten Begriffsstrategie und der mangelnden Ausarbeitung des modernisierungstheoretischen Konzepts.

Kapitel 4

Bewegungssektoren und Bewegungsfamilien: USA, Frankreich, Bundesrepublik

Im folgenden geht es um einen empirisch orientierten Überblick zu dem Bewegungsspektrum, das in Europa meist mit dem Begriff "neue soziale Bewegungen" belegt wird. In den USA, wo die Unterscheidung zwischen alten und neuen Bewegungen weniger Sinn macht, sind Termini wie "progressive movements", "leftist movements" oder "left-libertarian movements"¹ geläufig. Gleich welcher Sammelbegriff gewählt wird - gemeinsam ist die Unterstellung, daß die damit bezeichneten Einzelbewegungen übergreifende Merkmale aufweisen, die es rechtfertigen, von einem eigenen Bewegungstypus zu sprechen. Hierfür ist, in Analogie zu dem in der Parteienforschung fest etablierten Begriff der Parteienfamilie (bzw. *famille spirituelle*, *famille politique*) (von Beyme 1984: 43), der Terminus Bewegungsfamilie vorgeschlagen worden (della Porta/Rucht 1991: 2). Wie in der Parteienliteratur, die eine grundlegende Dreiteilung in eine konservative, liberale und sozialistische Parteienfamilie oder noch feinere Differenzierungen vornimmt², können entsprechende Bewegungsfamilien unterschieden werden. Eine *Bewegungsfamilie* ist demnach eine Gruppe von Bewegungen, welche unabhängig von ihren je spezifischen Anliegen, Formen und Strategien gemeinsame Grundwerte teilen und ähnliche Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung entwickeln. Aufgrund dieser Wahlverwandtschaft neigen solche Bewegungen auch zu organisatorischen Überlappungen und gelegentlichen Allianzen.

Innerhalb eines bestimmten raum-zeitlichen Kontexts ist in der Regel von der Koexistenz mehrerer Bewegungsfamilien auszugehen. Hierfür wur-

¹ Kitschelt (1990: 180) hat diesen Begriff ursprünglich für einen bestimmten Parteyentyp vorgeschlagen: "They are 'Left' because they share with traditional socialism a mistrust of the marketplace, of private investment, and of the achievement of ethic, and a commitment to egalitarian redistribution. They are 'libertarian' because they reject the authority of the private or public bureaucracies to regulate individual and collective conduct. Instead they favor participatory democracy and the autonomy of groups and individuals to define their economic, political, and cultural institutions unencumbered by market or bureaucratic dictates."

² Klaus von Beyme (1984: 45ff.) nennt neun ideologische Familien. Katz/Mair et al. (1992: 335f.) unterscheiden sieben Parteienfamilien.

de der Begriff Bewegungssektor³ vorgeschlagen, der sich wiederum in Analogie zu dem des Parteiensystems verstehen ließe. Garner und Zald (1985: 120) definieren einen Bewegungssektor als die Konfiguration kooperierender und konkurrierender Bewegungen (siehe auch McCarthy/Zald 1977: 1220). In Anlehnung an dieses Begriffsverständnis kann ein *Bewegungssektor* bestimmt werden als die Konfiguration aller Bewegungsfamilien innerhalb eines raum-zeitlich abgegrenzten Rahmens. Hierbei bleibt zunächst offen, ob das Verhältnis der Bewegungsfamilien zueinander auf Indifferenz, Kooperation, Wettbewerb oder Konfrontation beruht.

4.1 Das Profil von Bewegungssektoren im Ländervergleich

In einem ersten Schritt werden die Bewegungssektoren, denen die Familie der neuen sozialen Bewegungen zugehört, hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Struktur für die USA, Frankreich und die Bundesrepublik verglichen. Hierbei geht es lediglich um ein grobes Bild der Gesamtkonstellation.

4.1.1 Zur Strukturierung von Bewegungssektoren

Für die Kategorisierung von Bewegungsfamilien innerhalb eines Bewegungssektors fehlt bisher ein überzeugendes Kriterienraster. Einen brauchbaren Anknüpfungspunkt dazu bietet die Konfliktlinientheorie (Lipset/Rokkan 1967). In ihrer ursprünglichen Version, die sich auf die Systematisierung der Parteienlandschaft und des Wahlverhaltens bezog, stehen drei Konfliktlinien im Vordergrund: Arbeit vs. Kapital, religiös vs. säkular, Zentrum vs. Peripherie. Nun stößt diese Systematik, die sich im wesentlichen auf Phänomene bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts bezog (Rokkan 1970) und deren Kontinuität im Parteiensystem noch bis in die 1960er Jahre nachzuweisen war, heute auf Grenzen. Als empirisch gesichert kann jedoch gelten, daß nach wie vor die Links/Rechts-Dimension das prägendste

³ In der Sache, jedoch ohne Verwendung des Begriffs Bewegungssektor, ist ein früher Hinweis von Lewis Killian (1964: 432) richtungweisend: "The movement exists simultaneously with crowds, publics, and, most important, other social movements. Its relationship with all these other groups and collectivities must be considered."

politisch-ideologische Ordnungskriterium bildet (Fuchs/Klingemann 1989). Sie eignet sich auch für eine Unterscheidung von Bewegungen.

Über den Links-Rechts-Konflikt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine andere Konfliktlinie geschoben, die nicht einheitlich erfaßt und beschrieben wird. Inglehart (1977) mißt sie mit einer sehr einfachen Operationalisierung seines inzwischen weit verbreiteten Konzepts des Materialismus/Postmaterialismus. Dabei handelt es sich um eine vom Links-Rechts-Cleavage weitgehend unabhängige Dimension, wenngleich es so scheint, als würde sie allmählich vom Links-Rechts-Cleavage absorbiert, um dieses allerdings in einer bestimmten inhaltlichen Richtung zu akzentuieren (Fuchs 1991). Dieser Zusammenhang ist auch für die Unterstützer neuer sozialer Bewegungen nachweisbar (Fuchs/Rucht 1992). In partieller Überschneidung mit dem Materialismus/Postmaterialismus-Konzept wurde weiterhin eine Unterscheidung von alter vs. neuer Politik eingeführt (Hildebrandt/Dalton 1977; Dalton 1986). Jürgen Gerhards (1993) hat dieses Konzept aufgegriffen, präzisiert⁴ und in einer empirischen Fallstudie angewandt, wobei er das nicht sehr glücklich gewählte Begriffspaar "realistisch" und "fundamentalistisch" zur Kennzeichnung von alter und neuer Politik vorschlug.⁵ Schließlich hat Herbert Kitschelt zur Benennung eines neuen Parteytyps und der neuen sozialen Bewegungen den Begriff "left-libertarian" gebraucht (vgl. Fußnote 1).

Die drei Konzepte des Postmaterialismus, der neuen Politik und der links-libertären Gruppen eignen sich zur Beschreibung ideologischer Grundzüge der neuen sozialen Bewegungen. Das letzte Konzept hat zudem den Vorteil, daß es auch etwas über die bevorzugten Mittel der Zielverwirklichung aussagt. Verallgemeinert man diesen Gesichtspunkt und bezieht ihn auf die bevorzugte gesellschaftliche Ordnungs- und Steuerungsform, so kann man einen "etatistischen" einem "libertären" Politikmodus idealtypisch gegenüberstellen. Während es bei jenem darum geht, staatliche Lösungsformen zu verlangen bzw. durchzusetzen und möglichst auch

⁴ Als Kriterium für die Unterscheidung von alter und neuer Politik dient die jeweilige Sichtweise der Gesellschaft auf ihre natürliche Umwelt, andere Gesellschaften und ihre eigene Binnenstruktur. Demnach betrachtet die alte Politik die Natur als bloße Ressource, definiert sich über den Nationalstaat in Abgrenzung zu anderen Nationalstaaten und begrenzt die Bürgerrolle auf enge Teilhabefunktionen, wenn nicht gar auf eine Publikumsrolle. Im Mittelpunkt der alten Politik stehen Verteilungsprobleme. Die neue Politik zielt vor allem auf Kollektivgüter. Sie bezieht die Natur als schützenswertes Gut in ihre Handlungsorientierungen ein, betrachtet andere Gesellschaften und Ethnien im Rahmen einer universalistischen Ethik und fordert eine umfassende Teilhabe der Bürger an gesellschaftlichen Angelegenheiten.

⁵ Vgl. auch die Zuschreibung von "realistisch" und "idealistisch" bei Bürklin (1984: 94ff.).

Machtpositionen innerhalb des Staatsapparates einzunehmen, vertraut der libertäre Politikmodus stärker auf gesellschaftliche Selbstverantwortung. Kontextabhängig kann dies ganz Verschiedenes bedeuten. Sind damit im Falle links-libertärer Bewegungen vor allem Formen der gesellschaftlichen Selbsthilfe gemeint, so zielen liberale und konservative Ansätze durchaus (auch) auf marktförmige Lösungen. Anhand der Dichotomie etatistisch vs. libertär und abgestufter Positionen auf der Rechts-Links-Achse lassen sich analytisch acht Positionen unterscheiden (Tabelle 4.1), denen bestimmte Bewegungsfamilien zugeordnet werden können.

Tabelle 4.1
Typologie von Bewegungsfamilien

Links/Rechts	etatistisch	libertär
extreme Linke	Kommunisten	Neue Linke
gemäßigte Linke	Reformsozialisten Sozialdemokratie	Linkspopulismus Neue soziale Bewegungen
gemäßigte Rechte	Neokonservatismus	Rechtspopulismus
extreme Rechte	Alte Rechte Neue Rechte	Neue Rechte (Skins)

Neben den hier vorgenommenen Zuordnungen bestehen in den drei untersuchten Ländern auch Bewegungen, die sich dieser Kategorisierung nur schwerlich fügen. Das gilt vor allem für religiöse Bewegungen in den USA und die regionalistischen Bewegungen in Frankreich. In ersteren können linke und rechte sowie etatistische und libertäre Orientierungen ein enges Mischungsverhältnis eingehen. In regionalistischen Bewegungen finden sich ebenfalls linke und - in geringerem Umfang - rechte Orientierungen, jedoch kaum etatistische Tendenzen.

Die mit dem Etikett "neu" bzw. "neo" bezeichneten Gruppen haben sich erst in den 1960er Jahren oder später gebildet. Ob auch die in den letzten Jahren entstandene "libertäre Rechte" ein beständigeres Phänomen sein wird, bleibt abzuwarten. Aufgrund des Auftretens der "neuen" Gruppen sind die kommunistischen und die reformsozialistischen bzw. sozialdemo-

kratischen Gruppen in Europa stark unter Druck geraten, während diese in den USA ohnehin kaum von Bedeutung waren. Umgekehrt haben dort jedoch rechtspopulistische Gruppen eine gewisse Tradition.

4.1.2 Zur Empirie von Bewegungssektoren in drei Ländern

1. Für eine vergleichende Bilanzierung des Profils und der Kräfteverhältnisse von Bewegungsfamilien in den drei untersuchten Ländern ist es nützlich, sich zunächst bestimmter historischer Ausgangsbedingungen und Entwicklungslinien zu vergewissern.

USA: Traditionell besitzen etatistische Positionen von links bis rechts nur eine geringe Bedeutung. Aus bekannten, bereits von Werner Sombart (1906) angeführten Gründen konnte sich keine starke sozialistische Linke entfalten, so daß es auch nicht zu einem entsprechenden Ausbau eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates wie in den meisten westeuropäischen Ländern kam. Lediglich in der kurzen Phase des *New Deal* fanden solche Tendenzen stärkeren Rückhalt. Die in den späten 1970er und den 1980er Jahren ungewöhnlich starke Neue Rechte nahm ein ambivalentes Verhältnis zu etatistischen Politikformen ein und wäre somit zwischen den Polen etatistisch vs. libertär anzuordnen. Einerseits - etwa in der Finanzpolitik und Sozialpolitik - fordert die Neue Rechte eine Rücknahme des staatlichen Engagements; andererseits favorisiert sie - etwa in der Drogenpolitik und der Kriminalitätsbekämpfung - autoritär-etatistische Lösungen.

Die libertäre Neue Linke gewann nur vorübergehend, in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, an Bedeutung und ging dann in den neuen sozialen Bewegungen auf. Diese sind ebenso wie rechtspopulistische Strömungen relativ stark. Letztere haben kräftige historische Wurzeln (etwa im rechten Agrarpopulismus) und weisen fließende Übergänge zur Neuen Rechten auf. Die libertäre extreme Rechte teilt ihre organisatorische Schwäche mit der aller extremen Bewegungen in den USA, ist aber aufgrund ihrer historischen Tradition nicht ganz ohne ideologischen Einfluß. Religiös-fundamentalistische Bewegungen, die sich teilweise mit rechten politischen Strömungen überlappen, besitzen aufgrund des vitalen puritanisch-protestantischen Erbes ein sehr starkes Gewicht.

Generell kann für die USA festgehalten werden, daß die Gegenbewegungen zu den neuen sozialen Bewegungen sehr entwickelt sind, was auf die Schwäche der politischen Parteien als vermittelnden Institutionen hinweist. Zugleich fristet die radikale politische Linke und Rechte ein Schattendasein. Dagegen ist das gemäßigtere linke und rechte Bewegungsspektrum relativ stark besetzt.

Frankreich: Im Vergleich zu den USA stellt sich die Situation in Frankreich in mehrfacher Hinsicht nahezu spiegelbildlich dar. Generell dominieren etatistische Politikvorstellungen. Zugleich sind die extremen Positionen - obgleich noch immer sehr minoritär - weitaus stärker als in den USA. Relativ gewichtig sind in

den späten 1960er Jahren die Alte und Neue Linke sowie die Alte Rechte, nicht jedoch der libertäre Rechtsextremismus. Eine Besonderheit der Alten und Neuen Linken in Frankreich besteht darin, daß sie sich weitaus näher stehen als in der Bundesrepublik und den USA. Die neuen sozialen Bewegungen erlebten nur eine relativ kurz Blüte. Parallel zu deren Niedergang erfolgte auch ein gravierender Bedeutungsverlust der kommunistischen Linken, während in den 1970er Jahren die Sozialisten und in den 1980er Jahren die Neue Rechte einen überraschenden Aufstieg erlebten, der sich auch im Parteiensystem ausdrückte. Insgesamt nahm das Gewicht der beiden extremen Lager im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte ab, bleibt aber dennoch höher als das vergleichbarer Bewegungen in den USA.

Vermutlich ist die starke Stellung des französischen Staates und die Geschlossenheit der Eliten als Gegenspieler der ohnehin nicht sehr kräftigen neuen sozialen Bewegungen dafür verantwortlich, daß ausgesprochene Gegenbewegungen zu den neuen sozialen Bewegungen kaum entwickelt sind. Andererseits war jedoch der starke französische Zentralstaat mit massiven regionalistischen Bewegungen konfrontiert, die sich phasenweise mit den neuen sozialen Bewegungen verbündeten. Die Bedeutung beider Bewegungen hat allerdings nach einer Hochphase in den 1960er und frühen 1970er Jahren abgenommen.

Bundesrepublik: Ende der 1960er Jahre war die Polarisierung der bundesrepublikanischen Bewegungen entlang der Links-Rechts-Achse geringer als in Frankreich, aber höher als in den USA. Eine vergleichbare Mittelstellung nahmen und nehmen auch etatistische Strömungen in der Bundesrepublik ein. Die gemäßigte etatistische Linke wird im wesentlichen durch Sozialdemokraten verkörpert, die bereits mit dem Godesberger Programm von 1959 ihren antikapitalistischen Kurs aufgegeben haben. Die Sozialdemokratie hatte ihre Hochphase in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, blieb aber auch später einflußreich. Die Neue Linke und die Reste der Studentenbewegung gingen in den 1970er Jahren fast ganz in den neuen sozialen Bewegungen auf. Diese artikulierten sich, beginnend mit den frühen 1970er Jahren, in mehreren Mobilisierungswellen und sind insgesamt außergewöhnlich mobilisierungs- und ressourcenstark. Sie fanden zunächst in den Sozialdemokraten einen wichtigen Gegner bzw. Konkurrenten, der jedoch, anders als in den USA, vor allem parteipolitisch präsent ist. Ab den späten 1970er Jahren verflüchtigte sich die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zusehends und es kam fallweise auch zu Kooperationen und Bündnissen. Rechte Bewegungen existierten bis vor kurzem fast nur in der etatistischen Variante. Die Alte Rechte, ohnehin nicht sehr stark, blieb aufgrund des öffentlichen Meinungsklimas weitgehend latent. Die Neue Rechte gewann erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahren an Boden, verlor in der Phase der Vereinigung beider deutschen Staaten wieder an Bedeutung, um dann - vor dem Hintergrund der Asylproblematik und der unbewältigten Folgen der Vereinigung - einen überraschenden Aufstieg zu erleben. Manches spricht dafür, daß sich auch eine libertäre neue Rechte in Form von Skinhead-Gruppen ausgebildet hat. Hier ist allerdings zu vermuten, daß es sich eher um eine Provokationsbewegung als um eine ideologisch gefestigte rechte Bewegung handelt.

2. Umfassende empirische Untersuchungen zu den Bewegungssektoren der hier ausgewählten Länder liegen nicht vor. Um dennoch ein Bild von den Größenordnungen der einzelnen Bewegungsfamilien zu erhalten, kann auf Materialien von ganz unterschiedlichem Status und aus verschiedensten Quellen zurückgegriffen werden.

(a) Ergebnisse aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen zu ideologischen Präferenzen und Problemwahrnehmungen liefern immerhin indirekte Anhaltspunkte für Mobilisierungspotentiale von sozialen Bewegungen. Hier bieten sich für vergleichende Analysen, die zumindest zwei der drei hier betrachteten Länder umfassen, vor allem verschiedene Eurobarometer-Befragungen und der World Values Survey an.

(b) Greifbare und zum Teil gute Indikatoren für das Gewicht und die Besonderheit von Bewegungssektoren bilden Angaben zur Stärke einschlägiger Bewegungsorganisationen, gezielte Umfragen zu Mobilisierungspotentialen bzw. zur Beteiligung in Bewegungen, Hinweise auf herausragende Massenmobilisierungen und vor allem systematisch erhobene Protestereignisdaten. Als Quellen hierfür stehen in erster Linie die Political-Action Studie, wiederum eine Reihe von Eurobarometer-Umfragen und der World Values-Survey, Organisationsdaten zu Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen freiwilligen Vereinigungen, Statistiken zu Arbeitskonflikten und vor allem Protestereignisdaten der Forschungsgruppe um Kriesi (mit Jan Duyvendak, Ruud Koopmans und Marco Guigni) zur Verfügung. Leider fehlen entsprechende Vergleichsdaten für die USA. Die Daten der im *World Handbook for Social and Political Indicators* auf Basis der *New York Times* mögen für massive Protestformen wie politische Streiks, Aufstände (*riots*), bewaffnete Angriffe/Anschläge und Tötungen aufgrund innenpolitischer Konflikte brauchbar sein, sind jedoch für "weichere" Protestformen - von Unterschriftensammlungen über Demonstrationen bis zu Aktionen des zivilen Ungehorsams - aufgrund ihrer hohen, keinem kontrollierbaren Muster folgenden Selektivität ungeeignet.⁶

In einem umfangreicheren Manuskript, das der vorliegenden Buchfassung zugrundelag, habe ich diese Datenquellen, geordnet nach vier Gesichtspunkten⁷, ausgewertet. Auch wenn die Informationen teilweise disparat sind und nicht immer Vergleiche über alle drei Länder hinweg ermöglichen, so erlauben sie in ihrer Summe doch verallgemeinernde Aussagen über Bedin-

⁶ Beispielsweise wurden zwischen 1970 und 1977 jährlich zwischen vier und zwölf Demonstrationen in der Bundesrepublik registriert (Taylor/Jodice 1983: 22), während der Bundesinnenminister jährlich zwischen 1.500 und 3.000 Demonstrationen verzeichnete. Diese Relation macht die hochgradige Selektivität und geradezu Beliebigkeit der im *World Handbook* verzeichneten Demonstrationsdaten deutlich.

⁷ Dies sind ideologische Präferenzen der Gesamtbevölkerung, Mobilisierungspotentiale, organisatorische Aspekte/Mitgliedschaften und tatsächliche Mobilisierung.

gungen und Gewicht einzelner Komponenten bzw. Bewegungsfamilien, wie sie oben typisiert wurden:

a. Die Prägekraft des Links-Rechts-Cleavage ist in den USA geringer zu veranschlagen als in der Bundesrepublik und namentlich in Frankreich. Hierfür sprechen neben den Umfragedaten die Rhetorik des öffentlichen Diskurses und der Parteipolitik, aber auch das Ausmaß, in dem speziellere Phänomene einschließlich der neuen sozialen Bewegungen in Kategorien des Links-Rechts-Schemas gedeutet werden. Allerdings ist in den USA neben der reaktionären Rechten auch eine populistische und teilweise libertäre Rechte von Bedeutung, wie sie in Frankreich und der Bundesrepublik nahezu unbekannt ist. Die größte Neigung zu radikalem gesellschaftlichen Wandel findet sich in Frankreich.

b. Im Unterschied zu beiden europäischen Ländern sind etatistische Positionen in den USA relativ schwach ausgeprägt. Postmaterialistische Werte, die im allgemeinen einen günstigen Resonanzboden für Mobilisierungen neuer sozialer Bewegungen bilden⁸, sind in Frankreich am schwächsten und in der Bundesrepublik am stärksten verbreitet.

c. Ein insgesamt stark entwickeltes Assoziationswesen, das sich auch in Gestalt von Bewegungsorganisationen manifestiert, besteht in den USA und der Bundesrepublik, während Frankreich in dieser Hinsicht weit zurückbleibt.⁹

d. Die neuen sozialen Bewegungen, auf die im folgenden Unterkapitel näher einzugehen ist, sind in Frankreich eindeutig am schwächsten. Starke Gegenbewegungen, die überwiegend aus dem reaktionären rechten Spektrum kommen, existieren vor allem in den USA.

Auf Grundlage der angeführten Daten läßt sich schließlich die relative Stärke der Bewegungsfamilien in den 1970er und 1980er Jahren für die untersuchten Länder zusammenfassen (vgl. Tabelle 4.2).

⁸ Nach den Analysen von Inglehart (1990: 61ff.) erweist sich auf Basis des Eurobarometers von 1986 Materialismus/Postmaterialismus als stärkster Prädiktor für die Mitgliedschaft und potentielle Mitgliedschaft in der Ökologiebewegung und der Friedensbewegung in fünf europäischen Ländern. Noch relativ stark laden die Faktoren Links/Rechts-Selbsteinstufung, Alter und kognitive Mobilisierung.

⁹ Man könnte aus dem französisch-deutschen Vergleich eine Stützung der These von Kornhauser (1959) ableiten, daß ein schwaches intermediäres System Konflikte begünstigt. Im Hinblick auf die USA ist die Situation uneindeutig, da schwachen Parteien ein entwickeltes Assoziationswesen gegenübersteht.

Tabelle 4.2
Relative Stärke von Bewegungsfamilien im Ländervergleich

Bewegungsfamilie	USA	Frankreich	Bundesrepublik
Alte Linke / Arbeiterbewegung	-	+	++
Neue Linke	+	+	+
Neue soziale Bewegungen	++	-	++
Neue Rechte	+	+ -	+ -
Alte Rechte	-	-	+ -
Religiöser Fundamentalismus	++	-	-
Regionalistische Bewegungen	0	+	0

- ++ sehr stark
- + stark
- + - mittel
- schwach
- 0 nicht vorhanden

4.2 Das Profil neuer sozialer Bewegungen im Ländervergleich

Im folgenden werden die neuen sozialen Bewegungen in den drei untersuchten Ländern unter mehreren Aspekten vergleichend beschrieben.¹⁰ Bezugspunkte sind (1) Zusammensetzung der Bewegungsfamilien und Stärke von Einzelbewegungen, (2) ideologische Orientierungen, (3) sozialstrukturelle Merkmale, (4) Infrastruktur und Ressourcen, (5) Strategien und Aktionsformen sowie (6) Entwicklungsdynamik. Diese grobe Skizze wird in den folgenden Kapiteln anhand der Frauen- und Ökologiebewegungen vertieft.

¹⁰ Vgl. dazu auch für die USA Kitschelt (1985); für Frankreich Leggewie (1985) und Duyvendak (1992); für die Bundesrepublik Roth (1985a), Brand/Büsser/Rucht (1986), Rolke (1987) und Koopmans (1992; 1993); vergleichend Brand (1985a); Kitschelt (1985a); Rucht (1994a), Koopmans/Duyvendak (1991) und Kriesi et al. (1992).

4.2.1 Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegungen und Stärke von Einzelbewegungen

Es gibt keine verbindlichen Maßstäbe dafür, wie neue soziale Bewegungen abzugrenzen wären und welche Einzelbewegungen ihnen demnach zuzurechnen sind. Ebenso ist unklar, auf welcher Aggregatebene von einer Einzelbewegung gesprochen werden kann und soll. Dieser Zustand führt selbst innerhalb eines Landes zu divergierenden Aussagen über die Bandbreite und Zahl entsprechender Bewegungen, wie zum Beispiel Stöss (1984: 553) kritisch im Hinblick auf die bundesrepublikanische Diskussion vermerkt hat. Gleichwohl hat sich ein Konsens über einen Kernbestand von zentralen Einzelbewegungen herausgeschält. Nicht zufällig finden sich diese Bewegungen in praktisch allen westlichen Ländern, wenngleich in unterschiedlicher Stärke. Die Kernbewegungen beziehen sich - bei mehr oder weniger großen Überschneidungen - vor allem auf die Themenfelder Frauenemanzipation, Homosexualität, Menschen- und Bürgerrechte, Dritte Welt, Ökologie, Frieden und städtische Probleme. Hierin sind speziellere Bewegungen - etwa für die Liberalisierung der Abtreibung oder gegen die Atomkraft - eingelagert, die besser als politische Bewegung bzw. Kampagne denn als soziale Bewegung i.e.S. einzustufen sind. Ob daneben auch von Bürgerinitiativbewegungen, Alternativbewegungen, Selbsthilfebewegungen usw. gesprochen werden soll, kann offen bleiben. Auf jeden Fall erscheint es angebracht, linksterroristische Gruppen auszugrenzen. Sie erfüllen weder die allgemeinen Kriterien einer sozialen Bewegung noch weisen sie jenen radikalen Reformismus auf, der die Strategie neuer sozialer Bewegungen charakterisiert.

Der wahrscheinlich beste Indikator für die Stärke einzelner Bewegungen ist die Zahl ihrer Protestaktionen und dabei mobilisierten Teilnehmer. Hier kann für Frankreich und die Bundesrepublik (sowie die Niederlande und die Schweiz) auf die von Kriesi et al. erhobenen Protestereignisdaten zurückgegriffen werden, die mir die Kollegen dankenswerterweise für eigene Berechnungen zur Verfügung gestellt haben. Bei diesen Daten, denen jeweils eine Tageszeitung (*Le Monde*, *Frankfurter Rundschau*) zugrundelag, bleibt zu beachten, daß die Quellen im Länder- und Zeitvergleich ein unterschiedliches Sensorium für Proteste ausgebildet haben könnten.¹¹ Gleichwohl dürf-

¹¹ Die Selektionsschwelle bei der national und international ausgerichteten *Le Monde* mag gegenüber eher kleinen und konventionellen Protesten in der französischen Provinz höher liegen als bei der auch regional ausgerichteten, deutlicher linksliberalen *Frankfurter Rundschau*. Zudem ist zu erwarten, daß Proteste, die neuartig sind oder durch ihre allmähliche Massierung eine kritische Schwelle überschreiten, zunächst überproportiona-

ten die ungefähren Größenordnungen und Trends stimmen. Ohnehin liegen bessere Alternativen nicht vor. Es ist bedauerlich, daß für die USA keine analogen Daten bereitstehen.¹²

Tabelle 4.3 enthält die Anteile verschiedener neuer sozialer Bewegungen an der Gesamtheit aller Protestereignisse. Hierbei zeigt sich, daß in Frankreich die Anti-Atomkraftbewegung mit über 35 Prozent an Protesten aller neuer sozialer Bewegungen beteiligt ist. Mit großem Abstand folgen die Anti-Rassismusbewegung, die Ökologiebewegung (ohne Anti-Atomkraftbewegung), die Solidaritätsbewegung (ohne Anti-Rassismus) und die Friedensbewegung mit etwa gleicher Stärke. In der Bundesrepublik sind hinsichtlich der Zahl der Proteste die Bewegungen gegen Atomenergie, gegen Nuklearwaffen und die Ökologiebewegung relativ am aktivsten. Verschwindend gering ist im Vergleich zur Bundesrepublik der Anteil von Protesten der Bewegung gegen Nuklearwaffen und der Hausbesetzer in Frankreich. Die Frauenbewegung ist in beiden Ländern sehr schwach vertreten.

Tabelle 4.3

Verteilung von Protestaktionen nach einzelnen neuen sozialen Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989

Bewegung	FRA	BRD
gegen Nuklearwaffen	1,1	15,8
übrige Friedensbewegung	11,0	9,7
gegen Atomenergie	35,4	17,5
übrige Ökologiebewegung	12,2	15,6
Anti-Rassismus	13,8	11,9
übrige Solidaritätsbewegung	12,2	8,7
Hausbesetzer	0,8	9,1
übrige gegenkulturelle Bewegung	7,5	9,1
Schwulenbewegung	1,9	0,4
Frauenbewegung	4,1	2,3
Summe NSB	100,0	100,0

Quelle: Duyvendak (1992: 123); Prozentwerte

le Aufmerksamkeit finden, welche jedoch selbst bei evtl. anhaltendem oder noch immer steigendem Mobilisierungsniveau zurückgeht.

¹² Von einer weitgehend nicht ausgewerteten Sammlung von Protestereignisdaten für die USA existieren lediglich Untersuchungen zur Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre (McAdam 1982) und zur Farmarbeiterbewegung (Jenkins 1985). Zu diesen Bewegungen besteht jedoch kein Äquivalent in Frankreich und der Bundesrepublik.

Betrachtet man die Teilnehmerzahlen der Einzelbewegungen pro Million Einwohner (Tabelle 4.4), so ist zumeist eine weitaus größere Mobilisierung in der Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich festzustellen. Sie beträgt insgesamt mehr als das Doppelte im Vergleich zu Frankreich. Besonders eklatant ist die Diskrepanz bei der Bewegung gegen Nuklearwaffen, die in der Bundesrepublik die größte Mobilisierung aller neuen sozialen Bewegungen erreicht, in Frankreich jedoch völlig unbedeutend ist. Von dem Muster höherer Protestbeteiligung in der Bundesrepublik ausgenommen sind die Frauenbewegung mit gleicher Mobilisierungsstärke wie in Frankreich sowie die Schwulenbewegung, die von der Frankreichs deutlich übertroffen wird. Die hier mit herangezogenen Zahlen für die Niederlande und die Schweiz bestätigen die bereits früher vermutete außergewöhnliche Mobilisierungskraft der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik (Roth 1985a: 20; Rucht 1985: 16). Auch wenn Vergleichszahlen für die USA fehlen, ist anzunehmen, daß kein anderes westliches Industrieland die Mobilisierung in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1975 bis 1989 übertrefft.

Tabelle 4.4

**Teilnehmerzahlen an Protestaktionen (pro Million Einwohner)
neuer sozialer Bewegungen in vier Ländern, 1975-1989**

Bewegung	Frankreich	Bundesrepublik	Niederlande	Schweiz
gegen Nuklearwaffen	400	105000	89000	600
übrige Friedensbewegung	23000	20000	3000	26000
gegen Atomenergie	11000	28000	15000	24000
übrige Ökologiebewegung	2000	11000	10000	16000
Anti-Rassismus	35000	8000	5000	400
übrige Solidaritätsbewegung	5000	6000	15000	19000
Hausbesetzer	10	3000	4000	10000
übrige gegenkulturelle Bewegung	40	3000	1000	5000
Schwulenbewegung	700	300	4000	400
Frauenbewegung	2000	2000	4000	3000
Summe NSB	79000	186000	150000	104000

Quelle: Duyvendak (1992: 125)

Einen weiteren Hinweis auf das Gewicht der neuen sozialen Bewegungen gibt die Zahl ihrer Unterstützer bzw. Anhänger, über die aufgrund von Eurobarometer-Daten Aussagen für Frankreich und die Bundesrepublik möglich sind.¹³ Der Anteil der Unterstützer der drei neuen sozialen Bewegungen beträgt in der Bundesrepublik mehr als das Dreifache im Vergleich zu Frankreich (Tabelle 4.5).

Tabelle 4.5

Unterstützer und Sympathisanten neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, Durchschnitte 1982-1989

	Frankreich		Bundesrepublik	
	Unterstützer	Sympathisanten	Unterstützer	Sympathisanten
Ökologiebewegung	12.3	64.9	30.8	23.3
Anti-Atomkraftbewegung	6.2	38.8	26.9	18.1
Friedensbewegung	10.2	50.6	43.2	24.0
Durchschnitt	9.6	51.4	33.6	21.8

Datenbasis: Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984), 25 (1987) und 31a (1989), gemittelte Prozentsätze der Befragten, welche sich als Unterstützer oder Sympathisanten der Ökologie-, Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung bezeichnen (zur Indexbildung vgl. Anhang C)

Für die Einschätzung des Umfeldes neuer sozialer Bewegungen ist neben den Unterstützern auch die Größenordnung von Gegnerschaften von Interesse. Auffällig dabei ist zum einen das unterschiedliche Niveau der Gegner-

¹³ Die Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984) 25 (1986) und 31a (1989) enthielten Fragen zur Ökologiebewegung, Anti-Atomkraftbewegung, Friedensbewegung und - hier nicht berücksichtigten - Naturschutzverbänden. Die entsprechenden Fragen und Antwortvorgaben lauteten: "Ich nenne Ihnen einige Gruppen und Bewegungen, die die Unterstützung der Öffentlichkeit suchen. Können Sie mir bitte für jede dieser Gruppen bzw. Bewegungen sagen: a) (1) ob Sie sie stark unterstützen, (2) etwas unterstützen, (3) etwas mißbilligen, (4) stark mißbilligen? b) (5) ob Sie selbst Mitglied sind, (6) sich daran beteiligen würden, (7) sich nicht beteiligen würden?" Zur Indexbildung für die Kategorisierung von Unterstützern, Sympathisanten und Gegnern vgl. Fuchs/Rucht (1992: 9).

schaft im Bewegungsvergleich (Fuchs/Rucht 1992). In Frankreich und der Bundesrepublik ist die Anti-Atomkraftbewegung mit den meisten Gegnern konfrontiert. Zum zweiten überrascht die im Vergleich zu Frankreich stärkere Gegnerschaft der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik. In beiden Ländern nimmt bei allen drei Bewegungen die Gegnerschaft zwischen 1982 und 1989 ab, wobei diese Abnahme vorrangig ab 1986 zur Geltung kommt.

Setzt man Mobilisierungspotential und Gegnerschaft in Relation, so zeigt sich für die Bundesrepublik tendentiell das Muster von polarisierenden Bewegungen (hohes Potential und hohe Gegnerschaft). In Frankreich erhalten wir für die Anti-Atomkraftbewegung das Muster einer Provokationsbewegung (kleines Potential, hohe Gegnerschaft) für die Anti-Atomkraftbewegung und - weniger deutlich - die Friedensbewegung; die Ökologiebewegung kommt eher dem Typus einer marginalen Bewegung nahe (kleines Potential, kleine Gegnerschaft) (Fuchs/Rucht 1992: 19ff.).

Berechnungen der Überlappungen zwischen den Bewegungsanhängern ergeben ein höheres konsistentes Mobilisierungspotential¹⁴ in der Bundesrepublik (1982: 31,4 Prozent; 1989: 52,6 Prozent) im Vergleich zu Frankreich (1982: 28,0 Prozent; 1989: 25,0 Prozent). Analog dazu ist auch die konsistente Gegnerschaft in der Bundesrepublik höher (1982: 42,8 Prozent; 1989: 36,8 Prozent) als in Frankreich (1982: 18,8 Prozent; 1989: 13,9 Prozent). Daraus läßt sich schließen, daß in der Bundesrepublik die neuen sozialen Bewegungen aus Sicht der Unterstützer und Gegner als ein zusammenhängender Komplex wahrgenommen werden.

Speziell für die Bundesrepublik liegen weitere Daten zur Anhängerschaft neuer sozialer Bewegungen vor. Nach den Angaben von Pappi (1989) auf Basis der Wahlstudie 1987 hatte die Friedensbewegung die größte aktive und passive Anhängerschaft (zusammen 23,5 Prozent), gefolgt von der Antikernkraftbewegung (18,7) und - deutlich dahinter - der Frauenbewegung (8,1). Eine andere Befragung in der Bundesrepublik, die 1989 im Rahmen der sog. Gewaltkommission durchgeführt wurde (Eckert et al. 1990; Kaase/Neidhardt 1990: 265), ermittelte die Haltung der Bevölkerung zu vier wichtigen Einzelbewegungen. Hierbei ergab sich die mit Abstand größte Zustimmung zur Umweltbewegung (in der Wahlstudie 1987 nicht enthalten), gefolgt von der Friedens-, Antikernkraft- und Frauenbewegung.¹⁵ Letztere verbucht zugleich die stärkste Ablehnung, die aber immer

¹⁴ Berechnet als Anteil der Befragten, die zum Mobilisierungspotential aller drei Bewegungen zählen, wobei in die Prozentuierungsbasis (100 Prozent) alle Befragten eingehen, die zum Mobilisierungspotential wenigstens einer der drei Bewegungen gehören.

¹⁵ Die Frage lautete: "Ich nenne Ihnen einige Gruppen und Bewegungen, die die Unterstützung der Öffentlichkeit suchen. Können Sie mir bitte für jede dieser Gruppen bzw. Bewegungen sagen, ob Sie Ihr sehr positiv, positiv, neutral, negativ oder sehr negativ

noch - die Vorgaben "negativ" und "sehr negativ" zusammengefaßt" - bei nur 15 Prozent liegt. Andere Studien ergeben ein ähnliches Bild, wobei allerdings zwischen 1983 und 1985 die Friedensbewegung die höchste Wertschätzung erfährt.¹⁶

Insgesamt finden somit die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik ein erstaunlich hohes Maß an Akzeptanz. Zu beachten ist der große Unterschied zwischen passiver und aktiver Anhängerschaft. Selbst der Anteil derer, die der Gewaltumfrage zufolge eine sehr positive Haltung zu einer bestimmten Bewegung einnehmen, beträgt ein Vielfaches der in der Wahlstudie 1987 ermittelten aktiven Anhängerschaft.

Auch wenn vor allem hinsichtlich eines Vergleichs mit den USA große Unsicherheiten bei der Einschätzung der Mobilisierungskraft einzelner neuer sozialer Bewegungen bestehen, so können doch ungefähre Relationen angegeben werden. Für bestimmte Bewegungen liefern die Spitzenwerte ihrer Massenmobilisierungen sowie Angaben zur Infrastruktur grobe Anhaltspunkte. Die Friedensbewegung in den USA dürfte schwächer sein als die in der Bundesrepublik, aber deutlich stärker als die Friedensbewegung in Frankreich.¹⁷ Ähnliche Relationen ergeben sich auch für die Ökologiebewegungen (Kapitel 6), während für die Frauenbewegungen (Kapitel 5) von einer ungefähr gleichen Stärke in den USA und der Bundesrepublik und einer deutlich schwächeren Bewegung in Frankreich auszugehen ist. Die relative

gegenüberstehen." Faßt man die Antwortkategorien sehr positiv und positiv zusammen, so erzielte die Ökologiebewegung 85, die Friedensbewegung 69, die Anti-Atomkraftbewegung 55 und die Frauenbewegung 39 Prozent.

¹⁶ Nach der Sinus-Befragung der 15-bis 30jährigen (Sinus 1983: 57) liegt die Bindung an die Friedensbewegung (auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung!) mit 11 Prozent am höchsten ("mache ich mit, gehöre ich dazu"). Für weitere ausgewählte Gruppen ergaben sich 10 Prozent für Umweltschützer/Ökologen, 8 für Atomkraftgegner, 4 für Bürgerinitiativen, 2 für *Amnesty International* und je 1 für Hausbesetzer und feministische Frauenbewegung. Bei der Antwortvorgabe "Gehöre ich nicht dazu, finde ich aber gut" liegen Umweltschützer/Ökologen (75 Prozent) vor Bürgerinitiativen (67), Selbsthilfegruppen und *Amnesty International* (je 66), Friedensbewegung (64) sowie Hausbesetzern und Frauenbewegung (je 14). Nach der Shell-Studie "Jugendliche und Erwachsene '85" (Fischer/Fuchs/Zinnecker 1985) findet sowohl bei den jugendlichen wie den erwachsenen Frauen die Friedensbewegung die höchste Zustimmung vor den Bürgerinitiativen, der Anti-Atomkraftbewegung und der Frauenbewegung. Die Werte liegen durchgängig bei jugendlichen und besser gebildeten Frauen höher (Watts 1988: 78). In der Deutschen Jugendstudie 91 wurden für die alten Bundesländer folgende Werte für Zugehörigkeit ("zähle mich selbst dazu") ermittelt: Ökologiebewegung 21,7, Friedensbewegung 14,0, AKW-Bewegung 11,1 und Hausbesetzer 2,3 Prozent (Kühnel 1992: 69).

¹⁷ Zur Friedensbewegung (*freeze movement*) in den USA vgl. die gründliche Studie von Meyer (1990). Höhepunkt der Mobilisierung war die Demonstration am 12. Juni 1992 in New York mit rund einer Million Menschen. Gleichzeitig fand eine Demonstration in San Francisco mit 50.000 Teilnehmern statt (ebd., S. 187).

Stärke der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung und der Dritte Welt-Bewegung in den USA hat mit der Tradition des *civil rights movement* und dem Engagement der Regierung in Lateinamerika zu tun, das gelegentlich - höchst umstrittene - militärische Interventionen einschließt. Außerordentlich gut entwickelt hinsichtlich ihrer Infrastruktur und Aktionen ist die Schwulen- und Lesbenbewegung in den USA (Cruikshank 1992: 132ff.)¹⁸; relativ bedeutsam im Vergleich zu Frankreich und zur Bundesrepublik sind auch die Verbrauchergruppen und Lebensmittelkooperativen (Cotteril 1982). Eine Besonderheit der Bundesrepublik wiederum bilden die hochpolitisierten autonomen Gruppen, die in den USA und Frankreich praktisch nicht existieren.

Tabelle 4.6
Stärke neuer sozialer Bewegungen im Ländervergleich

Bewegungsthema	USA	Frankreich	Bundesrepublik
Frauenemanzipation	+++	+	+++
Homosexualität	+	-	-
Menschen- und Bürgerrechte	++	+	+-
Dritte Welt	++	+-	+-
Ökologie	++	+	+++
Anti-Atomkraft	++	+	+++
Frieden	++	-	+++
Städtische Probleme	++	-	++
Insgesamt	stark	schwach	stark

+++ sehr stark
 ++ stark
 +- mittel
 - schwach

¹⁸ Cruikshank (1992: 132) spricht von "buchstäblich tausenden von lesbischen und schwulen Organisationen" im heutigen Amerika. Beeindruckend sind die Größenordnungen der *gay communities* in nordamerikanischen Großstädten, insbesondere New York und San Francisco. Mobilisierungshöhepunkte waren Demonstrationen am 14. Oktober 1979 in Washington mit rund 200.000 Menschen (Adam 1987: 125) und am 25. April 1993 in Washington mit 300.000 Homosexuellen (*Frankfurter Rundschau* vom 27.4.1993, S. 11). Solche Zahlen wurden in Europa nicht ansatzweise erreicht. Die meines Wissens größte Demonstration von Homosexuellen in Europa fand im Juni 1992 mit 50.000 Menschen in London statt.

Vernachlässigt man die Schwankungen über Zeit und bilanziert zusammenfassend die Stärke neuer sozialer Bewegungen anhand der tatsächlichen Mobilisierung, so ergeben sich für die einzelnen neuen sozialen Bewegungen die in Tabelle 4.6 dargestellten Größenordnungen. Im Aggregat erweisen sich die Bewegungsfamilien in den USA und der Bundesrepublik etwa gleich stark, allerdings mit dem Unterschied, daß in der Bundesrepublik eher gewichtigere Ökologie- und Friedensbewegungen bestehen, in den USA aber andere Bewegungen relativ stärker sind. Frankreich hat insgesamt mobilisierungsschwache neue soziale Bewegungen.

4.2.2 Ideologische Orientierungen

Die allgemeinen, bestimmte Einzelthemen und -bewegungen übergreifenden ideologischen Orientierungen neuer sozialer Bewegungen wurden bereits im Kapitel 3 behandelt. Hier geht es lediglich um Besonderheiten, die im Vergleich der drei Länder hervorzuheben sind.

Die relative Schwäche des Links-Rechts-Cleavage in den USA prägt die Gesamtheit der dortigen neuen sozialen Bewegungen. Wenngleich die Mehrheit der Aktivisten dem linken politischen Spektrum zugehört, ist zu vermuten, daß diese Zuordnung schwächer und weniger eindeutig ausfällt als in den beiden europäischen Ländern. So dürfte die Selbsteinstufung als "links" in den USA seltener vorkommen¹⁹; bevorzugt werden ideologisch weniger belasteter Schlüsselbegriffe wie liberal, Selbstverwirklichung und Kommunitarismus anstelle von links, Sozialismus, Kommunismus usw. Immerhin existieren, bezogen auf die Unterstützer neuer sozialer Bewegungen, vergleichende Eurobarometer-Daten zu ideologischen Orientierungen in Frankreich und der Bundesrepublik. Diese wie alle sonstigen verfügbaren Umfragen bestätigen die bekannte Überrepräsentanz linker und postmaterialistischer Einstellungen. In beiden Ländern ordneten sich 1989 jeweils rund 55 Prozent der Unterstützer im linken Spektrum ein.²⁰ Rund 35 Prozent der Unterstützer in beiden Ländern waren Postmaterialisten (Gesamtbevölkerung: Frankreich 21 Prozent; Bundesrepublik 23 Prozent).

¹⁹ Für den Vergleich der Umweltschützer in den USA und der Bundesrepublik zeigen dies die Daten von Kessel/Tischler (1984: 238).

²⁰ Hierbei wurde eine Zehnerskala recodiert (1-4 = links; 5 und 6 = Mitte; 7-10 rechts). In der Gesamtbevölkerung stuften sich in Frankreich 39 Prozent und in der Bundesrepublik 35,4 Prozent links ein.

Ein noch verlässlicheres Bild der ideologischen Muster erhalten wir durch die Kumulation der Aktivisten und potentiellen Aktivisten aus den vier Eurobarometern zwischen 1982 und 1989, welche Fragen zur Unterstützung neuer sozialer Bewegungen enthalten. Wiederum zeigt sich eine signifikante Linksorientierung der Unterstützer. Bei den Gegnern ergibt sich in der Bundesrepublik eine deutlichere Rechtsneigung (45 Prozent) als in Frankreich (ca. 34 Prozent). Dieses Muster von eher linken Unterstützern und eher rechten Gegnern verstärkt sich noch, wenn die hier nicht ausgewiesenen Zahlen für die Extremgruppe der Links- bzw. Rechtsorientierten (Skalenwerte 1 und 2 bzw. 9 und 10) betrachtet werden. Die Unterstützer in beiden Ländern sind überproportional Postmaterialisten. Umgekehrt liegt der Anteil der Postmaterialisten bei den Gegnern neuer sozialer Bewegungen in beiden Ländern jeweils bei nur zehn Prozent.

Obgleich entsprechende Untersuchungen fehlen, besteht der Eindruck, daß die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik zumindest bis Ende der 1970er Jahren wesentlich mehr als in den USA antistaatlich und antiinstitutionell orientiert waren. Das indizieren auch die noch zu skizzierenden Organisationsformen. Verbunden damit scheinen zudem gesinnungsethische und fundamentalistische Positionen speziell in der Bundesrepublik stärker vertreten gewesen zu sein, was dann - mit dem Aufkommen der Partei der *Grünen* - zu massiven Spannungen zwischen "Fundamentalos" und "Realos" innerhalb und außerhalb der neuen Partei geführt hat. Inzwischen zeigt sich jedoch in Frankreich und der Bundesrepublik eine Tendenz zum ideologischen Pragmatismus und ein Kursverfall von Utopien und radikalen gesellschaftlichen Gegenentwürfen. In den USA herrschte dagegen traditionell ein stärkerer Pragmatismus vor.

4.2.3 Sozialstrukturelle Merkmale

Zur Beschreibung der sozialstrukturellen Merkmale von Aktivisten bzw. Unterstützern neuer sozialer Bewegungen kann für Frankreich und die Bundesrepublik erneut auf die Eurobarometer-Daten zurückgegriffen werden. Die folgenden Aussagen beruhen auf den Aggregatdaten zur Ökologie-, Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung aller vier Umfragen zwischen 1982 und 1989.

1. *Geschlecht*. Der Frauenanteil bei den Unterstützern beträgt in Frankreich 51,6 Prozent und in der Bundesrepublik 51,0 Prozent. Bei den Sym-

pathisanten liegt er mit 53,8 bzw. 53,1 Prozent noch etwas höher und bei den Gegnern mit 48,7 und 46,3 Prozent darunter.

2. *Alter*. Die Unterstützer neuer sozialer Bewegungen stammen überproportional aus den jüngeren Altersgruppen. So sind in Frankreich rund 71 Prozent und in der Bundesrepublik 65 Prozent der Unterstützer 40 Jahre und jünger. Umgekehrt sind bei den Gegnern die älteren Jahrgangsguppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert.

Die Frage, ob die Unterstützer der neuen sozialen Bewegungen mit diesen alt werden oder ob vielmehr die fortlaufende Neurekrutierung aus den nachwachsenden Generationen gelingt, kann durch einen Vergleich der Alterszusammensetzung aus den Umfragen von 1982 und 1989 überprüft werden. Im Ländervergleich ergibt sich kein einheitlicher Trend. In Frankreich hat zwischen 1982 und 1989 der Anteil der jüngsten Altersgruppe (15-24 Jahre) um fünf Prozent zugenommen und der der nächsten Altersgruppe (25-39) um rund drei Prozent abgenommen. In der Bundesrepublik besteht ein umgekehrter Trend. Der Anteil der jüngsten Altersgruppe ist um rund 15 Prozent zurückgegangen, während er in der folgenden Altersgruppe um knapp zehn Prozent gestiegen ist. Die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik könnten demnach mit Nachwuchssorgen konfrontiert werden.

3. *Bildung*. Für die Bildungsvariable wurden wiederum die Daten zu den Unterstützern neuer sozialer Bewegungen aus den vier Eurobarometern zwischen 1982 und 1989 kumuliert und lediglich eine grobe Klassifizierung in niedere, mittlere und hohe formale Bildung vorgenommen. Generell zeigt sich bei den Unterstützern neuer sozialer Bewegungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ein überproportionaler Anteil von Personen mit hoher Bildungsqualifikation, der auch in anderen Untersuchungen zum Ausdruck kommt. Er liegt in Frankreich mit 27 Prozent deutlich höher als in der Bundesrepublik mit 20 Prozent, wobei allerdings die unterschiedlichen Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung in Rechnung zu stellen sind (Frankreich 23,5 Prozent; Bundesrepublik 14,4 Prozent). Wider Erwarten ist der Anteil von Personen mit hoher Bildungsqualifikation unter den Gegnern neuer sozialer Bewegungen in Frankreich sogar etwas höher als unter den Befürwortern, während sich in der Bundesrepublik das übliche Bildungsgefälle zwischen Unterstützern und Gegnern zeigt.

4. *Beruf*. In analoger Weise zur Bildungsvariable können die Unterstützer und Gegner neuer sozialer Bewegungen hinsichtlich ihrer beruflichen Stellung analysiert werden. Daß Schüler/Studenten einen hohen Anteil und Arbeiter sowie Rentner/Pensionäre einen geringen Anteil unter den Unterstützern stellen, liegt im Rahmen der Erwartungen. Überraschend ist dage-

gen, daß in Frankreich der Anteil der Arbeiter unter den Unterstützern höher liegt als unter den Gegnern. Die gelegentlich geäußerte These, unter den Unterstützern neuer sozialer Bewegungen seien überproportional viele Arbeitslose²¹, findet keine Bestätigung. Deren Anteil übersteigt zwar die entsprechende Quote bei den Gegnern, entspricht jedoch ungefähr ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Insgesamt zeigt die berufliche Zusammensetzung der Unterstützer weder sehr starke Abweichungen im Ländervergleich noch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes.

4.2.4 Infrastruktur und Ressourcen

Ländervergleichende, auf handfesten Daten beruhende Arbeiten zur organisatorischen Infrastruktur und den Ressourcen neuer sozialer Bewegungen fehlen. Gleichwohl können aus Gesamtdarstellungen zu neuen sozialen Bewegungen in den drei Ländern (vgl. Brand 1985a; Koopmans 1992; 1993; Duyvendak 1992) und spezielleren Hinweisen einige Rückschlüsse gezogen werden, die auch indirekt durch die faktische Mobilisierungsstärke der neuen sozialen Bewegungen Bestätigung finden.

Eindeutig verfügen die Bewegungen in der Bundesrepublik über eine weitaus dichtere und ressourcenstärkere Infrastruktur als die entsprechenden Bewegungen Frankreichs (Rucht 1994a). Das indizieren Umfragedaten zur Anhängerschaft bzw. dem Engagement in Bewegungen ebenso wie Angaben zu Mitgliederzahl und finanziellen Ressourcen einschlägiger Bewegungsorganisationen. Gleiches zeigt die spezielle Analyse der Frauen- und Ökologiebewegungen (vgl. Kapitel 5 und 6).

Weitaus schwieriger ist der Vergleich mit den USA. Hier kommen neben Problemen der Überschaubarkeit des Landes aufgrund seiner schier großen regionalen Ungleichgewichte ins Spiel. Ganz generell ist die Bewegungsinfrastruktur an der Ost- und Westküste weitaus besser entwickelt als im Mittelwesten und Süden der USA. Stellt man die Landesgröße in Rechnung und mittelt die regionalen Ungleichgewichte, so ist zu vermuten, daß die Infrastruktur der neuen sozialen Bewegungen in den USA etwas schwächer entwickelt ist als in der Bundesrepublik. Lediglich mit Blick auf verbandsförmige Bewegungsorganisationen auf nationaler Ebene ist für einzelne Bewegungen von einer dichteren Infrastruktur und professioneller

²¹ Alber (1985: 220) referiert Befunde, die diesen Sachverhalt für die Anhänger der *Grünen* herausstellen. Für die Mitglieder der *Grünen* gilt jedenfalls das Gegenteil (Raschke 1993: 215).

geführten Bewegungsorganisationen in den USA auszugehen. Nicht zufällig konzentrierte sich die Theorie der Ressourcenmobilisierung, die seit den 1970er Jahren das in den USA vorherrschende Paradigma der Bewegungsforschung bildete, auf dieses Segment. Zwar stellte sie zu Recht die Professionalisierungs- und Institutionalisierungstrends im Bewegungssektor heraus (McCarthy/Zald 1973; McCarthy/Britt/Wolfson 1991), neigte allerdings auch dazu, den analytischen Unterschied zwischen Bewegungsorganisationen und herkömmlichen Interessengruppen zu verwischen und den Bereich informeller, dezentraler Graswurzelgruppen zu vernachlässigen (kritisch dazu Mayer 1991).

Einen Indikator für die wachsende Professionalisierung sowie die Dichte interorganisatorischer Beziehungen von Bewegungen in den USA liefert eine Untersuchung zu 485 Protestaktionen in Washington zwischen 1961 und 1983 (Everett 1992). Hierbei wurde - bezogen auf Friedensbewegung, Frauenbewegung und Bürgerrechtsgruppen - eine starke Zunahme großer Proteste registriert. Beispielsweise stieg der Anteil von Aktionen mit mehr als 3.000 Protestierenden von vier Prozent (1960er Jahre) auf 19 Prozent (1980er Jahre). Ein analoger Trend dürfte auch in der Bundesrepublik zu erwarten sein, obgleich entsprechende Daten noch ausstehen.

Rechnet man auch die potentiellen Ressourcen von Bewegungen ein, die diese in Form einer mehr oder weniger großen Wertschätzung in der Bevölkerung genießen, so bestätigt sich das Gesamtbild einer insgesamt günstigen Ausgangslage für die neuen sozialen Bewegungen. In diversen Umfragen wurde gezeigt, daß Umweltverbände im Vergleich zu Parteien ein weit aus höheres Vertrauen genießen (für die Bundesrepublik und Frankreich vgl. Weßels 1991). Ebenso finden die Bürgerinitiativen eine hohe Anerkennung bei der bundesdeutschen Bevölkerung (Rüdig 1980: 139ff.).

Die infrastrukturelle Stärke der neuen sozialen Bewegungen kann exemplarisch durch eine Bestandsaufnahme von Gruppen in mehreren Städten verdeutlicht werden. Grundlage dieser Erhebung bildeten sog. Stadt- oder Stadtbücher, in denen sich eine Vielzahl von Gruppen vorstellt.²² Auf dieser Basis wurden in Westberlin 896 Gruppen (im Jahr 1989), in Köln 380 Gruppen (1989), im Raum Nürnberg/Fürth/Erlangen 96 Gruppen (1992) und in Aachen 259 Gruppen gezählt. Für Westberlin und Köln als den Städten, für die mindestens vier Ausgaben dieser Stadtbücher vorliegen, können zudem Angaben über die zahlenmäßige Entwicklung der Gruppen

²² Diese Zusammenstellungen erfassen mit Sicherheit nicht alle Gruppen. Relativ unvollständig dürfte jeweils die erste Ausgabe der Stadt- bzw. Stadtbücher sein. Generell sind vermutlich stärker formalisierte bzw. professionalisierte Gruppen überrepräsentiert, radikale politische Gruppen dagegen kaum vertreten.

gemacht werden. Dabei zeigt sich unter anderem, daß eine sehr differenzierte themenspezifische und themenübergreifende Infrastruktur besteht, die Gesamtzahl der Gruppen zugenommen hat, die Zahl der Ökologiegruppen relativ stabil geblieben ist und die Zahl der Friedensgruppen stark schwankt. Besonders auffällig ist, daß die Frauenbewegung (einschließlich Lesbengruppen), die nach den vorgestellten Meinungsumfragen und den nachstehenden Protestereignisdaten deutlich hinter der Ökologie-, Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung rangiert, diesen Bewegungen hinsichtlich der Zahl der bestehenden Gruppen überlegen ist. Dieses Ergebnis mahnt zur Vorsicht gegenüber eindimensionalen Messungen der Stärke von sozialen Bewegungen.

4.2.5 Strategien und Aktionsformen

Die Protestereignisdaten erlauben eine grobe Klassifizierung der praktizierten Aktionsformen neuer sozialer Bewegungen (Tabelle 4.7). Der Vergleich zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zeigt keine dramatischen Unterschiede der Anteile demonstrativer und konfrontativer Aktionen. Allerdings ist der Anteil gewaltförmiger Proteste in Frankreich deutlich höher als in der Bundesrepublik. Die entsprechenden Teilnehmerzahlen signalisieren die insgesamt geringe Bedeutung konfrontativer und besonders gewalt-

Tabelle 4.7
Aktionsformen neuer sozialer Bewegungen im
Ländervergleich, 1975-1989

Form	Frankreich		Bundesrepublik		Niederlande	
	Aktionen	Teiln.	Aktionen	Teiln.	Aktionen	Teiln.
Demonstrativ	60.1	97.5	66.1	95.0	56.4	90.2
Konfrontativ	17.6	1.8	19.1	3.8	31.3	8.8
Gewaltförmig	21.7	0.6	14.3	1.1	12.0	1.6
Insgesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: Koopmans/Duyvendak (1991: 240); Prozentwerte

förmiger Aktionen, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern aufgrund der kleinen Fallzahlen nicht interpretierbar sind. In beiden Ländern gehen deutlich über 90 Prozent aller Teilnehmer auf das Konto von demonstrativen Aktionen.

Schließt man von diesen Aktionsformen auf die vorherrschenden Strategien, so läßt sich festhalten, daß im Einklang mit der dominanten politischen Ideologie neuer sozialer Bewegungen reformistische Strategien ein starkes Übergewicht besitzen. Allerdings sind verschiedenen Einzelbewegungen durchaus radikalere Gruppen zuzurechnen, welche teilweise zu konfrontativen Strategien und sogar zur gelegentlichen Anwendung von Gewalt tendieren. Bezogen auf die oben bezeichneten Kernbewegungen bleiben dies jedoch Randerscheinungen, auch wenn sie aufgrund der massenmedialen Aufmerksamkeitsraster überproportional wahrgenommen werden mögen.

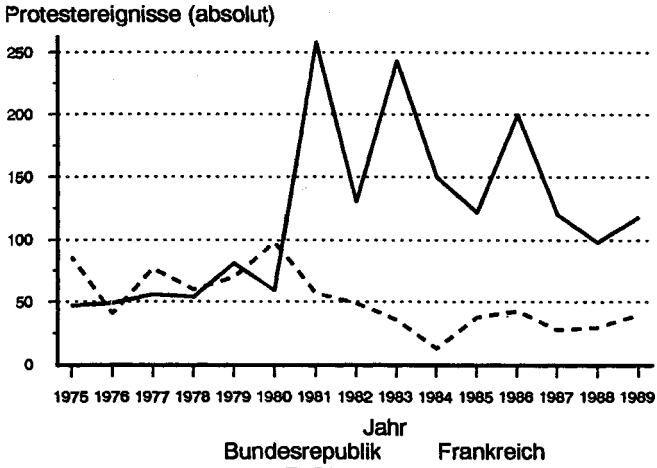
4.2.6 Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen

Der Begriff Dynamik soll in unserem Zusammenhang das Auf und Ab quantitativer Mobilisierung sowie Veränderungen von dominanten Strategien und Aktionsformen bezeichnen. Für die quantitative Mobilisierung wird häufig das Bild eines Zyklus im Sinne einer Abfolge von Aufstieg, Höhepunkt und Niedergang gebraucht (Tarrow 1983; 1989), ohne daß damit auch die meist im Begriff des Zyklus enthaltene regelmäßige Wiederkehr dieses Musters impliziert wäre.

Auf der Aggregatebene neuer sozialer Bewegungen kann für Frankreich und die Bundesrepublik wiederum auf die Daten der Forschungsgruppe um Kriesi zurückgegriffen werden. Die Entwicklung der Zahl von Protestereignissen (Abbildung 4.1) zeigt zwischen 1975 und 1980 einen in beiden Ländern ähnlichen, ungefähr waagrechten Kurvenverlauf. Danach gehen die Trends stark auseinander. In Frankreich nimmt - nach einem Höhepunkt 1980 - die Zahl der Protestereignisse ab und verharrt auf einem niedrigen Niveau; in der Bundesrepublik steigt die Zahl von 1980 bis 1981 steil an, um dann im Durchschnitt etwas abzunehmen, aber weit über dem Niveau Frankreichs zu bleiben.

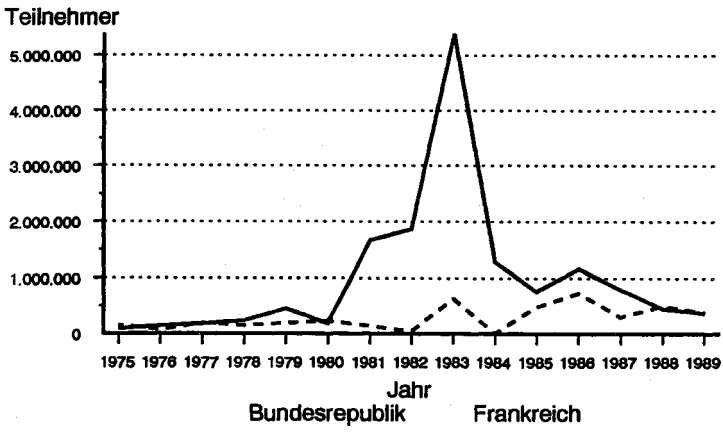
Bei den Teilnehmerzahlen an Protesten neuer sozialer Bewegungen ergibt sich eine fast konstante Mobilisierung in Frankreich für den gesamten Untersuchungszeitraum (Abbildung 4.2). Der Mobilisierungsumfang in der

Abbildung 4.1
Proteste neuer sozialer Bewegungen in Frankreich
und der Bundesrepublik, 1975-1989



Quelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

Abbildung 4.2
Teilnehmer an Protestereignissen neuer sozialer Bewegungen
in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989



Quelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

Bundesrepublik ähnelt bis 1980 und ab 1985 dem Frankreichs, liegt allerdings in der ersten Hälfte der 1980er Jahre mit einer steilen Welle, die 1983 ihren Höhepunkt erreicht, weitaus höher als in Frankreich. Das Auseinanderlaufen der Kurven in der ersten Hälfte der 1980er Jahre ist vor allem ein Effekt der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die in dieser Phase enorm mobilisierungsstark ist.

Zwar fehlen für die USA entsprechende Protestereignisdaten, doch kann hilfsweise auf die Gründung von Gruppen und Organisationen der neuen sozialen Bewegungen zurückgegriffen werden. Craig Jenkins (1987: 282f.) hat aus der *Encyclopedia of Associations* (Ausgabe 1982) einschlägige Daten entnommen. Demnach zeigt sich ab 1960 ein fast kontinuierlicher Anstieg; 1969 wird ein Plateau erreicht, das sich bis 1979 fortsetzt; im folgenden Jahr geht die Zahl von Organisationsgründungen stark zurück. Entsprechende Daten für Frankreich und die Bundesrepublik fehlen. Jedoch wissen wir aus einer noch nicht publizierten Bestandsaufnahme von Grup-

Tabelle 4.8

Entwicklung von Aktionsformen neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989

Jahr	Frankreich			Bundesrepublik		
	demonstrativ	konfrontativ	gewalttätig	demonstrativ	konfrontativ	gewalttätig
1975	46	25	17	24	13	10
1976	19	12	14	29	7	16
1977	51	14	13	33	14	12
1978	27	15	19	39	4	12
1979	48	11	15	55	23	3
Summe	191	76	78	180	71	53
1980	58	19	23	41	14	7
1981	28	12	18	144	70	49
1982	29	8	15	86	25	22
1983	25	5	6	189	49	10
1984	4	0	10	123	19	10
Summe	144	44	72	583	177	98
1985	27	1	11	78	18	27
1986	27	7	9	142	26	33
1987	26	0	2	72	28	21
1988	21	6	4	71	14	13
1989	28	5	8	81	20	20
Summe	129	19	34	444	106	114
Gesamt	464	139	184	1207	354	265

Datenbasis: Kriesi et al.; Zahl von Protestereignissen

pen der neuen sozialen Bewegungen in Westberlin, daß hier der Gründungsboom später als in den USA erfolgte.

Schließlich kann anhand der Protestereignisdaten von Kriesi et al. und der von den Autoren vorgeschlagenen Typologie demonstrativer, konfrontativer und gewaltförmiger Protestformen auch die Entwicklung dieser Formen in Frankreich und der Bundesrepublik verfolgt werden. Hierbei ergeben sich divergierende Muster in beiden Ländern. In Frankreich gehen mit der sinkenden Gesamtzahl aller Protestaktionen ab 1981 auch die konfrontativen und gewaltförmigen Proteste zurück (Tabelle 4.8). In der Bundesrepublik, für die Koopmans (1992: 116) über den hier nachgewiesenen Zeitraum eine längere Zeitreihe (zurück bis 1965) erstellt hat, zeigt sich nach einem starken Anstieg konfrontativer und gewaltförmiger Aktionen ab 1965 und einem ersten Spitzenwert 1968 ein mittleres Niveau dieser Aktionen. Von 1980 auf 1981 nehmen die gewaltförmigen Aktionen stark zu und erreichen damit den Höchstwert (vermutlich vor allem verursacht durch Hausbesetzungen). Danach ist eine wechselhafte Entwicklung auf insgesamt höherem Niveau als in den 1970er Jahren zu verzeichnen.

Neben der Entwicklung der Zahl bestimmter Protestformen sind die darauf bezogenen Teilnehmerzahlen von Interesse. Auf die entsprechenden Abbildungen wurden aus Platzgründen verzichtet. In Relation zur Mobilisierung für demonstrative Aktionen (einschließlich Petitionen) bleibt die Beteiligung an gewaltförmigen Aktionen in beiden Ländern sehr gering. Für die Bundesrepublik fällt hinsichtlich der demonstrativen Aktionsformen die geradezu explosive Zunahme im Jahr 1983 auf; sie resultiert überwiegend aus der Mobilisierung der Friedensbewegung. Die Teilnehmerzahl an konfrontativen Aktionen erreicht 1981 einen einsamen Spitzenwert und ist danach stark rückläufig. Die Beteiligung an gewaltförmigen Aktionen verläuft extrem diskontinuierlich; der Höhepunkt wird erst 1985 erreicht, dann folgt ein steiler Abfall. Darin spiegelt sich wohl der Sachverhalt, daß in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Gegensätze zwischen neuen sozialen Bewegungen und den etablierten Kräften bzw. Institutionen abgenommen haben. In Frankreich vollzieht sich die Beteiligung an Demonstrationen und Petitionen relativ gleichmäßig auf sehr niederem Niveau; die Teilnehmerzahlen an konfrontativen Aktionen, die 1977 einen Höhepunkt erreichen, bleiben in den 1980er Jahren niedrig. Etwas phasenverschoben, mit einem Gipfel im Jahr 1987, verläuft die Beteiligung an gewaltförmigen Aktionen, die ebenfalls in den 1980er Jahren in den Hintergrund tritt.

Für die USA fehlen quantitative Daten zur Entwicklung der Aktionsformen. Zald (1988: 35) konstatiert einen langfristigen Rückgang gewaltförmiger Proteste. Die Ursachen hierfür sieht er sowohl in der Repressionsfä-

higkeit des Staates als auch der Fähigkeit der Gesellschaft, Protestgruppen und Bewegungen zu kooptieren und in geregelte Verfahren einzubinden.

4.2.7 Zusammenfassung

Bei allen Vorbehalten angesichts der lückenhaften und insbesondere im Hinblick auf die USA unbefriedigenden Datenlage schälen sich einige zentrale Befunde heraus:

1. Die nationalen Bewegungssektoren umfassen ein in weiten Teilen ähnliches Spektrum von Bewegungen mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung. Besonderheiten sind die regionalistischen Bewegungen in Frankreich sowie die im Vergleich zu den USA relativ starke Alte Linke in Frankreich und der Bundesrepublik.

2. Innerhalb der nationalen Bewegungssektoren haben die neuen sozialen Bewegungen ein extrem unterschiedliches Gewicht. Deren Anteil an allen Protestaktionen zwischen 1975 und 1989 lag in Frankreich bei einem guten Drittel, in der Bundesrepublik dagegen bei knapp drei Vierteln. Im Aggregat, jedoch bei differierenden Gewichten der Einzelbewegungen, mobilisieren die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik mehr als doppelt so viele Menschen zu Protesten als die entsprechenden Bewegungen in Frankreich. Für die USA fehlen vergleichbare Angaben, doch ist zu vermuten, daß die USA hinsichtlich der mobilisierten Teilnehmer (pro Million Einwohner) einen Platz hinter der Bundesrepublik, aber deutlich vor Frankreich einnehmen.

3. Im Ländervergleich zeigen sich unterschiedliche infrastrukturelle Verdichtungen der neuen sozialen Bewegungen. Die entsprechenden Bewegungsorganisationen in den USA und der Bundesrepublik verfügen über weitaus mehr Ressourcen als in Frankreich. Auch finden die Bewegungen in beiden erstgenannten Ländern ein höheres Mobilisierungspotential vor. Generell ist die positive Haltung zu den neuen sozialen Bewegungen bzw. das Mobilisierungspotential erstaunlich hoch, bedenkt man, daß es sich zu weiten Teilen um Protestbewegungen handelt.

4. Bezogen auf Protestaktionen und mobilisierte Teilnehmer ist die Ökologiebewegung sowohl in Frankreich als auch der Bundesrepublik die relativ stärkste Bewegung. Einer ebenfalls relativ aktiven Friedensbewegung in der Bundesrepublik steht jedoch nur ein sehr schwaches Pendant in Frankreich gegenüber. Die Frauenbewegung ist im Hinblick auf das Mobilisie-

rungskriterium in beiden Ländern nur unbedeutend, verfügt jedoch in den USA und der Bundesrepublik über eine sehr dichte Infrastruktur von Gruppen und Projekten. Die Solidaritätsbewegung bzw. Dritte-Welt-Bewegung wurde in bisherigen Analysen unterschätzt. Sie ist in Frankreich (und den Niederlanden) die zweitstärkste und in der Bundesrepublik die drittstärkste Bewegung.

5. Der Anteil gewaltförmiger Aktionen neuer sozialer Bewegungen ist mit rund 23 Prozent in Frankreich etwa ein Drittel höher als in der Bundesrepublik, aber in beiden Ländern geringer im Vergleich zum Durchschnitt der übrigen sozialen Bewegungen (Kriesi et al. 1992: 228).²³ Gemessen an der Zahl der Teilnehmer sind gewaltförmige Aktionen neuer sozialer Bewegungen eine marginale Größe. Entsprechende Angaben für die USA fehlen.

6. In Frankreich und der Bundesrepublik, wo sich die Entwicklungsdynamik neuer sozialer Bewegungen anhand von Protestereignisdaten nachzeichnen läßt, liegt das Mobilisierungsniveau in den 1980er Jahren weit über dem der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Speziell für die 1980er Jahre zeigen sich divergierende Verlaufsmuster. Einer hohen Zahl von Protesten in der ersten Hälfte des Jahrzehnts in der Bundesrepublik (bei abklingender Tendenz gegen Ende dieser Phase) steht im gleichen Zeitraum ein starker Rückgang in Frankreich gegenüber. Zieht man analoge Daten zu den Niederlanden und der Schweiz hinzu (Kriesi et al. 1992: 238), so präsentiert sich Frankreich als abweichender Fall.

Von einer Krise bzw. Demobilisierung neuer sozialer Bewegungen, wie sie in der Vergangenheit mehrfach diagnostiziert wurde, kann also nicht die Rede sein. In Frankreich hat zwar in den 1980er Jahren die Zahl der Proteste, nicht aber der mobilisierten Teilnehmer abgenommen. Lediglich die Teilnehmerzahlen an konfrontativen und gewaltförmigen Protesten waren gegenüber den 1970er Jahren rückläufig. In der Schweiz, den Niederlanden und der Bundesrepublik haben die Proteste der neuen sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren zugenommen (Kriesi et al. 1992: 238). Die Aussage, "die Protestbewegungen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre (seien) heute weitgehend abgeebbt" (Inglehart 1989: 397), erweist sich als unhaltbar.

²³ Duyvendak (1992: 87) präsentiert auf der gleichen Datenbasis allerdings andere Prozentsätze mit einem Anteil von 18 Prozent gewaltförmiger Proteste in Frankreich und 10 Prozent in der Bundesrepublik.

Kapitel 5

Neue Frauenbewegungen

In der langen und wechselvollen Geschichte der Frauenbewegungen und des Feminismus¹ wurde Ende der 1960er Jahre ein weiteres, bis heute noch nicht abgeschlossenes Kapitel eingeleitet. Weitgehend unabhängig von den Restbeständen der historischen Frauenbewegungen² formierten sich innerhalb weniger Jahre in nahezu allen westlichen Industrieländern ideologisch und organisatorisch eigenständige *neue* Bewegungen. Erst nach ihrem Aufschwung machten sie die Erfahrung, daß sie vieles mit ihren Vorläufern verbindet.³

Relativ systematisch vorgehende ländervergleichende Studien zu neuen Frauenbewegungen liegen kaum vor, wenngleich eine Reihe von Arbeiten komparative Aspekte behandelt.⁴ Umfangreich ist dagegen die Literatur, die sich auf bestimmte Länder bzw. Bewegungsaspekte konzentriert. Am professionellsten in dieser Hinsicht sind Arbeiten zur US-amerikanischen Frauenbewegung⁵; hier hat bereits eine stärkere Themendifferenzierung ein-

¹ Im Französischen wird das Wort Feminismus zuerst 1837 im *Dictionnaire Robert* erwähnt und bezeichnet "eine Lehre, welche die Erweiterung der Rechte und der Rolle der Frau in der Gesellschaft befürwortet" (zit. nach Michel 1980: 3). Um 1890 wurde der Begriff ins Englische übertragen und bereits für die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts verwendet. In Deutschland bedeutete Feminismus ursprünglich ein "weibisches Wesen, besonders bei Homosexuellen" (Evans 1977: 39). Für eine ideengeschichtliche Übersicht zum Feminismus vom Ende des 18. Jahrhunderts bis heute vgl. Charvet (1982). Für neuere Definitionen vgl. Gerhard (1988) und Cott (1987: 4f.).

² Für einen Forschungsüberblick zur Frauengeschichte bzw. den historischen Frauenbewegungen in den USA vgl. Hausen (1981), in Frankreich Perrot (1984) und in Westdeutschland Frevert (1988), Kuhn (1990) und Metz-Göckel (1993).

³ Vgl. dazu Krechel (1975: 37), Schenk (1981: 7), das "Plädoyer für eine Geschichte der Frauen" von Bouchardeau (1977: 13ff.) sowie das in gleichem Geist entstandene Buch von Rowbotham (1973).

⁴ Soweit mindestens eines der hier untersuchten Länder berührt ist, vgl. Gelb (1987; 1989) und Bouchier (1984) zu Großbritannien und den USA, Gelb (1990) zu Großbritannien, Schweden und den USA, Ferree (1987) zu den USA und der Bundesrepublik sowie Jenson (1982) zu Frankreich, Italien und Großbritannien. Breiter angelegte Übersichten bzw. Sammelbände mit Länderberichten bieten Lovenduski (1986; 1988), Dahlerup (1987), Katzenstein/Mueller (1987) und Kaplan (1992).

⁵ Zentral sind die Arbeiten von Carden (1974), Freeman (1975), Evans (1979), Klein (1984), Ferree/Hess (1985), Echols (1989), Buechler (1990), Costain (1992) und Ryan (1992).

gesetzt. In der Bundesrepublik liegt eine Fülle von überwiegend parteilichen und/oder essayistischen Studien vor.⁶ In Frankreich sind insbesondere neuere Arbeiten zur Frauenbewegung dünn gesät.⁷

5.1 Vorbedingungen und auslösende Faktoren der neuen Frauenbewegungen

Aufkommen und unerwartete Mobilisierungskraft⁸ der neuen Frauenbewegungen ab den späten 1960er Jahren lassen sich nur vor dem Hintergrund grundlegender sozioökonomischer und kultureller Wandlungen begreifen, die - rückwirkend gesehen - dramatische Veränderungen der Situation von Frauen bedeuteten. Daß manche Autoren trotz der umfassenden Analyse dieser Umwälzungen keine Renaissance der Frauenbewegung erwarteten (z.B. Degler (1967: 209f.)), unterstreicht die katalysatorische Wirkung verschiedener Randbedingungen in den 1960er Jahren, die als konkrete Impulse für die Mobilisierung von Frauen in Betracht zu ziehen sind. Im folgenden werden also neben *sozialstrukturellen Wandlungen* auch die auslösenden bzw. verstärkenden situativen Faktoren für die Entstehung der neuen Frauenbewegungen vorgestellt.

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, daß gerade die relative Verbesserung der materiellen Lage, teilweise auch der gesellschaftlichen Stellung der Frauen in den 1950er und 1960er Jahren den Nährboden für eine neue Welle des Feminismus gebildet haben soll.⁹ Erst ein genauerer Blick

⁶ Informative Arbeiten aus frauenbewegter Sicht bieten Schenk (1981), Schwarzer (1981), Frevert (1986), Knafla/Kuhlke (1991), Meyer (1991) und Gerhard (1992). Jedoch gibt es keine einzige ausführliche bewegungssoziologische Monographie zur neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik.

⁷ Zur Frauenbewegung in Frankreich vgl. Guadilla (1981), Sauter-Baillet (1981), Léger (1982), Duchon (1986), Batiot (1987), Jenson (1987; 1990) und Remy (1990).

⁸ Noch in der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurde der Feminismus als marginale oder sogar absterbende Bewegung eingeschätzt: "...the organized feminist movements, if they continue at all today, can only be counted alongside vegetarianism and nudism as bordering the cult" (Banks/Banks 1964: 548).

⁹ Skeptisch bezüglich sozioökonomischer Trends als herausragender Ursache der neuen Frauenbewegung bleibt Ferris (1971: 1, zitiert nach Freeman 1975: 44). Einer der wenigen systematischen Beiträge wendet sich auf breiter ländervergleichender Basis den Entstehungsursachen der ersten Welle von Frauenbewegungen zu (Chafetz/Dworkin/Swanson 1990). Als wichtige Hintergrundfaktoren werden dabei sozioökonomische Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung sowie die Rollenerweiterung von Frauen

auf Art und Reichweite dieser Veränderungen zeigt, daß damit nicht nur Fortschritte verbunden waren, sondern zugleich neue Erwartungen geweckt bzw. bestehende Widersprüche verschärft wurden. Das wird an einer Reihe struktureller Entwicklungen sichtbar, die teilweise bereits lange vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingesetzt hatten und vor allem in ihrem Summeneffekt zu veranschlagen sind.

1. In praktisch allen fortgeschrittenen westlichen Ländern schrumpfte ab Mitte des 20. Jahrhunderts der sog. informelle Sektor (Lutz 1984: 138), innerhalb dessen unbezahlt verrichtete weibliche Hausarbeit einen großen Anteil hatte. Die Technisierung des Haushalts sowie die in vielen Ländern feststellbare Verringerung der durchschnittlichen Kinderzahl¹⁰ reduzierten die Belastungen durch die Hausarbeit und machten mehr Frauen für Erwerbsarbeit verfügbar.

2. Die weibliche Erwerbsquote stieg, wenngleich unstetig und in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage.¹¹ Auch wuchs der Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmerinnen.¹² Mit der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit, die sich auch auf verheiratete Frauen der Mittelklasse erstreckt, entstand ein größerer, allerdings nicht vollständig gedeckter Bedarf an außerfamiliären Versorgungseinrichtungen für Kinder. Diese Einrichtungen verliehen den Frauen etwas mehr Unabhängigkeit.

hervorgehoben.

¹⁰ In Frankreich stieg die Geburtenrate von 1945 bis 1974 und fiel dann steil ab. In den USA setzte bereits 1964 ein markanter Rückgang ein. Ähnlich wie in den USA ist die Entwicklung in der Bundesrepublik. Einem Anstieg bis 1963 ("Baby boom") folgte ein steiler Rückgang bis 1978 und eine nur leichte Erhöhung in der Folgezeit. Freilich können sinkende Geburtenraten nicht allein als Entlastung für Frauen bzw. Mütter verbucht werden. Teilweise stiegen auch die Anforderungen an Mütter, indem neben der materiellen Versorgung der Kinder beispielsweise auch eine intensive (mütterliche) Zuwendung zur sozialen Norm wurde.

¹¹ Für die USA berichtet Freeman (1975: 30), daß die Zunahme von erwerbstätigen Frauen zwischen 1947 und 1968 das Fünffache der Zunahme bei den erwerbstätigen Männern betrug. Die Quote verheirateter erwerbstätiger Frauen stieg von 15 Prozent im Jahr 1940 auf 37 Prozent im Jahr 1967. Im Ländervergleich konstatiert Becker (1989: 22) eine Zunahme der Erwerbsquote in allen hochindustrialisierten Ländern während der letzten 20 Jahre. Die Erwerbsquote der 15-64jährigen Frauen stieg in den USA zwischen 1966 und 1986 von 45,5 auf 64,9 Prozent, in Frankreich von 46,4 auf 50,3 Prozent und in der Bundesrepublik nur geringfügig von 48,5 auf 50,3 Prozent. Am höchsten sind die entsprechenden Zahlen in den skandinavischen Ländern. In Schweden betrug die Quote 78,3 Prozent (1986) (ebd., S. 23). Der Frauenanteil der Erwerbstätigen zwischen 14 und 64 Jahren betrug 1988 in den USA 44,5, in Frankreich 42,5 und in der Bundesrepublik 39,1 Prozent (INSEE 1991: 95).

¹² In der Bundesrepublik waren allerdings innerhalb des DGB, der langfristig konstant etwa 80 Prozent aller gewerkschaftlich Organisierten vertritt, im Jahr 1986 nur 22 Prozent Frauen (Armingeon 1988: 467).

3. Insgesamt stieg der Anteil von Personen, die qualifizierte und zunehmend längere Bildungs- und Ausbildungsgänge durchliefen. Hierbei wuchs der Quote von Frauen besonders schnell.¹³ Damit erhöhte sich die Zahl von Frauen in marktfernen, stärker auf Sinnvermittlung und kognitives Wissen orientierten Tätigkeitsbereichen. Dies sind wiederum Faktoren, die ganz allgemein ein Interesse an öffentlichen bzw. speziell politischen Fragen¹⁴ und ein entsprechendes Engagement begünstigen.

4. Zwar stieg mit zunehmender Erwerbstätigkeit die Doppelbelastung vieler Frauen, doch wurde damit auch deren Abhängigkeit von Männern gelockert. Auch dies verstärkte das Selbstbewußtsein von Frauen. Dieser Trend wurde durch veränderte Rollenmuster aufgrund kultureller und sexueller Liberalisierungstendenzen unterstützt. Das Bild der Frau als passives Objekt, das Schutzes bedarf und männlicher Begehrlichkeit oder aber Zurückweisung ausgeliefert ist, geriet ins Wanken. Ein Indikator hierfür ist die steigende Zahl von Scheidungen, die überwiegend von Frauen eingereicht werden. Mutterschaft und Beziehungen zu Männern werden zunehmend entkoppelt (Chapman 1993: 269).

5. Frauen sind trotz verbesserter Bildung in höheren öffentlichen Funktionen noch immer stark unterrepräsentiert. Allerdings stieg, beginnend von einem niederen Ausgangsniveau, ihr durchschnittlicher Anteil in verantwortlichen Stellungen in Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbänden usw.

Diese zum Teil sich nur langsam und un stetig durchsetzenden Entwicklungen, die vereinzelt sogar von Rückschlägen begleitet waren, bilden insgesamt begünstigende Hintergrundbedingungen für die neue Welle der Frauenbewegungen. Sie können jedoch deren Auftreten zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht hinreichend erklären. Ergänzend sind spezifische *Auslösefaktoren* bzw. Diffusionsprozesse in Betracht zu ziehen. Damit kam es, ähnlich wie bei dem stärker eruptiven Ereignis des französischen Mai 1968,

¹³ Vgl. dazu das von Freeman (1975: 29) vorgestellte Zahlenmaterial. Besonders hohe Zuwachsraten werden für die Phase von 1960 bis 1965 registriert. In der Bundesrepublik stieg der Frauenanteil unter den Studierenden an Hochschulen (ohne Fachhochschulen) folgendermaßen: 27 (1960), 31 (1970), 38 (1980), 41 Prozent (1989) (Geißler 1992: 240).

¹⁴ In Frankreich sank der Anteil von Frauen, die sich überhaupt nicht für die Politik interessierten ("Je ne m'intéresse pas du tout à la politique"), von 60 Prozent im Jahr 1953 über 48 (1966) auf 23 Prozent (1977) (Mossuz-Lavau/Sineau 1983: 26). In Westdeutschland ist das politische Interesse von Frauen stark gestiegen (Allensbach 1993: 139). Im internationalen Vergleich ist das politische Interesse von Frauen noch immer geringer als von Männern, doch schließt sich diese Kluft allmählich vor allem aufgrund des steigenden Bildungsgrades von Frauen (Inglehart 1989: 434). Zu bedenken ist bei diesen Zahlenvergleichen, daß Frauen möglicherweise andere als die "männlichen" Formen politischen Interesses und politischer Beteiligung bevorzugen.

zu einem Synchronisierungseffekt von Entwicklungen in verschiedenen Feldern (dazu Bourdieu 1992: 258).

1. Einen ersten Auslöser bildeten die Erfahrungen in und mit anderen Bewegungen, namentlich der Studentenbewegung und - speziell in den USA - der Bürgerrechts- und Anti-Vietnamkriegsbewegung. Viele junge Frauen wurden in diesem Kontext politisch sozialisiert (Evans 1979; McAdam 1992) und erlebten auch dort den eklantanten Widerspruch zwischen der Norm der Egalität und der Wirklichkeit geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

2. Ein zweiter auslösender Faktor war die Politisierung des Reproduktionsbereichs, insbesondere von Fragen der Sexualität, Verhütung und Abtreibung. Von deren Regelung sind Frauen oft in besonderer Weise berührt, während dafür noch immer ein männlich geprägtes politisch-juristisches und alltagspraktisches Macht- und Definitionsmonopol besteht. Die Medien griffen diese bisher stark tabuisierten Themen begierig auf und rückten damit auch die Kontingenz bestehender Gewohnheiten und rechtlicher Regeln ins öffentliche Bewußtsein. Insbesondere die Forderung nach der Liberalisierung der Abtreibung bildete ein einigendes Band für Frauen mit unterschiedlicher ideologischer Orientierung und öffnete die zunächst intellektuell geprägten neuen Frauengruppen für größere Bevölkerungskreise.

3. Einen weiteren Faktor in den hier betrachteten Ländern bildete die Reformpolitik, die generell Fragen sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, bürgerschaftlicher Mitwirkung und individueller Selbstbestimmung in den Vordergrund rückte und dabei auch familien- und frauenpolitische Belange einschloß.¹⁵ Diese Politik, so die noch ausführlicher zu belegende These, nahm den neuen Frauengruppen keineswegs den Wind aus den Segeln, sondern schürte Hoffnungen, deren partielle Enttäuschung in späteren Phasen eher Aktivierung als Resignation zur Folge hatten.

4. Schließlich sind bislang noch wenig beachtete Diffusionseffekte über Ländergrenzen hinweg in Rechnung zu stellen. Thematisierungsleistungen, kleine praktische Fortschritte oder größere Durchbrüche der Frauenbewegung in einem Land wurden in anderen Ländern dank der Vermittlung der

¹⁵ In den USA bildete einen ersten entscheidenden Schritt hierzu die 1961 von John F. Kennedy veranlaßte *President's Commission on the Status of Women*, die 1963 einen großen Bericht *American Women* und später eine Vielzahl weiterer Publikationen herausgab, in denen die Benachteiligung von Frauen dokumentiert wurde. Entsprechende Kommissionen wurden in allen 50 Bundesstaaten eingerichtet (Harrison 1988: Kap. 7). Ein zweiter wichtiger Faktor bestand in der Ergänzung des *Civil Rights Act* von 1964 durch das Wort "sex". Damit war jegliche Diskriminierung bei Beschäftigungsverhältnissen untersagt (vgl. Freeman 1975: 52f.). Zur politischen Durchsetzung dieses Passus vgl. Deitch (1993).

Massenmedien, aber auch der durch höhere Mobilität erleichterten Kontakte zwischen Bewegungsaktivistinnen aufmerksam registriert; sie wirkten dort stimulierend und ermutigend. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Transfer von Ideen und Konzepten der zeitlich früher entwickelten Studenten- und Frauenbewegung der USA nach Europa von Bedeutung.¹⁶

5.2 Neue Frauenbewegungen im Ländervergleich

Im folgenden werden anhand der bereits eingeführten Merkmalsdimensionen (vgl. 1.2.6) die neuen Frauenbewegungen in den drei Ländern vergleichend beschrieben.

5.3.1 Entwicklungsphasen im Überblick

Soweit in den vorliegenden größeren Monographien und Aufsätzen eine Periodisierung der Frauenbewegungen in den hier betrachteten Ländern vorgenommen wird, geschieht meist unter Verwendung uneinheitlicher und oft nur impliziter Kriterien. Darunter leiden die Vergleichsmöglichkeiten. Leitender Gesichtspunkt der folgenden phasenspezifischen Darstellung ist die jeweils dominante strategische Orientierung der Bewegungen. Darin gehen freilich auch ideologische Veränderungen ein, etwa die Definition zentraler Themen sowie die Art und Weise, wie das "herrschende System" gesehen wird. Aufgrund der engen Verbindung von Inhalts- und Formaspekten gerade in der Frauenbewegung indiziert eine solchermaßen vorgenommene Periodisierung in aller Regel auch eine Änderung von Aktionsformen. Ohne nationale Besonderheiten und ungleichzeitige Entwicklungen unterschlagen zu wollen, ist doch bemerkenswert, in welchem Ausmaß sich die grundlegenden Entwicklungstrends in allen drei Ländern ähneln. Somit läßt sich ein länderübergreifendes Raster von vier Phasen anlegen.

¹⁶ Zum Ideentransfer der Neuen Linken von den USA zur Bundesrepublik vgl. Mc-Adam/Rucht (1993); zum Einfluß der USA auf die französische Neue Linke einschließlich der Frauenbewegung vgl. Debouzy (1973).

Die Politisierung der Frauenfrage im Rahmen progressiver Bewegungen

Die Anfänge der neuen Frauenbewegungen liegen in den USA und speziell in der dortigen Bürgerrechtsbewegung (Ferree/Hess 1985: 45ff.). Einen markanten Auftakt bildete die Gründung der *National Organization for Women* (NOW) im Jahr 1966, welche dann relativ eng mit einigen der bereits etablierten Frauenverbände zusammenarbeitete.¹⁷ In den Jahren darauf entstand ein radikalerer, weitgehend auf autonomen Kleingruppen basierender Zweig der neuen Frauenbewegung (Echols 1989). Dem vorausgegangen war der Versuch, die Frauenfrage in Gewerkschaften sowie Bürgerrechts- und Studentenorganisationen stärker in den Vordergrund zu rücken. Die inhaltlichen, teilweise auch verständnislosen oder zynischen Reaktionen ihres männlichen Umfeldes bestärkten viele engagierte Frauen, sich eigenständig zu organisieren und ihr Anliegen nicht länger als Nebenschauplatz der Politik oder gar als private Angelegenheit zu betrachten ("Das Private ist politisch").¹⁸

Weitgehend ähnlich wie in den USA, wenngleich etwas später einsetzend, verliefen auch die Anfänge der neuen Frauenbewegungen in Europa. In Frankreich entstanden die ersten neuen Frauengruppen im Rahmen der Studentenbewegung. Sie orientierten sich demzufolge in ihrer ersten Phase weitgehend an marxistischen und revolutionären Politikkonzepten. Vorausgegangen war die etwa ab 1965 einsetzende theoretische Debatte über "die Frauenfrage" (Gennari 1964; Sullerot 1965; Niel 1968) sowie die Bildung sozialistischer Frauengruppen.¹⁹ Anders als in der Bundesrepublik entstand jedoch mit dem *Mouvement de libération des femmes* (MLF) ein Netzwerk, das zwar keineswegs das gesamte Spektrum der radikalen Frauengruppen repräsentierte, aber doch ein Gravitationszentrum darstellte. Zu den politisch ohnehin nicht sehr aktiven Organisationen der alten Frauenbewegung existierten praktisch keine Verbindungen.²⁰

¹⁷ Das ursprüngliche Bild einer traditionellen Frauenbewegung, die von den frühen 1920er bis zur Mitte der 1960er Jahre in einem Dämmer Schlaf gelegen habe (Gelb/ Palley 1982: 22), deren Organisationen um 1950 "all either dead or a pale shadow of their former selves" waren (Freeman 1975: 63) und die so gut wie keine Verbindungen zur neuen Frauenbewegung hätten, weicht inzwischen einer differenzierteren Betrachtungsweise (Banks 1981; Rupp/Taylor 1990; Taylor 1990).

¹⁸ Zur neueren Debatte um das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit vgl. Elshstain (1981) und Siltanen/Stanworth (1984).

¹⁹ So zum Beispiel die Gründung von *Le mouvement démocratique féminin* im Jahr 1964, von dem sich noch im selben Jahr der *Club Louise Michel* abgespalte (Albistur/ Armogathe 1977: 448).

²⁰ Diese hatten im Zuge eines vorherrschenden Anti-Kommunismus und traditionellen Frauenbildes (dazu Milz 1989) progressive Verbände an den Rand gedrängt und teilwei-

In der *Bundesrepublik* bildeten sich die ersten neuen Frauengruppen ebenfalls im Rahmen der Studentenbewegung. In frappierender Parallele zu den USA, wo die Idee von *women's liberation* anlässlich eines Kongresses der *Students for a Democratic Society* (SDS) von männlichen Aktivisten mit Lachen quittiert und die Rednerin mit Tomaten beworfen wurde (Morgan 1970: 11; Linnhoff 1974: 18), war es auch im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) die Ignoranz männlicher Aktivisten, die auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz im September 1968 die erste handgreifliche Aktion, den berühmten Tomatenwurf, auslöste. Allerdings flogen nun die Tomaten in Richtung Männer ("Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich"). Bereits zu Jahresbeginn war in Berlin der *Aktionsrat zur Befreiung der Frau* gebildet worden. Im gleichen Jahr entstanden innerhalb der Studentenbewegung die ersten sog. *Weiberräte* (Frauenjahrbuch 1975: 15ff). Auf der SDS-Konferenz im November 1968 waren bereits acht solcher Gruppen vertreten. Ideologisch gehörten sie zur radikalen Linken.²¹ Sie waren basisdemokratisch und autonom organisiert, nur locker miteinander vernetzt und rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem studentischen bzw. intellektuellen Milieu. Ebenso wie in Frankreich entfaltete sich die autonome Frauenbewegung der Bundesrepublik unabhängig von den traditionellen Frauenorganisationen.

In allen drei Ländern ist diese erste Phase vor allem durch zwei Bemühungen charakterisiert: (a) ein intensives Ringen um ein feministisches Selbstverständnis im Rahmen einer kritischen Analyse der Gesamtgesellschaft, wie es in zahlreichen Treffen, Diskussionszirkeln, Resolutionen und Publikationen zum Ausdruck kam; (b) den erfolgreichen Versuch, eigenständige feministische Gruppierungen aufzubauen, welche die Kristallisationspunkte feministischer Debatten und Aktionen bildeten.

Symbolische Politik und öffentliche Provokation

Nach einer gewissen ideologischen und organisatorischen Festigung drängten die neuen Frauengruppen in den weiteren Bereich der politischen Öffentlichkeit. Namentlich in Frankreich und der Bundesrepublik wurden sie jedoch nur in dem Maße breitenwirksam, wie sie ihre ursprünglich rigide Ideologie öffneten, revolutionäre Ideen aufgaben oder abschwächten und

se den Charakter von Kaffeekränzchen angenommen.

²¹ Aufschlußreich ist das Lektüreprogramm des *Aktionsrates zur Befreiung der Frauen*, das neben zahlreichen sozialistischen Klassikern von Marx über Lenin bis Mao nur einen Text (Thönnessen) zur frauenspezifischen Problematik vorsah (vgl. Schlaeger 1988: 66f.).

zudem mit Fragen beruflicher Benachteiligung, aber auch Sexualität und Abtreibung, solche Themen aufgriffen, die für eine breitere Schicht Frauen Bedeutung besaßen.

In den USA war die Frauenbewegung bereits in den frühen 1970er Jahren in der Öffentlichkeit präsent. "By 1973, feminists seemed to be everywhere, doing everything." (Ferree 1991: 6) Sie rückten vor allem zwei große Themen in das Rampenlicht. Das eine war der Abtreibungskonflikt, der mit den Urteilen des *Supreme Court* im Jahr 1973 zu einem in dieser Deutlichkeit unerwarteten Erfolg für die Frauenbewegung führte. Den zweiten Fokus bildete der erneute Anlauf zur Durchsetzung des *Equal Rights Amendment* (ERA) (Boles 1979). Ein frühes Signal für die Stärke dieser Kampagne bedeutete der Marsch anlässlich des *women's equality day* in New York im Jahr 1971. Der traditionsreiche Kampf für die Verankerung der Frauenrechte in der Verfassung, der bereits 1923 mit einer Vorlage der *National Women's Party* im Kongreß eröffnet worden war, weckte zunächst große Hoffnungen, scheiterte aber letztlich an der fehlenden Zustimmung von drei Staaten.²² Beide Kampagnen führten eine Vielzahl ideologisch divergierender Frauengruppen zusammen. Aufgrund deren überwiegend pragmatischer Grundorientierung fiel eine Kooperation ohnehin leichter als bei den stärker in Grabenkämpfe verwickelten Frauengruppen Westeuropas.

In Frankreich war die Frauenbewegung stark vom Nachhall der Mairevolte geprägt. Auch hier öffnete sich das Themenspektrum sehr schnell. Die bereits 1970 bei dem Kongreß *Etats généraux de la femme* aufgeworfene Frage des Lohns für Hausarbeit blieb unter den Frauengruppen kontrovers. Die Forderung nach einer Ausdehnung des Erziehungsurlaubs wurde von der Mehrheit der Feministinnen abgelehnt, solange nicht ein analoges Recht des Vaters vorgesehen ist. Ein einigendes Band bildete jedoch das Abtreibungsthema, das für Jahre in den Mittelpunkt rückte. Spektakuläre Aktionen mit hoher Symbolkraft verschafften den neuen Frauengruppen in den frühen 1970er Jahren Publizität. Hierzu zählen die Niederlegung eines Kranzes für die unbekannte Frau des gefallenen Soldaten (August 1970),

²² Die Hürden für einen Verfassungszusatz sind sehr hoch. Neben der Zustimmung von jeweils mindestens zwei Dritteln beider Häuser des Kongresses ist auch eine einfache Mehrheit in zwei Dritteln aller Staaten erforderlich (Ausnahme: Illinois mit 60 Prozent). 1972 hatten der Kongreß und bis 1977 immerhin 35 Einzelstaaten die ERA-Vorlage verabschiedet; es fehlte nur noch die Zustimmung von drei weiteren Staaten. Doch auch eine Fristverlängerung des gesamten Ratifizierungsprozesses von 1979 auf 1982 führte nicht zum erhofften Ergebnis. Vielmehr kippte der Trend um, indem vier Staaten ihre frühere Zustimmung rückgängig machten. Damit ist die ERA-Kampagne auf lange Sicht gescheitert. Zu den Gründen des Mißerfolgs vgl. Mansbridge (1986), Berry (1986) und Hoff-Wilson (1986).

die öffentliche Selbstbeichtigung von 343 Frauen, abgetrieben zu haben (Juni 1971), Provokationen zum Muttertag (Mai 1971), Besetzungen von medizinischen Einrichtungen und Zeitungsredaktionen, Streiks sowie Kampagnen gegen Pornographie, Vergewaltigung und sonstige Formen der Gewalt gegen Frauen.

Die Entwicklung in der *Bundesrepublik* verlief ganz ähnlich - bis hin zur Kopie der Selbstbeichtigungsaktion im Rahmen der Kampagne zur Liberalisierung der Abtreibung. Im Vordergrund standen spektakuläre, oft sehr provokative Aktionen sowie der Erfahrungs- und Informationsaustausch auf nationalen und internationalen Kongressen. Kennzeichnend war die allgemeine Aufbruchstimmung und der Eindruck, es bedürfte nur eines entsprechenden Elans und öffentlichen Drucks, um feministischen Themen die ihnen gebührende Beachtung zu verschaffen.

Diversifizierung von Initiativen und Projekten

Um die Mitte der 1970er Jahre - allerdings ohne deutliche Zäsur gegenüber der vorangegangenen Phase und wiederum früher in den USA als in Europa - änderte sich die Grundstimmung in den neuen Frauenbewegungen. Zwar konnten in der Abtreibungsfrage klare Erfolge (USA) oder zumindest Teilerfolge (Frankreich und Bundesrepublik) erzielt werden; doch war in vielen anderen Themenfeldern nicht mit schnellen Durchbrüchen zu rechnen. Der reformerische Impetus in allen drei Ländern erlahmte; die etablierte Politik begann sich auf ein primär ökonomisch orientiertes Krisenmanagement einzurichten.

In der US-amerikanischen Frauenbewegung hatte ein Boom von Selbsterfahrungsgruppen (*consciousness raising groups*) eingesetzt²³, der bald in Europa Nachahmung fand. Neben pragmatisch orientierten Gruppen, die vor allem den Wert gegenseitigen Erfahrungsaustauschs und praktischer Selbsthilfe in Kleingruppen, aber auch die politische Funktion dieser Gruppen betonten, gewannen therapeutische Verfahren und Initiativen sowie spiritualistische Zirkel an Attraktivität. Deutlich schwächer als in den USA und der Bundesrepublik war allerdings deren Resonanz in Frankreich.

Doch der "Rückzug nach innen" (Schenk 1981: 88) ist nur die eine Seite. Daneben entstanden zahlreiche stärker außenorientierte, teils advokatorische Projekte mit einer Vielfalt spezieller Zielsetzungen. Hierzu gehören unter anderem Gesundheitszentren, Häuser für geschlagene Frauen, Grup-

²³ Die ersten Gruppen dieser Art waren allerdings schon 1968/69 entstanden (Cassell 1977: 203; Evans 1992: 61).

pen zur Betreuung ausländischer Frauen, selbstverwaltete Kleinbetriebe im Dienstleistungs- und Handwerksbereich, die Einrichtung von Notruftelefonen, Frauenkulturgruppen und die Etablierung größerer feministischer Zeitschriften. Leitend war in allen drei Ländern der Gedanke, unabhängig von den etablierten Institutionen eine autonome feministische Gegenkultur aufzubauen. Im extremen Spektrum führte dies zu einer separatistischen Haltung von Lesbengruppen und - in der Bundesrepublik - sogar zu militanten Aktionen einschließlich von Sprengstoffanschlägen durch Frauengruppen (z.B. die *Rote Zora*, Edition ID-Archiv 1993). Gegenüber dem intensiven Engagement in Kleingruppen und Projekten traten nun große nationale Kampagnen und Demonstrationen in den Hintergrund.

Mit und in den Institutionen

Kennzeichen der vierten und vorerst letzten Phase ist die veränderte Haltung zu den etablierten politischen Akteuren, welche sich ihrerseits stärker für Belange der Frauenbewegung zu öffnen begannen.²⁴ Damit brach spätestens in der ersten Hälfte der 1980er Jahre die Frontstellung zwischen feministischer Gegenkultur und etablierter Politik auf. Insbesondere kam es zu einer engeren Zusammenarbeit von autonomen feministischen Gruppen, traditionellen Frauenverbänden und den Frauenorganisationen innerhalb von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen.

In den *USA* ging diese Entwicklung nicht auf eine abrupte Kurswende zurück, da hier ohnehin pragmatische und reformistische Politikkonzepte stärker verankert waren. Allerdings zeigte sich ein Rückgang von binnen-zentrierten *consciousness raising*-Gruppen, eine Professionalisierung und Institutionalisierung vieler autonomer Frauenprojekte und schließlich eine Umorientierung der großen Frauenverbände, die sich stärker auf konventionelle Interessenpolitik einließen. Die in der Tendenz antifeministische Politik der Reagan-Administration führte zu einer ungewollten organisatorischen Stärkung der Frauenbewegung (Sapiro 1987).

In *Frankreich* brachte der Wahlsieg der Sozialisten 1981 eine politische Wende, die auch die Frauengruppen nicht unberührt ließ. Ein Teil der organisatorisch und ideologisch stark zersplitterten Gruppen wurde von der sozialistischen Partei absorbiert. Insbesondere gelang die Kooptation einiger bekannter Feministinnen. Zugleich nahm die relativ progressive Frauenpoli-

²⁴ So resümieren Pinl/Weg (1989: 45): "Die Zeit der - wechselseitigen - Berührungsverbote ist ganz sicher vorbei, die Vorbehalte sind ein Stück weit abgebaut. Die autonome Frauenbewegung gestaltet heute ihr Verhältnis zur institutionellen Frauenpolitik durchweg pragmatischer."

tik der ursprünglich sozialistisch-kommunistischen Regierung den autonomen Frauen viel Wind aus den Segeln. Die meisten der ohnehin zum Sektierertum neigenden Strömungen und Zirkel versanken in Bedeutungslosigkeit. Die autonomen Frauengruppen zerfielen weitgehend. Die traditionellen kommunistischen Frauenorganisationen litten unter dem generellen Bedeutungsverlust der kommunistischen Partei. Insgesamt präsentierte sich die Frauenpolitik nun überwiegend als eine Reformpolitik "von oben", die im wesentlichen sozialdemokratisch geprägt war, wenngleich sie rhetorisch als "sozialistische" Politik firmierte.

Aufgrund anderer Ausgangsbedingungen ergab sich in der *Bundesrepublik* ein etwas abweichendes Entwicklungsmuster, bestätigte aber den Gesamttrend eines Marsches mit und in den Institutionen. Die in den 1970er Jahren entstandene dichte Infrastruktur der autonomen Frauenbewegung erweiterte und konsolidierte sich; aber sie verblieb - vom extremen Flügel abgesehen - nicht mehr im frontalen Gegensatz zur etablierten Politik. Vor allem auf kommunaler Ebene kam es zu vielfältigen Formen einer Kooperation mit staatlichen Einrichtungen. Nun wurden auch Frauenprojekte in nennenswertem Umfang finanziell gefördert, wobei sich besonders die rot-grün regierten Kommunen engagierte. Die Frauenpolitik innerhalb der Parteien und Gewerkschaften gewann an Bedeutung. Katalysatorisch wirkte hier die Partei der *Grünen*. In vielen professionellen Bereichen entstanden informelle oder formelle Organe zur Vertretung von Frauen. Gleichstellungs- und Quotierungsfragen sorgten für innerorganisatorische, öffentliche und juristische Debatten. Feministische Anliegen und Themen diffundierten auf breiter Front, wenngleich stark gefiltert, in gesellschaftliche Bereiche, sichtbar etwa an den auflagenstarken Frauenzeitschriften oder speziellen Frauenreihen großer Taschenbuchverlage.

Auf direkten und indirekten Wegen ist es damit den neuen Frauenbewegungen gelungen, sich in der Öffentlichkeit und speziell der etablierten Politik mehr Gehör zu verschaffen. Der Preis hierfür ist freilich die Abschwächung ihrer ursprünglich (kultur-) revolutionären Positionen. Frauenfragen gehören somit ebenso wie Ökologie oder Arbeitslosigkeit zum routinemäßig behandelten Problemhaushalt westlicher Demokratien.

5.2.2 Ideologie

Die Darstellung theoretischer Positionen und ideologischer Diskurse²⁵ nimmt in der feministischen Literatur und speziell der Frauenforschung großen Raum ein, so daß eine knappe Übersicht über das Spektrum und Gewicht der verschiedenen Positionen genügen mag.

Ähnlich wie bei den Entwicklungsetappen ist auch hier auf länderspezifische Akzentuierungen hinzuweisen. Doch finden sich in allen drei Ländern prinzipiell ähnliche Positionen. Die Klassifikation in einen radikalen und reformistischen Strang liefert nur eine erste grobe Orientierung. Angemessener erweisen sich etwas differenziertere Einteilungen wie beispielsweise die von Elshtain (1981) vorgeschlagene Unterscheidung eines marxistischen, radikalen, liberalen²⁶ und psychoanalytischen Strangs.

In den USA ist die Zweiteilung in einen radikalen und reformistischen Flügel in kritischer Distanz zum Links-Rechts-Schema explizit von Freeman eingeführt worden; sie soll freilich weniger die Ideologie als vielmehr Struktur und Stil betreffen (Freeman 1975: 51). Andere Autorinnen betonen jedoch unterschiedliche ideologische Akzentsetzungen beider Flügel mit der Zentrierung auf "women's rights" versus "women's liberation" (Hole/Levine 1971).²⁷ Am verbreitetsten ist die Kategorisierung in einen liberalen, marxistischen, radikalen und sozialistischen Feminismus (Jaggar 1983). Dagegen hält Black (1989) auf der Basis einer ausführlichen Diskussion bestehender Klassifizierungen und dreier detaillierter Fallstudien die Differenzierung von *equity feminism* und *social feminism* für angemessener.²⁸

Ganz generell fanden und finden ideologische Debatten sowie geschlossene, deduktive Politikkonzepte eine relativ geringe Resonanz. Ideologischer Pragmatismus charakterisiert weite Teile der US-amerikanischen Frauenbewegung und ermöglicht so Brückenschläge und - vor allem in den

²⁵ Für einen Überblick vgl. Eisenstein (1984).

²⁶ Hierbei ist die andere Bedeutung von "liberal" im nordamerikanischen Kontext zu berücksichtigen.

²⁷ Ryan (1992: 55) konstatiert für die frühen 1970er Jahre eine Differenzierung in (a) radikale Feministinnen mit dem Schwerpunkt der Patriarchatskritik und der Strategie des *consciousness raising*, (b) "Politicos" (marxistischer und sozialistischer Feminismus) und (c) kulturelle Feministinnen, die vorwiegend als politische Lesben und separatistische Frauen sich von radikalen Feministinnen abspalteten und expressive Formen weiblicher Identitätsbehauptung bevorzugten. Explizit marxistische Positionen waren nur in studentischen Zirkeln und sektiererischen Kleinparteien von Bedeutung, verloren jedoch auch dort an Gewicht.

²⁸ Erstere Kategorie umschließt die liberale, sozialistische und marxistische Richtung. Zum *social feminism* rechnet Black den *maternal feminism* der Vergangenheit und den *radical feminism* der Gegenwart.

letzten Jahren - einen entspannten Umgang mit unterschiedlichen Positionen innerhalb der Bewegung. Ungleich stärker ist dagegen die ideologische Ladung - und damit auch der interne Richtungsstreit - der Frauengruppen in Westeuropa.²⁹

In Frankreich ist die Unterscheidung eines radikalen und reformistischen Zweiges wenig hilfreich. Weder entspricht sie einer verbreiteten dualen Typisierung von *luttés des classes* versus *féminisme radical* noch feineren Klassifizierungen. So benennt beispielsweise Delsol³⁰ drei Segmente: (a) *luttés des classes*, d.h. die klassenkämpferische Linie linksextremer Gruppen (Maoisten, Trotzlisten, Gauchisten, Libertäre); (b) *les féministes radicales*, die der amerikanischen Frauenbefreiungsbewegung (*women's lib*) nahestehen, den Kampf gegen das Patriarchat dem gegen das Kapital vorordnen und sich allen Parteien - mit Ausnahme einer Frauenpartei - verweigern; (c) die Gruppe *Psychoanalyse et Politique*, die sich nicht so sehr gegen das Patriarchat, sondern gegen die Frauenfeindlichkeit als eine Spielart des Rassismus richtet und dabei auf psychoanalytische Theorien zurückgreift.³¹ Ergänzend wird noch auf einen kleineren Zweig von stark an Gleichstellungsfragen orientierten und zumeist konventionell organisierten Gruppen verwiesen (z.B. *Choisir*). Diese Strömungen, hinter denen ein heterogenes Spektrum von Organisationen und Splittergruppen steht, befinden sich untereinander in starker Konkurrenz; sie beföhdeten sich insbesondere in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren in einer aggressiven und verletzenden Weise, die gerade auf amerikanische Beobachterinnen befremdlich wirken mußte (Jenson 1990: 146).

Für die Frauenbewegung in der Bundesrepublik wurden ähnliche ideologische Kategorisierungen wie in Frankreich vorgeschlagen. Hier erlangte allerdings die psychoanalytische Richtung nie großes Gewicht und wurde demnach nicht als eigene Strömung ausgewiesen. Im Groben ist die Unterscheidung zwischen einem sozialistischen, radikalen und liberalen Feminismus zutreffend. Kennzeichen des sozialistischen Feminismus, der am Anfang der neuen Frauenbewegung stand, ist die Unterordnung der Frauenfrage gegenüber dem als zentral angesehenen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Entsprechend rangiert die Kritik am Kapitalismus vor der am Patriarchat. Diese Problemhierarchie wird bei dem wenig später aufkommen-

²⁹ Zwar betont Ryan (1989) für die USA die ideologische Fraktionierung in der Phase von 1966 bis 1975, doch relativiert sich dieses Bild angesichts der Zersplitterung und Richtungskämpfe der französischen Frauenbewegung.

³⁰ Dossier in *Le Matin* vom 3.2.1982.

³¹ Die Gruppe verweigerte sich politischen Interventionen und unterstützte nicht einmal die Kampagne zur Liberalisierung der Abtreibung. Zur psychoanalytischen feministischen Debatte vgl. verschiedene Beiträge in Marks/de Courtivron (1980).

den radikalen Feminismus umgekehrt. Das Patriarchat gilt als eine Jahrtausende alte, die gesamte Gesellschaft prägende Tiefenstruktur, die aufgebrochen werden muß. Anstelle der sozialistischen Klassiker wurde nun die neuere feministische Literatur aus dem Ausland rezipiert (Simone de Beauvoir, Betty Friedan, Shulamith Firestone, Kate Millet, Juliet Mitchell, Germaine Greer usw.). Im Vergleich zu den beiden genannten Strömungen ist der liberale Feminismus in seiner gesellschaftlichen Kritik versöhnlicher; er setzt auf eine schrittweise Korrektur der Benachteiligung von Frauen. Dabei wird nicht so sehr die Eigenheit von Frauen, sondern vielmehr ihre grundsätzliche Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit hervorgehoben, die der von Männern nicht nachstehen soll. Vertreterinnen dieser Richtung grenzen sich teilweise mit Bedacht vom Feminismus ab und rechnen sich bestenfalls einer weiter definierten "Frauenöffentlichkeit" zu. Die ursprünglich prononcierten Gegensätze zwischen diesen Strömungen, die in der Bundesrepublik nicht die gleiche Schärfe wie in Frankreich erreichten, sind mit der pragmatischen Wende in den 1980er Jahren weitgehend abgebaut worden.

In vergleichender Perspektive ist hervorzuheben, daß in der Frauenbewegung der USA pragmatisch-liberalistische Orientierungen und in der Bundesrepublik radikale und autonome Orientierungen stärker sind (Ferree 1987: 188f.).³² Somit ergibt sich eine engere Verbindung zwischen autonomen Gruppen und etablierteren Frauenorganisationen in den USA (Ferree 1990: 292). In Frankreich ist traditionell der sozialistisch-marxistische Flügel des Feminismus relativ stark. Hinzu kommt zumindest für die 1970er Jahre die zwar nicht zahlenmäßige, aber doch diskursive Bedeutung des psychoanalytischen Zweigs. Im Schatten dieser traditionellen Strömungen hat sich in den letzten Jahren eine ökofeministische Richtung herausgeschält, die stark von Ideen des New Age und Deep Ecology (vgl. 6.2.2) beeinflusst ist. Sie findet in den USA weitaus mehr Resonanz als in der Bundesrepublik, während sie in Frankreich kaum präsent ist.

³² Eine Erklärung für den antiinstitutionellen Impuls der bundesdeutschen Frauenbewegung liegt in historischen Sachverhalten: der obrigkeitstaatlichen Vergangenheit, den Erfahrungen der NS-Zeit und der Instrumentalisierung von Frauenfragen durch Parteien. Der Mütterlichkeitskult des Nationalsozialismus vermag auch die anfängliche Vernachlässigung der Mutterrolle durch die Frauenbewegung und den späteren Streit um das sog. "Müttermanifest" erklären.

5.2.3 Sozialstrukturelle Merkmale

Es gibt meines Wissens keine repräsentativen Umfragedaten zur sozialstrukturellen Zusammensetzung der Aktivistinnen und Unterstützerinnen der Frauenbewegungen in den hier betrachteten Ländern.³³ Ein Grund hierfür sind die geringen Fallzahlen, die keine statistisch vertretbare Aufschlüsselung nach bestimmten Merkmalen erlauben. Nur über die Zusammenfassung bestimmter Items aus primär anderen Zwecken dienenden Umfragen läßt sich indirekt die Sympathisantenschaft zur Frauenbewegung ermitteln und nach sozialstrukturellen Kriterien analysieren.

Trotz dieser völlig unzureichenden Datenlage verfügen wir aus einer Vielzahl von Quellen - Erfahrungsberichten von Aktivistinnen, lokalen Studien zu Frauengruppen, Erhebungen zur Mitgliedschaft bestimmter Frauenorganisationen und zur Leserinnenschaft feministischer Zeitschriften - über partielle Informationen, die insgesamt ein konsistentes Bild ergeben. Die Aktivistinnen und Unterstützerinnen der Frauenbewegung rekrutieren sich überwiegend aus den Mittelschichten mit überdurchschnittlicher formaler Bildungsqualifikation.³⁴ Personen aus dem Humandienstleistungsbereich sind besonders stark vertreten; die Altersgruppen zwischen 25 und 45 Jahren sind überrepräsentiert.

Es ist offen, ob im Hinblick auf diese Merkmale länderspezifische Unterschiede bestehen. Ebenso wenig sind Aussagen darüber möglich, ob sich die soziale Struktur der neuen Frauenbewegungen im Verlauf ihres Bestehens nachhaltig verändert hat. Für die Gründerinnengeneration der US-amerikanischen Frauenbewegung stellt Carden (1974: 20f.) fest, die Aktivistinnen der autonomen Frauengruppen seien im Durchschnitt jünger und nur zu einem Viertel verheiratet (ein Viertel geschieden), die Mitglieder der Frauenrechtsorganisationen älter und zu 80 Prozent verheiratet. An anderer Stelle konstatiert Carden (1977: 164f.), daß die meisten Frauen einen Universitätsabschluß haben, finanziell unabhängig sind und einen einfachen Lebensstil bevorzugen. Das Durchschnittsalter beträgt 25,5 Jahre; 46 Prozent der Frauen sind ledig und 26 Prozent geschieden.

Für die Bundesrepublik liegen insgesamt drei Umfragen der Leserinnenschaft der feministischen Zeitschrift *Emma* vor. Hier werden nur einige Ergebnisse der letzten, im Mai 1990 veröffentlichten Auswertung von über 2.000 Fragebögen vorgestellt (Schwarzer 1991: 367ff.). Demnach sind

³³ Die in vier Eurobarometern eingeschalteten Fragen zur Unterstützung bestimmter neuer sozialer Bewegungen beziehen sich nicht auf die Frauenbewegung.

³⁴ Für die Bundesrepublik bestätigt dies eine Analyse der Wahlstudie 1987 (vgl. Brinkmann 1990: 69).

44,3 Prozent unter 30 Jahren und rund jede dritte Leserin ist zwischen 30 und 40 Jahren. Mehr als zwei Drittel haben Abitur oder einen Hochschulabschluß (Gesamtbevölkerung: ca. zehn Prozent); 90 Prozent sind in der Ausbildung oder berufstätig. Am häufigsten sind Lehrerinnen (16 Prozent) und kaufmännische Berufe (15,3 Prozent) vertreten, mit größerem Abstand gefolgt von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiterinnen, Universitätsassistentinnen und Dozentinnen, Psychologinnen, Krankenschwestern, Journalistinnen, Erzieherinnen und Ärztinnen. Rund 13 Prozent der Befragten leben in Wohngemeinschaften (1980: sechs Prozent). Knapp über 50 Prozent sind in autonomen Frauengruppen aktiv; danach folgen Engagements im Umweltschutz (18,2 Prozent), in Parteien (18,1) und Gewerkschaften (17,5) (Mehrfachnennungen möglich).

5.2.4 Organisation und Infrastruktur

Hinter den beschriebenen ideologischen Strömungen steht ein heterogenes Feld von Gruppen und Organisationen. Es ist insbesondere im Spektrum der autonomen Frauenbewegung, die sich kaum auf nationale Mitgliederorganisationen stützt, äußerst unübersichtlich. Für alle drei Länder ist hervorzuheben, daß die Frauenbewegungen auf der Verknüpfung verzweigter, zum Teil hochgradig informeller Netzwerke beruhen und kein Zentrum aufweisen, das als Kernorganisation oder repräsentativer Dachverband die diversen Aktivitäten koordinieren oder gar steuern könnte.

1. In den USA bedeutete die Gründung der *National Organization for Women* (NOW) im Juni 1966 einen wichtigen Schritt für die Organisation einer neuen Frauenbewegung.³⁵ Die Initiatorinnen, darunter Bestseller-Autorin Betty Friedan (1963), waren der fruchtlosen Konferenzen und der Unbeweglichkeit traditioneller Frauenverbände überdrüssig: "Now it was time to fight." (Freeman 1975: 55) Zusammen mit anderen Frauenrechtsorganisationen, darunter die konservativere *Women's Equity Action League* (WEAL; gegr. 1968), *National Women's Political Caucus* (NWPC; gegr. 1971), *Federally Employed Women* (FEW; gegr. 1968) und *National Abortion Rights League* (NARAL; gegr. 1969), bildete NOW den Kern des älteren Zweiges der neuen Frauenbewegung, welche über diese Organisationen auch mit den traditionellen Frauenverbänden verflochten ist.³⁶ Der

³⁵ Diese Gründung erfolgte anlässlich der *Third National Conference of Commissions on the Status of Women*.

³⁶ Dazu gehören unter anderen, in der Reihenfolge ihrer Mitgliederstärke 1980, *United*

Arbeitsschwerpunkt dieses Zweiges, der auf der Führungsebene eng verknüpft ist (Gelb/Palley 1982: 62), liegt im Bereich der Gesetzgebung und der Erwerbsarbeit. Arbeitsweise und Organisationsstruktur sind eher konventionell, Ziele und Strategien gemäßigt; die Mitglieder stammen aus einem relativ breiten Altersspektrum und fast ausschließlich aus der gebildeten Mittelschicht. In den ersten Jahren schloß NOW auch Männer ein; deren Anteil lag 1971 bei rund zehn Prozent.

Von diesem als "reformistisch" bezeichneten Zweig hebt Freeman den jüngeren und "radikalen" Flügel ab. Dieser entstand mit den zunächst weitgehend unabhängig voneinander gebildeten Frauengruppen in mehreren Städten in den Jahren 1967 und 1968 (Freeman 1975: 59). Er beruht nicht auf nationalen Organisationen sondern ungezählten Kleingruppen, setzt sich fast ausschließlich aus jüngeren, weißen, gut gebildeten Frauen der Mittelklasse zusammen, ist überwiegend im Erziehungs- und Sozialbereich engagiert und neigt zu unkonventionellen Aktionen.

Mit und neben diesen Gruppen und Organisationen bildete sich eine breit gefächerte, thematisch zunehmend spezialisierte und professionelle Infrastruktur von Frauenprojekten. Hierzu zählen Frauenbuchläden, Beratungs- und Therapiezentren, Notrufeinrichtungen für vergewaltigte Frauen, Häuser für geschlagene Frauen, Zeitschriften usw. Diese Einrichtungen arbeiten in aller Regel auf lokaler Ebene, sind aber innerhalb ihrer Sparten teilweise auch regional oder gar national koordiniert. Eine (veraltete) Aufstellung von "alternative life-style groups and organizations" (Gardner 1976) verzeichnete unter rund 5.000 Adressen 397 Frauengruppen (darunter 60 Lesbengruppen), die damit nach dem Bereich Erziehung (593 Einträge) die zweitstärkste Kategorie noch vor den Ökologiegruppen (360 Einträge) bildeten.

Eine Besonderheit der USA ist die große Bedeutung der universitären Frauenforschung (*women's studies*), zu deren Förderung auch große Stiftungen wie *Russell Sage* und *Ford* beigetragen haben (Gelb/Palley 1982: 42ff.). Entsprechende Einrichtungen entstanden ab 1968/69 und existierten 1990 an 621 Universitäten von rund 3.000 Universitäten und Colleges.³⁷ Damit wird eine breite, institutionell gestützte Diffusion feministischen Ge-

Methodist Women, General Federation of Women's Clubs, American Association of University Women, National Federation of Business and Professional Women's Clubs, B'nai Brith Women, League of Women Voters and National Council of Jewish Women. Die gesamte Mitgliederzahl der sieben größten traditionellen Frauenorganisationen lag 1980 bei 2,523 Millionen (Gelb/Palley 1982: 27)

³⁷ Vgl. Brenner (1993: 122). In den frühen 1970er Jahren wurden 610 Kurse an 200 Institutionen registriert (Howe 1984: 87). In den späten 1970er Jahren bestanden bereits 450 *women's studies*-Programme mit rund 30.000 Kursen (ebd., S. 234).

dankenguts in studentische Kreise begünstigt. Von den *women's studies* und den über 80 Colleges und Universitäten für Frauen (Brecher/Lippitt 1994: 84ff.) gehen auch häufig Impulse auf die lokale Frauenszene aus.

Schätzungen der Zahl autonomer Frauengruppen liegen meines Wissens nicht vor. Eigene Recherchen in zehn Städten zeigen eine relativ dichte Infrastruktur an der Ost- und Westküste sowie in großen Städten wie Chicago und Milwaukee. Ganz generell erhöht sich die Projektdichte in Städten mit größeren Universitäten. In Großstädten bestehen zumeist mehrere Dutzend autonomer Frauenprojekte.³⁸ Eine Verzeichnis von Frauennetzwerken in den USA (Kleimann 1980), das neben nationalen Gruppierungen auch Gruppen in allen 50 Einzelstaaten nach thematischen Schwerpunkten auflistet, enthält mehr als 1.400 Anlaufstellen, die sowohl Frauenrechtsorganisationen als auch autonome Frauengruppen (z.B. Gesundheitszentren, Frauenhäuser, Filmkollektive) umfassen. Zusammenstellungen vom Sommer 1992 verzeichnen 91 feministische Zeitschriften (zuzüglich *Ms.*) und 92 Frauenbuchläden in den USA.³⁹ Eine neueres Adreßverzeichnis enthält 265 frauenbewegte Rundbriefe und Zeitschriften sowie 113 Verlage (Brecher/Lippitt 1994: 138ff. und 191ff.). Die Zahl der Frauenhäuser, die nach britischem Vorbild ab 1973 in den USA entstanden, stieg schnell an (Tierney 1982). 1976 listete die Zeitschrift *Ms.* 20 Einrichtungen auf; zwischen 1975 und 1978 sollen mehr als 170 Frauenhäuser entstanden sein; die *U.S. Commission on Civil Rights* registrierte 1978 über 300, ein aktuelles Verzeichnis (Brecher/Lippitt 1994: 264) über 1.200 Frauenhäuser, Notrufeinrichtungen und Gruppen, die sich in Zusammenarbeit mit Polizei, Gerichten und lokalen Behörden für geschlagene Frauen einsetzen.

Obleich der autonome Teil der amerikanischen Frauenbewegung nach wie vor besteht, haben die konventionelleren Frauenverbände und damit auch Lobbying-Aktivitäten an Bedeutung gewonnen. Dieser Prozeß wird von einigen Beobachterinnen bereits als Übergang von der sozialen Bewegung zu Interessengruppen gewertet (z.B. Costain 1981); er fand Unterstützung von Teilen der Regierung und Administration (Duerst-Lahti 1989). Eine neuere Zusammenstellung verzeichnet über 100 nationale Frauenorganisationen (Hallgarth 1992), von denen viele überwiegend auf Lobbying ausgerichtet sind.⁴⁰ Damit einher gehen Bemühungen um eine verlässliche

³⁸ Selbst eine Stadt im Mittleren Westen wie Iowa City (rund 70.000 Einwohner) verfügt über ein Frauenzentrum und mehrere spezielle Frauenprojekte, darunter auch ein autonomes Frauenhaus (vgl. Ohlenburg 1988). Ähnliches gilt für Universitätsstädte im Süden, z.B. Greensboro in North Carolina (Interview 51).

³⁹ Vgl. *Ms.* Juli/August 1992, S. 32 ff. und 63. Für eine ältere Übersicht zu Medien der Frauenbewegung in den USA vgl. Harrison (1975).

⁴⁰ Eine detaillierte empirische Analyse von 76 in Washington ansässigen Frauenorga-

Finanzierungsbasis, einen gut ausgestatteten Apparat und ein seriöses Erscheinungsbild. Das führt zu einer gewissen Entfremdung von den Graswurzelgruppen, so daß sich viele der dort Engagierten nur noch zu einer passiven Mitgliedsrolle oder gelegentlicher finanzieller Unterstützung durchringen können oder sogar auf Distanz zu den Frauenverbänden gehen.

Einen guten Indikator für die Entwicklung der neuen Frauenrechtsorganisationen auf nationaler Ebene bilden die Mitgliederzahlen von NOW. Sie stiegen von rund 10.000 im Jahr 1970, also vier Jahre nach der Gründung, auf 150.000 (1985) und schließlich den bisherigen Spitzenwert von 280.000 im Sommer 1992 (Irland 1992: 25). Dieser Zuwachs erfolgte allerdings unstetig. Nach einer Stagnation um die Mitte der 1970er Jahre führte die konservative Politik der Reagan-Administration zu einer starken Expansion, der wiederum ein deutlicher Rückgang um die Mitte der 1980er Jahre und ein erneuter Anstieg folgte. Die Jahreseinnahmen von NOW betragen 1990 rund 10,6 Millionen Dollar. Ein Teil der Mitglieder ist in den mehreren Hundert Ortsgruppen von NOW aktiv.⁴¹ Die bundesweit zweitstärkste lokale Sektion von Chicago umfaßt rund 4.500 Mitglieder und beschäftigt in ihrem Büro immerhin fünfeinhalb Personen (Interview 43).

Nach groben Schätzungen zählten die Frauenrechtsorganisationen (einschließlich NOW, aber ausschließlich der konventionellen Interessengruppen der Frauen) und autonomen Gruppen im Jahr 1973 rund 80.000 bis 100.000 Aktivistinnen (Carden 1974: 140). Für Mitte der 1970er Jahre wurden diesen Organisationen und Gruppen bereits 200.000 bis 300.000 Frauen zugerechnet (Carden 1978: 180). Eine Umfrage im Jahr 1981 ergab, daß rund vier Prozent der US-amerikanischen Frauen (das wären rund 4,8 Millionen) und zwei Prozent der Männer Beiträge oder Spenden für Frauenorganisationen bezahlten; zugleich wird aber vermutet, daß nur eine von 300 Frauen in feministische Aktivitäten involviert ist (Gelb 1987: 283; Bouchier 1984: 180). Demnach hätte ihre Gesamtzahl bei rund 40.000 gelegen. Einer weiteren Schätzung von Gelb (1989: 189) zufolge verzeichneten die Organisationen der neuen Frauenbewegung in den USA 1985 rund 300.000 zahlende Mitglieder. Costain (1992: 173) hat Mitgliederzahlen von fünf größeren Frauenrechtsorganisationen zusammengefaßt.⁴² Hierbei

nisationen bietet Schlozmann (1990). Eine Untersuchung zur Mobilisierung der Mitglieder von 86 nationalen Frauenorganisationen kommt unter anderem zu dem Ergebnis, daß diese eine außergewöhnlich aktive Anhängerschaft mit einer engen Bindung an ihre jeweiligen Organisationskulturen aufweisen (Knoke 1990: 403).

⁴¹ Nach Freeman (1975: 87) bestanden um 1974 rund 700 Ortsgruppen. Einer aktuellen Angabe zufolge gibt es derzeit über 530 lokale und einzelstaatliche Gruppen von NOW (Brecher/Lippitt 1994: 289).

⁴² Vgl. auch die aggregierten Mitgliederzahlen einer breiteren Gruppe von Frauenor-

Tabelle 5.1**Strukturdaten zu ausgewählten Frauenrechtsorganisationen in den USA, 1974-1989**

Organisation	Gründungsjahr	Mitgliederentwicklung				Hauptamtliches Personal			
		1974	1979	1984	1989	1974	1979	1984	1989
American Association of University Women	1882	176,000	190,000	190,000	150,000	70	80	80	90
National Federation of Business and Professional Women's Clubs	1919	170,000	164,000	150,000	125,000	50	35	28	40
League of Women Voters	1920	160,000	125,000	125,000	110,000	90	55	55	74
National Organization for Women	1966	40000*	120,000	260,000	160,000	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
National Women's Political Caucus	1971	30,000	45,000	75,000	75,000	5	15	15	15
	Summe	586,000	644,600	800,000	630,000	215	185	178	219

Quelle: Encyclopedia of Associations, Ausgaben 1975, 1980, 1985 und 1990; * geschätzte Zahl

ergibt sich ein Anstieg zwischen 1978 und 1982 und ein Rückgang im Folgejahr. Längerfristige Entwicklungen werden aus Daten sichtbar, die verschiedenen Ausgaben eines Handbuchs entnommen wurden (Tabelle 5.1).

Das einzige große landesweite feministische Frauenmagazin mit Titel *Ms.* (gegr. 1972) erreichte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre eine Auflage von rund 400.000 (Ferree/Hess 1985: 73). Nach Auflagenverlusten und einer damit verbundenen finanziellen Krise wurde das Magazin 1989 reorganisiert. Es erscheint nun auf vierteljährlicher und nicht kommerzieller Basis (ohne Anzeigen) mit einer radikaleren und bewegungsnäheren Orientierung. Gegen Ende 1992 war die Auflage wieder auf 150.000 Exemplare gestiegen.⁴³

Zusammenfassend können wir somit für die USA von einer gut organisierten, auch auf relativ starke Mitgliederverbände gestützten neuen Frauenbewegung ausgehen. Daneben sollte allerdings nicht übersehen werden, daß vor allem auf lokaler Ebene ein sehr aktiver radikaler Zweig fortbesteht, der lediglich in seiner Genese, nicht jedoch in seiner heutigen Struktur angemessen analysiert und gewürdigt wurde.

2. Anders ist die Situation in *Frankreich*. Zwischen den Organisationen der alten und der neuen Frauenbewegung bestanden praktisch keine Verbindungen. Die traditionellen Frauenorganisationen⁴⁴ waren entweder den eta-

organisationen, die Costain (1992: 96) zusammengestellt hat. Hier schlägt der Anteil von Organisationen der neuen Frauenbewegung nicht so stark durch, so daß sich zwischen 1958 und 1980 ein fast kontinuierlicher Zuwachs von rund 450.000 auf 650.000 Mitglieder ergibt. Bis 1983 erfolgt ein relativ steiler Anstieg auf rund 800.000, danach ein steiler Abstieg auf unter 600.000 (1985).

⁴³ "Unser Weg ist noch weit." *Der Spiegel* vom 18.1.1993, S. 114.

⁴⁴ Die wichtigste Frauenorganisation ist die 1943/44 entstandene, kommunistisch beeinflusste *Union des femmes françaises* (UFF) (vgl. Abschnitt 5.1). Im Umfeld der Sozialistischen Partei war 1964 *Le mouvement démocratique féminin* gebildet worden. Eine Gründerin war die spätere Frauenministerin Yvette Roudy. Von dieser Organisation spaltete sich der *Club Louise Michel* ab, der vertraglich an die Sozialistische Partei gebunden war und ab 1972 zu einer Kommission der Partei umgewandelt wurde (Commission chargée des problèmes féminins du P.S.). *Jeunes Femmes*, gegründet 1946, ist eine gemäßigt feministische, linksprotestantische Gruppierung mit einer schmalen Mitgliederbasis und rund 20 lokalen Gruppen. Weitaus stärker ist dagegen die 1925 gegründete *Union féminine, civique et sociale* (UFCS) mit rund 220 Gruppen und ca. 17.000 Mitgliedern (Rabaut 1978: 325). Sie setzt sich überwiegend aus Frauen der bürgerlichen Mittelschicht zusammen, vertritt einen politischen und konfessionellen Pluralismus, befürwortet die Liberalisierung der Abtreibung, den Zugang zu Verhütungsmitteln, gleiche Löhne für Frauen und die Reduzierung der Arbeitszeit. Eindeutig konservativ ausgerichtet ist dagegen die *Ligue française pour le droit des femmes*, die sich nicht einmal zu einer klaren Stellungnahme in der Abtreibungsfrage durchringen konnte (Rabaut 1978: 356). Der nationale Dachverband *Conseil national des femmes françaises* ist politisch weitgehend ohnmächtig, da er durch die gegensätzlichen Interessen seiner Mitgliederorganisationen paralysiert wird.

blierten linken Parteien verbunden oder zu konservativ, um die neue Generation des Feminismus anzusprechen. Die ersten neuen feministischen Gruppen waren 1967/68 aus dem universitären Milieu hervorgegangen. Die Revolte vom Mai 1968 brachte dann den entscheidenden Impuls. Sie führte zur Bildung radikaler linker Frauengruppen in Paris, Lyon und Toulouse, darunter auch einer Forschungsgruppe, bestehend aus "Töchtern der anti-autoritären Mai-Revolte", die sich später *Psychologie et Politique* nannte und eine wichtige, aber zugleich sehr umstrittene Rolle in der neuen Frauenbewegung spielen sollte.

Ab 1970 wurde in der Presse zusammenfassend vom *Mouvement de libération des femmes* (MLF)⁴⁵ gesprochen - ein Etikett, das die Aktivistinnen als Selbstbezeichnung übernahmen. Der Sammelbegriff MLF sollte allerdings nicht über die organisatorische Vielfalt und Fragmentierung der französischen Frauenbewegung hinwegtäuschen. Innerhalb des MLF war besonders der Konflikt zwischen der klassenkämpferischen und der radikal-feministischen Fraktion von Bedeutung.

Psychologie et Politique, eine intellektuell geprägte, finanzstarke und auf Führungsfiguren zentrierte Gruppe⁴⁶, bildete den einen Pol der radikalen Strömung. Sie wurde oft fälschlich mit der autonomen Frauenbewegung MLF gleichgesetzt, zumal sie sich 1979 diesen Titel namensrechtlich schützen ließ. Am anderen Pol standen die *Femmes Révolutionnaires*, aus denen 1974 *La Ligue du Droit des Femmes*⁴⁷ und aus dieser wiederum ein Jahr später *SOS-Femmes-Alternatives*⁴⁸ hervorgingen. Die *Femmes Révolutionnaires* grenzten sich sowohl von *Psychologie et Politique* als auch von den seit 1971 entstandenen marxistischen Stadtteilgruppen ab.

⁴⁵ Zuweilen auch *Mouvement pour la libération de la femme* genannt. Eine wichtige Rolle für die Namensgebung dürfte ein im Mai 1970 erschienener feministischer Schlüsseltext gespielt haben (Wittig et al. 1970). Vgl. zum MLF auch Guiot (1974) und Guadilla (1981).

⁴⁶ Dominierend waren vor allem zwei Frauen: Antoinette Fouque, eine von Lacan beeinflusste Psychoanalytikerin, und Hélène Cixous, Professorin der Sektion für feministische Studien in Vincennes. Die Gruppe wurde weitgehend durch eine Erbin eines Konzerns finanziert und aus diesem Grund, aber auch wegen ihrer internen Autoritätsstrukturen, beargwöhnt. Vgl. die Kritik von Katia D. Kaupp, einem ehemaligen Mitglied der Gruppe (*Le Nouvel Observateur* vom 14.2.1977). Kritisch zum Einfluß der Gruppe äußerte sich auch de Beauvoir (1984: 234)

⁴⁷ Diese Organisation wurde im März 1974 gegründet. Präsidentin war zeitweilig Simone de Beauvoir.

⁴⁸ Eine erste Aktion dieser Gruppe war die Einrichtung eines Notruftelefons für Frauen im Oktober 1975. Im Februar 1976 besetzte die Gruppe ein ehemaliges Mütterheim, das im Februar 1978 in ein Frauenhaus umfunktioniert wurde. Die Finanzierung des Hauses durch das Ministerium für Gesundheit und Arbeit trug der Gruppe die Kritik anderer Frauen ein, es handle sich um ein Projekt, das eine Elendssituation fortführe.

Die marxistischen Gruppen distanzieren sich ihrerseits von den rein intellektuellen Frauenzirkeln. Sie wollten insbesondere Arbeiterinnen agitieren und thematisierten die Alltagsprobleme von Frauen, gleich ob es um Betriebe, Supermärkte, Kinderkrippen oder den öffentlichen Nahverkehr ging. Für ihr Politikkonzept spielte die im Mai '68 propagierte Idee der Selbstorganisation (*autogestion*)⁴⁹ eine wichtige Rolle. Neben dem zentralen, trotzkistisch orientierten *Cercle E. Dimitriev* entstanden um 1973/74 weitere Gruppen wie *Les Pétroleuses*, die eine gleichnamige Zeitschrift herausgaben, und *Les femmes travailleuses en lutte*, die beide aus revolutionären kommunistischen Organisationen hervorgegangen waren.⁵⁰ Eine weitere, bereits im Frühjahr 1970 entstandene Gruppe *Féminin, Masculin, Avenir* (später: *Féminisme, Marxisme, Action*) bezog ausdrücklich auch Männer ein. Ebenso bestanden die ersten homosexuellen Gruppen aus Frauen und Männern.⁵¹ Mit der gegen 1973 einsetzenden ökonomischen Krise wuchs zunächst die Bedeutung der revolutionären Gruppen sowie der Frauenorganisationen, die linken Parteien und Gewerkschaften zugehörten, wengleich dieses Feld von starken internen Spannungen gezeichnet war.⁵²

Von dort gab es Berührungspunkte mit den etablierteren, teilweise der sozialistischen Partei nahestehenden Organisationen, welche sich stärker auf konkrete Fachpolitiken konzentrierten. Hierzu zählt einmal *Choisir*, eine auf Frauenrechtsfragen und Probleme von Ausländerinnen spezialisierte Organisation, die seit ihrer Gründung 1972 sehr stark von der Rechtsanwältin Gisèle Halimi geprägt wurde.⁵³ Eine zweite wichtige Organisation war der im Januar 1971 gegründete *Mouvement pour la libération de l'avortement* (MLA), welcher sich auf Abtreibungs- und Verhütungsfragen konzentrierte und 1973 in *Mouvement pour la libération de l'avortement et la contraception* (MLAC) umbenannte. Hierbei handelte es sich um eine gemischtgeschlechtliche Organisation, die Personen aus unterschiedlichen ideologischen Spektren verband und schnell in den großen Städten Fuß fas-

⁴⁹ Vgl. dazu die programmatische Schrift des *Cercle E. Dimitriev* (1975).

⁵⁰ Dies war die studentisch geprägte *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR) und die überwiegend von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten geprägte *Organisation Communiste des Travailleurs* (OCT).

⁵¹ Eine erste Versammlung lesbischer Frauen erfolgte im Herbst 1970. Daraus ging später eine Organisation Homosexueller (FHAR) hervor, die ebenfalls gemischtgeschlechtlich war. Diese Lesbengruppen blieben zahlenmäßig schwach und traten erst relativ spät öffentlich auf. Um 1981 kam es zum Bruch der radikalen Lesben (*Front de lesbiennes radicales*) mit der feministischen Bewegung (Stetson 1987: 212).

⁵² Typisch hierfür waren die internen Differenzen in einem regionalen Bündnis, der *Coordination des groupes femmes-entreprises de la région parisienne*.

⁵³ Halimi nahm ab 1981 einen Sitz in der Nationalversammlung ein und verkörperte dort nach eigener Einschätzung die "erste feministische Stimme".

sen konnte. Sie stand zunächst in enger Verbindung mit *Choisir*, ging aber dann - zusammen mit dem MLF - zunehmend auf Distanz.

Nicht nur wegen äußerer, noch näher zu behandelnder Umstände, sondern auch aufgrund ihres inneren, von ideologischem Streit und organisatorischer Rivalität geprägten Zustands konnte die neue Frauenbewegung Frankreichs keine dichte und verzweigte Infrastruktur ausbilden. Viele Ideen und Projekte scheiterten schon in einer frühen Phase. Symptomatisch dafür ist das Kommen und Gehen auf dem Markt feministischer Zeitschriften.⁵⁴ Zwar weist auch die französische Frauenbewegung alle üblichen infrastrukturellen Elemente auf: Kneipen, Buchläden, Verlage⁵⁵, Zeitschriften, Dokumentationszentren, Häuser für geschlagene Frauen usw. Doch sind Projekte dieser Art selten und meist klein. So kann man die Frauenbuchläden im ganzen Land wohl an einer Hand abzählen (Interview 71). Ähnliches gilt für die Häuser für geschlagene Frauen. Frauenstudiengänge bzw. Frauenstudienzentren bestehen meines Wissens lediglich in Vincennes, Paris VIII und Bordeaux. Die für die Frauenbewegungen anderer Länder wichtigen Selbsterfahrungsgruppen (*consciousness raising groups*) spielten so gut wie keine Rolle (Kaplan 1992: 166). Größere, gut funktionierende Einrichtungen sind vor allem solche, die überwiegend oder ganz auf staatlicher Finanzierung beruhen und zwangsläufig auch ein gewisses Wohlverhalten an den Tag legen müssen.

Allgemeine Kennzeichen der feministischen Gruppen in Frankreich sind ihre starke Ausrichtung auf theoretische Diskurse, die Konzentration auf charismatische Figuren, die Zuordnung zu Parteien oder aber ihr zuweilen sektiererischer Anti-Institutionalismus, verbunden mit einer ideologischen Fraktionierung, und schließlich die räumliche Zentrierung auf Paris (Interview 72).⁵⁶ Unter diesen Bedingungen wird verständlich, warum sich eine verstetigte, auf Kooperation und Koordination angelegte Infrastruktur, die auch die Mittelstädte einschließen würde, kaum entwickeln konnte.

⁵⁴ Eines der ersten Blätter war *Le torchon brûle* (1971-1973) mit einer Auflage von 35.000 (Remy 1990: 37). Später kamen professioneller aufgemachte Zeitschriften wie *Le quotidien des femmes* (1974) und das *Magazine des femmes en mouvement* hinzu, welches eine Auflage von 150.000 erreichte (Kaplan 1992: 165). Für eine knappe Übersicht feministischer Zeitschriften in Frankreich vgl. Guadilla (1981: 143f.) und Duchon (1986: 159f.).

⁵⁵ Am wichtigsten sind *Éditions Tierce* und *Les Éditions des Femmes*. Letztere unterhält auch Buchläden in Paris, Lyon und Marseille, die wie der Verlag der Gruppe *Psychologie et Politique* gehören.

⁵⁶ Entwicklungen in Paris diffundierten von dort aus zumindest in die größeren Städte. Für eine detaillierte Geschichte der lokalen Frauenbewegung in Lyon vgl. Centre Lyonnais (1989).

3. Die Situation in der *Bundesrepublik* unterscheidet sich sowohl von der in den USA als auch in Frankreich. Im Vergleich zu den USA fehlen große, feministische Organisationen; im Unterschied zu Frankreich existiert dagegen ein dichtes, relativ eng verflochtenes infrastrukturelles Netzwerk, das der Frauenbewegung einen starken Rückhalt und eine hohe Autonomie gegenüber etablierten Organisationen verleiht.

Die Konstitutionsphase der neuen Frauengruppen ähnelt der Frankreichs. Die ersten Gruppen bildeten sich im Rahmen der Studentenbewegung und in völliger Unabhängigkeit von den etablierten Frauenverbänden.⁵⁷ Diese hatten nach dem Zweiten Weltkrieg vor einem schwierigen Neubeginn gestanden (Wiggershaus 1979; Kuhn 1986); sie erlangten - entgegen Behauptungen von der DKP nahestehenden Autorinnen - in den folgenden Jahrzehnten kaum Bedeutung. Wie in Frankreich waren auch die ersten studentisch geprägten Frauengruppen stark theoretisch orientiert⁵⁸ und marxistischen Analysekonzepten verpflichtet. Die Klassenfrage rangierte vor der Frauenfrage, auch wenn bereits eine deutliche Distanzierung vom Chauvinismus der männlichen Genossen eingesetzt hatte. Die anfänglichen *Weiberräte* bestanden nur relativ kurz und wurden nach dem Urteil von Schwarzer (1981: 22) bald ein "Opfer der allgemeinen linken Dogmatisierungs- und Fraktionierungsprozesse".⁵⁹ Dagegen gewannen die von den USA beeinflussten Gruppen des radikalen Feminismus an Bedeutung, blieben jedoch wie die marxistisch geprägten Gruppen zahlenmäßig klein und zudem auf das studentisch-intellektuelle Milieu beschränkt.

Eine entscheidende thematische und sozialstrukturelle Erweiterung der frühen Gruppen bedeutet die Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen, die - wie in Frankreich - durch eine spektakuläre Selbstbezichtigungsaktion ausgelöst wurde. Die Kampagne erschien vielen sozialistischen Zirkeln, die gleichsam in ihrem eigenen Saft schmorten, "als Rettung von außen" (Doormann 1979: 32). Die nun in zahlreichen Städten aufkommenden Gruppen der *Aktion 218* bildeten "den eigentlichen Schmelztiegel für das Entstehen der Neuen Frauenbewegung" (Schenk 1981: 87). Ein erster Bundesfrauenkongreß in Frankfurt im März 1971 versammelte mehrere

⁵⁷ Dies waren neben dem 1951 entstandenen Zusammenschluß sehr unterschiedlicher Frauenorganisationen (*Informationsdienst für Frauenfragen e.V.* und späteren *Deutschen Frauenrat*) der linksstehende *Demokratische Frauenbund Deutschland für Westdeutschland* (gegr. 1950) und die ebenfalls linke *Westdeutsche Frauenfriedensbewegung* (gegr. 1951). Vgl. dazu Beiträge in Hervé (1979).

⁵⁸ Immerhin gingen aus den studentischen Frauengruppen die ersten antiautoritären Kinderläden hervor.

⁵⁹ Eine Ausnahme bildete der *Berliner Aktionsrat zur Befreiung der Frau*, der ab 1971 als *Sozialistischer Frauenbund Westberlin* weiterbestand.

hundert Frauen aus über 20 Städten, ging aber in seinem Themenspektrum bereits über die Abtreibungsfrage hinaus.⁶⁰ Das Abtreibungsthema bildete bis zu seiner definitiven Regelung 1976 den Zentralkonflikt für die Frauenbewegung; es zog die größte Mobilisierung und stärkste öffentliche Aufmerksamkeit auf sich.

Bereits vor Mitte der 1970er Jahre verbreiterten sich die Aktivitäten der Frauenbewegung. Lesbengruppen wagten sich an die Öffentlichkeit, die ersten Frauenzentren entstanden⁶¹, größere Kongresse wurden abgehalten und Frauenseminare an den Universitäten eingerichtet. Diese Aktivitäten mündeten in den Aufbau einer verzweigten Infrastruktur von Gruppen und Projekten, wie sie in Frankreich nur in Ansätzen besteht. Hervorzuheben sind dabei die oft mehrere Gruppen beherbergenden Frauenzentren, weiterhin Buchläden, Verlage und Zeitschriften, Archive und Bibliotheken (Schatzberg 1985), Kneipen und Cafés, Gesundheits- und Therapiegruppen, Notruftelefone, Häuser für geschlagene Frauen⁶², Sommeruniversitäten und Frauenwochen, berufliche Fachgruppen, Handwerksbetriebe usw.

Einen Hinweis auf die zunehmende Verdichtung der Frauenprojekte gibt eine eigene Zählung der Orte, in denen Frauenzentren und Frauengruppen (ohne Frauenhäuser) in der Bundesrepublik und West-Berlin bestanden. Nach dem "Frauenkalender '76" existierte (mindestens) ein Frauenzentrum bzw. eine Frauengruppe an 62 Orten; 1978 werden Gruppen an 111, 1980 an 136 und 1992 an 388 Orten verzeichnet.

Erst nach einer Phase des Ausbaus und der Konsolidierung dieser zunächst gegenkulturell ausgerichteten Infrastruktur verwischten sich die scharfen Abgrenzungen gegenüber den konventionelleren Frauengruppen innerhalb und außerhalb von Parteien und Gewerkschaften.

Bis in die frühen 1990er Jahre muß von einem Ausbau dieser Infrastruktur ausgegangen werden, auch wenn immer wieder von einer Krise der Frauenbewegung die Rede war. Generell sind deutliche Tendenzen der Diversifizierung, Verstetigung und Professionalisierung zu erkennen. Die Zählung anhand der Adreßlisten des "Frauenkalenders" für 1991 ergibt

⁶⁰ Die vier Themengruppen des Kongresses hießen "Gründe für die Selbstorganisation von Frauen", "Situation der erwerbstätigen Frau", "Funktion der Familie in der Gesellschaft" und "Aktion 218".

⁶¹ Nach Schwarzer (1981: 44) existierten im Frühjahr 1974 rund zwölf Frauenzentren und 100 bis 200 Frauengruppen mit einigen tausend Aktivistinnen.

⁶² Den Anfang machte das Frauenhaus in Berlin (1976). Die Zahl dieser Häuser stieg von rund 80 (1983) auf rund 200 (1990). Hinzu kommen über 90 Frauenhäuser in den neuen Bundesländern, die teilweise erst im Entstehen sind. Etwa die Hälfte der westdeutschen Frauenhäuser wird von Gruppen der autonomen Frauenbewegung, die andere Hälfte von wohlfahrtsstaatlichen, kirchlichen und kommunalen Trägern betrieben. Ein Großteil der Finanzierung erfolgt durch öffentliche Mittel.

Tabelle 5.2**Autonome Frauengruppen in der Bundesrepublik (West) um 1990**

Rubrik	Gesamtzahl	(davon in Städten über 100 000 Einwohner)
Gewalt/Sucht/ Beratung/Therapie	442	233
Allg. Anlaufstellen	247	133
Lesben	161	125
Beruf/Weiterbildung	153	131
Kultur/Bildung	113	88
Freizeit	88	74
Mädchen	82	66
Archive/Bibliotheken	47	44
Publikationen	45	37
Ausländerinnen	17	17
Prostituierten-Initiativen	15	15
Ferienhäuser	13	0
Ältere Frauen	11	11
Mütter	11	8
Reisen	9	6
Summe	1.469	1.002

Quelle: Frauenkalender 91, hrsg. von Ursula Scheu und Alice Schwarzer,
Köln: Emma Verlag; eigene Auszählung

über 1.400 autonome Frauengruppen, von denen mehr als zwei Drittel in Städten über 100.000 Einwohnern bestanden (Tabelle 5.2). Der "Frauenkalender '92" verzeichnet bereits 1.702 Adressen in der Bundesrepublik und West-Berlin sowie zusätzlich 322 in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin. Diese Steigerung in den alten Bundesländern ist wohl zum Teil auf eine verbesserte Recherche zurückzuführen.

Relativ genaue Erhebungen im Rahmen eines Projekts, an dem der Verfasser beteiligt ist, ergaben für 1989 in West-Berlin 289 Frauengruppen. Vergleicht man diese Zahl mit den 121 Gruppen, die der "Frauenkalender '91" für West-Berlin verzeichnet, so wird dessen Selektivität sichtbar; er registriert weniger als die Hälfte der tatsächlich in West-Berlin existierenden Gruppen. Unter der Annahme, daß diese Selektivität für die Bundesrepu-

blik (West) insgesamt gilt, ist somit für Anfang der 1990er Jahre mit einer Gesamtzahl von rund 3.000 Gruppen und Projekten der autonomen Frauenbewegung zu rechnen. Hierbei zeigt sich allerdings, daß die Grenzziehung zu den konventionellen Gruppen zunehmend problematisch wird.

Ein weiterer Indikator für die Stärke der autonomen Frauenbewegung ist die feministische Presse. Zwar hat sich auf nationaler Ebene nur die Zeitschrift *Emma* - mit sinkender Auflage⁶³ - halten können, doch existiert eine Fülle kleiner Zeitschriften⁶⁴ mit einem regionalen Einzugsbereich oder einem spezialisierten Publikum.

Über das relative Gewicht einzelner Bereiche der autonomen Frauengruppen gibt neben Tabelle 5.2 auch die bereits erwähnte Leserinnen-Befragung von *Emma* eine indirekte Auskunft (Schwarzer 1991: 375). An der Spitze der sektoralen Engagements stand Kultur/Bildung (15,2 Prozent), gefolgt von (Sexual-) Gewalt (14,2), Beruf/Weiterbildung (12,8) und Lesben (8,9).⁶⁵

Die etablierten Frauenverbände sind zum großen Teil im *Deutschen Frauenrat*⁶⁶ zusammengeschlossen, der auf eine Vorläuferorganisation anderen Namens aus dem Jahr 1951 zurückgeht. Die Dachorganisation umfaßt über zehn Millionen Mitglieder in 46 Verbänden, darunter Frauenberufsverbände sowie Frauensektionen in Parteien, Gewerkschaften und Sportverbänden (Deutscher Frauenrat 1992). Es wäre allerdings völlig verfehlt, von diesen Zahlen auf realen Einfluß zu schließen. Die im *Frauenrat* zusammengeschlossenen Verbände sind hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung und speziellen Zielsetzungen sehr unterschiedlich. Somit ist

⁶³ Die Auflage von rund 80.000 in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hatte sich Ende 1992 auf 41.000 verringert.

⁶⁴ Die erste bundesweit vertriebene feministische Frauenzeitschrift entstand im September 1976 mit der Berliner *Courage*, die 1984 aufgrund sinkender Verkaufszahlen einging. Im Februar 1977 startete die professionell geführte *Emma*. Im Umkreis des im Dezember 1989 gegründeten *Unabhängigen Frauenverbands* für das Gebiet der damaligen DDR wurde die Frauenzeitschrift *Ypsilon* gegründet. Sie erreichte im Sommer 1990 eine Spitzenauflage von 17.000, ging jedoch zwei Jahre später aufgrund rapide gesunkener Verkaufszahlen ein. Die Zahl regionaler und lokaler autonomer Frauenzeitschriften wurde von der Redaktion der *Hamburger Frauenzeitung* Ende der 1980er Jahre mit rund 60 angegeben (*die tageszeitung* vom 9.6.1989, S. 17). Zur feministischen Presse in der Bundesrepublik vgl. Duske (1978) und Weinel (1984). Speziell zur regionalen feministischen Presse vgl. Röttger/Werner (1992), die für 21 untersuchte Zeitschriften eine Gesamtauflage von lediglich 14.000 vermuten.

⁶⁵ Die Prozentsätze (Mehrfachnennungen waren möglich) beziehen sich auf jegliche Art von Beteiligung in Organisationen und Gruppen auch außerhalb der Frauenbewegung (N = 1346).

⁶⁶ Korrekt lautet sein Name: *Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen - Bundesvereinigung deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V.*

die Dachorganisation kaum zu profilierten Stellungnahmen fähig. Auch die fast ausschließliche Finanzierung durch staatliche Mittel (90 Prozent; Dick 1992: 261) mag zur moderaten Ausrichtung des *Frauenrats* beitragen. Zwischen ihm und der autonomen Frauenbewegung gibt es fast keine Verbindungen. Allerdings zeigen sich einzelne Frauenverbände bzw. -gruppen innerhalb der Gewerkschaften und linksorientierten Parteien sehr aufgeschlossen gegenüber den Forderungen des radikaleren Teils der Frauenbewegung; zum Teil rechnen sie sich selbst der Frauenbewegung bzw. dem Feminismus zu. Zudem entstanden in den letzten Jahren auch feministisch orientierte Sektionen in wissenschaftlichen Fachgruppen und anderen Berufszweigen (z.B. die *Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen e.V.*), wenngleich diese Entwicklung noch weit hinter der in den USA nachhinkt.

4. Im Gesamtbild kann von einer starken infrastrukturellen Verankerung der neuen Frauenbewegung in den USA und der Bundesrepublik und einer extrem schwachen Infrastruktur in Frankreich ausgegangen werden.⁶⁷ Während in den USA neben lokalen Graswurzelgruppen auch große nationale Frauenverbände der Bewegung zugerechnet werden können, fehlen letztere in der Bundesrepublik und in Frankreich. Die Distanz zwischen autonomen Frauengruppen und etablierten Frauenverbänden hat in Frankreich und vor allem der Bundesrepublik im Verlauf der beiden Jahrzehnte abgenommen, ist aber noch immer beachtlich. Weiterhin fällt auf, daß diverse Versuche zur Gründung einer Frauenpartei in allen drei Ländern an der mangelnden Unterstützung der Frauenbewegung scheiterten.⁶⁸

5.2.5 Strategien, Mobilisierung, Aktionen

1. Die neue Frauenbewegung in den USA ist in ihrem Ansatz ungleich radikaler als ihre historische Vorläuferin. Das zeigte sich vor allem in ihrer

⁶⁷ Ein guter Indikator für die relative Stärke der Frauenbewegungen in verschiedenen Ländern sind die Frauenbuchläden. Davon existierten Anfang der 1990er Jahre in den USA 92 (*Ms.*, Juli/August 1992, S. 63), in der Bundesrepublik 27 (laut "Frauenkalender '92") und in Frankreich nur einige wenige. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl ist von einer etwas höheren Dichte der Frauenbuchläden in der Bundesrepublik im Vergleich zu den USA auszugehen.

⁶⁸ Versuche dieser Art gab es beispielsweise in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik seitens einer Münchener Gruppe um die Zeitschrift *Der Feminist* sowie in den USA der frühen 1990er Jahre mit der *21st Century Party*. Lediglich in Belgien und Island bestanden bzw. bestehen nennenswerte Frauenparteien.

Entstehungsphase, in der sie stark von Politikkonzepten und Taktiken der Neuen Linken beeinflusst war (Evans 1979). Frauengruppen machten mit provokativen Aktionen, etwa der Störung der Wahl von Miss America 1968, oder schon allein durch ihre Namensgebung⁶⁹ auf sich aufmerksam. Das Gros der US-amerikanischen Frauenbewegung arbeitet jedoch nicht gegen die Institutionen, sondern mit und in ihnen. Dies gilt vor allem für die Phase ab Mitte der 1970er Jahre. Eine detaillierte Analyse der Berichterstattung der *New York Times* (Costain 1992: 127) von 1950 bis 1986 zeigt, daß 1970 der Anteil von Protestaktionen weit über dem von *pressure group*-Aktivitäten lag. Von 1971 bis 1974 hielten sich beide Formen etwa die Waage; danach überwiegen die *pressure group*-Aktivitäten. Die Zahl der berichteten Protestereignisse kulminierte in der Phase zwischen 1975 und 1982; in der Phase davor (1969-1974) wurden allerdings deutlich mehr Proteste registriert als von 1983 bis 1986.

Gemessen an der Präsenz der großen Frauenorganisationen treten in der nationalen Politik und den Massenmedien die radikalen Feministinnen kaum in Erscheinung. Sie bilden vielmehr eine vor allem auf lokaler Ebene präsente Gegenkultur. Die anfängliche Kluft zwischen beiden Flügeln, die sich auch im Gegensatz von pragmatisch-reformerischen und radikal-konfrontativen Strategien manifestierte, ist in den vergangenen Jahren kleiner geworden. Vielfach hat sich ein einvernehmliches Nebeneinander bzw. eine Art Arbeitsteilung ergeben (Boles 1991: 49). Mit Ausnahme der Abtreibungsfrage und der ERA-Kampagne setzte die Frauenbewegung in den USA kaum auf Massenmobilisierung. Im Vordergrund standen und stehen vielmehr der Versuch der Bewußtseins- und Verhaltensänderung in kleinen Gruppen (speziell den *consciousness raising groups*) und örtlichen Frauenprojekten, die Arbeit innerhalb von Parteien, Gewerkschaften und Betrieben, das Lobbying im amerikanischen Kongreß und auf einzelstaatlicher Ebene sowie die Bemühungen zur Organisation der Frauen innerhalb von Kirchen und staatlichen Verwaltungen bis hin zur US-Armee (Katzenstein 1990; 1990a). In diesem Sinne ist ein "langer Marsch durch die Institutionen" angetreten worden (dazu auch Lovenduski 1988). Offensichtlich macht diese reformistische Kärnerarbeit in den Institutionen aber auch manche Feministinnen unzufrieden. So bildeten sich neue, aktionsbetonte und experimentierfreudige Gruppierungen (z.B. *PorNo-Movement* und *Women's Action Coalition*).

2. In *Frankreich* war die Frauenbewegung in ihrer Frühphase vor allem durch provokative öffentliche Aktionen hervorgetreten, in denen das Erbe

⁶⁹ Z.B. *WITCH - Women's International Terrorist Conspiracy from Hell* (vgl. Fraser et al. 1988: 300).

des Mai 1968 zum Ausdruck kam. Abtreibungsverbot, Gewalt gegen Frauen sowie Pornographie in Kino und Werbung boten weitere Anlässe, um mit spektakulären Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Initiative ging dabei eindeutig von den radikalen Gruppen der autonomen Frauenbewegung aus, während die Frauenorganisationen der Parteien und Gewerkschaften eher mitgezogen wurden, vereinzelt sogar ausdrücklich auf Distanz gingen. Durchgängig, und in größerem Ausmaß als etwa in der Bundesrepublik, wurden in Frankreich auch Probleme von Immigrantinnen und Frauen in der Dritten Welt aufgegriffen, wobei sich insbesondere die Gruppe *Choisir* hervortat.

Stand die französische Frauenbewegung zunächst außerhalb und gegen die etablierte Politik, so gelang ihr zumindest ab dem Regierungswechsel von 1981 ein partieller Einbruch in die Institutionen. Die sozialistisch-kommunistische und später rein sozialistische Regierung betrieb eine progressive Frauenpolitik. Sie wußte zudem nicht nur einige prominente Feministinnen zu kooptieren, sondern kam Forderungen der Bewegung vor allem in Bereichen entgegen, in denen es um soziale Fragen und die Durchsetzung faktischer Rechtsgleichheit ging. Damit wurde zwar weitergehenden Zielen der autonomen Frauenbewegung nicht entsprochen, aber doch eine gewisse Befriedung erzielt. Insbesondere konnte mit der definitiven Regelung von 1980 der Abtreibungskonflikt weitgehend beigelegt werden.

Die französische Frauenbewegung hat gelegentlich zu Demonstrationen mit einigen tausend Teilnehmerinnen mobilisiert. Die konkrete Arbeit in lokalen Frauenzentren und Initiativen erlangte aufgrund der beschriebenen infrastrukturellen Schwäche nie die erhoffte Breitenwirkung. Von weitaus größerem Einfluß waren dagegen die publizistischen und intellektuellen Aktivitäten, die auch im Ausland Beachtung fanden. In den 1980er und frühen 1990er Jahren ist jedoch die Aufmerksamkeit für die theoretische und literarische Produktion der Frauenbewegung zurückgegangen, so daß die Bewegung selbst auf dieser Ebene kaum mehr präsent ist. Frauenpolitik, so scheint es, ist weitgehend eine Angelegenheit der Regierung sowie der linken Parteien und Gewerkschaften geworden.

3. In der *Bundesrepublik* verlief in den 1970er Jahren die Entwicklung zunächst ähnlich wie in Frankreich. Auch hier wirkte der aufrührerische und antiautoritäre Geist der Studentenbewegung in der Frauenbewegung fort. Und auch hier überwogen provokative öffentliche Aktionen, die Aufmerksamkeit erregen und Mißstände anprangern wollten, aber nicht schon auf konstruktive Lösungen bedacht waren. Beispielhaft dafür steht die Verächtlichmachung und Störung von Schönheitswettbewerben. Bevorzugte Aktionsmittel im Abtreibungskonflikt waren Unterschriftensammlungen,

Demonstrationen und öffentlich angekündigte "Holland-Fahrten" zu dortigen Abtreibungskliniken.

Mit dem Ausbau einer feministischen Infrastruktur ab Mitte der 1970er Jahre traten spektakuläre Aktionen zugunsten einer intensiven Kleingruppenarbeit in den Hintergrund. Lediglich zu regelmäßig wiederkehrenden Anlässen wie dem Internationalen Frauentag wurden größere Frauendemonstrationen organisiert.

Mit der schon beschriebenen Wende zur Politik mit und in den Institutionen überwog dann rein äußerlich das Ringen um institutionelle Terraingewinne, staatliche Anerkennung und Förderung, Quotierungsregelungen, Frauenfördereinrichtungen, Nachttaxis usw. Frauenpolitik wurde scheinbar vor allem Sache von frauenspezifischen Gliederungen in Parteien, Gewerkschaften und Fachvereinigungen. Der Akzent lag weniger auf "Frauenbefreiung" als vielmehr auf der Herstellung von Chancengleichheit. Im Schatten dieser Aktivitäten setzten jedoch die autonomen Frauengruppen ihre projektbezogene Arbeit fort.⁷⁰ In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mehrten sich zugleich wieder öffentliche Proteste im Zusammenhang mit Strafverfolgungen wegen illegaler Abtreibungen, polizeilichem und juristischem Umgang mit Vergewaltigern, zunehmender Verbreitung der Pornographie in der (Halb-) Öffentlichkeit, Mädchenhandel aus Fernost usw. Allerdings kam es nur in Ausnahmefällen, etwa anlässlich der Memminger Abtreibungsprozesse oder im Rahmen der Frauenfriedensbewegung, zu größeren Demonstrationen.

Im Gesamtbild ergibt sich in der Bundesrepublik eine große Bandbreite von strategischen Orientierungen und Aktionsformen, welche sich im Zeitverlauf verschieben. Die anfangs starke antiinstitutionelle und kulturrevolutionäre Orientierung der Frauenbewegung hat sich abgeschliffen und einem kämpferischen, institutionenbezogenen Reformismus Platz gemacht.

4. Protesteignisdaten, die von Kriesi et al. erhoben wurden, liefern ein genaueres Bild über Umfang und Art der Protestaktionen der Frauenbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik. Im Kapitel 4 wurde bereits betont, daß der relative Anteil der Frauenproteste an allen Protesten der neuen sozialen Bewegungen in beiden Ländern gering ist. Es wurden nur 18 Protestaktionen in Frankreich und 23 Aktionen in der Bundesrepublik (ohne Proteste im Zusammenhang mit der Abtreibung) verzeichnet.⁷¹ Bei insge-

⁷⁰ Vgl. zum Beispiel Karras (1989) zu Braunschweig, Helferich (1985) und Poppenhusen (1992) zu Freiburg sowie Schunter-Kleemann (1992) zu Bremen. Vgl. auch Arbeitskreis autonomer Frauenprojekte (1992).

⁷¹ Die geringen absoluten Zahlen spiegeln sicher auch die hohe Selektivität der Berichtsquellen (*Le Monde* und *Frankfurter Rundschau*) und der Stichprobe, die sich nur auf die Montagsausgaben beider Zeitungen bezog.

samt 766 registrierten Aktionen aller neuen sozialen Bewegungen in Frankreich und 1.785 Aktionen in der Bundesrepublik entspricht dies einer Quote der Frauenproteste von 2,3 Prozent (Frankreich) bzw. 1,9 Prozent (Bundesrepublik). Eine Aufschlüsselung der Proteste nach einzelnen Jahren erscheint nicht sinnvoll, so daß jeweils Gruppen von fünf Jahren zusammengefaßt wurden (Tabelle 5.3). Die Proteste in beiden Ländern entwickelten sich gegenläufig. Im Unterschied zur Bundesrepublik fanden in Frankreich fast alle Proteste vor 1980 statt. Noch deutlicher wird dieser Kontrast beim Vergleich der Teilnehmerinnenzahlen. Der Mobilisierungsumfang betrug in der Bundesrepublik mehr als das Dreifache im Vergleich zu Frankreich. In der Bundesrepublik nahmen die Teilnehmerinnenzahlen im Zeitverlauf zu. Durchschnittlich beteiligten sich in Frankreich rund 660 Personen, in der Bundesrepublik dagegen knapp 2.100 Personen pro Protestereignis. In der Bundesrepublik besteht somit eine eindeutig leistungsfähigere Mobilisierungsstruktur der Frauenbewegung.

Die relativ geringen durchschnittlichen Teilnehmerinnenzahlen pro Protestereignis in beiden Ländern zeigen, daß die Frauenbewegung - anders als etwa die Ökologie- und Friedensbewegung - nicht so sehr auf die Mobilisierung für Massendemonstrationen ausgerichtet ist. Sieht man von Aktionen zur Liberalisierung der Abtreibung ab, so blieben die Demonstrationen eher klein und erreichten nur in einem Fall 15.000 Teilnehmerinnen.⁷² Zuweilen wurden Aktionen anläßlich des Internationalen Frauentages oder der Wal-

Tabelle 5.3

Zahl der Protestereignisse und Teilnehmerinnenzahlen der Frauenbewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989

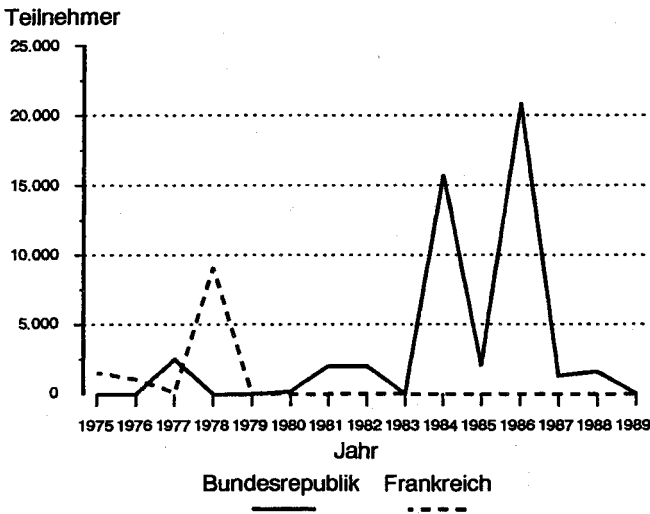
Zeitraum	Frankreich		Bundesrepublik	
	PE	Teilnehmerinnen	PE	Teilnehmerinnen
1975-79	17	11845	3	2525
1980-84	1	50	8	19920
1985-89	0	0	12	25805
Summe	18	11895	23	48250

Datenquelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

⁷² Dies war eine Demonstration im Vorfeld des Internationalen Frauentages im März 1994 in Bonn (die tageszeitung vom 9.3.1994, S. 4). Die nach meinen Recherchen

purgisnacht nur noch als quälende Pflichtübung wahrgenommen.⁷³ Noch geringer ist die Mobilisierungskraft der französischen Frauenbewegung, die - wiederum mit Ausnahme des Abtreibungskonflikts - nach den 1970er Jahren kaum mehr als Protestbewegung sichtbar war (Abbildung 5.1).⁷⁴

Abbildung 5.1
Teilnehmer an Protesten der Frauenbewegung in
Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989



Quelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

zweitgrößte Demonstration mit 10.000 Teilnehmerinnen fand anlässlich des Muttertages 1984 in Bonn statt.

⁷³ Vgl. etwa den Kommentar "Lästige Pflicht?" von Gunhild Schöller (*die tageszeitung* vom 8.3.1984, S. 4).

⁷⁴ Die erste größere Demonstration war ein von MLF, MLA und *Choisir* organisierter internationaler Protestmarsch am 20.11.1971 in Paris, an dem 4.000 Frauen teilnahmen. Eine Demonstration mit 5.000 Teilnehmerinnen am 13. und 14.5.1972 in Paris richtete sich gegen die allgemeine Diskriminierung und speziell die Gewalt gegen Frauen. Unter dem Motto "10 Stunden gegen Vergewaltigung" demonstrierten am 26.6.1976 in Paris ebenfalls 5.000 Frauen (Remy 1990: 56 und 77). Von den größeren Treffen ist ein internationaler Kongreß mit 5.000 Teilnehmerinnen Ende Mai 1977 in Vincennes hervorzuheben. Hierbei spielte vor allem die Gruppe *Choisir* eine wichtige Rolle. Die wenigen Proteste mit höheren Teilnehmerinnenzahlen erfolgten ausschließlich im Rahmen der Kampagne zur Liberalisierung der Abtreibung.

Ungleich höher als in der Bundesrepublik und in Frankreich ist die Mobilisierung der Frauenbewegung in den USA. An einem Frauenkongreß 1977 in Houston nahmen neben 1.500 Delegierten weitere 20.000 Interessierte teil (Ryan 1992: 75). Im Zusammenhang mit der Kampagne zur Durchsetzung des *Equal Rights Amendment* (ERA) wurden im Juli 1978 100.000 Menschen zu einer Protestveranstaltung in Washington mobilisiert. Bereits am ersten nationalen ERA-Marsch 1976 in Springfield (Illinois) hatten sich 10.000 Menschen beteiligt. Eine Kundgebung im Anschluß an einen Protestmarsch anläßlich des Muttertags 1980 in Chicago versammelte 100.000 Personen. Allein diese Veranstaltung hat somit weitaus mehr Personen angezogen als alle von Kriesi et al. registrierten Frauenproteste in Frankreich und der Bundesrepublik.

Zwischen 1975 und 1989 wurden in Frankreich zwölf und in der Bundesrepublik sechs Protestereignisse registriert, die gegen die Frauenbewegungen gerichtet waren. Eine Aufschlüsselung der konkreten Zielsetzungen liegt nicht vor. Nach Aussagen der an der Erhebung beteiligten Wissenschaftler handelt es sich jedoch ganz überwiegend um Gegenproteste im Zusammenhang mit dem Abtreibungskonflikt, die - auch auf einer anderen und umfangreicheren Datenbasis - im Kapitel 8 gesondert analysiert werden.

Die Aufgliederung nach Aktionsformen zeigt für die französische Frauenbewegung eine deutlich größere Neigung zu konfrontativen und gewaltförmigen Aktionen im Vergleich zur Bundesrepublik (vgl. Tabelle 5.4). Hierbei ist zu bedenken, daß diese Aktionsformen ganz generell weitaus weniger Teilnehmerinnen mobilisieren als rein demonstrative Aktionen.

Tabelle 5.4
Aktionsformen der Frauenbewegung in
Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-89

Form	Frankreich	Bundesrepublik
demonstrativ	6	18
konfrontativ	7	2
leichte Gewalt	0	2
schwere Gewalt	5	1
Summe	18	23

Datenquelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

Die Protestereignisdaten ergeben im Gesamtbild ein nur geringes Gewicht der Frauenbewegungen in Relation zu anderen neuen sozialen Bewegungen. Die Frauenbewegung der Bundesrepublik ist deutlich mobilisierungsstärker als die Bewegung in Frankreich. Allerdings sollten von diesen Zahlen keine weitreichenden Schlüsse auf Präsenz und Wirkung der Frauenbewegungen gezogen werden. Es wurde bereits für die bundesdeutsche Frauenbewegung gezeigt, daß sie hinsichtlich der Zahl der existierenden Gruppen vermutlich allen anderen neuen sozialen Bewegungen überlegen ist. Es scheint demnach so, als legten die Frauenbewegungen keinen gesteigerten Wert auf publizitätsträchtige und massenhafte Protestaktionen und bevorzugten stattdessen die bereits angesprochenen Formen "qualitativer Mobilisierung".

5.2.6 Folgen und Funktionen

Wie erfolgreich waren die neuen Frauenbewegungen in den drei hier betrachteten Ländern? Die Antwort auf diese simpel anmutende Frage ist äußerst schwierig. Zum einen stoßen alle Versuche von kausalen Erklärungen schnell auf Grenzen. Hierbei ist es müßig, im einzelnen darüber zu spekulieren, in welchem Ausmaß die Frauenbewegungen an bestimmten frauenpolitischen Fortschritten direkt oder indirekt beteiligt waren. Wir können uns damit begnügen, immer dann von einem erheblichen Einfluß zu sprechen, wenn einzelne Themen und Forderungen, die bislang in der etablierten Politik nicht oder nur zögerlich angegangen worden waren, vor allem durch die neue Frauenbewegung auf die politische Agenda kamen und - oft vermittelt über linke und liberale Parteien - in konkrete politische Resultate mündeten. Zum anderen ist selbst die Fixierung und Messung der abhängigen Variable - Wirkung bzw. Erfolg - nicht einfach, zumal mehrere Dimensionen bedacht werden müssen. Im Hinblick auf intendierte Wirkungen lassen sich die Ebenen der (1) massenmedialen Resonanz, (2) subjektiven Einstellungen und Verhaltensweisen, (3) materiellen Politik und (4) prozeduralen und institutionellen Ergebnisse unterscheiden.⁷⁵

⁷⁵ Jenson (1985) betont zu Recht als eine wichtige Wirkungsdimension den Einfluß auf das "universe of discourse". Diese Dimension ist jedoch nur durch komplizierte Verfahren zu erfassen und bleibt hier unberücksichtigt.

Massenmediale Resonanz

In den USA war die neue Frauenbewegung nach anfänglicher Mißachtung (dazu Morris 1973) bereits in den frühen 1970er Jahren ein Thema der Massenmedien. Magazine wie *Times* und *Newsweek* widmeten ihr 1991 Titelgeschichten. Allerdings war die frühe Medienberichterstattung über die Bewegung eher negativ.⁷⁶ Die quantitative Spiegelung von Themen und Aktivitäten der Frauenbewegung wurde vor allem von Anne Costain untersucht. Sie erstellte auf Grundlage des *New York Times Index* Zeitreihendaten von 1950 bis 1986 zu detailliert aufgeschlüsselten Ereignissen "that reflected agitation on behalf of women's rights" (Costain 1992: XVII). Dabei handelt sich allerdings nicht um eine spezielle Protestereignisanalyse.

Im Aggregat zeigt sich folgendes Muster: In den 1950er und 1960er Jahren besteht eine nur spärliche Berichterstattung zu Frauenfragen ("women's events"); sie steigt 1970 sprunghaft an, nimmt weiter zu und erreicht einen einsamen Höhepunkt 1975. Danach geht sie wieder ungefähr auf das Niveau der frühen 1970 Jahre zurück und nimmt bis 1986 etwas ab (ebd., S. 101). Zwischen 1970 und 1984 wird die Berichterstattung zu einem gutem Teil - in manchen Jahren bis zu rund 60 Prozent - durch das ERA-Thema bestimmt (ebd., S. 102). Positive Berichte über Frauenrechtsfragen überwiegen deutlich gegenüber neutralen und kritischen Artikeln (ebd., S. 97). Bezogen auf Akteursklassen machen die traditionellen Frauenorganisationen im Vergleich zu den bewegungsformigen Gruppen ab 1970 nur noch einen geringen Anteil der Berichterstattung aus und verschwinden ab 1976 (mit Ausnahme von 1983) fast ganz (ebd., S. 19). Unter den bewegungsformigen Akteuren, die Anlaß für Artikel boten, hatte NOW im Jahr seiner Gründung (1966) und von 1970 bis 1974 einen signifikanten Anteil (durchschnittlich ca. ein Drittel). 1975 wurde NOW zum überragenden Akteur, dann ging sein Anteil etwas zurück, um ab den 1980er Jahren wiederum zu dominieren (ebd., S. 108).

Für Frankreich und die Bundesrepublik fehlen entsprechende Zeitreihendaten. Es kann nur vermutet werden, daß die mediale Aufmerksamkeit für Frauenfragen in beiden Ländern deutlich geringer ist. Insbesondere dürfte die französische Frauenbewegung ab den 1980er Jahren kaum mehr in den Medien präsent sein, was auch dadurch indiziert wird, daß die bereits vorgestellten Protestereignisdaten in den 1980er Jahren nur einen einzigen Protestakt enthalten. Auffällig ist jedoch in allen drei Ländern das Einsickern von Positionen der Frauenbewegungen in große Frauenzeitschriften (z.B.

⁷⁶ "In fact, the press coverage of the women's movement, when any existed, was unflattering, and the movement grew in spite of the media attention received." (Kahn/Goldenberg 1991: 112)

Elle, Marie Claire, Brigitte; dazu Röser 1992 für die Bundesrepublik) und frauenspezifische Hörfunk- und Fernsehsendungen, das Anwachsen der Frauenliteratur auf dem Buchmarkt und die Etablierung der Sparte Frauenfilme. In einer gewissen Brechung und Filterung radikaler Positionen gelangen so Themen und Forderungen der Frauenbewegungen in die breite Öffentlichkeit.

Änderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen

Die Wirkung der Frauenbewegungen bemißt sich weiterhin daran, ob sie Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer eigenen Anhängerschaft und vor allem der breiten Bevölkerung im Sinne ihrer Zielsetzungen zu beeinflussen vermag. In diesen Zusammenhang gehört neben dem Wandel der Geschlechtsrollen⁷⁷ auch die Anerkennung der Frauenbewegung als eines legitimen Akteurs in Öffentlichkeit und Politik. Für die Aktivistinnen der Frauenbewegung fehlen aussagekräftige Untersuchungen zum Einstellungs- und Verhaltenswandel. Für das weitere Sympathisantenfeld bzw. die Gesamtbevölkerung sind dagegen zumindest auf der Einstellungsebene Veränderungen nachweisbar.

In den USA schien sich bereits in den frühen 1970er Jahren ein Meinungswandel zugunsten der Frauenbewegung anzudeuten.⁷⁸ Danach entfaltete sich allerdings auch eine starke Gegenbewegung (Carden 1974; Conover/Gray 1983; Buechler 1990; Marshall 1991; Steutter 1992), so daß es um die Mitte des Jahrzehnts zu einer Stagnation (Poole/Zeigler 1981) und später vermutlich nur noch zu einer langsamen Ausweitung profeministischer Einstellungen kam. Verschiedenen neueren Umfragen zufolge findet die Frauenbewegung eine beachtliche Unterstützung; ebenso werden ihr Erfolge zugebilligt.⁷⁹ Neben ausgesprochen antifeministischen Einstellungen

⁷⁷ Für eine ländervergleichende Analyse dazu siehe Höllinger (1991). Hierbei zeigt sich, daß ein "modernes" Rollenverständnis in den USA weit mehr verbreitet ist als in der Bundesrepublik.

⁷⁸ Vgl. Judy Klemenrud (In Small Town U.S.A., Women's Liberation Is Either a Joke or a Bore, *New York Times* vom 22.3.1972) und Sterling (1971).

⁷⁹ Nach einer Gallup-Umfrage von 1986 identifizierten sich immerhin etwa die Hälfte aller weißen und zwei Drittel aller farbigen Frauen mit "Feministinnen"; 71 Prozent glaubten, daß ihre Lebensbedingungen durch die feministische Bewegung verbessert wurden (How Women View Work, Motherhood, and Feminism, *Newsweek* 107, 31.3. 1986, S. 51). Gemäß einer von der Frauenzeitschrift *Ms.* in Auftrag gegebenen Harris-Umfrage ("Hat die Frauenbewegung ihren Höhepunkt erreicht, ist sie im Abstieg oder hat sie erst begonnen?") glaubten 57 Prozent, die Bewegung habe erst begonnen (Thom 1987: 260). Einer *New York Times/CBS*-Umfrage von 1989 zufolge betrachteten 85 Prozent der afroamerikanischen, 75 Prozent der hispanischen und 64 Prozent der weißen

bestehen auch ambivalente Haltungen. Vor dem Hintergrund eines insbesondere in den 1960er Jahren deutlich gewachsenen und seit den frühen 1970er Jahren auf einem Plateau verbliebenen liberalen Meinungsklimas (Smith 1990) ist jedoch ein Abbau traditioneller Rollenbilder und frauenfeindlicher Haltungen erkennbar (Klein 1984; Thornton/Alwin/Camburn 1983; Sapiro 1991). Beispielsweise ist der Anteil derer, die auch eine Frau zum Präsidenten wählen würden, von 54 Prozent (1969) auf 86 Prozent (1988) gestiegen (Niemi/Muller/Smith 1989: 22). Ein analoger Trend zu größerem weiblichen Selbstbewußtsein zeigt sich zudem bei Fragen, ob eine Frau auch dann Geld verdienen sollte, wenn sie ihr Mann ernähren kann, ob Frauen vor allem bei der Karriere des Mannes behilflich sein sollten und ob die Politik den Männern überlassen bleiben sollte (ebd., S. 223ff.).

Für Westeuropa ermittelte Wilcox (1991) anhand des Eurobarometers 1983 einen erstaunlich großen Umfang profeministischer Einstellungen. Hier ist allerdings die großzügige und nicht unproblematische Indexbildung für die Identifikation von Feminismus in Rechnung zu stellen. Demnach soll die Gruppe der Feministinnen und "starken" Feministinnen in Italien und Frankreich mit knapp der Hälfte der weiblichen Befragten am höchsten sein, während die Bundesrepublik einen Mittelplatz einnimmt (38 Prozent) und Großbritannien am Ende rangiert.⁸⁰

Das Paradox weit verbreiteter feministischer Einstellungen in Frankreich bei einer zugleich schwachen Bewegung und der umgekehrten Situation in der Bundesrepublik ist schwer auflösbar. Neben Validitätsproblemen⁸¹ könnte es auch sein, daß gerade starke und offensive Bewegungen weniger Unterstützung finden und zugleich eine größere Gegnerschaft provozieren - ein Phänomen, das sich ebenfalls beim Vergleich der Unterstützung der Ökologiebewegung in Frankreich und Italien einerseits und der Bundesrepublik andererseits zeigt (Fuchs/Rucht 1992).

Die erstaunlich hohen Zahlen zu feministischen Einstellungen werden deutlich relativiert, wenn zum Vergleich Ergebnisse der Wahlstudie von 1987 für die Bundesrepublik herangezogen werden (Pappi 1989). Die Fragen sind allerdings auf den engeren Stimulus "Frauenbewegung" ausgerich-

Bevölkerung die Frauenbewegung als notwendig (Sapiro 1991: 22).

⁸⁰ Auf der gleichen Datengrundlage ermittelten Banaszak/Plutzer (1993: 47) hinsichtlich der Unterstützung des Feminismus in den EG-Ländern einen Spitzenplatz für Griechenland und Luxemburg, einen mittleren Platz für Frankreich und einen hinteren Platz für die Bundesrepublik (sowie Großbritannien und - sehr unerwartet - die Niederlande!).

⁸¹ Möglicherweise sind die semantischen Gehalte von "Frauenbewegung" und anderen Items in den untersuchten Ländern verschieden. Darüber spekulieren auch Banaszak/Plutzer (1993) in Anbetracht der erstaunlichen Rangplätze einzelner Länder. Skepsis ist auch geboten gegenüber dem Ergebnis einer sehr verbreiteten Selbstidentifikation als "Feministin" in den USA (vgl. Fußnote 79).

tet. Demnach wurden 89 Prozent der befragten Frauen und über 93 Prozent der Männer als Nicht-Anhänger/innen der Frauenbewegung eingestuft. Die Frauenbewegung schnitt deutlich ungünstiger ab als die Friedens- und die Anti-Atomkraftbewegung.⁸² Auch nach der "Gewaltumfrage" von 1989 fand die Frauenbewegung insgesamt eine geringere Wertschätzung (18 Prozent "sehr positiv", 27 Prozent "positiv") als die Ökologie-, Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung.

Verlaufsanalysen aufgrund der Eurobarometer von 1975, 1983 und 1987 zu antifeministischen Einstellungen ergeben ein klares Gesamtbild (Morgan/Wilcox 1992). Akzeptiert man die Operationalisierung von Antifeminismus durch lediglich eine nicht direkt darauf zielende Frage, so zeigt sich zwischen 1975 und 1987 ein deutlicher Rückgang antifeministischer Einstellungen in allen untersuchten acht Ländern, für die komplette Daten vorliegen. Wohl aufgrund des bereits niedrigeren Ausgangsniveaus fällt der Rückgang in der Bundesrepublik weniger deutlich aus als in Frankreich. Erstaunlich ist, daß antifeministische Einstellungen unter Frauen zu manchen Befragungszeitpunkten in bestimmten Ländern ebenso häufig, in Einzelfällen sogar häufiger als bei Männern anzutreffen sind.

Gemessen an ihrem Ausgangspunkt in den 1960er Jahren haben die Frauenbewegungen also auf der Ebene der Einstellungen der Gesamtbevölkerung nachhaltige Einflüsse zu verzeichnen.

Nicht zu unterschätzen sind schließlich die Wirkungen der Frauenbewegungen auf andere neue soziale Bewegungen, namentlich die Ökologie- und die Friedensbewegung (Rubart 1988). Diese "wahlverwandten" Bewegungen sind für die Anliegen der Frauenbewegung besonders sensibel. Frauenspezifische Themen, Forderungen und Ausdrucksmittel fließen in diese Bewegungen ein und führen dort teilweise zur Formierung gesonderter Frauengruppen (z.B. "Mütter gegen Atomkraft") oder regelrechter Subbewegungen ("Frauenfriedensbewegung"; vgl. dazu Maltry 1993).

Materielle Policy-Ergebnisse

Ein wichtiges Feld materieller politischer Erfolge ist die Stellung von Frauen in der Arbeitswelt. Generell ist festzuhalten, daß in allen drei Ländern ein großer Teil der von Männern beherrschten Ausbildungsgänge und Berufe weiter für Frauen geöffnet wurde (vom Flugzeugpiloten bis hin zum Mi-

⁸² Dies spricht gegen die These von Riedmüller (1988: 15): "Die neue Frauenbewegung hat wie keine der neuen sozialen Bewegungen seit 1960 bis heute eine breite politische Zustimmung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gefunden."

litär). Ebenso ist die Frauenerwerbsquote gestiegen.⁸³ Hinsichtlich der Durchschnittslöhne liegen allerdings die Frauen weit hinter den Männern und bekommen selbst für gleiche Arbeit etwa ein Viertel (Frankreich, Bundesrepublik) bzw. ein Drittel (USA) weniger Lohn. Verbesserungen im Zeitverlauf sind sehr bescheiden ausgefallen.⁸⁴ In manchen anderen Ländern kam es sogar zu einer Verschlechterung.

Die finanzielle und sonstige Unabhängigkeit von Frauen ist gewachsen. Bestehende Reste formeller Benachteiligung im Familien-, Scheidungs- und Namensrecht wurden in allen drei betrachteten Ländern beseitigt. Zwar hat sich an der Doppelbelastung von Frauen im Prinzip nichts geändert, doch gibt es auf seiten der Reproduktionsfunktionen durchschnittliche und allmähliche Entlastungen aufgrund sinkender Geburtenzahlen, der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, technischer Fortschritte im Bereich der Hausarbeit und der verbesserten Versorgung mit Kinderkrippen und Kindergärten. Auch die Zunahme von - freiwillig oder unfreiwillig - alleinstehenden Frauen verringert statistisch die auf Frauen entfallenden Reproduktionsfunktionen.

Ein weiterer entscheidender Fortschritt besteht darin, daß das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen an Bedeutung gewonnen hat. Dies gilt einmal aufgrund der leichteren Verfügbarkeit von Mitteln zur Empfängnisverhütung und der Liberalisierung der Abtreibung, zum anderen aber auch dank einer veränderten Rollendefinition, die Frauen nicht mehr so sehr die

⁸³ Zwischen 1960 und 1985 stieg die Erwerbsquote von Frauen im erwerbsfähigen Alter in den USA um 21,2 auf 63,0 Prozent, in Frankreich um 8,3 auf 54,9 Prozent, in der Bundesrepublik um 1,1 auf 50,3 Prozent. Die Relationen zur jeweiligen Männererwerbsquote (100 Prozent) betragen 1985 in den USA 75, in Frankreich 72 und der Bundesrepublik 63 Prozent (Schmidt 1993: 13 und 15). Neuere Zahlen zu Frankreich und zur Bundesrepublik bieten Schunter-Kleemann (1992: 340 und 352), Bulletin (1992: 2 und 8) und Cattelain (1992: 35 und 97). Hieraus ergibt sich auch, daß unter den erwerbstätigen Frauen die Mütter mit ein oder zwei Kindern einen hohen Anteil stellen.

⁸⁴ Die Zahlen hierzu schwanken aufgrund unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen. Becker, der überwiegend mit Angaben des *International Labor Office* operiert, nennt folgende Veränderungen der Anteile von Frauenstundenlöhnen (in Prozent der Männerstundenlöhne) zwischen 1978 und 1987: Gesamtwirtschaft: USA von 60,0 auf 65,1 Prozent; Frankreich: von 79,1 auf 81,8 Prozent; Bundesrepublik: von 72,9 auf 73,4 Prozent. Speziell für den Industriesektor veränderten sich die Prozentsätze im gleichen Zeitraum in Frankreich von 76,7 auf 79,2 Prozent, in der Bundesrepublik von 72,8 auf 73,0 Prozent (Becker 1989: 29). Für die Bundesrepublik vgl. auch Kreckel (1992: 233ff.). Nach Zahlen von *Eurostat* für 1988 ergibt sich in Frankreich eine etwas günstigere Quote der Frauenlöhne im produzierenden Bereich und eine etwas schlechtere Quote im Dienstleistungssektor im Vergleich zur Bundesrepublik (Lane (1993: 290). In den USA lagen die Frauenlöhne 1975 bei 59,5, 1984 bei 68,2 und 1990 bei 72,0 Prozent der Männerlöhne (Barrett 1987: 129 und Ries/Stone 1992: 350). Für die jüngste Altersgruppe (16 bis 24 Jahre) in den USA erreichten 1990 die Frauenlöhne bereits 90 Prozent der Männerlöhne.

Rolle eines passiven Objekts zuweist. Auch wächst die Toleranz gegenüber vorehelichen sexuellen Kontakten, welche stark zugenommen haben.⁸⁵

Die wachsende Unabhängigkeit von Frauen wird durch weitere Trends indiziert, die für alle drei untersuchten Länder gleichermaßen gelten: die Zahl nichtehelicher Gemeinschaften nimmt zu⁸⁶, das durchschnittliche Heiratsalter steigt, die Scheidungsziffern wachsen und der größere Teil der Scheidungen wird von Frauen eingereicht.⁸⁷

Prozedurale und institutionelle Ergebnisse

Die formelle Gleichstellung der Frau war bereits vor dem Auftakt der neuen Frauenbewegungen verfassungsförmig oder gesetzlich weitgehend verankert⁸⁸, aber in der Praxis nur partiell verwirklicht. In dieser Hinsicht wurden weitere Absicherungen bzw. Konkretisierungen erreicht, wengleich Bestandsaufnahmen immer aufs Neue die Benachteiligung und ekla-

⁸⁵ Der Anteil von Frauen, die sexuelle Kontakte vor der Erreichung des 18. Lebensjahrs hatten, lag in den USA 1956-1958 ebenso wie 1962-1964 bei 23 Prozent, stieg 1971-1973 auf 43 Prozent und 1980-1982 auf 54 Prozent (Hoffert/Kahn/Baldwin 1987: 49). In der Bundesrepublik hatten in den 1950er Jahren zehn Prozent der 16jährigen Mädchen (und 20 Prozent der Jungen) sexuelle Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht gemacht. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre betrug diese Quote für beide Geschlechter rund 60 Prozent (Geißler 1992: 281).

⁸⁶ In Frankreich stieg sie von 314.000 (1968) auf 1,707 Millionen (1990) (Mermet 1992: 133), in der Bundesrepublik von 136.700 (1972) auf 820.000 (1988). Anderen Schätzungen zufolge sollen im Bundesgebiet rund drei Millionen Menschen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben (Geißler 1992: 274f.). Überproportional ist die Zunahme bei den 25- bis 40jährigen (Meyer/Schulze 1990: 11).

⁸⁷ In den USA stiegen die Scheidungsraten seit Mitte der 1960er Jahre steil an und werden von keinem anderen Land übertroffen (Bianchi/Spain 1986: 22ff.). Ein ähnliches Muster, wengleich auf niedrigerem Niveau, ist in Frankreich (Mermet 1992: 141) und der Bundesrepublik (Noll/Wiegand 1993: 15) zu verzeichnen. Erst seit den späten 1980er Jahren flacht sich die Kurve ab (Frankreich) bzw. ist sogar rückläufig (Bundesrepublik). 1986 betrug die Scheidungsrate (pro 1.000 verheirateten Frauen) in den USA 21,2, in Frankreich 8,5 und in der Bundesrepublik 8,3 (Ries/Stone 1992: 426). In der Bundesrepublik wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre rund 70 Prozent der Scheidungen von Frauen eingeleitet (Geißler 1992: 272). Umfassender dazu Nave-Herz et al. (1990).

⁸⁸ In den USA bedeutete die Erweiterung des *Civil Rights Act* von 1964 um den Aspekt der Gleichheit der Geschlechter einen entscheidenden Durchbruch; in Frankreich wurde die Gleichheit beider Geschlechter in der Verfassung von 1946 verankert; in der Bundesrepublik garantiert das Grundgesetz von 1949 gleiche Rechte für Mann und Frau. Weitere Gesetze von 1953 (Gleichheit vor dem Gesetz) und 1957 (Gleichberechtigungsgesetz) konkretisieren dieses Grundrecht, sehen allerdings auch Einschränkungen vor (z.B. der Frauennarbeit aufgrund von Familien- und Ehepflichten).

tante Unterrepräsentation von Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen aufzeigen.⁸⁹

Wichtige Schritte zur Verbesserung der rechtlichen Stellung von Frauen waren in den USA: *Civil Rights Act* (1964), *Education Amendment* (1972), *Women's Educational Equity Act* (1974), *Equal Credit Opportunity Act* (1975), *Pregnancy Disability Act* (1978) (Gelb/Palley 1992) und *Medical and Family Leave Act* (1993). In Frankreich sind vor allem folgende Regelungen zu nennen: Gesetz zur Erziehungsberechtigung beider Elternteile (1970), Gesetz, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren soll (1972), Anti-Diskriminierungsgesetz (1975), Gesetz zum Scheidungsrecht (1975), Gesetz gegen Vergewaltigung (1980), Gesetz zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern (1983), Verbot sexueller Belästigung (1991) und ein spezielles Gesetz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz (1992). Für die Bundesrepublik sind hervorzuheben: Reform des Ehe- und Familienrechts (mit der Aufhebung von bestimmten Einschränkungen der Frauenarbeit sowie der freien Wahl des Familiennamens; 1976), Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (1980), Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (1986) sowie diverse arbeitsmarktpolitische Regelungen. Jedoch fand der Vorschlag eines Anti-Diskriminierungsgesetz auf Bundesebene bislang keine parlamentarische Mehrheit. Ebenso scheiterte der Versuch, eine Änderung des Grundgesetzes durchzusetzen, mit der die bevorzugte Förderung von Frauen bis zum Abbau bestehender Ungleichheiten vorgeschrieben werden sollte.⁹⁰

Politisch sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Sie bilden unter Parteimitgliedern⁹¹ und insbesondere in allen einflußreichen politi-

⁸⁹ Die Literatur dazu ist umfangreich. Für die USA vgl. zum Beispiel Clark (1991) und Stetson (1991); für Frankreich Mossuz-Lavau/Sineau (1980; 1983), Faure (1982) und Stetson (1987); für die Bundesrepublik Ballhausen et al. (1986), Hoecker (1987), Kolinski (1989) und Cornelissen (1993); für eine größere Bandbreite von Ländern Lovenduski/Hills (1981), Europäisches Parlament (1984), Siltanen/Stanworth (1984), Norris (1985), Kaplan (1992) und Schunter-Kleemann (1992).

⁹⁰ Erste Vorschläge dazu wurden von der FDP 1978 gemacht. 1985/86 formulierten die *Grünen* einen Entwurf für ein sehr weitreichendes Anti-Diskriminierungsgesetz. Dieser wurde ebenso wie die Vorlage der SPD, die sich auf die Quotierung im öffentlichen Dienst beschränkte, im Juni 1990 von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt. Im April 1993 verabschiedete das Kabinett den Entwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes für weibliche Beschäftigte im Staatsdienst, das jedoch keine festen Quotenregelungen vorsieht.

⁹¹ Allerdings hat sich ihr Anteil erhöht. In der Bundesrepublik, wo sich die Zahl der Parteimitglieder von 1969 bis 1987 verdoppelte, ist die Zahl weiblicher Parteimitglieder von 150.000 auf nahezu eine halbe Million gestiegen. Die Prozentanteile für 1987: CDU 22, CSU 14, SPD 25, FDP 23 und *Grüne* 33 (Kolinski 1991: 64). In Frankreich liegt der

schen Positionen eine Minderheit. Dies gilt für die Parlamente auf verschiedenen Ebenen⁹², die Führungspositionen in Regierung und Verwaltung sowie für hohe Richterämter. Hier zeigen sich im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte in allen drei Ländern graduelle Verbesserungen, aber kaum wirkliche Durchbrüche. Allenfalls sektoral, beispielsweise bei der Besetzung von Führungspositionen bei den *Grünen* bzw. *Bündnis 90/Die Grünen* in der Bundesrepublik, kann von einer annähernden Gleichverteilung der Geschlechter die Rede sein. Immerhin ist - nach ersten Vorstößen in der SPD im Jahr 1908 (!) - eine breit geführte Quotierungsdiskussion in Gang gekommen und hat bei mehreren Parteien in der Bundesrepublik bereits in Form konkreter Vereinbarungen Früchte getragen (Lang 1989).

Als ein institutioneller Ort zur Koordination bzw. Durchsetzung frauenspezifischer Belange entstanden auf nationaler Ebene in Frankreich und der Bundesrepublik Frauenministerien. In Frankreich ging dem die Schaffung eines Staatssekretariats zur Lage der Frau (1974) und eines Staatssekretariats für Frauenbeschäftigung (1978) voraus (Northcutt/Flaitz 1985). Ersteres war weitgehend symbolischer Natur und besaß nicht einmal einen eigenen Haushalt. Es wurde nach seiner Abschaffung 1976 zwei Jahre später in Form eines Ministeriums zur Lage der Frau fortgeführt und erfuhr mit der Linksregierung ab 1981 eine starke Aufwertung (Stetson 1987; Coquilat 1988). Bemerkenswert ist, daß dieses Ministerium mit Yvette Roudy,

Frauenanteil der Parteimitglieder teilweise traditionell höher. Die Prozentangaben für Anfang der 1980er Jahre: RPR 43 (Verzehnfachung innerhalb von 10 Jahren); UDF 32 (1978: 20), PS 21, PSU 33, PC 35,7 (Verdoppelung seit 1970) (vgl. *Le Monde* vom 7.3.1982). Zur wachsenden Repräsentanz von Frauen in den US-amerikanischen Parteien vgl. Jennings (1990).

⁹² Für die Bundesrepublik betrug 1990 das Verhältnis von Männern zu Frauen im Europaparlament 65 zu 16, im Bundestag 436 zu 83 und im Bundesrat 116 zu 18. Der Frauenanteil in den Landesparlamenten lag 1989 zwischen 10 Prozent (Baden-Württemberg) und 30 Prozent (Hamburg). In den USA waren zwischen 1945 und 1980 nie mehr als 20 Frauen im Repräsentantenhaus und nie mehr als 3 Frauen im Senat vertreten. Mit den Wahlen vom November 1992 hat sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Repräsentantenhaus der USA auf 48 verdoppelt und entspricht damit 11 Prozent. Die Zahl der Senatorinnen stieg zugleich von 2 auf 6. In der französischen Nationalversammlung von 1945 betrug der Frauenanteil 5,4 Prozent. Er ging zwischen 1958 und 1978 auf durchschnittlich unter 2 Prozent zurück, stieg 1982 auf 5,9 Prozent und 1986 auf 6,1 Prozent. Derzeit ist das Geschlechterverhältnis französischer Abgeordneter im Europaparlament 64 zu 17, in der Nationalversammlung 544 zu 33 und im Senat 311 zu 8. In den französischen Gemeinderäten stieg der Frauenanteil von 3,1 Prozent 1945 über 8,4 Prozent im Jahr 1977 auf 17 Prozent Anfang der 1990er Jahre (siehe auch Cattelain 1992: 84). Im Deutschen Bundestag schwankte der Frauenanteil im Zeitraum von 1949 bis 1980 zwischen 7 und 9 Prozent. 1983 wurden 10 und 1987 immerhin 15 Prozent erreicht (Kolinski 1991: 65). In den Räten von Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern ist der Frauenanteil von 10,8 Prozent (1983) auf 16,6 Prozent (1988) gestiegen.

einer exponierten Feministin, besetzt wurde und auch weitere Vertreterinnen der Frauenbewegung in höhere Verwaltungspositionen einrückten (Stetson 1987: 207). In der Bundesrepublik wurde aufgrund der 1980 formulierten Empfehlungen der 1973 eingesetzten Enquête-Kommission "Frau und Gesellschaft" (Deutscher Bundestag 1981) ein Netzwerk von Institutionen geschaffen. Der Geschäftsbereich des unter wechselnden Namen firmierenden Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit wurde im Juni 1986 explizit um den Bereich Frauenbelange erweitert. Ebenso entstanden in mehreren Bundesländern Frauenministerien bzw. Frauenbehörden. Hinzu kamen der Unterbau kommunaler Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragter (Rudolph 1990; Richelmann 1991) in mehr als 1.100 Städten (davon über ein Drittel in den neuen Bundesländern). Neben der Frauenförderung im öffentlichen Dienst gibt es auch entsprechende Ansätze in privaten Unternehmen (Lippmann 1990). Somit kann durchaus von einer institutionellen Verankerung der Frauenpolitik in der Bundesrepublik gesprochen werden, wenngleich damit noch keine materiellen Erfolge garantiert sind (Schaeffer-Hegel/Kopp-Degethoff 1991; Bischoff et al. 1989). In den USA waren bereits vor dem Aufkommen der neuen Frauenbewegung Strukturen zur Durchsetzung von Frauenrechten auf Bundesebene und in allen Einzelstaaten geschaffen worden (vgl. Fußnote 15). Ein erstes Ergebnis bildete der 1963 vorgelegte Bericht *American Women*, der eine Vielzahl frauenspezifischer Benachteiligungen und Diskriminierungen aufzeigte.

Diese Institutionalisierungsformen von Frauenpolitik, soweit sie auch als ein Ergebnis der neuen Frauenbewegung anzusehen sind, stellen bereits als solche einen Erfolg dar, obwohl es sich zunächst eher um symbolische Maßnahmen handelte. Es ist jedoch zu vermuten, daß insbesondere die flächendeckende Präsenz von solchen Einrichtungen auf regionaler und lokaler Ebene langfristig die Relevanz von Frauenpolitik erhöhen und nicht ohne materielle Auswirkungen bleiben wird. Insoweit zeigen sich auf dieser Ebene die greifbarsten Resultate eines "Marsches durch die Institutionen".⁹³

Lassen sich im Ländervergleich unterschiedliche institutionelle Wirkungen der Frauenbewegungen feststellen? Stetson (1987: 195f.) kommt in ihrer Studie zu dem Ergebnis, die Politik der rechtlichen und politischen Gleichstellung der Frauen habe in Frankreich in den letzten Jahren besonders rasche Fortschritte gemacht und auf einigen Gebieten die USA überflügelt. Bei dieser Bilanz dürfte auch die Tatsache zu Buche schlagen, daß die Frauenbewegung der USA den Kampf um das *Equal Rights Amendment* kurz vor Erreichung des Ziels verloren hat. Gleichwohl erscheinen m.E. die erreichten Fortschritte in den USA doch deutlich größer zu sein als

⁹³ Für die Bundesrepublik vgl. die Bilanzen in Krauß-Pötz (1993).

in Frankreich und der Bundesrepublik, die in dieser Hinsicht etwa gleichauf liegen dürften.

Die neue Frauenbewegung hat in jeder der hier betrachteten Dimensionen Einflüsse zu verzeichnen, wenngleich sie von der Durchsetzung ihrer Ziele noch immer weit entfernt ist. Resümierende Bilanzen von feministischer Seite fallen in der Regel sehr skeptisch aus oder befürchten, wie Susan Faludi (1993), sogar einen *backlash*. Sylvia Kontos (1989: 64) anerkennt, daß autonome Frauenpolitik in immer neue gesellschaftliche Bereiche hineingetragen wurde, stellt aber zugleich fest, daß dabei "die politischen Gehalte herausgefiltert werden, die über eine Modernisierung patriarchaler Grundstrukturen hinausführen."⁹⁴ Ernüchternd ist auch das Urteil von Birgit Meyer:

"Die Frauenbewegung hat keines ihrer Ziele erreicht...Es ist ihr nicht gelungen, in nennenswertem Umfang gesellschaftliche Macht zu erlangen, um die Ohnmacht von Frauen wirklich spürbar zu verringern. Die Frauenbewegung hat die herrschenden Machtverhältnisse und ihre Spielregeln nicht außer Kraft setzen können, wie sie es einst vorhatte, aber sie hat immerhin für gehörige Unruhe und Verwirrung gesorgt. Sie hat unserer Gesellschaft den Spiegel ihrer eigenen Versprechungen vorgehalten und nach der Verwirklichung der Werte von Freiheit, Gleichheit und Demokratie auch für Frauen gefragt." (Meyer 1991: 228)

Diesem Urteil ist im Kern zuzustimmen, sofern man die weitreichenden Ziele der radikalen Frauenbewegung vor Augen hat. Betrachtet man jedoch die Teilerfolge und stellt zudem die konkreten Verbesserungen für zumindest bestimmte Gruppen von Frauen in Rechnung, so muß die neue Frauenbewegung doch als relativ erfolgreich gelten.

Funktionen der neuen Frauenbewegungen

Die bisherige Wirkungsbilanz konzentrierte sich auf intendierte Effekte. Daneben ist aber auch nach objektiven Funktionen der Frauenbewegungen zu fragen, die nicht immer im Sinne der Aktivistinnen liegen und fallweise ihren erklärten Absichten sogar zuwiderlaufen.

Generell gilt der Befund, daß die neuen Frauenbewegungen einen erheblichen Beitrag zur ökonomischen, politischen und soziokulturellen Modernisierung geleistet haben. Auf *ökonomischer* Ebene führte die offensive Propagierung der beruflichen und finanziellen Unabhängigkeit von Frauen ins-

⁹⁴ Weniger skeptisch dagegen für die Bundesrepublik Hagemann-White (1986) und Riedmüller (1988).

besondere in den 1960er und frühen 1970er Jahren dazu, die Nachfrage an Arbeitskräften zu befriedigen. Entsprechend stiegen die weibliche Erwerbsquote und der Anteil weiblicher Teilzeitkräfte. Dabei fungierten Frauen vielfach als ein Puffer am Arbeitsmarkt; sie waren auch die ersten, die in Phasen der Rezession von Entlassungen und Kurzarbeit betroffen waren. In einzelnen Sektoren des Arbeitsmarktes, vor allem im Bildungs- und Sozialbereich, waren Frauen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermuteten geschlechtsspezifischen Fähigkeiten besonders willkommen.

In *politischer* Hinsicht haben Frauen die generelle Inklusionstendenz befördert, indem sie aktiver am politischen Geschehen teilnahmen und Partizipations- und Vertretungsansprüche geltend machten. Die Mitarbeit von Frauen in Parteien, Gewerkschaften, sonstigen Verbänden und Kirchen hat zu deren Entkrustung beigetragen. Teilerfolge der Frauenbewegung, die meist mit Unterstützung liberaler und linker Parteien zustandekamen, führten aber auch zu einer Schwächung der autonomen Frauenbewegung. Dies gilt wohl in besonderer Weise für Frankreich. In den USA haben Teilerfolge zudem eine regelrechte antifeministische Bewegung auf den Plan gerufen, die schon längst überholt geglaubte Positionen reaktivierte und nicht ohne politischen Einfluß blieb.

Im *soziokulturellen* Bereich liegt der wohl entscheidendste Beitrag der neuen Frauenbewegung. Rigide und teilweise dysfunktionale geschlechtsspezifische Rollen verloren an Bedeutung⁹⁵; sexuelle Fragen wurden ein Stück weit enttabuisiert (auch mit der für einen Teil der Feministinnen unerwünschten Folge einer stärkeren öffentlichen Präsenz von Pornographie⁹⁶); Frauen gewannen im Durchschnitt an Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit. Das drückt sich auch in einem Geltungsverlust des herkömmlichen Modells der Kleinfamilie aus.⁹⁷ Die Zahl von gewollt unehelich geborenen Kindern, von Scheidungen und von bewußt Alleinstehenden bzw. Alleinerziehenden wächst. Damit entstehen hochgradig differenzierte Sozialstrukturen, die unter Gesichtspunkten eines flexiblen Arbeitsmarkts und einer Stimulierung des Konsums äußerst funktional sein können und insofern dem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus entsprechen.

⁹⁵ Für die USA vgl. die Analyse von Mason/Czajka/Arber (1976).

⁹⁶ Die Frage der Tolerierung von Pornographie ist ein Gegenstand anhaltender und heftiger Kontroversen innerhalb der Frauenbewegungen. Zur Diskussion in den USA vgl. Brill (1990).

⁹⁷ In den USA sank der Anteil von Ehepaaren mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren von 40,3 Prozent (1970) auf 25,9 Prozent (1991) (*New York Times* vom 23.8.1992). In der Bundesrepublik waren dies Anfang der 1990er Jahre 36,2 Prozent (*Focus* vom 25.1.1993, S. 104) und 1989 in Frankreich 36,3 Prozent (INSEE 1991: 38).

5.3 Zusammenfassung

1. Die Entwicklung der Frauenbewegungen in den drei Ländern weist so große Parallelen auf, daß sie länderübergreifend, wenngleich mit bestimmten Ungleichzeitigkeiten und besonderen Varianten, als eine Abfolge von vier Phasen beschrieben werden konnte: (a) Politisierung der Frauenfrage im Rahmen progressiver Bewegungen, (b) symbolische Politik und öffentliche Provokation, (c) Diversifizierung in Initiativen und Projekte sowie (d) Aktivitäten mit und in den Institutionen der etablierten Politik.

2. Große Ähnlichkeiten bestehen auch in programmatischer und ideologischer Hinsicht. Im Grunde findet sich in allen Ländern, allerdings in unterschiedlicher Gewichtung, eine Dreiteilung in einen sozialistischen, radikalen und liberalen Feminismus.

3. Auffällig sind dagegen die Unterschiede der Organisation und Infrastruktur. In allen drei Ländern besteht eine verzweigte Struktur und große Formenvielfalt der Bewegungen, doch gibt es markante Besonderheiten: In den USA spielen große nationale Mitgliederverbände eine gewichtige Rolle, während auf lokaler Ebene auch das Netzwerk autonomer Frauenprojekte präsent ist. In Frankreich sind solche Verbände unbedeutend; zugleich ist aber auch das Netzwerk autonomer Frauenprojekte sehr dünn, so daß von einer feministischen Szene - vielleicht mit Ausnahme von Paris - keine Rede sein kann. In der Bundesrepublik besteht dagegen ein sehr dichtes und aktives Netz von Frauenprojekten. Zwar existieren ebenso wie in Frankreich keine größeren feministischen Verbände auf nationaler Ebene, doch sind die frauenspezifischen Vereinigungen innerhalb von Parteien, Gewerkschaften und Fachvereinigungen relativ stark.

4. Weiterhin sind deutliche Unterschiede in den jeweils dominanten Strategien und Aktionsformen festzustellen. In den USA herrschten nach der turbulenten Anfangsphase pragmatische, auf konkrete Lösungen bezogene Strategien vor; provokative Regelverletzungen sind eher selten; strategische Differenzen geben kaum Anlaß zu erbittertem Streit, sondern werden als Ausdruck einer Arbeitsteilung begriffen. Die Frauenbewegung ist gerade in den letzten Jahren in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen eingesickert und beginnt diese nun von innen her gleichsam aufzurollen. In Frankreich ist der antiautoritäre Gestus der frühen Phase nach wenigen Jahren verpufft. Für die 1980er und frühen 1990er Jahre ist keine klare Strategie zu erkennen. Heute ist die Bewegung zum einen Teil integriert bzw. an die Sozialisten gebunden, zum anderen Teil jedoch weitgehend zerfallen. In der Bundesrepublik ähnelten die Strategien und Aktionsformen

zunächst denen in Frankreich. In der Folgezeit richteten sich jedoch die Energien nicht so sehr auf die direkte politische Auseinandersetzung mit den Widersachern, sondern auf die Etablierung einer eigenständigen feministischen Gegenkultur. Seit den frühen 1980er Jahren dominiert die zähe Auseinandersetzung in und mit den Institutionen, der eine Strategie des kämpferischen Reformismus zugrundeliegt.

5. Ihren erklärten Zielen sind die neuen Frauenbewegungen in allen drei Ländern ein gutes Stück nähergekommen, wenngleich insbesondere die Forderungen der radikalen Frauenbefreiungsbewegung unerfüllt blieben. In funktionaler Hinsicht wirkten die Frauenbewegungen als ein "Schmiermittel" des Modernisierungsprozesses, den sie in ökonomischer und politischer Hinsicht, vor allem aber im soziokulturellen Bereich vorangetrieben haben.

6. Löst man sich von allen Einzelheiten, so bleibt im Ländervergleich der Gesamteindruck großer ideologischer Parallelen einerseits, beträchtlicher organisatorisch-infrastruktureller und strategischer Unterschiede andererseits. Nationale Rahmenbedingungen scheinen also stärker auf das "Sein" als auf das "Bewußtsein" der Frauenbewegungen durchzuschlagen. Das "Bewußtsein" wird vermutlich weitgehend durch einen internationalistischen Diskurs der Frauenbewegungen geprägt und weist demnach relativ schwache länderspezifische Profile auf. Die Unterschiede im "Sein" bilden dagegen eine Herausforderung für einen strukturbezogenen Erklärungsansatz (vgl. Kapitel 7).

Kapitel 6

Ökologiebewegungen

Ebenso wie die neuen Frauenbewegungen haben auch die Ökologiebewegungen weit zurückreichende Vorläufer. Mit der raschen Technikentwicklung und Industrialisierung im 19. Jahrhundert nahmen die negativen Folgen von Eingriffen in die Natur derart zu, daß sie nicht nur Anlaß zu einer romantisierenden Rückwendung zur Natur, sondern auch zu konkreten Abwehr- und Korrekturversuchen boten (Sieferle 1984; Linse 1986; Hermand 1991). Gegen Ende des Jahrhunderts setzten in den drei untersuchten Ländern etwa gleichzeitig und weitgehend unabhängig voneinander Bestrebungen eines organisierten, auf konkrete politische Maßnahmen drängenden Naturschutzes ein. Sie führten in den USA zu relativ bedeutsamen, wenig ideologisierten und überwiegend pragmatisch ausgerichteten Naturschutzverbänden. Für Deutschland war die enge Verbindung von Heimat- und Naturschutz sowie der Kontext eines zivilisationskritischen Antimodernismus charakteristisch. Naturerlebnis und Naturschutz waren eingebettet in eine große Bandbreite ideologischer Strömungen sowohl reaktionärer als auch progressiver Provenienz. Gemessen daran blieb die Naturschutzbewegung in Frankreich, das durch eine verspätete und langsamere Industrialisierung und Urbanisierung gekennzeichnet war, ein marginales Phänomen.

Um die Jahrhundertwende hatte sich der organisierte Naturschutz in diesen Ländern auf schmäler Basis konsolidiert, jedoch in den folgenden Jahrzehnten - von der "Aneignung" des Naturschutzes durch den Nationalsozialismus einmal abgesehen - keine tiefgreifenden Änderungen erfahren. Während für die USA noch am ehesten von einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung des Naturschutzes die Rede sein kann, stagnierte er in Deutschland und Frankreich - bedingt wohl auch durch die stärkere Betroffenheit durch Kriege und Kriegsfolgen. Im ganzen gesehen gilt für alle drei Länder, daß der Naturschutz bis in die 1960er Jahre ein Stiefkind der Politik sowie der öffentlichen Diskussion geblieben war.

6.1 Vorbedingungen und auslösende Faktoren der Ökologiebewegungen

Unter den Faktoren, die zur Entstehung der Ökologiebewegungen¹ beigetragen haben, lassen sich wie bei den Frauenbewegungen strukturelle Vorbedingungen und auslösende Momente unterscheiden. Erst ihr Zusammenspiel erklärt hinreichend, warum sich innerhalb des gleichen, relativ kurzen Zeitraums prinzipiell ähnliche Bewegungen in den meisten kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten herausgebildet haben.

In den Jahren des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegsära standen andere Themen als der Naturschutz auf der politischen Agenda. Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren überwiegend von einer Aufbau- und Wachstumsmentalität geprägt. In diese Phase fiel die rasche Expansion der Industrie, des Verkehrswesens und anderer Infrastrukturbereiche, die räumliche Ausdehnung der Städte und die Zersiedelung der Landschaft. Begleitet wurden diese Entwicklungen von wachsendem Energie- und Rohstoffverbrauch, erhöhter Mobilität, Ausweitung des Massenkonsums, dem Trend zu Wegwerfprodukten usw. Diese in allen drei betrachteten Ländern prinzipiell ähnlichen Prozesse hatten tiefgreifende Auswirkungen auf den Zustand der natürlichen Umwelt. Nur ein Teil dieser Folgen war freilich unmittelbar erfahrbar.² Auch wenn sich aufgrund des ökonomisch-technischen Modernisierungsschubes in den späten 1950er und den 1960er Jahren die schädlichen Folgen für die Umwelt häuften, so kann dies allein nicht das Entstehen der Ökologiebewegungen erklären. Sektorale und regionale Zerstörungsprozesse ähnlichen Ausmaßes vollzogen sich auch in früheren Perioden, ohne zu ähnlich intensiven Mobilisierungen wie ab den späten 1960er Jahren zu führen. Zum Teil bedurfte es erst einer

¹ Für neuere Übersichten zu den USA vgl. Mitchell (1989), Paehlke (1989), Dunlap/Mertig (1991); McCloskey (1991), Rosenbaum 1991, Bosso (1991) und Gottlieb (1993); für Frankreich Vadrot (1978), Pronier/le Seigneur (1992) und Bennahmias/Roche (1992); für die Bundesrepublik Mayer-Tasch (1985) und Rucht (1991). Milbrath (1984) vergleicht auf der Basis von Umfragedaten von 1980 und 1982, die auch Kessel/Tischler (1984) analysieren, umweltpolitisch relevante Akteurstypen in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik. Eine nicht sehr ergiebige Übersicht zu Umweltbewegungen in Frankreich, der (alten) Bundesrepublik, Quebec und den USA bieten Fréchet/Wörndl (1993).

² Als ein Beispiel dafür steht ein durch Gewässerverschmutzung verursachtes großes Fischsterben im französischen Roby in den 1950er Jahren. Im Zusammenhang damit kam es zu Demonstrationen von Fischern, die nun - wie schon zuvor die Naturschützer - strengere Schutzgesetze forderten.

Problemkonstruktion im Sinne interpretierender Deutungen und Kausalattributionen, um Ausmaß, Eingriffstiefe und langfristige Folgen technisch-industrieller Eingriffe zu verdeutlichen und um die Beeinträchtigung von Lebensqualität und Naturzerstörung nicht bloß als unvermeidliche Konsequenz der Industriegesellschaft hinzunehmen. Diese Deutungen hatten sich erst gegen die dominante Wachstums- und Fortschrittseuphorie zu behaupten, wie sie gerade in der Zukunftsforschung von Autoren wie Hermann Kahn und Anthony Wiener gepflegt wurde. Die paradigmatische Abkehr von der Wachstumseuphorie vollzog sich unter dem Eindruck konkreter Ereignisse bzw. Konflikte und wurde namentlich durch Berichte in den Massenmedien vorbereitet.

Vor dem Hintergrund der angedeuteten Strukturbedingungen sind mindestens vier auslösende Faktoren für die heutigen Ökologiebewegungen anzuführen:

1. *Expansion des Wissens*: Das Verständnis ökologischer Zusammenhänge bildete ein entscheidendes Moment, das späteren Organisations- und Mobilisierungserfolgen den Boden bereitete. McAdam (1982: 48ff.) hat diesen Faktor in einem anderen Kontext als *cognitive liberation* bezeichnet. Das Wissen um schleichende und offenkundige, zunehmend exponentielle Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen war im Prinzip bereits länger vorhanden und teilweise auch in Buchform greifbar (dazu Hermand 1991: 120ff.), blieb jedoch zunächst ohne Wirkung. Erst als in den frühen 1960er Jahren Wissenschaftler mit populär aufgemachten, alarmierenden Berichten an die Öffentlichkeit traten, diffundierte dieses Wissen in die breite Öffentlichkeit und erzwang auch Reaktionen der etablierten Politik.

Der Prozeß der *cognitive liberation* in Umweltfragen ist vielfach beschrieben worden. Übereinstimmend wird dem Buch *Silent Spring* von Rachel Carson (1962) über die Verseuchung von Böden und Gewässern durch chemische Stoffe eine Initialfunktion zugebilligt.³ Es wurde auf Anhieb ein Bestseller⁴ und erschien noch 1962 in deutscher und 1963 in französischer Übersetzung. In dichter Reihe folgten weitere Publikationen zur ökologischen Bedrohung⁵ und schließlich - mit unerhörter Resonanz - der Bericht

³ Auch in Frankreich hatten wenige weitsichtige Wissenschaftler bereits vor dem Aufbruch der Ökologiebewegung die Dimension des Umweltproblems erahnt (Heim 1952; Dorst 1965). Dorsts Buch erschien 1970 in einer verkürzten Fassung (*La nature dénaturée*, Paris). In der Aufschrift auf der Titelseite wird es als ein "Manifest für eine politische Ökologie" bezeichnet.

⁴ Es erregte in den Vereinigten Staaten "gewaltiges Aufsehen und (stand) 31 Wochen auf der Bestsellerliste der New York Times" (Hermand 1991: 131).

⁵ Dazu gehören die Bücher von R. Buckminster Fuller (*Utopia or Oblivion*, 1964), Paul R. Ehrlich (*The Population Bomb*, 1968), Gordon R. Taylor (*Doomsdaybook*,

des *Club of Rome* (Meadows/Meadows 1971). Auch wenn manche seiner düsteren Szenarien nicht immer auf festem wissenschaftlichen Grund ruhten, so hatten sie doch einen aufrüttelnden Effekt. Die Sorge um das "Raumschiff Erde"⁶ konnte nicht länger als Sache romantisierender Naturapostel abgetan werden.

2. *Umweltkatastrophen und -skandale*: In die Phase der hohen Publizität manifester oder drohender Umweltgefahren fielen auch diverse Umweltkatastrophen. Sie wirkten wie eine Illustration des Realitätsgehalts von Untergangsgemälden.

Vor allem auf die nordamerikanische Öffentlichkeit hinterließ die Ölkatastrophe 1969 im Santa Barbara Kanal einen nachhaltigen Eindruck.⁷ In ähnlicher Weise sorgte in Frankreich die Ölverschmutzung bretonischer Strände durch den Tanker *Torrey Canyon* 1967 und elf Jahre später durch die *Amor Cadiz* für Unruhe und massive Proteste. Nicht zuletzt wurde auch die bisher unterschätzte bzw. geleugnete Gefährdung, die von Atomtests in verschiedenen Teilen der Erde ausging, in größerem Umfang bekannt. Gerade dieses Problem trug aufgrund seiner globalen Dimension zur Internationalisierung der Ökologiebewegung bei, wenngleich es speziell in der Bundesrepublik, die keine Atomwaffen produzierte, weniger Resonanz fand als etwa in den USA und in Frankreich.

Die Bundesrepublik blieb zumindest in der Formierungsphase der Ökologiebewegung von ähnlich großen Umweltkatastrophen verschont, war jedoch aufgrund ihrer Bevölkerungsdichte und sowie ihres hohen Industrialisierungs- und Verstädterungsgrades fast flächendeckend mit Umweltproblemen kleiner und mittlerer Größe konfrontiert. In ihrer Summenwirkung dürften diese Probleme in Verbindung mit den grenzüberschreitenden Nachrichten von Umweltskandalen aus dem Ausland zu einer ähnlich starken Besorgnis von zumindest Teilen der Bevölkerung geführt haben.

3. *Umweltpolitische Initiativen von Regierungen*: Entgegen einer verbreiteten Ansicht waren regierungsoffizielle Initiativen nicht in erster Linie eine Antwort auf die Entstehung der Ökologiebewegungen. Hält man sich die ersten signifikanten staatlichen Initiativen vor Augen, so wird klar, daß diese Schritte schon rein zeitlich gesehen nicht allein dem Druck der sich eben erst entfaltenden Ökologiebewegung zugeschrieben werden können.⁸

1970) und Barry Commoner (*The Closing Circle*, 1970).

⁶ Diese Metapher wird in der Fachliteratur Boulding (1966) zugeschrieben. Sie findet sich jedoch bereits bei Freyer (1955: 259f.).

⁷ Easton (1972) sieht in diesem Ereignis einen wichtigen beschleunigenden Faktor für die Umweltbewegung der 1970er Jahre. Zur lokalen und nationalen Bedeutung dieses Falls vgl. auch Molotch/Lester (1976).

⁸ Zu nennen ist hier die Ausrufung des Europäischen Naturschutzjahres (1970), die

Plausibler ist vielmehr die Annahme, daß diese regierungsoffiziellen Initiativen entscheidend zum Durchbruch des Umweltthemas in der breiten Öffentlichkeit und zum Aufschwung der Ökologiebewegung beigetragen haben. Dies gilt zunächst in dem Sinne, daß die öffentlich bekundete Sorge von Regierungsvertretern, die ja Schwächen eher zu verbergen als herauszustellen trachten, das Umweltthema beim politischen Publikum aufwerten und damit den Effekt der wissenschaftlichen Publikationen verstärkten. Dies gilt aber auch in dem Sinne, daß mit der offiziellen Anerkennung des Umweltthemas teilweise finanzielle Förderungen für nichtstaatliche Gruppen und Einrichtungen des Umweltschutzes verbunden waren. In die gleiche Richtung wirkten namentlich in den USA halbstaatliche und private Stiftungen.

4. *Umweltkonflikte*: Schließlich gaben diverse konkrete Streitfälle in den hier betrachteten Ländern den wohl unmittelbarsten Anlaß, um zunächst meist regionale und problemspezifische Umweltgruppierungen zu gründen, welche dann - meist im Verbund mit hinzutretenden traditionellen Naturschutzverbänden - die Organisationskerne der eigentlichen Ökologiebewegungen bildeten.

In der Formierungsphase der Ökologiebewegungen gegen Ende der 1960er Jahre spielten Dutzende von regionalen Konflikten eine wichtige Rolle: es ging unter anderem um Naturschutzparks, den Schutz von Seen, Flüssen und Küstenzonen, um Straßen-, Kanal- und Dammbauten, Lärmschutz, Pestizidkontrollen und Schadstoffemissionen von Industriebetrieben. Überregionale Aufmerksamkeit in den USA erlangten Pläne zum Bau der Alaska-Pipeline, zur Trockenlegung der Everglades-Sümpfe in Florida und eines weiteren großen Dammbaus im Tennessee Valley.⁹ In Frankreich hatte die Auseinandersetzung um die touristische Erschließung des Nationalparks Vanoise gegen Ende der 1960er Jahre eine katalysatorische Wirkung für die Ökologiebewegung (Vadrot 1978: 22ff.). Der über zweijährige Streit sorgte für erhebliches Aufsehen. Immerhin gelang es den Protest-

früh einsetzende Umweltschutzprogrammatik und Gesetzgebung, z.B. das Umweltsofortprogramm (1970) und das Umweltprogramm (1971) in der Bundesrepublik (Müller 1986: 350ff.), die "100 Maßnahmen für den Umweltschutz" (1970) und die Einrichtung eines Staatssekretariats für Umweltschutz (1971) in Frankreich sowie die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm (1972). Ein sinnfälliges Bild für die wechselseitige Verstärkung von staatlichen und bürgerschaftlichen Initiativen bot die Stockholmer Konferenz, die von unabhängig organisierten Forumsveranstaltungen begleitet wurde, an denen Tausende von meist sehr jungen Menschen teilnahmen (Simmonet 1982: 21).

⁹ Vgl. dazu die Vielzahl von Fallbeispielen für Umweltkonflikte in Caldwell/Hayes/MacWhirter (1976), die meist Anfang/Mitte der 1960er Jahre einsetzten.

gruppen, 200.000 Unterschriften "zur Verteidigung des nationalen Heimatgutes"¹⁰ zu sammeln, über den bislang praktizierten unpolitischen Naturschutz hinauszugehen und schließlich die Bauvorhaben zu verhindern (Carlier 1972). In der Bundesrepublik waren es vor allem städtische Probleme, die eine Gründungswelle von Bürgerinitiativen hervorriefen (Guggenberger 1980; Mayer-Tasch 1985). Die ursprünglich stärker sozialen bzw. politischen Anliegen wurden bei einem Teil der Gruppen explizit auf den Bereich des Umweltschutzes verengt (Rüdig 1980).

In fast allen Konfliktfällen dieser Art ist eine doppelte Tendenz der Themengeneralisierung und Radikalisierung der Aktionsformen festzustellen (Rucht 1990). Von ursprünglich eher punktuellen Problemwahrnehmungen und moderaten Forderungen gelangten die Protestgruppen zu einer breiteren, die Ursachenkomplexe einbeziehenden Kritik, welche zum Teil sogar in eine grundsätzliche Systemkritik mündete. Zudem führte die relative Erfolglosigkeit der anfangs moderaten und konventionellen Aktionsformen zu offensiveren Protestformen, welche vereinzelt militanten Charakter annahmen. Dies zeigte sich besonders bei den Auseinandersetzungen um die Atomprogramme, die über Jahre hinweg den Zentralkonflikt der Ökologiebewegungen bilden sollten.

6.2 Ökologiebewegungen im Ländervergleich

Vor der vergleichenden Analyse ökologischer Bewegungen erscheint es sinnvoll, den bisher nur implizit von Naturschutzorganisationen bzw. -bewegungen abgehobenen Begriff der Ökologiebewegung näher zu bestimmen. Für die traditionellen Naturschutzverbände war kennzeichnend, daß sie (a) den Schutz der Natur in den Mittelpunkt stellten, (b) die Rückwirkungen der Naturzerstörung auf den Menschen nicht als existentielles Problem, sondern vor allem als Frage der Ästhetik und der Einschränkung des Naturerlebnisses betrachteten, und (c) Naturzerstörung als ein punktuelles Problem behandelten, das einzelne Regionen und Biosphären oder lediglich bestimmte Tier- und Pflanzengattungen betraf. Folglich konzentrierten sich die Bemühungen auf einen selektiven Artenschutz und den Erhalt ausgewählter naturnaher Flächen. In Abgrenzung dazu wird unter *Ökologiebewegung* das Netzwerk nicht-staatlicher Gruppierungen und Organisationen

¹⁰ Dossiers et Documents "L'écologie, enjeu politique" (*Le Monde*, März 1978, S. 15).

verstanden, das (a) einen umfassend verstandenden, letztlich globalen Schutz der Umwelt anstrebt, (b) sich dabei der Erkenntnisse einschlägiger Fachwissenschaften bedient und (c) ausdrücklich politisch interveniert. Es versteht sich, daß zudem die allgemeinen Definitionsmerkmale für soziale Bewegungen anzulegen sind (vgl. 1.2.1).

6.2.1 Länderspezifische Entwicklungen im Überblick

Für alle drei Länder gilt gleichermaßen, daß sich die Ökologiebewegungen zwischen den Polen der bereits bestehenden Naturschutzverbände und der Neuen Linken entwickelten. Anders als bei den neuen Frauenbewegungen ist keine ähnlich klare Abfolge distinkter Phasen ideologischer und/oder strategischer Entwicklung erkennbar. Somit gliedert sich die nachfolgende Darstellung nach Ländern und stellt hierbei vor allem Strukturaspekte - die Etappen der Formierung, Konsolidierung und Ausdifferenzierung der Bewegungen - in Rechnung. Damit soll allerdings nicht eine für alle Bewegungen zutreffende gesetzmäßige Stufenfolge dieser Art unterstellt werden.

1. In den USA bildete der *Earth Day* 1970 den Auftakt einer landesweit sichtbaren ökologischen Bewegung. Vorausgegangen waren allerdings nicht nur die bereits angedeuteten lokalen und regionalen Umweltkonflikte, sondern auch zwei organisatorische Neuerungen. Einerseits transformierten sich mehrere herkömmliche Naturschutzorganisationen zu modernen, kämpferischen Umweltverbänden; andererseits wurden neue Organisationen dieser Art gegründet bzw. gingen als Abspaltungen aus bestehenden Verbänden hervor. Unterhalb der nationalen Verbände, die teilweise auch einzelstaatliche Sektionen und Ortsgruppen einschließen, bildete sich ein unübersichtliches Netzwerk von Graswurzelgruppen, die sich bewußt einer verbandsförmigen Organisation widersetzen. Diese Doppelstruktur hatte sich bereits in den frühen 1970er Jahren herausgeschält. Damit war die Formierungsphase der ökologischen Bewegung in den USA abgeschlossen.

Mit dem Nebeneinander von traditionellen und neuen Verbänden einerseits sowie unabhängigen Graswurzelgruppen andererseits war nicht nur eine Arbeitsteilung entstanden, sondern auch ein durch Konkurrenzen und Konflikte gekennzeichnetes Spannungsfeld. Freilich bot der Aufschwung des Umweltthemas genügend Raum, um einem Verdrängungswettbewerb zu entgehen. Auf diese Weise konnten sich alte wie neue Gruppen gleichzeitig stabilisieren und verbreitern.

In die frühen 1970er Jahre fiel die Verabschiedung einiger wichtiger Umweltgesetze, die zu einem guten Teil als das direkte oder indirekte Verdienst der Ökologiebewegung gelten müssen. Weiterhin war der Konflikt um die Atomenergie im Grundsatz bereits um die Mitte der Jahrzehnts zugunsten der Atomkraftgegner entschieden. Aus beiden Gründen verlor die Ökologiebewegung gegen Ende der 1970er Jahre ihre Schwungkraft; Stagnationstendenzen zeichneten sich ab.

Ab 1980 wurde durch Präsident Reagan und speziell den Innenminister und früheren Lobbyisten der US-Handelskammer, James G. Watt, eine scharfe umweltpolitische Wende eingeleitet. Diese Entwicklung, die (Teil-)Erfolge der vorherigen Phase rückgängig zu machen drohte, führte zu einer organisatorischen Stärkung und engeren Kooperation der ökologischen Gruppierungen.¹¹ Viele Verbände verzeichneten einen steilen Anstieg der Mitgliederzahlen (Milbrath 1984: 50). Ebenso wuchs das Spendenvolumen und es wurden die professionellen Apparate in den Zentralen ausgebaut. Neue, mit anderen Methoden operierende Umweltorganisationen wie *Greenpeace* traten auf den Plan. Die bereits in den 1970er Jahren einsetzende Sensibilisierung für Umweltfragen nahm weiter zu. Der schärfere politisch-administrative Gegenwind, aber auch die sich abzeichnende aktions- bzw. themenbezogene Spezialisierung innerhalb der Ökologiebewegung sorgten für eine Reduzierung der internen Spannungen - ein Zustand, der auch unter der im Vergleich zur Amtsperiode von Reagan offensiveren Umweltpolitik von Präsident Bush anhielt. Insgesamt hat sich damit eine ressourcenstarke, hochgradig arbeitsteilige und in Teilen professionell operierende Ökologiebewegung etabliert, die heute auf die Sympathien von Präsident Clinton und vor allem des Vizepräsidenten Al Gore zählen kann. Damit ist aber auch der Hauch des Unkonventionellen verlorengegangen.

2. Die Ökologiebewegung in *Frankreich* zählt - entgegen der üblichen Wahrnehmung - zu den Vorreitern innerhalb Europas. Wenngleich organisatorisch und infrastrukturell weit hinter dem Stand in den USA, war sie doch Anfang der 1970er Jahre sehr innovativ und entwickelte eine hohe Thematisierungskapazität. Die konventionellen nationalen Verbände spielten in der Formierungsphase zwischen 1969 bis 1973 keine wichtige Rolle. Entscheidend waren vielmehr die Aktivitäten vorausschauender Personen und Gruppen, die ganz der Idee einer radikalen ökologischen Politik verpflichtet waren. Eine besondere Rolle spielten dabei einzelne Wissenschaftler¹² und Journalisten.

¹¹ Beispielsweise wandten sich im März 1983 zehn große Umweltorganisationen mit einer Art Schwarzbuch ("The Case Against the Reagan Environmental Record") an die Öffentlichkeit.

Eine Reihe wichtiger Auseinandersetzungen, darunter der Streit um die geplante Stadtautobahn entlang des linken Seine-Ufers in Paris, das Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim und ein militärisches Übungsgelände im südfranzösischen Larsac, steigerten die Aufmerksamkeit für ökologische Themen. Neben dem Netzwerk von lokalen bzw. regionalen Anti-Atomkraftgruppen kam *Les amis de la terre*, einem 1971 gegründeten Ableger von *Friends of the Earth*, große Bedeutung zu.

Die Konsolidierungsphase von 1973 bis gegen Ende des Jahrzehnts war durch mehrere parallele Entwicklungen geprägt. Zum ersten wurden nun auch die konventionellen Naturschutzverbände vom ökologischen Fieber erfaßt, erfuhren einen stärkeren Zulauf und wandelten sich zu offensiver auftretenden Umweltverbänden. Den Auftakt hierfür bildete eine "Charta der Natur", die im November 1972 von 20 Verbänden, darunter dem Dachverband der Naturschutzorganisationen, unterzeichnet wurde (Vadrot 1978: 75ff.). Zum zweiten schob sich der Konflikt um die Atomenergie in den Vordergrund und band vor allem die radikalökologischen Kräfte. Schließlich setzten wahlpolitische Aktivitäten ein. Bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1973 erreichte der erste ökologische Kandidat im elsässischen Mulhouse einen Achtungserfolg (vgl. Fußnote 39). 1974 trat der Agrarökonom und Ökologe René Dumont bei den Präsidentschaftswahlen an. Sein Wahlkampf wurde von 82 Umweltschutzgruppen unterstützt. Es folgten - innerhalb der Ökologiebewegung umstrittene - weitere Wahlbeteiligungen ökologischer Gruppen und Listen mit beachtlichen Resultaten in einzelnen Regionen (Boy 1981; Nullmeier/Schultz 1983).

Anders als in den meisten übrigen Ländern erfuhr die französische Ökologiebewegung in den 1980er Jahren keine entscheidende Erweiterung und infrastrukturelle Festigung. Der von den meisten Ökologen unterstützte Regierungswechsel von 1981 brachte nicht die erhoffte Wende in der Umweltpolitik. Vielmehr fühlten sich viele ökologische Aktivisten speziell von der Führung der Sozialisten "verraten".¹³ Die kleineren Gruppierungen der Radikalökologen zerfielen; die in den 1970er Jahren sehr wichtigen *Les amis de la terre* verloren an Bedeutung und wurden von internen Krisen geschüttelt; zudem gelang es den etablierten Parteien, einzelne Exponenten der

¹² Hierzu gehören der Agrarexperte René Dumont, der Soziologe Serge Moscovici, der Mathematiker Pierre Samuel, der Meeresbiologe Alain Bombard und der international bekannte Meeresforscher Jacques-Yves Cousteau.

¹³ Diesen Eindruck äußerten mehrere meiner französischen Interviewpartner. Explizit konstatierte auch Brice Lalonde: "Mitterrand hat die Ökologen verraten." (*Der Spiegel* vom 2.9.1985, S. 124) Siehe dazu auch Pronier/le Seigneur (1992: 60) und Nullmeier/Schultz (1983: 48). Dies hinderte Lalonde allerdings nicht, drei Jahre später Umweltminister unter Präsident Mitterrand zu werden.

Ökologiebewegung zu kooptieren. Lediglich die konventionelleren, freilich inzwischen ökologisch inspirierten Umweltschutzverbände bauten ihre Position aus und übernahmen nun auch zunehmend die publizistischen und protestmobilisierenden Funktionen, die früher vor allem autonomen ökologischen Gruppen zugekommen waren. In dieser Phase wurde erkennbar, daß der Kampf gegen die Atomenergie definitiv verloren war. Doch auch in anderen Bereichen hatte die französische Ökologiebewegung mit weitaus stärkerem Gegenwind als in vergleichbaren Ländern zu kämpfen. Langwierige Bemühungen um eine einheitliche grüne Partei kamen erst 1984 mit der Gründung von *Les Verts* zum Abschluß (Prendiville 1989). Die Partei ist zwar organisatorisch schwach, erzielte jedoch ab Ende der 1980er Jahre beachtliche Wahlerfolge (Müller-Rommel 1993: 44ff.). Diese sind jedoch nicht allein auf grüne Inhalte, sondern auch auf die Verdrossenheit der Wähler gegenüber den etablierten Parteien zurückzuführen. Im Ganzen gesehen hatte sich also der zunächst sehr starke unabhängige ökologische Flügel der Bewegung ausgedünnt, während sowohl die konventionellen Verbände als auch die grüne Partei sowie - ab Frühjahr 1990 - ihr Konkurrent und späterer Verbündeter *Génération Ecologie* an Boden gewannen.

3. Die Ökologiebewegung in der *Bundesrepublik* gehörte im Vergleich zu Frankreich und besonders den USA zu den Nachzüglern; sie gewann jedoch nach einem mäßigen Start schnell an Bedeutung.

In ihrer Formierungsphase von den späten 1960er Jahren bis etwa 1972/73 überwogen thematisch relativ eng begrenzte, meist lokale Initiativen, die untereinander kaum in Verbindung standen. Sie waren schwerpunktmäßig in den städtischen Ballungsgebieten entstanden und setzten sich im weitesten Sinne für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ein. Spezielle Umweltbelange waren anfangs eher ein Nebenschauplatz. Von genuin ökologischen Gruppen kann in dieser Phase kaum gesprochen werden. Die bestehenden Naturschutzverbände spielten mit Ausnahme des *Bund Naturschutz in Bayern*, der bereits 1970 eine personelle und programmatische Wende eingeleitet hatte, noch keine wichtige Rolle in der Umweltdiskussion.

Mit der dann sich rasch ausweitenden Debatte über die Dringlichkeit von Umweltproblemen und die "Grenzen des Wachstums" wurde vielen Gruppen die Beschränktheit eines rein lokalen und thematisch engen Engagements bewußt. So entstanden auf regionaler und nationaler Ebene lose Zusammenschlüsse von Initiativen, namentlich der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU, gegründet 1972), der sich in den folgenden Jahren zu einer kämpferischen Organisation entwickelte. Um 1974/75 rückten die Auseinandersetzungen um die Atomenergie in den Mittelpunkt.

An nahezu allen Standorten bestehender oder geplanter Atomkraftwerke sowie in vielen Städten entstanden Anti-Atomkraftgruppen, die ein dichtes Netz bildeten und sich teilweise auch einem Verband wie dem BBU anschlossen, im übrigen jedoch lose Formen der Koordination bevorzugten.

Etwa ab 1977/78 differenzierte sich die Ökologiebewegung thematisch und auch politisch-strategisch stärker aus. Einerseits bildeten sich fachspezifische Netzwerke etwa in den Bereichen Alternativenergien, Verkehrspolitik und Gesundheit. Andererseits traten neben die bis dahin dominierende Obstruktionspolitik auch die Suche nach konstruktiven Problemlösungen, die Intensivierung der Verbandsarbeit sowie Bemühungen um Wahlbeteiligung und parlamentarische Repräsentanz. Die Grundhaltung war jedoch noch durch einen ökologischen Fundamentalismus geprägt.

Spätestens um 1982/83, äußerlich sichtbar am Einzug der *Grünen* in den Deutschen Bundestag, verlor sich der scharfe Gegensatz von ökologischen Protestgruppen und etablierter Politik. Damit begann eine Phase der Diffusion ökologischer Politik in etablierte Organisationen und Institutionen. Ökologische Themen und Forderungen, die zumindest rhetorisch bereits zum Repertoire vieler politischer Akteure gehörten, wurden nun zum Allgemeingut. Keine Gruppierung konnte es sich mehr leisten, eine offen antiökologische Politik zu propagieren. Zugleich setzte sich die thematische und organisatorische Differenzierung innerhalb der Ökologiebewegung fort und ging in einen Fragmentierungsprozeß über. Die Bedeutung autonomer Gruppen und eher "alternativer" Verbände ging zurück, während die inzwischen "ökologisierten" Natur- und Umweltschutzverbände an Mitgliedern und Einfluß gewannen. Der Umweltschutz entwickelte sich mehr und mehr zu einem konventionellen Politikfeld und verlor seinen Hauch des Neuen und Unkonventionellen.

6.2.2 *Ideologie*

Zu den programmatischen und ideologischen Orientierungen der Ökologiebewegungen existiert eine ausführliche Literatur (Cotgrove 1976; Sandbach 1980; Kitschelt 1983a; Mittermüller 1987; Norton 1991). Die Berufung auf einige gemeinsame Grundideen und "Vordenker" sowie die rasche Diffusion ökologischen Gedankenguts über die Ländergrenzen hinweg haben zu einer weitgehenden Angleichung der ideologischen Profile der Bewegungen geführt.

In allen drei Ländern finden wir die Trias von organisiertem Naturschutz (*conservationism*), Umweltschutz (*environmentalism*) und politischer Ökologie (*political ecology*) (Diani 1988; Rucht 1989a). Nur die beiden letzten Strömungen werden jedoch unter analytischen Gesichtspunkten der Ökologiebewegung zugerechnet. Allerdings sind die empirischen Grenzen zunehmend fließend geworden, so daß im folgenden Naturschutzorganisationen in die Darstellung einbezogen werden.

In argumentativer und programmatischer Sicht gingen die entscheidenden Impulse von den radikalökologischen Gruppen aus. Dies führte etwa ab Mitte der 1970er Jahre zu einer "Ökologisierung" der Naturschutzverbände, was sich teilweise auch in einer veränderten Namensgebung ausdrückte. Die Position des konventionellen Naturschutzes war damit an den Rand gerückt. Im Zuge der Konfrontation mit der Realpolitik wurde zugleich der Impetus radikaler Ökologen abgeschwächt, um zumindest in quantitativer Hinsicht der Strömung des reformistischen Umweltschutzes Platz zu machen. Allerdings hält sich am Rand der Ökologiebewegung eine teils philosophisch, teils spiritualistisch ausgerichtete Version von *deep ecology*.¹⁴

Häufig werden ökologische Positionen einem (erweiterten) Syndrom des Postmaterialismus bzw. der "neuen Politik" zugerechnet. Dabei wird betont, daß die ökologische Frage unabhängig vom politischen Links-Rechts-Schema zu sehen sei. In der Tat finden sich ökologische Positionen im gesamten politischen Spektrum von der extremen Linken bis zur extremen Rechten. Auf beiden Seiten werden die Folgen kapitalistischer Profitgier beklagt und rigorose Staatseingriffe gefordert, während liberale Umweltschützer und Wissenschaftler in erster Linie über preis- und marktförmige Instrumente Korrekturen zugunsten des Umweltschutzes anstreben.¹⁵

Die Querlage des ökologischen Themas zum Links-Rechts-Schema galt am ehesten in der Formierungs- und Etablierungsphase der Ökologiebewegungen. Jedoch zeigen verschiedene Umfragen, daß Aktivisten und Anhänger der Ökologiebewegungen eine hohe Affinität zur politischen Linken und zu postmaterialistischen Werten aufweisen. Damit werden linke Positionen gleichsam postmaterialistisch aufgeladen, während die Wachstumsapologie der Alten Linken in den Hintergrund rückt.

¹⁴ Die Bezeichnung wurde 1973 von dem norwegischen Philosophen Arne Naess geprägt und vor allem in den USA aufgegriffen (Devall/Sessions 1985; Tobias 1985). Zu den Kritikern dieser Strömung vgl. Manes (1990: 150ff.).

¹⁵ Ein Beispiel dafür ist der Erwerb von Zertifikaten für Umweltbelastungen (vgl. Anderson/Leal 1991). Zu einem generellen Plädoyer für mehr marktförmige Lösungen im Umweltbereich vgl. Brunowsky/Wicke (1984).

Gilt die bisherige Skizze im großen und ganzen für die fortgeschrittenen westlichen Industrieländer insgesamt, so soll im folgenden auf einige Besonderheiten in den drei untersuchten Ländern hingewiesen werden.

1. Die USA boten am frühesten einen Nährboden für ökologische Ideen und inspirierten dann andere westliche Länder. Entscheidende Impulse kamen zunächst aus dem wissenschaftlichen Bereich durch Autoren wie Rachel Carson, Barry Commoner sowie Anne und Paul Ehrlich, deren Bücher weite Verbreitung fanden.¹⁶ Ihre Prognosen und Warnungen wurden schnell Allgemeingut der entstehenden ökologischen Bewegung. So radikal die Problemsicht eines guten Teils der US-amerikanischen Ökologiebewegung ausfiel, so wenig unterlag sie im Ganzen einer Ideologisierung. Ökologisches Umdenken wurde meist nicht mit der Forderung nach grundsätzlichen politischen Systemveränderungen verknüpft. Schon aufgrund der relativ schwachen Stellung des Staates und vor allem der Parteien war die Ökologiebewegung in den USA weniger staatszentriert als in vielen europäischen Ländern. Im Vordergrund standen konkrete Lösungen, die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien und die Änderung des eigenen Lebens- und Konsumstils.

2. In Frankreich war die Ökologiebewegung stärker auf die etablierte Politik ausgerichtet. Die Dominanz des französischen Staates erzwang von Anfang an die Thematisierung entsprechender Strukturprobleme und Politikstrategien, beispielsweise von Aspekten der Gewaltenteilung, administrativer Dezentralisierung, Beeinflussung bestehender Parteien und Wahlbeteiligung in Form eigener ökologischer Listen und Parteien. Ein Teil der ökologischen Debatte wurde um grundsätzliche politische Fragen geführt, wie sie beispielsweise in der von André Gorz 1973 formulierten Alternative "Sozialismus oder Öko-Faschismus" und in seiner Kritik am "Technofaschismus" zum Ausdruck kamen (Gorz 1977: 75ff.; 1980: 7). Eine weitere Besonderheit, die sich aus der politisch-administrativen Zentralisierung ergab, war die enge Verbindung der ökologischen und regionalistischen Bewegungen in Frankreich. Beide sahen sich gleichermaßen mit einem modernistischen Paradigma konfrontiert, das von allen großen Parteien einschließlich der Kommunisten vertreten wurde. Lediglich der links-libertäre, stark intellektuell geprägte *Parti socialiste unifié* (PSU) hatte die Anliegen der Ökologiebewegung nachhaltig unterstützt, konnte freilich zu keinem Zeitpunkt viele Wählerstimmen auf sich vereinigen. Unter den wichtigeren politischen Kräften zeigten der *Parti socialiste* (PS) und vor allem die sozialistische

¹⁶ Zum Beispiel erzielte Ehrlichs 1968 erschienenes Buch "The Population Bomb" eine Auflage von über drei Millionen.

Gewerkschaft (CFDT) eine begrenzte, freilich oft nur taktisch motivierte Aufgeschlossenheit gegenüber der ökologischen Bewegung.

Über die längste Zeit ihres Bestehens war die ökologische Bewegung stark vom Sog des in Frankreich sehr ausgeprägten Links-Rechts-Konflikts beeinflusst und hoch politisiert. Insgesamt stand und steht die Bewegung eindeutig der Linken näher. Bereits 1969 wurde ein Konzept des "écogauchisme" (Pierre Fournier), einer Verbindung von Ideen der Neuen Linken und der Ökologie, propagiert. Die Linksorientierung gilt auch für die diversen Vorläufer der grünen Partei sowie *Les Verts* selbst und ihre Wählerschaft¹⁷, wenngleich einige prominente Vertreter der Partei später eine eigenständige Position des "Weder-rechts-noch-links" (*ni droite ni gauche*) vertraten. Sie nutzten dabei geschickt die Stimmung der französischen Bevölkerung, welche sowohl gegenüber den etablierten Parteien insgesamt als auch gegenüber der Lagermentalität der Linken und Rechten zunehmend Verdruß zeigte.¹⁸ Diese Akzentverschiebung kostete die französischen Grünen freilich die Sympathie eines großen Teils der libertären Linken (Kitschelt 1990: 363).

3. In der *Bundesrepublik* stand die sich formierende Ökologiebewegung zunächst wie in Frankreich einer Phalanx der Parteien gegenüber, welche ganz auf das industrialistische Fortschrittsparadigma eingeschworen waren. So rannten anfangs besonders die Anti-Atomkraftinitiativen gegen eine Wand. Diese Frontstellung begünstigte die Ausbildung eines linken ökologischen Fundamentalismus in der Bundesrepublik. Lediglich hinsichtlich der Erweiterung bürgerschaftlicher Partizipation - einer wichtigen Forde-

¹⁷ Eine Befragung von 361 der rund 450 Delegierten der Generalversammlung im November 1989 ergab folgende Selbsteinordnung auf einer Sieben-Stufen-Skala von der extremen Linken bis zur extremen Rechten: 3 Prozent (Stufe 1), 9 (2), 15 (3), 17 (4), 2 (4), 0 (6), 0 (7), 54 Prozent: keine Antwort (Boy 1991: 244). Eine Befragung der Wählerschaft von *Les verts* bei den Präsidentschaftswahlen 1988, den Europawahlen 1989 und den Regionalwahlen von 1992 (hier einschließlich der Wähler von *Génération Ecologie*) ermittelte im Durchschnitt folgende Prozentsätze für Selbsteinstufungen: 11 extrem links, 43 links, 31 Mitte, 10 rechts, 2 extrem rechts (Sainteny 1993: 54). Damit hat sich die Linksorientierung der ökologischen Wählerschaft im Vergleich zu den Wahlen für die Nationalversammlung 1978 sogar verstärkt. Damals hatten sich 40 Prozent links, 36 Prozent in der Mitte und 16 Prozent rechts eingestuft (Boy 1981: 397).

¹⁸ Zwei Umfragen von 1989/90 zufolge hielten 56 Prozent der Befragten die Begriffe links und rechts für überholt und 36 Prozent für noch immer sinnvoll. Unter den Anhängern ökologischer Parteien waren es sogar 73 Prozent - und damit mehr als bei den übrigen Parteien -, die das Links-Rechts-Schema für überholt glaubten (Sofres 1991: 261). Ein ähnliches Resultat erzielte Sainteny (1987) bei der Befragung von 68 Exponenten der Ökologiebewegung. 42 Befragte wollten sich nicht auf der Links-Rechts-Skala einordnen. Keiner der restlichen Befragten plazierte sich im rechten Spektrum.

rung der Ökologiebewegung - waren die Parteien gespalten: Während SPD und FDP eine relativ offene Haltung einnahmen, ohne freilich größere Schritte in diese Richtung einzuleiten, lehnten CDU/CSU mehr Partizipationsrechte ab.

Die Wirtschaftskrise ab Mitte der 1970er Jahre führte zu einer Verschärfung der Frontstellung zwischen Ökologie und Ökonomie, wengleich sich innerhalb der SPD und FDP ökologisch orientierte Minderheiten herausbildeten. Erst mit dem Einzug grüner Listen und Parteien in die Parlamente (Klotsch/Stöss 1984; Mez 1991), dem faktischen Verzicht auf den weiteren Ausbau der Atomenergie und der - wengleich oft nur rhetorischen - Übernahme ökologischer Anliegen durch alle Parteien verlor die Ökologiebewegung ihren Außenseiterstatus. Dieser Umschwung verstärkte zunächst vor allem innerhalb der Partei der *Grünen* (Poguntke 1993; Raschke 1993) den Gegensatz zwischen Fundamentalisten und Realisten. Später setzten sich jedoch die realistischen Positionen durch (Raschke 1991).

Weitaus deutlicher als in den USA und mindestens ebenso ausgeprägt wie in Frankreich weist die ökologische Bewegung der Bundesrepublik eine linke Schlagseite auf. Dies gilt für das Gros der autonomen ökologischen Gruppen ebenso wie für die *Grünen*.¹⁹ Selbst die größeren Umweltschutzverbände, die auf eine strikte parteipolitische Neutralität achten, haben eine Affinität zu den *Grünen* und zum ökologischen Flügel der Sozialdemokratie und sind somit eher dem linken Spektrum zuzurechnen.

Rechte ökologische Strömungen waren in der Bundesrepublik immer deutlich in der Minderheit. Ihren relativ größten Einfluß erlangten sie in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren und speziell während der Gründungsphase der *Grünen* (Peters 1979; Stöss 1980; Dudek 1984). Kritiker warnten sogar vor dem Aufkommen eines "Öko-Faschismus" (Dombrowsky 1978; Ronge 1978: 233ff.). Nachdem rechte Ökologen innerhalb der neuen Partei ohne Einflußchancen blieben, sammelten sie sich in einer eigenständigen rechts-grünen Partei (ÖDP), die jedoch bedeutungslos blieb.²⁰

4. Aufgrund von vier Eurobarometer-Umfragen aus den 1980er Jahren lassen sich Aussagen über die ideologischen Orientierungen der Unterstützer der Ökologiebewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik treffen. Hierbei ist zu beachten, daß der Kreis der Unterstützer über die aktive Anhängerenschaft hinausgeht und somit die in Tabelle 6.1 ausgewiesenen Zahlen nicht notwendig den obigen Einschätzungen widersprechen.

¹⁹ Allerdings haben seit 1990/91 etliche radikale Linke die *Grünen* verlassen und später eine eigene Sammlungsbewegung, die *Ökologische Linke*, gebildet.

²⁰ Zum ökologischen Gedankengut in der Neuen Rechten vgl. Jahn/Wehling (1991).

Tabelle 6.1
Ideologische Orientierungen der Unterstützer und Gegner
der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundes-
republik, 1982-1989

Orientierung	Frankreich			Bundesrepublik		
	Öko	Geg	Bev	Öko	Geg	Bev
Links	51.5	25.4	37.3	52.2	16.2	31.0
Mitte	30.9	36.5	36.6	32.6	39.0	38.1
Rechts	17.6	38.1	26.1	14.8	44.6	30.8
Postmaterialismus	31.3	9.3	15.6	38.1	8.5	20.6
Gemischt	47.7	51.7	51.4	48.9	61.4	57.3
Materialismus	21.0	38.9	33.0	12.9	30.0	22.2

Datenbasis: kumulierte Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984), 25 (1987) und 31a (1989). Recodierung einer Zehner-Skala (1-4 = links, 5 und 6 = Mitte, 7-10 = rechts); gemittelte Prozentsätze der Befragten, welche die Ökologiebewegung (Öko) stark unterstützen bzw. Gegner sind (Geg). Zum Vergleich werden die Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung (Bev) angegeben.

Hinsichtlich der Links-Rechts-Dimension zeigt sich in der Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich eine etwas höhere Linkseinstufung und eine geringere Rechtseinstufung der Unterstützer. Gegenüber dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung sind linke Positionen unter den Unterstützern der Ökologiebewegung in Frankreich (+15,2 Prozent) und noch stärker in der Bundesrepublik (+21,2 Prozent) überrepräsentiert. Entsprechend überrepräsentiert sind rechte Positionen unter den Gegnern der Ökologiebewegung in Frankreich (+12 Prozent) und der Bundesrepublik (+13,8 Prozent).

Auch hinsichtlich der Materialismus-Postmaterialismus-Skala liegen die Ergebnisse im Rahmen der Erwartungen. Im Ländervergleich ergibt sich für die Unterstützer der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik ein höherer Anteil von Postmaterialisten als in Frankreich. In Relation zum jeweiligen Durchschnitt der Gesamtbevölkerung sind Postmaterialisten unter den Unterstützern der Ökologiebewegung in Frankreich (+15,7 Prozent) und in der Bundesrepublik (+17,5 Prozent) deutlich überrepräsentiert. Erwartungsgemäß sind unter den Gegnern der Ökologiebewegung die Materialisten überproportional vertreten.

6.2.3 Sozialstrukturelle Merkmale

Hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale von Aktivisten der Ökologiebewegung liegen zwar Aussagen aus Fallstudien zu einzelnen Gruppen und Organisationen vor, nicht jedoch breiter und systematischer angelegte Untersuchungen. Alle verfügbaren Informationen indizieren, daß jüngere Personen mit hoher formaler Bildungsqualifikation überrepräsentiert sind. Abhängig von der Art des konkreten Anliegens und den jeweiligen Gruppierungen dürfte der Anteil von Frauen stark schwanken, im Durchschnitt jedoch etwas unter der Hälfte aller Aktivisten liegen.

Zur Ermittlung des Anteils von Frauen in den Ökologiebewegungen kann für alle drei Länder auf den World Values-Survey 1981/82 und für Frankreich und die Bundesrepublik auf die Eurobarometer-Daten aus den 1980er Jahren zurückgegriffen werden (Tabelle 6.2). Nach beiden Umfragen liegt der Frauenanteil unter den Sympathisanten der Bewegungen in allen drei Ländern über 50 Prozent und ist bei der weitaus kleineren Gruppe der (aktiven) Unterstützer durchweg geringer. Nach dem World Values-Survey beträgt der Frauenanteil unter den aktiven Unterstützern in Frankreich rund 24 Prozent und in der Bundesrepublik nur rund 15 Prozent.²¹ Nach den vier Eurobarometer-Umfragen ist der Frauenanteil unter den Unterstützern und Sympathisanten der Ökologiebewegung in Frankreich etwas höher als in der Bundesrepublik, wo er dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Unter den Gegnern der Ökologiebewegung sind Frauen in beiden Ländern unterrepräsentiert.

Tabelle 6.2
Frauenanteil der Unterstützer, Sympathisanten und Gegner
der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik,
1982-1989

Gruppe	Frankreich	Bundesrepublik
Unterstützer	55.2	50.0
Sympathisanten	53.3	51.1
Gegner	45.4	44.3

Datenbasis: kumulierte Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984), 25 (1987) und 31a (1989); Prozent der Befragten

Die Betrachtung der Altersstruktur zeigt, daß die jüngeren Altersgruppen in beiden Ländern überrepräsentiert sind (Tabelle 6.3). Ein separater, hier nicht in Tabellenform ausgewiesener Vergleich der Altersstruktur aufgrund der Eurobarometer-Befragungen von 1982 und 1989 ergibt für die Gruppe der 18-24jährigen Unterstützer in Frankreich eine Zunahme um 7,7 Prozent und für die 25-37jährigen eine Abnahme um 4,8 Prozent. In der Bundesrepublik ist für diese beiden Altersgruppen eine Abnahme um 16,7 Prozent bzw. eine Zunahme um 9,2 Prozent zu verzeichnen. Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat also die jüngste Altersgruppe in Frankreich in den 1980er Jahren mehr Zulauf erfahren.

Tabelle 6.3
Altersverteilung der Unterstützer der Ökologiebewegung
in Deutschland und Frankreich, 1982-1989

Alter	Frankreich		Bundesrepublik	
	Unterst.	Bev.	Unterst.	Bev.
15-24	24.0	18.1	27.7	19.8
25-39	44.2	33.1	38.3	30.3
40-54	17.4	20.2	17.7	22.9
> 55	14.4	28.6	16.3	27.0

Datenbasis: kumulierte Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984), 25 (1987) und 31a (1989); Prozent der befragten Unterstützer (Unterst.) und aller Befragten (Bev. = Bevölkerung)

Im Hinblick auf die Bildungsstruktur zeigt sich in beiden Ländern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine überdurchschnittlich hohe Bildungsqualifikation der Unterstützer und eine unterdurchschnittliche Bildungsqualifikation der Gegner der Ökologiebewegung (Tabelle 6.4).²²

Die Analyse der Berufskategorien der Unterstützer der Ökologiebewegung ergibt für Frankreich signifikante Abweichungen gegenüber den Durchschnittswerten aller Befragten für die Gruppe der Angestellten (+4,8 Prozent bei den Unterstützern) sowie der Renter und Pensionäre (-9,5 Prozent). In der Bundesrepublik bestehen signifikante Abweichungen ebenfalls

²¹ Andererseits gibt es für die Bundesrepublik Hinweise, daß bei den Ökologie- und Bürgerinitiativen der Frauenanteil deutlich über der Hälfte liegt (Schultz 1993: 49).

²² In einer 1982 durchgeführten Befragung ergab sich, daß in den USA, Großbritannien und Frankreich Personen, die im Bereich "Bildung und Wissenschaft" arbeiten, in Umweltschutzorganisationen um den Faktor drei gegenüber der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert sind (Dierkes/Fietkau 1988: 125).

Tabelle 6.4
Bildungsstand der Unterstützer und Gegner der Ökologie-
bewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1982-1989

Bildung	Frankreich			Bundesrepublik		
	Unterst.	Gegner	Bev.	Unterst.	Gegner	Bev.
gering	27.8	36.2	33.6	36.8	46.8	43.7
mittel	44.2	40.0	42.9	45.9	41.9	42.0
hoch	28.0	23.8	23.5	17.3	12.1	14.4

Datenbasis: kumulierte Eurobarometer 17 (1982), 21 (1984), 25 (1987) und 31a (1989); Prozent der befragten Unterstützer (Unterst.) und aller Befragten (Bev. = Bevölkerung)

für Rentner und Pensionäre (-6,5 Prozent) sowie Schüler und Studenten (+8,2 Prozent).

Ingesamt liegen diese Befunde im Rahmen dessen, was bereits aus anderen Studien und Umfragen zur sozialstrukturellen Zusammensetzung der Anhängerschaft der Ökologiebewegung bekannt ist. Es kann nur vermutet werden, daß die hier festgestellten Abweichungen vom Bevölkerungsdurchschnitt mit Ausnahme der Geschlechterverteilung für die Gruppe der Aktivistinnen noch deutlicher ausfallen.

6.2.4 Organisation und Infrastruktur

Entgegen gängiger Stilisierungen des Formprinzips (neuer) sozialer Bewegungen als eines losen Zusammenhangs von (informellen) Graswurzelgruppen stützten sich die Ökologiebewegungen in den drei Ländern von Anfang an, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, auf relativ fest strukturierte Organisationskerne. Charakteristisch bleibt allerdings insgesamt ihre große Formenvielfalt.

1. In *USA* war und ist das äußere Bild der Ökologiebewegung stark von den etablierten Umweltschutzverbänden geprägt.²³ Sie basieren in der Regel auf individueller Mitgliedschaft, sind formal strukturiert, hoch professiona-

²³ McCloskey (1991: 273), ein langjähriger Repräsentant des *Sierra Club*, unterscheidet drei Lager der Ökologiebewegung in den USA: "a radical segment, a mainstream segment, and a segment anxious to seek accommodations with industry."

lisiert und verfügen über beachtliche Ressourcen. Zu den bereits bestehenden traditionellen Naturschutzorganisationen gesellte sich ab den späten 1960er Jahren eine neue Generation ökologisch orientierter nationaler Umweltschutzverbände. Die wichtigsten dieser Neugründungen sind *Environmental Defense Fund* (1967), *Friends of the Earth* (1969) und *Natural Resources Defense Council* (1970). Eine Sonderform ist *Environmental Action* (1969/70), das sich in Vorbereitung zum ersten *Earth Day* von 1970 unabhängig von den etablierten Naturschutz- und den neuen Umweltschutzverbänden gebildet hatte. Damit existierte bereits in den frühen 1970er Jahren ein eindrucksvolles Spektrum nationaler Verbände, die sich teilweise auf bestimmte Themenbereiche spezialisierten. Wenngleich sie insgesamt eine breite Palette von Handlungsformen vertreten, so liegt doch ihr Schwerpunkt eindeutig im Bereich der öffentlichen Aufklärung und des Lobbying. Den Kern dieser Organisationen, die nicht zufällig meist in Washington ihre Zentrale haben, bilden die sog. *Big Ten*,²⁴ die teilweise eng zusammenarbeiten.²⁵ Daneben existieren andere Großorganisationen wie *Greenpeace* und *World Wide Fund for Nature* sowie eine Vielzahl weiterer Stiftungen, Umweltorganisationen und unabhängiger Forschungseinrichtungen.²⁶ Die Gesamtzahl der nationalen Verbände, die sich primär oder sekundär mit Umweltschutz befaßten, wurde gegen Ende der 1980er Jahre auf 400 bis 500 geschätzt (Scheffer 1991: 180).

Die Umweltverbände in den USA haben seit dem Auftakt der Ökologiebewegung ein außerordentliches Wachstum erlebt. Das gilt sowohl für die traditionellen Naturschutz- und Umweltverbände, die in der Phase zwischen Ende des 19. Jahrhunderts und 1947 entstanden waren, als auch für die ab 1967 gegründeten Organisationen. Letztere sind zwar relativ stärker gewachsen, aber in absoluten Zahlen nicht sehr gewichtig (Tabelle 6.5). Das

²⁴ Dies sind folgende Organisationen: *National Audubon Society*, *Sierra Club*, *Wilderness Society*, *Environmental Defense Fund*, *National Park and Conservation Association*, *Natural Resources Defense Council*, *National Wildlife Federation*, *Izaak Walton League*, *Friends of the Earth* und *Environmental Policy Institute*. Die beiden letztgenannten Organisationen haben sich 1989 mit dem *Oceanic Institute* zu einem Verband mit dem Namen *Friends of the Earth* zusammengeschlossen.

²⁵ Ein Beispiel dafür ist ein neu geschaffener Finanzierungspool (*Environmental Federation of America*), an dem 1988 23 Organisationen von der *American Wildlife Foundation* bis zur *Wilderness Society* beteiligt waren. Die Organisation, die den Untertitel *The One Fund for the Environment* trägt, hatte einen guten Start. Ihre Einnahmen betragen im Rechnungsjahr 1989/90 bereits 4,71 Millionen Dollar. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden verläuft reibungsarm (Interview 41).

²⁶ Für eine aktuelle Kurzdarstellung von 150 meist nationalen Umweltschutzorganisationen vgl. Sereditch (1991).

aggregierte Budget der größten traditionellen Organisationen betrug 1990 rund 184 Millionen Dollar, das der wichtigsten neuen Verbände 33,2 Millionen Dollar.

Tabelle 6.5
Zusammengefaßte Mitgliederzahlen von nationalen Lobby-
Organisationen des Natur- und Umweltschutzes in den USA,
1960-1990 (In Tausend)

Jahr	1960	1969	1979	1983	1990
konvent. Verbände	123	819	1444	1850	2735
neue Verbände	*	*	132	144	368
Summe	123	819	1576	1994	3103

Quelle: Mitchell/Mertig/Dunlap (1991:221);
konventionelle Verbände: Sierra Club, National Audubon Society,
National Park & Conservation Associations, Izaak Walton League,
The Wilderness Society, National Wildlife Federation und Defenders
of Wildlife;
neue Verbände: Environmental Defense Fund, Friends of
the Earth, Natural Resources Defense Council und Environmental
Action
* noch keine individuelle Mitgliedschaft bzw. Zählung

Ein teilweise exponentielles Wachstum verzeichneten solche Umweltorganisationen, die von Mitchell/Mertig/Dunlap (1991) als nicht-lobbyistisch charakterisiert werden. Sie sind mit zwei Ausnahmen erst nach 1970 entstanden und haben die oben genannten Organisationen sowohl hinsichtlich der Zahl der Mitglieder/Spender als auch ihres Finanzvolumens überflügelt (Tabelle 6.6). An ihrer Spitze steht *Greenpeace*, das 1980 erst ein gutes Zehntel seiner heutigen Mitgliederzahl hatte. Wie bei den in Tabelle 6.5 genannten Organisationen ist allerdings zu berücksichtigen, daß teilweise - zum Beispiel bei *Greenpeace* und *World Wide Fund for Nature* - Mitgliedschaft mit Zahlung einer regelmäßigen Spende gleichgesetzt wird.

Der in den USA durchaus sinnvollen Kategorie nicht-lobbyistischer Umweltgruppen haben Mitchell et al. extrem unterschiedliche Organisationen zugeordnet: Zum ersten sind dies die nationalen Sektionen einer internationalen Stiftung wie dem *World Wide Fund for Nature* und des zentrali-

Tabelle 6.6
Nicht lobbyistische Umweltorganisationen in den USA, 1990

Typus/ Organisation	Gründung	Mitglieder (Tausend)	Budget (Mio \$)
<i>1. Direct Action</i>			
Greenpeace USA	1971	2300	50,2
Seashepherd Conservation Society	1977	15	0,5
Earth First!	1980	(15)	0,2
<i>2. Schutz von Landschaft und Fauna</i>			
Nature Conservancy	1951	600	156,1
World Wide Fund for Nature	1961	940	35,5
Rainforest Action Network	1985	30	0,9
Rainforest Alliance	1986	18	0,8
Conservation International	1987	55	4,6
<i>3. Giftmüll</i>			
Citizen's Clearinghouse for Hazardous Wastes	1981	100	0,7
National Toxic Campaign	1984	100	1,5
<i>4. Sonstige größere Organisationen</i>			
League of Conservation Voters	1970	55	1,4
Sierra Club Legal Defense Fund	1971	120	6,7
Earth Island Institute	1982	32	1,1
Gesamt		4380	260,2

Quelle: Mitchell/Mertig/Dunlap (1991:221), die Zahlen von Gifford (1990) verwenden. Die eingeklammerten Zahlen sind eigene Schätzungen, da in diesen Fällen keine formelle individuelle Mitgliedschaft besteht.

stisch geführten *Greenpeace* sowie konventionelle Mitgliederverbände (*Sierra Club Legal Defense Fund*²⁷). Sie basieren weitgehend auf der sog. Scheckbuch-Partizipation (Bosso 1991: 165; Hayes 1986). Zum zweiten beziehen die Autoren radikale aktionistische Gruppierungen wie *Earth First!* und *Seashepherd Society* ein, welche als scharfe Kritiker des *environmental mainstream* auftreten (Manes 1990; Scarce 1990; Devall 1991; Rucht 1994b). Diese Gruppierungen propagieren eine Philosophie des *deep ecology*, weisen eine dezentrale und informelle Struktur auf und suchen durch militante Aktionen die Öffentlichkeit wachzurütteln. Zum dritten werden lockere Dachorganisationen wie das *Citizen's Clearinghouse for Hazardous Wastes* angeführt. Es vertritt bzw. koordiniert vor allem lokale Gruppen²⁸, die sich gegen ein spezifisches Projekt zur Wehr setzen. Im Gegensatz zu den übrigen Organisationen handelt es sich oft um Trägergruppen aus den unteren Einkommenschichten und ethnischen Minderheiten. Die von ihnen bewohnten Areale sind in besonderem Maße von umweltbelastenden Industrieansiedlungen, Müllverbrennungsanlagen, Deponien und Maßnahmen zur Rohstoffgewinnung betroffen. Der Widerstand dieser Gruppen ist vor allem ein sozialer Protest, der nicht speziell ökologischen Ideen verpflichtet ist.²⁹ Ihn trägt schlicht die Erfahrung, in jeder Hinsicht benachteiligt zu werden und sich in jeder Hinsicht, also auch in Umweltbelangen, selbst wehren zu müssen. In der Regel handelt es sich um thematisch eng begrenzte und meist nur lokal organisierte Proteste. Oft sind diese Initiativen rein defensiv orientiert und folgen dem NIMBY-Syndrom (Not In My Backyard), begnügen sich also mit der bloßen Verlagerung der Belastungsquelle an einen anderen Ort (Freudenberg/Steinsapir 1991; Rosenbaum 1991: 233ff.). In Einzelfällen jedoch, wenn Belastungen eines bestimmten Typus als nahezu allgegenwärtig wahrgenommen werden, kommt es zu größeren Allianzen, welche nationale Bedeutsamkeit erlangen können.

Im Schatten der genannten Organisationen agieren ungezählte ökologische Initiativen, die bewußt ihre Form als autonome Graswurzelgruppen

²⁷ Die häufig anzutreffende formale Trennung einer Organisation in einen politisch offensiven (hier *Sierra Club*) und einen politisch neutralen Teil (*Sierra Club Legal Defense Fund*) hat steuerrechtliche Gründe. Nur letztere werden steuerlich bevorzugt.

²⁸ Gegen Ende 1984 wurden bereits über 600 Mitgliedsgruppen registriert (Masterton-Allen/Brown 1990: 485). Neuere Zahlenangaben schwanken zwischen 7.000 und 9.000 Mitgliedsgruppen (Freudenberg/Steinsapir 1991: 237; Bosso 1991: 168).

²⁹ Lichterman (1992) hat innerhalb der Graswurzelgruppen die Formen der *cultural radicals* und *communitarians* typisiert und diese Unterscheidung durch empirische Daten untermauert. Für den ersten Typus steht das Netzwerk des *Green Movement*, für den zweiten das *Grassroots Movement for Environmental Justice*, das sich mit vielen Gruppen des *Citizen's Clearinghouse for Hazardous Wastes* überschneidet.

beibehalten wollen und zu den großen Verbänden Distanz halten. Sie bleiben - teilweise bei durchaus weitem oder sogar globalem Problemhorizont - zumeist auf den lokalen oder regionalen Aktionsradius beschränkt und werden deshalb von der breiten Öffentlichkeit und auch der Forschung unterschätzt. Diese Gruppen, und nicht so sehr die großen Umweltverbände, bildeten beispielsweise das Rückgrat der Anti-Atomkraftbewegung. Sie hatten keine nationale Repräsentanz, waren allerdings in regional sehr einflussreichen "Alliances" zusammengeschlossen.

Nach Umfragen von 1980 und 1982 rechneten sich etwa zehn Prozent der US-Bevölkerung einer Gruppe oder Organisation des Umweltschutzes zu, wenngleich vielleicht nur ein Prozent als aktiv gelten konnte (Milbrath 1984: 73).

Es gibt keine Angaben darüber, ob sich das Netzwerk autonomer ökologischer Gruppen im Zeitverlauf verdichtet hat. Ein sicherlich höchst unvollständiges Adreßverzeichnis von "alternative life-style groups and organizations" listete für Mitte der 1970er Jahre unter der Kategorie "environmentalism" 360 Gruppen auf (Gardner 1976). Diese Zahl wird heute mit Sicherheit um ein Vielfaches übertroffen. Relativ gesehen dürfte allerdings die Bedeutung nationaler Umweltverbände und aktionistisch ausgerichteter, aber zentralistisch geführter Verbände wie *Greenpeace* zugenommen haben. Gerade deren Übergewicht hat ab den frühen 1980er Jahren eine Gegenreaktion in Form der bereits genannten radikalen ökologischen Gruppierungen hervorgerufen.

Gemessen an diesen Strängen des Umweltschutzes nehmen sich die parteipolitischen Umweltinitiativen in den USA äußerst bescheiden aus. Die beiden großen Parteien sind als "Wahlkampfmaschinen" von ihrer Struktur her ungeeignet, eigene, lokal verankerte Organisationskerne für themenspezifische Anliegen auszubilden. Die Chancenlosigkeit jeglicher Versuche zur Etablierung einer dritten Partei wiederum hat dazu geführt, daß die *Green Party* kaum Fuß fassen und nur in einigen Regionen präsent ist.³⁰

2. Die Struktur der Ökologiebewegung in *Frankreich* weist ein ganz anderes Muster auf. Sie ist weitaus weniger dicht, geringer ausdifferenziert und ressourcenschwächer als die Bewegungen in den USA und der Bundesrepublik (Rucht 1989a).³¹ Diese Situation veranlaßte einen sympathisieren-

³⁰ 1993 bestanden in 13 Bundesstaaten eigenständige grüne Parteien mit zusammen 250 Lokalgruppen, die nicht oder nur lose mit der nationalen Organisation mit Sitz in Kansas City verbunden waren. Die Ortsgruppen dürften eine Durchschnittsgröße von höchstens 100 Mitgliedern haben. Regionale Schwerpunkte bestehen in Kalifornien, Neuengland (vor allem Vermont) und Wisconsin (laut Informationen von Kenn Kassman in einem Gespräch mit dem Autor am 18.8.1993 in Berlin).

³¹ Vgl. auch die informationshaltige, aber wenig übersichtliche Darstellung alterna-

den Beobachter sogar zu der ironischen Frage, ob man die letzten Ökologen schützen müsse (Vadrot 1986).

In der Formierungsphase³² dominierten kleine Zirkel von Wissenschaftlern und Intellektuellen (Charbonneau 1980: 25ff.) Eine besondere Rolle kam Journalisten zu, welche die ersten ökologischen Zeitschriften³³ herausgaben und bereits 1970 eine eigene ökologische Vereinigung bildeten.³⁴ Im Unterschied zu den USA und der Bundesrepublik bildete sich kein dichtes Netzwerk autonomer ökologischer Basisinitiativen. Allerdings entstand mit *Les amis de la terre* (AT) im März 1971 eine Gruppierung, die zumindest im Ansatz ein solches Netz darstellte. Sie wurde durch das US-amerikanische Vorbild von *Friends of the Earth* inspiriert und verstand sich explizit als französische Sektion dieser internationalen Organisation, wenngleich sie ihre Eigenständigkeit bewahrte. AT entwickelte sich in den 1970er Jahren zu einer dynamischen und wichtigen Gruppierung innerhalb der französischen Ökologiebewegung. Bedingt durch ihre internationale Anbindung verkörperte sie jeweils den fortgeschrittensten Stand der ökologischen Debatte. Thematisch war ihr Horizont weit gespannt und reichte von Protesten

tiver und ökologischer Gruppen bzw. Ideen in Frankreich von Allan Michaud (1989). Ansonsten fehlen selbst sektorale Überblicke zur Bewegungsinfrastruktur.

³² *Nature et Progrès*, 1964 von Biobauern gegründet, war eine der Gruppen, die an ersten bescheidenen Organisationsversuchen der Ökologiebewegung mitgewirkt hat (Charbonneau 1980: 31).

³³ Die von Pierre Fournier und Emile Prémillieu im November 1972 gegründete Monatszeitschrift *La gueule ouverte* (Untertitel: "Die Zeitschrift, die das Ende der Welt ankündigt") erzielte anfangs eine Auflage von über 70.000. Ab 1974 erschien sie als Wochenzeitschrift und erreichte bis Ende 1979 eine Auflage von 10-15.000 Exemplaren. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die auch durch die 1977 erfolgte Fusion mit *Combat non violent* nicht zu überwinden waren, mußte das Blatt ab September 1979 pausieren, konnte aber ab März 1980 wieder erscheinen. Die deutlich professioneller aufgemachte und moderatere Monatszeitschrift *Le Sauvage* (seit April 1973) wird vom *Nouvel Observateur* produziert, der mit einer 1972 erschienenen Sondernummer zur Umweltverschmutzung einen unerwartet großen Erfolg erzielt hatte. Das von Alain Hervé, einem Mitgründer von *Les amis de la terre* in Paris, geleitete Blatt verbuchte bald ebenfalls eine Auflage von mehr als 70.000 Exemplaren. Ab 1978 ging der Absatz auf 60.000 zurück; das Blatt geriet in die roten Zahlen und wurde 1979 eingestellt.

³⁴ Dies ist die *Association des journalistes et écrivains pour la protection de la nature et de l'environnement* (Vadrot 1978: 26). Im April 1972 entstand eine eigene Presseagentur (*Agence de presse réhabilitation écologique*, später *Agence de presse Ecologie*), welche die offiziöse Berichterstattung der regierungsamtlichen *Presse-Environnement* konterkarieren sollte. Zu den wichtigsten journalistischen Förderern der Ökologiebewegung gehören Jean Carlier, Pierre Fournier, Michel Bosquet (= André Gorz), Dominique Simmonet, Brice Lalonde, Laurent Samuel, Claude-Marie Vadrot und Marc-Ambroise Rendu.

gegen Atombombenversuche im Pazifik über den Widerstand gegen Schnellstraßen bis zum Engagement in der Anti-Atomkraftbewegung. Die Gruppierung, die über direkte Kontakte zu Aktivisten in den USA verfügte³⁵, entfaltete sich als relativ loser Zusammenhang örtlicher Initiativen. In ihrer Blütezeit umfaßte sie 100 bis 150 Gruppen mit angeblich rund 10.000 Anhängern.³⁶ Namhafte Exponenten der französischen Ökologiebewegung wie Brice Lalonde, Pierre Samuel und Alain Hervé hatten bei AT offizielle Funktionen inne. Gegen Ende der 1970er Jahre begann jedoch die Organisation zu stagnieren und erlebte in der Folgezeit, unter anderem bedingt durch interne Streitigkeiten über Strukturfragen und wahlpolitisches Engagement, einen Niedergang. Den unter dem Einfluß von Lalonde aktiv betriebenen Zentralisierungstendenzen innerhalb der Organisation wurde zwar 1977 durch eine Strukturreform entgegengesteuert, doch konnte der Schwund der Gruppierung nicht aufgehalten werden. 1991 beliefen sich Schätzungen auf nur noch 30 bis 50 existierende Gruppen (Interviews 76 und 78).

Die etablierten Naturschutzverbände hatten die in Frankreich früh ausgebildeten ökologischen Impulse nur zögerlich aufgegriffen. Immerhin kam es bereits 1969, angestoßen durch den bereits erwähnten Konflikt im Vanoise, zur Gründung eines nationalen Dachverbandes, der *Fédération française des sociétés de protection de la nature* (FFSPN). Dabei handelte es sich um den Zusammenschluß einer ehrwürdigen landesweiten Naturschutzorganisation (*Société nationale de la protection de la nature*, gegr. 1855), des nationalen Vogelschutzverbandes (*La ligue de protection des oiseaux*) und zahlreicher regionaler Naturschutzgruppen (Vadrot 1978: 12). Die FFSPN blieb zunächst im Windschatten der genuin ökologischen Gruppen. Ihr starker regionaler Unterbau, ihre organisatorische Stabilität und Stetigkeit, aber auch ihre Nähe zur Macht (vermittelt unter anderem durch staatliche Zuschüsse und die Einbindung in offizielle Beratungsgremien und Kommissionen) bescherten ihr vor dem Hintergrund der wachsenden Sensibilisierung für Umweltthemen einen Bedeutungszuwachs. Verstärkend in diese Richtung wirkte der Niedergang der Anti-Atomkraftbewegung und von AT ab den späten 1970er Jahren. Die FFSPN, die sich vor einigen Jahren in *France-Nature-Environnement* umbenannte, entwickelte sich mangels Konkurrenz zur zentralen Umweltorganisation auf natio-

³⁵ Beispielsweise hatte Laurent Samuel, der zunächst für die Ökologiezeitschriften *La gueule ouverte* und *Le sauvage* und später für das Blatt *La balaine* von AT gearbeitet hatte, 1970 den "Tag der Erde" in den USA miterlebt (Pronier/le Seigneur 1992: 149).

³⁶ Ein in dieser Phase publiziertes Verzeichnis der Gruppenadressen führt allerdings lediglich 72 Gruppen an (Samuel 1978: 229ff.).

naler Ebene. 1985 hatte sie eigenen Angaben zufolge 850.000 Mitglieder; Schätzungen unabhängiger Fachleute liegen deutlich darunter.³⁷ Der Dachverband bildet inzwischen den wichtigsten Ansprechpartner für die staatliche Umweltverwaltung. Obgleich er zunehmend entschiedenere Positionen einnahm, ist er doch von der kämpferischen Grundhaltung vieler Umweltverbände in den USA und der Bundesrepublik weit entfernt. Bezeichnend für die relative Schwäche der heutigen ökologischen Bewegung in Frankreich ist auch die Situation des *World Wide Fund for Nature* (WWF), der Anfang der 1990er Jahre in Frankreich rund 45.000 Spender verzeichnen konnte (zum Vergleich: USA 940.000; Bundesrepublik 150.000). Nahezu unbedeutend ist der Verband der Vogelschützer, der Mitte der 1980er Jahre mit rund 2.000 Mitgliedern nur einen Bruchteil seines bundesdeutschen Pendant (140.000 Mitglieder) erreichte (Dalton et al. 1986).

Innerhalb des radikalen ökologischen Spektrums in Frankreich besteht ein weitgehendes Vakuum. *Greenpeace-France* (gegr. 1977) litt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an organisatorischer Mißwirtschaft und Personalquerelen, die im Oktober 1987 durch einen Eingriff der internationalen Verbandsgremien beendet wurden. Das vorübergehend geschlossene Büro existiert wieder seit Februar 1989. Im Herbst 1991 zählte die Organisation rund 30.000 Mitglieder/Förderer; sie hat jedoch keine Ortsgruppen und unterhält lediglich eine relativ kleine Zentrale mit insgesamt zwölf Angestellten. Die Auflage der Zeitschrift *Greenpeace* (einschließlich des belgischen Abnehmerkreises) betrug 24.000 (Interviews 69 und 81). *Robin de Bois*, 1985 nach deutschem Vorbild (*Robin Wood*) entstanden, kann nach eigenen Angaben mit 1.500 Anhängern und 15.000 Sympathisanten rechnen. Die verbandseigene Zeitschrift hatte im Herbst 1991 eine Auflage von 3.000 (Interview 79). Die Verbraucherorganisationen³⁸, die sich zum Teil des Umweltthemas annahmen, entwickelten sich nicht zu genuin ökologischen Gruppierungen.

Relativ bedeutsam waren dagegen die ökologischen Gruppen und Listen, die sich seit 1973/1974 an Wahlen beteiligten (Nullmeier/Schultz 1983).³⁹ Sie absorbierten erhebliche Energien und boten Anlaß zu massiven ideologischen und organisatorischen Rivalitäten, die sich später auch inner-

³⁷ Allan Michaud (1984: 55) ging für Ende 1982 von 450.000 Mitgliedern aus.

³⁸ Ihre Stärke wird auf rund 600.000 Mitglieder geschätzt (Allan Michaud 1984: 559).

³⁹ Den Anfang machte die Gruppe *Ecologie et survie*, die 1973 einen ersten ökologischen Kandidaten in einer Kleinstadt nahe von Strasbourg präsentierte und im ersten Wahlgang 2,3 Prozent der Stimmen verbuchte. Im Folgejahr kandidierte René Dumont mit breiter Unterstützung diverser ökologischer Gruppen zu den Präsidentschaftswahlen und erzielte 1,2 Prozent der Stimmen. Diese Kandidatur verschaffte der Ökologiebewegung erhebliche Publizität.

halb der 1984 entstandenen französischen Grünen (*Les verts*) fortsetzten. Die grüne Partei hat durch ihre wahlpolitischen Erfolge ab Ende der 1980er Jahre an Gewicht gewonnen (Boy 1990), blieb aber hinsichtlich ihres Mitgliederstamms und ihrer finanziellen Ressourcen schwach.⁴⁰ Auch die ungewöhnlich hohe Fluktuation der Mitglieder (jeweils fast 40 Prozent 1990 und 1991, Interview 77) und die im Vergleich zu den deutschen *Grünen* heterogenere Wählerschaft (Hoffmann-Martinot 1991) verweisen auf eine instabile Basis. Während *Les verts* inzwischen immerhin auf regionaler und lokaler Ebene Fuß gefaßt haben und weit über tausend Mandatsträger stellen, blieb der Partei aufgrund des französischen Wahlsystems, das große Parteien begünstigt, eine Repräsentanz in der Nationalversammlung versagt. Bei den Regionalwahlen vom Frühjahr 1992 konnten *Les verts* zusammen mit der lose strukturierten *Génération Ecologie* sogar 14,7 Prozent der Wählerstimmen verbuchen⁴¹, erzielten aber in den Wahlen zur Nationalversammlung im Frühjahr 1993 im ersten Wahlgang lediglich 7,7 Prozent. Die Wählerschaft beider Parteien besteht nicht allein aus überzeugten Anhängern ökologischer Ideen, sondern - wie bei den Rechtsradikalen - auch aus Protestwählern, die der etablierten Parteien überdrüssig sind.

Mit ihrem geringen Organisationsgrad und ihrer relativ starken politisch-ideologischen Fragmentierung spiegelt die ökologische Bewegung generelle Merkmale des Systems der Interessenvermittlung in Frankreich. Seriöse Schätzungen der Gesamtzahl entschiedener ökologischer Aktivisten lagen für Ende 1982 bei weniger als 20.000 Personen (Allan Michaud 1984: 561). Ein Indikator für die Schwäche der französischen Ökologiebewegung sind auch die geringen Auflagen der diversen ökologischen Zeitschriften.⁴²

⁴⁰ Nach ihrer Gründung 1984 kamen *Les verts* zunächst nicht über 1.500 Mitglieder hinaus. 1988 wurden rund 2.500 Mitglieder registriert. Nach den Kommunalwahlen von 1989 erweiterte sich die Mitgliederzahl sprunghaft auf rund 5.000 und stagniert seitdem auf diesem Niveau (Bennahmias/Roche 1992: 103ff.)

⁴¹ Nach intensiver anfänglicher Konkurrenz hatten sich beide Gruppierungen im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung 1993 zur *Entente des Ecologistes* zusammengeschlossen. Danach kam es jedoch erneut zu Spannungen.

⁴² Dazu gehörten bzw. gehören neben den bereits genannten *La gueule ouverte* und *Le sauvage* (vgl. Fußnote 33) die Blätter *Pollution non* (1972 entstanden), *L'Ecologie* (1975), *Les dossiers écologie* (1975/76), *Ecologie-Infos* (1981) und *Silence* (1982). Die Auflagen blieben mit Ausnahme weniger Sondernummern zwischen einigen hundert und 27.000 Exemplaren (*Ecologie-Infos*) (vgl. Allan Michaud 1989: 199 und 303f.). Abgesehen von der letztgenannten Zeitschrift sind alle übrigen eingegangen. Erst in den späten 1980er Jahren kam die kommerzieller aufgemachte Zeitschrift *Les réalités de l'écologie* auf den Markt.

3. Die Ökologiebewegung in der *Bundesrepublik* hebt sich in organisatorischer Hinsicht von der Frankreichs und der USA ab. Wir finden weder ein ähnlich breites Spektrum etablierter Verbände und die Dominanz von Lobbying-Organisationen wie in den USA noch die Zentralität eines Dachverbandes und die frühe und hohe Bedeutung wahlpolitischer Organisationen wie in Frankreich. Es zeigt sich vielmehr eine ausgewogenere Struktur mit drei Segmenten, wobei genuin bewegungsförmigen, in lose Netzwerke eingebundenen Gruppierungen ein hohes Gewicht zukommt.

Das Konglomerat autonomer lokaler Ökologiegruppen, für die das Organisationsprinzip der Bürgerinitiativen Pate stand, bildete den Ausgangspunkt in der Formierungsphase der Bewegung. Vor allem die Anti-Atomkraftbewegung beruhte weitgehend auf dieser Struktur. Gegen Ende der 1970er Jahre hatten sich autonome Gruppierungen entlang weiterer Themenstränge ausdifferenziert und vernetzt (in Bereichen wie öffentlicher Nahverkehr, Fluglärm, Gesundheit, Ernährung, Alternativenergien usw.). In jeder mittelgroßen Stadt bestehen mehrere solcher Gruppen. In einer detaillierten Untersuchung der Situation in Konstanz (Christmann 1992) wurden Anfang 1991 62 Gruppen registriert (inklusive Ortsgruppen von Umweltverbänden und den *Grünen*). Eigene Auszählungen von Stadt- bzw. Stadtbüchern ergaben - ohne Anti-Atomkraftgruppen und Arbeitsgruppen in Parteien - in Westberlin 95 (Jahr 1989), in Aachen 19 (1988), in Nürnberg-Erlangen 13 (1992) und in Köln 56 (1993) Gruppen. Diese Quellen sind jedoch unvollständig, so daß real mit deutlich höheren Gruppenzahlen zu rechnen ist. Verlaufsdaten, die für Westberlin und Köln vorliegen, zeigen für die 1980er Jahre eine ungefähre Konstanz der Gruppenzahlen. An den Hochschulen wurden 1992 rund 280 Umweltinitiativen gezählt. Bundesweit ist heute von einigen tausend Gruppen auszugehen. Teilweise haben sich in der Ökologiebewegung - meist themenspezifisch - regionale und nationale Koordinationsstellen herausgebildet, die jedoch in aller Regel keine Repräsentations- und Führungsansprüche stellen.

Die konventionellen Naturschutzverbände spielten anfangs keine wichtige Rolle. Selbst der mit rund drei Millionen Mitgliedern zahlenmäßig eindrucksvolle, jedoch aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung als Dachverband wenig schlagkräftige *Deutsche Naturschutzring* (DNR) blieb relativ unbedeutend. Einige Traditionsverbände wie der *Bund Naturschutz in Bayern* vollzogen jedoch rasch eine Wende zugunsten des offensiven Umweltschutzes und fanden auch starken Zulauf (Hoplitsek 1984). Unter den neuen Verbänden kam dem 1972 gegründeten *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU) zunächst eine Schlüsselrolle zu (Kaczor 1986). Er ist ein vergleichsweise loser Zusammenschluß weitgehend auto-

nomer Gruppen (nicht individueller Mitglieder), gehört zum Spektrum der politischen Ökologie und gab sich betont kämpferisch. Zwischen den anfangs eher betulichen Naturschutzorganisationen alter Prägung (etwa dem *Deutschen Bund für Vogelschutz*) und Gruppierungen der politischen Ökologie bestand eine Lücke, die 1975 durch die Gründung des *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) geschlossen wurde (Cornelsen 1991: 21ff.). Dabei handelte es sich um eine Verbandsgründung "von oben" unter maßgeblicher Beteiligung des *Bund Naturschutz in Bayern*. Während der BBU Anfang der 1980er Jahre aufgrund interner Strukturwidersprüche, strategischer Inkonsistenz und der Abwanderung wichtiger Führungspersonen und Einzelgruppen in eine Krise geriet, gewann der BUND an Bedeutung und bildet heute - neben ganz anders strukturierten Organisationen wie *Greenpeace* und den *Grünen* - die wichtigste Umweltorganisation. Die Existenz und Konkurrenz des zunehmend offensiver agierenden BUND, der zugleich auch Mitglied des Dachverbandes DNR ist, sorgte für eine gewisse Homogenisierung und Dynamisierung des DNR. Eine Voraussetzung hierfür war auch, daß einflußreiche Einzelverbände wie die der Jäger, die jahrelang einen strikt ökologischen Kurs des DNR verhindert hatten, um 1983 den Dachverband verlassen hatten. Zum anderen wurden mit einer gewissen Verzögerung auch andere dem DNR angeschlossene Naturschutzverbände stärker ökologisch inspiriert. Zusammen mit Organisationen wie der sehr mitglieder- und finanzstarken *Greenpeace Deutschland* (Reiss 1988; Rucht 1994b) und der deutschen Sektion des *World Wide Fund for Nature* (WWF; Cornelsen 1991: 98ff.), dem aus dem *Deutschen Vogel-schutzbund* hervorgegangenen *Naturschutzbund Deutschland* (NABU), der ökologisch orientierten *Verbraucherinitiative* und dem ebenfalls ökologisch ausgerichteten *Verkehrsclub Deutschland* (VCD)⁴³ hat sich damit ein beachtliches Spektrum nationaler Verbände herausgeschält, die trotz gelegentlicher Spannungen immer wieder zu gemeinsamen Pressekonferenzen, Kampagnen und Aktionstagen zusammenfinden.

Das dritte Standbein der Ökologiebewegung besteht aus wahlpolitischen Gruppierungen, namentlich der Partei der *Grünen* (Frankland/Schoonmaker 1992; Raschke 1991 und 1993; Poguntke 1993). Vorläufer bildeten die ab 1978 entstandenen grünen bzw. bunten Listen, die aus ökologischen bzw. "alternativen" Gruppen hervorgegangen waren (Klotsch/Stöss 1984). 1980 konstituierte sich die Bundespartei *Die Grünen*, wobei jedoch in einzelnen Stadtstaaten zunächst eigenständige Grüne Listen fortbestanden. Die

⁴³ Der 1986/87 nach schweizer Vorbild entstandene Club hatte im Sommer 1991 bereits rund 53.000 Mitglieder (*Politische Ökologie*, Nr. 23, August/September 1991, S. 51).

Tabelle 6.7
Strukturdaten zu ausgewählten Organisationen des Natur- und
Umweltschutzes in der Bundesrepublik (West), 1985 und 1992

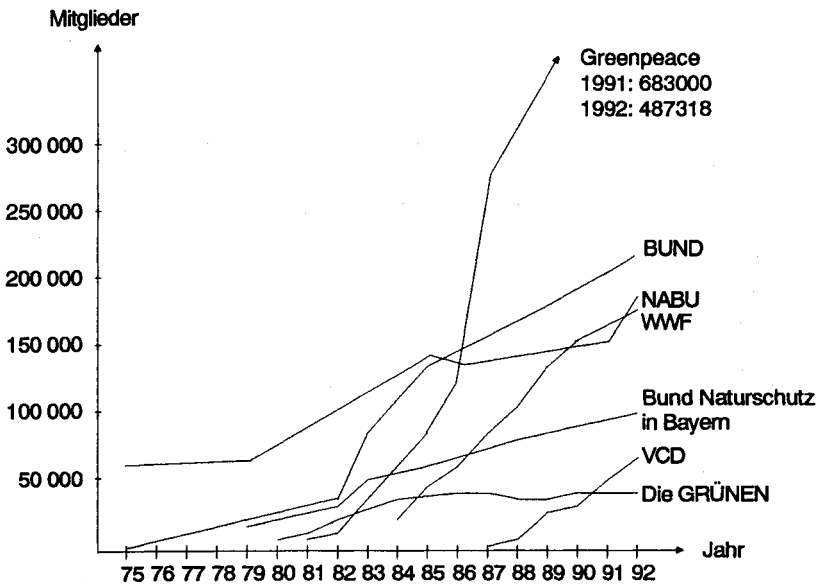
Organisation	Gründung	Mitglieder (in tausend)		Budget (in tausend DM)	
		1985	1992	1985	1992
Naturschutzbund Deutschland	1899	140	180	2600	13000
World Wide Fund for Nature	1961	50	175	7500	22500
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz	1972	(30) ¹	(17) ¹	100	k.A.
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland	1975	140	213	3170	12938
Öko-Institut	1977	4,4	5,4	1071	6500
Allgemeiner Deutscher Fahrradclub	1979	8	(50)	(300)	(1000)
Greenpeace Deutschland	1980	80	750	7458	(60000)
Die Grünen	1980	40	37,8	16900	59633
Robin Wood	1982	0,7	3	495	2100
Verbraucher- initiative	1985	0,2	7,5	21	1200
Verkehrsclub Deutschland	1987	-	63,2	-	4130
Summe		493,3	1238,9	39 615	185967

Eigene Erhebungen; Zahlen in Klammern sind Schätzungen;

¹Mitgliederzahlen zum BBU beruhen auf Hochrechnungen auf Basis der Zahl von Mitgliedsgruppen unter der Annahme einer Durchschnittsgröße von 100 Mitgliedern pro Gruppe

grüne Partei erreichte nach wenigen Jahren einen Stand von rund 40.000 Mitgliedern, den sie bis heute nahezu beibehalten konnte. Die Wahlerfolge der *Grünen* und ihr Einzug in den Bundestag und die meisten Landesparlamente hatten erhebliche finanzielle Zuflüsse zur Folge und ermöglichten infrastrukturelle Einrichtungen wie zum Beispiel drei parteinahe Stiftungen, deren Gelder teilweise auch anderen ökologischen Gruppen zugutekommen (Raschke 1993: 507ff.). Zugleich verstärkte die jahrelange politische Arbeit der *Grünen* auf allen Ebenen das ohnehin sich ausdifferenzierende Expertentum innerhalb der ökologischen Bewegung (Rucht 1988b). Schließlich hatten die Mitarbeit in parlamentarischen Gremien und die Erfahrung der Sachzwänge und Grenzen praktischer Politik auch einen mäßigenden Effekt sowohl auf die *Grünen* selbst als auch auf ihr weiteres Umfeld innerhalb

Abbildung 6.1
Mitgliederentwicklung ausgewählter Großorganisationen des Umweltschutzes in der Bundesrepublik, 1975-1992



Anmerkung: Die Angaben zum BUND enthalten auch Mitglieder des Bund Naturschutzes in Bayern

der Ökologiebewegung. Fundamentalistische Positionen, obgleich lautstark vertreten, gerieten immer stärker an den Rand. Der 1993 vollzogene Zusammenschluß von den *Grünen* und ostdeutscher Gruppierungen zum *Bündnis 90/Die Grünen* änderte weder etwas an dieser Ausrichtung noch bedeutete er eine gewichtige personelle Erweiterung der grünen Partei.

Abgesehen von der Stagnation der *Grünen* und der Krise einzelner Organisationen wie des BBU hat sich die ökologische Bewegung in der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren deutlich verbreitert und gefestigt (Leonhard 1986; Kaczor 1989; Schenkluhn 1990; Rucht 1991). Sie beruht auf einem dichten Netz von Infrastruktureinrichtungen, die von lokalen Umweltzentren über eigene Zeitschriften bis hin zu Forschungs- und Bildungseinrichtungen einschließlich von rund 15 Umweltbibliotheken reichen. Einen Eindruck von Wachstum und Größenordnung der wichtigsten Umweltorganisationen in der Bundesrepublik (West) vermittelt Tabelle 6.7, die bei weitem keine vollständige Liste bundesweiter Organisationen enthält und auch die Dachorganisation des *Deutschen Naturschutzringes* ausklammert, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die gesamte Mitgliederzahl der aufgeführten Organisationen hat sich zwischen 1985 und 1992 etwa verdreifacht, das Finanzvolumen mehr als vervierfacht, wobei hier der hohe Anteil der Partei der *Grünen* zu bedenken ist.

Einen Eindruck der unterschiedlichen Wachstumsraten ausgewählter Organisationen des Umweltschutzes vermittelt Abbildung 6.1. Hier zeigt sich insbesondere die geradezu explosionsartige Zunahme der regelmäßigen Spender für *Greenpeace*.

4. Einen zweiten Zugang zur Ermittlung der Größenordnung von Mitgliedern bzw. Aktivisten in Naturschutzverbänden und Ökologiebewegung eröffnen repräsentative Bevölkerungsumfragen. Hierbei konzentriere ich mich allein auf Umfragen, die zumindest zwei der drei hier betrachteten Länder einbeziehen.

Die Ergebnisse einer 1982 durchgeführten Befragung zeigen ein deutlich größeres Engagement in den USA im Vergleich zur Bundesrepublik (Tabelle 6.8). Dieser Befund steht nicht völlig im Einklang mit den vorgestellten und vermutlich aussagekräftigeren Strukturdaten, nach denen - relativ zur Größe des Landes - zumindest für die Naturschutzorganisationen eine geringere oder gar keine Differenz zwischen den USA und der Bundesrepublik zu erwarten wäre. Möglicherweise erlauben die Umfragedaten angesichts der kleinen Prozentsätze (insbesondere bei $N = 700$ in den USA) keine verlässlichen Aussagen, da beispielsweise bei der Frage nach der aktuellen Mitgliedschaft in Umweltinitiativen in den USA (1,5 Prozent der Befragten) lediglich 10 Personen in diese Kategorie fielen.

Auch für den Vergleich von Anhängern der Ökologiebewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik auf Basis von vier Eurobarometer-Umfragen zwischen 1982 und 1989 stellt sich das Problem zu kleiner Fallzahlen für die Gruppe der Aktivisten. Zieht man jedoch die Gruppen der Aktivisten und potentiellen Aktivisten zusammen, so ergibt sich im Durchschnitt der vier Umfragen nur ein Wert von 12,3 Prozent in Frankreich und 30,8 Prozent in der Bundesrepublik (bei N jeweils über 4.000) (vgl. Fuchs/Rucht 1992). Diese Größenordnungen werden durch andere Auswertungen, die teilweise andere Indizes zugrundelegen, bestätigt (z.B. Watts 1987).

Tabelle 6.8

Mitgliedschaft in Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen für dem Umweltschutz in den USA und der Bundesrepublik, 1982

Frage: "Sind oder waren Sie Mitglied..."	USA			Bundesrepublik		
	1	2	3	1	2	3
...einer Organisation, die sich mit dem Naturschutz beschäftigt?"	8.6	5.5	4.0	2.2	3.4	2.8
...einer Bürgerinitiative, die sich mit Umweltproblemen beschäftigt?"	5.4	3.7	1.5	1.4	0.8	0.7

Quelle: Kessel/Tischler (1984:150f.); Prozent der Befragten,

1: Ja, ich war Mitglied in der Vergangenheit;

2: Ja, ich bin noch Mitglied, aber nicht aktiv; 3: Ja, ich bin aktives Mitglied;

erste Frage USA N=672, BRD N=1118; zweite Frage USA N=669, BRD N=1114

5. Obgleich die Ergebnisse verschiedener Erhebungen im einzelnen etwas disparat ausfallen und partielle Schwächen der Datengrundlage offenkundig sind, ergibt sich doch in der Gesamtschau ein konsistentes Bild. Relativ zur jeweiligen Bevölkerungszahl weisen die USA und die Bundesrepublik mitglieder- und ressourcenstarke Ökologiebewegungen auf, während die Bewegung in Frankreich weitaus schwächer ist. Der sehr schwierig zu entscheidende Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik würde aufgrund einer dürftigen Umfragebasis eine mitgliederstärkere Ökologiebewegung in den USA nahelegen. Die weitaus verlässlicheren Organisationsdaten nationaler Natur- und Umweltschutzorganisationen (siehe oben) ergeben für die USA 7,48 Millionen Mitglieder und ein Gesamtbudget von 477,5 Millionen Dollar im Jahr 1990. Für die Bundesrepublik sind für das Jahr 1992 rund 1,24 Millionen Mitglieder und ein Budget von knapp 186 Millionen DM zu verzeichnen. Bei Bereinigung des späteren Erhebungs-

zeitpunktes für die Bundesrepublik⁴⁴ sowie der unterschiedlichen Einwohnerzahlen (4:1) und Währungen (1,6:1) ergeben sich im direkten Vergleich für 1990 Größenordnungen der Mitgliederzahlen in den USA und der Bundesrepublik im Verhältnis 1,6 zu 1 und der Budgets im Verhältnis von 1,2 zu 1. Eine ungefähr gleiche Selektivität der ausgewählten Verbände in beiden Ländern unterstellt, haben somit - relativ zur Einwohnerzahl - nationale Verbände in den USA deutlich mehr Mitglieder und etwas mehr finanzielle Ressourcen. Eigene Schätzungen der autonomen Basisgruppen in vergleichbaren Städten beider Länder legen dagegen eine höhere Zahl dieser Gruppen in der Bundesrepublik nahe. Im Gesamtbild kann somit von ungefähr gleich starken Ökologiebewegungen in den USA und der Bundesrepublik ausgegangen werden.

6.2.5 Strategien, Mobilisierung, Aktionen

Die dargestellten länderspezifischen Eigenheiten der Organisation von Ökologiebewegungen lassen auch unterschiedliche Strategien, Mobilisierungsfähigkeiten und Aktionsformen erwarten.

1. In den USA zeigt sich ein Übergewicht pragmatischer Strategien und das Drängen auf konkrete, in absehbarer Zeit realisierbare Lösungen. Die relative Offenheit des politischen Systems begünstigt assimilative Strategien, wie sie insbesondere vom Gros der nationalen Umweltverbände bevorzugt werden. Konfrontative Strategien, die Aktionen des zivilen Ungehorsams und darüber hinausgehende Formen ökologischer Sabotage (*ecotage*) einschließen, werden nur von kleinen Minderheiten praktiziert. Die Ökologiebewegung begreift sich weitgehend in Opposition zu ökonomischen Interessengruppen (Chemie, Holzwirtschaft, Energie usw.) und sieht ihren Hauptgegner nicht in staatlichen Institutionen. Die etablierte Politik erscheint vielmehr als eine formbare Größe, deren Entscheidungsprozesse es nach allen Regeln der Kunst zu beeinflussen gilt (Referenda, Lobbying, Hearings, Besetzung von Expertenkommissionen usw.). Gleiches trifft für die Implementationsseite zu, wo beispielsweise das Instrument der zivilrechtlichen Klage mittels eigener Expertenstäbe geschickt genutzt wird. Im Vergleich zur Mobilisierung möglichst vieler Menschen genießt die Mobili-

⁴⁴ Aufgrund des durchschnittlichen jährlichen Wachstums der Mitglieder zwischen 1985 und 1992 wird ein hypothetischer Mitgliederstand von rund 1,2 Millionen für das Jahr 1990 ermittelt. Das analog berechnete hypothetische Budget beträgt 156 Millionen DM für 1990.

sierung von Expertenwissen und die direkte Beeinflussung des Politikbetriebs den Vorrang.

Dennoch setzt auch die Ökologiebewegung der USA zuweilen auf Massenmobilisierung. Den Auftakt und jährlich wiederkehrenden Anlaß dazu bot der *Earth Day*⁴⁵, bei dem im Stile eines großen Volksfests unter Ein-schluß symbolischer und praktischer Aktionen für den Umweltschutz geworben wird. Große Menschenmengen wurden auch gelegentlich im Zuge der Auseinandersetzungen um Atomkraftwerke mobilisiert. Dabei kam es zwar auch zu größeren Aktionen zivilen Ungehorsams, nicht jedoch - wie in Frankreich und Deutschland - zu blutigen Schlachten mit staatlichen Ordnungskräften.

Typisch für die Ökologiebewegung in den USA ist weiterhin die Akzentuierung persönlicher Verhaltensänderungen und praktischer Maßnahmen. Mit einer Neigung zu konkreten Lösungen und viel Erfindungsreichtum werden so in Bereichen wie Energieversorgung, Bauen, Landwirtschaft und gesunde Ernährung diverse Modelle des ökologischen und "sanften" Lebens erprobt. Vorreiter hierbei waren insbesondere die Landkommunen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre.

2. In *Frankreich* ist die Ökologiebewegung hinsichtlich ihrer einzu-schlagenden Strategien und Aktionen immer wieder in internem Streit gelegen. Der Aufbruchstimmung der Anfangsjahre, ersten großen Kongressen und Resolutionen, Annäherungen zwischen bestehenden und neu entstandenen Umweltgruppen, spontanen und lustvollen Protesten (etwa den Fahrraddemonstrationen 1972 und 1974 in Paris gegen die geplante Schnellstraße entlang der Seine; Lalonde 1981: 142) folgten ab Mitte der 1970er Jahre endlose Strategiedebatten, ständig neue Organisationsgründungen, Fusionsbemühungen, Abgrenzungen zu und Annäherungen an bestehende politische Parteien, konkurrierende ökologische Listen und nicht zuletzt Rivalitäten zwischen prominenten Ökologen.⁴⁶

Insgesamt ist die französische Ökologiebewegung stark auf die politischen Parteien ausgerichtet. Insofern sich das politisch-administrative Sy-

⁴⁵ Am ersten *Earth Day* 1970 in den USA, der auf eine Initiative des Senators Gaylord Nelson zurückgeht, beteiligten sich angeblich rund 20 Millionen Menschen an Demonstrationen, Seminaren und praktischen Umweltschutzaktionen (Bosso 1991: 151f.). Die Veranstaltung wurde von großen Stiftungen und Industrieunternehmen unterstützt (Enzensberger 1973: 14). Inzwischen ist daraus eine feste Institution geworden. Nach Angaben der US-amerikanischen Koordinationsstelle (*Earth Day International Secretariat*) beteiligten sich am zwanzigjährigen Jubiläum des *Earth Day* rund 200 Millionen Menschen in 141 Ländern (Gottlieb 1993: 201).

⁴⁶ Vgl. dazu die stark personenzentrierte Geschichte ökologischer Politik in Frankreich von Pronier/le Seigneur (1992) sowie Sainteny (1987).

stem als geschlossen und intransigent erweist, kann ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft nur durch politische Strukturveränderungen erfolgen. Konsequenterweise spielt die Kritik an Bürokratisierung und Zentralisierung sowie am Fehlen institutioneller Alternativen (etwa in Form staatlich unterstützter Gegenexpertisen) eine wichtige Rolle. Die in der Neuen Linken propagierte Idee der gesellschaftlichen Selbstverwaltung (*autogestion*) ist dabei ein Leitbild, das sich allerdings ständig an der Realität bricht. Die Ökologiebewegung fand bei den administrativen Eliten kein offenes Ohr. Somit schwankte sie immer wieder zwischen Ohnmachtsgefühlen bzw. Resignation einerseits und (aggressiver) Systemkritik bzw. Eruptionen der Wut andererseits. Strukturell war die Ökologiebewegung zu schwach und hatte zu wenig institutionell vorgegebene Ansatzpunkte, um politische Entscheidungen im Vorfeld beeinflussen bzw. deren Implementation blockieren zu können. Hinzu kam, daß auch die herkömmlichen Parteien der Bewegung weitgehend die kalte Schulter zeigten. Unter diesen Bedingungen konzentrierten sich viele Anstrengungen darauf, das politische System mit dem ihm adäquaten Mittel des Wahlkampfes und der parlamentarischen Einflußnahme gleichsam von innen her aufzurollen (dazu Trilling 1981; Nullmeier/Schultz 1983; Bennahmias/Roche 1992). Dem stand allerdings zum ersten die relativ scharfe Links-Rechts-Polarisierung im Weg. Somit wurden Themen, die sich diesem Code tendentiell entzogen, ausgegrenzt oder undefiniert. Ein zweiter hinderlicher Faktor war "die Verweigerung gegenüber jeglicher dauerhafter und nationaler Organisation" der Ökologiebewegung zwischen 1974 und 1979/80 (Sainteny 1991: 14). Erst relativ spät gelang der Versuch, größere Teile der ökologischen Bewegung als eine eigenständige und relativ stabile wahlpolitische Kraft in Gestalt von *Les Verts* zu bündeln.

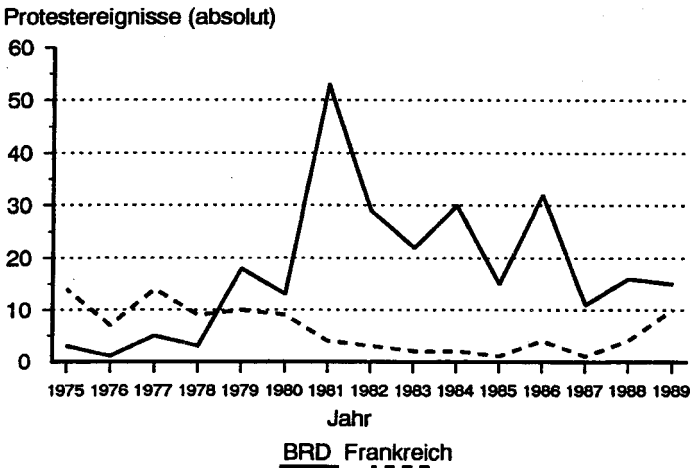
Die strukturelle Schwäche der französischen Ökologiebewegung bei einer gleichzeitig ungewöhnlich starken und geschlossenen Gegenmacht wirkte sich auch negativ auf die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung aus. Selbst an ökologischen Brennpunkten blieb die Zahl der mobilisierten Aktivistinnen im allgemeinen relativ klein und erzeugte damit auch demobilisierende Wirkungen bei denen, die dem Umweltschutz eigentlich positiv gegenüberstanden. Zwar hat die französische Ökologiebewegung ein kleineres Mobilisierungspotential als die Bewegungen in der Bundesrepublik oder den Niederlanden (Fuchs/Rucht 1992), doch ist ihr eigentliches Problem nicht die Größe, sondern die Aktivierung zumindest eines relevanten Teils dieses Potentials. Nur in wenigen Konfliktfällen gelang eine druckvolle und kontinuierliche Mobilisierung. Zu nennen sind hier der Widerstand gegen die touristische Erschließung des alpinen Nationalparks Vanoise ab Ende

der 1960er Jahre, gegen den Bau einer Bleifabrik im elsässischen Markolsheim (1974) und gegen die Flußregulierung der oberen Loire ab den späten 1980er Jahren (Courtet/Gateaud/Stephan 1990). Ungewöhnlich in seiner Zähigkeit und Massenhaftigkeit war insbesondere der zehnjährige Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes auf der Hochebene des südfranzösischen Larsac (Burmeister/Tonnätt 1981; Hertle 1982). Hier vereinigten sich die Kritikmomente von Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Regionalismus und bäuerlicher Tradition, inspirierten phantasievolle Formen des alltäglichen Widerstands, aber auch außergewöhnliche Großdemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern. In diesen Konfliktfällen konnten sich die Protestgruppen selbst gegen einen übermächtig erscheinenden Staat behaupten.

3. In der *Bundesrepublik* sorgten das festgefügte Wachstumskartell und die zunächst massive institutionelle Abschottung gegenüber nicht partei- oder verbandsförmigen Akteuren für eine Polarisierung in Umweltfragen, die insbesondere im Streit um die Atomenergie kulminierte. Ähnlich wie in Frankreich ging die ökologische Kritik folgerichtig mit einer Strukturkritik an Staat und Parteien einher. Charakteristisch war ihre antiinstitutionelle Grundhaltung. Damit vermischten sich zum Teil auch antikapitalistische und antiindustrialistische Positionen und begünstigten einen ökologischen Fundamentalismus, der für radikale und konfrontative Strategien optierte. Das zeigte sich an stark zugespitzten Konflikten um atomare Anlagen (Linse et al. 1988), Flughafenerweiterungen (Rucht 1984) und andere technisch-industrielle Projekte, die oft Zehntausende, in manchen Fällen sogar mehr als 100.000 Menschen mobilisierten. Hierbei erfolgten teilweise massive Zusammenstöße zwischen ökologischen Gruppen und staatlichen Ordnungskräften. Nicht zufällig kam in diesem Zusammenhang die Rede vom "ökologischen Bürgerkrieg" (Mayer-Tasch) auf. Unsensible Taktiken auf seiten der Ordnungskräfte und die abwehrende Haltung der etablierten Parteien trugen dazu bei, daß die Ökologiebewegung ihre radikale Grundorientierung lange beibehielt. Bis in die frühen 1980er Jahre hinein schien es, als würde sich der Grundsatzstreit zwischen Ökonomie und Ökologie immer weiter zuspitzen.

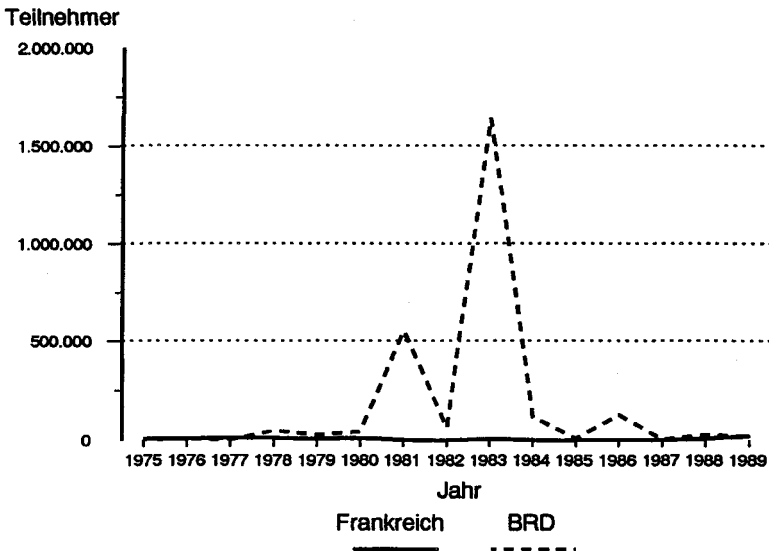
Erst im Verlauf des folgenden Jahrzehnts wich diese Konstellation einer wechselseitigen Annäherung der Konfliktparteien. Auf der einen Seite wurde die Ökologiebewegung moderater und zeigte sich stärker an pragmatischen Lösungen interessiert; auf der anderen Seite anerkannten die etablierten Parteien und die Eliten insgesamt die Notwendigkeit einer durchgreifenden ökologischen Politik. Dennoch blieben auch in den 1980er Jahren viele Konflikte bestehen und es traten neue hinzu. Selbst wenn sich der dramati-

Abbildung 6.2
Entwicklung der Proteste der Ökologiebewegung in



Quelle: Kriesi, et al.; eigene Berechnungen

Abbildung 6.3
Entwicklung der Teilnehmerzahlen von Protesten der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989



Quelle: Datenbasis von Kriesi et al.; eigene Berechnungen

sierende Gestus der Ökologiebewegung mittlerweile abgeschliffen hat, so bewahrte sie doch aufgrund ihres infrastrukturellen Unterbaus und der hohen Resonanz ökologischer Themen in der breiten Bevölkerung ihre Mobilisierungskraft. Ebenso zeigt sich eine gewisse Stabilität des grünen Wählerpotentials. Insgesamt erscheint somit die Einschätzung gerechtfertigt, daß die Ökologiebewegung der Bundesrepublik zu den weltweit ressourcenstärksten und aktivsten Bewegungen ihrer Art gehört.

4. Im französisch-deutschen Vergleich kann wiederum auf die Protestereignisdaten von Kriesi et al. zurückgegriffen werden. Im Kapitel 4 wurde bereits gezeigt, daß die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Mobilisierung als auch ihres relativen Anteils an Protesten der neuen sozialen Bewegungen weitaus gewichtiger war. Diese Zahlen werden hier näher aufgeschlüsselt.

Die Verteilung der registrierten 266 ökologischen Proteste in der Bundesrepublik und 94 Proteste in Frankreich (ohne Anti-Atomkraftproteste!) im Untersuchungszeitraum zeigt Abbildung 6.2. Auffällig ist die etwas größere Zahl der Proteste in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Frankreich

Tabelle 6.9

Aktionsformen ökologischer Proteste in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989

Phase	demonstrativ		konfrontativ		gewaltförmig	
	FRA	BRD	FRA	BRD	FRA	BRD
1975-79	35	25	14	5	5	0
1980-84	17	110	3	21	1	16
1985-89	14	62	1	15	5	12
Gesamt	66	197	18	41	11	28

Quelle: Kriesi et al.; eigene Berechnungen

im Vergleich zur Bundesrepublik und der Rückgang der Proteste in Frankreich ab den 1980er Jahren. In der Bundesrepublik fällt dagegen die Masse der Proteste in die erste Hälfte der 1980er Jahre.

Die Aufschlüsselung der ökologischen Proteste in beiden Ländern nach Teilnehmerzahlen zeigt Abbildung 6.3. Noch deutlicher als beim Vergleich der Ereigniszahlen zeigt sich die höhere Mobilisierungskraft der bundesdeutschen Ökologiebewegung gegenüber der Frankreichs. Im gesamten Zeitraum wurden 26,8 Millionen Teilnehmer in der Bundesrepublik und lediglich 94.195 Teilnehmer in Frankreich mobilisiert. Die Durchschnittsgröße pro Protestereignis betrug in der Bundesrepublik mit 10.078 Teilnehmern rund das zehnfache gegenüber Frankreich mit 1.002 Teilnehmern.

Eine Aufschlüsselung nach Aktionstypen (Tabelle 6.9) zeigt eine relativ höhere Neigung zu gewaltförmigen Aktionen in Frankreich (17 Prozent aller Aktionen) als in der Bundesrepublik (10,5 Prozent). In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde in der Bundesrepublik keine gewaltförmige Aktion registriert. Relativ gesehen waren in der Bundesrepublik gewaltförmige Aktionen in der Phase von 1980-84 am häufigsten und in Frankreich am wenigsten häufig. Der Anteil demonstrativer Aktionen an allen Aktionsformen lag in der Bundesrepublik mit rund 74 Prozent etwas höher als in Frankreich mit 70 Prozent.

6.2.6 Folgen und Funktionen

Analog zu den Frauenbewegungen werden nachstehend die Folgen und Funktionen der Ökologiebewegung anhand von vier Gesichtspunkten bilanziert. Auch hier gelten die bereits für die Frauenbewegungen betonten Einschränkungen hinsichtlich kausaler Zurechnungen.

Massenmediale Resonanz

Unbestreitbar haben die Ökologiebewegungen wesentlich zur öffentlichen und insbesondere massenmedialen Präsenz von Umweltfragen beigetragen. Innerhalb weniger Jahre kam damit ein Thema auf die Tagesordnung, das zuvor allenfalls kleine Expertenkreise beschäftigt hatte.⁴⁷ Wenngleich ein-

⁴⁷ Schon früh hatte Enzensberger (1973: 7) notiert: "Wenn die Hypothesen der Ökologen sich auch nur zu einem Bruchteil bewahrheiten sollten, dann werden die ökologischen Aktionsgruppen zu einem innenpolitischen Faktor ersten Ranges werden, der nicht

zelne ökologische Fragen dem Auf und Ab von Thematisierungszyklen unterliegen (Downs 1972), so haben sie doch in ihrer Gesamtheit seit den frühen 1970er Jahren immer wieder die Schlagzeilen beherrscht. Dafür sorgte schon die Kette von Umweltskandalen und Umweltkatastrophen. Die Mehrzahl der Massenmedien stand dabei dem Anliegen des Umweltschutzes aufgeschlossen gegenüber (Dalton 1992: 78), wenngleich in spezifischen Fragen - vor allem der Atomenergie - durchaus gegenläufige Auffassungen zur Geltung kamen. Jenseits aller Kontroversen sind auch auf der Ebene von Konsumentenschutz und Verbraucherverhalten Umweltfragen ein anhaltendes Thema der Massenmedien. So finden sich dazu eigene Rubriken bzw. Sendungen, in denen praktische Tips gegeben und ökologische Aufklärung für ein breites Publikum betrieben werden. Ebenso signalisiert der Erfolg populärer Magazine wie *Environment* in den USA und *Natur* in der Bundesrepublik, daß für ökologisch ausgerichtete Zeitschriften ein Markt vorhanden ist.⁴⁸

Im Vergleich zu den USA und der Bundesrepublik sind Umweltthemen in den Massenmedien Frankreichs weniger präsent.⁴⁹ Bis in die 1980er Jahre hielt ein Teil der französischen Presse die Sorgen um den Umweltschutz in der Bundesrepublik für übertrieben. So war beispielsweise im Zusammenhang mit der Debatte um das "Waldsterben" von einer *hysterie allemande* die Rede.

Änderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen

Zweifellos haben die Umweltbewegungen in allen drei Ländern bei großen Teilen der Bevölkerung einen Meinungswandel zugunsten des Umweltschutzes mit bewirkt. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der oben angesprochenen massenmedialen Thematisierung von Umweltfragen. Zum Beispiel hat Mazur (1985) festgestellt, daß negative Einstellungen zur Atomkraft und zur Fluoridisierung des Wassers immer dann

mehr zu ignorieren ist...Die Borniertheit dieser Initiativen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in ihnen der Keim einer möglichen Massenbewegung steckt."

⁴⁸ Jänicke (1993a: 16) zufolge gab es 1989 in der Bundesrepublik 37 Umweltzeitschriften mit einer Auflage von über vier Millionen. Davon hatten 16 Zeitschriften eine Auflage von mehr als 100.000. Nicht in dieser Zählung enthalten sind zahlreiche ökologische Fachzeitschriften.

⁴⁹ Eine Inhaltsanalyse von je drei großen Publikumszeitschriften in Deutschland und Frankreich im Zeitraum von November 1991 bis Januar 1992 ergab, daß sich in Deutschland sieben Prozent aller Beiträge, in Frankreich aber nur ein Prozent mit Umweltthemen befaßten (Franz 1992: 89).

zunehmen, wenn die Berichterstattung dazu anwächst, wobei es nicht auf den Tenor der Artikel ankommt. Diverse, meist innerhalb des nationalen Rahmens durchgeführte Umfragen zeigen eine hohe Wertschätzung des Umweltschutzes und selbst eine gewisse (hypothetische) Opferbereitschaft.⁵⁰

In den USA hat Dunlap alle relevanten Umfragen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen zwischen 1965 und 1990 gesichtet. Er stellt fest, "that the environmental movement has been extremely successful in attracting and maintaining - for two decades - the public's attention to and endorsement of its cause." (Dunlap 1991: 308) Die positive Wahrnehmung der Umweltbewegung ist extrem hoch und hat in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten zugenommen. Umfragen zu den gewünschten Haushaltsprioritäten in den USA zwischen 1973 und 1987 zeigen eine hohe Rangordnung des Umweltschutzes, der zumeist an dritter oder vierter Stelle rangierte und lediglich Anfang der 1980er Jahre zurückgefallen war (Dalton 1988: 103).

Auch in der Bundesrepublik genießt der Umweltschutz eine hohe Wertschätzung. Er rangierte bei der Frage nach den als "sehr wichtig" eingestuftem Sachthemen der Politik beispielsweise 1983 an vierter und 1987 an zweiter Stelle (Schultze 1987: 7). Ein großer Teil der Westdeutschen ist mit dem gegenwärtigen Stand des Umweltschutzes unzufrieden (Statistisches Bundesamt 1992: 517). Erstaunlich ist das hohe Vertrauen, das nicht-staatliche Akteure der Umweltpolitik genießen. Eine Allensbach-Erhebung von 1989 ermittelte auf die Frage, wer etwas für die Umwelt tut und vertrauenswürdig ist⁵¹, folgende Reihenfolge: *Greenpeace* (72 Prozent), *World Wide Fund for Nature* (49), *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (39), *Robin Wood* (32), *Deutscher Bund für Vogelschutz* (31); erst dann kommen das Bundesumweltministerium (30) und gleichauf das Bundesgesundheitsamt und der *Deutsche Naturschutzring* (20) (*Natur* 11/1989, S. 21).

In Frankreich besitzt der Umweltschutz in den Augen der Bevölkerung zumindest seit den 1980er Jahren einen geringeren Stellenwert als in der Bundesrepublik. Immerhin steht nach einer Umfrage von 1992 die Angst vor ökologischen Katastrophen an dritter Stelle hinter Arbeitslosigkeit und Problemen der Jugend (Sofres 1993: 233). Für die Zukunft wünschen be-

⁵⁰ Auf die Frage "Wären Sie bereit, mehr Steuern zu bezahlen, damit mehr für den Umweltschutz getan werden kann?" gaben in der Bundesrepublik die Befragten im Durchschnitt an, sie würden 312 DM pro Jahr mehr Steuern zahlen. In den USA wurde ein Betrag von 120 \$ ermittelt (Kessel/Tischler 1984: 175).

⁵¹ Der genaue Text lautete: "Was meinen Sie, welche Institutionen und Verbände setzen sich am meisten für die Umwelt ein, zu welchen haben Sie das größte Vertrauen?"

reits 59 Prozent der Franzosen eine Regierungsbeteiligung der Ökologen (Sainteny 1993: 62). Auf die zwischen 1983 und 1991 mit einer Ausnahme jährlich wiederholte Frage, ob man die "Ökologen" unterstützen soll, ergeben sich Werte zwischen 47 (1984) und 63 Prozent (1989) (Mermet 1992: 253).

Für den Vergleich umweltpolitischer Einstellungen in Frankreich und der Bundesrepublik können vor allem verschiedene Eurobarometer-Umfragen zur Haltung der Bevölkerung herangezogen werden. Eine Befragung vom Herbst 1977 zu Einstellungen gegenüber ökologischen Gruppierungen ergab in beiden Ländern keine großen Unterschiede und eine Mittellage in Relation zu den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft (Tabelle 6.10).

Tabelle 6.10
Einstellung zu ökologischen Gruppierungen in Frankreich
und der Bundesrepublik, 1977

	Frankreich	Bundesrepublik	EG
die ökologischen Gruppierungen sind			
- sehr gut	25	29	30
- eher gut	56	50	48
- eher schlecht	9	10	10
- sehr schlecht	3	2	3
- keine Angabe	7	9	9
	100	100	100
Index	3.12	3.16	3.16

Quelle: Eurobarometer 8 (Herbst 1977); Angaben nach Parodi (1979:40); Frage: "Welche Meinung haben Sie von den vor kurzem entstandenen Gruppierungen, die sich den Schutz der Umwelt, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung usw. zum Ziel setzen?" Prozentwerte. Der Index ist ein Koeffizient auf Basis der Werte 4, 3, 2 und 1 für die Antwortvorgaben in obiger Reihenfolge. "Keine Angabe" wurde nicht berücksichtigt.

Die noch 1977 ähnlichen Einstellungen zu ökologischen Gruppierungen in Frankreich und der Bundesrepublik haben sich in den 1980er Jahren deutlich zugunsten einer positiveren Einschätzung in der Bundesrepublik gewandelt. Das indizieren zum einen die bereits erwähnten Untersuchungen zum Unterstützungspotential (Fuchs/Rucht 1992). Ein weiterer Indikator sind die unten vorgestellten Befragungen zur Wahrnehmung von Umwelt-

problemen in beiden Ländern. Schließlich ergeben sich bei der Frage nach der persönlichen Wichtigkeit bestimmter Gruppen und Organisationen deutlich höhere Werte für Umweltorganisationen in der Bundesrepublik als in Frankreich (Eurobarometer Herbst 1990; Weßels 1991: 32).

Einen direkten Vergleich der Einstellungen zu Umweltschutzgruppen in den USA und der Bundesrepublik ermöglicht eine 1980 und 1982 durchgeführte Untersuchung, die auch Großbritannien einbezog (Kessel/Tischler 1984). Auf die Frage "Wie stehen Sie zu Gruppen, die sich für den Umweltschutz einsetzen? (z.B. Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände)" ergab sich auf einer Sieben-Stufen-Skala von "sehr dagegen" bis "sehr dafür" eine im Durchschnitt positivere Haltung in der Bundesrepublik (Mittelwert 1980: 5,7; 1982: 5,4) als in den USA (1980: 5,0; 1982: 4,7). Auf die 1982

Tabelle 6.11
Wahrnehmung des Beitrags verschiedener Gruppen/
Institutionen zur Lösung von Umweltproblemen in den USA
und der Bundesrepublik, 1982

	USA	BRD
Naturschutzverbände	4.93	5.77
Umwelt-Bürgerinitiativen	4.37	5.03
Wissenschaftler und Techniker	4.82	4.86
Bevölkerung	3.87	3.95
Regierung in Bund und Ländern	3.25	4.02
Politische Parteien	2.30	3.50
Industrie	2.98	2.88
Gewerkschaften	2.19	2.57

Quelle: Kessel/Tischler (1984:190ff.). Arithmetische Mittelwerte auf einer Skala von Stufe 1 ("wenig") bis 7 ("viel").
 Frage: "Wieviel werden folgende Gruppen zur Lösung von Umweltproblemen beitragen?"

gestellte Frage, wieviel diverse Gruppen zur Lösung von Umweltproblemen beitragen werden, schnitten Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen im Umweltbereich in der Bundesrepublik besser ab in den USA (Tabelle 6.11). Sie werden in beiden Ländern an erster Stelle genannt; auf den weiteren Plätzen ergibt sich eine fast identische Reihenfolge. Die markanteste Differenz besteht in der höheren Einschätzung des Beitrags der Parteien in der Bundesrepublik.

Die Wahrnehmung von Umweltproblemen in Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist ebenfalls in verschiedenen Eurobarometer-Umfragen ermittelt worden. Hierbei zeigt sich nahezu durchgängig das Muster einer geringeren Umweltsensibilität in Frankreich gegenüber der Bundesrepublik.

Dies gilt für die Zahl derer, die

- (a) im Eurobarometer von 1982 eine positive bzw. negative Haltung zum Umweltschutz einnahmen (Rohrschneider 1988: 357),
- (b) in drei Umfragen von 1988/89 den Umweltschutz als "sehr wichtig" einstufen (Frankreich: 88, 94 und 93 Prozent; Bundesrepublik: 97, 98 und 98 Prozent) (Hofrichter/Reif 1990: 126),
- (c) in den selben drei Umfragen den Umweltschutz innerhalb einer Reihe von verschiedenen Sachthemen (Arbeitslosigkeit, Sicherung der Renten, Preisstabilität usw.) als "sehr wichtig" einstufen (Frankreich: Platz 4, Bundesrepublik: Platz 1) (ebd., S. 125),
- (d) bei Umfragen 1986 und 1988 den Umweltschutz als "dringendes Problem" einstufen (Frankreich 56 und 59 Prozent; Bundesrepublik 80 und 84 Prozent);
- (e) in zwei Umfragen von 1989 nach dem wichtigsten, zweitwichtigsten und drittwichtigsten Problem den Umweltschutz an erster Stelle einordneten (Frankreich: 5 und 4 Prozent; Bundesrepublik: 23 und 23 Prozent) (ebd., S. 132),
- (f) in zwei Umfragen von 1983 und 1986 den Umweltschutz als "eines von den drei wichtigsten Problemen" einstufen (Frankreich 42 und 24 Prozent; Bundesrepublik 64 und 54 Prozent) (ebd., S. 132).

Bei allen genannten Items nahm die Bundesrepublik unter den zehn Ländern der EG einen Platz in der Spitzengruppe ein, während Frankreich unterhalb des EG-Durchschnitts rangierte.

Die Eurobarometer-Umfragen erlauben darüber hinaus eine längere ländervergleichende Zeitreihenuntersuchung zur Wichtigkeit des Umweltproblems. Hierbei ergibt sich, daß noch 1976 und 1978 Umweltprobleme in Frankreich als wichtiger eingestuft wurden als in der Bundesrepublik. Erst danach stellt sich eine umgekehrte Reihenfolge ein (Tabelle 6.12).⁵² Dieses

⁵² Den Trend in der Bundesrepublik (West) spiegeln auch Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz auf Basis des Wohlfahrtssurveys. Die Zahl derer, die mit dem Umweltschutz eher zufrieden war, ging von 1978 (40 Prozent) auf 1984 (22 Prozent) zurück, um 1988 einen mittleren Wert (30 Prozent) anzunehmen. Die Zahl der Un-

Ergebnis korrespondiert mit dem bereits beschriebenen Befund, daß in den 1970er Jahren in Frankreich eine relativ entwickelte Ökologiebewegung vorhanden war, die jedoch im folgenden Jahrzehnt an Bedeutung verlor.

Tabelle 6.12
Wichtigkeit des Umweltproblems in Frankreich und der Bundesrepublik, 1976-1989

	Die Natur schützen und Umweltverschmutzung bekämpfen			
	Jahr	FRA	BRD	EG
halten für "sehr wichtig"	1976	70.6	63.7	62.7
	1978	60.5	54.8	56.9
	1983	53.0	63.5	56.1
	1987	56.0	69.1	61.3
	1989	68.4	82.6	77.6

Quelle: Hofrichter/Reif (1990:129). Prozentwerte auf Basis von Eurobarometer-Umfragen 1976-1987 (Herbst) und 1989 (Frühjahr). Die Angaben für die EG beruhen auf dem gewichteten Mittel der neun (1976 und 1978), der zehn (1983) und der zwölf (1987 und 1989) Mitgliedsstaaten.

Für den Vergleich der Wahrnehmung von Umweltproblemen in den USA und der Bundesrepublik können wir wiederum auf die Untersuchungen von Kessel/Tischler (1984) zurückgreifen. In Tabelle 6.13 sind die Ergebnisse für einige der dort erhobenen Items zusammengestellt. In der Tendenz zeigt sich eine etwas größere Besorgnis um die Umwelt in der Bundesrepublik als in den USA. Dieser Eindruck verstärkt sich bei der Heranziehung weiterer, hier nicht ausgewiesener Items der genannten Untersuchung von Kessel/Tischler. Er wird zudem gestützt durch eine Zusammenstellung von Daten aus dem Eurobarometer 18 (Herbst 1982) für Frankreich und die Bundesrepublik und einer Gallup-Umfrage in den USA (Dalton 1988: 109). Der Prozentsatz derer, die den Umweltschutz für wichtiger als das Wirtschaftswachstum hielten, betrug in der Bundesrepublik 64, in den USA 61 und in Frankreich 58 Prozent.

zufriedenen entwickelte sich von 39 Prozent (1978) über 58 Prozent (1984) auf 46 Prozent (1988) (Statistisches Bundesamt 1992: 518).

Tabelle 6.13**Wahrnehmung von Umweltproblemen in den USA und der Bundesrepublik, 1980 und 1982**

	USA		BRD	
	1980	1982	1980	1982
"Um zu überleben, muß der Mensch mit der Natur im Einklang leben"	6.2	6.0	6.4	6.3
"Es gibt Grenzen des Wachstums, über die hinaus sich unsere industrialisierte Welt nicht ausdehnen kann"	4.3	4.3	5.8	5.6
"Die Umweltverschmutzung steigt gefährlich an"	--	5.2	--	6.2

Quelle: Kessel/Tischler (1984:19,115). Arithmetische Mittelwerte auf einer Skala von 1 ("lehne stark ab") bis 7 ("stimme stark zu").

Neben diesen Veränderungen von Einstellungen auf der Ebene der Gesamtbevölkerung sind - wie bei den Frauenbewegungen - auch die unmittelbaren Einflüsse der Ökologiebewegungen auf andere neue soziale Bewegungen hervorzuheben. So verweist Milbrath (1984: 74) auf wichtige Verbindungen der Ökologiebewegung zur Anti-Atomkraft-, Friedens-, Frauen- und Verbraucherbewegung. Aufgrund von Mehrfachengagements von Aktivisten und thematischer Berührungspunkte sickern somit ökologische Themen und Forderungen in nahezu alle aktivistischen Gruppen der neuen sozialen Bewegungen ein, auch wenn diese jeweils vorrangig andere Ziele verfolgen mögen.

Materielle Policy-Ergebnisse

Der wichtigste Maßstab für Fortschritte und Erfolge der Umweltpolitik ist der Zustand der Umwelt selbst. Hier fällt allerdings eine Bilanz besonders schwer. Zum einen sind das Spektrum von der lokalen bis zur globalen Ebene sowie eine Fülle von Problembereichen zu berücksichtigen (von der Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten über die Erhaltung von Flora und Fauna bis hin zum Schutz der Erdatmosphäre). Zum zweiten

sind bekanntermaßen viele Beeinträchtigungen bzw. Verbesserungen der Umweltqualität in ihren Auswirkungen erst langfristig sichtbar. Zum dritten wird ein Teil der Probleme - zum Beispiel durch Müllexport⁵³ - verlagert und damit in nationalen Umweltbilanzen verdeckt. Schließlich kann selbst die bloße Erhaltung des Status quo, beispielsweise in Form der Verhinderung geplanter Eingriffe in die Natur, bereits als materielles Politikergebnis verbucht werden.

Die Bilanzierung der Erfolge und Mißerfolge der Umweltpolitik ist hochgradig abhängig von Status und Perspektive des Akteurs. Dabei zeigte sich vor allem in den 1970er Jahren länderübergreifend das Grundmuster apokalyptischer Szenarien auf seiten der radikalökologischen Kritiker⁵⁴ und von Beschwichtigungen bzw. Erfolgsmeldungen auf seiten der verantwortlichen Umweltpolitiker. Inwieweit die jeweiligen Akteure Recht hatten, inwieweit selbst Übertreibungen angebracht waren, weil sie präventive Maßnahmen auslösten, inwieweit sich vor allem die materiellen Bedingungen der Umwelt im einzelnen gewandelt haben (und das kann nur Sektor für Sektor geprüft werden), läßt sich hier nicht beurteilen.⁵⁵ Viele in ländervergleichenden Analysen herangezogene Indikatoren, etwa der Anteil von Naturschutzgebieten an der Gesamtfläche eines Landes⁵⁶, der Ausstoß bestimmter Schadstoffe, die Nitratbelastung des Grundwassers usw. - sind als Erfolgs- oder Mißerfolgsmessungen von Umweltbewegungen und Umweltpolitik nicht sehr aussagekräftig, weil sie unterschiedliche Ausgangsbedingungen sowie Faktoren wie Bevölkerungsdichte und Dichte belastender In-

⁵³ 1986/87 importierte Frankreich 290.000 t und exportierte 25.000 t gefährlichen Müll. Die Bundesrepublik dagegen importierte 40.000 t und exportierte 700.000 t (Task Force 1990: 118). Damit ist sie "Weltmeister" im Müllexport.

⁵⁴ So bescheinigt Armin Bechmann, Direktor des Instituts für Landwirtschaftsökonomie der Technischen Universität Berlin und Mitglied im Kuratorium des Öko-Instituts Freiburg, der staatlichen Umweltpolitik in der Bundesrepublik, sie sei ein "bankrottetes Reparaturunternehmen" (Bechmann 1984: 124). Kritisch ist auch die Bilanz von Hubert Weinzierl (1993), dem Vorsitzenden des *Bund Naturschutz in Bayern* und des BUND.

⁵⁵ Für einen aktuellen Überblick der Umweltpolitik und ihrer Effekte in den USA vgl. Rosenbaum (1991) und Scheffer (1991), in der Bundesrepublik vgl. OECD (1993a); für Indikatoren zum Zustand der Umwelt in den OECD-Ländern vgl. OECD (1985; 1993).

⁵⁶ In Frankreich belief sich der Anteil an Landschaftsschutzgebieten auf weniger als zehn Prozent und an Naturschutzgebieten auf weniger als zwei Prozent des gesamten Staatsgebiets (Mathieu 1992: 93). In der Bundesrepublik betrug 1986 der Anteil der Naturparke 21,8 Prozent, der Naturschutzgebiete 1,1 Prozent und der Nationalparke 2,2 Prozent (Statistisches Bundesamt 1987: 352). In den USA betrug der Anteil der Nationalparke an der Gesamtfläche des Landes 3,3 Prozent, der des *Fish and Wildlife Service* 4,0 Prozent (Rosenbaum 1991: 274). Hinzu kommen noch die Naturschutzparke (*state parks*) der Einzelstaaten.

dustrien nicht in Rechnung stellen und zumeist auf Durchschnittswerten beruhen, welche über die Schwere lokaler oder regionaler Schäden keine Auskunft geben.

Es sprechen jedoch nahezu alle verfügbaren Indikatoren dafür, daß die Umweltbewegungen in den USA und der Bundesrepublik einen weitaus größeren Druck auf die materielle Umweltpolitik ausübten als die Bewegung in Frankreich. Jänicke (1992) sieht bei einer Messung der Veränderungen der Umweltqualität zwischen 1970 und 1985 die USA vor der Bundesrepublik und diese vor Frankreich. Weidner (1991: 148) betont die Kontinuität der Umweltpolitik in der Bundesrepublik und rechnet sie zusammen mit wenigen anderen Ländern wie Japan, Schweden, Schweiz und die Niederlande zur internationalen Spitzengruppe. Gemessen an den Ausgaben für den Umweltschutz in Prozent des Bruttosozialprodukts rangierte 1991 die Bundesrepublik (1,74 Prozent) vor den USA (1,36) und Frankreich (0,91).⁵⁷ Die gleiche Reihenfolge ergibt eine Analyse des "state environmentalism", welcher sich auf die staatliche Anerkennung internationaler Umweltschutzabkommen bezieht (Dietz/Kalof 1992). Die Ausgaben für Umweltforschung lagen 1989 in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie in Frankreich (Comolet 1991: 45). Ein sektoraler Vergleich zwischen Frankreich und der Bundesrepublik im Bereich der Luftreinhaltung und der KFZ-Abgasregelung zeigt den Nachholbedarf Frankreichs (Roqueplo 1988). Selbst ein jüngst erschienener offizieller Bericht der französischen Regierung bescheinigt der eigenen Umweltpolitik von 1970 bis 1990 lediglich ein "im allgemeinen mittelmäßiges Ergebnis".⁵⁸

Der Abstand zu Frankreich zeigt sich weiterhin an der geringeren Dichte und Strenge von Umweltgesetzen (z.B. zum Immissionsschutz, zur Regulierung von Jagd und Fischerei, zur umweltgerechten Verkehrspolitik), aber auch im Rahmen der Umweltpolitik der EG bzw. EU, wo die Bundesrepublik zusammen mit den Niederlanden und Dänemark eine eher treibende Rolle, Frankreich dagegen eine mittlere oder gar bremsende Rolle einnimmt (Hey/Brendle/Weinber 1992).

Der Eindruck eines geringeren Drucks der französischen Umweltbewegung bestätigt sich schließlich auf der Ebene von Konflikten um konkrete Bauvorhaben. Ganz abgesehen von der Niederlage der französischen Anti-

⁵⁷ *Die Zeit* vom 30.6.1993, S. 22. Auch diese Zahlenvergleiche sind nur bedingt aussagekräftig. Sie können zu einem hohen Anteil auf Ausgaben für *end-of-pipe*-Technologien beruhen, die zunächst lediglich mit Maßnahmen am Ende der Produktionskette (z.B. Filteranlagen in Schornsteinen), aber nicht an den Entstehungsquellen von Schadstoffen ansetzen.

⁵⁸ *Plan national pour l'environnement*, zit. nach Mathieu (1992: 6).

Atomkraftbewegung war auch dem Widerstand gegen andere technisch-industrielle Projekte nur selten Erfolg beschieden, während in der Bundesrepublik und den USA etliche Projekte verhindert und viele zumindest zugunsten des Umweltschutzes modifiziert werden konnten.

Institutionelle und prozedurale Ergebnisse

Etwas einfacher fällt die Beurteilung der Wirkungen der Umweltbewegungen auf der Ebene umweltpolitischer Verfahrensregeln und Institutionen. Hier zeigt sich ein zeitlicher Vorlauf in den USA hinsichtlich der Gesetzgebung sowie des Aufbaus von Beratungs-, Kontroll- und Implementationsorganen - mit Ausnahme des fehlenden, seit Sommer 1993 jedoch geplanten Umweltministeriums. Viele der in den USA realisierten Regelungen und Einrichtungen dienten anderen Ländern als Vorbild. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die *Environmental Protection Agency* (EPA), das *Office of Technology Assessment* (OTA), die für größere Bauvorhaben vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung, eine Reihe von Umweltschutzgesetzen (zusammenfassend Meissner 1990) sowie Regelungen, die unter anderem Verfahrensbeteiligungen für Bürger und weitreichende Informationsmöglichkeiten vorsehen. Auch bestehen neben verwaltungsrechtlichen Interventionsmöglichkeiten beachtliche zivilrechtliche Klagemöglichkeiten im Bereich der Umweltpolitik (Bongaerts 1986).

In der Bundesrepublik wurde ein analoges Spektrum von Einrichtungen und Verfahren geschaffen (Kaczor 1989). Dazu gehören die Etablierung von Landesministerien für Umweltschutz⁵⁹ und eines Bundesministeriums für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1986)⁶⁰, das Bundesumweltamt (1974), Beratungsgremien wie die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (1971; dazu Müller 1986: 71f.), der Sachverständigenrat für Umweltfragen (1971), der Ausbau des Umweltstrafrechts sowie (begrenzte) Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger bzw. anerkannte Verbände im Rahmen des Bundesbaugesetzes, des Städtebauförderungsgesetzes, des Fluglärmsgesetzes, des Atomgesetzes und des Naturschutzgesetzes. Auch auf kommunaler Ebene entstand eine Vielzahl von umweltpolitischen Einrichtungen in Form von speziellen Behörden und Beratungseinrichtungen. Schließlich fand die Wertschätzung des Umweltschutzes einen Ausdruck in

⁵⁹ Von Dezember 1970 bis Dezember 1971 wurden in fünf Bundesländern Umweltministerien etabliert. Mit der Einrichtung eines entsprechenden Ressorts 1988 in Schleswig-Holstein war dieser Prozeß in der alten Bundesrepublik abgeschlossen.

⁶⁰ Das Ministerium wurde im Juni 1986 kurz nach der Katastrophe von Tschernobyl geschaffen (dazu Pehle 1988).

einschlägigen Studiengängen und der Umwelterziehung in den Schulen. Die Fülle dieser Einrichtungen und Maßnahmen sollte allerdings nicht über ihre begrenzte Wirkung hinwegtäuschen. Insbesondere wird für die bundesdeutsche Umweltpolitik nicht so sehr der Mangel an Institutionen und Regeln, sondern vielmehr ein anhaltendes Vollzugsdefizit beklagt (Mayntz 1978).

Vergleichsweise bescheiden fallen dagegen die entsprechenden Ergebnisse in Frankreich aus. Zwar wurden dort bereits 1971 ein Staatssekretariat für Umweltschutz und entsprechende Beratungseinrichtungen⁶¹ geschaffen, doch blieb die staatliche Umweltpolitik ganz im Schatten von mächtigen Ressorts wie denen für Industrie, Technik und Landwirtschaft, die dem Umweltschutz kaum Bedeutung schenkten und stattdessen eine offensive Politik ökonomischer Modernisierung betrieben.⁶² Die Fachgesetzgebung begann relativ spät und fiel nicht sehr restriktiv aus.⁶³ In den letzten Dekaden kam es lediglich zu einer marginalen Ausweitung bürgerschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten (Pollak 1981: 434).⁶⁴ Auch die nach dem Regierungswechsel von 1981 eingeleitete Dezentralisierungspolitik schuf im Hinblick auf umweltpolitische Belange keine grundlegend neuen Voraussetzungen. Anders als in den meisten vergleichbaren Ländern sind zudem die Möglichkeiten gerichtlicher und sonstiger verfahrensförmiger Interventionen im Interesse des Umweltschutzes in Frankreich nahezu bedeutungslos. Aufgrund eines von staatlicher Seite festgestellten "öffentlichen Nutzens" (*utilité publique*) bei großen Bauvorhaben werden Einsprüche der Bürger in aller Regel übergangen.⁶⁵ Erst gegen Ende der 1980er

⁶¹ 1972 wurde der *Haut Comité de l'environnement*, ein umweltpolitisches Beratungsgremium für die Regierung, etabliert.

⁶² Die geringe Bedeutung des staatlichen Umweltschutzes zeigt sich auch am Budget des französischen Umweltministeriums, das zwischen 1980 und 1990 - bei einem um 80 Prozent gewachsenen Staatshaushalt - von 0,11 Prozent der zivilen Staatsausgaben auf 0,063 Prozent zurückging (Mathieu 1992: 6). Die Ausgaben für Umwelt und Naturschutz in der Bundesrepublik betragen 1990 0,27 Prozent des Bundeshaushalts. Hinzuzurechnen wären hier allerdings die entsprechenden Ausgaben der Bundesländer.

⁶³ Den Eckpfeiler des modernen Umweltschutzrechts bildet das Gesetz über den Schutz der Natur und der Arten von 1976. Zu nennen sind ferner das Abfallgesetz (1975), die Novellierung des Gesetzes über die Luftreinhaltung (1961/1980), Gesetze über Bergregionen (1985) und Küstenzonen (1986) sowie das Gesetz zum Umgang mit Risikoeinrichtungen (1987) (Vernier 1992: 109; weiterführend: Prieur 1991; speziell zu Informations- und Partizipationsrechten Dyssli 1991). Schließlich verabschiedete die Nationalversammlung 1990 ein "Grünes Programm".

⁶⁴ Erwähnenswert ist das Gesetz von 1983 über die "Demokratisierung der öffentlichen Untersuchungen", d.h. der Prüfverfahren im Zuge größerer Bauvorhaben. Das Gesetz bezieht sich jedoch im Kern eher auf die öffentliche Ankündigung von Projekten als auf die Bürgerbeteiligung.

⁶⁵ Bei größeren Bauvorhaben wie zum Beispiel Atomkraftwerken haben nach dem

Jahre deutete sich in den Spitzen von Regierung und Bürokratie der Wille zu einer nachdrücklicheren Umweltpolitik an. Dies kam auch in der 1988 erfolgten Besetzung des Umweltressorts durch Brice Lalonde, eines prominenten Ökologen, zum Ausdruck. Daß Lalonde jedoch auf eigenen Wunsch 1992 aus der Regierung ausschied und bereits zuvor die ökologische Liste *Génération Ecologie* initiiert hatte, zeigt jedoch, wie schwer es der Chef eines "Ministeriums des Unmöglichen"⁶⁶ in Frankreich haben muß.

Funktionen der Ökologiebewegungen

Über ihre primären Zielsetzungen hinaus erfüllten die Ökologiebewegungen modernisierende Funktionen, die hier nur summarisch bilanziert werden.

Auf struktureller Ebene hat sich die Umweltpolitik als neuer Politikbereich ausdifferenziert und institutionalisiert.⁶⁷ Weniger eindeutig ist der Effekt auf der Persönlichkeitsebene. Vordergründig erscheint es, als habe die ökologische Debatte durch die Propagierung ganzheitlicher, nicht anthropozentrischer Weltbilder und von "Rechten der Natur" dem Trend zur Ich-Zentrierung entgegengewirkt. Im Gesamtbild wurde jedoch im Zuge der ökologischen Debatte Ich-Zentrierung eher verstärkt als abgeschwächt. Ökologische Belange werden vor allem deshalb ernst genommen, weil ansonsten der Mensch Schaden erleidet ("Die Natur schlägt auf den Menschen zurück."). Damit verbindet sich Sorge um die eigene Gesundheit und ein neues Körperbewußtsein bis hin zu einem regelrechten Körperkult. Der Sachverhalt, daß die natürlichen Reproduktionsgrundlagen weithin Kollektivgüter darstellen und ihre Sicherung deshalb auch kollektiver Anstrengungen bedarf, verdeckt lediglich vordergründig den Aspekt, daß ein individualistisches Weltbild mit ökologischen Forderungen durchaus verträglich ist.

Umweltschutzgesetz von 1976 Bürger im Umkreis von fünf Kilometern die Möglichkeit zur Akteneinsicht und Stellungnahme. Diese Stellungnahmen werden unter Leitung des Präfekten zu einem Bericht verarbeitet und an das Industrieministerium weitergeleitet, ohne jedoch formell berücksichtigt werden zu müssen. Bürger und zugelassene Vereinigungen können zudem gegen Bauvorhaben Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben, haben dort jedoch nur im Falle von groben Verfahrensfehlern Erfolgsaussichten. Zu den Details vgl. Pollak (1981).

⁶⁶ Dies war der optimistisch gemeinte Titel eines Buches, das Robert Poujade als erster Umweltminister verfaßt hatte.

⁶⁷ Dabei haben - anders als es die Beschreibung der Funktionsprinzipien autopoietischer Systeme durch Luhmann nahelegt - ökologische Gesichtspunkte auch innerhalb der Ökonomie begrenzte Geltung erlangt. Dieser Vorgang wäre mit Richard Münch (vgl. 1.1.1) als Interpenetration, aber nicht, wie manche Beobachter meinen (z.B. Froschauer/Lueger 1993), als Entdifferenzierung zu begreifen.

In einem konventionelleren Wortsinne ist darüber hinaus zu Recht auf modernisierende Funktionen der Ökologiebewegungen hingewiesen worden.⁶⁸ Das gilt zum einen für ihren Beitrag zur ökologischen Modernisierung. Wurden die Bewegungen zunächst überwiegend als Bremsklotz der Technologie- und Wirtschaftspolitik begriffen und - zumindest in der Bundesrepublik - als Verursacher eines "Investitionsstaus" gescholten, so hat sich diese Wahrnehmung eher in das Gegenteil verkehrt.⁶⁹ Ganze Wissenschafts- und Industriezweige profitieren heute vom Umweltschutz (Jänicke 1979) und propagieren schon um der Erhöhung ihrer Marktanteile willen die Notwendigkeit umfassender Schutz- und Korrekturmaßnahmen. Selbst Branchen wie die Chemieindustrie präsentieren sich inzwischen als Hüter des Umweltschutzes.⁷⁰ Große, umweltverschmutzende US-Konzerne haben sich als Sponsoren des *Earth Day* 1990 hervorgetan (Gottlieb 1993: 204). Der Markt für Umweltschutz wächst überdurchschnittlich. Länder und Industriezweige, die frühzeitig den technischen Umweltschutz gefördert und Umweltbelastungen reduziert haben, scheinen heute wichtige Wettbewerbsvorteile zu genießen. So gesehen wären sie den Ökologiebewegungen zu Dank verpflichtet, wenngleich von diesen die Wende "von der Öko-Utopie zum Öko-Kapitalismus" (Comolet 1991) kaum beabsichtigt war. Die Ökologie ist integraler Teil des kapitalistischen Weltsystems geworden (Guattari 1989) und hat ihren kritischen Stachel weitgehend verloren.

Eine zweite Funktion der Ökologiebewegung war die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements, die sowohl zur Linderung ökologischer Probleme (etwa durch verändertes Konsumverhalten oder die oft ehrenamtliche Tätigkeit im aktiven Umweltschutz) als auch zu einer partiellen gesellschaftlichen Demokratisierung beigetragen hat.⁷¹ Auch wenn diese Faktoren nicht überschätzt werden sollten, so hatten sie doch in ihrer Tendenz eine stabilisierende Wirkung für den wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. In-

⁶⁸ Vgl. dazu verschiedene Beiträge in Prittwitz (1993).

⁶⁹ Die Bundesrepublik war 1990 mit 21 Prozent am Welthandel für umweltschutzrelevante Güter beteiligt und nahm damit die Spitzenposition ein.

⁷⁰ Dabei ist es oft schwer, zwischen symbolischer Politik und realen Veränderungen zu unterscheiden. Seit 1993 gibt es in der Bundesrepublik sogar einen 70 Betriebe umfassenden *Verband UnternehmensGrün*, der die Beschränkung vieler Unternehmen auf bloße Umweltrhetorik scharf kritisiert.

⁷¹ Jänicke (1993: 165) sieht Tendenzen einer politischen Modernisierung im Sinne einer funktionellen und räumlichen Dezentralisierung in Kombination mit neuen kooperativen Integrationsmechanismen. Für den letztgenannten Aspekt ließen sich namentlich die vor allem in den USA praktizierten *mediation*-Verfahren anführen (Douglas 1987; Crowfoot/Wondolleck 1991). Dagegen scheinen die Zentralisierungstendenzen in den westlichen Ländern zu überwiegen. Lediglich in Frankreich ist eine - nicht sehr weitgehende - Dezentralisierung eingeleitet worden.

zwischen sehen auch aufgeschlossene Politiker in den Umweltschutzgruppen eher eine Bereicherung des demokratischen Prozesses denn einen Störfaktor, so daß die These von der "neuen Produktivkraft Partizipation" (Naschold 1972: 45) eine späte Rechtfertigung zu erfahren scheint.

6.3 Zusammenfassung

1. Strukturelle Bedingungen und auslösende Faktoren für die Ökologiebewegungen sind in den drei Ländern sehr ähnlich. Unter den konkreten Auslösern spielten wissenschaftliche Publikationen und die Propagierung des Umweltthemas durch staatliche Stellen auf nationaler und internationaler Ebene eine wichtige Rolle. Größere Umweltkonflikte hatten in den USA und Frankreich eine katalysatorische Wirkung, erlangten jedoch in der Bundesrepublik erst in späteren Phasen eine gewisse Bedeutung.

2. Große Ähnlichkeiten zwischen den Ökologiebewegungen in den drei Ländern bestehen in ideologischer und programmatischer Hinsicht. Zwar sind unterschiedliche Akzentuierungen erkennbar: So spielt die Staats- und Systemkritik in Frankreich und der Bundesrepublik eine größere Rolle als in den USA. In Frankreich wiederum sind im Unterschied zu den beiden anderen Ländern ökologische Themen meist eng mit der Idee von Dezentralität und regionaler Eigenständigkeit verknüpft. Insgesamt aber findet sich in allen drei Ländern ein Rekurs auf die gleichen Grundgedanken und geistigen Quellen. Auch in sozialstruktureller Hinsicht ergibt sich ein weitgehend identisches Bild. Markanter sind dagegen die länderspezifischen Unterschiede im Hinblick auf die übrigen hier herangezogenen Kriterien.

3. Vergleicht man die Entwicklungsdynamik der Bewegungen, so verläuft die Formierung am frühesten in den USA und mit nur geringer Verzögerung in Frankreich, während die Bundesrepublik zunächst nachhinkt. In den USA verlor die Ökologiebewegung gegen Ende der 1970er Jahre an Schwungkraft, wurde dann aber durch die industriefreundliche Politik unter Präsident Reagan wieder gekräftigt. Auch in Frankreich setzte etwa zeitgleich eine Stagnationsphase ein; danach kam es allerdings zu einem Rückgang der Gruppen der politischen Ökologie bei gleichzeitigem Anwachsen der Umweltverbände. In der Bundesrepublik ist dagegen eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung bis heute zu verzeichnen.

4. Die Organisationsunterschiede sind beträchtlich. In den USA dominieren große, nationale und professionell vorgehende Mitgliederorganisationen; sie werden allerdings durch keinen Dachverband integriert. Die grüne Partei ist völlig unbedeutend. In Frankreich sind alle Teile der Ökologiebewegung relativ ressourcenschwach. Zwar erlangte die französische Dachorganisation der Umweltverbände zunehmend mehr Gewicht, doch nehmen sich diese im Vergleich zu den großen Verbänden in den USA und der Bundesrepublik äußerst bescheiden aus. Auch die französischen Grünen sind schwach an Mitgliedern und Ressourcen, konnten allerdings in den vergangenen Jahren ansehnliche Wahlerfolge verbuchen. In der Bundesrepublik sind dagegen die ökologischen Basisgruppen, die größeren Umweltverbände und die Partei der *Grünen* als die drei Säulen der ökologischen Bewegung relativ gleichmäßig entwickelt und eng miteinander verbunden.

5. Auch im Hinblick auf Mobilisierungsfähigkeiten, Strategien und bevorzugte Aktionen zeigen sich signifikante Unterschiede. In den USA überwiegen pragmatische Politikkonzepte und Lobbying-Strategien, während in der Bundesrepublik zumindest bis zu den frühen 1980er Jahren konfrontative Strategien und Massenmobilisierungen im Vordergrund standen. In Frankreich wiederum, wo die Ökologiebewegung eine geringe Mobilisierungskraft aufwies und zugleich mit einer ablehnenden Haltung des Staatsapparats und fast aller Parteien konfrontiert war, bot sich die Einflußnahme über Wahlbeteiligung und parlamentarische Vertretung an. Allerdings blieb dieser Weg im Grundsatz wie auch aufgrund von Organisationsrivalitäten umstritten.

6. Hinsichtlich der Erfolge der Umweltbewegungen ist ein erheblicher Abstand zwischen den USA und der Bundesrepublik einerseits und Frankreich andererseits zu konstatieren. Ob die Wahlerfolge grüner Parteien in Frankreich in den vergangenen Jahren bald zur Schließung dieser Lücke beitragen werden, ist zu bezweifeln. In funktionaler Perspektive ist der Beitrag der Ökologiebewegungen zur Modernisierung im Sinne systemischer Differenzierung, aber auch - wenngleich weniger offenkundig - weiterer Ich-Zentrierung hervorzuheben. Zudem ist ihr Einfluß auf die ökologisch-industrielle Modernisierung unverkennbar. Der rechtzeitige Umstieg auf einen "grünen Kapitalismus" scheint sich als Wettbewerbsvorteil bezahlt zu machen - ein Effekt, den die politische Ökologiebewegung so nicht gewollt hat.

Kapitel 7

Kontextstruktur und Mobilisierungsstruktur

In den drei vorausgegangenen, weitgehend analytisch-deskriptiv angelegten Kapiteln wurden die nationalen Profile der neuen sozialen Bewegungen umrissen und speziell für die Frauen- und die Ökologiebewegungen detaillierter behandelt. Eine andere Sache ist es, bestimmte Merkmale von Bewegungen zu erklären. Einen ersten Schritt hierzu unternimmt dieses Kapitel. Dabei geht es um die Erklärung von Mobilisierungsstrukturen als eines relativ *stabilen* Charakteristikums von Bewegungen. (Der zweite, ergänzende Schritt, die Erklärung der Mobilisierungsstärke und Policy-Effekte von Bewegungen im Länder-, Themen und Zeitvergleich, erfolgt im Kapitel 10). Zunächst werden die wesentlichen Merkmale der Frauen- und Ökologiebewegungen in vergleichender Perspektive thesenförmig zusammengefaßt. Ausgehend von einer Diskussion verschiedener Konzepte politischer Gelegenheitsstrukturen skizziere ich dann ein Konzept gesellschaftlicher Kontextstruktur, um speziell die länderspezifischen Ausprägungen von Mobilisierungsstrukturen zu erklären. Abschließend wird auf Schwierigkeiten und Grenzen dieses Versuchs hingewiesen.

7.1 Zusammenfassung der deskriptiven Befunde

1. *Sozialstruktur*: In dieser Hinsicht ergibt der Vergleich beider Einzelbewegungen keine signifikanten Unterschiede, sieht man einmal von der Trivialität ab, daß die Frauenbewegungen vor allem von Frauen getragen werden. Auch im Ländervergleich zeigen sich kaum markante Abweichungen. Im Ganzen wird das in verschiedensten Zusammenhängen gewonnene Bild bestätigt, daß sich beide Bewegungen in den drei Ländern überwiegend aus Angehörigen der Mittelschicht mit überdurchschnittlich hoher Bildungsqualifikation zusammensetzen. Dabei sind vor allem Personen aus dem Humandienstleistungsbereich und sog. "Sinnvermittler" überrepräsentiert. Die noch für die 1970er Jahre festgestellte Dominanz der jüngeren Altersklas-

sen, namentlich der Gruppe zwischen 20 und 40 Jahren, scheint mit der zunehmenden Verweildauer in den Bewegungen und der ohnehin stattfindenden Diffusion der Bewegungen in andere Altersgruppen zurückzugehen.

2. *Ideologie und Programmatik*: Ungeachtet ihrer unterschiedlichen konkreten Zielsetzungen besitzen Frauen- und Ökologiebewegungen durchaus Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer Leitwerte, Politikvorstellungen und Gesellschaftsentwürfe. Die Träger beider Bewegungen sind überwiegend linke Postmaterialisten. Gegen technokratische bzw. rein repräsentative Politikmodelle werden partizipatorische und teilweise radikal-demokratische Konzepte verfochten. Beide Bewegungen propagieren die Zielvorstellung einer humanen und solidarischen Gesellschaft, die in ihren Binnenbeziehungen und ihrem Verhältnis zur Natur nicht vorrangig einer instrumentellen Rationalität gehorchen soll. Im Unterschied zu den Frauenbewegungen besetzen die Ökologiebewegungen ein breiteres politisch-ideologisches Spektrum. So können ökologische Anliegen auch von der politischen Rechten vertreten werden, während dies für Forderungen der Frauenbewegungen kaum vorstellbar ist.¹ Allerdings sind zumindest unter den Aktivisten ökologischer Bewegungen Anhänger der politischen Rechten marginal.

Länderspezifische Akzentuierungen in Ausformung und Radikalitätsgrad dieser bewegungsübergreifenden Ideologie sind erkennbar, aber nicht sehr markant. So scheinen fundamentalistische Orientierungen in Frankreich und speziell der Bundesrepublik ausgeprägter zu sein, während in den USA insgesamt eine pragmatischere Ausrichtung vorherrscht, wenngleich sowohl in der Frauenbewegung als auch der Ökologiebewegung ein radikaler Zweig besteht.

3. *Strategien, Mobilisierungsstruktur und Mobilisierungsniveau*: In strategischer Hinsicht zeigt der Bewegungsvergleich einen signifikanten Unterschied. Die Frauenbewegungen tendieren zu Formen qualitativer Mobilisierung, d.h. dem intensiven Engagement relativ weniger Aktivistinnen. (Eine Ausnahme hiervon bildet der Abtreibungskonflikt in den USA.) Dagegen sind die Ökologiebewegungen stärker auf quantitative Mobilisierung, insbesondere Massendemonstrationen, orientiert. Wenngleich beide Bewegungen ein vielfältiges Spektrum von Aktionsformen aufweisen, so sind doch disruptive und gewaltförmige Aktionen der Frauenbewegungen im Vergleich zu den Ökologiebewegungen weitaus seltener.

¹ Lediglich im Hinblick auf punktuelle Fragen wie z.B. die Haltung zur Pornographie bestehen vordergründige Übereinstimmungen zwischen Teilen der Frauenbewegung und konservativen Kräften.

Hinsichtlich der Mobilisierungsstruktur treten Unterschiede sowohl zwischen den Bewegungen als auch zwischen den Ländern hervor. Trotz der vorhandenen Formenvielfalt in den Ökologiebewegungen haben dort große, eher konventionell strukturierte Mitgliederverbände insgesamt ein stärkeres Gewicht als in den Frauenbewegungen. Es bestehen dort weitaus mehr solcher Verbände mit durchschnittlich mehr Mitgliedern und umfangreicheren Ressourcen.

Beträchtlich sind insbesondere die länderspezifischen Unterschiede der Mobilisierungsstruktur innerhalb der Frauenbewegungen und der Ökologiebewegungen. Dies betrifft quantitative und qualitative Aspekte. In Frankreich haben beide Bewegungen eine schwache Mobilisierungsstruktur, wobei die der Frauenbewegung besonders dürftig ausfällt. Weitaus entwickelter ist dagegen die Infrastruktur beider Bewegungen in den USA und der Bundesrepublik. In den USA überwiegen Strukturen, die auf eine institutionelle Einflußnahme durch Lobbying und verfahrensförmige Beteiligung (Anhörungen, Klagen) ausgerichtet sind, wenngleich daneben auch in relevantem Maße Graswurzelgruppen bestehen. Dagegen sind grüne Parteien und die gelegentlichen Versuche zur Etablierung einer Frauenpartei in den USA organisatorisch und wahlpolitisch ohne Bedeutung. In Frankreich fehlen weitgehend lobbyistische und auf Verfahrensbeteiligung spezialisierte Organisationen; zugleich sind aber auch autonome Bewegungsgruppen nur schwach ausgebildet. Dagegen hat hier vor allem die Ökologiebewegung wichtige Formationen hervorgebracht, die auf eine wahlpolitische Beteiligung und parlamentarische Repräsentanz zielen, während die Frauenbewegung zwar über keine eigenen Parteien oder Listen verfügt, aber auf existierende Parteien Einfluß zu nehmen sucht. In der Bundesrepublik besitzen bewegungstypische Gebilde in Form von lockeren, basisorientierten Netzwerken ein hohes Gewicht. Daneben finden sich aber auch in nahezu gleichem Umfang Bewegungsverbände und wahlpolitische Strukturen.

Vereinfachend und typisierend kann man somit für die Frauen- und Ökologiebewegungen folgendes Ergebnis festhalten. In den USA überwiegt eine verbandsförmige und in Frankreich eine parteiförmige Mobilisierungsstruktur; in der Bundesrepublik besteht eine "ausgewogene" Mobilisierungsstruktur mit verbands-, partei- und bewegungsförmigen Komponenten. Obgleich analytisch zwischen Verbänden, Parteien und Bewegungen unterschieden werden kann, sind hier verbands-, partei- und genuin bewegungsförmige Elemente *innerhalb* von Bewegungen gemeint. Die Annahme einer solchen Verknüpfung macht durchaus Sinn. Bewegungen treten empirisch fast nie in reiner Form auf, sondern können - wie bereits Heberle (1951) betont hat - durchaus partei- und verbandsförmige Elemente ein-

schließen.² Diese Strukturen sind, wie die Darstellungen in den Kapiteln 5 und 6 gezeigt haben, im Zeitverlauf relativ stabil. Eine ähnliche Beobachtung wurde auch für Parteien gemacht (Panbianco 1988). Dagegen unterliegen die Strategien und tatsächlichen Mobilisierungen von Parteien und Bewegungen stärkeren Schwankungen.

Eine breitere und dichtere Mobilisierungsstruktur wird mit einer durchschnittlich höheren tatsächlichen Mobilisierung einhergehen. Wenngleich es angesichts der bestehenden Datenlage schwerfällt, den tatsächlichen Mobilisierungsumfang auch für die USA festzustellen, so sind doch Aussagen über die Größenordnungen möglich. Hier muß allerdings die Differenz zwischen der eher sichtbaren quantitativen und der eher unauffälligen qualitativen Mobilisierung beachtet werden. Insofern sollte die weniger auf Massenmobilisierung ausgerichtete Frauenbewegung nicht unterschätzt werden. Im Ländervergleich kann jedoch für beide Bewegungen angenommen werden, daß die tatsächliche Mobilisierung in der Bundesrepublik relativ zur Einwohnerzahl höher als in den USA. Frankreich liegt mit großem Abstand dahinter. Der große Unterschied zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ist empirisch gut gesichert.

Im Gesamtbild zeigen sich also auffällige Varianzen vor allem hinsichtlich der Mobilisierungsstruktur und dem damit eng zusammenhängenden Mobilisierungsniveau. Besonders markant sind die *länderspezifischen Varianzen* der Ausformung der *Mobilisierungsstrukturen*, die im Prinzip gleichermaßen für die Frauen- und Ökologiebewegungen gelten. Hierauf konzentriert sich die weitere Analyse. Zunächst wird ein entsprechendes Erklärungskonzept vorgestellt und dann empirisch anzuwenden versucht.

7.2 Skizze eines strukturorientierten Erklärungskonzepts

Die abhängige Variable des nachfolgenden Erklärungsversuchs bildet die beschriebene länderspezifische Ausformung der Mobilisierungsstruktur und deren daran gekoppelte Leistungsfähigkeit. Im Hinblick darauf liegen zwei

² Weitgehend unbeachtet blieb bisher die Frage, auf welche Weise sich partei- und verbandsförmige Elemente innerhalb von Bewegungen etablieren. Prinzipiell ist sowohl an eine eigenständige, endogene Ausformung im Rahmen von Bewegungen als auch an eine Inkorporierung extern gebildeter Organisationen zu denken. Warum es zu einer solchen strukturellen Anreicherung von Bewegungen kommt und welchen Anteil dabei Bewegungseliten haben, ist noch völlig ungeklärt.

Fragen nahe: (1) Welche Faktoren sind dafür entscheidend, daß in den USA eine primär verbandsförmige, in Frankreich eine primär parteiförmige und in der Bundesrepublik eine ausgewogene Struktur aus etwa gleich starken bewegungs-, verbands- und parteiförmigen Elementen besteht? (2) Warum ist die Mobilisierungsstruktur in der Bundesrepublik und den USA wesentlich dichter und leistungsstärker als in Frankreich?

Da sich diese Strukturmerkmale als bewegungsübergreifend und zeitlich eher invariant erweisen, ist es extrem unwahrscheinlich, daß dafür in erster Linie bewegungsinterne Faktoren wie Bewegungsideologien oder Präferenzen von Bewegungs"unternehmern" maßgeblich sind. Plausibel - und weiter unten ausführlicher zu belegen - ist dagegen die Annahme, daß relativ stabile nationale Rahmenbedingungen für diese länderspezifischen Bewegungsmerkmale verantwortlich sind.

Die von Caplow (1991) beschriebenen "big trends of modernization" (Wachstum von Produktion und Diensten, Urbanisierung, Verschwinden lokaler Kulturen usw.) und die speziell für die Frauen- und Ökologiebewegungen angeführten strukturellen Entstehungsbedingungen (vgl. 5.2 und 7.2) können allenfalls das Aufkommen bestimmter Bewegungen, nicht jedoch deren spezifische Formen erklären. Im übrigen ergab eine extensive Sichtung dieser Modernisierungsindikatoren im Gesamtbild keine großen Differenzen zwischen den hier untersuchten Ländern, so daß sie als erklärende Faktoren für länderspezifische Bewegungsmerkmale ausschieden. Ebenso wenig enthalten die beiden Schlüsseldimensionen des hier vorgeschlagenen Modernisierungskonzepts - funktionale Differenzierung und Ich-Zentrierung - einen Anknüpfungspunkt für die gestellte Erklärungsaufgabe. Sie setzen nicht nur zu abstrakt an, sondern bieten auch hinsichtlich ihrer Sachstruktur keine theoretischen Argumente, die einen kausalen Einfluß auf länderspezifische Mobilisierungsstrukturen plausibel erscheinen ließen. Mit dem Konzept der politischen Gelegenheitsstruktur steht jedoch ein Angebot zur Erklärung bestimmter Merkmale bzw. Effekte von Bewegungen bereit.

7.2.1 Das Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen

Die Grundidee des Konzepts ist simpel. Soziale und politische Bewegungen agieren in einem Umfeld, das sie nicht oder nur sehr begrenzt zu beeinflussen vermögen. Dieses Umfeld begünstigt oder beschneidet die Handlungs-

möglichkeiten von Bewegungen; es ist ein externer Bedingungskomplex für Chancen, erfolgreich zu mobilisieren und Einfluß zu erlangen - somit ein entscheidender, wenngleich nicht hinreichender Faktor für die Zielverwirklichung sozialer Bewegungen.

Versionen des Konzepts

Unter dem Begriff (*political*) *opportunity structure* firmieren verschiedene Varianten, die hier kurz vorgestellt und dann zusammenfassend diskutiert werden.

1. Die Begriffsverwendung sowie Hinweise auf die Bedeutung von Gelegenheitsstrukturen finden sich bereits in der vergleichenden Studie von Eisinger (1973) zu Protesten in 43 US-amerikanischen Städten. Die zentrale These lautet, "that the incidence of protest...is related to the nature of opportunity structure" (1973: 12). Es geht also um die Erklärung des Auftretens und nicht des Erfolgs von Protest. Eisinger nimmt hierbei eine Differenzierung zwischen offener und geschlossener Gelegenheitsstruktur vor, welche er zur Häufigkeit, Dauer und Intensität von Protesten in Beziehung setzt. Gelegenheitsstruktur wird verstanden als "a function of the degree to which groups are likely to be able to gain access to power and to manipulate the political system" (1973: 25). Operationalisiert wird dieses Konzept durch Indikatoren auf der formellen Ebene (Zentralisierungsgrad der politischen Strukturen, Verteilung von Ressourcen und Art der Besetzung wichtiger politischer Ämter) und der informellen Ebene.³

2. Zehn Jahre nach Eisingers Studie unternahm Tarrow (1983) einen neuen und differenzierter angelegten Versuch zur Konzeptualisierung von Gelegenheitsstrukturen. Er konzentrierte sich ausdrücklich auf *politische* Gelegenheitsstrukturen als ein Bündel von zunächst drei Variablen (-gruppen), die er später um eine vierte Variable ergänzte (Tarrow 1989a: 35). Zusammen bilden sie "the conditions under which protest succeeds" (1983: 28). Die vier Faktoren sind

- Offenheit oder Geschlossenheit des politischen Zugangs (in Anlehnung an Eisinger; hier können formelle und informelle Zugangsmöglichkeiten unterschieden werden),
- Stabilität oder Instabilität von politischen Bindungen (wie sie am einfachsten als Wählerbindungen gemessen werden können),

³ Auf der informellen Ebene soll über Indikatoren des *policy outputs* (Anteil von Minoritäten im städtischen Dienst und Inanspruchnahme von Modellprogrammen) die Responsivität der lokalen Behörden (*local governments*) gemessen werden.

- Verfügbarkeit und strategische Position von potentiellen Bündnispartnern (mit Blick auf unterstützende Gruppen),
- Konflikte innerhalb und zwischen Eliten.

Der Anwendungsbereich dieses Variablenbündels wurde von Tarrow (1991) auch auf längere und bewegungsübergreifende Protestzyklen ausgedehnt, jedoch lediglich illustriert und nicht systematisch durchgespielt.

Tarrow ist sich einiger Probleme seines Konzepts durchaus bewußt. Er sieht z.B. die Notwendigkeit, Gelegenheitsstrukturen konzeptuell so zu fassen, daß nachrangige Faktoren ausgegrenzt werden; weiter betont er die Schwierigkeit, beim Vergleich verschiedener Systemtypen solche Informationen und Faktoren nicht zu vernachlässigen, die für einen bestimmten Systemtyp wichtig, für einen anderen aber irrelevant sind; hinsichtlich der Dimension von Offenheit und Geschlossenheit des politischen Zugangs verweist er auf ein spezielles Operationalisierungs- und Meßproblem, da es sich hierbei um eine universelle Dimension politischer Systeme handle; zudem bestehen - laut Tarrow - Schwierigkeiten, elektorale Stabilität in Mehrparteiensystemen zu messen; schließlich könnte es sein, daß nicht elektorale Stabilität per se, sondern ihre Wahrnehmung durch Eliten die Reformbereitschaft und damit auch den politischen Erfolg von Protestgruppen beeinflussen.

3. Brand (1985) greift Elemente von Tarrows Konzept auf. Angeregt durch Befunde zur Entwicklung neuer sozialer Bewegungen in mehreren Ländern erweitert er das Konzept und schlägt für die Analyse neuer Protestbewegungen die Berücksichtigung von "strukturellen und lebensweltlichen Rahmenbedingungen" vor. Er vermutet, daß "folgende Bestimmungsfaktoren die größte Bedeutung für die Varianz der unterschiedlichen *Entfaltungschancen*" (ebd., S. 319) neuer sozialer Bewegungen besitzen:

- "- das jeweilige Gewicht und die Mobilisierungskraft der traditionellen Konfliktlinien, insbesondere der Links-Rechts-Achse;
- damit verbunden der Umfang und die konfliktpazifizierende Wirkung sozialstaatlicher Regelungen;
- die Zugänglichkeit bzw. Geschlossenheit des politischen Systems (abhängig insbesondere von den institutionalisierten Partizipationschancen, von der Art des Parteiensystems, vom Wahlsystem, von der Zentralisierung oder Dezentralisierung des staatlichen Apparats und vom Ausmaß der korporatistischen Einbindung etablierter gesellschaftlicher Interessen);
- die vorherrschenden Muster politischer Kultur." (Brand 1985: 319)

Die Relevanz der genannten Variablen wird in einem Rekurs auf die länder-spezifischen Beiträge eines von Brand (1985a) herausgegebenen Sammel-

bands verdeutlicht. Allerdings greifen diese Beiträge die Variablen eher implizit auf. Brand konzipierte seinen Variablensatz, *nachdem* die Länderbeiträge vorlagen. In einer späteren Publikation hat Brand (1989a: 51ff.) in einem "Modell gesellschaftlicher Entstehungs- und Mobilisierungsbedingungen" eine Trias von ökonomischer, politischer und kultureller Chancenstruktur vorgeschlagen und für jede dieser Dimensionen eine Reihe spezifischerer Faktoren benannt⁴, ohne dieses Modell jedoch im nachfolgenden Untersuchungsgang konsequent anzuwenden.

4. Während Brand mit der Einbeziehung kultureller und später auch ökonomischer Faktoren bereits über den engeren Rahmen der *politischen* Gelegenheitsstruktur hinausgeht und eine sehr global gefaßte abhängige Variable wählt, findet sich bei Kitschelt (1985; 1986) wiederum die Verengung auf die politische Dimension. Sein Aufsatz zur Analyse von Anti-Atomkraftbewegungen in vier Ländern enthält die erste systematisierte Anwendung des Konzepts zu ländervergleichenden Zwecken. Ein entscheidender Fortschritt besteht hier in doppelter Hinsicht. Zum einen macht Kitschelt klar, was aufgrund welcher Variablen erklärt werden soll. Ihm geht es um die Erklärung der nationalen Unterschiede von *Strategien* und *Effekten* ("impacts") von Anti-Atomkraftbewegungen. Da "strain and relative deprivation" nur als notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für sozialen Protest anzusehen seien (1986: 59), rekurriert Kitschelt zur Erklärung der abhängigen Variablen auf politische Gelegenheitsstrukturen. Diese fungieren "as 'filters' between the mobilization of the movement and its choice of strategies and its capacity to change the social environment" (ebd.). Offensichtlich hat Kitschelt zwei Typen von Gelegenheitsstrukturen - variable und stabile - vor Augen, bezieht aber sein Erklärungskonzept mit einem wenig überzeugenden empirischen Hinweis auf die vorgebliche Ähnlichkeit variabler Bedingungsfaktoren (vgl. dazu Kapitel 10) allein auf stabile Strukturen: "the *temporal* (Hervorhebung, D.R.) opportunity structures encountered by the anti-nuclear movements were quite similar; the protest reached a peak in the second half of the 1970s and they grew out of the

⁴ (a) Für die ökonomische Chancenstruktur sind dies Phasen ökonomischer Krisen und Prosperität, unterschiedliche nationale Betroffenheiten von diesen Phasen und das national variierende generelle Wohlstandsniveau. (b) Für die politische Chancenstruktur nennt Brand als Faktoren den Grad an Offenheit oder Geschlossenheit der politisch-institutionellen Strukturen und Verfahren (mit vier Untervariablen), den Grad der Stabilität politischer Bindungen und Zuordnungen, die Unterstützung sozialer Bewegungen durch etablierte gesellschaftliche und politische Gruppen, die parteipolitische bzw. generelle Machtkonstellation und schließlich das Ausmaß an Repression. (c) Als Faktoren der kulturellen Chancenstruktur gelten das vorherrschende politisch-kulturelle Klima, Pendelbewegungen auf einer Konservatismus/Reformismus-Achse und Pendelbewegungen auf einer Modernismus/Antimodernismus-Achse.

broader environmental movement. Crucial differences, however, characterize the resource and institutional opportunity structures they faced. These configurations, which are relatively inert over time, may also be labelled as the 'political regimes' prevailing in each country. While they are not immutable, they respond only slowly to new demands." (1986: 62)

Mit Blick auf die zweite Faktorengruppe der politischen oder institutionellen Gelegenheitsstruktur bezeichnet Kitschelt den Faktor Offenheit/Geschlossenheit des Regimes, den er auf der Input-Seite politischer Entscheidungszyklen lokalisiert, zwar wichtig, aber "einseitig" und deshalb ergänzungsbedürftig. Mit dem Argument, "that the capacity of political systems to convert demands into public policy also affects social movement mobilization and impact" (ebd., S. 62f.), wendet sich Kitschelt auch der Output-Seite des politischen Prozesses zu, da sie Zugangs- und Inklusionschancen im Policy-Prozess biete.

Für die Input-Seite, die er generell unter dem Aspekt von Offenheit/Geschlossenheit thematisiert, schlägt Kitschelt folgende vier Variablen und entsprechende Hypothesen vor:

"(1) The number of political parties, factions, and groups that effectively articulate different demands in electoral politics influences openness. The larger this number, the more 'centrifugal' a political system tends to be and the more difficult it is to confine electoral interest articulation to the 'cartel' of entrenched interests that is represented by the established, bureaucratized parties. (2) Openness increases with the capacity of legislatures to develop and control policies independently of the executive. This is the case because a legislature is by definition an electorally accountable agent and is therefore much more sensitive to public demands, whereas only the uppermost position in the executive are subject to such direct public pressure. (3) Patterns of intermediation between interest groups and the executive branch are another element shaping political openness. Where 'pluralist' and fluid links are dominant, access for new interests to the centers of political decision-making is facilitated. (4) Finally, political openness not only requires opportunities for the articulation of new demands, but new demands must actually find their way into the processes of forming policy compromises and consensus. For this to occur, there must be mechanisms that aggregate demands. Openness is constrained when there are no viable procedures to build effective political coalitions." (Kitschelt 1986: 63)

Auf der Output-Seite, die Kitschelt unter dem Aspekt der Kapazität politischer Systeme betrachtet, Politiken zu implementieren, führt er folgende drei Variablen und Hypothesen an:

"(1) National policies are implemented more effectively when the state apparatus is centralized. A complicated division of jurisdiction between a multitude of semi-independent governments agencies and a federal stratification of state authority tends to make policy implementation more cumbersome. (2) Simultaneously, government control over market participants is a key variable for government effectiveness in many policy areas. The degree of state control over the finance sector, the relative size of the public sector's share of GNP and its share of total employment, and the state's co-ordination, control or exclusion of economic resources and decision centers through political institutions, the more limited are the resources available with which to challenge policies. (3) Policy effectiveness is also determined by the relative independence and authority the judiciary enjoys in the resolution of political conflict. Policy implementation becomes more hazardous and cumbersome if courts are forums of political arbitration removed from executive branch control." (Kitschelt 1986: 63f.)

Schematisch zusammengestellt ergeben sich folgende Variablenbündel:

Tabelle 7.1
Political Opportunity Structures nach Kitschelt

Input-Seite (offen/geschlossen)	Output-Seite (Implementationsfähigkeit)
1. Anzahl der Parteien und Gruppen, die auf elektoraler Ebene Forderungen stellen	1. Zentralisierung oder Dezentralisierung des Staatsapparats
2. Entscheidungs- und Kontrollfähigkeiten der Legislative gegenüber der Exekutive	2. Kontrolle der Regierung über Marktteilnehmer und ökonomische Ressourcen
3. Muster der Mediatisierung zwischen Exekutive und Interessengruppen	3. Relative Unabhängigkeit und Autorität der Judikative bei politischen Konfliktlösungen
4. Aggregationsmechanismen für Interessenansprüche	

Diskussion der Konzepte

Die Konzepte von Eisinger, Tarrow, Brand und Kitschelt haben gemeinsame Schnittmengen, aber enthalten auch je spezifische Einsichten. Eisinger, der noch einen relativ undifferenzierten Begriff von Gelegenheitsstrukturen

verwendet, verdanken wir die Erkenntnis, daß zwischen der Ausprägung von Gelegenheiten und dem Auftreten von Protest lineare Zusammenhänge nach dem Muster "je mehr x, desto mehr y" nicht zu erwarten sind. Seine Ergebnisse offenbaren vielmehr kurvilineare Beziehungen: Bei sehr geschlossenen und sehr offenen Gelegenheitsstrukturen ist Protest eher unwahrscheinlich, bei mittleren Ausprägungen eher wahrscheinlich.⁵ Tarrow hat das Konzept im Anschluß an empirische Arbeiten diverser Autoren in mehrere Variablenbündel aufgefächert, erweitert und hinsichtlich seiner potentiellen Erklärungskraft plausibilisiert. Allerdings sind diese Faktoren auch bei Tarrow eher induktiv zusammengelesen und nicht in ein umfassenderes Konzept integriert. Zudem hat er diese Variablen noch nicht stringent auf einen empirischen Fall angewendet. Letzteres gilt auch für Brand, der - über Tarrow und Kitschelt hinausgehend - weitere Variablen in Betracht gezogen hat und dabei insbesondere auf die Bedeutung der politischen Kultur hingewiesen hat, allerdings Fragen der Operationalisierbarkeit ausklammerte. Mit Kitschelts Vorschlägen liegt zumindest für die Erfassung von politischen Regimestrukturen ein relativ differenziertes Konzept vor, das die Dimension Offenheit/Geschlossenheit präzisiert. Zudem betont es die bislang unbeachtete Output-Seite und benennt hierfür einzelne Merkmalsdimensionen. Allerdings wird wie bei allen bisher genannten Autoren der Wandel von Strukturen vernachlässigt.

Die bisher angesprochenen Versuche zur Systematisierung und empirischen Anwendung von politischen Gelegenheitsstrukturen sind erste Schritte, um soziale Bewegungen innerhalb von gesellschaftlichen und vor allem politischen Kontextbedingungen zu analysieren. Sie bieten grundsätzlich eine Reihe fruchtbarer Untersuchungsmöglichkeiten. Die Beachtung und Systematisierung bewegungsexterner Bedingungen stellt eine notwendige Ergänzung zur Theorie der Ressourcenmobilisierung dar, die ja gleichermaßen beansprucht, die Bedingungen von Mobilisierung zu erhellen, dabei jedoch vor allem auf innerorganisatorische Variablen und die interorganisatorischen Funktionen bzw. Leistungen von "Bewegungsindustrien" abstellt. Das weitere Umfeld sozialer Bewegungen wird vernachlässigt oder allenfalls als Ressourcenpool thematisiert. Das Konzept der Gelegenheitsstruktur - und dies zeigt der Ansatz von Kitschelt - kann insbesondere dazu genutzt werden, die Strategien und Wirkungen von Bewegungen zu erklären.

⁵ Diverse andere Studien zu lokalen Protesten, Riots und Studentenprotesten versuchten ebenfalls den Einfluß von offenen (meist synonym zu "reformed") und geschlossenen ("unreformed") Strukturen auf den Erfolg von Protest zu ermitteln, führten aber zu keinen einheitlichen Ergebnissen. Ländervergleichende Untersuchungen zum Zusammenhang von politischer Gewalt und dem Repressivitätsgrad von Regimen erwiesen einen eindeutigen kurvilinearen Zusammenhang (Muller/Weede 1990).

(Das setzt freilich eine Präzisierung von Kriterien und Indikatoren für Strategien und - besonders schwierig - für Wirkungen voraus.)

Worauf beruht nun die unterstellte *Fruchtbarkeit* des Konzepts im einzelnen? Mindestens folgende Aspekte scheinen bedenkenswert:

1. Das Konzept erlaubt die *Fundierung makrostruktureller Hypothesen* zu Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen sozialer Bewegungen, obgleich es keineswegs darauf beschränkt sein muß. Es unterläuft damit den oft unspezifischen und unfruchtbaren Rekurs auf Theoreme wie "Spätkapitalismus", "postindustrielle Gesellschaft", "Risikogesellschaft" und "Informationsgesellschaft" - Theoreme, die verschiedentlich zur Erklärung der Genese und Signifikanz neuer sozialer Bewegungen herangezogen wurden, jedoch empirisch weitgehend ungedeckt blieben.

2. Das Konzept liefert - wenngleich eher im Nebeneffekt - einen Beitrag zu *Strukturanalysen von gesellschaftlichen und politischen Systemen*. Die Identifikation von Gelegenheitsstrukturen im Ländervergleich erhellt die allgemeinen und besonderen Merkmale bestimmter Gesellschaften. Insofern kann das Konzept gesellschaftstheoretische Annahmen fundieren und an die Tradition der (vergleichenden) politischen Soziologie anknüpfen. Dabei sollte es sich des dortigen Diskussionsstands (z.B. zur vergleichenden Forschung zu Parteien, Interessengruppen, Revolutionen und Fachpolitiken) vergewissern.

3. In Verbindung mit den genannten Punkten liegt das forschungsstrategisch entscheidende und bislang weitgehend brache Potential des Konzepts in der *vergleichenden Analyse sozialer Bewegungen*, sei es im Vergleich verschiedener Bewegungssektoren, Bewegungstypen bzw. themenspezifischer Bewegungen (Sachdimension), im Vergleich einer oder mehrerer Bewegungen in verschiedenen Phasen (Zeitdimension) oder im Vergleich von Bewegungen in verschiedenen Regionen (territoriale Dimension). Am ertragreichsten, wenngleich am schwierigsten zu handhaben, ist wohl die Kombination solcher Perspektiven - etwa der Vergleich mehrerer Bewegungstypen in mehreren Ländern.

Damit sind vorerst nur Möglichkeiten bezeichnet. Deren Realisierung setzt die Bewältigung einer Reihe von Hürden und Schwierigkeiten voraus, die durch bisherige *Schwächen* des Konzepts markiert sind. Im einzelnen und schlagwortartig sind folgende Defizite anzuführen:

1. In den meisten Versionen des Konzepts politischer Gelegenheitsstrukturen wird der Strukturbegriff nur lose und unscharf verwendet. Es bleibt offen, ob er in Abhebung von Gegen- bzw. Komplementärbegriffen wie "Unstrukturiertheit", "Prozeß" oder auch "Kultur" zu verstehen ist.

2. In sachlicher Hinsicht bleibt das Konzept, wie schon sein Name sagt, auf *politische* Gelegenheitsstrukturen beschränkt. Damit wird sein Geltungsbereich vornehmlich auf solche Bewegungen verengt, die sich auf den institutionalisierten Politikbetrieb richten und in diesem engeren Sinne als politische Bewegungen anzusprechen sind. Dies gilt in besonderer Weise für Bewegungen, die direkt auf kontingente politische Entscheidungen zielen, etwa Bewegungen bzw. Kampagnen für das Frauenwahlrecht, für Abrüstung, für die Liberalisierung der Abtreibung und gegen die Nutzung der Atomenergie. Dagegen kommen namentlich bei stärker kulturell bzw. expressiv orientierten Bewegungen, die primär auf Veränderungen von Bewußtseins- und Verhaltensformen zielen (*personal change movements*), andere Faktoren ins Spiel. Beispielsweise hatte für jugendliche Protestbewegungen der 1960er Jahre Musik eine große Bedeutung.

3. In zeitlicher Hinsicht fehlt dem Konzept politischer Gelegenheitsstruktur eine notwendige Differenzierung. So unterstellt beispielsweise Kitschelt in seiner Analyse die Konstanz politischer Strukturen in den von ihm untersuchten Ländern. Konsequenterweise erscheinen ihm auch die Strategien von Anti-Atomkraftbewegungen als konstant. Damit wird er den tatsächlichen Entwicklungen weder auf seiten der unabhängigen noch der abhängigen Variablen gerecht (Rucht 1990a; vgl. auch Kapitel 10).

4. Weiterhin machen die vorliegenden Konzepte ihren Anwendungsbereich und ihre spezielle Eignung für kollektive Akteure bzw. soziale Bewegungen nicht deutlich. Handelt es sich um Konzepte, die sich für jegliche politische Einflußnahme gesellschaftlicher Akteure (also auch Parteien, Interessengruppen, Kirchen usw.) eignen? Oder sollen sie vielmehr den Eigenheiten sozialer (oder politischer?) Bewegungen Rechnung tragen?

5. Schließlich bleiben die Variablen, die für die politische Gelegenheitsstruktur als relevant angesehen werden, konzeptionell unverbunden. Das wird besonders deutlich bei Tarrow und Brand, die in einem induktiven Verfahren zu einer Addition verschiedener Variablen mit sehr unterschiedlichem Status kommen.

7.2.2 Das Konzept gesellschaftlicher Kontextstruktur

Anknüpfend an Konzepte politischer Gelegenheitsstruktur wird im folgenden ein erweitertes Konzept vorgestellt. Hierbei gilt es zunächst auf die oben bezeichneten Unklarheiten und Schwachstellen zu reagieren.

1. In der Alltagssprache wie im gängigen - und meist nicht näher explizierten - soziologischen Sprachgebrauch sind Strukturen relativ stabile Muster oder Formen (Wüstemeyer 1972: 574); sie stellen abstrahierende Konstrukte dar und können nicht direkt beobachtet werden (Berger 1978: 331).⁶ Damit ist so gut wie alles im Unklaren gelassen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Strukturbegriff selbst in seiner diffusesten Fassung auf die Zeitdimension verweist. In makrosoziologischer Perspektive macht es wenig Sinn, den Strukturbegriff auch für Zeithorizonte von wenigen Wochen oder Monaten zu reservieren, obgleich er nicht ex definitione an bestimmte Zeitspannen gebunden ist. Für unseren speziellen Untersuchungszweck mag es genügen, Strukturen zu definieren als Institutionen, Verfahren, Verhaltens- und Einstellungsmuster, die durch Faktoren auf der Makroebene geprägt sind und innerhalb eines längeren Zeithorizonts relativ konstant bleiben.⁷ Relativ konstant soll heißen, daß es innerhalb eines angegebenen Zeitraums zu keinen dramatischen Veränderungen mit dem Ergebnis eines "qualitativen Umschlags" kommt. Freilich ist es lediglich eine Frage der gewählten Zeitspanne, um auch an sehr stabil erscheinenden Strukturen Veränderungen ablesen zu können.

Strukturen verweisen neben der Zeitdimension auf sachliche oder soziale Bezugspunkte; sie setzen die Identifikation bestimmter Strukturmerkmale voraus. Solche Merkmale lassen sich zwar abstrakt und formal benennen, aber gewinnen erst in bezug auf einen konkreten Fall Konturen.

Soziale Strukturen können durch ganz verschiedene Phänomene indiziert werden, etwa in Gestalt expliziter Formalisierungen (z.B. Satzungen) oder informeller Routinen. Ihnen mögen bewußte oder unbewußte Erwartungen zugrundeliegen. Obgleich damit nahezu alles Soziale als Struktur erscheint, gibt es doch Grenzziehungen "nach unten". Wo Erwartbarkeit (noch) nicht aufgebaut, weil die neue Situation allzu kurz und unbekannt ist (das erste Kennenlernen), wo Prozesse mit rasender Geschwindigkeit verlaufen und

⁶ Im Rekurs auf Strukturgeschichte stellt Koselleck (1979: 146) fest: "Dann werden unter Strukturen - im Hinblick auf ihre Zeitlichkeit - solche Zusammenhänge erfaßt, die nicht in der strikten Abfolge von einmal erfahrenen Ereignissen aufgehen. Sie indizieren mehr Dauer, größere Stetigkeit, Wandel allenthalben nur in längeren Fristen."

⁷ Nach diesem Verständnis steht Struktur nicht - wie vielfach üblich (z.T. Tenbruck 1990: 20) - als korrespondierender Begriff zu Kultur. Diese, verstanden als ein für jede Gesellschaft spezifisches Ensemble von Werten und Symbolen, ist selbst hochgradig strukturiert. Auch wird nicht Prozeß als ein Gegenbegriff zu Struktur aufgefaßt, weil durch ihn lediglich eine zeitbezogene Betrachtungsperspektive auf - mehr oder weniger strukturierte - empirische Vorgänge eingenommen und dabei das Moment der Veränderung hervorgehoben wird. Es ist vor allem eine Frage des gewählten zeitlichen Rahmens und des Augenmerks auf Konstanz oder Veränderung, ob man ein Phänomen als Struktur oder Prozeß begreift.

gewohnte Regeln außer Kraft setzen (wie bei der Panik) oder wo Erwartungsenttäuschung gleichsam notorisch wird (wie bei der Anomie), sind unkalkulierbare, bestenfalls erst ex post rekonstruierbare Prozesse am Werk, die wir als nicht strukturiert bezeichnen. Von Kontextstrukturen sollte deshalb nur unter zwei Bedingungen gesprochen werden: Sie setzen erstens einen *sozialen Referenzpunkt* voraus, also einen bestimmten Akteur bzw. ein bestimmtes soziales System, dessen "Umgebung" sie bilden. Kontextstrukturen haben zweitens eine objektive und eine subjektive Qualität. Objektiv bilden sie ein Datum, das, ob wahrgenommen oder nicht, den Handlungsraum der jeweiligen Akteure absteckt. Dieser Handlungsraum ist nicht oder nur sehr begrenzt manipulierbar. In Kontexte ist man hineingestellt, aber man kann sie sich nicht "einverleiben". Soweit Kontexte Gegenstand von handlungsprägenden Kalkülen sind, wirken sie nicht in ihrer objektiven Qualität, sondern als wahrgenommene Kontexte, d.h. als soziale Konstrukte. Ihre Qualität und Wirkung ist somit abhängig von Standpunkt und Deutung des jeweiligen Akteurs.

2. Zweifellos bilden speziell *politische* Kontextstrukturen ein relevantes und oft entscheidendes Bedingungsgefüge für Organisationen, Strategien, Mobilisierungen und Wirkungen sozialer Bewegungen. Gleichwohl sollte ein Erklärungskonzept nicht a priori auf den Typus von politischer Bewegung bzw. politischer Mobilisierung ausgerichtet werden. Vielmehr plädiere ich für ein offener angelegtes Konzept, das ganz allgemein die *gesellschaftlichen* Kontextstrukturen sozialer Bewegungen in Rechnung stellt. Im Prinzip sind dabei politische durch ökonomische und soziokulturelle Kontextstrukturen zu ergänzen.⁸ Hier stellt sich allerdings in besonderer Schärfe das Problem ihrer Dimensionierung und Operationalisierung.

Der hier bevorzugte Oberbegriff gesellschaftlicher *Kontextstrukturen* hat zudem in rein sprachlicher Hinsicht den Vorzug, daß er es vermeidet, relativ invariante Strukturparameter als "Gelegenheiten" bzw. "Chancen" (opportunities) anzusprechen und damit falsche Assoziationen zu wecken. Üblicherweise bezeichnen Gelegenheiten und Chancen vorübergehende Bedingungen bzw. Konstellationen, die - abhängig von Wahrnehmungen, Präferenzen und strategischem Geschick - rechtzeitig genutzt oder eben verpaßt werden. Gerade dieser Wortsinn wird bei zeitlich stabilen Bedingungen verfehlt.

3. Der Strukturbegriff verweist wie gesagt auf eine relative Invarianz von Elementen im Rahmen eines bestimmten Zeithorizonts. Faktisch haben wir es jedoch bei Kontextstrukturen sozialer Bewegungen immer mit einer

⁸ Ökonomische Kontextstrukturen spielen bei der hier gestellten Erklärungsaufgabe keine entscheidende Rolle und werden deshalb ausgeklammert.

Schichtung verschiedener Strukturebenen zu tun, die mehr oder weniger Beharrungsvermögen aufweisen. Obgleich sich hieraus ein Kontinuum ergäbe⁹, kann für analytische Zwecke grob zwischen zwei Zeithorizonten unterschieden werden. Bezogen auf einen bestimmten Betrachtungszeitraum (von mehreren Jahren bis zu mehreren Jahrzehnten, im Grenzfall, analog zu Phänomenen der "longue durée", sogar Jahrhunderten) können relativ invariante Strukturen unterstellt werden, die sich innerhalb des Betrachtungszeitraums nicht oder nur marginal verändern. Daneben bestehen jedoch variable Strukturen, die mindestens zwei sehr unterschiedliche Ausprägungen innerhalb des Betrachtungszeitraums annehmen (können). Im ersten Fall könnte man von stabilen Strukturen, im zweiten Fall von konjunkturellen Strukturen sprechen. Diese beiden Strukturtypen haben für Problemsicht und praktisches Handeln sozialer Bewegungen ganz unterschiedliche Relevanz.

Stabile Strukturen sind Hinter- oder Untergrundphänomene; Bewegungen, aber auch ihre Gegenspieler müssen sie in ihrem konkreten Handeln (jedoch nicht notwendig in ihren Utopien!) als etwas Gegebenes in Rechnung stellen. Stabile Strukturen bilden gleichsam den Korridor des möglichen Handlungsraumes. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit, ihrer fraglosen Hinnahme oder ihrer hohen legitimatorischen Abstützung stellen sie kein Objekt gezielter Intervention dar, auf das sich die Energien sozialer Bewegungen hauptsächlich richten. Sie sind Rahmenbedingungen, nicht aber Ziel strategischer Interventionen.¹⁰

Konjunkturelle Strukturen dagegen ändern sich - in der Regel - innerhalb der Lebensdauer von Bewegungen, sei es in Form nicht intendierter Entwicklungen, sei es als Ergebnis strategischen Handelns. Sie fallen damit in das Zeit- und Zielkalkül von Bewegungen. Konjunkturelle Strukturen sind im Wortsinne Gelegenheiten, die kommen und gehen; sie bilden die entscheidenden Determinanten für die konkrete Dynamik von Bewegungen, genauer: für den *Wandel* von Mobilisierungen, Strategien und Wirkungen.

Grundsätzlich, wenngleich in ihrer jeweiligen Bedeutung stark abhängig von der Art der zu erklärenden Variable, sind bei Analysen sozialer Bewegungen beide Strukturebenen zu berücksichtigen. *Stabile* Strukturen setzen identische und/oder unterschiedliche Rahmenbedingungen für Aktivitäten

⁹ Diese Schlußfolgerung ziehen Gamson/Meyer (1992: 6f.) für ihre Konzeptualisierung von politischer Gelegenheitsstruktur.

¹⁰ Ein hier nicht berücksichtigter Sonderfall ist dann gegeben, wenn ein gesellschaftlicher Strukturbruch in die Lebensphase einer sozialen Bewegung fällt und zugleich zum zentralen Orientierungspunkt dieser Bewegung wird. Dann besteht auch die größte Wahrscheinlichkeit, daß die Bewegung - zumindest vorübergehend - zum "Subjekt von Geschichte" aufrücken kann.

verschiedener Bewegungen. Sofern sie im Gesellschaftsvergleich übereinstimmen oder divergieren, erklären sie konstante Übereinstimmungen oder Abweichungen abhängiger Variablen. *Konjunkturelle* Strukturen erklären zeitliche Varianzen innerhalb historisch bestimmter Eckwerte. Je feiner und konkreter die Analyse, desto stärker kommen konjunkturelle Strukturen in den Blick, desto eher müssen auch innerhalb dieser Dimension räumliche, zeitliche und sachliche Differenzierungen vorgenommen werden. Verschiedene Autoren¹¹ haben der dynamischen Seite von Bewegungskontexten explizit Rechnung getragen und dabei sowohl den Obergriff *political opportunity structure* (Kriesi) als auch *process theory* (McAdam) gewählt. Diese Ansätze werden im Kapitel 10 aufgegriffen.

4. Im Prinzip bleibt das Konzept der politischen Gelegenheitsstruktur keineswegs auf den Akteurstyp soziale Bewegung beschränkt. Die Systematisierung stabiler und konjunktureller Strukturen als Rahmenbedingungen für komplexe Handlungssysteme kann sich ebenso auf Parteien, Interessenverbände oder revolutionäre Gruppen beziehen. Wenn diese Annahme richtig ist, können bewährte Theorien und Konzepte aus der vergleichenden Forschung zu Parteien- und Interessengruppen, Policy Networks, Revolutionen usw. übernommen werden. Beispielsweise wurde im Rahmen von Policy-Analysen auf die Bedeutung von Politikstilen hingewiesen (Richardson 1982) - ein Faktor, der auch für die Strategien und Aktionsformen sozialer Bewegungen eine Rolle spielt. Je konkreter allerdings die Analyse ansetzt, desto eher werden auch jene Strukturen als erklärende Variablen herangezogen werden müssen, die für einen spezifischen Akteurstyp besondere Relevanz besitzen (z.B. für Parteien das Wahlrecht, für revolutionäre Gruppen die Schwäche der politischen Führung, für issueorientierte Bewegungen die einschlägige Fachpolitik).¹²

5. Das Problem einer gewissen Unverbundenheit und Beliebigkeit der in verschiedenen Konzepten der Gelegenheitsstruktur hervorgehobenen Variablen läßt sich auch hier nicht ganz ausräumen. Diesen Mangel könnte nur eine ausgearbeitete, gesellschaftstheoretisch fundierte Politische Soziologie beheben, die hinreichend spezifisch wäre, um den besonderen Merkmalen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus Rechnung zu tragen. Ein solcher theoretischer Rahmen ist m.E. nicht in Sicht. Insofern knüpfe ich an vor-

¹¹ Darunter McAdam (1982), Rucht (1989; 1994a), Duyvendak/Koopmans (1989), Kriesi (1991), Joppke (1993); della Porta/Rucht (1991) und Kriesi et al. (1992).

¹² Damit würde man auch der von Sartori (1970: 1033) beschworenen Gefahr des "conceptual stressing" entgehen: "...the extension of our concepts has been broadened by obfuscating their connotation. As a result the very purpose of comparing - control - is defeated..."

handenen Konzeptualisierungen an und schlage vor, für den hier behandelten Untersuchungsgegenstand drei Dimensionen zu berücksichtigen.

Dies sind erstens die politisch-institutionellen Bedingungen, die man mit Kitschelt unter dem Obergriff der *Regimestruktur* zusammenfassen kann. Der Regimestruktur als institutionell verankerter politischer Ordnungs- und Steuerungsform ist zweitens der Bereich der politischen Interessenvermittlung vorgelagert. Für soziale und politische Bewegungen, die diesem Bereich zugerechnet werden können, bildet namentlich die *Struktur der etablierten Interessenvermittlung* in Gestalt von Parteien und Verbänden eine wichtige Kontextvariable (Rucht 1993; Fuchs 1993). Beispielsweise werden die Mobilisierungsbedingungen von Bewegungen wesentlich davon abhängen, ob konventionelle Parteien und Verbände die Forderungen der Bewegungen aufgreifen oder ablehnen. Schließlich stehen hinter Strukturen des Regimes und der Interessenvermittlung *kulturelle Muster* als eine Art "Software", die solchen Strukturen erst Sinn verleihen. Es wurde bereits betont (vgl. Fußnote 7), daß auch diese kulturellen Muster unter den Strukturbegriff subsumiert werden und insofern als Kontextvariable sozialer Bewegungen zu berücksichtigen sind.

Ausgehend von der einfachen Grundidee, daß stabile abhängige Variablen von stabilen unabhängigen Variablen geprägt werden, müssen langfristig geltende Muster der Organisationsbildung und des Mobilisierungstypus im Rekurs auf langfristig geltende, stabile Kontextbedingungen erklärt werden. Im Falle neuer sozialer Bewegungen sind dabei auf seiten der unabhängigen Variablen politische und soziokulturelle Kontextbedingungen heranzuziehen, die bestimmte Mobilisierungsstrukturen begünstigen und andere benachteiligen. Hieraus lassen sich jedoch keine Aussagen über die Dynamik der tatsächlichen Mobilisierungen oder gar die konkreten Erfolge von Bewegungen ableiten.

Im Rückgriff auf obige Überlegungen halte ich im Hinblick auf Mobilisierungsstrukturen von sozialen Bewegungen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus drei analytisch trennbare unabhängige Variablenkomplexe für relevant.

a. Regimestruktur: Die Regimestruktur kann, wie dies Kitschelt vorgeschlagen hat, hinsichtlich der Input- und Output-Seite unterschieden werden. Auf der Seite des Inputs geht es um die Bedingungen politischer Entscheidungsfindung, die in demokratischen Regimes durch institutionelle, meist im Rahmen von Verfassung und Strukturgesetzen formulierten Vorgaben fixiert sind. Die wichtigste strukturelle Festlegung bezieht sich auf den Grad der *Offenheit/Geschlossenheit des Entscheidungssystems*, der in zweifacher Hinsicht beeinflussbar ist. Zum ersten können für nicht staatli-

che Gruppen mehr oder weniger große Mitsprache- und Vetomöglichkeiten bestehen. Bewegungen sind in der Regel nicht direkt an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt, sondern werden eher versuchen, im Vorfeld der Entscheidungen, teilweise auch über indirekte Wege oder vermittelt durch andere Akteure, Einfluß zu nehmen. Wichtige Zugangsmöglichkeiten sind (a) Wahlbeteiligung und eigene parlamentarische Repräsentanz, (b) Einflußnahme über andere Parteien, (c) Beteiligung an (korporatistischen) Verhandlungsgremien, (d) Referenda oder ähnliche Instrumente, (e) Hearings, Beratungen und Expertenkommissionen und (f) Lobbying. Zum zweiten kann auch eine ausgeprägte innerstaatliche horizontale und/oder vertikale Gewaltenteilung die Geschlossenheit und damit die Autonomie der Entscheidungskerne einschränken, indem etwa der Legislative und Judikative eine starke Position gegenüber der Exekutive eingeräumt wird oder ein ausgeprägter Föderalismus die Entscheidungsbeteiligung der Gliedstaaten vorsieht. Ein Entscheidungssystem ist umso offener, je mehr solcher institutioneller und prozeduraler Einflußmöglichkeiten für eine Vielzahl inner- und außerstaatliche Akteure bestehen.

Auf der Seite des Outputs geht es um die strukturellen Bedingungen dafür, einmal getroffene Entscheidungen auch gegenüber internen und externen Widerständen durchzusetzen. Vereinfacht könnte man hinsichtlich dieser Dimension im Anschluß an Kitschelt von der *Stärke des Staates* und insbesondere der Zentralregierung als dem exekutiven Kernbereich sprechen. Dessen Durchsetzungsfähigkeit ist wiederum wesentlich, wenngleich nicht ausschließlich, eine Funktion der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung. Diese kann sich auch im Implementationsprozeß auswirken, etwa durch Obstruktionsmöglichkeiten gegenüber Bundespolitiken auf Landesebene oder durch eine starke Verwaltungsgerichtsbarkeit. Der von Kitschelt genannte Faktor der Kontrolle über Marktteilnehmer und ökonomische Ressourcen ist nur für bestimmte Issues relevant. Er spielt beispielsweise im Falle des Abtreibungskonflikts so gut wie keine Rolle.

b. Struktur der etablierten Interessenvermittlung: Dieser Variablenkomplex fand in den bisherigen Betrachtungen zur politischen Gelegenheitsstruktur nur unzureichende Beachtung. Mit konventionellem Interessenvermittlungssystem wird hier die institutionelle Grundlegung und reale Ausprägung der Gruppierungen und Organisationen bezeichnet, die im Rahmen von weithin akzeptierten und routinisierten Verfahren, teilweise auch abgestützt durch formelle Regeln, die Interessenvermittlung zwischen Bürgern und politisch-administrativem System gewährleisten sollen. In demokratischen Systemen kommt diese Funktion im wesentlichen Parteien

und Verbänden zu. Dieses System der Interessenvermittlung läßt sich in zwei Dimensionen näher beschreiben:

Ein erster Aspekt ist die *Breite und Effektivität der Interessenvermittlung*. Die Breite bezieht sich darauf, ob vorhandene Interessen relativ vollständig oder aber nur hochgradig selektiv vertreten werden. Die Effektivität der Interessenvermittlung bezieht sich auf die tatsächliche Durchsetzungskraft der jeweiligen organisierten Interessen im politischen Prozeß. Sie ist ihrerseits wesentlich von der Organisations- und Konfliktfähigkeit bestimmter Interessen abhängig.

Ein zweiter Aspekt des Systems der Interessenvermittlung ist der Grad seiner *Verflechtung mit dem Staatsapparat*. Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Autonomie der Interessenorganisationen, aber korrespondierend damit auch für die oben erwähnte Autonomie des staatlichen Entscheidungssystems und seine Fähigkeit zur Durchsetzung getroffener Entscheidungen. Eine enge Verflechtung zwischen Staatsapparat und organisierten Interessen liegt dann vor, wenn Parteien und/oder Verbände institutionell in Beratungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden sind, direkte und häufige Kontakte mit staatlichen Entscheidungsträgern pflegen sowie finanzielle Abhängigkeiten vom Staat bestehen. Dies gilt beispielsweise in besonderem Maße für politische Systeme mit einem ausgeprägten Korporatismus; dies gilt ebenso für Politikfelder, die durch sog. Verbandsherzogtümer charakterisiert sind, bei denen sich also bestimmte Ressorts im Griff eines einschlägigen Interessenverbandes befinden.

c. Muster der politischen Kultur: Mit der von bisherigen Erklärungsmodellen gleichfalls vernachlässigten kulturellen Dimension begibt man sich auf ein begrifflich und konzeptionell sehr unsicheres Terrain (Kaase 1983; Lane 1992). Auf dessen Bedeutung auch als Makrovariable wird zwar immer wieder hingewiesen (Immerfall 1989), doch bleibt es aufgrund von Erfassungs- und Interpretationsproblemen häufig ausgeklammert. Konzeptionelle und methodische Schwierigkeiten ergeben sich unter anderem daraus, daß bestimmte Elemente der politischen Kultur nur indirekt, über Befragungen, manifeste Verhaltensweisen und Symbole erschließbar sind und in Teilen einem konkurrierenden, weil von divergierenden Interessen geleiteten Deutungsprozeß unterliegen. Mit politischer Kultur wird hier ein Syndrom von grundlegenden Werten und deren Repräsentationsformen bezeichnet, die politische Institutionen und Prozesse legitimieren und ihnen eine spezifische Prägung verleihen. In unserem Zusammenhang liegt das Augenmerk auf länderspezifischen Mustern der politischen Kultur, wobei jedoch grundsätzlich auch von supra- und subnationalen Mustern auszuge-

hen ist. Auf nationaler Ebene können - hinsichtlich ihrer Relevanz für soziale Bewegungen - zwei Dimensionen unterschieden werden:

Eine erste Dimension bezieht sich auf die Metaebene politischer Prozesse, also ein allgemeines Regelwerk, das die Bedingungen konkreter Auseinandersetzungen festlegt. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene schlagen hier formelle wie informelle Regeln spezifischer *Konfliktkulturen* zu Buche. Zum einen läßt sich der Grad der Konflikttoleranz politischer Kulturen unterscheiden, der ein je unterschiedliches Demokratieverständnis zum Ausdruck bringt. Konfliktfreundige Kulturen betrachten harte politische Auseinandersetzungen als einen notwendigen und "normalen" Bestandteil eines Gemeinwesens, das dann institutionell auch eher als Konkurrenzdemokratie ausgestaltet ist (Beispiel: angloamerikanische Länder). Konfliktscheue Kulturen pflegen dagegen harmonistische, ein ideelles Gesamtinteresse betonende Politikvorstellungen. Zum anderen können politische Konfliktkulturen danach unterschieden werden, ob sie zu partizipatorischen oder elitären bzw. autokratischen Formen tendieren. Konkordanzdemokratien wie die Schweiz vereinigen harmonistische Politikvorstellungen mit partizipatorischen Elementen; die Bundesrepublik der Nachkriegszeit verknüpfte harmonistische Politikvorstellungen mit autokratischen Elementen. In enger Verbindung mit solchen allgemeinen Mustern politischer Kultur stehen die von Staatsapparaten bevorzugten Politikstile. Vom üblichen Verständnis¹³ etwas abweichend bezeichne ich damit die jenseits der formaler Regeln geltenden informellen Verfahren des politisch-administrativen Umgangs mit Bürgern und Interessengruppen, die auf der Input- wie der Output-Seite des Policy-Prozesses wirksam werden (siehe auch Kriesi 1991: 9ff.).

Eine zweite Dimension bezieht sich auf die inhaltliche Ebene politischer Auseinandersetzungen. In nationalen politischen Kulturen haben bestimmte Themen bzw. Themengruppen eine unterschiedliche legitimatorische Verankerung, welche freilich in der Regel erst durch Deutungs- und Begründungsstrategien aktualisiert und plausibilisiert werden muß. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff der *kulturellen Resonanz* vorgeschlagen (Gamson/Modigliani 1989: 5). Ich verwende diesen Begriff hier im weiteren Sinne der potentiell gegebenen Resonanzfähigkeit für die von sozialen Bewegungen aufgebrauchten Themen und Forderungen.¹⁴ Diese haben in

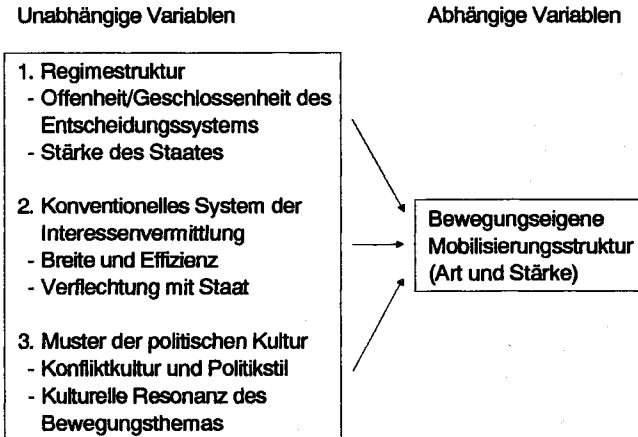
¹³ Richardson/Gustafsson/Jordan (1982: 3) umschreiben *policy styles* als "standard operating procedures for handling issues" bzw. als "the interaction between (a) the government's approach to problem-solving and (b) the relationship between government and other actors in the policy process" (ebd., S. 13).

¹⁴ Kulturelle Resonanz ist somit nicht, wie es der Begriff nahelegen könnte, ein Effekt von Bewegungen, sondern eine Bedingung der Möglichkeit, Resonanz tatsächlich erzeugen zu können. Brand (1990) meint ähnliches, wenn er von "Zeitgeist", "social mood"

dem Maße Aussicht, Aufmerksamkeit zu finden und Durchsetzungskraft zu entwickeln, wie sie an weithin geteilte Überzeugungen - etwa Vorstellungen von Gerechtigkeit - anschlussfähig sind. Das ist nicht nur eine Frage des rhetorischen Geschicks der Promotoren von Themen und Interessen, sondern auch eine Frage des gesellschaftlichen Rangs bestimmter Werte. So finden beispielsweise Forderungen nach staatlicher Vor- und Fürsorge für die Wechselfälle des Lebens in skandinavischen Ländern eine weitaus stärkere Resonanz als in den USA. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Relevanz traditioneller Konfliktlinien (wie links vs. rechts, religiös vs. säkular). Dies gilt zumal dann, wenn solche Konfliktlinien auch organisatorisch - in Form von Parteien und Verbänden - massiv abgestützt sind. Bewegungsthemen, die leicht innerhalb solcher Konfliktlinien reformulierbar sind, geraten fast zwangsläufig in den Sog konventioneller Interessenpolitik und werden damit Bewegungen tendentiell entzogen.¹⁵

Abbildung 7.1

Erklärungsmodell für (stabile) länderspezifische Mobilisierungsstrukturen neuer sozialer Bewegungen



oder "cultural climate" spricht und dabei auf langwellige Veränderungen dieses Resonanzbodens für die von sozialen Bewegungen lancierten Themen aufmerksam macht.

¹⁵ Sofern die Unterstellung richtig ist, daß die Themen und Forderungen der neuen so-

Zusammengefaßt in einer schematischen Darstellung ergibt sich das in Abbildung 7.1 dargestellte Erklärungsmodell.

7.3 Zur Erklärung länderspezifischer Mobilisierungsstrukturen

Die oben vorgestellten Komplexe unabhängiger Variablen werden im folgenden jeweils pro Land durchgemustert, um anschließend ihren Summeneffekt einschätzen zu können.

Hypothesen

Leitend sind dabei drei *Hypothesen*, die sich auf Ausformung und Stärke der bewegungseigenen Mobilisierungsstruktur beziehen:

1. Eine starke, dominant *bewegungsförmige*, d.h. auf Netzwerken autonomer Gruppen beruhende Mobilisierungsstruktur ergibt sich um so eher, je ausgeprägter und vollständiger nachstehende Bedingungen zutreffen:

- eher mittlere Grade der Offenheit/Geschlossenheit des politischen Entscheidungssystems und staatlicher Stärke,
- ein System der Interessenvermittlung, das Bewegungsinteressen nur schwach verkörpert und mächtige, mit dem Staatsapparat eng verflochtene Interessenorganisationen der Gegner von Bewegungen aufweist,
- eine konfliktfreudige, konkurrenzdemokratische politische Kultur und eine hohe kulturelle Resonanz der Bewegungsthemen.

2. Starke *partei- und wahlpolitisch* ausgerichtete Strukturen innerhalb von Bewegungen ergeben sich am ehesten

- bei einem politischen Entscheidungssystem, das gegenüber nicht oder schwach institutionalisierten Akteuren weitgehend geschlossen ist, und bei einem starken Staat, so daß (nur) vermittels der politischen Wahl Einfluß bzw. Gegenmacht erhofft werden kann,
- wenn das Bewegungsthema quer zu den etablierten, durch konventionelle Interessenorganisationen repräsentierten Konfliktlinien liegt und da-

zialen Bewegungen nicht oder nur sehr bedingt innerhalb des herkömmlichen Links-Rechts-Schemas aufgehen, erscheint auch die von Brand (1985: 319f.) gehegte Annahme plausibel, daß ein gering ausgeprägter Links-Rechts-Konflikt den Themen und Mobilisierungen der neuen sozialen Bewegungen mehr Entfaltungsraum bietet.

- mit einen neuen, eigenständigen parteipolitischen Organisationskern abgeben kann,
- bei einer konfliktfreudigen politischen Kultur in Verbindung mit einem elitären Politikstil.
3. Starke *verbandsförmige* Mobilisierungsstrukturen innerhalb von Bewegungen ergeben sich am ehesten
- bei einem Entscheidungssystem, das strukturell für lobbyistische und klientelistische Beziehungen offen und auf Verflechtungen mit Verbänden angelegt ist,
 - wenn die Bewegungsthemen durch bereits etablierte Verbände nicht oder nur schwach besetzt sind,
 - bei einer konfliktfreudigen politischen Kultur in Verbindung mit einem partizipatorischen Politikstil.

Erklärungen

Welche Ausprägungen haben die oben erwähnten Variablen in den drei Ländern und inwiefern lassen sich damit die länderspezifischen Varianzen der Mobilisierungsstruktur plausibilisieren?

1. *USA*: Verschiedene Autoren haben mit guten Gründen auf das relativ offene Entscheidungssystem der USA hingewiesen (z.B. Kitschelt 1985; Shell 1990). Das gilt nicht nur für das politische System im engeren Sinne, sondern auch für die locker strukturierten, weder organisatorisch noch ideologisch stark fixierten Großparteien (Wattenberg 1984). Sie sind auf lokaler Ebene kaum präsent; die einzelnen Parteigliederungen besitzen eine hohe Autonomie (Wasser 1990: 385). Trotz der Existenz eines Zwei-Parteien-Systems sind Demokraten und Republikaner nicht strikte Antagonisten; bei einem Teil der die neuen Bewegungen betreffenden Themen liegen die Fronten sogar innerhalb und nicht nur zwischen beiden Parteien. Neue Themen und Akteure finden so über diverse Akteure - Initiativen, Bewegungen, *Political Action Committees* (Lösche 1990) und Verbände - relativ leicht Eingang in den politischen Entscheidungsprozeß; sie können aber auch durch entsprechende Anstrengungen von Konkurrenten leicht neutralisiert werden. Diese Situation begünstigt eine scharfe, zunehmend professionalisierte und spezialisierte Konkurrenz bei der Einflußnahme auf einzelne Parlamentarier, Kongreßausschüsse und Regierungsstellen, wobei sich ein strukturelles Übergewicht kapitalnaher und kapitalstarker Interessenorganisationen ergibt. Unabhängig von solchen Ungleichgewichten werden jedoch ganz generell verbandsförmige Interessenvertretungen innerhalb wie außer-

halb der hier im Mittelpunkt stehenden neuen sozialen Bewegungen gefördert, während zugleich die Chancen neuer Parteigründungen äußerst gering sind. In dieselbe Richtung wirkt der in Relation zu den meisten europäischen Ländern unterentwickelte Staatsapparat in den USA. Eine Vielzahl von Aufgaben, die in Europa durch den Staat erfüllt werden, kommen in den USA gesellschaftlichen Gruppen zu. Entsprechend breit und dicht ist das System konventioneller Interessenvermittlung bzw. gesellschaftlicher Selbsthilfe bei zugleich eher geringer Verflechtung mit dem Staat. Relativ häufig ist dagegen der Wechsel von Führungs- und Beratungspersonal aus gesellschaftlichen in staatliche Bereiche und umgekehrt.

Die politische Kultur der USA begünstigt Konkurrenz und offene Konflikte auf der Basis eines relativ stabilen Grundkonsenses, der in einer sog. Zivilreligion verankert ist (Bellah et al. 1987; Gebhardt 1990). Zumindest im Bereich der üblichen politischen Konfliktaustragung waltet eine tief verwurzelte Liberalität (Hartz 1955), die jedoch ab einem bestimmten Konfliktniveau von einer nach westeuropäischen Maßstäben ungewöhnlich massiven Repression konterkariert werden kann.¹⁶ Die ansonsten jedoch bestehende liberale Grundhaltung bedeutet eine Ermutigung für neue, auch unkonventionell auftretende Akteure. Der Politikstil ist gemäßigt partizipationsorientiert und fördert damit die systematische Nutzung entsprechender Einflußkanäle in Form von Verfahrensbeteiligung und Lobbying, was Professionalisierungstendenzen der Interessenorganisationen begünstigt. Staatliche Organe und Parteien wirken aufgrund ihrer strukturellen Schwäche kaum vermittelnd auf Interessenkonflikte ein, so daß sich diese - auch in einer wenig gebremsten Dynamik von Mobilisierung und Gegenmobilisierung - relativ deutlich konturiert im gesellschaftlichen Raum abzeichnen. Allerdings gilt dies, sofern es um tiefer verankerte Gegensätze geht, weniger für den schwach ausgeprägten Links-Rechts-Konflikt¹⁷, sondern vor allem für die traditionelle Konfliktlinie von religiös-fundamentalistischen vs. säkular-liberalistischen Werten sowie den Konflikt zwischen alter und neuer Politik. Speziell für einzelne Themen der Frauen- und Ökologiebewegung be-

¹⁶ Dann kann es zu massiven paramilitärischen Eingriffen bis hin zum Gebrauch von Schußwaffen kommen. Besonders brutal waren die Polizeieinsätze gegen die Proteste anlässlich des Parteitags der Demokratischen Partei in Chicago 1968 und der Einsatz der Nationalgarde an der Kent State University 1970; bei dem vier Studenten erschossen wurden.

¹⁷ Er ist dort nie in der Schärfe wie in den meisten europäischen Staaten aufgetreten. Insbesondere ist der organisierte Sozialismus aus den schon von Werner Sombart benannten Gründen schwach geblieben. Zwar gibt es eine radikal-fundamentalistische Rechte, doch liegt deren Stärke eher im soziokulturellen als politisch-institutionellen Bereich.

deutet dies, daß sie sowohl starke Unterstützung als auch starke Ablehnung erfahren.

Insgesamt ist somit die Kontextstruktur in den USA einer verbandsförmigen Interessenvertretung innerhalb und außerhalb von Bewegungen förderlich, begünstigt aber zugleich auch überwiegend auf lokale Belange ausgerichtete autonome Bewegungsnetzwerke. Dagegen bestehen große Hürden (Wahlsystem, finanzieller Aufwand) und nur geringe Anreize zur Etablierung neuer Parteien, da sich die beiden großen Parteien als relativ durchlässig für neue Themen bzw. Akteure erweisen.

2. *Frankreich*: Übereinstimmend heben Sozialwissenschaftler die extrem geschlossene Struktur des politischen Entscheidungssystems und die Stärke des französischen Staates hervor (Hayward 1976; Kuisel 1981; Kitschelt 1986; Chodak 1989). Das reicht bis zur Diagnose der "Überinstitutionalisierung" (Kesselmann 1970). Der Zentralstaat hat weitreichende formelle und finanzielle Kompetenzen und kontrolliert den weitaus größten Teil der Ausgaben aller Gebietskörperschaften.¹⁸ Dank des ausgeprägten administrativen Zentralismus besitzt die Exekutive eine hohe Implementationsfähigkeit. Vereinfacht gilt: Entscheidungen fallen an hoher Stelle, sie fallen schnell, und sie werden konsequent umgesetzt. Förderlich ist dem weiterhin ein geschlossenes System der Rekrutierung und Ausbildung von Eliten, das stark homogenisierende Wirkungen entfaltet. Für einen entwickelten Lobbyismus bzw. Klientelismus bietet dieses System wenig Ansatzpunkte. Ebenso gering sind die Möglichkeiten, über die Legislative und/oder Judikative Einfluß auf exekutive Entscheidungen zu nehmen. Gegenüber der Regierung und dem Staatspräsidenten hat das Parlament eine schwache Stellung (Frears 1990). Unter diesen Bedingungen bleibt der Bereich konventioneller verbandlicher Interessenorganisation unterentwickelt, zumal der starke Staat für eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen Zuständigkeiten besitzt. Exemplarisch für die Schwäche des intermediären Sektors ist die Position der Gewerkschaften. Sie weisen im internationalen Vergleich einen relativ niedrigen Organisationsgrad auf und sind zudem in Richtungsgewerkschaften zersplittert, suchen diese Schwächen allerdings durch eine teils aggressive Rhetorik und einen gewissen Aktionismus zu kompensieren.

Im Hinblick auf den machtvollen Staat haben nicht nur Verbände, sondern auch soziale Bewegungen wenig Einflußmöglichkeiten. Bei einer an-

¹⁸ 1985 betrug der Anteil des französischen Zentralstaates an den gesamten Staatsausgaben 74,7 Prozent und am Bruttosozialprodukt 38,8 Prozent. Die Vergleichswerte für die Bundesrepublik waren 42,6 Prozent (Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben) und 20,2 Prozent (Anteil des Bundes am Bruttosozialprodukt) (Merkel 1993: 11).

haltenden Intransigenz staatlicher Stellen gegenüber bestimmten Problemen führt das zu der für Frankreich charakteristischen eruptiven Entladung in Form massiver Proteste (Cerny 1982; Wilson 1987: 283), aber eben auf schwacher organisatorischer Basis und deshalb meist kurzlebig. Der konservative Politiker Alain Peyrefitte (1981: 263) spricht vom Aufruhr als einem "Nationalsport".

Obleich auch die französischen Parteien hinsichtlich ihrer Mitglieder und Ressourcen relativ schwachbrüstig sind (wenngleich weitaus stärker als in den USA), bietet für die ansonsten eher ohnmächtigen Protestgruppen vor allem die Wahlbeteiligung in Form eigener Listen/Parteien oder die Zusammenarbeit mit existierenden Parteien die relativ besten Chancen, um überhaupt und längerfristig ihren Interessen mehr Geltung zu verschaffen.¹⁹ Das zeigte sich an den parteiförmigen Organisationsversuchen des Poujadismus in den 1950er Jahren (Borne 1977; Eatwell 1982), dem linkslibertären *Parti Socialiste Unifié*, der die Ideen der 68er Bewegung verkörperte (Hauss 1978), und dem *Front National* als Ausdruck der Neuen Rechten in den 1980er Jahren (Loch 1991). Das zeigte sich nicht zuletzt an den wahlpolitischen Bemühungen der Ökologiebewegung, die früh einsetzen und viel Energie absorbierten. Aufgrund der Links-Rechts-Polarisierung des Parteiensystems (Kimmel 1989) war die wahlpolitische Formierung der zur Linken tendierenden ökologischen Gruppen sehr mühselig; sie führte schließlich bei Teilen der Grünen zu einer rhetorischen Besetzung der Mitte ("weder links noch rechts") - eine Linie, die intern stark umstritten ist. Die französische Frauenbewegung suchte dagegen ihre Interessen in Anlehnung an die bestehenden Linksparteien wahrzunehmen, zumal sich diese gegenüber Forderungen nach formaler Gleichheit aufgeschlossen zeigten. Zwar konnten die wahlpolitischen Anstrengungen der Bewegungen schon aufgrund des tradierten Parteienspektrums, des Wahlsystems auf nationaler Ebene und der relativen Schwäche des Parlaments gegenüber der Exekutive keine allzu großen Hoffnungen wecken; doch erscheint der Druck, der durch die Mobilisierung von Wählern auf politische Entscheidungen ausgeübt werden kann, vielen Bewegungsaktivisten erfolversprechender als der Aufbau autonomer und dezentraler Bewegungsorganisationen oder verbandsförmiger Strukturen.

Die allgemeinen Muster der politischen Kultur Frankreichs sind per se Protestbewegungen nicht abträglich, gehören doch Revolutionen und Re-

¹⁹ Dieser Sachverhalt gilt nicht nur für Protestgruppen. Ganz generell erfuhr das französische Parteiensystem - im Unterschied zu vielen vergleichbaren Ländern - in den 1960er und 1970er Jahren eine Revitalisierung (Wilson 1988), die vermutlich auf die Blockade anderer Kanäle politischer Interessenvermittlung zurückgeht.

volten zum allseits akzeptierten republikanischen Erbe. So scheint in der politischen Öffentlichkeit eine relativ große Toleranz gegenüber Streiks, Demonstrationen, zivilem Ungehorsam und - im Falle von Bauern, Winzern und regionalistischen Bewegungen - bestimmten Formen der Gewaltanwendung zu bestehen.²⁰ Leggewie (1984: 123) spricht von einem "manchmal geradezu anarchistisch anmutenden Anti-Staats-Reflex". Der fehlende Zugang zum politischen Entscheidungssystem in Verbindung mit einem eher elitären Politikstil von Regierung und Behörden provoziert gelegentlich solche Ausbrüche des Protests. Andererseits reagiert der Zentralstaat mit massiver Repression, sobald er sich als Ganzes herausgefordert bzw. seine nationale Unabhängigkeit und Größe bedroht sieht.²¹

Die hier speziell betrachteten Frauen- und Ökologiebewegungen finden in Frankreich eine unterschiedliche kulturelle Resonanz. Formelle Egalitätsforderungen der Frauen stehen mit dem republikanischen Wertekanon durchaus in Einklang und können auf diese Weise, meist vermittelt über die Linksparteien, relativ leicht Eingang in den politischen Prozeß finden. Was jedoch kulturrevolutionäre Forderungen und die Kritik an patriarchalen Familien- und Lebensformen angeht, so erweist sich die französische Gesellschaft als sehr beharrungskräftig. Familienbindungen sind relativ stark; die Ablösung vom Elternhaus erfolgt meist spät und oft nur partiell; neue Lebensformen und insbesondere Wohngemeinschaften spielen eine geringe Rolle. Eher schwach ist die kulturelle Resonanz auf Themen und Forderungen der Ökologiebewegung. Zum ersten ist die Tradition von Natur- und Heimatschutz wenig entwickelt. Zum zweiten erscheint die Natur in Frankreich noch intakter als in manchen anderen hochindustrialisierten Staaten:

²⁰ Nach dem World Values-Survey von 1981/81 beträgt der Prozentsatz derer, die sich an illegalen Aktionsformen beteiligt haben bzw. beteiligen würden, in Frankreich rund 80 Prozent, in den USA 42 und in der Bundesrepublik 34 Prozent (bezogen auf vier Items: wilder Streik, Fabrikbesetzung, Fenster einschlagen, Gewalt gegen Personen; Mehrfachnennungen möglich).

²¹ Dem widersprechen scheinbar Befunde, die - gemessen an der Zahl der Verhaftungen im Zusammenhang mit Aktionen neuer sozialer Bewegungen - Frankreich "as by far the least repressive" (Koopmans 1992: 82) im Vergleich zur Bundesrepublik, der Schweiz und den Niederlanden ausweisen. Hierbei bleiben jedoch zum ersten sonstige Formen der Repression ausgeklammert, etwa die in Konfrontationen ausgeübte physische Gewalt der Ordnungskräfte, Kontrollen im Vorfeld von Protesten, Verbote von Veranstaltungen und gerichtliche Strafmaße. Die in der Bundesrepublik relativ hohe durchschnittliche Zahl von verletzten Demonstranten könnte nicht nur die Aggressivität von Protestteilnehmern, sondern auch eine hohe Repressionsneigung der Ordnungskräfte indizieren. Zum zweiten vermag eine hohe Repressionsdrohung auch prohibitive Wirkungen zu entfalten, so daß das Risiko von Verhaftungen gemieden wird. Relativ hohe Zahlen von Massenarresten, wie sie sich in den USA im Vergleich zu Frankreich ergeben würden (laut Koopmans 0,0 Prozent in Frankreich, 4,1 Prozent in der Bundesrepublik), könnten somit gerade einen geringen Repressionsgrad indizieren.

die Bevölkerungsdichte ist relativ gering²²; viele Regionen haben noch ein ländliches Gepräge und bieten größere Refugien für Erholungssuchende, Jäger, Angler usw. So ist es nicht erstaunlich, daß die Öffentlichkeit den Forderungen der Ökologiebewegung im eigenen Land teilweise mit Gleichgültigkeit begegnete und insbesondere auf die starke Mobilisierung in der Bundesrepublik erstaunt reagierte. Allerdings deutet sich in den letzten Jahren ein Prozeß des Umdenkens an.

3. *Bundesrepublik*: Die Kontextstruktur der Bundesrepublik nimmt in mancher Hinsicht eine Mittellage zwischen den USA und Frankreich ein. Das politische Entscheidungssystem ist weniger offen als in den USA, aber deutlich weniger geschlossen als in Frankreich. Ein analoges Bild ergibt sich für die staatliche Implementationsfähigkeit. Die Informations- und Partizipationsmöglichkeiten von Einzelbürgern und organisierten Akteuren, sofern letztere nicht dem korporatistischen Kartell zugehören, sind geringer als in den USA. Mit den USA vergleichbar ist dagegen die Ausprägung des föderativen Systems. Angebote begrenzter Verfahrensbeteiligung und vor allem die ausgebaute Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit bieten gewisse Interventionsmöglichkeiten für gesellschaftliche Gruppen im Implementationsprozeß staatlicher Politik. Die Bedingungen auf der Input- und Outputseite sind somit für die Entfaltung von Protestbewegungen durchaus günstig.

Das etablierte System der Interessenvermittlung in Form von Parteien und - auf klassische Themen ausgerichteten - Verbänden ist gut entwickelt. Die Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik haben weitaus mehr Mitglieder als in Frankreich (vgl. 4.2.2). Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Bauernverbände und andere, mehr oder weniger auf Einzelinteressen ausgerichtete Assoziationen sind in der Regel relativ finanzkräftig und gut organisiert, wenngleich sie im Umgang mit Massenmedien, in juristischen Fragen und bei Techniken des Lobbying und Fund Raising (Everett 1992) meist nicht den in den USA vorherrschenden Professionalitätsgrad erreichen. Die organisatorische Stärke von Parteien und Verbänden wird zum Teil durch Verflechtungen mit dem Staatsapparat begünstigt. Beispielsweise haben die Parteien in der Bundesrepublik eine bereits verfassungsrechtlich hervorgehobene Stellung und werden in hohem Umfang durch staatliche Gelder finanziert.²³ In kleinerem oder größerem Ausmaß sind aber auch

²² In Frankreich kommen durchschnittlich rund 100 Menschen auf einen Quadratkilometer, in der (westlichen) Bundesrepublik knapp 250, in den USA lediglich 27.

²³ Der Anteil der Staatsmittel an den Einnahmen der Bundestagsparteien lag 1990 zwischen 33,2 Prozent (Die Grünen) und 51,9 Prozent (FDP). Vgl. *Der Spiegel* vom 13.4.1992, S. 37. Durch indirekte Finanzierungen erhöht sich dieser Anteil auf 60 bis 70 Prozent (von Armin 1991: 76f.) und liegt damit vermutlich an der Spitze aller demokra-

Kirchen und Verbände in Bereichen wie Wohlfahrt, Jugend und Sport staatlich alimentiert.

Andererseits bleibt dieses System gut organisierter Interessen selektiv und weist Lücken auf. So war das "Zweieinviertelparteiensystem der Bundesrepublik" (von Beyme 1979: 243) bis weit in die 1970er Jahre auf die politische Mitte zentriert und ließ die Ränder fast unbesetzt. (Dies zeigte sich besonders deutlich in der Phase der Großen Koalition, in der zugleich NPD und Außerparlamentarische Opposition aufkamen.) Ebenso fanden die Themen der Neuen Politik anfangs keine starke Vertretung im Verbändesystem. Insbesondere erwies sich der korporatistische Verbund ökonomischer Interessenvertretung zunächst als strukturell und programmatisch wenig flexibel. In dieses Vakuum stießen Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen; die Lücke im linken, undogmatischen parteipolitischen Spektrum füllten später die *Grünen*. Erst als diese Entwicklungen nicht mehr als Modeerscheinung abzutun waren und die neuen sozialen Bewegungen mehr Gewicht erlangten, zeichnete sich bei den etablierten Organisationen ein Öffnungsprozeß ab.

Die allgemeinen Muster der politischen Kultur waren in der von obrigkeitsstaatlicher Tradition, Harmoniebedürftigkeit und Aufbaumentalität gekennzeichneten Nachkriegsphase für Protestbewegungen nachteilig. Es fehlte eine ähnlich ausgeprägte liberale Tradition wie in den USA, was nicht zuletzt anfängliche Überreaktionen gegenüber der Studentenbewegung zeigten. Erst ab den späten 1960er Jahren begann sich ein Wandel abzuzeichnen zugunsten eines konfliktfreudigeren, kompetitiven Demokratieverständnisses (Conradt 1980; Baker/Dalton/Hildebrandt 1981; Greiffenhagen 1991) und einer höheren Neigung für unkonventionelle Aktionsformen (Fuchs 1991). Daran hatten die neuen sozialen Bewegungen sowohl einen prägenden Anteil als auch einen unmittelbaren Nutzen. Speziell die hier untersuchten Frauen- und Ökologiebewegungen stießen hinsichtlich ihrer Themen und Forderungen durchaus auf kulturelle Resonanz. Einerseits konnten beide Bewegungen an inhaltlichen, freilich durch den Nationalsozialismus gebrochenen Traditionsbeständen anknüpfen; sie hatten relevante historische Vorläufer in Deutschland. Andererseits wurden die Bewegungen auch durch die später starke Ausprägung postmaterialistischer Werte in der Bundesrepublik begünstigt. Insgesamt waren also politisch-institutionelle Bedingungen, die Struktur des intermediären Bereichs und die Muster der

tischen Länder (Naßmacher 1992: 487). Bei den beiden großen Parteien in den USA betrug der staatliche Finanzierungsanteil von 1977-1980 rund 19 Prozent (von Beyme 1984: 262). Zur Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich siehe Alexander (1989), Landfried (1990) und Naßmacher (1992).

politischen Kultur einer genuin bewegungsförmigen Mobilisierungsstruktur durchaus zuträglich, schlossen aber auch partei- und verbandsförmige Elemente innerhalb der Bewegungen keineswegs aus.

7.4 Zusammenfassung

In einer tabellarischen Übersicht werden die beschriebenen empirischen Ausprägungen der erklärenden Variablen für die drei Länder zusammengefaßt, wobei hier spezifische, nur für eine bestimmte Einzelbewegung geltende Bedingungen vernachlässigt werden (Tabelle 7.2).

Tabelle 7.2
Die Kontextbedingungen neuer sozialer Bewegungen im Ländervergleich

	USA	Frankreich	Bundesrepublik
1. Regimestruktur			
Zugang zum Entscheidungssystem	offen	geschlossen	halb offen
Implementationsfähigkeit	mittel	stark	mittel
2. Konventionelles System der Interessenvermittlung			
Breite und Effektivität	groß	gering	mittel
Verflechtung mit Staat	gering	sehr gering	groß
3. Muster der politischen Kultur			
Konfliktkultur und Politikstil	konfliktorientiert; partizipatorisch	konfliktorientiert; elitär	mäßig konfliktorientiert; halb elitär, halb partizipatorisch
Kulturelle Resonanz von Themen der Frauen- und Ökologiebewegung	groß, aber auch für Gegenbewegungen	groß für egalitäre Forderungen, ansonsten gering	groß für Ökologiebewegung; mittel für Frauenbewegung

Im großen und ganzen lassen die nationalen Kontextstrukturen die länder-spezifische Ausformung und Stärke der Mobilisierungsstruktur plausibel erscheinen. Verständlich wird insbesondere das Gewicht verbandsförmiger

Bewegungsorganisationen in den USA, die Verlagerung der hinsichtlich ihrer Infrastruktur schwachen Bewegungen Frankreichs auf wahlpolitische Strategien sowie die relativ ausgewogene und insgesamt starke Mobilisierungsstruktur in der Bundesrepublik. Die Annahme eines kurvilinearen Zusammenhangs zwischen dem Zugang zum politischen Entscheidungssystem und der staatlichen Implementationsfähigkeit einerseits und bewegungsförderlicher Mobilisierung andererseits wird durch den französischen und deutschen Fall bestätigt. Der offene Zugang zum politischen Entscheidungssystem in den USA ließe dagegen eine schwächere genuin bewegungsförmige Mobilisierung erwarten, als sie tatsächlich besteht. Verstärkend in Richtung einer bewegungsförmigen Mobilisierung wirken jedoch andere Variablen, insbesondere die partizipationsorientierte politische Kultur.

Eine weitere Prüfung und Ausarbeitung des Konzepts gesellschaftlicher Kontextstruktur ließe sich durch die Einbeziehung von zusätzlichen Vergleichsländern erreichen, würde jedoch den Rahmen dieser Studie sprengen. Obgleich sich das Konzept bislang im Grundsatz zu bewähren scheint, sind doch seine Schwierigkeiten und Grenzen im Auge zu behalten.

Zum ersten ist davon auszugehen, daß neben den wohl dominant prägenden exogenen Bedingungen auch die hier weitgehend ausgeklammerten bewegungsendogenen Faktoren die Mobilisierungsstruktur mitbestimmen. Dazu müssen bei einem Vergleich verschiedener Bewegungen in erster Linie die unterschiedlichen Handlungslogiken herangezogen werden, die sich aus der sachlichen Natur der Konflikte ergeben. Hierbei kann typisierend von expressiv und instrumentell ausgerichteten Bewegungen ausgegangen werden (Rucht 1988).²⁴

Dem ersten Typus kommen die neuen Frauenbewegungen näher. Sie sind im Kern Bewegungen, die vor allem ein verändertes Bewußtsein und Rollenverständnis anstreben und dieses Ziel lediglich flankierend über politisch-strukturelle Reformen abzusichern suchen. Das erklärt auch den Vorrang von Formen *qualitativer* Mobilisierung, die sich in der Existenz einer Vielzahl kleiner Gruppen und Initiativen sowie unspektakulären Aktivitäten ohne Massenmobilisierung niederschlagen. Aufgrund der Distanz der Frauenbewegungen zur stark von Machtkalkülen beherrschten Parteipolitik fanden auch verschiedene Versuche zum Aufbau einer feministischen Partei keine Resonanz. Dies ist weder Ausdruck einer Mobilisierungsschwäche noch einer ungünstigen Kontextstruktur; vielmehr zeigen

²⁴ Walsh/Warland/Smith (1993: 25) unterscheiden zwischen *equity movements* (z.B. von Afro-Amerikanern, Indianern und Frauen) und *technology movements* (z.B. Ökologiebewegung), um aus der besonderen Problemnatur beider Typen (*soft vs. hard grievances*) bestimmte Merkmale abzuleiten.

sich hier die Implikationen einer dominant expressiven Bewegung. Dem zweiten Typus kommen die Ökologiebewegungen näher. Sie zielen vorrangig auf ökonomische bzw. politische Strukturveränderungen und flankieren dies allenfalls sekundär durch Bemühungen um einen veränderten Lebensstil. Somit tendieren die Ökologiebewegungen zu instrumentellen Kalkülen, Parteipolitik (einschließlich der Schaffung von Bewegungsparteien) und *quantitativer* Mobilisierung. Letztere hat einen höheren Nachrichtenwert und wird in Protestereignisanalysen, die auf Auswertungen von Tageszeitungen beruhen, stärker sichtbar. Die auf diese Weise gemessene unterschiedliche Mobilisierungsstärke der Frauen- und Ökologiebewegungen indiziert nicht notwendig eine generelle Schwäche der Frauenbewegungen. Für diese Annahme spricht die hohe Zahl von Frauengruppen in den USA und der Bundesrepublik.

Zum zweiten fällt es hinsichtlich einiger Variablen schwer, bewegungsübergreifend wirksame Kontextstrukturen selbst dann festzustellen, wenn zwei Bewegungen der selben Bewegungsfamilie zuzurechnen sind, wie das für die Frauen- und die Ökologiebewegung gilt. Offenbar wird die Mobilisierungsstruktur auch durch die für ein bestimmtes Politikfeld und einen bestimmten Konflikttypus geltenden Kontextbedingungen geprägt, die jeweils gesondert zu analysieren sind. Unterschiedliche Bewegungen im selben Land finden somit partiell unterschiedliche Kontextstrukturen vor. Darauf konnte nur andeutungsweise eingegangen werden.

Zum dritten zeigen sich schließlich Grenzen des hier zugrundegelegten Erklärungskonzepts aufgrund seiner *statischen* Ausrichtung. Sieht man einmal von Fachpolitiken ab, die ohnehin stärkeren Wandlungen im Zeitverlauf unterliegen können, so erweisen sich selbst die als weitgehend stabil geltenden Rahmenbedingungen als nicht unveränderlich. Insbesondere in der Bundesrepublik haben sich innerhalb des Betrachtungszeitraums strukturelle Wandlungen im Bereich des Systems etablierter Interessenvermittlung und der politischen Kultur vollzogen, die eine stärker prozessual ausgerichtete Analyse verlangen. Zudem setzen Vorkommen und Merkmale von Protestbewegungen, soweit diese nicht politisch irrelevant bleiben, selbst ein Datum, das auf Kontextstrukturen einwirken und auf diesem Weg wiederum Effekte für die Bewegungen zeitigen kann. Dieser Aspekt, der sich nur schwerlich für komplexe Akteure wie die Frauen- und die Ökologiebewegungen mit ihren vielfältigen, sich über Zeit wandelnden Strömungen und Teilzielen diskutieren läßt, soll am Beispiel ausgewählter Kampagnen eingehender und systematischer diskutiert werden (Kapitel 10).

Kapitel 8

Der Konflikt um die Liberalisierung der Abtreibung

Die beiden folgenden, formal weitgehend analog aufgebauten Kapitel wenden sich mit dem Streit um Abtreibung bzw. Atomenergie zwei herausragenden Konfliktfällen zu, welche einen Mobilisierungsschwerpunkt der zuvor behandelten Frauenbewegungen und Ökologiebewegungen bilden. Allerdings geht es nun vor allem um eine Analyse der Dynamiken und Ergebnisse der Konflikte. Dies legt eine nach Ländern getrennte fallbezogene Darstellung der Konfliktgeschichten nahe. Dem wird jeweils ein historischer Abriß vorgeschaltet und ein ländervergleichender Abschnitt nachgeordnet.

8.1 Zur Bedeutung und Vorgeschichte des Konflikts

Der Streit um die Liberalisierung der Abtreibung¹ war gewiß nicht der Entstehungsgrund für die neue Frauenbewegung, aber er bildete doch in deren Frühphase einen ersten Brennpunkt der Mobilisierung.² Seine Bedeutung lag vor allem darin, daß er (a) exemplarisch die Bevormundung von Frauen durch patriarchale Strukturen sichtbar machen konnte und ein wichtiges

¹ Ich verwende im weiteren den gängigen Begriff Abtreibung an Stelle des weniger wertgeladenen, aber umständlicheren Terminus Schwangerschaftsabbruch. Im Französischen entspricht dem einerseits *avortement*, andererseits der von Frauengruppen bevorzugte Begriff *interruption volontaire de grossesse* (IGV, freiwillige Unterbrechung der Schwangerschaft). Letzterer ist ebenso wie die zuweilen im Deutschen gebrauchte Bezeichnung Schwangerschaftsunterbrechung sachlich falsch. Im Englischen steht ohnehin nur das Wort *abortion* zur Verfügung.

² Nach Einschätzung von Dahlerup (1986: 10) handelte es sich für die Frauenbewegung um einen Schlüsselkonflikt. Ähnlich lauten die Urteile von Duchon (1986: 12) für Frankreich ("the biggest mobilizing issue...in the early 1970s"), Schenk (1981: 87) für die Bundesrepublik ("eigentlicher Schmelztiegel für das Entstehen der Neuen Frauenbewegung") und Gelb (1989: 64) für die USA ("key political issues such as abortion rights and the ERA").

Terrain des Kampfes um Selbstbestimmung darstellte, (b) ein einigendes Band zwischen sehr verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb der Frauengruppen und anderer liberaler bzw. linker Kräfte bildete und (c) als eine Brücke zwischen den kleinen feministischen Zirkeln und breiteren gesellschaftlichen Gruppen diente. Der Abtreibungskonflikt hat eine lange Geschichte und spielte bereits für die historische Frauenbewegung eine wichtige Rolle.³ Es ist nützlich, sich dieser Vergangenheit kurz zu vergegenwärtigen.

Abtreibung ist eine in ganz unterschiedlichen Kulturen verbreitete Praxis (Devereux 1955; Dähn 1972; Riddle 1992). Teilweise stellte sie eine gängige Form der Geburtenkontrolle dar und unterlag keinerlei Sanktionen (Rosenblatt 1992: 54). In der griechischen Antike bestanden gegensätzliche Auffassungen über die Rechtmäßigkeit der Abtreibung (Gorman 1982; Jütte 1993). Mit dem aufkommenden Christentum wurde, basierend auf dem Fruchtbarkeitsgebot und Tötungsverbot, die Abtreibung geächtet (Connery 1977). Kirchengelehrte wie Tertullian und Augustinus wandten sich scharf gegen Verhütung und Abtreibung. Allerdings wurde die Abtreibung regional und zeitabhängig unterschiedlich behandelt und keineswegs immer konsequent verfolgt. Normsetzend blieb die christliche Religion, die weithin auch die mehr oder weniger säkularisierte Jurisprudenz beeinflusste (Huser 1942; Jeroushek 1988). Eine systematische Pönalisierung der Abtreibung in Form von qualvollen Todesstrafen - Begraben bei lebendigem Leibe, Pfählen, Ertränken usw. - setzte in großen Teilen Europas gegen Ende des 15. Jahrhunderts ein; sie stand in engem Zusammenhang mit der Welle von Hexenverfolgungen, die um 1580 kulminierte (Heinsohn/Knieper/Steiger 1986; van Dülmen 1991). Im 19. Jahrhundert bemächtigten sich neben der Moraltheologie zunehmend die Medizin, Eugenik und Bevölkerungspolitik des Abtreibungsthemas (Duden 1991; Mohr 1978). In etlichen Ländern entwickelte es sich zu einem politischen Konfliktstoff (Francome 1984; Glendon 1987; Tribe 1990). Auch sozialreformerische Gruppen, Frauenrechtlerinnen und politische Parteien mischten sich in die Debatte ein. Ab dem späten 19. Jahrhundert entfaltete sich in mehreren westlichen Ländern eine Bewegung für Geburtenkontrolle (Field 1983). Im frühen 20. Jahrhundert bemühten sich kommunistische, sozialdemokratische und liberale Kräfte um eine Lockerung oder völlige Abschaffung der teilweise drakonischen Strafen, mit denen Abtreibung geahndet wurde.

³ Völlig fehl geht die Aussage, die Abtreibung sei ein neues Thema der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufkam (Cohan 1986: 27). Vgl. zum Beispiel Wobbe (1989: 138-177) für den intensiven Abtreibungskonflikt um die Jahrhundertwende in Deutschland.

Zwischen 1920 - dem Jahr der Freigabe der Abtreibung in der Sowjetunion - und den späten 1960er Jahren wurden liberale Abtreibungsregeln vor allem in osteuropäischen und skandinavischen Ländern, aber auch der Schweiz, eingeführt. In vielen anderen Staaten brachten jedoch erst die kulturelle Liberalisierung in den 1960er Jahren und insbesondere der Aufschwung der neuen Frauenbewegung die Abtreibungsfrage auf die politische Agenda. Es folgten erbitterte und zähe Auseinandersetzungen. Dabei kam es zu unterschiedlichen Regelungen. Beispielsweise wurde in Großbritannien 1967 ein relativ liberales Abtreibungsgesetz verabschiedet (Greenwood/Young 1976; Marsh/Chambers 1981; Lovenduski 1986a). Im Gegensatz dazu blieben vor allem Länder mit einer starken katholischen Prägung (etwa Irland, Spanien und Portugal) ihrer traditionell restriktiven Abtreibungspolitik verhaftet.⁴ In den hier näher beleuchteten Ländern - USA, Frankreich und Bundesrepublik - wurden in der ersten Hälfte der 1970er Jahre mehr oder weniger liberale Reformen des Abtreibungsrechts durchgesetzt. Damit war freilich der Streit nicht beigelegt.

Der Literaturstand zum Abtreibungsthema ist in den drei untersuchten Ländern sehr unterschiedlich.⁵ Für die USA liegt eine Fülle von Arbeiten vor, die teilweise auch als Beiträge der Bewegungsforschung gelten können. Hier sind insbesondere die Studien von Luker (1984), Petchesky (1984), Ginsburg (1989), Condit (1990), Staggenborg (1991), McKeegan (1992) und Craig/O'Brien (1993) hervorzuheben. Für Frankreich ist die sozialwissenschaftliche Literatur dürftig. Knappe Zusammenfassungen des Konflikts bieten allerdings Batiot (1982), Horellou-Lafarge (1982) und Jenson (1987). Ausführlicher ist die Arbeit von Mossuz-Lavau (1991: Kap. 2). In der Bundesrepublik überwiegen populärwissenschaftliche, journalistische und agitatorische Arbeiten. Bislang fehlt eine zusammenfassende Analyse aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Ebenso existieren kaum ausgearbeitete ländervergleichende Konfliktanalysen.⁶

⁴ Um die Mitte der 1980er Jahre war in 28 Prozent aller Länder Abtreibung nur aufgrund eng gefaßter medizinischer Gründe erlaubt (Tietze/Henshaw 1986: 12ff.). Nach einer neueren Studie ist Abtreibung in 52 Ländern (entsprechend 25 Prozent der Weltbevölkerung) nur bei Gefahr für das Leben der Mutter und in 42 weiteren Ländern (12 Prozent der Weltbevölkerung) auch aus anderen medizinischen sowie genetischen und kriminologischen Gründen (Vergewaltigung) erlaubt. Die Gesamtzahl der jährlichen Abtreibungen wird auf 36 bis 53 Millionen geschätzt. Davon sollen 15 bis 22 Millionen illegal sein (WHO 1992). Für einen internationalen Überblick vgl. auch Eser/Koch (1988/1989) und Sachdev (1988).

⁵ Für detaillierte Länderberichte der jeweiligen rechtlichen Regelungen bis etwa Mitte der 1980er Jahre vgl. Weigend (1989) zu den USA, Wüst-Reichenbach (1988) zu Frankreich und Koch (1988) zur Bundesrepublik.

⁶ Für einen Vergleich der Abtreibungspolitik in Schweden, den USA, Irland und Isra-

8.2 Der Abtreibungskonflikt in den USA

8.2.1 Die Ausgangslage

In den USA existierten bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts keine gesetzlichen Regelungen zur Abtreibung (Mohr 1978: 3). Abtreibungen im ersten und weitgehend auch im zweiten Drittel der Schwangerschaft unterlagen kaum Einschränkungen (Luker 1984: 14). Mit dem letzten Gesetzgebungsschub zwischen 1860 und 1880 hatten sich jedoch die strikten Gegner der Abtreibung in fast allen Einzelstaaten durchgesetzt.⁷ Abtreibung durch die gezielte Einnahme von Präparaten oder durch mechanische Eingriffe war fortan zu jedem Zeitpunkt verboten, sofern nicht dadurch das Leben der Mutter gerettet werden sollte. In einigen Staaten galt nicht einmal dieser Vorbehalt. Dieser dramatische Wandel innerhalb von acht Jahrzehnten war das Ergebnis des "first Right-to-Life Movement" (Luker). An dessen Spitze standen Mediziner, die neben ethischen Motiven vor allem standespolitische Interessen verfolgten (Luker 1984: 27ff.). Während dem "Kreuzzug der Mediziner" (Mohr) gegen Abtreibung somit auf gesetzgeberischer Ebene ein voller Erfolg beschieden war, blieb sein Einfluß auf die öffentliche Meinung weniger durchschlagend (Mohr 1978: 171ff.).

Damit begann ein "century of silence" (Luker). Zwischen 1890 und 1950 wurde das Abtreibungsthema kaum mehr öffentlich debattiert. Es blieb medizinischen und juristischen Fachleuten vorbehalten, die sich Fragen der Indikation, der Einschränkung von Abtreibungen durch "Amateure" und der Problematik illegaler Abtreibungen widmeten. Nach den Recherchen von Luker (1984: 40ff.) gab es kritische Stimmen gegen die restriktive Rechtslage, aber keine wirkliche Reformbewegung. Allerdings wurde die Einhaltung der bestehenden Gesetze nicht konsequent verfolgt. Illegale Abtreibungen blieben ein Massenphänomen.⁸

el vgl. Yishai (1993); für eine Vorarbeit zu diesem Kapitel vgl. Rucht (1991b).

⁷ 1900 war nur noch Kentucky ohne Abtreibungsgesetz. Doch auch hier hatte ein Gericht Abtreibung für illegal erklärt (Faux 1988: 59).

⁸ Shorter (1981: 191 und 207) vermutet einen starken Anstieg der Abtreibungen nach 1880 und spricht von einer "first abortion revolution", die er vor allem auf medizinische und technologische Innovationen zurückführt. Nicht sehr zuverlässige Hochrechnungen, die gegen Ende der 1920er Jahre aufgrund des Zahlenmaterials einer New Yorker Klinik angestellt wurden, gingen von jährlich 1,2 Millionen Abtreibungen aus (Cooke et al. 1968: 41).

8.2.2 Der Weg zur Reform

Beginnend in der Zwischenkriegszeit hatten sich unter der Oberfläche der weiterhin geltenden gesetzlichen Regelungen die tatsächlichen Bedingungen für die Abtreibungspraxis allmählich verändert (Francome 1984: 74ff.). Zum ersten wurde mehr oder weniger stillschweigend die strikt medizinische Indikation um eine "therapeutische" erweitert (Calderone 1958: Kap. 6). Damit gewannen auch psychiatrische und soziale Gesichtspunkte an Bedeutung. Zum zweiten verbreitete sich in wissenschaftlichen Kreisen die Auffassung, die moralische und juristische Behandlung der Abtreibung sei nicht streng an biologisch-medizinische Fakten gebunden, sondern entspringe einer konstruktivistischen, durch kulturelle und ideologische Kriterien bestimmten Sichtweise. Schließlich kam es zu Ansätzen einer Liberalisierung von Fragen der Sexualität⁹, die sich auch in der zunehmenden Akzeptanz für Methoden der Empfängnisverhütung ausdrückte¹⁰, welche bereits seit langem von dem neo-malthusianischen *birth control movement* propagiert wurden (Francome 1984: 34f.; MFPP 1982: 11-29).¹¹

Eine erste Aufweichung des offiziellen Konsenses über die strafrechtliche Behandlung der Abtreibung signalisierte ein Reformvorschlag des *American Law Institute* (ALI) im Jahr 1959, der aufgrund einer Initiative von *Planned Parenthood*¹² zustandegekommen war.¹³ Damit sollte das Recht der von manchen Medizinern bereits geübten Praxis angepaßt werden, in bestimmten Problemfällen abzutreiben (bei Geistesgestörtheit der Schwangeren, Vergewaltigung und Inzest). Ein ähnlicher Reformvorschlag wurde 1961 mit dem *Knox bill* im kalifornischen Parlament formuliert (Luker 1984: 65), fand allerdings keine Mehrheit.

⁹ Zugunsten einer liberaleren Sichtweise wirkten Francome (1984: 54) zufolge Studien von Anthropologen, namentlich Malinowskis *Sexual Life of Savages* (1929) und Margaret Meads *Coming of Age in Samoa* (1943), welche die "Natürlichkeit" konservativer Sexualmoral in Frage stellten.

¹⁰ 1973 billigte die *American Medical Association* erstmals die Anwendung von Methoden der Empfängnisverhütung (Francome 1984: 76).

¹¹ Zur Geschichte der Bewegung für Geburtenkontrolle in den USA vgl. Gordon (1976). Erste Zentren für Geburtenkontrolle entstanden 1882 in Holland, 1905 in Dänemark, 1916 in den USA und 1921 in Großbritannien.

¹² Die 1916 gegründete Organisation setzte sich frühzeitig für eine Geburtenkontrolle ein, stand jedoch der Abtreibung zunächst kritisch gegenüber (Francome 1984: 102).

¹³ Vorausgegangen war eine große Bestandsaufnahme der Abtreibungssituation in den USA im Rahmen einer Konferenz im Jahr 1957 (siehe die Beiträge in Calderone 1958), die von *Planned Parenthood*, dem *Arden House* und der *New York Academy of Medicine* gesponsort wurde.

Erst mit dem Fall von Sherri Finkbein im Jahr 1962 wurde Abtreibung schlagartig Thema einer leidenschaftlich geführten öffentlichen Debatte (Olasky 1988: 93ff.) und sogar einer Meinungsumfrage, die auf diesen konkreten Konflikt bezogen war.¹⁴ Hierbei ging es um das Für und Wider einer Schwangerschaft, bei der die Mutter mit einem deformierten Fötus zu rechnen hatte.¹⁵ Damit wurde nicht nur ein grundsätzliches moralisches Dilemma öffentlich debattiert, sondern es rückten auch strukturelle Begleitumstände und Folgen der bestehenden restriktiven Regelungen in den Vordergrund. Dies betraf insbesondere die Problematik massenhaft praktizierter illegaler¹⁶, teils medizinisch stümperhafter und somit äußerst riskanter Abtreibungen.¹⁷ Dabei wurden zur Dramatisierung der Lage vereinzelt wohl überhöhte Zahlen zu Todesfällen von Schwangeren aufgrund nicht fachgemäßer Abtreibungen in Umlauf gebracht und von der Presse bereitwillig übernommen (Olasky 1988: 99). Das Magazin *Time* vermerkte in seiner Weihnachtsausgabe von 1964, daß "jedes Jahr eine Million Abtreibungen in den USA durchgeführt werden, von denen 99 Prozent illegal sind" (ebd., S. 98).

Am entschiedensten waren zunächst Vorstöße von liberalen Gruppen und Einzelpersonen, darunter vielen Medizinern. Diese Kreise stammten aus gebildeten Schichten bzw. den gesellschaftlichen Eliten und bevorzugten die institutionellen und informellen Kanäle politischer Einflußnahme. Zwischen 1962 und 1966 wurden in fünf Staaten Reformen erwogen, aber letztlich abgelehnt. Ein erste, wenngleich noch sehr bescheidene Lockerung der restriktiven Abtreibungsgesetze konnte 1966 in Mississippi erzielt wer-

¹⁴ Eine unmittelbar nach dem Finkbein-Fall durchgeführte Gallup-Umfrage ergab, daß über die Hälfte der Befragten Finkbeins Entscheidung für eine Abtreibung zustimmten. 32 Prozent der Befragten votierten dagegen und 16 Prozent hatten dazu keine eindeutige Meinung (Luker 1984: 82).

¹⁵ Finkbein, Mutter von fünf Kindern, hatte während einer weiteren Schwangerschaft ein aus Europa mitgebrachtes Schlafmittel eingenommen und später erfahren, daß dieses mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Deformierung des Fötus bzw. Embryos hervorrufen würde. Eine daraufhin angesetzte Abtreibung in einer katholischen Klinik wurde kurzfristig abgesagt, nachdem ein Freund Finkbeins den Fall auf der Titelseite einer Zeitung ausbreitet hatte. Nach vielen Umwegen und Widrigkeiten wurde das - tatsächlich nachhaltig verkrüppelte - Embryo im vierten Schwangerschaftsmonat in einer schwedischen Klinik abgetrieben (detailliert: Faux 1988: 42-54).

¹⁶ Schätzungen eines Fachkomitees aus dem Jahr 1955 gingen von 0,2 bis 1,2 Millionen jährlichen Abtreibungen aus (Cooke et al. 1968: 42). In bezug darauf kam Calderone (1958: 180) zu dem Fazit: "There is no objective basis for the selection of a particular figure between these two estimates..." Experten von *Planned Parenthood* und des *National Committee on Maternal Health* schätzten in den 1960er Jahren die Zahl der jährlichen Abtreibungen auf 1 bis 1,5 Millionen (Faux 1988: 37).

¹⁷ Schätzungen zufolge ging rund ein Drittel der Todesfälle von Frauen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft auf illegale Abtreibungen zurück (Luker 1984: 74).

den. Die vielleicht intensivste Mobilisierung fand zunächst in Kalifornien statt. In 1962 und 1964 abgehaltenen Hearings zur Reform des geltenden kalifornischen Gesetzes aus dem Jahr 1872 warben die Reformer für ihre Positionen und schlossen sich 1964 zu einer eigenen Organisation, dem *California Committee on Therapeutic Abortion* (CCTA), zusammen. CCTA bemühte sich um die Durchsetzung eines Reformvorschlags (das sog. *Beilenson bill*). Parallel dazu entstanden in anderen Staaten Organisationen mit ähnlicher Zielsetzung.¹⁸ Große Wellen schlug zudem die Verurteilung von sieben kalifornischen Medizinprofessoren, die Abtreibungen praktiziert hatten, durch eine staatliche Ärztekommision. Daraufhin kam es zu Solidaritätsbekundungen mit den beschuldigten Medizinern, organisiert von einer Unterstützerguppe mit rund 2.000 Ärzten, darunter den Dekanen der reputiertesten medizinischen Fakultäten des Landes (Luker 1984: 86f.).

1967 erfolgten die ersten Durchbrüche. Die verschiedensten Aspekte des Abtreibungsthemas hatten sich zu einem Gegenstand parlamentarischer Debatten¹⁹, journalistischer Berichterstattung und öffentlicher Veranstaltungen entwickelt. Dazu zählte beispielsweise ein internationaler Kongreß, der 1967 in Washington abgehalten wurde und neben ausgewählten Fallstudien allgemeine biologische, statistische, rechtliche, sozialwissenschaftliche, medizinische und ethische Aspekte zur Geltung brachte (Cooke et al. 1968). In Colorado, North Carolina und Kalifornien wurden 1967 Reformgesetze verabschiedet, die im wesentlichen dem Vorschlag des *American Law Institute* von 1959 folgten. Nun waren die Reformer, denen sich bald weitere Organisationen wie die *American Civil Liberties Union* auf einzel- und bundesstaatlicher Ebene anschlossen, im Aufwind. Olasky geht sogar so weit zu behaupten, daß die liberalen Kräfte die öffentliche Meinung beherrschten: "In 1970, pro abortion thought controlled the most powerful pulpits in the land - the front pages and editorial pages of leading newspapers." (Olasky 1988: 113)

An dem großzügig gehandhabten kalifornischen Gesetz, das ausgerechnet der konservative Gouverneur Ronald Reagan unterzeichnet hatte, kann exemplarisch die Veränderung der faktischen Situation verdeutlicht werden. War das neue Gesetz zunächst überwiegend als bloße Präzisierung der rechtlichen Situation interpretiert worden, so hatte es doch weitreichende Wirkungen.²⁰ Über 99 Prozent der Frauen, die um eine Abtreibung ersuch-

¹⁸ Hier ist vor allem die auf Initiative von Dr. Alan Guttmacher (*Planned Parenthood*) 1964 gegründete *Association for the Study of Abortion* (ASA) zu nennen (vgl. Staggenborg 1991: 15).

¹⁹ 1967 wurden in mehr als der Hälfte aller einzelstaatlichen Parlamente Reformen debattiert, aber nur in drei Staaten durchgesetzt (Cooke et al. 1968: 52).

²⁰ 1968, dem ersten vollen Jahr der Geltung des neuen Gesetzes, wurden rund 5.000 le-

ten, wurde diese auch gewährt. Damit waren Abtreibungen in Kalifornien binnen weniger Jahre zu einer Routineangelegenheit innerhalb des medizinischen Systems geworden. Sie fanden zudem, beispielsweise im Urteil *People v. Belous* von 1971, die prinzipielle Billigung des kalifornischen Verfassungsgerichts.

Diese Situation, die erfolgreichen Reformbemühungen in neun weiteren Staaten bis Ende 1969 und schließlich wesentlich weitergehende Reformgesetze im Jahr 1970 in Hawaii, Alaska, Washington und New York mußten zwangsläufig die Abtreibungsgegner auf den Plan rufen. Waren die Debatten bis dahin noch relativ zurückhaltend und vom Interesse an einer Kompromißfindung bestimmt, so begann nun eine hitzige, von Polarisierungen markierte Konfliktphase, die bis heute andauert. Neben den moderaten Reformern bildete sich eine radikale Strömung, die für die grundsätzliche Freigabe der Abtreibung eintrat (*repeal movement*). Zum Teil wurde diese Strömung auch von (ehemaligen) Mitgliedern konventioneller Gruppierungen wie *Planned Parenthood* und der *Association for the Study of Abortion*²¹ unterstützt. Sie fand einen organisatorischen Kristallisationspunkt in der 1969 gegründeten *National Association for Repeal of Abortion Laws* (NARAL) und kleineren Gruppierungen, die direkt oder indirekt von der Abtreibungsfrage betroffen waren.²² Diese Organisationen, in denen relativ viele, teilweise sogar überwiegend Frauen vertreten waren, rückten erstmals und konsequent das *Recht* der Frau auf Abtreibung in den Vordergrund (Luker 1984: 97). Mit dieser Position verband sich die Ausrichtung auf einen anderen Adressatenkreis - die Bevölkerung schlechthin anstelle der mit Abtreibung befaßten Professionellen. Ebenso neigten diese Organisationen zu direkten Aktionen einschließlich Akten des zivilen Ungehorsams, die aus dem Repertoire der Bürgerrechtsbewegung stammten, wenngleich daneben auch institutionelle Wege politischer Einflußnahme beschritten wurden (Staggenborg 1991: 34-37).

Die damit entstandene *single issue*-Bewegung zur Abtreibung erfuhr bald eine erhebliche Verstärkung durch die neue Frauenbewegung. Hatten

gale Abtreibungen, im Jahr 1971 bereits knapp 117.000 Abtreibungen registriert. Danach pendelten sich die Zahlen bei rund 100.000 ein und blieben bis heute auf etwa diesem Niveau.

²¹ Diese Organisation entstand 1965. Laut Angaben der *Encyclopedia of Associations* (Gale Research 1970) umfaßte sie gegen Ende der 1960er Jahre 770 Mitglieder.

²² Hierzu gehörten *Association for Voluntary Sterilization*, *Zero Population Growth*, *Society for Humane Abortions* (SHA) und Organisationen auf der Ebene von Einzelstaaten, beispielweise *Illinois Citizens for the Medical Control of Abortion* (Staggenborg 1991: 16-19) und die 1969 entstandene New Yorker Gruppe *People to Abolish Abortion Laws*. Weiterhin wurde gegen Ende 1970 die *Women's National Abortion Action Coalition* (WONAAC) gebildet (Cassell 1977: 203).

die traditionellen Frauenverbände bislang so gut wie keine Rolle in der Abtreibungsdebatte gespielt, so entwickelte sich die neue Frauenbewegung zur stärksten Triebfeder der Liberalisierungskampagne. Neben dem Kampf um die verfassungsförmige Verankerung der Gleichheit der Geschlechter durch ein *Equal Rights Amendment* verkörperte die Abtreibungsfrage ein zweites großes Konfliktfeld, das die Protestenergien bündelte.

Die 1966 entstandene *National Organization for Women* (NOW) stellte sich mit einer intern umstrittenen Entscheidung im Jahr 1967 (Freeman 1975: 81) hinter das *repeal movement* und entfernte sich damit von den gemäßigteren älteren Frauenorganisationen. Die Aktivitäten von NOW zugunsten des *repeal movement* blieben zunächst aufgrund anderer Schwerpunktsetzungen und des anhaltenden internen Zwists sehr begrenzt. Dagegen unterstützte die Mehrheit der neu entstandenen autonomen Frauengruppen vorbehaltlos den Kampf für die Freigabe der Abtreibung.²³ In dieser Frage konvergierten die radikalen Flügel der Kampagne zur Liberalisierung der Abtreibung, der breiter angelegten Frauenbewegung und der Bürgerrechtsgruppen. Zusammen bildeten sie eine organisatorisch lockere, aber ideologisch relativ homogene Allianz (Staggenborg 1991: 16-28).

Auf der anderen Seite hatten sich bereits seit 1959 Keime einer konservativen Gegenbewegung entwickelt. Erste größere Gruppen formierten sich ab 1967 mit dem *New York Right to Life Committee* (Byrnes 1992: 138) und in Zusammenhang mit dem Streit um das kalifornische *Beilenson bill* (Luker 1984: 127f.). 1969 entstand die *Right to Life League of Southern California*. Bei den Abtreibungsgegnern handelte es sich weitgehend um Professionelle - Ärzte, Sozialarbeiter, Berater - aus dem katholischen und protestantisch-fundamentalistischen Milieu. Die 1970 erzielten Durchbrüche der Reformer stimulierten die Gegenbewegung. 1971 wurde eine nationale Dachorganisation, das *National Right to Life Committee*, gegründet, dem Schätzungen zufolge Mitte 1972 bereits 250 Gruppen auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene angehörten. Der größten Einzelorganisation, den *Minnesota Citizens for Concerned Life*, wurden 1973 rund 10.000 Mitglieder zugeschrieben.

Eine erste konzertierte und gut geplante Kampagne der Abtreibungsgegner, bei der auch eine professionelle Werbeagentur zum Einsatz kam, richtete sich gegen ein von Reformkräften vorgeschlagenes Referendum in Washington State im Jahr 1970 (Faux 1988: 197). Hierbei behielten die Reformgegner die Oberhand. Ähnliche Kampagnen wurden in anderen Staaten gestartet. Das Reformgesetz in New York, das unter massiver Kri-

²³ Beispielsweise galt die erste Aktion der 1969 entstandenen radikalen *Redstockings* in New York dem Abtreibungsthema (Echols 1989: 140).

tik der katholischen Kirche stand, konnte 1972 nur durch ein Veto des Gouverneurs Nelson Rockefeller vor einer Rücknahme bewahrt werden (Staggenborg 1991: 35; Byrnes 1992: 138). Im gleichen Jahr mobilisierten Abtreibungsgegner in Michigan gegen ein von den Reformkräften initiiertes Referendum und vermochten sich dank einer aggressiven Kampagne wider Erwarten durchzusetzen. Die Abtreibungsgegner lancierten zahlreiche Spots im Fernsehen und Hörfunk; mit einer bebilderten "Fötus-Broschüre" erreichten sie nahezu alle zwei Millionen Haushalte von Michigan (Francome 1984: 112). Ein analoges Referendum in North Dakota endete mit einem noch deutlicheren Sieg der Abtreibungsgegner. Lediglich der Mangel an Geld hinderte sie daran, flächendeckend weitere Werbekampagnen durchzuführen. Vereinzelt kam es auch zu Demonstrationen vor Kliniken, an denen Abtreibungen durchgeführt wurden, und zur Belästigung von Schwangeren, die diese Kliniken aufsuchten (Faux 1988: 195).

Parallel zum Erstarken der Gegenbewegung, und vielleicht in ursächlichem Zusammenhang damit, ebte die Reformbereitschaft auf legislativer Ebene ab. Zwischen 1970 und 1973 konnte lediglich in Florida ein Reformgesetz verabschiedet werden.

8.2.3 *Der Sieg der Reformen*

In den frühen 1970er Jahren war eine unhaltbare Situation entstanden. Eine Reihe von Staaten hatte mehr oder weniger weitreichende Reformen durchgesetzt; alle übrigen beharrten jedoch auf ihren restriktiven Regelungen aus dem vergangenen Jahrhundert.²⁴ Damit entstand eine regionale Disparität, die - ähnlich wie in diversen europäischen Ländern - einen Teil der schwangeren Frauen dazu veranlaßte, in benachbarten Staaten mit liberaler Rechtsgrundlage bzw. Rechtspraxis abzutreiben, während namentlich Frauen aus ärmeren Schichten in die Illegalität abgedrängt wurden.

Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit führten zu zahlreichen juristischen Klagen - eine Strategie, die ganz gezielt von den Reformkräften eingeschlagen worden war. Zwischen 1969 und 1973 waren Gerichte mit mehreren Verfahren befaßt, in denen gegen die restriktiven Gesetze von

²⁴ Für einen Überblick der im Januar 1971 geltenden Gesetze in allen Einzelstaaten vgl. Davis (1985: 254ff.). Zum Stand vor *Roe v. Wade* vgl. Craig/O'Brien (1993: 75). Demnach war in drei Staaten die Abtreibung in allen Fällen untersagt und in 29 Staaten nur erlaubt, um das Leben der Schwangeren zu schützen. Lediglich fünf Staaten hatten zu diesem Zeitpunkt eine großzügige Regelung; der Rest fällt in mittlere Kategorien.

Einzelstaaten Klage erhoben wurde (Tatalovitch/Daynes 1981: 1). Die Urteile fielen widersprüchlich aus und verschärften den Druck, eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen. 1971 hatte der *Supreme Court* die Prüfung von zwei anhängigen Verfahren - *Roe v. Wade* (in Texas) und *Doe v. Bolton* (in Georgia) angekündigt. In Erwartung dieser Entscheidungen waren vor allem die Reformkräfte mit juristischen Stellungnahmen auf den Plan getreten, während die Gegenseite in dieser Hinsicht eher passiv blieb.

Mit den Urteilen des *Supreme Court* in Sachen *Roe v. Wade* vom Januar 1973 und - ergänzend - *Doe v. Bolton* im selben Jahr wurde Klarheit geschaffen.²⁵ Mit sieben gegen zwei Stimmen legalisierte das Gericht Abtreibung auf Verlangen innerhalb des ersten Schwangerschaftsdrittels; es erlaubte dem Gesetzgeber für das zweite Drittel bestimmte Vorschriften zum Schutz der Gesundheit der Frau zu erlassen und für die Restzeit den Abbruch zu verbieten, sofern nicht durch die Schwangerschaft selbst eine Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren bestand (Faux 1988: 299f.). Im Mittelpunkt der Urteilsbegründung stand das Recht auf "Privatheit" der Schwangeren, dessen Ausdehnung auf die Abtreibung als logische Folge früherer Entscheidungen gesehen wird, welche sich auf Heirat, Zeugung, Verhütungsmittel und Kindererziehung bezogen (Morris 1987: 891). Dieses Recht gilt als höherrangig als der Wert, der dem Leben des Embryos bzw. Fötus beigemessen wird. Ausdrücklich stellte das Gericht fest, daß der Fötus nicht wie geborenes Leben zu behandeln sei.

"Die Urteile des Supreme Court kamen einem Erdbeben gleich." (Ketting/van Praag 1985: 43) Damit waren alle einzelstaatlichen Gesetze ungültig, die mit dem Recht der Schwangeren kollidierten, selbst über die Abtreibung zu entscheiden. Hiervon waren 46 von insgesamt 50 Staaten betroffen, die nun ihre Gesetze revidieren mußten. Fortan hatten die USA eine der weltweit liberalsten Abtreibungsregelungen. Diese waren freilich nicht aus einer parlamentarischen Entscheidung hervorgegangen, sondern stellten "nur" die Meinung von sieben der neun höchsten Richter dar. Das Urteil stand zwar nicht im Widerspruch zur Meinung der Bevölkerungsmehrheit, welche die Abtreibung in schwerwiegenden Fällen billigte (Staggenborg 1991: 58; Arney/Trescher 1976; Yeric/Todd 1989: 158). Aber in seinem strikt liberalen Tenor ging es doch darüber hinaus, indem es die Grundsatzentscheidung der Schwangeren anheimstellte und zumindest im ersten Schwangerschaftsdrittel keine Begründung verlangte. Damit war eine Gegenmobilisierung der "Verlierer" vorprogrammiert.

²⁵ Die zweite Entscheidung setzte eine Klausel außer Kraft, nach der die Frau in dem Staat ansässig sein muß, in dem der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird.

8.2.4 Die Entwicklung nach der Reform

Wie erwähnt, hatte die Liberalisierungskampagne bereits vor 1973 organisierte Abtreibungsgegner auf den Plan gerufen. Doch erst das Urteil des *Supreme Court* setzte eine massive Gegenmobilisierung in Gang. Der Richterspruch hatte viele Abtreibungsgegner nach eigenen Aussagen wie "ein Blitz aus heiterem Himmel" getroffen (Luker 1984: 137). Sie interpretierten das Urteil als "elitäre Entscheidung" oder gar "Tyrannei des undemokratischen *Supreme Court*"²⁶, der sie die Meinung von "grassroots people" entgegensetzten (Landwehr 1983).

Das Rekrutierungsfeld der Abtreibungsgegner bildeten zahlreiche konservative Organisationen, religiöse Gruppen mit der katholischen Kirche²⁷ als treibender und einflußreichster Kraft und die aufsteigende *Moral Majority* (Petchesky 1981; 1984). Daraus entwickelte sich eine erfolgreiche, breit verankerte und gut organisierte Koalition auf nationaler Ebene (Crawford 1980: 35). Ihr Rückgrat bildete das 1973 in eine Mitgliederorganisation umgewandelte *National Right to Life Committee*. Daneben entstanden auf nationaler Ebene Gruppierungen wie *American Citizens for Life* (1973), *March for Life* (1974), *National Committee for a Human Life Amendment* (1974), *For Life* (1974) sowie eine Fülle einzelstaatlicher und lokaler Gruppen (McCarthy 1987; Staggenborg 1991: 194).

Die Aktivitäten der Abtreibungsgegner waren weit gespannt. Einen gewissen Schwerpunkt stellte zunächst die legislative Arena dar. Im Kongreß wurde vor allem durch den Druck katholischer Bischöfe versucht, einen Verfassungsartikel gegen Abtreibung (*Human Life Amendment*) zu initiieren²⁸ und die Bundeszuschüsse zur Durchführung von Abtreibungen zu streichen (Davidson 1982). 1975 kulminierten die Gesetzesvorlagen und Resolutionen zur Abtreibung (47 pro, 49 contra).²⁹ In den Einzelstaaten wurden allein in Reaktion auf *Roe v. Wade* noch im Jahr 1973 annähernd

²⁶ Zitiert nach einem Brief von Myra Marx Ferree vom 29.10.1992 an den Verfasser. Der New Yorker Kardinal Terence Cooke kommentierte die Entscheidung der Richter folgendermaßen: "Was immer ihre Überlegungen sein mögen, sieben Männer haben ein tragisches utilitaristisches Urteil darüber gefällt, wer leben und wer sterben soll." (zit. nach Craig/O'Brien 1993: 32).

²⁷ Zur Position der katholischen Kirche und ihres Umfeldes vgl. Byrnes/Segers (1992).

²⁸ Hierfür bestehen allerdings - ebenso wie beim *Equal Rights Amendment* - hohe Hürden. Ein derartiger Entwurf bedarf der Zustimmung von jeweils drei Vierteln beider Kammern. Daran scheiterten auch alle ähnlichen Vorlagen in der Folgezeit.

²⁹ Im Jahr davor und danach betrug die Gesamtzahl aller Vorlagen (pro und contra) lediglich 11 bzw. 17. Ein weiterer Höhepunkt wurde - zumindest für den Zeitraum bis 1985 - im Jahr 1979 mit 25 Pro- und 39 Contra-Vorlagen erreicht (Yeric/Todd 1989: 162).

200 Gesetzesvorschläge eingebracht und innerhalb von zwei Jahren immerhin 62 Gesetze verabschiedet, die faktisch Restriktionen des Abtreibungsrechts beinhalteten (detailliert dazu Rubin 1987: 127-130). Hinzu kamen groß angelegten Kampagnen mit Postwurfsendungen (*direct mailing*), Massendemonstrationen wie der seit 1974 jährlich stattfindende *March for Life* und örtliche Aktionen gegen Kliniken.

Entgegen mancher Annahmen (z.B. Tushnet 1989) hatten sich die Befürworter der Abtreibungsreform keineswegs auf ihren Lorbeeren ausgeruht, sondern angesichts der massiven Gegenmobilisierung ihre Aktivitäten verstärkt. Die *National Association for Repeal of Abortion Laws*, deren Name durch das Verfassungsgerichtsurteil von 1973 überholt war, benannte sich um in *National Abortion Rights Action League* (unter Beibehaltung des bisherigen Kürzels NARAL) und richtete sich auf die Verteidigung des Erreichten ein. Der Namenswechsel signalisierte zugleich den Wandel vom Interessenverband zur Bewegungsorganisation. Etablierte Verbände wie *Planned Parenthood* und *American Civil Liberties Union* begannen mit Lobbying-Aktivitäten. NOW, gestützt auf seine lokalen Gruppen und individuellen Mitglieder, suchte ebenfalls die Gegenmobilisierung abzuwehren. Auch innerhalb der Kirchen regten sich nun entschiedener als zuvor Minderheiten, die Pro-Choice-Positionen vertraten. Das galt für katholische Gruppierungen wie die bereits 1972 auf nationaler Ebene entstandenen *Catholics For a Free Choice* (Jung/Shannon 1988; Segers 1992) sowie protestantische und jüdische Kreise, die mit Unterstützung des *United Methodist Board of Church and Society* im Jahr 1973 eine breite Allianz, die *Religious Coalition for Abortion Rights*, bildeten (Staggenborg 1991: 60).

Die Teilerfolge der Abtreibungsgegner in den Parlamenten von Einzelstaaten stimulierten weitere Aktivitäten. Den weitaus wichtigsten ersten Etappensieg bedeutete das 1976 im Kongreß verabschiedete *Hyde Amendment*, das die Finanzierung von Abtreibungen mit Bundesmitteln untersagt. Einzelne Staaten schloßen sich dieser Linie an (Meier/Farlane 1993). Diese Resultate mobilisierten allerdings auch die Pro-Choice-Bewegung, die ebenfalls an Breite und organisatorischer Stärke gewann. In den Jahren nach der Grundsatzentscheidung des *Supreme Court* von 1973 war auf beiden Seiten ein deutlicher Institutionalisierungsschub zu verzeichnen (Staggenborg 1991: 77). Ein Ausdruck davon war insbesondere die Etablierung von Lobbying-Organisationen auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene.³⁰

³⁰ Zur Organisation der Pro-Choice-Bewegung aus der Perspektive der Ressourcenmobilisierungstheorie vgl. Staggenborg (1986; 1989; 1991). Zur religiösen Lobby in Washington vgl. Hertzke (1988).

Bereits um 1980 umfaßten die Lebensrechts-Komitees nach eigenen Angaben rund elf Millionen Mitglieder in etwa 1.500 Gruppen; ihr Jahresbudget betrug 1,3 Millionen Dollar (Tatalovitch/Daynes 1981: 160). Neben den etablierten Vereinigungen, zu denen auch die 1979 gegründete *American Life Lobby* gehört, kam es zur Bildung stärker aktionistischer Gruppen, etwa der von Joe Scheidler 1980 gegründeten *Pro Life Action League*. Einen weiteren Impuls für die Abtreibungsgegner bedeuteten der Wahlsieg der Republikanischen Partei im Jahr 1980 (McKeegan 1992: 28ff.) und die ausdrückliche Unterstützung von prominenten konservativen Politikern einschließlich Präsident Reagans, der mehrfach Pro-Life-Broschüren mit aufmunternden Vorworten versah und auch auf andere Weise seine Unterstützung bekundete: "No president before Reagan so passionately and consistently championed the antiabortion cause." (Craig/O'Brien 1993: 169) Die Gegnerschaft zur geltenden Abtreibungsregelung ging und geht jedoch auch quer durch beide großen Parteien³¹ und reicht in Einzelfällen bis ins feministische Lager hinein (Callahan 1988). Umgekehrt finden sich - wie erwähnt - Befürworter der Reformregelung auch in katholischen Kreisen.

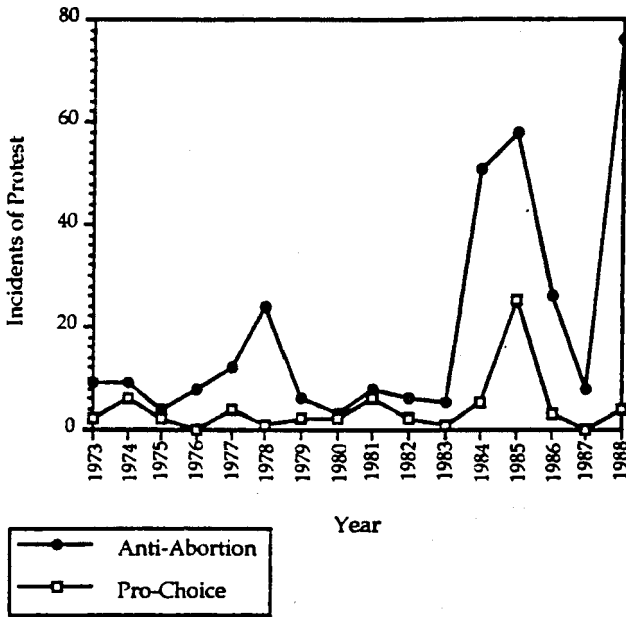
Ab den späten 1970er Jahren setzte eine Serie von Massendemonstrationen gegen Abtreibung ein. Beim alljährlichen "Marsch für das Leben" in Washington, D.C. wurde im Januar 1979 mit rund 60.000 Menschen die bis dahin höchste Zahl von Teilnehmer/innen verzeichnet. Diese Mobilisierung führte allerdings nicht zum gewünschten Erfolg. Ein Urteil des *Supreme Court* vom Juni 1983 (*Planned Parenthood v. Ashcroft*) bestätigte - bei immerhin drei Gegenstimmen der insgesamt neun Richter - den Spruch von 1973, ohne jedoch die Abtreibungsgegner zu entmutigen. So versammelten sich beim "Marsch für das Leben" 1985 mehr als 70.000 Menschen.

Protestereignisdaten von Hollander (1992), die auf einer Auswertung der *New York Times* basieren, verzeichnen für den Zeitraum von 1973 bis 1988 durchgehend mehr Proteste der Abtreibungsgegner im Vergleich zur Pro-Choice-Bewegung (Abbildung 8.1). Dieser Unterschied ist in manchen Jahren nur gering, fällt jedoch 1988, dem Jahr der weitaus häufigsten Aktivitäten der Abtreibungsgegner, besonders kraß aus.

Im Verlauf der 1980er Jahre entwickelten die Abtreibungsgegner immer professionellere Methoden, setzten moderne Werbemittel ein und bedienten sich dabei einer suggestiven und teilweise eindeutig manipulativen Symbolik (Petchesky 1987). Eine sehr wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Film *The Silent Scream*, der im Dezember 1984 erstmals in

³¹ Vor allem die Republikanische Partei ist innerlich gespalten, da sie einerseits ein konservatives Frauen- und Familienbild vertritt, andererseits jedoch eine libertäre, gegen Staatseingriffe gerichtete Tradition vertritt.

Abbildung 8.1
Aktionen der Gegner und Befürworter der Abtreibung
in den USA, 1973-1988



Quelle: Hollander (1992: Anhang A) auf der Basis der New York Times

den USA und dann vielfach im Ausland gezeigt wurde.³² Tausende von Kopien wurden in den USA verkauft bzw. an Politiker verschickt. Eine weitere Stärkung der Abtreibungsgegner bedeutete der Beschluß der Nationalen Katholischen Bischofskonferenz vom Frühjahr 1990, fünf Millionen Dollar in die Anti-Abtreibungskampagne zu investieren.³³

Neben der zahlenmäßigen Verbreiterung und Professionalisierung kam es auch zu einer Radikalisierung vieler Abtreibungsgegner. Dabei traten neue Gruppierungen auf, darunter die *Army of God*, die sich zu Brandan-

³² Vgl. dazu Ritter/Bock (1991: 134ff.). Der Film zeigt Ultraschallbilder eines Schwangerschaftsabbruchs, die von dem Arzt Bernard Nathanson kommentiert werden. Nathanson war Direktor einer New Yorker Abtreibungsklinik und Mitbegründer von NARAL, hatte jedoch Mitte der 1970er Jahre die Fronten gewechselt. *Planned Parenthood* reagierte auf den propagandistisch aufgemachten Film mit einer detaillierten Kritik, die in deutscher Fassung von *Pro Familia* publiziert wurde.

³³ *Die Zeit* vom 15.6.1990, S. 71.

schlagen auf Kliniken bekannte. Autos von Ärzten gingen in Flammen auf, Entführungen wurden angekündigt, Personal und Abtreibungswillige am Zugang zu Kliniken gehindert. In den Jahren 1983 und 1984 erfolgte eine dichte Serie von Anschlägen gegen Abtreibungskliniken.³⁴

Nach einem vorübergehenden Rückgang dieser Gewaltakte nahm in den späten 1980er Jahren die Intensität der Auseinandersetzungen erneut zu. Nun rückte die 1988 offiziell gegründete *Operation Rescue* in den Vordergrund. Die Organisation stützt sich vor allem auf fundamentalistische Christen, darunter - im Unterschied zu den 1970er Jahren - viele aus protestantischen Kirchen, und betrachtet ihre Mitglieder als Krieger ("warriors") (Ginsburg 1990: 7). So wurden beispielweise bei der mehrmonatigen Blockade einer Klinik in Atlanta zwischen Juli und Oktober 1988 über 1.300 Personen festgenommen. Zwischen Herbst 1987 und Sommer 1989 verzeichnete die von Terry Randall geführte *Operation Rescue* rund 250 "Retungsaktionen", bei denen fast 25.000 Aktivisten vorübergehend festgenommen wurden.³⁵ Dabei kam es auch zur strafrechtlichen Verfolgung einschließlich einer Gefängnisstrafe für Randall. Nach einer Aufstellung der *National Abortion Federation*, der rund die Hälfte aller Abtreibungskliniken in den USA angeschlossen ist, waren von 1977 bis 1992 1.107 Gewaltakte von Abtreibungsgegnern und von 1987 bis 1992 541 Blockaden und Zwischenfälle vor Kliniken zu verzeichnen (NAF 1993).³⁶ Einer relativ stabilen Situation zwischen 1984 bis 1990 folgte eine explosionsartige Zunahme von militanten Aktionen (Abbildung 8.2). Bisheriger Höhepunkt der Gewalt war der Mord an Dr. David Gunn im März 1993. Dem Arzt, der sich auf dem Weg zu einer Klinik befand, wurde von einem Pro-Life-Aktivisten im April 1993 in den Rücken geschossen.

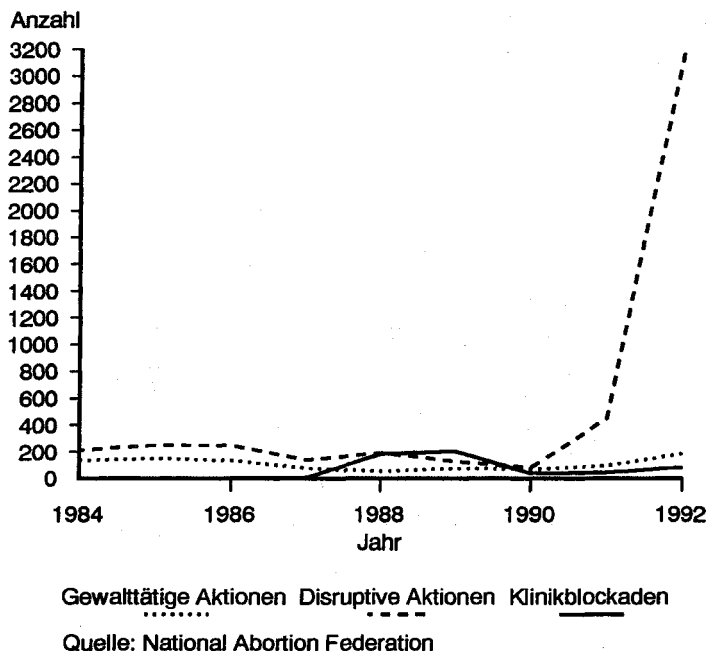
Ironischerweise kopierten manche Pro-Life-Aktivisten die Aktionsformen ihrer politischen Gegner aus der Bürgerrechts- und der Antikriegsbe-

³⁴ Die Zahlenangaben darüber variieren. Im Zeitraum von Mai 1982 bis Ende 1983 wurden offiziellen Angaben zufolge 30 Anschläge auf Abtreibungskliniken und gynäkologische Praxen verübt (*Der Spiegel* vom 21.1.1985, S. 103). *Planned Parenthood* registrierte dagegen allein im Jahr 1983 123 Gewalttaten gegen Kliniken (*die tageszeitung* vom 10.1.1985, S. 10). 1984 erhielten 18 Direktoren von Abtreibungskliniken Todesdrohungen (*Ms.* Juli/August 1992, S. 48b). McKeegan (1992: 112) zufolge wurden von 1977 bis gegen Ende 1989 117 Bomben- und Brandanschläge auf Kliniken gezählt.

³⁵ *Der Spiegel* vom 10.7.1989, S. 130. Ein Brennpunkt der Aktivitäten war jeweils der "National Day of Rescue". 1988 wurden dabei 2.631 Personen in 32 Städten festgenommen; weitere 7.500 Menschen unterstützten die Aktionen. Im Folgejahr verdoppelten sich die Teilnehmerzahlen (Ginsburg 1990: 13). Zu den Aktionen der Abtreibungsgegner vgl. auch (Marlis Krüger/Bärbel Wallisch-Prinz, Wann betritt die Seele den Körper? (Frankfurter Rundschau vom 25.9.1993, S. ZB 5).

³⁶ Vgl. auch die Zahlen von Fried (1990: 195) zu Giftanschlägen, Bombendrohungen, Raubüberfällen und Akten des Vandalismus zwischen 1977 und 1988.

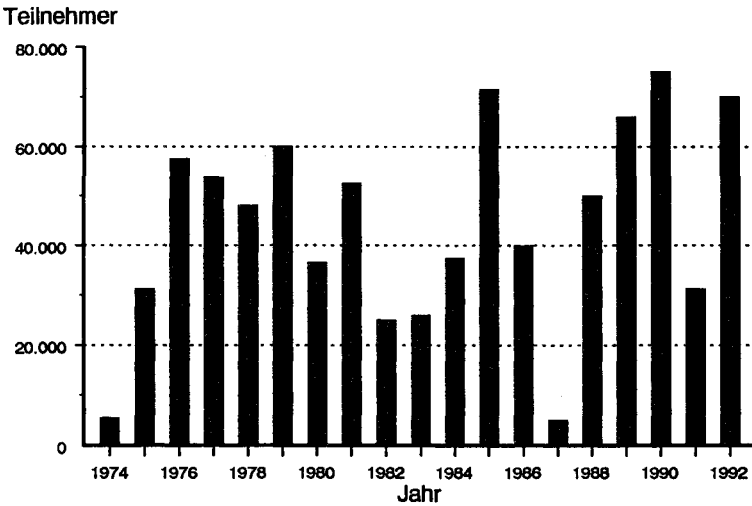
Abbildung 8.2
Direkte Aktionen gegen Abtreibung in den USA, 1984-1992



wegung (Ginsburg 1990: 18; Fried 1990: 184), denen zudem bei Klinikblockaden ihre eigenen Lieder entgegenschallten ("We shall overcome"). Daneben kam das übrige Repertoire von Lobbying, Werbekampagnen und Massendemonstrationen zum Einsatz. So beteiligten sich am *March for Life* 1989 rund 65.000, 1992 rund 70.000 und 1993 rund 75.000 Abtrei-

bungsgegner (vgl. auch Abbildung 8.3). Im April 1990 hatten mit Unterstützung von Präsident Bush und des Vizepräsidenten sogar ca. 200.000 Menschen in Washington gegen Abtreibungen demonstriert.

Abbildung 8.3
Teilnehmer am jährlichen "Marsch für das Leben" in
Washington, D.C., 1974-1992



Quelle: New York Times und Washington Post, Mittelwerte der Angaben von Journalisten, Behörden und Veranstaltern

Diese druckvolle Mobilisierung stärkte nach dem bereits in den 1970er Jahren erkennbaren Eskalationsmuster ungewollt die Pro-Choice Bewegung. Klinikblockaden der Abtreibungsgegner wurden nahezu regelmäßig mit Gegendemonstrationen und Schutzmaßnahmen für abtreibungswillige Frauen beantwortet. Verschiedene Kliniken boten aus symbolischen Gründen gelegentlich kostenlose Abtreibungen an. Die Mitgliederzahl von NARAL, die noch 1975 bei rund 10.000 gelegen hatte, stieg auf 90.000 (1980) und 150.000 (1983), ging auf 90.000 zurück (1985), um auf 200.000 (Mitte 1989) und schließlich 400.000 (1990) zu klettern (Staggenborg 1991: 159f.). Der Druck auf die Pro-Choice-Bewegung aufgrund der konservativen Präsidentschaft und vor allem der Entscheidungen des *Supreme Court* hatte eine enorme Mobilisierungswirkung.³⁷ Die Mitgliederzahlen und Res-

³⁷ Beispielsweise verzeichnete NOW in den Monaten nach der Entscheidung des *Supreme Court* zum Fall *Webster v. Reproductive Health* 1989 innerhalb weniger Monate

sources von NOW und anderer verbündeter Organisationen folgten einem ähnlichen Muster (vgl. 5.3.4). Ebenso stieg die Zahl der durch die Pro-Choice-Bewegung mobilisierten Demonstrationsteilnehmer/innen von rund 100.000 (März 1986) auf 300.000 im April 1989 (und weiteren 200.000 im November 1989). Selbst regionale Demonstrationen - beispielsweise im März 1986 in Los Angeles und im Oktober 1989 in Tallahassee³⁸ - versammelten 30.000 bzw. knapp 10.000 Teilnehmer/innen und gehörten damit zu den größten Protestveranstaltungen, die jemals vor Ort stattgefunden hatten.

Diese Zahlen machen die enorme Bedeutung und Polarisierungskraft des Abtreibungskonflikts deutlich, die sich in der Folgezeit noch steigern sollten. Die Abtreibungsgegner fühlten sich einem Sieg nahe und wurden dadurch beflügelt. Symptomatisch dafür war die *Spring of Life*-Kampagne von *Operation Rescue* im Frühjahr und Sommer 1991. Während kleinere Kampagnen und Klinikblockaden an der Ost- und Westküste nur wenig Resonanz fanden und ähnliche Versuche in Amherst (New York) und vor allem Buffalo zu einer weitaus stärkeren Gegenmobilisierung der lokalen Pro-Choice-Kräfte führten³⁹, geriet der sechswöchige Blockadeversuch von drei Kliniken in Wichita (Kansas) zu einem Medienspektakel. Zur Abschlußkundgebung fanden sich 25.000 Abtreibungsgegner ein; 2.600 waren bei vorausgegangenen Aktionen vorübergehend festgenommen worden.⁴⁰

Der greifbar nahe Durchbruch der Abtreibungsgegner wirkte jedoch, wie obige Zahlen zeigen, auch auf die Pro-Choice-Bewegung mobilisierend. Entscheidungen des *Supreme Court* in den Jahren 1976, 1977 und 1981 hatten bereits (potentielle) Restriktionen für die Durchführung von Abtreibungen bedeutet (Rubin 1987). Ebenso strich die Bundesregierung im Jahr 1981 die finanziellen Hilfen, die armen Frauen zur Durchführung einer Abtreibung gewährt worden waren; sie beschloß zudem im März 1988, die Finanzhilfen zu sperren, die im Zusammenhang mit Aufklärung und Informationen zur Verhütung und Abtreibung für die rund 4.000 Familienplanungszentren bereitstanden.⁴¹ Unabhängig von diesen Restriktionen ist zu

³⁸ *Florida Flambeau* vom 11.10.1989.

³⁹ Vgl. dazu die detaillierten Berichte in *The Humanist*, Juli/August 1992, S. 9-38. Zum Zeitpunkt der größten Mobilisierung im Rahmen der mehrtägigen Aktionen in Buffalo standen knapp 700 Anhänger der Pro-Life-Bewegung rund 1.800 der Pro-Choice-Bewegung gegenüber.

⁴⁰ Vgl. *Der Spiegel* vom 2.9.1991, S. 222-233.

⁴¹ Das waren zu diesem Zeitpunkt jährlich rund 140 Millionen Dollar. Der Regierungsbeschluß wurde zunächst durch ein Gesetz des Kongresses konterkariert, in dem die Finanzierung von Abtreibungen im Falle von Vergewaltigung und Inzest durch öffentliche Mittel (Medicaid) sichergestellt wird. Dieses Gesetz brachte Bush durch sein Veto zu Fall. Bushs Haltung wurde durch eine Entscheidung des *Supreme Court* vom

betonen, daß regional ungleiche und teilweise sehr ungünstige Bedingungen bestehen, um überhaupt das Recht auf Abtreibung realisieren zu können.⁴²

Den bislang einschneidendsten Rückschlag für die Pro-Choice-Bewegung bedeutete die mit fünf zu vier Stimmen getroffene Entscheidung des *Supreme Court* vom Juli 1989 (*Webster v. Reproductive Health Service*). Zwar wurde auch in diesem Fall das Grundsatzurteil von 1973 nicht formell aufgehoben; jedoch billigte das Gericht dem Gesetzgeber in den Einzelstaaten größere Spielräume zu.⁴³ Dies betrifft mögliche Restriktionen, wie sie in dem überprüften Gesetz von Pennsylvania vorgesehen waren: eine 24stündige Wartezeit bis zur Abtreibung; die Informationspflicht des Arztes gegenüber Schwangeren über die fötale Entwicklung und Alternativen zur Abtreibung; die erforderliche Zustimmung der Eltern, sofern eine Minderjährige die Abtreibung verlangt; die Informationspflicht von verheirateten Schwangeren gegenüber ihrem Ehemann über die Absicht, abtreiben zu wollen (dazu Craig/O'Brien 1993: 232ff.).

In unmittelbarer Folge davon intensivierten sich die Konflikte in den Parlamenten der Einzelstaaten (Hansen 1990) und gingen auch hier, wenngleich mit deutlich unterschiedlichen Gewichtsverteilungen, quer durch die beiden Parteien. Ganz generell hat in den letzten Jahren die Parteipolitik in der Abtreibungsfrage an Bedeutung gewonnen. Die Haltung zur Abtreibung wurde - auch aufgrund der Besonderheiten des US-amerikanischen Nominierungssystems - zu einem Prüfstein für nahezu jeden Kandidaten für ein parlamentarisches Mandat. Das erste restriktive Gesetz wurde im November 1989 in Pennsylvania mit klarer Mehrheit (143 zu 58 Stimmen) verabschiedet (O'Hara 1992: 87ff.). Im Fall von Louisiana verhinderte zunächst das zweimalige Veto des Gouverneurs im Sommer 1990 die Rechtsgültigkeit des bislang restriktivsten einzelstaatlichen Gesetzes seit 1973 (Day 1992). Allerdings konnte sich im Juni 1991 das Parlament mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln gegen den Gouverneur durchsetzen. Ebenfalls 1991 wurde in Utah ein ähnliches Gesetz verabschiedet, das die Abtreibung nur noch in besonderen Ausnahmefällen erlaubt.⁴⁴ Inse-

Mai 1991 mit fünf gegen vier Stimmen bestätigt, in einer weiteren Abstimmung im Repräsentantenhaus im Juni 1991 bekräftigt, dann jedoch mit einer anders lautenden Entscheidung vom November 1991 abgewehrt.

⁴² So wurde darauf hingewiesen, daß in South Dakota überhaupt nur ein einziger Arzt Abtreibungen durchführe, und dies zudem hinter kugelsicheren Fenstern (*New York Times* vom 22.3.1992; "Closing the Door to Abortion").

⁴³ Eine Sprecherin von NOW interpretierte das Urteil als einen "Krieg gegen Frauen" (*die tageszeitung* vom 4.7.1989, S. 3). Zu Reaktionen innerhalb der Pro-Choice-Bewegung vgl. auch Woliver (1990).

⁴⁴ Dies gilt bei einer Vergewaltigung oder Inzesthandlung als Ursache der Schwangerschaft, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder eine schwere Behinderung des Fö-

samt wurden seit der Bekanntgabe des Urteils von *Webster v. Reproductive Health* (1989) bis Ende 1991 nicht weniger als 600 Gesetzentwürfe in 44 Staaten zur Einschränkung der Abtreibung vorgelegt, von denen allerdings nur zwölf erfolgreich waren (McKeegan 1992: 149). In den Einzelstaaten bestehen unterschiedliche Konstellationen. NARAL (1991) zufolge müssen aufgrund einer Pro-Life-Position des Gouverneurs und der Mehrheit beider Kammern 13 Staaten zu akuten "danger zones" gerechnet werden. Dagegen besteht im Kongreß zur Zeit eine stabile Pro-Choice-Mehrheit. Allerdings hatte sich mit dem Nachrücken einiger konservativer Verfassungsrichter unter der Amtszeit der Präsidenten Reagan und Bush die Position der Abtreibungsgegner im *Supreme Court* verbessert (McKeegan 1992: 142ff.). Zwei weitere Entscheidungen im Jahr 1990 (*Hodgson v. Minnesota* und *Ohio v. Akron Center for Reproductive Health*) bekräftigten die seit dem *Webster*-Urteil eingeschlagene Linie des Gerichts (Goggin 1993).

Im April 1992, im Vorfeld der mit Spannung erwarteten verfassungsrechtlichen Überprüfung des *Pennsylvania Control Act* von 1989, mobilisierten 600 Gruppen der Pro-Choice-Bewegung rund eine halbe Million (Polizei) bis eine Million (Veranstalter) Menschen zu einer Protestkundgebung, darunter auch die Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton und Jerry Brown. Dies war die wohl größte Demonstration der letzten Jahrzehnte in Washington.⁴⁵

Der im Sommer 1992 gefällte Richterspruch brachte zwar - wie erhofft oder befürchtet - das Grundsatzurteil von 1973 keineswegs zu Fall, aber setzte die bereits zuvor eingeschlagene restriktive Linie fort. Wesentliche Streitpunkte wie eine vorgeschriebene 24stündige Wartezeit zwischen einem obligatorischen Beratungsgespräch und der Abtreibung sowie das Erfordernis einer elterlichen Zustimmung bei abtreibungswilligen Teenagern wurden als legal erklärt. Lediglich die Pflicht einer verheirateten Schwangeren, ihren Ehemann über ihre Absicht zur Abtreibung zu informieren, fand keine Anerkennung. Damit fühlten sich *beide* Streitparteien als Verlierer. Der Sprecher von *Operation Rescue* erklärte, die von Bush bzw. Reagan ernannten Richter seien der Pro-Life-Bewegung in den Rücken gefal-

tus bzw. Kindes droht.

⁴⁵ *New York Times* vom 6.4.1992. Das Frauenmagazin *Ms.* nennt über 750.000 Teilnehmer und spricht von "the largest protest in Washington's history" (*Ms.* Juli/ August 1992, S. 27). In krassem Mißverhältnis dazu stand die Zahl von einigen hundert Gegendemonstranten, die - kritischen Analysen zufolge - bei manchen großen Presseorganen eine überproportionale Aufmerksamkeit fanden (vgl. dazu "Pro-Choice Distortions" in *Lies of Our Times*, Mai 1992, S. 3f.). Ein Faktor, der zum Erfolg der Mobilisierung beitrug, war die Verbitterung über den Ausgang des Clarence Thomas-Hearings. Trotz der Vorwürfe, eine frühere Untergebene sexuell belästigt zu haben, wurde Thomas für das Amt als Verfassungsrichter akzeptiert (Sigelman/Todd 1992).

len. Vertreter der Pro-Choice-Bewegung äußerten sich enttäuscht über nunmehr vom höchsten Gericht bekräftigte Konditionen, die faktisch weiteren Einschränkungen durch die Einzelstaaten Tür und Tor öffneten.

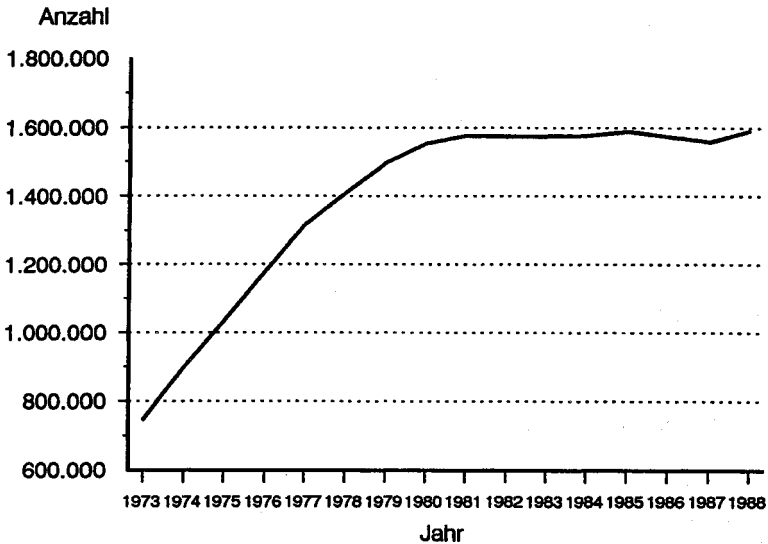
Das Verfassungsgerichtsurteil wie auch darauf bezogene Reaktionen verdeutlichen, daß das Gericht eine Kompromißlinie eingeschlagen hatte, die keine Seite voll enttäuschte, aber auch keine Seite zufriedenstellte. Unter den Bedingungen eines hoch polarisierten Konflikts, der sich über die Jahre hinweg zu einer Art Glaubenskrieg ausgeweitet hatte, kann das von manchen Beobachtern als "salomonisch" bezeichnete Urteil keinen Frieden stiften. Dies wäre auch bei einem anders gearteten Urteil nicht zu erwarten gewesen. Der Konflikt hält an und hat, nimmt man den Präsidentschaftswahlkampf von 1992 als Maßstab, vielleicht nicht an Schärfe, so doch an politischer Bedeutung gewonnen.

Es kann davon ausgegangen werden, daß nun die Abtreibungsgegner die entscheidenden Terraingewinne in den Einzelstaaten suchen, dort allerdings auf den erbitterten Widerstand der Pro-Choice-Bewegung stoßen werden. Gegenwärtig herrscht erneut eine starke Rechtsungleichheit, wie sie bereits zu Beginn der 1970er Jahre bestand. Den liberalen Regelungen in Connecticut, Hawaii, Iowa, New Hampshire, New Jersey, New York, Vermont und Washington stehen mehr oder weniger restriktive Gesetzgebungen in den übrigen Staaten gegenüber.⁴⁶ Im Kongreß gibt es aktuelle Bemühungen der Reformkräfte, denen beispielsweise auch die *Republicans for Choice* zur Seite stehen, einen *Freedom for Choice Act* zu verabschieden. Mit der Präsidentschaft von Bill Clinton, eines erklärten Befürworters liberaler Abtreibungspolitik, dürften sich die Gewichte wieder etwas zugunsten der Reformen verschieben. Erste Indizien hierfür sind die Aufhebung des Verbots, in den über 4.000 mit Bundesmitteln finanzierten Kliniken und Beratungszentren über Möglichkeiten zur Abtreibung zu informieren, sowie die Entscheidung, die in Großbritannien, Frankreich und Schweden bereits legalisierte Abtreibungspille RU 486 in den USA zum Test zuzulassen.

Die Einstellungen der Bevölkerung zur Abtreibung sind in den letzten Jahren stabil geblieben (vgl. Granberg/Granberg 1980; Cook/Jelen/Wilcox 1992). Die Zahlen der legalen Abtreibungen haben sich nach einem steilen Anstieg im Gefolge der Reform von 1973 auf einem Niveau von knapp 1,6 Millionen pro Jahr stabilisiert (Abbildung 8.4). Seit der Reform bis 1992 wurden rund 22 Millionen Abtreibungen in den USA vorgenommen.

⁴⁶ Vgl. dazu die detaillierte Übersicht in *Newsweek* vom 13.7.1992, S. 18f.

Abbildung 8.4
Entwicklung der registrierten Abtreibungen in den USA, 1973-1988



Quelle: Henshaw (1990)

8.2.5 Zusammenfassung

Am Abtreibungskonflikt in den USA ist bemerkenswert, mit welcher Schärfe und Zähigkeit, welchem Ressourcen- und Mobilisierungsaufwand und welcher Professionalität auf beiden Seiten gekämpft wurde und wird. Nach dem überraschend glatten Sieg der Reformier in den frühen 1970er Jahren haben die zunehmend besser organisierten und offensiver vorgehenden Abtreibungsgegner einen Teil des Terrains Stück um Stück zurückerobert, dabei jedoch ungewollt zur Stärkung ihrer Gegner beigetragen. In einem Eskalationsprozeß von Mobilisierung und Gegenmobilisierung hat sich die Abtreibungsfrage zum wohl massivsten innenpolitischen Konflikt der 1980er und frühen 1990er Jahre entwickelt, dessen Fronten weitgehend

festgefahren sind. Auch die Befunde aus Bevölkerungsumfragen von 1972 bis 1991 sind bemerkenswert stabil. Nicht von ungefähr wird der Konflikt als "war between the women" (Luker 1990) und als "clash of absolutes" (Tribe 1990) beschrieben. Die aus Europa vertraute Debatte um "Indikationenlösung" oder "Fristenlösung" ist in den USA völlig unbekannt. Wenngleich Forderungen nach einem Kompromiß in den letzten Jahren zunehmen⁴⁷, so steht eine Befriedung nicht in Aussicht. Beobachter warnen vor einer grundsätzlichen Rücknahme der Reform: "Should Roe v. Wade be overturned, as may well happen, the country could be blown apart." (Rosenblatt 1992: 178)

8.3 Der Abtreibungskonflikt in Frankreich

8.3.1 Die Ausgangslage

Die rigide Haltung des französischen Strafrechts zur Empfängnisverhütung und Abtreibung wird nur verständlich, wenn man den starken Geburtenrückgang⁴⁸ in Rechnung stellt, dem insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg durch eine aktive Bevölkerungspolitik entgegengesteuert werden sollte (Simon 1966). Entsprechend streng waren auch die Gesetze zur Abtreibung aus den Jahren 1920 und 1923 - Gesetze, die ihrerseits in einer illiberalen Tradition stehen.⁴⁹ Sie ahndeten Verletzungen des Abtreibungsverbots mit

⁴⁷ Vgl. den Essay "Option 3: 'Pro-Com'" von William Safire (*New York Times* vom 6.7.1989, S. 21). Eine allmähliche Entschärfung des Abtreibungskonflikts aufgrund von *cross-pressures*, wie von manchen Beobachtern erwartet (Jackson/Vinovskis 1983), ist nicht eingetreten. Myra Marx Ferree sieht immerhin seit der Webster-Entscheidung von 1989 "a definite increase in such 'pragmatic' statements about abortion" (Brief vom 29.10.1992 an den Autor).

⁴⁸ Im Unterschied zu vergleichbaren Ländern hatte Frankreich zwischen 1860 und 1945 einen nur geringen Bevölkerungszuwachs von rund 37 auf rund 40 Millionen zu verzeichnen, der zudem durch Einwanderer zustandekam. In den 1870er Jahren erfolgte ein erster "Alarmruf". Gegen Ende des Jahrhunderts entstand der *mouvement nataliste* mit einer "Nationalen Allianz gegen die Entvölkerung" (Ambrosi/Ambrosi 1981: 69f.), ohne jedoch die Entwicklung aufhalten zu können. So fiel zwischen 1920 und 1940 die Zahl der Geburten pro tausend Einwohner von 21 auf 13 (Mossuz-Lavau 1991: 27).

⁴⁹ Das Verbot läßt sich bis zum napoleonischen Strafrecht von 1810 zurückverfolgen, das die Abtreibung unter Androhung einer Zuchthausstrafe verbietet, aber keine Aussagen zur Empfängnisverhütung trifft. Die erste bekannte Strafandrohung im französischen Sprachraum wurde 1556 durch Henri II. ausgesprochen. Demnach war für Abtrei-

beträchtlichen Geldstrafen bis hin zu einer Gefängnisstrafe zwischen sechs Monaten und drei Jahren (Mossuz-Lavau 1991: 75). Das Gesetz von 1923 macht keine Ausführungen zur Möglichkeit legaler Abtreibungen. Allerdings zeigen Abhandlungen zu Abtreibungen aus schwerwiegenden medizinischen Gründen, daß die Praxis nicht strikt dem Gesetz folgte (Francome 1984: 77).⁵⁰ 1939 und 1941 waren die geltenden Bestimmungen strenger gefaßt und 1942 sogar bis hin zur Sanktion der Todesstrafe verschärft worden.⁵¹

In der Nachkriegszeit wurde die Abtreibung durch zwei Dekrete von 1953 und 1955 und ein Gesetz von 1955 neu geregelt. Nach diesem Gesetz, das erstmals die Abtreibung im Falle einer Gefahr für das Leben der Mutter legalisierte, betrug das Strafhöchstmaß zehn Jahre Gefängnis für routinemäßig durchgeführte Abtreibungen und zwei Jahre für die Schwangere, die sich zur Abtreibung bereiterklärt bzw. diese selbst vollzogen hat.

Das Faktum massenhafter Abtreibungen war dadurch ebensowenig wie in der Vergangenheit zu beseitigen. Schätzungen der jährlichen Abtreibungen in dieser Phase lagen zwischen 250.000 und 850.000 (Comité 1973: 109 und 127). Nur ein sehr kleiner Anteil davon unterlag der Strafverfolgung (Horellou-Lafarge 1982: 308), da in der Regel die Beweisführung für eine Anklage sehr schwierig ist.⁵² Formelles Recht, die Praxis der Strafverfolgung und die Meinung der Bevölkerung⁵³ zur Abtreibung klappten in den 1950er und 1960er Jahren immer weiter auseinander.

bung die Todesstrafe vorgesehen (Peyret 1974: 17).

⁵⁰ 1923 wurden 68 Prozent der Verfahren eingestellt (Ferrand/Jaspard 1987: 12).

⁵¹ 1943 wurde aufgrund dieses Gesetzes eine Frau exekutiert. Diesen Fall griff Claude Chabrol in einem Kinofilm auf (*Une affaire des femmes*, 1988).

⁵² Die Zahl der Verurteilungen war seit Kriegsende zunächst stark rückläufig (1946: 5.251; 1960: 289), um dann wieder etwas anzusteigen (1965: 588) und erneut abzufallen (1970: 340).

⁵³ Eine im Frühjahr 1971 im Auftrag des *Nouvel Observateur* durchgeführte Umfrage ergab eine Zustimmung von 55 und eine Ablehnung von 38 Prozent auf folgende Frage: "Sollte eine Frau, die ein Kind erwartet und dies nicht wünscht, das gesetzliche Recht haben, ihre Schwangerschaft durch einen Mediziner abzubrechen?" 70 Prozent der Zustimmenden waren Sympathisanten der politischen Linken. Andererseits stimmten immerhin 47 Prozent der Befragten der Meinung zu, daß die Abtreibung ein Verbrechen gegenüber einem Kind darstellt, das geboren werden könnte. Dieser Aussage widersprachen 42 Prozent (Mossuz-Lavau 1991: 84).

8.3.2 Die Liberalisierungskampagne

Die französische Diskussion zur Reform der Abtreibungsregelung setzte gegen Ende der 1960er Jahre ein.⁵⁴ Allerdings hatten insbesondere Organisationen der Familienplanung, die während der 1960er Jahre ein starkes Wachstum erlebten⁵⁵, dem Thema den Boden bereitet. Der jahrelange Kampf um die Legalisierung von Verhütungsmitteln und eine entsprechende Aufklärung, der 1967 mit dem sog. *Neuwirth-Gesetz* erfolgreich abgeschlossen wurde (Mossuz-Lavau 1991: Kap. 1), blieb nicht ohne Nebeneffekte auf das Abtreibungsthema.⁵⁶ Hatte man Verhütungsmittel im Prinzip akzeptiert, so stellte sich auch die Frage, wie denn mit einer trotz Verhütungsmaßnahmen eingetretenen Schwangerschaft umzugehen sei.

Ein erster Vorschlag zur Neuregulierung der Abtreibung kam von zwei Abgeordneten der sozialistischen Partei FGDS im Juni 1967. Dieser Gesetzentwurf sah Straffreiheit für Abtreibung für bestimmte Ausnahmefälle vor⁵⁷, wurde aber in der Nationalversammlung nicht einmal diskutiert.

⁵⁴ Ein Vorstoß der kommunistischen Partei im Jahr 1956, die Abtreibung zu liberalisieren, fand wenig Beachtung und blieb eine Ausnahmerecheinung.

⁵⁵ Die Mitgliederzahl des *Mouvement français pour le planning familial* stieg zwischen 1962 und 1967 von 17.000 auf 100.000. Hierbei überwogen Personen aus dem Gesundheitsbereich. 1961 begann die Organisation, Beratungszentren einzurichten. 1967 bestanden 42 solcher Zentren und 37 Zweigbüros (MFPF 1982: Kap 7 und 8). Zur Würdigung der Organisation vgl. Bouchardeau (1977: 136ff.) und Wolton (1974).

⁵⁶ Eine detaillierte, auf rund 20.000 Aussagen in sechs Tageszeitungen beruhende Inhaltsanalyse von Isambert/Ladrière (1979) für den Zeitraum von 1965 bis 1974 differenziert zumeist nicht zwischen den Themen Empfängnisverhütung und Abtreibung (übrigens ein Indiz für die enge Verflechtung beider Aspekte in der französischen Debatte). Im Groben zeigt sich im Untersuchungszeitraum ein kurzzeitiger hoher Anstieg der Berichterstattung um 1968 - wohl nahezu ausschließlich zugunsten der in dieser Phase gesetzlich geregelten Verhütungsfrage - und ein rapider Anstieg ab August 1972, der gegen Ende 1974 seinen Höhepunkt erreichte (ebd., S. 10). Diese zweite Welle ist wohl durch die Abtreibungsfrage bestimmt. Die meisten Artikel (34,7 Prozent) finden sich in der christlichen *La Croix* und die wenigsten (5,0) in der kommunistischen *L'Humanité* (ebd., S. 27). Unter den Aussageträgern nehmen Politiker und Parteienvertreter mit 32,5 Prozent vor Journalisten (17,8), Kirchenvertretern (14,9) und "spezialisierten Bewegungen" (10,1) den Spitzenplatz ein (ebd., S. 42). Unter den Themen kommt generellen Fragen zur Lage der Frau mit 18,7 Prozent ein Vorrang zu, während heimliche Abtreibungen (7,1), Bevölkerungspolitik (6,5) und öffentliche Demonstrationen (3,5) im Mittelfeld liegen (ebd., S. 52).

⁵⁷ Eine legale Abtreibung vor der neunten Schwangerschaftswoche und bei einstimmigem Votum einer Kommission sollte in folgenden sieben Fällen erlaubt sein: Vergewaltigung; Inzest; erwartbare Deformation des Fötus aufgrund einer Erbkrankheit des Vaters oder der Mutter; gesundheitliche Probleme der Schwangeren, sofern sie bereits mindestens fünf Kinder ausgetragen hat; depressive Veranlagung der Schwangeren in Verbindung mit Neigung zum Suizid; wenn das Alter der Schwangeren zum Zeitpunkt

Zwei Jahre später entschloß sich der französische Verband zur Familienplanung *Mouvement français pour le planning familial* (MFPF)⁵⁸, eine nationale Gesellschaft zum Studium der Abtreibung (ANEA)⁵⁹ zu gründen, um die Teile des geltenden Abtreibungsrechts abzuschaffen, welche noch aus dem Gesetz von 1920 stammten. Im Juli 1970 initiierte Claude Peyret, Mediziner und konservativer Abgeordneter, zusammen mit 17 weiteren Abgeordneten einen Gesetzentwurf, der die Abtreibung aufgrund eines Votums von drei Mediziner (darunter eines staatlichen Beauftragten) in besonderen Problemfällen erlauben sollte (Peyret 1974: 234ff.). Diese Initiativen blieben nicht ohne den Widerspruch konservativer Mediziner; sie führten zudem im Jahr 1971 zur Gründung von *Laissez-les vivre*, der wichtigsten und beständigsten Organisation der Lebensschützer.

In diese Phase erster, wenngleich noch zurückhaltender Reformbemühungen fiel die Formierung der neuen Frauenbewegung, welche sich zunächst nicht der Abtreibungsfrage annahm. Anfang 1971 hatte die Frauenbewegung das Thema gleichsam für sich entdeckt⁶⁰:

"Im Zentrum dieser sozialen Bewegung steht der Kampf um die Erlangung der Freigabe der Abtreibung und von Mitteln der Schwangerschaftsverhütung. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß der Kampf für die Abschaffung des Gesetzes von 1920 und für die Rechte der Frauen, frei über ihren Körper verfügen zu können, den Pol einer Massenmobilisierung, den Ausgangspunkt eines feministischen Vorstoßes auf der Ebene der Gesamtgesellschaft bildete." (Léger 1982: 7f.)⁶¹

Eine erste größere Aktion in diesem Zusammenhang ging von rund hundert Feministinnen aus, die im März 1971 eine Versammlung von *Laissez-les vivre* in Paris störten. Sie verlangten die "freie und kostenlose Abtreibung" und die "alleinige Verfügungsgewalt über unseren Körper" (*Le Monde* vom 7.3.1971).

der Abtreibung über 40 oder unter 17 Jahren liegt; wenn die Mutter in moralischen, materiellen oder sozialen Verhältnissen lebt, die eine Geburt des Kindes nicht als wünschenswert erscheinen lassen.

⁵⁸ MFPF ging 1960 aus der 1956 entstandenen Organisation *Maternité heureuse* ("Glückliche Mutterschaft") hervor (MFPF 1982: 124). Die Organisation entwickelte später eine stark feministische Komponente (ebd., S. 366).

⁵⁹ *Association nationale pour l'étude de l'avortement*. Vermutlich stand dafür die US-amerikanische *Association for the Study of Abortion* Pate.

⁶⁰ Zur Abtreibungsfrage in der feministischen Presse vgl. Hervieu-Léger (1979).

⁶¹ Ähnlich lauten auch die Einschätzungen anderer Beobachterinnen. Um die Abtreibungsfrage "entwickelten sich die größten und authentischsten Demonstrationen, die wirksamste und mobilisierungstärkste Protestpraxis mit einem unmittelbar greifbaren Resultat." (Picq zit. nach Mossuz-Lavau 1991: 82)

Den ersten entscheidenden Anstoß zur breiten öffentlichen Diskussion des Abtreibungsthemas brachte ein im *Nouvel Observateur* vom 5. April 1971 veröffentlichtes Manifest.⁶² Darin erklärten 343 Frauen, darunter prominente Schriftstellerinnen und Künstlerinnen (von Simone de Beauvoir bis zu Marina Vlady), abgetrieben und damit das geltende Recht verletzt zu haben. Neben dem freien Zugang zu Verhütungsmitteln⁶³ wurde die Freigabe der Abtreibung gefordert.⁶⁴ Die Aktion wirkte wie ein Paukenschlag. Von da an war das zuvor überwiegend in Fachkreisen debattierte Thema endgültig in den Medien und führte zu einer Massenbewegung (Hervieu-Léger 1979). In Verbindung mit der Aktion wurde 1971 die Frauenrechtsorganisation *Choisir* gegründet, um einen eventuell erforderlichen Rechtsbeistand leisten zu können. Bezeichnenderweise kam es zu keiner strafrechtlichen Verfolgung der beteiligten Frauen, was wohl die eher laxe Handhabung des Abtreibungsrechts, im speziellen Fall aber auch die Furcht der Behörden vor einer weiteren Politisierung dieser Frage indiziert.

In unmittelbarer Reaktion auf die Selbstbeichtigungsaktion verdichteten sich die Aktivitäten auf verschiedenen Seiten: ein vom *Nouvel Observateur* im April organisiertes, überwiegend männlich besetztes Kolloquium zur Abtreibungsfrage, das von rund hundert Feministinnen des *Mouvement pour la libération des femmes* (MLF) gestört wurde; ein im Mai veröffentlichtes Manifest von ursprünglich 252 und dann weitaus mehr Medizinern, die einen liberaleren Umgang mit der Abtreibung forderten; eine ebenfalls im Mai veröffentlichte Deklaration der Kommunistischen Partei, nach der die Abtreibung unter bestimmten Bedingungen freigegeben werden soll, zugleich aber auch eine Abgrenzung gegenüber den Feministinnen vorgenommen wird; ein Protestmarsch in Paris am 20.11.1971 mit 4.000 Personen, der vor allem vom MLF und dem 1971 gegründeten *Mouvement pour la liberté de l'avortement* (MLA) getragen wurde; schließlich die demonstrative Unterstützung französischer Frauen, die Abtreibungen im benachbarten Ausland durchführen wollten.

Regierung und Parteien waren zu Reaktionen gezwungen. Im März und April 1972 präsentierte die kommunistische Fraktion in der Nationalver-

⁶² Es ist kein Zufall, daß der Vorschlag zu dieser Aktion, die ganz auf Mediennutzung und Medienwirkung bedacht war, von einer Journalistin kam.

⁶³ Dieser Zugang war zwar mit dem Gesetz von 1967 formal gewährleistet, faktisch jedoch nur unzureichend sichergestellt.

⁶⁴ "Eine Million Frauen treiben jedes Jahr in Frankreich ab. Sie tun dies unter gefährlichen Bedingungen aufgrund der Heimlichkeit, zu der sie verdammt sind, obgleich die Abtreibung, sofern sie unter medizinischer Kontrolle verläuft, ein einfacher Vorgang ist. Man schweigt über diese Millionen von Frauen. Ich erkläre, daß ich eine von ihnen bin. Ich erkläre, abgetrieben zu haben. Ebenso wie wir den ungehinderten Zugang zu empfängnisverhütenden Mitteln fordern, fordern wir die Freigabe der Abtreibung."

sammlung Gesetzentwürfe zur Abtreibung. Ebenso schlug ein Senator der demokratischen Linken vor, das Abtreibungsrecht zu liberalisieren.⁶⁵ Intern wurde nun auch das Justizministerium aktiv; zudem setzte der Gesundheitsminister im Sommer 1972 eine Untersuchungskommission zum Studium der Abtreibungsproblematik ein.

Einen zweiten wichtigen Anstoß zur öffentlichen Politisierung der Abtreibungsfrage gaben zwei weithin beachtete Gerichtsverfahren in Bobigny im Oktober/November 1972 (Choisir 1973; Mossuz-Lavau 1991: 87f.). Im ersten Prozeß wurde eine Siebzehnjährige, die ein Jahr zuvor abgetrieben hatte, freigesprochen. Im zweiten Prozeß waren ihre Mutter, zwei Kolleginnen der Schwangeren, die diese mit einer "Engelsmacherin" in Kontakt gebracht hatten, und letztere angeklagt. Die Kolleginnen wurden freigesprochen; die Mutter erhielt eine geringfügige Geldstrafe mit Bewährung und die "Engelsmacherin" ein Jahr Gefängnis mit Bewährung. Das Verfahren war von den Reformkräften erfolgreich als politische Bühne genutzt worden.⁶⁶ Letztlich standen weniger die im juristischen Sinne Angeklagten, sondern vielmehr die auf das Gesetz von 1920 zurückgehenden Restriktionen des Abtreibungsrechts im Mittelpunkt. "Der Ausgang dieses Prozesses brachte zweifellos viel Wasser auf die Mühlen derer, die sich für die Legalisierung der Abtreibung aussprachen." (Mossuz-Lavau 1991: 88)

1973 häuften sich die politischen Aktivitäten der Reformkräfte. Im Februar 1973 veröffentlichten 331 Mediziner ein Manifest. Darin traten sie für eine weitgehende Liberalisierung der Abtreibung ein, bekannten sich dazu, Abtreibungen durchgeführt zu haben, und kündigten an, sich im Falle einer Strafverfolgung gemeinsam zu verteidigen (Peyret 1974: 82). Wenige Tage darauf offenbarten aufgrund einer Initiative der ANEA weitere 206 Mediziner, Abtreibungen durchgeführt zu haben und auch in Zukunft unter genau spezifizierten Bedingungen durchführen zu wollen.⁶⁷ Schließlich demonstrierte eine 1969 gegründete Gruppe von Medizinern (*Groupe Infor-*

⁶⁵ Der Entwurf von Henri Caillavet sah die Legalisierung der Abtreibung für folgende Gruppen vor: unverheiratete Frauen unter 21 Jahren; Frauen, die bereits drei Kinder haben; schließlich Frauen in sozioökonomischen Verhältnissen, in denen ein weiteres Kind schwerwiegende Probleme für die Familie hervorrufen würde (vgl. Mossuz-Lavau 1991: 85f.).

⁶⁶ Verteidigerin war Gisèle Halimi, die Mitgründerin von *Choisir*. Sie brachte prominente Kritiker/innen des Abtreibungsrechts in den Zeugenstand, darunter Simone de Beauvoir als damalige Präsidentin von *Choisir*, Michel Rocard, zwei Nobelpreisträger der Medizin und die Vizepräsidentin des MFPPF. Zudem war das Gerichtsgebäude zeitweilig von feministischen Gruppen umlagert, die ihre Unterstützung für die Angeklagten bekundeten.

⁶⁷ Diese Bedingungen waren auch in einem Gesetzesvorschlag der ANEA enthalten, der im März 1973 der Presse vorgelegt wurde.

mation-Santé, GIS) in einem Pariser Krankenhaus eine Abtreibung nach der Karman-Methode⁶⁸, nachdem sie zuvor die Bewohner der Umgebung in Flugblättern über ihr Vorhaben informiert hatte.

Nun kam auch die etablierte Politik in Bewegung. Im Anschluß an die Aktivitäten der Reformer beeilte sich das Justizministerium, die Notwendigkeit einer Anpassung des geltenden Rechts an den medizinischen Fortschritt anzuerkennen und auf die Diskrepanz des französischen Abtreibungsrechts gegenüber dem anderer Länder hinzuweisen. Eine Fraktionskommission der konservativen Partei UDR forderte im November 1973, auf den Reformvorschlag einer Gruppe konservativer Abgeordneter vom Juli 1970 zurückzukommen. Auch von der Mehrheit protestantischer Kreise, namentlich der *Fédération protestante de France*, wurde die Notwendigkeit einer Reform betont (Ladrière 1982: 444ff.).

Im April 1973 formte sich mit dem *Mouvement de libération de l'avortement et de la contraception* (MLAC) eine breite Allianz der radikalen Reformer⁶⁹, die fortan die treibende Kraft für die Liberalisierungskampagne bilden sollte. Einen ersten Schritt bedeutete die Veröffentlichung einer Charta, in der die freie und kostenlose Möglichkeit zur Abtreibung und Empfängnisverhütung sowie eine breit angelegte sexuelle Aufklärung verlangt wird. Im Unterschied zu anderen Gruppierungen forderte MLAC nicht Abtreibungen unter ausschließlicher Kontrolle von Medizinern, sondern die Popularisierung des einschlägigen Fachwissens, insbesondere hinsichtlich der Karman-Methode (Comité 1973). Diese Forderung wird als Konsequenz des feministischen Ziels gesehen, sich die Verfügung über den eigenen Körper wieder anzueignen. Die Idee war, der Abtreibung ihren außergewöhnlichen Charakter zu nehmen und sie zu einem Bestandteil der Alltagswelt zu machen.⁷⁰ MLAC entwickelte sehr schnell einen organisatorischen Unterbau mit 21 regionalen Gliederungen und rund 400 Lokalgruppen. Auf seinem zweiten nationalen Kongreß im Juni 1973 wurde erklärt,

⁶⁸ Es handelt sich um eine in verschiedenen Kulturen bereits bekannte, jedoch erst von dem US-amerikanischen Psychologen Karman in westlichen Ländern eingeführte Absaugmethode, die nach dem Urteil ihrer Befürworter relativ schnell, schmerzarm und ohne Betäubung durchgeführt werden kann (Comité 1973: 9ff.). Die mit dieser Methode möglicherweise verbundenen Komplikationen wurden allerdings von feministischen Gruppen, die für eine Abtreibung durch Laien plädierten, unterschätzt.

⁶⁹ Dazu gehören MLA, MFPP, MLF, die Unterzeichner des *Manifeste des 331*, GIS, CFDT, MNEF, *Le syndicat des travailleurs sociaux*, *Lutte ouvrière*, PS, PSU, *La ligue communiste révolutionnaire*, *L'alliance marxiste révolutionnaire* und *Le centre initiative communiste*. *Choisir* und ANEA beteiligten sich als Beobachter an der Gründungsversammlung.

⁷⁰ Dieser Forderung widersprach allerdings ein Teil der Mediziner, die mit dem MLAC grundsätzlich sympathisierten.

Abtreibungen in eigenen Zentren und möglichst kostenlos durchführen zu wollen. Diese Ankündigung zog den Austritt einer Reihe von Medizinern nach sich, die eigene Wege der Reformpolitik gehen wollten. MLAC verfolgte allerdings seinen Kurs unbeirrt weiter. Ein wichtiger Schritt hierzu war der von GIS in Auftrag gegebene Film *Histoires d'A*,⁷¹ der lehrbuchartig die Karman-Methode zeigt. Trotz seines Verbots und daraus resultierender polizeilicher Interventionen wurde der Film an zahlreichen Orten gezeigt (Issartel/Belmont 1974).

Binnen weniger Jahre hatte sich somit eine starke Bewegung gebildet, die nicht nur zu lokalen und nationalen Protestkundgebungen aufrief,⁷² sondern demonstrativ Gesetze mißachten konnte, ohne dafür scharf sanktioniert zu werden. Den staatlichen Autoritäten war offensichtlich bewußt, daß geltendes Recht und faktisches Legitimitätsbewußtsein der breiten Bevölkerung einschließlich wichtiger Teile der Eliten auseinanderklafften. Während der starken Politisierung des Konflikts hielten sich die Strafverfolger bis auf wenige Interventionen, die sich auf die Provinz beschränkten, völlig zurück. Wie gut sie daran taten, zeigt eine Anklageerhebung im Mai 1973 in Grenoble. Eine Ärztin, Mitglied von *Choisir*, wurde beschuldigt, eine Abtreibung an einer Minderjährigen durchgeführt zu haben. Der Fall wurde von der liberalen Presse kritisch aufgegriffen und - ähnlich wie der Prozeß von Bobigny - weithin publiziert; für die Freigabe der Abtreibung eintretende Organisationen wie MFPP, *Choisir*, GIS und MLAC hielten Pressekonferenzen ab und mobilisierten zu Demonstrationen, an denen sich allein in Grenoble mehrere tausend Menschen beteiligten.⁷³ Zudem erklärten in Reaktion auf die Anklage ungefähr 2.000 Mediziner, ebenfalls Abtreibungen durchgeführt zu haben. Die Tatsache, daß niemand von ihnen strafverfolgt wurde, offenbart die Unsicherheit der Staatsorgane.

Widerstand gegen die Liberalisierungskampagne blieb nicht aus, aber er erreichte nicht die Stärke der Gegenseite. Seine Hauptträger waren konservative Mediziner⁷⁴ und die Führung der medizinischen Standesorganisation,

⁷¹ A steht für *avortement* (Abtreibung). Der Titel ist eine ironische Anspielung auf den Sexfilm *Histoires d'O*.

⁷² Ein größeres Protestereignis bildete eine nationale Demonstration im April 1974 in Paris, die MLAC initiiert hatte. Unterschiedlichen Presseangaben zufolge beteiligten sich 4.000 bis 10.000 Personen.

⁷³ Die Zahlenangaben schwanken zwischen 3.000 (Teile der Presse) und 12.000 Teilnehmern (MFPP 1982: 205).

⁷⁴ Am extremen Flügel bildete sich die *Association des médecins pour le respect de la vie*. Einige Mitglieder der Gruppe kündigten an, im Falle einer Liberalisierung des Gesetzes die Durchführung von Abtreibungen in ihren Einrichtungen verhindern zu wollen. Konkret bezog sich diese Aussage auf drei Kliniken in Paris und 47 in der Provinz (Peyret 1974: 95).

weiterhin eigens gebildete Vereinigungen von Juristen, Geistes- und Sozialwissenschaftlern und Frauen⁷⁵, sowie orthodoxe katholische Kreise (Ladrière 1982), die seit 1972 aktiv geworden waren, um Abtreibungen als "schreckliche Verbrechen" und "Massaker an Unschuldigen" zu brandmarken. Den radikalen Flügel bildeten die organisierten Lebensschützer, die sich vor allem in *Laissez-les vivre* gesammelt hatten. Ihr Vorsitzender Lejeune konnte im Juni 1973 immerhin eine Liste von über 10.000 Medizinern präsentieren, welche sich gegen eine Liberalisierung wandten. Ebenso protestierten einen Monat später 3.500 Juristen und zusätzlich 430 Universitätsangehörige gegen die geplante Reform. Es gelang diesen Gruppen jedoch nicht, die Mehrheit in den konservativen Parteien auf ihre Seite zu ziehen. Zudem stellten sich auch innerhalb des katholischen Lagers einzelne Personen wie Roqueplo (Dominikaner und Philosophieprofessor) und Pohier (Dekan einer theologischen Fakultät) öffentlich gegen die Lebensschützer (Ladrière 1982: 418). Angesichts dieser Gesamtkonstellation waren die Weichen für ein Reformgesetz gestellt. Die entscheidende Frage war, wie weit die Reform gehen würde.

8.3.3 Der Weg zum ersten Reformgesetz

Beginnend ab Mai 1973 reagierten Premierminister Messmer und einzelne Fachminister auf den öffentlichen Druck. Ein baldiger Entwurf eines Reformgesetz wurde im Senat angekündigt. Die kommunistische Partei legte im Sommer erneut ihren früheren Reformentwurf vor. Die sozialistische Partei und die radikale Linke präsentierten einen eigenen Entwurf, der in der Sache - einer nach Schwangerschaftsdritteln abgestuften Liberalisierung der Abtreibung - der Entscheidung des amerikanischen *Supreme Court* nahekam. Deutlich restriktiver fiel der Vorschlag einer "reformistischen" konservativen Minderheit aus, der vorsah, Abtreibungen in fünf Ausnahmefällen zu erlauben (Peyret 1974: 238ff.). Der Entwurf der libertär-sozialistischen Partei PSU ging noch über die Mehrheitsvorlage der Linken hinaus und beinhaltete die völlige Freigabe der Abtreibung bis zum Ende der 24. Schwangerschaftswoche.

Der Regierungsentwurf vom Juni 1973 räumte zwar ein, daß das geltende Gesetz "ineffektiv, archaisch und ungerecht" sei, blieb aber relativ restriktiv. Er beinhaltete die Legalisierung der Schwangerschaft in drei Fällen

⁷⁵ Darunter die eigens gebildete *L'union féminine pour le respect de la vie*.

(Gefahr für physische, mentale oder psychische Gesundheit der Schwangeren; Risiko einer Schädigung oder Behinderung des Fötus; Schwangerschaft aufgrund einer Vergewaltigung, Inzesthandlung oder eines anderen kriminellen Aktes) und knüpfte daran eine ganze Reihe zusätzlicher Bedingungen.⁷⁶ Zwischen Juli und November 1973 wurden in der Nationalversammlung 42 Anhörungen zu diesem Entwurf durchgeführt. Dabei kamen 148 Personen zu Wort, darunter Vertreter der interessierten Fachgruppen, Wissenschaftsorganisationen, Kirchen, aber auch der radikalen Lebensschützer sowie der radikalen Reformer (Pingaud et al. 1975; Ladrière 1982). Im Prinzip wurden alte Standpunkte wiederholt: den einen ging der Entwurf zu weit, den anderen war er zu restriktiv. Teilweise verliefen die Konfliktlinien quer durch einzelne Gruppierungen bzw. Organisationen. In einer vorgelagerten Abstimmung im zuständigen parlamentarischen Fachausschuß wurde der Entwurf mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Ein abgeänderter Vorschlag, der unter anderem eine Fristbestimmung einführte, fand im gleichen Gremium ebenfalls keine Mehrheit. Abgelehnt wurde der Regierungsentwurf auch in der plenaren Abstimmung in der Nationalversammlung im Dezember 1973 (255 contra, 212 pro, 8 Enthaltungen) trotz hoher Zustimmung in der stärksten Partei, der gemäßigt konservativen UDF. Neben Abweichlern im konservativen und bürgerlichen Lager hatten die sozialistische und kommunistische Fraktion geschlossen dagegen gestimmt. Damit wurde ein neuer Anlauf erforderlich.

Nach dem Tod von Staatspräsident Pompidou verschaffte der mit den anstehenden Neuwahlen verbundene Wahlkampf der Abtreibungsfrage erneut Publizität, zumal die Auffassungen darüber extrem auseinandergingen. Während des Wahlkampfes und der anschließenden Monate intensivierte sich auch die außerparlamentarischen Aktionen. Eine Demonstration der Abtreibungsbefürworter im April 1974 in Paris versammelte mehrere tausend Menschen; Lebensschützer hielten Tagungen ab; Bischöfe nahmen Stellung; gegen ein Kino, das den Abtreibungsfilm *Histoires d' A* zeigte, wurde im Oktober 1974 ein Anschlag verübt.

Der neugewählte Staatspräsident Giscard d'Estaing, der für ein modernes, dem sozialen Wandel aufgeschlossenes Frankreich eintrat, hatte bereits im Wahlkampf eine offenere Linie in der Abtreibungsfrage eingeschlagen,

⁷⁶ Die Schwangere hat sich nacheinander an zwei Mediziner zu wenden, von denen der zweite in einem öffentlichen Krankenhaus oder einer analogen Einrichtung arbeiten muß; der erste Mediziner muß die Schwangere über medizinische Risiken des Abbruchs und die gesetzlichen Hilfen für Mütter und Kinder aufklären; der Abbruch darf erst sieben Tage nach dem Verlangen durchgeführt werden; Minderjährige unter 18 bedürfen der Einwilligung der Erziehungsberechtigten. Die Kosten des Abbruchs sollen durch die Sozialversicherung übernommen werden.

die er mit der Besetzung des Gesundheitsministeriums durch Simone Veil unterstrich. Veil hatte von Anfang an ihre gemäßigt liberale Grundhaltung betont und in diesem Geiste einen Gesetzentwurf im November 1974 in die Nationalversammlung eingebracht, der sich deutlich vom Regierungsentwurf des Vorjahres unterschied.

Der neue Entwurf sah eine Legalisierung der Abtreibung bis zum Ende der 10. Schwangerschaftswoche unter bestimmten Konditionen vor. Entscheidender Punkt war, daß nun, nach vorheriger Pflichtberatung⁷⁷ der Schwangeren durch Mediziner, die Frau die Letztentscheidung behält und über ihre Gründe keine Rechenschaft ablegen muß. Vorausgesetzt wird allerdings im Gesetzestext "une situation de detresse", also eine nicht näher spezifizierte Notlage. Nach Ablauf einer Woche muß der Arzt eine Bestätigung der Schwangeren über ihre Entscheidung einholen und kann dann die Abtreibung durchführen. Allerdings soll kein Arzt zur Durchführung von Abbrüchen verpflichtet werden. Über die Zehn-Wochen-Frist hinausgehend ist eine "therapeutische Abtreibung" möglich, sofern zwei Mediziner nach Untersuchung und Diskussion zu dem Ergebnis gekommen sind, daß eine schwere Gefahr für die Gesundheit der Schwangeren droht oder das Risiko besteht, daß sie ein schwer behindertes Kind gebiert.

Der Entwurf rief in der ersten Lesung in der Nationalversammlung eine mehrtägige leidenschaftliche Debatte hervor, wurde aber schließlich am 29.11.1974 - um 3 Uhr 40 morgens! - mit einer Mehrheit von 284 gegen 189 Stimmen verabschiedet.

Die Mehrheit für die abgeänderte Regierungsvorlage war nur aufgrund der fast einhelligen Unterstützung der Sozialisten und radikalen Linken sowie aller kommunistischer Abgeordneter zustande gekommen. Nachdem im Dezember auch der Senat mit 184 gegen 90 Stimmen (bei vier Stimmenthaltungen) eine leicht veränderte Vorlage verabschiedet hatte und der Entwurf nochmals zwischen Nationalversammlung, Senat und einer gemeinsamen Kommission hin und hergegangen war, wurde er schließlich am 20.12.1974 mit 277 gegen 192 Stimmen von der Nationalversammlung endgültig angenommen. Nur 105 konservative Parlamentarier hatten für den Regierungsentwurf gestimmt. Erst als der Text auch die letzte Hürde, die Anrufung des Verfassungsgerichts (*Conseil constitutionnel*) durch 70 Delegierte, erfolgreich passiert hatte, konnte das Gesetz am 17.1.1975 öffentlich bekanntgemacht werden. Damit war die außergewöhnlich intensive parlamentarische Debatte vorläufig abgeschlossen⁷⁸, auch wenn das

⁷⁷ Gegenstand der Pflichtberatung ist eine Aufklärung über die medizinischen Risiken des Abbruchs und künftige Folgeprobleme bei weiteren Schwangerschaften sowie die Einladung, eine Sozialeinrichtung oder Familienberatungsstelle zu konsultieren, um auf Familienbeihilfen und sonstige Hilfen für Mütter und Kinder hingewiesen zu werden.

⁷⁸ Ein komplette Dokumentation des Entscheidungsprozesses und der vorausgegan-

Gesetz, wie Beobachter meinen, in sich widersprüchlich sei, da es die Abtreibung im Prinzip verdamme, ohne jedoch die abtreibende Frau zu verdammen (Horellou-Lafarge 1982: 401).

Gegenüber dem in der ersten Lesung debattierten Entwurf enthielt das Gesetz leichte Veränderungen, darunter die Einfügung eines ersten Artikels, der den "Respekt des Gesetzes gegenüber jedem menschlichen Wesen vom Beginn seines Lebens an" bezeugt, sowie die Pflicht des beratenden Mediziners, der Schwangeren ein schriftliches Dossier zu übergeben, das über Rechte und Hilfen für Familien, Mütter und Kinder informiert und auch auf Adoptionsmöglichkeiten für Neugeborene hinweist. Zusätzlich wird von Minderjährigen die Einwilligung eines Erziehungsberechtigten in die Abtreibung verlangt. Private Kliniken haben das Recht, Abtreibungen zu verweigern. Die Abtreibungszahlen privater Kliniken werden in Relation zur Gesamtheit chirurgischer Eingriffe beschränkt, die Abtreibung als Methode der Geburtenregulierung abgelehnt und ein jährlicher Bericht über die demographische Situation und die Entwicklung der Abtreibung in Frankreich vorgeschrieben. Ein Faktor, der vielen schwankenden Abgeordneten die Zustimmung erleichtert haben dürfte, ist schließlich die Bestimmung, daß das Gesetz nur für fünf Jahre Geltung besitzt und im Herbst 1979 dem Parlament erneut zur Abstimmung vorgelegt werden muß.

Diese Nachträge bzw. Abänderungen der zweiten Regierungsvorlage bedeuten gewisse Restriktionen, die vor allem darauf zielen, Mißbrauchsmöglichkeiten zu beschränken. Gleichwohl hat sich, gemessen am ersten Regierungsentwurf und ganz zu schweigen von der zuvor geltenden Rechtslage, eine gemäßigte liberale Linie durchgesetzt. Die strikten Gegner der Abtreibung hatten den Kampf verloren. Mobilisierungen wie beispielsweise der Protest von Ärzten, Juristen und Kirchenvertretern gegen das 1974 diskutierte (restriktive) Reformgesetz hatten den Lauf der Dinge nicht aufhalten können. Die Reformkräfte, sofern sie nicht die uneingeschränkte Freigabe der Abtreibung verfochten, konnten sich als Sieger fühlen.

8.3.4 Die Entwicklung nach dem ersten Reformgesetz

Nach der Verabschiedung des "Probegesetzes" von 1975 herrschte zunächst nahezu Funkstille in der Abtreibungsdebatte, wengleich die Presse gelegentliche kleinere Aktionen der entschiedenen Gegner oder Befürworter

nen Anhörungen und Debatten bietet der Band von Pingaud et al. (1975).

der Abtreibung vermerkte.⁷⁹ MLAC, dem die Reform nicht weit genug gegangen war, praktizierte weiterhin illegale Abtreibungen⁸⁰, zumal in 16 von 97 Departements ohnehin keine offizielle Möglichkeit zur Abtreibung bestand. Gegen Ende der 1970er Jahre, mit dem näherrückenden Zeitpunkt einer endgültigen Regelung, hob der Zwist erneut an. Auf der einen Seite agitierten Lebensschutzgruppen und die katholische Kirche gegen das Gesetz. Beispielhaft dafür ist die Haltung des Straßburger Bischofs, der sich 1979 mit einem "Ruf des Alarms und der Angst" an die Öffentlichkeit wandte und ein Gesetz verdammt, das "Hilfe zu einem Tötungsakt leistet, zu einer barbarischen Praxis des legalen Mordes" (*Libération* vom 3.10.1979). Sprecher konservativer Parteien kritisierten, daß das Gesetz einer "Banalisierung" der Abtreibung Vorschub leiste. Die Föderation protestantischer Kirchen, liberale Gruppen und ein Teil der gemäßigten Linken forderten im Prinzip die Beibehaltung des Gesetzes oder die Reduzierung bestimmter Einschränkungen. Schließlich argumentierten und mobilisierten linke, feministische und radikalliberale Gruppen für eine völlige Freigabe der Abtreibung und die Übernahme der Kosten durch den Staat. Feministische Gruppen forderten zudem die Einrichtung autonomer Beratungs- und Gesundheitszentren, welche den Zugang zur Abtreibung erleichtern bzw. sogar eigenständig Abtreibungen durchführen sollten.

Nach kleineren Kundgebungen mit bis zu 3.000 Menschen im Sommer 1979 protestierten am 6. Oktober rund 30.000 Frauen⁸¹ in Paris für die völlige Freigabe der Abtreibung und die Übernahme der entsprechenden Kosten durch den Staat. Dies war die größte Frauendemonstration, die Frankreich jemals gesehen hatte. Die zu diesem Zeitpunkt längst erkennbare ideologische Fraktionierung und organisatorische Zersplitterung der Frauenbewegung (Jenson 1990) zeigte sich auch während dieser Demonstration⁸²,

⁷⁹ Dazu gehören neben kleineren Demonstrationen ein Anschlag auf ein Büro des MLAC im Dezember 1976 und eine von Feministinnen organisierte Fahrt zu Abtreibungskliniken in England im März 1977.

⁸⁰ Das führte zu gelegentlichen Strafverfolgungen. Aufsehen erregte die Verurteilung von sechs Mitgliedern des MLAC zu ein bis drei Monaten Gefängnis mit Bewährung. Dieser Vorgang zog im März 1977 eine Solidaritätsdemonstration mit mehreren tausend Personen in Aix-en-Provence nach sich (Remy 1990: 58).

⁸¹ Die Polizei nannte 10.000 Teilnehmer/innen (*Le Monde* vom 9.10.1979), MFPP (1982: 247) sprach von über 50.000 Teilnehmer/innen.

⁸² Zum Beispiel wurde die Gruppe *Psychoanalyse et Politique* von anderen Frauengruppen heftig attackiert, weil sie sich an die Spitze des Demonstrationszuges setzen wollte. Dieser scheinbar belanglose Streit hat tiefe Wurzeln. Über Jahre hinweg hatte diese Gruppe versucht, sich als Repräsentantin der Frauenbewegung auszugeben. Zudem hatte sie sich 1979 den üblichen Sammelbegriff für die Frauenbewegung, *Mouvement de la libération des femmes* (MLF), namensrechtlich gesichert (vgl. Guadilla 1981; Léger 1982).

vom Bischof von Poitiers charakterisiert als "der schlimmste Totentanz, den ich jemals in meinem Leben gesehen habe" (*Passauer Bistumsblatt* vom 21.10.1979). Kurz darauf, im November 1979, legte die kommunistische Partei 200.000 Unterschriften für das Reformgesetz vor. Ebenfalls im November fand in Paris die bislang größte Demonstration der Abtreibungsgegner unter Beteiligung von *Laissez-les vivre* und 50 weiteren Organisationen mit rund 20.000 Personen statt.

Die Mehrheiten in den konservativen Parteien hatten jedoch gegen Ende der 1970er Jahre zu erkennen gegeben, daß sie im Prinzip, wenngleich mit einschränkenden Klauseln, das geltende Probegesetz in eine Dauerlösung überführen wollten. Konservative Politiker, die teilweise eine bevölkerungspolitische Argumentation vertraten und sogar vorschlugen, die Abtreibung allen Frauen zu verwehren, welche nicht bereits mindestes zwei Kinder geboren hatten, konnten sich nicht durchsetzen. Die Zeit hatte sicherlich für die Reformkräfte gearbeitet, insofern der kulturelle Liberalisierungstrend vorangeschritten war. Auch zeigte ein Blick in das europäische Ausland, daß Frankreich einer allgemeineren Entwicklung folgte.⁸³

Im November 1979 fand die erste Lesung des Entwurfs in der Nationalversammlung und im Dezember im Senat statt. Über den Zwischenschritt einer paritätisch besetzten Kommission beider Häuser gelangte der Entwurf zur endgültigen Abstimmung. Wiederum kam es in der Nationalversammlung zu leidenschaftlichen Debatten, die im wesentlichen die 1973/74 vertretenen Positionen reproduzierten.⁸⁴ Schließlich wurde der Entwurf noch im Dezember mit einer Mehrheit von 271 gegen 201 Stimmen verabschiedet. Im Vergleich zum ersten Reformgesetz hatten noch weniger konservative Abgeordnete der Mehrheitsparteien, nämlich nur 70 von 290, für den Entwurf gestimmt. Das Gesetz wurde am 1.1.1980 verkündet. Erneut hatte die weitgehende Unterstützung der linken Opposition das Reformgesetz ermöglicht. Damit war der zehnjährige Streit einer verbindlichen Lösung zugeführt worden. Naturgemäß konnte dieses Ergebnis weder die Feministinnen noch die Lebensschützer befriedigen, doch zeigten Meinungsumfragen

⁸³ Hier ist auf die Reformgesetze in Großbritannien (1967), Dänemark (1973), Schweden (1974), Norwegen (1975), der Bundesrepublik (1975), Italien (1978), Luxemburg (1978) sowie die liberale Praxis in den Niederlanden zu verweisen, die erst 1984 in ein entsprechendes Gesetz mündete.

⁸⁴ Vgl. dazu Mossuz-Lavau (1991: 116-129), die die wichtigsten Argumentationslinien von drei Strömungen herausgearbeitet hat: die strikten Abtreibungsgegner aus dem konservativen und zentristischen Lager; die Konservativen und Zentristen, die für eine behutsame Reform plädierten; die Linken, die für eine weitgehende Liberalisierung eintraten.

vor und nach der Entscheidung, daß diese von der Mehrheit der französischen Bevölkerung gebilligt wurde.⁸⁵

Mit dem Wahlsieg der Linksparteien 1981, die einen liberalen Kurs in der Abtreibungsfrage eingenommen hatten (Mossuz-Lavau 1986), schienen zunächst die Chancen für eine Nachbesserung des geltenden Gesetzes im Sinne der Frauenbewegung nicht ungünstig. Allerdings waren die Regierungsparteien entgegen ihren Andeutungen während des Wahlkampfes - übrigens ebenso wie in der Frage der Atomenergie - zu keiner Wende bereit. Nachdem nicht einmal das Versprechen eingelöst werden sollte, die Kostenfreiheit der Abtreibung sicherzustellen, mobilisierten die Frauengruppen im Oktober 1982 erneut zu einer Demonstration in Paris. Obgleich die Regierung wenige Tage zuvor in der Finanzierungsfrage eingelenkt hatte, beteiligten sich immerhin knapp 15.000 Menschen an dieser Demonstration. Wiederum war der parlamentarische Prozeß zur gesetzlichen Finanzierung der Abtreibung nicht einfach. Der Senat lehnte die Vorlage der Nationalversammlung zweimal ab, so daß der geänderte Entwurf erst in der dritten Lesung verabschiedet und am 1.1.1983 verkündet werden konnte.

In seiner Substanz bestätigt das neue Gesetz die seit 1975 geltende Rechtslage. Punktuelle Änderungen bedeuten zum Teil Restriktionen, zum Teil aber auch - und diese Tendenz überwiegt - Erleichterungen der Abtreibung. So wird einerseits der Gegenstand der Pflichtberatung erweitert und präzisiert. Andererseits wird der rechtzeitige Zugang zur Abtreibung erleichtert und damit ein nicht unerhebliches Vollzugsdefizit gemindert.⁸⁶ Die Kosten der Abtreibung werden nach festen Tabellen für öffentliche bzw. private Kliniken abgerechnet und von der Sozialversicherung erstattet.⁸⁷

⁸⁵ Nach einer repräsentativen Ifop-Umfrage vom April 1979 waren 58 Prozent für und 35 Prozent gegen das geltende Gesetz, das entfristet werden sollte (*Le Point* vom 30.4.1979). Eine Sofres-Umfrage vom Herbst 1979 ergab eine Zustimmung von 64 Prozent und eine Ablehnung von 20 Prozent (*Le Monde* vom 28.11.1979). Einer weiteren Sofres-Umfrage im Auftrag des *F. Magazine* zufolge betrachteten 65 Prozent der Befragten das Recht auf Abtreibung als einen Fortschritt (*Le Monde* vom 29.9.1979). Diese Relationen blieben auch in den folgenden Jahren stabil. Nach einer Ifop-Umfrage von Herbst 1984 waren 65 Prozent für und 26 Prozent gegen die Beibehaltung des Abtreibungsgesetzes (*Libération* vom 5.11.1984).

⁸⁶ So muß der beratende Arzt, sofern er von seinem Recht Gebrauch machen will, die Abtreibung nicht selbst durchzuführen, dies noch während des ersten Besuches der Schwangeren mitteilen. Zudem kann, falls eine Fristüberschreitung droht, der Abstand von einer Woche zwischen Antragstellung und erneuter Bestätigung verkürzt werden. Auch werden die Möglichkeiten von Leitern öffentlicher Kliniken begrenzt, Abtreibungen durch Verzögerungen indirekt zu verhindern.

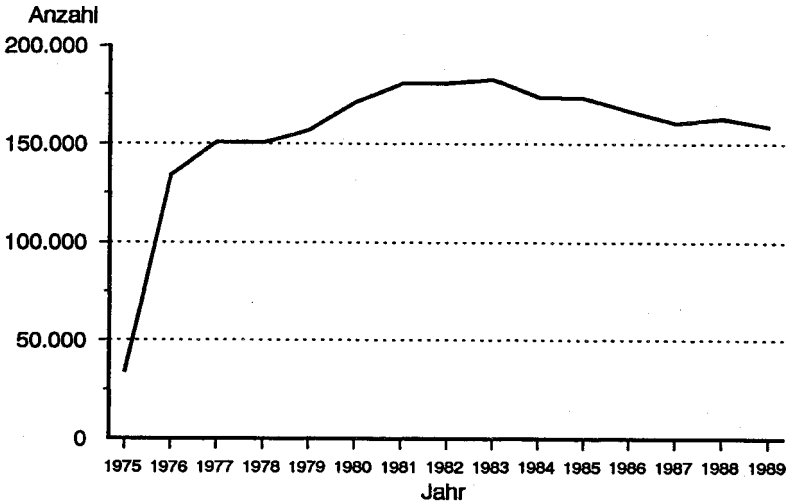
⁸⁷ Bei einer Abtreibung mit Anästhesie und einem Aufenthalt unter zwölf Stunden betragen die Kosten in einer öffentlichen Klinik FF 1.140. Das entspricht rund 400 DM.

Seit die Linke an der Regierung war, verbesserten sich zudem die materiellen Bedingungen für Beratung und Praxis der Abtreibung (Ferrand/Jaspard 1987), so daß von den gemäßigten Teilen der Frauenbewegung und den liberalen Reformern kaum noch Klagen zu hören sind. Kritik und Protest aus dem Lager der radikalen Gegner blieben nicht aus. Beiden Seiten mangelt es jedoch an politischem Gewicht, um die bestehende Regelung ernsthaft in Frage stellen zu können. So scheiterte auch ein Vorstoß von 34 konservativen Abgeordneten und 35 Abgeordneten des rechtsextremen *Front National* im November 1986, die Finanzierung der Abtreibung auf gesetzlichem Weg abzuschaffen (Ferrand/Jaspard 1987: 120).⁸⁸ Damit hat sich bei anhaltender Kritik von beiden Polen des Meinungsspektrums eine relativ stabile Pattsituation eingestellt. Entgegen vieler Befürchtungen war auch die Zahl der legalen Abtreibungen nicht fortlaufend gestiegen, sondern nach einem Spitzenwert 1983 sogar leicht zurückgegangen (Abbildung 8.5).

Durch die Reformgesetzgebung war die Zahl illegaler Abtreibungen drastisch zurückgegangen - ein Effekt, der auch von konservativer Seite und von solchen Medizinern anerkannt wurde, welche die Reform zunächst abgelehnt hatten. Aus Sicht der radikalen Reformier blieb das Gesetz jedoch insofern problematisch, als die Fristbegrenzung der Abtreibung auf die zehnte Schwangerschaftswoche (bei einer vorgeschalteten Wartefrist von einer Woche zwischen Beratung und Abtreibung) sehr knapp bemessen ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Schwangerschaft erst spät erkannt wird und/oder die Schwangere keine Einrichtung vor Ort findet, welche die Abtreibung durchführen kann und will. Aus diesem Grund weichen nach wie vor Tausende von Schwangeren, bei denen die Zehn-Wochen-Frist überschritten ist, nach Holland, in die Schweiz und vor allem nach Großbritannien aus, wo eine 28-Wochen-Frist besteht.⁸⁹ Dieser - nach französischem Recht - illegale Sachverhalt wird von manchen Gruppen offensiv unterstützt, um so auf Defizite der französischen Rechtslage aufmerksam zu

⁸⁸ Unter den Anhängern des *Front National* wollen 83 Prozent die Abtreibung erschweren. Bei dem bürgerlich-konservativen RPR sind es 40 Prozent, im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung 21 Prozent (Sofres 1991: 193).

⁸⁹ Unter anderem deshalb plädieren Vertreter der Familienplanungsorganisationen für eine Fristverlängerung. Ihnen zufolge würde eine Ausweitung auf zwölf Wochen die Zahl der Französisinnen, die eine illegale Abtreibung im Ausland vornehmen, um 70 Prozent verringern (Mossuz-Lavau 1991: 132). Zahlen zu diesen Abtreibungen liegen nur für Großbritannien vor. Demnach sind die Abtreibungen von Französisinnen in britischen Kliniken von 4.117 im Jahr 1980 auf 2.973 im Jahr 1989 zurückgegangen (MFPPF 1990: 27). MFPPF argumentiert, daß dieser Rückgang möglicherweise mit einer Verlagerung von Abtreibungen nach Holland zu tun hat, wo die Betreuung der Frauen besser zu sein scheint (MFPPF 1991a: 41).

Abbildung 8.5**Entwicklung der legalen Abtreibungen in Frankreich, 1975-1989**

Quellen: MFPF (1991); Le Monde

machen. Darauf haben die Strafverfolgungsbehörden vereinzelt reagiert und beispielsweise Ärzte des MFPF angeklagt, die Schwangeren im Falle der Fristüberschreitung zu einer Abtreibung in Großbritannien geraten hatten. Insgesamt hat aber die linke Regierung eine tolerante und unterstützende Linie hinsichtlich der Praxis des Abtreibungsrechts eingeschlagen und damit für eine stabile und konfliktarme Situation gesorgt. Gleichwohl gibt es vereinzelt noch Probleme, das garantierte Recht auf Abtreibung auch tatsächlich wahrzunehmen, weil beispielsweise Kliniken unterbesetzt sind oder Schwangere aus anderen Gründen abgewiesen werden (MFPF 1990).

Gegen Ende der 1980er Jahre geriet jedoch die Abtreibungsproblematik erneut in die Schlagzeilen, wengleich damit keine akute Gefährdung der Reformgesetze verbunden war. Zum ersten sorgte die Entwicklung des pharmazeutischen Mittels RU 486 für Zündstoff. Mit Hilfe dieses oral eingenommenen künstlichen Präparats, das seit 1982 vom französischen Pharma-Konzern Roussel-Uclaf entwickelt worden ist, kann relativ problemlos, ohne Betäubung und, kombiniert mit einem zweiten Hormon, mit einer hohen Erfolgsquote (ca. 95 Prozent) eine Abtreibung durchgeführt

werden. Die "Abtreibungspille" wurde im September 1988 für den Markt zugelassen⁹⁰, allerdings ihre Anwendung auf den Bereich von Spezialkliniken beschränkt. Rund einen Monat später erklärte jedoch der Hersteller, daß der Vertrieb des Produkts wegen der damit verbundenen "Emotionen eines Teils der öffentlichen Meinung in Frankreich und im Ausland" eingestellt werde (*Le Monde* vom 27.10.1988). Hintergrund war eine Flut von Protestbriefen und Drohungen - insbesondere von Anhängern der amerikanischen Pro-Life-Bewegung - gegen den Konzern, in denen auch ein Boykott von dessen gesamter Produktpalette angekündigt wurde. Während die französischen Bischöfe die "mutige und konstruktive Verantwortlichkeit" des Konzerns priesen (*Le Monde*, ebd.), kam von seiten liberaler bzw. linker Organisationen wie MFPF, *Choisir*, der Liga für Menschenrechte und den Gewerkschaften heftiger Protest. Noch im selben Monat mißbilligte der französische Gesundheitsminister die Konzernentscheidung, die einen medizinischen Fortschritt im Zusammenhang mit dem gesetzlich garantierten Abtreibungsrecht verhindere. Der Minister drohte unverblümt, die Fabrikation und Kommerzialisierung des Präparats notfalls einem anderen Unternehmen anzuvertrauen: "RU 486 ist das moralische Eigentum der Frauen."⁹¹ Damit fühlte sich Roussel-Uclaf "von der moralischen Bürde, die auf unserer Gruppe lastete", befreit und setzte die Produktion und Verteilung von RU 486 fort. Erwartungsgemäß stieß die Haltung der Regierung auf vehemente Kritik der Abtreibungsgegner. Der Versuch, die Anwendung von RU 486 auf gerichtlichem Weg zu stoppen, wurde jedoch vom *Conseil d'Etat* im Dezember 1990 abgewiesen. Inzwischen wird das Präparat unter strengen Vorkehrungen⁹² in 40 zugelassenen und spezialisierten Zentren verabreicht.

Zum zweiten ist seit Ende der 1980er Jahre die grundsätzliche Kritik der Lebensschutzgruppen am Reformgesetz wieder stärker geworden.⁹³ Vermutlich ist dies mit ein Abstrahlungseffekt der US-amerikanischen Pro-Life-Bewegung, die über Massenmedien sowie mittels direkter Kontakte⁹⁴

⁹⁰ In der Folge wurde das Präparat auch in Großbritannien und Schweden zugelassen. Derzeit (Frühjahr 1994) wird es in Dänemark, der Schweiz und den USA getestet.

⁹¹ Zitiert nach *Die Zeit* vom 8.5.1992, S. 1.

⁹² Das Präparat ist nur für Französinnen oder andere Frauen, die ihren Wohnsitz seit mindestens drei Monaten in Frankreich haben, zugelassen. Dabei sind insgesamt vier Klinikbesuche mit aufwendigen medizinischen Kontrollen erforderlich.

⁹³ Ein Signal dafür war eine Demonstration in Paris, an der sich unter Führung der *Association pour l'objection de conscience à toute participation à l'avortement* mehrere tausend Menschen beteiligten. Die katholische Zeitung *La Croix* (vom 2./3.6.1989) spricht sogar von 10.000 bis 20.000 Teilnehmern.

⁹⁴ Insbesondere die 1988 gegründete katholisch-integristische Organisation *La Trêve de Dieu* (Frieden Gottes) scheint von *Operation Rescue* in den USA inspiriert zu sein.

zu Gruppen in Europa zur Nachahmung ermunterte. Dies indizieren auch Namen wie *Rescue* bzw. *Operation Sauvetage* und Taktiken der französischen Abtreibungsgegner, die nach Angaben von MFPP zwischen Anfang 1990 und September 1992 in 38 Fällen gewaltsam in Kliniken eingedrungen sind oder auf andere Weise versucht haben, Abtreibungen direkt zu verhindern (MFPP 1992: 13). In diesem Zusammenhang kam es im September 1992 erstmals zu einer Verurteilung von Lebensschützern.⁹⁵

Allerdings erreichten diese Aktionen nicht annähernd die Dichte, Größe und Radikalität ihrer amerikanischen Vorbilder. Ungewollt führte die konservative Mobilisierung auch zu einem engeren Zusammenrücken der Gegenseite. Beispielweise versammelten sich im Januar 1992 rund 40 Organisationen in Paris, um möglichen Einschränkungen des Rechts auf Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung entgegenzutreten (*Le Monde* vom 24. 6.1992).

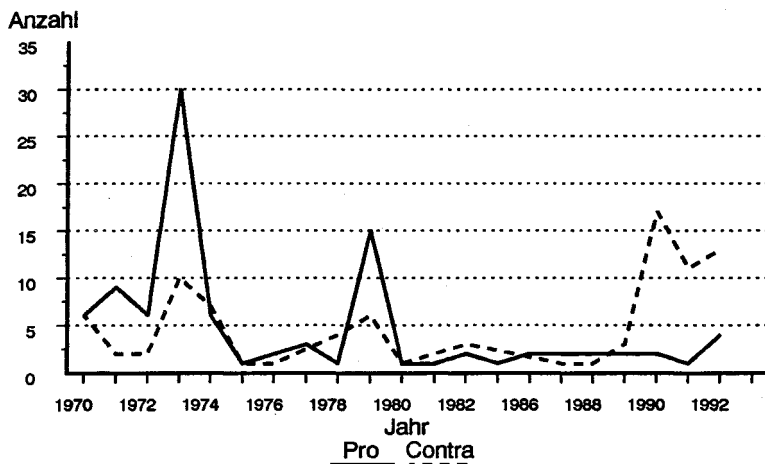
Über die Entwicklung der Zahl von Protesten für oder gegen die Liberalisierung der Abtreibung gibt eine Analyse von Protestereignisdaten Auskunft (zu Quellen und Methoden vgl. Anhang B). Hinsichtlich der Zahl der Ereignisse zeigt sich eine ungefähr parallele Entwicklung auf beiden Seiten (Abbildung 8.6). In den kritischen Phasen der gesetzgeberischen Entscheidungen übersteigt allerdings die Mobilisierung der Reformier die der Reformgegner. Erst ab den späten 1980er Jahren verkehren sich die Gewichte. Eine Aufschlüsselung der jährlichen Teilnehmerzahlen an diesen Aktionen ergibt eine höhere Mobilisierung der Reformgegner um 1973, der Vorphase der ersten parlamentarischen Entscheidung (Abbildung 8.7). In der Phase der zweiten Reformentscheidung übertrifft dagegen die Mobilisierung der Befürworter die der Gegner um ein Vielfaches.

Betrachtet man den relativ geringen Grad der Mobilisierung beider extremer Konfliktparteien, ihr ungefähres Kräftegleichgewicht sowie die moderat liberale Haltung der politischen Eliten und der Gesamtbevölkerung, so ist auch in Zukunft von einer Beibehaltung der Reformgesetze auszugehen. Selbst die seit 1993 im Amt befindliche konservative Regierung wird es angesichts der Gesamtkonstellation nicht wagen, die Reform im Grundsatz rückgängig machen zu wollen.

⁹⁵ Eine dieser Aktionen im südfranzösischen Pau führte zu einer rechtskräftigen Verurteilung von vier Personen mit bis zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung. Insgesamt 31 Personen waren in eine Klinik eingedrungen, hatten medizinisches Besteck verschmutzt und sich an einen Behandlungsstuhl angekettet (*Le Monde* vom 4.9.1992 und 2.10.1992). Vor dem Prozeß verteilte die Lebensschutzorganisation *La Trêve de Dieu* Flugblätter zur Unterstützung der Angeklagten.

Abbildung 8.6

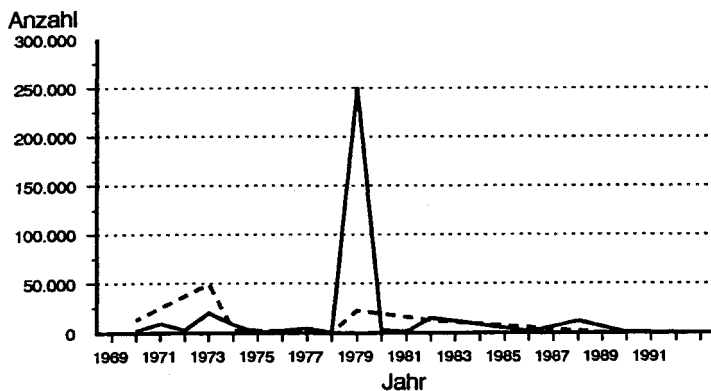
Aktionen für und gegen Abtreibung in Frankreich, 1970-1992



Quelle: eigene Erhebungen

Abbildung 8.7

Teilnehmer an Aktionen für und gegen Abtreibung in Frankreich, 1970-1992



Quelle: eigene Erhebungen

8.3.5 Zusammenfassung

Zumindest in den 1970er Jahren markierte die Abtreibungsfrage in Frankreich einen der wichtigsten innenpolitischen Konflikte. Die Spannung zwischen restriktivem Abtreibungsrecht und gewandelten Einstellungen der Bevölkerungsmehrheit erzwangen eine Reform. Obgleich die neue Frauenbewegung nicht am Anfang der Reformbestrebungen stand, bildete sie bald die treibende Kraft. Ein erstes gemäßigtes Reformgesetz "auf Probe" kam unter einer modernistischen konservativen Regierung - gegen den Willen der konservativen Mehrheit im Parlament, aber mit fast geschlossener Unterstützung der linken Opposition - in einem mühsamen Prozeß der Kompromißfindung zustande. Danach flaute die Debatte stark ab, um lediglich im Vorfeld der Entscheidung über ein definitives Gesetz im Jahr 1979 erneut anzuheben. Bei weitgehend identischen Kräfteverhältnissen und mit nahezu identischen Argumenten wie in der ersten Reformrunde wurde die bestehende Regelung im Kern bestätigt und unter einer linken Regierung mit einem weiteren Gesetz zur staatlichen Finanzierung der Abtreibung 1982 ausgebaut. Auch wenn beide radikalen Lager mit dieser Regelung nicht zufrieden waren, konnten sie die Kompromißlösung zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährden. Das Wiederaufleben der Debatte im Zusammenhang mit der "Abtreibungspille" RU 486 in den späten 1980er Jahren und gelegentliche aggressive Aktionen der Lebensschützer gegen Abtreibungskliniken ab den 1990er Jahren änderten prinzipiell nichts an der bestehenden Lage. Insgesamt wurde der Konflikt durch eine begrenzte Reform erfolgreich eingeeht und politisch befriedet.

8.4 Der Abtreibungskonflikt in der Bundesrepublik

8.4.1 Die Ausgangslage

Das zunächst in der Bundesrepublik geltende Abtreibungsrecht beruhte in seinem Kern auf dem § 218 des Reichsstrafgesetzbuches aus dem Jahr 1871⁹⁶, der seinerseits auf das Preußische Strafgesetzbuch von 1851 zu-

⁹⁶ Demnach drohte Zuchthaus bis zu fünf Jahren für eine Schwangere, "welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleib tötet".

rückgeht (Dähn 1972; Gante 1991; Seidler 1993). Frauenrechtlerinnen, unter ihnen Helene Stöcker, hatten ab 1905 die Streichung des § 218 gefordert, damit aber bei der Generalversammlung des *Bund Deutscher Frauenvereine* im Jahr 1908 keine Mehrheit gefunden (Wobbe 1989: 138). Vorstöße parlamentarischer Gruppen zur Lockerung dieser strengen Regelungen zwischen 1909 und 1922 blieben erfolglos.⁹⁷ Jährlich wurden mehrere tausend Frauen wegen eines Verstoßes gegen das Abtreibungsrecht verurteilt.⁹⁸ Erst 1926 wurde das Gesetz dahingehend modifiziert, daß an die Stelle einer Zuchthausstrafe die Gefängnisstrafe trat und Abtreibung dann straflos blieb, wenn eine Gefährdung des Lebens der Mutter durch die Schwangerschaft bzw. Geburt bestand.⁹⁹ Im Grundsatz war jedoch Frauen der Abbruch unter Androhung von bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verboten.¹⁰⁰ Gleichwohl blieben Abtreibungen ein Massenphänomen.¹⁰¹

In den 1920er Jahren wurde das Abtreibungsthema im parlamentarischen Raum und in der breiten Öffentlichkeit leidenschaftlich diskutiert, wobei die Grundhaltungen (völlige Freigabe vs. Beibehaltung des Gesetzes) im wesentlichen mit den allgemeinen Positionen auf der Links-Rechts-Achse zur Deckung kamen. Die Thematisierung der Abtreibung verschob sich allmählich von bevölkerungspolitischen und eugenischen Gesichtspunkten zu sozialpolitischen Fragen und dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Auffallend ist, wie sehr auf seiten der Linken und der Sexualreformer die geltende Regelung als Ausdruck der Klassenherrschaft interpretiert wurde (Bublitz 1973)¹⁰². Allerdings vertraten einige Sozialdemokraten auch

⁹⁷ Beispielsweise scheiterte im Juli 1920 ein Antrag der USPD zur ersatzlosen Streichung des § 218 und ein Antrag der SPD zugunsten einer Fristenlösung. Gleiches gilt für einen Antrag der KPD vom Januar 1922 auf völlige Freigabe der Abtreibung.

⁹⁸ Die Verurteilungen hatten seit der Jahrhundertwende stark zugenommen. Ihre jährliche Zahl stieg von 411 (im Jahr 1902) auf 1.884 (1916) (Jochimsen 1971: 16). Im Jahr 1924 wurden bereits 7.193 Frauen verurteilt. Trotz des Wissens um die Strafverfolgung gibt es aufgrund einer Befragung proletarischer Frauen Hinweise darauf, daß ihnen ein entsprechendes Unrechtsbewußtsein fehlte (Dienel 1993: 143).

⁹⁹ In einem Urteil vom 11.3.1927 wurde diese Linie bestätigt. Das Reichsgericht akzeptierte eine medizinische Indikation als einen "übergesetzlichen" Notstand, der eine Abtreibung rechtfertigen könne. Dies ist vor dem Hintergrund einer hohen Müttersterblichkeit zu sehen. 1928 kamen auf 100.000 Lebendgeburten 544 Sterbefälle von Müttern, während es 1979 nur noch 22 waren (Frevert 1986: 303).

¹⁰⁰ Mit bis zu zehn Jahren Strafe wurde bedroht, wer Abtreibungen "gegen Entgelt" durchführt. Strafbar war auch der bloße Abtreibungsversuch sowie das Anbieten von Hilfsmitteln oder der Bereitschaft zur Abtreibung.

¹⁰¹ Eine Medizinerin erwähnt Schätzungen von rund 500.000 Abtreibungen pro Jahr (Adler 1925: 171). Ein Berichterstatter des Preußischen Landesgesundheitsamts referierte 1928, daß der 45. Deutsche Ärztetag die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Deutschland auf 500.000 bis 800.000 schätzte und damit 10.000 Todesfälle und 50.000 Erkrankungen in Verbindung brachte (Zwerenz 1980: 186).

"sozialhygienische" Standpunkte und wandten sich gegen eine Liberalisierung. Die bürgerliche Frauenbewegung nahm eine mittlere Linie ein, wie sie die konservativen Parteien von heute befürworten: "Aufrechterhaltung der Strafbarkeit" der Abtreibung und "Lösung aller Probleme des § 218, die innerhalb des Strafrechts ungelöst bleiben, ...im Rahmen einer Wohlfahrtspolitik" (Bäumer 1925: 354).

In den späten 1920er Jahren eskalierte die Auseinandersetzung. Massenhafte Gerichtsverfahren zu Abtreibungsfällen¹⁰³, darunter die spektakulären Konflikte um die Ärzte Else Kienle und Friedrich Wolf¹⁰⁴, führten um 1930 zu einem regelrechten Proteststurm (Schneider 1975; Kraiker 1983: 12f.). In diesen Jahren wurden 800 lokale "Kampfausschüsse" und 1.500 Massendemonstrationen gegen den "Schandparagrafen" 218 registriert (Augstein 1983: 9). Freilich war die Bewegung durch eine "unheilvolle Zersplitterung" geschwächt (Kienle 1980: 202). Unter diesen Bedingungen scheiterten verschiedene Vorstöße der KPD zwischen 1929 und 1931, den § 218 abzuschaffen, zumal die Führung der SPD, wie Clara Zetkin beklagte, nur "zögernd, lahm, widerwillig" der Massenbewegung nachhinkte (Arendt 1970: 96).

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde die Debatte erstickt. Aufgrund verschärfter Regelungen im Jahr 1933 drohten nun erneut Zuchthausstrafen. Selbstredend waren nichtarische Volksangehörige vom Abtreibungsverbot ausgenommen. 1935 wurde die eugenische Indikation in das Strafgesetzbuch aufgenommen und 1943 der § 218 mit einem Zusatz versehen, welcher die Todesstrafe für Abtreibung vorsah, sofern dadurch "die Lebenskraft des Deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt" wird (vgl. auch Czarnowski 1993).

Nach dem Zweiten Weltkrieg, teilweise auch bedingt durch das Faktum von Massenvergewaltigungen, wurden Forderungen nach einer Lockerung oder völligen Abschaffung der Strafverfolgung wegen Abtreibung laut (Poutrus 1993: 79ff.). Die Alliierten in den Westzonen und in der sowje-

¹⁰² Auch der sozialdemokratische Reformler und erste Justizminister der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, stellte fest: "Es hat noch nie eine reiche Frau wegen § 218 vorm Kadi gestanden." (zit. nach Jochimsen 1971: 17) Daran hatte sich bis Anfang der 1970er Jahre wenig geändert. Von 621 Ermittlungsverfahren der vorangegangenen 18 Jahre war keine einzige höhere Angestellte oder Akademikerin betroffen (*Der Spiegel* vom 21.5.1973, S. 38).

¹⁰³ Zwischen 1919 und 1932 wurden 60.000 Strafgerichtsverfahren wegen Abtreibungsdelikten gezählt.

¹⁰⁴ Wolf wurde bekannt als Verfasser des umstrittenen Theaterstücks *Cyankali*, das einen tragischen Abtreibungsfall zum Thema hat. Das Stück wurde allein 1929 über zweihundertmal aufgeführt und in den Folgejahren auch in vielen ausländischen Städten gezeigt (Zwerenz 1980: 184-193). Vgl. auch Wolf (1931).

tisch besetzten Zone hoben die nationalsozialistischen Abtreibungsregelungen auf und reinstallierten die alte Fassung des § 218 von 1926.¹⁰⁵ Allerdings wurde dieses Gesetz nicht konsequent gehandelt (Schubert 1985). Es zeichnete sich ein uneinheitlicher und entsprechende Unsicherheiten stiftender Vollzug ab. Diese Situation, aber auch der kulturelle Liberalisierungsschub der 1960er Jahre, der die in der Bevölkerung vorhandenen Auffassungen zur Reproduktionspolitik einschließlich der Abtreibung¹⁰⁶ in stärkere Diskrepanz zur geltenden Rechtslage brachte, war auf Dauer unhaltbar. Die Zahl der Verurteilungen - meist mit Minimalstrafen - war von 1.033 im Jahr 1955 auf 276 im Jahr 1969 zurückgegangen. Schätzungen, die von 75.000 bis 400.000 jährlichen Abtreibungen¹⁰⁷ in der Bundesrepublik ausgingen, signalisierten, daß die Strafandrohung keine präventive Wirkung entfaltete. "Wollte man der Diktion konservativer juristischer Verfechter des derzeitigen § 218 StGB folgen, so besteht die Bundesrepublik mindestens zur Hälfte aus 'Mördern' und ihren Mitwissern... Relevanz besitzt die Vorschrift weder in verhaltensdeterminierender noch in weltanschaulicher Sicht." (Peter-Habermann 1972: 342)

8.4.2 Die Liberalisierungskampagne

Ein erster Anstoß für eine Neuregelung der Abtreibung erfolgte im Rahmen der Diskussionen um die Strafrechtsreform in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre (Gante 1991: 68ff.).¹⁰⁸ Weitere Impulse bedeuteten umstrittene Strafverfolgungen gegen zwei Ärzte im Jahr 1963 (Jochimsen 1971: 36)

¹⁰⁵ Legale Abtreibungen waren demnach nur in spezifizierten Fällen aufgrund der Entscheidung einer medizinischen Kommission möglich.

¹⁰⁶ Im Rahmen einer Repräsentativbefragung, die im Auftrag der Frankfurter *Frauenaktion 1970* im Juli/August 1971 von Infratest durchgeführt wurde, bejahten 48 Prozent und verneinten 35 Prozent folgende Aussage: "Die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaftsunterbrechung sollte jede Frau für sich selbst treffen dürfen. Sie braucht nicht gesetzlich geregelt werden." (Peter-Habermann 1971: 343).

¹⁰⁷ Die Zahl 400.000 wurde von der sozialliberalen Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Vogel und der CDU/CSU-Fraktion vom 25.3.1971 genannt. Späteren Angaben zufolge ist die Zahl illegaler Abtreibungen vor der Strafrechtsreform "von unabhängigen Sachverständigen auf 75.000 bis 300.000 pro Jahr geschätzt" worden (Bundestagsdrucksache 8/3630, S. IV). Zu Beginn der Reformdebatte waren auch Schätzungen von einer Million jährlicher Abtreibungen im Umlauf.

¹⁰⁸ Die Große Strafrechtskommission hatte 1959 vorgeschlagen, den Abbruch nach einer Vergewaltigung (ethische Indikation) zu legalisieren. Dagegen erklärte die katholische Kirche, Frauen hätten die "eventuellen Folgen einer ihnen zugefügten Gewalttat demütig als Schicksal hinzunehmen" (zit. nach Zwerenz 1980: 207).

sowie insbesondere der Contergan-Skandal um die Mitte der 1960er Jahre, der zu Vorschlägen einer eugenischen Indikation ("kindliche Indikation") führte. Anders als in Frankreich, wo die Abtreibungsgegner auch bevölkerungspolitische Argumente vorbrachten, war diese Begründungslinie durch die Nationalsozialisten diskreditiert und kaum offen vertretbar, so daß vor allem ethische Bedenken gegen eine Liberalisierung der Abtreibung geltend gemacht wurden.

Verschiedene Entwicklungen, darunter die Fortschritte pränataler Diagnostik, die Einrichtung humangenetischer Beratungsstellen und ein sexueller Liberalisierungsschub, trugen dazu bei, das Meinungsklima zu verändern. Liberale Juristen und Verbände, allen voran die *Humanistische Union*¹⁰⁹, drängten auf eine weniger restriktive Abtreibungsregelung. 1969 kündigte die neugewählte sozialliberale Regierung eine Reform an, ohne freilich sonderlich aktiv zu werden.¹¹⁰ Im Folgejahr legten Strafrechtslehrer einen Alternativentwurf zum geltenden Gesetz vor, wobei eine Mehrheit für eine Fristenlösung (im Rahmen des ersten Schwangerschaftsdrittels, bei vorausgegangener Beratung) und eine Minderheit für eine Indikationenlösung¹¹¹ plädierte (Baumann 1972; Gante 1991: 121ff.). Der *Juristinnenbund* verlangte "weitgehende Straffreiheit" für Abtreibung. Mitglieder der sozialdemokratischen *Arbeitsgemeinschaft für Frauen* unterstützten die Fristenlösung und durchbrachen mit praktischen Aktionen die Exklusivität der männlichen Diskussionszirkel (dazu Lepsius 1988). Die Parteien und Kirchen reagierten mit Stellungnahmen auf den Alternativentwurf. In einer Denkschrift forderten die Kirchen, der vorgeschlagenen Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs strikt entgegenzutreten.¹¹²

Für die ersten Frauengruppen im Kontext der Studentenbewegung war Abtreibung noch kein Thema. Erst 1970/71 griffen sie die Frage auf, zumal sich diese zwanglos dem generellen Ziel von mehr Selbstbestimmung zu-

¹⁰⁹ In einem Offenen Brief im März 1969 drängte die Organisation alle Abgeordneten des Bundestages zu einer "Streichung des § 218 Strafgesetzbuch", stellte sich aber im August 1970 hinter eine Fristenlösung (Schröder 1972: 79).

¹¹⁰ Alice Schwarzer zufolge ist es "historisch...unleugbar, daß eine wie auch immer geartete Reformabsicht des § 218 wohl noch heute in den Schubladen der Sozialdemokraten schlummern würde, hätte es den Druck der Frauen von außen nicht gegeben!" (Schwarzer 1981: 27) Auch Gante (1991: 120) konstatiert zunächst ein "relatives Desinteresse der im Bundestag vertretenen Parteien an einer umfassenden Änderung des § 218 StGB".

¹¹¹ Vorgesehen war eine medizinische, eugenische, kriminologische und eng definierte soziale Indikation, welche sich auf Schwangere unter 16 Jahren und den Fall einer Gefährdung der Versorgung bereits vorhandener Kinder in der Familie der Schwangeren bezog.

¹¹² Vgl. die detaillierte Auflistung verschiedener Aktivitäten und Voten gesellschaftlicher und politischer Gruppen von Februar bis September 1971 bei Rusch (1971).

ordnen ließ.¹¹³ Zum ersten bot sich damit ein thematischer Nenner, auf den sich die diversen ideologischen Fraktionen schnell einigen konnten.¹¹⁴ Zum zweiten war das Thema geeignet, die soziale Isolierung der weitgehend studentisch und intellektuell geprägten Frauengruppen dieser Phase zu durchbrechen und eine - teils bloß symbolische - Brücke zu ihnen eher fernstehenden politischen Gruppierungen und sozialen Schichten zu schlagen.

Nachdem bereits ab Sommer 1970 die Frankfurter *Frauenaktion 70* und Monate später vier nordrhein-westfälische Ortsverbände der *Humanistischen Union* sowie sozialdemokratische Frauen mit Unterschriftensammlungen und Straßenaktionen gegen den § 218 hervorgetreten waren (Scheunemann/Scheunemann 1971), brachte ein einzelnes Ereignis das Thema schlagartig auf die politische Agenda.¹¹⁵ Nach dem Vorbild der französischen Selbstbeziehungskampagne organisierten mehrere Frauen, darunter Alice Schwarzer, die einen Monat zuvor an dem Protestakt in Paris beteiligt gewesen war, eine analoge Aktion in der Bundesrepublik.¹¹⁶ Im Juni 1971 erklärten im Wochenmagazin *Stern* 374 Frauen (auch hier wiederum unter Beteiligung vieler Prominenter), abgetrieben zu haben. "Es war eine wahre Explosion." (Schwarzer 1981: 25) In den folgenden Wochen bekannten insgesamt rund 2.500 Personen einschließlich Hunderter von Medizinerinnen und Medizinerinnen, bei einer Abtreibung aktiv beteiligt gewesen zu sein. In Zusammenhang damit kam es zu vereinzelt Aktionen der Strafverfolgungsbehörden.¹¹⁷ Bereits sechs Wochen nach der ersten Selbstbeziehungskampagne lagen über 86.000 Solidaritätserklärungen vor (Schwarzer 1971: 151). Dies war der Startschuß für eine regelrechte Bewegung zur Abschaffung des Abtreibungsparagrafen. Obgleich zum Teil auch sub-

¹¹³ Den Anfang machten sozialistische Frauengruppen aus Berlin und München, die bereits vor der nachfolgend beschriebenen Selbstbeziehungskampagne in der Abtreibungsfrage aktiv geworden waren (Schwarzer 1971: 151).

¹¹⁴ Vielen sozialistischen Frauengruppen erschien die Kampagne "als Rettung von außen" (Doormann 1979: 32). Die Frauen im *Frankfurter Weiberrat* waren "alle heilfroh, daß... (sie sich) nicht mehr dazu verdonnert fühlen mußten, bis zum St. Nimmerleinstag ausschließlich trockene Texte lesen zu müssen" (Frauenjahrbuch 1: 37). Vgl. auch Schenk (1981: 87).

¹¹⁵ Bereits im Sommer 1970 hatte die aus der *Humanistischen Union* hervorgegangene Frankfurter *Frauenaktion 70* mit dem Slogan "Mein Bauch gehört mir" demonstriert. In einer Studie findet sich auch der ansonsten nicht bestätigte Hinweis, schon 1969 hätten sich erste Gruppen "Weg mit dem § 218" gebildet (Senser-Joester 1989: 192).

¹¹⁶ Den Initiatorinnen war vermutlich unbekannt, daß es bereits 1931 in Berlin ein *Komitee für Selbstbeziehung gegen den § 218* gegeben hatte (Kienle 1980: 202).

¹¹⁷ Darunter waren Ermittlungsverfahren in Berlin und Heidelberg gegen Beteiligte der Selbstbeziehungskampagne sowie Hausdurchsuchungen bei zwei Mitgliedern der *Aktion 218* im Juni in München und beim AstA der Pädagogischen Hochschule im Juli 1971 in Essen. Es kam jedoch meines Wissens in keinem dieser Fälle zu Anklagen.

tilere Positionen vertreten wurde, forderte die Mehrheit der Bewegung die ersatzlose Streichung des § 218.

Die "Kampagne 218" blieb das zentrale Thema der Frauenbewegung in den folgenden Jahren, führte zur Bildung von Dutzenden lokaler Aktionskomitees und gelegentlichen Bundestreffen, einem größeren zweitägigen "Tribunal" im Mai 1972 in Köln aus Protest gegen ein nicht öffentliches Hearing der Bundesregierung zum § 218, Unterschriftensammlungen, Solidaritätserklärungen, Selbstanzeigen, eigeninitiierten Beratungseinrichtungen sowie zahlreichen Demonstrationen¹¹⁸ und anderen Protestaktionen, an denen zusammengenommen Hunderttausende teilnahmen. Liberale Medien unterstützten die Kampagne. Heiß umstritten war beispielweise im März 1974 die kurzfristige Absetzung eines Films im ARD-Magazin Panorama, in dem eine illegale Abtreibung mit der Absaugmethode gezeigt werden sollte.¹¹⁹ Zudem wurden einige der 329 Ärzte und Ärztinnen, die sich öffentlich dazu bekannten, Abtreibungen durchgeführt zu haben (*Der Spiegel* vom 18.3. 1974, S. 28-31), mit Disziplinarverfahren überzogen und verloren ihre Stelle (Hübner 1979: 160), während keine der übrigen Frauen, die sich der Abtreibung bezichtigt hatten, strafverfolgt wurde.

Die Abtreibungsgegner blieben nicht untätig. 1973 entstanden Lebensrechtsgruppen wie die mit Unterstützung der katholischen Kirche gegründete *Aktion für das Leben*. Die katholische Kirche rief zu Demonstrationen auf, denen bis zu 15.000 Menschen teilnahmen.¹²⁰

Mit dieser Kette von Aktionen und Gegenaktionen war die Abtreibungsfrage zu dem vielleicht wichtigsten innenpolitischen Konflikt dieser Jahre aufgerückt. Die Meinungen in der Bevölkerung waren gespalten. Umfragen zufolge überwogen erstmals ab Herbst 1971 die Befürworter einer Liberalisierung die Gegner (Noelle/Neumann 1974: 245f.).¹²¹

¹¹⁸ Dazu gehörte eine "nationale Demonstration" aller in der *Aktion 218* zusammengeschlossenen Frauengruppen am 2.6.1973 in Bonn und eine "nationale Aktionswoche" im März 1974.

¹¹⁹ Vgl. *Der Spiegel* vom 25.3.1974, S. 19 und Schwarzer (1981: 50). Die Absetzung wurde durch eine Strafanzeige von Kardinal Döpfner ausgelöst und zog eine - ergebnislose - Strafverfolgung der abtreibenden Ärzte nach sich. Der Vorgang stieß bei den Redakteuren und der weiteren Öffentlichkeit auf scharfen Protest. Schließlich wurde der Film am 15.3.1974 in zwei Regionalprogrammen gesendet. Trotz erneuter Proteste kirchlicher und ärztlicher Kreise schritt die Staatsanwaltschaft nicht mehr ein.

¹²⁰ Hervorzuheben sind Demonstrationen gegen die Liberalisierung der Abtreibung mit 15.000 Menschen in Münster, 8.000 Menschen in Teltge und 10.000 Menschen in Hannover (alle April 1973) sowie jeweils 15.000 Menschen in München und Berlin (Juni 1973).

¹²¹ Diesen Trend bestätigte eine Infratest-Umfrage im Auftrag der Bundesregierung vom Frühjahr 1971. 54 Prozent der Befragten stimmten der Auffassung zu, jede Frau solle das Recht haben, "selber darüber entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft unter-

8.4.3 Der Weg zum ersten Reformgesetz

Wie in Frankreich standen nun auch Parteien und Regierung unter Zugzwang. Die von Strafrechtslehrern vorgeschlagene Fristenlösung wurde von Justizminister Jahn im Jahr 1971 als verfassungswidrig eingeschätzt; stattdessen favorisierte der Minister eine um psychosoziale Faktoren ergänzte Indikationenlösung. Auf dem SPD-Parteitag im gleichen Jahr plädierte die große Mehrheit der Delegierten für eine Fristenlösung ohne Beratungszwang, was jedoch von der SPD-Spitze (Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission) abgelehnt wurde. 1972 legte der Justizminister einen Gesetzentwurf vor, der auf eine medizinische, eugenische, kriminologische und soziale Indikation mit Beratungszwang abstellte.

Im Frühjahr 1973 wurden vier verschiedene Entwürfe in den Bundestag eingebracht.¹²² Es überrascht nicht, daß der Versuch, sie innerhalb des Sonderausschusses zur Strafrechtsreform zu integrieren, scheiterte. Damit wurde die Behandlung der Entwürfe zu einer reinen Mehrheitsfrage. Nach intensiven Debatten konnten schließlich am 25.4.1974 in einer Kampfabstimmung mit knapper Mehrheit (247 zu 233 Stimmen) - erstmals in der Geschichte des Bundestags wurde eine Stichabstimmung notwendig - der als "Fristenregelung" bekannt gewordene Entwurf der Regierungsparteien und ein flankierendes Gesetz zur Kostenregelung verabschiedet werden. Diese Reform fiel sehr liberal aus und beinhaltete die Straffreiheit der Abtreibung im ersten Schwangerschaftsdrittel, wenn der Eingriff durch einen Arzt mit Einwilligung der Schwangeren und nach ärztlicher Beratung durchgeführt wird.¹²³ Allerdings wies der von konservativen Regierungen majorisierte Bundesrat das Gesetz zurück. Mit einer erneuten Abstimmung neutralisierte der Bundestag das Veto des Bundesrates. Daraufhin riefen fünf konservative Landesregierungen und 193 konservative Bundestagsabgeordnete das Bundesverfassungsgericht mit einer Normenkontrollklage an. Nach einer einstweiligen Verfügung gegen die Fristenregelung am 21.6.1974 und

brechen lassen will"; 35 Prozent der Befragten stimmten dagegen (Pawloski 1971: 146ff.).

¹²² Dies waren Vorlagen der Mehrheit von SPD/FDP (Fristenlösung mit Beratungszwang), der Minderheit der SPD (das Modell des Justizministeriums), der Mehrheit von CDU/CSU (nur medizinische und kriminologische Indikation) und der Minderheit von CDU/CSU (nur medizinische Indikation).

¹²³ Darüber hinaus sollte die Abtreibung auch zu einem späteren Zeitpunkt straffrei sein, wenn dadurch eine "ernste Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren" abgewehrt werden mußte oder "wenn dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein würde und seit der Empfängnis nicht mehr als 22 Wochen verstrichen sind".

den mündlichen Verhandlungen am 18.11.1974 erklärte das Gericht in seinem Urteil vom 26.2.1975 das neue Gesetz mit fünf zu drei Stimmen für verfassungswidrig. (Zwei überstimmte Richter formulierten ein Sondervotum.) Zentrales Kriterium des Gerichts war, "daß das Recht des werdenden Lebens den Vorrang genießen muß" gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Dieses Recht bleibe vom Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse und Meinungen "völlig unberührt". Das Urteil unterschied sich in Ergebnis und zentraler Begründung¹²⁴ fundamental von dem des amerikanischen *Supreme Court*, "indem Roe v. Wade die Abtreibung als ein Recht, die deutsche Entscheidung die Abtreibung dagegen als ein Verbrechen betrachtet. Eine Konsequenz daraus ist, daß sie Abtreibung in unterschiedlichem Ausmaß erlauben." (Morris 1987: 380)

Bereits im Vorfeld auf die verfassungsgerichtliche Entscheidung hatte der außerparlamentarische Streit erneut an Schärfe gewonnen. Kurz vor dem Urteil kam es im Rahmen einer Demonstration in Frankfurt, bei der Pappbilder eines Richters, Kardinals und Arztes verbrannt wurden, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es flogen Steine; die Polizei setzte Knüppel und Tränengas ein. Nach dem Richterspruch demonstrierten an zahlreichen Orten Gruppen und Verbände gegen das "skandalöse Urteil". Größere Protestkundgebungen in Karlsruhe (März 1975) und Frankfurt (Oktober 1975) versammelten jeweils rund 3.000 Teilnehmer/innen. Eine polizeiliche Durchsuchung des Frankfurter Frauenzentrums im Juli 1975, dessen Ärztekartei beschlagnahmt wurde, rief eine Solidarisierungswelle hervor und wurde mit demonstrativen Holland-Fahrten zu dortigen Abtreibungskliniken beantwortet. Auf der anderen Seite begrüßte ein Sprecher des Vatikans das Urteil als "mutigen Akt". Bereits zuvor hatten Kirchenvertreter angekündigt, die katholischen Krankenhäuser ließen sich in keinem Fall zur Durchführung von Abtreibungen zwingen. Lediglich kleinere freikirchliche Gruppen beantworteten das Urteil ebenfalls mit Demonstrationen und attackierten den "legalisierten Massenmord durch Abtreibung".

Vor allem aber war das Parlament mit einer neuen Entscheidung gefordert, deren Spielraum freilich durch verfassungsgerichtliche Vorgaben eingeschränkt war. In der Folge wurde von den Koalitionsparteien im Februar 1976 ein "erweitertes Indikationenmodell" beschlossen, gegen das der Bundesrat im April Einwände erhob. Schließlich setzte sich der Bundestag über dieses Veto hinweg und nahm Anfang Mai das Indikationenmodell mit 265 gegen 135 Stimmen an. Nach dieser mühsamen Prozedur erlangte das Gesetz am 21.6.1976 Rechtsgültigkeit.

¹²⁴ Zu einer diskurstheoretisch angelegten Interpretation des Urteils vgl. Döbert (1992); zu einer kritischen Diskussion des Urteils aus juristischer Sicht vgl. Rüpke (1975).

Diesem Gesetz zufolge ist die Abtreibung innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei, sofern eine medizinische, eugenische, ethische oder soziale Indikation vorliegt. Eine Reihe von Zusatzbedingungen regelt die Beratung, schreibt einen mindestens dreitägigen Abstand zwischen Beratung und Abbruch vor und verbietet dem Arzt bzw. der Ärztin, welche/r die Beratung übernimmt bzw. die Indikation stellt, den Schwangerschaftsabbruch selbst durchzuführen. Die Abtreibung ist nur in "einem Krankenhaus oder einer zugelassenen Einrichtung" erlaubt. Eine Verletzung dieser Vorschriften kann mit einer Gefängnisstrafe für die Schwangere mit bis zu einem Jahr und für andere Beteiligte mit bis zu drei Jahren geahndet werden.

Das Gesetz, von manchen als "halbherzige Reform" (Michalski 1992) gescholten, stellte einen Kompromiß dar, der das Abtreibungsrecht liberalisierte und den gewandelten Auffassungen anpaßte. Jedoch blieb dieser Kompromiß aufgrund einer juristischen Intervention hinter dem Reformwillen einer (knappen) parlamentarischen Mehrheit und wohl auch der Bevölkerungsmehrheit zurück.¹²⁵ Mit der definitiven Regelung erlahmte die öffentliche Aufmerksamkeit für das Abtreibungsthema.

Durch das jahrelange Tauziehen in der breiten Öffentlichkeit, im Parlament und beim Bundesverfassungsgericht war mit der schlußendlichen Regelung des Jahres 1976 zunächst ein gewisser Erschöpfungszustand in der Abtreibungsfrage eingetreten. Die Gruppen der *Aktion 218* waren bis auf wenige Ausnahmen zerfallen.¹²⁶ Allerdings wurden von Juni 1975 bis Ende 1977 demonstrativ illegale Abtreibungsfahrten nach Holland organisiert. Zudem suchten feministische Gesundheitszentren Frauen bei der Abtreibung behilflich zu sein, ohne freilich - wie Einrichtungen des MLAC in Frankreich - offen illegale Abtreibungen zu praktizieren.

Die Möglichkeiten der verschiedenen Kräfte, eine Regelung in ihrem Sinne herbeizuführen, waren mit der Reform ausgereizt. Die Kritiker in beiden extremen Lagern blieben zwangsläufig unzufrieden. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts und den damit gesetzten Eckdaten für den Gesetzgeber waren radikale Positionen - völlige Freigabe oder konsequentes Verbot der Abtreibung - chancenlos geworden.¹²⁷ Dadurch erlahmte über Jahre

¹²⁵ Die Relevanz des Konflikts für die breite Bevölkerung wird auch durch die ungewöhnlich hohe Zahl von 500.000 Bürgern indiziert, die sich zwischen 1972 und 1976 mit Masseneingaben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gewandt hatten (*Frankfurter Rundschau* vom 8.12.1976, S. 4).

¹²⁶ Eine Liste von "Frauengruppen in der BRD und Westberlin" verzeichnet nur noch zwei Gruppen mit dem Namen "Aktion 218" (Frauenaktion Dortmund 1976).

¹²⁷ Immerhin kündigte der CDU-Abgeordnete Heck in einem Zeitungsinterview im März 1976 an, bei einem Regierungswechsel werde es eine Revision des neuen § 218 geben.

hinweg die Debatte, wenngleich vor allem Einzelfragen der Anwendung des Gesetzes immer wieder zum Streitgegenstand avancierten. Beispielsweise erschwerten konservative Landesregierungen über die Kontrolle "zugelassener Einrichtungen" faktisch die Abtreibung. Dabei taten sich besonders Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg hervor.¹²⁸ Während konservative Landesregierungen ihre geringen Abtreibungszahlen als Erfolg einer fürsorgenden Familienpolitik würdigen, verschweigen sie gleichzeitig, daß sie einen regelrechten "Abtreibungstourismus" erzeugen, der beispielsweise Frauen aus Baden-Württemberg vor allem nach Hessen¹²⁹ und in die Schweiz führt. In einer vom Bundestag eingesetzten "Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB" wurde auf der Grundlage unabhängiger Fachgutachten und der Stellungnahmen von Verbänden eine umfangreiche Bilanz gezogen¹³⁰, die aus der Perspektive der Bundesregierung keinen Anlaß zu grundlegenden Revisionen bot.¹³¹ Eine im Auftrag der Kommission durchgeführte Umfrage ergab zudem, daß nur vier Prozent der Bevölkerung für ein völliges Verbot, acht Prozent für eine völlige Freigabe der Abtreibung eintraten, aber mehr als zwei Drittel keine restriktivere Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wünschten.¹³²

Nach Jahren relativer Ruhe intensivierte sich der Konflikt ab Ende der 1970er Jahre erneut. Auf der einen Seite sorgten restriktive politische Praktiken vor allem in den konservativ regierten Bundesländern (unter anderem Gängelung von Beratungsstellen und Kliniken; vgl. Sadrozinsky 1990), welche die Abtreibung auf "kaltem Wege" erschweren wollten, für wach-

¹²⁸ Dies spiegelt sich in den Anzahl der Abbrüche im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, wonach die genannten Bundesländer weit unterhalb der Quoten in Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen. Extreme Unterschiede zeigen sich auch zwischen einzelnen Städten. Während in Stuttgart 1989 lediglich 18 Abtreibungen registriert wurden, zählte man in Dortmund, einer Stadt gleicher Größenordnung, 4.124 Abtreibungen (vgl. Sadrozinski 1990: 62; Zahlenangaben aus Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 3 - Schwangerschaftsabbrüche 1989). Welchen Effekt eine restriktive Politik erzielen kann, zeigt das Beispiel Münchens. Dank des Wirkens einer Ethikkommission in den drei städtischen Krankenhäusern sanken die Abtreibungszahlen von 1.069 im Jahr 1982 auf 74 im Jahr 1990 (*Die Zeit* vom 16.7.1992).

¹²⁹ Im Jahr 1988 wurden von 15.900 Abbrüchen von Frauen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg allein rund 7.700 in Hessen durchgeführt (Sadrozinski 1990: 64f.). Im Unterschied zu Hessen dürfen in Baden-Württemberg Abbrüche nur in Krankenhäusern durchgeführt werden. Zusätzlich betont Baden-Württemberg den "Schutz des ungeborenen Lebens" als Beratungsschwerpunkt (Häußler-Sczepan 1989: 34).

¹³⁰ Vgl. dazu die drei Materialbände des Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJffG 1981/1982).

¹³¹ Vgl. dazu die zusammenfassende Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der "Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 des Strafgesetzbuches", Bundestags-Drucksache 8/3630 vom 31.1.1980.

¹³² Vgl. Bundestagsdrucksache 8/3630 vom 31.1.1980.

senden Unmut feministischer Gruppen. So kam es im Herbst 1979 bzw. Anfang 1980 zu Demonstrationen für die ersatzlose Streichung des § 218 mit 2.000 Menschen in Essen, 3.500 in Mainz, 800 in Regensburg und kleineren Aktionen in weiteren Städten (Retzlaff et al. 1981: 7f.). Zusätzliche Aktionsschwerpunkte bildeten ein im Juni 1980 in Frankfurt durchgeführtes "Tribunal" gegen den § 218, das immerhin 1.500 Personen versammelte, sowie eine Demonstration von rund 5.000 Menschen für die Beibehaltung der Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen im Februar 1983 in Karlsruhe.

Auf der anderen Seite mobilisierten Teile der konservativen Parteien, die katholische Kirche und vor allem die Lebensrechtsgruppen.¹³³ Im Sommer 1980 wurden Attacken und Anschläge auf *Pro Familia*-Zentren in Bremen, Hamburg und Kiel registriert, welche eine liberal orientierte Beratung für Abtreibungswillige anboten sowie Beratung und Einrichtungen zur Abtreibung unter einem Dach vereinen wollten; weiteren Zentren wurden Bombenanschläge angedroht (Retzlaff et al. 1981: 25f.). Ende März 1981 protestierten unter Führung von sechs katholischen Bischöfen rund 20.000 Menschen gegen die Einrichtung eines neuen Beratungszentrums in Essen. Ebenso wurden zahlreiche Unterschriften¹³⁴ gesammelt gegen die kassenärztliche Bezahlung von Abbrüchen aufgrund einer "sozialen Indikation" und eine entsprechende Klage eingereicht (*Emma* 11/1981: 6; Wilke 1991: 89ff.). Äußerst umstritten war das sog. Totenglockenläuten, mit dem einzelne katholische Pfarreien im Jahr 1982 ihren Protest gegen die Abtreibung bekundeten.

Aufgrund des Regierungswechsels in Bonn veränderten sich auch die politischen Rahmenbedingungen zugunsten konservativer Familienpolitik. Konkrete Initiativen bestanden in einer 1982 eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe "zum Schutze des ungeborenen Lebens" sowie der Einrichtung einer Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" im Jahr 1984 (Brück 1987; Krieger 1987).

Die Mobilisierungen auf beiden Seiten mündeten zunächst in eine Patt-Situation, welche die politischen Parteien manifesten Entscheidungszwängen enthob und damit eine Politik des "Aussitzens" begünstigte. Unter diesen Bedingungen flaute die Auseinandersetzung ab 1984 etwas ab.¹³⁵

¹³³ Zu den Lebensrechtsgruppen vgl. Rau (1985) und Frauen gegen den § 218 (1991).

¹³⁴ Auf dem Deutschen Katholikentag 1982 wurden 140.000 Unterschriften gegen die Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen mit Notlagenindikation gesammelt. Diese Initiative wurde fortgesetzt und endete mit der Übergabe von 307.000 Unterschriften durch Vertreter der *Aktion Leben* an den Bundeskanzler am 24.5.1988.

¹³⁵ Freilich kam die Debatte nicht ganz zum Erliegen. Erwähnenswert sind auf der einen Seite: der Beschluß der ÖTV vom Oktober 1984, die als erste Gewerkschaft die er-

Gegen Ende der 1980er Jahre erhöhte sich das Konfliktniveau ganz entscheidend. Stimuli hierfür bildeten zum einen die anhaltende oder sich gar verschärfende Rechtsungleichheit (Frommel 1990), das angekündigte "Schwangeren-Beratungsgesetz"¹³⁶, Strafrechtsverfahren in Abtreibungsfällen¹³⁷ und insbesondere der Prozeß von Memmingen im Jahr 1988.¹³⁸ Zum anderen sorgten die bereits genannten konservativen Vorstöße sowie eine Normenkontrollklage der bayerischen Staatsregierung wegen der angeblichen Verfassungswidrigkeit der sozialen Indikation im Jahr 1990 für Zündstoff. Damit bekamen auch die Lebensrechtsgruppen neuen Auftrieb. Zwar fehlen bislang trotz einer aktuellen Bestandsaufnahme (Frauen gegen den § 218: 1991) quantitative Informationen über den Entwicklungsverlauf dieser Gruppen, doch kann zumindest aufgrund der massenmedialen Berichterstattung und ihres "gewachsenen Selbstbewußtseins" (ebd., S. 8) eine Stär-

satzlose Streichung des § 218 verlangte; eine Demonstration von Frauengruppen im Februar 1985 in Köln anläßlich des zehnten Jahrestages des Bundesverfassungsgerichtsurteils; der Beschluß der *Grünen*, sich für die ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen sowie das - in Frauengruppen umstrittene - Manifest für eine Verfassungsklage gegen den § 218, das von Alice Schwarzer initiiert wurde. Konservative Vorstöße beinhalteten die (erneute) Verschärfung der Beratungsrichtlinien in Baden-Württemberg im Dezember 1985, das Verbot von ambulanten Abbrüchen in Bayern und Baden-Württemberg (1987 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt), die Vorlage eines Regierungsentwurfs für ein "Schwangeren-Beratungsgesetz" im März 1987 sowie der Beschluß des CDU-Parteitags für eine "Kampagne zum Schutz des ungeborenen Lebens" im Juni 1988.

¹³⁶ Gegen diesen Gesetzentwurf überreichte das Bündnis *Frauen begehren Selbstbestimmung* im Februar 1989 rund 30.000 Unterschriften.

¹³⁷ In den Jahren 1983 bis 1988 wurden bei starken jährlichen Schwankungen durchschnittlich 170 Ermittlungsverfahren pro Jahr wegen §§ 218 ff. eingeleitet. Hierbei lagen Bayern und Baden-Württemberg vorn (Vultejus 1990: 10). Die Zahl der Verurteilungen entwickelte sich folgendermaßen: 10 (1985), 6 (1986), 10 (1987), 154 (1988), 8 (1989) und 8 (1990) (ebd. und Statistisches Bundesamt 1992a: 400). Größeres Aufsehen erregte ein Ermittlungsverfahren gegen Jutta Dithfurt, Sprecherin der *Grünen*, die sich dazu bekannt hatte, abgetrieben zu haben.

¹³⁸ Vor dem Landgericht Memmingen wurde der Frauenarzt Horst Theissen wegen illegaler Abtreibung in 156 Fällen angeklagt. Es handelte sich um den ersten Prozeß dieser Art seit der Geltung des Reformgesetzes. Nach achtmonatiger Verhandlung wurde Theissen in 36 Fällen des Schwangerschaftsabbruchs nach § 218 ("ohne Notlage"), in vier Fällen des versuchten Schwangerschaftsabbruchs und in 39 Fällen des ohne ärztliche Feststellung vorgenommenen Abbruchs nach § 219 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten und einem Berufsverbot für drei Jahre verurteilt. Die vorangegangene Beschlagnahmung der Patientenkartei, die Umstände des Verfahrens und das Urteil selbst riefen vielfache Solidaritätsbekundungen hervor und spalteten die Ärzteschaft. Im Zusammenhang mit dem Prozeß kam es mehrfach zu Demonstrationen, darunter einer Kundgebung gegen die "Hexenprozesse" am 25.2.1989 in Memmingen. Zu den Details des Prozesses vgl. Kügler (1989), Vultejus (1990) und Friedrichsen (1991). Im Revisionsverfahren wurde im Januar 1994 eine Freiheitsstrafe von eineinhalb Jahren auf Bewährung ausgesprochen.

kung der organisatorischen Basis und des Einflusses der Lebensschützer unterstellt werden. Wie schon in den 1970er Jahren begannen nun einzelne Frauengruppen demonstrativ "Holland-Reisen" zu ausländischen Abtreibungskliniken zu organisieren. Ebenso kam im Januar 1989 erneut eine Selbstbeziehungsaktion zustande, an der sich über 1.000 Frauen, 500 Männer und zusätzlich 300 Ärzte beteiligten.¹³⁹

Trotz dieser Wellenschläge, zu denen auch die relativ verhaltende Debatte um die Einführung der Abtreibungspille RU 486 gehört¹⁴⁰, blieben die rechtliche Regelung der Abtreibung und das Abbruchverhalten stabil. Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung akzeptiert die bestehende Situation. Knapp die Hälfte der Befragten in der alten Bundesrepublik befürwortet die geltende soziale Indikation; rund ein Viertel ist für die Freigabe der Abtreibung; rund 15 Prozent sind für eine engere Indikation bzw. ein generelles Verbot der Abtreibung. Zwischen 1978 und 1988 ist - bei einem Rückgang der Unentschiedenen - sowohl der Anteil der Gegner als auch der Befürworter der geltenden Regelung angestiegen, wenngleich kein einschneidender Meinungswandel erkennbar ist (Statistisches Bundesamt 1992: 557). Die registrierten (legalen) Abtreibungen zeigten nach einem Spitzenwert von rund 90.000 im Jahr 1982 Jahren eine rückläufige Tendenz (Abbildung 8.8). Liberale Fachleute verweisen auf einen deutlichen Rückgang der Zahl (legaler) Abtreibungen nach der Reform gegenüber den (illegalen) Abtreibungen vor der Reform (von Baross 1988), was von der Gegenseite bestritten wird (Spieker 1989: 47).

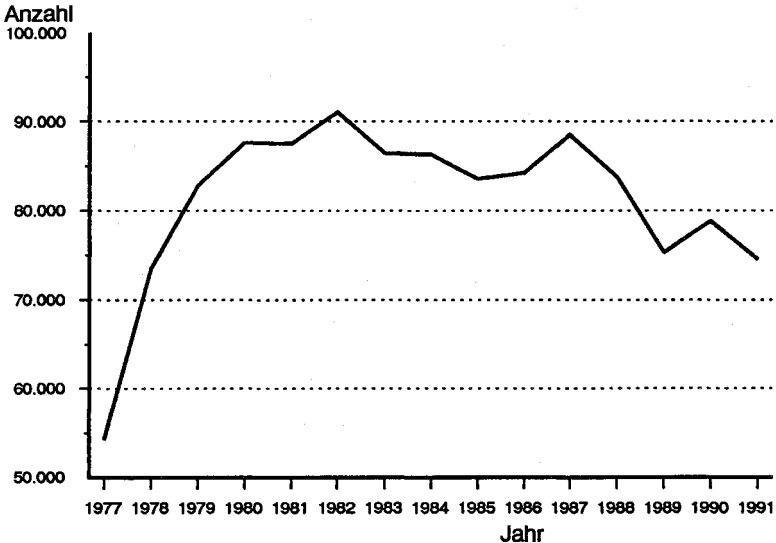
Diese offiziellen Zahlen sind um die illegalen Abtreibungen sowie die Abtreibungen im Ausland zu ergänzen. Auch hier differieren wiederum die Schätzungen der verschiedenen Lager. Beispielsweise ging *Pro Familia* für das Jahr 1986 von rund 7.500 Abtreibungen bundesdeutscher Frauen im Ausland aus, während von konservativer Seite eine Zahl von "mehr als 20.000" als realistisch angesehen wurde.¹⁴¹ Lebensschützer halten die offi-

¹³⁹ Vgl. *Stern* vom 26.1.1989.

¹⁴⁰ Nachdem die Gesundheitsminister mehrerer Bundesländer eine Prüfung von RU 486 zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch gefordert hatten, signalisierten auch prominente Vertreterinnen der CDU, darunter Frauenministerin Angela Merkel, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und später die Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt (CSU), vorsichtige Zustimmung. Andererseits wandten sich Abgeordnete der CDU vehement gegen die "Todespille", die einer "Vereinfachung und Verbilligung der Massentötung ungeborener Kinder Tür und Tor" öffne (*die tageszeitung* vom 4.11.1991, S. 6). Aus ganz anderen Gründen, vor allem unter dem Hinweis auf problematische Nebenwirkungen, votierte auch ein Teil der Feministinnen gegen RU 486 und befürwortete stattdessen die mechanische Absaugmethode (vgl. Sylvia Groth und Lisa Luger, "RU 486 - die Abtreibungspille", *die tageszeitung* vom 12.5.1992, S. 11).

¹⁴¹ Vgl. einerseits von Baross (*Pro Familia Magazin*, Heft 2/1988, S. 27) und anderer-

Abbildung 8.8
Entwicklung der legalen Abtreibungen in der Bundesrepublik (West),
1977-1991



Quellen: Spieker 1989; Statistisches Bundesamt (1985; 1992)

ziellen Statistiken für völlig irreführend und gehen unter Einschluß der im Ausland durchgeführten und der illegalen Abtreibungen von einer "Mindestzahl von 200.000 bis 210.000" Abtreibungen bundesdeutscher Frauen im Jahr 1987 aus (Spieker 1989: 46). Selbst wenn man diesen Angaben Glauben schenkte, kommen sie nicht an die Schätzungen von 300.000 bis 400.000 Abtreibungen heran, die von einem Ministerialbeamten im Strafrechtssonderausschuß 1974 als Folge der Legalisierung für wahrscheinlich erklärt wurden (Gante 1991: 247).¹⁴²

Ein Indiz für eine im Durchschnitt zunehmend liberalere Auslegung des Abtreibungsrechts liefert die Verteilung der Indikationen. Seit Beginn der

seits Spieker (1989: 45). Nach einer Allensbach-Untersuchung erfolgen 80 Prozent dieser Abtreibungen in den Niederlanden, acht Prozent in Großbritannien, vier Prozent in Österreich und der Rest in anderen Ländern (Spieker 1989: 52).

¹⁴² Die vom Bundestag beauftragte "Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 des Strafgesetzbuches" veranschlagt die Gesamtzahl der im Inland und Ausland durchgeführten Abtreibungen für die Jahre 1977 und 1978 etwa auf das Doppelte der Zahl legaler Abbrüche im Inland (Bundestagsdrucksache 8/3630).

Statistik, die aufgrund der Meldepflicht im Zuge des Reformgesetzes 1976 eingeführt wurde und 1977 erstmals zu Erhebungen führte, hat sich die Zahl der Indikationen aufgrund einer "sonstigen schweren Notlage" (nicht ganz zutreffend als "soziale Indikation" bezeichnet) weiter erhöht und lag 1990 bei nahezu 90 Prozent (Tabelle 8.1). Diese Quote sollte freilich nicht den Sachverhalt verdecken, daß das Recht auf Abtreibung regional nicht gleichermaßen wahrgenommen werden kann (vgl. Fußnote 128 und 129).

Tabelle 8.1
Schwangerschaftsabbrüche nach Indikationen in der Bundesrepublik (West) in Prozent, 1980-1990

	allg. medizinisch	psychiatrisch	eugenisch	ethisch	sonstige
1980	20,1	2,8	3,5	0,1	72,2
1985	11,1	1,6	1,3	0,1	84,3
1990	7,3	0,8	1,0	0,1	89,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (1992: 212)

8.4.4 Der Weg zum zweiten Reformgesetz

Einen ganz unerwarteten Sprengsatz bedeutete die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit ihren sehr unterschiedlichen Abtreibungsregelungen.¹⁴³ Nun wurden erneut die alten Argumente aufgeboden, aber auch neue Kompromißlösungen vorgeschlagen. Vor allem in der ersten Jahreshälfte 1990 war der *Unabhängige Frauenverband* (UFV) in Ostdeutschland sehr aktiv, um ein restriktives gesamtdeutsches Abtreibungsrecht zu verhindern. Der "Runde Tisch" plante die Vorlage eines eigenen, fraktionsübergreifenden Gesetzentwurfes; jedoch wurden die FDP-Frauen von der Parteispitze "zurückgepfiffen". Offensichtlich erschien die anstehende Entscheidung den

¹⁴³ In der DDR galt seit März 1972 eine vergleichsweise liberale Fristenlösung, die Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche mit geringen Einschränkungen erlaubte. Eingriff und anschließender Krankenhausaufenthalt wurden von der Sozialversicherung bezahlt. Zu Einzelheiten der Entwicklung und Ausgestaltung des Abtreibungsrechts in der DDR vgl. Solga (1991), Thietz (1992) und Aresin (1993).

verantwortlichen Politikern als derart konfliktrüchtig, daß sie zunächst im Einigungsvertrag mit einem zweijährigen Aufschub einer gesamtdeutschen Regelung reagierten.¹⁴⁴ Diese Frist mußte jedoch für beide Lager im Abtreibungskonflikt als Einladung verstanden werden, unter Aufbietung aller Kräfte das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Unter diesen Bedingungen war eine Intensivierung des Konflikts unvermeidlich.

Gleichwohl zeigten die nun anhebenden Debatten¹⁴⁵ schon bald, daß kaum eine radikale Änderung des bestehenden Rechts in der einen oder anderen Richtung wahrscheinlich war. Zu gering war das Gewicht von Lebensschützern, katholischer Kirche und des ultrakonservativen Flügels der konservativen Parteien, um eine "Wende nach rückwärts" zu ermöglichen. Andererseits waren auch die liberalen Kräfte in den alten und insbesondere den neuen Bundesländern, wo eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Beibehaltung der DDR-Regelung plädierte¹⁴⁶, zu schwach, um sich gegenüber den großen (West-) Parteien durchsetzen zu können. Einzige größere Zeichen bildeten eine Bonner Demonstration zur Liberalisierung des § 218 mit über 10.000 Personen am 17.6.1990, die von rund 3.000 Gegendemonstranten begleitet wurde¹⁴⁷, sowie eine Demonstrationen in Berlin am 29.6.1990 mit immerhin rund 15.000 Teilnehmern/innen. Bemerkenswert ist zudem, daß im Frühjahr 1992 zwölf große Frauenzeitschriften, angefangen von *Emma* über *Brigitte* bis hin zur deutschen *Cosmopolitan*, in einer koordinierten Aktion "für die Fristenlösung, die Selbstbestimmung der Frau über einen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen" eintraten. Angesichts der begrenzten Mobilisierung beider Seiten gestaltete sich der Konflikt im wesentlichen als ein Tauziehen um graduelle Verschiebungen, welche nur durch einen Kompromiß zwischen und innerhalb der politischen Parteien durchzusetzen waren.

¹⁴⁴ Dort heißt es in Artikel 31: "Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, spätestens bis zum 31. Dezember 1992 eine Regelung zu treffen, die den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche für Frauen, insbesondere auf Beratung und soziale Hilfe besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands derzeit der Fall ist."

¹⁴⁵ Vgl. das Spektrum von Positionen in Hauner/Reichart (1992).

¹⁴⁶ Laut einer EMNID-Umfrage im Jahr 1991 sprachen sich 56 Prozent der Westdeutschen und 78 Prozent der Ostdeutschen für eine Straffreiheit der Abtreibung (generell oder im Rahmen einer Fristenlösung) aus. Für eine Indikationenregelung plädierten 29 Prozent der Westdeutschen und nur 14 Prozent der Ostdeutschen (*Die Zeit* vom 8.5.1992, S. 80). Die liberalere Haltung zur Abtreibung in Ostdeutschland indizieren auch die Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1990 (Statistisches Bundesamt 1992: 558).

¹⁴⁷ Zusätzlich sammelten Lebensschützer im Jahr 1990 rund 350.000 Unterschriften, die sie bei einer Kundgebung unter der Beteiligung von 5.000 Menschen (nach eigenen Angaben) am 10.11.1990 in Bonn übergaben (Schliermann 1991: 27).

Im September 1991 wurden dem Bundestag sechs Entwürfe zur erneuten Reform des § 218 vorgelegt, die von der völligen Freigabe der Abtreibung (*Bündnis 90/Grüne* und PDS) bis zur einer restriktiven Fristenregelung (Minderheit der CDU/CSU) reichten. Keiner der Entwürfe, die innerhalb eines Sonderausschusses des Bundestags beraten wurden, erwies sich als mehrheitsfähig, so daß alles von einer Einigung im mittleren Spektrum der Positionen - bei grundsätzlicher Tendenz zur Fristenlösung - abhing. Dabei rückten vermeintliche Sekundärfragen wie die Bedingungen der Schwangerenberatung in den Vordergrund. Im Frühsommer 1992 zeichnete sich eine Einigung zwischen der Oppositionspartei SPD und der an der Regierung beteiligten FDP ab. Der darauf basierende siebte Entwurf lief auf eine Fristenlösung mit Beratungspflicht hinaus und war - unter taktischen Erwägungen - auch für Teile des *Bündnis 90/Grüne* und der CDU attraktiv.¹⁴⁸ Er wurde später noch mit Zugeständnissen gegenüber dem konservativen Lager angereichert und als sog. Gruppenantrag (und achter Entwurf!) eingebracht. Weder Proteste von konservativer Seite, darunter Kardinäle, das *Zentralkomitee der deutschen Katholiken*, CSU und Lebensschützer, noch von radikalliberaler, gewerkschaftlicher und feministischer Seite, die noch einmal zu einer - mit rund 2.000 Teilnehmern/innen nicht gerade eindrucksvollen - regionalen Demonstration am 20.6.1992 in Berlin aufwarteten, konnten den Lauf der Dinge aufhalten. Angesichts einer gemäßigten liberalen Lösung blieb das feministische Lager gespalten.¹⁴⁹ Eine Mehrheit der Bevölkerung stand mehr oder weniger nachdrücklich hinter dem Gruppenantrag, wie Meinungsumfragungen kurz vor der parlamentarischen Abstimmung und Monate danach zeigten.¹⁵⁰

¹⁴⁸ Die bei einer Minderheit der CDU erkennbare Kompromißbereitschaft stieß am rechten Flügel der Partei und insbesondere bei der CSU auf heftigen Widerspruch. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU, verlangte deshalb sogar den Rücktritt von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU), die sich im Grundsatz für eine liberale Lösung aussprach (*Die Zeit* vom 29.5.1992, S. 8). Zwar hatte die CDU-Führung bereits vorab in den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP keine Nibelungentreue in der Abtreibungsfrage verlangt und ihren eigenen Abgeordneten eine Aufhebung des "Fraktionszwanges" signalisiert. Gleichwohl wurden abweichende Abgeordnete unter Druck gesetzt.

¹⁴⁹ Eine Minderheit von Feministinnen, darunter Alice Schwarzer, plädierte unter taktischen Gesichtspunkten für die Unterstützung des Gruppenantrags und wandte sich gegen "linke FundamentalistInnen" (vgl. Schwarzer, *die tageszeitung* vom 14.5.1992, S. 12). Dagegen lehnten die Mehrheit der Feministinnen, darunter auch die *Bundesweite Koordination gegen den § 218*, Vertreterinnen feministischer Frauengesundheitszentren, der *Unabhängige Frauenverband*, der *Demokratische Frauenbund* und die *Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS*, den Vorschlag rundweg ab (vgl. *die tageszeitung* vom 26.5.1992, S. 14 und vom 12.6.1992, S. 12).

¹⁵⁰ Nach einer Umfrage von 1991 bejahten 59 Prozent eine generelle Straffreiheit bzw. eine Fristenlösung (West: 55 Prozent: Ost 75 Prozent) und weitere 26 Prozent eine Indikationenlösung (*Der Spiegel* vom 13.5.1991). Dabei kam die höchste Zustimmung von

Nach einer 14stündigen Debatte, in der lediglich die bekannten Argumente aller Parteien wiederholt wurden, und acht Abstimmungsgängen konnte der Gruppenantrag in der Nacht zum 26.6.1992 mit 355 Ja-Stimmen (283 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen) verabschiedet werden.¹⁵¹ 32 Abgeordnete der CDU, unter ihnen 20 aus den neuen Bundesländern, hatten gegen den Willen ihrer Führung den Gruppenantrag unterstützt. Im Bundesrat stimmten elf Ländervertretungen (bei einer Ablehnung und vier Enthaltungen) für das Reformgesetz, wengleich sie noch Verhandlungen mit dem Bund über finanzielle Konsequenzen des Gesetzes forderten.

Im Kern beinhaltet das Gesetz eine Entscheidung zugunsten einer eingeschränkten Fristenlösung und stellt insofern eine Liberalisierung des geltenden westdeutschen Abtreibungsrechts dar. Allerdings bleibt im Prinzip die Strafbarkeit der Abtreibung bei Androhung einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe erhalten. Ebenso ist weiterhin die "Werbung für den Abbruch" untersagt. Erlaubt ist die Abtreibung ist jedoch innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen "in einer Notlage", sofern bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Hierzu gehört in erster Linie die bereits zuvor bestehende Pflichtberatung durch einen Arzt, die mindestens drei Tage vor dem Eingriff erfolgen muß und nun explizit "dem Lebensschutz dienen" soll. Hatten die Länder zunächst einen politischen Hebel für eine restriktive Implementation über die Zulassung von "Einrichtungen" zur Abtreibung, so werden sie im neuen Gesetz verpflichtet, ein "ausreichendes und flächendeckendes Angebot" an ambulanten Einrichtungen sicherzustellen. Der strittige Anspruch auf Krankenkassenfinanzierung, ein Stein des Anstoßes für viele konservative Gruppen und Gegenstand einer anhängigen Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, blieb erhalten. Um die Zahl der Abtreibungen möglichst klein zu halten, wurden

den Wählern der *Grünen* (71 Prozent), die geringste von denen der CDU/CSU (48 Prozent). Das Gesamtbild hatte sich Monate darauf mit nun 56 Prozent (West) bzw. 78 Prozent (Ost) kaum verändert (*Der Spiegel* vom 16.9.1991). Nach einer Umfrage vom 22.5. bis 16.6.1992 im Vorfeld der Bundestagsentscheidung bezeichneten 29 Prozent den Entwurf als "sehr gut", 47 Prozent als "eher gut", 18 Prozent als "eher schlecht" und sechs Prozent als "sehr schlecht" (*die tageszeitung* vom 26.6.1992). Vgl. auch die detaillierte, auf einer dreiwöchigen Befragung zwischen 1990 und 1992 basierende Analyse von Rattinger (1993).

¹⁵¹ Die konsequenten Gegenentwürfe einer ersatzlosen Streichung des § 218 (*UFV/Bündnis 90/Grüne* sowie *PDS/Linke Liste*) oder aber einer sehr restriktiven Regelung (Initiativgruppe um den CDU-Abgeordneten Werner) fanden mit 17 bzw. 103 Ja-Stimmen relativ wenig Rückhalt. Das tatsächliche Meinungsbild im Parlament spiegeln die dem Gruppenantrag vorausgegangenen Anträge der FDP (Fristenregelung mit Beratungspflicht) mit 74 Ja-Stimmen, der SPD (Fristenregelung ohne Beratung und ohne Strafbarkeit der Abtreibenden) mit 236 Ja-Stimmen und der CDU/CSU-Fraktion (Indikationenmodell) mit 272 Ja-Stimmen.

zudem sozialpolitische Maßnahmen beschlossen. Deren wichtigste ist ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (ab 1996). Zudem sollen - für Kinder unter drei Jahren - Kinderbetreuungseinrichtungen "nach Bedarf" bereitgestellt werden.

Wie zuvor schon angekündigt, beantragten 249 Unionsabgeordnete des Bundestages, darunter alle Parlamentarier der CSU, beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung, um ein Inkrafttreten des Gesetzes unter Hinweis auf seine Verfassungswidrigkeit zu verhindern. Die Richter gaben diesem Antrag im August 1992 statt und stellten eine grundsätzliche Prüfung der Verfassungskonformität der Fristenregelung mit Beratungspflicht in Aussicht. Bereits vor dem erwarteten Urteil wurde daran Kritik geübt, daß ein Verfassungsrichter bis 1990 der konservativen, in der Abtreibungsfrage eindeutig parteiischen *Juristen-Vereinigung Lebensrecht* angehört hatte.

Im Urteil vom 28.5.1993 wird das im Vorjahr verabschiedete Gesetz in Teilen (§ 218a Absatz 1 und § 219) für verfassungswidrig erklärt und damit eine erneute Entscheidung des Bundestags erzwungen. Drei der acht Richter hatten in abweichenden Voten der Mehrheit widersprochen. Mit dem Urteil, das eine parlamentarische Reformentscheidung zur Abtreibung aufhob, wiederholte sich exakt die Situation von 1974. Nach dem Urteil, das gleichzeitig die bereits erwähnte Normenkontrollklage der bayerischen Staatsregierung beantwortet, sind Schwangerschaftsabbrüche im Grundsatz verboten und somit rechtswidrig. Ausnahmen hiervon bilden die bereits bislang anerkannten Indikationen. Gleichwohl hat das Gericht die sich auf die drei ersten Schwangerschaftsmonate beziehende Fristenregelung nicht kassiert und der Schwangeren die Letztentscheidung über die Abtreibung belassen. Allerdings wird Abtreibung verschärften Restriktionen unterworfen. Zum ersten soll die ohnehin vorgesehene Pflichtberatung "zielorientiert" den "Schutz des ungeborenen Lebens" in den Mittelpunkt rücken und muß protokollarisch festgehalten werden. Der ersten Beratung durch eine dafür zugelassene Einrichtung hat zudem eine weitere ausführliche Beratung durch den abtreibenden Arzt zu folgen. Zum zweiten muß die Abtreibung von der Schwangeren bezahlt werden, sofern nicht eine besondere soziale Bedürftigkeit vorliegt. Das Urteil erklärt die Abtreibung selbst unter spezifizierten Bedingungen für gesetzeswidrig, aber beläßt sie "straffrei"; es fordert ein "zielorientiertes" Beratungsgespräch, das zugleich "ergebnisoffen" geführt werden soll.

Die Reaktionen reichten von Beifall über Verwirrung zu strikter Ablehnung. Konservative Kreise sahen sich bestätigt und verknüpften ihre wohlwollende Kommentierung mit weitergehenden Forderungen, abtreibenden

Ärzten die Zulassung zu entziehen, liberalen Beratungszentren staatliche Mittel zu verweigern und Schwangerschafts-Konfliktzentren zu schließen. Die "Bewegungsfrauen" sowie linke und liberale Gruppen in Parteien und Gewerkschaften antworteten mit - nicht sehr eindrucksvollen - Demonstrationen. Sie sahen das Selbstbestimmungsrecht der Frau verletzt und kritisierten das Urteil als Ausdruck einer Zweiklassengesellschaft. Ein Großteil der Stimmen aus der politischen Mitte scholt die Inkonsistenz des Urteils, die Mißachtung des parlamentarischen Willens als Ergebnis einer mühsamen und für "vernünftig" gehaltenen Kompromißfindung. Selbst ein liberal-konservativer Kommentator wie der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis empfand das Urteil als "Zumutung" und sah darin eine Rückwendung zu einer antipluralistischen, obrigkeitstaatlichen Rechtsdogmatik.¹⁵²

Bei vielen Beratungsstellen löste das Urteil Konfusion aus; ein Teil der Ärzte fühlt sich verunsichert und nimmt keine Abbrüche mehr vor. Liberale Politikerinnen und Gruppen der Frauenbewegung versuchen, Beratungs- und Finanzierungsmodelle zu entwickeln, um Härten des Verfassungsurteils zu kompensieren.

Durch das Urteil ist im Groben der Rahmen der anstehenden Neuentcheidung des Bundestags abgesteckt. Mit Sicherheit ist wiederum ein mühsames parlamentarisches Ringen um Einzelheiten des künftigen Gesetzes zu erwarten. Zugleich ist abzusehen, daß diese Verhandlungen von einer routinemaßigen Bekundung bekannter Positionen und nicht von leidenschaftlichem politischen Kampf begleitet werden. Die außerparlamentarischen Kräfte können für die Begleitmusik sorgen, aber den Gang der Entscheidung kaum beeinflussen. Welche Regelung auch immer zustandekommen mag - sie wird kaum größere Turbulenzen erzeugen und vermutlich von einiger Dauer sein.

Ähnlich wie in Frankreich waren die Mobilisierungshöhepunkte in der Bundesrepublik eng an die gesetzgeberischen Aktivitäten zur Abtreibungsreform gekoppelt, wie die Analyse von Protestereignisdaten zeigt. Hinsichtlich der Zahl der Aktionen für und gegen die Liberalisierung (Abbildung 8.9) sowie der Zahl der Teilnehmer/innen (Abbildung 8.10) sind zwei große Wellen erkennbar. In der ersten Entscheidungsphase war die Mobilisierung der Reformbefürworter größer als in der zweiten Phase; gemessen an der Zahl der Teilnehmer/innen war dagegen die Mobilisierung der Gegner während der zweiten Reformphase größer. Das legt den Schluß nahe, daß jeweils die Kräfte, die eine Veränderung des Status quo anstreben, größere Anstrengungen als die Gegenseite unternehmen müssen.

¹⁵² Vgl. Wilhelm Hennis, "Die Zumutungen eines Urteils" (*Die Zeit* vom 17.9.1993, S. 9f.). Noch kritischer kommentieren Zens (1993) und Frommel (1993).

Abbildung 8.9
Aktionen für und gegen Abtreibung in der Bundesrepublik, 1969-1992

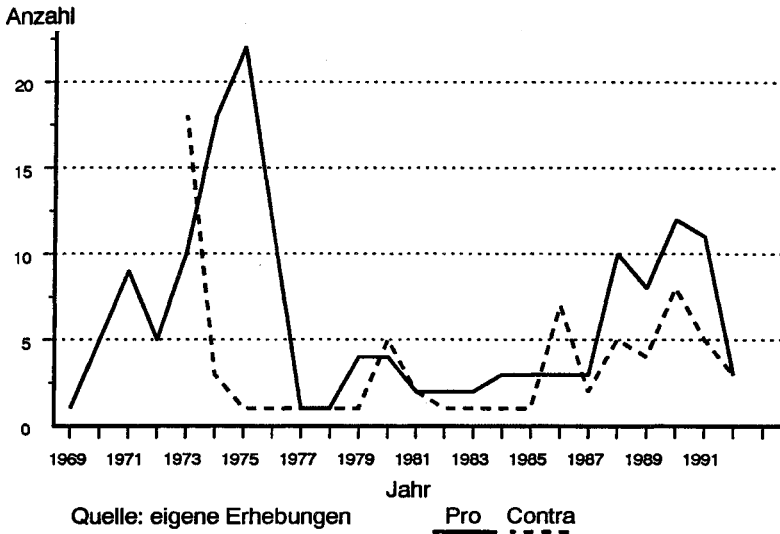
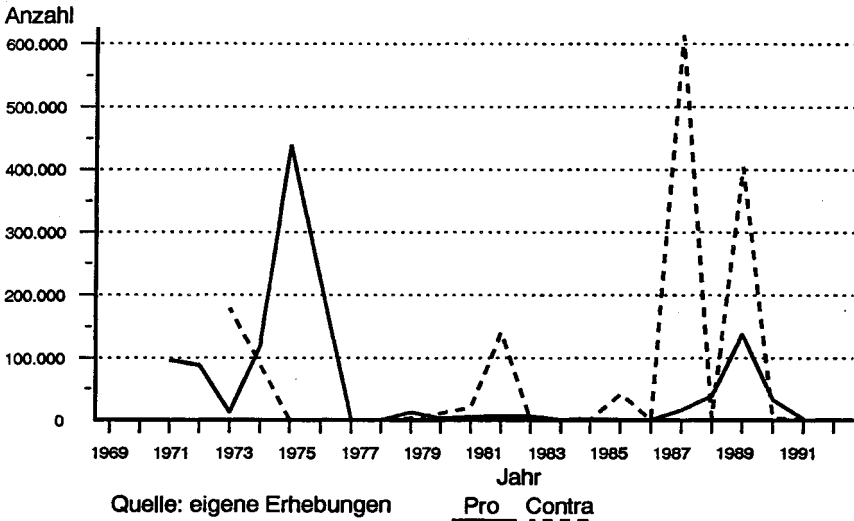


Abbildung 8.10
Teilnehmer an Aktionen für und gegen Abtreibung in der Bundesrepublik, 1969-1992



8.4.5 Zusammenfassung

Die immer größer werdende Kluft zwischen einem restriktiven Strafrecht einerseits und gewandelten Auffassungen in der Bevölkerung und bei Teilen der Eliten andererseits erzwang in der Bundesrepublik eine Diskussion des Abtreibungsrechts. Die Debatte wurde durch liberale Strafrechtslehrer und Sozialpolitiker eingeleitet, gewann aber erst durch die Aktivitäten der neuen Frauenbewegung an Durchschlagskraft. Sie entwickelte sich zu dem vielleicht massivsten innenpolitischen Konflikt in der ersten Hälfte der 1970er Jahre und mündete nach einem mühsamen parlamentarischen und juristischen Ringen in ein moderates Reformgesetz. Das Gesetz verkörperte letztlich einen politischen Kompromiß zwischen den widerstreitenden Meinungen, blieb allerdings aufgrund einer verfassungsrechtlichen Intervention hinter dem mehrheitlichen Reformwillen des Parlaments und der Bevölkerung zurück. Danach war die Situation weitgehend befriedet, wengleich sich bei liberalen Kräften Kritik an der Vollzugspraxis abzeichnete, während die Ultrakonservativen sich ohnehin nicht mit der bestehenden Regelung abfinden konnten. Bedingt durch eine Reihe von Faktoren, darunter vor allem dem Strafprozeß von Memmingen, erhöhte sich jedoch das Konfliktniveau gegen Ende der 1980er Jahre erneut. Die deutsche Vereinigung schuf plötzlich die Notwendigkeit einer Rechtsangleichung, die mit dem Einigungsvertrag zunächst vertagt wurde. Damit bot sich für alle Konfliktparteien eine Chance, die anstehende Neuregelung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Während sich die etablierten Kräfte vor allem um die Bedingungen einer parlamentarischen Kompromißbildung bemühten, blieben die außerparlamentarischen Mobilisierungen auf beiden Seiten relativ bescheiden. Da sie sich zudem ungefähr die Waage hielten, konnten sie das bestehende parlamentarische Kräfteverhältnis nicht beeinflussen. Das Ergebnis war eine "gezähmte" Fristenlösung im Jahr 1992, die sich vor allem zwei Umständen verdankte: der fortgeschrittenen kulturellen Liberalisierung, die nun auch im konservativen Lager Spuren hinterlassen hatte, und der starken Unterstützung einer Fristenlösung in den neuen Bundesländern. Da dieser mühsam errungene Kompromiß zu Teilen vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde, steht nun ein restriktiveres Gesetz in Aussicht, das jedoch in seinem Tenor noch immer etwas liberaler als die Reformregelung der 1970er Jahre ausfallen dürfte. Damit wird der politische Streit für längere Zeit entschieden sein, wengleich sich weder Lebensschützer noch die autonome Frauenbewegung mit der Regelung abfinden können.

8.5 Vergleichende Betrachtung

Die länderspezifischen Fallbeschreibungen sollen im abschließenden Teil dieses Kapitels hinsichtlich der Merkmale verglichen werden, die im prozeßorientierten Erklärungsversuch des Kapitels 10 die abhängigen Variablen bilden. Hierbei stehen unter dem bislang vernachlässigten komparativem Blickwinkel, jedoch auf vorerst rein deskriptiver Ebene, zwei Fragen im Vordergrund: (1) Wie haben sich die - im Reformergebnis kaum sichtbaren - außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse im Zeitverlauf entwickelt? (2) Zu welchem rechtlichen und materiellen Ergebnis haben die Liberalisierungskampagnen in den drei Ländern geführt?

8.5.1 Zur Entwicklung des außerparlamentarischen Protestes

Die parlamentarischen Kräfteverhältnisse spiegeln sich in den Reformregelungen sowie vorgelagerten Entwürfen und Abstimmungen. Sind sie noch halbwegs ein Abbild der Einstellungen der Bevölkerung¹⁵³ und der aktiv geäußerten öffentlichen Meinung, so stehen sie doch in deutlicher Diskrepanz zur Haltung der Protestgruppen am jeweiligen Ende des Meinungsspek-

¹⁵³ Aufgrund des Eurobarometers 11 (Frühjahr 1979) ergab sich auf das Statement "Frauen sollten die Freiheit haben, die Frage einer Abtreibung selbst zu entscheiden", eine höhere Zustimmung in Frankreich (62,6 Prozent "stimme voll zu" und 23,0 Prozent "stimme zu") im Vergleich zur Bundesrepublik (44 Prozent bzw. 35,6 Prozent). Im Eurobarometer 21 (Frühjahr 1984) erklärten sich mit der Formulierung "Die Freigabe der Abtreibung ist eine gute Sache" in Frankreich 29 Prozent "völlig einverstanden" und 18,8 Prozent "einverstanden". Die entsprechenden Werte in der Bundesrepublik betragen 14,4 Prozent und 20,4 Prozent. Nach eigenen Berechnungen auf Grundlage des World Values-Survey 1981/82, der einzigen Befragung, die alle drei hier untersuchten Länder einbezieht (die Wiederholungsbefragung von 1990 steht mir noch nicht zur Verfügung), ergaben sich bei einer Differenzierung in drei Gruppen ("harte Gegner": Ablehnung der Abtreibung auch bei "harten" Gründen wie z.B. Vergewaltigung; "weiche Gegner": Ablehnung nur bei "weichen" Gründen wie z.B. unsicherer ökonomischer Lage; "Liberaler": völlige oder weitgehende Akzeptanz der Abtreibung) folgende Prozentsätze:

	USA	FRA	BRD
harte Gegner	8,5	2,7	2,9
weiche Gegner	42,6	36,6	51,1
Liberaler	48,9	60,7	46,0

Eine Aufschlüsselung der Abtreibungsgegner bestätigt die Erwartung, daß hier überproportional viele Personen mit materialistischen Werten vertreten sind.

trums. Es macht somit Sinn, sich auch über deren Größenordnungen und Dynamik in vergleichender Sicht ein Bild zu verschaffen.

In der Frühphase der Liberalisierungskampagne argumentierten zunächst kleinere Gruppen von Fachleuten gegen den herrschenden Konsens: in den USA und in Frankreich vor allem Mediziner und Organisationen zur Familienplanung, in der Bundesrepublik vor allem Juristen. Den Reformern kam zugute, daß in einigen anderen Ländern bereits liberale Regelungen durchgesetzt worden waren. Die neue Frauenbewegung hingte sich an den bereits anfahrensden Zug der Abtreibungsdebatte, radikalisierte die zunächst sehr gemäßigten Reformvorschläge und setzte sie durch provokative Aktionen auf die politische Tagesordnung. Dabei ergab sich in allen drei Ländern eine weitgehende Paralleltät der Argumente und Aktionsformen, wenngleich unterschiedliche diskursive Akzente gesetzt wurden.¹⁵⁴ Maximalziel war nun die ersatzlose Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung der Abtreibung. Dieses Ziel war eingebettet in einen breiteren feministischemanzipatorischen Diskurs, der offensiv in die Öffentlichkeit getragen wurde. Im Mittelpunkt stand das Selbstbestimmungsrecht der Frau, das es gegen die Bevormundung durch Juristen, Ärzte, Politiker, Ehemänner usw. in praktisch allen Lebensbereichen durchzusetzen galt. Als hilfreich erwiesen sich in diesem Zusammenhang einzelne Konfliktfälle bzw. provokative Akte, in denen die Problematik des Abtreibungsverbots einer breiten Öffentlichkeit sinnfällig vor Augen geführt werden konnte. In den USA waren dies - bereits vor dem Aufstieg der Frauenbewegung - der Fall von Sherri Finkbein im Jahr 1962, in der Bundesrepublik die Anklage gegen zwei Ärzte 1963 und der Contergan-Skandal um 1965, in Frankreich der Prozeß von Bobigny im Jahr 1972. Eine enorme katalysatorische Wirkung hatten die öffentlichen Selbstbechtigungsaktionen in Frankreich und der Bundesrepublik im Jahr 1971 - übrigens ein Modellfall der grenzüberschreitenden Diffusion von Taktiken.

Obgleich einschlägiges Datenmaterial fehlt, kann man davon ausgehen, daß in den frühen 1970er Jahren die Frauenbewegungen und speziell die Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung in allen drei Ländern eine

¹⁵⁴ Outshoorn (1988: 207) weist darauf hin, daß die Benennung ("wording") des Anliegens differierte: In Ländern mit einer starken Naturrechtstradition wie Großbritannien und den USA wurde die Abtreibung als Recht der Frau definiert, während in Westdeutschland und in den Niederlanden die Selbstbestimmung über den eigenen Körper im Vordergrund stand. Eine deutsch-amerikanische Studie, deren deutsche Partner dem Wissenschaftszentrum Berlin angehören, wird den öffentlichen Diskurs über Abtreibung vergleichend untersuchen. Zum Abtreibungsdiskurs und damit verbundenen rhetorischen Figuren und Begründungsproblemen vgl. Sumner (1981), Falik (1983), Lake (1986), Condit (1990), Leist (1990), Luker (1990) und Böke (1991).

ähnliche Stärke hatten. Die Abtreibungsgegner waren in dieser Phase ungleich schwächer, wobei auch hier keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Ländern erkennbar sind.

Nach der Reformphase zwischen 1973 und 1975 änderten sich die Kräfteverhältnisse. In den USA formierte sich eine offensive und mächtige Pro-Life-Bewegung, die ihrerseits eine wohl noch stärkere Pro-Choice-Bewegung induzierte. Bis zur Gegenwart ist dabei ein Aufschaukeln des Konflikts und der Mobilisierungsbemühungen erkennbar. In Frankreich zerfiel die Liberalisierungskampagne nach dem vorläufigen Reformgesetz von 1975. Sie lebte nur noch vorübergehend auf, als dieses Gesetz eine endgültige Form erhalten sollte (1979) und politische Zusagen zur staatlichen Finanzierung der Abtreibung in Frage standen (1982). Die Aktivitäten der Reformgegner blieben insgesamt kraftlos. Sie nahmen allerdings ab 1979 zu, um dann abzuflachen und - vermutlich im Sog der Debatte in den USA - in den frühen 1990er Jahren erneut anzusteigen. Ein ähnliches Muster zeigte sich in der Bundesrepublik. Nach der Reform zerfiel die Liberalisierungsbewegung ebenso wie die konservative Gegenbewegung. Um 1980 erhöhten sich die Aktivitäten auf beiden Seiten, um danach etwas abzusinken und erst in den späten 1980er Jahren erneut anzusteigen. Konfliktstimulierend wirkten hierbei Ereignisse wie der Memminger Prozeß und die deutsche Vereinigung mit dem Resultat zweier inkompatibler Abtreibungsgesetze.

Mit Blick auf den Mobilisierungsumfang ergibt sich ein enormer Abstand zwischen den USA einerseits und Frankreich und der Bundesrepublik andererseits. Da nach dem gleichen Muster erhobene Protestereignisdaten nur für Frankreich und die Bundesrepublik, aber nicht für die USA verfügbar sind, werden hier hilfswise die größten Demonstrationen für und gegen die Liberalisierung in den drei Ländern aufgelistet (Tabelle 8.2).

In Frankreich und der Bundesrepublik erzielten beide Konfliktparteien nur bescheidene Mobilisierungen in ungefähr gleicher Größenordnung; in den USA wurde ein Vielfaches davon erreicht. Die in den USA höhere Mobilisierung der Pro-Choice-Bewegung im Vergleich zu den Abtreibungsgegnern, wie sie bei den jeweils vier größten Demonstrationen zum Ausdruck kommt, verkehrt sich nach meinen Daten ins Gegenteil, wenn eine größere Anzahl von Demonstrationen beider Konfliktparteien berücksichtigt wird. Hier schlägt dann auf seiten der Abtreibungsgegner der jährliche *March for Life* mit relativ hohen Beteiligungen zu Buche (Abbildung 8.3). Die insgesamt höhere Mobilisierung der Abtreibungsgegner wird auch durch die Daten von Hollander (1992) bestätigt (Abbildung 8.1).

Tabelle 8.2

Zahl der Protestteilnehmer pro und contra Liberalisierung an den jeweils größten nationalen Demonstrationen seit 1970 im Ländervergleich

	USA	Frankreich	Bundesrepublik
Pro	750 000 (4/92)	30 000 (10/79)	15 000 (6/90)
	300 000 (4/89)	15 000 (10/82)	7 200 (7/71)
	200 000 (11/89)	7 000 (4/74)	7 000 (2/82)
	100 000 (3/86)	5 000 (11/79)	7 000 (2/89)
Summe	1 350 000	57 000	36 200
Contra	200 000 (4/90)	20 000 (11/79)	20 000 (3/81)
	75 000 (1/90)	12 500 (5/82)	15 000 (4/73)
	70 000 (1/85)	3 000 (11/74)	15 000 (6/73)
	70 000 (1/92)	2 500 (10/79)	15 000 (6/73)
Summe	415 000	37 500	65 000

Quelle: eigene Erhebungen; die Zahlen in Klammern geben Monat und Jahr der Demonstration an.

Speziell für den Vergleich der Mobilisierung in Frankreich und der Bundesrepublik lassen sich aufgrund einer eigenen Datenerhebung relativ präzise Aussagen treffen. Die Gesamtzahl der Proteste ist in beiden Ländern ähnlich (Tabelle 8.3). Während jedoch in Frankreich Befürworter und Gegner der Liberalisierung der Abtreibung etwa gleich viele Aktionen durchgeführt haben, sind in der Bundesrepublik Aktionen der Gegner weitaus seltener als die der Befürworter. Auffallend ist die in Frankreich höhere Neigung zu illegalen Aktionen (rund ein Drittel aller Proteste), die vor allem auf die Abtreibungsgegner zurückgeht. In den USA ist dieser Anteil noch höher. Nach einer vorerst selektiven Datei mit lediglich 152 Protesten in den USA beträgt der Anteil der illegalen Proteste (einschließlich Aktionen zivilen Ungehorsams), die ausschließlich auf das Konto der Abtreibungsgegner gehen, sogar knapp 80 Prozent. Auffallend ist zudem die relativ geringe Zahl von Protesten der Pro-Choice-Bewegung in den USA, die nur rund ein Zehntel der Proteste der Pro-Life-Bewegung ausmacht. Hollander (1992), die Protestereignisdaten von 1973 bis 1988 aus der *New York Times* erhoben hat, ermittelte stark schwankende jährliche Anteile der gewaltförmigen Proteste mit bis zu knapp zwei Dritteln.

Tabelle 8.3
Verteilung der Protestaktionen für und gegen die Liberalisierung
der Abtreibung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1970-1992

	Frankreich		Bundesrepublik	
	Gesamt	davon illegal	Gesamt	davon illegal
Pro	93	8 (= 9%)	135	3 (= 2%)
Contra	89	52 (= 58%)	66	4 (= 6%)
Summe	182	60 (= 33%)	201	7 (= 3%)

Quelle: eigene Erhebungen

Auf seiten der Abtreibungsbefürworter sind nach meinen Daten Demonstrationen die wichtigste Aktionsform (USA 64, Frankreich 55 und Bundesrepublik 46 Prozent aller Aktionen). Bei den Abtreibungsgegnern überwiegen disruptive und gewaltförmige Aktionen in den USA (86 Prozent) und in Frankreich (57 Prozent), während in der Bundesrepublik Demonstrationen (35 Prozent) und Protestunterschriften (21 Prozent) dominieren.

Die starke Radikalisierung der Abtreibungsgegner in den USA wird durch weitere Indikatoren unterstrichen. Nach den Daten von Hollander auf Basis der *New York Times* von 1973 bis 1988, also noch vor der großen Radikalisierungswelle, waren von 313 Protestakten 106 gewaltförmig, während auf seiten der Pro-Choice-Bewegung keine einzige gewaltförmige Aktion zu verzeichnen war.¹⁵⁵ Die *National Abortion Federation* hat 787 militante bzw. gewaltförmige Aktionen der Abtreibungsgegner zwischen 1987 und 1992 registriert. Eine analoge Aufstellung des französischen MFPP verzeichnet 38 meist weitaus weniger militante Aktionen zwischen 1990 bis 1992, während in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren keinerlei Vorfälle dieser Art registriert wurden. Ähnliche Relationen ergeben sich für andere Indikatoren. Über 32.000 Festnahmen in den USA (1987-1992) stehen rund acht in Frankreich (1990-1992) und keine einzige Festnahme in der Bundesrepublik gegenüber.

Eine Analyse der Träger von Protestaktionen ergibt ein durchgehend hohes Gewicht von Initiativen und informellen Gruppen (Tabelle 8.4). Parteien sind in beiden europäischen Ländern relativ schwach und in den USA

¹⁵⁵ Schriftliche Mitteilung von Hollander vom 31.8.1993 an den Verfasser.

überhaupt nicht vertreten. Die hohe Zahl nicht klassifizierter Gruppen in den USA geht vor allem auf anonyme Bedrohungen, Anschläge und andere Aktionen namentlich nicht genannter Gruppen zurück.

Tabelle 8.4
Träger von Protestaktionen im Abtreibungskonflikt im
Ländervergleich, 1970-1992

	USA		Frankreich		Bundesrepublik	
	pro	contra	pro	contra	pro	contra
Bürgerinitiative	50	31	55	44	51	44
Netzwerk/Bündnis	42	5	22	10	25	9
Verband/Kirche	8	5	11	28	17	33
Partei	-	-	2	-	3	6
Sonstiges/nicht identifizierbar	-	59	10	18	4	8
Summe	100	100	100	100	100	100

Quelle: eigene Erhebungen; Prozentwerte

Im Unterschied zu Frankreich und der Bundesrepublik, wo die Protestgruppen beider Seiten nur auf relativ kleinen Organisationen beruhen, verfügen die Pro-Life- und Pro-Choice-Bewegung in den USA über ein ressourcen- und mobilisierungsstarkes Netz von Bewegungsorganisationen und verbündeten Einrichtungen. So vermittelt beispielsweise das Bundesbüro des *National Right to Life Committee* den Eindruck einer Konzernzentrale. Die Organisation, die nach eigenen Angaben im Jahr 1990 sieben Millionen Mitglieder in 2.500 Lokalgruppen umfaßte, hat einen *Board of Directors*, in dem alle Staaten mit je einer Stimme vertreten sind, etwa 50 Angestellte im Bundesbüro und ein Jahresbudget von rund zehn Millionen Dollar; sie gibt vierzehntägig eine 32seitige Zeitung heraus, verfügt über einen eigenen *Educational Trust Fund* und vertreibt eine Fülle von Broschüren, Büchern, Video-Filmen usw. (Interview 20). Ähnlich professionell operieren auch die Großorganisationen auf der Gegenseite wie *Planned Parenthood*, *National Abortion Federation* und *National Abortion Rights Action League*.¹⁵⁶

¹⁵⁶ *Planned Parenthood* unterhält 800 Beratungszentren und hatte gegen Ende der 1980er Jahre ein Budget von nahezu 300 Millionen Dollar. *National Abortion Federa-*

Auch mit diesen können sich analoge Verbände in Ländern Westeuropas nicht messen. Die wichtigsten Organisationen und eine Einschätzung ihrer Größenordnung im Ländervergleich vermittelt Tabelle 8.5.

Tabelle 8.5
Spezielle Organisationen pro und contra Abtreibung im
Ländervergleich (frühe 1990er Jahre)

	USA	Frankreich	Bundesrepublik
pro	NARAL; NAF; Planned Parent- hood; Religious Coalition for Abortion Rights; Republicans Pro-Choice	Planning familial MLAC	Pro Familia; Frauen gegen den 218 (Bundeskoordination)
Größen- ordnung	mehrere hunderttausend	mehrere tausend	mehrere tausend
contra	National Right to Life; Operation Rescue; Lambs of Christ; Rescue America; Feminists pro Life	Laissez-les vivre; Trêve de Dieu; Operation Sauvetage; Pro Vita	Bewegung für das Leben; Aktion Leben; Aktion Lebensrecht für alle; Helfen statt Töten; Pro Vita; Europäische Ärzteaktion; Juristenvereinigung für das Leben; Christdemokraten für das Leben;
Größen- ordnung	mehrere hunderttausend	mehrere tausend	mehrere tausend

Quellen: Encyclopedia of Associations (Gale) und eigene Schätzungen

Hinsichtlich des Umfangs der Mobilisierung, des Radikalitätsgrades und der Infrastruktur beider Konfliktparteien rangieren die USA weit vor Frankreich und der Bundesrepublik. Die Unterschiede zwischen beiden europäischen Ländern sind nicht erheblich. Während der vergangenen Jahre

tion ist eine Service- und Informationsstelle für Kliniken, Ärzte und Gesundheitszentren mit einem Budget von 600.000 Dollar. NARAL hatte Ende der 1980er Jahre 250.000 Mitglieder und 34 Angestellte im Bundesbüro (alle Zahlen aus Gale 1990).

ist zudem die enorme Konflikteskalation in den USA und die relative Ruhe in Frankreich bemerkenswert. Selbst in der Bundesrepublik, wo die Abtreibungsdebatte aufgrund der deutschen Vereinigung erneut virulent wurde, blieb die außerparlamentarische Mobilisierung beider Konfliktparteien bescheiden. Würde man weitere Länder in den Vergleich einbeziehen, so unterstriche dies die Sonderrolle des Abtreibungsstreits in den USA, wo konfliktdämpfende Mechanismen offenbar nicht zum Zuge kommen.

8.5.2 *Wege und Ergebnisse der Reformen*

Geradezu verblüffend ist in den drei Ländern die zeitliche und sachliche Parallelität der Reformbemühungen bis zu ihrem (vorläufigen) Abschluß. Wir finden zunächst eine starke Diskrepanz zwischen dem geltenden, aus ferner Vergangenheit herrührenden restriktiven Strafrecht und einer massenhaften Praxis der Abtreibung, welche immer weniger konsequent geahndet wurde. An dieser Diskrepanz und den Risiken von nicht fachgerecht durchgeführten Abtreibungen setzten in den 1960er Jahren liberale Kräfte an. Doch erst nachdem die neue Frauenbewegung das Thema politisiert hatte, entstand nachhaltiger Handlungsdruck.

Das Ergebnis in den USA, wo bereits liberale Gesetze in einigen Einzelstaaten verabschiedet worden waren, bestand in einem äußerst liberalen und in seiner Eindeutigkeit überraschenden verfassungsgerichtlichen Urteil. Es stellt das Recht der Frau auf Selbstbestimmung in den Mittelpunkt. In der Folge waren nahezu alle Einzelstaaten zu entsprechenden Gesetzesänderungen gezwungen. Der Kongreß blieb in dieser Phase weitgehend auf eine Zuschauerrolle beschränkt. In Frankreich und der Bundesrepublik ging nach intensiven öffentlichen Debatten das Gesetz des Handelns auf Parteien und Parlamente über. Das zähe parlamentarische Ringen führte in beiden europäischen Ländern zu ähnlichen Reformgesetzen¹⁵⁷, die eine Liberalisie-

¹⁵⁷ Ob das erste französische Reformgesetz im Vergleich zum bundesdeutschen Gesetz von 1976 liberaler oder restriktiver ausgefallen ist, ist m.E. nicht eindeutig zu beantworten. In Frankreich hat die Frau ein Recht auf Abtreibung; ihr fällt die Letztentscheidung zu. Dem steht jedoch eine kürzere Fristsetzung und eine längere Wartezeit zwischen Beratung und Abtreibung gegenüber. In der Bundesrepublik herrscht dagegen der Grundsatz der Rechtswidrigkeit der Abtreibung, von dem Ausnahmen zulässig sind. Die faktische Ausweitung der "sozialen Indikation" verweist jedoch auf eine Praxis, die der Frankreichs nahekommt. Nach den Buchstaben des Gesetzes ist es sicher korrekt, das französische Reformgesetz von 1979/80 in die Kategorie "eher permissiv" und das bundesdeutsche Gesetz von 1976 in die Kategorie "mäßig restriktiv" einzuordnen, wie dies

rung des überkommenen Strafrechts bedeuteten, jedoch weit hinter dem Liberalitätsgrad der US-amerikanischen Regelung zurückblieben. Während das in Frankreich verabschiedete Gesetz auf Zeit einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhielt, mußte das Parlament der Bundesrepublik aufgrund einer verfassungsgerichtlichen Intervention das Rad der Reform wieder etwas zurückdrehen. Festzuhalten bleibt, daß in beiden Ländern ein Kompromiß zwischen den Parteien die Reform ermöglichte.

Nach diesem vorläufigen Abschluß der Abtreibungsreform liefen die Entwicklungen in den betrachteten Ländern auseinander. In den USA wurde das entscheidende Verfassungsgerichtsurteil von 1973 zwar formell aufrechterhalten, aber faktisch durch eine Kette verfassungsgerichtlicher und parlamentarischer Entscheidungen vieler Einzelstaaten (ein Bundesgesetz fehlt!) eingeschränkt und damit in seiner Substanz bedroht. Insofern befand sich die Pro-Choice-Bewegung anhaltend in der Defensive. Durch die eindeutig unter konservativen politischen Vorzeichen vorgenommene Neurekrutierung von Verfassungsrichtern stand zumindest in den frühen 1990er Jahren die Grundsatzentscheidung von 1973 auf dem Spiel. Dagegen wurde in Frankreich das Probegesetz im Jahr 1979 im Kern bekräftigt und später unter einer linken Regierung so ausgestaltet, daß die Abtreibung faktisch erleichtert wurde. Damit blieben die konservativen Kräfte in der Defensive. In der Bundesrepublik setzte erst die Vereinigung beider deutscher Staaten die Abtreibungsfrage erneut auf die parlamentarische Agenda. Ein mühsam ausgehandelter fraktionsübergreifender Entwurf, der eine Fristenlösung mit Beratungszwang vorsieht und insofern einen kleinen Liberalisierungsschritt bedeutet, fand 1992 eine parlamentarische Mehrheit, wurde jedoch in Teilen als verfassungswidrig erklärt und muß somit im Rahmen restriktiver Vorgaben neu formuliert werden. Insgesamt standen jedoch wie in Frankreich die konservativen Kräfte in der Defensive.

Gemessen an der Ausgangssituation haben sich in allen drei Ländern die liberalen Kräfte durchgesetzt. Die Strafverfolgung der Abtreibung ist zur Randerscheinung geworden¹⁵⁸; es ergab sich eine Verlagerung "from crime to choice" (Davis 1985). Damit erzielten die promodernen Kräfte, die bereits seit der Jahrhundertwende für Geburtenplanung, einen offenen Umgang mit Fragen der Schwangerschaftsverhütung und für eine Lockerung oder Abschaffung des Abtreibungsverbots eintraten, einen wichtigen (Teil-)Sieg. Insbesondere wurde einem politisch und rechtlich unhaltbaren Zustand, dessen Wurzeln noch im 19. Jahrhundert lagen, ein Ende gesetzt.¹⁵⁹

Eser/Koch (1991: 52) tun.

¹⁵⁸ Nach Eser/Koch (1991: 53) kam es beispielsweise zu elf Verurteilungen in Frankreich (im Jahr 1978) und zehn in der Bundesrepublik (1985).

Tabelle 8.6
Die Abtreibungsregelungen im Ländervergleich

Kriterium	USA	Frankreich	Bundesrepublik
Grundsatz	Entscheidungsfreiheit der Schwangeren	Entscheidungsfreiheit der Schwangeren, aber restriktive Rahmenbedingungen	Legalität nur in besonderen Fällen
Modell	1973: liberale Fristenlösung	1976/1992 restriktive Fristenlösung	1976: liberale Indikationslösung 1992: restriktive Fristenlösung
Fristen	Legalisierung im ersten Schwangerschaftsdrittel; begrenzte Legalisierung im zweiten Drittel	Legalisierung nur bis zur 10. Woche (außer Sonderfälle)	Legalisierung nur bis zur 12. Woche (außer Sonderfälle)
Beratung	freiwillig	Pflicht 7 Tage Wartefrist	Pflicht 3 Tage Wartefrist
Ort des Eingriffs	Krankenhaus und Privatpraxis	staatl. Krankenhaus und privat. Krankenhaus (begrenzt)	Krankenhaus und Privatpraxen mit besonderer Genehmigung
staatl. Finanzierung	nur bei Sozialfällen	in allen Fällen	in allen Fällen
Einheitlichkeit	unterschiedliche Restriktionen in Einzelstaaten	einheitliche Gesetzgebung; geringe Unterschiede in Implementation	einheitliche Bundesgesetzgebung; deutlich unterschiedliche Implementation in einzelnen Bundesländern
RU 486	nicht zugelassen	unter besonderen Voraussetzungen zugelassen	nicht zugelassen

Quellen: Ketting/van Praag (1985:48f); eigene Angaben

Dieser Terraingewinn liberaler Kräfte fiel jedoch unterschiedlich aus. In den USA konnte ein - wenngleich inzwischen gefährdeter - Sieg errungen werden; in Frankreich und der Bundesrepublik kamen deutlich weniger liberale - freilich stabiler erscheinende - Kompromißlösungen zustande.¹⁶⁰ Diese Ergebnisse soll noch einmal die Tabelle 8.6 im Überblick veranschaulichen.

Es fällt schwer zu beurteilen, welchen Effekt die gesetzlichen Regelungen vor und nach der Reform jeweils auf die tatsächlichen bzw. die legalen Abtreibungszahlen hatten. Entsprechende Schätzungen während der Geltungsdauer restriktiver Gesetze vor der Reformära zeigen jedenfalls, daß selbst von massiver Strafandrohung keine durchschlagende präventive Wirkung auf das Abbruchverhalten ausgeht. Es ist unsicher, ob eine sehr liberale Gesetzgebung, die abtreibungswilligen Frauen kaum institutionelle Hürden auferlegt, *ceteris paribus* zu höheren Abtreibungszahlen führt als eine restriktivere Regelung. Zwar liegen nach offiziellen Statistiken die Abtreibungsraten in den USA, der DDR und Dänemark, also Ländern mit liberaler Gesetzgebung, deutlich höher als in der Bundesrepublik und in Frankreich (vgl. dazu auch Fung 1993: 471). Doch zeigt sich andererseits, daß die Niederlande mit einer ebenfalls sehr liberalen Abtreibungspraxis die geringsten Abtreibungsraten der hier verglichenen Länder aufweisen. Offensichtlich wird das Abtreibungsverhalten auch durch kaum zu quantifizierende soziokulturelle Faktoren beeinflusst.¹⁶¹ Tabellarischen Zusammenstellungen von Eser/Koch (1991: 52) läßt sich ebenfalls entnehmen, daß die Zahl der Abbrüche (in Relation zur Zahl der Schwangerschaften) nicht konsistent mit dem Liberalitätsgrad des Abtreibungsrechts zusammenhängt.¹⁶²

¹⁵⁹ Diese Normierungen besagen noch nichts über die tatsächlichen Möglichkeiten zur Wahrnehmung der gesetzlichen Rechte sowie über Intensität und Stringenz von Überwachung und strafrechtlicher Verfolgung. Daß Text und Wirklichkeit des Gesetzes nicht notwendig auseinanderliegen müssen, zeigt das Beispiel Schwedens (Ketting/van Praag 1985: 57).

¹⁶⁰ Damit bestätigt sich auf einer erweiterten Liberalisierungsstufe, was eine Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung Deutschlands bereits 1925 für ihre Zeit konstatierte: "Die Agitation für die Freigabe der Abtreibung...hat somit die Aufgabe jeder radikalen Bewegung erfüllt, einen Fortschritt auf mittlerer Linie herbeizuführen." (Adler 1925: 174)

¹⁶¹ Im "Alternativkommentar zum Grundgesetz" heißt es dazu lapidar: "Das geltende Bodenrecht beispielsweise mit der Folge kinderfeindlicher Wohnungen oder die Werbung für Ferien am Mittelmeer dürften vermutlich für mehr Schwangerschaftsabbrüche ursächlich sein als eine Lockerung der Strafandrohung." (zit. nach *Der Spiegel* vom 26.10.1992, S. 342)

¹⁶² So haben die Niederlande mit einer permissiven Regelung 9,0 Abtreibungen pro 100 bekannt gewordenen Schwangerschaften (1986), während Länder mit restriktiven

Es zeigt sich weiterhin, daß die Befürchtungen exorbitanter Zuwachsraten von Abtreibungen aufgrund einer angeblichen "Ermunterung" durch den permissiven Gesetzgeber nicht Wirklichkeit geworden sind. Dem nach der Legalisierung zu erwartenden Anstieg der offiziellen Abtreibungszahlen folgte eine längerfristige Stabilisierung (USA) oder sogar ein leichter Rückgang (Bundesrepublik). Das französische Beispiel lehrt zudem, daß selbst materielle und formelle Erleichterungen des Zugangs zur Abtreibung mit rückläufigen Abtreibungszahlen einhergehen können (Abbildung 8.5).

8.4.5 Zusammenfassung

Löst man sich von allen Details und konzentriert sich auf die markantesten länder- und phasenspezifischen Unterschiede der Konfliktdynamik, so bleiben zwei Befunde festzuhalten, die es im Kapitel 10 zu erklären gilt:

1. In allen drei Ländern finden wir bis zu den ersten Reformentscheidungen eine ähnlich starke außerparlamentarische Mobilisierung, wobei das Gesetz des Handelns zunächst bei den Reformkräften und namentlich den neuen Frauenbewegungen lag. Einer sehr weitgehenden Reform durch das Verfassungsgericht in den USA standen begrenzte Reformen in Frankreich und der Bundesrepublik gegenüber, die aus Kompromissen zwischen den Parteien hervorgegangen waren. Allerdings wurde in der Bundesrepublik das Reformergebnis durch das Verfassungsgericht eingeschränkt.

2. Nach den Reformen kam es zu divergierenden Entwicklungen. In den USA vollzog sich eine wachsende, in keinem anderen Land erreichte Mobilisierung beider Konfliktparteien. Sie ist verbunden mit einer scharfen Polarisierung, die von den politischen Parteien nicht gemäßigt und kanalisiert werden konnte und damit den Policy-Zyklus ungeschlossen läßt. Im Resultat ergab sich eine schrittweise Restriktion des Abtreibungsrechts. Dagegen ist in Frankreich und der Bundesrepublik eine Pazifizierung des Konflikts durch den parlamentarischen Prozeß und das Reformergebnis selbst festzustellen. In späteren Phasen, als der Streit - weitgehend aufgrund externer Anlässe - wieder auflebte, spielten die außerparlamentarischen Kräfte nur noch eine geringe, die Parteien dagegen die zentrale Rolle. Hierbei

oder mäßig restriktiven Regelungen teilweise deutlich darüber liegen (zum Beispiel die Bundesrepublik mit rund 23 Abbrüchen) (Eser/Koch 1991: 51). Auch Ketting/van Praag (1985: 144) kommen in ihrer gründlichen Untersuchung zu dem Fazit: "Es besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Maß an Restriktivität bzw. Permissivität und der Häufigkeit des Schwangerschaftsabbruchs."

wurde die Debatte vor allem durch die Suche nach tragfähigen Kompromissen bestimmt. Die radikalen Kräfte auf beiden Seiten blieben eine Randerscheinung und konnten das Geschehen nicht beeinflussen. Zwar steht in der Bundesrepublik ein neu zu fassendes Gesetz noch aus, doch kann hier wie in Frankreich von einem (nahezu) abgeschlossenen Konflikt gesprochen werden. Er führte in der zweiten Reformphase zu einer weiteren Liberalisierung des Abtreibungsrechts, das jedoch noch immer restriktiver als in den USA bleibt.

In der Gesamttendenz ist die Liberalisierung der Abtreibung Ausdruck einer umfassenden und langfristigen Säkularisierungstendenz. Hierbei geht es, ganz im Sinne des hier vertretenen Modernisierungskonzepts, um Ich-Zentrierung, die Abwehr von kirchlicher und staatlicher Bevormundung sowie um die Trennung von Recht und Moral.

Kapitel 9

Der Konflikt um die zivile Nutzung der Atomenergie

9.1 Zur politischen Bedeutung und sozialwissenschaftlichen Bearbeitung des Konflikts

Ähnlich wie das Abtreibungsthema für die neue Frauenbewegung bildete die zivile Nutzung der Atomenergie einen Brennpunkt für die Ökologiebewegung. Allerdings handelte es sich hierbei um ein neues Thema, dessen konfliktträchtiger Charakter nicht auf der Hand lag. Die vorherrschende Sichtweise, der zufolge die zivile Nutzung der Atomenergie rundweg als ein Fortschritt galt (Boyer 1985: 107ff; Gamson/Modigliani 1989), mußte erst in einem mühsamen Deutungs- und Politisierungsprozeß als problematisch dargestellt werden. Anders als im Fall der Abtreibung konnte bei der Atomenergie nicht an konkreten lebensweltlichen Erfahrungen und Betroffenheiten angeknüpft werden. Die Gefahren der Atomenergie wurden anfangs nur in statistischen Risikoberechnungen und Behauptungen über schleichende, zunächst weitgehend unsichtbare Auswirkungen auf die Umwelt bewußt zu machen versucht. Gleichwohl gelang es den Anti-Atomkraftbewegungen in vielen Ländern, ihr Thema auf die politische Agenda zu bringen, teilweise sogar Regierungen und eine mächtige Industrie- und Wissenschaftslobby zur Umkehr zu zwingen. Ebenso wie beim Streit um die Abtreibung stellt sich die Frage, warum das Thema Atomenergie erst Anfang der 1970er Jahre stark politisiert wurde, erfolgte doch die Einführung der zivilen Atomenergie wesentlich früher.

Zu Beginn der kommerziellen Atomenergienutzung, deren Technologie lediglich ein Abfallprodukt militärischer Anwendung darstellt (Boyer 1985), war nur wenig über die technischen, ökonomischen und ökologischen Aspekte dieser Art der Energieumwandlung bekannt. Und was bekannt war, entstammte im wesentlichen den Werbeproschüren von Atombehörden und Betreibergesellschaften von Atomkraftwerken.

Gerade weil der Vorgang der Kernspaltung direkt mit der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki assoziiert wurde und dieser Konnex auch in

entsprechenden Umfragen der 1950er und 1960er Jahre zum Ausdruck kam¹, bemühten sich die Promotoren² der zivilen Nutzung der Atomenergie darum, deren Vorteile in den leuchtendsten Farben zu schildern. Einen Auftakt hierzu bildete die von Präsident Eisenhower 1953 eingeläutete Kampagne *Atoms for Peace*, welche die schreckliche Kehrseite der Atomspaltung vergessen machen sollte (Clarfield/Wiecek 1984: Kap. 7). Die nukleare Energiegewinnung galt als problemlos, billig und unerschöpflich. Ein "goldenes Zeitalter" wurde versprochen (Boyer 1985: 137). Wie schon in früheren Visionen war davon die Rede, atomgetriebene Autos und Flugzeuge zu entwickeln (ebd., S. 115; Atomenergie 1955: 13). Im Hinblick auf die Versorgung der Haushalte in den USA wurde vorausgesagt, die Atomenergie komme so billig, daß es sich nicht lohne, den Verbrauch überhaupt zu messen und abzurechnen ("too cheap to meter"³). Als in Frankreich die ersten Kühltürme von Atomkraftwerken in den Himmel ragten, priesen beispielsweise Journalisten ihre "unleugbare Schönheit" (*Midi-Libre* 19.2.1958) und stellten Vergleiche mit den Kathedralen des Mittelalters an. Zwar gab es vereinzelt Bedenken und Widerstand, doch erschien dies als eine Verirrung der ewig Gestrigen, die man getrost ignorieren könne.

Dieses Bild von den Vorzügen der Atomenergienutzung hat sich im Verlauf der 1970er Jahre grundlegend geändert. Der Atomkonflikt entwickelte sich in mehreren Ländern zu einer der wichtigsten innenpolitischen Streitfragen. Hunderttausende beteiligten sich an Protestaktionen; zuweilen kam es zu bürgerkriegsartigen Szenen; Referenda wurden abgehalten; Gerichte, Parlamente und Untersuchungskommissionen befaßten sich ausgiebig mit dem Thema; Parteien zerstritten sich intern über die Frage, Regierungen zerbrachen daran; Milliardenvorhaben wurden gestoppt, fertige atomare Anlagen nicht in Betrieb genommen; der Konflikt löste grundlegende Debatten über Fortschrittskonzepte und politische Verantwortung aus. Wahrscheinlich hat noch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte eine neue Technik derart erbitterten und breiten Widerstand hervorgerufen. Es handelt sich somit um alles andere als einen nachrangigen Streit.

¹ Für die Bundesrepublik vgl. Dube (1988).

² Anfangs konzentrierten sich sechs Länder, die vier Atommächte (USA, UDSSR, Großbritannien und Frankreich) sowie Kanada und Schweden, unabhängig voneinander auf die Entwicklung ziviler Atomreaktoren. Auch Schweden hatte - wengleich verdeckt - militärische Ambitionen, während Kanada 1945 definitiv auf die Entwicklung von Atomwaffen verzichtete. Zu Reaktorentwicklung im internationalen Vergleich siehe Nau (1974) und Rüdig (1988).

³ So das berühmte Zitat aus einer Rede von Lewis Strauss, dem damaligen Präsidenten der *Atomic Energy Commission*, am 16.9.1954 (zit. nach Ford 1982: 50).

Allerdings zeichneten sich in einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Verläufe und Ergebnisse des Konflikts ab, wie die drei nachfolgenden Fall-darstellungen verdeutlichen. Im wesentlichen gestützt auf die vorhandene Literatur, partiell aber auch auf eigene Recherchen und Erhebungen, biete ich zunächst eine weitgehend deskriptive Darstellung der drei Fälle und dann einen Vergleich der länderspezifischen Konfliktverläufe. Erst das nachfolgende Kapitel 10 zielt auf einen Interpretations- und Erklärungsversuch der unterschiedlichen Dynamiken und Ergebnisse des Konflikts.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Atomkonflikts ist es nicht erstaunlich, daß hierzu eine Fülle breit ausgreifender, aber auch auf Einzelaspekte zentrierter Studien existiert. Für die USA liegen zahlreiche Aufsätze vor, jedoch keine umfassende und detaillierte Monographie. Allerdings wurde der US-amerikanische Konflikt in mehreren vergleichenden Studien einbezogen (siehe unten). Einschlägige Arbeiten zu Frankreich stammen von Fagnani/Nicolon (1979), Touraine et al. (1980), Chafer (1982) und Rucht (1994), zur Bundesrepublik von Kitschelt (1980), Rucht (1980), Radkau (1983), Meyer (1981) und Wagner (1994). Mehrere Studien zum Atomkonflikt beziehen sich auf eine ganze Reihe von Ländern, verfahren jedoch nicht oder nur in Ansätzen komparativ (z.B. Mez 1979; Thom 1979; Falk 1986; Hatch 1986). Vergleichende Arbeiten zur Energiepolitik in den EG-Ländern unter besonderer Berücksichtigung der Atomenergie bieten Mez et al. (1981) und Alber/Fritsche (1991).⁴ Am umfassendsten und aktuellsten informiert der "world survey of opposition to nuclear energy" von Rüdig (1990), der zudem explizit verschiedene Erklärungsansätze zu Aufkommen und Stärke von Anti-Atomkraftbewegungen diskutiert. Daneben existieren einige mehr oder weniger systematisch vergleichende Studien, die zumindest eines der drei hier untersuchten Länder einschließen.⁵ Eine Vorarbeit zu diesem Kapitel bildet der Aufsatz von Rucht (1990).

⁴ Siehe auch die ländervergleichende Studie zur Energiepolitik von Lucas (1985).

⁵ So Surrey/Huggett (1976) zu den USA, der Bundesrepublik, Frankreich, Schweden und Japan; Barkenbus (1984) zu Frankreich und den USA; Kitschelt (1983; 1986) zu den USA, Schweden, Frankreich und der Bundesrepublik; Nelkin/Pollak (1980; 1981), Fach/Simonis (1987), Kiersch/von Oppeln (1983) und von Oppeln (1989) zu Frankreich und der Bundesrepublik; Jasper (1990) zu den USA, Schweden und Frankreich; Joppke (1993) zu den USA und der Bundesrepublik und schließlich die Beiträge in Flam (1994) zu acht europäischen Ländern.

9.2 Der Atomkonflikt in den USA

9.2.1 Die Ausgangslage

Die USA hatten zumindest seit den 1940er Jahren einen hohen Energieverbrauch⁶, verfügen aber zugleich über umfangreiche und relativ billige Energiequellen wie Kohle, Öl, Gas und Wasserkraft. Somit gab es keinen starken ökonomischen Anreiz für die zivile Nutzung der Atomenergie. Allerdings war durch die forcierte Entwicklung atomarer Waffen das technische Know how für die Kernspaltung frühzeitig verfügbar. Zudem bestand auf wissenschaftlicher und technisch-industrieller Ebene ein nachhaltiges Interesse an der zivilen Entwicklung der Atomenergie (Weart 1988: 168ff.; Mazuzan/Walker 1985: Kap 1). Dieser Drang fand ab 1953 eine politische Rückendeckung durch Präsident Eisenhowers Entscheidung zum Bau eines zivilen Reaktors⁷ und seine *Atoms for Peace*-Kampagne, die Aufhebung des Informationsembargos zur technisch-industriellen Kernspaltung (1954), den *Atomic Energy Act* (1954), welcher der Industrie die Produktion ziviler Reaktoren erlaubte, und schließlich die Genfer UN-Konferenz (1955) - eine groß angelegte und euphorische Werbeveranstaltung für die weltweite Nutzung der Atomenergie (Goldschmidt 1980: 270-75).⁸

Nicht nur in den USA stieß jedoch der Tatendrang von Wissenschaftlern, Technikern und Industrie auf nur mäßiges Interesse der Energieversorgungsunternehmen. Diese waren in den USA aufgrund der Anti-Trust-Gesetzgebung seit den 1930er Jahren zersplittert⁹ und deshalb nicht so finanzkräftig, hatten einen eher kürzeren Zeithorizont vor Augen und zogen verlässliche Rentabilitätsberechnungen bloßen Versprechungen vor. Wenige

⁶ Der Energieverbrauch pro Kopf (nur kommerzielle Energie in kg Öleinheiten) betrug im Jahr 1960: USA 5.863, Frankreich 1.064, Bundesrepublik 2.645; im Jahr 1990: USA 7.918; Frankreich 3.637; Bundesrepublik 4.438.

⁷ Die ersten Reaktoren dienten der Erzeugung von Plutonium für die Produktion von Atombomben. Den unmittelbaren technischen Vorläufer für zivile Atomkraftwerke bildeten Reaktoren zum Antrieb von U-Booten. Anstelle eines weiteren Projekts zum Antrieb von Flugzeugträgern fiel 1953 die Entscheidung zugunsten eines zivilen Reaktors (Goldschmidt 1980: 258).

⁸ Auf einer weiteren Konferenz wurde 1956 die Bildung einer internationalen Kontrollorganisation für die friedliche Nutzung der Atomenergie (IAEO) vereinbart und diese 1958 in Wien etabliert. Erst fünf Jahre später gaben die Sowjets ihren Widerstand gegen entsprechende Kontrollen auf ihrem Territorium auf (Goldschmidt 1980: 134f.).

⁹ Diese Situation verlängerte sich bis in die Gegenwart. Um die Mitte der 1980er Jahre stammten 78 Prozent der Energieversorgung in den USA von 210 privaten Unternehmen (Rudolph/Ridley 1986: 18).

Jahre nach dem 1953 begonnenen Demonstrationsprogramm der *Atomic Energy Commission* (AEC) zur Entwicklung ziviler Reaktoren ließ die Euphorie auch bei anderen Akteuren nach. Technische Schwierigkeiten, Unfälle, die antizipierten Verheerungen bei möglichen Katastrophen¹⁰ und der unterschätzte finanzielle Aufwand traten in den Vordergrund. In den 1960er Jahren schritt der Ausbau der Atomenergie zunächst nur relativ langsam voran.¹¹ 1963 waren nur drei Reaktoren zwischen 100 und 200 MWe in Betrieb und keine weiteren in Bau.

Sehr bald, nicht zuletzt aufgrund flankierender staatlicher Anreize, gelang jedoch der Durchbruch zugunsten der Atomenergie. In einer ersten Welle 1966/67 wurden 50 Reaktoren bestellt; 1969 bestanden bei den Energieversorgern bereits Pläne zum Bau von 100 Reaktoren an 40 Orten. Nun schien es, als würde die Atomenergie langfristig den Hauptanteil an der Stromversorgung übernehmen. Beflügelnd wirkten zudem die Aussichten auf Lizenzvergaben bzw. den Export von Atomkraftwerken in westliche Industriestaaten und neue Schwellenländer.

Obgleich durch die zwischen 1965 und 1969 bestellten Reaktoren die Zahl der in ihrem Umkreis lebenden Menschen von 14 auf 37 Millionen hochschnellte (Mitchell 1981: 77), konnte bis in die späten 1960er Jahre von einem überregional bedeutsamen und grundsätzlichen Widerstand gegen Atomkraftwerke keine Rede sein. Allerdings kam es bereits in den 1950er Jahren zu vereinzelt, erfolglosen Bürgerprotesten.¹² Im folgenden Jahrzehnt gelang es sogar, drei Reaktorprojekte zu verhindern.

¹⁰ 1957 wurde ein im Auftrag der AEC erstellter Bericht (Wash-740, "Brookhaven Report") veröffentlicht, der die Folgen des größten anzunehmenden Reaktorunfalls abschätzte. Unter der Annahme der damals üblichen sehr kleinen Reaktoren und einer Entfernung von 30 Meilen zu dichter besiedelten Räumen kam der Bericht zu dem Schluß, man müsse mit 3.400 Toten, 43.000 Verletzten, 150.000 Quadratmeilen verseuchten Geländes und sieben Milliarden Dollar Schaden rechnen (Myers 1977: 90f.). Eine aktualisierte Fassung dieses Berichts aus dem Jahr 1965 ging - unter "höchst unwahrscheinlichen Voraussetzungen" - von wesentlich schlimmeren Unfallfolgen aus (45.000 Tote), wurde jedoch als "niemals beendeter Entwurf" deklariert und erst 1973 veröffentlicht, nachdem bereits Teile des Berichts Kritikern der Atomenergie bekanntgeworden waren.

¹¹ 1964 bestand weltweit eine Kapazität von lediglich 5.000 MWe, die auf zumeist kleinen Atomreaktoren mit 100 bis 200 MWe beruhte (Goldschmidt 1980: 276).

¹² Zu nennen sind hier einmal vorwiegend von Gewerkschaften und internen Kritikern der AEC getragene Proteste gegen den Enrico Fermi-Reaktor nahe von Detroit (Mitchell 1981: 76; Leahy/Mazur 1978: 145), wo es 1966 beinahe zu einer Katastrophe gekommen wäre - ein Sachverhalt, der damals von Betreibern und Behörden heruntergespielt wurde. Weitere lokale Proteste organisierte das *Committee for Nuclear Information* in St. Louis ab 1958 (Novick 1971: 186; Radkau 1983: 436). Hieran war der später bekanntgewordene Energieexperte Barry Commoner beteiligt, der 1956 die Zeitschrift *Scientist and Citizen* mitinitiierte. Schließlich wird in der Literatur auf eine nicht näher beschriebene Demonstration gegen den Shippingport-Reaktor bei Pittsburgh im Jahr 1957 und Proteste

Ein erstes Vorhaben in Bodega Head in der Region von San Francisco wurde nach vierjähriger, intensiver Diskussion im Jahr 1964 aufgegeben, da der vorgesehene Bauplatz in der Nähe eines hochgradig erdbebengefährdeten Gebiets liegt (Novick 1971: 38ff.; Caldwell/Hayes/McWirther 1976: 190ff.; Meehan 1984). Bemerkenswert an diesem Konflikt war, daß mit dem *Sierra Club* erstmals eine große Umweltorganisation gegen ein solches Projekt Stellung bezog, allerdings vorrangig die Ortswahl und weniger das Vorhaben als solches kritisierte. Aus ganz ähnlichen Gründen, und wiederum unter Beteiligung des *Sierra Club*, scheiterte nach jahrelangem Tauziehen ein geplanter Reaktor im Corral Canyon bei Malibu, der 1963 beantragt, 1967 von der AEC abgelehnt und, nach Eingabe eines revidierten Antrags, 1970 endgültig aufgegeben wurde (Rüdig 1990: 111). Schließlich wurde ein Reaktorprojekt in Ravenswood am New Yorker East River Anfang 1965 nach dreijährigen Auseinandersetzungen annulliert (Novick 1971: 61ff.; Mazuzan 1986). Ausschlaggebend waren hier die vom Stadtrat, zwei Bürgerinitiativen und dem *Scientists' Committee for Radiation Information* vorgebrachten Sicherheitsbedenken angesichts der Bevölkerungsmasse in nächster Umgebung des geplanten Reaktors, aber auch der Widerstand eines früheren Präsidenten¹³ der AEC sowie Skepsis innerhalb der Expertengruppen der AEC.

An weiteren Kraftwerkstandorten in Oregon, Vermont und Florida hatte die Kritik von Bürgern immerhin technische Veränderungen, etwa Verbesserungen des Kühlsystems, zur Folge.¹⁴ Schließlich regten sich bereits ab Ende der 1950er Jahre Widerstände gegen das Absenken radioaktiver Abfälle im Golf von Mexiko und gegen ein analoges Vorhaben in Cape Cod bei Boston, wo zudem ein "Nuklearkamp" mit mehreren Reaktoren und einer Wiederaufarbeitungsanlage geplant war. Dieses Projekt wurde vor allem durch die Intervention von lokal ansässigen Fachwissenschaftlern sowie Bedenken der Gewerkschaften und der Tourismusbranche zu Fall gebracht (Rüdig 1990: 113).

Insgesamt blieb es jedoch bei diesen wenigen, auf den lokalen Aktionsraum beschränkten Konflikten. Im allgemeinen wurden Atomkraftwerke in dieser Phase als Symbole des Fortschritts begrüßt oder zumindest stillschweigend geduldet, während die Kritik einzelner Wissenschaftler wie John Gofman, Arthur Tamplin und Ernest Sternglass, welche vor allem auf

gegen einen Versuchsreaktor bei York in Pennsylvania ab dem Jahr 1959 hingewiesen (Rüdig 1990: 110). In allen Fällen hatte der Protest keine nachhaltigen Effekte.

¹³ David E. Lilienthal, vormals erster Präsident der AEC, war inzwischen Sprecher der Kohleunternehmen geworden und bezeichnete im Kongreß das nationale Atomprogramm als fehlgeleitet, teuer und gefährlich (Goldschmidt 1980: 291). Bemerkenswert ist das Maß an Skepsis und Sarkasmus gegenüber den Plänen der Atomwirtschaft, das bei Lilienthal (1963) zum Ausdruck kommt.

¹⁴ Vgl. Caldwell/Hayes/McWirther (1976: 204ff.) zum Konflikt in Oregon sowie Ebin/Kasper (1974: 90ff.), Price (1982: 93ff.) und Rüdig (1990: 127f.) zum Konflikt in Vermont.

die Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung hinwiesen, nahezu ungehört blieb.

9.2.2 Formierung der Anti-Atomkraftbewegung und Boomphase der Atomindustrie

In den späten 1960er Jahren begannen sich Stimmen gegen den Ausbau der Atomenergie zu häufen.¹⁵ Mitchell (1981: 77) spricht nun, nach der ersten Phase einer elitenbestimmten fachlichen Auseinandersetzung, von einer zweiten Phase des legalen Protests, "when opposition to nuclear power plants crystallized and the anti-nuclear movement assumed a mass social character". Nelkin (1982: 3) zufolge entstand in den folgenden Jahren die Anti-Atomkraftbewegung als eine Graswurzelbewegung aus drei Komponenten: (1) lokale Bürgerinitiativen, die sich gegen die Ansiedlung von Kraftwerken zur Wehr setzten; (2) Wissenschaftler, die Sicherheitsstandards und Genehmigungsverfahren zu beeinflussen suchten; (3) *legal action groups*, die zusammen mit Umweltschützern technische und prozedurale Fragen vor die Gerichte brachten. Charakteristisch für diese Phase war ein legalistischer und reformistischer Ansatz. Das Gros der Aktivisten stammte aus den Mittelschichten und mittleren Altersgruppen (Mitchell 1981: 77). Lokale Bürgerinitiativen und *legal action groups* waren untereinander noch kaum verbunden.¹⁶ Anders verhielt es sich bei den wissenschaftlichen Kritikern der Atomenergie. Neben einzelnen Nuklearmedizinern und Biologen, die bereits frühzeitig vor Gefahren gewarnt hatten, ist hier vor allem die 1969 in Massachusetts gegründete *Union of Concerned Scientists* (UCS) zu nennen.¹⁷ Sie hatte sich zunächst stärker auf die militä-

¹⁵ Zu nennen sind hier besonders die Artikelserie von Gofman und Tamplin im Jahr 1969 und ihre Bücher von 1970 und 1971, weiterhin *The Careless Atom* von Novick (1969), *Perils of the Peaceful Atom* von Curtis/Hogan (1969), *Nuclear Dilemma* von Gene (1970) und *Energy* von Holdren/Herrera (1971).

¹⁶ Eine Ausnahme bildete die regionale *New England Coalition on Nuclear Pollution* (Nelkin/Fallows 1978: 280).

¹⁷ Die Anstöße zur Gründung der Vereinigung entsprangen der Kritik an der Militärforschung in den Universitäten (Pringle/Spiegelman 1982: 543). Die UCS argumentierte, die Atomenergie sei noch nicht genügend ausgereift, um sie in großindustriellem Maßstab zu nutzen. Daraus ergab sich insbesondere die technische Kritik an Kühl- und Sicherheitssystemen (Downey 1988) sowie die Forderung nach einem Moratorium zur Atomenergie. Später spielte auch das Problem der Proliferation eine große Rolle. Die Organisation hat sich inzwischen etabliert. Sie unterhält zwei Büros in Cambridge, Mass. und Washington, D.C., und stützte sich um 1990 auf einen Stab von rund 35 be-

rische Forschung konzentriert. Zur zivilen Nutzung der Atomenergie vertrat die UCS offiziell keine ablehnende, aber doch eine skeptische Position (Perez-Diaz 1979: 500). Mit ihrer kritischen Studie zu den Notkühlsystemen von Atomreaktoren gelangte die zunächst eher unbedeutende Organisation im Sommer 1971 schlagartig in die Medien (Del Sesto 1979: 169). Durch ihre Beteiligung an zahlreichen Genehmigungsverfahren trug sie entscheidend zur Verbesserung von Sicherheitsstandards bei.¹⁸ Die Kritik an der Atomtechnik, die auch von Wissenschaftlern renommierter Universitäten vorgetragen wurde¹⁹, konnte nicht einfach wie in manchen anderen Ländern als Panikmache abgetan werden.

Bis 1969 war es nur an wenigen Standorten, darunter bei Minneapolis²⁰ und am Cayuga Lake,²¹ zu signifikanten lokalen Protesten gekommen. Danach war nahezu jedes Reaktorprojekt mit zumindest lokalem Bürgerprotest konfrontiert. Dieser erlangte eine sehr unterschiedliche Breite und Intensität (Lewis 1972). Zwischen 1966 und 1971 wurden in 24 von 74 Hearings Einwendungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorgebracht, wobei ihre Zahl gegen Ende dieser Periode stark angewachsen war (Pringle/Spigelman 1982: 367). In 14 Verfahren spielten Fragen der lokalen Wärmebelastung und damit verbundener Auswirkungen ("thermal pollution") für die zur Kühlung vorgesehenen Gewässer eine Rolle (Rüdig 1990: 126) - ein Aspekt, der später aufgrund anderer technischer Lösungen in Form von Kühltürmen in den Hintergrund trat. Vergeblich sehnten sich Politiker in den zuständigen Kontrollgremien nach den Zeiten zurück, in denen Antragsteller und Vertreter der Aufsichtsbehörden in Genehmigungsverfahren weitgehend unter sich blieben und das Ergebnis in einer lapidaren Pressemitteilung verkündet werden konnte. Das Unverständnis über die gewandelten Bedingungen spiegelt die Frage eines Kongreßabgeordneten und verantwortlichen Mitglieds des einflußreichen *Joint Committee on Atomic*

zahlten Mitarbeitern.

¹⁸ Zur Sicherheits- und Regulierungsdebatte vgl. insbesondere Okrent (1981).

¹⁹ Darunter waren z.B. Henry W. Kendall vom Massachusetts Institute of Technology, Daniel Ford von der Harvard University und Dean E. Abramson von der University of Minnesota.

²⁰ Ab 1967 formierte sich lokaler Protest gegen zwei Reaktorprojekte bei Minneapolis (Les Amis 1975: 27f.; Radkau 1983: 436; Rüdig 1990: 128). Argumente dieser Kontroverse spiegelt der Diskussionsband von Foreman (1970).

²¹ Gegen das Projekt der Bell Station entwickelte sich ab 1967 eine Opposition, in der vor allem Wissenschaftler der nahegelegenen Cornell University eine wichtige Rolle spielten (Nelkin 1971). Hauptkritikpunkte waren zunächst Probleme der Reaktorkühlung, dann die Frage radioaktiver Emissionen. Im April 1969 wurde das Projekt vorläufig und im Juli 1973 endgültig aufgegeben (Camilleri 1984; Nelkin 1971; 1979).

Energy (JCAE)²²: "Warum müssen wir diese Hearings überhaupt haben? Warum können wir das nicht diskret abwickeln?" (Lewis 1972: 263).

Die Kritiken blieben nicht ganz ohne Wirkung, auch wenn sie in dieser Phase den Ausbau der Atomenergie nicht wirklich blockierten, sondern lediglich verzögerten.²³ Die meisten Anstrengungen richteten sich auf die Verbreitung kritischer Informationen zur Atomenergie sowie Interventionen bei Genehmigungsverfahren und Gerichten.²⁴ So konnte in der juristischen Auseinandersetzung um ein Kraftwerk in Palisades am Michigan Lake 1971 ein verbesserter Schutz gegen Radioaktivität und der Bau von Kühltürmen (anstatt der direkten Kühlung in Gewässern) erstritten werden (Les Amis 1975: 277). In Einzelfällen wie dem Monticello-Projekt wurde auch der *Supreme Court* bemüht (Gyorgy et al. 1979: 21). Einen wichtigen Teilerfolg bedeutete die *Calvert Cliffs*-Entscheidung in Maryland vom Juli 1971, die zu Recht als Meilenstein des antiatomaren Protests bezeichnet wird (Lewis 1972: 259). Demnach müssen die Umweltverträglichkeitsprüfungen, die der *National Environmental Act* von 1970 vorschrieb, auch auf Reaktorprojekte angewandt werden (Price 1982: 7). Somit mußte für 63 Genehmigungsverfahren, die insgesamt 91 geplante und fünf bereits laufende Reaktoren betrafen, die Prozedur nachgeholt werden. Dies bedeutete nicht nur eine Verzögerung von zwei bis drei Jahren, sondern auch einen erheblichen nationalen Aufmerksamkeitswert. Ein weiterer wichtiger Teilerfolg bestand in der Ausdehnung der Klagerechte gegen Atomkraftwerke auf private Bürger, welche fortan ohne den unmittelbaren Nachweis persönlicher Betroffenheit vor Gericht auftreten konnten.

Binnen weniger Jahre wurde das uns heute geläufige Argumentationsspektrum der Kritiker ausgearbeitet und verbreitet. Es bezog sich auf die Gefahren nuklearer Katastrophen, schleichende Gesundheitsrisiken des Normalbetriebs von Atomkraftwerken, die Gefahr terroristischer Anschläge, Belastungen und Zerstörungen im Zusammenhang mit der Urangewinnung, Risiken atomarer Transporte, ungelöste Entsorgungsprobleme, die Unwirtschaftlichkeit von Atomkraftwerken, Interessenbindungen staatlicher Aufsichtsorgane, namentlich der *Atomic Energy Commission*, die auch im

²² Das Komitee war direktes Aufsichtsorgan der AEC und hatte sogar das Recht, Gesetzesvorhaben zu initiieren.

²³ In einem Bericht für das Unterkomitee Gesetzgebung des JCAE wird festgestellt, daß sich die durchschnittliche Zeit der Genehmigungsverfahren zwischen 1967 und 1971 von rund 10 auf rund 20 Monate verlängert habe (Lewis 1972: 264). Zum Teil werden die Verzögerungen auf Auflagen im Zusammenhang mit dem *National Environmental Policy Act* (1970) und *Water Quality Improvement Act* (1970) zurückgeführt.

²⁴ Interventionen bei Gerichten verlangten allerdings einen erheblichen finanziellen Aufwand. Nach Schätzungen aus den frühen 1970er Jahren verschlang eine gut vorbereitete Klage eine halbe Million Dollar (Mitchell 1981: 78).

Kongreß auf Kritik gestoßen waren, die Unterdrückung von Gegenexperten und unzureichende Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Die Kritik trug Früchte. Auf der prozeduralen Ebene waren den Bürgerinitiativen und Klägern in den Jahren 1974 und 1975 wichtige Teilerfolge beschieden. So wurden die vormals auf einen internen Zirkel beschränkten Sitzungen des *Advisory Committee on Reactor Safeguards* geöffnet und etliche kritisch gestimmte Kongreßabgeordnete rückten in das einflußreiche JCAE nach - ein Ergebnis der Kongreßwahlen vom November 1974. Ebenso wurden wichtige gesetzliche Vorhaben angestoßen²⁵ und vor allem mit dem *Energy Reorganization Act* von 1974 neue Richtlinien und eine Interessenentflechtung innerhalb der Aufsichtsbehörden durchgesetzt.²⁶ Dies ermöglichte eine verstärkte Beachtung von Sicherheitsfragen.²⁷

Etwa um 1974 hatten sich diese zunächst zum Teil isoliert voneinander entwickelten, fast durchweg in lokalen Auseinandersetzungen zur Geltung gebrachten Kritikstränge zu einem kompakten antinuklearen Syndrom verdichtet und Breitenwirkung erlangt. Ein spezieller Kritikpunkt war die Entstehung einer "Plutoniumwirtschaft".²⁸ Zur Verbreitung dieser Argumente trugen einerseits verschiedene jüngere Umweltorganisationen bei (*Friends of the Earth*²⁹, *Environmental Action Foundation*, *Natural Resources Defense Council*, *Environmental Policy Center*), später auch der traditionsreiche *Sierra Club*, welcher nach anfangs zögerlicher Haltung ebenfalls einen antinuklearen Kurs eingeschlagen hatte.³⁰ Bedeutsam war in diesem

²⁵ Hierzu gehörten insbesondere der *Federal Administration Act* (1974), der *Freedom of Information Act* (1974), der *Federal Nonnuclear Energy Research and Development Act* (1974), die Erweiterung des *Price Anderson Act* (1975) und der *Energy Policy and Conservation Act* (1974).

²⁶ Die AEC wurde in ihrer bisherigen Form aufgelöst. An ihre Stelle trat die *Energy Research and Development Administration* (ERDA) sowie eine davon unabhängige *Nuclear Regulatory Commission* (NRC) (Price 1982: 11). Gefordert wurde zugleich der ungehinderte Informationsfluß über Alternativen zur Atomenergie "to provide that free exchange and criticism which is essential to scientific and industrial progress and public understanding" (zit. nach Nelkin/Fallows 1978: 287).

²⁷ Beispielsweise veranstaltete die 1975 offiziell eingerichtete NRC im Folgejahr eine Serie von öffentlichen Hearings, um über die Risiken der nuklearen Energieerzeugung zu informieren (Nelkin/Fallows 1978: 283).

²⁸ Herausragende Wissenschaftler hatten 1975 im Auftrag des *National Council of Churches* einen Bericht mit Titel "Plutonium Economy" vorgelegt (Camilleri 1984: 80).

²⁹ Die 1969 gegründete Gruppe ging aus einer Abspaltung vom *Sierra Club* hervor. Sie stellte ein legislatives Reformprogramm zur Energiepolitik vor und propagierte eine Taktik, nach der Bürger direkt Mitglieder des Kongresses beeinflussen und kontrollieren sollten (de Bell 1970).

³⁰ Gegen das Projekt Bodega Head hatte der *Sierra Club* anfangs nur halbherzig Unterstützung gewährt. Erst ab 1971 nahm er eine klare oppositionelle Haltung zur Atomenergie ein. Wichtig auf diesem Weg waren die Publikationen *Nuclear Dilemma* von Gene

Zusammenhang zudem die Kampagne des Verbraucheranwalts Ralph Nader. Er hatte sich bereits als Kritiker der Kontrollbehörden und Genehmigungsverfahren hervorgetan³¹ und initiierte 1974 und 1975 eine bundesweite Konferenz unter dem Titel *Critical Mass* sowie das *Citizens' Movement to Stop Nuclear Power*, das allerdings in keiner Weise die lokalen Initiativen repräsentieren konnte.³² Zum anderen bewirkte die Erdölpreiskrise vom Herbst 1973 eine weitere Sensibilisierung der breiten Bevölkerung. Im Jahr 1974 stufte die Mehrheit der Bevölkerung zum ersten und einzigen Mal Energiefragen als wichtigstes Problem ein, mit dem die USA konfrontiert sind.³³ Price (1982: 9) zufolge entwickelten sich die antinuklearen Proteste zu einem "large-scale social movement with a distinct identity only after the devastating consequences of the 1973-1974 energy crisis".

Mehrere einzelne Ereignisse gaben der Anti-Atomkraftbewegung weiteren Auftrieb. Zu nennen ist hier einmal die Affaire Silkwood: der mysteriöse Tod einer Laborangestellten im Jahr 1974, die Aufzeichnungen und Enthüllungen über gefährlichen Umgang mit der Atomenergie an die Presse weiterleiten wollte. Auf dem Weg dahin wurde sie in einen Autounfall verwickelt; ihre Unterlagen blieben verschwunden. Zusätzliche Aspekte, die der antinuklearen Kritik Nahrung gaben, waren ein Bericht, dem zufolge das kalifornische *Diablo Canyon* Kraftwerk ausgerechnet in einem erdbebengefährdeten Gebiet gebaut werden sollte, das gefährliche Feuer im Kraftwerk *Brown's Ferry* 1975 (Clarfield/Wiecek (1984: 377) und eine skeptische Studie der angesehenen *American Physical Society* zur Reaktorsicherheit

Bryerton (1970) und *Energy* von Holdren/Herrera (1971) durch den Club. Bryerton war Mitglied von *Friends of the Earth*, Herrera gehörte dem *Sierra Club* an.

³¹ Nader war bereits um 1970/71 aufgrund der Publikationen von Gofman und Tamplin aktiv geworden. 1973 ging er zusammen mit *Friends of the Earth* mit juristischen Mitteln gegen rund 20 Reaktorprojekte vor (Mazur 1975; Jasper 1990: 120). Seine Kritik richtete sich vor allem gegen die mangelnde Bürgerbeteiligung in Genehmigungsverfahren sowie Struktur und Vorgehen der Aufsichtsbehörden, denen er Parteilichkeit und geheime Absprachen vorwarf (Del Sesto 1979: 202f.).

³² Mazur interviewte 1973 die Vertreter von 30 Gruppen, die angeblich eine "größere nationale Koalition gegen Atomkraftwerke" gebildet hatten (Leahy/Mazur 1978: 154). Diese *National Intervenors* genannte Allianz kommt meines Wissens in anderen Publikationen nicht oder nur am Rande vor (Perez-Diaz 1979: 501) und scheint demnach keine besondere Bedeutung besessen zu haben.

³³ Caplow et al. (1991: 541). Vgl. auch Yerrick/Todd (1989: 163) mit einer quantitativen Darstellung von Umfragedaten, Kongreßaktivitäten und Medienberichterstattung zur Energieproblematik. Entsprechende Gesetzesvorlagen und Resolutionen im Kongreß kulminierten 1974, 1977 und 1980. Die Medienberichterstattung erreichte 1977 einen deutlich herausgehobenen Spitzenwert.

Zunächst schien es, als sei der Atomenergie trotz des anhebenden Widerstands eine glänzende Zukunft beschieden. Zwischen 1971 und 1974 wurden in einer zweiten großen Welle zahlreiche weitere Reaktoren bestellt. Das summierte sich in den Jahren 1973 und 1974 zu den höchsten aggregierten Reaktorkapazitäten mit jeweils nahezu 39.000 MWe. Zugleich war 1972 der Anteil der nuklearen Kraftwerkskapazität mit 68 Prozent am Gesamtvolumen aller geordneten Kraftwerke am höchsten. Diese Entwicklung sollte sogar weiter forciert werden. So verlangte die Regierung Ford im Gefolge der Erdölpreiskrise von 1973 eine nationale "energy independence" und propagierte den beschleunigten Ausbau der Atomenergie. Diesen Vorstellungen zufolge sollten die USA um 1980 bereits über mehr als 200 und bis zum Jahr 2000 über 600 Atomkraftwerke verfügen (Nelkin/Fallows 1978: 278). Möglichen Bedenken wegen des wachsenden öffentlichen Widerstands und der - teils dadurch bedingten - Kostensteigerungen wurde mit der Option einer Standardisierung von Kraftwerken und der damit verbundenen Beschleunigung und Verbilligung des Kraftwerkbaus begegnet (Campbell 1988: 39f.). Einen Vorteil versprach auch der Fall der Uranpreise, die 1972 ein Tief erreichten.³⁴ Zudem bescheinigte ein mit großem Aufwand durchgeführter, später allerdings von Kritikern zerpfückter Sicherheitsbericht, der im August 1974 veröffentlichte sog. Rasmussen-Report (WASH- 1400), daß nur mit äußerst geringen Unfallrisiken zu rechnen sei. Die Grundlagen des Programms schienen also noch 1974 stabil und die Vorzeichen günstig. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 55 Reaktoren genehmigt und 180 weitere befanden sich in verschiedenen Stadien der Planung (Nelkin/Fallows 1978: 278).

9.2.3 Abstieg der Atomindustrie und Offensive der Anti-Atomkraftbewegung

Parallel zur Expansion der Atomenergie war auch die Anti-Atomkraftbewegung erstarkt und hatte Schritt für Schritt die ökonomische und politische Ausgangslage verändert. Obgleich die Bewegung keine fest gefügten bundesweiten Organisationen hervorgebracht und lokal kaum durchschlagende Erfolge aufzuweisen hatte, erwies sich doch ihre Konzentration auf

³⁴ Die Spotmarkt-Preise für Uran (in Dollar, inflationsbereinigt, Stand 1967) waren von 1960 (\$ 9,18) bis 1972 (\$ 5,30) nahezu kontinuierlich gefallen und stiegen, beginnend ab 1974 (\$ 9,82), in den Folgejahren auf über \$ 20 (Campbell 1988: 131). 1993 erreichte jedoch der Uranpreis aufgrund der schwachen Nachfrage einen neuen Tiefstand.

den legalistischen Protest und ihre Politik der permanenten Nadelstiche als effektiv. Ein pronuklearer Beobachter verglich die Atomindustrie mit Gulliver, der durch eine Vielzahl von Fäden, die kleine Gruppen von Fanatikern gesponnen hatten, am Boden festgehalten wird (Cook 1980: 111). Nach und nach hatte die Bewegung einen Glaubwürdigkeitsverlust der Betreiber- und Regierungsseite bewirkt, zu dem "Technodissidenten" erheblich beigetragen hatten (vgl. Fußnote 44). Ebenso erzielte sie eine Reihe institutioneller und prozeduraler Reformen, welche auf die bereits angedeutete Neuordnung von Kompetenzen in der Atompolitik und eine größere Objektivität des Genehmigungsverfahrens, die Erweiterung von bürgerschaftlichen Beteiligungsrechten (Nelkin/Fallows 1978) und juristische Auflagen³⁵ hinausliefen. Der entscheidende Punkt bestand jedoch in den dadurch mit bedingten Bauverzögerungen³⁶ sowie zusätzlichen Sicherheitsauflagen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, die zu einer erheblichen Verteuerung atomarer Kraftwerke beitrugen.

Aus den von Campbell (1988) zusammengestellten Daten lassen sich die verschlechterten Bedingungen für die US-amerikanische Atomindustrie ersehen. Zum ersten ergab sich parallel zum erstarkenden Widerstand der Anti-Atomkraftbewegung eine drastische Verlängerung der Zeitspannen, die für die Erlangung von Bau- und Betriebsgenehmigungen erforderlich waren. Diese Verlängerung war jedoch nur selten direkt den Einwendungen von Bürgern zuzuschreiben (Jasper 1990: 199).

Mit verlängerten Bauzeiten und Genehmigungsprozeduren sowie gestiegenen Sicherheitsanforderungen hatte sich der Kapitalbedarf sowohl absolut als auch in seiner zeitlichen Bindung erhöht. Die Aufwendungen für investoreigene Elektrizitätskraftwerke waren zwischen 1964 und 1973 von 3,6 auf 15 Milliarden Dollar pro Jahr gestiegen. Die jährliche Steigerungsrate der Realpreise für Atomkraftwerke betrug zwischen 1968 und 1977 durchschnittlich über elf Prozent und damit mehr als das Doppelte im Ver-

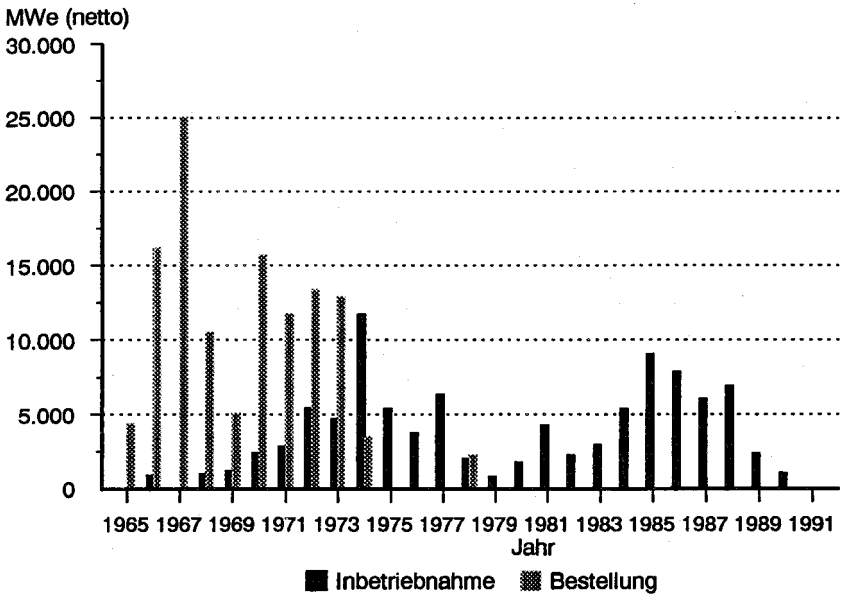
³⁵ Beispielsweise gab das Appellationsgericht von Washington, D.C., der Klage des *Natural Resources Defense Council* statt, der an der Genehmigung des Vermont Yankee-Reaktors bemängelte, daß kein Entsorgungsnachweis durch ein nukleares Endlager vorliege. Dieses Urteil bewirkte eine zweimonatige Aussetzung aller laufenden Genehmigungsverfahren, wurde aber vom *Supreme Court* kassiert und zur Entscheidung an untere Instanzen zurückverwiesen (Gyorgy et al. 1979: 393). Generell war allerdings der gerichtliche Weg für die Atomkraftgegner nicht sehr erfolgreich. Bei seiner Untersuchung von 58 Klagen gegen Atomprojekte, die in den 1970er Jahren vor Bundesgerichtshöfen verhandelt wurden, registrierte Wenner (1982) nur 13 teils später revidierte Erfolge der Kläger und kommt deshalb zu einem skeptischen Fazit, das vermutlich die mit diesen Verfahren verbundenen indirekten Effekte unterschätzt (Jasper 1990: 206).

³⁶ Die durchschnittlichen Bauverzögerungen hatten sich zwischen 1974 und 1986 von 20 auf 57,6 Monate verlängert (Joppke 1993: 214).

gleich zu Kohlekraftwerken (Campbell 1988: 96). Anders als in den meisten europäischen Staaten, wo gestiegene Baukosten durch verdeckte oder offene staatliche Zuschüsse bzw. eine Erhöhung der Strompreise aufgefangen werden konnten, schlugen in den USA langfristige Kapitalbindungen und unrealistische Kostenkalkulationen unmittelbar auf die wirtschaftliche Existenz der Stromerzeuger durch. Diese reagierten entsprechend sensibel.

Abbildung 9.1

**Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken
in den USA, 1965-1990**



Quelle: Jahrbuch der Atomwirtschaft (1991); CEA (1984)

Die Abkehr von der Atomenergie zeichnete sich bereits Mitte der 1970er Jahre ab und nahm geradezu dramatische Ausmaße an. Abbildung 9.1 zeigt den abrupten Rückgang der bestellten Nuklearkapazitäten ab 1974. (Die fortlaufenden Inbetriebnahmen gehen dagegen auf frühere Aufträge zurück.) Bis einschließlich 1974 waren 231, danach nur noch 15 Bestellungen für Atomkraftwerke (und keine nach 1978) aufgegeben worden (Campbell 1988: 3). Dieser drastische Kurswechsel ist, wie Vergleichszahlen zu Be-

stellungen fossiler Kraftwerke zeigen, nur teilweise auf die Korrektur von Prognosen des Energieverbrauchs zurückzuführen (ebd., S. 97).

Den abrupten Rückschlag für die Atomindustrie verdeutlicht zudem die Annullierung bereits vor 1975 getätigter Bestellungen. Dieser Rückzug mit einem Volumen von 81.700 MWe bezieht sich in der Phase von 1974 bis 1981 zu drei Vierteln auf nukleare Kraftwerke. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand er in der Einstellung einer Reihe bereits begonnener Bauprojekte, die als Investitionsruinen die Krise der Atomwirtschaft sinnfällig verkörperten. Hinter diesen Zahlenangaben verbirgt sich ein Erdbeben. Wohl noch nie zuvor hatte ein Hochtechnologiebereich, hinter dem machtvolle Interessenten standen, binnen weniger Jahre einen so steilen Fall erlebt. Im Unterschied zu vorangegangenen Krisenperioden sollte sich dieses "dritte Eiszeitalter" der Atomenergie als dauerhaft erweisen.³⁷

Die Anti-Atomkraftbewegung konnte die ab 1975 grundlegend veränderte Situation noch nicht erkennen. Zum ersten war der Industrie nicht daran gelegen, ihre Einbrüche bekanntzumachen. Zum zweiten war um 1975/76 noch nicht absehbar, ob es sich nur um eine vorübergehende Krise handeln würde. Insbesondere waren die langfristigen Szenarien zur atomaren Energieversorgung in dieser Phase noch nicht zurückgenommen worden. Schließlich, und dies ist wohl ausschlaggebend, sahen sich die Bürger an vielen Orten noch über Jahre hinaus mit geplanten bzw. bereits begonnenen Bauvorhaben und anstehenden Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke konfrontiert, die aus weiter zurückliegenden Entscheidungen resultierten. Aus der Sicht der nun an vielen Orten entstandenen Initiativen ergab sich eher der Eindruck, daß sich die bisherigen Versuche zum Stopp der Atomenergie als nicht sehr erfolgreich erwiesen hatten. Immerhin war von 1970 bis einschließlich 1975 für 60 Atomkraftwerke die Baugenehmigung und für 37 die Betriebsgenehmigung erteilt worden.

Die atomkritischen oder grundsätzlich gegen Atomenergie eingestellten Gruppierungen hatten sich in der Phase ihrer Formierung und Konsolidierung weitgehend auf die Ausschöpfung des verfahrensförmigen und gerichtlichen Widerstands verlegt. Größere Demonstrationen, etwa eine Veranstaltung in New York City im Jahr 1975 zum Jahrestag des Todes von Karen Silkwood, bildeten in dieser Periode ein Ausnahme.³⁸ Allerdings

³⁷ Heimann (1976: 93f.) spricht von drei Eiszeiten: den Stagnationsphasen (1) der späten 1950er und frühen 1960er Jahre und (2) von 1966 bis 1970 sowie (3) der zum Zeitpunkt seiner Äußerung erst einsetzenden dritten Eiszeit ab 1975.

³⁸ "These forms of political activity were almost totally absent in the nuclear conflict before 1976, and even then they were not primarily carried out by 'local' populations. Local opposition in the US never really ventured beyond the frames of 'conventional' activity within the existing administrative, legal, and political framework." (Rüdiger 1990:

nahm der Druck auf das politische Entscheidungssystem zu. Bis Februar 1976 waren bereits rund 50 atomkritische Gesetzesvorlagen in 24 Einzelstaaten vorgelegt worden, von denen sich jedoch die wenigsten als erfolgreich erwiesen (Jasper 1990: 206). Nach ersten Referenda im Jahr 1974, die den Atomkraftgegnern beachtliche Stimmenanteile, aber keine Siege brachten (Gyorgy et al. 1979: 384), wurden allein 1976 acht Referenda abgehalten, von denen sieben scheiterten (Clarfield/Wiecek 1984: 378; Wenner/Wenner 1978).³⁹ Allerdings erlangte das von der *California Nuclear Safeguard Initiative* eingeleitete Referendum eine erhebliche massenmediale Aufmerksamkeit (Office of Technology Assessment 1984: 212). Die Auseinandersetzung um ein weiteres - ebenfalls erfolgloses - Referendum in Kalifornien (*Proposition No. 15*) hatte immerhin den indirekten Effekt, daß das kalifornische Parlament die Genehmigungsstandards für Atomreaktoren verschärfte und ein Moratorium beschloß, solange das Abfallproblem nicht gelöst ist (Nelkin/Fallows 1978: 284). Ganz generell fanden in dieser Phase die Forderung nach einem Moratorium und der Hinweis auf die ungelöste atomare Entsorgung große Resonanz.⁴⁰

Vor allem im Vorfeld der Referenda war zunehmend auch die Gegenseite aktiv geworden. Unterstützt durch Energieversorger und Atomindustrie hatten sich Gruppen wie das *Committee on Jobs and Energy* in Kalifornien, *Environmentalists for Full Employment* in New York State und die *New Hampshire Voice of Energy* in den Konflikt eingeschaltet (Useem/Zald 1987). In den Referenda war es den Initiatoren nicht gelungen, Arbeiterschaft und ethnische Minderheiten zu überzeugen. An den Baustellen von Atomkraftwerken sahen sich Demonstranten mit Beschäftigten konfrontiert, die ihren Arbeitsplatz verteidigten und in Seabrook sogar eine kleine Gegendemonstration veranstalteten. *Das Atomic Industrial Forum,*

128)

³⁹ Ende 1975 hatten sich Anti-Atomkraftgruppen in 19 Staaten zu einem *Western Bloc* verbündet, um die Atomenergiefrage durch Referenda zu entscheiden. 1976 fanden Abstimmungen in Kalifornien, Washington, Oregon, Arizona, Colorado, Montana, Missouri und Ohio statt (Nelkin/Fallows 1978: 282). In Montana und Oregon erzielten die Atomkraftgegner mit 41 bzw. 42 Prozent ihre besten Abstimmungsergebnisse. Angenommen wurde lediglich die Vorlage in Missouri, die sich auf einen vermeintlichen Nebenasspekt richtete: das Verbot, Investitionen für Atomenergie durch die Erhöhung des Grundpreises für Strom zu finanzieren. Diese Bestimmung erwies sich im Sinne der Atomkraftgegner als sehr effektiv.

⁴⁰ Sie war Gegenstand von weiteren Referenda in mehreren Staaten und fand die Unterstützung von Gruppierungen, die thematisch nicht direkt mit Atomenergie zu tun hatten, darunter *Americans for Democratic Action* und *National Council of Churches*. Anfang 1977 wurde in South Dakota ein Gesetz verabschiedet, das forderte, daß dieser Staat als Standort für ein atomares Abfallager ausscheiden sollte. Zu frühen Hinweisen auf die Brisanz der Atom Müllfrage vgl. Lilienthal (1963: 137) und Nelkin (1978: 137).

die *American Nuclear Society*, einzelne Unternehmen und sogar rechtsradikale Organisationen (z.B. *Ku Klux Klan* und *John Birch Society*) traten offensiv für die Atomenergie ein. Der Effekt dieser Gegenmobilisierung ist schwer abschätzbar. Zumindest dürfte sie den Vormarsch der Anti-Atomkraftbewegung verlangsamt haben.

Frustriert von den scheinbar weitgehend erfolglosen Taktiken legaler Intervention und speziell der Referenda wandte sich ein Teil der antinuklearen Gruppen ab 1976 verstärkt direkten Aktionen zu (Price 1982: 17; Nelkin/Fallows 1978: 279ff.). Als Muster diente die im Sommer 1976 entstandene *Clamshell Alliance*, ein regionales Netzwerk von rund 35 Initiativen, welche den Bau des Atomkraftwerks Seabrook in Neuengland verhindern wollten (Barkan 1979; Cohen 1982; Epstein 1991: Kap. 2). In dieser Region war mit der *New England Coalition on Nuclear Pollution*, in der sich 106 Anti-Atomgruppen zusammengeschlossen hatten (Mitchell 1981: 80), eine besonders günstige Mobilisierungsbasis gegeben. Zwei Ereignisse inspirierten die *Clamshell Alliance*: eine 1974 durchgeführte Aktion zivilen Ungehorsams gegen den Montague-Reaktor (Gyorgy et al. 1979: 393f.), dessen Realisierung 1976 auf unbestimmte Zeit verschoben worden war, und die Platzbesetzung im badischen Wyhl, die US-amerikanischen Aktivisten durch Literatur und Massenmedien sowie einen eindrucksvollen Film nahegebracht wurde (Interview 27). Beeinflusst war die Gruppierung von den pazifistischen Ideen einer Quäker-Organisation, dem *American Friends Service Committee*, sowie dem neugegründeten *Movement for a New Society* und den gegenkulturellen Strömungen der 1960er Jahre. Nach dem Wyhler Vorbild organisierte die *Clamshell Alliance* mehrfach Platzbesetzungen. Große Aufmerksamkeit erlangte insbesondere die Besetzung vom 1.5.1977, eine gut vorbereitete Aktion zivilen Ungehorsams, bei der es zu über 1.400 Festnahmen kam.

In vielen Regionen entstanden nun analoge *Alliances*⁴¹, die weitgehend unabhängig voneinander agierten. Unter ihnen erlangte besonders die *Abalone Alliance* an der Westküste größere Bedeutung (Katz/List 1981; Epstein 1991: Kap. 3). Insgesamt wurden im August 1977, zum Jahrestag der ersten Platzbesetzung in Seabrook, bundesweit mehr als 120 Protestmärsche und Kundgebungen registriert (Mitchell 1981: 82). Im Jahr 1978 wurden diese Aktionen fortgeführt, wobei neben den regionalen Verdichtungen

⁴¹ In der Literatur ist von Dutzenden solcher Gruppierungen die Rede. Im Anhang des "Nuclear Handbook" von Croall/Kaianders (1978) sind neben anderen Organisationstypen die Adressen von 14 expliziten *Alliances* aufgeführt. In Gyorgy et al. (1979) und anderen Quellen vermochte ich vier zusätzliche *Alliances* zu identifizieren, die bis zu 18 Lokalgruppen vereinigten. Darüber hinaus werden viele andere Gruppen genannt, die ähnlich strukturiert und inspiriert gewesen sein dürften.

in Neuengland und Kalifornien nunmehr auch die Proteste gegen das Trojan-Kraftwerk in Oregon an Bedeutung gewannen. Mit rund 18.000 Teilnehmern im Juni 1978 bildete Seabrook den Ort der bis dahin größten Demonstration gegen ein Atomkraftwerk in den USA. Im August 1978 versammelte die *National No Nukes Strategy Conference*, das erste wichtige bundesweite Treffen nach der zweiten *Critical Mass*-Konferenz von 1975, rund 300 Aktivisten, die 41 lokale und 13 nationale Organisationen vertraten (Mitchell 1981: 82).

Wenngleich die Aktionen zivilen Ungehorsams ebenso wie der legalistisch orientierte Protest den Bau von Atomkraftwerken nicht direkt verhindern konnten, so hatten sie doch nachhaltige Effekte, indem sie die öffentliche Meinung beeinflussten, zu Bauverzögerungen beitrugen und damit auch die finanziellen Kosten in die Höhe trieben.

Mit der Form des antiatomaren Widerstands änderten sich auch soziale Zusammensetzung und Stoßrichtung der Kritiker. Damit begann eine dritte Phase, die Mitchell (1981: 81) als "turn to direct action" charakterisiert. In den nun dominierenden Aktionsgruppen überwogen - im Gegensatz zu den legalistischen Initiativen der Vorjahre - junge, stark von gegenkulturellen Lebensstilen und Ideen geprägte Leute.⁴² Die antiatomare Kritik verschob sich von punktuellen Einwänden und dem Widerstand gegen Einzelprojekte auf grundsätzliche Aspekte. Ins Kreuzfeuer kamen das gesamte Atomprogramm, die politischen Entscheidungsprozeduren, die Dominanz industrieller Interessen und schließlich ein produktivistisches Fortschrittskonzept, in dem Mensch und Natur nur die Rolle von Objekten zugeordnet war. Diese Fundamentalkritik erwuchs nicht nur aus der Anti-Atomkraftbewegung, sondern war Teil einer umfassenderen ökologischen Bewegung. Diese Entwicklung löste aber auch Spannungen im Verhältnis zu eher reformistischen Gruppen aus (Barkan 1979). Spannungen zeigten sich zudem innerhalb einzelner Bündnisse wie beispielsweise der *Clamshell Alliance*, in der sich mit der *Coalition of Direct Action* ein eigener radikaler Zweig ausdifferenzierte. Die damit aufbrechenden Konflikte trugen entscheidend zum Niedergang des Bündnisses bei (Mitchell 1981: 84; Downey 1986; Epstein 1991: 85ff.). Die Aktionen zivilen Ungehorsams in den Jahren 1978/79, die

⁴² Mitchell (1981: 82) erwähnt eine Studie, in der 98 Anhänger der *Abalone Alliance* befragt wurden. Dabei zeigte sich ein niedriges Durchschnittsalter (25-30 Jahre), ein Studentenanteil von 20 Prozent und eine starke Verankerung in gegenkulturellen Gemeinschaften. Ähnliche Ergebnisse erbrachte eine Befragung von 113 Personen, die an der Seabrook-Demonstration im Juni 1978 teilgenommen hatten. Interessant ist hier die Verteilung der ideologischen Orientierungen. Bei Mehrfachnennungen (Prozentwerte): feministisch 50, pazifistisch 44, sozialistisch 42, anarchistisch 24, Demokratische Partei 20, marxistisch 18, libertarian 15, Republikanische Partei 2 (Katz/List 1981: 61).

an Bauplätzen, Transportwegen für Atommaterialien und sogar an der New Yorker Börse durchgeführt wurden und regelmäßig mit einer Serie vorübergehender Festnahmen endeten⁴³, waren nicht jedermanns Sache.

Nach ihrem 1975 einsetzenden ökonomischen Rückschlag geriet die Atomindustrie in den Folgejahren auch auf wissenschaftlicher, öffentlicher und politisch-administrativer Ebene zunehmend unter Druck. Beispielsweise war die Rasmussen-Studie, welche die Ungefährlichkeit der Atomenergie beweisen sollte, vor allem von seiten der *Union of Concerned Scientists* unter Beschuß geraten, so daß sie von offiziellen Stellen nicht länger verteidigt wurde. Zur Erschütterung des Vertrauens in die Atomindustrie und die damit befaßten staatlichen Behörden trug ganz wesentlich bei, daß mehrere Angestellte der Atomindustrie und der AEC bzw. NCR entlassen wurden oder freiwillig ihre Positionen aufgaben, weil sie Sicherheitsfragen vernachlässigt sahen.⁴⁴ Im August 1975, anläßlich des 30. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, appellierten rund 2.300 Wissenschaftler an den Kongreß, das Reaktorprogramm drastisch einzuschränken.⁴⁵

Umfragen zeigten, daß immer mehr Menschen der Atomenergienutzung kritisch oder ablehnend gegenüberstanden. Mitte 1973 bis Mitte 1978 war die Zahl der Opponenten langsam und dann - bereits vor dem Unfall in Three Mile Island - steil gestiegen (Campbell 1988: 67). Der Konflikt hatte zunehmend auch Naturschutzverbände⁴⁶, kirchliche Gruppen, Frauenverbände⁴⁷ und Gewerkschaften erfaßt, wobei letztere in dieser Frage gespal-

⁴³ Allein bei der Aktion an der New Yorker Börse wurden 1.045 Menschen festgenommen.

⁴⁴ Zu den atomkritischen Naturwissenschaftlern Gofman und Tamplin, die bereits in den 1960er Jahren die AEC verlassen hatten, gesellten sich 1973 Morris Rosen und Robert Colmar. Die AEC entließ 1973 mehrere Mitarbeiter aus Idaho wegen pessimistischer Aussagen zu Sicherheitsfragen (Les Amis 1975: 282). Im September 1974 demissionierte Carl J. Hocevar, Sicherheitsbeauftragter der AEC, und schloß sich der UCS an. Schließlich gaben 1976 drei Nuklearingenieure ihre Managerposten bei *General Electric* in San José wegen Sicherheitsbedenken auf (Nelkin/Fallows 1978: 282; Clarfield/Wieczek 1984: 377f.). Im gleichen Jahr verließen aus ähnlichen Gründen zwei weitere Ingenieure die NRC (Jasper 1990: 122). Eine wichtige Funktion hatten auch sog. "wistleblowers", anonym bleibende Angestellte der Atomindustrie, die Informationen über fragwürdige interne Praktiken an die Anti-Atomkraftbewegung bzw. die Presse weitergaben.

⁴⁵ Es gab aber umgekehrt auch Aufrufe der Gegenseite. Anfang 1975 hatte die Atomindustrie eine große Werbekampagne gestartet. Wichtig war in diesem Zusammenhang ein Appell von 28 bekannten Wissenschaftlern, darunter dem Atomforscher Hans Bethe, unter dem Slogan *No Alternative to Nuclear Power* (*Bulletin of Atomic Scientists*, Nr. 31 vom 3.3.1975).

⁴⁶ Der *Sierra Club* und die *Wilderness Society* hatten bereits 1974 ein Moratorium für die Atomenergie gefordert.

⁴⁷ Beispielsweise hatten sich neben zahlreichen feministischen Gruppen auch die *League of Women Voters* und die *Young Women's Christian Association* gegen die zivile

ten waren.⁴⁸ Eine weitere Schwächung der Atomkraftbefürworter bedeuteten der Vorschlag Präsident Fords vom Oktober 1976, für drei Jahre keine Wiederaufarbeitungsanlagen und deren Export zu genehmigen, sowie die im April 1977 getroffene Entscheidung von Präsident Carter, das Brüter-Programm zu reduzieren⁴⁹, Hochtemperatur-Reaktoren und die Wiederaufarbeitung aufzugeben und damit zugleich eine glaubwürdigere Non-Proliferationspolitik betreiben zu können (Jasper 1990: 188ff.). Parallel zur wachsenden Kritik an der Atomenergie stieg das Interesse an nicht-nuklearen und insbesondere regenerativen Energiequellen. Bereits 1974 war der *Federal Non-nuclear Energy Research & Development Act* verabschiedet worden. Mit der Plazierung eines Artikels von Amory Lovins zu Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer alternativen Energiepolitik in *Foreign Affairs* im Jahr 1976 hatte der vormals belächelte "soft path" offiziöse Anerkennung gefunden. Die Neuorientierung in der Energiepolitik drückte sich 1977 zudem in einer Reorganisation des *Department of Energy* aus.

Der Unfall von Three Mile Island im Frühjahr 1979 versetzte der Atomindustrie den letzten entscheidenden Schlag. Die Anti-Atomkraftbewegung sah sich in ihren Befürchtungen bestätigt und erreichte nun mit Demonstrationen von rund 40.000 Teilnehmern in San Luis Obispo (Kalifornien) im Juni, 100.000 in Washington, D.C., ebenfalls im Juni und schließlich weit über 200.000 in New York im September den Höhepunkt ihrer Mobilisierung (Price 1982: 20; Falk 1982: 87).⁵⁰ Zugleich signalisierten Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Bevölkerung das Vertrauen in die Atomenergie verloren hatte. Dieser Umschwung hatte bereits vor dem Unfall in Three Mile Island eingesetzt und war dadurch lediglich verstärkt worden (Rankin/Nealey/Melber 1984: 62).

Bald darauf schrumpfte die Bewegung, die noch gegen Ende der 1970er Jahre rund 1.000 Gruppen umfaßt hatte⁵¹, mangels geeigneter Anlässe zu-

Nutzung der Atomenergie ausgesprochen.

⁴⁸ Der gewerkschaftliche Dachverband AFL-CIO (*American Federation of Labor - Congress of Industrial Organization*) nahm offiziell keine kritische oder gar ablehnende Haltung zur Atomenergie ein. Allerdings war die sachlich direkt betroffene Gewerkschaft der *Oil, Chemical and Atomic Workers* (OCAW) gespalten, weil Teile seit der Silkwood-Affaire der Atomlobby mißtrauten. Andere Einzelgewerkschaften wie *United Auto Workers*, *United Mine Workers* und *International Association of Machinists and Aerospace Workers* hatten in den späten 1970er Jahren eine kritische Position zur Atomenergie bezogen (Logan/Nelkin 1980; Smith 1980).

⁴⁹ Lediglich die Forschungsarbeiten auf diesem Sektor sollten weitergeführt werden.

⁵⁰ Zu den Reaktionen in der Umgebung von Three Mile Island vgl. Walsh (1981), Walsh/Warland (1983) und Cable/Walsh/Warland (1988).

⁵¹ 1980 listete ein Informationszentrum 937 aktive Gruppen der Anti-Atomkraftbewegung im gesamten Land auf (Nelkin 1982: 7).

sammen.⁵² Ihre Reste blieben organisatorisch und ideologisch gespalten (Barkan 1979; Nelkin 1982: 8; Downey 1986). "By about 1981, it had virtually disappeared, and in many areas, this meant that the pre-1977 pattern had re-asserted itself." (Rüdig 1990: 199) Demonstrationen zum Jahrestag des Three Mile Island-Unfalls in den Jahren 1980 und 1981 blieben klein. Ebenso fanden die Blockadeaktionen in Seabrook im Oktober 1979 und Mai 1980 angesichts des Flügelstreits, der in der *Clamshell Alliance* Platz gegriffen hatte, nicht die erhoffte massenhafte Unterstützung. Auch andere *Alliances* erlebten einen Niedergang. Lediglich im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens gegen den Diablo Canyon-Reaktor kam es im September 1981 noch einmal zu größeren Blockadeaktionen der *Abalone Alliance*, bei denen 1.900 Aktivisten vorübergehend festgenommen wurden (Epstein 1991: 103). Um die Mitte der 1980er Jahre sah es so aus, als würden sich die Chancen für die Atomenergie verbessern. Genehmigungsverfahren sollten im Zuge eines Konvoi-Konzepts für bestimmte Reaktortypen vereinfacht und beschleunigt werden.⁵³ Der Unfall von Tschernobyl bereitete diesen Plänen ein Ende. Er zog in den USA allerdings nur kleinere Aktivitäten der Atomkraftgegner nach sich (Rudolph/Ridley 1986) und wurde im übrigen als Bestätigung der Lehre empfunden, die man bereits aus Three Mile Island gezogen hatte.

Generell behielt jedoch die Anti-Atomkraftbewegung eine Art Wachhundfunktion gegenüber verschiedentlichen Vorstößen zur Wiederbelebung des Atomgeschäfts in der Erwartung eines "second nuclear era" (Weinberg et al. 1985). Auch erwies sich ihr Widerstand gegen den Uranabbau und die Einrichtung von nuklearen Endlagern als wirksam, so daß es der Bundesregierung bis heute nicht gelang, einen neuen Standort für ein solches Lager durchzusetzen (Kraft/Clary 1988; Rüdig 1990: 200; Blowers/Lowry/Solomon 1991). In dieser Frage fanden die Atomkraftgegner in den Regierungen von Einzelstaaten wichtige Bündnispartner (Woodhouse 1983; Kemp 1992: Kap. 6).

Anfang der 1980er Jahre schob sich mit der massiven Kritik an der Nuklearrüstung die *Freeze*-Bewegung in den Vordergrund und absorbierte einen guten Teil der freigewordenen Energien der Anti-Atomkraftbewe-

⁵² Trotz des Unfalls von Three Mile Island konnten sich die Atomkraftgegner bei einem 1980 durchgeführten Referendum zum Stopp des Maine Yankee-Kraftwerks nicht durchsetzen. 59 Prozent stimmten gegen und 41 Prozent für die Vorlage (Bunyard 1981: 195f.).

⁵³ Einige Anti-Atomkraftgruppen waren dieser Idee nicht abgeneigt, da auf diesem Wege eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit von Kohlekraftwerken erhofft wurde (schriftliche Mitteilung von Lutz Mez, der an Gesprächen der Gruppen in Washington beteiligt war, an den Autor).

gung.⁵⁴ In den 1980er Jahren waren nur noch kleinere Proteste⁵⁵ und mehrere Referenda zu verzeichnen, die unterschiedliche Ergebnisse erbrachten.⁵⁶

Die politischen, ökonomischen und sicherheitstechnischen Kalküle sprachen eindeutig gegen die Atomenergie, was sich auch im konkreten Verhalten der Energieerzeuger ausdrückte. Seit 1974 waren fast keine neuen Atomreaktoren mehr bestellt und zudem 118 Bestellungen annulliert worden.⁵⁷ Nach 1978 erfolgte keine weitere Bestellung. Ab den frühen 1980er Jahren bezogen auch Vertreter des politischen Establishment Front gegen die Atomenergie. Das zeigte insbesondere der Streit um das 1983 fertiggestellte, aber aus politischen Gründen nicht in Betrieb genommene Atomkraftwerk Shoreham (Rüdig 1990: 201f.). 1988 wurde das Kraftwerk vom Staat New York für den symbolischen Preis von einem Dollar gekauft und dann geschlossen - ein deutliches Zeichen für die Niederlage der Atomlobby.

⁵⁴ Gruppen wie *American Friends Service Committee* und *Union of Concerned Scientists* hatten von Anfang an die enge Verbindung von militärischen und zivilen Aspekten der Atomenergie gesehen. Das erste größere Protestereignis, bei dem beide Kritikstränge explizit zusammenkamen, war eine Demonstration 1976 gegen die Waffenfabrik Rocky Flats bei Denver. Bereits 1977 entstand unter starker Beteiligung kirchlicher Gruppen *Mobilization for Survival* (Meyer 1990: 147f.). Das Bündnis verklammerte Aspekte der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie und forderte ein Moratorium in beiden Sektoren (Nelkin 1982: 4). Mit einer Demonstration von 15-20.000 Teilnehmern im Mai 1978 in New York vertrat die Organisation erstmals ihre Forderungen gegenüber der breiteren Öffentlichkeit.

⁵⁵ Beispielsweise wurden im Oktober 1989 mehrere hundert Demonstranten festgenommen, als sie versuchten, über den Zaun des Kraftwerkgeländes zu klettern.

⁵⁶ Ein 1978 erfolgreich durchgeführtes Referendum in Montana forderte eine Volksabstimmung über jedes weitere Atomkraftwerk, verschärfte Sicherheitsstandards und verlangte die volle Verantwortlichkeit des Betreibers für Schäden im Zusammenhang mit atomaren Unfällen (Vogel 1980: 125). Dagegen verloren die Atomgegner in Maine mehrfach eine Volksabstimmung zur Schließung eines Kraftwerks mit 60 zu 40 Prozent (1980), 56 zu 44 Prozent (1982) und 59 zu 41 Prozent (1987). Erfolgreich war dagegen eine Abstimmung im Jahr 1985, die eine Mitbestimmung der Bevölkerung in der Frage verlangte, wo und wie in Maine niedrigaktiver Atom Müll beseitigt werden soll. Im August 1989 wurde schließlich durch eine Mehrheit von 53 Prozent der Abstimmenden in Washington State erstmals ein Atomkraftwerk (Rancho Seco) in den USA durch ein Wählervotum definitiv stillgelegt.

⁵⁷ *Science et Vie*, No. 888, September 1991, S. 76.

9.2.4 Zusammenfassung

In der Zusammenschau ergibt sich ein relativ eindeutiger Verlauf und ein klares Ergebnis des Atomenergiekonflikts in den USA. Zwischen den späten 1960er Jahren und etwa 1974 formierte sich aus mehreren Strängen eine reformistische und weitgehend auf legalistische Verfahren ausgerichtete Anti-Atomkraftbewegung. Binnen weniger Jahre vermochte sie das nahezu blinde Vertrauen in die Atomenergie zu erschüttern, prozedurale und technische Zugeständnisse zu erzwingen und die ökonomischen Bedingungen für die Atomenergie zu verändern. Obgleich sich dies ab 1975 in einer abrupten Rücknahme des Ausbauprogramms niederschlug und damit bereits retrospektiv als Sieg der Bewegung gedeutet werden kann, blieb diese zunächst mit konkreten Bauvorhaben und laufenden Genehmigungsverfahren befaßt. Hier zeitigte keine der bisherigen Strategien wirkliche Erfolge. Somit kam es um 1976/77 zu einer Radikalisierung der Argumente und Aktionen, welche jedoch nicht über Formen des zivilen Ungehorsams hinausgingen. Charakteristisch blieb auch für diese Phase von 1976 bis 1979 eine dezentrale Organisationsstruktur, deren Kerne nun lockere regionale Allianzen bilden. Die Befürworter der Atomenergie gerieten auf allen Ebenen - ökonomisch, technisch-wissenschaftlich, massenmedial, politisch-administrativ - weiter unter Druck. Mit dem Unfall in Three Mile Island, der die bisher größte Massenmobilisierung der Bewegung nach sich zog, war die Zukunft der Atomenergie besiegelt. Wenngleich die bestehenden Reaktoren unter nunmehr strengeren Sicherheitsauflagen weiterbetrieben werden und gelegentliche Vorstöße der Atomlobby nicht ausbleiben, ist doch klar, daß die zivile Nutzung der Atomenergie nur noch eine Übergangslösung bilden kann. Innerhalb von zehn Jahren war damit das Unwahrscheinliche eingetreten: Eine Oppositionsbewegung, die über so gut wie keine konventionellen politischen Machtmittel verfügte, hatte Zug um Zug Terraingewinne erzielt und sich letztlich gegen eine Phalanx des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Establishment durchsetzen können.

9.3 Der Atomkonflikt in Frankreich

9.3.1 Die Ausgangslage

Mit seinen erfolgreichen Bemühungen zur Herstellung eigener Nuklearwaffen besaß Frankreich auch einen Schlüssel für die zivile Nutzung der Atomenergie. Zunächst mehr aus Prestige Gründen denn aus energiewirtschaftlichen Erwägungen setzte das stark auf seine nationale Unabhängigkeit bedachte Land ab 1956 auch auf die zivile Nutzung der Atomkraft.⁵⁸ Organisatorisch blieb das militärische und zivile Reaktorprogramm in einer Hand: dem im Oktober 1945 gegründeten *Commissariat à l'énergie atomique* (CEA) (Coutrot 1981; Goldschmidt 1980).⁵⁹ Selbst die ersten drei Reaktoren, die für zivile Zwecke genutzt wurden⁶⁰, dienten zugleich der Produktion von Plutonium für den Bau von Atombomben.

Frankreichs Energieversorgung nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte im wesentlichen auf heimischer Kohle. Mit dem Angebot großer Mengen von Öl und Kohle auf dem Weltmarkt erwies sich die Kohleförderung im eigenen Land als zunehmend unrentabel und wurde ab den frühen 1960er Jahren drastisch reduziert.⁶¹ Die Atomenergie spielte in dieser Phase quantitativ noch keine Rolle. Frankreich hatte unter ausschließlich staatlicher Regie eine eigenständige atomare Reaktorlinie (Gas-Graphit-Reaktoren) entwickelt, die sich jedoch als wenig erfolgreich erwies. Erst 1969, nach heftigen Konflikten zwischen dem CEA und dem staatlichen Elektrizitätsversorger *Electricité de France* (EDF)⁶², setzten sich aufgrund von Wirtschaftlich-

⁵⁸ Der Drang nach größtmöglicher Unabhängigkeit zeigt sich auch darin, daß Frankreich - im Gegensatz zu den USA und der Bundesrepublik - den Atomwaffensperrvertrag von 1968 als "diskriminierend" ansah und nicht unterzeichnete (Freedman 1981).

⁵⁹ Der CEA war bis 1973 für Ausbau und Sicherheit der Atomenergie verantwortlich. Erst dann wurde ein dem Industrieministerium unterstellter "Zentraldienst für die Sicherheit nuklearer Anlagen" (SCSIN) eingerichtet, der jedoch von den technischen Vorgaben des CEA abhängig blieb. 1975 wurde dem SCSIN ein "interministerielles Komitee für nukleare Sicherheit" vorgeordnet. Dessen Leiter Jean Servant, der aus dem SCSIN kam, äußerte sich ab 1978 zunehmend kritisch zu Sicherheitsfragen und verließ im Mai 1980 seinen Posten.

⁶⁰ Den Anfang machte ein Reaktor in Marcoule, der ab 1958 Strom lieferte.

⁶¹ Der Anteil der Kohle am Primärenergieverbrauch lag 1950 bei 75 Prozent, der des Öls bei 18 Prozent. 1973 war der Kohleanteil auf 17 Prozent gesunken und der des Öls auf 67 Prozent gestiegen (Bertin et al. 1982: 428).

⁶² Dazu Goldschmidt (1980: 364ff.) und Jasper (1990: 74ff.). Vgl. zur Politik der EDF, die gleichsam einen Staat im Staate darstellt, die kritische Arbeit von Gravelaine/O'Dy (1978). Stärker organisationssoziologisch ist die Perspektive von Wiewiorka/Trinh

keitserwägungen die in den USA entwickelten Leichtwasserreaktoren durch. Nun erst war an eine Nutzung der Atomkraft in größerem Stil zu denken.⁶³ Ende der 1960er Jahre waren insgesamt zwölf meist kleinere Reaktoren an fünf Standorten in Betrieb (Garraud 1979: 450). Parallel dazu förderte Frankreich die Entwicklung von Schnellen Brütern⁶⁴, die wiederum erst in Verbindung mit kommerziellen Wiederaufarbeitungsanlagen Sinn machten. Angefangen von der Urangeinnung im eigenen Lande⁶⁵ über Abbau und Anreicherung von Uran, Brennstofffabrikation, den Bau herkömmlicher und fortgeschrittener Reaktorlinien bis hin zur Wiederaufarbeitung war Frankreich - weitgehend mit staatlichen Unternehmen (Davis 1988) - an allen wichtigen Stationen der Nuklearproduktion engagiert (Boyle/Robison 1987: 80). Lediglich die Endlagerung des Atommülls wurde hier wie in anderen Ländern durch Provisorien überbrückt.

Die früheren Programme hatten einen relativ moderaten Ausbau der Atomenergie vorgesehen. Im März 1973 wurde eine Beschleunigung des Programms beschlossen. Doch die Ölpreisverteuerung vom Herbst 1973 veränderte die Ausgangslage. Frankreich wurde sich schlagartig seiner Abhängigkeit von Energieimporten bewußt. Im November 1973 beschloß die Regierung eine Verdreifachung des vorgesehenen Ausbausvolumens für Atomkraft und konkretisierte dieses Vorhaben im *Plan Messmer* von 1974. Der bereits im Februar 1971 kreierte Wahlspruch dieser Phase lautete "tout électrique, tout nucléaire" (alles elektrisch, alles atomar). Bis zum Jahr 2000 sollten in Frankreich 170 bis 200 Reaktoren in Betrieb sein, um rund 50 Prozent des gesamten Energiebedarfs und 85 Prozent des Strombedarfs zu decken.⁶⁶ Konkret wurden mit diesem Plan zugleich 40 potentielle

(1989). Puiseux (1981: 291) kommt zu der lapidaren Feststellung: "Bis 1975 war die französische Energiepolitik die Politik der EDF."

⁶³ Maßgeblich hierfür waren Vorschläge der sog. Peon-Kommission, in der etwa je zur Hälfte Vertreter des CEA und der EDF saßen. Für den Zeitraum bis 1971 schlug die Kommission zunächst eine Kapazitätserweiterung um mindestens 8.000 MWe vor. 1972 erhöhte sie die Planwerte auf 13.000 MWe für den Zeitraum von 1973 bis 1977 (Jasper 1990: 90). Das entspräche dem Bau von etwa drei Atomkraftwerken pro Jahr.

⁶⁴ Der erste Brüter mit dem Namen Phénix ist seit 1976 in Betrieb. Er dient militärischen und zivilen Zwecken.

⁶⁵ Die inländische Uranförderung wurde schrittweise ausgeweitet (Bertin et al. 1982: 105; CEA 1984) und deckte Anfang der 1990er Jahre rund die Hälfte des Bedarfs. Zum weltweiten Uranmarkt vgl. Jones (1984: Kap. 2).

⁶⁶ Noch unrealistischer waren die Prognosen des CEA aus dem Jahr 1972. Sie sahen für das Jahr 2000 eine nukleare Kapazität von 158.000 MWe vor. Davon sollten 37.000 MWe durch Brutreaktoren gedeckt werden. Wenige Jahre vor Ablauf dieses Planungsdatums liegt die nukleare Kapazität bei etwa einem Drittel der geplanten Gesamtkapazität. Hinzu kommt, daß die Brutreaktoren technisch und ökonomisch gescheitert sind. Aber auch noch 1978 ging der CEA von einer Planung für 106.000 MWe und einem Brüteranteil von 23.000 MWe aus (*Science et Vie* No. 888, September 1991, S. 80).

Standorte für Atomkraftwerke bekanntgegeben. An allen neuen Standorten erhoben sich nun, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, Proteste (Fagnani 1977: 90). Dadurch erfuhr zugleich die bis dahin bereits ansehnliche Anti-Atomkraftbewegung weiteren Auftrieb.

9.3.2 Die Formierung der Anti-Atomkraftbewegung

In den 1950er und 1960er Jahren war es nur gelegentlich zu Protesten gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie gekommen.⁶⁷ Allerdings zeigten Umfragen, daß in der Bevölkerung gewisse Ängste vorhanden waren, die aber im wesentlichen als Frage der "mentalenen Gesundheit" und damit als Angelegenheit von Psychologen galten (Guedeney/Mendel 1973: 28). Im Vordergrund stand die aktive Propagierung der Atomenergie als Inbegriff technischen Fortschritts und eine gläubige oder zumindest passive Hinnahme dieser Vorstellung auf seiten der Bevölkerung (Cazals 1982).

Dieses Bild einer weitgehenden Duldung der zivilen Atomenergienutzung änderte sich ab Anfang der 1970 Jahre. Im Gegensatz zu landläufigen Auffassungen ereigneten sich die ersten größeren antiatomaren Proteste Europas in Frankreich. Eine erste Demonstration im Mai 1971 mit 1.500 Teilnehmern - darunter Mitglieder der amerikanischen *Friends of the Earth* - richtete sich gegen das Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim.⁶⁸ Die Region im Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Bundesrepublik bildete auch in den Folgejahren eine Hochburg des antiatomaren Protests. Im Juli 1971 folgte eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmern gegen den Reaktor von Bugey. Dort errichteten ab September Atomkraftgegner aus dem gegenkulturellen Milieu ein 50tägiges Lager und beendeten diese Aktion im Oktober mit einem Marsch nach Lyon. Pierre Fournier (1975: 52), Journalist

⁶⁷ Hervorzuheben sind einzelne Aktionen zivilen Ungehorsams, die eine religiöse Gemeinschaft unter dem charismatischen Führer Lanza del Vasto 1958 im südfranzösischen Marcoule gegen den Bau von Atombomben durchführte (del Vasto 1981: 66). Die örtliche Bevölkerung reagierte ambivalent, wie die Studie eines Anthropologen zeigte (Guedeney/Mendel 1973: 34ff.). Nennenswert sind weiterhin die Aktivitäten von Jean Pignero, der seit 1957 mit publizistischen Mitteln gegen Atombombentests und die Nutzung von Radioaktivität in der Medizin eintrat und 1962 die erste antiatomare Gruppe gründete (Pignero 1981). Seit 1957 hatten zudem mehrere Wissenschaftler die Unterschätzung nuklearer Risiken beklagt und sich über die Deponierung nuklearer Abfälle in der Tiefsee besorgt gezeigt.

⁶⁸ Vorausgegangen war im August 1970 die Gründung einer Anti-Atomgruppe, des *Comité de sauvegarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin*.

list und einflußreicher Aktivist dieser Phase, notierte euphorisch: "Bugey 01: der Aufbruch einer ökologischen Bewegung in Europa, die erste gewaltfreie Demonstration dieser Größenordnung auf dieser Seite des Atlantiks, die Geburt einer neuen Welt..." Hinter diesen Mobilisierungen stand ein loses Netz von Graswurzelgruppen. Das zeigt auch eine Pressekonferenz in Strasbourg im Dezember 1971, die von 48 lokalen Initiativen unterstützt wurde (Les Amis 1975: 252). Neben dem Widerstand gegen Reaktorvorhaben gab es um 1972 auch Proteste gegen die Ablagerung von Atommüll im Meer⁶⁹ und gegen die Atombombenversuche im Pazifik.

Zunächst waren die Gruppen an den (vorgesehenen) Standorten von Atomkraftwerken jedoch zahlenmäßig schwach und kaum überregional koordiniert. Obgleich sich an mehreren Orten Widerstand regte und 1972 und 1973 Demonstrationen in Paris, Lyon, Toulouse, Strasbourg, Fessenheim, Montpellier und Cherbourg stattfanden⁷⁰, war die Bewegung auf nationaler Ebene noch kaum sichtbar. Die traditionellen Naturschutzgruppen nahmen in dieser Phase eine eher zögerliche und unentschiedene Haltung zur Atomenergie ein. Lediglich die 1970 gegründeten *Les Amis de la Terre* (AT), die französische Sektion der zwei Jahre zuvor in den USA entstandenen *Friends of the Earth*, sowie die links-libertäre Kleinpartei *Parti socialiste unifié* (PSU) bezogen eine klare Position gegen die Atomenergie. Den kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen Gruppen bildete in die Forderung nach einem Moratorium für die Atomenergie, die von rund 100 Vereinigungen unterstützt wurde (Simonnet 1982: 105)

Die Stimmung an den Standorten von Atomkraftwerken war uneinheitlich. In manchen Regionen zeigte sich so gut wie keine Opposition. In anderen war die Bevölkerung gespalten. Sechs von sieben lokalen Referenda ergaben zwar Mehrheiten der Atomkraftgegner, blieben jedoch ohne praktische Bedeutung (Colson 1977: 121; Laurent 1978: 17).⁷¹ Wenig Beachtung fand auch der Widerstand, der sich in Wissenschaftlerkreisen regte und eine Unterschriftensammlung⁷² gegen die Atomenergie und die Gründung einer zur Atomenergie kritisch eingestellten Wissenschaftlergruppe zur Folge hatte (GSIEN, *Groupement d'information scientifique sur l'énergie nuclé-*

⁶⁹ Ein erst im September 1985 vereinbartes internationales Verbot zur Absenkung von Atommüll im Meer wurde gegen den Widerstand Frankreichs durchgesetzt.

⁷⁰ Die größten Demonstrationen fanden mit 10.000 Teilnehmern im Mai 1972 in Fessenheim und mit 5.000 bzw. 3.000 Teilnehmern im Mai 1973 in Strasbourg bzw. Paris statt.

⁷¹ Den abweichenden Fall bildete die Abstimmung in Flamanville, die mit 440 zu 373 Stimmen für das geplante Kraftwerk ausging. Zu den Details im Vorfeld des Referendums vgl. Anger (1977: 96ff.).

⁷² 1975 hatten rund 400 Wissenschaftler ein kritisches Manifest zur Atomenergie unterzeichnet. Ein Jahr später hatte sich ihre Zahl bereits verzehnfacht.

aire).⁷³ Ebenso bestanden kaum Aussichten, den Bau von Atomkraftwerken auf juristischer Ebene zu verhindern (Pollak 1981). Der französische Staat machte mehrfach von seinem Recht Gebrauch, sich bei Vorhaben von "öffentlichem Nutzen" über Gerichtsurteile hinwegzusetzen. So erwies sich beispielsweise die in Braud-et-Saint-Louis praktizierte Taktik als nicht effektiv, Enteignungsverfahren durch die Aufspaltung des Baugeländes auf viele Grundeigentümer zu verzögern. Wie sehr sich das Betreiberunternehmen EDF seiner Sache sicher sein konnte, wird daran deutlich, daß verschiedentlich bereits vor Abschluß der Genehmigungsprozeduren mit den Bauarbeiten begonnen wurde.

Gleichwohl machten die nun an vielen Standorten und auf verschiedenen Ebenen aufkommenden Proteste spätestens um die Mitte der 1970er Jahre deutlich, daß eine beachtliche Protestbewegung entstanden war (Chaudron/Le Pape 1979). Sie war freilich auf nationaler Ebene nicht koordiniert, hatte in dieser Phase nur mäßige Mobilisierungserfolge aufzuweisen und erzielte bestenfalls symbolische Zugeständnisse der Regierung. Zu letzteren gehörte die Schaffung einer Agentur für Energieeinsparung und die Revitalisierung eines beratenden Umweltgremiums.⁷⁴

9.3.3 Zuspitzung des Konflikts und Niedergang der Anti-Atomkraftbewegung

Die bisher praktizierten moderaten Protestformen hatten sich als völlig wirkungslos erwiesen und allenfalls zu geringfügigen Verzögerungen einzelner Bauvorhaben geführt. Die 1975 vorgenommene Revision des Messmer-Planes vom Vorjahr ging allein auf finanzielle und technische Schwierigkeiten zurück.⁷⁵ Somit tendierten die oppositionellen Gruppen zu nachdrücklicheren Formen des Protests. Das deutete sich bereits im Frühjahr 1974 mit den Auseinandersetzungen um das Projekt in Braud-et-Saint-Louis nördlich

⁷³ Die Gruppe war durch das Vorbild der *Union of Concerned Scientist* inspiriert, erlangte allerdings nie deren Bedeutung. Sie hat ein kleines Büro bei Paris und gibt seit 1976 die Zeitschrift *La Gazette nucléaire* heraus (Interview 60).

⁷⁴ 1975 wurde der *Conseil de l'information sur l'énergie électronucléaire* eingerichtet, dem der Gesundheitsminister vorstand.

⁷⁵ Vgl. Mez et al. (1979, 4.2, S. 1). Nach dieser Revision durch den *Zentralen Planungsrat* im Februar 1975 war vorgesehen, daß der Anteil der Atomenergie an der gesamten Energieversorgung im Jahr 1985 25 Prozent betragen soll. Selbst mit dieser Reduzierung wurde ein enormes Ausbautempo vorgegeben, das für 1976 und 1977 eine Baukapazität von 12.000 MWe bedeutete.

von Bordeaux an (Nicolon 1979: 254ff.). Träger der Opposition waren vor allem Bauern, Fischer, Aустernzüchter und Nutznießer des Fremdenverkehrs. Im Verlauf der Auseinandersetzungen kam es ab April 1974 zu mehreren Blockadeaktionen, der Unterbrechung von Bauarbeiten und Zusammenstößen mit der gefürchteten Nationalpolizei *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS). Im Juli explodierte im Haus eines pronuklearen Beraters eine Bombe; im Folgejahr wurden Lastwagen und Baumaterial der EDF beschädigt und es mehrten sich Fälle von "Ökosabotage" (Samuel 1978: 117). In Courceroy im Departement Aube unweit von Paris regte sich nach der Ankündigung eines Bauvorhabens im Januar 1975 Protest, der in einer sechswöchigen Blockade des Zufahrtsweges zum Gelände gipfelte (Rüdig 1990: 175).⁷⁶ Ähnlich militant waren auch die Konflikte im bretonischen Plogoff im Sommer 1976. Auch hier kam es zur Zerstörung von Eigentum der EDF, der Blockade von Zufahrtswegen und vorübergehenden Besetzung des Baugeländes.⁷⁷ Ebenso spitzten sich im bretonischen Flamanville die Auseinandersetzungen zu, wo im Februar und März 1977 Blockaden und Besetzungen stattfanden (Anger 1977: 150ff.). Keiner dieser Konfliktherde erlangte jedoch in dieser Phase nationale Bedeutung. Die Demonstrationen blieben relativ klein und kamen nicht über einige tausend Teilnehmer hinaus.

Zu einem besonderen Streitpunkt entwickelte sich dagegen das Projekt eines Schnellen Brütters in Creys-Malville (im Dreieck zwischen Lyon, Grenoble und Genf). Dieser bislang noch nicht in großem Maßstab erprobte Reaktortyp⁷⁸ ist mit außergewöhnlichen Risiken behaftet, wie verschiedene Studien von Grenobler Atomwissenschaftlern zeigten (zusammenfassend: GSIEN 1981).⁷⁹ Im Juli 1976 fand gegen die bereits im Bau befindliche Anlage die bislang größte Demonstration statt. Dem Aufruf von 21 Gruppen und Komitees aus dem ganzen Land folgten rund 20.000 Demonstran-

⁷⁶ Aufgrund eines Einspruchs der staatlichen Kulturverwaltung, die auf das nahegelegene Schloß hingewiesen hatte, wurde das Projekt im Sommer 1975 zurückgezogen und nach Nogent-sur-Seine verlagert. Auch dort entfaltete sich reger Widerstand, der vor allem von städtischen und gegenkulturell geprägten Initiativen getragen wurde. Mehrere Demonstrationen und symbolische Platzbesetzungen zwischen 1975 und 1979 konnten jedoch den Baubeginn im Jahr 1981 nicht aufhalten.

⁷⁷ Bereits im April 1975 hatten etwa 3.000 Menschen direkt auf dem Baugelände von Gravelines demonstriert (Les Amis 1975: 265).

⁷⁸ 1977 existierten weltweit nur drei "industrielle" Brutreaktoren: ein britisches und französisches Modell mit je 250 MWe und ein sowjetischer Reaktor mit 350 MWe. Demgegenüber war der Schnelle Brüter von Creys-Malville auf eine Kapazität von 1.200 MWe ausgelegt (Puisseux 1981: 122).

⁷⁹ Beispielsweise wandten sich 1976 rund 1.500 Wissenschaftler, darunter auch solche aus dem Ausland, mit einem Offenen Brief gegen das Brüter-Projekt.

ten, von denen ein Teil den Bauplatz besetzte. Dieses Ereignis wurde von Beobachtern als symbolischer Durchbruch gefeiert: "Malville 1976 ist der Kulminationspunkt einer kommunitären Begegnung, der Exodus aus dem gegenkulturellen Ghetto, der Sieg über einen Gegner, der durch den demonstrativen Verzicht auf Gewalt desorientiert wurde, die Allianz zwischen Studenten und Bauern." (Touraine et al. 1980: 144) Einen Monat später blockierten Bauern die Ortsdurchfahrt in Poleriou, um die Anlieferung nuklearer Ausrüstungsteile zu verhindern. Dabei wurden 24 Personen, darunter auch Deutsche und Schweizer, festgenommen.

Allmählich zeigte die antiatomare Kritik bei einigen etablierten Organisationen Wirkung. Die sozialistische Gewerkschaft CFDT organisierte 1976 einen mehrmonatigen Streik in der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und erstellte mehrere Studien, die auf eine Vielzahl von Problemen der Atomenergie aufmerksam machten (CFDT 1977; 1980). Untergruppen der Gewerkschaft hatten sich schon seit Frühjahr 1975 an Protesten gegen die Atomenergie beteiligt (Les Amis 1975: 265).⁸⁰ Auch innerhalb des sozialistischen *Parti socialiste* (PS) mehrten sich kritische Stimmen, obgleich die Partei nie offiziell von ihrem pronuklearen Kurs abrückte. Forderungen nach einem Moratorium des Atomprogramms fanden allerdings bei den übrigen Parteien einschließlich der Kommunisten keinerlei Gehör (Nicolon/Carrieu 1979). Meinungsumfragen zeigten, daß Kritiker und Gegner der Atomenergie in diesen Jahren zunahmen, aber noch immer eine Minderheit in der französischen Bevölkerung blieben (Kiersch/von Oppeln 1983: 77).

1977 war der Höhe- und Wendepunkt des Widerstands gegen die Atomenergie. Die Bewegung wurde selbstbewußter, die Opposition grundsätzlicher. Viele sahen sich in einem Kampf gegen den französischen Zentralstaat und den im Atomprogramm verkörperten "Elektrofascismus"⁸¹ bzw. "Technofascismus" (Bosquet 1977). Im Februar und März 1977 blockierten Demonstranten mehrfach das Baugelände in Flamanville: "Legal oder illegal, unsere Aktion war eine legitime Verteidigung." (Anger 1977: 152) Dabei kam es vereinzelt zu Verhaftungen. Ebenso spitzten sich die Konfrontationen im bretonischen Plogoff zu. Im Zuge des Genehmigungsverfahrens in Le Pelerin bei Nantes weigerten sich im Sommer 1977 die Bürgermeister mehrerer Gemeinden, Planungsunterlagen auszulegen. In der Nachbargemeinde Couran stürmten Bauern das Rathaus, überwältigten

⁸⁰ Chafer (1985: 8) zufolge war Frankreich in dieser Phase das einzige westliche Land, in dem eine größere Gewerkschaft eine im allgemeinen ablehnende Haltung zur Atomenergie eingenommen hatte.

⁸¹ Vgl. dazu den Aufsatz von Michel Bosquet (= André Gorz) "De l'électronucléaire à l'électrofascisme" (*Le sauvage*, Nr. 20, April 1975).

drei Polizisten, bemächtigten sich der Planungsunterlagen und verbrannten diese anschließend auf dem Marktplatz (Lucas 1979: 191).

Eindeutiger überregionaler Brennpunkt des Protests war jedoch das Brüter-Projekt in Creys-Malville.⁸² Dagegen waren seit Sommer 1976 verschiedenste Widerstandsaktionen, von Demonstrationen über Straßenblockaden bis hin zu einem Stromzahlungsboykott⁸³, durchgeführt worden. Ermutigt durch die Resonanz auf die Demonstration des Vorjahres riefen antinukleare Gruppen erneut zu einer Großdemonstration gegen den Brüter auf. In rein quantitativer Hinsicht waren die Organisatoren erfolgreich. Rund 60.000 Menschen, darunter viele Aktivisten aus der nahegelegenen Schweiz, Italien und vor allem der Bundesrepublik, kamen Ende Juli 1977 nach Malville (Lucas 1979: 195ff.). Die Demonstration verwandelte sich in ein Desaster und versetzte das Land in einen Schock (Monier/Lacoste 1983: 83). Als die Demonstranten, teilweise ausgerüstet mit Helmen, Eisenstangen und Molotov-Cocktails, auf das Baugelände ziehen wollten, blockierten Polizeikräfte sowie die für ihre Härte bekannte Nationalgarde CRS die Zugangswege und eröffneten nach kurzen Verhandlungen frontale Angriffe. Ein Demonstrant wurde unter der Einwirkung einer Gasgranate getötet, fünf Personen - darunter ein Polizist - schwer und etwa hundert Menschen leicht verletzt (Lucas 1979: 203). Von den rund 20 Verhafteten wurden acht zu Gefängnisstrafen von jeweils mehreren Monaten verurteilt (GEW 1977). Die Presse hatte schon im Vorfeld der Demonstration Gewalttätigkeiten vorhergesagt und speziell angesichts der erwarteten Demonstranten aus Deutschland an die Besetzung Frankreichs während des Zweiten Weltkrieges erinnert. Mit diesem Ereignis, über das nur höchst einseitig berichtet wurde, kippte die öffentliche Stimmung um (Monier/Lacoste 1983: 83f.). Die Atomkraftgegner erschienen als Randalierer und Chaoten. Namentlich Teilen der deutschen Demonstranten wurden "Sympathien für Anarchisten der 'Baader-Bande'" nachgesagt (*Le Figaro* vom 1.8.1977). Die bereits angelaufene nationale Debatte um Sinn und Nutzen der Atomenergie ebte schlagartig ab (Garraud 1979: 472). Die Bemühungen der Umweltbewegung verlagerten sich fortan auf andere Themen. Viele Diskussionen entzündeten sich an der Frage nach dem Sinn von Wahlbeteiligungen und speziell der Etablierung und Struktur einer grünen Partei (Vallet 1978: 204).

⁸² Zur Geschichte dieses Projekts, an dem auch deutsche und italienische Firmen beteiligt waren, vgl. Giesen (1989).

⁸³ 300 Haushalte in Grenoble hatten 15 Prozent ihrer Stromrechnung aus Protest gegen das Atomprogramm und namentlich den Brüter nicht bezahlt. Die Stadtverwaltung sperrte daraufhin diesen Haushalten kurzerhand die Stromzufuhr, was wiederum zu Protesten führte.

An einzelnen Standorten von Atomkraftwerken gingen freilich die Konflikte weiter. Nachhaltiger Widerstand war im Elsaß, in Golfech im Südwesten des Landes (von Oppeln 1989) und insbesondere in Plogoff (Chafer 1985) zu verzeichnen. In Nogent-sur-Seine, das nur 30 km von Paris entfernt liegt, organisierten die lokalen Initiativen im Juni 1979 einen Marsch zum Bauplatz, an dem immerhin 20.000 Menschen teilnahmen (Rüdiger 1990: 174). Dennoch erlahmte schon bald darauf der Widerstand. Das Projekt von Port-La-Nouvelle, wo sich anhaltend Proteste auch der lokalen Honoratioren geregt hatten und ein mindestens fünfjähriges Moratorium gefordert worden war, wurde im Juni 1980 überraschend durch einen Regierungsvertreter mit vagen technischen Begründungen annulliert (Delort 1981: 91f). Erstmals war somit ein bereits geplantes Atomkraftwerk in Frankreich aufgegeben worden.

Die Anti-Atomkraftbewegung war allerdings in dieser Phase bereits geschwächt und zersplittert. Ein wichtiger interner Konflikt kreiste um die Frage, wie eng man mit den Linksparteien, namentlich der Sozialistischen Partei, zusammenarbeiten sollte. Gegen Ende der 1970er Jahre waren die Sozialisten unter Führung von Mitterrand, die eine Linksunion mit den Kommunisten eingehen wollten, zunehmend stärker geworden. Mit einer taktischen Öffnung hatten sie auch die Unterstützung eines großen Teils der neuen sozialen Bewegungen gewonnen. Insbesondere hoffte die Anti-Atomkraftbewegung auf einen Kurswechsel Mitterrands, der eine Reduzierung des Atomprogramms in Aussicht gestellt, in schriftlicher Form ein Moratorium zugesagt und zudem ein nationales Referendum zur Atomenergie angekündigt hatte.⁸⁴ Nach dem Wahlsieg Mitterrands 1981 wurden entsprechende Hoffnungen bitter enttäuscht.⁸⁵ Vom Referendum war keine Rede mehr; das Moratorium war nach 55 Tagen beendet; das Atomprogramm wurde nur leicht reduziert fortgesetzt. Auch die Revision des Ausbaus der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague unterblieb. Lediglich das geplante Atomkraftwerk in Plogoff wurde im Juni 1981 aufgegeben. Dort hatten sich um 1979/80 die ohnehin ungewöhnlich massiven Proteste zugespitzt. Mit mehr als 40.000 Menschen, darunter vielen aus dem Ausland, war das Projekt in Plogoff im Mai 1980 Ziel der nach Malville größten Demonstration gegen die Atomenergie in Frankreich.

⁸⁴ Laut Delort (1981: 119) versprach Mitterrand am 10. April 1981 sogar, daß er lediglich die bereits in Bau befindlichen Atomkraftwerke zu Ende führen wolle, nicht aber jene, die geplant seien.

⁸⁵ Bitter kommentierte Brice Lalonde, zunächst engagierter Atomkraftgegner und späterer Umweltminister unter Mitterrand: "Mitterrand hat uns verraten." (Interview in *Der Spiegel* vom 2.9.1985, S. 124; vgl. auch Duyvendak 1992a).

Mit den vergeblichen Hoffnungen auf einen Kurswechsel der neuen Regierung war die Anti-Atomkraftbewegung faktisch am Ende, wenngleich an einzelnen Standorten die lokalen Proteste weitergingen - etwa in Golfech, Chooz, Creys-Malville⁸⁶ und Cattenom nahe der luxemburgischen und deutschen Grenze. Wiederum zeigte sich, daß konkrete Bauvorhaben weder auf juristischem Wege noch durch Demonstrationen zu verhindern waren.⁸⁷ Ganz generell erwies sich die Bewegung zu schwach, zu uneins und zu entmutigt, um der starken Exekutivgewalt etwas entgegenzusetzen. Protestereignisdaten, die auf eigenen Erhebungen beruhen, zeigen ab 1982 einen abrupten Rückgang der legalen wie illegalen Aktionen (Abbildung 9.2).⁸⁸ Hinsichtlich der Entwicklung der Teilnehmerzahlen sackte die Mobilisierung bereits ab 1980 ab. Der Anteil der Teilnehmer an illegalen Aktionen ist insgesamt verschwindend gering und überschritt lediglich 1975 und 1977 Werte von über tausend Personen. Somit wird in Abbildung 9.3 nicht nach Teilnehmern an legalen und illegalen Aktionen unterschieden.

Trotz anhaltender Proteste an verschiedenen Orten war es mit Ausnahme des Widerstands gegen den Brüter in Creys-Malville nicht gelungen, die lokalen Gruppen in nationale Koordinationsstrukturen einzubinden. Selbst vom Unfall in Tschernobyl, dessen Auswirkungen zunächst durch eine verfälschende Informationspolitik der französischen Regierung heruntergespielt wurden, ging keine mobilisierende Wirkung auf die Reste der Anti-Atomkraftbewegung aus (vgl. Abbildungen 9.2 und 9.3; Koopmans/Duyvendak 1992). Von der überregionalen Infrastruktur sind lediglich zwei Gruppen übriggeblieben: die Wissenschaftlergruppe GSIEN (vgl. Fußnote 73)⁸⁹ und die bei Lyon ansässige CRIIRAD, eine früher stärker aktionsorientierte Gruppe, die nach der Katastrophe von Tschernobyl ein Labor

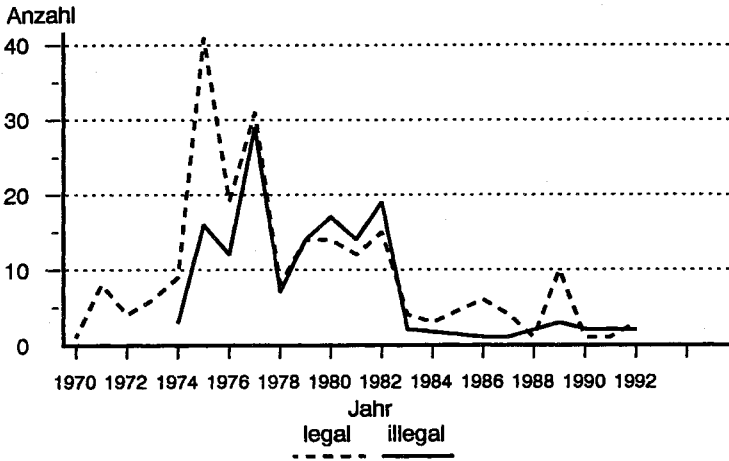
⁸⁶ Hauptträger des Widerstands gegen den Brüter waren nicht französische sondern schweizer Gruppen. Letzte größere Aktionen waren eine Demonstration von 3.000 Menschen, die im November 1988 an der schweizerisch-französischen Grenze gegen die Wiederinbetriebnahme des Pannenreaktors protestierten (Sené et al. 1990: 104), sowie die Sammlung von rund 40.000 Protestunterschriften von Frauen aus mehreren europäischen Ländern in den Jahren 1989/90.

⁸⁷ 89 Eingaben gegen den Bau des Brüters in Creys-Malville waren vom *Conseil d'Etat* relativ schnell und mit negativem Ergebnis für die Kläger entschieden worden. Während der 21monatigen Verhandlungen wurden die Bauarbeiten fortgesetzt (*Der Spiegel* vom 1.10.1979, S. 143).

⁸⁸ Auffallend hoch ist die Zahl illegaler Aktionen in Frankreich. Dieses Bild relativiert sich allerdings bei einem Blick auf die Teilnehmerzahlen. Gemessen an der gesamten Mobilisierung ist der Anteil der an illegalen Aktionen beteiligten Personen sehr gering.

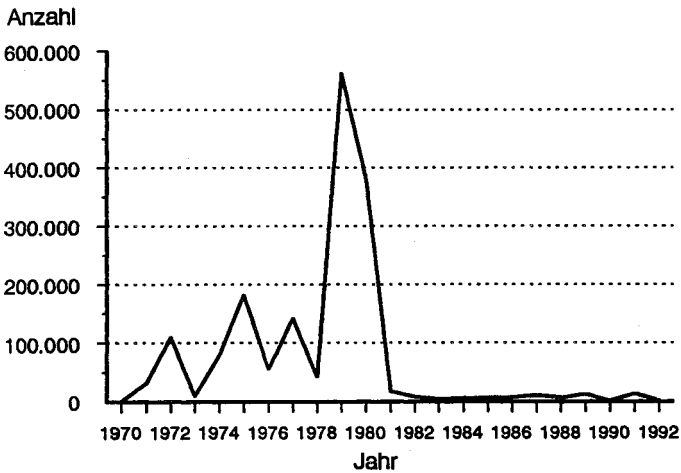
⁸⁹ Zu erwähnen ist ferner das Büro des *World Information Service on Energy* (WISE) in Paris, das jedoch kein genuines Produkt der französischen Anti-Atomkraftbewegung darstellt, sondern von dem deutschen Experten Mycle Schneider initiiert wurde und eine internationale Besetzung aufweist (Interview 85).

Abbildung 9.2
Legale und illegale Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung
in Frankreich, 1970-1992



Quelle: eigene Erhebungen

Abbildung 9.3
Entwicklung von Teilnehmerzahlen der Anti-Atomkraftbewegung
in Frankreich, 1970-1992



Quelle: eigene Erhebungen

für Strahlenmessungen eröffnet und inzwischen ihr Aufgabenspektrum erweitert hat.

Von diesem Bild der Zerfalls und der Ohnmacht muß allerdings ein Phänomen ausgenommen werden. In den 1980er Jahren war der Widerstand gegen die Einrichtung von Endlagern⁹⁰ für radioaktive Abfälle erstaunlich stark und erfolgreich. An allen vier potentiellen Standorten, die offiziell 1987 bekanntgegeben worden waren, entfaltete sich erbitterter Widerstand. In lokalen Referenda wandten sich 75 bis 95 Prozent der Bürger gegen die Vorhaben (Blowers/Lowry/Solomon 1991: 295); an Demonstrationen beteiligten sich bis zu 15.000 Menschen (Rüdig 1990: 180). Ganz unerwartet setzte daraufhin im Februar 1990 die französische Regierung die bereits begonnenen Probebohrungen für ein Jahr aus und kündigte an, das Endlagerprogramm grundsätzlich zu überdenken. Ein im Dezember 1991 verabschiedetes Gesetz zur Atommülllagerung stellt "Transparenz" bei der Bestimmung von Standorten in Aussicht, betont vor allem Forschungsaspekte, spricht lediglich von "reversibler Zwischenlagerung" und verschiebt Regelungen zur Endlagerung auf ein späteres Gesetzeswerk. Gegenwärtig ist die Atommüllfrage von einem Tauziehen um Gutachten und Untersuchungskommissionen beherrscht (*La Gazette nucléaire* 1992, No. 121/122).

Das Parlament befaßte sich mit dem Atomprogramm nur spät und im Licht bereits geschaffener Tatsachen. Eine signifikante Debatte zur Energiepolitik fand erst im Oktober 1981 statt.⁹¹ 1989 wurde schließlich mit der Einrichtung einer Parlamentskommission zur Technikfolgenabschätzung (*Office Parlementaire d'Evaluation des Choix Scientifiques et Technologiques*) ein Versuch unternommen, sich über Bedingungen und Folgen moderner Technologien zumindest zu informieren.

Mit Ausnahme der Endlagerung war somit das französische Atomprogramm gegen den zeitweilig massiven Widerstand der Anti-Atomkraftbewegung kompromißlos und plangerecht durchgesetzt worden.⁹² Vor wie

⁹⁰ Zu den technischen Vorhaben und politischen Entscheidungsprozessen vgl. Kemp (1992: 84-99).

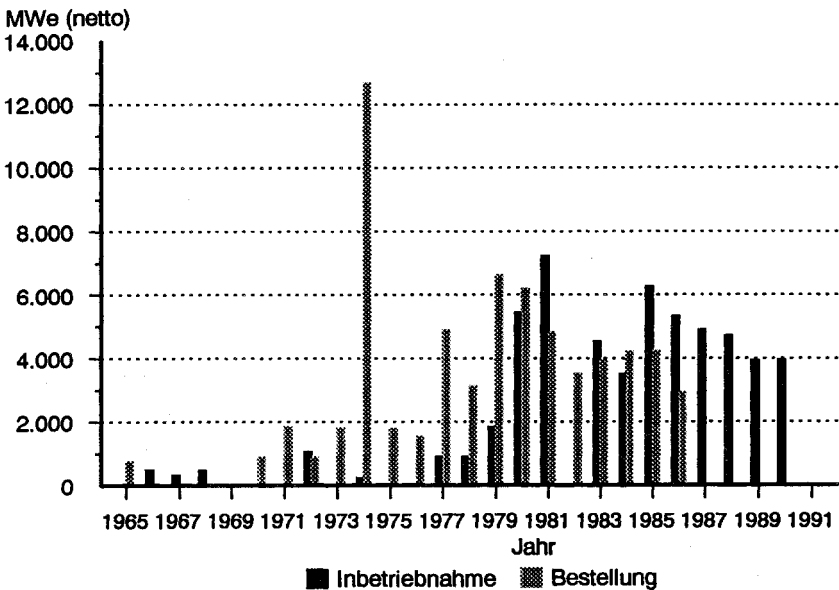
⁹¹ Eine frühere Parlamentsdebatte vom Mai 1975 war eher symbolischer Natur, zumal ein Regierungsmitglied bereits am Vortag öffentlich erklärt hatte, daß "Frankreich seine energiepolitischen Entscheidungen bereits getroffen hat" (zit. nach Hatch 1986: 154).

⁹² Dieser plangerechten Implementation kamen nicht nur unzureichende juristische Interventionsmöglichkeiten, sondern auch ein weitgehend standardisiertes Reaktorprogramm mit jeweils einer Serie baugleicher Typen entgegen. Ein einmal genehmigter Reaktor eines bestimmten Typs konnte kaum mehr aufgrund prinzipieller Sicherheitsbedenken an anderer Stelle verhindert werden. Diese Strategie der Standardisierung wurde in der Bundesrepublik erst später eingeschlagen ("Baulinie 80") und führte in der Tat zu einer Reduzierung der durchschnittlichen Bauverzögerungen. In den USA war dieses Vorgehen ebenfalls geplant, kam jedoch aufgrund des Niedergangs der Atomenergie

nach dem Höhepunkt des Konflikts im Sommer 1977 konnten bis auf zwei Projekte alle vorgesehenen Atomkraftwerke realisiert werden (Abbildung 9.4), wobei jedoch der Ausbau angesichts bestehender Überkapazitäten in Entscheidungen von 1983 und 1987 verlangsamt wurde. Damit avancierte Frankreich zu dem Staat mit dem weltweit höchsten Anteil von Atomenergie an der Stromerzeugung (rund 75 Prozent im Jahr 1992).

Abbildung 9.4

Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Frankreich, 1965-1989



Quellen: Jahrbuch der Atomwirtschaft (1991); CEA (1984)

Zu diesem Reaktorbestand kommen die übrigen Nukleareinrichtungen, insbesondere die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague, inzwischen die weltweit größte Einrichtung dieser Art.⁹³ Hier werden auch Kernbrennstoff-

nicht mehr zum Zuge.

⁹³ Eine erste kleinere Wiederaufarbeitungsanlage (UP 1) für rein militärische Zwecke ging 1958 in Marcoule (Gard) in Betrieb. Eine wesentlich größere Anlage (UP 2) für militärische und zivile Zwecke wurde 1966 in La Hague in Betrieb genommen, 1974 umgebaut und 1976 der COGEMA, einem privatrechtlichen 100%igen Tochterunternehmen

fe anderer Länder, vor allem aus Schweden, der Bundesrepublik und Japan, verarbeitet.⁹⁴ Weiterhin schien es, als würde sich Frankreich zum führenden Land der Brüter-Technologie entwickeln, zumal die Anlage in Creys-Malville gegen alle Widerstände durchgesetzt werden konnte. Allerdings erwies sich diese Reaktorlinie als extrem störanfällig und unwirtschaftlich (Sené 1990), so daß ihr selbst im "Nuklearparadies" Frankreich wahrscheinlich keine Zukunft beschieden sein wird.⁹⁵

Unabhängig von dieser speziellen Reaktorlinie stellt sich inzwischen die Frage, ob der französische Staat nicht einen Pyrrhussieg errungen hat. Der staatliche Strommonopolist EDF ist aufgrund seines nuklearen Engagements enorm verschuldet⁹⁶; die Kosten für den Atomstrom erweisen sich als weit höher als erwartet; aufgrund überzogener Energieprognosen wurden erhebliche Überkapazitäten an Strom bereitgestellt (Gerondeau 1984), welche durch die energiewirtschaftlich unsinnige, inzwischen zurückgenommene Propagierung von Elektroheizungen und den Stromexport⁹⁷ abge-

des CEA, übereignet. Sie hat einen Jahresdurchsatz von durchschnittlich 400 Tonnen. 1981 fiel die Entscheidung für eine weitere Anlage (UP 3) in La Hague. Die 1991 fertiggestellte Fabrik mit einer Jahreskapazität von 400 Tonnen wurde zum größten Teil von sechs Ländern als den wichtigsten Kunden der COGEMA vorfinanziert, um während der ersten zehn Betriebsjahre 7.000 Tonnen Kernbrennstoffe aus dem Ausland aufzuarbeiten. Schließlich wurde im Mai 1994 eine ausschließlich für den französischen Bedarf konzipierte, rund zehn Milliarden DM teure Anlage UP 2-800 mit einer geplanten Kapazität von 800 Jahrestonnen in Betrieb genommen. Zu den mit diesen Anlagen verknüpften Bedingungen und Konflikten vgl. CRILAN (1981) und Zonabend (1989), zu eher technischen Aspekten CFTD (1980: 188ff.)

⁹⁴ Die im Februar 1978 abgeschlossenen Verträge mit der *Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen* bezogen sich auf ein finanzielles Volumen von 2,5 Milliarden DM (*Der Spiegel* vom 1.10.1979, S. 145). Der jüngste Vertragsabschluß bundesdeutscher Atomkonzerne mit dem Betreiber der Anlage von La Hague vom Juli 1990 bezieht sich auf ein Volumen von 2,95 Milliarden DM (*die tageszeitung* vom 7.7.1990, S. 2).

⁹⁵ Der Reaktor mit einer Kapazität von 1.300 MWe war 1986 als Glanzstück des französischen Atomprogramms in Betrieb genommen worden. Der Bau kostete nach heutigen Preisen nahezu neun Milliarden DM. Der Reaktor lieferte jedoch lediglich volle 153 Tage Strom. Nach zahllosen Pannen entschied Premierminister Bérégovoy im Juli 1992, den Reaktor vorerst abgeschaltet zu lassen. Im Dezember 1993 wurden Pläne der Regierung bekanntgegeben, den Reaktor umzubauen und für Forschungs- und Demonstrationszwecke zu nutzen.

⁹⁶ Die Schulden des Unternehmens stiegen von 30 Millionen FF (1973) über 138 Milliarden FF (1982) auf 226 Milliarden FF (1990) (Gerondeau 1984: 314; Nectoux 1991: 50). Nach Angaben der *Internationalen Energie Agentur* betrug der Schuldenstand 1991 (in gegenwärtigen Preisen) 63,7 Milliarden DM. Dies entspricht etwa 125 Prozent des Jahresumsatzes der EDF von 1991. Demnach beträgt allein der Schuldendienst 13,6 Prozent der Kosten einer Kilowattstunde (*Die Zeit* vom 24.7.1992, S. 10). In den 1980er Jahren floß etwa die Hälfte aller Investitionen der EDF, die auch Leitungsnetze baut und unterhält, in den atomaren Sektor.

baut werden sollten; der erhoffte Export nuklearer Anlagen stagniert; schließlich erweist sich auch das bis heute vernachlässigte Problem der Endlagerung nicht nur als technisch ungelöst, sondern stößt an allen vorgesehenen Standorten auf ungewöhnlich scharfe Proteste, so daß in dieser Frage die Regierung bislang nachgeben mußte. Ein langfristiger Effekt des ungehemmten Ausbaus der Atomkraft ist schließlich die Vernachlässigung von Energieeinsparungen⁹⁸ und alternativen Energien, was nun im Wettbewerb mit anderen Ländern negativ zu Buche schlägt. Wenn nicht alles täuscht, so zeitigt die Stärke des französischen "Atomstaates" langfristig kontraproduktive Effekte (Fach/Simonis 1987), während die Länder, die sich durch eine wirkungsvolle Anti-Atomkraftbewegung blockiert sahen, heute eher im Vorteil sind.

9.3.4 Zusammenfassung

Die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich war in der ersten Hälfte der 1970er Jahre früh entwickelt und ungewöhnlich aktiv. Sie vermochte es, gegen einen nahezu geschlossenen Elitenkonsens das Thema auf die politische Agenda zu bringen, eine signifikante Minderheit in der Bevölkerung zu überzeugen und auch einige etablierte, wenngleich eher halbherzig bleibende Bündnispartner zu gewinnen. Vergebliche Versuche, das Atomprogramm zu reduzieren oder gar zu blockieren, führten ab 1975 zu einer Generalisierung und Radikalisierung der Kritik und zu aggressiveren Aktionen der Atomkraftgegner. Der Konflikt um den Schnellen Brüter entwickelte sich 1976/1977 zu einer Art Nagelprobe, wobei das Desaster von Malville eine Wende einleitete. Zwar gingen die Konflikte an mehreren Standorten weiter, doch konnte die Bewegung ihren Zerfall nicht aufhalten. Sie blieb fortan organisatorisch und ideologisch fragmentiert und spielte auf der nationalen Ebene keine Rolle mehr, zumal auch integrative Strategien der Sozialistischen Partei nicht ohne Wirkung blieben. Mit Ausnahme des heiß umkämpften Reaktorprojekts in Plogoff, des vielleicht ebenfalls aus politischen Gründen aufgegebenen Vorhabens in Port-la-Nouvelle und der ato-

⁹⁷ Ein Netto-Stromexport war ab 1981 zu verzeichnen. Er betrug 1990 bereits 46,5 Terawattstunden, das sind zwölf Prozent der nationalen Nettoproduktion (Nectoux 1991: 26).

⁹⁸ Zwar hatte Frankreich bereits im Oktober 1974 einen Energiesparplan beschlossen und später mehrfach aktualisiert, doch blieb es letztlich bei halbherzigen Maßnahmen, weil zugleich eine Überproduktion auf dem Elektrizitätsmarkt bestand.

maren Endlager konnte somit der französische Staat sein Atomprogramm plangemäß durchsetzen und blieb damit eindeutiger Sieger. Inzwischen mehren sich allerdings Anzeichen dafür, daß dieser Sieg auf längere Sicht mehr Nachteile als Vorteile in sich birgt.

9.4 Der Atomkonflikt in der Bunderepublik

9.4.1 Die Ausgangslage

Aufgrund der Bestimmungen der Alliierten blieb der Bundesrepublik die militärische Nutzung der Atomkraft zunächst untersagt. Spätere Vorstöße in diese Richtung scheiterten am entschiedenen Widerstand im eigenen Lande (Rupp 1970; Otto 1977). Dagegen herrschte bei Regierung wie Opposition Einmütigkeit darüber, daß das Land an den erhofften Segnungen der zivilen Atomenergie teilhaben sollte. Energiewirtschaftlich bestand dazu allerdings kein großer Anreiz.⁹⁹ Die Bundesrepublik verfügt über relativ große Mengen heimischer Steinkohle¹⁰⁰, deren Abbau sich allerdings im Vergleich zu Öl und billiger Importkohle ab den späten 1950er Jahren zunehmend als unwirtschaftlich erwies und deshalb gedrosselt wurde.¹⁰¹

Im Vergleich zu Ländern wie den USA und Frankreich war die Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Atomenergiepolitik in einer insgesamt ungünstigen Startposition. Erstens bestanden in der Bevölkerung starke Ängste auch hinsichtlich der zivilen Nutzung der Atomenergie, so daß das Atomministerium 1956 sogar von einer "Strahlenangstpsychose" sprach (Radkau 1983: 98). Ebenso war in der Fachzeitschrift *Atomwirtschaft* die Rede von "mentalhygienischen Gefahren..., die den Atompsychologen mit Sorge erfüllen".¹⁰² Zweitens fehlten der organisatorische Unterbau und das technische

⁹⁹ Zwar sagten Experten der *Euratom* im Mai 1957 eine drohende Energielücke für die damals sechs EG-Länder voraus, doch kam es bald danach zu einer Schwemme billigen Erdöls und Kohlehalden begannen sich aufzutürmen.

¹⁰⁰ 1950 deckten die Kohle 88 Prozent, das Öl fünf Prozent sowie Wasserkraft und andere Quellen sieben Prozent des westdeutschen Energieverbrauchs.

¹⁰¹ Zwischen 1957 und 1987 hatte sich die westdeutsche Steinkohleförderung nahezu halbiert. 1955 betrug der Anteil der Steinkohle am Primärenergieeinsatz 71,8 Prozent. Er sank bis 1973 auf 22 Prozent. Parallel dazu stieg der Anteil des Mineralöls von 8,5 Prozent auf 55 Prozent. 1991 lag der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch bei 18,6 Prozent.

Wissen zur Reaktorproduktion, das in anderen Ländern aufgrund der militärischen Nutzung der Atomenergie verfügbar war. Zudem erwies sich die Entwicklung mehrerer eigener Reaktorlinien, die - aufgeteilt nach fünf Firmengruppen - parallel vorangetrieben wurden, weitgehend als Fehlschlag. Somit wurden am Ende - wie in Frankreich - die in den USA entwickelten Leichtwasserreaktoren übernommen (Kitschelt 1980: 63ff.).¹⁰³ Drittens standen die Energieversorgungsunternehmen der Atomkraft zunächst wegen der unsicheren Kosten sehr reserviert gegenüber (Radkau 1983: 115ff.). Unter diesen Bedingungen wurden die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Rahmen der drei Atomprogramme zwischen 1958 und 1972 fast ausschließlich vom Staat finanziert. Außerhalb dieser Programme wurde jedoch von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken in Kahl ein Versuchsreaktor aus den USA installiert und im Juni 1961 in Betrieb genommen.

Erst gegen Ende der 1960er Jahre waren auch die Energieversorgungsunternehmen von den Vorteilen der Atomenergie überzeugt und gaben in größerem Umfang Reaktorbestellungen auf (Abbildung 9.5).¹⁰⁴

Anfang der 1970er Jahre wurden zudem die Entwicklungsarbeiten für Brut- und Hochtemperaturreaktoren intensiviert. Diese sollten später die Leichtwasserreaktoren ablösen und - zusammen mit der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen - die Grundlage für eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle bilden. Die Bundesregierung verabschiedete 1967 ein ehrgeiziges (drittes) Atomprogramm mit einem Ausgabevolumen von rund fünf Milliarden DM, das langfristig auch den Übergang zu einer Plutoniumwirtschaft, d.h. den Einsatz von Brutreaktoren in Verbindung mit Wiederaufarbeitungsanlagen, vorsah. Die "Erdölpreiskrise" von 1973 machte eine Nachbesserung des kurz zuvor beschlossenen Energieprogramms erforderlich, welches beanspruchte, das Atomprogramm in eine breitere "Konzeption zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung" einzubetten.¹⁰⁵ Die

¹⁰² Hugo Freund in *Atomwirtschaft*, Heft 3/1956, S. 119. Einer 1959 durchgeführten repräsentativen Umfrage zufolge sprachen sich nur acht Prozent uneingeschränkt für die Nutzung der Atomkraft aus, während 17 Prozent der Befürchtung zuneigten, die Atomenergie werde eines Tages zum Atomkrieg führen (Radkau 1983: 435). Zu einer detaillierten Übersicht der einschlägigen Umfragen in der Bundesrepublik seit 1955 vgl. Dube (1988) und - unter Einschluß anderer EG-Länder - Kaase (1990).

¹⁰³ Dafür sprachen nicht nur, wie oft behauptet, technische Gründe. Ein wichtiger Gesichtspunkt war, "daß das von den Leichtwasserreaktoren benötigte (angereicherte, D.R.) Uran dank der großen Isotopentrennanlagen billig zu haben war" (Radkau 1992). Die enormen Kosten für die Trennanlagen waren für die Atomwirtschaft gleichsam externalisiert, weil sie diese Anlagen nicht finanzieren mußte.

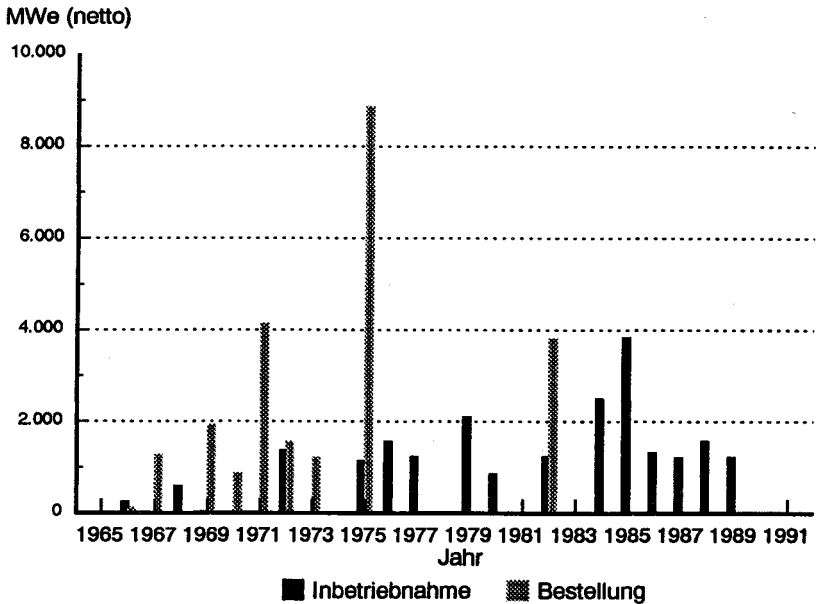
¹⁰⁴ 1967 erfolgten die beiden ersten Reaktorbestellungen auf kommerzieller Basis.

¹⁰⁵ In der im November 1974 beschlossenen "Ersten Fortschreibung des Energiepro-

Krise hatte aber keinen nachhaltigen Effekt auf das angestrebte Ausbauvolumen der Atomkraft, da zugleich Maßnahmen zur Energieeinsparung anvisiert wurden. Die Kapazität der bestehenden Atomkraftwerke sollte bis 1985 etwa um den Faktor 20 auf 40.000 bis 50.000 MWe erhöht werden, was dann einem Anteil der Atomenergie von 15 Prozent am Primärenergieverbrauch und von 40 Prozent an der Stromerzeugung entsprochen hätte.

Abbildung 9.5

**Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken
in der Bundesrepublik, 1966-1989**



Quellen: Jahrbuch der Atomwirtschaft (1991); CEA (1984)

gramms" wurde der geschätzte Energieverbrauch gegenüber dem Programm vom September 1973 um zehn Prozent niedriger eingestuft.

9.4.2 Die Formierung der Anti-Atomkraftbewegung

In der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre hatte sich zunächst vereinzelt und lokal begrenzt Widerstand gegen die Atomenergie geregt, ohne jedoch größere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.¹⁰⁶ Umfangreichere Proteste begannen erst in den frühen 1970er Jahren, also in jener Phase, in der auch die Anfänge der Ökologiebewegung liegen. Eher zaghaft und ohne Breitenwirkung waren die ersten Proteste von Jungsozialisten, Jungdemokraten und dem Bremer *Republikanischen Club* gegen ein geplantes Atomkraftwerk in Esenshamm im Jahr 1971. Ebenfalls 1971 wurden gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Neckarwestheim 5.232 Einsprüche erhoben. Pläne zum Bau eines Atomkraftwerks südlich von Bonn zogen im gleichen Jahr sogar 15.577 Einsprüche auf sich; im Folgejahr wurde das Vorhaben stillschweigend begraben. Eine Klage der Stadt Schweinfurt gegen den geplanten Reaktor in Grafenrheinfeld hatte immerhin eine aufschiebende Wirkung (Radkau 1983: 453). Die Atomkraftlobby reagierte auf diese Proteste eher verwundert als besorgt (Radkau 1983: 449). Es schien, als sei der Widerstand gegen das Atomprogramm, hinter dem alle Parteien und sonstigen wichtigen gesellschaftlichen Kräfte standen, aussichtslos. Die Presse berichtete in diesen Jahren fast ausschließlich positiv über die Atomenergie.¹⁰⁷

¹⁰⁶ Vgl. dazu Kitschelt (1980: 69ff.), der auf Bedenken und Widerstände in der Bevölkerung von Jülich, Karlsruhe, Gundremmingen und Nürnberg hinweist. Radkau (1983: 372ff.) berichtet über verschiedene Vorstöße in den 1960er Jahren, Kernkraftwerke in Großstädten wie Stuttgart, Berlin und Ludwigshafen zu errichten. Diese Pläne wurden teils aus politischen Bedenken, teils aus Sicherheitsgründen aufgegeben. Zu nennen ist weiterhin der lokale Widerstand gegen eine Atommülldeponie im Salzbergwerk Asse, gegen den Uranabbau im Schwarzwald und gegen ein Atomkraftwerk in Bertolsheim, das aufgrund der Einwände der Stadt Nürnberg, die um ihr Trinkwassereinzugsgebiet fürchtete, nach Gundremmingen verlegt wurde und dort anfangs ebenfalls auf Proteste stieß. Weiterhin ist auf einzelne Zirkel wie den 1956 gegründeten *Kampfbund gegen Atomschäden* und den 1960 entstandenen, völkisch angehauchten *Weltbund zum Schutze des Lebens* hinzuweisen (Radkau 1983: 435). Unter den Personen, die sehr früh publizistisch gegen die Atomenergie zu Felde zogen, waren der Nuklearchemiker und SPD-Politiker Karl Bechert, von 1962 bis 1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomenergie und Wasserwirtschaft, sowie der Mediziner Bodo Manstein. Frühe kritische Argumente zur Atomenergie liefert die Arbeit von Wagner (1964/1969).

¹⁰⁷ Nur 123 von 20.000 analysierten Artikeln zur Atomenergie zwischen 1970 und 1974 enthielten besorgte bzw. kritische Stimmen oder berichteten über entsprechende Bürgeraktivitäten (Battelle 1975: I, Zusammenfassung). Nach der Studie von Kepplinger (1988: 665) schlug die bisher überwiegend positive Berichterstattung ab 1973 ins Negative um und blieb bis Ende des Untersuchungszeitraums (1986) im negativen Spektrum. Eine Analyse von fünf Zeitungen vom Mai 1974 bis Mai 1977 im Auftrag des Bundesminister des Innern (van Buiren 1980) ergab eine starke Fokussierung auf Konfliktbeteiligte zu Lasten von Sachinformation. Bemerkenswert ist zudem, daß 80 Prozent der Be-

Zu einer einer ersten und dauerhaften Hochburg des Anti-Atomprotests entwickelte sich der badische Raum am Oberrhein (Rucht 1988). Der 1970 zufällig bekanntgewordene Plan zur Errichtung eines Atomkraftwerks in der Nähe von Breisach stieß sofort auf entschiedenen Widerstand, der vor allem von der lokalen Bevölkerung getragen wurde. Es kam zu Kundgebungen, Protestmärschen, rund 65.000 Einsprüchen und sowie einem konfliktreichen Anhörungstermin im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Als daraufhin das benachbarte Wyhl als neuer Standort benannt wurde, formierten sich auch hier sofort Bürgerinitiativen, die zudem Unterstützung von französischen Gruppen jenseits des Rheins erfuhren. Dort war im Sommer 1974 die Ansiedlung eines Bleichemiewerks durch eine mehrwöchige Platzbesetzung abgewehrt worden. Zur Stärkung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen trug auch die ungeschickte Politik der Landesregierung bei. Die spektakulärste Widerstandsaktion bildete die im Anschluß an eine Großdemonstration (rund 28.000 Personen) durchgeführte Besetzung des Baugeländes ab Februar 1975. Von dieser mehrmonatigen Besetzung, an der sich neben wenigen Daueraktivisten viele Besucher sporadisch beteiligten, ging eine Signalwirkung auf die gesamte Ökologiebewegung aus. Die Besetzer hatten den Rückhalt der lokalen Bevölkerung. Unter diesen Umständen scheute sich die in solchen Konflikten noch sichtlich unerfahrene Landesregierung, die Besetzung mit Brachialgewalt zu beenden. Sie ließ sich stattdessen auf einen langwierigen Verhandlungsprozeß ein, der mit einem Kompromiß endete: der Räumung des Platzes unter der Zusage, daß weitere Studien zu den Risiken und Umweltauswirkungen des Atomkraftwerks erstellt würden.

Erst mit den Wyhler Ereignissen, welche die anhebenden Konflikte an anderen Standorten wie beispielsweise Brokdorf¹⁰⁸ überschatteten, erlangte der Atomkonflikt nationale Aufmerksamkeit. Bereits zuvor hatte sich das Bundesforschungsministerium dazu durchgerungen, mit der wachsenden Kritik offensiv umzugehen und die Diskussion zum vierten Atomprogramm in einem umfangreichen Materialienband zu dokumentieren (BMFT 1974). Anders als in den USA hatten sich jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige Fachwissenschaftler kritisch zur Atomenergie geäußert. Die Kritik kam zumeist von Autodidakten, die ihr Wissen überwiegend aus US-amerikanischen Publikationen erworben hatten.¹⁰⁹

richte aus den beiden Regionalzeitungen (*Norddeutsche Rundschau* und *Badische Zeitung*) und nur 20 Prozent aus den drei bundesweiten Zeitungen (*Bild*, *Die Welt*, *Frankfurter Rundschau*) stammten. Obgleich die Mehrzahl der Artikel formal als Nachrichten erschien, enthielten sie häufig auch Meinungen.

¹⁰⁸ Zu den Konflikten in Brokdorf vgl. BUU (1977) und Trautmann (1978).

¹⁰⁹ Die in der Bundesrepublik einflußreichste fachliche Kritik an der Atomenergie

9.4.3 Eskalation, Deeskalation und Wirkungen des Konflikts

Ab Mitte der 1970er Jahre sahen sich Betreiber und Genehmigungsbehörden von Atomanlagen an fast allen Standorten mit wachsendem Widerstand konfrontiert. Allein der Verbund der badisch-elsässischen Initiativen bestand um 1977/78 aus 56 Einzelgruppen. Von massiver Kritik verschont blieben nur Anlagen an wenigen Orten wie etwa im hessischen Biblis, wo neben dem vorhandenen Kraftwerk ein zweiter Block errichtet werden sollte. Die lokalen Initiativen hatten bereits frühzeitig erkannt, daß es keinen Sinn machte, ein Atomkraftwerk lediglich vor der eigenen Haustür abzulehnen. Entsprechend hieß ihr Slogan "Kein AKW in X und anderswo". Konsequenterweise kam es zu einer engen Zusammenarbeit der Initiativen, die teils dem *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* beitraten, teils aber auch sich einer informellen Landes- bzw. Bundeskonferenz der Atomkraftgegner anschlossen.¹¹⁰

Die Gruppen repräsentierten ein breites Aktivitätsspektrum, das von Aufklärungsveranstaltungen über verwaltungsgerichtliche Klagen bis hin zu großen Protestkundgebungen und Blockadeaktionen reichte. Die als erfolgreich angesehene Wyhler Platzbesetzung inspirierte Initiativen an anderen Standorten. Darunter waren nun, im Unterschied zu Wyhl, insbesondere die radikaleren politischen Gruppen aus den Städten, die sich nach anfänglichem Zögern vorbehaltlos an der Widerstandsbewegung beteiligten.

Die Gegenseite reagierte differenziert. Ein Ergebnis der früheren Kritik waren geringfügige institutionelle Korrekturen, etwa die Verlagerung der Verantwortung für Reaktorsicherheit vom Bundesforschungsministerium auf das Innenministerium. Eine zweite Antwort bildeten Informationskampagnen von Regierung und Betreiberseite, um die Bevölkerung von den Vorteilen der Atomenergie zu überzeugen. Ab Mitte der 1970er Jahre mußte die Widerstandsbewegung ernster genommen werden, was sich unter anderem an den Auftragsstudien zur Akzeptanzproblematik (Battelle 1975;

stammte von Holger Stroh, einem Lehrer in Hamburg. Sein Buch mit dem Titel "Friedlich in die Katastrophe" erschien zuerst 1973 bei einem linken Kleinverlag und wurde ab 1981 in einer ausgearbeiteten Version durch den Verlag *Zweitausendundeins* in hohen Auflagen verbreitet.

¹¹⁰ Später entstanden weitere Gruppierungen wie die sehr beständig arbeitende *Atommüllkonferenz*, die nach Tschernobyl sich formierenden *Mütter gegen Atomkraft* und der *Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie*, der sich vornehmlich der Herausgabe der - 1994 eingegangen - Zeitschrift *atom* widmete. Schließlich haben sich neben diesen thematisch spezialisierten Gruppen auch größere Umweltverbände wie der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* und *Greenpeace* aktiv in Konflikte um die Atomenergie eingeschaltet.

1977)¹¹¹ und dem 1976 initiierten "Bürgerdialog Kernenergie" zeigte, in dem Kritiker und Befürworter gleichermaßen zu Wort kommen sollten. Eine weitere Gegenstrategie war die aktive Mobilisierung des eigenen Lagers. Ein Teil der Gewerkschaften begann nun in seltener Eintracht mit den Unternehmern für Atomkraft zu demonstrieren. Dabei wurde insbesondere der Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen und ein technologischer Rückstand gegenüber den anderen Industrienationen heraufbeschworen (Brandes 1977; Hallerbach 1978). Ersten Kundgebungen pro Atomkraft mit rund 1.000 Teilnehmern in Brokdorf und 5.000 Teilnehmern in Mühlheim im November 1976 folgten Großkundgebungen mit 10.000 Arbeitnehmern in Bonn im September 1977 und 30-40.000 Menschen in Dortmund im November 1977. Neben diesen Gruppen ließen sich auch führende Politiker dazu hinreißen, die Gegner der Atomenergie auf eine heute sehr platt erscheinende Weise zu diffamieren.¹¹² Immerhin kam auch die Bundesregierung aufgrund haltlos gewordener Verbrauchsprognosen nicht umhin, in einer "Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms" im Dezember 1977 eine Halbierung des Atomprogramms auf eine Kapazität von rund 24.000 MWe für 1985 anzukündigen und zugleich mehr Gewicht auf Energiesparmaßnahmen und die Entwicklung neuer, nicht-nuklearer Energietechnologien zu legen. All dies bedeutete jedoch keine Entspannung des Konflikts. So war insbesondere gegenüber den anhaltenden direkten Aktionen der Atomkraftgegner Härte angesagt. Der Staatsapparat hatte aus den Wyhler Ereignissen gelernt. Versuchte Platzbetzungen in Brokdorf und Grohnde endeten mit blutigen Auseinandersetzungen, in denen letztlich die Polizei die Oberhand behielt.

Massendemonstrationen 1976 und 1977 in Grohnde, Brokdorf und Kalkar, dem Standort des geplanten Schnellen Brütters, versammelten jeweils Zehntausende von Menschen. Speziell in dieser Phase wirkte der Atomkonflikt über seinen unmittelbaren Anlaß hinaus stark polarisierend. Es ging vielfach um einen Grundsatzstreit, in dem die einen den Rückfall in die Steinzeit und die anderen einen totalitären "Atomstaat" (Jungk 1977) an die Wand malten. Manche Beobachter sahen das Land in einen "ökologischen Bürgerkrieg" (Mayer-Tasch 1976) treiben.

¹¹¹ Kritisch dazu Beate von Devivere, eine Mitarbeiterin der ersten Studie ("Das Kernenergieprogramm ist ein Verbrechen", *Psychologie heute* 7/1977, S. 19) und Schluchter (1977).

¹¹² "Die Gegner der Atomenergie sind Reaktionäre. Sie wenden sich gegen den Fortschritt. Sie wollen den Bürger mit einer Strategie des Rückschritts und der Armut beglücken." (Helmut Kohl am 10.10.1978 anlässlich des Energie-Kongresses der CDU; zit. nach *Der Spiegel* vom 2.7.1979, S. 129)

Nachdem um 1977/78 klargeworden war, daß das Atomprogramm nicht auf direktem Wege zu verhindern war, besannen sich viele Aktivisten auf andere Aktionsmöglichkeiten. Ein Teil machte sich an die Propagierung von Energiesparmaßnahmen und die Entwicklung regenerierbarer Energien; andere setzten ausschließlich auf verfahrensförmigen Widerstand; wiederum andere bemühten sich um den Aufbau schlagkräftiger Umweltschutzorganisationen oder um die Etablierung von alternativen bzw. grünen Parteien.

Die Atomkraftbefürworter gerieten sukzessive in die Defensive. Innerhalb der Gesamtbevölkerung reichte nun die Zahl der Gegner dicht an die der Befürworter heran, während es kaum noch indifferente Stimmen gab. Auch in SPD und FDP hatten signifikante Minderheiten eine kritische oder ablehnende Position zur Atomkraft eingenommen. Nicht zufällig organisierten CDU, SPD und FDP im Jahr 1977 jeweils eigene Kongresse zu Energie- und Umweltfragen. Mit dem Anwachsen der innerparteilichen Kritik wurde der Atomkonflikt ins Parlament getragen. Die 1979 zunächst mit Blick auf Brutreaktoren eingesetzte, dann in ihrer Aufgabenstellung erweiterte parlamentarische Enquete-Kommission "Zukünftige (Kern-) Energiepolitik" konnte überzeugend klarstellen, daß eine drastische Reduzierung der Atomkraft oder gar ein Verzicht darauf keineswegs eine Senkung des Lebensstandards und ein ökonomisches Desaster nach sich ziehen müßte.

Ab den späten 1970er Jahren rückte der Streit um ein "integriertes Entsorgungszentrum", d.h. die räumliche Konzentration von nuklearer Wiederaufarbeitung und Endlagerung, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen (Rucht 1980). In die Hochphase dieses Konflikts fiel auch der Unfall von Three Mile Island. Er gab dem antinuklearen Protest - sichtbar an einer Großdemonstration mit über 100.000 Menschen in Hannover im Frühjahr 1979 - zusätzliche Nahrung. Der massive Streit um Gorleben erreichte schnell bundesweite Dimensionen und gipfelte symbolisch im Bau eines Anti-Atomdorfes auf dem Baugelände, das als "Freie Republik Wendland" deklariert wurde. Nur durch prozedurale Zugeständnisse wie das sog. Gorleben-Hearing und schließlich den (vorübergehenden) Verzicht auf die Wiederaufarbeitungsanlage an diesem Standort konnte der Konflikt halbwegs entschärft werden. Im Schatten des Gorlebener Konflikts blieben aber auch die Projekte von Wyhl und Brokdorf Brennpunkte des Protests. Das zeigen Demonstrationen mit rund 100.000 Teilnehmern in Brokdorf (Februar 1981) und rund 30.000 Teilnehmern in Wyhl (Januar 1982). In diese Phase fiel auch die größte bundesdeutsche Demonstration gegen die Atomenergie mit rund 150.000 Teilnehmern in Bonn (Herbst 1979).

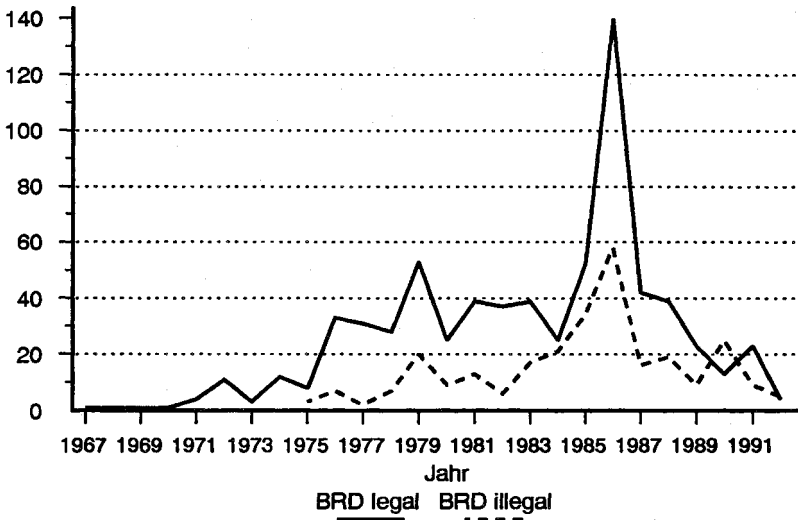
Während sich der regionale Widerstand am Projekt der Endlagerung und dem inzwischen hinzugekommenen atomaren Zwischenlager im Raum Gorleben festbiß, begann die Suche nach einem neuen Standort für die Wiederaufarbeitung, um an jedem vorgesehenen Ort sofort einen Proteststurm zu entfachen. Endpunkt dieses Standortkarussells war schließlich das bayerische Wackersdorf. Doch auch hier entfaltete sich trotz oder wegen der entschiedenen Politik der Landesregierung ein sehr nachhaltiger und bodenständiger Protest, der das Projekt erheblich verzögerte und verteuerte (Kretschmer 1988; Kretschmer/Rucht 1991). Dieser Protest umfaßte sowohl Verfahrenseinsprüche, ein Rekord von über 880.000 Einwendungen, Verwaltungsgerichtsklagen, Massendemonstrationen mit jeweils mehreren zehntausend Teilnehmern und zahlreiche direkte Widerstandsaktionen. Auch hier war es wiederum ein externes Ereignis, die Katastrophe von Tschernobyl, die den Protest zusätzlich stimulierte und generell zu einer Revitalisierung der bundesdeutschen Anti-Atomkraftbewegung führte. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen verzichteten schließlich - gegen das Votum der konsternierten Landes- und Bundesregierung - die beteiligten Unternehmen im Frühjahr 1989 auf das Projekt. Ersatzweise wurden Verträge zur Wiederaufarbeitung im französischen La Hague und britischen Sellafield abgeschlossen. Letztlich hatte die Anti-Atomkraftbewegung mit ihrem zähen Widerstand in Wackersdorf und anderswo die politischen und finanziellen Kosten zur Weiterführung des Atomprogramms so hoch geschraubt, daß es zu einem de facto Moratorium kam.

Die breite Mobilisierung ab den späten 1970er Jahren und den steilen Anstieg der Proteste ab 1984 verdeutlicht Abbildung 9.6. Der Mobilisierungsgipfel im Jahr 1986 ist auf den Konflikt in Wackersdorf und vor allem den Unfall von Tschernobyl zurückzuführen. Ein Blick auf die pro Jahr ermittelten Teilnehmerzahlen unterstreicht ebenfalls den Mobilisierungshöhepunkt 1986 und, aufgrund der Einwendungen gegen das Projekt in Wackersdorf, eine starke Mobilisierung im Jahr 1988 (Abbildung 9.7). Die Behauptung eines Niedergangs der Anti-Atomkraftbewegung in den frühen 1980er Jahren (Joppke 1991: 47) wird durch die Daten nicht gestützt. Allerdings hatte in dieser Phase die mobilisierungsstarke Friedensbewegung die Anti-Atomkraftbewegung überschattet und viele Energien absorbiert.

Bereits mit der dritten Fortschreibung des Energieprogramms vom November 1981 hatte sich formal das pronukleare Lager durchgesetzt.¹¹³ Mit

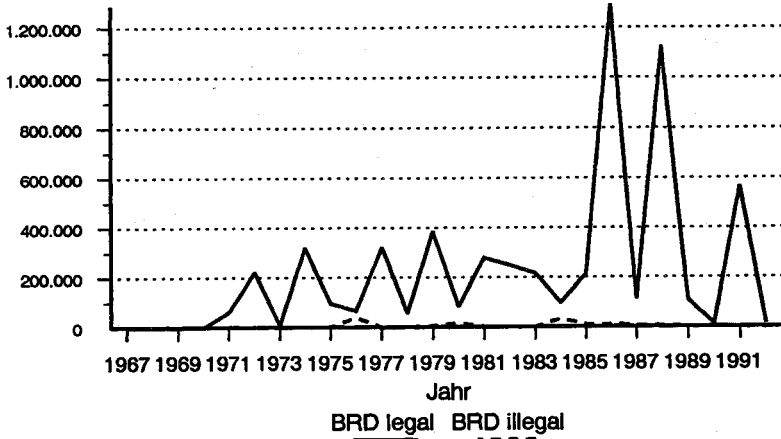
¹¹³ Demnach sollte die gesamte Kraftwerkskapazität von etwa 80.000 MWe (1981) bis zum Jahr 1995 auf 122.000 MWe erhöht werden. Der Anteil der Atomenergie an der gesamten Kapazität war für 1995 auf 31 Prozent veranschlagt. Das entspräche einer atomaren Kraftwerkskapazität von 39.500 MWe; es hätten somit bis 1995 etwa 30 bis 35 große Atomkraftwerke betriebsbereit sein müssen.

Abbildung 9.6
Legale und illegale Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik, 1967-1992



Quelle: eigene Erhebungen

Abbildung 9.7
Teilnehmer an legalen und illegalen Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik, 1970-1992



Quelle: eigene Erhebungen

dem Wechsel zu einer konservativen Bundesregierung im Oktober 1982 schienen die Vorzeichen für die Atomenergie noch günstiger. Doch im weiteren Verlauf der 1980er Jahre fielen Regierungs- und Oppositionspolitik, die sich in den 1970er Jahren in der Frage der Atomenergie nicht grundsätzlich unterschieden hatten, definitiv auseinander. Bereits der aus dem Amt scheidende SPD-Minister für Forschung und Technologie hatte sich kritisch zum Schnellen Brüter geäußert. In der SPD bekamen die Atomkraftgegner die Oberhand und setzten auf dem Nürnberger Parteitag 1986 einen freilich nur vagen Ausstiegsbeschluß durch. Zunehmend war die Atomenergie auch zu einem Streitpunkt innerhalb des Bundestags geworden¹¹⁴, wo mit dem Einzug der *Grünen* im Jahr 1983 die Atomkraftgegner eine Verstärkung erfahren hatten. Die Katastrophe von Tschernobyl tat ein Übriges, um das Lager der Atomkraftgegner zu festigen. Wichtige vormalige Befürworter der Atomenergie wie die Gewerkschaften¹¹⁵ waren zu großen Teilen umgeschwenkt und hatten insbesondere den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage entschieden abgelehnt. Daneben entwickelte sich die Atomkraft zu einem Zankapfel zwischen Bund und Landesregierungen. Sozialdemokratische Landesregierungen nahmen in Genehmigungsverfahren einen mehr oder weniger deutlichen Obstruktionskurs ein und versuchten auf diesem Wege - teils erfolgreich - die Realisierung des Atomprogramms in ihrem Verantwortungsbereich zu blockieren.

Die bundesdeutsche Anti-Atomkraftbewegung hat zwar ihr Maximalziel, den (sofortigen) Bau- und Betriebsstopp aller nuklearer Anlagen, nicht erreicht. Sie war jedoch die ausschlaggebende Kraft, um die Atomprogramme der 1970er Jahre drastisch zu reduzieren und auf dem Niveau der frühen 1980er Jahre einzufrieren. Während an einzelnen Standorten der Bau (Wyhl) oder sogar die Inbetriebnahme von mit Milliardenaufwand erstellten nuklearen Anlagen wie dem Schnellen Brüter in Kalkar verhindert werden konnte und der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop aufgrund gerichtlicher Interventionen wieder vom Netz genommen wurde,¹¹⁶ gingen an-

¹¹⁴ Dies spiegelt auch die drastische Zunahme von Anfragen zur Atomenergie im Bundestag. Demnach ergab sich für die einzelnen Wahlperioden folgende Zahl von Anfragen: 0 (1949-53), 8 (1953-57), 2 (1957-61), 2 (1961-65), 5 (1965-69), 6 (1969-72), 16 (1972-76), 17 (1976-80), 9 (1980-83), 55 (1983-87) (Dube 1988).

¹¹⁵ 1986, unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl, faßte der DGB auf seinem Gesamtkongreß einen Beschluß zum Ausstieg aus der Atomenergie. Während bestimmte Einzelgewerkschaften wie die *IG Metall*, die *IG Medien*, die *Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen*, die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* sowie die *ÖTV* auf die Atomenergie "so rasch wie möglich" verzichten wollen, stellen *IG Bergbau und Energie* sowie *IG Chemie-Papier-Keramik* dieses Vorhaben in Frage. Zur Haltung der Gewerkschaften vgl. Jahn (1989).

¹¹⁶ Der 1986 in Betrieb genommene Reaktor ist seit 1989 abgeschaltet. Derzeit (Früh-

dere Anlagen nahezu ungestört (Biblis A und B, Neckarwestheim I, Philippsburg I und II) oder trotz massiver Widerstände (Grohnde, Brokdorf) in Betrieb. Diese gesamte Reaktorserie basiert jedoch mit einer Ausnahme¹¹⁷ auf Bestellungen aus dem Jahr 1975 oder davor. Daß bis heute nur noch drei zusätzlich geordnete Atomkraftwerke gebaut werden konnten und fast ein Dutzend Projekte storniert wurde¹¹⁸, ist der vielleicht aussagekräftigste Indikator für die präventive Wirkung, welche die bundesdeutsche Anti-Atomkraftbewegung ab Mitte der 1970er Jahre entfaltete.

Heute ist die Bewegung keineswegs eingeschlafen, wie anhaltende kleinere Aktionen im Raum Gorleben, Krümmel, Hanau und vor allem gegen das geplante Endlager bei Salzgitter zeigen. Dort wurden im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens im Herbst 1992 immerhin rund 250.000 Einwendungen registriert. Allerdings ist das Netzwerk der Initiativen stark ausgedünnt. Es bestehen nur noch wenige größere regionale Initiativen¹¹⁹ sowie übergregionale Strukturen, darunter gelegentliche Bundeskonferenzen und die häufiger tagende Atommüllkonferenz.

Eine vorerst letzte Etappe des Atomkonflikts in der Bundesrepublik markierten die sog. Konsensgespräche von 1992/93. Hierbei verhandelten führende Vertreter der Elektrizitätswirtschaft zunächst mit Repräsentanten der SPD-geführten Landesregierung Niedersachsens, später auch mit einem breiteren Kreis von Politikern verschiedener Parteien, um die Bedingungen einer begrenzten Weiterführung bzw. eines Ausstiegs aus der Atomenergie. Diese anfangs als Rückzug der Energiewirtschaft aus dem Atomgeschäft fehlinterpretierten Gespräche scheiterten jedoch in einer späteren Phase an den fortbestehenden Interessengegensätzen. Damit bleibt es beim derzeitigen Stand: Weiterbetrieb bestehender Anlagen ohne konkrete Ausbaupläne.

jahr 1994) wird um eine neue Teilerrichtungsgenehmigung des Reaktors gestritten, dessen Investitionskosten von über fünf Milliarden DM zu mehr als 80 Prozent von der öffentlichen Hand übernommen wurden.

¹¹⁷ Dies ist das KKW-2 Isar (Ohu), das 1982 bestellt wurde und bereits 1988 in Betrieb ging.

¹¹⁸ Dies betrifft das KKH Hamm (bestellt 1975), Biblis C und D (1975), Neupotz A und B (1978), Vahnum A und B (1974), KRL Pfaffenhofen (1976), KWB Borken (1974) und SNR-2 Kalkar (keine konkrete Bestellung). Das Gesamtvolumen dieser Kraftwerke hätte 14.619 MWe betragen (Wolf 1985: 29).

¹¹⁹ Immerhin hatte die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*, die sich vor allem gegen atomare Anlagen bei Gorleben richtet, im Jahr 1992 noch fast 600 Mitglieder.

9.4.4 Zusammenfassung

In der Bundesrepublik entwickelte sich ab den frühen 1970er Jahren eine ungewöhnlich starke und aktive Anti-Atomkraftbewegung. Zunächst standen friedlich verlaufende Konflikte, hierunter die herausragenden Ereignisse in Wyhl, im Vordergrund. Dabei konnte sich der Staatsapparat weitgehend auf symbolische Politik beschränken. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war das Bild des Anti-Atomprotests durch direkte Aktionen unter Einschluß gewaltsamer Konfrontationen mit Polizeikräften bestimmt. Im Schatten dieser medienwirksamen Spektakel stand allerdings ein breites Spektrum von konventionelleren Aktionsformen, die allmählich Wirkung zeigten. In der Bevölkerung wuchs die Skepsis gegenüber der Atomenergie; in der SPD und der FDP formierte sich ein atomkritisches Lager; es kam zu einer "Akzeptanzkrise".

Der Effekt der direkten Auseinandersetzungen an den Bauzäunen und Bauplätzen ist schwer abschätzbar. Einerseits dürften diese Konfrontationen gemäßigte Atomkraftkritiker abgeschreckt haben; andererseits bewirkten sie eine erhebliche Verunsicherung der Politiker. Insbesondere liberale Beobachter kamen zu der Überzeugung, man könne das Atomprogramm nicht mit paramilitärischen Mitteln durchsetzen. Massenhafte Einsprüche hatten eher symbolische Wirkungen, während verwaltungsgerichtliche Klagen manchmal zu Teilerfolgen der Atomkraftgegner (etwa zusätzlichen Sicherheitsauflagen), zumindest aber zu entscheidenden Verzögerungen führten.¹²⁰ Damit wurde die Realisierung des Atomprogramms weitgehend in eine Phase verschoben, in der keine hinreichende Akzeptanz für Atomenergie in der Bevölkerung und bei einem relevanten Teil der Eliten (einschließlich einzelner Landesregierungen) mehr bestand. Entscheidende Faktoren dieses Meinungswandels bildeten das gewachsene Umweltbewußtsein, die zunehmende Professionalität der Atomkraftgegner, die Verstärkung der innerparlamentarischen Kritik vor allem durch die *Grünen* sowie die durch kleinere und größere Unfälle geschürte Angst vor Katastrophen. Obgleich die konservativ-liberale Bundesregierung nach wie vor für einen Ausbau der Atomenergie eintritt, spricht vieles dafür, daß diese Art der Energiegewinnung in der Bundesrepublik ein auslaufendes Modell darstellt.

Die Anti-Atomkraftbewegung hat sich nicht nur als stärker als ihre Gegenspieler erwiesen, sondern dazu beigetragen, große Überkapazitäten und

¹²⁰ Die durchschnittliche Verzögerung der geplanten Bauzeiten von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik erhöhte sich von 1974 bis 1986 von 6,1 auf 47,9 Monate (Joppke 1993: 214).

Fehlinvestitionen zu vermeiden, die auf falschen Energieprognosen basiert hätten.¹²¹ Dieser Erfolg war, wie ein kompetenter Technikhistoriker feststellt, das Ergebnis eines mühsamen Deutungs- und Argumentationsprozesses: "Der Streit um die Atomkraft war und ist ein wirklicher Diskurs, der größte und gedankenreichste öffentliche Diskurs in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik." (Radkau 1987: 397)

9.5 Vergleichende Betrachtung

Abschließend werden die drei Fallbeschreibungen des Atomkonflikts unter zwei Aspekten - (1) Entwicklung und Mobilisierung der Anti-Atomkraftbewegungen sowie (2) Weg und Ergebnis der nationalen Atompolitiken - verglichen.

9.5.1 Zur Entwicklung der Anti-Atomkraftbewegungen

1. In den 1950er und 1960er Jahren gab es gelegentlich lokale Proteste, die jedoch keine Breitenwirkung erlangten. Ab den späten 1960er Jahren formierte sich in den USA und wenig später auch in Frankreich und der Bundesrepublik eine Anti-Atomkraftbewegung als eine lockere Allianz von lokalen Initiativen, Wissenschaftlern und etablierteren Gruppierungen. Sie machten innerhalb weniger Jahre die Frage der Atomenergie zu einem der wichtigsten innenpolitischen Konflikte.

Ogleich die Bewegungen in den drei Ländern um die Mitte der 1970er Jahre ganz unterschiedliche Zwischenresultate erzielt hatten, kam es in den folgenden Jahren zu einer fast zeitgleichen Verlagerung auf direkte Aktionen: Demonstrationen vor oder auf Bauplätzen, Blockaden, Besetzungen usw. Lediglich in der Bundesrepublik wurden diese Aktionen auch in den 1980er Jahren fortgesetzt. Während die Bewegungen in den USA und Frankreich aus ganz unterschiedlichen Gründen Anfang der 1980er Jahre

¹²¹ 1985 lag der tatsächliche Verbrauch um 57 Prozent unter dem im Energieprogramm 1973 prognostizierten Wert. Die entsprechende Abweichung betrug für die Erste Fortschreibung des Energieprogramms (von 1974) 43 Prozent, für die Zweite Fortschreibung (von 1977) 24 Prozent und für die Dritte Fortschreibung (von 1981), also selbst bezogen auf einen Zeithorizont von nur für Jahren, immerhin noch neun Prozent (Seifried 1986: 18).

zerfielen (vgl. Kapitel 10), zeichnete sich dieser Prozeß in der Bundesrepublik erst gegen Ende der 1980er Jahre und zudem weniger deutlich ab. In allen drei Ländern kann jedoch inzwischen vom Abschluß eines langgestreckten Zyklus der Atomenergiepolitik gesprochen werden. Im Groben verläuft die Entwicklungsdynamik der Protestbewegungen also bis in die späten 1970er Jahre ähnlich; danach zeigen sich unterschiedliche Muster.

2. Das argumentative Repertoire der Anti-Atomkraftbewegungen ist weit gespannt. Dazu gehört die immanente wissenschaftlich-technische Kritik an Reaktorkonzepten, Sicherheitseinrichtungen und zumutbaren Grenzwerten für Radioaktivität, an Wahrscheinlichkeitsberechnungen für Unfälle, an der Wirtschaftlichkeit der Atomenergie und damit verbundenen Effekten für Arbeitsmarkt, Verbraucher und nationale Wettbewerbsfähigkeit, die Kritik an politischen Entscheidungskriterien und Verfahren, nicht zuletzt die Zurückweisung des produktivistischen Wachstumsdenkens. Diese Argumentationsstränge wurden zunächst in den USA ab den späten 1960er Jahren entfaltet und dann sehr schnell in Westeuropa übernommen. Etwa ab 1975 war das gesamte argumentative Spektrum bereits verfügbar, so daß es in den Folgejahren lediglich ausgebaut und verfeinert zu werden brauchte. Im Groben ergab sich in den drei Ländern eine zunächst ähnliche Abfolge jeweils dominanter Themen: von Fragen des Gesundheitsschutzes (bis ca. 1974) über solche der Wirtschaftlichkeit (bis ca. 1977) zu denen der politisch-ökonomischen Strukturen des atomar-industriellen Komplexes. Bedingt durch die Ereignisse in Three Mile Island und Tschernobyl schob sich in den USA und der Bundesrepublik neben der Sicherheitsdiskussion die Frage des "Ausstiegs" aus der Atomenergie in den Vordergrund, während dies in Frankreich kaum ein Thema war.¹²² Auffallend ist zudem, in welchem hohem Maß die Atomenergiedebatte in der Bundesrepublik und in Frankreich in eine Grundsatzkritik am "Atomstaat" bzw. "électrofascisme", in einen rigiden Anti-Institutionalismus und in ultimative Forderungen mündete, während in den USA pragmatische, an greifbaren Zielen orientierte Kritiken überwogen.

3. Der Kern der Aktivisten in allen drei Ländern bildeten überwiegend Personen der jüngeren bzw. mittleren Altersgruppen mit hoher Bildung. Zu beachten ist allerdings die unterschiedliche Zusammensetzung der städtisch und ländlich geprägten Initiativen. Die erste Gruppe rekrutierte sich häufig aus dem akademischen Milieu und dem Humandienstleistungsbereich. Für sie stellte die Atomenergie ein "unobtrusive issue" dar, das eng mit anderen

¹²² Die Bedingungen und Folgen eines "Ausstiegs" wurden selbst innerhalb der Reste der Atomkraftbewegung seit den frühen 1980er Jahren nur selten erörtert. Für einen der wenigen Versuche vgl. Belbéoch/Belbéoch (1993).

Anliegen verknüpft und als Teil einer allgemeineren Problematik gesehen wurde. Die lokalen Oppositionsgruppen waren in ihrer Alters- und Berufsstruktur stärker gemischt. Als Grundstückseigentümer, als von Emissionen oder Unfällen unmittelbarer Bedrohte waren sie direkter und alltäglicher in Auseinandersetzungen verwickelt und tendierten dabei zu einer Ein-Punkt-Opposition.

4. Hinsichtlich der Entwicklung von Umfang und Formen der Mobilisierung sind aufgrund von Protestereignisdaten zumindest für die Bundesrepublik und Frankreich empirisch gut gesicherte Aussagen möglich. Eine vorläufige Sammlung entsprechender Daten für die USA erlaubt (noch) keine Auswertung hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung und des Umfangs der Mobilisierung. Hilfsweise kann jedoch für den Vergleich aller drei Länder auf die größten Demonstrationen der Anti-Atomkraftbewegungen zurückgegriffen werden. Hierbei zeigt sich die starke Mobilisierungskraft der bundesdeutschen Bewegung (Tabelle 9.1). Bei einer Umrechnung dieser Zahlen entsprechend den Einwohnerzahlen der drei Länder ergäbe sich allerdings eine leichte Aufwertung der Demonstrantenzahlen in Frankreich und eine starke Abwertung derer in den USA, welche dann abgeschlagen an dritter Stelle lägen.

Protestereignisdaten von Kriesi et al., die sich auf Frankreich, die Bundesrepublik, die Niederlande und die Schweiz (1975-1989) beziehen, bestätigen die im Verhältnis zur Einwohnerzahl hohe Mobilisierungsstärke der bundesrepublikanischen Bewegung (pro Million Einwohner: Bundesrepublik: 28.000 Teilnehmer; Schweiz: 24.000; Niederlande 15.000; Frankreich: 11.000; Koopmans 1992: 64).

Die Entwicklung von Protestaktionen und daran Beteiligten im französisch-deutschen Vergleich geben die Abbildungen 9.8 und 9.9 wieder. Hinsichtlich beider Kriterien zeigt sich zunächst eine etwa gleich umfangreiche Mobilisierung bis 1977 (Aktionen) bzw. 1980 (Teilnehmer). Danach öffnet sich die Schere zwischen einer weiter wachsenden Mobilisierung in der Bundesrepublik und einer rückgängigen und dann stagnierenden Mobilisierung in Frankreich. Erst 1992 sinkt die Mobilisierung in der Bundesrepublik nahezu auf das in Frankreich bestehende Niveau ab.

Es fällt schwer, die Strategien und Aktionsformen der Bewegungen in den drei Ländern auf jeweils einen Nenner zu bringen, wie dies Kitschelt (1986) mit seiner Gegenüberstellung von assimilativen Strategien (für die USA und Schweden) und konfrontativen Strategien (für Frankreich und die Bundesrepublik) versucht hat. Auch wenn sich dominante Tendenzen in einzelnen Ländern ausmachen lassen, so ist doch das Nebeneinander, teilweise auch der erbitterte interne Streit um verschiedene Strategien und Ak-

Tabelle 9.1
Teilnehmerzahlen der zehn größten Einzeldemonstrationen
der Anti-Atomkraftbewegungen in den USA, Frankreich und
der Bundesrepublik, 1970-1992

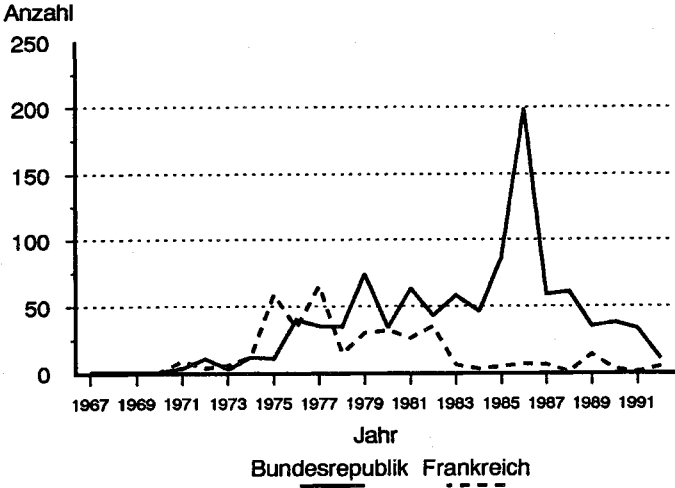
	USA	Frankreich	Bundesrepublik
	200 000 (9/79)	60 000 (7/77)	150 000 (10/79)
	100 000 (5/79)	40 000 (5/80)	100 000 (3/79)
	40 000 (6/79)	25 000 (4/75)	100 000 (2/81)
	25 000 (4/79)	20 000 (7/76)	60 000 (2/77)
	25 000 (9/86)	20 000 (5/79)	50 000 (9/77)
	18 000 (6/77)	15 000 (7/71)	50 000 (5/86)
	15 000 (6/79)	15 000 (6/79)	50 000 (6/86)
	15 000 (3/81)	15 000 (1/91)	50 000 (10/86)
	12 500 (3/80)	10 000 (5/87)	40 000 (6/86)
	10 000 (5/79)	10 000 (5/72)	40 000 (10/85)
Summe	460 500	230 000	690 000

Quelle: eigene Erhebungen; die Zahlen in Klammern geben Monat und Jahr der Demonstration an.

tionsformen nicht zu übersehen. Hinzu kommt die Phasenabhängigkeit bestimmter Strategien, zwischen denen teilweise Zäsuren mit relativ abrupten Kurswechseln stehen.

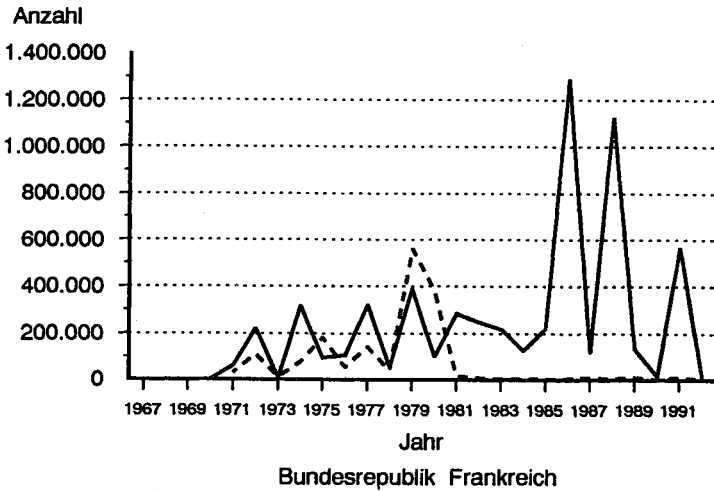
So richtig es ist, insgesamt den Vorrang von wissenschaftlicher Kritik und verfahrensförmigen Protesten in den USA hervorzuheben, so wenig sollte unterschlagen werden, daß es zwischen 1976 und 1979 auch in den USA zu einer Welle direkter Aktionen kam, welche ausdrücklich in der Tradition zivilen Ungehorsams standen. Diese Aktionen führten mehrfach zu Massenverhaftungen, nicht jedoch zu ähnlich gewalttätigen Auseinandersetzungen wie in Frankreich und insbesondere der Bundesrepublik.

Abbildung 9.8
Entwicklung von Protesten der Anti-Atomkraftbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1967-1992



Quelle: eigene Erhebungen

Abbildung 9.9
Entwicklung von Teilnehmerzahlen an Protesten der Anti-Atomkraftbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1967-1992



Quelle: eigene Erhebungen

Massenfestnahmen in den USA, die dort jedoch einen weniger dramatischen Charakter als in Europa haben, sind zumindest ein Indiz dafür, daß viele Aktivisten keineswegs zu assimilativen Strategien neigten. Die in Tabelle 9.2 ausgewiesenen Daten bestätigen einerseits den hohen Anteil von Aktionen zivilen Ungehorsams in den USA (bei vorerst unvollständiger Datenbasis), andererseits eine im Vergleich zur Bundesrepublik und vor allem zu Frankreich extrem geringe Tendenz zu gewaltförmigen Aktionen.

Tabelle 9.2
Aktionsformen der Anti-Atomkraftbewegungen in den USA,
Frankreich und der Bundesrepublik, 1970-1992

Form	USA	Frankreich	Bundesrepublik
Unterschriften/ Petitionen	6.1	10.8	3.9
Demonstrationen	56.1	44.3	55.6
Verfahrensbeteiligung	0.0	0.3	6.5
Gerichtl. Klagen	0.0	1.6	3.0
Ziviler Ungehorsam	28.0	14.2	18.5
Gewalt	1.2	24.3	9.7
Sonstiges/ nicht klassifizierbar	8.5	4.5	2.7
Summe	100	100	100
N	92	379	994

Quelle: eigene Erhebungen; Daten zu den USA sind unvollständig und beruhen auf keiner systematischen Erhebung; Prozentwerte

Die nicht unerhebliche Zahl gewaltsamer Konflikte in Frankreich und der Bundesrepublik sollte nicht überbewertet werden. Zum einen ist zu erwarten, daß solche Aktionen eher als konventionelle Aktionen in der Presse berichtet werden und damit auch in darauf basierenden Protestereignisanalysen überrepräsentiert sind. Zum anderen sind die relativ geringen Teilnehmerzahlen an gewaltförmigen Aktionen in Rechnung zu stellen, deren Gesamtzahl in Frankreich nur etwa ein Hundertstel und in der Bundesrepublik etwa ein Vierzigstel der Teilnehmerzahl an allen legalen Aktionen betrug. Aufgrund der geringen Erfolgsaussichten spielten verfahrensförmige Proteste und Verwaltungsklagen in Frankreich keine Rolle. Die an mehreren Standorten abgehaltenen lokalen Referenda, die in der Bundesrepublik nicht möglich sind, dienten dagegen lediglich als ein Stimmungsbarometer.

Ingesamt hat die bundesdeutsche Bewegung nicht nur mehr Personen mobilisiert, sondern auch die Auseinandersetzung anhaltender und stetiger geführt. Während es in den USA aufgrund der Reduzierung der Ausbaupläne schon in den späten 1970er Jahren kaum mehr Anlässe zum Protest gegen die Atomenergie gab und in Frankreich die Anti-Atomkraftbewegung - entgegen mancher Vorhersagen¹²³ - wegen einer ungünstigen Kontextstruktur zerfiel, sorgten in der Bundesrepublik weitergeführte Nuklearprojekte unter protestfördernden Rahmenbedingungen für eine anhaltende Mobilisierung. Erst nach der Aufgabe des Wackersdorf-Projekts ließ diese Mobilisierung abrupt nach. Verallgemeinernd gesehen dominieren rein äußerlich in der Bundesrepublik anhaltende Kampagnen und Feldzüge, in Frankreich die Erfahrung einer zugespitzten und verlorenen Entscheidungsschlacht und ein relativ hoher Anteil kleiner gewaltförmiger Proteste, in den USA die Vielzahl überwiegend legalistischer Initiativen und ein relativ hoher Anteil von Aktionen zivilen Ungehorsams.

5. Hinter dem unterschiedlichen Mobilisierungsumfang in den betrachteten Ländern standen quantitativ und qualitativ unterschiedliche Mobilisierungsstrukturen. In der Bundesrepublik entwickelte sich eine vergleichsweise vielfältige und dichte Bewegungsinfrastruktur mit hoher Autonomie gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Im Umkreis nahezu aller Standorte bildeten sich lokale Initiativen, die sich zumeist auf regionaler Ebene zusammenschlossen.¹²⁴ Zudem bestanden in den größeren Städten zahlreiche Anti-Atomkraftinitiativen, die sich überwiegend aus dem studentischen Milieu und aus linken politischen Gruppen rekrutierten. Ein großer Teil dieser Initiativen war zudem mit landes- oder bundesweiten Einrichtungen verbunden. Dieses Netzwerk von Gruppen und Organisationen hat in einer Art impliziter Arbeitsteilung und enger Verzahnung verschiedenste Formen des Protests praktiziert, ohne sich einer einheitlichen Ideologie und Strategie zu unterwerfen.

An solche Größenordnungen und Koordinationsstrukturen war in den USA und in Frankreich nicht zu denken. In Frankreich überwogen standortbezogene Initiativen bei einer ausgesprochen schwachen nationalen

¹²³ Kiersch/von Oppeln (1983: 107) mutmaßten, aufgrund der Abschirmung des französischen Nuklearausbaus von den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen könne sich "mittelfristig ein explosives Potential entwickeln, das den Erfolg der sozialistischen Befriedungsstrategie radikal in Frage stellt." Der Fehler der Autoren liegt darin, von Ergebnissen der Einstellungsforschung auf einen über kurz oder lang sich notwendig artikulierenden Protest zu schließen, ohne intervenierende strukturelle Faktoren zu beachten.

¹²⁴ Beispielsweise die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die *Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe* und die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*.

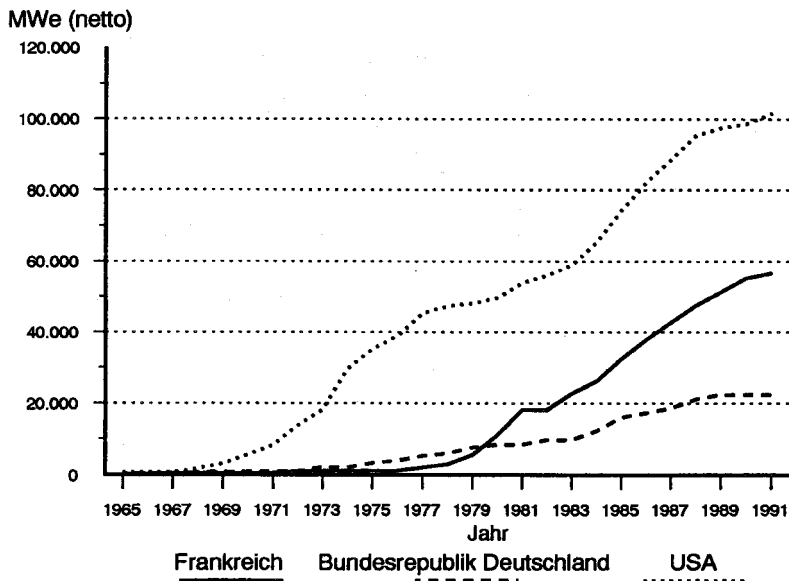
Koordination. Generell litt die französische Atomkraftbewegung an ihrer Zersplitterung und Ressourcenschwäche, während die Gegenseite ungewöhnlich geschlossen auftrat. Ähnlich dezentral, allerdings ungleich stabiler war die Struktur der Anti-Atomkraftbewegung in den USA, wo schon die schiere Größe des Landes einer engen nationalen Koordination von Bewegungen entgegensteht. Auch hier bezogen die meisten nationalen Umweltschutzverbände eher zögerlich und halbherzig Stellung, so daß die Last des praktischen Widerstands weitgehend bei den lokalen bzw. regionalen "Alliances" lag. Deren räumliche Schwerpunkte waren eindeutig die Ballungsgebiete des Nordostens und Kaliforniens sowie generell die großen Städte. Dies sind auch zugleich die Regionen mit einer hohen Dichte von Universitäten als Zentren des links-libertären Protests. Allerdings spielten die eher konventionellen Organisationen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen, der Finanzierung von kritischen Studien und der Mobilisierung zu verfahrensförmigen Einsprüchen.

9.5.2 Das Ergebnis der Konflikte

Unter Ausklammerung verschiedener anderer Wirkungsdimensionen¹²⁵ konzentriert sich der folgende Abschnitt allein auf die substantiellen und prozeduralen Policy-Ergebnisse der Atompolitik in den drei Ländern. Ein Blick auf den tatsächlichen Ausbau der Atomenergie im Zeitverlauf kann eine erste Orientierung bieten (vgl. Abbildung 9.10). Hierbei zeigt sich ein früher und - in absoluten Zahlen - starker Ausbau der Atomenergie in den USA, ein späterer und langsamer Zuwachs in der Bundesrepublik und ein noch späterer, aber bald die Bundesrepublik überflügelnder Ausbau in Frankreich. Dieses zunächst nur grobe Bild des Politikergebnisses gilt es im folgenden zu differenzieren. Vor allem erscheint es nicht nur angebracht, eine feinere Bilanz für das Ende des Protest- und Reformzyklus zu ziehen, sondern auch Zwischenergebnisse festzuhalten. Dies erlaubt nicht nur die Summenwirkung, sondern die zeitabhängig unterschiedliche Prägekraft bestimmter Einflußfaktoren und Bedingungskonstellationen für bestimmte Teilergebnisse zu analysieren (dazu auch Midttun/Rucht 1994). Um nun keine zu komplexen Bilanzen und Erklärungsversuche anzusteuern, wird hier lediglich zwischen drei Zeitpunkten einer Wirkungsbilanz unterschied-

¹²⁵ Dazu gehören unter anderem der Einfluß der Bewegungen auf die öffentliche Meinung, die Abstrahlungseffekte auf benachbarte Politikfelder und die Rückwirkungen von Auseinandersetzungen auf die Protestbewegung selbst.

Abbildung 9.10
Entwicklung atomarer Reaktorkapazitäten im Ländervergleich, 1965-1991



Quellen: Jahrbuch der Atomwirtschaft (1991); CEA (1984)

den: (1) dem Jahr 1974, als die Energieprogramme im Lichte des sichtbar gewordenen Protests und des "Ölpreisschocks" vom Herbst 1973 revidiert wurden, (2) 1980/81, also nach dem Unfall in Three Mile Island, und (3) den frühen 1990er Jahren.

1. *Policy-Ergebnisse um 1974/75*: Die bis zu diesem Zeitpunkt deutlichsten Effekte des antinuklearen Protests zeigen sich in den USA. Sieht man von drei Sonderfällen aus den 1960er Jahren ab, so konnten zwar keine Atomkraftwerke verhindert oder Ausbauprogramme nachhaltig beeinflusst werden, doch gelang es an vielen Standorten, laufende Genehmigungsverfahren zu verzögern. Darüber hinaus waren bereits um 1974 bedeutsame prozedurale Veränderungen der Atompolitik aufgrund der Proteste erkennbar. In der Bundesrepublik zeigten sich bis dahin mit einer Ausnahme (Standortverlagerung von Breisach nach Wyhl und dadurch bedingte Verzögerung) weder materielle noch wesentliche prozedurale Effekte der Anti-Atomkraftbewegung. Einen symbolischen Erfolg bedeutete immerhin

die Tatsache, daß 1974 das Thema im Bundestag diskutiert wurde und Kritiker des Atomprogramms in einer ausführlichen Dokumentation des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zu Wort kamen. In Frankreich sind auf keiner Ebene nennenswerte Policy-Effekte zu verzeichnen. In allen drei Ländern ist der fehlende Einfluß der Anti-Atomkraftbewegungen auf der materiellen Policy-Ebene auch daran ablesbar, daß 1974 auf der Basis kühner Energiebedarfsprognosen¹²⁶ umfangreiche Ausbauprogramme der Atomenergie propagiert wurden (Tabelle 9.3).

Tabelle 9.3
Geplanter Ausbau der Atomenergie um 1974/75 für das Jahr 1985 im Ländervergleich

	Stand MWe	geplant MWe	geplanter Anteil am ges. Energiebedarf
USA	36 333	240 000	50%
Frankreich	3 048	75 000	25%
Bundesrepublik	3 487	50 000 ¹	15%

Stand Atomenergie bezieht sich auf Bruttokapazitäten Ende 1974;

¹ Obergrenze

2. *Policy-Ergebnisse um 1980.* Anfang der 1980er Jahre ergab sich in den drei Ländern ein sehr unterschiedliches Bild. In den USA war die Zukunft der Atomenergie bereits so gut wie besiegelt. Sie galt nur noch als ein Auslaufmodell. Dies war nicht überwiegend der Effekt des Unfalls von Three Mile Island, sondern bereits der davorliegenden Jahre (Abbildung 9.1). Seit Anfang 1975 waren nur noch wenige Atomkraftwerke bestellt worden; zum Teil wurden Bestellungen annulliert oder die Realisierung aufgeschoben. An vielen Orten hatten Klagen bzw. Einsprüche zu Verlängerungen der Bau- und Genehmigungsphasen geführt. Der Bau kommerzieller Brutreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen war aufgegeben worden.¹²⁷ All dies ist ganz wesentlich ein Erfolg der Anti-Atomkraftbewegung, wenngleich

¹²⁶ Beispielsweise prognostizierte die Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom November 1974 einen Energieverbrauch von 555 Mio t SKE für 1985. Der tatsächliche Verbrauch betrug 1985 rund 388 Mio t SKE. Ähnliche Relationen zwischen Prognosen und realen Verbräuchen gelten für die USA und für Frankreich. Speziell zur Rücknahme von Prognosen zum Ausbau der Atomenergie in den USA vgl. die Zusammenstellung von Zehenter (1979: 173).

¹²⁷ Allerdings wurden noch einzelne, wenngleich nicht alle fortgeschrittenen Projekte fertiggestellt.

dieser Effekt oft nur indirekt, über Bauverzögerungen, erhöhte Sicherheitsanforderungen und gestiegene Baukosten, wirksam wurde.¹²⁸

In der Bundesrepublik bestand eine ambivalente Situation. Einerseits waren von 1975 bis einschließlich 1980 sieben kommerzielle Reaktoren, wenngleich teilweise mit erheblichen Verzögerungen, in Betrieb genommen worden. Die 1980 installierte Kapazität atomarer Kraftwerke entsprach fast genau der Frankreichs. Ebenso wurde an den Plänen für weitere Atomkraftwerke, Zwischen- und Endlager sowie der Wiederaufarbeitungsanlage festgehalten. Andererseits waren Projekte in Wyhl und Brokdorf auf gerichtlichem Wege vorerst blockiert und Gorleben als Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage als politisch nicht durchsetzbar erklärt worden. Ebenso befanden sich im Bundestag und insbesondere in der Enquête-Kommission "Zukünftige (Kern-) Energiepolitik" die Promotoren der Atomkraft bereits in der Defensive. Schon zu diesem Zeitpunkt begann sich ein de facto-Moratorium anzudeuten.

In Frankreich gab es keinerlei Anzeichen für eine Wende. Im Gegenteil: Die Anti-Atomkraftbewegung war geschwächt und fragmentiert. Mit wenigen lokalen Ausnahmen wie Plogoff und Golfech existierte kein druckvoller Widerstand. Das Atomprogramm einschließlich der Erweiterung der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague wurde programmgemäß realisiert. Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre laut gewordenen Forderungen nach einem Moratorium des Atomprogramms blieben unerfüllt. Immerhin begann sich bei der Sozialistischen Partei eine vorsichtige Öffnung für Kritik anzudeuten, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß der Präsidentschaftskandidat Mitterrand die Möglichkeit eines Referendums zur Energiepolitik und eine Überprüfung der Ausbaupläne zur Wiederaufarbeitung in Aussicht stellte. Nach ihrem Wahlsieg setzte allerdings die sozialistisch dominierte Regierung den Atomkurs ihrer Vorgänger fort. Lediglich das Atomprojekt in Plogoff wurde aufgrund der massiven Widerstände in der Region aufgegeben.

3. *Policy-Ergebnisse um 1990/91.* Zu diesem Zeitpunkt kann der Policy-Zyklus in den drei Ländern als weitgehend abgeschlossen gelten. In den USA hatte sich das bereits 1980 erkennbare Bild weiter verfestigt. Politisch besaß die Atomenergie keinen Rückhalt mehr. Ebenso fehlte das ökonomische Interesse der Energieversorger an dieser Energieform. Die bestehenden

¹²⁸ Mit Blick auf die USA widerspreche ich damit Jasper, der folgendes Fazit zieht: "France, Sweden, and the United States all had popular and visible antinuclear movements in the mid and late 1970s. Technical, economic and moral arguments spread between them, as did tactical innovations. But none of the movements had a strong effect on nuclear power." (Jasper 1990: 269)

Atomkraftwerke bleiben weiterhin in Betrieb, werden jedoch aller Voraussicht nach nicht durch neue Atomkraftwerke ersetzt.

Die ambivalente Situation, die noch um 1980 in der Bundesrepublik bestanden hatte, wich in den frühen 1990er Jahren einer größeren Klarheit, wenngleich das künftige Ende der Atomenergie noch nicht besiegelt ist. Einzelne Projekte wie das Vorhaben in Wyhl, der bereits fertiggestellte Brutreaktor in Kalkar, die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sowie alle weiter in die Zukunft reichenden Bauvorhaben sind aufgegeben worden. Immerhin waren seit 1980 noch elf Reaktoren trotz mehr oder weniger heftiger Widerstände dauerhaft oder vorübergehend ans Netz gegangen. Auch wenn die Bundesregierung weiterhin an der Notwendigkeit der Atomenergie festhält, so hat sich die politisch relevante Diskussion auf die Modalitäten des "Ausstiegs" verlagert. Im Unterschied zu den USA scheint allerdings die Gegenwehr der "Atomgemeinde" (Klaus Traube) stärker. Derzeit wird eine neue Serie von Druckwasserreaktoren entwickelt, für die angeblich um 1995 die ersten Genehmigungen beantragt werden sollen (*Die*

Tabelle 9.4
Stand der kommerziell genutzten Atomenergie im
Ländervergleich, 1991

	USA	FRA	BRD (West)
absolute installierte Kapazität (MWe)	101.661	56.808	22.495
Anteil der Atomenergie an Stromproduktion (%)	19	75	32.6
an Primärenergieverbrauch	ca.8	ca. 30	ca. 12
Zahl Reaktorblöcke	112	56	21
Reaktoren im Bau	8	5	0
bestellt	0	0	0
geplant	0	5	2
zivile Wiederaufarbeitungsanlage	nein	ja	nein

Quelle: CEA (1992)

Zeit vom 27.11.1992, S. 41). Diesen Erwartungen, die unter anderem mit dem unrealistischen Argument genährt werden, Atomkraftwerke könnten durch die Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen den Treibhauseffekt bremsen¹²⁹, stehen allerdings die inzwischen sichtbar gewordenen hohen Kosten der Atomenergie gegenüber.

Stellt man den Ende 1991 realisierten Stand der Atomenergie in Rechnung, so nimmt Frankreich - relativ zum Anteil der nuklearen Energie an der gesamten Stromerzeugung - nicht nur gegenüber den USA und der Bundesrepublik, sondern weltweit eine Spitzenposition ein. Vergleichsweise bescheiden ist dagegen die Rolle der Atomenergie in den USA mit einem Anteil von rund acht Prozent am Primärenergieverbrauch und knapp einem Fünftel an der Stromerzeugung (Tabelle 9.4).

Über dieses statische Bild hinausgehend ist es von Interesse, die absoluten und relativen Zuwächse der Atomenergie innerhalb der hier untersuchten Perioden zu vergleichen (Tabelle 9.5). Hierbei zeigt sich zwischen 1970 bis 1975 der stärkste relative Zuwachs in den USA, gefolgt von der Bundesrepublik und Frankreich. Ab 1975 verzeichnet Frankreich sehr hohe Zuwachsraten, während die USA das Schlußlicht bilden.

Tabelle 9.5
Zuwachs atomarer Reaktorkapazitäten im Ländervergleich,
1970 - 1990

	1970	1975	1980	1990
USA				
Stand, MWe	7.979	40.342	57.913	101.661
Zuwachs	-	506%	143%	176%
Frankreich				
Stand, MWe	1.748	3.051	16.224	55.873
Zuwachs	-	175%	531%	344%
BRD				
Stand, MWe	963	3.488	9.059	22.461
Zuwachs	-	362%	260%	248%

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von EDF (1984) und Brosselin (1991)

¹²⁹ Unrealistisch ist das Argument deshalb, weil der Anteil der Atomenergie am Primärenergieverbrauch mit rund zwölf Prozent (Anfang der 1990er Jahre) viel zu klein ist. Einer deutlichen Erhöhung dieses Anteils stehen jedoch sowohl der politische Widerstand als auch mangelnde ökonomische Anreize entgegen.

4. Diese Zahlen spiegeln jedoch nur sehr unvollkommen die tatsächlichen Effekte der Anti-Atomkraftbewegungen. Um ein aussagekräftigeres Bild zu erhalten, müssen die realisierten Kapazitäten erstens zum intendierten Ausbau in Beziehung gesetzt werden, um die Bremswirkungen der antinuklearen Kräfte sichtbar zu machen. Hier ist zu unterscheiden zwischen den Ausbauprogrammen, die bereits konkrete Baumaßnahmen und Reaktorbestellungen beinhalten, und den lediglich abstrakten, z.T. weit in die Zukunft reichenden Ausbauplänen, die zunächst nur Wunschvorstellungen widerspiegeln. Zweitens müssen auch die in den frühen 1990er Jahren bereits getroffenen, sich aber erst in Zukunft auswirkenden Entscheidungen in Betracht gezogen werden.

Rüdiger (1990: 350) hat in einem groben und nicht unproblematischen Verfahren für eine große Zahl von Ländern die Implementierungsquote der Atomprogramme berechnet, indem er die im Jahr 1974 existierende, geordnete und in Bau befindliche Reaktorkapazität zum realisierten Ausbau im Jahr 1988 in Beziehung setzte. Demnach hat Frankreich seine Planungen durch zwischenzeitliche Erweiterungen mit 150 Prozent übererfüllt¹³⁰; die Bundesrepublik verwirklichte im großen und ganzen die damals anvisierte Kapazität; die USA blieben 57 Prozent unter dem intendierten Ausbauprogramm. Berücksichtigt man weiterhin sonstige ursprünglich vorgesehene atomare Anlagen wie die zur Wiederaufarbeitung sowie die Entwicklungen nach 1988, so fällt die Bilanz für die Bundesrepublik und die USA noch deutlich schlechter aus, während Frankreich wiederum seine Pläne voll realisiert hat.

Eine weiteres Indiz für die prohibitiven Wirkungen des antiatomaren Protests in den USA und der Bundesrepublik ist die Realisierungsquote der längerfristigen Ausbaupläne bzw. deren schrittweise Anpassungen an die weit unter den Erwartungen bleibenden Energieverbräuche. Methodisch kann hier nicht zwischen den politischen Wirkungen der Protestgruppen und dem durch Preisentwicklungen mitbestimmten Verbraucherverhalten getrennt werden, so daß nur Tendenzaussagen über Effekte des antiatomaren Protests möglich sind.

Um speziell die bis zu den frühen 1990er Jahren wirksam gewordenen Einflüsse der Anti-Atomkraftbewegungen abschätzen zu können, muß die Realisierungsquote der Pläne betrachtet werden, die Anfang der 1980er formuliert wurden. Tabelle 9.6 läßt sich entnehmen, daß die Bundesrepublik weit unter ihrem beabsichtigten Plansoll liegen wird, während Frankreich seine Pläne aus den frühen 1980er Jahren sogar übererfüllen wird. In den

¹³⁰ Es wird nach diesem Kriterium weltweit nur noch von Südkorea und Belgien überflügelt, die freilich um 1974 mit nur kleinen Programmen ansetzten.

USA wurden von Regierungsseite keine Ausbauschätzungen mehr vorgelegt, so daß keine Implementationsquote berechnet werden kann.

Tabelle 9.6
Ausbaupläne der Atomenergie (um 1980/81) für 1995 und
erwartbare Realisierungsquoten

	USA	Frankreich	BRD
Stand 12/1981 MWe	61.199	22.797	10.358
Planung 1995 MWe	unklar	59.400 ¹	39.500 ²
Zuwachs %	---	+ 263 %	+ 361 %
Vermutliche Realisierung 1995 MWe	105.000	64.567 ³	22.461 ⁴
Abweichung von Planung %	---	+ 8.7 %	- 43 %

Quellen: Brosselin (1991); von Baratta (1991)

¹ eigene Hochrechnung für 1995 aufgrund des IXième Plan sur l'énergie, in dem der Anteil der Atomenergie am Primärbedarf für 1990 mit 31% und für 2000 mit 36% angesetzt wird. Daraus ergibt sich rechnerisch für 1995 eine Kapazität von 59.400 MWe.

² Dritte Fortschreibung des Energieprogramms, Nov. 1981

³ Angabe für 1.1.1994 laut Nectoux (1991:18)

⁴ entspricht Stand BRD von 1991, der vermutlich nicht ausgebaut wird

Schließlich gilt es die aus heutiger Sicht erwartbare fernere Zukunft der Atomenergie in eine Bilanz einzubeziehen, um speziell auch die Wirkungen von Anti-Atomkraftbewegungen seit den letzten Jahren zu beurteilen. Man kann davon ausgehen, daß voraussichtlich keine weiteren Reaktoren in den USA und der Bundesrepublik hinzukommen, während in Bau befindliche Reaktoren in Frankreich aller Voraussicht nach fertiggestellt werden. Dieses bereits seit Jahren erkennbare Bild¹³¹ wird durch vor kurzem veröffent-

¹³¹ Diese Erwartungen werden von Energieexperten der EG geteilt. Nach den im Mai 1990 vorgestellten EG-Szenarien *Energy for the Next Century* wird - ausgehend vom Basisjahr 1987 für das Jahr 2000 - für Frankreich ein Zuwachs der Atomenergie zwischen 45 und 71 Prozent und in der Bundesrepublik ein Abnahme um 10 bzw. eine Zu-

lichte Projektionen offiziell bestätigt (Tabelle 9.7). Auffällig hieran ist, daß inzwischen selbst die für Frankreich bestehenden Ausbaupläne weiter nach unten korrigiert wurden.

Tabelle 9.7
Ausbau der Atomenergie im Ländervergleich, 1992

	USA	FRA	BRD
für das Jahr 2000 (GWe)	104.5	67.5	22.6
Reaktoren	112	61	21
für das Jahr 2005 (GWe)	104.5	69.8	22.2
Reaktoren	112	63	20
Wachstumsrate 1992-2005 (%)	+ 3 (-13)	+ 23	- 1.3

Quelle: CEA (1992); die in Klammern angegebene Zahl für die USA berücksichtigt unlängst oder demnächst vom Netz genommene Reaktoren, die nicht in der Kalkulation des CEA enthalten sind (vgl. Belbéoch/Belbéoch 1993:9)

Welche Einflußgrößen auch immer zusätzlich mit ins Spiel gekommen sein mögen - die Zahlen zeigen, daß die Anti-Atomkraftbewegung der USA und Bundesrepublik als Sieger und die Frankreichs als Verlierer gelten muß. Zwar wird auch in Frankreich inzwischen von offizieller Seite zugegeben, daß die bestehende atomare Kapazität überdimensioniert sei und der künftige Ausbau der Atomenergie moderater ausfallen soll. Doch an eine Ausstiegsdiskussion ist nicht zu denken. Für die USA und die Bundesrepublik ist trotz gelegentlicher Vorstöße, bei denen neue, "inhärent sichere" Reaktortypen in Aussicht gestellt oder die die drohende Klimakatastrophe als Argument für die "saubere" Atomenergie bemüht werden, mit keinem weiteren Ausbau, nicht einmal mit dem Ersatz sukzessive stillgelegter Anlagen zu rechnen.

5. In dieses Bild länderspezifisch unterschiedlicher Effekte der Anti-Atomkraftbewegungen fügen sich die nationalen Anstrengungen für rationelle Energieverwendung und die Förderung regenerierbarer Energiequellen. Während Frankreich auf diesem Gebiet - etwa mit der Einrichtung einer entsprechenden staatlichen Agentur - eine weitgehend nur symbolische Anstrengung machte, wurden in der Bundesrepublik vornehmlich Energie-nahme von 15 Prozent unterstellt (Alber/Fritsche 1991: 57).

sparmaßnahmen, in den USA alternative Energieträger und Energiesparmaßnahmen durch gesetzliche Maßnahmen und Forschungsmittel begünstigt. Hinsichtlich der Energieeinsparung haben die USA - ausgehend allerdings von einem extrem hohen Energieverbrauch pro Kopf - die relativ größten Erfolge zu verzeichnen.

6. Für die institutionellen und prozeduralen Effekte der Anti-Atomkraftbewegungen ergibt sich ein ähnliches Bild. In Frankreich blieb die Anti-Atomkraftbewegung ohne Einfluß. In der Bundesrepublik und noch deutlicher in den USA sind immerhin eine klare Aufteilung der staatlichen Kompetenzen, verschärfte Sicherheitsauflagen für den Bau und Betrieb nuklearer Anlagen, die Einbeziehung kritischer Experten in Gutachtergremien und Genehmigungsverfahren sowie eine generelle Öffnung der Debatte erzielt worden. Zusätzlich ergab sich in den USA auch der Zwang zu einer strengen wirtschaftlichen Kalkulation, die es nicht erlaubt, Fehlinvestitionen auf den Stromverbraucher umzulegen. In Zusammenhang mit den Atomkonflikt sind auch weitergehende prozedurale Reformen wie der *Freedom of Information Act* aus dem Jahr 1974 zu sehen.

9.5.3 Zusammenfassung

Über alle Differenzierungen hinweg lassen sich drei Hauptergebnisse festhalten:

1. Trotz sehr unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen ist anfangs eine Parallelität der Konfliktdynamik in den drei Ländern festzustellen. Einer allmählichen Steigerung konventioneller Mobilisierungsformen folgte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Hinwendung zu Aktionen des zivilen Ungehorsams und - nur in Frankreich und der Bundesrepublik - auch gewaltförmigen Aktionen. In den frühen 1980er Jahren ging die Mobilisierung in den USA und Frankreich zurück, während sie in der Bundesrepublik weiter stieg und 1986 ihren absoluten Höhepunkt erreichte, um dann allmählich abzuklingen.

2. Die Ergebnisse der Konflikte unterscheiden sich fundamental. Bemerkenswert ist einerseits die nahezu totale Niederlage der französischen Anti-Atomkraftbewegung. Andererseits sind die Erfolge der Bewegungen in den USA und der Bundesrepublik (sowie einigen weiteren Ländern) hervorzuheben. Es ist wohl historisch einmalig, daß es oppositionelle Bewegungen vermochten, eine Forschungs-, Technologie- und Industriepolitik, die zu-

nächst von einem allseitigen Konsens getragen war und bei der es um gigantische Investitionssummen ging, nachhaltig zu beeinflussen und einen tiefgreifenden Prozeß des Umdenkens einzuleiten. Dies ist um so erstaunlicher, als die Bewegungen über keinerlei der im üblichen politischen Prozeß eingesetzten Machtmittel verfügen. Sie konnten allerdings über ein beachtliches argumentatives Potential auf Einstellungen und Verhalten vieler Menschen zur Atomenergie einwirken; sie konnten zugleich, über den engeren Konflikt hinausgehend, eine Ausstrahlungskraft auf andere Konflikte entwickeln und ganz generell Forderungen nach einer stärkeren Folgenorientierung technischer Eingriffe, mehr Entscheidungstransparenz, einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung und der Etablierung einer kritischen "Gegenwissenschaft" Nachdruck verleihen.

3. Im Verlauf des Konfliktes um die Atomenergie haben sich die Fronten verkehrt. Die Gegner der Atomenergie erschienen anfangs als antimoderne, fortschrittsfeindliche Kräfte. Heute gelten eher die als rückschrittlich, die an dieser überkomplexen und teuren Energiegewinnungsart festhalten und damit indirekt größere Fortschritte bei neuen Energietechnologien und rationeller Energieverwendung blockieren. Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, daß Länder wie Großbritannien¹³² und Frankreich, die der Atomenergie Priorität eingeräumt haben, gerade aufgrund dieser Tatsache sektorale Nachteile zu befürchten haben. Umgekehrt sind Länder bzw. Regionen, die sich von der Atomenergie abgewandt und energiepolitisch andere Wege beschritten haben (z.B. Dänemark und Kalifornien), eher im Vorteil. Daß 1992 erstmals die weltweit installierte Reaktorkapazität rückläufig war, ist ein Indiz für einen Umschwung, von dem nur wenige Länder wie Frankreich, Japan und Rußland ausgenommen sind. Wenn sich diese Einschätzung als richtig erweisen sollte, dann sind die erfolgreichen Anti-Atomkraftbewegungen der USA und der Bundesrepublik als die eigentlichen energiewirtschaftlichen Modernisierer anzusehen. Insoweit sie auch - partiell erfolgreich - einer Schließung politischer Entscheidungsprozesse entgegengetreten und zur Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements beitrugen, erweisen sie sich ebenso wie die Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung zudem als politische Modernisierer.

¹³² Bezeichnend ist der erfolglose Versuch einer Privatisierung der britischen Atomkraftwerke, welche sich für private Käufer als unattraktiv erwiesen haben. Angesichts einer relativ schwachen britischen Anti-Atomkraftbewegung offenbart das britische Beispiel deutlicher als die Entwicklung anderer Länder, in denen politische Unsicherheiten ins Spiel kommen mögen, den ökonomischen Fehlschlag der Atomenergie.

Kapitel 10

Protestkampagnen und politische Wirkungen

Wurden im Kapitel 7 die länderspezifischen Mobilisierungsstrukturen der Frauenbewegungen und Ökologiebewegungen anhand eines (statischen) Modells gesellschaftlicher Kontextstrukturen zu erklären versucht, so steht im folgenden vergleichenden und erklärenden Kapitel eine andere abhängige Variable, nämlich die *materiellen Politikergebnisse* des Abtreibungs- und des Atomkonflikts, im Zentrum. Zudem wird nun, ergänzend zum Länder- und Themenvergleich, systematisch die *Zeitperspektive* eingeführt. Zur Erklärung von Besonderheiten im Länder-, Zeit- und Themenvergleich ziehe ich ein Prozeßmodell heran, welches das im Kapitel 7 vorgestellte Strukturmodell ergänzen soll. Über die hier vorgenommene Anwendung hinausgehend beansprucht dieses Modell, einen eigenständigen konzeptuellen Beitrag zu liefern.

In einem ersten Schritt werden in schematischer Form die Policy-Ergebnisse in einer dreifachen komparativen Perspektive gegenübergestellt. Dann skizziere und begründe ich ein prozeßorientiertes Erklärungskonzept, um dieses in einem dritten Schritt empirisch anzuwenden. In der abschließenden Zusammenfassung werden die Leistungen und Grenzen eines solchen Vorgehens verdeutlicht und einige allgemeine Schlußfolgerungen für die Wechselwirkung von Protest und Reform gezogen.

10.1 Ergebnisse des Abtreibungs- und Atomkonflikts im Länder-, Zeit- und Themenvergleich

Eine zentrale Wirkungsdimension der Konflikte um Abtreibung und Atomenergie bezieht sich auf die Policy-Resultate. Diese legen durch verbindliche politische Entscheidungen in Form von Gesetzen, Verordnungen und Programmen die Ergebnisse eines Konflikts fest und bestimmen den weiteren Umgang mit der Materie. Folglich richtet sich ein Gutteil der Anstrengungen aller beteiligten Akteure auf die Beeinflussung dieser Entscheidungen.

Tabelle 10.1

Policy-Ergebnisse des Abtreibungskonflikts im Länder- und Zeitvergleich

erste Phase	zweite Phase
<p>USA (1973)</p> <p>Liberales Gesetz in mehreren Einzelstaaten ab 1967; Schlüsselerkenntnis des Supreme Court 1973 zugunsten einer sehr großzügigen Fristenlösung; die in der Mehrzahl der Staaten bestehenden restriktiven Gesetze werden als verfassungswidrig erklärt; damit eindeutiger Sieg der Reformbewegung; Finanzierung der Abtreibung durch staatliche Mittel bei Sozialfällen</p>	<p>USA (bis 1992)</p> <p>Partielle, aber nicht prinzipielle Rücknahme der Reformregelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Supreme Court anerkennt Einschränkungenmöglichkeiten des Abtreibungsrechts b) Durchsetzung mehr oder weniger markanter Restriktionen in mehreren Staaten c) Beibehaltung liberaler Regelungen in mehreren Staaten
<p>Frankreich (1975)</p> <p>partielle Liberalisierung aufgrund eines Parteienkompromisses; eingeschränkte Fristenlösung; Legalisierung der Abtreibung unter bestimmten Bedingungen innerhalb der ersten zehn Schwangerschaftswochen; Letztentscheidung zur Abtreibung liegt bei der Schwangeren; fünfjähriges Probegesetz; keine staatliche Finanzierung der Abtreibung</p>	<p>Frankreich (1980/82)</p> <p>1980: prinzipielle Bestätigung des Gesetzes von 1975 mit kleineren Restriktionen und zugleich Erleichterungen der Abtreibung;</p> <p>1982: Finanzierung der Abtreibung durch Sozialversicherung;</p> <p>1988: Zulassung der Abtreibungspille RU 486 unter strenger Aufsicht</p>
<p>Bundesrepublik (1975/76)</p> <p>partielle Liberalisierung aufgrund eines Parteienkompromisses und einer verfassungsrechtlichen Vorgabe: Indikationenlösung; Legalisierung der Abtreibung unter bestimmten Bedingungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen; Letztentscheidung liegt beim Arzt; Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen</p>	<p>Bundesrepublik (1992/93)</p> <p>gegenüber 1976 weitgehende Liberalisierung aufgrund eines parlamentarischen Kompromisses; Fristenlösung mit Zwangsberatung; Legalisierung der Abtreibung unter bestimmten Bedingungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen; Letztentscheidung liegt bei der Schwangeren; restriktive Auflagen hinsichtlich der Beratungspraxis durch Bundesverfassungsgericht; anstehende Neuentcheidung durch Bundestag; keine Zulassung von RU 486</p>

Tabelle 10.2

Policy-Ergebnisse des Atomkonflikts im Länder- und Zeitvergleich

erste Phase	zweite Phase
<p>USA (bis 1974)</p> <p>weitgehende Realisierung der geplanten Atomkraftwerke; Verhinderung weniger Projekte aufgrund besonderer Umstände; Verschärfung der Sicherheitsstandards; größere Hürden bei Implementierung durch Einsprüche und Klagen, die vielfach zu Verzögerungen führen; kleine Terraingewinne der Atomkraftgegner</p>	<p>USA (bis 1992)</p> <p>ab 1978 keine weiteren Bestellungen von Atomkraftwerken; Annullierung vieler bestellter Kraftwerke; zum Teil Aufgabe bereits begonnener Bauvorhaben; Stopp der Brüterentwicklung und Wiederaufarbeitung; Atomenergie ist Auslaufmodell; Niederlage der Atomlobby</p>
<p>Frankreich (bis 1974)</p> <p>geringer Ausbau von Atomkraftwerken aufgrund technischer Probleme und verwaltungsinterner Differenzen; vor allem lokale Problematisierung von Atomkraft, aber fast keine Verzögerungen oder Verhinderungen von Projekten durch Atomkraftgegner; Aufbau einer kompletten nuklearen Infrastruktur einschließlich Uranabbau, Urananreicherung und Wiederaufarbeitung</p>	<p>Frankreich (bis 1992)</p> <p>enormer Ausbau der Atomkraft weitgehend ohne Verzögerungen; weltweit höchster Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung; lokale Widerstände an einzelnen Standorten führen zu wenigen Standortverlagerungen und der Aufgabe eines Projekts; Realisierung der Wiederaufbereitung; Niederlage der Atomkraftgegner mit Ausnahme der Pläne für atomare Endlager</p>
<p>Bundesrepublik (bis 1974)</p> <p>zunächst aufgrund von technischen Schwierigkeiten verzögerte, dann weitgehend programmgemäßer Ausbau der Atomkraft; Widerstände an wenigen einzelnen Standorten führen zu Standortverlagerungen und Verzögerungen; keine Problematisierung der Atomenergie innerhalb der etablierten Politik</p>	<p>Bundesrepublik (bis 1992)</p> <p>Realisierung der meisten früheren Planungen von Kraftwerken; de facto Moratorium für die Atomenergie seit Mitte der 1980er Jahre; Verhinderung einzelner Atomkraftwerke; Verhinderung der Wiederaufarbeitung und der Inbetriebnahme des schnellen Brüters; Verzögerung bei Zwischen- und Endlagern; Erfolg der Atomkraftgegner hinsichtlich der Verhinderung eines weiteren Zubaus von Atomkraftwerken</p>

Im Vergleich zur Beeinflussung von Policy-Entscheidungen sind andere Wirkungsdimensionen, etwa die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft oder die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, lediglich vorgelagerte Aspekte bzw. Zwischenziele, die sich ihrerseits als Mittel für den bezeichneten Endzweck verstehen lassen. In einer auf das materielle Policy-Ergebnis gerichteten kausalen Erklärungsperspektive können solche Faktoren als intervenierende Variablen behandelt werden.

Die wichtigsten, bereits in den Schlußabschnitten der Kapitel 5 und 6 ausführlicher dargestellten Policy-Ergebnisse werden in einer zweifachen Weise festgehalten. Zum ersten soll eine tabellarische Auflistung den Vergleich der Policy-Ergebnisse in Länder-, Themen- und Zeitperspektive erleichtern (Tabelle 10.1 und 10.2). Zum zweiten werden aus der Fülle dieser Gesichtspunkte vier Schlüsselfragen herausgegriffen, die es in der erklärenden Analyse zu beantworten gilt. Welches sind die auffälligsten Varianzen in komparativer Perspektive und wo ist demnach Erklärungsversuchen anzusetzen?

Im *Ländervergleich* ergeben sich zwei markante Befunde. Erstens sind, über beide Konfliktthemen hinweg, mehr oder weniger weitreichende Erfolge der Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung und der Anti-Atomkraftbewegungen festzustellen. Hiervon ausgenommen ist die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich, die scheiterte. Betrachtet man zweitens speziell den Abtreibungskonflikt bis zur ersten Reformrunde, so fällt gegenüber dem ähnlichen Policy-Resultat in Frankreich und der Bundesrepublik das Ergebnis in den USA aus dem Rahmen. Hier wurde eine weitaus liberalere Abtreibungsregelung erzielt.

Im *Zeitvergleich* sind ebenfalls zwei markante Befunde festzuhalten. Hinsichtlich des Abtreibungskonflikts können in allen drei Ländern zwei Reformrunden unterschieden werden. Auffällig ist dabei eine gegenläufige Entwicklung: Während in der Bundesrepublik in der zweiten Reformrunde eine weitere, jedoch nicht an das Ergebnis in den USA heranreichende Liberalisierung der Abtreibung durchgesetzt werden konnte, zeichnete sich in den USA eine partielle Rücknahme der ersten Reform ab. Bezogen auf den Atomkonflikt ist bemerkenswert, daß die Anti-Atomkraftbewegung in den USA bereits zwischen 1975 und 1977 Jahre nicht nur Teilerfolge, sondern faktisch eine Wende in der Atompolitik erzielen konnte, während der pronukleare Konsens der etablierten Kräfte in der Bundesrepublik deutlich länger anhielt; er führte erst 1986 zu Ausstiegsforderungen auch relevanter etablierter Kräfte.

Aus diesen Gegenüberstellungen ergeben sich vier Schlüsselfragen:

- (1) Warum war in den USA die Bewegung zur Liberalisierung der Abtreibung in der ersten Reformrunde so erfolgreich?
- (2) Warum kam es zu gegenläufigen Policy-Resultaten in der zweiten Phase des Abtreibungskonflikts in den USA und der Bundesrepublik?
- (3) Warum erzielte die Anti-Atomkraftbewegung in den USA einen früheren und eindeutigeren Durchbruch als die Bewegung in der Bundesrepublik?¹
- (4) Warum scheiterte die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich?

10.2 Ein prozeßorientiertes Erklärungskonzept

Ein im Prinzip statisches Konzept, wie es im Kapitel 7 für die Erklärung der Mobilisierungsstrukturen eingesetzt wurde, erscheint ungeeignet für eine intervenierende Variable wie das Mobilisierungsniveau und eine abhängige Variable wie die Policy-Effekte einer sozialen Bewegung. Diese Variablen können, wie obenstehende Zusammenfassung der Policy-Ergebnisse demonstriert, nicht nur im Ländervergleich, sondern auch im Zeitvergleich sehr unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Für deren Erklärung müssen folglich unabhängige Variablen herangezogen werden, die sich im Untersuchungszeitraum signifikant verändert und dadurch Varianzen auf seiten der abhängigen Variablen erzeugt haben. Gefordert ist somit ein *Prozeßmodell* als Komplement zu statischen Strukturmodellen.²

Die entscheidende Frage ist, welche unabhängigen und intervenierenden Variablen aufgrund von theoretischen Überlegungen in Betracht kommen und ob ein darauf zugeschnittenes Erklärungskonzept sich für die hier gestellte Aufgabe bewährt. Zentraler Bezugspunkt eines solchen Prozeßmodells sind die Interaktionen der Protestbewegungen mit ihren relevanten Bezugsgruppen.

Für die Entwicklung eines derartigen Erklärungskonzepts stütze ich mich zum einen auf verschiedene Varianten eines *Political Process*-Modells (insbesondere McAdam 1982: 36ff.; Kriesi 1991; Sztompka 1991: Kap. 7).³ Zum anderen greife ich auf eigene Vorarbeiten zurück, in denen, teil-

¹ Frankreich bleibt außer Betracht, da hier ein zwar schwankendes Mobilisierungsniveau, aber kein zeitlich spezifischer Politikeffekt erkennbar ist.

² Marx/Wood (1975: 416) formulieren dies als eines von 22 Geboten der Forschung zu kollektivem Verhalten: "Thou shalt seek to move from static cross-sectional to dynamic interactive models of social movement development."

³ Als eine frühe Vorarbeit zu einem Prozeßmodell kann die Studie von Lipsky (1968)

weise in Ko-Autorenschaft, mit Prozeßmodellen experimentiert wurde.⁴ Folgende Komponenten erscheinen als zentral:

1. Ausgangspunkt und wichtigste Bezugsgröße eines prozeßorientierten Erklärungskonzepts für Policy-Effekte sozialer Bewegungen bildet die *manifeste Mobilisierung* in Form von Protesthandlungen. Hier läßt sich nach Umfang und Art der Mobilisierung unterscheiden. Wo keine Protesthandlungen zustandekommen, bleibt die Bewegung unsichtbar und damit zumindest für politische Entscheidungsprozesse irrelevant. In diesem Fall müssen etwaige Policy-Änderungen ausschließlich anderen Akteuren bzw. Mechanismen zugeschrieben werden, will man nicht unterstellen, die Bewegung verfüge über verborgene Kanäle der Einflußnahme.

2. Die manifeste Mobilisierung, hinter der für die Öffentlichkeit unsichtbare bewegungsinterne Prozesse stehen, ist vor allem eine Funktion der *Mobilisierungsstruktur*.⁵ Proteste sind fast nie spontane Mobilisierungen, sondern das Ergebnis oft mühevoller Organisations- und Deutungsbemühungen, wie sie in großem Stil und mit längerem Atem nur entwickelte Bewegungsstrukturen zu leisten vermögen. Die Bewegungsforschung, und namentlich der Ansatz der Ressourcenmobilisierung, haben für diesen Sachverhalt zahlreiche Belege beigebracht (zusammenfassend McAdam/McCarthy/Zald 1988; Jenkins 1983).

3. Bewegungen agieren innerhalb eines sozial strukturierten Umfeldes, in dem *Bezugsgruppen*, in der Regel organisierte Akteure und ein diffuses Publikum, eine unterstützende oder ablehnende Haltung einnehmen. Wieviel und wessen Unterstützung oder Ablehnung sie erhalten, ist neben ihrer selbsterzeugten Mobilisierung die wohl entscheidendste Einflußgröße, auf die in der Literatur mehrfach hingewiesen wurde (z.B. Kielbowicz/Scherer 1986; Neidhardt/Rucht 1991; Schmitt-Beck 1992). Ich folge hierbei dem Vorschlag, die Bezugsgruppen sozialer Bewegungen grob einer Allianz- oder Konfliktstruktur zuzuordnen (Curtis/Zurcher 1973; Klandermans 1990; della Porta/Rucht 1991).

4. Interaktionen zwischen Bewegungen und ihren Bezugsgruppen werden in der Regel durch Vorgaben bzw. Rahmensetzungen strukturiert. Die Art

gelten.

⁴ Hierbei ging es um die Erklärung von Abtreibungspolitiken in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik (Rucht 1991b), von Atompolitiken in acht europäischen Ländern (Midttun/Rucht 1994), des strategischen Verhaltens links-libertärer Bewegungen in Italien und der Bundesrepublik (della Porta/Rucht 1991) und der Stärke neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik (Rucht 1994a).

⁵ Dies bestimmt nicht nur Umfang, sondern auch Art der Mobilisierung. In diesem Sinne konstatiert Tilly (1978: 169), daß die organisatorische Struktur einer Gruppe bzw. Bewegung die Wahl der Mittel zur Mobilisierung begrenzt.

solcher Vorgaben hängt vom jeweiligen sozialen Feld ab. Man kann diese Felder als *Foren* bezeichnen.⁶ Im Anschluß an vorbereitende Überlegungen zu einem ländervergleichenden Forschungsprojekt (Neidhardt et al. 1993) lassen sich Foren als eine Konstellation von Arena und Galerie begreifen. In der Arena treffen Bewegungen auf Verbündete und Gegner. Die Auseinandersetzung geschieht vor den Augen eines in der Galerie versammelten Publikums, das keineswegs auf eine bloß passive Zuschauerrolle beschränkt sein muß, sondern sich einmischen kann. Die Konfliktparteien handeln nicht nur in bezug aufeinander, sondern immer im Hinblick auf die Reaktionen des Publikums. Foren unterscheiden sich nach ihrer jeweiligen Funktion und Struktur. Abhängig davon bestimmen sich der Kreis der Akteure, die Geltung bestimmter Regeln, der Kurswert verschiedener Ressourcen, die Präferenz für bestimmte Strategien und Taktiken, die gewählten Sprachformen und Symbole usw. Wichtige Foren dieser Art sind beispielsweise Straßen, Gerichtshöfe, Parlamente, Expertenzirkel und Massenmedien.⁷

5. *Bewegungsexterne Kontextstrukturen*, die im Kapitel 7 als erklärenden Variablen im Mittelpunkt standen, sind in einer prozeßbezogenen Perspektive als Hintergrundbedingung von Bedeutung, soweit sie in den Interaktionen der Akteure gleichsam aktualisiert, d.h. strategisch oder taktisch genutzt werden (können). Sie wirken also nicht im Sinne einer vorgegebenen Automatik auf Verlauf und Ergebnis des politischen Prozesses. Prinzipiell kommen dabei sowohl stabile, auf langen Traditionen beruhende Kontextstrukturen als auch konjunkturelle Faktoren, etwa die Veränderung von Spielregeln der Interaktion durch gesetzliche Festlegungen, in Betracht.

6. Schließlich wirken in zeitlicher Hinsicht auch *kontingente Ereignisse* auf die Interaktionsdynamik ein; sie können Bewegungen begünstigen oder benachteiligen, vielleicht sogar eine Konfliktwende herbeiführen. Ereignisse dieser Art sind beispielsweise ein Skandal, ein politischer Mord, der überraschende Sturz einer Regierung oder eine Katastrophe wie die von Tschernobyl. Ebenso wie die vorgenannten Strukturen entfalten jedoch solche "precipitating factors" (Smelser 1962: 16f.) nicht per se objektive und eindeutige Wirkungen; auch sie unterliegen einem sozialen Deutungsprozeß und ge-

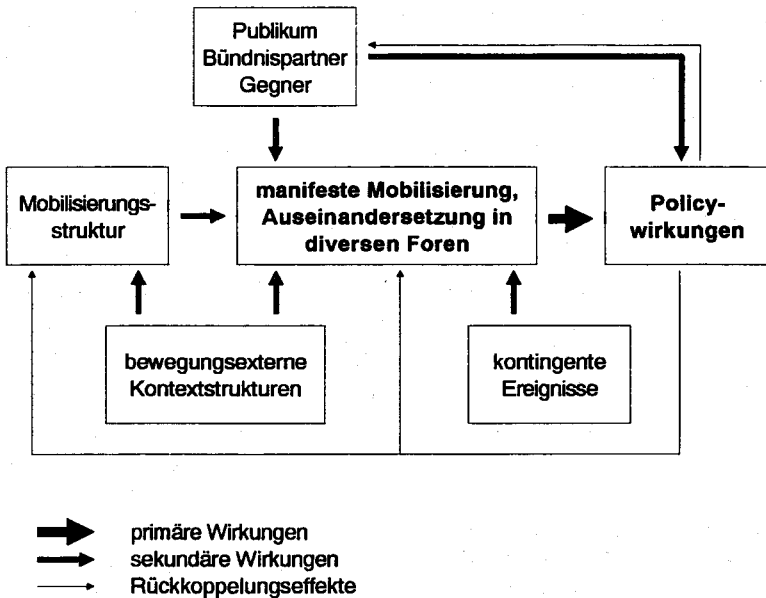
⁶ Bei der Analyse der Interaktion von Bewegungen mit Bezugsgruppen in Foren liegt es nahe, sich besonders auf kritische Phasen zu beziehen. Kapitel 8 und 9 haben gezeigt, daß die Interaktionen von Protestbewegungen und ihren Bezugsgruppen einer Dynamik folgen, die durch Phasen relativer Verdichtungen (*encounters*) und relativer Ruhe gekennzeichnet ist. Wirkung entfalten soziale Bewegungen vor allem in Perioden der *Interaktionsverdichtung*, in denen Gegner aufeinanderprallen und Entscheidungen gesucht werden.

⁷ David Meyer (1990: 14f.) spricht von Arenen als Orten, an denen sich Bewegungen und der Staat begegnen. Für die USA nennt er Wahlen, Lobbys, Straßen, Bauplätze, Märkte und das Rechtssystem.

hen immer durch das Medium der Akteure und ihrer konkurrierenden Interpretationen.

Damit sind die wesentlichen Bestandteile des Erklärungsmodells benannt, die in Abbildung 10.1 in ihrem Zusammenhang schematisch verdeutlicht werden.

Abbildung 10.1
Ein Prozeßmodell zur Erklärung von Policy-Wirkungen von Protestbewegungen



Vor der Anwendung dieses Modells sind jedoch zwei Hinweise angebracht. Erstens: In Abbildung 10.1 lediglich angedeutet, für eine dynamische Betrachtungsweise jedoch ganz zentral, sind die *Rückwirkungen* von Policy-Ergebnissen auf den weiteren politischen Prozeß - vermittelt über die Reaktionen von Bewegungen einschließlich ihrer Bündnispartner, der Gegner und des Publikums. Die zu einem bestimmten Zeitpunkt erzielten Policy-Effekte bedeuten in der Regel nicht den Abschluß des Konflikts und damit auch nicht notwendig das Ende der Bewegungsmobilisierung; vielmehr setzen sie lediglich ein Zwischendatum, das nun als zusätzliche Ausgangsbedingung auf den Fortgang der Ereignisse einwirkt und spätere Policy-Effekte mitbe-

stimmt. Dabei sind sowohl begünstigende, benachteiligende und ambivalente Rückwirkungen auf Bewegungen denkbar. Dieser Aspekt wurde in der Literatur weitgehend vernachlässigt. Ich werde zu zeigen versuchen, daß die am Ende der zweiten Etappe registrierten Policy-Effekte im Abtreibungs- und Atomkonflikt nur unter Berücksichtigung der in der ersten Etappe erzielten Wirkungen verständlich werden.

Eine zweite Anmerkung bezieht sich auf die jeweiligen Randbedingungen beider Konflikte. Insbesondere zeigt das Beispiel Frankreichs, daß Policy-Ergebnisse nicht oder nur unvollkommen auf allgemeine, über einzelne Konfliktmaterien hinweg geltende Faktoren zurückgeführt werden können. Vergegenwärtigt man sich den beachtlichen Teilerfolg der französischen Bewegung zur Liberalisierung der Abtreibung einerseits und die fast totale Niederlage der Anti-Atomkraftbewegung andererseits, so müssen hierfür jeweils konkretere Bedingungen als erklärende Variablen mit herangezogen werden. Beispielsweise ist die Verflechtung zwischen Staat und Industrie für die Abtreibungsfrage irrelevant, aber für die Atompolitik von großer Bedeutung. Das schließt nicht aus, daß - wie im Kapitel 7 gezeigt - bestimmte nationale oder sogar internationale Rahmenbedingungen ganz generell eher günstige oder ungünstige Hintergrundbedingungen für eine ganze Bewegungsfamilie bilden. Jedoch müssen neben den stabilen und variablen themenübergreifenden Kontextstrukturen auch *themenspezifische* Kontextstrukturen beachtet werden.

10.3 Erklärungsversuche

Die Eignung des dargestellten Modells sollte sich im weiteren anhand der oben ausgewiesenen vier Schlüsselfragen erweisen. Es versteht sich, daß je nach der Sachstruktur der gestellten Erklärungsaufgabe den vorgestellten erklärenden Variablen ein jeweils unterschiedliches Gewicht zukommen kann. Wenden wir uns zunächst dem Länder- und Zeitvergleich und dann dem Themenvergleich der beiden Konfliktfälle zu.

10.3.1 Zur Erklärung länder- und zeitspezifischer Varianzen

Warum war in den USA die Bewegung zur Liberalisierung der Abtreibung in der ersten Reformrunde so erfolgreich?

1. In den USA erwuchs aus liberalen Organisationen der Familienplanung und des Gesundheitssystems etwa ab 1966/67 eine eigenständige Bewegung für die Liberalisierung der Abtreibung. Hilfreich hierbei war ein einzelnes Ereignis, der Fall Sherri Finkbein, der bereits 1962 die Abtreibungsfrage in die Öffentlichkeit katapultierte und aufgrund seiner besonderen Umstände dazu angetan war, Argumenten zugunsten einer liberalen Handhabung des Problems mehr Gewicht zu verleihen. Nachdem eine zunächst gemäßigte Liberalisierungsbewegung in Gang gekommen war, entwickelte sich innerhalb dieses Rahmens bald ein radikalerer Zweig, das *repeal movement*, zur treibenden Kraft. Ihr ging es nicht um eine begrenzte Liberalisierung, sondern um die grundsätzliche Freigabe der Abtreibung. Mit der Koexistenz eines moderaten und eines offensiven Flügels war die Grundlage einer leistungsfähigen Mobilisierungsstruktur geschaffen. Die Bewegung verfügte zwar nicht über eine massenhafte Anhängerschaft, aber hohe Fachkompetenz, eine gewisse Seriösität sowie Verbindungen zu den politischen Eliten. Entsprechend diesen Voraussetzungen konzentrierte sich die frühe Mobilisierung auf fachliche Studien und Stellungnahmen, die Beteiligung an parlamentarischen Hearings und auf juristische Klagen. Hierauf beruhte auch ein früher Teilerfolg, die Reform des kalifornischen Abtreibungsgesetzes im Jahr 1967. Davon ging eine katalysatorische Wirkung auf einige weitere liberale Einzelstaaten aus, in denen nun - wie bei einer Kette fallender Dominosteine - die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Abtreibungsgesetze reformiert wurden.

Speziell das *repeal movement* fand einflußreiche Verbündete in den bereits bestehenden Bürgerrechtsorganisationen und vor allem der fast zeitgleich aufkommenden neuen Frauenbewegung. Damit wurde die Bewegung quantitativ erweitert, sozial verbreitert und stärker aktionistisch aufgeladen.

Dem lockeren Bündnis linker und liberaler Gruppierungen standen keine entsprechend organisierten Gegner gegenüber. Zwar gab es in dieser Phase Widerstände konservativer Eliten namentlich im Bereich der Politik, der Medizin und der katholischen Kirche. Ebenso etablierten sich eigene Zirkel der Abtreibungsgegner. Diese Kräfte bildeten jedoch keine breite und einflußreiche Gegenbewegung .

Die entscheidenden Foren der Konfliktaustragung waren Parlamente und Gerichte. Massenmobilisierungen, etwa in Form von Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen, spielten dagegen keine Rolle. Aufgrund der in einzelnen Parlamenten und Gerichten erzielten Teilerfolge der Liberalisierungsbewegung und des Fortbestehens restriktiver Regelungen war eine unerträgliche Disparität sowohl zwischen den Einzelstaaten als auch zwischen diversen einschlägigen Gerichtsentscheidungen entstanden, die eine Vereinheitlichung verlangte. Dafür kam in einem strikt föderalen System wie dem der USA nicht der Bundesgesetzgeber, sondern nur der *Supreme Court* in Frage. Daß die Entscheidung *Roe v. Wade* so eindeutig liberal ausfiel, ist vor allem das Ergebnis einer insgesamt günstigen Kontextstruktur und nur sekundär ein Effekt der Reformbewegung. Mindestens vier Faktoren trugen hierzu bei:

Erstens waren in einigen westlichen Ländern, und nur solche und nicht die realsozialistischen Staaten konnten eine legitime Berufungsgrundlage bilden, bereits Breschen zugunsten der Liberalisierung der Abtreibung geschlagen worden. Dies betraf die skandinavischen Länder (namentlich Schweden), die Niederlande, wo zwar noch kein Reformgesetz verabschiedet war, aber die Abtreibung geduldet wurde, und Großbritannien, wo 1967 das Abtreibungsrecht liberalisiert worden war. Gerade von dem mit den USA kulturell eng verbundenen Großbritannien dürfte ein nachhaltiger Impuls ausgegangen sein. Die amerikanischen Befürworter einer Reform konnten darauf verweisen, daß eine Liberalisierung der Abtreibung möglich war, ohne daß dies schon einen moralischen Verfall anzeigen oder nach sich ziehen würde.

Zweitens war das *repeal movement* Ausdruck und Teil einer breiteren Reformbewegung, die das gesellschaftliche Klima dieser Phase mitbestimmte und bereits auf eine Reihe von Erfolgen verweisen konnte. Der Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Klassen, Rassen und Geschlechtern sowie Selbstentfaltung und Mündigkeit waren "master frames" (Snow/Benford 1992) einer gesellschaftlichen Strömung, in die sich die Entkriminalisierung der Abtreibung zwanglos einfügte. Umfragen aus dieser Phase zeigen, daß in der breiten Öffentlichkeit ein Meinungswandel zugunsten einer kulturellen Liberalisierung eingesetzt hatte, der neben der Abtreibung auch andere Themen wie Schwangerschaftsverhütung, vorehelichen Geschlechtsverkehr und Homosexualität betraf (Niemi/Mueller/Smith 1989). Der Gedanke einer Liberalisierung der Abtreibung entsprach in hohem Maße dem amerikanischen Politik- und Rechtsverständnis, das individuelle Entscheidungsfreiheiten betonte und demzufolge alle staatlichen Eingriffe in die Privatsphäre beargwöhnte. Dieses Verständnis findet sich nicht nur in der engeren juristi-

schen Debatte und leitete das Zentralargument im Urteil über *Roe v. Wade*, sondern ist ein genereller, tief verwurzelter Bestandteil der politischen Kultur der USA (Lipset 1981: 454). So gesehen ist es keineswegs selbstverständlich, daß überhaupt eine illiberale Rechtsauffassung in der Abtreibungsfrage Platz greifen und bis in die 1960er Jahre Geltung behalten konnte. Jedenfalls erfüllte die Liberalisierungsbewegung in ihrer Thematisierung der Abtreibung in hohem Maße die Bedingung von "kultureller Resonanz", während die Pro-Life-Bewegung, die sich ihrerseits auf einen ebenfalls stark verwurzelten religiösen Fundamentalismus berufen konnte, in dieser Phase noch nicht entwickelt war.

Drittens wirkten konkrete Reformen, die auf dem Wege der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und der Exekutive in Gang gekommen waren, auf die Haltung der Bevölkerung und die Erfolgsaussichten anderer Liberalisierungskampagnen zurück. Insbesondere hatte der *Supreme Court* in einer Reihe vorangegangener Entscheidungen individuelle Abwehrrechte gegenüber dem Staat bekräftigt bzw. erweitert. Im Zuge dieser Reformen waren an vielen Stellen liberale Kräfte in politische und juristische Schlüsselpositionen - bis hin zum *Supreme Court* - gelangt. Speziell im juristischen Diskurs war zudem in mehreren Verfahren zur Abtreibungsproblematik eine liberale Argumentation ausgearbeitet worden und in die Fachdiskussion eingeflossen, während die Gegenseite auf dieser Ebene eher passiv blieb. Diese asymmetrische Argumentationslage hatte sicherlich einen Einfluß auf die Entscheidung des *Supreme Court*.

Schließlich ist viertens zu bedenken, daß eine derart eindeutige, nur *eine* Konfliktpartei begünstigende Entscheidung wohl nur durch ein Gericht möglich war, das relativ souverän handeln kann und von der Rücksichtnahme auf Wähler, von *cross pressures* und von Kompromißzwängen entlastet ist. Hätte die Grundsatzentscheidung beim Kongreß gelegen, so wäre - wie in Frankreich und der Bundesrepublik - mit hoher Wahrscheinlichkeit eine weniger liberale Regelung zustande gekommen.

2. Es mag nützlich sein, sich zu vergegenwärtigen, warum im Vergleich zu den USA die Abtreibungsregelungen in Frankreich und der Bundesrepublik weniger liberal ausfielen. Ich beschränke mich auf wenige Stichworte:

Zum ersten verfügten die Liberalisierungsbewegungen in beiden europäischen Ländern über eine schwächere und weniger professionelle Mobilisierungsstruktur.

Zweitens fällt mit Blick auf die Foren der Auseinandersetzung auf, daß die Reformbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik auf dem Umweg über Massenmedien und die Mobilisierung in den Straßen die Parteien zum Handeln zwangen. Alle Mobilisierungen konzentrierten sich von da an

auf die direkte oder indirekte Beeinflussung der parlamentarischen Entscheidung. Im Parlament ordneten sich die Konfliktlager weitgehend entlang der Links-Rechts-Achse. Am Ende kamen die Reformen jedoch nur durch die partielle Unterstützung aus dem Lager der Opposition zustande, was eine gewisse Kompromißbereitschaft der Mehrheitsparteien voraussetzte. In den USA dagegen war insgesamt die Rolle der Parteipolitik ungleich schwächer; auch ließ sich der parteipolitische Streit um die Abtreibung weniger anhand des eingefahrenen Links-Rechts-Schemas interpretieren. Dagegen spielte die Frage des widersprüchlichen Rechts in einzelnen Staaten und demzufolge der Zwang zur Rechtsvereinheitlichung, welche nur durch den *Supreme Court* zu realisieren war, eine wichtige Rolle.

Zum dritten zeigen sich Unterschiede in den Kontextstrukturen beider europäischer Länder im Vergleich zu den USA. Allerdings konnten von diesen Unterschieden sogar gleichsinnige Wirkungen ausgehen. Ein erste Differenz bestand darin, daß liberale Abtreibungsregelungen in Großbritannien oder den Niederlanden, die in den USA lediglich Anschauungsmaterial und abstrakt bleibende Berufungsgrundlage bilden konnten, in Frankreich und der Bundesrepublik unmittelbar praktische Bedeutung besaßen. Abtreibungswillige Frauen, insbesondere die Begüterten unter ihnen, wichen in nicht unbeträchtlicher Zahl in diese Länder aus. Sie offenbarten damit nicht nur die Wirkungslosigkeit strafrechtlicher Sanktionsdrohungen, sondern auch die sozial ungleich verteilten Möglichkeiten des Zugangs zur Abtreibung. In dem Maße, wie diese Situation öffentlich gemacht wurde, und eben dies bildete eine erklärte Strategie insbesondere der feministischen Reformbewegung, entstand ein in der Sache ähnlicher Druck wie in den USA, wo ein "Abtreibungstourismus" zwischen den Einzelstaaten nach den ersten Reformen ab 1967 aufkam.

Ein weiterer Unterschied zu den USA ergab sich daraus, daß die Reformbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik nicht auf eine starke Tradition von Abwehrrechten gegenüber dem Staat bauen konnten. Vielmehr gehörten staatliche Vor- und Fürsorge auch in bezug auf Bevölkerungspolitik (besonders stark in Frankreich, in Deutschland nach 1945 allerdings weitgehend tabuisiert), Schutz von Ehe und Familie sowie Schutz des ungeborenen Lebens zum vertrauten Politik- und Rechtsverständnis. Forderungen nach einer völligen Freigabe der Abtreibung blieben somit weitgehend auf das feministische und radikalliberale Lager beschränkt, während etablierte Parteien und politische Eliten um die Reichweite von gradueller Liberalisierung rangen. Somit waren insgesamt die Bedingungen für "cultural resonance" deutlich ungünstiger als in den USA. Die Liberalisierungsbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik hatten eine star-

ke etatistische Tradition gegen sich. Diese positiv aufgreifend, ließen sich allenfalls die ungleichen Zugangschancen zur Abtreibung und das Ziel der Eindämmung von Gesundheitsrisiken durch illegale und laienhaft durchgeführte Abtreibungen so wenden, um ein Eingreifen des Staates zu fordern.

Schließlich unterschieden sich die politischen Kräftekonstellationen in Frankreich und der Bundesrepublik von denen der USA. Daß überhaupt Reformen zustandekamen, ging hier wie in den USA unter anderem auf die Stärke liberaler bzw. linker Kräfte innerhalb der etablierten Politik zurück. In der Bundesrepublik dominierte auf Bundesebene die sozialliberale Koalition, die nicht nur ein ambitioniertes und umfassendes Programm "innerer Reformen" verfolgte, sondern mit Regierungsantritt 1969 ausdrücklich eine freilich nicht näher konkretisierte Reform des Abtreibungsrechts angekündigt hatte. An dieses Versprechen, das wohl ohne den außerparlamentarischen Druck nicht eingelöst worden wäre, konnte die Reformbewegung anknüpfen. In Frankreich wäre unter der bis 1974 amtierenden altkonservativen Regierung bestenfalls eine geringfügige Lockerung des Abtreibungsrechts zustandegekommen. Erst mit der Wahl von Giscard, der im Unterschied zu seinem Vorgänger einen modernistischen konservativ-liberalen Kurs vertrat, ergaben sich für eine entschiedene Reform günstigere Randbedingungen. Daß jedoch selbst unter einer sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik die Reformen nicht so weit gingen wie in den USA, ist mit auf den Einfluß der zu konservativen Positionen neigenden Standesorganisationen von Ärzten und Juristen sowie die katholische Kirche⁸ zurückzuführen. Ähnliches gilt für Frankreich, wo zudem eine konservative Regierung amtierte, allerdings die katholische Kirche einen geringeren Einfluß auf die Politik hat. Dagegen scheinen die Standesorganisationen von Ärzten und Juristen in den USA politisch zurückhaltender und intern pluralistischer strukturiert zu sein.

3. In der Zusammenschau überwogen in allen drei Ländern Faktoren, die für eine Liberalisierung der Abtreibung sprachen. Allerdings bestanden insbesondere in den USA deutlich günstigere Kontextstrukturen für eine weitreichende Reform. Die Differenz im Reformergebnis zwischen Frankreich

⁸ Obgleich die katholische Kirche in allen drei Ländern die stärkste gesellschaftliche Bastion gegen die Abtreibungsreform bildete, ist der Anteil von Katholiken in den drei Ländern (gegen 1990: 22 Prozent in den USA, 40 Prozent in der alten Bundesrepublik, 80 Prozent in Frankreich) per se kein starker Erklärungsfaktor für die unterschiedlichen Reformergebnisse. Diese Zahlen sind insofern wenig aussagekräftig, als sie nicht die tatsächliche Bindung an die katholische Kirche wiedergeben. Hier ist die verbreitete Passivität der Mehrheit der Katholiken in Frankreich und der Bundesrepublik einem aktiver praktizierten Katholizismus in den USA gegenüberzustellen. Zum zweiten besteht insbesondere in Frankreich eine relativ scharfe Trennungslinie zwischen Kirche und Staat, so daß Interventionen von seiten der Kirche enge Grenzen gesetzt sind.

und der Bundesrepublik ist zu klein, um hier mit "starken" Erklärungen anzusetzen. Erklärungsbedürftig ist eher der Sachverhalt, warum trotz unterschiedlicher parteipolitischer Mehrheitsverhältnisse in beiden europäischen Ländern dennoch ein ähnliches Konfliktergebnis zustandekam. Die Reform in Frankreich erfolgte unter einer modernistischen konservativen Regierung, die in der Bundesrepublik unter einer sozialliberalen, ausdrücklich auf ein ehrgeiziges Reformprogramm verpflichteten Regierung. Hierbei ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß die zunächst eindeutig liberale Fristenlösung, die der Bundestag bereits verabschiedet hatte, aufgrund einer nachfolgenden verfassungsgerichtlichen Intervention zu Fall gebracht wurde. Daß in Frankreich trotz ungünstigerer politischer Rahmenbedingungen das Reformgesetz von 1975 verabschiedet wurde, das ungefähr mit dem der Bundesrepublik vergleichbar ist, geht m.E. auf die relativ zur Bundesrepublik besser organisierte und koordinierte außerparlamentarische Reformbewegung und die entschiedene Unterstützung durch die parlamentarische Opposition zurück.

Warum kam es zu gegenläufigen Policy-Resultaten in der zweiten Phase des Abtreibungskonflikts in den USA und der Bundesrepublik?

1. In den USA ergaben sich hinsichtlich aller im Erklärungsmodell enthaltenen Einflußfaktoren signifikante Veränderungen während der zweiten Untersuchungsphase. Somit muß die Eingangsfrage ergänzt werden. Erklärungsbedürftig ist auch, warum trotz dieser Veränderungen keine weitergehende oder gar völlige Rücknahme des Reformergebnisses erzielt wurde.

Herausragendstes Merkmal der Konfliktphase ab 1973 ist in den USA die machtvolle Gegenoffensive der Pro-Life-Bewegung. Diese war bis dahin nur relativ schwach und sah sich durch das Reformergebnis "wie durch einen Blitz aus heiterem Himmel" getroffen. Das Urteil des *Supreme Court* wurde vom konservativ-fundamentalistischen Lager nicht als Zeichen der endgültigen Niederlage, sondern als Provokation empfunden. Die Antwort bestand in einer Gegenbewegung, die nicht nur unter organisatorischen und rhetorischen Gesichtspunkten geschickt operierte und sich modernster Methoden politischer Kampagnenführung bediente, sondern zudem mit dem Aufstieg der *Moral Majority* in den späten 1970er Jahren und einer deziert konservativen Präsidentschaft ab 1980 äußerst günstige Kontextbedingungen vorfand. Mit einer leistungsfähigen, zum Teil hochgradig professionellen Mobilisierungsstruktur, die zudem auf starke, in Politik und Gesellschaft fest etablierte Verbündete zählen konnte und durch aktivistische Gruppen flankiert wurde, verschoben sich Art, Ausmaß und Schauplätze

der Mobilisierung. Kennzeichnend für den neuen Mobilisierungstypus war die Offensivität des Vorgehens, was sich in einer agitatorischen, von Zwischentönen weitgehend ungetrübten Rhetorik, wachsenden Massenmobilisierungen und aggressiven direkten Aktionen manifestierte. Neben dieser ganz auf Öffentlichkeitswirkung bedachten Mobilisierung entfaltete die Pro-Life-Bewegung auch erheblichen Druck auf die Parlamente in den Einzelstaaten. Ein Durchbruch, d.h. eine mehr oder weniger komplette Rücknahme der Reformergebnisse, wäre - trotz der juristischen Barriere des Verfassungsgerichts - zumindest gesellschaftlich vorbereitet worden, hätte die Pro-Life-Bewegung nicht ungewollt eine ihr mindestens ebenbürtige Gegen-Gegenbewegung⁹ auf den Plan gerufen.

Die Pro-Choice-Bewegung - bereits die Namensgebung signalisiert eine geschickte Reaktion auf Pro-Life - wurde in einer Spirale von Mobilisierung und Gegenmobilisierung gestärkt. Dabei kamen ihr alte wie neue Bündnispartner zu Hilfe. Es ist zu vermuten, daß der drohende konservative Rollback, der weit über die Abtreibungsfrage hinausging, nun auch solche Individuen und Gruppen zu entschiedener Parteinahme veranlaßte, die ansonsten allenfalls passive Sympathisanten der Pro-Choice-Bewegung geblieben wären. Mit dieser Konflikteskalation, deren Umfang alle anderen innenpolitischen Auseinandersetzungen übertraf, verband sich eine hochgradige Polarisierung, die für vermittelnde Positionen und Indifferenz kaum mehr Raum ließ.

Daß diese scharfe Polarisierung möglich war, ist vor allem das Ergebnis zweier Faktoren. Zum ersten bedeutete das Reformergebnis der ersten Phase einen klaren Sieg der liberalen und eine ebenso klare Niederlage der konservativen Seite. Die Reform war nicht Ausdruck einer mühsamen gesellschaftlichen und politischen Kompromißfindung, sondern erschien als kontingentes Produkt einiger Richter. Verteidigung bzw. Überwindung dieses Urteils wurde so für die Konfliktparteien zu einer Frage von Alles-oder-Nichts. Eine Kompromißentscheidung des Gerichts hätte beide Seiten ungleich schwächer mobilisiert, da in der Folgezeit wohl nur graduelle Verschiebungen in die eine oder andere Richtung in Aussicht gestanden hätten.

Zum zweiten beruhte die Polarisierung im Abtreibungskonflikt auf der Aktualisierung scharf konfligierender gesellschaftlicher Grundwerte. Waren die liberalen, auf Selbstentfaltung und Staatsbegrenzung ausgerichteten Werte bereits mit den links-libertären Bewegungen der 1960er Jahre und ersten Reformkampagnen der Pro-Choice-Seite erfolgreich bemüht worden, ohne daß die Gegenseite gleichermaßen offensiv aufgetreten wäre, so kam in

⁹ Zum Konzept der Gegen-Gegenbewegung vgl. Zald/Useem (1987: 249) und Rucht (1991d: 11).

der zweiten Konfliktphase zusätzlich ein entgegengerichteter Wertekatalog ins Spiel. Die USA besitzen neben ihrem liberal-individualistischen Erbe zugleich eine religiös-fundamentalistische Tradition, welche durch zahlreiche Kongregationen, Kirchen und Sekten, in eher säkularisierter Form auch durch erzkonservative Gruppierungen bis hin zum *Ku Klux Klan*, lebendig gehalten wird. Genau dieser Wertekonflikt, der ansonsten durch die zumindest oberflächliche kulturelle Toleranz eines klassischen Einwanderungslandes weitgehend latent gehalten wird, brach unter den extremen Mobilisierungsanstrengungen in der zweiten Phase in voller Schärfe auf. Hinzu kam, daß - anders als in Europa - das unterentwickelte, in der Alltagskultur nicht verankerte Parteiensystem als potentieller Moderator des Konflikts fehlte und in seiner Bipolarität weitgehend mit den Positionen im Abtreibungskonflikt zur Deckung kam, wenngleich auch abweichende Minderheiten wie die *Republicans for Choice* nicht zu übersehen sind.

Die geschickte Aktualisierung eines zuvor weitgehend brach liegenden religiös-fundamentalistischen Wertekanonens ist der wohl entscheidende Faktor, warum es in der zweiten Phase zu Terraingewinnen der Abtreibungsgegner kam - Gewinnen, die trotz der enormen Mobilisierung der Verteidiger der Reform und trotz deren Unterstützung durch die liberalen Medien erzielt werden konnten.

2. Hatten also die liberalen Kräfte in den USA an Boden verloren, so stellt sich die Frage, warum sich in der Bundesrepublik eine umgekehrte Entwicklung vollzog. Zunächst ist daran zu erinnern, daß die Verabschiedung des - nicht in Kraft getretenen - Abtreibungsgesetzes von 1992 nicht Ausdruck einer völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungskonstellation und eines inhärenten Reformdrucks oder gar Reformeifers war. Eher das Gegenteil ist der Fall. Trotz eines sich in den 1980er Jahren verstärkenden Drucks vom rechten Rand bestand für die konservativ-liberale Regierung kein Anlaß, am gesetzlichen Status quo zu rühren; einem solchen Vorstoß hätte sowohl die Auffassung der Bevölkerungsmehrheit als auch die Haltung der politisch aktiven Frauen im konservativ-liberalen Lager entgegengestanden. Erst mit der deutschen Vereinigung sah sich die alte Bundesrepublik mit einem zweiten, extrem liberalen Abtreibungsrecht konfrontiert. Der unabweisbare Zwang zur Rechtsvereinheitlichung schuf eine neue, potentiell offene Ausgangslage, die - abhängig von Kräfteverhältnissen und Mobilisierungsanstrengungen - Verschiebungen in die eine oder andere Richtung in Aussicht stellte. Die unter diesen Bedingungen eigentlich erwartbare massive Mobilisierung beider extremer Konfliktparteien und die Zuspitzung des Konflikts blieben jedoch aus mehreren Gründen aus:

Die feministische Bewegung im Westen, die den harten Kern der Befürworter der völligen Freigabe der Abtreibung bildet, befand sich in einer ungünstigen Ausgangsposition. Die Abtreibungsfrage stand seit Jahren nicht mehr im Vordergrund ihrer Bemühungen; die darauf spezialisierte Mobilisierungsstruktur war längst zerfallen; die zahlreichen feministischen Projekte hatten sich anderen Themen verschrieben und waren daran durch ein mehr oder weniger professionelles Engagement gebunden. Die Frauenbewegung im weiteren Sinn, einschließlich der sog. Parteifrauen und Gewerkschaftsfrauen, sah in der Abtreibungsfrage ebenfalls kein vorrangiges Thema; sie war zudem stärker an einer Kompromißlösung orientiert, welche nur durch ein Bündnis mit Teilen der konservativen Kräfte als realistisch erschien. In den neuen Bundesländern bestand nur eine schwache feministische Bewegung und schon gar nicht eine auf die Abtreibungsfrage spezialisierte Mobilisierungsstruktur. Ebenso fehlte das Bewußtsein, eine Errungenschaft verteidigen zu müssen, da die liberale Fristenlösung aus dem Jahr 1972 von den Frauen nicht erkämpft zu werden brauchte. Noch weniger konnte es bis zum Fall der Mauer eine entwickelte Lebensschutzbewegung in der DDR geben. Selbst danach fanden die Lebensschützer in den überwiegend konfessionslosen bzw. protestantisch geprägten Bevölkerungsschichten, die sich mit dem bestehenden Abtreibungsrecht eher passiv als zwangsweise arrangiert hatten, wenig Rückhalt. Meinungsumfragen zufolge war die Zustimmung zu einer Fristenlösung in den neuen Bundesländern deutlich höher als in der alten Bundesrepublik (vgl. Kapitel 8, Fußnote 146). Zusätzlich erschwert wurde die Mobilisierung beider Konfliktparteien im Osten wie im Westen schließlich dadurch, daß der deutsche Vereinigungsprozeß eine Vielzahl von materiellen und finanziellen Problemen aufgeworfen hatte, welche die Abtreibungsfrage als einen Nebenschauplatz erscheinen ließen.

Unter diesen Kontextbedingungen kam ein vorhersehbares Reformergebnis zustande: eine weitergehende, aber nicht radikale Liberalisierung des westdeutschen Abtreibungsgesetzes von 1976. Vorhersehbar war dieses Ergebnis aus mehreren Gründen. Zum ersten war bereits die ursprünglich vom Bundestag beschlossene Fristenregelung von 1974 großzügiger als das durch Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts präformierte Reformgesetz von 1976. Bereits die alte Mehrheit im Parlament, aber auch die Mehrheit in der Bevölkerung waren in der Abtreibungsfrage liberaler gestimmt als das Bundesverfassungsgericht. Diese liberale Tendenz wurde in der Folgezeit eher stärker als schwächer. Zum zweiten war mit den neuen Bundesländern ein Faktor ins Spiel gekommen, der zugunsten einer weiteren Liberalisierung des westdeutschen Rechts sprach. Allerdings stand eine Übernahme

der DDR-Regelung nicht zur Debatte; sie wäre in den alten Bundesländern nicht durchsetzbar gewesen. Zum einen war die Differenz zum bestehenden Recht im westlichen Deutschland zu groß; zum anderen haftete am ostdeutschen Abtreibungsrecht der Makel einer undemokratischen, "von oben" erlassenen und von kommunistischem Geist bestimmten Regelung. Dieser Gesichtspunkt bildete ein willkommenes Argument für die konservativen Kräfte in Ost und West. Zum dritten entsprach ein Kompromiß zwischen beiden geltenden Gesetzen dem neuen Aggregat von Bevölkerungsmeinungen in Ost- und Westdeutschland. Bezeichnenderweise orientierten sich die großen Parteien trotz massiver Differenzen im Grundsätzlichen schnell an den Bedingungen eines solchen Kompromisses. Daß es auf beiden Seiten abweichende, aber eben "unrealistische" Forderungen nach völliger Freigabe der Abtreibung (*Bündnis 90/Grüne*, PDS) bzw. einer Rechtsverschärfung (CSU, Teile der CDU) gab, bestärkte nur die Verfechter einer Kompromißlösung, der sich unter rein taktischen Erwägungen sogar einzelne prominente Feministinnen anschlossen.

Warum erzielte die Anti-Atomkraftbewegung in den USA einen früheren und eindeutigeren Durchbruch als die Bewegung in der Bundesrepublik?

Zur Beantwortung dieser Frage können vier Ursachenkomplexe geltend gemacht werden: Erstens setzte die Problematisierung der Atomenergie in den USA früher und vor allem sachkompetenter ein als in der Bundesrepublik. Die Verhinderung dreier Atomkraftwerke bereits in den 1960er Jahren aufgrund von Sicherheitsbedenken hatte einen ermutigenden Effekt für die Kritiker. Anfang der 1970er Jahre stand in den USA ein breites und kritisches Argumentationsspektrum zur Atomenergie bereit, das in Anhörungen und Gerichtsverfahren zur Geltung gebracht wurde. Hierbei wurden Klägergruppen durch Wissenschaftler und versierte Juristen unterstützt. Die lokalen Bürgerinitiativen beschränkten sich weitgehend auf öffentliche Aufklärungsarbeit in ihrem unmittelbaren Umfeld, verzichteten jedoch fast ganz auf Demonstrationen oder gar Aktionen des zivilen Ungehorsams. Diese Mobilisierungsstruktur und das damit verbundene Aktivitätsspektrum hatte mehrere Vorteile. Die Bewegung wurde durch renommierte Experten in ihren Reihen vor dem Verdikt bewahrt, sie gründe auf Unkenntnis und Panikmache. Zudem entging sie dank ihres konventionell-legalistischen Handlungsrepertoires dem in anderen Ländern erhobenen Vorwurf, hier seien radikale Systemgegner am Werk, die das Thema der Atomenergie für ganz andere Zwecke instrumentalisierten. Die Bewegung in den USA besaß damit eine hohe Glaubwürdigkeit. Weiterhin nutzte sie geschickt die Argumentati-

onsdefizite und Angriffsflächen der Atomlobby, welche zur Verharmlosung von Sicherheitsfragen neigte, sich zunächst gegen die eigentlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen von Genehmigungsverfahren sperrte und es zudem versäumt hatte, die wirtschaftliche und politische Förderung der Atomkraft von der politisch-administrativen Fachaufsicht und Sicherheitskontrolle institutionell zu trennen. In allen drei Punkten vermochten sich die Opponenten der Atomkraft durchzusetzen und damit einen Zuwachs an Glaubwürdigkeit zu erzielen.

In der gleichen Phase war in der Bundesrepublik die fachbezogene Kritik noch eine Angelegenheit weniger Einzelpersonen. Allerdings rief die plumpe Informationspolitik der Behörden Mißtrauen und Empörung hervor. Erst mit der Beteiligung anderer sozialer Schichten wurde das gesamte Argumentationsspektrum, das in den USA schon bereitstand, auch in der Bundesrepublik rezipiert und verbreitet. Im Unterschied zu den USA waren es jedoch zunächst vor allem Autodidakten, die sich in die Debatte einschalteten.

Eng verbunden mit der fachlich geprägten Kritik in den USA ist zweitens ihre frühzeitige Unterstützung durch Teile der politischen und administrativen Eliten. Das hängt zum einen mit Status und institutioneller Anbindung der Kritiker zusammen, die von renommierten Universitäten kamen und ihren Widersachern Paroli bieten konnten. Zum anderen blieb diese Kritik frei von politischen Untertönen und radikalen, über Sachfragen hinausgehenden Schlußfolgerungen. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß die *Union of Concerned Scientists* (UCS) nicht pauschal gegen die Nutzung der Atomkraft zu Felde zog, sondern Einzelfragen aufgriff, etwa zu Notkühlsystemen, nuklearer Entsorgung und der Proliferation von kerntechnischem Know how und Material. So war es nicht erstaunlich, daß den Kritikern auch von offizieller Seite Referenz erwiesen wurde¹⁰ und ihre Argumente in wissenschaftlichen Vereinigungen und bei einzelnen Kongreßabgeordneten auf fruchtbaren Boden fielen.

Im Unterschied dazu galten die frühen Kritiker der Atomenergie in der Bundesrepublik als Außenseiter. Ihr Widerstand in den 1960 Jahren war teilweise von völkischer Ideologie beeinflusst. In den frühen 1970er Jahren standen berufliche Existenzängste unmittelbar tangierter Berufsgruppen (vor allem Bauern und Winzer) im Vordergrund. Erst danach nahm die Opposition wieder einen genuin politischen Charakter an. Die starke Beteili-

¹⁰ "Ich muß ihre Anstrengungen loben, die sie (die UCS, D.R.) als Vorkämpfer übernommen haben, indem sie die Aufmerksamkeit auf wichtige Probleme innerhalb des Reaktorprogramms lenkten." Dr. Richard Balhizar, Büro für Wissenschaft und Technik (des ausführenden Büros des Präsidenten der USA), in der Universität von Michigan am 13.4.1973 (zit. nach Ford 1975: 29).

gung von linken und linksradikalen Gruppen ab Mitte der 1970er Jahre und die Neigung zu disruptiven und teilweise gewaltsamen Widerstandsformen erleichterte es, die Kritiker zunächst auszugrenzen. Bis 1976/77 hielten die Front der politisch-administrativen Eliten und der pronukleare Konsens der Parteien, um erst dann abzubröckeln.

Drittens begünstigte die stärkere Marktorientierung der Energiewirtschaft in den USA den frühen und eindeutigen Durchbruch der dortigen Anti-Atomkraftbewegung. Die Genehmigungsprozeduren wurden aufgrund der Einsprüche und erforderlichen Gutachten aufwendiger und verlängerten sich erheblich. Zugleich stiegen Zug um Zug die Sicherheitsanforderungen, was zusätzliche technische Maßnahmen und Kontrolleinrichtungen nach sich zog und im Endeffekt die Stromproduktion durch Atomkraft erheblich verteuerte. Anders als in den meisten europäischen Ländern hatte dieser Kostenanstieg unmittelbare Konsequenzen für die Energieversorgungsunternehmen. Einerseits standen relativ billige heimische Energiequellen (vor allem Öl und Kohle) zur Verfügung; andererseits ergaben sich aufgrund der vorgeblichen kommerziellen Reife der Atomenergie und der privaten Rechtsform der Energieversorgungsunternehmen kaum Möglichkeiten einer direkten oder indirekten Kostenabwälzung auf den Staat; zudem waren der Abwälzung von Kosten auf die Verbraucher durch eine relativ strenge Preiskontrolle enge Grenzen gesetzt. Kühl rechnende Manager in Energieversorgungsunternehmen, denen bereits ab Mitte der 1970er Jahre die Kostennachteile der Atomenergie bewußt geworden waren, schalteten schnell und zum Teil kompromißlos auf andere Energieträger um. Serienweise wurden Reaktoren abbestellt und begonnene Bauprojekte gestoppt.

Im Unterschied dazu war die Atomwirtschaft in der Bundesrepublik eng mit staatlichen Interessen verflochten und stärker von Marktmechanismen abgekoppelt (Hölker/Raudszus 1985: 130ff.). In diese Richtung wirkten vor allem offene und verdeckte staatliche Subventionen für die Atomwirtschaft, die staatliche Beteiligung an Energieversorgungsunternehmen sowie die Gebietsmonopole der Stromversorger. Ökonomische Fehlkalküle wurden somit verschleiert oder erst mit großer Zeitverzögerung sichtbar. Erst in den 1980er Jahren erfolgten eine offenere Bilanzierung der Kosten der Atomenergie und eine deutliche Rücknahme staatlicher Subventionen. Nun schlugen auch ökonomische Kriterien stärker durch. In der Folge wurden technisch und finanziell riskante Projekte wie der Schnelle Brüter aufgegeben. Im Falle der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf gab die Stromwirtschaft sogar gegen den Willen staatlicher Stellen das vormals als unverzichtbar erklärten Schlüsselvorhaben auf.

Viertens standen in den USA neben den ökonomischen Vorzeichen auch die politischen Signale ab 1974/75 ungünstig für die Atomenergie. Durch die beginnende landesweite Koordinierung der Anti-Atomkraftbewegung war mit zunehmend besser organisiertem Widerstand zu rechnen; Meinungsumfragen zufolge wuchs das Lager der Atomkraftgegner; schließlich mehrten sich Anzeichen dafür, daß auch innerhalb des politisch-administrativen Systems die Kritiker an Boden gewannen, was sich unter anderem in der von Präsident Carter verkündeten Wende in der Energiepolitik zeigte. Das betraf den Verzicht auf Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitung sowie die Förderung von Energiesparmaßnahmen und regenerativen Energiequellen. Unter diesen Bedingungen machte es für die meisten Energieversorgungsunternehmen keinen Sinn mehr, an der Atomenergie festzuhalten. Jahre vor dem Unfall von Three Mile Island zeichnete sich somit der Anfang vom Ende der Atomenergie ab.

Schließlich ist offensichtlich, daß der Unfall von Three Mile Island im Jahr 1979 die Öffentlichkeit und Politik in den USA nachhaltiger beeinflusste als in der vom Unfallort weit entfernten Bundesrepublik. Spätestens als die tatsächliche Gefahr in vollem Umfang erkennbar wurde, war das Schicksal der Atomenergie in den USA besiegelt. In der Bundesrepublik dagegen betonten Atommanager sofort, ein ähnlicher Unfall sei aufgrund anderer Kraftwerkskonstruktionen im eigenen Land so gut wie ausgeschlossen. Erst mit der Katastrophe von Tschernobyl verlor die Atomenergie auch in der Bundesrepublik weitgehend an Unterstützung. Mit einer deutlichen Verzögerung ergab sich somit eine ähnliche Situation wie in den USA, wo Atomkraftwerke bereits seit längerem nur noch als eine Übergangslösung angesehen werden.

Im Vergleich zur Bundesrepublik verfügte die Anti-Atomkraftbewegung in den USA relativ früh über eine leistungsfähige Mobilisierungsstruktur sowie wichtige Einflußkanäle und Verbündete, so daß bereits vor dem Unfall von Three Mile Island die Zukunft der Atomenergie negativ vorentschieden war. Den wohl entscheidenden Grund hierfür bildeten die durch Teilerfolge der Anti-Atomkraftbewegung mit bewirkten Kostensteigerungen, welche unmittelbarer als in der Bundesrepublik auf die Kalküle der Energieversorger durchschlugen. Allerdings haben beim Umschwung der Atomenergiepolitik in den USA politische und ökonomische Faktoren eng zusammengewirkt. Verschiedentlich vertretene Auffassungen, diese Entwicklung sei rein ökonomischen Bedingungen oder ausschließlich politischen Effekten der Atomkraftbewegung zuzuschreiben, greifen zu kurz. Die eine Sichtweise verkennet, daß die von der Anti-Atomkraftbewegung praktizierte Politik der Nadelstiche die Investitionskosten für Atomkraftwerke in die Höhe trieben und

jegliche Planungssicherheit unterminierten; die andere Sicht verkennt, daß ökonomische Bedingungen, darunter die privatwirtschaftliche Verfassung des Energiesektors sowie reichhaltige heimische Energieressourcen, gegen die Atomenergie sprachen.

Warum scheiterte die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich?

Betrachtet man die Ausprägungen der im vorgestellten Prozeßmodell enthaltenen erklärenden Variablen für den Atomkonflikt in Frankreich, so erscheint die Niederlage der dortigen Anti-Atomkraftbewegung geradezu zwangsläufig.

Die Bewegung verfügte nur über eine relativ schwache, instabile und auf nationaler Ebene kaum präsenste Mobilisierungsstruktur. Zwar war die tatsächliche, weitgehend in lokalem oder regionalem Rahmen verbleibende Mobilisierung durchaus beachtlich, doch beschränkte sie sich im wesentlichen auf einen demonstrativen Gestus. Für die in den USA so effektiven Einwendungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren, Referenda und gerichtlichen Klagen bot sich in Frankreich kein Ansatzpunkt. Lokale Referenda dienten lediglich als Stimmungsbarometer, aber hatten keine bindende Wirkung.

Noch entscheidender war, daß die Bewegung unter den etablierten politischen Kräften kaum Bündnispartner fand und somit weitgehend isoliert blieb. Von den Parteien unterstützten sie nur die relativ marginalen unabhängigen Sozialisten (PSU); alle übrigen Parteien einschließlich der kommunistischen und - weniger rigoros - der sozialistischen Partei hielten an der Atomenergie fest. Unter den Gewerkschaften nahm lediglich die sozialistische CFDT eine kritische, aber nicht prinzipiell ablehnende Haltung zur Atomenergie ein. Auch unter Technikern und Wissenschaftlern gab es kritische und ablehnende Stimmen, doch fehlte es an einer wirksamen und unabhängigen Organisation dieser Kreise. Fast alle Fachleute im Bereich der Atomenergie standen direkt oder indirekt im Dienste des Staates und konnten sich kaum eine radikal ablehnende Position leisten, ohne Sanktionen zu riskieren. Selbst die ohnehin nicht sehr starken Natur- und Umweltschutzverbände nahmen nur zögernd eine kritische oder ablehnende Haltung zur Atomenergie ein.

Eine besondere Schwierigkeit der Problematisierung der Atomenergie ergab sich zudem aus der ungünstigen Ressourcensituation des Landes. Frankreich ist nicht nur in hohem Maße von Energieimporten abhängig, sondern zugleich traditionell auf eine Politik nationaler Stärke und Unabhängigkeit bedacht. Dies gilt in ökonomischer wie in politisch-militärischer

Hinsicht. Hier erwies sich wiederum die in Frankreich besonders enge Verknüpfung von militärischer und ziviler Nutzung der Atomenergie als ein Hemmnis für die Entwicklung kritischer Positionen, zumal die atomare *force de frappe* bei den Eliten wie der breiten Bevölkerung fast ungeteilte Zustimmung fand. Der Begriff Atom war somit mit Stärke und Unabhängigkeit assoziiert; selbst punktuelle Kritik geriet leicht in den Verdacht, an der Stellung der Nation rütteln zu wollen. Die kulturelle Resonanz für die Problematisierung der Atomenergie war gering. Die Anti-Atomkraftbewegung erschien als eine Bewegung von politischen und fachlichen Außenseitern, die sich gegen einen fast monolithischen Block der gesamten etablierten Politik und namentlich die politischen, administrativen und technischen Eliten stemmte. Im besonderen Fall der Atompolitik kam hinzu, daß die in anderen Ländern meist verstreuten Zuständigkeiten und Kompetenzen in der Hand des hochgradig zentralisierten Staates verblieben. Dies betrifft die wissenschaftlich-technische Seite, den politisch-administrativen Entscheidungs- und Implementationsapparat, die Atomindustrie und das monopolistische Energieversorgungsunternehmen. Die Formulierung eines Vertreters des staatlichen Energieversorgungsunternehmens EDF bringt dies auf den Punkt: "Ein Staat, eine Regierung, eine Elektrizitätsgesellschaft, ein CEA (Atombehörde, D.R.), ein Produzent - das macht die Dinge einfacher." (Timbal-Duclaux 1982: 25). Bei einer überwiegend staatseigenen bzw. staatlich kontrollierten Atomwirtschaft wäre zudem ein Ausstieg aus der Atomenergie mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze verbunden. Ein solcher Verlust würde jedoch direkt der Regierung angelastet und erschiene zumal unter den Bedingungen einer ohnehin relativ hohen Arbeitslosigkeit politisch nicht opportun.

Diese Gesamtlage wirkte höchst entmutigend für das zahlenmäßig durchaus beachtliche Mobilisierungspotential der Anti-Atomkraftbewegung Frankreichs. Nur an wenigen Standorten entfaltete die Bewegung genügend kritische Masse, um eine Sog- und Verstärkerwirkung auf breitere Bevölkerungskreise auszuüben, wobei hier als zusätzlicher Mobilisierungsfaktor eine traditionell kritische Haltung gegen die "innere Kolonialisierung" durch den französischen Zentralstaat zur Geltung kam. Die starke und geschlossene Exekutivgewalt konnte jedoch in fast allen Fällen selbst vehementen lokalen Widerstand brechen, wobei eine Politik von Zuckerbrot (Infrastrukturhilfen für Standortgemeinden) und Peitsche (Ausschöpfung legaler Zentralgewalt und rigoroser Einsatz von Polizei) sich als besonders wirksam erwies.

Unter diesen Bedingungen wurde der Widerstand gegen die Atomenergie weitgehend auf die Straße abgedrängt, während die in anderen Ländern teil-

weise effektiv nutzbaren Foren - Parlamente (auch auf der Ebene von Gliedstaaten), Gerichte, Anhörungen, Referenda, Sachverständigenkommissionen, Massenmedien - von den Atomkraftgegnern kaum in Anspruch genommen werden konnten. Zudem fehlte es an einzelnen unterstützenden Ereignissen, die eine Mobilisierung hätten beflügeln können: Erfolgserlebnisse blieben aus oder kamen zu spät; die mit Abstand größte Massenmobilisierung endete mit einem Desaster, so daß selbst der Tod eines Demonstranten in der öffentlichen Deutung als "selbstverschuldet" erschien; grössere technische Pannen und politische Skandale fehlten bzw. wurden unter dem Mantel einer restriktiven Informationspolitik verborgen; selbst die Unfälle von Three Mile Island und Tschernobyl hatten keine Verstärkerwirkung auf die Proteste.

Zudem schien die in den USA so wichtige ökonomische Seite der Atomenergie in Frankreich keine wunde Flanke zu bieten. Im Gegenteil. Die Promotoren der Atomenergie wurden nicht müde, die Kostenvorteile dieser Energieform zu betonen. Tatsächlich kommt die Stromerzeugung durch Atomenergie in Frankreich aus verschiedenen Gründen billiger als in den meisten vergleichbaren Ländern. Zum ersten wurde früh mit standardisierten und großen Baureihen begonnen, was die Entwicklungs- und Herstellungskosten in Grenzen hält. Zum zweiten, und damit zusammenhängend, gelang es, die Bau- und Genehmigungszeiten relativ kurz zu halten, was lange und unproduktive Kapitalbindungen vermeiden half. Gleichwohl beruhen Behauptungen des vorgeblich billigen Atomstroms in Frankreich teilweise auf Milchmädchenrechnungen, da erhebliche Kostenfaktoren ausgeklammert bleiben.¹¹

Unter den Bedingungen einer insgesamt ungünstigen Kontextstruktur, einer schwachen Mobilisierungsstruktur, fehlender oder unbedeutender Bündnispartner, der Unzugänglichkeit bestimmter Konfliktforen, keine Resonanz findender kontingenter Ereignisse und schließlich negativer, entmutigender Zwischenergebnisse des Konflikts war die Niederlage der französischen Anti-Atomkraftbewegung überdeterminiert. Praktisch alle Faktoren wirkten zum Nachteil der Bewegung. Durchaus beachtliche Mobilisierungen konnten diese ungünstigen Bedingungen nicht wettmachen.

¹¹ In Preisvergleichen mit konventionellen Energieträgern fehlen - ganz oder teilweise - erhebliche Faktoren wie die staatlichen Vorleistungen für Forschung und Entwicklung, offene und verdeckte Subventionen für das staatliche Energieversorgungsunternehmen und die Nuklearindustrie, Kosten für die Überkapazitäten und vor allem die anstehenden Ausgaben für den Abriß von Atomkraftwerken und den langfristigen Einschluß atomarer Abfälle. Gerade der letztgenannte Faktor ist gegenwärtig auch nicht annähernd in seiner langfristigen Tragweite zu bilanzieren und scheint notorisch unterschätzt zu werden.

10.3.2 Wirkungsfaktoren im Vergleich beider Konfliktfälle

Hinsichtlich ihrer Sachstruktur haben der Abtreibungs- und der Atomkonflikt nichts miteinander zu tun. Will man dennoch die jeweils erreichten Politikergebnisse und deren Einflußfaktoren vergleichen, so kann dies nur unter einem abstrakteren Blickwinkel geschehen. Dabei zeigen sich auf der Erscheinungsebene neben erwartbaren Unterschieden auch einige Gemeinsamkeiten. Entsprechend ist sowohl von der Existenz themenspezifischer als auch themenübergreifender, für beide Konfliktfälle geltender Wirkungsfaktoren auszugehen, die im folgenden getrennt bilanziert werden.

1. Eine erste wichtige Differenz beider Konflikte ergibt sich aus den Eigenheiten ihrer jeweiligen Sachlogik. Mit der Abtreibungsfrage wird ein bereits seit Jahrtausenden währender Streit aufgeworfen, der im wesentlichen moralischer Natur ist. Um hier Partei zu ergreifen, bedarf es im Grunde keiner besonderen Fachkenntnis. Es geht um eine Abwägung konfligierender immaterieller Rechtsgüter, die individuell zurechenbar sind. Von der Abtreibung selbst sind unmittelbar nur die Schwangere, der Fötus und allenfalls beteiligte Ärzte und Ratgeber berührt. Wie immer der Konflikt rechtlich geregelt wird - es bleiben Ambivalenzen, die es vielleicht erlauben, von einer Befriedung des Konflikts zu sprechen, nicht aber von einer wirklichen Lösung des mit der Abtreibung verbundenen moralischen Dilemmas.

Dagegen stehen im Atomkonflikt einerseits forschungs- und technologiepolitische, energiewirtschaftliche, industrielle, arbeitsmarktpolitische und finanzielle Interessen auf dem Spiel; andererseits geht es neben spezifischen lokalen Betroffenheiten um generelle Schutzbedürfnisse, die potentiell die Existenz der gesamten Menschheit und damit ein in seinem Rang nicht überbietbares Kollektivgut berühren. Um über wirtschaftliche Notwendigkeit und technische Beherrschbarkeit der Atomenergie zu urteilen, bedarf es besonderer Sachkenntnisse, die niemand in einer Person vereinigen kann.¹² Die Regelung des Konflikts in Form der (reduzierten) Beibehaltung der Atomenergie oder des Ausstieg bzw. Verzichts hinterläßt kein moralisches Dilemma.

Diese Unterschiede beider Konflikttypen bringen auch unterschiedliche Akteure und Argumente ins Spiel. Erstens sind im Abtreibungskonflikt die Interessenkonstellationen und Kreis der Beteiligten relativ überschaubar; im Atomkonflikt besteht eher ein undurchsichtiges Gestrüpp von Interessen. Im Abtreibungskonflikt bilden - jenseits der Rechtslage - die individuelle Le-

¹² Mit aus diesem Grund konnte zunächst die Atomenergie eingeführt werden, ohne daß sich dagegen massiver Widerstand geregt hatte.

benssituation und das Gewissen die zentralen Orientierungsgrößen; im Atomkonflikt geht es um intersubjektives Wissen und kollektive Risiken.

Eine zweite wichtige Differenz besteht darin, daß - mit bedingt durch den Status eines moralischen Konflikts - die Auseinandersetzungen um die Abtreibung überwiegend durch die Dynamik von Bewegung und Gegenbewegung bestimmt waren, während der Staat eher die Rolle eines Dritten einnahm. Im Unterschied dazu bildete sich im Atomkonflikt keine ähnlich relevante Gegenbewegung. Die Widersacher der Anti-Atomkraftbewegung waren vielmehr im Staatsapparat selbst und in den Konzernzentralen zu finden. Offenkundig haben in diesem Fall politische Regimestrukturen einen größeren Einfluß auf das Ergebnis der Auseinandersetzung als im Abtreibungskonflikt. Hier liegt ein Grund dafür, daß im Atomkonflikt bei sehr unterschiedlichen Regimestrukturen in Frankreich und den USA auch konträre politische Resultate erzielt wurden, während sich im Abtreibungskonflikt eine größere Konvergenz der Policy-Ergebnisse zeigte.

Zum dritten erscheinen die Positionen beider Bewegungen im Hinblick auf die Modernisierungsfrage asymmetrisch. Die Befürworter der Abtreibung können überwiegend dem linken, progressiv-emanzipatorischen Lager zugerechnet und hinsichtlich des Kriteriums kultureller Rationalisierung als promodern eingestuft werden. Das zeigt sich nicht nur an der angestrebten Trennung von Politik und Moral sowie der Betonung der Selbstverantwortung der Frau als eines Aspekts von Ich-Zentrierung, sondern auch an den religiös-fundamentalistischen Positionen der Gegenseite. Im Unterschied dazu besetzten die Gegner der Atomenergie, obgleich politisch ebenfalls eher der Linken nahestehend, zunächst wertkonservative Positionen. Sie betonten die Verantwortung des Staates zum Schutz von Leben bzw. Gesundheit und stellten sich gegen die Hybris der Machbarkeit im Namen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. So gesehen scheint es sich um eine antimoderne Position innerhalb des Entwicklungsgangs technisch-industriellen Fortschritts zu handeln, die folgerichtig bei der Alten Linken (zunächst) auf wenig Verständnis stieß. Wenngleich diese Sichtweise entschieden zu kurz greift (siehe unten), so war sie doch insofern empirisch wirksam, als die Bewegung zur Liberalisierung der Abtreibung in der etablierten Linken von jeher einen Bündnispartner fand, während für die Anti-Atomkraftbewegung zunächst das Gegenteil galt.

2. Auf den ersten Blick weniger auffällig, aber gleichwohl vorhanden, sind einige naturgemäß eher formale Parallelen des Abtreibungs- und des Atomkonflikts, die Hinweise auf themenübergreifende Einflußfaktoren bieten.

Erstens handelte sich es in beiden Fällen um gesellschaftsweite Konflikte, die mit entschiedenem Engagement und hoher Leidenschaft ausgetragen wurden und nicht zufällig große Teile der Bevölkerung in ihren Bann zogen. Eine Erklärung dafür liegt in Art und Rang der verhandelten Interessen sowie der sozialen Reichweite der Entscheidungsmaterien, die zumindest potentiell die Lebensumstände vieler bzw. aller Menschen berühren. In beiden Konflikten ging es neben allem Besonderen um grundsätzliche Fragen: das Verhältnis von Bürger und Staat, die Macht organisierter Interessen und das advokatorische Engagement für hochrangige Rechtsgüter. Insoweit waren auch Staat und Öffentlichkeit im weitesten Sinne gefordert. Die Konflikte wurden in so gut wie alle denkbaren Foren politischer Auseinandersetzung getragen: Parlamente, Gerichte, Gutachterkommissionen, Interessenverbände, Massenmedien und Straßen.

Zweitens handelt es sich in beiden Fällen um Konflikte, die ungefähr im selben Zeitraum und - zumindest auf konfliktinitiiierender Seite - unter Beteiligung wahlverwandter Bewegungen stattfanden, welche den Status quo in Frage stellten. Die mobilisierenden Kerne der Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung und gegen die Atomenergie weisen ähnliche sozialstrukturelle Merkmale und eine partiell gemeinsame Hintergrundideologie auf. Es überwiegen linke und postmaterialistische Orientierungen, ein partizipatorisches Politikverständnis und Werte der Selbstentfaltung. Jenseits der eng definierten Politikmaterie geht es in beiden Kampagnen auch um die Tiefenstruktur gesellschaftlicher Modernisierung.

Daß sich die Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung mehr oder weniger durchgesetzt haben, ist neben konkreten politischen Rahmenbedingungen wohl auch Ausdruck eines epochalen Trends, in dessen Verlauf Werte der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung in den verschiedensten Bereichen erhöhte Geltung erlangen. Historisch gesehen hatten diese Bewegungen somit Rückenwind, auch wenn sie mit starken Kräften der Beharrung konfrontiert waren. Klärungsbedürftiger ist dagegen die Frage, warum die Anti-Atomkraftbewegungen trotz ihrer "antimodernen", scheinbar gegen den Strom der Zeit gerichteten Position zumindest in den USA und der Bundesrepublik erfolgreich waren. Jenseits der oben vorgelegten Deutung, die vor allem die Unterschiede zum ganz anders gelagerten Fall Frankreich betont, scheint eine komplementäre Erklärung notwendig, die tiefer ansetzt. Sie muß die mit der Atomenergie zur Debatte stehenden Konflikte um allgemeine ökonomisch-politische Strukturen und Fortschrittskonzepte in Rechnung stellen.

So wie das Fließband den technisch-industriellen Fortschritt am Beginn der fordistischen Ära verkörperte, so steht die Atomenergie am Höhepunkt

und Ausklang dieser Phase. Aus der Perspektive des fordistischen Fortschrittsdenkens ist die in industriellem Maßstab eingesetzte Atomtechnik der Inbegriff großtechnischer Modernität und Leistungsfähigkeit. Freilich zeigten sich im Zuge der breiten Einführung dieser Technik alle damit verbundenen Kehrseiten: enormer Kapitalaufwand, Deckung finanzieller Risiken durch die öffentliche Hand, langfristig bindende und teilweise irreversible Entscheidungen, Verfilzung von Wirtschaftsbranchen und staatlichen Organen, Herausbildung zentralistischer Entscheidungsmechanismen bei gleichzeitiger Verflüchtigung von Verantwortung, Externalisierung von ökologischen Kosten, Störanfälligkeit und hohes Gefahrenpotential.

Vor dem Hintergrund zunehmender Technik- und Wachstumskritik rückte die Atomenergie in ein neues Licht. Sie erschien als Prototyp einer sich verselbständigenden, überkomplexen Technik, welche die Herrschaft über den Menschen antritt anstatt von ihm beherrscht zu werden. Die Atomenergie gleicht damit einem Dinosaurier: riesig und eindrucksvoll, aber den veränderten Umweltbedingungen nicht angepaßt und deshalb zum Aussterben verurteilt. Gemäß den nun in den Vordergrund tretenden Kriterien - Flexibilität, Dezentralität, Steigerung von Wirkungsgraden anstatt von Größenmaßstäben, Umwelt- und Sozialverträglichkeit - verkörpert die Atomenergie bereits ein veraltetes, eben unmodernes Technikmodell, das den heutigen gesellschaftlichen Strukturen im allgemeinen und neuen industriellen Produktionskonzepten im besonderen nicht mehr angemessen ist.¹³

Unter diesem neuen Blickwinkel erscheinen die Anti-Atomkraftbewegungen nicht länger als antimoderne Bewegungen. Sie haben vielmehr eine objektiv modernisierende Funktion, indem sie eine Dinosaurier-Technologie zurückdrängen halfen und anderen, "intelligenteren" Formen der Produktion und Nutzung von Energie den Weg bereiteten.¹⁴ So gesehen ist auch die Kontrastierung einer promodernen Abtreibungsbewegung und einer antimo-

¹³ Nicht zufällig gehen aktuelle Modernisierungsvorschläge der Atomindustrie genau in diese Richtung, indem kleine, effiziente und angeblich selbst in Siedlungsgebieten einsetzbare Reaktoren angepriesen werden.

¹⁴ Die Angemessenheit dieses Perspektivenwechsels gegenüber der Atomenergie zeigt sich auch in neueren Bewertungen des französischen Modells, das zunehmend als ökonomische und technologische Sackgasse erscheint. Zumindest längerfristig hat Frankreich von seinem bedingungslosen Engagement im Atomenergiebereich mehr Nachteile als Vorteile zu erwarten. Das wird weniger durch den Kurs der meisten übrigen Industrieländer indiziert (ein wichtige Ausnahme bildet Japan, das die Atomenergie stark ausbauen will), die in die Atomenergie nicht eingestiegen sind oder aussteigen wollen, als vielmehr durch andere Tatsachen: gerade die fortgeschrittenste Reaktorlinie ist auch in Frankreich gescheitert; das internationale Finanzkapital ist längst von der Atomenergie abgerückt; Frankreich konnte seine Ziele hinsichtlich des Exports von Nukleartechnik nicht verwirklichen und weist einen Rückstand im Bereich neuer Energietechnologien und der Energieeinsparung auf.

deren Anti-Atomkraftbewegung vordergründig. Löst man sich von der Sonderrolle der Atompolitik in Frankreich und behält die neueren Entwicklungstendenzen des Energiesektors in den meisten hochindustrialisierten Ländern im Auge, so spricht vieles für die These, daß nicht nur die Bewegungen zur Liberalisierung der Abtreibung, sondern auch die Anti-Atomkraftbewegungen in einem je spezifischen Sinne als promodern einzustufen sind. Während erstere bereits programmatisch einen solchen Kurs verfochten, traten die Anti-Atomkraftbewegungen primär als wertkonservative Kräfte auf und wurden teilweise auch als naiv und fortschrittsfeindlich denunziert. Ungeachtet ihrer jeweiligen Intentionen, die bei manchen Gruppen durchaus simplifizierende und ausgesprochen technikfeindliche Orientierungen einschlossen, erfüllten die Anti-Atomkraftbewegungen jedoch in technisch-ökonomischer Hinsicht eine objektiv modernisierende Funktion.

10.4 Zusammenfassung

Welche konzeptuellen und empirischen Lehren lassen sich aus der obigen Diskussion ziehen?

1. Daß stark kontrastierende *länderspezifische* Kontextstrukturen eines bewegungsinduzierten Konflikts zur Erklärung unterschiedlicher Policy-Ergebnisse beitragen (können), bedarf keiner besonderen Betonung. Allerdings sind diese Ergebnisse nicht unvermittelt ableitbar. Relativ invariante Kontextstrukturen, wie sie im Kapitel 7 behandelt wurden, definieren lediglich einen Möglichkeitshorizont, aber sie determinieren nicht Art und Umfang tatsächlicher Mobilisierungen und schon gar nicht die jeweiligen Policy-Resultate.

2. Ausgehend von dem hier dargestellten Befund phasenspezifischer Policy-Ergebnisse der Konflikte um Abtreibung und Atomenergie verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf *zeitspezifische* Ausprägungen bestimmter erklärender Variablen, für die relativ invariante gesellschaftliche Kontextstrukturen lediglich Hintergrundfaktoren bilden. Hierbei wurde ein Prozeßmodell vorgeschlagen, das die Bedeutung einer Gruppe von intervenierenden Variablen in Rechnung stellt. Hierzu zählen als Kernvariable Umfang und Art der manifesten Mobilisierungen innerhalb verschiedener Foren. Beeinflußt werden diese Mobilisierungen durch (a) die bewegungseigene Mobili-

sierungsstruktur, (b) die Stärke bzw. das Verhalten von Bündnispartnern und Gegnern sowie (c) kontingente Ereignisse.

3. Eine Pointe dieses Prozeßmodells besteht darin, daß es Zwischenergebnisse des Konflikts in Rechnung stellt, die ihrerseits eine wichtige Einflußgröße für die weitere Mobilisierung bilden (können). Bezogen auf die hier untersuchten Konflikte waren auch aus diesem Grund völlig gegensätzliche Dynamiken zu beobachten. So wurde beim Abtreibungskonflikt in den USA durch das erste Reformergebnis, das *eine* Konfliktpartei klar begünstigte, eine Gegenbewegung provoziert, welche ihrerseits eine Gegen-Gegenbewegung auf den Plan rief. Das Resultat war eine fortlaufende Eskalation des Konflikts. Im Unterschied dazu sorgten beim Atomkonflikt in Frankreich, wo der Staat den zentralen Widersacher der Bewegung bildete, fortlaufende Niederlagen der Anti-Atomkraftbewegung für eine demobilisierende Dynamik.

4. Im *Themenvergleich* wurde eine Reihe von sachlogischen Besonderheiten des Abtreibungs- und des Atomkonflikts hervorgehoben, ohne deren Berücksichtigung auch ein prozeßorientiertes Erklärungsmodell nicht auskommen kann. Gehaltvolle Analysen müssen von der Ebene thematisch breiter, oft mehrere Einzelthemen verfolgender Bewegungen zur Ebene bereichsspezifischer Teilbewegungen bzw. Kampagnen und deren besonderen Implikationen vorstoßen. Unter einem stärker formalen, vom konkreten Konflikthalt abstrahierenden Blickwinkel sind aber auch einige Gemeinsamkeiten beider Konflikte zu betonen. Insbesondere erwies sich der Gegensatz zwischen einer promodernen Bewegung der kulturellen Liberalisierung und einer antimodernen Bewegung gegen den technisch-industriellen Fortschritt als nur scheinbar. Tatsächlich hatten auch die Anti-Atomkraftbewegungen eine objektiv modernisierende Funktion.

5. Das Verhältnis von Protest und Reform ist differenziert zu beurteilen. Erstens bot die Untersuchung insbesondere am Beispiel des Abtreibungskonflikts bis zu den ersten Reformen die Bestätigung der landläufigen Vorstellung, daß nachhaltige Proteste unter demokratisch-pluralistischen Bedingungen Reformen hervorbringen. Umgekehrt lehrt jedoch das Beispiel des französischen Atomkonflikts, daß selbst massive Proteste erfolgreich kanalisiert und entschärft werden können, ohne dem Druck nachzugeben. Weiterhin offenbarte der Atomkonflikt in der Bundesrepublik, daß partielle Erfolge der Bewegung und reformistische Reaktionen der etablierten Politik auf Protest diesem nicht notwendig den Wind aus den Segeln nehmen, sondern ihn auch ungewollt beflügeln können. Schließlich zeigt der Abtreibungskonflikt in den USA, daß ein allzu glatter Sieg einer Konfliktpartei eine Konflikteskalation in Gang setzen kann. Dieser Sieg stimulierte eine machtvolle

Gegenbewegung, welche das Erreichte gefährdete und dadurch eine starke Gegen-Gegenbewegung mobilisierte.

6. Die Ergebnisse mahnen zu genereller Skepsis gegenüber breitflächigen, statischen und konfliktübergreifenden Deutungsangeboten. Eine Untersuchungsstrategie, die lediglich die strukturellen Ausgangsbedingungen und das Endresultat von Bewegungskonflikten bilanziert, aber Akteurskonstellationen und Konfliktodynamiken als *black box* behandelt, erscheint kurzsichtig und oberflächlich. Sie würde konzeptuell den Handlungsstatus kollektiver Akteure und den Einfluß kontingenter Ereignisse verleugnen und könnte damit die Illusion nähren, der politische Erfolg oder Mißerfolg von Bewegungen sei mit wissenschaftlichen Mitteln zu prognostizieren. Dafür geben weder die hier betrachteten Fälle noch die generellen Erfahrungen mit sozialwissenschaftlichen Prognosen Anhaltspunkte. Bewegungen bleiben in ihren Formen und Resultaten für Überraschungen gut. Eine anspruchsvolle, aber nicht vermessene Bewegungswissenschaft kann bestenfalls ex post erklären, wieviel davon wirklich überraschend war.

Schluß

Diese Studie suchte den Zusammenhang von Modernisierung und sozialen Bewegungen theoretisch und empirisch zu erhellen. Dabei ging es nicht um eine griffige These, die am Ende als bestätigt oder widerlegt gelten könnte. Vielmehr wurde das Leitthema auf mehreren, hierarchisch geordneten Ebenen abgehandelt, die von der Thematisierung sozialer Bewegungen in der Moderne bis hin zur vergleichenden Analyse konkreter Kampagnen reichten. Auf jeder Ebene rückten jeweils besondere Aspekte in der Vordergrund und wurden Anschlüsse an spezifische Teilstücke der Bewegungsforschung gesucht. Nachfolgend werden die Ergebnisse in komprimierter Form dargestellt.

1. Ausgehend von dem Befund, daß Modernisierungstheorien und Theorien sozialer Bewegungen kaum aufeinander bezogen sind und in ihrer wechselseitigen Isolierung spezifische Blindstellen aufweisen, zielte der theoretisch-konzeptionelle Teil dieser Arbeit auf die Verbindung beider Stränge (Kapitel 1). Das Fazit: Modernisierungsprozesse lassen sich nicht zureichend ohne die Wirkungen sozialer Bewegungen begreifen. Ebenso können Bewegungen nicht ohne Bezug auf ihren raum-zeitlichen Kontext verstanden werden. Um diesen zu erschließen, wurde als allgemeinste Folie ein historisch-systematisches Modernisierungskonzept vorgeschlagen, das fragwürdige Annahmen früherer Modernisierungstheorien zu vermeiden sucht - etwa bestimmte normative Implikationen, die Vorstellung einlinearer Entwicklung, die Inkompatibilität von traditionellen und modernen Strukturen und vor allem die Ausblendung der Rolle kollektiver Akteure einschließlich sozialer Bewegungen.

2. Grundbegrifflich wurde zwischen funktional integrierten Systemen (Funktionssystemen) und sozial integrierten Systemen (Kollektiven) unterschieden. Funktionssysteme sind primär umweltorientiert. Sie erbringen spezifische Leistungen für andere Systeme und strukturieren ihre Binnenbeziehungen entsprechend diesen Anforderungen. Die Grenzziehung zwischen System und Umwelt wird durch die jeweilige Systemfunktion und den Geltungsbereich daran gekoppelter Kommunikationsmedien (z.B. Macht oder Geld) gewährleistet. Den zentralen Koordinationsmechanismus für Außen- und Binnenbeziehungen bildet der Tausch von Gütern bzw. Leistungen (z.B. politische stabile Rahmenbedingungen gegen Investitionen; Geld ge-

gen Arbeitskraft). Die Koordination von Interaktionen erfolgt durch Organisation. Personen werden über weitgehend formalisierte Leistungsrollen in Funktionssysteme integriert. Anderen Systemen zugeordnete Rollen und persönliche Motive von Personen bleiben im jeweiligen Funktionssystem ausgeklammert.

Sozial integrierte Kollektive suchen ihre Binnenstruktur und möglicherweise auch ihre Umwelt nach eigenen Intentionen und Entwürfen zu gestalten. Die Grenzziehungen von Kollektiven beruhen auf Zuschreibungen eigener und fremder Identität und daran gekoppelter expressiver Formen. Rollen sind relativ informell. Die soziale Integration und die Koordination von Interaktionen beruhen auf Wertbindungen, die symbolisch abgesichert und bekräftigt werden. Auch systemexterne Rollen und persönliche Motive sind für die Position des einzelnen innerhalb des Kollektivs von Bedeutung.

Empirisch kommen Funktionssysteme kaum ohne stützende sozialintegrative Mechanismen aus. Ebenso bedürfen große und langlebige Kollektive bestimmter Mechanismen funktionaler Integration. System- und Handlungstheorie sind damit nicht exklusive, sondern komplementäre Instrumente zur Entschlüsselung von Sozialformationen. Abhängig von deren dominantem Integrationsmodus (System- oder Sozialintegration) und ihrer spezifischen Lagerung (Mikro-, Meso- oder Makroebene) entfalten jedoch System- und Handlungstheorie eine unterschiedliche heuristische Kraft.

3. In epochaler Perspektive zeigt sich, daß Geschichte einem entwicklungslogischen Prinzip folgt. Ausgehend von einem Nebeneinander mehrerer Hochkulturen setzten sich in globalem Maßstab - wenngleich mit Ungleichzeitigkeiten und Rückentwicklungen - Prinzipien und Mechanismen okzidentaler Modernisierung durch. Dieser Prozeß vollzog sich über relativ abrupte Entwicklungsschübe und längere Phasen nachfolgender Konsolidierung.

Modernisierung wurde als ein gerichteter Prozeß in zwei analytisch geschiedenen, aber aufeinander verweisender Dimensionen gefaßt: auf der Ebene von Gesellschaftsstruktur als Ausdifferenzierung und den davon abgeleiteten Aspekten der Rationalisierung und Autonomisierung von Teilsystemen; auf der Ebene von Persönlichkeit als Ich-Zentrierung und den davon abgeleiteten Aspekten von Staterwerb und Rollenflexibilisierung.

Auf beiden Ebenen werden im Modernisierungsprozeß fraglose Gewißheiten untergraben, Variabilitätsspielräume erhöht und selbstbezügliche Einwirkungsmöglichkeiten gesteigert. Das bedeutet auf der Ebene von Gesellschaft keineswegs, Geschichte ergäbe sich als intendiertes Ergebnis sozialer Gestaltung. Auch in modernen - oder besser: sich weiter modernisierenden - Gesellschaften vollzieht sich vieles "hinter dem Rücken der Akteu-

re", bleiben Veränderungen nur halbbewußt oder latent, erzeugen planvolle Eingriffe nicht intendierte Effekte und werden Absichten in ihr Gegenteil verkehrt. Unsere Gesellschaft ist somit weit davon entfernt, im Sinne von Alain Touraine "programmierte" Gesellschaft zu sein. (Analoges gilt für die Steuerung der Persönlichkeitsentwicklung, die der einzelne keineswegs "voll im Griff" hat.) Allerdings gibt es Momente der gezielten Einwirkung von Gesellschaft auf sich selbst. Dies gilt vor allem dann, wenn sich Gesellschaften als brüchig und krisenhaft erleben. In diesen Situationen kann sozialen Bewegungen eine Schlüsselfunktion als Motor gerichteten sozialen Wandels zukommen. Zumindest dann sind sie zentraler Agent des Prozesses, den Piotr Sztompka (1991: 167) als "social becoming, the making of society by society" bezeichnet hat.

4. Soziale Bewegungen sind hybride, zwischen informellen Kleingruppen und formellen Organisationen gelagerte Kollektive, die auf direktem oder indirektem Wege Gesellschaft gestalten wollen. Der Begriff soziale Bewegung bleibt damit definitorisch den Kräften vorbehalten, die auf soziale Ordnung insgesamt (oder zumindest auf einige von deren zentralen Elementen) zielen.

Aus dieser Bestimmung folgt, daß von sozialen Bewegungen im strikten Sinne des Wortes nur in der Moderne die Rede sein kann. Erst wenn Geschichte als machbar erlebt und wenn Protest nicht nur auf die Wiederherstellung einer verletzten traditionellen Ordnung zielt, können die Mächtigen ebenso wie ihre Herausforderer sich als Kräfte verstehen, die Gesellschaft nach ihren Absichten gestalten. Nur in der Moderne, in der die Welt erstmals ohne Götter vorstellbar wird, rücken Menschen zu wirklichen Agenten sozialen Wandels auf. Nur in der Moderne besteht die Chance, daß Bewegungen Gesellschaft bewegen.

5. Eine notwendig kursorisch bleibende Sichtung der Genese "großer" historischer Sozialbewegungen plausibilisierte die Annahme, Bewegungen dieser Art würden in massiven Modernisierungsschüben ausgelöst (Kapitel 2). Die Tragweite solcher Schübe bemißt sich vor allem daran, (a) ob gesellschaftliche "Tiefenstrukturen" berührt werden und (b) inwieweit Veränderungen in der ökonomischen, politischen und soziokulturellen Dimension zeitlich und funktional zusammenfallen. In dem Maße, wie diese Bedingungen vorliegen, besteht auch die Möglichkeit, daß soziale Umwälzungen durch Bewegungen initiiert und/oder verstärkt werden.

In ihrer Entstehungsphase sind soziale Bewegungen Vorkämpfer und Außenseiter in scharfem Gegenwind. Sie drohen ein eingespieltes, wenngleich prekär gewordenes Kräftegleichgewicht zu stören. Ihre Hochphase erreichen sie in der Regel erst nach den entscheidenden Durchbrüchen. Ni-

veau und Dauer solcher Kulminationsphasen dürften primär von externen Rahmenbedingungen und nur sekundär von bewegungsinternen Faktoren abhängen. Erst wenn soziale Bewegungen berechnete Aussichten auf Erfolg haben, gewinnen sie auch für größere, risikoscheuere Gruppen hinreichende Attraktivität. Im Zuge solcher Ausweitungs- und Konsolidierungsphasen ist es dann auch wahrscheinlich, daß sich im Sog großer Bewegungen inhaltlich affine Sekundärbewegungen bilden, die speziellere Anliegen aufgreifen. Zugleich ist mit dem Aufkommen von Gegenbewegungen zu rechnen, sofern deren Part nicht von der "Obrigkeit" übernommen wird.

6. Seit der Renaissance und Reformation als den entscheidenden Initialzündungen der Moderne sind lediglich zwei große promoderne Sozialbewegungen geschichtsmächtig geworden: der bürgerliche Liberalismus im Übergang vom Feudalismus zum liberalen Kapitalismus und die Arbeiterbewegung im Übergang zum organisierten Kapitalismus. Beide Bewegungen haben die Voraussetzungen unseres heutigen Gesellschaftstypus entscheidend geformt, ohne jedoch ihre radikalen Ziele ganz realisieren zu können. Das Ergebnis ihres Wirkens ist eine demokratisch legitimierte und rechtsstaatlich gebundene Ordnung. In dem Maße, wie sich die historische Mission des bürgerlichen Liberalismus und der Arbeiterbewegung erfüllt hat, erlahmte deren Dynamik als soziale Bewegungen.

7. Auf dem Boden des organisierten Kapitalismus vollzog sich ein weiterer Modernisierungsschub hin zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. In Reaktion darauf, aber auch als beschleunigender Faktor, entwickelte sich der Typus neuer sozialer Bewegungen innerhalb einer langgestreckten, verschiedene Einzelthemen übergreifenden Protestwelle (Kapitel 3). Sie begann mit dem Aufbruch der Neuen Linken in den 1960er Jahren, erreichte länder- und bewegungsspezifische Höhepunkte in den 1970er bzw. 1980er Jahren und klingt seit den letzten Jahren allmählich ab. Der Abschwung geht nicht notwendig einher mit einer Ausdünnung der Bewegungsinfrastruktur, vielleicht nicht einmal mit einem starken Rückgang der Protestaktivitäten. Unverkennbar ist jedoch das Abflauen der Bewegungsemphase am Ende der Welle aufgrund zweier Faktoren: (a) Zugeständnisse, Reform- und Lernprozesse in Politik und Gesellschaft, die sich als (Teil-) Erfolge der Bewegungen deuten lassen; (b) Konventionalisierungs- und Lernprozesse auf seiten der Bewegungen. Beide Faktoren hängen zusammen: "...ohne den Lernprozeß sozialer Bewegungen gibt es keinen Wandel der Gesellschaft" (Raschke 1985: 383). Im Ergebnis verliert sich die vormals scharfe Frontstellung zwischen Herausforderern und Herausgeforderten.

8. Ungeachtet ihrer konkreten Anliegen lassen sich die neuen sozialen Bewegungen auf einen abstrakten inhaltlichen Nenner bringen, der zugleich

ihre ambivalente Stellung zum Modernisierungsprozeß spiegelt. Einerseits verkörpern sie eine offensive Variante promoderner Bewegungen. Sie führen emanzipatorische Anliegen historischer Vorläufer weiter - namentlich das Recht auf politische Partizipation und Selbstentfaltung. Andererseits bedeuten sie eine defensive Wende gegen die Folgelasten einer auf die Spitze getriebenen, instrumentell verkürzten Modernisierung. Insoweit wurden neue soziale Bewegungen zu Recht in Zusammenhang mit Tendenzen der Entdifferenzierung genannt.¹ Das hat verschiedentlich zu dem Fehlschluß verleitet, die neuen sozialen Bewegungen pauschal als antimoderne Bewegungen zu klassifizieren. Dagegen spricht nicht nur ihre offensiv-emanzipatorische Komponente, sondern auch die Tatsache, daß ihre Kritik des Primats instrumenteller Vernunft bereits in den "ganzheitlichen" Entwürfen der Vorläuferbewegungen, dem bürgerlichen Idealismus und dem Frühsozialismus, angelegt war. Diese Haltung erscheint nur bei oberflächlicher Betrachtung als antimodern. Sie ist jedoch in dem Sinne "vernünftig", als sie umfassendere, durchaus mit dem ursprünglichen Aufklärungsprogramm vereinbare Bewertungskriterien gesellschaftlichen Fortschritts zur Geltung bringt.

9. Auch wenn die neuen sozialen Bewegungen in mancher Hinsicht am Programm des bürgerlichen Idealismus und des Frühsozialismus anknüpfen, so erreichen sie doch nicht die Eingriffstiefe ihrer Vorläufer. Gegenteilige Behauptungen² sind empirisch nicht gedeckt. Anders als ihre Vorläufer entstanden die neuen sozialen Bewegungen in einem Modernisierungsschub "dritter Ordnung", in dem weder der Übergang zu einer neuen Gesellschaftsformation (wie vom Feudalismus zum Kapitalismus) noch der Übergang zu einem neuen Gesellschaftstypus (wie vom liberalen zum organisierten Kapitalismus) auf der Tagesordnung steht. Die neuen sozialen Bewegungen kämpfen nicht gegen die gesellschaftliche Ordnung, die sie hervorgebracht hat; sie wenden sich weder frontal gegen die Moderne noch den Kapitalismus noch die Industriegesellschaft. Sie treiben diese Ordnung vielmehr auf eine höhere Entwicklungsstufe und beziehen sich zugleich kompensierend auf ihre negativen Auswüchse; sie sind damit - gewollt oder ungewollt - Erfüllungsgehilfe fortlaufender Modernisierungsprozesse. Diese Deutung widerspricht der von Berger/Berger/Kellner (1975) vertretenen

¹ Vgl. dazu Mehlich (1983), Joas (1990) und Luhmann (1991).

² Neben Touraine haben beispielsweise Evers/Szankay (1983: 24) diese Position vertreten: "Das, was mit den 'neuen sozialen Bewegungen' entsteht, entsteht als ein krisenhafter Wandlungs-, ja Mutationsprozeß nicht an den Rändern, sondern im Zentrum der entwickelten Industriegesellschaften. Dieser Prozeß ist dabei, den tiefsten Einschnitt in die historische Verfaßtheit unserer Gesellschaften seit der Entstehung der Arbeiterbewegungen hervorzubringen."

Auffassung, die neuen sozialen Bewegungen seien notwendig zum Scheitern verurteilte Gegner der Moderne; sie widerspricht aber auch der modischen Zäsurbehauptung von Theorien der Postmoderne³, in denen zuweilen neuen sozialen Bewegungen eine Schlüsselfunktion zugewiesen wird (Crook/Pakulski/Waters 1992).

10. Bei aller Heterogenität haben die neuen sozialen Bewegungen doch eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die zusammengenommen die Rede von einem eigenen Bewegungstypus rechtfertigen. Hierzu zählen (a) inhaltlich die bereits erwähnte Verbindung offensiver und defensiver Haltungen zum Modernisierungsprozeß bei gleichzeitigem Fehlen einer geschlossenen Ideologie, (b) sozialstrukturell die weitgehende Rekrutierung aus der neuen Mittelklasse, (c) organisatorisch die Neigung zu informellen Gruppen und lokaleren Netzwerken, (d) strategisch die reformistische Grundhaltung mit einer situationsspezifischen Bevorzugung legalistischer oder disruptiver Protestformen.

Die Selbstbezeichnung wie auch die externe Etikettierung als *neue* soziale Bewegungen sollten zunächst lediglich eine Distanz zur Arbeiterbewegung als *der* "klassischen" sozialen Bewegung zum Ausdruck bringen. Von der Arbeiterbewegung unterscheiden sich die neuen Bewegungen (a) inhaltlich durch die Abwesenheit einer geschlossenen, antibürgerlichen und anti-kapitalistischen Ideologie sowie einen veränderten, nicht mehr am "Maschinenmodell" orientierten Fortschrittsbegriff, (b) sozialstrukturell durch das weitgehende Fehlen von Arbeitern und Unterschichten in ihren Reihen, (c) organisatorisch durch die Abkehr von hierarchischen, Einordnung und Disziplin verlangenden Klassen- und Massenorganisationen, (d) strategisch durch den Verzicht auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und auf die Anwendung offener Gewalt. Gleichwohl bilden die neuen sozialen Bewegungen keineswegs eine klare Antithese zur Arbeiterbewegung, insofern sie deren emanzipatorische, demokratische und internationalistische Impulse aufgreifen und variieren.

Zwischen der Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen bildet die Neue Linke in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht eine Brücke. Einerseits war die Neue Linke noch zentralen Prämissen der Arbeiterbewegung verpflichtet: Klassenperspektive, revolutionäre Umgestaltung

³ Worin soll - bei nüchterner Betrachtung - der epochale Einschnitt bestehen, der unsere heutige Gesellschaft grundsätzlich von dem trennt, was sich an Grundstrukturen seit dem Beginn der Moderne herausgeschält hat? Angesichts der hohen Verbindlichkeit und Akzeptanz basaler Institutionen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, darunter die Anerkennung universalistischer Normen, parlamentarische Demokratie und Systeme sozialer Sicherung, fällt es schwer, außerhalb eines bestimmten philosophischen und intellektuellen Diskurses ein postmodernes "anything goes" auszumachen.

der Gesellschaft, Produktivismus, Vertrauen in die Fortschrittlichkeit von gesellschaftlicher Planung. Andererseits unterschied sie sich von der Arbeiterbewegung in der Betonung des "subjektiven Faktors", ihrem Anti-Autoritarismus, ihrer Prägung durch Mittelschichten, ihrer dezentralen Organisation und ihren meist symbolischen und zuweilen lustvollen Protestformen. Darin ging die Neue Linke den neuen sozialen Bewegungen voran.

11. Wenngleich die genannten Merkmale neuer sozialer Bewegungen im großen und ganzen in allen drei untersuchten Ländern nachgewiesen werden konnten, so zeigten sich bei näherer Analyse durchaus unterschiedliche nationale Profile dieser Bewegungsfamilie (Kapitel 4). Allerdings besteht in diesen Ländern ein weitgehend ähnliches Spektrum von Kernbewegungen. Hierunter nehmen die Frauenbewegung (Kapitel 5) und die Ökologiebewegung (Kapitel 6) eine zentrale Stellung ein. Zugleich verkörpern beide Bewegungen in ihren Grundintentionen den Doppelaspekt neuer sozialer Bewegungen: einerseits offensive promoderne Liberalisierung, andererseits defensive Folgenbegrenzung.

12. Im Ländervergleich konnten, über beide Einzelbewegungen hinweg, unterschiedliche, aber im Untersuchungszeitraum relativ stabile Mobilisierungsstrukturen nachgewiesen werden. In den USA dominiert das Interessengruppenmodell bei einer zugleich starken Ausprägung von Elementen des Graswurzelmodells; in Frankreich überwiegt das Parteienmodell; in der Bundesrepublik besteht ein relativ gleichgewichtiges Neben- und Miteinander von Elementen des Graswurzel-, Interessengruppen- und Parteienmodells. Hinsichtlich ihrer Infrastruktur und Mobilisierungsfähigkeit erwiesen sich die Frauen- und die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik als weitaus stärker als die entsprechenden Bewegungen in Frankreich. Die Bewegungen in den USA, für die nur bedingt vergleichbare Daten vorliegen, scheinen einen Platz dicht hinter der Bundesrepublik einzunehmen.

Im Vergleich beider Einzelbewegungen ergaben sich Unterschiede, die auf bewegungsspezifische Handlungslogiken zurückgeführt wurden. So tendieren Frauenbewegungen zu identitätsorientierten Politikformen und einer primär qualitativen Mobilisierung, Ökologiebewegungen zu strategieorientierten Politikformen und einer primär quantitativen Mobilisierung.

13. Innerhalb ihrer jeweiligen Politikfelder konnten die Frauenbewegungen und die Ökologiebewegungen nur einen Teil ihrer weitgesteckten Ziele erreichen. Sie teilen damit das Schicksal vieler Protestbewegungen.⁴ Ihr

⁴ Für die Bewegungen der 1960er Jahre bilanziert Clecak (1981: 525): "No major focus of Left dissent and protest in the 'sixties' - the black movement, the student movement, the New Left, the women's movement, the counterculture - fulfilled the impossible intentions of its most radical voices." Entgegen den optimistischen Einschätzungen mancher Autoren über die Effekte der neuen sozialen Bewegungen in der Bundes-

Einfluß auf politische Verfahren und Institutionen blieb bescheiden. Allerdings erzielten sie länderspezifisch unterschiedliche substantielle Policy-Effekte. Am gewichtigsten, wenngleich schwer kausal zurechenbar, dürfte die Wirkung der Bewegungen auf die politische Kultur sein. So haben sie zu einer erhöhten Problemsensibilität für einzelne Politikbereiche, zu institutioneller Flexibilisierung, zur stärkeren Verankerung demokratischer Werte, zur Normalisierung von Kritik und schließlich zu Veränderungen von Geschlechtsrollen und Lebensstilen beigetragen. In allen drei Wirkungsdimensionen war der Einfluß der Bewegungen in Frankreich deutlich geringer als in den USA und der Bundesrepublik.

14. Die erwähnten qualitativen und quantitativen Unterschiede der Mobilisierungsstrukturen von Frauen- und Ökologiebewegungen in den drei Ländern können im wesentlichen durch ein zunächst statisch gefaßtes Konzept von gesellschaftlichen Kontextstrukturen erklärt werden. Hierbei wurden neben politischen auch soziokulturelle Faktoren berücksichtigt (Kapitel 7). Sie erwiesen sich in ihrer Gesamtheit für die Entfaltung beider Bewegungen in der Bundesrepublik und in den USA als weitaus günstiger als in Frankreich. Das Konzept gesellschaftlicher Kontextstrukturen eignet sich allerdings nicht für die Erklärung der konkreten Entwicklungsdynamiken, wie sie für die Frauen- und Ökologiebewegungen nachgezeichnet wurden.

15. Für eine Beschreibung und Erklärung der dynamischen Aspekte von Bewegungen wurde aus pragmatischen Gründen der Untersuchungsgegenstand auf zwei thematisch klar geschnittene Konfliktfälle verengt, die zugleich Brennpunkte zentraler Kampagnen der Frauenbewegungen bzw. der Ökologiebewegungen bildeten: der Streit um die Liberalisierung der Abtreibung (Kapitel 8) und um die zivile Nutzung der Atomenergie (Kapitel 9). Auch wenn sich der systematische Erklärungsanspruch auf die länder-, zeit- und themenspezifischen Policy-Effekte beider Konflikte beschränkte, so sollte doch ein relativ detailliertes Bild der Hintergründe, Akteure, Mobilisierungen und Strategien gezeichnet werden. Dies geschah - ebenso wie bei der Analyse der Frauen- und Ökologiebewegungen - in der Annahme, daß die Kenntnis dieser Faktoren auch bei der Lösung der speziellen Erklärungsaufgabe hilfreich ist, zumal nicht a priori klar ist, in welchem Maße jeweils bewegungsinterne und bewegungsexterne Faktoren ins Spiel kommen.

16. Die Policy-Ergebnisse des Abtreibungs- und Atomkonflikts variieren im Länder-, Zeit- und Themenvergleich. Einem frühen und eindeutigen Erfolg der Bewegung zur Liberalisierung der Abtreibung in den USA folgte

republik (z.B. Burns/van der Will 1988) fällt auch die Bilanz von Roth (1994: 253) eher ernüchternd aus.

eine enorme Polarisierung der Konfliktparteien, wobei die Reformgegner Schritt für Schritt Terraingewinne erzielten, ohne die Reform im Prinzip rückgängig machen zu können. In Frankreich und der Bundesrepublik vermochten die Reformbewegungen in jeweils zwei Reformschritten Teilerfolge zu erringen, die jedoch auch nach dem zweiten Schritt nicht den Liberalitätsgrad der Reformregelung in den USA erreichen. Im Atomkonflikt steht mehr oder weniger eindeutigen Erfolgen der Anti-Atomkraftbewegungen in den USA und der Bundesrepublik eine glatte Niederlage in Frankreich gegenüber.

17. Die unterschiedlichen Policy-Ergebnisse können nicht allein durch den Grad der tatsächlichen Mobilisierung nach der Regel erklärt werden, je stärker die Bewegungsmobilisierung, desto größer der Policy-Effekt. Für diese Erklärungsaufgabe wurde vielmehr ein Prozeßmodell vorgeschlagen, das als intervenierende Variablen neben manifesten Mobilisierungen auch die Rolle relevanter Bezugsgruppen, die Wirkung kontingenter Ereignisse und die Zwischenresultate des Konflikts als zusätzliche Bedingungen des weiteren Konfliktverlaufs einbezieht (Kapitel 10). Erst die Berücksichtigung des Zusammenspiels dieser Faktoren lieferte eine plausible Erklärung von länder-, zeit- und themenspezifischen Policy-Wirkungen im Konflikt um die Abtreibung und die zivile Nutzung der Atomenergie.

18. Darüber hinaus offenbarte die Analyse beider Einzelkonflikte verschiedene Muster des Wechselspiels von Protest und Reform. Reformen vermochten auf den weiteren Konfliktverlauf eine pazifizierende Wirkung auszuüben (so beim Abtreibungskonflikt in Frankreich und der Bundesrepublik). Sie konnten aber auch die Reformbefürworter weiter ermutigen (so beim Atomkonflikt in den USA) oder eine massive Gegenbewegung provozieren (so beim Abtreibungskonflikt in den USA). Welches Muster sich durchsetzt, hängt unter anderem davon ab, (a) wie das Reformergebnis erzielt wurde (z.B. als ad hoc-Entscheidung oder Resultat eines mühsamen Ringens), (b) welche Zwischenresultate des Konflikts sich ergaben (z.B., ob sich eine Konfliktpartei eindeutig benachteiligt fühlte) und (c) ob konfliktdämpfende Mechanismen (z.B. *cross-pressures*, Dritte Parteien) zum Zuge kamen.

19. Frauen- und Ökologiebewegungen und die darin ein- bzw. angelaagerten Kampagnen zur Liberalisierung der Abtreibung und gegen die zivile Nutzung der Atomenergie hatten - gewollt oder ungewollt - modernisierende Funktionen im Sinne weiterer Systemdifferenzierung und Ich-Zentrierung.

Auf systemischer Ebene führten frauenspezifische Forderungen und die Sorge um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, obgleich histo-

risch keineswegs neu, erst mit der Entfaltung der neuen Frauenbewegungen und der Ökologiebewegungen zur Etablierung eigener Politikfelder. Damit kam es zu thematischen und institutionellen Ausdifferenzierungen. Innerhalb der neuen Felder von Frauenpolitik und Umweltpolitik vollzogen sich Prozesse systeminterner Rationalisierung in dem Sinne, daß eigene Maßstäbe der Steuerung bzw. Leistung entwickelt und zur Geltung gebracht wurden. Im Falle der Frauenpolitik sind dies vor allem formelle und materielle Gleichstellungskriterien (wie Quotierung und gleiche Löhne, aber auch Sprachkorrekturen), im Falle der Umweltpolitik Kriterien der Umweltverträglichkeit und der Ressourcenschonung. Diese Entwicklung ging einher mit politischen Autonomisierungsprozessen, die sich vor allem als institutionelle Stabilisierungen und damit Abgrenzungen gegenüber Zumutungen und Zugriffen aus anderen Bereichen vollzogen. Unter diesen Bedingungen lassen sich, um nur je ein Beispiel zu nennen, weder "Leichtlohngruppen" für Frauen noch der Verzicht auf aufwendige Filteranlagen für Schadstoffe mit dem Argument verteidigen, dies diene der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Analoge Differenzierungsprozesse ergaben sich in ökonomischer Hinsicht. Aus verstärkten Anstrengungen für den Umweltschutz erwachsen neue Marktsegmente (etwa Bioprodukte, ökologische Reparaturen). Ebenso manifestierte sich die Beachtung von Frauen in der Anerkennung ihrer Rolle als Konsumentinnen (etwa bei Frauenzeitschriften, Karriereberatung für Frauen). In soziokultureller Hinsicht schließlich differenzierten sich frauenspezifische und ökologische Diskurse heraus, in deren Licht systemische Prozesse hinsichtlich ihrer Nebeneffekte einer kritischen Bewertung unterzogen werden.

Auf der personalen Ebene beförderten beide Bewegungen in einer je spezifischen Weise fortlaufende Ich-Zentrierung. Besonders deutlich wird dies im Falle der Frauenbewegung, die ja nicht nur Gleichheitsrechte einklagte, sondern auch das Recht auf Differenz, Vielfalt von Lebensstilen und individuelle Selbstverwirklichung - und all dies ein Stück weit realisierte. In enger Verbindung damit steht die feministische Kritik am Biologismus und einem daraus abgeleiteten Status der Frau: "Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es." (Simone de Beauvoir) An die Stelle von Statuszuschreibung tritt Statuserwerb; (Geschlechts-) Rollen, Lebensformen, Karrieren und sexuelle Präferenzen werden hochgradig variabel. Für die Ökologiebewegung ist ein Zusammenhang mit Ich-Zentrierung und damit verbundenen Aspekten weniger eindeutig. Doch findet sich hier immerhin die Betonung des Werts von Kleinräumigkeit und Vielfalt, die Anerkennung der Plastizität von Bedürfnissen (bis hin zum "Konsumverzicht") und die Infragestellung eingelebter Verhaltensmuster.

Ähnlich lassen sich die näher untersuchten Kampagnen zur Liberalisierung der Abtreibung und gegen Atomenergie einordnen. Da es sich hier um eng geschnittene Konfliktthemen handelt, fällt auch der Beitrag zur systemischen Differenzierung schmaler aus. Gleichwohl gibt es dafür Anzeichen im Sinne einer Ausdifferenzierung, Rationalisierung und Autonomisierung von Reproduktionspolitik bzw. Energiepolitik. Auf der Ebene von Ich-Zentrierung kann namentlich der Verlauf des Abtreibungskonflikts modernisierungstheoretisch gedeutet werden. Langfristig spricht vieles dafür, daß sich auch in dieser Frage der epochale Trend einer Befreiung von kirchlicher und staatlicher Bevormundung durchsetzt. Die Berufsgrundlage hierfür bildet das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Ausgehend von Maßstäben einer anderen politischen Rationalität, die sich am "menschlichen Maß", an "sanfter Technik", an Erhöhung von "Lebensqualität", "Politik in erster Person" und "Selbstverwirklichung" orientierte, haben die Frauen- und Ökologiebewegungen - wie die neuen sozialen Bewegungen insgesamt - durch materielle, teils auch nur symbolische Effekte die Ordnung stabilisiert, die sie grundlegend zu verändern trachteten. In dieser Beziehung teilen sie das Schicksal der Arbeiterbewegung.

Nur die moderne Gesellschaft besitzt das Potential zu umfassender und systematisch betriebener Selbstreflexion. Erst wenn Gesellschaft als gestaltbar begriffen wird, macht sie sich selbst zum Gegenstand des Wissens und der Praxis. Sie kontrolliert die Wirkung ihrer Interventionen, registriert Abweichungen von der angestrebten Richtung, revidiert Ziele im Lichte von Erfahrungen und neuen Utopien. An allen diesen Prozessen hatten und haben soziale Bewegungen einen hervorragenden Anteil. Nichts spricht für die noch vor wenigen Jahrzehnten gehegte Vorstellung vom "technischen Staat" (Schelsky 1961), in dem Politiker lediglich vollziehen, was ihnen Wissenschaftler kraft besserer Einsicht als "Sachzwänge" anempfehlen. Allerdings spricht auch wenig für ein Entscheidungsmonopol der gewählten Fachpolitiker und ein Politikvermittlungsmonopol der Parteien. Soziale Bewegungen bleiben elementarer und vitaler Bestandteil des politischen Prozesses. Ihre Zahl, vielleicht sogar ihre Bedeutung hat in den letzten Jahrzehnten eher zu- als abgenommen (Neidhardt/Rucht 1993). So bescheiden auch die Problemlösungsfähigkeiten der meisten sozialen Bewegungen sein mögen, so wichtig ist doch ihre Thematisierungs- und Problematierungsleistung.

Mit den großen gesellschaftlichen Subsystemen teilen soziale Bewegungen die Fähigkeit zunehmender Selbstreflexion. Sie beobachten ihre Möglichkeiten und Wirkungen; sie beginnen sogar, das auf sie gerichtete Beobachtungssystem - die Bewegungswissenschaft - zu beobachten. Aber zugleich haben sie eine eigentümliche Querlage zu funktional spezifizierten gesellschaftlichen Teilsystemen. Darin gleichen sie Parteien und den Massenmedien - und darin unterscheiden sie sich von gesellschaftlichen Funktionssystemen wie der Wirtschaft oder der Kunst. Der Zuständigkeitsbereich von sozialen Bewegungen ist Gesellschaft schlechthin, selbst wenn sie sich an Einzelfragen der Wirtschaft, Naturerhaltung, Religion oder Sexualität entzünden mögen.

Doch aus dieser prinzipiell schrankenlosen Thematisierungskompetenz, die ja bornierte Perspektiven - etwa Problemverschiebungen an Stelle von Problemlösungen - überwinden könnte, ergibt sich nicht notwendig ein höheres Maß an Vernunft. Das zeigen totalitäre Bewegungen der Vergangenheit, aber auch fundamentalistische und rassistische Bewegungen der Gegenwart. Soziale Bewegungen haben keinen Grund, sich qua Formprinzip mit höheren Weihen zu versehen. Sie sind ein potentiell geschichtsmächtiger Akteur neben anderen, dem nicht a priori höhere Legitimität oder tiefere Einsicht zukommt. Damit verbietet sich der missionarische und besserwisserische Gestus, der Bewegungen so oft auszeichnet.

Verzeichnis der Abkürzungen

AEC	Atomic Energy Commission
AKW	Atomkraftwerk
ALI	American Law Institute
ANEA	Association nationale pour l'étude de l'avortement
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
AT	Les amis de la terre
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CEA	Commissariat à l'énergie atomique
CGT	Confédération générale de travail
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CFDT	Confédération française démocratique de travail
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EDF	Electricité de France
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EU	Europäische Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ERA	Equal Rights Amendment
FDP	Freie Demokratische Partei
FGDS	Fédération de la gauche démocrate et socialiste
FFSPN	Fédération française des sociétés de protection de la nature
GIS	Groupe Information-Santé
GSIEN	Groupement de scientifiques pour l'information sur l'énergie nucléaire
GWe	Gigawatt elektrisch
IVG	Interruption volontaire de grossesse
JCAE	Joint Committee on Atomic Energy
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MFPF	Mouvement français pour le planning familial
MLA	Mouvement pour la liberté de l'avortement
MLAC	Mouvement de libération de l'avortement et de la contraception
MLF	Mouvement pour la libération des femmes
MWe	Megawatt elektrisch
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NOW	National Organization for Women
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PC	Parti communiste
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus

PS	Parti socialiste
PSU	Parti socialiste unifié
RPR	Rassemblement pour la république
SKE	Steinkohleeinheiten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
UCS	Union of Concerned Scientists
UFV	Unabhängiger Frauenverband
UN	Vereinte Nationen
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WWF	World Wide Fund for Nature

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1.1	Sequenzen des okzidentalen Modernisierungsprozesses	66
Tab. 1.2	Typologie sozialer Bewegungen	84
Tab. 2.1	Klassifikation historischer Sozialbewegungen im Modernisierungsprozeß	125
Tab. 3.1	Gegenüberstellung relevanter progressiver Bewegungen	151
Tab. 4.1	Typologie von Bewegungsfamilien	160
Tab. 4.2	Relative Stärke von Bewegungsfamilien im Ländervergleich	165
Tab. 4.3	Verteilung von Protestaktionen nach einzelnen neuen sozialen Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	167
Tab. 4.4	Teilnehmerzahlen an Protestaktionen (pro Million Einwohner) neuer sozialer Bewegungen in vier Ländern, 1975-1989	168
Tab. 4.5	Unterstützer und Sympathisanten neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, Durchschnitte 1982-1989	169
Tab. 4.6	Stärke neuer sozialer Bewegungen im Ländervergleich	172
Tab. 4.7	Aktionsformen neuer sozialer Bewegungen im Länder- vergleich, 1975-1989	178
Tab. 4.8	Entwicklung von Aktionsformen neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	181
Tab. 5.1	Strukturdaten zu ausgewählten Frauenrechtsorganisationen in den USA, 1974-1989	205
Tab. 5.2	Autonome Frauengruppen in der Bundesrepublik (West) um 1990	212
Tab. 5.3	Zahl der Protestereignisse und Teilnehmerinnenzahlen der Frauenbewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	218

Tab. 5.4	Aktionsformen der Frauenbewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	220
Tab. 6.1	Ideologische Orientierung der Unterstützer und Gegner der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1982-1989	250
Tab. 6.2	Frauenanteil der Unterstützer, Sympathisanten und Gegner der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1982-1989	251
Tab. 6.3	Altersverteilung der Unterstützer der Ökologiebewegung in Deutschland und Frankreich, 1982-1989	252
Tab. 6.4	Bildungsstand der Unterstützer und Gegner der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1982-1989 ..	253
Tab. 6.5	Zusammengefaßte Mitgliederzahlen von nationalen Lobby-Organisationen des Natur- und Umweltschutzes in den USA, 1960-1990 (in Tausend)	255
Tab. 6.6	Nicht lobbyistische Umweltorganisationen in den USA, 1990	256
Tab. 6.7	Strukturdaten zu ausgewählten Organisationen des Natur- und Umweltschutzes in der Bundesrepublik (West), 1985 und 1992	265
Tab. 6.8	Mitgliedschaft in Naturschutzorganisationen und Bürgerinitiativen für den Umweltschutz in den USA und der Bundesrepublik, 1982	268
Tab. 6.9	Aktionsformen ökologischer Proteste in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	274
Tab. 6.10	Einstellung zu ökologischen Gruppierungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1977	278
Tab. 6.11	Wahrnehmung des Beitrags verschiedener Gruppen/Institutionen zur Lösung von Umweltproblemen in den USA und in der Bundesrepublik, 1982	279
Tab. 6.12	Wichtigkeit des Umweltproblems in Frankreich und der Bundesrepublik, 1976-1989	281
Tab. 6.13	Wahrnehmung von Umweltproblemen in den USA und der Bundesrepublik, 1980 und 1982	282
Tab. 7.1	Political Opportunity Structures nach Kitschelt	300
Tab. 7.2	Die Kontextbedingungen neuer sozialer Bewegungen im Ländervergleich	321
Tab. 8.1	Schwangerschaftsabbrüche nach Indikationen in der Bundesrepublik (West) in Prozent, 1980-1990	383
Tab. 8.2	Zahl der Protestteilnehmer pro und contra Liberalisierung an den jeweils größten nationalen Demonstrationen seit 1970 im Ländervergleich	394
Tab. 8.3	Verteilung der Protestaktionen für und gegen die Liberalisierung der Abtreibung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1970-1992	395

Tab. 8.4	Träger von Protestaktionen im Abtreibungskonflikt im Ländervergleich, 1970-1992	396
Tab. 8.5	Spezielle Organisationen pro und contra Abtreibung im Ländervergleich (frühe 1990er Jahre)	397
Tab. 8.6	Die Abtreibungsregelungen im Ländervergleich	400
Tab. 9.1	Teilnehmerzahlen der zehn größten Einzeldemonstrationen der Anti-Atomkraftbewegungen in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik, 1970-1992	459
Tab. 9.2	Aktionsformen der Anti-Atomkraftbewegungen in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik, 1970-1992	461
Tab. 9.3	Geplanter Ausbau der Atomenergie um 1974/75 für das Jahr 1985 im Ländervergleich	465
Tab. 9.4	Stand der kommerziell genutzten Atomenergie im Ländervergleich, 1991	467
Tab. 9.5	Zuwachs atomarer Reaktorkapazitäten im Ländervergleich, 1970-1990	468
Tab. 9.6	Ausbaupläne der Atomenergie (um 1980/81) für 1995 und erwartbare Realisierungsquoten	470
Tab. 9.7	Ausbau der Atomenergie im Ländervergleich, 1992	471
Tab. 10.1	Policy-Ergebnisse des Abtreibungskonflikts im Länder- und Zeitvergleich	476
Tab. 10.2	Policy-Ergebnisse des Atomkonflikts im Länder- und Zeitvergleich	477

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1.1	Die Eignung von Handlungs- und Systemtheorie für verschiedene Sozialformationen	48
Abb. 4.1	Proteste neuer sozialer Bewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1968-1989	180
Abb. 4.2	Teilnehmer an Protestereignissen neuer sozialer Bewe- gungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989 ..	180
Abb. 5.1	Teilnehmer/innen an Protesten der Frauenbewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	219
Abb. 6.1	Mitgliederentwicklung ausgewählter Großorganisationen des Umweltschutzes in der Bundesrepublik, 1975-1992	266
Abb. 6.2	Entwicklung der Proteste der Ökologiebewegung in Frankreich und der Bundesrepublik, 1975-1989	273
Abb. 6.3	Teilnehmer an Protesten der Ökologiebewegung in Frankreich und in der Bundesrepublik, 1975-1989	273
Abb. 7.1	Erklärungsmodell für (stabile) länderspezifische Mobilisierungsstrukturen neuer sozialer Bewegungen	312

Abb. 8.1	Aktionen der Gegner und Befürworter der Abtreibung in den USA, 1973-1988	339
Abb. 8.2	Direkte Aktionen gegen Abtreibung in den USA, 1984-1992	341
Abb. 8.3	Teilnehmer/innen am jährlichen "Marsch für das Leben" in Washington, D.C., 1974-1992	342
Abb. 8.4	Entwicklung der registrierten Abtreibungen in den USA, 1973-1988	347
Abb. 8.5	Entwicklung der legalen Abtreibungen in Frankreich, 1975-1989	364
Abb. 8.6	Aktionen für und gegen Abtreibung in Frankreich, 1970-1992	367
Abb. 8.7	Teilnehmer/innen an Aktionen für und gegen Abtreibung in Frankreich, 1970-1990	367
Abb. 8.8	Die Entwicklung legaler Abtreibungen in der Bundesrepublik (West), 1977-1991	382
Abb. 8.9	Aktionen für und gegen Abtreibung in der Bundesrepublik, 1969-1992	389
Abb. 8.10	Teilnehmer/innen an Aktionen für und gegen Abtreibung in der Bundesrepublik, 1969-1992	389
Abb. 9.1	Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in den USA, 1965-1990	418
Abb. 9.2	Legale und illegale Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich, 1970-1992	438
Abb. 9.3	Entwicklung von Teilnehmerzahlen der Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich, 1970-1992	438
Abb. 9.4	Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Frankreich, 1965-1989	440
Abb. 9.5	Jährliche Bestellung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik, 1966-1989	445
Abb. 9.6	Legale und illegale Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik, 1967-1992	452
Abb. 9.7	Teilnehmer an legalen und illegalen Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung in der Bundesrepublik, 1970-1992	452
Abb. 9.8	Entwicklung von Protesten der Anti-Atomkraftbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1967-1992	460
Abb. 9.9	Entwicklung von Teilnehmerzahlen an Protesten der Anti-Atomkraftbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik, 1967-1992	460
Abb. 9.10	Entwicklung atomarer Reaktorkapazitäten im Ländervergleich, 1965-1991	464
Abb. 10.1	Ein Prozeßmodell zur Erklärung von Policy-Wirkungen Protestbewegungen	482

Anhang A: Liste der Interviews

Die nachfolgende Liste enthält ausschließlich die Interviews, die in den Jahren 1991 und 1992 mit Aktivisten und Beobachtern neuer sozialer Bewegungen in den USA und Frankreich anhand eines groben Leitfadens durchgeführt wurden. Frühere Interviews in diesen Ländern sowie sowie zahlreiche Gespräche mit deutschen Partnern werden hier nicht aufgelistet. Schwerpunkte der Interviews waren die politische Biographie und derzeitige Tätigkeit des oder der Befragten sowie die Einschätzung einer oder mehrerer Bewegungen im jeweiligen Land.

1. Interviews USA

1. James W. Abernathy, Washington. 2. Ron Amanzade, Minneapolis. 3. Tom Athanasiou, San Francisco. 4. Ken Baer, New York. 5. Rosalind Baxandall, New York. 6. Perry Chang, New York. 7. Tom Cooper, Oakland. 8. Hilary Dick, Washington. 9. Jim Ennis, Cambridge. 10. Barbara Epstein, San Francisco. 11. Sara Evans, Minneapolis. 12. Maureen Dolen, Chicago. 13. Janice Fine, Boston. 14. Jerry Finn, Phoenix. 15. Michael Flynn, Chicago. 16. William Gamson, Boston. 17. Roberta Garner, Chicago. 18. Joyce Gelb, New York. 19. Todd Gitlin, Berkeley. 20. Richard D. Glasow, Washington. 21. Crystal Gray und Ben Lomand, Santa Cruz). 22. Kevin Greene, Chicago. 23. Heidi Hartmann, Washington. 24. David Hartsough, San Francisco. 25. Richard Healey, Washington. 26. Roger Herried, San Francisco. 27. Steven Hilgartner, New York. 28. Jim Jasper, New York. 29. Mary Katzenstein, Ithaca. 30. Sharon Kurtz, Boston. 31. Jim Lane, New York. 32. John E. Martinson, Minneapolis. 33. Sam Marullo, Washington. 34. Doug McAdam, Tucson. 35. David Meyer, Boston. 36. David Moberg, Chicago. 37. Kelly Moore, Tucson. 38. Aldon Morris, Evanston. 39. Carol Mueller, Phoenix. 40. Ken Nicholls, Washington. 41. Jim O'Keefe, Washington. 42. Robbi Osmann, Oakland. 43. Sue Parrington, Chicago. 44. Jo Patton, Chicago. 45. Caroline Ravenburger. 46. Frances Fox Piven, New York. 47. Mary Pat Rouse, Ithaca. 48. Charlotte Ryan, Boston. 49. J.A. Savage, Berkeley. 50. Kurt Seaberg, Minneapolis. 51. Patricia Spakes, Phoenix. 52. Steve Stallone, Berkeley. 53. Beth Stein, Washington. 54. Sidney Tarrow, Ithaca. 55. Dale Turner, Tucson. 56. Mike Whelan, Minneapolis. 57. Stacey Young, Ithaca.

2. Interviews Frankreich

58. Dominique Allan Michaud, Paris. 59. Raymond Avrillier, Grenoble. 60. Roger Belbéoch, Paris. 61. Michel Bernard, Lyon. 62. Monique Bertrand, Lyon. 63. Phi-

lippe Blancher, Lyon. 64. Jean Brière, Lyon. 65. Françoise Bossu, Paris. 66. Daniel Boy, Paris. 67. Gilles Buna, Lyon. 68. Marie France Casalis und Catherine Gros, Paris. 69. Christian Debackère, Paris. 70. Najia Dridi, Lyon. 71. Nicole Eizner, Nanterre. 72. Jeanne Fagnani, Paris. 73. Vincent Fristot, Grenoble. 74. Hubert Guicharousse, Colombes. 75. Jean Jonot, Grenoble. 76. Didier Lapeyronnie, Paris. 77. Thomas Lesay, Paris. 78. Bernard Kaloara, Neuilly. 79. Marlène Kanas, Paris. 80. Monika Klüpfel, Grenoble. 81. Catherine Morice, Paris. 82. Annie de Palma, Grenoble. 83. Agnès Roche, Paris. 84. Philippe Roqueplo, Paris. 85. Mycle Schneider, Paris. 86. Alain Touraine, Paris. 87. Jean-Jacques Tournan, Grenoble. 88. Bruno Veillet, Grenoble. 89. Pierre Vexliard, Seyssins. 90. Michel Wieviorka, Paris.

Anhang B: Erhebung von Protestereignissen

Die im Text verwendeten Daten zu Protestereignissen beruhen auf folgenden Erhebungen, die sich zum Teil auf unterschiedliche Quellen, Zeiträume, Themenbereiche und Kategoriensysteme beziehen:

(1) eine Erhebung im Rahmen eines von Hanspeter Kriesi (Universität Genf) geleiteten ländervergleichenden Forschungsprojekts (Mitarbeiter: Jan Willem Duyvendak, Ruud Koopmans und Marco G. Giugni),

(2) eine eigene, noch unvollständige Erhebung von Protestereignisdaten zum Konflikt um Abtreibung und Atomenergie in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik,

(3) eine Erhebung von Jocelyn A. Hollander (University of Washington) zu Protestereignissen im Rahmen des Abtreibungskonflikts in den USA.

Nachfolgend werden einige zentrale Informationen zu Datengrundlage, Untersuchungskategorien und Methode nach einem einheitlichen Schema festgehalten, sofern sie für die in dieser Studie verwendeten Daten von Bedeutung sind.

1. Protestereignisdaten von Kriesi et al.

a. *Gegenstandsbereich*: Proteste von sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz; schwerpunktmäßig für den Zeitraum von 1975-1989 (für die Niederlande und die Bundesrepublik auch für 1965-1974, jedoch auf selektiverer Stichprobe).

b. *Quellen und Sampling*: Pro Land eine landesweit vertriebene Tageszeitung (Frankreich: Le Monde; Bundesrepublik: Frankfurter Rundschau). Es wurden nur Berichte aus den Montagsausgaben codiert.

c. *Zentrale Analyseeinheit*: Protestereignisse (protest events), schwerpunktmäßig "politically motivated unconventional actions" für fünf neue soziale Bewegungen (Frieden, Ökologie, Solidarität, Hausbesetzer, Schwule); auch "conventional events", sofern sie auf eines der Ziele dieser Bewegungen gerichtet waren und von einer Gruppe/Organisation dieser Bewegungen initiiert wurden.

d. *Kategorien/Variablen*: 14 Variablen (Datum des Ereignisses, Dauer, Ort, Bezugsebene, Ziel, Aktionsform, Teilnehmerzahl, unterstützende Organisation, Reaktionen von staatlichen Stellen oder Polizei, Zahl der Verletzten, institutionalisiertes Ereignis, Issue-Kampagne, Aktions-Kampagne, Zahl der Teilaktionen des Ereignisses).

e. *Ausprägungen Aktionsform*:

(1) conventional: Diese Kategorie umfaßt im wesentlichen juristische Klagen, Lobbying, Teilnahme an Hearings sowie direkte und medial vermittelte Informationen an die Öffentlichkeit,

(2) direct-democratic: Volksbegehren und Referenda;

- (3) demonstrative: unter anderem Petitionen, Protestmärsche, Kundgebungen, Geldsammlungen, spielerische bzw. friedliche symbolische Aktionen,
- (4) confrontational: legale Formen (z.B. Boykott, Streik, politischer Selbstmord, legale symbolische Aktionen) und illegale, nicht-gewalttätige Formen (z.B. Steuerboykott, Blockaden, Platzbesetzungen, Störungen von Versammlungen, Bombendrohungen, symbolische Gewalt),
- (5) violence: leichte Gewalt (z.B. geringe Sachbeschädigung, Diebstahl) und schwere Gewalt (z.B. Brandanschläge, Bombenanschläge, Sabotage, physische Gewalt gegen Personen).
- e. *Weiterführende Literatur* zum Erhebungsverfahren: Koopmans (1992) und Duyvendak (1992).

2. Protestereignisdaten von Rucht

a. *Gegenstandsbereich*: Protestereignisse im Zusammenhang mit den Konflikten zur Abtreibung und Atomenergie in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik (West) im Zeitraum von 1970 bis 1992.

b. *Quellen*:

(1) Zum Abtreibungskonflikt

USA: vorerst unvollständige und unsystematische Erhebung auf Basis eines eigenen Schnittarchivs (vor allem die tageszeitung, Die Zeit, Spiegel sowie - höchst selektiv - New York Times und Washington Post).

Frankreich: Schnittarchiv der Fondation National des Sciences Politiques (Paris), das auf einer Auswertung der großen Tageszeitungen und einer Wochenzeitung beruht (insbesondere Le Monde, Le Figaro, La Croix, L'Humanité, L'Express).

Bundesrepublik: eigenes Schnittarchiv (die tageszeitung, Die Zeit, Der Spiegel, unsystematisch: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau); ehemaliges Pressearchiv der Humboldt-Universität zu Berlin;

für alle drei Länder: wissenschaftliche Literatur.

(2) Zum Atomkonflikt

USA: vorerst unvollständige und unsystematische Erhebung auf Basis eines eigenen Schnittarchivs (vor allem die tageszeitung, Die Zeit, Spiegel sowie - höchst selektiv - New York Times und Washington Post);

Frankreich: eigenes Schnittarchiv (die tageszeitung, Die Zeit, Der Spiegel; sehr unvollständig: Le Monde);

Bundesrepublik: eigenes Schnittarchiv (die tageszeitung, Die Zeit, Der Spiegel; vollständig: Atom, Atomexpress); unsystematisch: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau);

für alle drei Länder: wissenschaftliche Literatur.

c. *Zentrale Analyseeinheit*: Protestereignis, definiert als eine öffentliche, kollektive, über Routinehandeln hinausgehende Aktion zur Artikulation von Widerspruch bzw. zur Durchsetzung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens.

d. Kategorien/Variablen und Ausprägungen (unvollständig):

(1) Position zur Abtreibung bzw. zur Atomenergie (pro/contra/nicht eindeutig)
 (2) Aktionsform (1 Unterschriften; 2 Demonstration; 3 ziviler Ungehorsam, z.B. Blockade, Platzbesetzung; 4 unbeabsichtigte Gewalt gegen Sachen; 5 beabsichtigte Gewalt gegen Sachen, z.B. Anschlag, Brandsatz; 6 unbeabsichtigte Gewalt gegen Personen; 7 beabsichtigte Gewalt gegen Personen, gezielte Körperverletzung; 8 Beteiligung an Verfahren, z.B. Hearing, Einwendung; 9 gerichtliche Klage; 10 Sonstiges)

Prinzipiell wird die dominante Protestform herangezogen, in Zweifelsfällen die voraussetzungsvollere, riskantere bzw. folgenreichere Aktion.

(3) Akteur: 1 informelle Gruppe/Bürgerinitiative; 2 Verband/Kirche; 3 Partei; 4 breites Bündnis/Netzwerk; 5 Gebietskörperschaft (Gemeinde, Kreis, Land); 6 Sonstiges

(4) Teilnehmerzahl; ab 20 Personen mit Ausnahme der Ausprägungen 5, 7, 8, 9 von Aktionsform

(5) Ort des Protestereignisses und Bundesland (nur für Bundesrepublik)

(6) Beginn des Protests

(7) Kurzbeschreibung, besondere Merkmale des Protestereignisses

e. Weiterführende Literatur: Die hier vorgenommene Erhebung stellt eine stark vereinfachte Form des Verfahrens dar, das einem größeren Forschungsprojekt am Wissenschaftszentrum Berlin zugrundeliegt. Vgl. dazu Rucht/Ohlemacher (1992); Rucht/Hocke/Ohlemacher (1992).

3. Protestereignisdaten von Hollander

a. Gegenstandsbereich: Protestereignisse im Zusammenhang mit dem Abtreibungskonflikt im den Zeitraum von 1970 bis 1992.

b. Quelle: New York Times auf Grundlage aller Artikel, die unter der Kategorie "abortion" im New York Times Index verzeichnet waren. (Diese Kategorie schloß auch alle Artikel unter Stichworten wie pro-life, pro-choice, demonstrations, riots, marches und protests ein.)

c. Zentrale Analyseeinheiten: Anti-abortion protest, definiert als "noninstitutionalized actions that attempt to limit access to abortion services, either directly by targeting providers, facilities, or clients; or indirectly, by urging others (...) to restrict services." Pro-choice protest wurde definiert "as noninstitutionalized actions that attempt to facilitate or maintain access to abortion services, either directly by supporting providers, facilities, or clients; or indirectly, by urging others (...) to maintain or increase services."

Es wurden nur "noninstitutionalized actions" codiert, "that are not part of the formal political process (...) and that are intended to be disruptive". Darin eingeschlossen waren Sachbeschädigungen und gewaltförmige Proteste.

d. Weiterführende Literatur: Hollander (1992).

Literatur¹

- Adam, Barry D., 1987. *The Rise of a Gay and Lesbian Movement*. Boston: Twayne.
- Adler, Hilde, 1925. Zur Frage des § 218 R.St.G.B. *Die Frau* 32, Heft 6, S. 171-175.
- Adorno, Theodor W., 1956. Bemerkungen über Statik und Dynamik in der Gesellschaft. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 8, Heft 2, S. 321-328.
- Alber, Jens, 1985. Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen. *Politische Vierteljahresschrift* 26, Heft 3, S. 211-226.
- Alber, Jens, 1988. Is there a crisis of the welfare state? Cross-national evidence from Europe, North America, and Japan. *European Sociological Review* 4, Heft 3, S. 181-207.
- Alber, Jens, 1989. Nationalsozialismus und Modernisierung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41, Heft 2, S. 346-365.
- Alber, Gotelind/Fritsche, Uwe, 1991. *Energiewende Europa. Ergebnisse und Materialien*. Werkstattreihe, Nr. 71. Freiburg: Öko-Institut.
- Alberoni, Francesco, 1984. *Movement and Institution* (orig. 1977). New York: Columbia University Press.
- Albistur, Maïté/Armogathe, Daniel, 1977. *Histoire du féminisme français du Moyen-Age à nos jours*. Paris: Des Femmes.
- Alexander, Herbert E. (Hrsg.), 1989. *Comparative Political Finance in the 1980s*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Allan Michaud, Dominique, 1984. Le mouvement sociaux et l'écologisme dans la crise. S. 536-564 in: B. Brouard et al. (Hrsg.), *Les politiques de l'environnement face à la crise. Actes du colloque international*. Paris, 10-12 Januar 1984.
- Allan Michaud, Dominique, 1989. *L'avenir de la société alternative. Les idées 1968-1990...* Paris: L'Harmattan.
- Allensbach (Institut für Demoskopie Allensbach) (Hrsg.), 1993. *Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen*. Bonn: Bund.
- Almond, Gabriel A./Coleman, James (Hrsg.), 1960. *The Politics of the Developing Areas*. Princeton: Princeton University Press.
- Ambrosi, Christian/Ambrosi, Arlette, 1981. *La France 1970-1981*. Paris: Masson.
- Anderson, Perry, 1974. *Lineages of the Absolutist State*. London: New Left Books.
- Anderson, Perry, 1978. *Von der Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften* (orig. 1974). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Anderson, Terry/Leal, Donald R., 1991. *Free Market Environmentalism*. Boulder, CO: Westview Press.

¹ Quellenhinweise auf Zeitungen und nicht wissenschaftliche Zeitschriften sind direkt im Text bzw. den Fußnoten.

- Anger, Didier, 1977. *Chronique d'une lutte. Le combat antinucléaire à Flamanville et dans La Hague*. Paris: Simoën.
- Annuaire des Statistiques du Travail 1989-1990*. ILO: Geneva.
- Arbeitskreis autonomer Frauenprojekte (Hrsg.), 1992. *20 Jahre und (k)ein bißchen weiter? Bilanz und Perspektiven der Frauenprojektbewegung*. Bonn: Die Mitarbeit.
- Arendt, Hannah, 1963. *Über die Revolution* (orig. 1963). München: Piper.
- Arendt, Hans-Jürgen, 1970. Die Volksaktion gegen den Papstbrief und § 218 im Frühjahr 1931 - eine demokratische Massenbewegung unter Führung der KPD. *Wissenschaftliche Studien des Pädagogischen Institut Leipzig*, Bd. 1, S. 92-98.
- Aresin, Lykke, 1993, Schwangerschaftsabbruch in der DDR. S. 86-95 in: Gisela Staupe/Lisa Vieth (Hrsg.), *Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung*. Dresden und Berlin: Deutsches Hygiene-Museum und Argon Verlag.
- von Armin, Hans H., 1991. *Die Partei, der Abgeordnete und das Geld*. Mainz: v. Hase & Koehler.
- Armington, Klaus, 1988. Gewerkschaftliche Entwicklung und ökonomischer, beschäftigungsstruktureller und politischer Wandel. *Soziale Welt* 39, Heft 4, S. 459-485.
- Arney, William R./Trescher, William H., 1976. Trends in Attitudes Toward Abortion, 1972-1975. *Family Planning Perspectives* 8, Heft 3, S. 117-124.
- Atomenergie*, 1955. Sonderheft zum ersten Welt-Atomkongreß in Genf vom 8. bis 20. August 1955.
- Augstein, Renate, 1983. Abtreibung. S. 9-13 in: Johanna Beyer/Franziska Lamott/Birgit Meyer (Hrsg.), *Frauenlexikon. Stichworte zur Selbstbestimmung*. München: C.H. Beck.
- Baechler, Jean, 1971. *Les origines du capitalisme*. Paris: Gallimard.
- Bainton, Roland H., 1941. The Left Wing of the Reformation. *Journal of Religion* 21, S. 124-134.
- Baker, Kendall/Dalton, Russell J./Hildebrandt, Kai, 1981. *Germany Transformed*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Ballhausen, Anne et al., 1986. *Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis - weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit*. Bielefeld: Kleine.
- Banaszak, Lee A./Plutzer, Eric, 1993. The Social Bases of Feminism in the European Community. *Public Opinion Quarterly* 57, Heft 1, S. 29-53.
- Banks, Olive, 1981. *Faces of Feminism: A Study of Feminism as a Social Movement*. New York: St. Martin's Press.
- Banks, Olive/Banks, J.A., 1964. Feminism and social change - a case study of a social movement. S. 547-569 in: George K. Zollschan/Walter Hirsch (Hrsg.), *Explorations in Social Change*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Baratta, Mario von (Hrsg.), 1991. *Der Fischer Weltatmanach 1992*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Barkan, Stephen E., 1979. Strategic, Tactical and Organizational Dilemmas of the Protest Movement Against Nuclear Power. *Social Problems* 27, Heft 1, S. 19-37.

- Barkenbus, Jack N., 1984. Nuclear Power and Government Structure: The Divergent Paths of the United States and France. *Social Science Quarterly* 65, Heft 1, S. 37-47.
- Barnes, Samuel/Kaase, Max et al., 1979. *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills und London: Sage.
- Barret, Nancy, 1987. Women and the Economy. S. 100-149 in: Sara E. Rix (hrsg. für das Women's Research & Education Institute of the Congressional Caucus for Women's Issues), *The American Women 1987-88: A Report in Depth*. New York und London: W.W. Norton.
- von Baross, Joachim, 1988. Tendenz fallend. Über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche von Frauen aus der Bundesrepublik. S. 54-59 in: Susanne von Pacensky/Renate Sadrozinski (Hrsg.), § 218 - *Zu Lasten der Frauen. Neue Auskünfte zu einem alten Kampf*. Reinbek: Rowohlt.
- Batiot, Anne, 1982. The Political Construction of Sexuality: The Contraception and Abortion Issues in France, 1965-1975, S. 125-145 in: Philip G. Cerny (Hrsg.), *Social Movements and Protest in France*. New York: St. Martin's Press.
- Batiot, Anne, 1987. Radical democracy and feminist discourse: the case of France. S. 85-102 in: Drude Dahlerup (Hrsg.), 1987. *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA*. London: Sage.
- Battelle-Institut e.V., 1975. *Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie*. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie.
- Battelle-Institut e.V., 1977. *Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie*. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie.
- Baumann, Zygmunt, 1991. *Modernity and Ambivalence*. Cambridge: Polity Press.
- Baumann, Jürgen (Hrsg.), 1972. *Das Abtreibungsverbot des § 218 StGB. Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand.
- Bäumer, Gertrud, 1925. Der Meinungskampf um den § 218 St.G.B. *Die Frau* 32, Heft 12, S. 354-363.
- Beauvoir, Simone de, 1984. France: Feminism - Alive, Well and in Constant Danger. S. 229-235 in: Robin Morgan (Hrsg.), *Sisterhood is Global*. New York: Anchor Press.
- Bechmann, Arnim, 1984. *Leben wollen. Anleitungen für eine neue Umweltpolitik*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Beck, Ulrich, 1983. Jenseits von Stand und Klasse? S. 35-74 in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*. (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Schwartz.
- Beck, Ulrich, 1993. *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Becker, Uwe, 1989. Frauenerwerbstätigkeit - Eine vergleichende Bestandsaufnahme. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 28, S. 22-33.
- Belbéoch, Bella/Belbéoch, Roger, 1993. Une urgence: sortir du nucléaire. *La Gazette nucléaire* 17, Heft 125/126, S. 3-9.
- Bell, Daniel, 1979. *Die nachindustrielle Gesellschaft* (orig. 1973). Reinbek: Rowohlt.

- Bell, Daniel, 1979a. *Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit* (orig. 1976). Frankfurt/M.: Fischer.
- Bell, Daniel, 1990. Die dritte technologische Revolution und ihre möglichen sozioökonomischen Konsequenzen. *Merkur* 44, Heft 1, S. 28-47.
- Bellah, Robert N. et al., 1987. *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft* (orig. 1985). Köln: Bund.
- Bendix, Reinhard, 1967. Tradition and Modernity Reconsidered. *Comparative Studies in Society and History* 9, Heft 3, S. 292-346.
- Bendix, Reinhard, 1968. *State and Society*. Boston: Little, Brown & Co.
- Bendix, Reinhard, 1976. The Mandate to Rule: An Introduction. *Social Forces* 55, Heft 2, S. 242-256.
- Bendix, Reinhard, 1979. Die vergleichende Analyse historischer Wandlungen (zuerst 1965). S. 177-187 in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Königstein/Ts.: Hain.
- Bendix, Reinhard, 1979a. Modernisierung in internationaler Perspektive (orig. 1966). S. 505-512 in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Königstein/Ts.: Hain.
- Bendix, Reinhard, 1980. *Könige oder Volk. Machtausübung und Herrschaftsmandat* (orig. 1978). 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bennahmias, Jean-Luc/Roche, Agnes, 1992. *Des verts de toutes les couleurs. Histoire et sociologie du mouvement écolo*. Paris: Albin Michel.
- Berger, Johannes, 1978. Intersubjektive Sinnkonstitution und Sozialstruktur. Zur Kritik handlungstheoretischer Ansätze in der Soziologie. *Zeitschrift für Soziologie* 7, Heft 4, S. 327-334.
- Berger, Johannes, 1983. Die Wiederkehr der Vollbeschäftigungslücke - Entwicklungslinien des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. S. 309-320 in: Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt/M.: Campus.
- Berger, Johannes (Hrsg.), 1986. *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren*. (Soziale Welt Sonderband 4). Göttingen: Schwartz.
- Berger, Peter L./Kellner, Hansfried, 1984. *Für eine neue Soziologie: Ein Essay über Methode und Profession* (orig. 1981). Frankfurt/M.: Fischer.
- Berger, Peter L./Berger, Brigitte/Kellner, Hansfried, 1975. *Das Unbehagen in der Modernität* (orig. 1973). Frankfurt/M.: Campus.
- Bergmann, Klaus, 1970. *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*. Meisenheim am Glan: Hain.
- Bergmann, Werner, 1985. Das frühe Mönchtum als soziale Bewegung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37, Heft 1, S. 30-59.
- Bergmann, Werner, 1987. Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegungen zur Selbstkonstitution der "neuen" sozialen Bewegungen. S. 262-393 in: Dirk Baecker (Hrsg.), *Theorie als Passion*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Berry, Mary F., 1986. *Why ERA Failed: Politics, Women's Rights and the Amending Process of the Constitution*. Bloomington: Indiana University Press.
- Bertin, Michel et al., 1982. *Vivre avec le nucléaire*. Paris: Hachette.
- von Beyme, Klaus, 1979. Der Neo-Korporatismus und die Politik des begrenzten Pluralismus in der Bundesrepublik. S. 229-262 in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'*. Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- von Beyme, Klaus, 1984². *Parteien in westlichen Demokratien* (zuerst 1982). München: Piper.
- Bianchi, Suzanne E./Spain, Daphne, 1986. *American Women in Transition*. New York: Russell Sage Foundation.
- Bias-Engels, Sigrid, 1988. *Zwischen Wandervogel und Wissenschaft. Zur Geschichte von Jugendbewegung und Studentenschaft 1896-1920*. Köln: Wissenschaft und Politik.
- Binder, Leonhard, 1986. The Natural History of Development Theory. *Comparative Studies in Society and History* 28, S. 3-33.
- Birnbaum, Pierre, 1988. *States and Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bischoff, Sonja et al., 1989. *Frauen - Macht - Politik. Zerreißproben um Emanzipation und Quotierung* (Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Black, Cyril E., 1967. *The Dynamics of Modernization. A Study in Comparative History*. New York: Harper & Row.
- Black, Noami, 1989. *Social Feminism*. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Blowers, Andrew/Lowry, David/Solomon, Barry D., 1991. *The International Politics of Nuclear Waste*. London: Macmillan.
- Blumer, Herbert, 1951. Elementary Collective Behavior (2. überarb. Auflage, zuerst 1939). S. 167-222 in: Alfred McClung Lee (Hrsg.), *New Outline of the Principles of Sociology*. New York: Barnes & Noble.
- Blumer, Herbert, 1957. Collective Behavior. S. 127-158 in: Joseph B. Gittler (Hrsg.), *Review of Sociology: Analysis of a Decade*. New York: John Wiley & Sons.
- Blumer, Herbert, 1978. Social Unrest and Collective Protest. S. 1-54 in: Norman K. Denzin (Hrsg.), *Studies in Symbolic Interaction* 1. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) (Hrsg.), 1974. *Dokumentation über die öffentliche Diskussion des 4. Atomprogramms der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973-1976*. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technik.
- BMJfG (Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit), 1981/1982. *Materialien zum Bericht der Kommission zur Auswertungen der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB*. Bd. 92/1, 2 und 3. Stuttgart: Kohlhammer.
- Böke, Karin, 1991. Vom "werdenden Leben" zum "ungeborenen Kind". Redestrategien in der Diskussion um die Reform des § 218. S. 205-219 in: Frank Liedtke/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Boles, Janet K., 1979. *The Politics of the Equal Rights Amendment: Conflict and the Decision Process*. New York und London: Longman.
- Boles, Janet K., 1991. Form Follows Function: The Evolution of Feminist Strategies. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 515 (Mai), S. 38-49.
- Boll, Friedhelm, 1992. *Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert*. Bonn: Dietz.
- Bongaerts, Jan C., 1986. *Das Zivilrecht in den Vereinigten Staaten als ein Instrument der Umweltpolitik*. Wissenschaftszentrum Berlin IUG pre 86-18.
- Borkenau, Franz, 1973. Die Zerstörung des Feudalismus und die neue Moral. S. 123-134 in: Constans Seyfarth/Walter M. Sprondel (Hrsg.), *Seminar: Religion und gesellschaftliche Entwicklung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Borne, Dominique, 1977. *Petit bourgeois en révolte? Le mouvement Poujade*. Paris: Flammarion.
- Bornschieer, Volker et al., 1990. *Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern*. Frankfurt/M.: Campus.
- Bosquet, Michel, 1977. *Ecologie et liberté*. Paris: Galilée.
- Bosso, Christopher, 1991³. Adaptation and Change in the Environmental Movement. S. 151-176 in: Allan J. Cigler/Burdett A. Loomis (Hrsg.), *Interest Group Politics*. Washington: Congressional Quarterly Press.
- Bouchardeau, Huguette, 1977 *Pas d'histoire, les femmes... 50 ans d'histoire des femmes: 1918-1968*. Paris: Syros.
- Bouchier, David, 1984. *The Feminist Challenge: The Movement for the Women's Liberation in Britain and the USA*. New York: Schocken.
- Boulding, Kenneth E., 1966. The Economics of the Coming Spaceship Earth. S. 3-14 in: Henry Jarrett (Hrsg.), *Environmental Quality in a Growing Economy*. Baltimore, Md.: Johns Hopkins Press.
- Bourdieu, Pierre, 1976. *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre, 1987. *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre, 1992. *Homo academicus* (orig. 1984). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Boy, Daniel, 1981. Le vote écologiste en 1978. *Revue française de science politique* 31, Heft 2, S. 394-416.
- Boy, Daniel, 1990. Le vote écologiste: Evolution et structures. Paris: *Cahiers du Centre d'Etude de la Vie Politique Française*.
- Boy, Daniel, 1991. Enquête auprès des écologistes: les Verts en politique. S. 235-250 in: Sofres, *L'état de l'opinion 1991*. Paris: Seuil.
- Boyer, Paul, 1985. *By the Bomb's Early Light: American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age*. New York: Pantheon.

- Boyle, Miriam/Robinson, Mike. 1987. Nuclear energy in France: A foretaste of the future? S. 55-84 in: Andrew Blowers/David Pepper (Hrsg.), *Power in Crisis. Politics and Planning for the Nuclear State*. New York: Nichols.
- Brand, Karl-Werner, 1982. *Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brand, Karl-Werner, 1985. Vergleichendes Resümee. S. 306-334 in: ders. (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*. Frankfurt/M.: Campus.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.), 1985a. *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/M.: Campus.
- Brand, Karl-Werner, 1989. Neue soziale Bewegungen - ein neoromantischer Protest? S. 125-139 in: Ulrike C. Wasmuht (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Brand, Karl-Werner, 1989a. Zyklen des "middle class radicalism". Eine international und historisch vergleichende Untersuchung der "neuen sozialen Bewegungen". München (unveröff. Habilitationsschrift).
- Brand, Karl-Werner, 1990. Cyclical Aspects of New Social Movements: Waves of Cultural Criticism and Mobilization Cycles of New Middle Class Radicals. S. 23-42 in: Russell J. Dalton and Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order. New Social Movements in Western Democracies*. Cambridge: Polity Press.
- Brand, Karl-Werner, 1991. Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen. S. 40-53 in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. überarb. Auflage, zuerst 1987). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter, 1986. *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik* (aktualisierte Neuauflage, zuerst 1983). Frankfurt/M.: Campus.
- Brandes, Volker, 1977. Die Atompolitik der Gewerkschaften. S. 123-136 in: Lutz Mez/Manfred Wilke (Hrsg.), *Der Atomfilz. Gewerkschaften und Atomkraft*. Berlin: Olle & Wolter.
- Braudel, Fernand, 1986. *Die Dynamik des Kapitalismus* (orig. 1977). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brecher, Deborah/Lippitt, Jill (Hrsg.), 1994. *The Women's Information Exchange National Directory*. New York: Avon Books.
- Brenner, Johanna, 1993. The Best of Times, The Worst of Times: US Feminism Today. *New Left Review*, Heft 200 (Juli/August), S. 101-159.
- Brenner, Robert/Glick, Mark, 1991. The Regulation Approach: Theory and History. *New Left Review*, Nr. 188 (Juli/August), S. 45-119.
- Breton, Albert/Breton, Raymond, 1969. An Economic Theory of Social Movements. *American Economic Review* 59, Heft 2, S. 198-205.
- Breuer, Stefan, 1977. *Die Krise der Revolutionstheorie*. Frankfurt/M.: Syndikat.
- Breuilly, John, 1983. Liberalismus oder Sozialdemokratie. Ein Vergleich der britischen und deutschen politischen Arbeiterbewegung zwischen 1850 und 1875. S. 129-166

- in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Brill, Alida, 1990. Freedom, Fantasy, Foes, and Feminism: The Debate Around Pornographie. S. 503-528 in: Louise A. Tilly/Patricia Gurin (Hrsg.), *Women, Politics, and Change*. New York: Russell Sage Foundation.
- Brinkmann, Heinz Ulrich, 1990. Zeigen Frauen ein besonderes Wahlverhalten? *Frauenforschung* 8, Heft 3, S. 55-75.
- Brook, Ditmar, 1991. *Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980*. Frankfurt/M.: Campus.
- Brosselin, Serge, 1991. Il n'y a que la France pour y croire encore! *Science et Vie*, Nr. 888 (September), S. 72-81 und 158.
- Brown, Michael/Goldin, Amy, 1973. *Collective Behavior: A Review and Reinterpretation of the Literature*. Pacific Palisades, CA: Goodyear.
- Brück, Dorothea, 1987. Dokumentarischer Anhang. Angriffe auf die Reform des § 218 StGB seit der Wende. S. 161-191 in: Herta Däubler-Gmelin/Renate Faerber-Husenmann (Hrsg.), § 218. *Der tägliche Kampf um die Reform*. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Brunowsky, Ralf-Dieter/Wicke, Lutz, 1984. *Der ÖKO-Plan. Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder*. München und Zürich: Piper.
- Bublitz, Bernd, 1973. Die Stellung des Vereins sozialistischer Ärzte zur Frage der Geburtenregelung von 1927 bis 1933. Medizinische Fakultät der Universität Kiel (unveröff. Dissertation).
- Buchmann, Marlis, 1989. *The Script of Life in Modern Societies*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- Buechler, Steven M., 1990. *Women's Movement in the United States: Women's Suffrage, Equal Rights, and Beyond*. New Brunswick und London: Rutgers University Press.
- Buechler, Steven M., 1993. Beyond Resource Mobilization? Emerging Trends in Social Movement Theory. *The Sociological Quarterly* 34, Heft 2, S. 217-235.
- Bulletin, 1992. *Bulletin on Women and Employment in the EC*, Nr. 1 (October).
- Bühl, Walter, 1984. Gibt es eine soziale Evolution? *Zeitschrift für Politik* 31, Heft 3, S. 302-332.
- Bühl, Walter, 1990. *Sozialer Wandel im Ungleichgewicht. Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen*. Stuttgart: Enke.
- Bunyard, Peter, 1981. *Nuclear Britain*. London: New English Library.
- Bürklin, Wilhelm P., 1984. *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensysteme*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Burmeister, Heidi/Tonnänt, Volker, 1981. *Zu kämpfen allein schon ist richtig*. Larzac. Frankfurt/M.: Jugend & Politik.
- Burns, Rob/van der Will, Winfried, 1988. *Protest and Democracy in West Germany: Extraparliamentary Opposition and the Democratic Agenda*. New York: St. Martin's Press.
- BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe), 1977. *Brokdorf: Der Bauplatz mu wieder zur Wiese werden!* Hamburg: Association.

- Byrnes, Timothy A., 1992. The Cardinal and the Governor: The Politics of Abortion in New York State. S. 137-157 in: Timothy A. Byrnes/Mary C. Segers (Hrsg.), *The Catholic Church and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview.
- Byrnes, Timothy A./Segers, Mary C. (Hrsg.), 1992. *The Catholic Church and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview.
- Cable, Sherry/Walsh, Edward J./Warland, Rex H., 1988. Differential Paths to Political Activism: Comparisons of Four Mobilization Processes After the Three Miles Island Accident. *Social Forces* 66, Heft 4, S. 951-969.
- Calderone, Mary S. (Hrsg.), 1958. *Abortion in the United States*. New York: Hoeber-Harper.
- Caldwell, Lynton K./Hayes, Lynton R./MacWhirter, Isabel, 1976. *Citizens and the Environment: Case Studies in Popular Action*. Bloomington und London: Indiana University Press.
- Calhoun, Craig, 1982. *The Question of Class Struggle. Social Foundations of Popular Radicalism During the Industrial Revolution*. Oxford: Basil Blackwell.
- Callahan, Sidney, 1988. Abortion and the Sexual Agenda: A Case for Pro-life Feminism, S. 128-149 in: Patricia Jung/Thomas A. Shannon (Hrsg.), *Abortion and Catholicism. The American Debate*. New York: Crossroad.
- Cameron, Euan, 1991. *The European Reformation*. Oxford: Oxford University Press.
- Camilleri, Joseph A., 1984. *The State and Nuclear Power: Conflict and Control in the Western World*. Seattle: University of Washington Press.
- Campbell, John L., 1988. *Collapse of an Industry: Nuclear Power and the Contradictions of U.S. Policy*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Cantril, Hadley, 1941. *The Psychology of Social Movements*. New York: John Wiley and Sons.
- Caplow, Theodore et al., 1991. *American Social Trends*. San Diego: Hartcourt, Brace, Ivanovich.
- Carden, Maren Lockwood, 1974. *The New Feminist Movement*. New York: Russell Sage Foundation.
- Carden, Maren Lockwood, 1977. *Feminism in the Mid-1970's*. New York: Ford Foundation.
- Carden, Maren Lockwood, 1978. The Proliferation of a Social Movement: Ideology and Individual Incentives in the Contemporary Feminist Movement. In: *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 1, S. 179-196
- Carlier, Jean, 1972. *Vanoise - victoire pour demain*. Paris: Calmann-Lévy.
- Carson, Rachel, 1962. *Silent Spring*. Boston: Houghton Mifflin.
- Carter, R., 1985. *Capitalism, Class Conflict and the New Middle Class*. London: Routledge.
- Cassell, Joan, 1977. *A Group Called Women: Sisterhood and Symbolism in the Feminist Movement*. New York: David McKay.
- Cattelin, Anne-Marie, 1992. *L'Europe au féminin. 172 millions d'Européennes au jour le jour*. Paris: Ramsay.

- Cazals, Thierry, 1982. *La résistance au nucléaire dans la région du Gard-Rhodanien*, Mémoire. Institut d'Etudes Politiques d'Aix-en-Provence (unveröff. Manuskript).
- CEA (Commissariat à l'énergie atomique), 1984. *Quelques informations utiles*. Paris: CEA.
- CEA (Commissariat à l'énergie atomique), 1992. *Les centrales nucléaires dans le monde*. Paris: CEA.
- Centre Lyonnais d'Etudes Féministes, 1989. *Chronique d'une passion. Le Mouvement de Libération des Femmes à Lyon*. Paris: L'Harmattan.
- Cercle E. Dimitriev, 1975. *Pour un féminisme autogestionnaire*. Paris: Cercle E. Dimitriev.
- Cerny, Philip (Hrsg.), 1982. *Social Movements and Protest in France*. London: Frances Pinter.
- CFDT 1977. *Le dégats du progrès*. Paris: Seuil.
- CFDT 1980. *Le dossier électronucléaire*. Paris: Seuil.
- Chafer, Tony, 1982. The Anti-nuclear Movement and the Rise of Political Ecology. S. 202-220 in: Philip Cerny (Hrsg.), *Social Movement and Protest in France*. New York: St. Martin's Press.
- Chafer, Tony, 1985. Politics and the Perception of Risk: A Study of the Anti-Nuclear Movements in Britain and France. *West European Politics*, 8, Heft 1, S. 5-32.
- Chafetz, Janet Saltzmann/Dworkin, Anthony G./Swanson, Stephanie, 1990. Social Change and Activism: First Wave Women's Movements Around the World. S. 302-320 in: Guida West/Rhoda Lois Blumberg (Hrsg.), *Women and Social Protest*. New York and Oxford: Oxford University Press.
- Chapman, Jenny, 1993. *Politics, Feminism and the Reformation of Gender*. London und New York: Routledge.
- Charbonneau, Bernard, 1980. *Le feu vert. Auto-critique du mouvement écologique*. Paris: Karthala.
- Charvet, John, 1982. *Feminism*. London: J.M. Dent.
- Chaudron, Martine/Le Pape, Yves, 1979. Le mouvement écologiste dans la lutte anti-nucléaire. S. 25-76 in: Francis Fagnani/Alexandre Nicolon (Hrsg.), *Nucléopolis. Matériaux pour l'analyse d'une société nucléaire*. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble.
- Chazel, François, 1992. Les mouvements sociaux. S. 263-312 in: *Traité de sociologie* (sous la direction de Raymond Boudon). Paris: Presses Universitaires de France.
- Chodak, Szymon, 1989. *The New State: Etatization of Western Societies*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- (Association) Choisir, 1973. Avortement: *Une loi en procès. L'affaire de Bobigny*. Paris: Gallimard.
- Christmann, Gabriela B., 1992. Selbstbilder und Weltbilder von Aktiven im Umwelt und Naturschutz. Universität Konstanz (unveröff. Magisterarbeit im Fach Soziologie).
- Claessens, Dieter, 1992. *Kapitalismus und demokratische Kultur*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Clarfield, Gerard H./Wiecek, William M., 1984. *Nuclear America: Military and Civilian Nuclear Power in the United States, 1940-1980*. New York: Harper & Row.
- Clark, Janet, 1991. Getting There: Women in Political Office. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 515 (Mai), S. 63-76.
- Clecak, Peter, 1981. "The Movement" and Its Legacy. *Social Research* 48, Heft 3, S. 525-556.
- Cohan, Alvin, 1986. Abortion as a marginal issue: the use of peripheral mechanisms in Britain and the United States. S. 27-48 in: Joni Lovenduski/Joyce Outshoorn (Hrsg.), *The New Politics of Abortion*. London: Sage.
- Cohen, Jean L., 1985. Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements. *Social Research* 52, Heft 4, S. 663-716.
- Cohen, Etahn M., 1982. Ideology, Interest Group Formation, and Protest: The Case of the Anti-Nuclear Power Movement, the Clamshell Alliance, and the New Left. Harvard University (unveröff. Dissertation).
- Colomy, Paul, 1990. Revisions and Progress in Differentiation Theory. S. 465-495 in: Jeffrey C. Alexander und Paul Colomy (Hrsg.), *Differentiation Theory and Social Change: Comparative and Historical Perspectives*. New York: Columbia University Press.
- Colson, Jean-Pierre, 1977. *Le nucléaire sans les Français. Qui décide? Qui profite?* Paris: Maspero.
- Comité pour la liberté de l'avortement et de la contraception, 1973. *Libérons l'avortement*. Paris: Maspero.
- Comolet, Arnaud, 1991. Le renouveau écologique. De l'éco-utopie à l'éco-capitalisme. *Futuribles* 157 (September), S. 41-54.
- Condit, Celeste Michelle, 1990. *Decoding Abortion Rhetoric: Communicating Social Change*. Urbana und Chicago: University of Illinois Press.
- Connery, John R., 1977. *Abortion: The Development of the Roman Catholic Perspective*. Chicago: Loyola University Press.
- Conover, Pamela Johnston/Gray, Virginia, 1983. *Feminism and the New Right: Conflict over the American Family*. New York: Praeger.
- Conradt, David, 1980. Changing German Political Culture. S. 212-272 in: Gabriel Almond/Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited*. Boston: Little, Brown.
- Conti, Christoph, 1984. *Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute*. Reinbek: Rowohlt.
- Cook, Elisabeth A./Jelen, Ted G./Wilcox, Clyde, 1992. *Between Two Absolutes: Public Opinion and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview Press.
- Cook, Constance E., 1980. *Nuclear Power and Legal Advocacy: The Environmentalists and the Courts*. Lexington, Mass.: Lexington Books
- Cooke, Robert E. et al. (Hrsg.), 1968. *Terrible Choice: The Abortion Dilemma*. New York: Bantam.

- Coquillat, Michelle, 1988. The Achievements of the French Ministry of Women's Rights: 1981-1986. S. 177-184 in: Mary Buckley/Malcolm Anderson (Hrsg.), *Women, Equality and Europe*. London: Macmillian.
- Cornelissen, Waltraud, 1993. Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. S. 321-349 in: Gisela Helwig/Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1954-1992*. Berlin: Akademie Verlag.
- Cornelsen, Dirk, 1991. *Anwälte der Natur*. Umweltschutzverbände in Deutschland. München: C.H. Beck.
- Coser, Lewis A., 1965. *Theorie sozialer Konflikte* (orig. 1956). Neuwied: Luchterhand.
- Costain, Anne N., 1981. Representing Women: The Transition from Social Movement to an Interest Group. *Western Political Quarterly* 34, Heft 1, S. 100-113.
- Costain, Anne N., 1992. *Inviting Women's Rebellion: A Political Process Interpretation of the Women's Movement*. Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press.
- Cotgrove, Stephen, 1976. Environmentalism and utopia. *The Sociological Review* 24, Heft 1, S. 23-42.
- Cott, Nancy F., 1987. *The Grounding of Modern Feminism*. New Haven und London: Yale University Press.
- Cotterill, Ron, 1982. *Consumer Food Cooperatives*. Danville, Ill.: Interstate Printers and Publishers.
- Courtet, Laurent/Gateaud, Pascal/Stephan, Bernard, 1990. *La Loire en sursis. Croisade pour le dernier fleuve sauvage d'Europe*. Paris: Sang de terre.
- Coutrot, Aline, 1981. La création du commissariat à l'énergie atomique. *Revue française de science politique* 31, Heft 2, S. 343-371.
- Craig, Barbara Hinkson/O'Brien, David M., 1993. *Abortion and American Politics*. Chatham, N.J.: Chatham House.
- Crawford, Alan, 1980. *Thunder on the Right: The "New Right" and the Politics of Resentment*. New York: Pantheon.
- CRILAN (Comité régional d'information de la lutte antinucléaire de Basse-Normandie), 1981. *La Hague. Le retraitement*. Caen: Eigenverlag.
- Croall, Stephen/Kaianders, 1978. *The Anti-Nuclear Handbook*. New York: Pantheon.
- Crook, Stephen/Pakulski, Jan/Waters, Malcolm, 1992. *Postmodernization: Change in Advanced Society*. London: Sage.
- Crowfoot, James E./Wondolleck, Julia M., 1990. *Environmental Disputes: Community Involvement in Conflict Resolution*. Washington: Island Press.
- Cruikshank, Margaret, 1992. *The Gay and Lesbian Liberation Movement*. London: Routledge.
- Curtis, Russell L./Zurcher, Louis, A., 1973. Stable resources of protest movements: the multiorganizational field. *Social Forces* 52, Heft 1, S. 53-61.
- Czarnowski, Gabriele, 1993. Frauen als Mütter der "Rasse", Abtreibungsverfolgung und Zwangseingriff im Nationalsozialismus. S. 58-72 in: Gisela Staupe/Lisa Vieth (Hrsg.),

- Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung.* Dresden und Berlin: Deutsches Hygiene-Museum und Argon Verlag.
- Dahlerup, Drude, 1986. Introduction. S. 1-25 in: Drude Dahlerup (Hrsg.), *The New Womens Movement: Feminism and Political Power in Europe and the USA.* London: Sage.
- Dahlerup, Drude (Hrsg.), 1987. *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA.* London: Sage.
- Dähn, Gerd, 1972. Zur Geschichte des Abtreibungsverbots. S. 329-339 in: Jürgen Baumann (Hrsg.), *Das Abtreibungsverbot des § 218 StGB. Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt.* Darmstadt und Neuwied: Luchterhand.
- Dahrendorf, Ralf, 1959. *Class and Class Conflict in Industrial Society* (überarb. Ausgabe). Stanford und London: Stanford University Press und Routledge & Kegan.
- Dahrendorf, Ralf, 1961. *Gesellschaft und Freiheit.* München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf, 1968. *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland.* München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf, 1992. *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Dogan, Mattei/Pelassy, Dominique, 1984. *How to Compare Nations: Strategies in Comparative Politics.* Chatham, N.J.: Chatham House.
- Dalton, Russell J., 1986. Wertwandel oder Wertwende. Die Neue Politik und Parteienpolarisierung. S. 427-454 in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dalton, Russell J., 1988. *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France.* Chatham, N.J.: Chatham.
- Dalton, Russell J., 1992. Alliance Patterns of the European Environmental Movement. S. 59-85 in: Wolfgang Rüdiger (Hrsg.), *Green Politics Two.* Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Dalton, Russell J. et al., 1986. A Compendium on West European Environmental Groups. Florida State University, Tallahassee (unveröff. Manuskript).
- Dalton, Russell J./Kuechler, Manfred (Hrsg.) 1990. *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies.* Cambridge: Polity Press.
- Davidson, Roger H., 1982. Procedures and Politics in Congress. S. 30-46 in: Gilbert Y. Steiner (Hrsg.), *The Abortion Dispute and the American System.* Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Davis, Nanette J., 1985. *From Crime to Choice: The Transformation of Abortion in America.* Westport, Conn.: Greenwood Press.
- Davis, Mary, 1988. *Guide de l'industrie nucléaire française.* Paris: L'Harmattan.
- Dawson, Carl A./Gettys, Warner E., 1935. *Introduction to Sociology* (überarb. Ausgabe). New York: The Ronald Press Company.

- Day, Christine, 1992. Abortion and Religious Coalitions: The Case of Louisiana. S. 105-117 in: Timothy A. Byrnes/Mary C. Segers (Hrsg.), *The Catholic Church and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview.
- de Bell, Garret (Hrsg.), 1970. *The voter's guide to environmental politics before, during and after the election*. New York: Friends of the Earth - Ballantine.
- Debouzy, Marianne, 1973. The Influence of the American Political Dissent on the French New Left. S. 50-58 in: Arie N.J. Hollander (Hrsg.), *Contagious Conflict: The Impact of American Dissent on European Life*. Leiden: E.J. Brill.
- Degler, Carl N., 1967. Revolution Without Ideology: The Changing Place of Women in America, S. 193-210 in: Robert J. Lifton (Hrsg.), *The Women in America*. Boston: Beacon Press.
- Deitch, Cynthia, 1993. Gender, Race, and Class Politics and the Inclusion of Title VII of the 1964 Civil Rights Act. *Gender & Society* 7, Heft 2, S. 183-203.
- del Vasto, Lanza, 1981. *L'arche avait pour voilure une vigne*. Denoel: Paris.
- Del Sesto, Steven L., 1979. *Science, Politics, and Controversy: Civilian Nuclear Power in the United States, 1946-1974*. Boulder, CO: Westview Press.
- della Porta, Donatella/Rucht, Dieter, 1991. *Left-Libertarian Movements in Context: A Comparison of Italy and West Germany, 1965-1990*. Discussion Paper FS III 91-102, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Delort, Martine, 1981. *La question nucléaire*. Villelongue d'Aude: Atelier du Gué.
- Deutscher Frauenrat, 1992. *Handbuch deutscher Frauenorganisationen*. Bonn: Deutscher Frauenrat.
- Deutscher Bundestag, 1981. *Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft. Bericht 1980 und Aussprache im Plenum des Deutschen Bundestags*. Bonn.
- Devall, Bill, 1991. Deep Ecology and Radical Environmentalism. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 247-258.
- Devall, Bill/Sessions, George, 1985. *Deep Ecology: Living as If Nature Mattered*. Salt Lake City: Smith/Peregrine.
- Devereux, George, 1955. *A Study of Abortion in Primitive Societies*. New York: Julian Press.
- Dierkes, Meinolf/Fietkau, Hans-Joachim, 1988. *Umweltbewußtsein - Umweltverhalten*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Diani, Mario, 1988. *Isole nell'archipelago. Il movimento ecologista in Italia*. Bologna: Il Mulino.
- Diani, Mario, 1992. The concept of social movement. *The Sociological Review* 40, Heft 1, S. 1-25.
- Dick, Ulla, 1992. *Netzwerke und Berufsverbände für Frauen. Ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt.
- Dienel, Christiane, 1993. Das 20. Jahrhundert (I). Frauenbewegung, Klassenjustiz und das Recht auf Selbstbestimmung der Frau. S. 140-168 in: Robert Jütte (Hrsg.), *Geschichte der Abtreibung. Von der Antike zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.

- Dietz, Thomas/Kalof, Linda, 1992. Environmentalism Among Nation-States. *Social Indicators Research* 26, S. 353-366.
- Dobb, Maurice, 1970. *Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart* (orig. 1947). Köln und Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Döbert, Rainer, 1973. Die evolutionäre Bedeutung der Revolution. S. 303-312 in: Constance Seyfarth/Walter M. Sprondel (Hrsg.), *Seminar: Religion und gesellschaftliche Entwicklung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Döbert, Rainer, 1992. Verfahrensrationalität. Wissenschaftszentrum Berlin (unveröff. Manuskript).
- Dombrowsky, Wolf, 1978. "Öko-Faschismus" - Neues Schreckgespenst oder reale Gefahr? *Neue Politik* 13, Heft 8, S. 12-23.
- Doormann, Lottemi (Hrsg.), 1979. *Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Dorst, Jean, 1965. *Avant que nature meure*. Neuchâtel: Delachaux et Niestlé (Kurzfassung "La nature dénaturée, Paris 1970).
- Douglas, Amy, 1987. *The Politics of Environmental Mediation*. New York: Columbia University Press.
- Downey, Gary L., 1986. Ideology and the Clamshell Identity: Organizational Dilemmas in the Anti-nuclear Power Movement. *Social Problems* 33, Heft 5, S. 357-373.
- Downey, Gary L., 1988. Reproducing Cultural Identity in Negotiating Nuclear Power: The Union of Concerned Scientists and Emergency Core Cooling. *Social Studies of Science* 18, S. 231-264.
- Downs, Anthony, 1972. Up and Down with Ecology: The "Issue-attention Cycle". *Public Interest*, Nr. 28, S. 28-50.
- Dube, Norbert, 1988. *Die öffentliche Meinung zur Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1986*. Eine Dokumentation. FS II 88-303. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Duby, Georges, 1981. *Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus* (orig. 1978). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Duchen, Claire, 1986. *Feminism in France. From Mai '68 to Mitterrand*. London u.a.: Routledge & Kegan Paul.
- Dudek, Peter, 1984. Konservatismus, Rechtsextremismus und die "Philosophie" der Grünen. S. 90-108 in: Thomas Kluge (Hrsg.), *Grüne Politik. Stand einer Auseinandersetzung*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Duden, Barbara, 1991. *Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben*. Hamburg und Zürich: Luchterhand Literaturverlag.
- Duerst-Lahti, Georgia, 1989. The Government's Role in Building the Women's Movement. *Political Science Quarterly* 104, Heft 2, S. 249-268.
- Dülmen, Richard van, 1991. *Frauen vor Gericht. Kindsmord in der Frühen Neuzeit*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Dunlap, Riley E., 1991. Trends in Public Opinion Toward Environmental Issues: 1965-1990. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 285-312.

- Dunlap, Riley E./Mertig, Angela, G., 1991. The Evolution of the U.S. Environmental Movement from 1970 to 1990: An Overview. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 209-218.
- Duske, Dagmar, 1978. Botschaften von Zärtlichkeit und Widerstand. Feministische Presse in der BRD. Ein Überblick. *Medium* 8, Dezember, S. 3-9.
- Duyvendak, Jan Willem, 1992. The Power of Politics: New Social Movements in an Old Polity. France 1965-1989. Universität von Amsterdam (unveröff. Dissertation).
- Duyvendak, Jan Willem, 1992a. Betrayal by Friends: The Fate of the French Antinuclear Movements. Paper für die Jahreskonferenz der American Sociological Association, Pittsburgh, August 1992.
- Duyvendak, Jan W./Koopmans, Ruud, 1989. Structures politiques, processus interactifs et le développement des mouvements écologiques. Paper für die ECPR joint sessions of workshops, Paris, 10. bis 15. April.
- Dyssli, Bernard, 1991. Information and Participation in French Environmental Law. S. 19-24 in: Martin Führ/Gerhard Roller (Hrsg.), *Participation and Litigation Rights of Environmental Associations in Europe*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Easton, Robert, 1972. *Black Tide: The Santa Barbara Oil Spill and its Consequences*. New York: Delacorte.
- Eatwell, Roger, 1982. Poujadism and Neo-Poujadism: From Revolt zu Reconciliation. S. 70-93 in: Philip Cerny (Hrsg.), *Social Movements and Protest in France*. London: Frances Pinter.
- Ebbin, Steven/Kasper, Raphael, 1974. *Citizen Groups and the Nuclear Power Controversy: Uses of Scientific and Technological Information*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Echols, Alice, 1989. *Daring to be Bad: Radical Feminism in America 1967-1975*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Eckert, Roland/Kaase, Max/Neidhardt Friedhelm, unter Mitarbeit von Willems, Helmut, 1990. Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt aus soziologischer Sicht. S. 299-414 in: Hans-Dieter Schwind et al. (Hrsg.), *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Eder, Klaus. 1982. A New Social Movement? *Telos* 52 (Sommer), S. 5-20.
- Eder, Klaus, 1986. Soziale Bewegung und kulturelle Evolution. Überlegungen zur Rolle neuer sozialer Bewegungen in der kulturellen Evolution der Moderne. S. 335-357 in: Johannes Berger (Hrsg.), *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren* (Soziale Welt, Sonderband 4). Göttingen: Schwartz.
- EDF (Electricité de France), 1983. *Regards sur l'industrie nucléaire française*. Paris. Edition ID-Archiv (Hrsg.), 1993. *Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*. 2 Bde. Berlin und Amsterdam: Edition ID-Archiv.
- Eifler, Rudolf, 1977. Vorkapitalistische Klassengesellschaft und aufsteigende Folge von Gesellschaftsformation im Werk von Karl Marx. S. 119-144 in: Urs Jaeggi/Axel Honneth (Hrsg.), *Theorien des Historischen Materialismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Eisenstadt, Shmuel N., 1964. Modernization and Conditions of Sustained Growth. *World Politics* 16 (Juli), S. 576-594.
- Eisenstadt, Shmuel N., 1973. Varieties of Political Development, S. 41-48 in: Shmuel N. Eisenstadt/Stein Rokkan (Hrsg.), *Building States and Nations*. Bd. 1. Beverly Hills, CA: Sage.
- Eisenstadt, Shmuel/Rokkan, Stein (Hrsg.), 1973. *Building States and Nations*. 2 Bde. Beverly Hills: Sage.
- Eisenstein, Hester, 1984. *Contemporary Feminist Thought*. London und Sydney: Allan & Unwin.
- Eisinger, Peter K., 1973. The Conditions of Protest Behavior in American Cities. *American Political Science Review* 67, Heft 1, S. 11-28.
- Elias, Norbert, 1983. Engagement und Distanzierung. S. 7-71 in: ders., *Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Ellul, Jacques, 1974. *Von der Revolution zur Revolte* (orig. 1972). Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Elstain, Jean B., 1981. *Public Man, Private Woman: Women in Social and Political Thought*. Princeton: Princeton University Press.
- Engelhardt, Ulrich, 1984. Von der "Unruhe" zum "Strike". Hauptzielsetzungen und -erscheinungsformen des sozialen Protests beim Übergang zur organisierten Gewerkschaftsbewegung 1848/49-1869/79. S. 228-252 in: Heinrich Volkmann/Jürgen Bergmann (Hrsg.), *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ennis, James G., 1987. Fields of Action: Structure in Movements Tactical Repertoires. *Sociological Forum* 2, Heft 3, S. 520-533.
- Enzensberger, Hans M., 1973. Zur Kritik der politischen Ökologie. *Kursbuch* Nr. 33, S. 1-42.
- Epstein, Barbara, 1991. *Political Protest and Cultural Revolution: Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s*. Berkeley: University of California Press.
- Eser, Albin/Koch, Hans-Georg (Hrsg.), 1988/1989. *Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich. Rechtliche Regelungen - Soziale Rahmenbedingungen Empirische Grunddaten*. Teil 1: Europa (1988). Teil 1: Außereuropa (1989). Nomos: Baden-Baden.
- Eser, Albin/Koch, Hans-Georg, 1991. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Bundesrat über die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs am 17.4.1991 in Berlin. S. 38-53 in: Bundesrat, Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), *Dokumentation: Neuregelung des Schwangerschaftsrechts*. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit am 17. April 1991 in Berlin. Bonn: Deutscher Bundesrat.
- Europäisches Parlament (Hrsg.), 1984. *Stellung der Frau in Europa*. Ohne Ort.
- Evans, Sara, 1979. *Personal Politics: The Roots of Women's Liberation in the Civil Rights Movement and the New Left*. New York: Vintage Books.

- Evans, Sara M., 1992. The Women's Movement in the United States in the 1960s. S. 61-71 in: Constance Backhouse/David H. Flaherty (Hrsg.), *Challenging Times: The Women's Movement in Canada and the United States*. Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Evans, Richard, J., 1977. *The Feminists: Women's Emancipation Movements in Europe, America and Australasia 1840-1920*. London: Barnes & Noble.
- Everett, Kevin D., 1992. Professionalization and Protest: Changes in the Social Movement Sector, 1961-1983. *Social Forces* 70, Heft 4, S. 957-975.
- Evers, Aldalbert/Szankay, Zoltan, 1983. Was entsteht mit den neuen sozialen Bewegungen? Fünf Thesen zu den Versuchen, sich davon einen Begriff zu machen. S. 22-56 in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hrsg.), *Großstadt und neue soziale Bewegungen*. Basel: Birkhäuser.
- Eyerman, Ron/Jamison, Andrew, 1991. *Social Movements: A Cognitive Approach*. Cambridge: Polity Press.
- Fach, Wolfgang/Simonis, Georg, 1987. *Die Stärke des Staates im Atomkonflikt. Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich*. Frankfurt/M.: Campus.
- Fagnani, Francis, 1977. Le débat nucléaire en France. Grenoble: Institut de recherche économique et de planification, Université de Grenoble (unveröff. Manuskript).
- Fagnani, Francis/Nicolon, Alexandre (Hrsg.), 1979. *Nucléopolis. Matériaux pour l'analyse d'une société nucléaire*. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble.
- Falik, Marilyn, 1983. *Ideology and Abortion Policy Politics*. New York: Praeger.
- Falk, Jim, 1982. *The Battle Over Nuclear Power*. Melbourne etc.: Oxford University Press.
- Falk, Jim, 1986. *Global Fission: The Battle Over Nuclear Power*. Melbourne: Oxford University Press.
- Faludi, Susan, 1993. *Die Männer schlagen zurück* (orig. 1991). Reinbek: Rowohlt.
- Faure, Christine, 1982. Participation politique de la femme en France jusqu'à l'instauration du gouvernement socialiste de François Mitterrand. *Cultures* 8, Heft 4, S. 112-130.
- Faux, Marian, 1988. *Roe v. Wade: The Untold Story of the Landmark Supreme Court Decision That Made Abortion Legal*. New York: Mentor.
- Ferrand, Michèle/Jaspard, Maryse, 1987. *L'interruption volontaire de grossesse*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Ferree, Myra Marx, 1987. Equality and Autonomy: Feminist Politics in the United States and West Germany. S. 172-195 in: Mary F. Katzenstein/Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *Women's Movements in the US and Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Ferree, Myra Marx, 1990. Gleichheit und Autonomie: Probleme feministischer Politik. S. 283-293 in: Ute Gerhard et al. (Hrsg.), *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k) ein Geschlecht*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag.
- Ferree, Myra Marx, 1991. Zur Frauenbewegung in den USA. Vortrag am 31.5.1991 am John F. Kennedy-Institut an der Freien Universität Berlin (unveröff. Manuskript).

- Ferree, Myra Marx, 1992. The Political Context of Rationality. Rational Choice Theory and Resource Mobilization. S. 29-52 in: Aldon Morris./Carol McClurg Mueller (Hrsg.), 1992. *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven: Yale University Press.
- Ferree, Myra Marx/Hess, Beth B., 1985. *Controversy and Coalition. The New Feminist Movement*. Boston: G.K. Hall.
- Ferris, Abbott, 1971. *Indicators of Trends in the Status of American Women*. New York: Russell Sage Foundation.
- Field, Marilyn J., 1983. *The Comparative Politics of Birth Control: Determinants of Policy Variation and Change in the Developed Nations*. New York: Praeger.
- Fischer, Arthur/Fuchs, Werner/Zinnecker, Jürgen, 1985. *Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich*. Jugendwerk der Deutschen Shell. Bd. 5. Leverkusen: Leske und Budrich.
- Flam, Helena (Hrsg.), 1994. *States and Anti-Nuclear Oppositional Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Flora, Peter, 1974. *Modernisierungsforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Flora, Peter, 1974a. *Indikatoren der Modernisierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ford, Daniel, 1982. *The Cult of the Atom: The Secret Papers of the Atomic Energy Commission*. New York: Simon & Schuster.
- Ford, Daniel F., 1975. Die Problematik der Kernenergie: Ein Überblick. S. 20-30 in: Holger Strohm (Hrsg.), *Das Risiko Kernenergie*. Hamburg: Verlag Association.
- Foreman, Harry (Hrsg.), 1970. *Nuclear Power and the Public*. Minneapolis: University of Minneapolis Press.
- Fournier, Pierre, 1975. *Y'en plus pour longtemps*. Paris: Editions du Square.
- Francome, Colin, 1984. *Abortion Freedom. A Worldwide Movement*. London: Allen and Unwin.
- Frankland, E. Gene/Schoonmaker, Donald, 1992. *Between Protest and Power: The Green Party in Germany*. Boulder, CO: Westview Press.
- Franz, Barbara S., 1992. Werte als kulturelle Indikatoren. Eine vergleichende Analyse deutscher und französischer Publikumszeitschriften. Sozialwissenschaftliche Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München (unveröff. Magisterarbeit).
- Fraser, Ronald et al., 1988. *1968: A Student Generation in Revolt*. New York: Pantheon.
- Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination (Hrsg.), 1991. *Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Frauenaktion Dortmund (FAD), 1976. *Schwangerschaft und der neue § 218*. Köln: Pahl Rugenstein.
- Frauenjahrbuch* 1, 1975. Hrsg. und hergestellt von Frankfurter Frauen. Frankfurt/M.: Roter Stern.
- Frears, John, 1990. The French Parliament: Loyal Workhouse, Poor Watchdog. *West European Politics* 13, Heft 3, S. 32-51.

- Fréchet, Guy/Wörndl, Barbara, 1993. The Ecological Movements in the Light of Social Movements' Development. *International Journal of Comparative Sociology* 34, Heft 1/2, S. 56-74.
- Freedman, Lawrence, 1981. The French and their nuclear policy. *New Society*, Nr. 18 (Juni).
- Freeman, Jo, 1975. *The Politics of Woman's liberation: A Case Study of an Emerging Social Movement and Its Relation to the Policy Process*. New York: Longman.
- Frei, Norbert, 1993. Wie modern war der Nationalsozialismus? *Geschichte und Gesellschaft* 19, Heft 3, S. 367-387.
- Freudenberg, Nicholas/Steinsapir, Carol, 1991. Not in our Backyards: The Grassroots Environmental Movement. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 235-245.
- Frevert, Ute, 1986. *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frevert, Ute, 1988. Bewegung und Disziplin in der Frauengeschichte. Ein Forschungsbericht. *Geschichte und Gesellschaft* 14, Heft 2, S. 240-262.
- Freyer, Hans, 1955. *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Friberg, Mats/Galtung, Johan, 1984. *Rörerseernea (Bewegungen)*. Stockholm: Akademi-litteratur.
- Fried, Marlene Gerber (Hrsg.), 1990. *From Abortion to Reproductive Freedom: Transforming a Movement*. Boston: South End.
- Friedan, Betty, 1963. *The Feminine Mystique*. New York: Dell.
- Friedrichsen, Gisela, 1991. *Abtreibung. Der Kreuzzug von Memmingen*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto, 1977. *Die neue internationale Arbeitsteilung*. Reinbek: Rowohlt.
- Frommel, Monika, 1990. 'Lebensschützer' auf dem Rechtsweg. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr 14, S. 12-20.
- Frommel, Monika, 1993. § 218: Strafflos, aber rechtswidrig; zielorientiert, aber ergebnisoffen - Paradoxien der Übergangsregelungen des Bundesverfassungsgerichts. *Kritische Justiz* 26, Heft 3, S. 324-335.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred, 1993. Ökologie als blinder Fleck: Funktionale Differenzierung und Ökologiebewegung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18, Heft 2, S. 17-31.
- Fuchs, Dieter, 1991. Zum Wandel politischer Konfliktlinien: Ideologische Gruppierungen und Wahlverhalten. S. 69-88 in: Werner Süß (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter, 1991a. The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements. S. 148-165 in: Gerd Meyer/Franciszek Ryszka (Hrsg.), *Political Participation and Democracy in Poland and West Germany*. Warszawa: Wydawca.

- Fuchs, Dieter, 1993. *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses*. Discussion Paper FS III 93-202. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Fuchs, Dieter/Rucht, Dieter, 1992. *Support for New Social Movements in Five Western European Countries*. Discussion Paper FS III 92-102. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Fuchs, Dieter/Rucht, Dieter, 1992. *Support for New Social Movements in Five Western European Countries*. Discussion Paper FS III 92-102. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Dieter, 1989. The Left-Right-Schema. S. 203-234 in: Kent M. Jennings/Jan W. van Deth et al. (Hrsg.), *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Fung, Archon, 1993. Making Rights Real: Roe's Impact on Abortion Access. *Politics & Society* 21, Heft 3, S. 465-504.
- Gailus, Manfred, 1984. Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. S. 1-41 in: ders. (Hrsg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1930-1980)*. Berlin: Europäische Perspektiven.
- Gailus, Manfred, 1990. *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849*. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Galbraith, John K., 1967. *The New Industrial State*. London: Houghton.
- Gale Research, 1970ff., *Encyclopedia of Associations*. Detroit, MI: Gale Research Inc.
- Gamson, William A., 1968. *Power and Discontent*. Homewood, Ill.: Dorsey.
- Gamson, William A., 1975. *The Strategy of Social Protest*. Homewood, Ill.: Dorsey.
- Gamson, William A., 1988. Political Discourse and Collective Action. S. 219-244 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *Organizing for Change: Social Movement Organizations Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Gamson, William A., 1992. *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gamson, William A./Modigliani, Andre, 1989. Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. *American Journal of Sociology* 95 (1), S. 1-37.
- Gamson, William A./Meyer David S., 1992. The Framing and Political Opportunities. Paper presented at the conference "European/American Perspectives on Social Movements". Washington, D.C., 13.-15. August.
- Garraud, Philippe, 1979. Politique électro-nucléaire et mobilisation: la tentative de constitution d'un enjeu. *Revue française de science politique* 29, Heft 3, S. 448-474.
- Gante, Michael, 1991. § 218 in der Diskussion. *Meinungs- und Willensbildung 1945-1976*. Düsseldorf: Droste.
- Gardner, Richard, 1976. *Alternative America*. Cambridge, Mass.: Gardner
- Garner, Roberta/Zald, Mayer N., 1985. The Political Economy of Social Movement Sectors. S. 119-145 in: Gerald D. Suttles/Mayer N. Zald (Hrsg.), *The Challenge of Social Control*. Norwood: Ablex.
- Geary, Dick, 1983. *Arbeiterbewegung und Arbeiterprotest in Europa 1848-1939*. München: C.H. Beck.

- Gebhardt, Jürgen, 1990. Amerikanismus - Politische Kultur und Zivilreligion in den USA. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 49, S. 3-18.
- Geertz, Clifford, 1973. Thick Description: Toward an Interpretative Theory of Culture. S. 3-30 in: ders., *The Interpretation of Cultures: Selected Essays*. New York: Basic Books.
- Geiler, Rainer, 1992. *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Geiger, Theodor, 1926. *Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolution* (Nachdruck 1967). Stuttgart: Enke.
- Gelb, Joyce, 1987. Social Movement "Success": A Comparative Analysis of Feminism in the United States and the United Kingdom. S. 297-289 in: Mary Katzenstein/Carol Mueller (Hrsg.), *Women's Movements in the United States and Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Gelb, Joyce, 1989. *Feminism and Politics: A Comparative Perspective*. Berkeley: University of California Press.
- Gelb, Joyce, 1990. Feminism and Political Action. S. 137-155 in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*. Cambridge: Polity Press.
- Gelb, Joyce/Palley, Marian L., 1982. *Women and Public Policies*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Gennari, Geneviève, 1964. *Le dossier de la femme*. Paris: Perrin.
- Gerhard, Ute, 1988. Feminismus. S. 301-307 in: Anneliese Lissner/Rita Stüssmuth/Karin Walter (Hrsg.), *Frauenlexikon. Traditionen, Fakten, Perspektiven*. Freiburg: Herder.
- Gerhard, Ute, 1992. Westdeutsche Frauenbewegung: Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit. *Feministische Studien* 10, Heft 2, S. 35-55.
- Gerhards, Jürgen, 1993. *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallanalyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm, 1990. *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Discussion Paper FS III 90-101. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter, 1992. Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany. *American Journal of Sociology* 98, Heft 3, S. 555-595.
- Gerondeau, Christian, 1984. *L'énergie à revendre*. Paris: J. Clattès.
- GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin) (Hrsg.), 1977. *Kriminalisierung von AKW-Gegnern am Beispiel von Malville*. Berlin: GEW.
- Giddens, Anthony, 1981. Agency, institution, and time-space analysis. S. 161-174 in: Karin Knorr-Cetina/Aaron V. Cicourel (Hrsg.), *Advances in social theory and methodology: Toward an integration of micro- and macro-sociologies*. Boston: Routledge & Kegan.
- Giddens, Anthony, 1984. *Interpretative Soziologie*. Eine kritische Einführung (orig. 1976). Frankfurt/M.: Campus.

- Giddens, Anthony, 1988. *Die Konstitution der Gesellschaft* (orig. 1984). Frankfurt/M.: Campus.
- Giddens, Anthony, 1991. *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Stanford: Stanford University Press.
- Gitlin, Todd, 1980. *The Whole World is Watching: Mass Media and the Making and Un-making of the New Left*. Berkeley: University of California Press.
- Giesen, Klaus-Gerd, 1989. *L'Europe des surrégénérateurs*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Gifford, B. et al., 1990. Inside the Environmental Movement. *Outside* 15, S. 69-84.
- Ginsburg, Faye D., 1989. *Contested Lives: The Abortion Debate in an American Community*. Berkeley: University of California Press.
- Ginsburg, Faye D., 1990. Operation Rescue's Crusade for America's Souls. Vortrag an der Cornell University. Department of Anthropology, Oktober 1990 (unveröff. Manuskript).
- Glendon, Mary Ann, 1987. *Abortion and Divorce in Western Law*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goertz, Hans Jürgen, 1988. *Die Täufer. Geschichte und Deutung* (2., verbesserte und erweiterte Auflage. München: C.H. Beck.
- Goertz, Hans-Jürgen, 1993. *Religiöse Bewegungen in der frühen Neuzeit*. München: Oldenbourg.
- Goggin, Malcolm L., 1993. Understanding the New Politics of Abortion. *American Politics Quarterly* 21, Heft 1, S. 4-30.
- Goldschmidt, Bertrand, 1980. *Le complexe atomique. Histoire politique de l'énergie nucléaire*. Paris: Fayard.
- Goldstein, Joshua S., 1988. *Long Cycles: Prosperity and War in the Modern Age*. New Haven und London: Yale University Press.
- Goldstone, Jack A., 1991. *Revolution and Rebellion in the Early Modern World*. Berkeley: University of California Press.
- Gordon, Linda, 1976. *Woman's Body, Woman's Right: A Social History of Birth Control Movement in America*. New York: Grossman.
- Gorman, Michael J., 1982. *Abortion and the Early Church: Christian, Jewish and Pagan Attitudes in the Greco-Roman World*. Downers Grive, IL: Intervarsity Press.
- Gorz, André, 1977. *Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise* (zuerst 1975). Reinbek: Rowohlt.
- Gorz, André, 1980. *Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise 2* (zuerst 1977/78). Reinbek: Rowohlt.
- Gottlieb, Robert, 1993. *Forcing the Spring: The Transformation of the American Environmental Movement*. Washington, D.C. und Covelo, CA: Island Press.
- Granberg, Donald/Granberg, Beth, 1980. Abortion Attitudes, 1965-1980: Trends and Determinants. *Family Planning Perspectives* 12, S. 39-42.
- Gras, Alain, 1979. *Sociologie des ruptures. Les pièges du temps en sciences sociales*. Paris: Presses Universitaires de France.

- Gravelaine, Frédérique de/O'Dy, Sylvie, 1978. *L'Etat EDF*. Paris: A. Moreau.
- Greenwood, Victoria/Young, Jock, 1976. *Abortion on Demand*. London: Pluto.
- Greiffenhagen, Martin, 1991. Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 1-2, S. 16-26.
- Griebinger, Andreas, 1981. *Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksesellen im 18. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Ullstein.
- Grunow, Dieter, 1986. Development of the Public Sector: Trends and Issues. S. 25-58 in: Franz-Xaver Kaufmann et al. (Hrsg.), *Guidance, Control, and Evaluation in the Public Sector*. Berlin und New York: de Gruyter.
- GSIEN (Groupement de Scientifiques d'Information sur l'Energie Nucléaire-Grenoble), 1981. *Plutonium sur Rhône. Super-Phénix, insécurité et incertitudes*. Paris: Syros.
- Guadilla, Naty Garcia, 1981. *Libération des femmes: le M.L.F.* Paris: Presses Universitaires de France.
- Guattari, Félix, 1989. *Les trois écologies*. Paris: Galilée.
- Guedeney, Colette/Mendel, Gérard, 1973. *L'angoisse atomique et les centrales nucléaires*. Paris: Payot.
- Guggenberger, Bernd, 1980. *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Guiot, Danièle, 1974. *Le MLF. Mouvement de libération des femmes. Mémoire de Diplômes d'Etudes Supérieure de Sciences Politiques, Universität Lille II* (unveröff. Diplomarbeit).
- Gumbrecht, Hans Ulrich, 1978. Modern, Modernität, Moderne. S. 93-131 in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*. Bd. 2. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Gusfield, Joseph, 1967. Tradition and Modernity: Misplaced Polarities in the Study of Social Change. *The American Journal of Sociology* 72, Heft 4, S. 351-362.
- Gyorgy, Anna & friends, 1979. *No Nukes: Everyone's Guide to Nuclear Power*. Boston: South End Press.
- Haasis, Hellmut G., 1984. *Spuren der Besiegten* (Bd. 1: Freiheitsbewegungen von den Germanenkämpfen bis zu den Bauernaufständen im Dreißigjährigen Krieg). Reinbek: Rowohlt.
- Habermas, Jürgen, 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1976. *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1976a. Zum Thema Geschichte und Evolution. *Geschichte und Gesellschaft* 2, Heft 3, S. 310-357.
- Habermas, Jürgen, 1979. Einleitung. S. 7-35 in: ders. (Hrsg.), *Stichworte zur "Geistigen Situation der Zeit"*. 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen, 1981a. Talcott Parsons - Probleme der Theoriekonstruktion. S. 28-48 in: Joachim Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme*. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentags. Frankfurt/M.: Campus.
- Habermas, Jürgen, 1985. Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. S. 30-56 in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1992. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hage, Jerald/Hannemann, Robert/Gargan, Edward T., 1989. *State Responsiveness and State Activism*. London: Unwin Hyman.
- Hagemann-White, Carol, 1986. Hat die neue Frauenbewegung die politischen Partizipationsformen und Wirkungsmöglichkeiten von Frauen verändert? *Frauenforschung* 4, Heft 4, S. 38-50.
- Hahn, Alois, 1986. Differenzierung, Zivilisationsprozeß, Religion. Aspekte einer Theorie der Moderne. S. 214-231 in: Friedhelm Neidhardt/M. Rainer Lepsius/Johannes Weiß (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft* (Sonderheft 27 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hahn, Alois, 1993. Identität und Nation in Europa. *Berliner Journal für Soziologie* 3, Heft 2, S. 193-203.
- Hallerbach, Jörg, 1978. *Die eigentliche Kernspaltung - Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand.
- Hallgarth, Susan A. (Hrsg.), 1992. *NWO: A Directory of National Women's Organizations*. New York: The National Council for Research on Women.
- Hansen, S. B., 1990. State Differences in Public Policies toward Women: A Test of Three Hypotheses. Paper für die Jahreskonferenz der American Political Science Association, San Francisco, 29. August bis 1. September.
- Harrison, Cynthia, 1975. *Women's Movement Media: A Source Book*. New York und London: R.R. Bowker.
- Harrison, Cynthia, 1988. *On Account of Sex: The Politics of Women's Issues 1945-1968*. Berkeley: University of California Press.
- Hartz, Louis, 1955. *The Liberal Tradition in America*. New York: Harcourt, Brace, Janovich.
- Hatch, Michael T., 1986. *Politics and Nuclear Power: Energy Polity in Western Europe*. Lexington, KY: University Press of Kentucky.
- Hauck, Gerhard, 1984. *Geschichte der soziologischen Theorie*. Reinbek: Rowohlt.
- Hauener, Andrea/Reichart, Elke (Hrsg.), 1992. § 218. *Zur aktuellen Diskussion*. München: Knauer.
- Haupt, Heinz-Gerhard, 1983. Frankreich: Langsame Industrialisierung und republikanische Tradition. S. 39-76 in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hausen, Karin, 1981. Women's History in den Vereinigten Staaten. *Geschichte und Gesellschaft* 7, Heft 3/4, S. 347-363.

- Hauss, Charles, 1978. *The New Left in France: The Unified Socialist Party*. Westport, Conn. und London: Greenwood.
- Häußler-Sczepan, Monika, 1989. *Arzt und Schwangerschaftsabbruch. Eine empirische Untersuchung zur Implementation des reformierten § 218 StGB*. Freiburg: Max Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Hayes, Michael T., 1986. The New Group Universe. S. 133-145 in: Allan J. Cigler/Burdett A. Loomis (Hrsg.), *Interest Group Politics* (zweite Auflage). Washington, D.C.: Congressional Quarterly Press.
- Hayward, Jack, 1976. Institutional Inertia and Political Impetus in France and Britain. *European Journal of Political Research* 4, Heft 4, S. 341-359.
- Heberle, Rudolf, 1951. *Social Movements: An Introduction to Political Sociology*. New York: Appleton-Century-Crofts.
- Heim, Roger, 1952. *Destruction et protection de la nature*. Paris: Armand Colin.
- Heimann, Eduard, 1980. *Soziale Theorie des Kapitalismus* (zuerst 1929). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heimann, Fritz F., 1976. How Can We Get the Nuclear Job Done? S. 86-107 in: Arthur W. Murphy/The American Assembly (Hrsg.), *The Nuclear Power Controversy*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Heinsohn, Gunnar/Rolf Knieper/Otto Steiger, 1986. *Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heinz, Walter R./Schöber, Peter, 1973. *Theorien des kollektiven Verhaltens*. 2 Bde. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Helferich, Nena, 1985. Zehn Jahre Frauenbewegung in Freiburg: Vom Frauenzentrum zum Frauenbündnis. S. 7-25 in: *Stattbuch Freiburg Dreieckland*. Freiburg.
- Henshaw, Stanley K., 1990. Induced Abortion: A World Review, 1990. *Family Planning Perspectives* 22, Heft 2, S. 76-89.
- Herf, Jeffrey, 1982. *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hermant, Jost, 1991. *Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewußtseins*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Hertle, Wolfgang, 1982. Larzac 1971-1981. *Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Süd-Frankreich*. Kassel-Bettenhausen: Weber, Zucht & Co.
- Hertzke, Allen D., 1988. *Representing God in Washington: The Role of Religious Lobbies in the American Polity*. Knoxville: The University of Tennessee Press.
- Hervé, Florence (Hrsg.), 1977. *Brot & Rosen. Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung*. Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter.
- Hervieu-Léger, Danièle, 1979. La presse féministe et l'avortement. S. 93-120 in: François Isambert/Paul Ladrière (Hrsg.), *Contraception et avortement. Dix ans de débat dans la presse (1965-1974)*. Paris: Editions du CNRS.
- Herzig, Arno, 1988. *Unterschichtenprotest in Deutschland 1790-1870*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Hey, Christian/Brendle, Uwe/Weinber, Claude, 1992. Umweltverbände und EG. Forschungsprojekt Nr. 10101080 des Umweltbundesamtes. Freiburg: EURES - Institut für regionale Studien in Europa e.V.
- Hierholzer, Klaus/Wittmann, Heinz-Günter (Hrsg.), 1988. *Phasensprünge und Stetigkeit in der natürlichen und kulturellen Welt*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Hildebrandt, Kai/Dalton, Russell J., 1977. Die neue Politik - Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik? *Politische Vierteljahresschrift* 13, Heft 2, S. 165-177.
- Himmelstein, Jerome L., 1990. *To the Right: The Transformation of American Conservatism*. Berkeley: University of California Press.
- Hirsch, Joachim, 1980. *Der Sicherheitsstaat. Das "Modell Deutschland", seine Krisen und die "neuen sozialen Bewegungen"*. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Hirsch, Joachim, 1985. Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen. *Politische Vierteljahresschrift* 26, Heft 2, S. 160-182.
- Hirsch, Joachim, 1990. *Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland, 1986. *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*. Hamburg: VSA.
- Hirschman, Albert O., 1982. *Shifting Involvements. Private Interests and Public Action*. Princeton: Princeton University Press.
- Hobbes, Thomas, 1915. *Grundzüge der Philosophie*. Bd. 2. Leipzig: Meiner.
- Hoecker, Beate, 1987. *Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hoff-Wilson, Joan (Hrsg.), 1986. *Rights of Passage: The Past and Future of ERA*. Bloomington: Indiana University Press.
- Hoffert, Sandra L./Kahn, Joan R./Baldwin, Wendy, 1987. Premarital Sexual Activity Among U.S. Teenage Women Over the Past Three Decades. *Family Planning Perspectives* 19, Heft 2, S. 46-53.
- Hoffmann-Martinot, Vincent, 1991. Grüne and Verts: Two Faces of European Ecologism. *West European Politics* 14, Heft 4, S. 70-95.
- Hofrichter, Jürgen/Reif, Karlheinz, 1990. Evolution of Environmental Attitudes in the European Community. *Scandinavian Political Studies* 13, Heft 2, S. 119-146.
- Hole, Judith/Levine, Ellen, 1971. *Rebirth of Feminism*. New York: Quadrangle Books.
- Hollander, Jocelyn A., 1992. Does Protest Work? The Anti-Abortion Movement and the U.S. Abortion Rate After Roe v. Wade. Paper für die Jahreskonferenz der American Sociological Association, Pittsburgh, PA, 20.-24 August.
- Höllinger, Franz, 1991. Frauenerwerbsarbeit und Wandel der Geschlechterrollen im internationalen Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, Heft 4, S. 753-771.
- Hölker, Franz-Josef/Raudszus, Frank, 1985. *Die Konzentration der Energiewirtschaft. Kritik der Ordnungswirtschaft im Energiesektor der Bundesrepublik*. Frankfurt/M.: Campus.

- Holton, Reed J., 1985. *The Transition from Feudalism to Capitalism*. London: Macmillan.
- Homans, George C., 1964. Bringing Men Back In. *American Sociological Review* 29, Heft 6, S. 809-818.
- Honneth, Axel/Joas, Hans, 1980. *Soziales Handeln und menschliche Natur. Anthropologische Grundlagen der Sozialwissenschaft*. Frankfurt/M.: Campus.
- Hoplitschek, Ernst, 1984. *Bund Naturschutz in Bayern*. Traditioneller Naturschutzverband oder Teil der neuen sozialen Bewegungen. Berlin: Systemdruck.
- Hopper, Rex D., 1950. The Revolutionary Process: A Frame of Reference for the Study of Revolutionary Movements. *Social Forces* 28 (März), S. 270-279.
- Horellou-Lafarge, Chantal, 1982. Une mutation dans le dispositifs de contrôle social: le cas de l'avortement. *Revue française de sociologie* 23, Heft 3, S. 397-416.
- Hounshell, David A., 1984. *From the American System to Mass Production 1800-1932: The Development of Manufacturing Technology in the United States*. Baltimore und London: Johns Hopkins University Press.
- Howe, Florence, 1984. *Myths of Coeducation. Selected Essays 1965-1983*. Bloomington: Indiana University Press.
- Hübner, Kurt, 1989. *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*. Berlin: Sigma.
- Hübner, Irene, 1979. Die "Aktion 218". S. 158-163 in: Lottemi Doormann (Hrsg.), *Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Hunt, Scott A./Benford, Robert A./Snow, David A., 1994. Framing Processes and Identity Construction in Collective Action. In: Enrique Larana/Joe Gusfield/Hank Johnston (Hrsg.), *New Social Movements: From Ideology to Identity*. Philadelphia: Temple Press (in Vorbereitung).
- Huntington, Samuel P., 1971. The Change to Change: Modernization, Development and Politics. *Comparative Politics* 3 (April), S. 283-322.
- Huser, Roger, 1942. *The Crime of Abortion in Canon Law*. Washington, D.C.: Catholic University Press.
- Immerfall, Stefan, 1989. Politische Kultur als Makrovariable. Zur vergleichenden Entwicklungsanalyse geschichtlicher Kontextbedingungen. S. 26-42 in: Detlef Lehner/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Anpassung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Inglehart, Ronald, 1989. *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt/M.: Campus.
- Inglehart, Ronald, 1990. Values, Ideology and Cognitive Mobilization in New Social Movements, S. 43-66 in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*. Cambridge: Polity Press.

- Inkeles, Alex, 1976. Understanding and Misunderstanding Individual Modernity. S. 103-130 in: Lewis A. Coser/Otto N. Larsen (Hrsg.), *The Uses of Controversy in Sociology*. New York und London: The Free Press und Collier Macmillan.
- INSEE (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques), 1991. *Les Femmes*. Paris: INSEE.
- Ireland, Patricia, 1992. The State of NOW. A Presidential (and Personal) Report. Ms., Juli/August 1992, S. 24-27.
- Isambert, François/Ladrière, Paul, 1979. *Contraception et avortement. Dix ans de débat dans la presse (1965-1974)*. Paris: Editions du CNRS.
- Issartel, Marielle/Belmont, Charles, 1974. *Histoires d'A*. Paris: Stock.
- Jackson, John E./Vinovskis, Maris A., 1983. Public Opinion, Elections and the 'Single-Issue' Issue. S. 64-81 in: Gilbert Y. Steiner (Hrsg.), *The Abortion Dispute and the American System*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Jaggard, Alison, 1983. *Feminist Politics and Human Nature*. Totowa, N.J.: Rowman & Allanheld.
- Jahn, Detlef, 1989. Changes in the Political Culture - Challenges to the Trade Union Movement: the Debate on Nuclear Energy in Swedish and German Trade Unions. S. 144-173 in: John R. Gibbins (Hrsg.), *Contemporary Political Culture: Politics in a Postmodern Age*. London: Sage.
- Jahn, Thomas/Wehling, Peter, 1991. *Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei den Neuen Rechten und "Republikanern"*. Frankfurt/M.: Campus.
- Jahrbuch der Atomwirtschaft, 1986ff., Düsseldorf und Frankfurt: Verlagsgruppe Handelsblatt.
- Jänicke, Martin, 1979. *Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jänicke, Martin, 1992. Conditions for Environmental Policy Success: An International Comparison. *The Environmentalist* 12, Heft 1, S. 47-58.
- Jänicke, Martin, 1993. Über ökologische und politische Modernisierungen. *Zeitschrift für Umweltpolitik* 16, Heft 2, S. 159-176.
- Jänicke, Martin, 1993a. Das Ende der Bequemlichkeit. *Politische Ökologie*, Nr. 31 (Mai/Juni), S. 16-19.
- Japp, Klaus P., 1984. Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen. *Soziale Welt* 35, Heft 3, S. 313-329.
- Jennings, Kent M., 1990. Women in Party Politics. S. 221-248 in: Louise A. Tilly/Patricia Gurin (Hrsg.), *Women, Politics, and Change*. New York: Russell Sage Foundation.
- Jasper, James M., 1987. Two or Twenty Countries: Contrasting Styles of Comparative Research. *Comparative Social Research* 10, S. 205-229.
- Jasper, James M., 1990. *Nuclear Politics. Energy and the State in the United States, Sweden and France*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Jenkins, Craig, 1981. Sociopolitical Movements. S. 81-153 in: Samuel L. Long (Hrsg.), *Handbook of Political Behavior*. Bd. 4. New York und London: Plenum Press.

- Jenkins, Craig, 1983. Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements. *Annual Review of Sociology* 9, S. 527-553.
- Jenkins, Craig, 1985. *The Politics of Insurgency: The Farm Workers Movement in the 1960s*. New York: Columbia University Press.
- Jenkins, Craig, 1987. Interpreting the Stormy 1960s: Three Theories in Search of a Political Age. *Research in Political Sociology* 3, Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Jennings, Kent M./van Deth, Jan W. et al. (Hrsg.), 1990. *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Jenson, Jane, 1982. The Modern Women's Movement in Italy, France, and Great Britain: Differences in Life-Cycle. *Comparative Social Research* 5, S. 341-375.
- Jenson, Jane, 1985. Struggling for Identity: The Women's Movement and the State in Western Europe. *West European Politics* 8, Heft 4, S. 5-18.
- Jenson, Jane, 1987. Changing Discourse, Changing Agendas: Political Rights and Reproductive Policies in France. S. 64-88 in: Mary F. Katzenstein/Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *The Women's Movement of the United States and Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Jenson, Jane, 1990. Representations of Difference: The Varieties of French Feminism. *New Left Review*, Nr. 180 (März/April), S. 127-160.
- Jerouschek, Günter, 1988. *Lebensschutz und Lebensbeginn. Kulturgeschichte des Abtreibungsverbots*. Stuttgart: Enke.
- Jessop, Bob, 1986. Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. *Prokla*, Nr. 65 (Dezember), S. 4-33.
- Joas, Hans, 1990. Die Demokratisierung der Differenzierungsfrage. Die Krise des Fortschrittsglaubens und die Kreativität des kollektiven Handelns. *Soziale Welt* 41, Heft 1, S. 8-27.
- Joas, Hans, 1992. *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Joachimsen, Luc, 1971. § 218 (1871-1971) - Hundert Jahre Elend. S. 14-36 in: ders. (Hrsg.), § 218. *Dokumentation eines 100jährigen Elends*. Hamburg: Konkret.
- Jones, Peter Lloyd, 1984. *The Economics of Nuclear Power in the United Kingdom*. London: Macmillan.
- Joppke, Christian, 1991. Social Movements During Cycles of Issue-Attention: The Decline of the Anti-Nuclear Energy Movements in West Germany and the USA. *British Journal of Sociology* 42, Heft 1, S. 43-60.
- Joppke, Christian, 1993. *Mobilizing Against Nuclear Energy: A Comparison of Germany and the United States*. Berkeley: University of California Press.
- Jung Beatti, Patricia/Shannon, Thomas A. (Hrsg.), 1988. *Abortion and Catholicism. The American Debate*. New York: Crossroad.
- Jungk, Robert, 1977. *Der Atomstaat*. München: Kindler.
- Jütte, Robert, 1993. Griechenland und Rom. Bevölkerungspolitik, Hippokratischer Eid und antikes Recht. S. 27-43 in: ders. (Hrsg.), *Geschichte der Abtreibung. Von der Antike zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.

- Kaase, Max, 1982. Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? S. 173-189 in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max, 1983. Sinn oder Unsinn des Konzepts "Politische Kultur" für die vergleichende Politikforschung oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. S. 144-171 in: Max Kaase/Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max, 1985. *Soziale Bewegungen zwischen Innovation und Antimodernismus*. Vortrag im Rahmen des Kolloquiums "Westeuropa im Wandel", Universität Mannheim, 15.-18. Oktober.
- Kaase, Max, 1990. Mass Participation. S. 23-64 in: Kent M. Jennings/Jan W. van Deth et al. (Hrsg.), *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Kaase, Max, 1990a. Kernenergie und öffentliche Meinung - ein schwieriges Verhältnis. S. 193-219 in: Deutsches Atomforum (Hrsg.), *Kernenergie im Umfeld der 90er Jahre*. Bonn: Inforim.
- Kaase, Max/Neidhardt, Friedhelm, 1990. *Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen* (Unabhängige Regierungskommission zu Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt, Bd. IV). Berlin: Duncker und Humblodt.
- Kaczor, Markus, 1989. Institutionen in der Umweltpolitik - Erfolg der Ökologiebewegung? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2, Heft 3/4, S. 47-62.
- Kaczor, Markus, 1986. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg (unveröff. Diplomarbeit).
- Kaelble, Hartmut, 1983. Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland. *Geschichte und Gesellschaft* 9, Heft 1, S. 106-118.
- Kaelble, Hartmut, 1987. *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft? Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980*. München: C.H. Beck.
- Kahn, Kim Fridkin/Goldenberg, Edie N., 1991. The Media: Obstacle or Ally of Feminists? *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 515 (Mai), S. 104-114.
- Kalleberg, Arthur L., 1966. The Logic of Comparison. *World Politics* 19, Heft 1, S. 69-82.
- Kaplan, Gisela, 1992. *West European Feminism*. London: Allen & Unwin.
- Karras, Christa, 1989. *Die neue Frauenbewegung im lokalen politischen Kräftefeld. Untersuchungen zum Wandel des Politikverständnisses und der politischen Praxis*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Katz, Richard S./Mair, Peter et al., 1992. The membership of political parties in European democracies, 1960-1990. *European Journal of Political Research* 22, Heft 3, S. 329-345.
- Katz, Neil H./List, David C., 1981. Seabrook: A Profile of Anti-Nuclear Activists, June 1978. *Peace and Change* 7, Heft 3, S. 59-69.
- Katzenstein, Mary, 1990. Organizing on the Terrain of Mainstream Institutions: Feminism in the United States Military. S. 174-203 in: Mary F. Katzenstein/Hege Skjeie

- (Hrsg.), *Going Public: National Histories of Women's Enfranchisement and Women's Participation within State Institutions*. Oslo: Institute for Social Research.
- Katzenstein, Mary, 1990a. Feminism Within American Institutions: Unobtrusive Mobilization in the 1980s. *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 16, Heft 1, S. 27-54.
- Katzenstein, Mary/Mueller, Carol (Hrsg.), 1987. *Women's Movements in the United States and Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Katznelson, Ira/Zolberg, Aristide R. (Hrsg.), 1986: *Working Class Formation: Nineteenth Century Patterns in Western Europe and the United States*. Princeton: Princeton University Press.
- Kemp, Ray, 1992. *The Politics of Radioactive Waste Disposal*. Manchester: Manchester University Press.
- Kepplinger, Hans M., 1988. Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 40, Heft 4, S. 659-683.
- Kessel, Hans/Tischler, Wolfgang, 1984. *Umweltbewußtsein. Ökologische Wertvorstellungen in westlichen Industrienationen*. Berlin: Sigma.
- Kesselman, Mark, 1970. Overinstitutionalization and Political Constraint: The Case of France. *Comparative Politics* 3, Heft 1, S.21-44.
- Kesselmann, Mark, 1973. Order or Movement? The Literature of Political Development as Ideology. *World Politics* 23, Heft 1 (Oktober), S. 139-154.
- Ketting, Evert/van Praag, Philip, 1985. *Schwangerschaftsabbruch. Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich*. Tübingen: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie.
- Kielbowicz, Richard B./Scherer, Clifford, 1986. The Role of the Press in the Dynamics of Social Movements. S. 71-96 in: Louis Kriesberg (Hrsg.), *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 9. Greenwich und London: JAI Press.
- Kienle, Else, 1980. Der Fall Kienle. S. 194-204 in: Ingrid Zwerenz (Hrsg.), *Frauen. Die Geschichte des § 218*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Kiersch, Gerhard/von Oppeln, Sabine, 1983. *Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland*. Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag.
- Killian, Lewis M., 1964. Social Movements. S. 426-455 in: Robert R. Faris (Hrsg.), *Handbook of Modern Sociology*. Chicago: Rand McNally.
- Killian, Louis M., 1984. Organization, Rationality and Spontaneity in the Civil Rights Movement. *American Sociological Review* 49, Heft 6, S. 770-783.
- Kimmel, Adolf, 1989. Das französische Parteiensystem. Von der Bipolarisierung zum Konsens? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 39, S. 14-25.
- King, Wendell C., 1956. *Social Movements in the United States*. New York: Random House.
- Kitschelt, Herbert, 1980. *Kernenergiepolitik: Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kitschelt, Herbert, 1983. *Politik und Energie. Energie-Technologiepolitiken in den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Schweden*. Frankfurt/M.: Campus.

- Kitschelt, Herbert, 1983a. *Der ökologische Diskurs. Eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kitschelt, Herbert, 1985. Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA. Strategien gesellschaftlichen Wandels und "American Exceptionalism". S. 83-139 in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kitschelt, Herbert, 1985a. New Social Movements in West Germany and the United States. *Political Power and Social Theory* 5, S. 273-324.
- Kitschelt, Herbert, 1985b. Materiale Politisierung der Produktion. *Zeitschrift für Soziologie* 14, Heft 3, S. 188-208.
- Kitschelt, Herbert, 1986. Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science* 16, Heft 1, S. 57-85.
- Kitschelt, Herbert, 1990. New Social Movements and the Decline of Party Organization. S. 179-208 in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*. Cambridge: Polity Press.
- Kitschelt, Herbert, 1990a. La gauche libertaire et les écologistes français. *Revue française de science politique* 40, Heft 3, S. 339-365.
- Kitschelt, Herbert, 1991. Resource Mobilization Theory: A Critique. S. 323-347 in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press.
- Klapp, Orin E., 1969. *Collective Search for Identity*. New York: Holt, Rinehart & Winston.
- Klandermans, Bert, 1984. Mobilization and Participation: Social Psychological Expansions of the Resource Mobilization Theory. *American Sociological Review* 49, Heft 5, S. 583-600.
- Klandermans, Bert, 1988. The Formation and Mobilization of Consensus. S. 173-196 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), 1988. *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Klandermans, Bert, 1990. Linking the "Old" and "New" Movement Networks in the Netherlands. S. 122-136 in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*. Cambridge: Polity Press.
- Klandermans, Bert/Oegema, Dirk, 1987. Potentials, Networks, Motivations, and Barriers: Steps Towards Participation in Social Movements. *American Sociological Review* 52 (August), S. 519-531.
- Klandermans, Bert/Tarrow, Sidney, 1988. Mobilization into Social Movements: Synthesizing European and American Approaches. S. 1-40 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.

- Klandermans, Bert/Kriese, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hrsg.), 1988. *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Kleimann, Carol, 1980. *Women's Networks: The Complete Guide to Getting a Better Job, Advancing Your Career, and Feeling Great as a Women Through Networking*. New York: Ballantine.
- Klein, Ethel, 1984. *Gender Politics. From Consciousness to Mass Politics*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Klönne, Arno, 1989. *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Klotsch, Lilian/Stöss, Richard, 1984. Die Grünen. S. 1509-1598 in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteihandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*. Bd. 2. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kluckhohn, Florence R., 1963. Some Reflections on the Nature of Cultural Integration and Change. S. 217-247 in: Edward Tiryakian (Hrsg.), *Sociological Theory, Values, and Socio-cultural Change*. Cambridge, Mass. und New York: Free Press of Glencoe.
- Knafla, Leonore/Kuhlke, Christine, 1991. 20 Jahre Frauenbewegung. Und sie bewegt sich noch! - Ein Rückblick nach vorn. S. 91-115 in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2., überarb. und erweit. Auflage, zuerst 1987). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Knoke, David, 1990. The Mobilization of Members in Women's Associations. S. 383-410 in: Louise A. Tilly/Patricia Gurin (Hrsg.), *Women, Politics, and Change*. New York: Russell Sage Foundation.
- Koch, Hans-Georg, 1988. Frankreich. S. 17-324 in: Albin Eser/Hans-Georg Koch (Hrsg.), *Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich. Rechtliche Regelungen - Soziale Rahmenbedingungen - Empirische Grunddaten*. Teil 1: Europa (1988). Nomos: Baden-Baden.
- Kocka, Jürgen, 1981. *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850-1980*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kocka, Jürgen, 1983. Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich. S. 5-38 in: ders. (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kocka, Jürgen, 1983a. *Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875*. Berlin: J.H.W. Dietz.
- Kocka, Jürgen, 1983b. Diskussionsbeitrag. S. 93-99 in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Schwartz.
- Kohli, Martin, 1989. Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. Aktuelle Veränderungstendenzen und ihre Folgen. S. 249-287 in: Ditmar Brock et al. (Hrsg.), *Subjektivität im gesellschaftlichen Prozeß*. München: DJI-Verlag.
- Kolinski, Eva, 1989. *Women in West Germany: Life, Work and Politics*. Oxford: Berg.
- Kolinski, Eva, 1991. Political Participation and Parliamentary Careers: Women's Quotas in West Germany. *West European Politics* 14, Heft 1, S. 56-72.

- Kondylis, Panajotis, 1981. *Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- König, Helmut, 1992. *Zivilisation und Leidenschaften. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter*. Reinbek: Rowohlt.
- Kontos, Sylvia, 1989. "Von heute an gibt's mein Programm": Zum Verhältnis von Partizipation und Autonomie in der Politik der neuen Frauenbewegung. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2, Sonderheft: 40 Jahre Soziale Bewegungen, S. 52-65.
- Koopmans, Ruud, 1992. *Democracy from Below: New Social Movements and the Political System in West Germany*. Universität von Amsterdam (unveröff. Dissertation).
- Koopmans, Ruud, 1993. The Dynamics of Protest Waves: West Germany, 1965 to 1989. *American Sociological Review* 58 (October), S. 637-658.
- Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem, 1991. Protest in een pacificatie-democratie de Nederlandse nieuwe sociale bewegingen in internationaal vergelijkend perspectief. *Mens en Mattschappij* 66, Heft 3, S. 233-256.
- Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem, 1992. The Politics of Suddenly Imposed Grievances: Chernobyl and the Gulf War. Paper zur First European Conference on Social Movements. Wissenschaftszentrum Berlin, 29.-31. Oktober.
- Kornhauser, William, 1959. *The Politics of Mass Society*. New York: The Free Press.
- Koselleck, Reinhart, 1975. Fortschritt. S. 351-423 in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 2. Stuttgart: Klett.
- Koselleck, Reinhart, 1979. Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen (zuerst 1973). S. 130-157 in: ders., *Vergangene Zukunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Koselleck, Reinhard, 1979a. Über die Verfügbarkeit der Geschichte (zuerst 1977). S. 260-277 in: ders., *Vergangene Zukunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Koselleck, Reinhart, 1979b. "Neuzeit". Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe (zuerst 1977). S. 300-348 in: ders., *Vergangene Zukunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kowalewski, David/Porter, Karen L., 1992. Ecoprotest: Alienation, Deprivation, or Resources? *Social Science Quarterly* 73, Heft 3, S. 523-534.
- Krabbe, Wolfgang R., 1974. *Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kraditor, Aileen S., 1965. *The Ideas of the Woman Suffrage Movement, 1890-1920*. New York and London: Columbia University Press.
- Kraft, Michael E./Clary, Bruce B., 1988. Assessing Citizen Participation in Environmental Policy: The NIMBY Syndrome and Radioactive Waste Disposal. Paper für die Jahreskonferenz der American Political Science Association, 1.-4. September.
- Kraiker, Gerhard, 1983. *Paragraph 218. Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Krauß-Pötz, Renate (Hrsg.), 1993. *Einbruch in die Polis. Erfahrungen und Erfolge kommunaler Frauenpolitik*. Frankfurt/M.: Campus.
- Krechel, Ursula, 1975. *Selbsterfahrung und Fremdbestimmung. Bericht aus der Neuen Frauenbewegung*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand.

- Kreckel, Reinhard, 1992. *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kretschmer, Winfried, 1988. Wackersdorf: Wiederaufarbeitung im Widerstreit. S. 165-218 in: Ulrich Linse/Reinhard Falter/Dieter Rucht/Winfried Kretschmer, *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Kretschmer, Winfried/Rucht, Dieter, 1991. Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. S. 180-212 in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. überarbeitete und erweiterte Auflage, zuerst 1987). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Krieger, Verena, 1987. *Entscheiden. Was Frauen (und Männer) über den § 218 wissen sollten*. Hamburg: Konkret.
- Kriesi, Hanspeter (Hrsg.), 1985. *Bewegung in der Schweizer Politik. Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kriesi, Hanspeter, 1991. *The Political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization*. Discussion Paper FS III 91-103. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Kriesi, Hanspeter, 1992. Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 5, Heft 4, S. 85-93.
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan W./Guigni, Marco G., 1992. New Social Movements and Political Opportunities in Western Europe. *European Journal of Political Research* 22, Heft 2, S. 219-244.
- Kügler, Elke, 1989. *Memmingen - Abtreibung vor Gericht*. Braunschweig: Holtzmeier.
- Kuhn, Annette (Hrsg.), 1986. *Frauen in der deutschen Nachkriegszeit. Bd. 2: Frauenpolitik 1945-1949*. Düsseldorf: Schwann.
- Kuhn, Annette, 1990. Frauengeschichtsforschung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34, S. 3-15.
- Kühnel, Wolfgang, 1992. Orientierungen im politischen Handlungsraum. S. 59-71 in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), *Jugend* 92. Bd. 2. Opladen: Leske und Budrich.
- Kuisel, Richard F., 1981. *Capitalism and the State in Modern France*. Berkeley: University of California Press.
- Ladrière, Paul, 1982. Religion, morale et politique: le débat sur l'avortement. *Revue française de sociologie* 23, Heft 3, S. 417-454.
- Lake, Randall A., 1986. The Metaethical Framework of Anti-Abortion Rhetoric. *Signs* 11, Heft 3, S. 478-498.
- Lalonde, Brice, 1981. *Sur la vague verte*. Paris: Robert Laffont.
- Landfried, Christine, 1990. *Partei Finanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA*. Baden-Baden: Nomos.

- Landwehr, Carl, 1983. Roe v. Wade: An Elitist Decision. S. 19-27 in: Dave Andrusko (Hrsg.), *To Rescue the Future: The Pro-Life Movement in the 1980s*. Toronto und New York: Life Cycle Books.
- Lane, Christel, 1993. Gender and the labor market in Europe: Britain, Germany and France compared. *The Sociological Review* 41, Heft 2, S. 274-301.
- Lane, Ruth, 1992. Political Culture: Residual Category or General Theory? *Comparative Political Studies* 25, Heft 3, S. 262-378.
- Lang, Kurt/Lang, Gladys E., 1961. *Collective Dynamics*. New York: Crowell.
- Lang, Regina, 1989. *Frauenquoten. Der einen Freud, des anderen Leid*. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Lapeyronnie, Didier, 1988. Mouvements sociaux et action politique. Existe-t-il une théorie de la mobilisation des ressources? *Revue française de sociologie* 29, Heft 4, S. 593-619.
- LaPiere, Richard T., 1938. *Collective Behavior*. New York: Mc Graw-Hill Book Co.
- Laqueur, Walter, 1978. *Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie* (Neuauflage). Köln: Wissenschaft und Politik.
- Laurent, Philippe, 1978. Le nucléaire dans le droit énergétique de la France. *Projet*, Nr. 121 (Januar), S. 13-44.
- Leahy, Peter/Mazur, Allan, 1978. A Comparison of Movements Opposed to Nuclear Power, Fluoridation, and Abortion. *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 1, S. 134-154.
- Lears, T. Jackson, 1981. *No Place of Grace: Antimodernism and the Transformation of American Culture 1880-1920*. New York: Pantheon.
- Léger, Danièle, 1982. *Le féminisme en France (1970-1980)*. Paris: Le Sycomore.
- Leggewie, Claus, 1984. Eine immer unbestimmtere Idee von Frankreich. Anmerkungen zur französischen politischen Kultur. S. 118-144 in: Peter Reichel (Hrsg.), *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt/M.: Campus.
- Leggewie, Claus, 1985. Propheten ohne Macht. Die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich zwischen Resignation und Fremdbestimmung. S. 83-139 in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*. Frankfurt/M.: Campus.
- Leist, Anton, 1990. *Eine Frage des Lebens. Ethik der Abtreibung und künstlichen Befruchtung*. Frankfurt/M.: Campus.
- Leonhard, Martin, 1986. *Umweltverbände. Zur Organisation von Umweltschutzinteressen in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, Rainer M., 1969. Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem. S. 197-213 in: Theodor W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*. Stuttgart: Enke.
- Lepsius, Rainer M., 1977. Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der "Moderne" und die "Modernisierung". S. 10-29 in: Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Studien zum Beginn der modernen Welt*. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Lepsius, Renate, 1988. Der Sturm auf die Akademie Bad Boll 1971. S. 70-76 in: Hilke Schlaeger (Hrsg.), *Mein Kopf gehört mir. Zwanzig Jahre Frauenbewegung*. München: Frauenoffensive.
- Lerner, Daniel, 1968. Modernization. Social Aspects. S. 386-395 in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*. Bd. 10. New York: Macmillan.
- Les Amis de la Terre (Hrsg.), 1975. *L'escroquerie nucléaire*. Paris: Stock.
- Levy, Marion Jr., 1963. Some Problems for a Unified Theory of Human Nature. S. 9-32 in: Edward A. Tiryakian (Hrsg.), *Sociological Theory, Values, and Sociocultural Change*. Glencoe und London: The Free Press und Collier-Macmillan.
- Lewis, Richard S., 1972. *The Nuclear-Power Rebellion: Citizens vs. the Atomic Industrial Establishment*. New York: Viking.
- Lichtermann, Paul, 1992. When is the Personal Political? Class, Culture and Political Style in U.S. Grassroots Environmentalism. Paper für den Jahreskongreß der American Sociological Association, Pittsburgh, 20.-24. August.
- Lijphart, Arend, 1971. Comparative Politics and the Comparative Method. *American Political Science Review* 65, Heft 3, S. 682-693.
- Lijphart, Arend, 1975. The Comparable-Cases Strategy in Comparative Research. *Comparative Political Studies* 8, Heft 2, S. 158-177.
- Lilienthal, David E., 1963. *Change, Hope and the Bomb*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Linnhoff, Ute, 1974. *Die neue Frauenbewegung in USA und Bundesrepublik*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Linse, Ulrich, 1983. *Barfußige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre*. München: Siedler.
- Linse, Ulrich, 1986. *Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Linse, Ulrich/Falter, Reinhard/Rucht, Dieter/Kretschmer, Winfried, 1988. *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Lippmann, Christa, 1990. Technik ist auch Frauensache - Berichtsstand zum Thema Frauenförderung in Unternehmen. S. 123-145 in: Erika Bock-Rosenthal (Hrsg.), *Frauenförderung in Praxis. Frauenbeauftragte berichten*. Frankfurt/M.: Campus.
- Lipset, Seymour M., 1991. The Revolt Against Modernity. S. 451-500 in: P. Torsvik (Hrsg.), *Mobilization, Center-Periphery Structures and Nation Building*. Bergen: Universitetsforlaget.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. S. 1-64 in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Lipsky, Michael, 1968. Protest as a Political Resource. *The American Political Science Review* 62 (Dezember), S. 1144-1158.
- Lison, Rüdiger, 1984. *Gesellenboykott, Maschinensturm, Arbeitskampf. Die Entwicklung des Streiks zur dominanten Kampfform der Arbeiterschaft*. Frankfurt/M.: Campus.

- Loch, Dietmar, 1991. *Der schnelle Aufstieg des Front National*. München: tuduv.
- Lockwood, David, 1964. Social Integration and System Integration. S. 244-257 in: George K. Zollschan/Walter Hirsh (Hrsg.), *Explorations in Social Change*. London: Houghton Mifflin.
- Logan, Rebecca/Nelkin, Dorothy, 1980. Labor and Nuclear Power. *Environment* 22, Heft 2, S. 6-13 und 34.
- Lösche, Peter, 1990. Interessenorganisationen. S. 419-441 in: Willi P. Adams et al. (Hrsg.), *Länderbericht USA I*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lovenduski, Joni, 1986. *Women and European Politics: Contemporary Feminism and Public Policy*. Amherst, Mass.: The University of Massachusetts Press.
- Lovenduski, Joni, 1986a. Parliament, pressure groups, networks and the women's movement: the politics of abortion law reform in Britain (1967-83). S. 49-66 in: Joni Lovenduski/Joyce Outshoorn (Hrsg.), *The New Politics of Abortion*. London: Sage.
- Lovenduski, Joni, 1988. The Women's Movement in Western Europe: Theory, Strategy, Practice and Politics. S. 107-125 in: Mary Buckley/Malcolm Anderson (Hrsg.), *Women, Equality and Europe*. London: Macmillan.
- Lovenduski, Joni/Hills, Jill, 1981. *The Politics of the Second Electorate. Women and Public Participation*. London: Routledge & Kegan.
- Lowi, Theodore J., 1971. *The Politics of Disorder*. New York und London: Basic.
- Lucas, Nigel J. D., 1979. *Energy in France: Planning, Politics and Policy*. London: Europa Publications.
- Lucas, Nigel (unter Mitarbeit von Dimitri Papaconstantinou), 1985. *Western European Energy Politics: A Comparative Study of the Influence of Institutional Structure on Technical Change*. Oxford: Clarendon Press.
- Lüdtke, Alf, 1984. Protest - oder: Die Faszination des Spektakulären. Zur Analyse alltäglicher Widersetzlichkeit. S. 325-341 in: Heinrich Volkmann/Jürgen Bergmann (Hrsg.), *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1971. Zweck - Herrschaft - System. Grundbegriffe und Prämissen Max Webers (zuerst 1964). S. 90-112 in: ders., *Politische Planung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1975. Evolution und Geschichte. S. 150-169 in: ders., *Soziologische Aufklärung* 2. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas. 1984. *Soziale Systeme*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1991. *Soziologie des Risikos*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Luhmann, Niklas, 1992. *Beobachtungen der Moderne*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luker, Kristin, 1984. *Abortion and the Politics of Motherhood*. Berkeley: University of California Press.
- Luker, Kristin, 1990. The War Between the Women - Arguments About Abortion (zuerst 1984). S. 262-272 in: Sheila Ruth (Hrsg.), *Issues in Feminism: An Introduction to Women's Studies*. Mountain View, CA: Mayfield.

- Lüthy, Herbert, 1973. Variationen über ein Thema von Max Weber. S. 99-122 in: Constans Seyfarth/Walter M. Sprondel (Hrsg.), *Religion und gesellschaftliche Entwicklung. Studien zur Protestantismus-Kapitalismus-These Max Webers*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lutz, Burkhardt, 1984. *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt/M.: Campus.
- Macpherson, C.B., 1973. *Die politische Theorie des Besitzindividualismus* (orig. 1962). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Maltry, Karola, 1993. *Die neue Frauenfriedensbewegung. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung*. Frankfurt/M.: Campus.
- Mann, Patrice, 1991. *L'action collective. Mobilisation et organisation de minorités actives*. Paris: Armand Colin.
- Mannheim, Karl, 1985⁷. *Ideologie und Utopie* (zuerst 1929). Frankfurt/M.: Klostermann.
- Manes, Christopher, 1990. *Green Rage. Radical Environmentalism and the Unmaking of Civilization*. Boston: Little, Brown and Co.
- Mansbridge, Jane J., 1986. *Why We Lost the ERA*. Chicago: University of Chicago Press.
- Marcuse, Herbert, 1934. Der Kampf gegen Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. *Zeitschrift für Sozialforschung* 3, Heft 2, S. 161-195.
- Markovits, Andrei S., 1982. *The Political Economy of West Germany*. New York: Praeger.
- Marks, Elaine/de Courtivron, Isabelle (Hrsg.), 1980. *New French Feminism: An Anthology*. Amherst: The University of Massachusetts Press.
- Marsh, David/Chambers, Joanna, 1981. *Abortion Politics*. London: Junction.
- Marshall, Susan E., 1991. Who speaks for American Women? The Future of Antifeminism. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 515 (Mai), S. 50-62.
- Marshall, Thomas H., 1992. Staatsbürgerrechte und soziale Klassen (orig. 1949). S. 33-94 in: ders., *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/M.: Campus.
- Marx, Gary T./Wood, James L., 1975. Strands of theory and research on collective behavior. *Annual Review of Sociology* 1, S. 368-428.
- Mason, Karen Oppenheim/Czajka, John L./Arber, Sara, 1976. Change in U.S. Women's Sex-Roles Attitudes, 1964-1974. *American Sociological Review* 41, Heft 4, S. 573-596.
- Masterton-Allen, Susan/Brown, Phil, 1990. Public Reaction to Toxic Waste Contamination: Analysis of a Social Movement. *International Journal of Health Services* 20, Heft 3, S. 485-500.
- Mathieu, Jean-Luc, 1992. *La défense de l'environnement en France*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Mayer, Margit, 1991. Social Movement Research and Social Movement Practice: The U.S. Pattern. S. 47-120 in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The*

- State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview.
- Mayer, Margit/Roth, Roland, 1993. *New Social Movements and the Transformation to Post-Fordist Society*. Berlin (unveröff. Manuskript).
- Mayer-Tasch, Peter C., 1976. *Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem*. Hamburg: Reinbek.
- Mayer-Tasch, Peter C., 1985. *Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem* (5., neu bearbeitete Ausgabe, zuerst 1976). Reinbek: Rowohlt.
- Mayntz, Renate (Hrsg.), 1978. *Vollzugsprobleme in der Umweltpolitik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Mayreder, Rosa, 1925². *Der typische Verlauf sozialer Bewegungen*. Wien und Leipzig: Braumüller.
- Mazur, Allan, 1975. Opposition to Technological Innovation. *Minerva* 13, S. 58-81.
- Mazur, Allan, 1985. The Mass Media in Environmental Controversies. S. 119-133 in: Augustine Brannigan/Sheldon Goldenberg (Hrsg.), *Social Responses to Technological Change*. Westport und London: Greenwood.
- Mazuzan, George T., 1986. "Very risky business": A Power Reactor for New York City. *Technology and Culture* 27, S. 262-284.
- Mazuzan, George/Walker, Samuel J., 1985. *Controlling the Atom: The Beginnings of Nuclear Regulation 1946-1962*. Berkeley: University of California Press.
- McAdam, Doug, 1982. *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970*. Chicago und London: The University of Chicago Press.
- McAdam, Doug, 1992. Gender as a Mediator of the Activist Experience: The Case of Freedom Summer. *American Journal of Sociology* 97, Heft 5, S. 2111-2140.
- McAdam, Doug/Rucht, Dieter, 1993. Cross-National Diffusion of Social Movement Ideas and Tactics. *The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences*. Bd. 528, S. 56-74.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N., 1988. Social Movements. S. 695-737 in: Neil J. Smelser (Hrsg.), *Handbook of Sociology*. Newbury Park: Sage.
- McAdam, Doug/Rucht, Dieter, 1993. Cross-National Diffusion of Social Movement Ideas and Tactics. *The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences* Band 528 (Juli), S. 56-74.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N., 1973. *The Trend of Social Movements in America: Professionalization and Resource Mobilization*. Morriston, NJ: General Learning Press.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N., 1977. Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. *American Journal of Sociology* 82, S. 1212-1241.
- McCarthy, John D., 1987. Pro-Life and Pro-Choice Mobilization: Infrastructure Deficits and New Technologies. S. 49-66 in: Mayer N. Zald/John D. McCarthy (Hrsg.), *Social Movements in an Organizational Society*. New Brunswick: Transaction.

- McCarthy, John D./Britt, David/Wolfson, Mark, 1991. The Institutional Channeling of Social Movements by the State in the United States. *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 13, S. 45-76.
- McCloskey, Michael, 1991. Twenty Years of Change in the Environmental Movement: An Insider's View. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 273-284.
- McKeegan, Michele, 1992. *Abortion Politics: Mutiny in the Ranks of the Right*. New York: The Free Press.
- McMichael, Philip, 1990. Incorporating Comparison within a World-Historical Perspective: An Alternative Comparative Method. *American Sociological Review* 55, Heft 2, S. 385-397.
- Meadows, Paul, 1943. An Analysis of Social Movements. *Sociology and Social Research* 27 (Jan./Feb.), S. 223-228.
- Meadows Donella H./Meadows, Dennis L. (Club of Rome), 1971. *The Limits to Growth*. New York: Universe Books.
- Meehan, Richard L., 1984. *The Atom and the Fault: Experts, Earthquakes and Nuclear Power*. Cambridge, Mass.: MIT Press
- Mehlich, Harald, 1983. Politischer Protest und gesellschaftliche Entdifferenzierung. S. 134-153 in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hrsg.), *Großstadt und neue soziale Bewegungen*. Basel: Birkhäuser.
- Meier, Kenneth J./McFarlane, Deborah R., 1993. The Politics of Funding Abortion. *American Politics Quarterly* 21, Heft 1, S. 81-101.
- Meissner, Werner, 1990. Die Umweltpolitik. S. 639-646 in: Adams, Willi P. et al. (Hrsg.), *Länderbericht USA I*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Melucci, Alberto, 1980. The new social movements: A theoretical approach. *Social Science Information* 19, Heft 2, S. 199-226.
- Melucci, Alberto, 1984. An End to Social Movements? Introductory Paper to the Sessions on "New Social Movements and Change in Organizational Forms". *Social Science Information* 24, Heft 4/5, S. 813-835.
- Melucci, Alberto, 1985. The Symbolic Challenge of Contemporary Movements. *Social Research* 52, Heft 4, S. 789-815.
- Melucci, Alberto, 1988. Getting Involved: Identity and Mobilization in Social Movements. S. 329-348 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Conn., JAI Press.
- Melucci, Alberto, 1989. *Nomads of the Present: Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*. London: Century Hutchinson Ltd.
- Merkel, Wolfgang, 1993. Machtressourcen, Handlungsrestriktionen und Strategiewahlen. Die Logik sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. *Politische Vierteljahresschrift* 34, Heft 1, S. 3-28.
- Merleau-Ponty, Maurice, 1966. *Phänomenologie der Wahrnehmung* (orig. 1945). Berlin: de Gruyter.
- Mermet, Gérard, 1992. *Franco-scopie 1993*. Paris: Larousse.

- Metz, Rainer, 1993. Wachstum und lange Wellen - Erklärungshypothesen langfristiger Konjunktur- und Wachstumsschwankungen in Industrienationen. *Neue Politische Literatur* 38, Heft 1, S. 43-72.
- Metz-Göckel, Sigrid, 1993. "Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit" - Frauenforschung in Westdeutschland. S. 408-426 in: Gisela Helwig/Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Berlin: Akademie Verlag.
- Meulemann, Heiner, 1985. Säkularisierung und Politik. Wertwandel und Wertstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 26, Heft 1, S. 29-51.
- Meusel, Alfred, 1925. Vom "Sinn" der sozialen Bewegungen. *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 5, Heft 1/2, S. 13-34.
- Meyer, Birgit, 1991. Frauenbewegung und politische Kultur in den 80er Jahren. S. 219-234 in: Werner Süß (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren*. Opladen: Leske und Budrich.
- Meyer, David S., 1990. *A Winter of Discontent: The American Nuclear Freeze and American Politics*. New York: Praeger.
- Meyer, Sybille/Schulze, Eva, 1990. Auf der Suche nach neuen Lebensformen - Singles und nichteheliche Lebensgemeinschaften. *Frauenforschung* 8, Heft 1/2, S. 1-14.
- Meyer, Herbert, 1981. *Zur neueren Entwicklung der Bürgerinitiativbewegung im Bereich Kernenergie*. Bochum: Eigenverlag.
- Mez, Lutz (Hrsg.), 1981. *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atombewegung* (zuerst 1979). Reinbek: Rowohlt.
- Mez, Lutz, 1991. Von den Bürgerinitiativen zu den GRÜNEN. Zur Entstehungsgeschichte der "Wahlalternativen" in der Bundesrepublik. S. 379-391 in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. (2. überarb. Auflage, zuerst 1987). Frankfurt/M.: Campus.
- Mez, Lutz et al., 1979. *Energiediskussion in Europa* (hrsg. von Volker Hauff). Villingen-Schwenningen: Neckar Verlag.
- MFFP (Mouvement Français pour le Planning Familial), 1982. *D'une revolte à une lutte. 25 ans d'histoire du planning familial*. Paris: Editions Tierce.
- MFFP (Mouvement Français pour le Planning Familial), 1990. *Contraception, avortement: le droit des femmes*. Paris: Selbstverlag.
- MFFP (Mouvement Français pour le Planning Familial), 1991. *L'avortement, un droit menacé*. Paris: Selbstverlag.
- MFFP (Mouvement Français pour le Planning Familial), 1991a. *Europe & Elles*. Colloque européen organisé par le MFFP. Paris, 12-23 janvier 1991. Paris: Selbstverlag.
- MFFP (Mouvement Français pour le Planning Familial), 1992. *Les oppositions à l'avortement: les commandos anti-IGV*. Paris: Selbstverlag.
- Michalski, Bettina, 1992. Der § 218 in der alten Bundesrepublik - Eine halbherzige Reform und ihre Abwicklung. S. 185-198 in: Kirsten Thietz (Hrsg.), *Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR. Dokumente*. Berlin: Basis Druck.

- Michel, Andrée, 1980. *Le féminisme* (zweite aktualisierte Ausgabe, zuerst 1979). Paris: Presses Universitaires de France.
- Michels, Robert, 1989¹. *Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (zuerst 1911). Stuttgart: Kröner.
- Midttun, Atle/Rucht, Dieter, 1994. Comparing Policy Outcomes of Conflicts Over Nuclear Power: Description and Explanation. S. 371-404 in: Helena Flam (Hrsg.), *States and Anti-Nuclear Oppositional Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Milbrath, Lester (with Fisher, Barbara), 1984. *Environmentalists: Vanguard for a New Society*. Albany: State University of New York Press.
- Milz, Helga, 1989. "Blick zurück nach vorn!" Empirische Untersuchungen zum gesellschaftlichen und politischen Frauenbewußtsein. S. 129-166 in: *Frauen - Macht - Politik. Zerreißproben um Emanzipation und Quotierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mitchell, Robert C., 1981. From Elite Quarrel to Mass Movement. *Society* 18, July/August, S. 76-84.
- Mitchell, Robert C., 1989. From Conservation to Environmental Movement: The Development of the Modern Environmental Lobbies. S. 81-113 in: Michael J. Lacey (Hrsg.), *Government and Environmental Politics*. Washington, D.C.: Wilson Center Press.
- Mitchell, Robert C./Mertig, Angela G./Dunlap, Riley E., 1991. Twenty Years of Environmental Mobilization: Trends Among National Environmental Organizations. *Society and Natural Resources* 4, Heft 3, S. 219-234.
- Mittermüller, Hans G., 1987. *Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer 'ökologischen Philosophie'*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Mohr, James C., 1978. *Abortion in America*. New York: Oxford University Press.
- Molotch, Harvey/Lester, Marilyn, 1976. Accidental News: The Great Oil Spill as Local Occurrence and National Event. *American Journal of Sociology* 81, Heft 2, S. 235-260.
- Mommsen, Wolfgang J./Husung, Hans-Gerhard, (Hrsg.) 1984. *Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Monier, Françoise/Lacoste, Beatrice, 1983. The French Press and Nuclear Power. S. 79-83 in: Nelson Smith/Leonard J. Theberge (Hrsg.), *Energy Coverage - Media Panic*. New York und London: Longman.
- Moore, Barrington, Jr., 1969. *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie* (orig. 1966). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Moore, Barrington, 1974. *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie* (orig. 1966). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Moore, Barrington, Jr., 1982. *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand* (orig. 1978). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Moore, Wilbert E., 1963. *Social Change*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.

- Mooser, Josef, 1983. Abschied vom "Proletariat". Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive. S. 143-186 in: Werner Conze/Rainer M. Lepsius (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Morgan, Robin (Hrsg.), 1970. *Sisterhood is Powerful*. New York: Random House.
- Morgan, April/Wilcox, Clyde, 1992. Anti-Feminism in Western Europe 1975-1987. *West European Politics* 15, Heft 4, S. 151-169.
- Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hrsg.), 1992. *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven: Yale University Press.
- Morris, Monica B., 1973. The Public Definition of a Social Movement: Women's Liberation. *Sociology and Social Research* 57 (Juli), S. 526-543.
- Morris, Douglas G., 1987. Die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs nach der Rechtsprechung des Supreme Court der USA und des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland in vergleichender Sicht. *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 99, Heft 4, S. 888-901.
- Moss, Bernard H., 1976. *The Origins of the French Labor Movement*. Berkeley: University of California Press.
- Mossuz-Lavau, Janine, 1986. Abortion policy in France under governments of the Right and the Left (1973-84). S. 89-104 in: Joni Lovenduski/Joyce Outshoorn (Hrsg.), *The New Politics of Abortion*. London: Sage.
- Mossuz-Lavau, Janine, 1991. *Les lois de l'amour. Les politiques de la sexualité en France (1950-1990)*. Paris: Payot.
- Mossuz-Lavau, Janine/Sineau, Mariette, 1980. *Les femmes françaises en 1978: insertion sociale, insertion politique*. Paris: Fondation Nationale des Sciences Politiques.
- Mossuz-Lavau, Janine/Sineau, Mariette, 1983. *Enquête sur les femmes et la politique en France*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Mühlmann, Wilhelm E., 1964. *Chiliasmus und Nativismus*. Berlin: Reimer.
- Muller, Edward N./Weede, Erich, 1990. Cross-National Variation in Political Violence. *Journal of Conflict Resolution* 34, Heft 1, S. 624-651.
- Müller, Edda, 1986. *Innenwelt der Umweltpolitik - (Ohn) Macht durch Organisationen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Müller-Rommel, Ferdinand, 1993. *Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Münch, Richard, 1982. *Theorie des Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Münch, Richard, 1984. *Die Struktur der Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Münch, Richard, 1986. *Die Kultur der Moderne*. 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Münch, Richard, 1992. *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Myers, Desaix B., 1977. *The Nuclear Power Debate: Moral, Economic, Technical and Political Issues*. New York: Praeger.
- Na'aman, Shlomo, 1978. *Zur Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung. Lernprozesse und Vergesellschaftung 1830-1868*. Hannover: SOAK.

- NAF (National Abortion Federation), 1993. *Incidents of Violence & Disruption Against Abortion Providers, 1992*. Washington, D.C.: NAF.
- NARAL (National Abortion Rights Action League Foundation), 1991. *Who Decides: A State-by-State Review of Abortion Rights*. Washington: The Foundation.
- Naroll, Raoul, 1965. Galton's Problem: The Logic of Cross-Cultural Analysis. *Social Research* 32, S. 428-451.
- Narr, Wolf-Dieter, 1980. Zum Politikum der Form. *Leviathan* 8, Heft 2, S. 143-163.
- Narr, Wolf-Dieter/Offe, Claus, 1975. Einleitung. S. 9-46 in: dies. (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Naschold, Frieder, 1972. Zur Politik und Ökonomie von Planungssystemen. S. 13-53 in: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Mannheim, Herbst 1971. Sonderheft 4/1972 der *Politischen Vierteljahresschrift*.
- Naßmacher, Karl-Heinz, 1992. Parteienfinanzen im westeuropäischen Vergleich. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23, Heft 3, S. 462-488.
- Nau, Henry R., 1974. *National Politics and International Technology: Nuclear Reactor Development in Western Europe*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Nave-Herz, Rosemarie et al., 1990. *Scheidungsursachen im Wandel. Eine zeitgeschichtliche Analyse des Anstiegs der Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Hannover: Institut für Frau und Gesellschaft.
- Nectoux, François, 1991. *L'industrie nucléaire française en crise* (Rapport réalisé pour Greenpeace). Paris: Greenpeace.
- Neidhardt, Friedhelm, 1985. Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. S. 193-204 in: Stefan Hradil (Hrsg.), *Sozialstruktur im Umbruch*. Opladen: Leske und Budrich.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter, 1991. The Analysis of Social Movements: The State of the Art and Some Perspectives for Further Research. S. 421-464 in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter, 1993. Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. *Soziale Welt* 44, Heft 3, S. 305-326.
- Neidhardt, Friedhelm/Gerhards, Jürgen/Lindgens, Monika/Rucht, Dieter, 1993. Strukturen und Prozesse öffentlicher Meinungsbildung im Ländervergleich: der Abtreibungskonflikt in den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe an die Fritz Thyssen Stiftung. Berlin (unveröff. Manuskript).
- Nelkin, Dorothy, 1971. *Nuclear Power and Its Critics: The Cayuga Lake Controversy*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Nelkin, Dorothy, 1978. The Political Evolution of the Anti-Nuclear Movement in the United States. *Zeitschrift für Umweltpolitik* 1, Heft 1, S. 131-148.
- Nelkin, Dorothy, 1979. Nuclear Power and Its Critics: A Siting Dispute. S. 49-67 in: Dorothy Nelkin (Hrsg.), *Controversy: Politics of Technical Decisions*. London: Sage.

- Nelkin, Dorothy, 1982. Protest as Partipation: The Significance of the Antinuclear Movement. Cornell University (unveröff. Manuskript).
- Nelkin, Dorothy/Fallows, Susan, 1978. The Evolution of the Nuclear Debate: The Role of Public Participation. *Annual Review of Energy* 3, S. 275-312.
- Nelkin, Dorothy/Pollak, Michael, 1980. Political Parties and the Nuclear Energy Debate in France and Germany. *Comparative Politics* 12, S. 127-141.
- Nelkin, Dorothy/Pollak, Michael, 1981. *The Atom Besieged. Antinuclear Movements in France and Germany*. Cambridge, Mass. and London: MIT Press.
- Nelson, Benjamin, 1977. Einleitung. S. I-XVI in: ders., *Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nicolon, Alexandre, 1979. Analyse d'une opposition à une site nucléaire. S. 223-315 in: Francis Fagnani/Alexandre Nicolon (Hrsg.), *Nucléopolis. Matériaux pour l'analyse d'une société nucléaire*. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble.
- Nicolon, Alexandre/Carrieu, Marie-Josèphe, 1979. Les partis face au nucléaire et la contestation. S. 79-159 in: Francis Fagnani/Alexandre Nicolon (Hrsg.), *Nucléopolis. Matériaux pour l'analyse d'une société nucléaire*. Grenoble. Presses Universitaires de Grenoble.
- Niel, Mathilde, 1968. *Le drame de la libération de la femme*. Paris: Le Courier du Livre.
- Niemi, Richard G./Mueller, John/Smith, Tom W., 1989. *Trends in Public Opinion: A Compendium of Survey Data*. Westport, Conn.: Greenwood.
- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich P. (Hrsg.), 1974. *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973*. Allensbach und Bonn: Verlag für Demoskopie.
- Noll, Heinz-Herbert/Wiegand, Erich (Hrsg.), 1993. *System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik. Zeitreihen 1950-1991*. Mannheim: ZUMA.
- Norris, Pippa, 1985. Women's Legislative Participation in Western Europe. *West European Politics* 8, Heft 4, S. 90-101.
- North, Douglass, 1988. *Theorie des institutionellen Wandels* (orig. 1981). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Northcutt, Wayne/Flaitz, Jeffra, 1985. Women, Politics and the French Socialist Government. *West European Politics* 8, Heft 4, S. 50-70.
- Norton, Bryan G., 1991. *Toward Unity Among Environmentalists*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- Novick, Sheldon, 1971. *Katastrophe auf Raten. Wie sicher sind Atomkraftwerke?* (orig. 1969). München: Ehrenwirth.
- Nullmeier, Frank/Schultz, Harald, 1983. Politische Strategien der Ökologiebewegung in Frankreich. S. 11-72 in: Frank Nullmeier/Frauke Rubart/Harald Schultz (Hrsg.), *Umweltbewegungen und Parteiensystem. Frankreich-Schweden*. Berlin: Quorum.
- Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim, 1988. *Soziale Bewegungen. Kurseinheit 2: Systematik*. Hagen: Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen.
- O'Connor, James, 1973. *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St. Martin's Press.

- O'Hara, Thomas J., 1992. The Abortion Control Act of 1989: The Pennsylvania Catholics. S. 87-104 in Timothy A. Byrnes/Mary C. Segers (Hrsg.), *The Catholic Church and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview.
- OECD, 1960ff., *Energy Balances of OECD Countries*. Paris: OECD.
- OECD, 1985. *Environmental Data Compendium*. Paris: OECD.
- OECD, 1993. *Environmental Data Compendium*. Paris: OECD.
- OECD, 1993a. *OECD Environmental Performance Review: Germany*. Paris: OECD.
- Offe, Claus, 1973. "Krisen des Krisenmanagements": Elemente einer politischen Krisentheorie. S. 197-223 in: Martin Jänicke (Hrsg.), *Herrschaft und Krise*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Offe, Claus, 1979. "Unregierbarkeit." Zur Renaissance konservativer Krisentheorien. S. 294-318 in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur "Geistigen Situation der Zeit"*. Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus, 1985. New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics. *Social Research* 52, Heft 4, S. 817-868.
- Offe, Claus, 1986. Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. S. 97-117 in: Johannes Berger (Hrsg.), *Die Moderne - Kontinuität und Zäsuren* (Soziale Welt, Sonderband 4). Göttingen: Schwartz.
- Office of Technology Assessment, 1984. *Nuclear Power in an Age of Uncertainty*. Washington, D.C.: Congress of the United States
- Ohlenburg, Christiana, 1988. Frauenprojekte in den USA. *Frauenforschung* 6, Heft 3, S. 43-56.
- Okrent, David, 1981. *Nuclear Reactor Safety: On the History of the Regulatory Process*. Madison, WI: University of Wisconsin Press.
- Olasky, Marvin N., 1988. *The Press and Abortion 1938-1988*. Hillsdale, N.J.: Lawrence Erlbaum.
- Olson, Mancur Jr., 1965. *The Logic of Collective Action*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Opp, Karl-Dieter, 1992. Legal und illegaler Protest im interkulturellen Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44, Heft 3, S. 436-460.
- von Oppeln, Sabine, 1989. *Die Linke im Kernenergiekonflikt. Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Frankfurt/M.: Campus.
- Otto, Karl A., 1977. *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der auerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970*. Frankfurt/M.: Campus.
- Outshoorn, Joyce, 1988. Abortion Law Reform: A Woman's Right to Choose? S. 204-219 in: Mary Buckley/Malcolm Anderson (Hrsg.), *Women, Equality and Europe*. London: Macmillan Press.
- Paehlke, Robert C., 1989. *Environmentalism and the Future of Progressive Politics*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Panebianco, Angelo, 1988. *Political parties: organization and power*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Pappi, Franz Urban, 1989. Neue soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik. Forschungsbericht des DFG-Projekts "Nachwahlstudie 1987. Soziale Bewegungen und Wahlverhalten". Institut für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
- Park, Robert E./Burgess, Ernest W., 1924². *Introduction to the Science of Sociology* (zuerst 1921). Chicago, Ill.: The University of Chicago Press.
- Parkin, Frank, 1968. *Middle Class Radicalism. The Social Basis of the Campaign for Nuclear Disarmament*. Manchester: Manchester University Press.
- Parodi, Jean-Luc, 1979. Essai de problematique du mouvement écologiste: Les écologistes et la tentation politique. *Revue politique et parlementaire*, Januar/Februar, S. 25-43.
- Parsons, Talcott, 1955. Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany (zuerst 1942). S. 104-123 in: ders.: *Essays in Sociological Theory* (überarb. Ausgabe). Glencoe: The Free Press.
- Parsons, Talcott, 1955a. Social Strains in America - 1955 (zuerst 1954). S. 175-197 in: Daniel Bell (Hrsg.), *The Radical Right*. New York: Anchor Books.
- Parsons, Talcott, 1979⁴. Evolutionäre Universalien der Gesellschaft (orig. 1964). S. 55-75 in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Königstein/Ts.: Hain.
- Pawlowski, Harald, 1971. *Krieg gegen die Kinder? Für und wider die Abtreibung*. Limburg: Lahn Verlag.
- Pehle, Heinrich, 1988. Das Bundesumweltministerium: Neue Chancen für den Umweltschutz? *Verwaltungsarchiv* 79, Heft 2, S. 184-209.
- Perez-Diaz, Fernando, 1979. La controverse nucléaire aux Etats-Unis. S. 484-517 in: Francis Fagnani/Alexandre Nicolon (Hrsg.), *Nucléopolis. Matériaux pour l'analyse d'une société nucléaire*. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble.
- Perrot, Michelle (Hrsg.), 1984. *Une histoire des femmes est-elle possible?* Marseille: Rivages.
- Petchesky, Rosalind Pollack, 1981. Antiabortion, Antifeminism and the Rise of the New Right. *Feminist Studies* 7, Heft 2, S. 206-246.
- Petchesky, Rosalind Pollack, 1984. *Abortion and Woman's Choice: The State, Sexuality and Reproductive Freedom*. New York: Longman.
- Petchesky, Rosalind Pollack, 1987. Fetal Images: The Power of Visual Culture in the Politics of Reproduction. *Feminist Studies* 13 (Summer), S. 263-292.
- Peter-Habermann, Inge, 1972. Zur Soziologie der Abtreibung. S. 340-356 in: Jürgen Baumann (Hrsg.), *Das Abtreibungsverbot des § 218 StGB. Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand.
- Peters, Jan, 1979. Wohin schwappet die grüne Welle? S. 113-130 in: ders. (Hrsg.), *Alternativen zum Atomstaat. Das bunte Bild der Grünen*. Berlin: Rotation.
- Peyrefitte, Alain, 1981. *The Trouble with France* (orig. 1976). New York: Knopf.
- Peyret, Claude (avec collaboration de Claire Brisset), 1974. *Avortement. Pour une loi humaine*. Paris: Calmann-Lévy.

- Pignero, Jean, 1981. *Ecrit d'un militant. Protection contre les rayonnements ionisants. Revue trimestrielle d'information*. Verneuil l'Étang.
- Pingaud, Bernard (direction) et al., 1975. *L'avortement. Histoire d'un débat*. Paris: Flammarion.
- Pinl, Claudia/Weg, Marianne, 1989. Autonomie oder Institution? - Institutionelle Folgen der Frauenbewegung. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2, Heft 3/4, S. 35-46.
- Piven, Francis F./Cloward, Richard A. 1977. *Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail*. New York: Pantheon.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A., 1991. Collective Protest: A Critique of Resource Mobilization Theory. *International Journal of Politics, Culture and Society* 4, Heft 4, S. 435-458.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A., 1992. Normalizing Collective Protest. S. 301-325 in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven und London: Yale University Press.
- Poguntke, Thomas, 1993. Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Polanyi, Karl, 1978. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (zuerst 1944). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Pollard, Sidney, 1983. England: Der unrevolutionäre Pionier. S. 21-38 in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pollak, Michael, 1981. Industrial Siting and Environmental Protection: The French Approach. *Zeitschrift für Umweltpolitik*, 4, Heft 3, S. 427-443.
- Pollock, Friedrich, 1975. Staatskapitalismus (orig. 1941). S. 72-100 in: ders., *Stadien des Kapitalismus*, hrsg. von Helmut Dubiel. München: C.H. Beck.
- Poole, Keith T./Zeigler, L. Harmon, 1981. The Diffusion of Feminist Ideology. *Political Behavior* 3, Heft 4, S. 229-256.
- Poppenhusen, Margot, 1992. *Viel bewegt - nicht verrückt? 20 Jahre Frauenbewegung in Freiburg*. Freiburg: Jos Fritz.
- Poutrus, Kirsten, 1993. "Ein Staat, der seine Kinder nicht ernähren kann, hat nicht das Recht, ihre Geburt zu fordern." Abtreibung in der Nachkriegszeit 1945 bis 1950. S. 73-85 in: Gisela Staupe/Lisa Vieth (Hrsg.), *Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung*. Dresden und Berlin: Deutsches Hygiene-Museum und Argon Verlag.
- Prendiville, Brendan, 1989. France: "Les Verts". S. 77-100 in: Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), *New Politics in Western Europe*. Boulder, CO: Westview Press.
- Preuß, Ulrich K., 1984. *Politische Verantwortung und Bürgerloyalität*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Price, Roger (Hrsg.), 1975. *Revolution and Reaction: 1848 and the Second French Republic*. New York: Barnes and Noble.

- Price, Jerome, 1982. *The Antinuclear Movement*. Boston, MA: Twayne Publishers.
- Prieur, Michel, 1991. *Droit de l'environnement*. Paris: Dalloz.
- Pringle, Peter/Spigelman, James, 1982. *The Nuclear Barons* (zuerst 1981). London: Sphere Books.
- von Prittwitz, Volker (Hrsg.), 1993. *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Procacci, Giovanna, 1993. *Gouverner la misère. La question sociale en France 1989-1848*. Paris: Seuil.
- Pronier, Raymond/le Seigneur, Vincent J., 1992. *Génération verte. Les écologistes en politique*. Paris: Presses de la Renaissance.
- Przeworski, Adam/Teune, Henry, 1970. *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: John Wiley.
- Puhle, Hans-Jürgen, 1975. *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Puhle, Hans-Jürgen, 1984. Historische Konzepte des entwickelten Kapitalismus. "Organisierter Kapitalismus" und "Korporatismus". *Geschichte und Gesellschaft* 10, Heft 2, S. 165-184.
- Puiseux, Louis, 1981. *La babel nucléaire* (3., erweiterte und verbesserte Auflage). Paris: Galilée.
- Rabaut, Jean, 1978. *Histoire des féminismes français*. Paris: Editions Stock.
- Radkau, Joachim, 1983. *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975*. Reinbek: Rowohlt.
- Radkau, Joachim, 1987. Die Kernkraft-Kontroverse im Spiegel der Literatur. S. 397-431 in: Armin Hermann/Rolf Schumacher (Hrsg.), *Das Ende des Atomzeitalters?* München: Moos & Partner.
- Radkau, Joachim, 1992. Die Kerntechnik als historisches Individuum und als Paradigma. S. 73-112 in: Gotthard Bechmann/Werner Rammert (Hrsg.), *Technik und Gesellschaft* (Jahrbuch 6). Frankfurt/M.: Campus.
- Ragin, Charles, 1987. *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley: University of California Press.
- Rammstedt, Otthein, 1966. *Sekte und soziale Bewegung: Soziologische Analyse der Täufer in Münster (1534/35)*. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rammstedt, Otthein, 1978. *Soziale Bewegung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Randall, Adrian, 1991. *Before the Luddites: Custom, Community and Machinery in the English Woolen Industry 1776-1806*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rammstedt, Otthein, 1980. Die Bürgerinitiativbewegung unter Ideologisierungszwang. S. 481-532 in: Volker Hauff (Hrsg.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*. Villingen: Neckar-Verlag.
- Rammstedt, Otthein, 1989. Zur Theorie der Friedensbewegung als sozialer Bewegung. S. 140-159 in: Ulrike C. Wasmuht (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik. Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Rankin, William/Nealey, Stanley/Melber, Barbara, 1984. Overview of National Attitudes toward Nuclear Energy: A Longitudinal Analysis. S. 41-68 in: William Freudenburg/Eugene Rose (Hrsg.), *Public Reactions to Nuclear Power: Are There Critical Masses?* Boulder, CO: Westview.
- Raschke, Joachim, 1980. Politik und Wertwandel in der westlichen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 36, S. 23-45.
- Raschke, Joachim, 1985. *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt/M.: Campus.
- Raschke, Joachim, 1991. *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*. Marburg: Schüren Presseverlag.
- Raschke, Joachim, 1993. *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund.
- Rattinger, Hans, 1993. Einstellungen zur staatlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 22, Heft 2, S. 111-114.
- Rau, Wolfgang, 1985. *Konservativer Widerstand und soziale Bewegung. Problemverständnis und Weltauslegung von Lebensrechtsgruppen*. Frankfurt/M.: Lang.
- Reagan, Michael D., 1963. *The Managed Economy*. London und New York: Oxford University Press.
- Reinalter, Helmut (Hrsg.), 1986. *Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815-1848/49*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Reiss, Jochen, 1988. *Greenpeace. Der Umweltmulti - Sein Apparat, seine Aktionen*. Rheda-Wiedenbrück: Deadalus.
- Remy, Monique, 1990. *De l'utopie à l'intégration. Histoire des mouvements de femmes*. Paris: Edition L'Harmattan.
- Retzlaff, K. et al. (Hrsg.), 1981. *Wir klagen an: § 218. Tribunal gegen den § 218*. Hamburg: Buntbuch.
- Ribeill, Georges, 1974. *Tensions et mutations sociales*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Richardson, Jeremy/Gustafsson, Gunnel/Jordan, Grant, 1982. The Concept of Policy Style. S. 1-16 in: Jeremy Richardson (Hrsg.), *National Policy Styles in Western Europe*. London: Allan & Unwin.
- Richardson, Jeremy (Hrsg.), 1982. *National Policy Styles in Western Europe*. London: Allan & Unwin.
- Richelmann, Doris, 1991. *Gleichstellungsstellen, Frauenförderung, Quotierung. Entwicklung und Diskurs aktueller frauenpolitischer Ansätze*. Bielefeld: Kleine.
- Riddle, John M., 1992. *Contraception and Abortion from the Ancient World to the Renaissance*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Riedmüller, Barbara, 1988. Das Neue an der Frauenbewegung. Versuch einer Wirkungsanalyse. S. 14-41 in: Uta Gerhardt (Hrsg.), *Frauensituation*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Ries, Paula/Stone, Anne J. (hrsg. für das Women's Research and Education Institute), 1992. *The American Woman 1992-93: A Status Report*. New York und London: W.W. Norton.

- Riesebrodt, Martin, 1988. Fundamentalismus und 'Modernisierung'. Zur Soziologie protestantisch-fundamentalistischer Bewegungen in den USA im 20. Jahrhundert. S. 112-125 in: Klaus-M. Kodalle (Hrsg.), *Gott und die Politik in USA*. Frankfurt/M.: Athenäum.
- Rokkan, Stein, 1970. *Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Riger, Stephanie, 1992. Challenges of Success: Stages of Growth in Feminist Organizations. University of Chicago (Women's Studies Program) (unveröff. Manuskript).
- Ritter, Barbara/Bock, Mechthild, 1991. Mensch von Anfang an - Pseudowissenschaftliche Argumente gegen die Abtreibung. S. 126-138 in: Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination (Hrsg.), *Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Ritter, Gerhard A., 1991. *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich* (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). München: Oldenbourg.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus, 1976. Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. S. 55-101 in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Rogers, Everett M. (with Eveland, John D.), 1981. Diffusion of Innovations Perspectives on National R & D Assessment. S. 275-297 in: Patrick Kelly/Melvin Kranzberg (Hrsg.), *Technology Innovation: A Critical Review of Current Knowledge*. San Francisco: San Francisco Press.
- Rohrschneider, Robert, 1988. Citizens' Attitudes Toward Environmental Issues: Selfish or Selfless? *Comparative Political Studies* 31, Heft 3, S. 347-367.
- Rokkan, Stein, 1966. Norway: Numerical Democracy and Corporate Pluralism. S. 70-115 in: Robert Dahl (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*. New Haven: Yale University Press.
- Rokkan, Stein, 1970. Methods and Models in the Comparative Study of Nation-Building. S. 46-71 in: ders., *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Rolke, Lothar, 1987. *Protestbewegungen in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ronge, Volker, 1978. Staats- und Politikkonzepte in der ökologischen Diskussion. S. 213-248 in: Martin Jänicke (Hrsg.), *Umweltpolitik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Roqueplo, Philippe, 1988. *Pluies acides: menaces pour l'Europe*. Paris: Economica.
- Rosenbaum, Walter A., 1991. *Environmental Politics and Policy* (2. Auflage). Washington, D.C.: Congressional Quarterly Press.
- Rosenblatt, Roger, 1992. *Life Itself: Abortion in the American Mind*. New York: Random House.
- Röser, Jutta, 1992. *Frauenzeitschriften und weiblicher Lebenszusammenhang. Themen, Konzepte und Leitbilder im sozialen Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Roth, Roland, 1983. Gesellschaftstheoretische Konzepte zur Analyse neuer sozialer Bewegungen. *Politische Vierteljahresschrift* 24, Heft 3, S. 311-328.
- Roth, Roland, 1985. *Rebellische Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen*. Frankfurt/M.: Campus.
- Roth, Roland, 1985a. Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik - eine vorläufige Skizze. S. 20-82 in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA*. Frankfurt/M.: Campus.
- Roth, Roland, 1989. Fordismus und neue soziale Bewegungen. S. 13-37 in: Ulrike Wasmuht (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Roth, Roland, 1994. *Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution*. Köln: Bund.
- Roth, Günther, 1981. Geist des Kapitalismus und kapitalistische Weltwirtschaft. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialgeschichte* 33, Heft 1, S. 735-751.
- Röttger, Ulrike/Werner, Petra, 1992. Tatbestand schreiblich - Regionale feministische Zeitungen in der Bundesrepublik. S. 23-47 in: Gruppe Feministische Öffentlichkeit (Hrsg.), *Frauen - Öffentlichkeit - Feminismus*. Köln: PapyRossa.
- Rowbotham, Sheila, 1973. *Hidden from History: Rediscovering Women in History from the 17th Century to the Present*. London: Pluto Press.
- Rubart, Frauke, 1988. Partizipation von Frauen in den neuen sozialen Bewegungen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 42, S. 30-42.
- Rubin, Eva R. 1987. *Abortion, Politics, and the Courts: Roe v. Wade and Its Aftermath* (überarb. Ausgabe, zuerst 1982). New York: Greenwood Press.
- Rose, Arnold, 1954. *Theory and Method in the Social Sciences*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Rucht, Dieter, 1980. *Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*. München: C.H. Beck.
- Rucht, Dieter (Hrsg.), 1984. *Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt*. Frankfurt/M.: Campus.
- Rucht, Dieter, 1984a. Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen. S. 609-620 in Jürgen W. Falter/Christian Fenner/ Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rucht, Dieter, 1985. *Social movement sectors in France and West Germany since 1968*. Paper delivered at the Fifth International Conference of Europeanists, Washington, D.C., October 18-20.
- Rucht, Dieter, 1988. Themes, Logics, and Arenas of Social Movements: A Structural Approach. S. 305-328 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Participation Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Rucht, Dieter, 1988a. Wyhl: Der Aufbruch der Anti-Atomkraftbewegung. S. 128-164 in: Ulrich Linse/Reinhard Falter/Dieter Rucht/Winfried Kretschmer (Hrsg.), *Von der*

- Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte.* Bonn: J.H.W. Dietz.
- Rucht, Dieter, 1988b. Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten. Zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 9, Heft 2, S. 290-305.
- Rucht, Dieter, 1989. Vorschläge zur Konzeptualisierung von Kontextstrukturen sozialer Bewegungen. Beitrag zum Workshop "Vergleichende Analysen sozialer Bewegungen", Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 21.-22. Oktober.
- Rucht, Dieter, 1989a. Environmental movement organizations in West Germany and France - Structure and interorganizational relations. S. 61-94 in: Bert Klandermans (Hrsg.), *Organizing for Change: Social Movement Organizations Across Cultures.* Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Rucht, Dieter, 1990. The Strategies and Action Repertoire of New Movements. S. 156-175 in: Russell J. Dalton/Manfred Küchler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies.* Cambridge: Polity Press.
- Rucht, Dieter, 1990a. Campaigns, skirmishes and battles: Antinuclear movements in the USA, France and West Germany. *Industrial Crisis Quarterly* 4, Heft 3, S. 193-222.
- Rucht, Dieter, 1991. "Von der Bewegung zur Institution?" Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung. S. 334-358 in: Roland Roth/Dieter Rucht, Dieter (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (2. überarb. Auflage, zuerst 1987). Frankfurt/M.: Campus.
- Rucht, Dieter, 1991a. Sociological Theory as a Theory of Social Movements? A Critique of Alain Touraine. S. 355-384 in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA.* Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press.
- Rucht, Dieter, 1991b. Soziale Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat: Der Abtreibungskonflikt in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, Heft 2, S. 31-42.
- Rucht, Dieter (Hrsg.), 1991c. *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA.* Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press.
- Rucht, Dieter, 1991d. Das Kräftefeld soziale Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4, Heft 2, S. 9-16.
- Rucht, Dieter, 1992. Studying the Effects of Social Movements: Conceptualization and Problems. Paper für die ECPR Joint Sessions in Limerick/Irland, 30. März bis 4. April.
- Rucht, Dieter, 1993. Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. S. 251-275 in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung.* Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Rucht, Dieter, 1993a. Neue soziale Bewegungen. S. 363-367 in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.
- Rucht, Dieter, 1994. The Anti-nuclear Power Movement and the State in France. S. 129-162 in: Helena Flam (Hrsg.), *States and Anti-Nuclear Oppositional Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Rucht, Dieter, 1994a. New Social Movements in France and West Germany: Explaining Differences in their Overall Strength and Dynamics. In: Margit Mayer (Hrsg.), *New Social Movements: European and American Interpretations*. London: Routledge (im Erscheinen).
- Rucht, Dieter, 1994b. Ecological Protest as Calculated Lawbreaking: Greenpeace and Earth First! in a Comparative Perspective. In: Wolfgang Rüdiger (Hrsg.), *Green Politics Three*. Edinburgh: Edinburgh University Press (im Erscheinen).
- Rucht, Dieter/Ohlemacher, Thomas, 1992. Protest Event Data: Collection, Uses and Perspectives. S. 76-106 in: Ron Eyerman/Mario Diani (Hrsg.), *Issues in Contemporary Social Movement Research*. Beverly Hills: Sage.
- Rucht, Dieter/Roth, Roland, 1992. "Über den Wolken..." Niklas Luhmanns Sicht auf soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 5, Heft 2, S. 22-33.
- Rudé, George, 1977. *Die Volksmassen in der Geschichte. Unruhen, Aufstände und Revolutionen in England und Frankreich* (orig. 1964). Frankfurt/M.: Campus.
- Rüdiger, Wolfgang, 1980. Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Befunde. S. 119-184 in: Volker Hauff (Hrsg.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*. Villingen: Neckar Verlag.
- Rüdiger, Wolfgang, 1988. Outcomes of Nuclear Technology Policy: Do Varying Political Styles Make a Difference? *Journal of Public Policy* 7, Heft 4, S. 431-449.
- Rüdiger, Wolfgang, 1990. *Anti-Nuclear Movements: A World Survey of Opposition to Nuclear Energy*. Essex: Longman.
- Rudolph, Richard/Ridley, Scott, 1986. Chernobyl's Challenge to Anti-Nuclear Activism. *Radical America* 20, Heft 2-3, S. 7-17.
- Rudolph, Clarissa, 1990. Frauengleichstellungsstellen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg (unveröff. Magisterarbeit).
- Rüpke, Giselher. 1975. *Schwangerschaftsabbruch und Grundgesetz*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rupp, Hans Karl, 1970. *Auerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*. Köln: Pahl Rugenstein.
- Rupp, Leila J./Taylor, Verta, 1990. *Survival in the Doldrums: The American Women's Rights Movement, 1945 to the 1960s*. Columbus: Ohio State University Press.
- Rusch, Regina, 1971. Aktionen und Reaktionen bis Sommer '71 in: Luc Jochimsen (Hrsg.), § 218. *Dokumentation eines 100jährigen Elends*. Hamburg: Konkret.
- Russell, Bertrand, 1978. *Die deutsche Sozialdemokratie* (orig. 1896). Berlin und Bonn: J.H.W. Dietz.

- Russett, Bruce M. et al., 1964. *World Handbook of Political and Social Indicators*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Ryan, Barbara, 1989. The Ideological Purity and Feminism: The U.S. Women's Movement from 1966-1975. *Gender & Society* 3, Heft 2, S. 239-257.
- Ryan, Barbara, 1992. *Feminism and the Women's Movement: Dynamics of Change in Social Movement Ideology and Activism*. New York und London: Routledge.
- Saage, Richard, 1991. *Politische Utopien der Neuzeit*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sachdev, Paul (Hrsg.), 1988. *International Handbook on Abortion*. New York: Greenwood Press.
- Sadrozinski, Renate, 1990. *Die ungleiche Praxis des § 218*. Köln: Heinrich Böll Stiftung.
- Sainteny, Guillaume, 1987. Les dirigeants écologistes et le champs politique. *Revue française de science politique* 31, Heft 1, S. 21-32.
- Sainteny, Guillaume, 1991. *Les Verts*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Sainteny, Guillaume, 1993. Les deux familles de l'écologie. S. 49-62 in: Sofres, *L'état de l'opinion 1993*. Paris: Seuil.
- Samuel, Laurent, 1978. *Guide pratique de l'écologie*. Paris: Belfond.
- Sandbach, Francis, 1980. *Environment, Ideology & Policy*. Oxford: Basil Blackwell.
- Sapiro, Virginia, 1991. Feminism: A Generation Later. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 515 (Mai), S. 10-22.
- Sapiro, Virginia, 1987. The women's movement, politics and policy in the Reagan era. S. 122-139 in: Drude Dahlerup (Hrsg.), *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA*. London: Sage.
- Sartori, Giovanni, 1970. Concept Misformation in Comparative Politics. *The American Political Science Review* 64, Heft 4, S. 1033-1053.
- Sartori, Giovanni, 1991. Comparing and Miscomparing. *Journal of Theoretical Politics* 3, Heft 3, S. 243-257.
- Sauter-Bailliet, Theresia, 1981. The Feminist Movement in France. *Women's Studies International Quarterly* 4, Heft 4, S. 409-420.
- Saville, John, 1987. *The British State and the Chartist movement*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scarce, Rick, 1990. *Eco-Warriors: Understanding the Radical Environmental Movement*. Chicago: Noble.
- Schabert, Thilo, 1978. *Gewalt und Humanität. Über philosophische und politische Manifestationen von Modernität*. Freiburg und München: Alber.
- Schabert, Thilo, 1983. Modernity and History. *Diogenes*, Nr. 123 (Herbst), S. 110-124.
- Schaeffer-Hegel, Barbara/Kopp-Degethoff, Heidi (Hrsg.), 1991. *Vater Staat und seine Frauen*. Zweiter Band. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Schatzberg, Karin (Hrsg.), 1985. *Frauenarchive und Frauenbibliotheken*. Göttingen: edition herodot.
- Scheffer, Victor B., 1991. *The Shaping of Environmentalism in America*. Seattle und London: University of Washington Press.

- Schelsky, Helmut, 1961. *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schenk, Herrad, 1981. *Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*. München: C.H. Beck.
- Schenkluhn, Brigitte, 1990. Umweltverbände und Umweltpolitik. S. 129-157 in: Helmut Schreiber and Gerhard Timm (Hrsg.), *Im Dienste der Umwelt und der Politik*. Berlin: Analytica.
- Scheu, Ursula/Schwarzer, Alice, 1990. *Frauenkalender '91*. Köln: Emma Verlag.
- Scheu, Ursula/Schwarzer, Alice, 1991. *Frauenkalender '92*. Köln: Emma Verlag.
- Scheuch, Erwin K., 1990. The Development of Comparative Research: Towards Causal Explanation. S. 19-37 in: Else Oyen (Hrsg.), *Comparative Methodology*. Newbury Park: Sage.
- Scheunemann, Renate/Scheunemann, Klaus, 1971. Die Kampagne der 'Frauenaktion 70' gegen den § 218. S. 68-84 in: Heinz Grossmann (Hrsg.), *Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?* Frankfurt/M.: Fischer.
- Schilling, Heinz, 1982. Die Geschichte der nördlichen Niederlande und die Modernisierungstheorie. *Geschichte und Gesellschaft* 8, Heft 4, S. 475-517.
- Schimank, Uwe, 1985. Der mangelnde Akteursbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung - Ein Diskussionsvorschlag. *Zeitschrift für Soziologie* 15, Heft 6, S. 421-434.
- Schimank, Uwe, 1988. Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteurfiktionen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 40, Heft 4, S. 619-639.
- Schimank, Uwe, 1992. Teilsystemevolutionen und Akteurstrategien: Die zwei Seiten struktureller Dynamiken moderner Gesellschaften (unveröff. Manuskript).
- Schlaeger, Hilke (Hrsg.), 1988. *Mein Kopf gehört mir. Zwanzig Jahre Frauenbewegung*. München: Frauenoffensive.
- Schliermann, Brigitte, 1991. Die katholische Kirche und katholische Organisationen. S. 11-35 in: Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination (Hrsg.), *Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Schlozman, Kay Lehmann, 1990. Representing Women in Washington: Sisterhood and Pressure Politics. S. 339-382 in: Louise A. Tilly and Patricia Gurin (Hrsg.), *Women, Politics, and Change*. New York: Russell Sage Foundation.
- Schluchter, Wolfgang, 1977. Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Battelle-Instituts in Frankfurt. S. 84-98 in: *Technologie und Politik* (April). Reinbek: Rowohlt.
- Schmidt, Manfred G., 1993. *Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich*. Opladen: Leske und Budrich.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 1992. Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 42, Heft 4, S. 642-662.

- Schneider, Norbert F., 1987. *Ewig ist nur die Veränderung. Entwurf eines analytischen Konzepts sozialer Bewegungen*. Frankfurt/M.: Lang.
- Schneider, Petra, 1975. *Weg mit dem § 218! Die Massenbewegung gegen das Abtreibungsverbot in der Weimarer Republik*. Berlin-West: Oberbaumverlag.
- Scholling, Michael/Walter, Franz, 1986. Der "Neue Mensch". Sozialistische Lebensreform und Erziehung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands und Österreichs. S. 250-273 in: Reinhard Saage (Hrsg.), *Solidargemeinschaft und Klassenkampf*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schröder, Friedrich-Christian, 1972. *Abtreibung. Reform des § 218*. Berlin: de Gruyter.
- Schubert, Doris, 1985. "Ehrfurcht vor dem Leben"? - Zur Diskussion um den § 218 in der deutschen Nachkriegszeit. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 8, Heft 14. S. 100-106.
- Schultz, Irmgard, 1993. Das Fußvolk der Umweltbewegung. *Politische Ökologie*, Nr. 31 (Mai/Juni), S. 48-51.
- Schultze, Rainer-Olaf, 1987. Die Bundestagswahl 1987 - eine Bestätigung des Wandels. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12, S. 3-17.
- Schulze, Winfried, 1981. Herrschaft und Widerstand in der Sicht des "gemeinen Mannes" im 16./17. Jahrhundert. S. 182-198 in: Hans Mommsen/Winfried Schulze (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schulze, Winfried, 1982. Europäische und deutsche Bauernrevolten der frühen Neuzeit - Probleme der vergleichenden Betrachtung. S. 10-60 in: ders. (Hrsg.), *Europäische Bauernrevolten der frühen Neuzeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schumpeter, Joseph A., 1975⁴. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (orig. 1942). München: Francke.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 1992. Wohlfahrtsstaat und Patriarchat - Ein Vergleich europäischer Länder. S. 141-327 in: dies. (Hrsg.), *Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat*. Berlin: edition sigma.
- Schunter-Kleemann, Susanne, 1992a. Die Neue Frauenbewegung in Bremen (1970-1992). S. 128-142 in: Christoph Butterwege/Hans G. Hansen (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in einer alten Stadt*. Bremen: Steintor.
- Schütz, Alfred, 1974. *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt - eine Einleitung in die verstehende Soziologie* (zuerst 1932). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schwarzer, Alice, 1971. *Frauen gegen den § 218. 18 Protokolle, aufgezeichnet von Alice Schwarzer*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schwarzer, Alice, 1981. *10 Jahre Frauenbewegung. So fing es an!* Köln: Emma.
- Schwarzer, Alice (Hrsg.), 1991. *Das neueste Emma-Buch*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Scott, James C., 1985. *Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance*. New Haven, Conn.: Yale University Press.

- Segers, Mary C., 1992. The Loyal Opposition: Catholics for a Free Choice. S. 169-184 in: Timothy A. Byrnes/Mary C. Segers (Hrsg.), *The Catholic Church and the Politics of Abortion*. Boulder, CO: Westview.
- Seidler, Eduard, 1993. 19. Jahrhundert. Zur Vorgeschichte des § 218. S. 120-139 in: Robert Jütte (Hrsg.), *Geschichte der Abtreibung. Von der Antike zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Seifried, Dieter, 1986. *Gute Argumente: Energie*. München: C.H. Beck.
- Sené, Monique et al., 1990. *Le dossier Creys-Malville*. Paris: Editions Atlantic.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.), 1979. *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Senser-Joester, Barbara, 1989. "Wenn die Männer die Kinder zu gebären hätten - ein männlicher § 218 wäre nie geschaffen worden!" (Camilla Jellinek, 1908). S. 181-207 in: Heike Flessner et al., *Frauenunterdrückung und Familienverhältnisse*. Frankfurt/M.: Institut für Marxistische Studien und Forschungen.
- Sereditch, John (Hrsg.), 1991. *Your Resource Guide to Environmental Organizations*. Irvine, CA: Smiling Dolphins Press.
- Shell, Kurt L., 1990. Der politische Entscheidungsprozeß. S. 496-501 in: Willi P. Adams et al. (Hrsg.), *Länderbericht USA I*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Shonfield, Andrew, 1965. *Modern Capitalism*. London und New York: Oxford University Press.
- Shorter, Edward/Tilly, Charles, 1974. *Strikes in France, 1830-1968*. New York: Cambridge University Press.
- Shorter, Edward, 1981. *Women's Bodies: A Social History of Women's Encounter With Health, Ill-Health, and Medicine*. New Brunswick: Transaction.
- Sieferle, Rolf P., 1984. *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Sieferle, Rolf P., 1984. *Fortschrittsfeinde. Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Sievers, Leo, 1980. *Revolution in Deutschland. Geschichte der Bauernkriege*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Sigelman, Lee/Todd, James S., 1992. Clarence Thomas, Black Pluralism and Civil Rights Policy. *Political Science Quarterly* 107, Heft 2, S. 231-248.
- Siltanen, Janet/Stanworth, Michelle (Hrsg.), 1984. *Women and the Public Sphere: A Critique of Sociology and Politics*. New York: St. Martin's Press.
- Simmel, Georg, 1983⁶. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (zuerst 1908). Berlin: Duncker und Humblodt.
- Simmonet, Dominique, 1982. *L'écologisme* (2., aktualisierte Auflage, zuerst 1979). Paris: Presses Universitaires de France.
- Simon, Pierre, 1966. *Le contrôle des naissances. Histoire, philosophie, morale*. Paris: Payot.
- Simmonet, Dominique, 1982. *L'écologisme* (zuerst 1979). Paris: Presses Universitaires de France.

- Sinus, 1983. *Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel*. Opladen: Leske und Budrich.
- Stöss, Richard. 1984. Vom Mythos der 'neuen sozialen Bewegungen'. Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung, S. 548-565 in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Smelser, Neil, 1962. *Theory of Collective Behavior*. New York: The Free Press.
- Smelser, Neil, 1966. Mechanisms of Change and Adjustment to Change. S. 32-54 in: Bert F. Hoselitz und Wilbert E. Moore (Hrsg.), *Industrialization and Society*. Paris: Mouton.
- Smith, Anthony D., 1973. *The Concept of Social Change: A Critique of the Functionalist Theory of Social Change*. London und Boston: Routledge & Kegan.
- Smith, Tom W., 1990. Liberal and Conservative Trends in the United States Since World War II. *Public Opinion Quarterly* 54, Heft 4, S. 479-507.
- Smith, Liv, 1980. Labor and the No-Nukes Movement. *Socialist Review*, Nr. 54 (November/Dezember), S. 135-149.
- Snow, David A./Benford, Robert D., 1988. Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. S. 137-196 in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hrsg.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Snow, David A./Benford, Robert D., 1992. Master Frames and Cycles of Protest. S. 133-155 in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven und London: Yale University Press.
- Snow, David A./Rochford, E. Bourke/Worden, Steven K./Benford, Robert D., 1986. Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. *American Sociological Review* 51, Heft 4, S. 464-481.
- Snow, David A./Oliver, Pamela E., 1993. Social Movements and Collective Behavior: Social Psychological Dimensions and Considerations. In: Karen Cook/Gary Fine/James House (Hrsg.), *Sociological Perspectives on Social Psychology*. Needham Heights, MA: Allyn and Bacon (im Erscheinen).
- Sofres (hrsg. von Olivier Duhamel und Jérôme Jaffré), 1991. *L'état de l'opinion 1991*. Paris: Seuil.
- Sofres (hrsg. von Olivier Duhamel und Jérôme Jaffré), 1993. *L'état de l'opinion 1993*. Paris: Seuil.
- Solga, Heike, 1991. Auseinandersetzung mit dem Schwangerschaftsabbruch in der DDR. Wissenschaftszentrum Berlin (unveröff. Manuskript).
- Sombart, Werner, 1906. *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Nachdruck 1969).
- Sombart, Werner, 1921-1927. *Der moderne Kapitalismus*. 3 Bde. in 6 Halbbd. München: Duncker & Humblot.

- Spieker, Manfred, 1989. Immer weniger Abtreibungen? Zur Statistik der Schwangerschaftsabbrüche. *Schriftenreihe der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. zu Köln*, Nr. 6. Köln: Kölner Universitätsverlag, S. 41-54.
- Spree, Reinhard, 1991. Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung in der Neuzeit. Historische Befunde, Erklärungen und Untersuchungsmethoden. *Historical Social Research* (Beiheft Nr. 4).
- Sprondel, Walter M., 1986. Kulturelle Modernisierung durch antimodernistischen Protest. Der lebensreformerische Vegetarismus. S. 314-330 in: Friedhelm Neidhardt/Rainer M. Lepsius/Johannes Weiß (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*. (Sonderheft 27 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Staggenborg, Suzanne, 1986. Coalition work in the pro-choice movement: Organizational and environmental opportunities and obstacles. *Social Problems* 33, S. 374-390.
- Staggenborg, Suzanne, 1989. Organizational and environmental influences on the development of the pro-choice movement. *Social Forces*, 68, S. 204-240.
- Staggenborg, Suzanne, 1991. *The Pro-Choice Movement. Organization and Activism in the Abortion Conflict*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1987. *Datenreport 1987. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1992. *Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1992a. *Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Metzler Poeschel.
- Stephan, Cora (Hrsg.), 1982. *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Berlin und Bonn: J.H.W. Dietz.
- Sterling, Susan, 1971. Le nouveau féminisme américain. *Etudes* (November), S. 536-559.
- Stetson, Dorothy McBride, 1987. *Women's Rights in France*. Westport, Conn.: Greenwood.
- Stetson, Dorothy McBride, 1991. *Women's Rights in the U.S.A.: Policy Debates & Gender Roles*. Pacific Grove, CA.: Brooks/Cole.
- Steutter, Erin, 1992. Women against feminism: an examination of feminist social movements and anti-feminist countermovements. *Canadian Review of Sociology and Anthropology* 29, Heft 3, S. S. 288-306.
- Stevenson, John, 1979. *Popular Disturbances in England, 1700-1870*. London: Longman.
- Stimson, James A., 1991. *Public Opinion in America: Moods, Cycles and Swings*. Boulder, CO: Westview.
- Stöss, Richard, 1980. *Vom Nationalismus zum Umweltschutz - Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Strayer, Joseph A., 1970. *On the Medieval Origins of Modern State*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.

- Strohm, Holger, 1981. *Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke*. Frankfurt/M.: Zweitausendeins.
- Sullerot, Evelynne, 1965. *Demain les femmes. Inventaire de l'avenir*. Paris: Laffont-Gonthier.
- Sumner, L. W., 1981. *Abortion and Moral Theory*. Princeton: Princeton University Press.
- Surrey, John/Huggett, Charlotte, 1976. Opposition to Nuclear Power: A Review of International Experience. *Energy Policy* 4 (Dezember), S. 286-307.
- Sweezy, Paul M., 1970. *Der Sozialismus. Geschichte und Probleme* (orig. 1951). München: Verlag Politisches Archiv.
- Sztompka, Piotr, 1990. Conceptual Frameworks in Comparative Inquiry: Divergent or Convergent? S. 47-58 in: Martin Albrow/Elizabeth King (Hrsg.), *Globalization, Knowledge and Society*. London: Sage.
- Sztompka, Piotr, 1991. *Society in Action: The Theory of Social Becoming*. Cambridge: Polity Press.
- Sztompka, Piotr, 1992. Toward the 'Third Sociology' of Social Movements: Social Becoming as an Integrative Concept. Vorlage zur First European Conference on Social Movements, Berlin, 29. bis 31. Oktober.
- Tarrow, Sidney, 1983. Struggling to reform: Social movements and policy change during cycles of protest. Western Societies Program, Occasional Paper No. 15, Center for International Studies, Cornell University.
- Tarrow, Sidney, 1989. Struggle, Politics, and Reform: Collective Action, Social Movements, and Cycles of Protest. Western Societies Program. Occasional Paper No. 21, Center for International Studies, Cornell University.
- Tarrow, Sidney, 1989a. *Democracy and Disorder: Protest and Politics in Italy 1965-1975*. Oxford: Clarendon Press.
- Tarrow, Sidney, 1991. Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, Heft 4, S. 647-670.
- Tarrow, Sidney, 1993. Modular Collective Action and the Rise of the Social Movement: Why the French Revolution Was Not Enough. *Politics and Society* 21, Heft 1, S. 69-90.
- Tarrow, Sidney, 1993a. Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Mass Politics in the Modern State. Ithaca, N.Y. (unveröff. Manuskript).
- Task Force Report on the Environment and the Internal Market, 1990. "1992". *The Environmental Dimension*. Economica: Bonn.
- Tatalovich, Raymond/Daynes Byron W., 1981. *The Politics of Abortion. A Study of Community Conflict in Public Policymaking*. New York: Praeger.
- Taylor, Barbara, 1983. *Eve and the New Jerusalem: Socialism and Feminism in the Nineteenth Century*. London: Virago.
- Taylor, Charles L./Jodice David A., 1983. *World Handbook of Political and Social Indicators. Bd. 2: Political Protest and Government Change*. New Haven und London: Yale University Press.

- Taylor, Verta, 1990. The Continuity of the American Women's Movement: An Elite-Sustained Stage. S. 277-301 in: Guida West/Rhoda Lois Blumberg (Hrsg.), *Women and Social Protest*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- Teune, Henry, 1990. Comparing Countries: Lessons Learned. S. 38-62 in: Else Oyen (Hrsg.), *Comparative Methodology*. Newbury Park: Sage.
- Tenbruck, Friedrich H., 1962. Geschichte und Gesellschaft. Freiburg (unveröff. Habilitationsschrift).
- Tenbruck, Friedrich H., 1976. Glaubensgeschichte der Moderne. *Zeitschrift für Politik* 23, Heft 1, S. 1-15.
- Tenbruck, Friedrich H., 1990. Repräsentative Kultur. S. 20-53 in: Hans Haferkamp (Hrsg.), *Sozialstruktur und Kultur*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Thietz, Kirstin (Hrsg.), 1992. *Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR*. Berlin: Basis Druck.
- Thom, Elisabeth, 1979. The Emergence, Development and Effectiveness of the Nuclear Protest Movement. S. 21-82 in: Günter Küppers/Helga Nowotny (Hrsg.), *The Impact of the Nuclear Controversy on Decision-Making Structures*. Bielefeld: Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsforschung.
- Thom, Mary (Hrsg.), 1987. *Letters to Ms*. New York: Henry Holt.
- Thomas, Keith, 1988. *Vergangenheit, Zukunft, Lebensalter. Zeitvorstellungen im England der frühen Neuzeit*. Berlin: Wagenbach.
- Thomas, Keith, 1983. *Man and the natural world: A history of the modern sensibility*. New York: Pantheon.
- Thomis, Malcolm I., 1970. *The Luddites. Machine-Breaking in Regency England*. Newton Abbot: David & Charles.
- Thompson, Edward P., 1971. The Moral Economy of the Crowd in the Eighteenth Century. *Past and Present*, Nr. 50, S. 76-136.
- Thornton, Arland/Alwin, Duane F./Camburn, Donald, 1983. Causes and Consequences of Sex-Role Attitudes and Attitude Change, *American Sociological Review* 48, Heft 2, S. 211-227.
- Tierney, Kathleen, J., 1982. The Battered Women Movement and the Creation of the Wife Beating Problem. *Social Problems* 29, Heft 3, S. 207-220.
- Tietze, Christopher/Henshaw, Stanley K., 1986. *Induced Abortion: A World Review* (6. Auflage). New York: Alan Guttmacher Institute.
- Tilly, Charles, 1964. *The Vendée*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Tilly, Charles, 1973. Does Modernization Breed Revolution? *Comparative Politics* 5, Heft 3, S. 425-447.
- Tilly, Charles, 1975. Reflections on the History of European State-Making. S. 3-83 in: ders. (Hrsg.), *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Tilly, Charles (Hrsg.), 1975a. *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Tilly, Charles, 1978. *From Mobilization to Revolution*. New York: Random House.

- Tilly, Charles, 1981. *As Sociology Meets History*. New York: Academic Press.
- Tilly, Charles, 1983. Speaking Your Mind Without Elections, Surveys, or Social Movement. *Public Opinion Quarterly* 47, Heft 4, S. 461-478.
- Tilly, Charles, 1984. *Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons*. New York: Russell Sage Foundation.
- Tilly, Charles, 1986. European Violence and Collective Action since 1700. *Social Research* 53, Heft 1, S. 159-184.
- Tilly, Charles, 1986a. *The Contentious French: Four Centuries of Popular Struggle*. Cambridge, Mass.: Belknap Press.
- Tilly, Charles, 1989. State and Counterrevolution in France. *Social Research* 56, S. 71-97.
- Tilly, Charles, 1993. *Die europäischen Revolutionen*. München: C.H. Beck.
- Tilly, Charles, 1993a. Mechanisms of state formation and collective action: An interview with Charles Tilly (von Ruud Koopmans und Sophie de Schaepdrijver). *Amsterdams Sociologisch Tijdschrift* 20, Heft 2, S. 43-73.
- Tilly, Charles/Tilly, Louise/Tilly, Richard, 1975. *The Rebellious Century: 1830-1930*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Timbal-Duclaux, Louis, 1982. *Le choix des sites nucléaires en France: méthodes, situations et perspectives*. Paris: Electricité de France.
- Tipps, Dean C., 1973. Modernization Theory and the Comparative Study of Societies: A Critical Perspective. *Comparative Studies in Society and History* 15, S. 119-226.
- Tiryakian, Edward E., 1968. Typologies. S. 177-186 in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*. Bd. 16, New York: Macmillan.
- Tiryakian, Edward A., 1985. On the significance of de-differentiation. S. 118-134 in: Shmuel N. Eisenstadt/H. J. Helle (Hrsg.), *Macro-Sociological Theory*. Bd. 1. London: Sage.
- Tiryakian, Edward A., 1991. Modernization: Exhumetur in Pace (Rethinking Macrosociology in the 1990s). *International Sociology* 6, Heft 2, S. 165-180.
- Tobias, Michael (Hrsg.), 1985. *Deep Ecology*. San Diego: Avant Books.
- Toch, Hans, 1965. *The Social Psychology of Social Movements*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Toulmin, Stephen, 1991. *Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne* (zuerst 1990). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Touraine, Alain, 1968. *Le mouvement de Mai ou le communisme utopique*. Paris: Seuil.
- Touraine, Alain, 1973. *Production de la société*. Paris: Seuil.
- Touraine, Alain, 1973a. L'historicité. S. 3-44 in: *Une nouvelle civilisation? Hommage à Georges Friedmann*. Paris: Gallimard.
- Touraine, Alain, 1978. *La voix et le regard*. Paris: Seuil.
- Touraine, Alain et al., 1980. *La prophétie anti-nucléaire*. Paris: Seuil.
- Touraine, Alain, 1984. Les mouvement sociaux: objet particulier ou problème central de l'analyse sociologique? *Revue française de sociologie* 25, Heft 1, S. 3-19.

- Touraine, Alain, 1985. An Introduction to the Study of Social Movements. *Social Research* 52, Heft 4, S. 749-787.
- Touraine, Alain, 1993. *Critique de la modernité*. Paris: Fayard.
- Traugott, Mark, 1978. Reconceiving Social Movements. *Social Problems* 26, Heft 1, S. 38-49.
- Trautmann, Günter, 1978. Defizitärer Planungsstaat und politische Legitimität - Der Fall Brokdorf. S. 309-336 in: Bernd Guggenberger/Udo Kempf (Hrsg.), *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tribe, Lawrence H., 1990. *Abortion: The Clash of Absolutes*. New York und London: Norton.
- Trilling, Julia, 1981. French environmental politics. *International Journal of Urban and Regional Research* 5, Heft 1, S. 67-82.
- Troßbach, Werner, 1987. *Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648-1806*. Weingarten: Drumlin.
- Turner, Ralph H., 1969. The theme of contemporary social movements. *British Journal of Sociology* 20 (Dezember), S. 390-405.
- Turner, Ralph H., 1969a. The Public Perception of Protest. *American Sociological Review* 34, Heft 6, S. 815-831.
- Turner, Ralph H., 1970. Determinants of Social Movement Strategies. S. 145-164 in: Tamotsu Shibutani (Hrsg.), *Human Nature and Collective Behavior*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Turner, Ralph H., 1981. Collective Behavior and Resource Mobilization as Approaches to Social Movements: Issues and Continuities. *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 4, S. 1-24.
- Turner, Ralph H./Killian, Louis M., 1987³. *Collective Behavior* (zuerst 1957). Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Tushnet, Mark, 1989. Rights: An Essay in Informal Political Theory. *Politics & Society* 17, Heft 4, S. 403-451.
- United Nations 1979. *Yearbook of World Energy Statistics*. New York: United Nations.
- Useem, Bert/Zald, Mayer N., 1987. From Pressure Group to Social Movement: Efforts to Promote the Use of Nuclear Power. S. 273-288 in: Mayer N. Zald/John D. McCarthy (Hrsg.), *Social Movements in an Organizational Society*. New Brunswick, N.J.: Transaction.
- Vadrot, Claude-Marie, 1978. *L'écologie, l'histoire d'une subversion*. Paris: Syros.
- Vadrot, Claude-Marie, 1986. Faut-il protéger les derniers écolos?. S. 186-202 in: Thierry Grillet/Daniel Le Conte des Floris (Hrsg.), *Les natures du vert*. Paris: Editions autrement.
- Vallet, Odon, 1978. La force des écologistes. *Projet*, Nr. 122, S. 201-206.
- van Buiren, Shirley, 1980. *Die Kernenergiekontroverse im Spiegel der Tageszeitungen*. München und Wien: Oldenbourg.
- van der Loo, Hans/van Reijen, Willem, 1992. *Modernisierung. Projekt und Paradox* (orig. 1990). München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

- van Dülmen, Richard, 1987. *Reformation als Revolution. Soziale Bewegung und religiöser Radikalismus in der deutschen Reformation* (überarbeitete Neuausgabe). Frankfurt/M.: Fischer.
- Vernier, Jacques, 1992. *L'environnement*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Vester, Michael, 1970. *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1772-1848*. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Vester, Michael, 1983. Proletariat und neue soziale Bewegungen. Der Mythos der Arbeiterbewegung als Blockade für das Verständnis neuer sozialer Bewegungen. S. 1-21 in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hrsg.), *Großstadt und neue soziale Bewegungen*. Basel: Birkhäuser.
- Vogel, Stephen, 1980. The Limits of Protest: A Critique of the Anti-Nuclear Movement. *Socialist Review*, Heft 54 (November/Dezember), S. 125-134.
- Vultejus, Ulrich, 1990. Das Urteil vom Memmingen. S. 9-34 in: ders. (Hrsg.), *Das Urteil von Memmingen. Vom Elend der Indikation*. Köln: Volksblatt Verlag.
- Wagner, Peter, 1994. Contesting Policies and Redefining the State: Energy Policy-Making and the Anti-Nuclear Movement in West Germany. In: Helena Flam (Hrsg.), *States and Anti-Nuclear Oppositional Movements*. Edinburgh: Edinburgh University Press (im Erscheinen).
- Wagner, Friedrich, 1969². *Die Wissenschaft und die gefährdete Welt. Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik* (zuerst 1964). München: C.H. Beck.
- Wallerstein, Immanuel, 1974/1980/1988. *The Modern World System*. 4 Bde. New York: Academic Press.
- Wallerstein, Immanuel, 1976. Modernization: Requiescat in Pace. S. 131-135 in: Lewis A. Coser/Otto N. Larsen (Hrsg.), *The Uses of Controversy in Sociology*. New York: The Free Press.
- Wallerstein, Immanuel, 1990. Marx und die Geschichte: Die Polarisierung der Klassen. S. 154-166 in: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, *Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: Argument Verlag.
- Walsh, Edward J., 1981. Resource Mobilization and Citizen Protest in Communities Around Three Mile Island. *Social Problems* 29, Heft 1, S. 1-21.
- Walsh, Edward J./Warland, Rex H., 1983. Social Movement Involvement in the Wake of a Nuclear Accident: Activists and Free Riders in the TMI Area. *American Sociological Review* 48 (Dezember), S. 764-780.
- Walsh, Edward/Warland, Rex/Smith, D. Clayton, 1993. Backyards, NIMBY's, and Incinerator Sitings: Implications for Social Movement Theory. *Social Problems* 40, Heft 1, S. 25-38.
- Warneken, Bernd J. (Hrsg.), 1991. *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*. Frankfurt und Paris: Campus und Editions de la Maison des Sciences de l'Homme.
- Wasser, Hartmut, 1990. Politische Parteien in den USA. S. 377-396 in: Willi P. Adams et al., *Länderbericht USA I*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Waterman, Harvey, 1981. Reasons and Reason: Collective Political Activity in Comparative and Historical Perspective. *World Politics* 33, Heft 4, S. 554-589.
- Wattenberg, Martin, 1984. *The Decline of American Political Parties*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Watts, Meredith W., 1988. Generations, Education and Political Orientation: Post-War and 'Alternative' Era Women in Germany. S. 89-82 in: Lutz Reuter/Jürgen Zinnecker/Meredith W. Watts, *Political Culture in West Germany*. HiMonN Discussion Paper: Universität Siegen.
- Watts, Meredith W., 1992. Legitimität unkonventioneller politischer Beteiligung. S. 73-89 in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), *Jugend 92*. Bd. 2. Opladen: Leske und Budrich.
- Watts, Nicholas, 1987. Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen. S. 47-67 in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.: Campus.
- Weidner, Helmut, 1991. Umweltpolitik - Auf dem Weg zu einer internationalen Spitzenstellung. S. 137-152 in: Werner Stuß (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren*. Opladen: Leske und Budrich.
- Weart, Spencer R., 1988. *Nuclear Fear: A History of Images*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Weber, Max, 1976. *Wirtschaft und Gesellschaft* (5., rev. Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weick, Karl E., 1985. *Die Kunst des Organisierens* (orig. 1969). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1975. *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Wehling, Peter, 1992. *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*. Frankfurt/M.: Campus.
- Weigend, Thomas, 1989. Vereinigte Staaten von Amerika. S. 949-1118 in: Albin Eser/Hans-Georg Koch (Hrsg.), *Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich. Rechtliche Regelungen - Soziale Rahmenbedingungen - Empirische Grunddaten*. Teil 2: Außereuropa (1988). Nomos: Baden-Baden.
- Weinberg, Alvin et al., 1985. *The Second Nuclear Era*. New York: Praeger.
- Wenner, Lettie M., 1982. *The Environmental Decade in Court*. Bloomington: Indiana University Press.
- Weinel, Claudia, 1984. Feministische Presse in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Universität München (unveröff. Magisterarbeit).
- Weinzierl, Hubert, 1993. *Das grüne Gewissen. Selbstverständnis und Strategien des Naturschutzes*. Stuttgart: Weitbrecht.
- Wenner, Lettie McSpadden/Wenner, Manfred W., 1978. Nuclear Policy and Public Participation. *American Behavioral Scientist* 22, Heft 2, S. 277-310.

- Weßels, Bernhard, 1991. Krise der Interessenvermittlung? *WZB-Mitteilungen*, Heft 54 (Dezember), S. 30-34.
- WHO (World Health Organization), 1992. *Reproductive Health: A Key to a Brighter Future*. Genf: WHO.
- Wieviorka, Michel/Trinh, Sylvaine, 1989. *Le modèle EDF*. Paris: La Decouverte.
- Wiggershaus, Renate, 1979. *Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945*. Wuppertal: Peter Hammer.
- Wilcox, Clyde, 1991. The Causes and Consequences of Feminist Consciousness Among Western European Women. *Comparative Political Studies* 23, Heft 4, S. 519-545.
- Wilke, Renate, 1991. Klagen der "Lebensschützer" gegen Krankenkassenfinanzierung und Lohnfortzahlung. S. 89-101 in: Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination (Hrsg.), *Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Wilkinson, Paul, 1971. *Social Movement*. New York: Praeger.
- Wilson, John, 1973. *Introduction to Social Movements*. New York: Basic Books.
- Wilson, Frank L., 1988. When Parties Refuse to Fail: The Case of France. S. 503-532 in: Kay Lawson/Peter Merkl (Hrsg.), *When Parties Fail*. Princeton: Princeton University Press.
- Wilson, Frank L., 1987. *Interest-group Politics in France*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wey, Klaus Georg, 1982. *Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Winkler, Heinrich A. (Hrsg.), 1974. *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wirsching, Andreas, 1990. *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wiswede, Günther/Kutsch, Thomas, 1978. *Sozialer Wandel: Zur Erklärungskraft neuerer Entwicklungs- und Modernisierungstheorien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wittig, Monique et al., 1970. Combat pour la libération de la femme. *L'Idiot International*, Nr. 6, S. 13-16.
- Wobbe, Theresa, 1989. *Gleichheit und Differenz. Politische Strategien der Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende*. Frankfurt/M.: Campus.
- Wolf, Friedrich, 1931. Kampf gegen den § 218. *Die Linkskurve* 3, Heft 5, S. 7-12.
- Wolf, Heinz Georg, 1985. *Der Schrott von morgen. Zum Stand der Atomwirtschaft in der Bundesrepublik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Woliver, L., 1990. Mobilizing a Silent Majority: Pro-Choice Interests after Webster. Paper für die Jahreskonferenz 1990 der American Political Science Association, San Francisco, 30. August bis 2. September.
- Wolton, Dominique, 1974. *Le Nouvel Ordre Sexuel*. Paris: Seuil.

- Woodhouse, Edward J., 1983. The Politics of Nuclear Waste Management. S. 151-183 in: Charles A. Walker/Leroy C. Gould/Edward J. Woodhouse (Hrsg.), *Too Hot to Handle? Social and Policy Issues in the Management of Radioactive Wastes*. New Haven und London: Yale University Press.
- Wüst-Reichenbach, Thomas, 1988. Frankreich. S. 475-572 in: Albin Eser/Hans-Georg Koch (Hrsg.), *Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich. Rechtliche Regelungen - Soziale Rahmenbedingungen - Empirische Grunddaten*. Teil 1: Europa (1988). Nomos: Baden-Baden.
- Wüstemeyer, Manfred, 1972. Sozialgeschichte und Soziologie als soziologische Geschichte. Zur Raum-Zeit-Lehre der "Annales". S. 566-583 in: *Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme* (Sonderheft 16 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wuthnow, Robert, 1989. *Communities of Discourse: Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment and European Socialism*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Yerrik, Jerry L./Tood, John R., 1989. *Public Opinion: The Visible Politics* (2. Auflage). Itasca, IL: Peacock.
- Yishai, Yael, 1993. Public Ideas and Public Policy: Abortion Policy in Four Democracies. *Comparative Politics* 25, Heft 2, S. 207-228.
- Zald, Mayer N., 1988. The Trajectory of Social Movements in America. S. 19-41 in: *Research in Social Movements, Conflicts and Change* 10. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Zald, Mayer N., 1991. The Continuing Vitality of Resource Mobilization Theory: Response to Herbert Kitschelt's Critique. S. 348-354 in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press.
- Zald, Mayer N./Ash, Roberta, 1966. Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change. *Social Forces* 44, S. 327-341.
- Zald, Mayer N./McCarthy, John D. (Hrsg.), 1979. *The Dynamics of Social Movements*. Cambridge, Mass.: Winthrop Publishers.
- Zald, Mayer N./McCarthy, John D., 1980. Social Movement Industries: Competition and Cooperation Among Movement Organizations. S. 1-20 in: Louis Kriesberg (Hrsg.), *Research in Social Movement, Conflicts and Change* 3. Greenwich, Conn.: JAI Press.
- Zald, Mayer N./Useem, Bert, 1987. Movement and Countermovement Interaction: Mobilization, Tactics, and State Involvement. S. 247-272 in: Mayer N. Zald/John D. McCarthy (Hrsg.), *Social Movements in an Organizational Society*. New Brunswick, N.J.: Transaction.
- Zapf, Wolfgang, 1975. Die soziologische Theorie der Modernisierung. *Soziale Welt* 26, Heft 2, S. 212-226.
- Zapf, Wolfgang, 1983. Entwicklungsdilemmas und Innovationspotentiale in modernen Gesellschaften. S. 293-308 in: Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt/M.: Campus.

- Zapf, Wolfgang, 1989. Über soziale Innovationen. *Soziale Welt* 40, Heft 1/2, S. 170-183.
- Zapf, Wolfgang, 1991. Modernisierung und Modernisierungstheorien. S. 23-39 in: ders. (Hrsg.). *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/M.: Campus.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.), 1991a. *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/M.: Campus.
- Zehenter, Wolfgang, 1979. The Influence of the Nuclear Controversy on the Political Administrative System. S. 164-223 in: Günter Küppers/Helga Nowotny (Hrsg.), *The Impact of the Nuclear Controversy on Decision-Making Structures*. Bielefeld: Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsforschung.
- Zens, Maria, 1993. Die Zurechtweisung. Karlsruhe, der Paragraph 218 und die vormundtschaftliche Demokratie. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4, S. 815-827.
- Zetterberg, Hans L., 1962. Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie. S. 64-104 in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*. Bd. 1. Stuttgart: Enke.
- Zolberg, Aristide R., 1972. Moments of Madness. *Politics and Society* 2 (Winter), S. 183-207.
- Zonabend, Françoise, 1989. *La presque île au nucléaire*. Paris: Odile Jacob.
- Zwerenz, Ingrid (Hrsg.), 1980. *Frauen. Die Geschichte des § 218*. Frankfurt/M.: Fischer.